06.05.2013 - Sbg: ÖVP neue Nummer eins Machtwechsel - **Debakel für SPÖ**

Polit- Erdbeben in Salzburg: Die SPÖ erlitt bei der Landtagswahl ein historisches Debakel, Landeshauptfrau Gabi Burgstaller gab noch am Sonntagabend ihren Rücktritt bekannt. Abgestraft wurde zwar auch die ÖVP, die Volkspartei schaffte aber trotz Verlusten Platz eins und dürfte mit Wilfried Haslauer den nächsten Landeschef stellen. Großer Wahlsieger sind jedoch die Grünen, die gut 20 Prozent der Stimmen erreichten und in Salzburg Stadt stärkste Partei wurden. Die FPÖ konnte ihren Abwärtstrend stoppen, das Team Stronach zog in den Landtag ein. Damit ist die letzte Landtagswahl des "Superwahljahres" 2013 geschlagen.

Laut vorläufigem Endergebnis kommt die ÖVP auf 29,0 Prozent, was einen Verlust von 7,5 Prozentpunkten gegenüber 2009 bedeutet. Die SPÖ muss einen Stimmenverlust von 15,6 Prozentpunkten hinnehmen und erreicht nur mehr auf 23,8 Prozent. Damit fährt sie das historisch schlechteste Ergebnis in Salzburg ein (bisher: 2004 mit 27,1 Prozent).

Grüne Stimmen fast verdreifacht

Die Grünen hingegen konnten ihren Stimmenanteil beinahe verdreifachen und kommen auf 20,2 Prozent. Gegenüber dem letzten Urnengang bedeutet dies ein Plus von 12,8 Prozentpunkten. In der Stadt Salzburg sind die Grünen künftig gar stärkste Kraft (siehe Infobox). Die FPÖ kommt auf 17,0 Prozent, was ein leichtes Plus von vier Prozentpunkten darstellt. Den Einzug deutlich geschafft hat das Team Stronach bei seinem ersten Antreten. Mit 8,3 Prozent blieb die Neo- Partei aber unter der Zehn-Prozent- Marke, die sich Frank Stronach im Vorfeld als Ziel gesteckt hatte. Die Wahlbeteiligung sank von zuletzt 74,36 Prozent auf 70,8 Prozent.

Die Ergebnisse aus allen Bezirken und Gemeinden finden Sie in der Infobox.
In Mandaten verliert die SPÖ sechs Sitze und kommt nur noch auf neun Abgeordnete, die Volkspartei erreicht statt 14 nur mehr elf Mandate. Die FPÖ legt um einen Sitz auf sechs Sitze zu, die Grünen gewinnen fünf Mandate dazu und halten nun bei sieben Sitzen. Drei Mandate gehen an das Team Stronach.
Im vorläufigen Endergebnis bereits berücksichtigt ist ein Großteil der mittels Wahlkarten abgegebenen Stimmen. Nur jene Wahlkartenstimmen, die in einem anderen als dem eigenen Wahllokal abgegeben wurden, werden erst am kommenden Mittwoch ausgezählt. Die Auswirkungen auf das Ergebnis werden als gering eingeschätzt.

Haslauer: "Werde mit allen Parteien sprechen"

Der Salzburger VP- Chef *Wilfried Haslauer* kündigte umgehend Gespräche mit allen Landtagsparteien an: "Ich werde mit allen Parteien sprechen, den Gepflogenheiten entsprechend - mit der Nummer zwei, mit der Nummer drei." Einen "Triumpherfolg" sieht Haslauer allerdings nicht. "Wir haben auch Federn lassen müssen, mehr als ich befürchtet habe", gestand der VP- Chef mit Blick auf das historisch schlechteste Landesergebnis seiner ÖVP ein.
Nun werde man sich daran machen, das Vertrauen zurückzugewinnen. Haslauer hatte vor der Wahl betont, eine Zweierkoalition anzustreben und eine Regierung mit drei Parteien nur dann bilden zu wollen, wenn das rechnerisch nicht anders möglich wäre.
ÖVP- Obmann *Michael Spindelegger* meinte, auch wenn es für die Volkspartei Verluste gegeben habe, sei die Rückeroberung des ersten Platzes ausschlaggebend: "Nummer eins ist Nummer eins." Der Wahlausgang sei ein "klarer Regierungsbildungsauftrag" für den Salzburger Parteichef. Dass die ÖVP vom Finanzskandal letztendlich profitiert habe, wollte Spindelegger auf eine entsprechende Frage so nicht sehen. Die Bürger hätten lediglich "die Ehrlichkeit" der Volkspartei gewürdigt.
Wiewohl es sich beim aktuellen Wahlausgang "natürlich um ein Salzburger Ergebnis" handle, sieht Spindelegger die ÖVP derzeit insgesamt in einer "guten Serie" - nach praktisch stabilem Ergebnis in Tirol, dem Halten der Absoluten in Niederösterreich und nur moderaten Verlusten in Kärnten. "Das gibt auch Auftrieb" für die Nationalratswahl im Herbst.
ÖVP- Generalsekretär *Hannes Rauch* sah das Wahlziel in Salzburg erreicht: "Die Volkspartei ist auf dem ersten Platz, daher wird die VP mit Wilfried Haslauer den Landeshauptmann stellen", so Rauch. "2013 ist schon jetzt das Jahr der ÖVP."

Burgstaller zieht sich "selbstverständlich" aus Politik zurück

Die abgewählte SPÖ- Landeshauptfrau *Gabi Burgstaller* erklärte, sich nun "selbstverständlich" aus der Politik vollkommen zurückziehen. Sie bemühe sich "aber sehr um eine geordnete Übergabe" bis zur Bildung der nächsten Landesregierung.
SPÖ- Chef *Werner Faymann* bezeichnete das Ergebnis als direkte Konsequenz des Finanzskandals. Beiden Regierungsparteien habe dieser

Einbußen beschert, aber dass es die SPÖ als bisher stärkste Partei "so massiv trifft, zeigt: Mit Steuergeld darf man halt nicht spekulieren". Für die Nationalratswahl im Herbst will Faymann sich aber demonstrativ nicht entmutigen lassen: Dann gehe es um zentrale Themen, und "das verwechseln die Leute nicht".
SPÖ- Bundesgeschäftsführer *Norbert Darabos* sprach von einem "schmerzlichen Ausgang" für seine Partei. "Die deutlichen Verluste der Salzburger Sozialdemokraten sind ganz eindeutig auf den Finanzskandal in Salzburg zurückzuführen." Salzburg war aber Darabos' Ansicht nach "aufgrund der Spekulationsaffäre ein absoluter Sonderfall".
Die Grünen- Landessprecherin und Spitzenkandidatin *Astrid Rössler* zeigte sich "sprachlos über den Gewinn - 20 Prozent, das ist jenseits der kühnsten Träume". Sie sei überwältigt über das Wahlergebnis, das nicht nur - wie erhofft - gegenüber 2009 verdoppelt worden sei, es seien noch fünf Prozentpunkte dazugekommen. "Wir sind durch viele Täler gegangen. Das war jetzt ein Höhenflug, der nicht planbar ist."

Glawischnig "kann es noch gar nicht fassen"

Überglücklich war am Sonntag auch Grünen- Bundessprecherin *Eva Glawischnig*: "Ich kann es noch gar nicht fassen, ich habe noch nie im Leben einen so schönen Wahlabend erlebt!" In Sachen einer möglichen Regierungsbeteiligung sei "noch alles offen", meinte Glawischnig. Für die Nationalratswahl ortete sie jedenfalls eine "massive Bestärkung". Man nehme das Ergebnis mit großer Demut an und wolle Versprechen wie Anständigkeit und verantwortungsvoller Umgang mit Steuergeld treu bleiben.
Salzburgs FP- Klubchef *Karl Schnell* freute sich, dass seine Partei dazugewonnen hat: Vier Prozent seien ein gutes Ergebnis. Wegen dem guten Abschnieden der Grünen sehe er das eigene Ergebnis allerdings mit einem lachenden und einem weinenden Augen. Es verwundere ihn zudem, dass an die 50 Prozent der Wähler das Zocken legitimiert hätten, so Schnell. Gleiches gelte auch für die acht Prozent für das Team Stronach, wo Wähler ihre Stimme einem Milliardär gegeben hätten, der seine Steuern im Ausland zahle. "Ich gehe davon aus, dass wir in Opposition bleiben und ich Landesparteiobmann bleibe."

Strache: "Jetzt schlägt Faymanns letzte Stunde"

FPÖ- Obmann *Heinz- Christian Strache* zeigte sich höchst erfreut über die Stimmenzuwächse der Freiheitlichen. Das Plus sei "keine Selbstverständlichkeit". Es zeige, wie man mit regionalen Inhalten und regionalen Persönlichkeiten Erfolg haben könne. Für die SPÖ sah Strache, der ja die Nationalratswahl zum "Kanzlerduell" mit dem SP- Chef machen will, dunkelschwarz: "Nach dem heutigen Ergebnis schlägt die letzte Stunde von Kanzler Werner Faymann."
Hans Mayr, Spitzenkandidat des Team Stronach, sagte: "Ich war sehr optimistisch, den Einzug in den Landtag zu schaffen, sonst wäre ich nicht diesen Weg gegangen." Er würde auch Regierungsverantwortung übernehmen, "wenn wir unsere Werte - Wahrheit, Transparenz und Fairness - darstellen können. Dass die SPÖ abstürzt, habe er aufgrund des

Finanzskandals und aufgrund des SPÖ- Wahlkampfes erwartet. "Weil die Sozialdemokraten so locker mit der Wahrheit umgegangen sind."
Team- Stronach- Klubobmann *Robert Lugar* bezeichnete die rund acht Prozent für seine Partei als "gutes Ergebnis": Nicht nur habe man es "aus dem Stand" in den Landtag geschafft, sondern voraussichtlich auch den Klubstatus erreicht. Frank Stronach selbst ließ sich am Wahlabend nicht zu einem Kommentar hinreißen. "Er bleibt seiner Linie treu und wird sich in den nächsten Tagen äußern."

Wähler straften SPÖ für Finanzskandal ab

Eines steht jedenfalls fest: Die Salzburger Wähler sahen bei der Landtagswahl die Verantwortung für den Finanzskandal stärker bei der SPÖ als bei der ÖVP und präsentierten den Regierungsparteien entsprechend die Rechnung. Das geht aus der SORA/ISA- Wahltagsbefragung im Auftrag des ORF hervor, für die von 2. bis 5. Mai 1.227 Personen (repräsentativ für die Salzburger Wahlberechtigten) telefonisch befragt wurden.

Demnach sahen 57 Prozent die Verantwortung für den Finanzskandal bei der SPÖ, 42 bei der ÖVP und 26 Prozent bei "allen Parteien im Landtag" (Mehrfachantworten waren möglich). Dies sei für das Wahlverhalten entscheidend gewesen, hieß es in einer Analyse des Instituts. Wer der SPÖ die Schuld gab, wählte diese kaum und überdurchschnittlich die ÖVP. Wer die ÖVP verantwortlich sah, wählte statt dieser überdurchschnittlich die Grünen. Wer die Verantwortung bei allen sah, wählte überdurchschnittlich SPÖ.

Der künftige Landeshauptmann Haslauer steht vor einer schwierigen Regierungsbildung, die SPÖ vor einer schwierigen Obmann-Suche. Als Zweierkoalition geht sich nur eine Neuauflage von Schwarz-Rot aus.

05. Mai 2013 **Drei Mandate Team Stronach im Salzburger Landtag**Spitzenkandidat Hans Mayr erreicht wichtigstes Wahlziel: Landtags-Einzug.

Im Vorfeld der Salzburger Wahl hat der Spitzendkandidat des Team Stronachs immer wieder seine Wahlziele genannt: Neun Prozent,

Einzug in den Landtag und Klubstatus. Bei der Salzburger Landtagswahl am Sonntag kam das neu gegründete Team Stronach auf 8,3 Prozent der Wählerstimmen. Der Einzug in den Landtag hat geklappt, die angestrebten neun Prozent hat die junge Partei knapp verfehlt. Aber: In Goldegg, dort wo Mayr noch für die ÖVP gewählter Bürgermeister ist, wurde das Team Stronach stimmenstärkste Partei mit 24,3 Prozent.

Mayr will im Land mitgestalten

Mayr wollte in der Politik höher hinaus und hat dafür in diesem Frühjahr sein Leben verändert: Er kehrte der ÖVP den Rücken und legte seine Funktion als Hypo-Filialeiter nieder. Der Salzburger Spitzenkandidat der neuen Partei von Frank Stronach in Salzburg peilte bei der Landtagswahl neun Prozent der Stimmen an, er hat das erhoffte Ergebnis mit etwas mehr über acht Prozent nur knapp verfehlt. Den Klubstatus hat sein Team aber erreicht.

"Verantwortung für das Land übernehmen"

Mayr möchte "Verantwortung für das Land übernehmen", wie er sagt, egal ob in der Opposition oder in der Regierung. Im Wahlkampf versprach er, keine Giftpfeile gegen politische Mitbewerber abzugeben. Doch gerade mit der Volkspartei, der er viele Jahre angehörte, ging er hart ins Gericht. Kritische Geister dürften in der ÖVP keine Karriere machen, ärgerte sich der Bürgermeister offensichtlich darüber, dass sein Wunsch, Bezirksobmann der ÖVP Pongau zu werden, von der Parteispitze übergangen wurde. Mayr warf der Volkspartei "Freunderlwirtschaft" vor, sie bediene Hofräte, Kammerfunktionäre und Lobbyisten.

Noch kein Statement von Frank Stronach

Von Parteigründer Frank Stronach gab es bislang noch kein offizielles Statement zu dem Abschneiden seiner Partei bei der Salzburger Landtagswahl. Ob er mit dem Wahlergebnis genauso zufrieden ist wie sein Spitzenkandidat, ist fraglich. Immerhin will Frank Stronach immer hoch hinaus. Aber: Mit dem Einzug in den Salzburger Landtag hat Stronach die nächste Hürde geschafft und kann sich nun mit aller Kraft auf die Nationalratswahlen im Herbst vorbereiten.

ÖVP gewinnt Salzburg-Wahl

SPÖ strebt in Tirol Dreierkoalition gegen ÖVP an

23.04.2013 - 16:03 **Der Tiroler SPÖ-Spitzenkandidat, LHStv. Gerhard Reheis, strebt eine Dreierkoalition gegen die ÖVP unter SPÖ-Führung an. Voraussetzungen dafür seien die entsprechende Konstellation und ein gemeinsames Regierungsprogramm.**

Reheis will sich von der ÖVP abwenden.

Eine Regierung mit mehr als drei Parteien präferiere er hingegen nicht, eine solche wäre "sehr schwierig", meinte der geschäftsführende SPÖ-Chef. Reheis betonte erneut, Tiroler Landeshauptmann werden zu wollen. Wie in den vergangenen Woche sprach er von der "dunklen Seite der Macht", die der Regierungspartner ÖVP repräsentiere. "Damit meine ich die Verschleppung und Verzögerung in vielen Bereichen sowie die Machtkonzentration der Volkspartei, etwa in den Kammern", erklärte Reheis.
Die ehemalige ÖVP-Finanzlandesrätin und nunmehrige "vorwärts Tirol"-Frontfrau Anna Hosp zähle er nicht zu dieser "dunklen Seite der Macht". Diese habe sich schließlich von der ÖVP abgesetzt und habe mittlerweile wieder "Licht" abbekommen.

Während der Pressekonferenz war die Stimmung zwischen Platter und Reheis betont sachlich. Der Landeshauptmann wollte sich nicht mehr zu möglichen Koalitionsvarianten äußern, er werde mit allen Parteien nach der Wahl Gespräche führen. Zu den SPÖ-Angriffen auf seine Partei meinte Platter, dass diese "Befindlichkeiten" für ihn nicht im Vordergrund stünden.
Für Grünen-Chefin Glawischnig wäre indes eine Regierungsbeteiligung nach der Landtagswahl in Tirol "natürlich" wünschenswert. Es werde aber darauf ankommen, wie "regierungsfähig" sich etwaige Partner in Koalitionsverhandlungen erweisen. Spitzenkandidatin Ingrid Felipe wollte den Anspruch auf den Landeschefsessel jedenfalls nicht "vehement" erheben, wiewohl sie sich das "schon zutrauen" würde.

ÖVP und Grüne intensivieren Gespräche in Tirol

06.05.2013 - 16:24 **Die Tiroler ÖVP wird mit den Grünen in vertiefende Gespräche über eine etwaige Koalition eintreten. Das gab Landeshauptmann Günther Platter (ÖVP) am Montag bekannt.**

ÖVP verhandelt weiter.

Wie Landeshauptmann Platter bekanntgab, habe die Volkspartei vergangene Woche alle im künftigen Landtag vertretenen Parteien zu Gesprächen eingeladen. Diese seien sehr "konstruktiv und gut" verlaufen. Die ÖVP und die Grünen hätten sich angenähert, sagte Platter. Die SPÖ stellt die Weichen auf Opposition. Auch die Tiroler Grünen hoben die Annäherung mit der ÖVP nach "harten aber herzlichen" Gesprächen hervor. "Wir haben uns mit der ÖVP in entscheidenden Eckpunkten angenähert und werden daher ab heute in vertiefende Gespräche eintreten", erklärte die Grüne Verhandlungsleiterin Ingrid Felipe.
Jetzt gelte es, in den jeweiligen Arbeitsgruppen die Details auszuarbeiten, meinte Felipe:
"Auch wenn wir schon einige große Brocken aus dem Weg geräumt haben, liegen noch einige Hindernisse vor uns". Die Landessprecherin gab sich aber zuversichtlich, "dass wir auch diese überwinden werden".

Der bisherige ÖVP-Regierungspartner, die Tiroler SPÖ, stellt die "Weichen auf Opposition". Dies sagte der geschäftsführende SP-Chef, LHStv. Gerhard Reheis der APA. "Wir nehmen das so zur Kenntnis", erklärte Reheis. Die vertiefenden Gespräche seien "nichts anderes als Koalitionsverhandlungen", meinte der LHStv.
Reheis hatte am Montag nach einem weiteren Sondierungsgespräch mit der VP eine endgültige Entscheidung von LH Günther Platter (V) gefordert und erklärt, dass die SP für "Parallelverhandlungen" nicht zur Verfügung stehe.
Bei der Landtagswahl am 28. April hatte die ÖVP trotz Stimmenverlusten ihre 16 Sitze im Landtag verteidigt. SPÖ und Grüne kamen auf jeweils fünf Mandate, "vorwärts" und die FPÖ auf jeweils vier. Die Liste Fritz erreichte zwei Mandate.

06. Mai 2013 18:34

Nach Salzburg-Wahl

Team Stronach will Dreier-Koalition

Strategie für Verhandlungen steht. Hans-Mayr wird Stronach-Klubobmann.

Einen Tag nach der Salzburger Landtagswahl hat das Team Stronach die grundsätzliche Strategie für die Parteienverhandlungen festgelegt. Die Partei zeigte sich über eine Dreier-Koalition mit ÖVP und Grünen diskussionsbereit. Klubobmann der neuen Partei von Frank Stronach, die mit drei Mandaten den Einzug in den Landtag geschafft hat, wird Spitzenkandidat Hans Mayr, Ex-ÖVP-Politiker und Bürgermeister von Goldegg im Pongau. -

Weder Koalitions- noch Oppositionsrolle bevorzugt -

In zwei Sitzungen habe das Team Stronach am Montag alle Personalentscheidungen gefällt, so Mayr. "Von Frank Stronach aus haben wir völlige Handlungsfreiheit. Wir gehen entspannt in die Regierungsverhandlungen", sagte der designierte Klubobmann. Das Team Stronach bevorzuge weder die Koalition- noch die Oppositionsvariante. Es komme darauf, ob im Falle einer Regierungsbeteiligung die Werte der Partei inhaltlich einen Niederschlag finden.

Regierungsressort für Mayr vorstellbar

Falls das Team Stronach eine Koalition eingeht, kommt May, erstgereihter auf der Landesliste, am ehesten für ein Regierungsressort infrage - dies hat sich bei den heutigen, internen Gesprächen herauskristallisiert. In diesem Falle werde die Viertgereihte auf der Landesliste, Gabriele Fürhap-ter, nachrücken und sein frei werdendes Mandat übernehmen, erklärte der Bürgermeister. Weitere Mandate halten der auf der Landesliste zweitgereihte Ex-Tormann-Trainer Otto Konrad und der drittgereihte Vizebürgermeister von Seekirchen am Wallersee, Helmut Naderer.

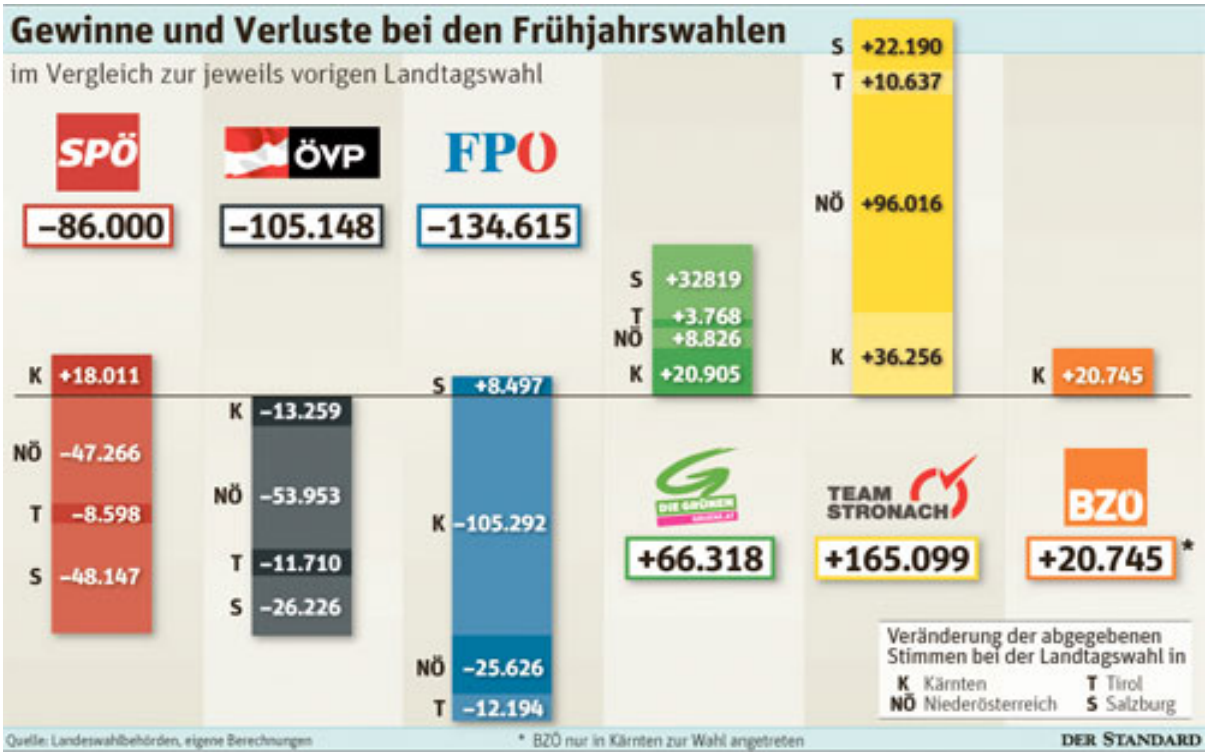
"Goldegger Koalition" = Stöckl Schwaighofer Mayr

6. Mai 2013, 18:20

Superwahljahr 2013: Große Verluste für SPÖ, ÖVP und FPÖ, Gewinner Stronach

Schwarz und Rot verloren bei den vier Landtagswahlen im Frühjahr mehr als 190.000 Wähler

Das Team Stronach ist der große Gewinner der vier Frühjahrswahlen: Mit 165.099 Wählern hatte die neue Partei einen guten Start, auch wenn die Streitigkeiten in Tirol dort einen Erfolg verpatzt haben - und Parteigründer Frank Stronach dem Vernehmen nach insgesamt mehr erwartet hatte.



Ob es dem Team Stronach allerdings gelingen wird, die Stimmen aus den Landtagswahlen im September in Stimmen bei der Nationalratswahl umzumünzen, ist offen. Die Liste Fritz von Fritz Dinkhauser hat beispielsweise bei der Tiroler Landtagswahl 2008 überraschenderweise 61. 795 Stimmen bekommen. Als Dinkhauser im Herbst desselben Jahres für die Nationalratswahl antrat, konnte er in seinem Heimatbundesland aber nur 31.749 Wähler mobilisieren. Nationalratswahlen gehorchen eben anderen Mechanismen als Länderwahlen - was den Koalitionsparteien auch ein Trost sein kann: Zusammen haben sie im Vergleich zur jeweils vorigen Wahl 191.148 Stimmen verloren. Dabei ist der Stimmengewinn der Kärntner SPÖ (18.011) bereits saldiert. Die Grafik zeigt auch: Den größten Verlust an Stimmen musste die ÖVP in Niederösterreich hinnehmen, obwohl sie klarer Wahlsieger war. Dies ergibt sich aus niedrigerer Wahlbeteiligung und zusätzlich dem um 3,6 Prozent geringeren Anteil an den gültigen Stimmen.

SPÖ – eine Partei zerbröselt

Warum Werner Faymann trotzdem die Nationalratswahlen gewinnen kann

So war das nicht geplant. So hatte das die Roadmap der Sozialdemokraten im Superwahljahr 2013 nicht vorgesehen. Sachte und ohne große blaue Flecken wollte man in die Nationalratswahl im September gleiten.

Gewiss, Niederösterreich war nie ein leichter Boden für die Roten, aber es werde wohl gelingen ein paar Prozentpünktchen dazu zu gewinnen, so hoffte man – gerade genug um Erwin Pröll seine Absolute abzujagen. Auch in Tirol standen die Dinge nicht schlecht: Landeshauptmann Günther Platter war angeschlagen und die FPÖ brustschwach. Ein kleiner Zugewinn musste sich auch hier ausgehen. Von einem Sieg in Kärnten ging man ohnehin aus. Salzburg war nicht eingeplant. Schrieben nicht einige Zeitungen vor der Jahreswende schon vom bevorstehenden Debakel-Wahljahr der ÖVP? -

Es kam anders. Gleich nach Jahresbeginn vermurkste die SPÖ in grotesker Stümperhaftigkeit die Volksabstimmung über die Einführung eines Berufsheers. Grund zum Jubel gab es für sie dann nur noch in Kärnten – und auch dort bloß wegen des beispiellosen Versagens des freiheitlichen Machthabers und der glücklichen Fügung, dass die Sozialdemokraten mit Peter Kaiser den für diese Situation richtigen Politikertypus aufzubieten hatten. Alle anderen Wahlen wurden zu Niederlagen historischen Ausmaßes: In Niederösterreich, Tirol und Salzburg setzte es wie schon bei der letzten Nationalratswahl das schlechteste Ergebnis der Parteigeschichte. In Tirol ist die SPÖ mit 13 Prozent nur noch eine bedeutungslose Splitterpartei, die 21 Prozent im Industrieland Niederösterreich sind bezeichnend für den katastrophalen Zustand der Sozialdemokraten in den meisten Bundesländern – darüber kann auch die Rückeroberung Kärntens nicht hinweg täuschen. -

Schwerer als die Verluste bei den Landtagswahlen wiegt aber ein anderer Umstand: Mit Gabi Burgstaller ist der SPÖ die wichtigste Personalreserve für höchste Posten abhanden gekommen. Es war ja alles schon auf Schienen gestanden: Noch in diesem Frühjahr sollte Burgstaller in die Volksanwaltschaft wechseln, so der Plan vor dem Platzen der Finanzaffäre. 2016 wäre sie die logische Kandidatin bei der Bundespräsidentenwahl gewesen. „Ihre Volksanwältin in der Hofburg“ hätte sich auf den Plakaten recht gut gemacht, Burgstaller wäre schwer zu schlagen gewesen. -

Dass das bäuerlich/bürgerlich verfasste Salzburg je der SPÖ zufallen konnte, war nur ihr zu verdanken. Politisch umgedreht hat sie das Land nie: Bei allen Nationalratswahlen der vergangenen Jahre lag die ÖVP deutlich in Front. Die Wähler mochten Gabi Burgstaller – aber nicht die SPÖ. Es ist eine Ironie der Geschichte, dass sie an den Machenschaften von zwei ÖVP-nahen Beamten und der Blauäugigkeit ihres engsten Vertrauten und geplanten Nachfolgers David Brenner politisch zerschellt. Werner Faymann kann es dennoch schaffen bei den Nationalratswahlen im Herbst als Nummer eins durchs Ziel zu gehen, weil die ÖVP auf bundespolitischer Ebene von einigen Problembären geschwächt wird. Dass seiner Partei aber zunehmend das Hinterland zerbröselt, lässt sich spätestens seit diesem Wahlsonntag nicht mehr leugnen.

07. 05. 2013

Berlakovich: Leben und Sterben der Bienen im Vorwahlkampf

Agrarminister Nikolaus Berlakovich agiert im Interesse der Bauern - und verspielt dabei dennoch alle Sympathien.

Der Präsident des österreichischen Bauernbunds, Jakob Auer, hat ein Faible für das Wort "sorgsam“. Er flicht es ein, wenn er darüber räsoniert, wie die heimischen Landwirte mit dem bösartigen Maiswurzelbohrer fertig werden - mit Pestiziden nämlich, die richtig eingesetzt werden müssen. Sorgsam eben. -

Das schmeichelnde Attribut bekommt sogar der Landwirtschaftsminister verpasst. Anfang vergangener Woche hatte Nikolaus Berlakovich (ÖVP) in Brüssel gegen ein EU-weites Verbot von Pestiziden gestimmt. Sie sollen nicht nur Kukuruz-Schädlingen den Garaus machen, sondern vielleicht auch den nützlichen und überaus geschätzten Bienen. Der Ressortchef habe dort "sehr sorgsam“ die Anliegen der Bauern vertreten. -

Mit der Auerschen Sorgsamkeit kann es aber auch jäh vorbei sein. Wenn es gilt, den ÖVP-Minister in Schutz zu nehmen - "Wir stehen ausdrücklich hinter ihm, damit das klar ist“ - wird der Bauernbündler deftig: Der Vorwurf von Roten und Grünen, Berlakovich buckle vor der Pestizid-Industrie, sei nun wirklich eine "bodenlose Sauerei“ und "selbst in der Hitze von 1. Mai-Reden nicht zu entschuldigen“: "Ich würde so etwas meinem ärgsten, politischen Feind nicht unterstellen.“ -

Leben und Sterben der Bienen im Vorwahlkampf: Vordergründig geht es um Neonicotinoide in der Landwirtschaft, Substanzen, die vor allem zum Beizen von Mais verwendet werden. Zahlreiche Untersuchungen, unter anderem von der Europäischen Lebensmittelbehörde EFSA, befunden, diese Mittel seien eine Gefahr für die Bienen. Die EU-Kommission würde sie gerne aus dem Verkehr ziehen. Bei der Abstimmung Anfang

vergangener Woche waren 15 Mitgliedstaaten für den Vorschlag, vier enthielten sich, acht Länder - unter ihnen Österreich - stimmten dagegen -
-

Daran entzündete sich nun eine innenpolitische Debatte, die Züge eines Glaubenskriegs annahm. Grünen-Chefin Eva Glawischnig forderte Berlakovich zum Rücktritt auf. SPÖ-Bundeskanzler Werner Faymann sprach sich für ein Verbot der Pestizide aus. Der Bauernbund und ÖVP-Umweltsprecher Hermann Schultes sprangen dem Bedrängten bei. Tenor: Umweltschützer und Grüne verunsicherten mit "Horrorszenarien“ und "Hetzkampagnen“ die Bevölkerung, machten sowohl die Bauern als auch den Honig madig. Dabei sei die Datenlage alles andere als gesichert. In Italien, Slowenien und Deutschland, wo die Beizmittel inzwischen verboten sind, gehe das Bienensterben unvermindert weiter. Schuld daran sei vor allem die Varroa-Milbe. -

Auch wenn Pestizide nicht die einzige Gefahr für Bienenvölker sind, den Ruf des Sumsi-Mörders wird Berlakovich so schnell nicht mehr los. Dafür will die politische Opposition sorgen. Sie schwört sich gerade auf eine gemeinsame Front gegen den Umwelt- und Landwirtschaftsminister ein. Bei der nächsten Plenarsitzung am 22. Mai im Hohen Haus wollen Grüne, FPÖ und BZÖ für einen Misstrauensantrag stimmen. "Uns reicht es. Berlakovich stellt sich dauernd als Umweltmusterschüler hin und macht in der Praxis das hundertprozentige Gegenteil“, sagt der Grüne Landwirtschaftssprecher Wolfgang Pirklhuber. -

Die schwarzen Parteifreunde raufen sich die Haare. Vor den Landtagswahlen in Tirol und Salzburg war Berlakovich wegen falsch vermessener Almen ins Kreuzfeuer der Kritik geraten. Die EU-Kommission fordert zu viel ausbezahlte Fördergelder ein. Tausenden Bauern drohen Rückzahlungen und Strafen. Bei der Digitalisierung der Luftaufnahmen war aufgeflogen, dass Weideflächen zu großzügig berechnet wurden. Landwirte, die in betrügerischer Absicht gehandelt hatten, werden zur Verantwortung gezogen. Für Fehler im System wird allerdings Berlakovich gerade stehen müssen, also die Republik, sprich der Steuerzahler: Der Minister hatte die Landwirtschaftskammern schließlich mit den Messungen betraut. -

Mitte April bereiteten Bauern dem Landwirtschaftsminister in Salzburg einen wütenden Empfang. "Wir haben die Schnauze voll“ oder "Niki, warum lässt du die Almbauern im Stich?“ stand auf Transparenten zu lesen. Die aufgebrachten Landwirte drohten mit einem Aufmarsch vor dem Ministerium in Wien. Berlakovich zog sich mit der Einrichtung einer "Soko Alm“ aus der Affäre. Sie soll unter dem Vorsitz von Ex-EU-Kommissar Franz Fischler nun Ordnung ins Flächenchaos bringen. Berlakovichs Standing auf Bundesebene hat das nicht gerade gefestigt. Anders als seine Vorgänger Wilhelm Molterer oder Josef Pröll

gilt der gebürtige Burgenländer weder in der Partei noch in der Raiffeisen-Sphäre als Schwergewicht. Für sein politisches Überleben braucht er den Rückhalt des Bauernbunds. "Er läuft um sein Leiberl“, sagt ein Abgeordneter. -

Die SPÖ, die sich eher verschämt als Partei der Bienenfreunde aufstellte, um den Koalitionspartner nicht zu vergrätzen, streitet neuerdings vehement für ein Verbot der Pestizide. Hinter den Kulissen war das Thema schon bisher für diskrete Tauschhändel gut. Als die Schwarzen etwa das Weinmarketing auf eine neue finanzielle Basis stellen wollten, buhlten sie um die Zustimmung der Roten. Diese verlangten im Gegenzug, dass die Schwarzen ihre Blockade im Bienenstreit aufgeben. Das kam nicht in Frage. -

Für die Agrarfunktionäre avancierte die Maisbeize zu einer "Jetzt erst Recht“-Mission. Es klingt schon ein wenig nach Wahlkampfgetöse, wenn Präsident Jakob Auer sich ausmalt, wer bei einem Verbot draufzahle und wer sich ins Fäustchen lache: Die kleinen Bauern könnten sich den Fruchtwechsel nicht leisten, der ihre Maisfelder vor Schädlingen schütze. Früher oder später würden sie nach gentechnisch hergestelltem und gegen Schädlinge resistentem Saatgut verlangen. Das bereite den Markt für Agrar-Multis wie Monsanto auf. Die kämpferische Rhetorik des obersten Bauernbündlers dient wohl auch dazu, die Reihen intern zu schließen. Hier ziehen die Ackerbauern im Norden, Osten und Südosten des Landes und die Alm- und Viehbewirtschafter nicht immer am selben Strang. Ein Insider berichtet, der Almen-Streit habe den Riss zwischen den Herrenbauern und Bergbauern noch vergrößert. -
-

Die Opposition wirft Berlakovich vor, ausschließlich auf die Einflüsterer im Bauernbund zu hören. "Als Umweltminister hat er komplett verspielt, von Feinstaub bis zu Klimaschutz, nichts als Misserfolge. Inserate schalten, sich in Modellregionen ablichten lassen und Ankündigungen, denen keine politischen Maßnahmen folgen, mehr wird von seiner Amtszeit nicht bleiben“, ätzt die Grüne Umweltsprecherin Christiane Brunner.
-

Auch in seiner angestammten Domäne, der Landwirtschaft, redet der burgenländische Ackerbauer nicht mit allen. Berlakovich gilt als Minister mit eingeschränktem Gesichtsfeld. Kritiker lässt er nicht an sich heran. Davon können die Milch-Rebellen aus Oberösterreich ein Lied singen. "Wir haben uns sehr lange bemüht, einen Termin bei ihm zu bekommen. Das war chancenlos. Die Mitarbeiter schauen sehr genau, wen sie zu ihm vorlassen“, erzählt Ernst Halbmayr, Geschäftsführer der Freie Milch Austria GmbH. Was der Mostviertler von seinem Minister bisher mitbekommen hat, passt in einen Halbsatz: "Übelste Klientelpolitik.“ Liebeserklärungen klingen anders.-

07. 05. 2013 Wahlen in Österreich

Die Furcht vor «italienischen Verhältnissen »

1

Die beiden Regierungsparteien, im Bild Spindelegger (ÖVP) und Faymann (SPÖ), verlieren an Zustimmung.

Nach vier Landtagswahlen und vor der nationalen Wahl ist die Bilanz für Österreichs einstige Grossparteien ernüchternd. Die Unzufriedenheit mit ihnen erklärt das Phänomen Stronach.

Es ist unverkennbar Italiens Skandal-Politiker Silvio Berlusconi, der am Steuer eines roten Fiat Cinquecento sitzt und diesen mit Wucht in die Wand fährt. Mit diesem einprägsamen Sujet und der Warnung vor Unregierbarkeit warb die Österreichische Volkspartei (ÖVP) in den letzten Wochen im Bundesland Tirol um Stimmen. Elf Listen wurden zur Landtagswahl vor gut einer Woche zugelassen, so viele wie nie zuvor. Angesichts dessen waren der minime Verlust und ein Ergebnis von knapp 40 Prozent für die ÖVP zwar ein Erfolg. Gleichzeitig war es aber das historisch schlechteste Resultat für die Partei, die dieses Bundesland jahrzehntelang mit rund 60 Prozent Wähleranteil dominiert hatte.

Tendenz bestätigt

Auch wenn Tirol mit den verschiedenen Abspaltungen der ÖVP einen Extremfall darstellt, so steht das Bundesland doch sinnbildlich für die Entwicklung der österreichischen Parteienlandschaft. Die vier Landtagswahlen dieses «Superwahljahrs» haben die Tendenz betätigt, dass die beiden die Zweite Republik dominierenden

Blöcke – die ÖVP und die Sozialdemokraten (SPÖ) – erodieren und den zunehmend unzufriedenen Wählern ein buntes Mosaik an mehr oder weniger ernsthaften anderen Parteien zur Verfügung steht. Zwar waren in den Landtagswahlen regionale Besonderheiten ausschlaggebend, sie lassen deshalb nur bedingt Rückschlüsse für die Nationalratswahl im Herbst zu. Dennoch ist die Bilanz für die einstigen Grossparteien, die auf Bundesebene in einer grossen Koalition regieren, ernüchternd.
Die ÖVP will das Wahljahr laut der Parteiführung zu ihrem Jahr machen und feiert sich mit der Rückeroberung des Amts des Landeshauptmanns in Salzburg am Sonntag als Siegerin. Tatsächlich haben die Christlichdemokraten bisher über den Erwartungen abgeschnitten. Sie haben mit dem Ja der Bevölkerung zur Wehrpflicht die Volksbefragung gewonnen und sind in Salzburg nach neun Jahren Unterbruch wieder stimmenstärkste Kraft. Zudem konnten sie sich in Tirol besser als erwartet halten und in Niederösterreich gar die absolute Mehrheit verteidigen. Die Partei hat allerdings in allen vier Landtagswahlen Wähleranteile verloren, in ihren Stammlanden Tirol und Salzburg verzeichnet sie gar neue Tiefstwerte. Zudem hat die ÖVP ein Problem bei der jungen, städtischen Wählerschaft. In Wien ist sie schon länger eine vernachlässigbare Kraft. Dass die Grünen sie aber in den Landeshauptstädten Salzburg und Innsbruck überholen konnten, ist symbolträchtig.

Grüne Erfolgswelle

Die SPÖ konnte in Kärnten deutlich zulegen und stellt in dieser ehemals roten Hochburg nach Jahren der freiheitlichen Dominanz wieder den Landeshauptmann. Sie profitierte aber von einem in seinem Ausmass kaum für möglich gehaltenen Debakel der Erben Haiders. Salzburg dagegen verkam zum Desaster. Der Rücktritt der Landeshauptfrau Gabi Burgstaller bedeutet auch das Ende eines prominenten Aushängeschilds der Partei.

In Niederösterreich und Tirol sind die Roten zudem kaum noch wahrnehmbar. Die etablierten Protestparteien – die Grünen und die Freiheitlichen (FPÖ) – schnitten unterschiedlich ab.

Die Grünen haben sich dem Kampf gegen die Korruption verschrieben und mit ihrer glaubwürdigen Arbeit Sympathien gewonnen. Die Partei konnte in allen vier Wahlen Zugewinne verbuchen, allerdings nur in Salzburg spektakulär und über den Erwartungen. Dort drängen sie sich damit als Koalitionspartner auf, in Kärnten sind sie neu ebenfalls in der Regierung. Korruption und Transparenz werden im kommenden Wahlkampf wichtige Themen sein. Ein Zugewinn der Grünen ist praktisch sicher, ob es aber wie von der Parteiführung erhofft 15 Prozent werden, ist fraglich.

Im Gegensatz zu den Grünen konnte die FPÖ von der Proteststimmung nicht profitieren. In ihrer Hochburg Kärnten wurden die Freiheitlichen für die kriminellen Machenschaften unter Haider bestraft und stürzten ab. Diese Niederlage war zu erwarten, doch die FPÖ verlor auch in Niederösterreich und Tirol.

In Salzburg konnte sie zwar den ersten Erfolg verzeichnen, angesichts des dramatischen Verlusts der Regierungsparteien fiel dieser jedoch gering aus. Dass der FPÖ-Chef Strache nach wie vor vom Duell mit Bundeskanzler Faymann um das Amt des Regierungschefs spricht, wirkt verzweifelt.

Stronach schadet der FPÖ

Stärker als jede andere Partei spürt die FPÖ nämlich die neue Konkurrenz des Quereinsteigers Frank Stronach, der seit dem Herbst die politische Szene aufmischt. Der Unternehmer und Milliardär bietet wenig Inhalt und kaum überzeugendes Personal, aber mit unterhaltsamen Auftritten, einer eindrücklichen Biografie und dem Einsatz von viel Geld gelingt es ihm doch, Wähler zu gewinnen.

Nach einem fulminanten Start und rund 10 Prozent der Stimmen in Niederösterreich und Kärnten verpasste seine Partei den Einzug in den Tiroler Landtag aufgrund interner Streitereien. In Salzburg kam er auf gut 8 Prozent. Ob es Stronach gelingt, mit den leeren Schlagworten Wahrheit, Transparenz und Fairness bis zum Herbst durchzuhalten, ist ungewiss.

Wie bisher die FPÖ personifiziert er als Antipolitiker aber die Alternative zum bestehenden System, und das scheint momentan vielen zu genügen. Sein Einzug in den Nationalrat gilt als sicher.

Sollte zudem noch eine der antretenden Kleinparteien ins Parlament einziehen, dürfte es für eine grosse Koalition nicht mehr reichen – bis vor kurzem noch undenkbar. Dann drängen sich die Grünen auf, die bereits in drei Bundesländern mitregieren.

ÖVP und SPÖ sagen allerdings offen, dass eine Dreierkoalition kaum praktikabel und instabil sei. Schaffen sie noch einmal über 50 Prozent, ist eine Neuauflage der grossen Koalition wahrscheinlich. Dem Wählerwillen entspräche dies nur bedingt.

-

07.05.2013 - ÖVP denkt um: Pestizidverbot gegen Bienensterben

180-Grad-Wende von Umweltminister Berlakovich: Der Einsatz von Neonicotinoiden soll in Österreich nun doch verboten werden. Dies wurde am Dienstag beim "Bienengipfel" im Landwirtschaftsministerium beschlossen.

Umweltminister Berlakovich ändert seinen Kurs.

"Wir wollen die Bienen schützen, wir wollen aber auch die Bauern schützen", erklärte der Umweltminister im Rahmen einer Pressekonferenz. ÖVP-Chef Spindelegger hatte zuletzt eine "Kehrtwende" empfohlen. Wenn auch nur der geringste Verdacht bestehe, dass Pestizide für das Bienensterben verantwortlich seien, dann müsse Österreich für ein Verbot stimmen, sagte er. Bundeskanzler Faymann hatte sich vehement für ein Pestizidverbot ausgesprochen.

Kritik an Berlakovich hält an

Die Kritik an Berlakovich riss ungeachtet dessen auch am Dienstag nicht ab. Der "Bienengipfel" des Landwirtschaftsministers ist für den Grünen Landwirtschaftssprecher Pirklhuber "eine Verhöhnung des Parlaments", da sich ein Unterausschuss seit fast einem Jahr mit der Causa beschäftige. Für FPÖ-Umweltsprecher Hofer ist "das Maß voll. Ich fordere den Bundeskanzler und den Vizekanzler auf, Berlakovich von der Bürde seines Amtes zu befreien. Er ist eine massive Belastung für Österreich und als Umweltminister schlichtweg gescheitert."

Die Freiheitlichen bringen einen Antrag für eine Sondersitzung des Nationalrats zum Bienensterben ein. FPÖ-Obmann Strache zeigte sich darüber erfreut, dass sämtliche Oppositionsparteien das Anliegen unterstützen und die Sitzung damit fix ist. Stattfinden wird die Sondersitzung aller Voraussicht nach am Dienstag kommender Woche stattfinden. Dem Vernehmen nach haben sich die Klubdirektoren bereits auf den 14. Mai als Termin geeinigt. Die Freiheitlichen prüfen zudem eine Anzeige gegen Berlakovich.

Landwirtschaftskammer nicht begeistert

Keine Freude mit dem Beizverbot von Mais mit den hochgiftigen Pflanzenschutzmitteln, von denen in Österreich zumeist drei zum Einsatz kommen (Imidacloprid, Clothianidin sowie Thiamethoxam), hatte Landwirtschaftskammer-Präsident Gerhard Wlodkowski. Man habe die Neonicotinoide "gut im Griff" gehabt, die Auswirkungen seien kontrollierbar gewesen.

07.05.2013 **Zwischenurteil bei Osterfestspiel-Prozess**

Im Schadensersatzprozess in der Salzburger Osterfestspielaffäre hat das Landesgericht Salzburg am Dienstag ein Teilurteil veröffentlicht: Die Forderungen gegen Klaus K. bestehen "dem Grunde nach zu Recht".

Richterin Christine Ausserhofer.

Die Osterfestspiele GmbH hatte rund 1,5 Mio. Euro von zwei ihrer ehemaligen Anwälte, weiters vom ehemaligen Technischen Direktor der Sommerfestspiele Klaus K. und von einer Steuerberatungskanzlei gefordert. Das Gericht kam zu dem Ergebnis, dass eine Forderung von rund einer Million Euro gegenüber den beiden Anwälten wegen überhöhter Gehaltszahlungen an den ehemaligen Osterfestspiel-Geschäftsführer Michael Dewitte "dem Grunde nach zu Recht besteht".

Über die Höhe des Betrages müsse noch weiter verhandelt werden, sagte der Vizepräsident des Landesgerichtes Salzburg, Imre Juhasz, zur APA. Abgewiesen hat die zuständige Zivilrichterin Christine Außerhofer den - gegenüber allen vier Beklagten - geforderten Teilbetrag von 300.000 Euro wegen einer Provisionszahlung anlässlich einer Zuwendung der Vidyaev-Stiftung an die Osterfestspiele. Eine Klagsabweisung erfolgte auch hinsichtlich von 179.527 Euro an "überhöhten" Repräsentationsaufwendungen, welche die beiden Anwälte laut dem Kläger an Dewitte zu Unrecht ausbezahlt hätten. Die erfolgten Urteile können beim Oberlandesgericht Linz bekämpft werden.

Verstoß gegen Sorgfaltspflicht

Die überhöhten Gehalts- und Spesenzahlungen von rund einer Million Euro sollen in den Jahren 1997 bis 2009 an Dewitte ausbezahlt worden sein. Die Zivilrichterin stellte bei den erfolgten Überweisungen einen Verstoß des anwaltlichen "Sorgfaltsmaßstabes" nach Paragraf 1299 des Allgemeinen Bürgerlichen Gesetzbuches (ABGB) fest.

Im Geschäftsjahr 1997/1998 seien von dem erstbeklagten Anwalt erstmals "höhere als die im Anstellungsvertrag geregelten Beträge überwiesen" worden,

und danach in den weiteren Geschäftsjahren. Der Erstbeklagte habe bei den Überweisungen keinesfalls von der Billigung durch die Hauptgesellschafterin ausgehen können, meinte die Richterin. Er habe in seiner weiteren Eigenschaft als damaliger Geschäftsführer des Osterfestspiel-Fördervereins und als Kuratoriumsmitglied gewusst, dass an die Mitglieder des Kuratoriums keine detaillierten Jahresabschlüsse mit Erläuterungen versendet wurden, woraus die Detailpositionen der Bezüge Dewittes ersichtlich gewesen waren.

Die beiden beklagten Salzburger Anwälte hätten es unterlassen, die Osterfestspiele GmbH über die höheren Zahlungen an Dewitte aufzuklären. Dadurch ergebe sich eine Haftung über den für die Osterfestspiele entstandenen Schaden. Der Schadensersatzanspruch ist laut Gericht auch noch nicht verjährt.

Aufregung um Provisionszahlung

Für viel Aufregung hat eine Provisionszahlung von 300.000 Euro offenbar von der ersten, 800.000 Euro hohen Tranche aus einer insgesamt geplanten 2,5 Mio. hohen Spende des russischen Mäzens Igor Vidyaev an die Osterfestspiele gesorgt. In einem Strafverfahren gegen Dewitte und dem ehemaligen Technischen Direktor der Sommerfestspiele Klaus K. geht die Staatsanwaltschaft Salzburg in ihrer fertiggestellten Anklage davon aus, dass K. die "Art & Culture Consulting Limited" mit Sitz in Belize gegründet und dieser auch jenes Firmenkonto der Gesellschaft eröffnet habe, auf das Dewitte "unrechtmäßig" eine Provision von 300.000 Euro aus einer Spende des Vidyaevs vom Konto der Osterfestsspielgesellschaft auf das Konto der "Art & Culture" überwiesen habe. Als Vidyaev erfahren hatte, dass eine Provision geflossen sei, stellte er weitere Zahlungen ein.

Das "Teil-Zwischenurteil" und "Teilurteil" umfasst insgesamt 58 Seiten. Der Schadensersatzprozess beanspruchte 13 Verhandlungstermine, das Verhandlungsprotokoll ist mehr als 100 Seiten stark. Zahlreiche Zeugen sagten aus, unter ihnen Noch-Landeshauptfrau Gabi Burgstaller (S), Festspielpräsidentin Helga Rabl-Stadler, der künstlerische Geschäftsführer der Osterfestspiele, Peter Alward, und der Rechtsanwalt der Berliner Philharmoniker, Peter Raue.

Der Beginn des Strafprozesses in der Causa Osterfestspiele, bei dem es um dubiose Zahlungen in Millionenhöhe zum Schaden der Salzburger Osterfestspiele GmbH und des Salzburger Festspielfonds geht, ist für 9. September am Landesgericht Salzburg geplant. Angeklagt sind Michael Dewitte, Klaus K. und ein Medienkaufmann aus Deutschland. Die Staatsanwaltschaft stellte einen Gesamtschaden von rund zwei Mio. Euro fest, den die Beschuldigten in unterschiedlicher Beteiligung verursacht hätten. Die Vorwürfe lauten auf Untreue und gewerbsmäßig schweren Betrug.

7. Mai 2013, 18:42

Neue Posse um das Bankgeheimnis

Finanzministerin Maria Fekter. **Die Ministerin hat den Botschafter in Brüssel angewiesen, die Blocka-de beim Bankgeheimnis vor dem Finanzministerrat zu beenden** Wien - Nach dem Fauxpas um die Abstimmung der österreichischen Linie zur Abschaffung des Bankgeheimnisses für Steuerausländer gehen die Streitereien zwischen Bundeskanzleramt und Finanzministerium munter weiter. Für die Vorbereitung des Finanzministerrats kommende Woche tagten am Dienstag die Ständigen Vertreter der EU-Mitgliedsstaaten. Wobei mit Spannung erwartet wurde, wie sich Wien nach den letzten Wendungen positioniert. Das Ergebnis: Der stellvertretende Botschafter konnte sich in Ermangelung einer einheitlichen Regierungslinie nicht zu Wort melden, wie es aus Brüsseler Ratskreisen hieß. Finanzministerin Maria Fekter hatte dagegen eine Weisung für die Wiener Haltung vorbereitet. Deren Inhalt: Zustimmung zum automatischen Informationsaustausch und zur erweiterten Zinsrichtlinie, wenn eine Gleichbehandlung von Drittstaaten wie Liechtenstein und Schweiz erreicht ist. Bundeskanzler Werner Faymann war der Text offenbar zu eng gefasst. Er stimmte der Weisung zu, verlangte aber, dass der Zinsrichtlinie am 14. Mai bedingungslos zugestimmt werde.

Inakzeptabel

Das wiederum war für Fekter inakzeptabel, weil Österreich dann gegenüber diesen Nicht-EU-Ländern diskriminiert werde, hieß es in Brüssel. Offiziell wollte niemand das Hickhack kommentieren. Da bis zum Finanzministerrat am kommenden Dienstag keine weitere Sitzung der Botschafter anberaumt ist, liegt der Ball nun bei Fekter.

Sollte sie auf Waffengleichheit mit Drittstaaten beharren, könnte Österreich stark unter Druck kommen. Denn bisher hat sich die EU-Kommission für ein Abkommen ausgesprochen, bei dem Liechtenstein, Schweiz, Monaco oder Andorra Zinseinkünfte auf Anfrage melden, nicht aber automatisch. Zuletzt gab es aber immer mehr Stimmen in die Richtung, dass die automatischen Steuerinformationen internationaler Standard werden sollen.

Wie die EU nun tatsächlich in der Frage agieren wird, hängt eben vom Mandat der Kommission ab, das sie sich am Dienstag von den Mitgliedsstaaten holen will. Damit verbunden ist wiederum der Fortbestand der bilateralen Abkommen Österreichs mit der Schweiz und Liechtenstein. Die Posse erinnert jedenfalls an die "Lachnummer" (O-Ton Faymann) von Ende April, als die von Fekter ausgearbeitete Position frühzeitig den Medien zugespielt wurde und später von Faymann und Vizekanzler Michael Spindelegger adaptiert wurde.

Etwas weiter ist Österreich bei den Verhandlungen mit den USA, die international Einblick in die Konten ihrer Staatsbürger bekommen wollen. Sektionschef Wolfgang Nolz wird die Gespräche für Österreich führen.

07.05.2013, **Hypo-Rettung frisst Wahlzuckerl auf**

Finanzministerin Maria Fekter wird auf das Nulldefizit länger als bis zum bisherigen Zieljahr 2016 warten müssen .

Wien. Fünf bis 16 Milliarden €. Auf diese Bandbreite werden die weiteren Belastungen fürs Budget geschätzt, die durch erneute Hilfen für die notverstaatlichte Bank Hypo Alpe Adria drohen. Bisher waren erst 0,7 Milliarden € davon budgetiert. Das Finanzministerium würde nun „sukzessive Rücklagen aufbauen, sollte etwas passieren", versprach Finanzministerin Maria Fekter beim Experten-Hearing zum Finanzrahmen 2014 bis 2017 im Parlament.

AAA-Rating bleibt

Konkrete Zahlen, wieviel die Steuerzahler die Hypo noch kosten könnte, nannte sie nicht. Die niedrigere Summe ist laut Experten angesichts des Volumens der faulen Kredite als Untergrenze zu sehen, der zweistellige Milliardenbetrag wäre bei einer Schließung der Bank fällig, Österreichs AAA-Rating ist durch weitere Hypo-Hilfen nicht gefährdet, sagt Christian Keuschnigg vom Institut für Höhere Studien (IHS).

Doch das Defizit und die Staatsschulden würden steigen – um wieviel, könne man erst sagen, wenn der Umfang und die Art der Hilfen bekannt werden. Denn „es ist ein Unterschied, ob wir Haftungen aussprechen oder Cash rüberschieben", wie Fekter im Parlament sagte. „Wird die Hypo unter Zeitdruck abgewickelt, wird es eher teurer statt billiger", meint Keuschnigg. Wahlgeschenke könnten jetzt nicht verteilt werden: „Wahlzuckerl gehören nicht zum Notfall, und vom Budgetpfad darf man nur in Notfällen abweichen", so der IHS-Chef.

Die Senkung des Schuldenstandes habe oberste Priorität. Budgetreserven seien auch notwendig, um selbst auf schwere konjunkturelle Einbrüche reagieren zu können. „Diese Flexibilität müssen wir mit einem niedrigeren Schuldenstand erkaufen", sagt er. ´

Nulldefizit später

Das Ziel Fekters, 2016 ein Nulldefizit zu erreichen, rückt auch laut Wifo-Budgetexpertin Margit Schratzenstaller in weite Ferne: Zu den bisherigen Risikofaktoren komme mit der Hypo ein weiterer großer hinzu. Das wichtigste sei, 2013 oder 2014 – je nachdem wann weitere Hypo-Belastungen fällig werden – nicht über drei Prozent Defizit zu kommen. Auch der Schuldenstand sei mit 74 Prozent bereits ohne Hypo gefährlich nahe an den 80 Prozent, wo Brüssel eingreift. „Der Spielraum für Wahlgeschenke ist gering", urteilt Schratzenstaller – zumal in Bereiche wie die Bildung ohnehin mehr investiert werden müsse.

07.05.2013, **"Herausforderung da, Jammern dort". Karl Theodor zu Guttenberg sprach mit Michael Spindelegger über Europa-USA.**

Mir fehlt die Substanz, wie Europa mittel- und langfristig aufgestellt sein soll." Das sagte Karl-Theodor zu Guttenberg, Star-Minister im Kabinett Angela Merkels (ehe ihn die Plagiatsaffäre um seine Doktorarbeit vor zwei Jahren aus der politischen Bahn warf) am Dienstag Abend als Stargast einer KURIER-Podiumsdiskussion in der Wiener Hofburg.

Guttenberg lebt zur Zeit in den USA und ist Mitglied des renommierten US-Thinktanks „Center for Strategic and International Studies" in Washington. Er diskutierte mit Außenminister Michael Spindelegger zum Thema „Europa/USA: Neue alte Freunde?" (Moderation: KURIER-Chefredakteur Helmut Brandstätter) und erzählte zunächst seine Europa-Prägung: „Das war der Fall der Mauer. Meine Heimat lag an der tschechoslowakischen Grenze, und das hat mich emotional unheimlich aufgewühlt, mein europäisches Bewusstsein gestärkt."

Europa erzählen

Heute merke man, „dass den Menschen der Narrativ fehlt, warum man das, was wir in Europa erreicht haben, mit aller Kraft verteidigen sollte", sagte Guttenberg. Junge nähmen Europa als gegeben hin, „wir müssen eine neue Sprache finden, um die Menschen für Europa zu gewinnen". Außenminister Spindelegger goss es in Zahlen: „Sieben Prozent der Weltbevölkerung leben in Europa, 25 Prozent der Wirtschaftsleistung kommen von hier, 50 Prozent der Sozialleistungen vereinigt Europa auf sich – unser Leben ist so entwickelt wie nirgendwo anders auf der Welt. Wir brauchen mehr Selbstvertrauen."

Mentalitäts-Unterschied

Genau an diesem Selbstvertrauen mangelt es in Guttenbergs Augen in Europa. Er machte es an der sehr unterschiedlichen Herangehensweise an die Krise in den USA und Europa fest: In den Vereinigten Staaten würde sie als Herausforderung gesehen, „sich selbst aus dem Sumpf zu ziehen", da gebe es eine positive Grundstimmung; in Europa dagegen sehe man sie jammernd als Problem. Das sei eine Mentalitätssache.

Zudem: „Europa ist heterogen aufgestellt – wunderbar. Aber man begreift hier Europa nicht als eine Nation, wie die Amerikaner ihre Nation." Dazu brauche es viel Erklärung und Strukturreformen. Obschon letztere nicht leicht seien. „Seit Beginn der europäischen Einigung mit sechs und zwölf Staaten gab es ein Europa der unterschiedlichen Geschwindigkeiten." Aber wenn Europa von Krisenlösung zu Krisenlösung eile, statt seine Strukturen zu besprechen, an einer europäischen Außenpolitik und einer europäischen Wirtschaftspolitik zu arbeiten, „dann wird's schwierig für Europa". – Aber er dürfe jetzt „nicht zu professoral werden, und ich spreche auch nicht in Fußnoten", sagte er selbstironisch in Anspielung an seine Plagiatsaffäre.
Sorge vor dem Ruf „Raus aus dem Euro" haben beide nicht. Spindelegger sagte in der vom Außenamt im Rahmen seiner „Darum Europa"-Serie mitveranstalteten Diskussion, mit einem Verlassen der Euro-Zone sei man allen Spekulationen ausgeliefert, „wo ist da die Stabilität?". Und das sei auch erklärbar.

Euro-Gegner

Guttenberg sieht in der neuen Partei von Euro-Gegnern in Deutschland keine wirkliche Gefahr, auch wenn sie ein Stachel im Fleisch der Parteien sei und,

wenn sie drei oder vier Prozent erreiche, auch der CDU wehtun könne. „Aber ich bin froh, dass solche Parteien bei uns keine begnadeten Demagogen haben.“
Das von US-Präsident Obama angekündigte Freihandelsabkommen USA-EU nannte Spindelegger eine alternativlose Chance, von der „wir nur profitieren können“. Auch Guttenberg sieht die Chance für Europa, sich global zu positionieren („Viele kommen nicht mehr“), aber auch viele Hürden für das Abkommen sowohl in den USA als auch in Europa.

„Ich war überrascht von Obamas ambitionierten Ziel, aber es kommen Wahlen in Europa, dann irgendwann die lame-duck-Phase in den USA. Und wenn Einzelheiten verhandelt werden wie Agrarfragen, dann ist das in den USA mit viel Kraft verbunden, und die 27 europäischen Interessen unter einen Hut zu bringen, auch – ich wünsche Waidmanns Heil“. Von einem Abkommen erwartet sich Spindelegger für Europa 105 Milliarden Euro Wachstumspotenzial.

Für Guttenberg ist das Abkommen auch wichtig, weil sich die USA zugleich über den Pazifik orientierten und daran seien, durch Schiefergas energieunabhängig zu werden – je mehr die USA unabhängig würden, desto weniger würden sie sich um anderes oder Europa kümmern.
Und wann kehrt Guttenberg nach Europa und in die Politik zurück? „Ich bin sehr zufrieden, Distanz zu haben, mir Substanz aneignen und aus Fehlern lernen zu können. Ich bin nicht sicher, ob ich in die Politik zurückkehren werde.“

Griechische Banken brauchen «frisches» Kapital

Die Alpha Bank soll 10,4 Mrd. neue Aktien ausgeben und dadurch 4,6 Mrd. € aufnehmen. **Während weniger Tage Anfang Juni sollen drei systemrelevante griechische Banken eine Kapitalerhöhung abschliessen. In Athen ist der Optimismus gross. So haben die Aktienkurse der Banken im vergangenen Monat stark zugelegt.**

Athen · Die Alpha Bank wird voraussichtlich den Wettlauf der systemrelevanten griechischen Banken um Mittel für eine Kapitalerhöhung eröffnen. Das Institut soll 10,4 Mrd. neue Aktien ausgeben und dadurch 4,6 Mrd. € aufnehmen. Um den privaten Charakter der Bank zu bewahren, müssen die derzeitigen Aktionäre der Alpha 457 Mio. € (10%) der Kapitalerhöhung beisteuern. Den Rest wird der Bankenrettungsfonds HFSF tragen. Die privaten Aktionäre erhalten für jede neue Aktie, die sie zeichnen, Optionsscheine für neun Titel des HFSF, die sie innerhalb von viereinhalb Jahren zum Ausgabepreis plus Zinsaufschlag zurückkaufen können.
Wie die Leitung der Alpha Bank bekanntgab, wird der private Anteil an der Kapitalerhöhung von den ausländischen Banken JP Morgan, Citigroup, HSBC und Crédit Agricole garantiert. Diese Institute sollen einen möglichen Rückstand gegenüber dem Ziel von 10% decken. Die neuen Aktien werden ab Mitte Mai zur Zeichnung freigegeben, um den Altaktionären zwei bis drei Wochen Zeit zu geben, sich an der Kapitalerhöhung zu beteiligen. Die Alpha-Bank-Aktie legte am Dienstag an der Börse um fast 20% zu.

Die Bank of Piraeus wird mit wenigen Tagen Unterschied folgen. Das Institut wird insgesamt 7,3 Mrd. € aufnehmen. Seine Aktionäre sollen 733 Mio. € decken. Dank Vereinbarungen mit strategischen Partnern sollen 570 Mio. € davon garantiert werden. Die portugiesische Millenium BCP wird demnach 400 Mio. € beisteuern, die Société Générale weitere 170 Mio. €. Ziel der Piräus-Leitung ist es, die Altaktionäre des Instituts davon zu überzeugen, die verbleibenden 163 Mio. € zu decken und so die Ausgabe von Wandelanleihen zu umgehen. Auch für die Piräus-Aktie gibt es reges Interesse, sie legte im vergangenen Monat um rund 20% zu.

Als schwierigstes Unterfangen gilt aber die Rekapitalisierung des Branchenprimus Nationalbank. Die Vollversammlung des Instituts genehmigte in der Vorwoche eine Kapitalerhöhung von 9,8 Mrd. €. Die Leitung behält sich vor, Wandelanleihen des HFSF in Höhe von 1,9 Mrd. € auszugeben, falls die Altaktionäre den erforderlichen Betrag von 10% nicht decken können. Die Nationalbank strebt an, die 10%-Grenze zu übertreffen. Die Aktie des Instituts legte am Dienstag um 5% zu. Die vierte systemrelevante Bank, die Eurobank, wird vom HFSF rekapitalisiert und in dessen Besitz übergehen.

In Frankreich geht die Angst um, in eine europäische Statistenrolle verbannt zu werden. Die Linke im Land träumt deshalb von einem "lateinischen" Bund mit Spanien und Italien – gegen Deutschland. Von Wolf Lepenies

- **Angela Merkel und François Hollande: Sollte der deutsch-französische Konflikt offen ausgetragen werden?**

Im April 2010 beschimpfte ein französischer Politiker Angela Merkel als "Bäuerin, die in der deutschen Ecke hockt und ihre Verantwortung gegenüber Europa nicht wahrnimmt". Der Politiker war Jean-Luc Mélenchon.

"Vor den Deutschen", erregte sich der Chef der französischen Linkspartei, "stehen wir unterwürfig da, die Baskenmütze in der Hand, und lassen uns befehlen, was wir zu tun und zu lassen haben."

Damals galt Mélenchon vielen Franzosen noch als linker Spinner. Bei den Präsidentenwahlen 2012 aber holte Mélenchon im ersten Wahlgang respektable elf Prozent der Stimmen – und wurde zum Königsmacher für François Hollande. Mélenchon spricht aus, was viele Mitglieder der Regierungspartei PS denken: Ein Linksruck der französischen Politik ist überfällig. Und es ist höchste Zeit, den Konflikt mit Deutschland, das heißt vor allem mit der Kanzlerin, offen auszutragen.

Zu diesem Konflikt kam es in der letzten Woche, als in einem Positionspapier der Sozialistischen Partei (PS) Angela Merkel, die "Kanzlerin der Austerität", für ihre "egoistische Unnachgiebigkeit" in der europäischen Finanz- und Wirtschaftskrise angeprangert wurde. Versuche, den Konflikt einzudämmen, verschärften ihn: Jean-Christophe Cambadélis, der als Parteistratege in der PS für Europafragen zuständig ist, bedauerte weniger den Wortlaut des Papiers als die Tatsache, dass es an die

Öffentlichkeit gelangt war. Ministerpräsident Ayrault distanzierte sich pflichtschuldigst.

Das Papier der PS gibt einem Artikel in der linksliberalen Pariser Tageszeitung "Libération" ein zusätzliches Gewicht. Am 24. März publizierte das Blatt unter der Überschrift "Que l'Empire latin contre-attaque!" einen Kommentar des italienischen Philosophen Giorgio Agamben. Was vor einem Monat noch erscheinen mochte wie eine Arabeske Agambens, der gerne den *Agent Provocateur* spielt, stellt sich aus heutiger Sicht wie die historische Legitimation einer politischen Kehrtwende dar.

Völker ähnlicher Mentalität

Agamben erinnerte in seinem Kommentar an eine Denkschrift, die der Philosoph Alexandre Kojève mit dem Titel "Skizze einer Doktrin der französischen Politik" nach Ende des Zweiten Weltkriegs verfasst hatte. Der Philosoph, der Berater französischer Ministerien wurde, sah das Ende des Nationalstaats gekommen. Länder wie Frankreich würden in Zukunft nur in größeren politischen Verbänden überleben können.

Kojève sprach von einem Zeitalter der "Imperien", die sich aus Völkern ähnlicher Mentalität bilden würden. Frankreich drohte die Gefahr, von einem wiedererstarkten Deutschland in eine europäische Statistenrolle verbannt zu werden.

Rettung konnte nur ein "Empire latin" bringen, das Frankreich zusammen mit Italien und Spanien bilden würde. Der Katholizismus sollte dabei als spirituelles Band zwischen den drei Ländern dienen.

Erklärter Feind des "Lateinischen Imperiums" war Deutschland – nun kam es darauf an, riet Kojève der französischen Politik, zu verhindern, dass Deutschland sich entweder mit den Amerikanern oder den Russen verbündete. Stattdessen sollte es auf Dauer in Abhängigkeit von den drei lateinischen Nationen verbleiben.

Hassobjekt Deutschland im Dokument des Zorns

Kojèves Memorandum trägt prophetische Züge: Vergisst man für einen Augenblick die Reichsrhetorik, sieht man die Umrisse der Europäischen Union vor sich. Es ist eine Union, deren praktische Politik und politische Philosophie vom Süden des Kontinents, nicht vom Norden her bestimmt wird. Agamben präsentiert den Text Kojèves wie ein politisches Gedankenspiel, das man angesichts des gegenwärtigen Nord-Süd-Konflikts nachdenkenswert finden mag.

Groß ist das Verständnis des italienischen Philosophen für die Klage der europäischen Südländer, in der Europäischen Union ihre kulturellen Selbstverständlichkeiten und ihre spezifische Lebensart eingebüßt zu haben. Aber Kojèves Text ist nicht so unschuldig, wie er in der Präsentation Agambens erscheint. In Wahrheit, dies zeigt die vollständige Lektüre, handelt es sich um ein Dokument des Zorns.

Hassobjekt ist Deutschland. Kojève propagiert einen "lateinischen" Morgenthau-Plan. Deutschland soll in erheblichem Maße entindustrialisiert werden. Die deutsche Landwirtschaft muss in Zukunft ihre Düngemittel aus Frankreich importieren. Jede Stahlproduktion wird verboten. Deutschland, die "Kohlengrube des Lateinischen

Reiches", wird die Existenz der französischen Stahlindustrie sichern. Zur Ironie der Geschichte gehört es, dass die von Kojève vorgeschlagene "Eisen-Kohle-Konvention" die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl vorwegnimmt, aus der die EG und dann die EU hervorgehen wird.

In den Dreißigerjahren war Alexandre Kojève durch die Vorlesungen berühmt geworden. Mit ihm verbindet sich die Vorstellung vom "Ende der Geschichte", die weltweite Durchsetzung einer den Prinzipien der Französischen Revolution verpflichteten Zivilgesellschaft gleichberechtigter Citoyens. Dort gibt es keine Herren und Knechte mehr. Das politische Szenario aber, das Kojève entwarf, stellte ein Herr-Knecht-Verhältnis wieder her: Politische und ökonomische Weichenstellungen sicherten "auf unbegrenzte Zeit" Frankreich, dem Herrn, den Respekt seines deutschen Knechts.

Der Respekt des deutschen Knechts vor Frankreich

Unmittelbar nach Ende des Krieges war der Hass auf Deutschland verständlich. Unverständlich aber ist es, dass in einem Blatt wie "Libération" an den Text von Kojève erinnert wird, als ob es sich bei der Errichtung eines lateinischen Imperiums um eine politische Strategie für die Gegenwart handelte.

Agamben stellt den Text von Kojève vor wie einen Geistesblitz, der schlagartig eine trübe politische Landschaft erhellt. Tatsächlich muss man das Memorandum in die lange Reihe der Projekte stellen, mit denen in Europa eine "Lateinische Union" gegründet werden sollte, die sich gegen die Anglosphäre, vor allem aber gegen Deutschland richtete. Um 1880 finden sich in Zeitschriften wie der "Revue du monde latin" und der "Renaissance latine" Artikel, welche die Umrisse einer "lateinischen Politik" entwerfen.

Bismarck wird vorgeworfen, Europa nach seinen Vorstellungen formen zu wollen, aber gleichzeitig ist er der größte Staatsmann des Kontinents – zum Neid der französischen Beobachter, die in ihren eigenen Politikern "Pygmäen" sehen, die dem deutschen Riesen nicht gewachsen sind.

Auf der einen Seite wird Angela Merkel, deren politisches Handeln von der französischen Linken oft mit der Taktik Bismarcks verglichen wird, Engstirnigkeit vorgeworfen – auf der anderen werden die Deutschen um die Führungskraft und Überzeugungsstärke ihrer Kanzlerin beneidet. Und wie in den letzten Jahren der Kanzlerschaft Bismarcks verbindet sich heute in Frankreich der Ärger über die deutsche Kanzlerin mit der Kritik am eigenen politischen Personal. Das jetzt in die Öffentlichkeit gelangte Dokument der französischen Sozialisten richtete sich weniger gegen Angela Merkel als an die Adresse des linken Parteiflügels.

Es war nicht die französische Linke, es war Nicolas Sarkozy, der seinen Plan einer Mittelmeerunion gegen Deutschland entwarf. "Contre les Allemands", antwortete sein Berater Henri Guaino, als er nach der Zielrichtung gefragt wurde. Damit machte er es Merkel leicht, ihr Veto gegen die Bildung der "Union méditerranénne" einzulegen. Eine Mittelmeerunion zu bilden, die über Europa hinausreicht und von Deutschland unterstützt würde, wäre heute wichtiger denn je. Das Projekt eines "Empire latin" aber gehört in die Rumpelkammer der politischen Ideengeschichte.

07.05.13 Geldpolitik Die EZB könnte zur Bad Bank für Südeuropa werden

Die EZB prüft offenbar den nächsten Tabubruch: Sie will Banken in Krisenländern verbriefte Kredite abkaufen – und riskiert damit hohe Verluste, für die am Ende der Steuerzahler aufkommen müsste. Von Jan Dams und Sebastian Jost

Kauft die Europäische Zentralbank bald faule Papiere aus Südeuropa auf? Kritiker werfen der Zentralbank vor, dass sie ihr Mandat erneut zu sehr ausdehne

Im Kampf gegen die Euro-Krise bahnt sich der nächste Tabubruch an. Faule Kredite aus Südeuropa könnten schon bald in der Bilanz der Europäischen Zentralbank (EZB) landen. Zahlreiche Notenbanker wollen entsprechende Darlehen nach Informationen der "Welt" aufkaufen, um die Banken in den Krisenländern zu entlasten, damit diese wieder mehr Kredite an Unternehmen vergeben können.

Damit würde die Zentralbank jedoch in den Augen von Kritikern ihr Mandat verletzen und obendrein erhebliche Verlustrisiken eingehen.

Firmen in Spanien oder Italien bekommen teilweise kaum noch Geld von den Banken, was inzwischen als eines der Hauptprobleme der Euro-Krise gilt. Die EZB will das ändern, indem sie den Markt für verbriefte Kreditforderungen wieder in Schwung bringt, so genannte "asset-backed securities" (ABS).

Und anders als bisher bekannt geht es der EZB nicht nur darum, die Rahmenbedingungen für solche Kreditverbriefungen zu verbessern. Nach Informationen aus Notenbankkreisen wird im Gouverneursrat darüber diskutiert, ob die Zentralbank nicht selbst solche ABS-Papiere aufkaufen könnte.

EU-Stabilitätspakt
Mehr Zeit zum Sparen für Spanien und Frankreich
EU-Prognosen für Krisenländer

- Frankreich

  Erstmals seit 2009 dürfte die zweitgrößte Volkswirtschaft der Euro-Zone 2013 wieder schrumpfen – wenn auch mit 0,1 Prozent nur minimal. „Die real verfügbaren Einkommen der Verbraucher schwächeln wegen der steigenden Arbeitslosigkeit und höherer Steuern“, prophezeit die EU-Kommission. „Das anhaltend ungünstige Unternehmervertrauen dürfte die Investitionen weiter

fallen lassen.“ 2014 wird ein Wachstum von 1,1 Prozent vorhergesagt, doch soll die Arbeitslosenquote trotzdem von 10,6 auf 10,9 Prozent steigen. Auch das Staatsdefizit soll im kommenden Jahr mit 4,2 Prozent etwas höher ausfallen als 2013 mit 3,9 Prozent, was den Schuldenberg auf 96,2 Prozent der Wirtschaftsleistung anschwellen lassen dürfte.

- Italien

  Die Rezession soll sich 2013 abschwächen. Das Minus dürfte mit 1,3 Prozent knapp halb so hoch ausfallen wie im Vorjahr mit 2,4 Prozent. „Es gibt keine klaren Signale für eine kurzfristige Erholung, da sich sowohl das Verbrauchervertrauen als auch das Geschäftsklima im negativen Bereich befindet“, stellt die Kommission fest. 2014 soll ein Mini-Wachstum von 0,7 Prozent folgen. Die Neuverschuldung soll sich zwar mit 2,9 und 2,5 Prozent im erlaubten Rahmen bewegen. Mehr Sorgen macht aber der Schuldenstand: Er soll 2014 auf 132,2 Prozent der Wirtschaftsleistung steigen. Eigentlich sehen die EU-Verträge eine Obergrenze von 60 Prozent vor.

- Spanien

  Die Rezession dürfte sich 2013 verschärfen. Erwartet wird ein Rückgang des Bruttoinlandsproduktes von 1,5 Prozent, nach minus 1,4 Prozent im Vorjahr. „Die Binnennachfrage wird wohl schwach bleiben, aber die preisliche Wettbewerbsfähigkeit solle sich schrittweise verbessern und die Exporte an Schwung gewinnen“, sagt die Kommission voraus. 2014 soll dann ein Wachstum von 0,9 Prozent zu Buche stehen. Die Arbeitslosenquote soll dann vom Rekordniveau von 27,0 auf 26,4 Prozent fallen. Die Neuverschuldung dürfte mit 6,5 und 7,0 Prozent in beiden Jahren hoch bleiben. Der Schuldenberg soll bis 2014 auf 96,8 Prozent des Bruttoinlandproduktes wachsen – 2009 waren es noch 53,9 Prozent.

- Griechenland

  Die Wirtschaft dürfte 2013 das sechste Jahr in Folge schrumpfen, wenn auch mit 4,2 Prozent so langsam wie seit 2009 nicht mehr. „Die hohe Arbeitslosigkeit und Einschnitte bei Löhnen und Sozialleistungen werden den privaten Konsum weiter drücken“, befürchtet die EU-Kommission. 2014 soll die Rezession enden: Erwartet wird ein Mini-Wachstum von 0,6 Prozent. Dann soll auch die Arbeitslosenquote fallen, die in diesem Jahr mit 27 Prozent einen Rekordwert erreichen dürfte. Das Staatsdefizit soll sich 2014 mit 2,6 Prozent wieder im erlaubten Rahmen bewegen. Der Schuldenberg dürfte etwas abgetragen werden – von 175,2 auf 175,0 Prozent der Wirtschaftsleistung. Die Schuldenstandsquote bleibt aber mit Abstand die höchste in der Euro-Zone und der EU.

- Irland

  Von allen Krisenstaaten macht Irland die größten Fortschritte. Das Wirtschaftswachstum dürfte sich 2013 auf 1,1 Prozent erhöhen und sich 2014 auf 2,2 Prozent verdoppeln. Die „Leistung ist ermutigend“, so die EU-Kommission. Die unter Steuererhöhungen und Sparprogrammen leidende Binnennachfrage

soll im kommenden Jahr erstmals wieder zum Wachstum beitragen. Die Arbeitslosenquote soll bis dahin auf 13,7 Prozent fallen, 2012 waren es noch 14,7 Prozent. Die Gesundung der Staatsfinanzen kommt aber nur langsam voran: Das Defizit dürfte sowohl in diesem Jahr mit 7,5 als auch im kommenden Jahr mit 4,3 Prozent klar über der Zielmarke der EU von drei Prozent liegen. 2014 soll der Schuldenberg schrumpfen.

- Portugal

  Auch hier verharrt die Wirtschaft in der Rezession. Das Bruttoinlandsprodukt soll um 2,3 Prozent schrumpfen, nach 3,2 Prozent 2012. „Die Wachstumsaussichten für Portugals Exportmärkte haben sich eingetrübt, während sich die Lage am Arbeitsmarkt eintrübt“, stellt die EU-Kommission fest. 2014 soll es wieder ein Wachstum von 0,6 Prozent geben – trotzdem dürfte die Arbeitslosenquote auf 18,5 Prozent steigen. Das Staatsdefizit soll in diesem Jahr auf 5,5 und 2014 auf 4,0 Prozent sinken, während der Schuldenberg bis dahin voraussichtlich auf 124,3 Prozent anschwillt.

- Zypern

  Mit 8,7 Prozent dürfte das Bruttoinlandsprodukt 2013 so stark einbrechen wie in keinem anderen Euro-Land. „Das geht vor allem auf den dringlichen Umbau des Bankensektors zurück, der Kreditwachstum und Haushaltssanierung hemmt“, befürchtet die EU-Kommission. „Unsicherheit belastet zudem die Binnennachfrage und Investitionen.“ 2014 soll die Rezession mit 3,9 Prozent deutlich schwächer ausfallen, die Neuverschuldung aber auf 8,4 Prozent steigen. Der Schuldenberg wächst bis dahin auf 124 Prozent. Er wäre dann mehr als doppelt so groß wie 2010.

Eine Mehrheit im EZB-Rat für einen solchen Vorstoß sei gut möglich, heißt es in Zentralbankkreisen. Doch es gibt auch erbitterte Gegner. Aus ihrer Sicht würde die Notenbank ihr Mandat ebenso wie bei Staatsanleihenkäufen zumindest weit dehnen.

Seit der Finanzkrise schwer verkäuflich

Bereits vergangene Woche hatte EZB-Präsident Mario Draghi eine Initiative zur Wiederbelebung des ABS-Marktes angekündigt. Verbriefte Kredite sind seit der Finanzkrise des Jahres 2008 nur noch schwer verkäuflich. Auf die Frage, ob die EZB selbst solche Papiere kaufen wolle, antwortete Draghi nur vage.

"Wir haben noch keine genaue Position dazu, was wir tun werden", sagte er. Es gebe eine gemeinsame Task Force mit der Europäischen Investitionsbank (EIB), einem Förderinstitut der EU, "und wir halten diese Institution für am besten geeignet, um mit diesen Themen umzugehen", so der Notenbankpräsident.

Im 23-köpfigen EZB-Rat gehen die Diskussionen jedoch längst weiter – und sie sind höchst kontrovers. Das grundsätzliche Anliegen, den Verbriefungsmarkt wieder zu beleben, stößt auf breite Zustimmung. So könnte man etwa darüber nachdenken, welche regulatorischen Hemmnisse für solche Papiere abgebaut werden könnten, heißt es.

Umso umstrittener ist, welche Rolle die Zentralbank dabei spielen sollte. Etliche Ratsmitglieder sollen dafür sein, selbst mit Aufkäufen aktiv zu werden, andere sind vehement dagegen. "Unter dem Strich scheint die Mehrheit jedoch für den Kauf von ABS-Papieren zu sein", heißt es in Notenbankkreisen.

Im Rat sind die Präsidenten der 17 nationalen Notenbanken in der Euro-Zone sowie das sechsköpfige EZB-Direktorium vertreten. Zu den Gegnern von ABS-Käufen wird die Bundesbank gezählt, aber auch mehrere Mitglieder des Direktoriums sollen skeptisch sein.

Während Draghi selbst Sympathie für die Maßnahme nachgesagt wird, sollen der Luxemburger Yves Mersch und auch der deutsche Direktoriumsvertreter Jörg Asmussen dagegen sein. Ein EZB-Sprecher wollte sich dazu nicht äußern und verwies auf Draghis öffentliche Äußerungen, wonach die Diskussion noch lange nicht abgeschlossen sei.

ABS-Papiere haben seit der Finanzkrise einen zweifelhaften Ruf. Dramatische Wertverluste bei solchen Kreditpaketen waren ein Hauptproblem der Finanzkrise. Ob die Zentralbank in einen solchen Markt einsteigen sollte, ist unter Ökonomen umstritten. "Wirtschaftlich wäre es richtig, wenn die EZB über den ABS-Markt Kredite aufkaufen würde", sagt Sylvain Broyer, Europa-Chefvolkswirt der französischen Bank Natixis.

Der Reformdruck für die Regierungen sinkt

Länder wie Spanien befänden sich in einer Verschuldungsfalle: Die Banken hätten mit Altlasten zu kämpfen, "es gibt keinen Spielraum für neue Kredite". Er verweist auf die US-Notenbank Fed, die Banken Problemkredite abgenommen und damit für Wirtschaftswachstum gesorgt habe. Der Effekt hängt allerdings auch von der Ausgestaltung ab: Wirklich entlastet werden Banken nur, wenn sie Kredite zu relativ hohen Preisen abgeben können.

Andere Ökonomen halten die Erfahrungen jedoch nicht für auf Europa übertragbar. "Im Euro-Raum ist das Kernproblem eine Staatsschuldenkrise, unter der auch die Banken in den Peripherieländern leiden. Deshalb sind sie nicht in der Lage, die niedrigen Zinsen der EZB voll weiterzugeben", sagt Commerzbank-Chefvolkswirt Jörg Krämer.

Deshalb müsse man auch bei den Ursachen der Staatsschuldenkrise ansetzen und Strukturreformen weiter vorantreiben. "Wenn die EZB Kredite aus diesen Ländern aufkauft und damit indirekt den dortigen Mittelständlern Geld leiht, nimmt sie weiteren Reformdruck von den Regierungen", warnt Krämer. "Damit würde sie die Krise ungewollt verschärfen."

Umstritten ist ohnehin, wie schnell die Maßnahmen überhaupt wirken könnten. Selbst wenn die EZB zu ABS-Käufen bereit wäre, würde es Jahre dauern, den Markt wieder in Schwung zu bringen, meint Berenberg-Ökonom Christian Schulz.

"Damit könnte die EZB allenfalls ihren Werkzeugkasten für die nächste Krise erweitern." Denn man stelle ja derzeit fest: Jenseits der Nullzinspolitik habe die Notenbank kaum einen Hebel, um die Konjunktur zu stützen.

Mittwoch, 24. 04. 2013 **Brisanter EU-Plan**

Bei Bankenpleiten sollen Sparer bluten

Sparer reiben sich die Augen über Pläne im Finanzministerium: Wenn ihre Bank pleitegeht, sollen sie ebenfalls dran sein. Wie Sie jetzt Ihr Vermögen in Sicherheit bringen.

Haftungskaskade. Noch nie gehört? Dann sollten Sie jetzt genau lesen: Die Haftungskaskade gefährdet Ihre Ersparnisse, Ihr Konto, Ihr Geld. Europa droht Ihnen mit Enteignung – wenn Sie nicht gut aufpassen und die richtigen Schutzmaßnahmen ergreifen.

Sündenfall Zypern

Der Plan: Sparer sollen haften, wenn ihre Bank pleitegeht und „abgewickelt werden“ muss. Genau das hat die Europäische Union in Zypern vorexerziert: Wer mehr als 100 000 Euro bei zwei Banken hatte, ist einen Teil seiner Ersparnisse los – egal, ob kleiner zyprischer Geschäftsmann oder milliardenschwerer russischer Oligarch. Jetzt plant EU-Binnenmarktkommissar Michel Barnier – den Namen sollten Sie sich merken – das Gleiche für ganz Euro-Land. Das heißt: Im Falle eines Falles haften Sie, wenn Ihre Bank pleitegeht – nicht als Steuerzahler, sondern ganz direkt. Trauen Sie sich wirklich zu zu beurteilen, ob Ihre Bank tatsächlich gesund ist? Nicht nur heute, sondern vielleicht in zwei oder drei Jahren? Welche Derivate in der Bilanz schlummern, von denen vielleicht sogar nicht einmal der Vorstand etwas weiß?

Dann brauchen Sie Alternativen. Alternativen, mit denen Sparer ihr Geld im Falle eines Falles in Sicherheit bringen können. Sparbücher, Tages- und Festgeld sowie Banksparpläne scheiden in Zukunft aus – sie alle sind gefährdet, sollte eine Bank pleitegehen. Wie Sie jetzt auf Nummer sicher gehen können, erfahren Sie auf den folgenden Seiten.

Der Erfinder der Haftungskaskade heißt Michel Barnier. Der Franzose ist seines Zeichens EU-Binnenmarktkommissar. „Zuerst zahlen die Aktionäre der Bank, als Zweites die übrigen Kapitalgeber, also etwa Anleihenbesitzer“, erläutert der Kommissar gegenüber der „Süddeutschen Zeitung“ den Plan. Und kommt dann zum wirklichen Sprengstoff: „Wenn das nicht reicht, werden Sparer mit einem Guthaben über 100 000 Euro herangezogen.“ Erst dann kommen die „künftigen nationalen Banken-Abwicklungsfonds, in die alle Institute einzahlen müssen“, erklärt Barnier. Der Abwicklungsfonds soll statt wie bisher geplant erst 2018 jetzt schon 2015 stehen. Wie – das steht noch in den Sternen.

Gebrochenes Versprechen

Erinnern Sie sich noch an die schönen Worte von Angela Merkel und Peer Steinbrück am 5. Oktober 2008? Nicht einmal fünf Jahre ist das her. „Wir sagen den Sparerinnen und Sparern, dass ihre Einlagen sicher sind. Auch dafür steht die Bundesregierung ein“, sagte damals Merkel. Das ist heute Makulatur. Genau wie die Worte des damaligen Finanzministers und heutigen SPD-Kanzlerkandidaten Peer Steinbrück: „Ich möchte gerne unterstreichen, dass wir in der Tat in der gemeinsamen Verantwortung, die wir in der Bundesregierung fühlen, dafür Sorge tragen wollen, dass die Sparerinnen und Sparer in Deutschland nicht befürchten müssen, einen Euro ihrer Einlagen zu verlieren. Dies ist ein wichtiges Signal.“

Am 18. März in diesem Jahr bekräftigte Regierungssprecher Steffen Seibert: „Es ist das Merkmal einer Garantie, dass sie gilt.“ Gut einen Monat hält das Versprechen dieses Mal. Jetzt ist es gebrochen, wenn die Pläne Realität werden. Und danach sieht es aus. „Es ist entscheidend, dass wir bei uns in Europa klare Regeln haben für die Reihenfolge, die Investoren aus der ganzen Welt vorab kennen“, fordert Jörg Asmussen, Direktoriumsmitglied der Europäischen Zentralbank. Das beinhalte auch, dass Sparer mit einem Guthaben von mehr als 100 000 Euro betroffen sein könnten, so der Zentralbanker.

Vergrößern Teilen und Details

Thompson Reuters Datastream Sicherheit nicht umsonst: Erst ab einer Laufzeit von mehr als einem Jahr werfen Bundesanleihen überhaupt noch etwas ab – bei kürzeren Laufzeiten zahlen Investoren sogar noch eine „Strafgebühr“, dass sie dem deutschen Staat Geld leihen

Richtlinien-Vorstoß

EU will Girokonto zum Grundrecht machen

Der Präsident der EU-Kommission, José Manuel Barroso

Die EU-Kommission hat ihre Geduld mit den Banken verloren und will nun einen besseren Kundenservice per Richtlinie erzwingen. Dazu gehört das Recht auf ein Girokonto für alle EU-Bürger. Die Finanzbranche ist empört.

Das Paket, das Binnenmarktkommissar Michel Barnier und Verbraucherkommissar Tonio Borg am Mittwoch präsentieren wollen, hat drei Hauptanliegen. Erstens soll keinem EU-Bürger mehr die Einrichtung eines Kontos verwehrt werden dürfen, unabhängig von dessen Einkommen oder Schuldenstand. Zweitens will die Kommission Verbrauchern eine bessere Übersicht über anfallende Kontogebühren verschaffen. Drittens sollen Kontowechsel zwischen verschiedenen Banken erheblich vereinfacht werden. Mit diesem Vorstoß zieht die Kommission nach eigenen Angaben Konsequenzen aus den enttäuschten Hoffnungen auf eine Selbstregulierung der Branche. -

Sollte die Richtlinie vom Europaparlament und den EU-Mitgliedstaaten abgenickt werden, müssten die Länder dafür Sorge tragen, dass die neuen Vorgaben umgesetzt werden. Alle Banken müssten dann ihre Kunden regelmäßig über angefallene Entgelte informieren, und zwar aufgeschlüsselt nach einem einheitlichen Standard. In jedem Land soll zudem eine unabhängige Internetseite einen Gebührenvergleich zwischen sämtlichen Kontoanbietern ermöglichen.

Weniger Bürokratie

Des Weiteren will die Kommission mehr Wettbewerb zwischen den Geldinstituten, indem Kontowechsel deutlich vereinfacht werden. Künftig soll es genügen, der

jeweils neuen Bank einen Auftrag zur Abwicklung des alten Kontos zu erteilen. Der neue Anbieter muss sich dann laut der EU-Vorlage zeitnah und kostengünstig um alles Weitere kümmern. Auch die Einrichtung eines Kontos im EU-Ausland soll für EU-Bürger vereinfacht werden. -

Nach Angaben der Kommission verfügen 58 Millionen EU-Bürger über kein Girokonto, wodurch sie von vielen Dingen des alltäglichen Lebens ausgeschlossen seien.
Allein in den EU-Ländern Bulgarien und Rumänien lebe die Hälfte der Bevölkerung ohne ein Konto. In Deutschland geht die Zahl derer, die ohne Konto leben, nach verschiedenen Schätzungen in die Hunderttausende. Diesen Menschen soll mit der Einrichtung eines Basiskontos auf Guthabenbasis in jedem EU-Land geholfen werden.

Lob und Kritik

Der Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv) begrüßte am Dienstag den Vorstoß der Kommission: Banken hätten bei ihren Regeln eine ungeheure „Kreativität“ entwickelt, sagte vzbv-Bankenexperte Frank-Christian Pauli. Es sei gut, dass dem Wildwuchs nun begegnet werde. Bei dem geplanten Basiskonto müsse nun darauf geachtet werden, dass potenzielle Nutznießer nicht gezielt durch hohe Gebühren oder durch stark eingeschränkte Leistungen abgeschreckt würden.

Die deutschen Banken lehnen dagegen die Brüsseler Pläne ab: „Die Vorschläge gehen aus Sicht der deutschen Kreditwirtschaft an der Lebensrealität der Menschen vorbei“, sagte am Dienstag der Sprecher des Deutschen Sparkassen- und Girover-bandes (DSGV), Stefan Marotzke. „In Deutschland herrscht komplette Transparenz über Entgelte und Gebühren für die Kontoführung.“ Auch das Basiskonto sei unnötig, weil das 1995 eingeführte Konto für jedermann die Funktion eines allgemein zugänglichen Guthabenkontos erfülle. Marotzke bezweifelte, dass vielen Bundes-bürgern ein Konto vorenthalten werde.

der Konsum ist einer der wichtigsten Stützpfeiler der Konjunktur. Und wenn es hier zurückgeht ist das auf jeden Fall ein klares Alarmsignal. In der EU geht der Konsum aktuell zurück.

Das ist für mich ein weiteres Indiz dafür, dass die Eurokrise noch nicht vorüber ist. Für Sie heißt das: Vertrauen Sie nicht auf die positiven Kommentare aus der Wirtschaft. Es ist vielmehr so:

Der große Absturz steht bevor und wird die Euro-Krise schon bald in den Abgrund ziehen. Aktuell befindet sich der Gesamtkonsum in der Euro-Zone auf dem Niveau von 2004.

Wie aber mit so einer geringen Aktivität die Konjunktur im gemeinsamen Währungsraum an Fahrt aufnehmen soll, ist unerfindlich. Aber von diesen Entwicklungen lesen Sie in den Massenmedien so gut wie nichts. Dort tauchen immer wieder extrem positive Meldungen auf.

Aber selbst wenn wir in Deutschland jetzt noch nicht von den Folgen der Konsumschwäche in der Euro-Zone betroffen sind, so werden wir uns schon bald dieser Schwäche nicht mehr entziehen können.

Dies ist nur eine logische Konsequenz aus der aktuellen Struktur der deutschen Wirtschaft. So exportieren wir einen Großteil unserer Waren in den Euro-Raum. Und wenn es dort nach unten geht, schlägt das dann auch auf Deutschland durch. Für mich bleibt eigentlich nur die Frage: Wann ist das der Fall? Ich rechne schon bald damit.

Auch Warren Buffett hält Euro für instabil

Mittlerweile nimmt auch die Schar der prominenten Eurokritiker zu. So hat jetzt Warren Buffett, der nachweislich erfolgreichste Investor aller Zeiten, gesagt, dass der Euro auf Dauer gar nicht funktionieren kann.

Buffett äußerte sich im Rahmen der Hauptversammlung seines Unternehmens Berkshire Hathaway zu dem Thema. Das Kernproblem sieht Buffett darin, dass die vielen verschiedenen Staaten in Europa viel zu schnell in eine Währungsunion gedrängt worden sind.

Der Euro ist ein politisches Projekt, das sogar gegen den Widerstand prominenter Ökonomen einfach eingeführt worden ist. Über kurz oder lang wird der Euro scheitern, weil das aktuelle System viel zu instabil ist. Leider werden bis zum Ende des Euros noch viele Milliarden Rettungsgelder in die Krisenländer fließen.

Ein harter Schnitt zum richtigen Zeitpunkt würde dies sicherlich verhindern. Doch die Politik ist nicht gewillt, diesen harten Schnitt auch durchzuführen. Zumal in diesem Jahr auch noch Bundestagswahlen auf dem Programm stehen.

08.05.2013 - **Poker um neue Regierung für Salzburg hat begonnen**

Sieben Stunden lang wurde am Mittwoch verhandelt. Mit wem er sich eine künftige Salzburger Landesregierung vorstellen kann, das will ÖVP-Chef Wilfried Haslauer bereits kommenden Dienstag bekannt geben.

Kommen die Grünen in die Regierung? Wilfried Haslauer und Astrid Rössler führten am Mittwoch ihr erstes Gespräch. Nach einem der härtesten Wahlkämpfe suchen die Salzburger Parteien seit Mittwoch wieder Einigkeit.

Mit siebenstündigen Verhandlungen begannen noch vor dem Feiertag die ersten Gespräche zur Bildung einer neuen Regierung: ÖVP-Chef Wilfried Haslauer hatte die Spitzen der anderen Parteien zu einem ersten Meinungsaustausch gebeten.

Die Grünen haben sich wie berichtet bereits am Dienstagabend auf eine Dreierkoalition mit ÖVP und SPÖ als einzige Variante festgelegt. Auch SPÖ-Chef Walter Steidl sprach sich nach dem Gespräch mit Haslauer für diese Konstellation aus.

Erstes Gespräch mit Steidl

Steidl war Mittwoch Vormittag als erster in das Büro Haslauers in der Kaigasse gekommen. Das Gespräch dauerte zwei Stunden. Steidl will seine Partei, die bei der jüngsten Landtagswahl am meisten Stimmen und Mandate verloren hat, in

der Landesregierung halten. Steidl sprach anschließend von einem "konstruktiven Vier-Augen-Gespräch". Der neue SPÖ-Parteivorsitzende kann sich eine Dreierkoalition mit den Grünen vorstellen. "Eine Zusammenarbeit zwischen ÖVP, SPÖ und den Grünen erfährt innerhalb der Salzburger SPÖ eine große Zustimmung", erklärte er am Mittwoch.

Schnell, Rössler und Mayr am Nachmittag

Anschließend traf Haslauer mit FPÖ-Parteiobmann Karl Schnell zusammen. Um 14 Uhr folg-te das Gespräch mit **Grünen-Chefin Astrid Rössler. Sie hat einen Parteibeschluss im Gepäck, wonach die Grünen nur in eine Landesregierung gehen wollen, in der neben der ÖVP auch die SPÖ vertreten ist. Einer solchen Dreierkoalition steht Haslauer allerdings skeptisch gegenüber**.
***ÖVP-LH** Haslauer (29%) **im Schwitzkasten** v SPÖ (23% u Grüne (20 %)*

Rössler informierte nach dem Treffen lediglich darüber, dass die Festlegung auf besagte Dreierkoalition im Gespräch mit Haslauer besprochen wurde. Zudem sei für Montag ein erstes Vorgespräch vereinbart worden. Dabei sollen Eckpunkte einer möglichen Zusammenarbeit ausgetauscht werden.

Den Abschluss der Gespräche bildet um 16 Uhr der Bürgermeister von Goldegg und Team-Stronach-Spitzenkandidat Hans Mayr. **Von Seiten des Team Stronach wird eine Koalition mit Grün und Schwarz präferiert.**

Haslauer selbst wollte sich Mittwoch Abend im SN-Gespräch noch in keine Richtung festlegen lassen. "Es waren erste, konstruktive Gespräche. Ab Freitag wollen wir in Zweier-Teams inhaltliche Eckpunkte besprechen." Gemeinsam mit Halleins Bürgermeister Christian Stöckl will Haslauer am Freitag SPÖ und FPÖ treffen, am Montag folgen Grüne und Team Stronach.

Bereits am Dienstag will Haslauer dann nach einem Parteipräsidium konkrete Koalitionsvorschläge machen und ab Donnerstag, 16. Mai, mit den konkreten Koalitionsverhandlungen starten.

"Wir haben keine Zeit zu verlieren", betonte Haslauer. Es gelte jetzt, die Gräben, die im Wahlkampf aufgetan wurden, wieder zu glätten und zu einer "neuen Qualität der Begegnung" zu finden. Ob das bei den Gesprächen am Mittwoch gelungen sein? "Nun ja, wir haben uns nicht angeschrien", meinte Haslauer scherzhaft

09.05.2013,**Schock für ÖVP: Grüne wollen SPÖ in Regierung. Bei den Schwarzen hoffte man auf eine Koalition mit Grün und Stronach – doch das kommt für die Ökopartei nicht in Frage.**

Jetzt wird's kompliziert. Am Dienstagabend beschlossen Landesvorstand und Landesausschuss der Grünen, einer künftigen Regierung angehören zu wollen – allerdings nur mit ÖVP und SPÖ; eine Koalition mit dem Team Stronach sei kein Thema. Gegen diese Partei habe man „grundlegende Bedenken", sagte Grünen-Chefin Astrid Rössler.

Das ist ein harter Schlag für die ÖVP und den Boulevard. Denn bereits einen Tag nach der Wahl hatte der designierte Finanzlandesrat Christian Stöckl im KURIER erklärt, dass es eine „breite Basis für Schwarz-Grün plus Stronach" gebe. Und die Kronen Zeitung titelte am Mittwoch: „Salzburger wollen Schwarz-Grün-Gelb" – was so viel bedeutet wie: Die Krone will Schwarz-Grün-Gelb.

Die von den Grünen präferierte Variante Schwarz-Rot-Grün schließt wiederum ÖVP-Chef Wilfried Haslauer aus. Diese sei sinnlos, weil ÖVP und SPÖ ohnedies eine Mehrheit im Landtag hätten, sinnierte Haslauer. Schwarz-Rot-Grün sei „nicht Fisch, nicht Fleisch". Aus Sicht der ÖVP wäre dieses Bündnis sogar gefährlich, denn dann hätten die Schwarzen drei Landtagssitze, Grüne und Rote je zwei Sitze – und damit bei strittigen Themen eine Mehrheit in der Regierung, mit der sie die ÖVP überstimmen könnten.

In ersten Vier-Augen-Gesprächen wollte Haslauer am Mittwoch mit allen Parteichefs über eine mögliche Zusammenarbeit reden. „Die Treffen haben vorrangig das Ziel, das Klima auszuloten", hieß es aus seinem Büro.

Schwarz-Blau-Gelb?

Das Team Stronach, das gerne einer neuen Regierung angehören würde, brachte dabei eine neue Farbvariante ins Spiel-Chef: Schwarz-Blau-Gelb. Nachdem die Grünen ja mit Stronachs Mannen bekanntlich nicht können, schlug Parteichef Hans Mayr vor, statt Grün die FPÖ in eine Regierung zu holen – und das ohne die SPÖ.

Dieser Plan dürfte allerdings an der FPÖ scheitern. Im KURIER nahm Karl Schnell seine Partei de facto schon aus dem Koalitionspoker. „Mit einer Dreier-Koalition mit Stronach hätte ich keine Freude", sagte er. Um Regierungsverantwortung zu übernehmen, bräuchte man den Auftrag der Bevölkerung, „und den sehe ich nicht."

09.05.2013

Parteien rudern zurück: **In Sachen Koalition - alles wieder offen**

-Wer wird Salzburg in Zukunft regieren? Die ÖVP schließt eine Koalition mit Grünen und SPÖ nicht mehr aus. Auch die Grünen und die FPÖ zeigen sich wieder aufgeschlossener. Das Team Stronach ist ohnehin flexibel.

Ist es die da? Wilfried Haslauer und sein Team sind auf der Suche nach Partnerschaft.

Regierung oder doch Opposition? Astrid Rössler und ihre Grünen wollen unbedingt regieren.

Fast sah es schon so aus, als würde Salzburg auf absehbare Zeit gar keine Landesregierung bekommen - so viele Parteien hatten mögliche Partner und Koalitionen ausgeschlossen, am Ende blieb praktisch keine Variante mehr übrig. Nun scheinen sich die Standpunkte bereits merklich aufzuweichen. Und alles, oder zumindest ziemlich viel, ist wieder offen. So teilte der Sprecher von ÖVP-Chef Wilfried Haslauer am Donnerstag mit: Keineswegs sei eine Koalition mit SPÖ und Grünen ausgeschlossen. Diese müsse nur garantieren, "dass nicht alles so weitergeht wie bisher, nur mit einem grünen Feigenblatt". Eine "neue Art des Regierens" müsse gewährleistet sein, das sei die Bedingung der ÖVP für eine Koalition "Schwarz-Rot-Grün".

Grüne und Team Stronach in einem Boot?

Die Grünen wiederum erklären sich, notfalls, auch zu einer Koalition aus ÖVP, Grünen und Team Stronach bereit. Dies für den "unwahrscheinlichen Fall", dass Schwarz-Rot-Grün nicht zustande komme, sagt LAbg. Cyriak Schwaighofer. Eine Koalition mit dem Team Stronach sei parteiintern freilich umstritten und würde wohl nur "ohne Einstimmigkeit" beschlossen werden können.

FPÖ-Chef Karl Schnell erklärte schließlich am Donnerstag, "zur Not in den sauren Apfel beißen" zu wollen. Soll heißen: Sich mit der FPÖ an einer Regierung zu beteiligen. Besagter Notfall trete ein, falls die anderen Parteien "nichts zusammenbringen, weil sie sich undemokratischerweise gegenseitig ausschließen". Dann sei es eine demokratische Pflicht auch Regierungsverantwortung zu übernehmen. Die FPÖ dränge aber keinesfalls in eine Regierung. "Schon auch aus der Überlegung, dass wir dann den Scherbenhaufen, den SPÖ und ÖVP hinterlassen haben, zusammenkehren müssten." Hans Mayr vom Team Stronach betonte, niemanden auszuschließen und für alle Koalitionsvarianten offen zu sein.

• Grüne wollen Gehalts-Strip für alle Österreicher

Einen Einkommens-Striptease aller Bürger begehrt Salzburgs Grünen-Frontfrau Rössler. Dabei ist hierzulande das Bankgeheimnis heilig. Grüne wollen Gehalts-Strip für alle Österreicher. Die siegreiche Salzburger Grünen-Chefin Astrid Rössler findet das Thema „überfällig".

20,2 Prozent bei der Wahl in Salzburg – das war ein unerwarteter Erfolg für die dortige Grünen-Chefin Astrid Rössler. Im Gespräch mit dem KURIER skizziert sie ihre nächsten Schritte.

KURIER: Wollen Sie nach diesem Wahlresultat mitregieren?
Astrid Rössler: Ja, wir haben uns von Anfang an deklariert, dass wir mitregieren wollen – aber nur, wenn das Programm und die Inhalte passen, wenn man die grüne Handschrift klar erkennen kann.
Sie haben mit ÖVP-Chef Wilfried Haslauer schon gesprochen. Was kam dabei heraus?
Um Inhalte ging es dabei noch nicht. Bei der zweiten Gesprächsrunde am Montag wollen wir erste Eckpunkte einer möglichen Zusammenarbeit austauschen.

Was sind Ihre zentralen Punkte? Was glauben Sie, jedenfalls umsetzen zu können?
Ein zentrales Thema ist die Mobilität. Wir brauchen eine neue Bahnerschließung des Flachgaus. Zweitens das Thema Energiewende durch Solarenergie, Fotovoltaik, Windkraft; und eine neue Rolle der Wasserkraft. Wir brauchen keine neuen Wasserkraftprojekte, weil wir enorm viel Modernisierungspotenzial bei den bestehenden knapp 500 Wasserkraftwerken haben. Und drittens die überfällige Verwaltungsreform, etwa die Frage, wie Führungspositionen im Land besetzt werden. Und grundsätzlich brauchen wir viel mehr Transparenz, etwa bei der Auskunftspflicht der Behörden. So viel wird bei uns noch immer unter der Tuchent ausgemacht.

„Mein Bruder lebt in Schweden. Der lacht mich immer aus, dass in Österreich alles so geheim ist."

Sie kritisieren auch die niedrige Steuermoral im Land. Was wollen Sie da unternehmen?
Schauen Sie, hier liegt der schwedische Taxeringskalender, wo jährlich veröffentlicht wird, wie viel Einkommen und Vermögen jeder Bürger des Landes versteuert. Mein Bruder lebt in Schweden. Der lacht mich immer aus, dass in Österreich alles so geheim ist.

Sie wollen Vermögen und Einkommen aller Bürger offenlegen, in einem Land, in dem schon das Bankgeheimnis heilig ist?
Natürlich, aber das ist überfällig. Zu mir kommen noch immer Menschen, die sich aufregen, weil ihnen die Einsicht in Flächenwidmungspläne verwehrt wird. Beim Thema Transparenz haben wir viel Nachholbedarf.

Aber warum veröffentlichen?
Zum Beispiel, weil die Menschen stolz zeigen können, wie viel sie beitragen, damit es gute Schulen gibt oder Krankenhäuser oder einen Studienplatz. Und nicht sich zu brüsten, wie viele Steuern man wieder durch Schlupflöcher gespart hat. Durch diese Heimlichtuerei wird das doch gefördert, dabei soll doch jeder seine Steuern als Beitrag für das Allgemeinwohl empfinden.

Also haben wir ein Problem mit der Steuermoral?
Ja, das reicht so weit, dass das Land Salzburg einen Versorgungs- und Unterstützungsfonds gegründet hat, um die Kapitalertragssteuer zu sparen. Das heißt, das Land selber schließt sich diesem Denken an und knausert mit öffentlichen Abgaben – und muss sich dann selbst anzeigen und sagen: Wir haben Steuern hinterzogen. Oder dass man den Gemeinden rät, für Bauvorhaben eine GmbH zu gründen, weil man damit die Vorsteuern abziehen kann, obwohl ein Großteil des Geldes für die Gründungskosten draufgeht. Dieser Umschichtung kann ich echt nichts abgewinnen.

Sie wurden vielen erst durch den U-Ausschuss zum Spekulationsskandal bekannt. Wie soll es da weitergehen?
Die Aufklärung muss jedenfalls fortgesetzt werden. Etwa, ob das Land Ansprüche gegen Banken geltend machen kann. Allenfalls auch wieder mit einem U-Ausschuss, das will ich nicht ausschließen, oder durch die weitere Aufarbeitung im Finanzüberwachungsausschuss im Landtag.

„Wir brauchen eine Sicherheit, dass die Antworten, die wir bekommen, richtig und vollständig sind."

Was können Sie im Landtag künftig anders machen?
Der Finanzskandal hat mir gezeigt, dass der Landtag beharrlicher Informationen einfordern muss, auch vonseiten der Regierungsparteien. Wir wurden zwar angelogen, dennoch habe auch ich mich gefragt, ob wir alle Möglichkeiten genutzt haben.

Wie soll verhindert werden, dass man im Landtag einfach angelogen wird?
Wir brauchen eine Sicherheit, dass die Antworten, die wir bekommen, richtig und vollständig sind. Davon sind wir ausgegangen. Falsche Antworten künftig zu sanktionieren, wird auch eine Aufgabe des nächsten Landtags sein.

10. 05. 2013

Team Stronach: Ein Anruf aus Kanada

Gabmann ist aus dem Team Stronach ausgeschieden, sein Mandat behält er trotzdem

Erinnert sich noch jemand an Karin Prokop? Um den Jahreswechsel tauchte ihr Name erstmals im Zusammenhang mit dem Team Stronach auf, ebenso wie jener von Ernest Gabmann junior. Die Sprösslinge zweier früherer VP-Politiker sollten mit ihren bekannten Namen Stimmen bringen - und die Schwarzen ärgern.

Das funktionierte nur bedingt. Prokop kandidierte erst gar nicht, ihre Karriere beim Team Stronach war vorbei, bevor sie begonnen hatte; und nun hat Gabmann die Obmannschaft des niederösterreichischen Landes-Teams zurückgelegt. Irgendwie dürfte er beim Parteigründer durchgefallen sein: Am Wahlabend war er noch designierter Landesrat, danach zumindest designierter Klubobmann. Doch immer hatte Frank letztlich einen anderen Personalwunsch.

In den Bezirken rumort es derweil gewaltig, dort und da gab es Rücktritte; es scheint nur eine Frage der Zeit zu sein, bis auch der Landtagsklub implodiert. Den Abgeordneten kann's egal sein, sie sitzen für fünf Jahre auf ihrem Mandat, auch der mehrfach geschasste Gabmann denkt nicht daran, es zurückzulegen.

Der demokratiepolitisch wichtige Grundsatz des freien Mandats erhält damit einen seltsamen Geruch: Geht es den Neopolitikern wirklich um die Sache? Oder doch um die angenehme Abgeordneten-Apanage? Sie bietet zumindest eine gewisse Sicherheit in einer Partei, in der ein Anruf aus Kanada jede Karriere beenden kann. Und das hat mit Demokratie rein gar nichts zu tun.

10. 05. 2013 SPÖ und ÖVP: Im Endlagerhaus

Die Ergebnisse der vier Landtagswahlen dieses Jahres geben weder der einen noch der anderen Koalitionspartei Anlass zu Optimismus

Das unterscheidet die Luftfahrt von der Politik: In Letzterer merkt man, was ein Höhenflug ist, erst bei der Landung. Nach der Wahl in Salzburg deklarierte eine ÖVP im Höhenrausch, beflügelt von minus 7,5 Prozent, 2013 zu ihrem Jahr. Angesichts der sonstigen Umstände, unter denen sie ihren Wahlkampf anleiert, darf vermutet werden, dass ihr Generalsekretär seiner Partei eher im finsteren Wald Mut zupfeift, als redlichen Herzens an eine Jahresregentschaft seines Obmannes zu glauben. Aber vielleicht wusste er da schon, mit welchen Sensationen Michael Spindelegger die Nation in seiner Rede an dieselbe aufrütteln wird. Wer weiß, was diesmal auf die lange Transparenzdatenbank geschoben wird?

Die Ergebnisse der vier Landtagswahlen dieses Jahres geben weder der einen noch der anderen Koalitionspartei Anlass zu Optimismus. Betrachtet man die Zeitgeschichte nach dem Prinzip der längeren Dauer, dann ergaben die stärksten, in einen Wechsel des Landeshauptmanns mündenden Ausschläge die Wiederherstellung alter Verhältnisse. In Kärnten stieß präfaschistisches Hantieren mit der Macht in steter Hautnähe zur politischen Kriminalität an seine ökonomischen Grenzen. Wo es nichts mehr zu verschenken gab, wurde Platz frei, erst für eine dreiviertelherzige Lösung der Ortstafelfrage, in der Folge für einen roten Landeshauptmann. Im bürgerlichen Salzburg fiel der ÖVP ein Landeshauptmann in den Schoß, obwohl dessen Unfruchtbarkeit gerade im Spekulationsskandal offenbar wurde - was in Schlagkraft umzusetzen die Bürgerlichkeit einer amtsmüden Landeshauptfrau nicht mehr ausreichte.

Abgesehen davon gilt durchgehend, dass sich an der seit Jahrzehnten anhaltenden Erosion der beiden einst großen Parteien auch in der letzten Phase der Legislaturperiode nichts ändert. Große Würfe, geeignet, diesen Trend noch umzukehren, sind nicht mehr zu erwarten. Wer letztlich als relativ Stärkster knapp die Nase vorn haben wird, könnte weniger von plakatierten Verlockungen abhängen als von letzten personalen Winkelzügen, und da erscheint die SPÖ in der gegenwärtigen Situation flexibler. Spät, aber doch hat sie ihren Schwachpunkt aus der Landesverteidigung zurückgezogen - mit der Installierung als Wahlkampfmanager vielleicht sogar in eine taktische Stärke umgewandelt - und dem neuen Mann mit der Idee, die Niederlage Nazideutschlands in einem Fest der Freude auf dem Heldenplatz zu feiern, zu einem Imagegewinn verholfen, den andere längst hätten einheimsen können.

Und die ÖVP? Ein Lebensminister als Pestizidvertreter - das geht nur, wo ein Funktionär in einer Regierung landet, der im Lobbyistenregister besser aufgehoben wäre. Zwischen Maiswurzelbohrer und Biene Maja, im Kampf ums Amtsgeheimnis fürs Endlagerhaus gereift. Aber Spindelegger wird ihn ebenso mitschleppen wie eine Finanzministerin, deren fehlgeleitetes Geltungsbedürfnis weder die Stimmung in der eigenen Partei noch das Ansehen Österreichs zu heben vermag. Vor seiner letzten Rede an die Nation hat sie ihm mit ihren Ideen zur Steuerreform die Brise aus den Segeln genommen. Was plant sie diesmal?

Causa Meinl: Eine Honorarnote, die sehr teuer kommen könnte

In der Causa Meinl fliegen die Messer tief: Jetzt gerät die Staatsanwaltschaft in die Bredouille-dank des Oberlandesgerichts Wien.

Kein Wunder, dass in der Causa Meinl so elendslang ermittelt wird. Fünf Jahre schon ist die Staatsanwaltschaft mit ihr beschäftigt. Die Sache ist also offenbar ziemlich vertrackt. Dazu kommt noch, dass sich – so nebenbei – ein weiteres Problemfeld aufgetan hat, das auch nicht ohne ist: Es gibt gravierende Zores mit Gutachter Fritz Kleiner.

Zur Erinnerung: Fritz Kleiner wurde am 5. Februar 2010 von der Staatsanwaltschaft zum Sachverständigen in der Causa bestellt. Von der Justiz wurde das damals als großer Coup gefeiert. Erstens, weil Kleiner einen wirklich guten Ruf in der Branche hat. Zweitens, weil die ermittelnden Staatsanwälte wenig Fortüne mit dem zuerst bestellten Gutachter hatten: Thomas Havranek musste wegen Befangenheit abberufen werden.

Der renommierte Fritz Kleiner also. Doch auch da hakte es gewaltig. Jedenfalls legte Kleiner Ende 2011 seine Tätigkeit zurück. Mit der Begründung, er fühle sich von den Staatsanwälten unter Druck gesetzt. Sie würden offenbar ein bestimmtes Ergebnis von ihm erwarten, er fühle sich in seiner Objektivität massiv eingeschränkt.

Halb so schlimm, dachte sich die Justiz wohl damals. Zumal sie mit Martin Geyer ohnehin schon längst einen neuen Gutachter im Talon hatte. Und das bissl Zeit, das verloren gegangen war – auch schon egal.

Tja, weit gefehlt. Denn das war in Wahrheit der Beginn einer weiteren äußerst vertrackten Causa, auf die die Justiz wohl liebend gern verzichten würde. Fritz Kleiner hat nämlich für seine geleistete Arbeit eine Honorarnote gelegt. Und die ist nicht nur geschmalzen. Sie hat die Staatsanwälte auch noch in eine äußerst diffizile Lage manövriert.

Wie das? Kleiner hat 456.816,20 Euro in Rechnung gestellt. Das Erstgericht erkannte ihm lediglich 80.000 Euro für die „teilweise Digitalisierung des Aktes“ zu. Das war Kleiner zu wenig, er hat Beschwerde eingebracht.

Nun liegt der Beschluss des Oberlandesgerichts Wien vor. Und siehe da: Es wurden ihm weitere 36.038 Euro zuerkannt. Peanuts, schon klar. Aber wirklich spannend sind ja auch die weiteren Ausführungen im Beschluss. So erläutert das OLG, dass der restliche Betrag Kleiner nicht zuerkannt werden könne, weil ein Gutachter von sich aus nicht zurücktreten darf. Und dann folgt quasi ein Vorschlag zur Güte: Die Staatsanwälte sollen klipp und klar kundtun, ob sie auf Kleiners Dienste noch Wert legen. -

Tun sie wohl nicht – immerhin haben sie ja schon Martin Geyer bestellt. Und für diesen Fall hat das OLG listigerweise vorgebaut:

Falls Kleiner nicht mehr gebraucht werde, werde „zu überprüfen sein, ob die Tätigkeit des Sachverständigen aus seinem Verschulden unvollendet blieb“.

Sprich: Fritz Kleiner soll Beweise dafür vorlegen, dass er – wie er behauptet – unter Druck gesetzt wurde. Angeblich hat er diese Beweise auch.

Eine sehr unangenehme Situation für die Staatsanwaltschaft also. Und die Justiz ist auch gefordert: Wieso kann ein Gutachter eigentlich nicht von sich aus zurücktreten? Ist das im Sinne einer objektiven Beweisführung? Fritz Kleiner hat sich jedenfalls ein Urteil gemacht: „Die Rechte der Sachverständigen sollten vom Gesetzgeber gestützt werden. Denn derzeit hat man ja eher den Eindruck, dass sie bloß Hilfskräfte der Anklagebehörde sind.“

Grasser und sein Steuerberater lieferten sich Schreiduell

10.05.2013 **Im Jänner soll der Ex-Finanzminister bei der Einvernahme zu seiner Stiftungskonstruktion heftig mit seinem Steuerberater gestritten haben.**

Am 18. Jänner 2013 wurden der frühere Finanzminister Karl-Heinz Grasser und sein Steuerberater Peter Haunold fünf Stunden lang zur Stiftungskonstruktion Grassers parallel vernommen. Dabei lieferten sich die beiden einen heftigen Schlagabtausch bis hin zu Schreiduellen, schreibt das "Format" unter Berufung auf eine Abschrift der Gespräche. Haunold habe Grasser massiv belastet, heißt des im Medienbericht. Grasser habe angegeben, dass er das von Haunold entworfene komplexe Stiftungsmodell, über das er sein Einkommen abwickelte, mit dem Finanzrechtsprofessor Eduard Lechner besprochen habe. Grasser will Lechner zwei Mal, auf der Uni und bei ihm daheim, getroffen und dabei einen Schriftsatz von Haunold übergeben haben. Haunold habe dem entgegengehalten, dass er in der Gründungsphase keinen Schriftsatz gemacht habe. Die Staatsanwaltschaft hielt laut "Format" fest, dass sich Lechner an kein Treffen mit Grasser erinnere.

Diskussion um handschriftliche Skizze

Grassers Anwalt Manfred Ainedter erklärte zur damaligen Einvernahme im Jänner, dass Grasser in diesem Zusammenhang nur einen "falschen Ausdruck" gebraucht habe. Basis für die Gespräche mit Lechner sei eine handschriftliche Skizze Haunolds gewesen. Die gleiche Skizze diente offenbar auch als Basis für Gespräche mit dem damaligen Sektionschef im Finanzministerium Peter Quantschnigg. Dieser habe sich das Modell angeschaut und gesagt: " (Ich) kann dir nur nach bestem Wissen und Gewissen sagen: Das geht. Ja ich glaub', das ist OK" erinnerte sich Grasser in der Einvernahme. Weiter habe der inzwischen verstorbene Quantschnigg gesagt: "Schriftlich kann ich's dir nicht geben. Aber das legst nachher offen und nachher wird es Dir eh bestätigt werden, dass das geht".

Haunold bestätigt die Existenz einer handschriftlichen Unterlage, sagte aber laut Protokoll: "Dass der Quantschnigg auf Basis einer Zeichnung eine steuerliche Beurteilung abgibt, kann ich mir ehrlich gesagt nicht vorstellen". Die Skizze selber ist laut Ainedter nicht mehr auffindbar. Auch Zeugen für seine Gespräche mit Lechner und Quantschnigg kann Grasser keine nennen. Hätte man Quantschniggs Kalender gefunden, hätten sich dort Hinweise auf Treffen gefunden, meint Ainedter, der betont, dass sowohl Grasser als auch Haunold als Beschuldigte vernommen wurden. Grasser als Täter und Haunold als Beitragstäter.

Ainedter: "Haunold hat Aussagen abgeändert"

Dass ihre Aussagen divergieren sei nichts Neues, erinnert Ainedter: "Aus unserer Sicht hat Haunold seine Aussagen in wesentlichen Punkten abgeändert, seitdem er Beschuldigter ist". Auch habe Haunold wesentliche Aussagen nicht belegen können. So habe Haunold keine schriftliche Unterlage, dass er Grasser vor dieser Konstruktion gewarnt hätte, "und die gibt es auch nicht" ist Ainedter überzeugt. Außerdem habe Haunold die Feststellung, dass er für sich selber die gleiche Konstruktion gewählt habe, nicht bestritten, so Ainedter.

Während das "Format" schreibt, "noch vor dem Sommer könnte es zur Anklageerhebung kommen", geht Ainedter weiter davon aus, dass Grasser nicht angeklagt wird. In einigen Monaten sei mit dem Abschlussbericht zu rechnen, danach werde es Stellungnahmen geben und dann überhaupt erst die Entscheidung, wie es weitergeht.

Grasser: "Bin steuerlich so ungebildet"

Ainedter bestätigte auch Grassers Aussage, dass er nicht in der Lage gewesen sei, seine Steuererklärung selber zu machen. Obwohl er Finanzminister gewesen sei und sich auf der Uni Klagenfurt auf Steuerrecht spezialisiert habe, habe er niemals ohne Steuerberater eine Steuererklärung abgegeben, "weil ich steuerlich so ungebildet bin" zitiert das Format aus den Protokollen. "Ich war sozusagen nicht einmal in der Lage, eine ganz einfache Veranlagung abzugeben und die selbst auszufüllen". Grasser sei als Finanzminister für die große Linie des Steuerrechts verantwortlich gewesen, bei den Details habe er sich immer fremder Hilfe bedient, merkt dazu Ainedter an.

Grasser: Vom Autohändler zum Steuersparer

Nach Wahl: Koalitionsansage der ÖVP am Dienstag

10.05.2013 - 19:22 **Mit SPÖ und FPÖ hat Salzburgs ÖVP-Landesparteichef Wilfried Haslauer am Freitag sondiert. Die Gespräche seien den Beteiligten zufolge in konstruktiver Atmosphäre verlaufen. Für Dienstag kündigte Haslauer ein Ergebnis an.**

ÖVP-Landesparteichef Wilfried Haslauer ist auf der Suche nach einer neuen Salzburger Regierungskoalition. Das Gespräch mit der SPÖ am Vormittag habe in einer konstruktiven Atmosphäre stattgefunden, sagte Haslauer gegenüber der APA. Am Dienstag fällt die Entscheidung, mit welcher Partei die ÖVP als erstes offiziell Regierungsverhandlungen führen wird.

Nach den Vorgesprächen mit der FPÖ am Freitagnachmittag sowie mit den Grünen und dem Team Stronach am kommenden Montag wird Haslauer dem ÖVP-Parteipräsidium am Dienstagvormittag seinen Vorschlag unterbreiten, mit wem er in offizielle Regierungsver-handlungen treten will. Darüber wird dann das Präsidium entscheiden.

Bis einschließlich Montag handle es sich bei den Gesprächen mit den Vertretern der anderen Parteien um einen Austausch von Positionen, erklärte Haslauer. Über die Gesprächsinhalte sei Vertraulichkeit vereinbart worden.

SPÖ-Duo sprach mit Haslauer und Stöckl

Die zweite Vorgesprächsrunde führen die Parteien in Zweier-Teams. Für die SPÖ haben sich am Vormittag Landesparteivorsitzender Walter Steidl und

Klubvorsitzender Roland Meisl mit Haslauer und LAbg. Christian Stöckl an einen Tisch gesetzt. Am Nachmittag haben die beiden ÖVP-Politiker mit FPÖ-Landesparteiobmann Karl Schnell und dem freiheitlichen Nationalratsabgeordneten Rupert Doppler Koalitionsmöglichkeiten und Übereinstimmungen von inhaltlichen Themen ausgelotet.

FPÖ drängt sich nicht auf

"Es war ein sehr gutes Gesprächsklima. Es gab eine große Übereinstimmung bei den Themen", sagte FPÖ-Landesparteiobmann Karl Schnell am Abend zur APA. Über inhaltliche Details der Gespräche hatte Haslauer mit den Parteien Stillschweigen vereinbart. Schnell betonte abermals, nicht in eine Regierung drängen zu wollen. "Wenn es für Salzburg sein muss, ist das für mich aber keine Frage", schloss der Landesparteiobmann eine Regierungsbeteiligung der FPÖ nicht aus." Mitzuregieren heiße viel Verantwortung zu übernehmen und "viel Arbeit".

Schnell: "Absoluter Demokrat, kein Nazi"

Er sei für alle Koalitionsvarianten offen, "ich schließe niemanden aus, ich bin ein absoluter Demokrat", sagte Schnell. "Deshalb ist es für mich unverständlich, wenn die Grünen uns kategorisch ausschließen - ich bin weder ein Nazi noch ein Ausländerfeind. In einigen Bereichen haben wir mit den Grünen schon zusammengearbeitet." Er könne mit allen demokratischen Parteien kooperieren, ob im Landtag oder in der Regierung.

SPÖ und Grüne für Dreierbündnis mit ÖVP

SPÖ und Grüne haben sich am vergangenen Mittwoch laut Haslauer für eine Dreierkoalition mit der ÖVP ausgesprochen, das Team Stronach favorisiere eine schwarz-grün-gelbe Koalition. Die FPÖ habe noch keine Präferenzen geäußert.
Die ÖVP war bei der Landtagswahl am 5. Mai mit 29 Prozent als stimmenstärkste Partei hervorgegangen. LHStv. Haslauer gilt als künftiger Landeshauptmann.

Nach Wahl: Grüne propagieren "anderen politischen Stil"

10.05.2013 - 15:58 **Die Grünen haben am Freitag bei ihrer ersten Pressekonfe-renz nach der Landtagswahl erneut eine Präferenz für eine schwarz-rot-grüne Koalition gezeigt und einen "anderen" Stil in der Landespolitik propagiert**.

Die Grüne Landessprecherin Astrid Rössler.

Die Grünen sprachen sich für klare Strukturen in der Verwaltung, für Transparenz, Offenheit und eine strenge Kontrolle aus. Das bilde auch die Basis von Regierungsverhandlungen.
Als ein "No-go" für eine Regierungsbeteiligung könnte der Bau weiterer Wasserkraftwerke bezeichnet werden, sagte die Grüne Landessprecherin Astrid Rössler. Um eine bestmögliche Regierung für Salzburg zu finden, müsse man sich aber zu gemeinsamen Zielen bekennen. Von Taktieren, die Parteien gegeneinander ausspielen oder Postenschacher halte sich nichts, betonte Rössler. "Wir starten in konstruktive Verhandlungen mit einem Programm, mit dem wir in den nächsten fünf Jahren gut arbeiten können. Wir werden kein Programm unterschreiben, zu dem wir inhaltlich nicht stehen können."

Ein Ressort mit Agenden für Energie, Natur- und Umweltschutz zu übernehmen, das wäre ein Wunsch der Grünen, ließ Rössler durchblicken. Zu den "großen Themen" der Grünen zählt auch die Mobilität im Salzburger Zentralraum. "Ohne eine verbesserte Verkehrslösung werden wir die Klimaschutzziele und die Energiewende nicht voranbringen können". Ein wichtiger Bestandteil im Regierungsprogramm der Grünen werde jedenfalls die

ressortübergreifende Zusammenarbeit sein, kündigte die Landessprecherin an. Sie zeigte sich bereit, ein Ressort zu übernehmen.

Dass die Grünen eine Präferenz für eine Koalition mit der ÖVP und SPÖ geäußert haben, "war ein Beschluss unserer Gremien", betonte Rössler: "Wir wollen nicht parallel und gleichzeitig mit mehreren Optionen verhandeln." Wenn es aber aussichtslos erscheine, müsse man andere Möglichkeiten in Betracht ziehen. Es werde sich herausstellen, ob ÖVP und SPÖ einen neuen Stil der Vertrauenskultur wagen.

Der Grüne Fraktionssprecher LAbg. Cyriak Schwaighofer sprach sich für ein Einstimmigkeitsprinzip in der Regierung nur mehr bei wichtigen Themen wie leistbares Wohnen, Budget, transparente Postenbesetzung, Energiewende und Armutsbekämpfung aus. Über diese "Positivliste" hinaus solle es aber ein freies Spiel der Kräfte im Landtag geben, um das Parlament in Zukunft entsprechend aufzuwerten. Schwaighofer bezeichnete es als demokratiepolitisch sinnvoll, wenn Abstimmungen nicht geheim erfolgen würden.

Der Landtagspräsident sollte zudem nicht "ein Teil der Verschubmasse bei Regierungsverhandlungen sein", es solle nicht heißen "ihr bekommt den Tierschutz, wir dafür den Landtagspräsidenten", veranschaulichte der Grüne Fraktionschef. Die Fraktionen sollten einen Vorschlag für die Person des Landtagspräsidenten unterbreiten können, dann werde frei gewählt. Für den zweiten Landtagspräsidenten sollte die Opposition ein Vorschlagsrecht haben. Dafür brauche es dann eine Mehrheit, sagte Schwaighofer.

Von einer Reduzierung der Landesregierungssitze von derzeit sieben auf fünf, wie von der ÖVP vor der Wahl ins Spiel gebracht, hält Schwaighofer nichts. "Das hat ein bisschen einen populistischen Akzent. Wenn wir die Aufgaben sehr ernst nehmen, brauchen wir die sieben Regierungsmitglieder." Einsparungen könnten bei den Regierungsbüros oder beim Fuhrpark getroffen werden.

Die Grünen gingen als Gewinner der Salzburger Landtagswahl am 5. Mai hervor. Sie legten 12,82 Prozentpunkte zu und landeten mit 20,18 Prozent der Stimmen hinter der ÖVP (29 Prozent) und SPÖ (23,81 Prozent) auf den dritten Platz.

Abfuhr für Grüne: Breite Front gegen Gagen-Strip für alle

Hosen runter: SPÖ, ÖVP, FPÖ und BZÖ sind gegen den Gehaltsstrip 10.05.2013, 19:00

Abfuhr für Grüne: Breite Front gegen Gagen-Strip für alle. Die Bundespartei schwächt ab. Rösslers Ansage sei: keine Forderung, sondern „eine Vision". Es ist eine gewagte Ansage – angesichts der Bundeswahl im Herbst. Entsprechend unangenehm ist sie der grünen Bundesspitze. Ihre Salzburger Frontfrau Astrid Rössler hat im KURIER-Interview angeregt, in Österreich fortan die Einkommen und Vermögen aller Bürger offen zu legen. So wie das in Schweden der Fall ist. „Überfällig" sei das hierzulande.

Im Büro von Parteichefin Eva Glawischnig hieß es am Freitag: „Das ist keine aktuelle Forderung der Grünen, sondern ein Beispiel dafür, wie in anderen Ländern mit Transparenz umgegangen wird." Im Wahlprogramm werde sich das Begehren nach einem Gehaltsstrip nicht finden. Das sei als „Vision" zu verstehen. Vorerst seien Wirtschaftsförderungen, die Gagen von Managern aus börsennotierten und staatsnahen Unternehmen publik zu machen.
Dass die Bundesgrünen abschwächen, verwundert nicht – sie wollen in einem Land, in dem das Einkommen traditionell Geheimsache ist, keine potenziellen Wähler vergraulen. Und so verwahren sich auch alle anderen Parteien dagegen, dass jeder sehen können soll, was Freund und Feind lukrieren.
„Wir können dem Vorschlag nichts abgewinnen. Er ist datenschutzrechtlich problematisch", verlautet aus der SPÖ. Die Offenlegung sei auch nicht nötig, um Steuerbetrüger aufzuspüren, wie die Grüne Rössler meint: „Die Finanzbehörden wissen ohnehin, wie viel jeder verdient."
ÖVP-Generalsekretär Hannes Rauch sagt ebenfalls Njet: „Was man verdient, ist Privatsache – und geht niemanden etwas an."
Ungeheuerlich und kommunistisch ist für FPÖ-Generalsekretär Herbert Kickl, was Rössler wünscht: „Ich weiß nicht, wo das enden soll; etwa dort, dass jeder Bürger monatlich seinen Blutbefund oder Harnstreifen veröffentlichen muss?"
Und BZÖ-Chef Josef Bucher sagt: „Ich bin für Transparenz im öffentlichen Bereich, dort, wo es um Steuergeld geht. Einkommensschnüffelei im Privatbereich kommt für mich nicht infrage."

10.05.2013 # Polit-Krach um die Spekulationsgeschäfte.

Die ÖVP reitet vor wichtigem Prozesstermin wilde Attacken gegen Stadtchef.

Das Thema brodelte schon seit Längerem unter der Oberfläche, jetzt kam es zu einem heftigen Schlagabtausch zwischen ÖVP und SPÖ. Es geht um die Spekulationsgeschäfte der Stadt St. Pölten, die unter anderem in einen Rechtsstreit mit der Raiffeisenbank NÖ-Wien mündeten. Kommende Woche werden Bürgermeister Matthias Stadler und Raiffeisen-Obmann Erwin Hameseder am Handelsgericht Wien ihre Sicht der Dinge darlegen.

Am Freitag ritt ÖVP-Stadtrat Peter Krammer wilde Attacken gegen Stadler. Er warf ihm vor, dass er den Gemeinderat getäuscht hätte, um so die Verluste der Deals zu verschleiern.

Aber der Reihe nach: Insgesamt habe sich laut ÖVP die Stadt auf 213 Spekula-tionsgeschäfte eingelassen. „Aus der eigentlichen Geschäftstätigkeit sind seit 2005 aber keine Gewinne mehr erwirtschaftet worden“, berichtet Krammer. Dennoch konnten dem Gemeinderat positive Ergebnisse präsentiert werden. Wie das ging? Durch den Abschluss immer neuer Hochrisiko-Geschäfte erhielt die Stadt hohe Prämien. Krammer: „ Es war eine Loch-auf-Loch-zu-Taktik.“ Aufgrund der positiven Salden, die der Opposition präsentiert wurden, hätte man auch bei den Beschlüssen mitgestimmt.

Der Stadt könnten ihre Spekulationsgeschäfte jedenfalls noch teuer zu stehen kommen. Denn das gerichtsanhängige Geschäft mit der Raiffeisenbank NÖ-Wien hat einen Klagswert von rund 80 Millionen Euro. „Dieser Wert beträgt die Hälfte des Stadtbudgets“, berichtet Krammer.

„Politisches Kleingeld“Mit ungewohnter Schärfe reagierte Bürgermeister Stadler auf die Anschuldigungen. „Die ÖVP will politisches Kleingeld zu Lasten der Steuerzahler wechseln“, zeigt sich der SPÖ-Chef empört. Die Schwarzen würden wenige Tage vor einem „wichtigen Verhandlungstermin politischen Aktionismus veranstalten“.

Stadler betonte, dass im vergangenen Sommer sämtliche Risken aus allen offenen Derivativgeschäfte (bis auf den gerichtsanhängigen Swap) eliminiert worden seien. Auch dafür musste die Stadt laut ÖVP viel Geld in die Hand nehmen. Die Rede ist von fünf Millionen Euro.

10.05.2013

Strache zieht die Ausländerkarte nicht

Nach den 500.000 Euro teuren Kampagnen von SPÖ und ÖVP ist ab Montag der FPÖ-Chef auf Plakaten zu sehen. Thematisch setzt Strache auf EU-Kritik, vorerst.

Wien. Gereimt wurde dieses Mal nicht. Nach ÖVP und SPÖ startet ab Montag auch die FPÖ eine Zwischenkampagne für die Nationalratswahl am 29. September. Die Botschaften lauten beispielsweise: „Mit ihm kommt Österreich zuerst statt EU- und Euro-Wahnsinn". Oder: „Mit ihm gibt's gute Chancen für unsere eigene Jugend". Er, das ist wenig überraschend Heinz-Christian Strache. Die Plakate zeigen den Parteiobmann inmitten glücklicher Familien, umringt von lächelnden Jugendlichen oder Senioren. Über die Zielgruppen muss also nicht weiter spekuliert werden - besonders bei den Jungwählern will die FPÖ stärkste Partei bleiben. Überraschend ist jedoch, dass man auf klassisch freiheitliche Themen wie Zuwanderung und Asyl verzichtet, wiewohl Strache nicht ausschloss, dass beides noch zur Sprache kommt. Möglich ist außerdem, dass die FPÖ im Wahlkampffinale eine Rückkehr zum Schilling und eventuell auch einen EU-Austritt in Betracht ziehen wird. Bisher hat man im Parlament nur eine Volksabstimmung über den Verbleib in der Währungsunion beantragt.

Fürs Erste setze man jedenfalls auf positive Inhalte, erklärte Strache bei der Präsentation der Kampagne am Freitag in der FPÖ-Zentrale. Laut Generalsekretär Herbert Kickl, Wahlkampf-leiter und Werbeagentur in Personalunion, wurden 3500 Plakatflächen und 2500 City-Lights gebucht. Daneben werden Inserate geschaltet, Folder aufgelegt und E-Mails verschickt.

Kosten bleiben geheim Die Kosten bleiben ein wohlgehütetes Geheimnis. Nur so viel sagte Kickl: Die FPÖ werde die Wahlkampfkosten-Obergrenze von sieben Millionen Euro klar unterschreiten. Wobei die aktuelle Kampagne ohnehin nicht dazuzählt. Denn die Rechnung beginnt erst, wenn der Nationalrat aufgelöst wird, also frühestens Ende Juli. Dementsprechend fällt auch die Zwischenwahlwerbung der Regierungsparteien nicht unter diese Regelung. Die Maikampagne der SPÖ, die sich der Arbeit, dem Wohnen und der Gerechtigkeit („Gegen die Herrschaft der Milliardäre") widmet, kostet 500.000 Euro. Denselben Betrag verschlingt die „Zukunfts"-Kampagne, mit der sich die ÖVP seit Mitte April als Partei der Wohnungseigentümer, Familien und Unternehmer positioniert. SPÖ und ÖVP sind es auch, die auf den freiheitlichen Plakaten zum Hauptgegner erklärt werden. Die FPÖ versuche ihr Image als „soziale Heimatpartei" zu pflegen, indem sie die Koalitionsspitzen als „EU-Sektierer" entlarve, erläuterte Strache. Von seinem Wahlziel, nämlich „stärkste und bestimmende Kraft zu werden", lässt der Parteichef nicht ab, obwohl die FPÖ in Umfragen derzeit weit davon entfernt ist. Wenig Anlass zur Hoffnung auf die Kanzlerschaft gaben Strache die heurigen Landtagswahlergebnisse. In Niederösterreich ist laut „Wiener Zeitung" daher fix geplant, dass FPÖ-Chefin Barbara Rosenkranz durch den Nationalratsabgeordneten Walter Rosenkranz abgelöst wird. Dieser ist nicht mit ihr verwandt und spricht selbst von einer „Ente". Die Rochade soll laut Zeitung bis zum Sommer erfolgen.

Mit anderen Schwierigkeiten kämpft die FPÖ in Oberösterreich: Dort gibt Landesobmann Manfred Haimbuchner nach mehreren Abgängen aus der FPÖ nun Probleme mit dem rechtsextremen Rand zu: „Jede Partei hat einen Narrensaum. Die FPÖ hat eben diesen Narrensaum, den gibt es", erklärt Haimbuchner im „Standard". Bei der FPÖ schaue man „mit Argusaugen auf den Rechtsaußen-Rand." Das sei aber nicht die Linie der FPÖ.

Ein Grund für die FPÖ-Depression heißt Frank Stronach. Dessen Partei spricht eine ähnliche Wählerklientel an - eher männlich, eher älter, eher bildungsfern - und zieht Proteststimmen von der FPÖ ab. Dabei halten im Team Stronach interne Turbulenzen an: Am Freitag hieß es, in Tirol seien auf Wunsch Stronachs acht Personen aus der Partei ausgeschlossen worden.

Feinschliff beim Parteitag im Juni Den Feinschliff erhält der FPÖ-Wahlkampf beim außerordentlichen Bundesparteitag am 15. Juni.

10.05.2013

„Erfolgsbeteiligung für motivierte Mitarbeiter“

Volkspartei-Chef Michael Spindelegger und Wirtschaftskammer-Präsident Christoph Leitl wollen Arbeitnehmer am Erfolg des Unternehmens beteiligen und so den Faktor Arbeit entlasten.

Die Presse: Die Angst vor dem Kaputtsparen macht die Runde. Auch in Österreich häufen sich die Stimmen, der Staat müsse die Wirtschaft stimulieren. Kann man so höhere Staatsschulden rechtfertigen?

Michael Spindelegger: Dazu habe ich eine klare Antwort. Wir haben uns in Österreich für einen Konsolidierungskurs entschieden, und den wollen wir keinesfalls verlassen. Bis 2016 peilen wir einen ausgeglichenen Haushalt an, ab 2017 sogar einen Überschuss. Und ich bin zuversichtlich, dass uns das gelingen wird. Ich glaube aber auch, dass man die Wirtschaft stimulieren kann, ohne den Staat mehr zu belasten.

Wie soll das gehen?

Spindelegger: Ich denke da etwa an den Wohnbau. Es ist notwendig, dass wir in Österreich Wohnen wieder leistbar machen. Und wir könnten etwa zwei Milliarden Euro für die Finanzierung des Wohnbaus bereitstellen, indem man die Pensions- und Vorsorgekassen verstärkt in diesen Bereich investieren lässt. Das kostet keinen zusätzlichen Cent an Steuergeld, kurbelt aber die Bauwirtschaft an und schafft dringend benötigten Wohnraum.

Wenn der Staat tatsächlich ein ausgeglichenes Budget schaffen sollte, dann schafft er das wohl nur deshalb, weil er den Bürgern noch nie so viel Steuern abgepresst hat. Das hört sich aber nicht wie eine Stärkung des Wirtschaftsstandorts an.

Christoph Leitl: Dass wir langfristig mit den Steuern runter müssen, das ist keine Frage. Aber das innerhalb kurzer Zeit zu verlangen ist verwegen. Ein erster Schritt, die Lohnnebenkosten zu senken, ist etwa eine freiwillige Mitarbeitererfolgsbeteiligung. Motivierte Mitarbeiter sollen vom Erfolg des Unternehmens profitieren. Und diese Erfolgsbeteiligung muss natürlich steuerbegünstigt und von den Sozialversicherungsabgaben befreit sein.

Derzeit wird ja mehr Leistung bestraft.

Leitl: Viele Mitarbeiter sagen: Warum soll ich mehr arbeiten, wenn mir dann der Staat die Hälfte wegnimmt.

Gewerkschaften wollen sogar Überstunden höher besteuern.

Leitl: Ein Vorstoß, der vom überwiegenden Teil der Arbeitnehmer abgelehnt wird. Die Menschen wollen Überstunden machen, weil es ihnen mehr Flexibilität bietet, etwa in Form von Zeitausgleich.

Spindelegger: Aber natürlich müssen die Nettoeinkommen steigen und die Lohnnebenkosten gesenkt werden.

Leitl: Derzeit ist die Abfuhr der Lohnnebenkosten für die Betriebe mit einem enormen Aufwand verbunden. Könnte man das Geld an eine zentrale Stelle abführen, würden sich der Staat und die Betriebe 400 Millionen Euro ersparen.

Eine Entlastung das Faktors Arbeit ist das aber noch keine.

Leitl: Ich habe vorgeschlagen, als ersten Schritt den Beitrag für den Insolvenzsicherungsfonds um 0,1 Prozent zu senken.

Sie glauben also, dass Homöopathie auch in der Wirtschaft funktioniert?

Leitl: Es wäre zumindest ein Signal. Und solche Signale werden auch im Ausland sehr genau beobachtet. Es ist allemal besser, einmal einen kleinen Schritt zu setzen, anstatt andauernd von den großen Würfen zu reden, die dann aber nie Realität werden.

Weil Ende September bei der Nationalratswahl dann doch wieder eine Koalition zwischen SPÖ und ÖVP herauskommt, bei der große Würfe nicht wirklich zu erwarten sind.

Spindelegger: Natürlich können Sie sagen: Ist eh alles egal, kommt eh nix dabei heraus. Aber wie bei jeder Wahl geht es darum, wer als Erster durchs Ziel geht. Und der gibt dann die Themen vor.

Welches Angebot macht die Unternehmerpartei ÖVP den Unternehmern?

Spindelegger: Einiges ist ja schon geschehen, ich erinnere nur an die GmbH neu, die Jungunternehmern den Einstieg wesentlich erleichtert.

Leitl: Oder denken wir, an den Waldviertler Schuhfabrikanten . . .

... der sich mit der Finanzmarktaufsicht angelegt hat, weil er sich Geld von Kunden geliehen hat. Was ist in Sachen Crowdfunding geplant?

Leitl: Die Wirtschaftskammer hat hier einen Vorschlag präsentiert, der eine stufenweise Anhebung der Prospektpflicht vorsieht. Das Parlament könnte diesen Vorschlag aufnehmen und das Kapitalmarktgesetz noch vor der Wahl ändern.

Beim lockeren Zugang zu Finanzkapital hat der Waldviertler Schuhfabrikant bei Ihnen offene Türen eingerannt. Wollte er aber am Sonntag seine Schuhe verkaufen, hätte er wohl auf

Waldviertler Granit gebissen. Warum hört sich bei Ihnen am Sonntag die unternehmerische Freiheit auf?

Leitl: Also, Sie bekommen auch am Sonntag in Österreich alles, was sie benötigen. Ich glaube, wir sind hier im internationalen Vergleich durchaus liberal aufgestellt. Aber es herrscht in diesem Land einhelliger Konsens, dass es einen Tag geben soll, der der Familie vorbehalten ist, an dem man Kraft tanken kann. Schauen Sie sich die Burn-out-Statistiken an.

Aber es geht ja gar nicht um einen Öffnungszwang. Es geht um die Frage: Müssen sich Bürger vom Staat vorschreiben lassen, was gut für sie ist?

Leitl: Da facto geht es hier ja nur um Wien. Andernorts ist das ohnehin mit Tourismuszonen geregelt.

Spindelegger: Und ich bin davon überzeugt, dass unser wirtschaftliches Wohl nicht von dieser Frage abhängt.

Sondern von der Frage, ob ein Touristenführer eine Gewerbeberechtigung braucht? Oder ob ein Nageldesigner nur Finger-, aber keine Zehennägel behübschen darf? Wäre es nicht auch ein wirtschaftlicher Impuls, die Gewerbeordnung zu entrümpeln?

Leitl: Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner hat soeben eine umfassende Reform bei Betriebsanlagen in Angriff genommen. Wenn sie heute in einer Fabrik eine neue Anlage anschaffen, kann es passieren, dass diese schon wieder veraltet ist, bis sie die Errichtung genehmigt bekommen. Wir entrümpeln längst.

Aber Sie erklären mir nicht, warum ein Touristenführer eine eigene Gewerbeberechtigung benötigt. Wenn er sich bei der Höhe des Stephansdoms irrt, wird dieser deshalb nicht gleich einstürzen.

Leitl: Aber wir sind es unseren Gästen schuldig, sie kompetent zu informieren. Da geht es auch um unseren Ruf als Tourismusland. Und da ist ein gewisses Maß an fachlicher Eignung einfach notwendig.

Vier Tage vor der vergangenen Nationalratswahl hat die rot-schwarze Regierung in einer Marathonsitzung noch knapp fünf Milliarden an Wahlzuckerln verteilt. Wird sich dieses Schauspiel diesen Herbst wiederholen?

Spindelegger: Ich war es, der von allen Parteien einen Pakt gegen teure Wahlzuckerln und Husch-Pfusch-Beschlüsse gefordert hat. Ich warte noch immer auf die Reaktion der anderen Parteien.

10. 05:2013

Preisabsprachen : Kartoffel - Mafia soll 100 Millionen erbeutet haben

Hat ein Kartoffel-Kartell in Deutschland über Jahre hinweg die Preise künstlich hoch gehalten? Entsprechenden Hinweisen gehen die Behörden nach. Es geht um viel Geld, die Dummen wären die Verbraucher.

Infolge illegaler Preisabsprachen bei Kartoffeln soll deutschen Verbrauchern und Bauern nach Informationen der "Süddeutschen Zeitung" ("SZ"/Samstag) ein Schaden von mehr als 100 Millionen Euro entstanden sein. Das mutmaßliche Kartoffel-Kartell, gegen das Ermittlungen laufen, habe nach Schätzungen eines Branchen-Insiders seit der Gründung vor etwa zehn Jahren einen Gewinn in dreistelliger Millionenhöhe gemacht. Die "Bild"-Zeitung (Samstag) berichtet sogar von einem Gewinn in Höhe von rund einer Milliarde Euro über zehn Jahre.

Laut "SZ" sollen 80 bis 90 Prozent der großen und größeren Verarbeitungsbetriebe in der Kartoffel- und Zwiebel-Branche regelmäßig die Preise abgesprochen haben, zu denen die Supermarkt-Ketten beliefert wurden. Zeitweise soll die Gewinnmarge rasant in die Höhe gestiegen sein und sich mitunter verzehnfacht haben, vor allem auf Kosten der Verbraucher. Diese sollen in den Supermärkten weit mehr gezahlt haben als notwendig. Auch Pflanzkartoffeln für die Bauern sollen mit weit überhöhten Preisen verkauft worden sein.

Gewinn auch bei Cent-Beträgen

Das Bundeskartellamt hatte am Freitag Ermittlungen wegen illegaler Preisabsprachen bestätigt. Neun Unternehmen aus dem Bereich Er-zeugung und Vertrieb seien durchsucht worden. Außerdem seien gegen fünf weitere Unternehmen schriftlich Bußgeldverfahren eingeleitet und die Wohnung eines Verdächtigen überprüft worden, teilte das Amt in Bonn mit. Dem Bericht der "Bild"-Zeitung zufolge stammen fünf der verdächtigen Firmen aus Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg und Bayern. Das Kartell habe ganz einfach funktioniert, sagte ein Branchenkenner der "SZ". Es soll eine Art Anführer gegeben haben, der beispielsweise vor den Bestellungen der großen Discounter-Ketten die Kollegen angerufen und den Wochen-Preis ausgemacht habe. Die Angebote sollen sich dann nur um einen oder ein paar Cent unterschieden haben.

Der Geschäftsführer einer der durchsuchten Firmen wies die Vorwürfe zurück. "Wir haben kein schlechtes Gewissen, wir sind da relativ gelassen", sagte er der "SZ". Dass ein solches Kartell existiert habe, könne er sich nicht vorstellen.

10.05. 2013 Steuerhinterziehung: **Selbstanzeige ist auch unter Managern umstritten**

Knapp die Hälfte der deutschen Entscheider würde die Möglichkeit einer strafbefreienden Selbstanzeige in der bisherigen Form nicht beibehalten wollen. Sie wären für restriktivere Maßnahmen.

Steuerhinterziehung
Soll die Möglichkeit der Selbstanzeige in Fällen von Steuerhinterziehung eingeschränkt werden?
Ja
in Prozent
Bürger, die große Summen hinterziehen, dürfen nicht straffrei bleiben.
32,5
Die Selbstanzeige war nur so lange ein akzeptables Instrument, wie der Staat beim Kampf gegen Steuerhinterziehung im Hintertreffen war.
17,3
Nein
Durch Selbstanzeigen erhält die Solidargemeinschaft Einnahmen, die ihr sonst entgehen würden.
33,5
Der Gesetzgeber muss berücksichtigen, dass der eigentliche Akt der Steuerflucht in vielen Fällen lange zurückliegt.
12,3
Keine Angabe: 4,4%, Teilnehmer: 203
Quelle: Leaders Parliament
Eine Umfrage unter den Mitgliedern des Leaders Parliament

Deutschlands Top-Manager sind beim Thema Selbstanzeige gespalten. Das ist das Ergebnis einer Umfrage unter den Mitgliedern des Leaders Parliament von Roland Berger Strategy Consultants und der "Welt"-Gruppe.

Die Manager mussten beantworten, ob die Möglichkeit der Selbstanzeige in Fällen von Steuerhinterziehung eingeschränkt werden sollte. Knapp die Hälfte der Befragten würde das Instrument künftig restriktiver anwenden.

Offenbar verletzt die Möglichkeit, eigene Steuervergehen selbst beim Finanzamt anzuzeigen und somit einer Strafe zu entgehen, das Rechtsempfinden vieler Entscheider. Die weit überwiegende Mehrheit derer, die Selbstanzeigen in der bisherigen Form abschaffen wollen, glaubt, dass Bürger, die große Summen hinterziehen, nicht straffrei bleiben dürften.

Die Selbstanzeige als Relikt aus anderen Zeiten Eine kleinere Gruppe, die aber immerhin noch gut 17 Prozent aller Teilnehmer umfasst, unterschreibt die Aussage, dass die Selbstanzeige ein Relikt aus einer Zeit sei, in der Fiskus und Staat kaum Möglichkeiten hatten, Steuerhinterziehung effektiv zu bekämpfen. Nur damals, als der Staat gegenüber Steuerhinterziehern im Hintertreffen gelegen hätte, sei die Selbstanzeige eine akzeptable Option gewesen; inzwischen aber nicht mehr.

Die Wirtschaftselite ist in dieser Frage allerdings gespalten: Immerhin rund 46 Prozent der Entscheidungsträger unterstützen Selbstanzeigen in der bisherigen Form.

11.05.2013 # Salzburg-Koalition

Haslauer wünscht sich Schwarz-Grün-Stronach

Wilfried Haslauer sucht zwei koalitionswillige Partner.)

Der designierte Salzburger Landeshauptmann Wilfried Haslauer hat sich nun knapp eine Woche nach der geschlagenen Landtagswahl in Salzburg, aus der die ÖVP trotz Stimmenverluste als Sieger hervorgegangen ist, über seine mögliche Wunschkoalition geäußert. Im Ö1-Morgenjournal nannte er den Dreiervorschlag Schwarz-Grün-Stronach. -

Seine Präferenz gehe in Richtung Schwarz-Grün-Stronach, so Haslauer im Ö1-Morgenjournal am Samstag. Beschlossene Sache ist diese Konstellation allerdings noch nicht. "Man muss sich jetzt ganz genau überlegen: Was richtet man an, wenn man verschiedene Kombinationen eingeht", so Haslauer vorsichtig. Er wisse allerdings aus unzähligen Mails, Anrufen und Begegnungen, dass es innerhalb der Volkspartei eine Tendenz zu einer Koalition dieser drei Parteien gebe.

Ebenfalls noch nicht ausschließen möchte der ÖVP-Landeschef auch eine "Koalition der Verlierer" gemeinsam mit der SPÖ.

11.05.2013 SPÖ bietet Rössler Posten der Landeshauptfrau an -

Die Koalitionsspielereien in Salzburg gehen weiter: Die SPÖ bieten den Grünen ein Modell an, bei der Grünen-Chefin Rössler Landeshauptfrau werden soll. Haslauer präferiert indes die Variante Schwarz-Grün-Stronach.

Wird Astrid Rössler neue Landeshauptfrau?

Salzburgs SPÖ-Chef Walter Steidl denkt an eine Koalition mit den den großen Wahlgewinnern vom vergangenen Sonntag, den Grünen. In seinem Koaltionsmodell soll Grünen-Chefin Astrid Rössler die Position der Landeshauptfrau bekleiden. Die dritte Partei im Bunde für eine Landtagsmehrheit soll das Team Stronach sein. "Ich bin gefragt worden, ob das für uns eine Option wäre. Und ich denke, warum sollten wir der ÖVP die Initiative überlassen? Eine Überlegung wäre dieses Koalitionsmodell durchaus", so Steidl.
Hauptziel der SPÖ sei aber nach wie vor eine Koalition mit den Grünen und der ÖVP. Aber: Der Vertreter der stärksten Partei, in diesem Fall ÖVP-Chef Wilfried Haslauer, hätte nicht automatisch das Recht auf den Landeshauptmann, sagte Steidl. **Der neue SPÖ-Chef schloss für sich persönlich aber aus, Landeshauptmann zu werden.**

Die Grünen gaben sich gegenüber dem SPÖ-Angebot ausgesprochen reserviert. - Fraktionsführer Cyriak Schwaighofer: "Es ist und bleibt unser erklärtes Ziel, eine breite Koalition mit ÖVP und SPÖ einzugehen. In den vergangenen Jahren sind derart viele Reformen einfach liegen geblieben. Daher brauchen wir eine breite Arbeitsbasis, um das alles nachzuholen und aufzuarbeiten. Erst wenn diese gemeinsame Arbeitsgrundlage der drei stärksten Parteien im Land Salzburg scheitern sollte, dann werden wir über das aktuelle SPÖ-Angebot nachdenken", so Schwaighofer .

Haslauer wünscht sich Schwarz-Grün-Stronach

Der ÖVP-Landesparteichef, voraussichtlich Salzburgs künftiger Landeshauptmann, sagte am Samstag im ORF-Radio, er könne sich zwar auch eine schwarz-rote "Koalition der Verlierer" vorstellen. Aber: "Es gibt eine Präferenz, die habe ich. Die geht in Richtung Schwarz-Grün-Stronach. Aber ob das wirklich am Ende der Verhandlungen herauskommt, das kann ich jetzt nicht sagen." Haslauer meinte, dass es innerhalb der Volkspartei eine Tendenz zu einer Koalition dieser drei Parteien gebe, das wisse er aus unzähligen Mails, Anrufen und Begegnungen. Aber man müsse sich genau anschauen, "was richtet man an, wenn man Kombinationen eingeht, welche Möglichkeiten, Vorteile, Nachteile gibt es." Er sei ein "strukturierter Mensch", führe jetzt Vorgespräche mit allen Fraktionen. Danach werde er dem Parteipräsidium vorschlagen, mit wem er offizielle Regierungsverhandlungen führen will.

Hans Mayr, Salzburger Team-Stronach-Chef, sagte im am Samstag, "ich bin überrascht, dass Haslauer damit schon heute an die Öffentlichkeit geht. Immerhin sind für Montag die entsprechenden Gespräche geplant. Aber prinzipiell kann ich mir eine Zusammenarbeit gut vorstellen." Zurückhaltender sind die Grünen. Die Pressesprecherin der Grünen, Elisabeth Schmidt, sagte, Haslauers Vorstoß sei nicht neu und ändere nichts an der Grünen Position.

"Es gibt klare Beschlüsse der grünen Parteigremien, die Spitzenkandidatin Astrid Rössler damit beauftragt haben, mit der ÖVP und der SPÖ über eine Zusammenarbeit zu reden. Nur wenn diese Gespräche scheitern sollten, dann wird in diesen Gremien darüber beraten, ob mit dem Team Stronach verhandelt werden soll oder nicht." Grundsätzlich ausgeschlossen sei dies also nicht, so Schmidt.

10. Mai 2013, 17:55 **Grüne legen zu, SPÖ verliert, ÖVP stagniert**

Wem die Landtagswahlen genützt haben
Frage: Das Halbjahr geht zu Ende und in der österreichischen Innenpolitik hat sich ja einiges getan. Wie hat sich das auf die im Parlament vertretenen Parteien Ihrer Meinung nach ausgewirkt?
eher verschlechtert
eher verbessert
13 %
86 %
TEAM STRONACH
30 %
69 %
ÖVP
65 %
33 %
FPÖ
80 %
19 %
SPÖ
80 %
18 %
BZÖ
94 %
4 %
Telefonische Interviews, repräsentativ für die österreichische Bevölkerung ab 16 Jahren, n=405, Erhebungszeitraum 7. bis 8. Mai 2013, Ergebnisse in Prozent
DER STANDARD

In der jüngsten Umfrage rangiert die SPÖ nur noch knapp vor der ÖVP, auch in der Kanzlerfrage holt Michael Spindelegger auf.

Wer von den Wahlen der letzten Monate profitiert hat? Rechnerisch vor allem die Grünen, auch das Team Stronach, das sich nun auch in Wahlen etabliert hat. Die Grafik zeigt allerdings: Immerhin ein Drittel der Wahlberechtigten sieht auch die ÖVP (die insgesamt die meisten Stimmen verloren hat) in einer verbesserten Position.

Ein näherer Blick in die Auswertung zeigt, dass die ÖVP-Wähler derzeit besonders motiviert sind: "Sie nehmen ihre Partei, ob berechtigt oder nicht, derzeit als erfolgreich wahr. Das führt zu einer höheren Deklarationsbereitschaft und auch zu einer höheren Unterstützung für den Kanzlerkandidaten Michael Spindelegger", sagt Market-Studienleiter David Pfarrhofer.

In der Kanzlerfrage kommt Spindelegger nun auf 22 Prozent - nach einem schwachen Start vor zwei Jahren hat er sich kontinuierlich gesteigert und liegt seit März in der Kanzlerfrage bei über 20 Prozent. Amtsinhaber Werner Faymann kommt auf 26 Prozent.

Wenn jetzt - und nicht erst im September - gewählt würde, dann könnte die SPÖ mit 25 Prozent knapp die Führung behaupten, das ist allerdings der schlechteste Umfragewert seit der letzten Nationalratswahl und rund vier Prozentpunkte unter dem Ergebnis von 2008. Die ÖVP würde ebenfalls verlieren, aber deutlich weniger: Mit 24 Prozent liegt sie in der Umfrage knapp hinter der SPÖ und etwa zwei Prozentpunkte unter dem jüngsten Wahlergebnis.

Die FPÖ hat ihren Höhenflug nur scheinbar beendet: 19 Prozent sind zwar weniger, als ihr die Umfragen vor einem Jahr zutrauten, aber doch zwei Prozentpunkte über dem Ergebnis von 2008. Die Grünen kommen auf 16 Prozent in der Umfrage (2008: 10,4), das Team Stronach auf zehn und das BZÖ auf zwei. Mehr würden derzeit auch die Piraten nicht erreichen.

11.05.2013, 14:04 # Paulus offenbar pensionswillig

Eduard Paulus Disziplinar- und Parteiausschlussverfahren

Finanzskandal. Eduard Paulus, der wegen des Finanzskandals umstrittene Leiter der Finanzbehörde des Landes Salzburg, will offenbar in Pension gehen.

Salzburg. Der 61-jährige Spitzenbeamte habe ein Pensionsgesuch eingereicht, erklärte der ÖVP-Landesparteichef und voraussichtlich nächste Landeshauptmann Wilfried Has-lauer am Samstag im ORF-Mittagsjournal. Zur Zeit läuft das zweite Disziplinarverfahren gegen den ÖVP-nahen Beamten. Das erste Verfahren war wegen eines Formfehlers eingestellt worden. Die Disziplinarbehörde und im Anschluss daran die Disziplinarober-behörde müssen nun über eine allfällige Suspendierung entscheiden.

VP-Ausschlussverfahren ruht

Haslauer sagte, die Causa sei für ihn "als Diskussionspunkt abgeschlossen", das gehöre ordentlich erledigt und sei sowieso eine Frage der Zeit. "Entscheidend ist jetzt das Verhältnis zwischen Pensionierungs- und Disziplinar-Verfahren, ich mische mich dabei nicht ein."

-

Laut Haslauer haben die ÖVP-Gremien das Parteiausschlussverfahren gegen Eduard Paulus ruhend gestellt. Und zwar so lange, bis die übrigen Verfahren gegen den Behördenleiter erledigt sind.

11. 05. 2013 Grüne vor! Eine politische Teilbilanz vor und nach den Wahlen Seinesgleichen geschieht.

O du mein Österreich, liegst uns wieder einmal vor. Nach den Wahlen in Salzburg, in Tirol, in Kärnten und in Niederösterreich, auch nach der Volksbefragung zum Thema Bundesheer und nach den Volksbegehren für mehr Demokratie und weniger Religion kann man Zwischenbilanz ziehen. Die Volksbegehren gehören dazu, denn trotz aller Fehler, die bei der Mobilisierung gemacht wurden, kann man sagen: Keine Antwort ist auch eine Antwort.

Welches Österreich liegt vor? Wir sehen relativ wenig geschwächte Konservative, sehr deutlich gestärkte Grüne, die Sozialdemokraten verlieren kräftig (außer dort, wo sie überzeugende Leute haben), Stronach bekommt um die zehn Prozent, und zwar auf Kosten der FPÖ, der solcherart der Giftzahn gezogen ist. Das alles kann Österreich in diesem Herbst verändern, wenn am 29. September der Nationalrat gewählt wird.

Dass die Kaufpartei des Frank Stronach das Bild derart aufmischt, darf als politische Schande für Österreich verstanden werden. Der Stronachismo schwächt die populistische Rechte bis zur Ratlosigkeit, also wird er von den Regierungsparteien als unverhoffter Bonus insgeheim begrüßt und nicht, wie es sein sollte, als gefährliche Verhöhnung der Demokratie attackiert.

Aber nein: Man darf nichts und niemanden angreifen, denn wer angreift, macht sich politisch selber angreifbar. So gehen die Ammenmärchen, mit denen Politikberater aller Arten ihre wohlbezahlten Jobs ausbauen und der Politik ihr ureigenstes Geschäft austreiben. Das Potenzial von FPÖ und Stronach beträgt zusammen 25 bis 30 Prozent. Wer rechnen kann, sieht eine Koalitionsalternative für das verhasste Rot-Schwarz heraufdämmern. Sie heißt nicht Rot-Grün.

Die Grünen kassieren endlich den Bonus dafür, dass sie einerseits mangels Gelegenheit, andererseits aber auch wegen moralischer Festigkeit als einzige aller Parteien nicht bei Skandalen ertappt wurden. In Kärnten wurde es sogar der harthäutigen Lokalbevölkerung zu viel, sie strafte die Korruptionisten ab.

In Tirol blieb Günther Platter im Amt, Murmeltier hin, Gams her. Dort kommt es offenbar zu Schwarz-Grün, in Salzburg ist eine schwarz-rot-grüne Koalition nicht sehr wahrscheinlich, aber eine Option. Die Grünen wären dann in fünf, also der Mehrheit der Bundesländer in der Regierung; ihre Stärke in den Städten ist nicht zu übersehen – in der Stadt Salzburg wurden sie mit 26 Prozent stärkste Partei; in Innsbruck erreichten sie über 23 Prozent.

Profitiert also doch noch eine Partei von den blau-schwarzen Skandalen. Gäbe es historische Gerechtigkeit, müsste die korrupteste Partei nach 2000, die FPÖ, am Boden liegen und ebenso jene Partei, die sie in die Regierung holte, die ÖVP. Die SPÖ, nur am Rande in Skandale involviert, verspielte dieses Guthaben in erstaunlicher Weise (nur Peter Kaiser machte in Kärnten einen Landeshauptmann daraus) und klammert sich an das unpolitische Motto schlechthin: „Genug gestritten!“

Die Salzburger Landeshauptfrau Gabi Burgstaller, gewesene Hoffnung der SPÖ, wurde sang- und klanglos verabschiedet. Sie hatte es weder geschafft, die Finanzaffäre aufzuräumen, noch ist es ihr gelungen klarzumachen, dass der Skandal auch

durch die Art seiner Veröffentlichung einer wurde: Die Saubermänner schadeten dem Land durch erzwungene schnelle Verkäufe und werden mit dem Landeshauptmannposten belohnt. Burgstaller zahlt den Preis dafür, dass sie als Landeshauptfrau Spekulationen stattfinden ließ, von denen sie nichts verstand und deren Mechanik sie nicht beherrschte. Deren publizistische Mechanik, die ökonomische beherrschen ja nicht einmal jene Banken, die toxische Papiere verkaufen. Erwin Pröll stritt einfach alles ab. Aber dem sind die Spekulationen nicht passiert, und er hatte keinen Koalitionspartner, der ihn auffliegen lassen konnte.

Die Grünen sind nicht nur sauber, sie haben politische Konturen. Und nun auch in den Ländern Personal. Maria Vassilakou, Rudi Anschober, Rolf Holub, Ingrid Felipe, Astrid Rössler – sie alle besetzen regionale Machtpositionen (oder haben beeindruckende Wahlergebnisse) und geben der Partei damit neben dem starken parlamentarischen Spielbein ein Standbein.

Und siehe da: Die Grünen haben ein Programm. Sie fordern die Vereinigten Staaten von Europa, zum Beispiel. Haben eine klare Position zur Finanzkrise, sind sozialpolitisch trittsicher, in Bildungsfragen und Geschichtspolitik firm und in Umweltfragen sowieso zu Hause.

Dass Umweltfragen wichtig werden, kann man daran erkennen, dass Michael Spindelegger in Sachen Bienengift zurückrudert und Erwin Pröll den Ausbau der Windkraft im Waldviertel bis auf weiteres gestoppt hat. Das mag ein Manöver sein, um bis zu den Nationalratswahlen Ruhe zu haben; die Zerstörung einer Kulturlandschaft, in deren Vermarktung zig Millionen Steuergelder investiert wurden, kann man nicht als Energiewende verkaufen, auch wenn sich bei dieser konzeptlosen Aktion einige Grundbesitzer und Gemeinden sanieren.

Es geht Österreich glänzend. Umso größer ist das Rätsel, warum eine derart gut verwaltete Gesellschaft eine derart beschämende Politik und eine derart kümmerliche politische Öffentlichkeit aufweist. Selbst dieser Kommentar kam bis hierher, ohne eine europäische Frage zu stellen. Zum Beispiel, bezogen auf unseren Nachbarn: Was tut Österreich in der EU, um gegen die Bedrohung und Beeinträchtigung der Demokratie in Ungarn ein europäisch-solidarisches Vorgehen zu bewirken?

Die ÖVP ist gelähmt, weil Viktor Orbán, der geschickte Autokrat, ihr Parteigenosse ist. Der SPÖ-Chef hat zwar seine europäische Rhetorik geändert, benimmt sich aber erstaunlich konturlos („kein Streit!“). Mit dem Fraktionsführer der SPE möchte man keinesfalls gemeinsam erwischt werden, das ist nämlich der Wiener Hannes Swoboda.

Wir würden gern von der ÖVP wissen, was sie von der Idee der „marktkonformen Demokratie“ von Angela Merkel hält, wir wollen von der SPÖ hören, wie Österreichs Ideen gegen das Diktat der Finanzmärkte und gegen die Idiotie des Austeritätskurses aussehen. Ob sie vielleicht die Idee eines Sozialismus nach Wiener Art der EU als Modell vorschlagen möchte – auf solche Auskünfte warte ich seit Jahren.

Und von den Konservativen möchten wir gerne wissen, was eine moderne christlichsoziale Partei kann, außer sich international schlecht zu benehmen, steuerhinterzieherschonende Separatabkommen mit der Schweiz und Liechtenstein zu schließen, mit der chemischen Industrie zu packeln und ein paar integrierte Familien abzuschieben. Wer verteidigt (geschweige denn modernisiert) die soziale Marktwirtschaft? Wo sind bürgerliche Denker, die kapieren, dass Mimikry an den neolibe-

ralen Mainstream zwar einigen die Taschen füllt, aber den Untergang des Bürgertums herbeiführt? Und vor allem: Wer verteidigt die EU gegen den bornierten Provinzialismus unserer Öffentlichkeit?

Europa, Umwelt, öffentliches Eigentum (ja, gerade haben die ÖBB positiv bilanziert, während die Regierung den ORF wieder einmal aushungert), Umverteilung nach oben – Politik erfordert, diese Fragen öffentlich zu diskutieren. Sie sollten die kommende Wahl entscheiden. Sie sind wichtiger als das Gerangel um Koalitionen in Regionalparlamenten. Die Karten der Grünen sind deswegen gut. Schwarz und Rot verlieren weiter, wenn sie ihre Antipolitik fortsetzen und bloß versuchen, Fehler zu vermeiden. Ihre taktischen Spielchen machen das Publikum müde. Im Übrigen bin ich der Meinung, der Mediamil-Komplex muss zerschlagen werden. F

Salzburg | Landtagswahl

SPÖ bietet Rössler Posten der - Landeshauptfrau an

Die Koalitionsspielereien in Salzburg gehen weiter: Die SPÖ bieten den Grünen ein Modell an, bei der Grünen-Chefin Rössler Landeshauptfrau werden soll. Haslauer präferiert indes die Variante Schwarz-Grün-Stronach.

12- 05. 2013 Der Minister, die Bienen, die Chemie

Umweltminister Nikolaus Berlakovich stellt sich gegen ein Verbot von Insektiziden, die laut EU die Bienen gefährden. Auch ein Blick in die Inserate der ÖVP-Bauernzeitung offenbart, wer seine Politik bestimmt

Sie heißen Adengo, Elumis Extra, Adexar, Biathlon, Medax Top und Clio Top Pack. Sie werden in bunten Inseraten angepriesen. Wer die Bauernzeitung durchblättert, meint, die Apothekerzeitung erwischt zu haben.

Hie und da taucht in dem wöchentlich erscheinenden Zentralorgan des österreichischen Bauernbunds, einer Teilorganisation der ÖVP, auch eine Reklame für einen Mähdrescher oder einen Traktor auf, der Rest der Werbeeinschaltungen ist fest in der Hand der Agrar-Chemiekonzerne. Sie heißen Bayer CropScience oder Syngenta und sind die Platzhirsche am weltweiten Agrar-Chemikalienmarkt.

Ende April stimmten 15 EU-Staaten in Brüssel dafür, die sogenannten Neonicotinoide Imidacloprid, Clothianidin und Thiamethoxam für vorerst zwei Jahre auf Mais, Raps, Sonnenblume und Baumwolle zu verbieten. Vier EU-Staaten enthielten sich. Acht stimmten dagegen, darunter auch der österreichische Landwirtschafts- und Umweltminister Nikolaus Berlakovich.

Er wird seitdem medial dafür geprügelt, für das Bienensterben mitverantwortlich zu sein. Erst Montag Abend, nach einer Woche heftiger Kritik, kündigte die ÖVP an, einem Verbot eventuell doch zuzustimmen.

Neonicotinoide sind Insektenvernichtungsmittel aus synthetisch hergestellten nikotinartigen Wirkstoffen, die in der konventionellen Landwirtschaft eingesetzt werden. Dabei beizen die Bauern ihr Saatgut mit giftigen Substanzen, die sich von der Wurzel bis in die Blattspitzen verteilen. Knabbert ein Schädling an der Pflanze, war es sein letzter Fraß.

Das Gift steht aber unter Verdacht, nicht nur Drahtwurm, Kartoffelkäfer, Zwiebelfliege oder Maiswurzelbohrer den Garaus zu machen. Sondern auch die nützlichen Bienen dahinzuraffen, die – wie wir es aus „Biene Maja“ kennen – den Tau aus der Pflanze schlabbern. Dadurch würde, erklären zahlreiche Wissenschaftler, das Nervengift in den Bienenkörper gelangen. Die Tiere würden entweder sofort sterben oder die Orientierung verlieren und auf dem Weg in ihren Bienenstock verenden. „Vier Nanogramm, also ein viermilliardstel Gramm, töten eine Biene“, erklärt Stefan Mandl, langjähriger Koordinator der Arge Bienenforschung an der Universität für Bodenkultur. Nicht nur Bienen seien durch diese Mittel in Gefahr, auch Hummeln, Regenwürmer, Ameisen, Schmetterlinge und Käfer.

Wieso lässt ein Politiker Sumsi sterben, noch dazu so kurz vor einer entscheidenden Wahl? Wieso stimmte Berlakovich im Alleingang und gegen den Willen des Koalitionspartners SPÖ gegen ein Verbot dieser toxischen Substanzen? Wieso stellt sich ein Politiker ganz offensiv gegen die öffentliche Meinung, wo er doch nur verlieren kann?

Eine Erklärung liegt wohl darin, dass Umweltminister Berlakovich seit seiner Angelobung im Dezember 2008 vor allem eines ist: Landwirtschaftsminister. Und da auch nicht der Minister der kleinen Bio- und sonstiger Kleinstbauern im „Feinkostladen

Österreich“, sondern der Schutzpatron des Bauernbundes, der als Teilorganisation der ÖVP Berlakovich auf den Ministersessel geholfen hat.

Auf der Homepage der Bauernzeitung des Bauernbunds gibt es ein eigenes „Bayer-Agrar-TV“. In diesem wöchentlichen Internetfernsehen präsentiert Moderatorin Lisa Heckl den „Bauernzeitung-Newsflash“ zu Themen wie „Frauen und Motorsägen“, berichtet, dass das Pestizid „Betanal Maxx Pro“ des Chemieriesen Bayer jetzt auch für Rote Rüben zugelassen sei, empfiehlt die Unkrautvernichtungsmittel „Baldur“ und „Sector WG“ gegen eine „breite Mischverunkrautung“ am Feld.

Die Firma Bayer CropScience ist mit ihrem Produkt „Poncho“ Anbieter von Neonicotinoiden, die in Verdacht stehen, am Bienensterben mitverantwortlich zu sein. Sie teilt sich den Markt mit dem Schweizer Multi Syngenta, der die giftigen Beizmittel unter den Namen „Gaucho“ und „Cruiser“ vertreibt, und mit dem deutschen BASF, der „Goldor Bait“ auf dem Markt hat.

Beim Pflanzenschutz in der konventionellen Landwirtschaft geht es um viel Geld. Bayer CropScience macht allein mit Neonicotinoiden etwa eine Milliarde Euro Jahresumsatz.

In der aktuellen Ausgabe von „Bayer Agrar-TV“ hat auch die Biene einen eigenen Beitrag. Die „Industriegruppe Pflanzenschutz“, in der Bayer, Syngenta und BASF vertreten sind, kritisiert darin die „pseudowissenschaftliche Kampagne“ der Umwelt-NGOs Global 2000 und Greenpeace gegen das Bienensterben. Insektizide würden von Landwirten „ohne unvertretbare Risiken für Bienen eingesetzt“, heißt es. Im Klartext: Die Risiken für die Bienen seien vertretbar.

Die enge Kooperation zwischen Bauernbund und Pflanzen-Chemiemultis stört den grünen Abgeordneten und Landwirtschaftssprecher Wolfgang Pirklhuber schon lange. Voriges Jahr kritisierte Pirklhuber bei einer Rede im Parlament, dass der Bauernbund über Inserate in der Bauernzeitung in diesem Jahr mehr als 400.000 Euro von der chemischen Industrie erhalten habe.

„Wir sind die meistgelesene Agrarzeitschrift“, sagt Bauernzeitung-Geschäftsführer Georg Keuschnig dazu. Er verrate keine Umsatzzahlen, „aber die chemische Industrie inseriert während der Anbauzeiten im Kampf um die Kunden bei uns, weil man über uns 80 Prozent der österreichischen Bauern erreicht“.

Was der Bauernbund nicht von der Industrie erhält, das fließt aus Berlakovichs Ministerium an die ÖVP-Teilorganisation.

Zum einen durch Inserate. Mehr als 575.000 Euro erhielt die Bauernbund-Zeitung zwischen 2006 und 2011 in Form von Inseraten und Medienkooperationen aus dem Landwirtschaftsministerium. Seit 2009 erhält die schwarze Teilorganisation jährlich 290.000 Euro für Öffentlichkeits- und Informationsarbeit von Berlakovich. Unter dessen Vorgänger Josef Pröll (ÖVP) waren es „nur“ 200.000 Euro gewesen. Der Rechnungshof kritisierte, die Inserate des Ministeriums seien bloß allgemein gehalten und hätten keinen Bezug zur Arbeit des Ministeriums.

Voriges Jahr kündigte Berlakovich an, die Förderungen für den Bauernbund kürzen zu wollen. Sein Büro blieb eine Antwort auf eine Falter-Anfrage, ob dies tatsächlich passiert sei, aber schuldig.

Gar nichts gibt es hingegen derzeit für Bauern, die von konventionellem auf Bio-Betrieb umstellen wollen. Seit drei Jahren ist die Bio-Landbauförderung in Österreich ausgesetzt. Erst kommendes Jahr soll es wieder eine Unterstützung geben. „Der Einstieg in die Maßnahme Bio war bis 2010 möglich“, sagt der Sprecher des Ministers. „Das wurde den Bauern auch seit 2006 klar kommuniziert.“

Noch länger müssen Schweine warten, bis alle artgerecht untergebracht sind. Nachdem die Volksanwaltschaft 2010 feststellte, dass die Schweinehaltung in Österreich rechtswidrig sei, da das Tierschutzgesetz das wochen- und monatelange Einsperren der Zuchtsauen in körperengen „Kastenständen“ aus Metall verbiete, torpedierte Berlakovich zuerst die Verhandlungen mit Gesundheitsminister Alois Stöger (SPÖ). Schließlich konnte sich der Landwirtschaftsminister durchsetzen: Die Kastenstände wurden zwar 2010 verboten, allerdings mit einer Übergangsfrist bis 2033. Die Liebe zu den Schweinebauern ist auch mit Berlakovichs Biografie erklärbar. Der Burgenländer stammt von einem Gutshof in Großwarasdorf, den elterlichen 300-Hektar-Betrieb bewirtschaftet die Schwester. Seine Diplomarbeit auf der Boku schrieb der Minister 1985 über „Untersuchungen über das Korn-Stroh-Verhältnis bzw. Korn-Spindel-Verhältnis ausgewählter Maissorten im pannonischen und illyrischen Anbaugebiet“.

Die Mais- und Schweinebauern sind es auch heute, die das potenziell bienengefährliche Neonicotinoid aufs Feld bringen möchten. Denn der sogenannte Maiswurzelbohrer, der den Futtermais beschädigt, wäre auch durch Fruchtfolge in Griff zu kriegen, also dadurch, dass nicht jedes Jahr Mais in Monokulturen angepflanzt wird. Dann würde den Schweinebauern aber das günstige Kraftfutter für die mehr als drei Millionen Schweine in Österreich fehlen.

Für Berlakovich fehlen noch „wissenschaftliche Daten“, die das Bienensterben durch Neonicotinoide belegen würden, erklärt dessen Sprecher. „Ohne Schädlingsbekämpfung hätten wir einen Ernteausfall von 30 Prozent“, sagt die Sprecherin des Bauernbundes.

Auch wenn die Episode Sumsi wohl zu den unangenehmsten Anekdoten in Berlakovichs Politkarriere zählt, die Bienen bedeuten nicht automatisch das Ende derselben. Im Gegenteil, seinen persönlichen Wahlkampf unter Österreichs Bauern hat Berlakovich damit erst begonnen. Schließlich wählten bei der letzten Wahl 80 Prozent aller Bauern ÖVP.

12. 05. 2013 **Bawag-Refco: Die Co-Konspiration**

·Die Insel der Schein-Heiligen

Steueroasen. Die scheinheilige Debatte um das Bankgeheimnis - und das große Geschäft dahinter Unveröffentlichte US-Gerichtsakten stellen den Fall Bawag-Refco in ein neues Licht. Der frühere Bankmanager Thomas Hackl wurde für seine Rolle beim Refco-Kollaps zu 20 Millionen Dollar Schadenersatz verurteilt. Über diese Achse ließ auch Wolfgang Flöttl (Bild) die Bawag-Gelder laufen.

Der Beklagte hatte es vorgezogen, nicht vor Gericht zu erscheinen. Auch die ihm persönlich zugestellte Zivilklage ließ er fortgesetzt unbeantwortet. Am 14. Mai 2009 schritt ein Richter des Bundesbezirksgerichts für den südlichen Bezirk New Yorks schließlich zur Tat – und verdonnerte den Abwesenden in einem gerade einmal einseitigen Versäumnisurteil („default judgement“) zu einer empfindlichen Schadenersatzzahlung: 20.285.113 US-Dollar und 90 Cent.

„Blitzkredit“

Der Beklagenswerte ist deutscher Staatsbürger mit Lebensmittelpunkt in der Schweiz, wo er sich eine kleine Vermögensberatung aufgebaut hat. Er reise viel und sei schwer zu erreichen, wie sein Zürcher Büro profil vergangene Woche mitteilte. Auch eine Anfrage via E-Mail blieb unbeantwortet. -

Bis vor wenigen Jahren noch war Thomas Hackl eine zumindest mittelgroße Nummer im internationalen Finanzgeschäft. In den neunziger Jahren verantwortete er in der Bawag den sensiblen Geschäftsbereich Treasury, ehe es ihn 2002 in die USA verschlug – zu Phillip R. Bennett und dessen rasant wachsendem Wertpapierhandelshaus Refco, wo er bis 2004 Schlüsselpositionen besetzte. Danach machte Hackl sich selbstständig. -

Refco – das ist jene bisher schwach ausgeleuchtete Geschäftsbeziehung, die gleichsam am Anfang des Bawag-Skandals steht. Vor nunmehr siebeneinhalb Jahren, im Oktober 2005, löste eine über Nacht gefällte Kreditentscheidung in Wien eine Kettenreaktion aus, welche die Bawag in die schwerste Krise ihrer Geschichte stürzen und den damals längst pensionierten langjährigen Generaldirektor Helmut Elsner zu einem rechtskräftig verurteilten Straftäter machen sollte. -

Am 10. Oktober 2005 ließ das Bawag-Management unter der Führung von Elsners Nachfolger Johann Zwettler den notorischen „Blitzkredit“ in der Höhe von 350 Millionen Euro an Bennett überweisen, einen damals gern gesehenen Geschäftspartner. Einen Tag später wurde Bennett wegen vermuteten Bilanzbetrugs im großen Stil in New York verhaftet und

später zu 16 Jahren Haft verurteilt; Refco kollabierte; die Bawag schlitterte an den Rand des Ruins; die österreichische Justiz nahm Ermittlungen auf. Doch diese (und mit ihnen das öffentliche Interesse) sollten sich alsbald in eine andere Richtung drehen: Die Aufräumarbeiten förderten die Jahre zuvor vertuschten, desaströsen Karibik-Spekulationen von Investmentberater Wolfgang Flöttl zu Tage, die bekanntlich in einem Schaden von 1,4 Milliarden Euro mündeten. Die Achse Refco geriet rasch in Vergessenheit. - Möglicherweise zu rasch. -

Denn bestimmte Vorgänge zwischen Bank und Refco ab Mitte der neunziger Jahre könnten das Verständnis des Bawag-Skandals grundlegend ändern. -
Bis heute konnte die mit Abstand wichtigste Frage nicht annähernd befriedigend beantwortet werden: Was hat Flöttl mit den ihm zwischen Mitte der neunziger Jahre und 2000 überantworteten Bawag-Geldern wirklich gemacht? Verspekuliert, wie er nie müde wurde zu beteuern? Zumindest teilweise gestohlen, wie Helmut Elsner seit Jahren mutmaßt? Die profil nun vorliegenden und in Österreich völlig unbekannten US-Gerichtsakten sind Teil einer 1,8 Milliarden Dollar schweren Betrugsklage, die Elsner in den USA gegen mehrere Personen eingebracht hat – unter ihnen sein Nachnachfolger Ewald Nowotny (heute OeNB-Gouverneur) und der kurzzeitige ÖGB-Präsident Rudolf Hundstorfer (heute Sozialminister). Elsner will damit den auf seinem Rücken geschlossenen Vergleich mit Refco-Geschädigten und der US-Justiz aus dem Jahr 2006 aufbrechen (siehe Kasten hier). -

Das 2009 in New York ergangene Urteil gegen Ex-Bawag- und Ex-Refco-Manager Thomas Hackl über 20 Millionen Dollar ist ohne Zweifel ein bedeutender Stein in einem Puzzle, welches sich allerdings noch nicht vollständig zusammensetzen lässt. -

Hackl war im Oktober 2007, zwei Jahre nach dem Refco-Zusammenbruch, von einem der zahlreichen Refco-Gläubigervertreter auf Schadenersatz geklagt worden. In der profil ebenfalls vorliegenden Zivilklage wird er an mehreren Stellen wörtlich als Bennetts langjähriger „Co-Konspirator“ bezeichnet. Zwischen 2000 und 2005 soll Hackl – zunächst als Bawag-, dann als Refco-Mitarbeiter und schließlich als Bennetts Berater – daran beteiligt gewesen sein, ausufernde Verluste in den Büchern des Wertpapierhandelshauses zu vertuschen. In der Klage heißt es dazu: „Bennett und seine Co-Konspiratoren orchestrierten einen massiven Betrug, der darauf abgestellt war, Refcos finanzielle Position aufzublähen.“ -

Wie profil bereits vor Jahren ausführlich berichtete, war es hauptsächlich der Bawag geschuldet, dass die Refco-Blase nicht schon früher platzte. Die Gewerkschaftsbank war einst nicht nur zu zehn Prozent an Refco beteiligt, sie gewährte dem Broker auch immer wieder großzügige Zwischenfinanzierungen. Längst steht fest, dass diese Kredite dazu dienten, an Bilanzstichtagen ein hunderte Millionen Dollar großes Minus aus den Refco-Büchern herauszurechnen. Helmut Elsner hat sich stets damit verteidigt, die wahre Natur der „Ultimogeschäfte“ nicht erkannt zu haben. „Refco war ein höchst angesehenes Haus. Die uns vorgelegten Zahlen waren sehr solide. Hätte ich von den Problemen des Herrn Bennett gewusst, hätten wir die Geschäftsbeziehungen sofort abgebrochen“, sagt Elsner heute. Er legt Wert auf die Feststellung, dass die Refco-Kredite stets über den von Hackl geleiteten Geschäftsbereich abgewickelt worden seien.

12.05.2013, 11:01

Nach Salzburg-Wahl

Am Montag wird der erfahrene Banker und Bürgermeister von Goldegg, Hans Mayr, die Position des Team Stronach noch einmal mit ÖVP- Chef Wilfried Haslauer besprechen. Beide Parteichefs favorisieren ganz klar die Variante Schwarz- Grün- Gelb. Doch die Grünen spielen nicht mit – sie wollen lieber mit den Sozialdemokraten. Der Goldegger spielt dennoch das Zünglein an der Waage. Mayr im Interview über seine Vorstellungen einer neuen Regierung.

"Krone": Mit 8,3 Prozent gelang Ihnen und Ihrem Team gleich der Einzug in den Landtag, jetzt sind Sie schon das Zünglein an der Waage einer möglichen Dreierkoalition. Wie laufen die Verhandlungen derzeit?

Hans Mayr: "Zuallererst möchte ich mich bei allen Wählern bedanken und ich freue mich über den unglaublichen Zuspruch, den ich derzeit erlebe. Die Menschen gehen auf mich zu, ich werde angesprochen und wahrgenommen. Die Verhandlungen laufen konstruktiv. Mit Wilfried Haslauer gibt es eine gute Gesprächsbasis."

"Krone": Sie wollen in eine Regierung, welche Varianten gibt es für Sie?

Mayr: "Unser Präsidium hat mich ganz klar damit beauftragt, die Variante Schwarz- Grün- Gelb zu verhandeln. Das ist eindeutiger Wunsch."

"Krone": Haben Sie freie Hand bei den Verhandlungen oder redet der Parteigründer Frank Stronach mit?

Mayr: "Ich genieße volle Handlungsfreiheit in meinem Tun und das Vertrauen. Das einzige was ich tue, ist, was jeder anständige Politiker tut. Ich berichte der Partei über den Status der Verhandlungen."

"Krone": Astrid Rössler von den Grünen schließt Sie als Koalitionspartner aus, was die Sache erschwert. Gab es schon Gespräche mit ihr?

Mayr: "Nein, Wilfried Haslauer ist der Leiter der Verhandlungen und wir sprechen zuerst mit ihm. Ich führe keine Zwischenverhandlungen oder Gespräche abseits, das würde für böses Blut sorgen und wäre nicht korrekt. Solche Abmachungen würden eine Regierung gefährden. Dafür bin ich nicht zu haben."

"Krone": Verstehen Sie aber die ablehnende Haltung der Grünen?

Mayr: "Ehrlich gesagt nicht. Sie wollen eine neue Politik einführen und schließen dann gleich kategorisch einige Parteien wieder aus. Dass die Grünen mit den Freiheitlichen aus ideologischen Gründen nicht können, das leuchtet mir ein. Aber sonst verstehe ich diese Haltung nicht so ganz.

Für Dienstleistungsabkommen Schweiz – EU Schwenker der Banken

Die Furcht vor Diskriminierung in der EU und die Relativierung des Bankgeheimnisses haben die Schweizer Bankiervereinigung zu einem Kurswechsel veranlasst.

Die Furcht vor Diskriminierung in der EU und die Relativierung des Bankge-heimnisses haben die Schweizer Bankiervereinigung zu einem Kurswechsel veranlasst. Der Verband spricht sich nun für ein Dienstleistungsabkommen mit der EU aus.

Die Schweizer Banken sahen sich in den letzten Jahren wiederholt zu Meinungsumschwüngen gezwungen. Den Ausbau der Steueramtshilfe hat die Branche akzeptiert, die lange Zeit verpönte Rolle als verlängerter Arm ausländischer Steuerbehörden haben Bankenkreise in Form des Abgeltungssteuermodells sogar selber vorgeschlagen, und der automatische Informationsaustausch mutierte aus Branchensicht in kurzer Zeit vom Tabuthema zum vielleicht bald unvermeidlichen internationalen Standard, mit dem man zähneknirschend leben kann, wenn alle Finanzplätze gleich lange Spiesse haben.

Marktabschottung der EU

Im Verhältnis zur EU hat die Schweizerische Bankiervereinigung (SBVg) einen weiteren Schwenker vollzogen. Der Branchenverband spricht sich mittlerweile für ein Dienstleistungsabkommen der Schweiz mit der EU aus – auch wenn weitere inhaltliche Abkommen mit der EU erst nach Klärung der künftigen bilateralen Beziehung möglich seien. Die frühere skeptische Haltung hat die SBVg nicht nur wegen der Relativierung des Bankgeheimnisses abgelegt.

Mindestens so bedeutend sind die wachsenden Befürchtungen hinsichtlich der Abschottung des EU-Marktes gegenüber Anbietern aus Drittländern. Ein wichtiges Instrument dafür ist die geplante EU-Finanzdienstleistungs-Richtlinie (Mifid II). Eine aktive Betreuung von Kunden im EU-Raum dürfte demnach künftig für Schweizer Banken nur noch möglich sein, wenn sie Niederlassungen oder Tochtergesellschaften in der EU haben. Ohne solche Vor-Ort-Präsenz wären nur noch passive Dienstleistungen möglich, wie etwa die blosse Entgegennahme von Kundenaufträgen.

Am stärksten von der geplanten Marktabschottung betroffen sind mittelgrosse und kleinere Institute mit EU-Kunden, aber ohne dortige Präsenz. Laut einem Branchenkenner dürften mindestens 50 bis 60 Schweizer Institute direkt betroffen sein – Kantonalbanken, Regionalbanken, Privatbanken. Ein Branchenvertreter schiebt nach, dass sich vor allem grössere Institute anpassen könnten, dies aber zu erheblichen Stellenverlagerungen von der Schweiz in den EU-Raum (zum Beispiel nach Luxemburg) führen dürfte.

Skeptischer Bundesrat

Der Bundesrat hat sich bisher gegen ein Dienstleistungsabkommen mit der EU ausgesprochen – und dies nicht nur wegen des Bankgeheimnisses. Ein solches Abkommen «würde eine ganze Reihe von sensiblen Fragen aufwerfen», betonte der Bundesrat vor Jahresfrist in seiner Antwort auf einen parlamentarischen Vorstoss. Infrage gestellt wären demnach unter anderem die Staatsgarantie der Kantonalbanken, die Monopolstellung der kantonalen Gebäudeversicherungen und der Suva sowie die Autonomie der kantonalen Unternehmensbesteuerung.

Die Kantonsautonomie in der Unternehmensbesteuerung ist ohnehin bereits infrage gestellt, wie der laufende Steuerstreit mit der EU zeigt. Brüssels Wunsch nach einer Schweizer Übernahme der EU-Leitplanken zur Unternehmensbesteuerung würde allerdings im Rahmen von Verhandlungen über ein Dienstleistungsabkommen eher noch verstärkt. Sorgen bereitet dies aus Schweizer Sicht nicht zuletzt angesichts der Unsicherheiten über künftige Revisionen dieser Leitplanken.

Auch in anderen Bereichen müsste die Schweiz laut dem Bundesrat im Rahmen eines Dienstleistungsabkommens unter Umständen den EU-Rahmen übernehmen – etwa in der Subventionspolitik und der Wettbewerbspolitik. In der Wettbewerbspolitik scheint sich die Schweiz allerdings nach und nach ohnehin der EU anzunähern.

Der Wirtschaftsdachverband Economiesuisse stand nach eigenen Angaben der Idee von Sondierungsgesprächen zu einem Finanzdienstleistungs-Abkommen schon seit längerem positiv gegenüber. Ein solches Abkommen gilt allerdings als politisch schwierig, weil es aus EU-Sicht mit dem Makel der Schweizer «Rosinenpickerei» behaftet wäre. Für Gespräche zu einem allgemeinen Dienstleistungsabkommen ist es laut Economiesuisse nicht zuletzt wegen der ungelösten institutionellen Fragen noch zu früh. Der Zusatznutzen eines solchen Abkommens für die Schweizer Wirtschaft wäre gemäss dem Wirtschaftsverband momentan begrenzt. Der grenzüberschreitende Dienstleistungsverkehr sei jetzt schon bedeutend, zudem gebe es auch im EU-Binnenmarkt noch nationale Hindernisse.

Vor dem EU-Finanzministertreffen * Vom Schlachten heiliger Steuerkühe

Der derzeitige Ecofin-Vorsitzende, der irische Finanzminister Michael Noonan, will seinen Kollegen mehrere Steuerdossiers unterbreiten, wovon wenigstens zwei auch für die Schweiz von Bedeutung sind.

Nach jahrelangen Stellungskriegen steht der automatische Informationsaus-tausch in der EU vor einem grossen Schritt nach vorn. Dies schafft eine neue Ausgangslage für die anstehenden Verhandlungen der Schweiz mit der EU über die Zinsbesteuerung.

Selten zuvor hat die Bekämpfung der grenzüberschreitenden Steuerflucht in der EU so hohe Wellen geworfen und so viele parallele Initiativen ausgelöst wie in letzter Zeit. Am Treffen der EU-Finanzminister (Ecofin) vom nächsten Dienstag wird sich nun zeigen, ob den hehren Worten auch Taten folgen und die Staaten die in Steuerfragen nötige Einstimmigkeit erzielen. Der derzeitige Ecofin-Vorsitzende, der irische Finanzminister Michael Noonan, will seinen Kollegen mehrere Steuerdossiers unterbreiten, wovon wenigstens zwei auch für die Schweiz von Bedeutung sind: ein Vorschlag zur Ausweitung des Anwendungsbereichs der EU-Richtlinie über die grenzüberschreitende Zinsbesteuerung und ein Mandat, das der EU-Kommission die Aufnahme von Verhandlungen mit der Schweiz und weiteren Drittstaaten über ein Mitziehen ermöglichen würde (für Details siehe untenstehenden Text).

Wie es zum Kurswechsel kam

Beide Vorschläge liegen seit Jahren auf dem Tisch, doch wurden sie bisher von Luxemburg und Österreich blockiert. Beide befürchteten, bei dieser Gelegenheit bei der Zinsbesteuerung von ihrem bisherigen Quellensteuer-Modell auf den automatischen Informationsaustausch (AIA) übergehen und damit ihr Bankgeheimnis zumindest für Kunden aus dem EU-Ausland gegenüber dem Fiskus aufheben zu müssen. Denn ihre Quellensteuer-Modelle waren von Anfang an als Übergangslösung konzipiert, und die

im EU-Recht formulierten Voraussetzungen für ein Ende der Übergangsfrist sind zwar nicht formal, aber doch materiell weitgehend erfüllt.
Inzwischen allerdings scheint die Blockade aufgebrochen: Luxemburg hat im April erklärt, im Bereich Zinsbesteuerung 2015 zum AIA überzugehen, und Österreich hat kurz darauf Gesprächsbereitschaft signalisiert. Katalysator für den Sinneswandel war die amerikanische «Foreign Account Tax Compliance Act» (Fatca): Auch Luxemburg und Österreich verhandeln mit den USA über Fatca-Abkommen, die dem AIA recht nahekommen. Und sie werden den anderen EU-Staaten kaum verweigern können, was sie den USA gewähren, zumal eine am 1. Januar in Kraft gesetzte EU-Richtlinie zur Verwaltungszusammenarbeit in Steuersachen eine Meistbegünstigungsklausel enthält. Zusätzlichen Druck ausgeübt haben die Schuldenkrise, die die Suche nach Steuereinnahmen intensiviert hat, und eine Reihe neuer Steuerskandale. Als weiteren Grund für seinen Kurswechsel nannte Luxemburg das Scheitern des Abgeltungssteuerabkommens der Schweiz mit Deutschland. Es hat der Abgeltungssteuer als Gegenkonzept zum AIA einen langfristig vielleicht tödlichen Schlag versetzt.
Begonnen hat der Paradigmenwechsel von der Quellensteuer zum AIA innerhalb der EU bereits am EU-Gipfel vom Juni 2000 im portugiesischen Feira, an dem die EU-Staaten im Bereich Zinsbesteuerung von der Koexistenz von Quellensteuer und AIA abrückten und Letzteren als Endziel formulierten. Luxemburg und Österreich hielten allerdings bis zuletzt daran fest, dass die Quellensteuer die bessere Lösung sei. Sie generiere Steuereinnahmen, während der AIA zu einem Datenfriedhof führe, pflegte Österreichs Finanzministerin Maria Fekter zu sagen. Die Befürworter des AIA halten dem entgegen, dass die Quellensteuer zwar die Zinserträge erfasse, nicht aber den Zufluss von neuem Schwarzgeld verhindere. Vielmehr bleibe es attraktiv, schwarz verdientes Geld unter Hinterziehung von Einkommens- und anderen Steuern in ein Quellensteuerland zu bringen und dort nur die Zinsen zu versteuern. Der AIA hingegen schrecke hiervon ab und bringe die Steuerpflichtigen dazu, Konten im Ausland zu deklarieren.
Doch dieser Glaubenskrieg erscheint zunehmend als Diskussion der Vergangenheit. Zumindest in der EU ist der Zug in Richtung AIA abgefahren. Nicht nur Luxemburg und Österreich sind daran, ihre heiligen Kühe zu schlachten, auch am anderen Ende des Spektrums gibt es Bewegung: Grossbritannien hat seine Überseegebiete zu AIA-Verträgen gebracht und ist zum Einbezug von Trusts in die Zinsbesteuerung bereit, auch wenn beide Schritte laut Experten noch kaum alle Umgehungsmöglichkeiten beseitigen.
Während die mittelfristige Richtung klar scheint, kann die Komplexität der Materie, die nötige Einstimmigkeit der Mitgliedstaaten für Steuerbeschlüsse und die verbreitete Scheinheiligkeit (stören tun immer nur die Steuerschlupflöcher des Nachbarn) noch zu einigen Windungen und Verzögerungen führen. Zwar geben sich Diplomaten

zuversichtlich, dass am Dienstag zumindest das Mandat für Verhandlungen mit den Drittstaaten verabschiedet wird. Doch selbst hierzu gibt es eine letzte Unsicherheit, da in Österreich der Koalitionsstreit in dieser Sache offenbar noch nicht ganz ausgestanden ist. Jedenfalls sass der österreichische Vertreter in Brüssel dem Vernehmen nach stumm wie ein Fisch in der letzten Sitzung zur Ecofin-Vorbereitung, weil er noch keine Instruktionen aus Wien erhalten hatte.
Die EU-interne Revision der Zinsbesteuerungs-Richtlinie wiederum ist zwar laut Diplomaten inhaltlich nicht mehr umstritten. Doch an der Vorbereitungssitzung habe Luxemburg zu bedenken gegeben, dass man sie erst nach den Verhandlungen mit den Drittstaaten verabschieden solle, um ein paralleles Vorgehen sicherzustellen. Ähnlich ist die EU bereits bei der Einführung der Zinsbesteuerung vorgegangen.

Wie geht es weiter?

Derweil drängen die EU-Kommission und vor allem die grossen EU-Staaten (G-5) darauf, weiter zu gehen: Sie wollen den AIA via G-20 und OECD zum internationalen Standard machen und innerhalb der EU eine Art «europäische Fatca» errichten: Der AIA soll nicht nur auf Zinsen, sondern auf alle Kapitalerträge angewandt werden. Erreicht werden könnte dies, wenn neben der Zinsbesteuerungs-Richtlinie auch die Richtlinie über die Verwaltungszusammenarbeit in Steuersachen erweitert würde. Früher oder später könnten die EU mit ähnlichen Anliegen auch an Drittstaaten wie die Schweiz gelangen. Bereits in den letzten Tagen hat der EU-Steuerkommissar Algirdas Semeta wiederholt erklärt, er strebe ein «möglichst ehrgeiziges» Abkommen mit der Schweiz an, das im Idealfall einen vollen AIA enthalte. Auch hat Luxemburg durchgesetzt, dass laut dem Mandatsentwurf bei den Zinssteuer-Verhandlungen internationale Entwicklungen im Bereich AIA mitberücksichtigt werden. Dem kleinen Land mit dem grossen Finanzplatz ist es nach dem eigenen Kurswechsel ein Anliegen, dass auch die Schweizer Konkurrenz mitzieht.
Falls der AIA ein weltweiter Standard werde, sei die Schweiz bereit, darüber zu diskutieren, erklärt derweil das Staatssekretariat für Internationale Finanzfragen. Noch ist der AIA kein globaler Standard, und die EU-Regeln, die Luxemburg und Wien zum Kurswechsel nötigen, gelten für die Schweiz nicht. Doch dürfte die EU auch ihr gegenüber darauf pochen, nicht schlechter gestellt zu werden als die USA (über das Fatca-Abkommen). Und will der Bundesrat einen künftigen internationalen Standard mitgestalten und mit Forderungen zum Beispiel nach einer Lösung für Altlasten verbinden (wofür die Abgeltungssteuer weiterhin ein Modell sein könnte), kann er mit Verhandlungen kaum warten, bis der AIA bereits weltweiter Standard ist. Denn die Frage scheint nicht mehr, ob er das Schlachten der eigenen heiligen Kuh vermeiden kann, sondern nur noch, wie diese am vorteilhaftesten zu schlachten ist.

Der Instrumentenkasten gegen die grenzüberschreitende Steuerflucht

Unter den zahlreichen Instrumenten zur Bekämpfung der grenzüberschreitenden Steuerflucht sind gegenwärtig vor allem folgende in Diskussion:

Derzeitige EU-Zinsbesteuerung

Die Zinsbesteuerungs-Richtlinie (Gesetz) der EU von 2003 (angewandt seit Juli 2005) erfasst Zinseinkommen, die in einem Mitgliedstaat an natürliche Personen aus einem anderen EU-Staat bezahlt werden. 25 EU-Staaten melden solche Zahlungen zusammen mit der Identität des Anlegers an dessen Wohnsitzland, damit sie dort besteuert werden können (automatischer Informationsaustausch, AIA). Österreich und Luxemburg erheben stattdessen eine Quellensteuer von 35%, wobei sie 75% der Steuereinnahmen anonym an das Wohnsitzland weiterreichen. Fünf Nachbarstaaten (Schweiz, Andorra, Liechtenstein, Monaco, San Marino) beteiligen sich über bilaterale Abkommen mit der EU an der Zinsbesteuerung. Die Schweiz wendet hierzu das Quellensteuer-Modell an.

Künftige EU-Zinsbesteuerung

2008 hat die EU-Kommission eine Revision der Zinsbesteuerungs-Richtlinie vorgeschlagen, um Schlupflöcher zu schliessen: Ihr Anwendungsbereich soll unter anderem auf bestimmte Lebensversicherungen und Zahlungen an natürliche Personen via Trusts und Stiftungen ausgedehnt werden. In Verhandlungen mit den erwähnten Drittstaaten sollen deren bilaterale Zinssteuer-Abkommen in gleicher Weise ausgeweitet werden. Über die Erweiterung und das Verhandlungsmandat soll am 14. Mai entschieden werden.

Verwaltungszusammenarbeit in der EU

Die EU-Richtlinie über die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden in Steuer-sachen von 2011 (in Kraft seit 1. Januar 2013) sieht ab 2015 (für Steuerperioden ab 2014) einen AIA in fünf Bereichen vor: Vergütungen aus unselbständiger Arbeit, Verwaltungsrats-Vergütungen, Lebensversicherungsprodukte (soweit nicht durch andere EU-Rechtsakte erfasst), Ruhegehälter, Eigentum an unbeweglichem Vermö-gen und Einkünfte daraus. Allerdings besteht die Pflicht zum AIA nur, soweit die Informationen verfügbar sind. Die EU-Kommission will in Kürze eine Verschärfung dieser Richtlinie vorschlagen. So soll der AIA ab 2015 auch Dividenden, Veräus-serungsgewinne und andere Einkünfte erfassen.

EU-Aktionsplan

Ein von der EU-Kommission Ende 2012 vorgeschlagener Aktionsplan gegen Steuer-betrug und -hinterziehung sieht 30 Massnahmen vor zur Besteuerung von Personen und Unternehmen. Für die Schweiz brisant ist die Forderung nach Massnahmen gegen Drittstaaten mit «schädlichen» Praktiken bei der Unternehmensbesteuerung.

Fatca (USA)

Laut der «Foreign Account Tax Compliance Act» (Fatca) von 2010 werden Finanzinstitute weltweit Informationen über amerikanische Kunden an die US-Steuerbehörde liefern müssen. Der Anwendungsbereich geht über Zinszahlungen an natürliche Personen hinaus. Zur Erleichterung der Umsetzung bieten die USA bilaterale Abkommen mit Drittstaaten nach zwei Modellen an: Modell 1 (von vielen EU-Staaten gewählt) sieht Datenlieferungen von Staat zu Staat vor, die einem AIA entsprechen und – zumindest theoretisch – gegenseitig sind. Beim Modell 2 (von der Schweiz gewählt) werden die Daten mit Zustimmung des Kunden durch die Bank geliefert. Ergänzt wird dies durch Amtshilfe via Gruppenanfragen für Kunden, die nicht einwilligen. Die Wirkung gleicht jener des AIA, doch sind gegen die Amtshilfe Rekurse möglich.

Abgeltungssteuer (CH)

Die Schweiz hat mit Grossbritannien und Österreich je ein Abgeltungssteuerabkom-men geschlossen (seit 1. Januar 2013 in Kraft). Künftige Kapitalerträge und -gewinne von Kunden aus diesen Ländern mit Schweizer Konten unterliegen einer Quellen-steuer (soweit nicht bereits unter dem Zinssteuer-Abkommen mit der EU erfasst); für die Regularisierung der Vergangenheit wählt der Kunde zwischen einer Einmalzahlung oder einer Offenlegung. Die Banken ziehen die Steuern ab und leiten sie unter Nennung des Wohnsitzlandes, nicht aber des Kundennamens an die Schweizer Steuerverwaltung weiter, welche das Geld an das Wohnsitzland weiterreicht. Damit gilt die Steuerpflicht als abgegolten.

Eine fast unendliche Geschichte in Auszügen

1. Juli 2005: Start der 2003 beschlossenen grenzüberschreitenden Zinsbesteuerung in der EU, unter Einbezug der Drittstaaten Schweiz, Andorra, Liechtenstein, Monaco und San Marino sowie von unabhängigen/assoziierten Gebieten von EU-Staaten. Die meisten EU-Staaten wenden den automatischen Informationsaustausch (AIA) an,

Belgien, Luxemburg und Österreich (sowie die Schweiz) erheben eine Quellensteuer (Details siehe nebenstehenden Text).
13. November 2008: Die EU-Kommission schlägt eine Revision der Zinsbesteuerung vor, um Schlupflöcher zu stopfen.
13. März 2009: Die Schweiz, Luxemburg und Österreich erklären sich zum Informationsaustausch auf Anfrage (Amtshilfe) nach dem OECD-Standard bereit.
1. Januar 2010: Belgien geht bei der Zinsbesteuerung zum AIA über.*März 2010:* Die USA beschliessen die «Foreign Account Tax Compliance Act» (Fatca).
Juli 2011: Die EU-Kommission ersucht die EU-Staaten um ein Mandat für Verhandlungen mit der Schweiz und weiteren Drittstaaten, um deren Zinssteuer-Abkommen an die geplante Erweiterung der Zinsbesteuerung anzupassen.
Herbst 2011: Die Schweiz schliesst mit Deutschland und Grossbritannien bilaterale Abgeltungssteuerabkommen ab. Im April 2012 folgt ein Abkommen mit Österreich.
Sommer 2012: Deutschland, Frankreich, Grossbritannien Italien und Spanien (G-5) vereinbaren mit den USA ein Musterabkommen über den Informationsaustausch zur Fatca-Umsetzung.
3. Dezember 2012: Die Schweiz und die USA paraphieren ein Fatca-Abkommen.
6. Dezember 2012: Die EU-Kommission präsentiert einen Aktionsplan gegen Steuerbetrug und -hinterziehung.
12. Dezember 2012: Das Abgeltungssteuerabkommen der Schweiz mit Deutschland scheitert im deutschen Parlament.
1. Januar 2013: Die EU-Richtlinie über die Verwaltungszusammenarbeit in Steuersachen tritt in Kraft.
9. April 2013: Die G-5 propagiert eine «europäische Fatca» und will im Rahmen eines Pilotprojekts vorangehen.
10. April 2013: Luxemburg kündet an, bei der EU-Zinsbesteuerung 2015 von der Quellensteuer zum AIA zu wechseln.
19. April 2013: Die G-20 drückt die Erwartung aus, dass der AIA Standard werde.
26. April 2013: Die österreichische Regierung deutet in einer gewundenen Erklärung eine Art Positionswechsel in Sachen Zinsbesteuerung/AIA an.
2. Mai 2013: Grossbritannien kündet Vereinbarungen mit den britischen Überseeterritorien zu einem AIA in Steuersachen bilateral mit Grossbritannien und multilateral mit der G-5 an.
14. Mai 2013: Treffen der EU-Finanzminister. Zu den Themen zählen die Revision der Zinsbesteuerung und ein Mandat für Verhandlungen mit den Drittstaaten über ein Mitziehen.
22. Mai 2013: Am EU-Gipfel wollen sich auch die Staats- und Regierungschefs mit der Steuerflucht beschäftigen.

Debatte über Euro-Austritte

Die missverstandene «Alternative für Deutschland»

Bernd Lucke ist Mitbegründer und Sprecher der Partei „Alternative für Deutschland“.

In Deutschland ist eine Debatte über die Sinnhaftigkeit von Euro-Austritten entbrannt. Viele Ökonomen warnen vor grossen Gefahren. Für sofortige Euro-Austritte wirbt indessen nicht einmal die Euro-kritische Partei «Alternative für Deutschland».

Kürzlich hat Finanzminister Schäuble die neue Partei «Alternative für Deutschland» geadelt. In einem Interview erklärte er, wenn Deutschland zur D-Mark zurückkehren würde, wäre das «ökonomischer Wahnsinn». Schäuble entschied sich mit dieser Aussage, die Partei nicht einfach in die antieuropäische Ecke zu stellen (wie es auch hätte erwartet werden können), sondern sich mit ihren inhaltlichen Argumenten auseinanderzusetzen. Das deutsche Establishment hat es ihm gleichgetan. Seit der Gründung der Partei ist eine durchaus lebhafte Debatte zur Frage entstanden, ob die Auflösung der Währungsunion eine sinnvolle Alternative zur derzeitigen Euro-Politik wäre.

Warnung vor dem «Big Bang»

Die meisten namhaften deutschen Ökonomen sehen die Forderungen der Jungpartei sehr kritisch. Sie warnen vor grossen wirtschaftlichen Gefahren. Stellvertretend für diese Gruppe sagte jüngst gegenüber Auslandkorrespondenten der Chef des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), Marcel Fratzscher, kein Land solle aus dem Euro austreten, denn das hätte enorme Kosten für die gesamte Währungsunion. Bei einem plötzlichen Ausscheiden Deutschlands etwa würden die umstrittenen Target-Forderungen fällig, es drohten grosse Abschreibungen auf das deutsche Auslandvermögen. Die D-Mark würde schlagartig aufwerten, was die deutsche Exportindustrie belastete und die Wirtschaft in eine Rezession triebe.

Laut Fratzscher würde in der Folge wohl auch der Rest der Euro-Zone auseinanderbrechen. Das wäre mit Kapitalflucht, Bankenstürmen und Staatsbankrotten in Südeuropa verbunden. Nicht viel anders sähe es im Urteil des DIW-Chefs aus, wenn statt Deutschland die Krisenländer im Süden aus dem Euro austräten. Die genannten Folgen träten dann vielleicht in abgeschwächter Form ein, aber es wäre ebenfalls mit grossen Verwerfungen zu rechnen. Der Tenor dieser Argumentationslinie ist klar: Es drohte ein «Big Bang», eine Finanz- und Wirtschaftskrise enormen Ausmasses.

Die «Alternative für Deutschland» (AfD) muss sich deshalb in der gegenwärtigen Debatte den Vorwurf gefallen lassen, sie spiele mit dem Feuer. Allerdings beruht diese Kritik, die auch Finanzminister Schäuble mit seiner Aussage vom «ökonomischen Wahnsinn» vorbrachte, eher auf einem Missverständnis. Auch die AfD-Vertreter wissen, dass sich die Währungsunion nicht über Nacht auflösen lässt. Bernd Lucke, der Mitbegründer und Sprecher der Partei, sagt im Gespräch mit dieser Zeitung: «Ich habe immer davor gewarnt, dass ein Land schlagartig aus dem Euro austritt. Dies könnte in der Tat schwer zu beherrschende wirtschaftliche Folgen haben.» Die AfD stellt sich deshalb laut Lucke ausdrücklich gegen einen plötzlichen Austritt Deutschlands aus der Währungsunion. Was man hingegen fordere, sei das geordnete Ausscheiden der Südländer aus dem Euro. Dieser «Exit» solle aber nicht schlagartig passieren, sondern über die kommenden Jahre hinweg schrittweise erfolgen.

Wie Euro-Austritte konkret vonstattengehen sollen, dazu hat die AfD keinen formellen Beschluss gefasst. Das müsse auch mit den Partnerstaaten in Europa besprochen werden, sagt Lucke. Persönlich hat der Hamburger Wirtschaftsprofessor indessen klare Vorstellungen. Zusammen mit seinem Fachkollegen Manfred Neumann hat er den Vorschlag vorgebracht, in den ausscheidenden Ländern in einer Übergangszeit Parallelwährungen zuzulassen. Demnach soll die nationale Währung wieder als gesetzliches Zahlungsmittel neben dem Euro eingeführt werden. Inländische Transaktionen würden zunächst je zur Hälfte in Euro und in der nationalen Währung abgerechnet (für Barzahlungen käme indessen weiter allein der Euro zum Einsatz). Die nationale Währung liesse sich dann schrittweise abwerten, womit die betreffenden Volkswirtschaften ihre preisliche Wettbewerbsfähigkeit wieder gewännen. Nach einigen Jahren könnte der Euro schliesslich ganz aufgegeben werden.

Lucke sieht im Ansatz der Parallelwährungen viele Vorteile. Der Bevölkerung könne signalisiert werden, dass der Euro Zahlungsmittel bleibe. Dadurch würden Panikreaktionen und überhaupt ein wirtschaftlicher Kollaps vermieden, der alle anderen Reformbemühungen zunichtemachte. Ein gleitender Übergang hat für Lucke zudem politische Vorzüge. Man demütige etwa die Griechen nicht dadurch, dass man ihnen das Gefühl gebe, sie würden aus dem Euro hinausgeworfen.

Die Länder blieben Teil des Euro-Raums (und die nationalen Notenbanken Teil des Euro-Systems), man könne aber schrittweise die Vorteile einer nationalen Währung

erkennen. Auch eine vollständige Rückkehr zum Euro wäre nicht ausgeschlossen, wenn ein Land durch Abwertungen und Strukturreformen grosse wirtschaftliche Fortschritte erzielte. Als politische Perspektive sei das wichtig.
Ein System mit zwei Währungen hat allerdings auch viele Kritiker. Weil es eine Art Mittelweg darstelle, führe es auch zu mittleren Problemen, lassen sich die Argumente der Gegner zusammenfassen. Die Menschen würden allenfalls nicht panisch reagieren, aber Ausweichmöglichkeiten suchen, und das System wäre zu kompliziert und unpraktikabel. Lucke reagiert gelassen auf solche Einwände. Zum einen gibt er sich überzeugt, dass sich praktische Umsetzungsprobleme mit seinem Vorschlag minimieren liessen. Zum anderen wendet er ein: «Mit einer einzigen Währung hat es offenbar auch nicht funktioniert in der Währungsunion.» Man müsse sich deshalb dringend Gedanken über Alternativen zur Euro-Rettungs-Politik machen.

Endlich eine Debatte

In letzterer Aussage spiegelt sich wohl das Hauptanliegen der AfD. Es geht der Partei vor allem darum, der von Kanzlerin Merkel propagierten «Alternativlosigkeit» etwas entgegenzusetzen und eine Debatte anzustossen. Das ist der Partei bisher nicht schlecht gelungen. So hat sich kürzlich der Linken-Politiker Oskar Lafontaine für die Einführung nationaler Währungen ausgesprochen, nachdem er zuvor den Euro verteidigt hatte. Lucke kann sich vorstellen, dass es ähnliche programmatische Verschiebungen bei den etablierten Parteien geben wird, wenn die AfD ein gutes Ergebnis bei den Bundestagswahlen erzielt. Vor beträchtlichen Hürden steht die Eurokritische Partei allerdings nicht nur in Deutschland. Um Parallelwährungen in Europa einzuführen, müssten wohl die EU-Verträge geändert werden (diese sehen den Euro als einziges gesetzliches Zahlungsmittel in der Euro-Zone vor). Vertragsänderungen stellen erfahrungsgemäss ein langes und äusserst schwieriges Unterfangen dar. Der Widerstand in vielen Euro-Ländern wäre programmiert. Lucke setzt darauf, diese Opposition zu brechen, indem sich Deutschland weiteren Hilfszahlungen aus den Euro-Rettungsschirmen verweigert. Diese Aussage lässt aber auch ermessen, dass die Politik in Europa kaum weniger konfliktreich würde.
Insgesamt hat die jüngste Debatte um Euro-Austritte deutlich gemacht, dass es keine einfachen Auswege gibt, wenn ein Währungsverbund erst einmal errichtet ist. Selbst die AfD setzt nicht auf Radikallösungen wie eine sofortige Rückkehr zur D-Mark. Der Jungpartei kommt aber das Verdienst zu, eine Diskussion über die grundlegenden Alternativen in der Währungsunion angestossen zu haben. Die etablierte Politik muss Farbe bekennen. So sagte Kanzlerin Merkel jüngst als indirekte Reaktion auf die AfD-Forderungen, es werde «mehr Europa» geben, auch wenn das «ein Verlust an Souveränität bedeute». Die Alternativen werden nun ausgedeutscht; die Bürger können sich besser entscheiden, welche sie für vorteilhafter halten.

12. Mai 2013 17:52

"Landeshauptmensch"

SP-Steidl: Koalitionsabgebot an Grüne und Stronach.

Rössler soll Landeshauptfrau werden.

Während ÖVP-Obmann Wilfried Haslauer sich schon als Landeshauptmann sieht und die Chefs der anderen Parteien der Reihe nach zu Sondierungsgesprächen antanzen lässt, zimmert der neue SPÖ-Chef Walter Steidl an einer politischen Sensation: Die Salzburger SPÖ macht Grünen-Chefin Astrid Rössler das Angebot, sie in einer Grün-Rot-Stronach-Regierung zur Landeshauptfrau zu machen: „Ich habe schon immer gesagt, dass ich mit den Wahlsiegern rede“, bestätigt Steidl das Angebot gegenüber **ÖSTERREICH**.

Hintergrund: Während zuletzt vieles auf Schwarz-Rot-Grün deutete, schwenkte Haslauer gestern im Ö1-Morgenjournal auf Schwarz-Grün-Stronach um und wollte so die SPÖ ausbooten. Nun könnte das Boot für ihn selbst bald zu voll sein.

„Landeshauptmensch“ für die Grünen verlockend -
Grünen-Chefin Rössler nahm sich am Samstag einen Tag Auszeit. An ihrer Stelle bestätigte der grüne Fraktionschef im Landtag, Cyriak Schwaighofer, gegenüber ÖSTERREICH das rote Angebot. Aber: „Aus unserer Sicht ist Schwarz-Rot-Grün die beste Koalition.“ Schließlich stehe das Land vor großen Problemen und Projekten.
Nachsatz: „Nur wenn sich das als unmöglich herausstellt, denken wir weiter nach.“ Und: „Natürlich wäre das verlockend. Dann sind die Grünen, was sie noch nie waren: Landeshauptmensch.“ Ein klares Nein sieht anders aus.
Allerdings: Es handelt sich um einen knallharten Poker. Am Ende könnte sogar Schwarz-Rot herauskommen – eine Mehrheit hätte diese „Koalition der Verlierer“.

Steidl: "Innovatives Angebot"

ÖSTERREICH: Sie wollen Grünen-Chefin Astrid Rössler zur Landeshauptfrau machen?
Walter Steidl: (lacht) Jetzt bringen Sie mich auf eine Idee. Das wäre gar nicht blöd Im Ernst: Ich habe immer offen angekündigt, dass ich auch mit den Wahlsiegern reden werde. Die SPÖ hat eine ordentliche Klatsche erhalten. Jetzt geht es darum, ein ordentliches und innovatives Angebot zu machen. -
ÖSTERREICH: Das heißt, die stärkste Partei hat nicht automatisch das Recht auf den Landeshauptmann? -
Steidl: Das kann auch jemand anderer sein. Für mich schließe ich das aber aus. Die Grünen sind noch durch einen Beschluss (nicht mit dem Team Stronach -Anm.) ein bisschen gebunden. Sie sind aber basisdemokratisch genug, dass sie ihre Meinung basisdemokratisch ändern können.

12.05.2013 Tirol **VP und Grüne stimmen am Montag über Pakt ab**

Die schwarz-grünen Koalitionsverhandlungen dürften Montag abgeschlossen sein. Am Abend tagen die höchsten Parteigremien.

Innsbruck – Nach wie vor herrscht Stillschweigen, doch gestern verdichteten sich die Anzeichen, dass die Koalitionsverhandlungen zwischen ÖVP und Grünen vor dem Abschluss stehen. Es dürfte wohl der Durchbruch erzielt worden sein, jedenfalls arbeitet derzeit ein Redaktionsteam den Koalitionspakt aus. Parallel dazu laufen Gespräche über die Ressortverteilung.

Bereits für Montagabend haben die Grünen zur Landesversammlung nach Götzens eingeladen. Dort soll das Regierungsübereinkommen debattiert und letztlich darüber abgestimmt werden. Parallel dazu berät der Landesparteivorstand der VP den Koalitionsvertrag.

Freitag und Samstag tagten noch einmal die fünf Arbeitsgruppen, danach berieten die Parteispitzen von ÖVP und Grünen. Die Grünen zogen sich dann am Nachmittag zu internen Beratungen zurück, danach stand fest: Die größten Hürden in den Verhandlungen wurden ausgeräumt, der Koalitionspakt kann der Basis zur Abstimmung vorgelegt werden.

Ganz ausverhandelt ist das Regierungsübereinkommen zwar noch nicht, die Parteigranden von Schwarz und Grün hielten sich am Samstag bedeckt. Schließlich geht es noch um die Ressortverteilung und um Detailfragen. Letztlich dürfte der schwarz-grüne Pakt aber am Montag stehen.

Bei der Ressortverteilung wird keine große Überraschung erwartet. Natur- und Umweltschutz, Verkehr und Soziales werden wohl die Grünen bekommen. Möglicherweise auch die gesamten Aufgaben des öffentlichen Nahverkehrs. Ein Auge haben sie auch auf die Energiewirtschaft geworfen, die bisher mit Ausnahme der Agenden für den Landesenergieversorger bei LHStv. Anton Steixner (VP) angesiedelt war. Die Tiwag bleibt weiter Chefsache. Das Gesundheitsressort ist ebenfalls noch fraglich.

Über die zentralen inhaltlichen Einigungen kann derzeit nur spekuliert werden, ÖVP und Grüne wollen vor einem endgültigen Verhandlungsabschluss keine Details bekannt geben: Bei den Agrargemeinschaften sollen die Gemeinden künftig jedoch den ihnen zustehenden Substanzwert verwalten können und das Agrargesetz nachgeschärft werden, wenn die offenen Fragen wie Holzüberling und Rücklagen von den Höchstgerichten geklärt sind. Die Umweltverträglichkeitsprüfungen für Infrastrukturvorhaben wie Kraftwerke (u. a. Kaunertal, Sellrain-Silz) müssen ohne politischen Einfluss ablaufen, der Umweltanwalt wird weisungsfrei. Die weitere Ausweisung von Natura-2000-Gebieten wird wissenschaftlich untersucht, ein umfassender Ökopakt sowie ein Impulspaket für Arbeit und Wirtschaft sollen vereinbart werden. Beim Zusammenschluss Schlick-Lizum benötigt es Einstimmigkeit in der Regierung, die Standpunkte sind hier jedoch klar: Die Grünen sind dagegen, die ÖVP kann sich eine Seilbahn über das Ruhegebiet Kalkkögel in den Stubaier Alpen vorstellen. Kritik an den Verhandlungen übt die SPÖ, der bisherige Koalitionspartner der ÖVP. Die Grünen würden sich bei ihren Kernthemen wie Kalkkögel oder Kraftwerke über den Tisch ziehen lassen, sagte SP-Chef Gerhard Reheis. Er vermisst inhaltliche Positionierungen.

Nachdem die SPÖ höchstwahrscheinlich aus der Regierung ausscheidet, hat Reheis mit den anderen Oppositionsparteien einen Oppositionspakt geschlossen. „Wir haben uns in konstruktiven Gesprächen auf eine Zusammenarbeit geeinigt, die möglich sein wird, ohne dass die einzelnen Fraktionen ihre jeweiligen Positionen und programmatischen Linien aufgeben müssen“, betont der SP-Chef.

die Grünen IN Deutschland haben unlängst beschlossen, mit neuen Steuererhöhungen in ihren "Gerechtigkeitswahlkampf" zu ziehen. Daran sehen Sie: Rund vier Monate vor der Bundestagswahl bringen sich die Parteien in Stellung und die ersten Wahlprogramme werden beschlossen. Nun planen die Grünen einige drastische Maßnahmen. Dabei soll der Spitzensteuersatz auf 49 Prozent erhöht und eine Vermögenssteuer von 1,5 Prozent des Vermögens pro Jahr eingeführt werden.

Zwar soll diese Steuer nur für "Reiche" gelten und auf 10 Jahre befristet sein. Doch die Frage ist hier, wie "Reiche" definiert werden. Derzeit definieren das die Grünen als Millionäre – aber diese Grenze kann sehr schnell abgesenkt werden, bis auch der Durchschnitts-Vermögende darunter fällt. In diese Vermögenssteuer fließen nicht nur Geld- sondern vor allem auch Immobilienvermögen mit ein. Daher werden eben nicht nur Millionäre davon betroffen sein. Im Grunde wird dann die Masse der Immobilienbesitzer in Deutschland massiv davon betroffen sein.

Auch wenn sie nicht zu den "Reichen" gehören, kann diese Vermögens-Steuer auch Sie sehr schnell treffen:

Es ist eine alte linke Taktik, zuerst eine Steuer anzukündigen, die zunächst nur für eine Minderheit gilt, um dann jedoch später diese Grenze für eine solche Steuer immer weiter abzusenken. Am Ende gilt dann jeder als "reich" der etwas mehr als der Durchschnitt hat.

Linke Steuern bedrohen Ihr Vermögen

Auch bei der Einführung des Kommunismus in der Sowjetunion wurden zuerst nur die Großbauern enteignet, dann auch die mittelgroßen Landwirte, bis am Ende alles verstaatlicht wurde.

Ies ist damit zu rechnen, dass das sozialdemokratisch-links-grüne Lager die nächste Regierung stellen wird. Es ist zu erwarten, dass es bis zur Wahl noch zu einer Finanzkrise kommen wird, was den linken Lagern kräftigen Auftrieb geben wird. Das bedeutet für Sie dann, dass diese Parteien sukzessive auf Ihr Vermögen zugreifen werden, um ihre sozialistischen Umverteilungs-Vorstellungen durchsetzen zu können.

Wie schon das Beispiel des Kommunismus zeigt, haben schon viele Menschen sehr viel Geld und auch Vermögen verloren, wenn die Macht von linken Kräften ausgeübt wurde. Und diese Gefahr ist auch jetzt wieder sehr real. Die wichtigste Maßnahme für Sie ist es auch weiterhin, Ihr Vermögen abzusichern. Hier ist vor allem das Absicherungsdepot die erste Wahl. Dazu kommt meine Warnung vor großen Immobilienvermögen: Der Großteil des deutschen Vermögens ist in Immobilien investiert – gerade hier wird die neue Vermögenssteuer am krassesten zuschlagen.

Es ist daher ratsam – außer dem selbstbewohnten Eigenheim – auf Immobilienvermögen zu verzichten.

13.05.2013 Haselsteiner: 5 Prozent

Strabag-Chef beteiligt sich an Benkos Signa

Der Chef des größten österreichischen Baukonzerns Strabag, Hans Peter Haselsteiner, ist ins Immobilienimperium des Tiroler Investors Rene Benko eingestiegen.

Seine Familien-Privatstiftung habe sich zu 5 Prozent an der Signa Prime AG beteiligt, die mehrheitlich im Eigentum der Signa Holding stehe, teilte eine Sprecherin heute, Montag, in einer Aussendung mit. Die Privatstiftung beabsichtige eine "langfristige Zusammenarbeit".

Signa Prime umfasst hochwertige Innenstadt-Gewerbeimmobilien wie etwa das "Goldene Quartier" im Ersten Wiener Gemeindebezirk, das Kaufhaus Tyrol in Innsbruck und einige Karstadt-Immobilien, darunter das KaDeWe in Berlin.

Benko sei "besonders stolz darauf, dass wir mit Hans Peter Haselsteiner eine der erfolgreichsten und profiliertesten Persönlichkeiten der europäischen Bau- und Immobilienwirtschaft als Partner und Investor gewinnen konnten", teilte ein Unternehmenssprecher am Montag in einer Aussendung mit.

13. Mai 2013, 18:34

Der Lockruf der Macht

Die Grünen wollen regieren, in etlichen Konstellationen tun sie das bereits, in zwei weiteren Ländern scheint eine Beteiligung an der Macht bereits fix vereinbart zu sein

Selbst die härtesten Gegner sagen nicht mehr apodiktisch nein. So unsympathisch Minister wie Nikolaus Berlakovich oder Maria Fekter auch seien, mit den Strassers und Schüssels wolle er sie nicht vergleichen, sagt Martin Margulies, der den Versuch der schwarz-grünen

Koalition vor zehn Jahren bekämpft hat. Zwar glaubt der Wiener Grüne, dass sich die ÖVP die Opposition verdient habe, aber ausschließen will er eine gemeinsame Regierungsbeteiligung nach den Nationalratswahlen auch nicht: " Das hängt von den Umständen ab." Es war eine mühsame Annäherung: Vor 30 Jahren stritten die Grünen noch darüber, ob sie überhaupt in Parlamente und Regierungen sollten, später galten die Roten als einziger annehmbarer Partner. Diese Fixierung ist passé. In Tirol und wahrscheinlich auch Salzburg werden die Grünen demnächst das tun, was sie in Oberösterreich längst praktizieren: Mit der ÖVP in einer Regierung sitzen. Tut das den Grünen gut? Machtbeteiligungen führten zumindest nicht zu einem unausweichlichen Einbruch, sagt Meinungsforscher Christoph Hofinger vom Sora-Institut. Dass das nicht selbstverständlich ist, zeigten die FPÖ und die deutschen Grünen, die es zwischen Wunsch und Wirklichkeit des Regierens zerriss. Die Stabilität führt Hofinger etwa darauf zurück, dass der Fundi-Flügel schwächer sei als in Deutschland. Viel hänge aber auch von den konkreten Bedingungen ab: "Die Grünen brauchen einen Partner, der ihnen Luft lässt, um eigene Pflöcke einzuschlagen." Mancherorts funktioniert das ganz gut.

- **Oberösterreich** Anfangs war von einem "Experiment" die Rede, doch Österreichs erste schwarz-grüne Landeskoalition hält schon zehn Jahre. In der ersten Periode war das ungleiche Machtverhältnis noch Kern der Kritik: zu wenig grün, zu viel schwarz. Nun werden strittige Themen in einen koalitionsfreien Raum ausgelagert - so der Bau des Linzer Westrings, den die ÖVP befürwortet, die Grünen ablehnen. Neben Pragmatismus trägt aber auch die gute Chemie zwischen den Parteichefs Josef Pühringer und Rudolf Anschober zum Funktionieren bei.

- **Wien** Hier ist die Anfangseuphorie des Mitregierens verflogen. Erst stritten sich Rot und Grün über die Einführung des Parkpickerls, eine zugunsten der SP ausgegangene Volksbefragung später bekommt sich die Koalition beim Thema Wohnen ständig in die Haare. Die grüne Vizebürgermeisterin Maria Vassilakou kann für sich verbuchen, eine Debatte um leistbares Wohnen angestoßen zu haben, doch abgesehen davon tut sich sie sich schwer, mit ihren Themen durchzukommen. Nach dem Parkpickerl wird auch das zweite grüne Großprojekt, die autofreie Mariahilfer Straße, zur Zitterpartie: Nach viel Kritik will die Stadtregierung die Bewohner des 6. und 7. Bezirks zur geplanten Fußgängerzone befragen. Eine Mehrheit dagegen wäre für die Grünen ein politisches Fiasko.

- **Graz** Der Ausflug an die Spitze überlebte keine ganze Regierungsperiode. Die Wirtschaft, der etwa die sanfte, grüne Verkehrspolitik nicht gefiel, setzte Bürgermeister Siegfried Nagl (ÖVP) unter Druck, die Grünen wiederum gingen bei Umweltthemen wie beim geplanten Mur-Kraftwerk auf Distanz zum Koalitionspartner. Schließlich zog Nagl die Reißleine, seit Jänner 2013 sind die Grünen retour auf der Oppositionsbank.

- **Innsbruck** Seit Mai 2012 sind die Grünen mit der Liste Für Innsbruck und der SP in der Stadtregierung. Gearbeitet wird an einem Energieentwicklungsplan oder an besserer Bürgerbeteiligung. Viel interne Kommunikation soll die Koalition am Laufen halten - gemessen an der Stimmungslage mit wachsendem Erfolg.

- **Bregenz** Ein Verkehrskonzept, das die Vormachtstellung des Autos brechen soll, ist der große Streitfall in der seit 2005 regierenden Koalition. Die Grünen stoßen bei der Volkspartei auf harschen Widerstand. Atmosphärisch scheint ein Tief aus dem Vorjahr hingegen überwunden - wohl auch deshalb, weil sich der grüne Vize Gernot Kiermayr mit dem extrovertierten Bürgermeister Markus Linhart (ÖVP) nicht um Mikrofone streiten will.

Eine vom Landwirtschaftsminister Nikolaus Berlakovich in Auftrag gegebene Studie zum Bienensterben wurde von drei führenden Agrochemiekonzernen mitfinanziert.

Den Ruf als „Sumsi-Mörder“ wird Umweltminister Nikolaus Berlakovich wohl nicht mehr los. Jenen als Handlanger der chemischen Industrie auch nicht. Wie eng die drei weltweit führenden Pestizidhersteller Bayer, BASF und Syngenta mit dem Ministerium zusammenarbeiten, lässt sich nun erstmals belegen: Mit einer Finanzspritze von 115.000 Euro beteiligten sie sich an einer Studie der dem Ministerium unterstehenden Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit (AGES). Thema: Das Bienensterben in Österreich. Klarerweise ist das Interesse der Agrarunternehmen groß, die als Gefahr für Bienen ausgemachten Nicotinoide, die in Pflanzenschutzmitteln enthalten sind, als unverdächtig darzustellen. Umweltminister Nikolaus Berlakovich sieht darin kein Problem: „Das war eine Bund-Länder-Kooperation. Die Wirtschaft war genauso Partner wie die Imker“, sagt sein Sprecher Wolfgang Wisek. Geld steuerten die Imker freilich keines bei. -

Als die Agrarkonzerne 2011 als Finanzierungspartner einstiegen, lief die Untersuchung bereits seit zwei Jahren. Die zuvor erhobenen Zwischenergebnisse hatten eindeutig gezeigt, dass Bienen durch Neonicotinoide Schaden nehmen. Das Resümee der AGES-Studie von 2012 liest sich aus Sicht von Bayer, BASF und Syngenta trotzdem sehr angenehm: „2011 Steigerung von Bienenschäden welche mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht durch insektizide Beizmittel verursacht waren.“ Im Kapitel „Maßnahmen für die Zukunft“ empfiehlt die AGES weiterhin die „Zulassung neonicotinoider Wirkstoffe“.

FPÖ-Landwirtschaftssprecher Harald Jannach zweifelt an der Unabhängigkeit der AGES und stellt nun eine parlamentarische Anfrage an das Umweltministerium: „Es geht um alle mit Pflanzenschutz und Saatgut befassten Arbeiten der AGES. Wir wollen wissen, in welchem Ausmaß die Agentur von diesen Chemiekonzernen finanziert wird." -

Ende April hatte Berlakovich in Brüssel gegen ein Verbot der Neonicotinoide gestimmt. Das war vor allem ein Zugeständnis an den Bauernbund, der ihn 2008 ins Ministeramt gehievt hatte. Die bienenschädlichen Beizmittel werden hauptsächlich gegen den Maiswurzelbohrer eingesetzt, der großen Maisbauern die Ernte vernichtet. Zwar wäre der Schädling auch durch Fruchtfolge einzudämmen, was hieße, nicht jedes Jahr auf demselben Feld Mais anzubauen. Das würde aber auch weniger Ertrag für die Landwirte bedeuten. -

Bauernbund und Agrarlobby -

Der Minister kämpfte an allen Fronten für die Beizmittel. Als im September vergangenen Jahres der Landwirtschaftsunterausschuss zum Thema Pestizide tagte, lud er den Syngenta-Lobbyisten Theo Jachmann als Experten ein. Der Inhalt des Vortrags ähnelte jenem der AGES-Studie: Neonicotinoide seien nur dann tödlich für Bienen, wenn die Bauern die Beizmittel falsch verwendeten.

Auch der Bauernbund ist mit der Agrarlobby eng verbunden. Wie Wolfgang Pirklhuber, Landwirtschaftssprecher der Grünen, herausfand, hat dieser über Inserate der Chemiekonzerne in der „Bauernzeitung" vergangenes Jahr 400.000 Euro kassiert. -

In Brüssel liefen die Lobbyisten während der Verhandlungen zum Bienenschutz zur Höchstform auf – und bedienten sich ähnlicher Methoden wie in Österreich. So hatte der Agrarausschuss des Europaparlaments Anfang des Jahres zu einer Informationsveranstaltung geladen. Die italienische Universität Cattolica del Sacro Cuore stellte dabei ihre Studie „Bienengesundheit in Europa – Zahlen und Fakten 2013" vor. Ergebnis: Das europaweite Sterben der Honigbiene stehe nicht in Zusammenhang mit Pestiziden. Das machte die SPÖ-Europaabgeordnete Karin Kadenbach stutzig, hatten doch die Untersuchungen der Europäischen Lebensmittelbehörde EFSA gerade das Gegenteil bewiesen. Eine nähere Recherche Kadenbachs machte klar, dass sich die Abgeordneten auf einer verdeckten Lobbyingveranstaltung befanden. Die italienische Studie hatte prominente Unterstützer: Bayer, BASF, Syngenta und den US-Agrarkonzern Dow.

Geholfen hat es ihnen – diesmal – nichts. Die EU-Kommission will noch im Mai ein Verbot dreier Nicotionide für Mais, Sonnenblumen, Raps und Baumwolle beschließen. Es soll bis 2015 gelten. Spätestens dann geht es für die Lobbyisten also in die nächste Runde.

·Burgstaller abgewählt, ÖVP auf Platz eins

Salzburg. Grüne gewinnen massiv, Team Stronach schafft den Einzug in den Landtag

Mit der Serie von Rekordniederlagen bei den Landtagswahlen hat die SPÖ ihren Vorsprung auf die Volkspartei verspielt. Bei den Nationalratswahlen im September ist jetzt alles wieder offen.

Der Befund las sich etwas hart: „Die Traditionspartei SPÖ taumelt ungeordnet ins Wahljahr 2013“, hieß es im Vorspann der profil-Story vor dem Parteitag der Sozialdemokraten im vergangenen Oktober. Und weiter: „Meinungsforscher bieten Wetten an, dass die Volksbefragung im Jänner zugunsten der Wehrpflicht ausgehen wird, weil die SPÖ ihren eigenen Anhang nicht für ein Berufsheer mobilisieren kann.“

Wenige Tage nach Erscheinen des Artikels wurde Werner Faymann nur von 83 Prozent der Delegierten in seinem Amt als Parteivorsitzender bestätigt – so viele Streichungen hatte noch kein amtierender SPÖ-Chef vor ihm hinnehmen müssen. Drei Monate später gingen die Sozialdemokraten bei der Berufsheer-Volksbefragung sang- und klanglos unter: Nur rekordverdächtige 40 Prozent folgten ihrem Vorschlag.

Seither hagelte es weitere Rekorde: In drei der vier Bundesländer, in denen in denvergangenen Wochen Landtagswahlen stattfanden, fuhr die SPÖ das schlechteste Ergebnis seit 1945 ein – in Niederösterreich, Tirol und Salzburg. In Kärnten jagten die Sozialdemokraten den moralisch und politisch gescheiterten Freiheitlichen mit einem Zugewinn von mehr als acht Prozentpunkten zwar denLandeshauptmannsessel ab. Dennoch war es das drittschlechteste Kärntner SPÖ-Wahlergebnis seit Kriegsende.
Die eklatante Schwäche der Roten in den Ländern ist kein ganz neues Phänomen: In Oberösterreich gab es schon 2009 mit 24,9 Prozent das magerste Abschneiden der Parteigeschichte. Im selben Jahr sanken die Sozialdemokraten

in Vorarlberg auf kümmerliche 10,02 Prozent ab – absoluter Negativrekord. In der Steiermark und in Wien setzte es 2010 das zweitschlechteste Landtagswahlergebnis der Zweiten Republik. -

Negative Rekordergebnisse hatte es zuvor auch bei bundesweiten Wahlen gegeben: Bei den Nationalratswahlen 2008 war die SPÖ mit 29,3 Prozent erstmals unter der 30-Prozent-Marke geblieben; bei den Europawahlen von 2009 reichte es gar nur für 23,7 Prozent. -

Und noch ein Rekord ist zu vermelden: Der Verlust von 15,6 Prozentpunkten in Salzburg übertraf sogar das für uneinholbar gehaltene 13,4-Prozent-Minus der Roten in Oberösterreich im Jahr 2009. Nur im Burgenland ist die Welt noch in Ordnung: Dort fuhr Landeshauptmann Hans Niessl 2010 bemerkenswerte 48,3 Prozent ein – allerdings mit einem Anti-Ausländer-Wahlkampf, der eher zu HC Strache gepasst hätte als zu einem Sozialdemokraten. -

Vier Monate vor einer Nationalratswahl sind Serienniederlagen bei Landtagswahlen pures Gift für die Stimmung der Funktionäre. Erste Umfragen des Gallup-Instituts nach dem für die SPÖ so fatalen Wahlsonntag von Salzburg zeigen, dass ihr Vorsprung auf die ÖVP auf Bundesebene auf nur einen Prozentpunkt geschrumpft ist. Die selbstberuhigenden Beteuerungen der Zentrale, Landtagswahlen und Nationalratswahlen seien zwei völlig verschiedene Urnengänge, stimmen schon – allerdings schlägt das Pendel in beide Richtungen aus: In Nieder- und Oberösterreich, Tirol und Vorarlberg schnitt die SPÖ bei den Nationalratswahlen 2008 um bis zu fünf Prozentpunkte besser ab als bei den zeitlich nächstgelegenen Landtagswahlen, in Wien, Salzburg, der Steiermark und dem Burgenland aber deutlich schlechter – in Wien um zehn, in der Steiermark sogar um zwölf Prozentpunkte. -

SPÖ-Wahlkampfchef Norbert Darabos, ein Mann von großer Leidensfähigkeit, bleibt dennoch gelassen: „Jedes Schlechte hat auch etwas Gutes. Natürlich sind unsere Leute jetzt verunsichert. Aber die Wahlergebnisse bei den Landtags-wahlen sind für uns auch ein Weckruf, dass die Nationalratswahl eben nicht gelaufen ist und wir uns anstrengen müssen.“ Derzeit plakatiert die SPÖ Retro-Parolen: „SPÖ. Die Partei der Arbeit“. Darabos: „Wir setzen in dieser Zwischenkampagne auf Kernthemen, um unsere Kernwählerschichten zu verfestigen.“ -

Woran krankt es in der SPÖ? Der Versuch einer Deutung auf sieben Problemfeldern.

13. 05. 2013

Zeit der Zocker

Immer mehr Geld wandert in Spekulationsblasen anstatt zu Unternehmern und Konsumenten.

Tragisch für Monika Rathgeber und Uli Hoeneß, dass sie gerade jetzt nicht mehr zocken können. Denn es ist zweifellos das Jahr der Zocker: Nach der US-Notenbank und der Notenbank Japans hat nun auch die EZB die Zinsen auf einen historischen Tiefststand gesenkt und so wartet mehr Geld denn je darauf, in Wertpapiere gesteckt zu werden, deren Kurs unweigerlich steigen muss: An allen involvierten Börsen löst denn auch seit Tagen ein Hoch das nächste ab, obwohl die jeweiligen Volkswirtschaften stagnieren beziehungsweise schrumpfen.

Die Hoffnung aller drei Notenbank-Chefs geht dahin, dass die Geldschwemme diese Stagnationen überwinden wird. Befürchtung geht dahin, dass sich die größte Blase aller Zeiten zusammenbraut.Bei der produzierenden Wirtschaft ist das viele Geld jedenfalls bisher nicht angekommen: weder in den USA noch in Japan noch gar in Europa. Vor allem die Nachrichten aus dem Süden Europas sind unverändert trist: In Spanien ist das BIP nicht wie angenommen um 0,5, sondern um 1,3 Prozent zurückgegangen und die Arbeitslosigkeit ist auf 27 Prozent gestiegen; in Portugal verläuft die Entwicklung ähnlich; Italien hat zwar eine Regierung, aber auch keine besseren Wirtschaftsdaten; und mit Frankreich ist die zweitgrößte Volkswirtschaft der EU in die Rezession geschlittert.

Natürlich schlägt sich das alles auch für Deutschland oder Österreich in nachlassenden Auftragszahlen nieder, was zwangsläufig auch hier zu steigenden Arbeitslosenzahlen führen musste, auch wenn sie durch vermehrte „Schulung“ in Grenzen gehalten werden. Wie angesichts einer solchen volkswirtschaftlichen Entwicklung stark steigende Betriebsgewinne zur Rechtfertigung der gestiegenen Aktienkurse zustande kommen sollen, ist mir ein Rätsel – aber weiter als bis zum Herbst brauchen Zocker nicht zu denken. -

Politiker schon – jedenfalls wird das von ihnen erwartet. Vorerst sind sie sich zumindest in der Wahrnehmung eines Symptoms einig: Das von den Notenbanken so freizügig zur Verfügung gestellte Geld erreicht Unternehmen und Konsumenten im Norden nicht im erhofften Ausmaß – es werden nur geringfügig mehr Kredite aufgenommen – und im Süden gar nicht. -

Teils wird es zu wenig nachgefragt: Angesichts steigender Arbeitslosigkeit hütet sich die Bevölkerung, Kredite zur Ausweitung ihres Konsums aufzunehmen; und angesichts stagnierenden Konsums hüten sich Unternehmer, Kredite zur Ausweitung ihrer Produktion aufzunehmen. Teils halten die Banken ihr Angebot knapp: Konsumenten wie Unternehmen, die wider Erwarten doch Kredite nach-

fragen, bekommen sie nicht, weil die Banker Angst vor neuerlichen Kreditausfällen haben und ihre Bilanzen sanieren wollen. -

Wenn sie jemandem Kredite geben, dann überschuldeten „südlichen Staaten", indem sie deren Anleihen ankaufen. So müssen Spanien oder Italien derzeit längst nicht mehr zwischen sechs und sieben, sondern nur noch zwischen drei und vier Prozent Zinsen anbieten, um ihre Staatsanleihen los zu werden und slowenische Anleihen erlebten soeben einen regelrechten Boom, nachdem klar wurde, dass auch dieses Land unter den ESM-Schirm schlüpfen muss. -

Man kann sich über diese Entwicklung freuen, weil die Schulden der Krisenstaaten auf diese Weise nicht explodieren – aber man kann sich auch vor einer Implosion der Schulden sammelnden Banken fürchten. (Beziehungsweise: Sich ausmalen, was ihre neuerliche „Rettung" kostet.) -

Wenn ich den Geschäftssinn eines durchschnittlichen Bankers beschreiben soll, so illustriere ich es am liebsten mit Erfahrungen aus meinem spanischen Bekanntenkreis: Zwei mir befreundete junge Leute – beide prekär beschäftigt und von Haus aus mittellos – wollten sich Kleidung beziehungsweise ein Auto kaufen. Ihre Banken zögerten 2007 keine Sekunde, jedem von ihnen einen Kredit von 6000 Euro zu gewähren, nachdem sie für einander gebürgt hatten.

Natürlich konnten sie diesen Kredit nicht bedienen. -

Jetzt möchte ein anderes junges Paar, das zwar auch wenig Eigenmittel, aber immerhin große einschlägige Berufserfahrung besitzt, ein Lokal übernehmen und braucht dafür einen Kredit in etwa der gleichen Höhe – aber die Bank will nicht einmal darüber verhandeln. -

Dabei kostet das zu übernehmende Lokal mittlerweile ein Drittel dessen, was es 2007 gekostet hat. -

Ähnlich ist das mit Hauskäufen: Die gleichen spanischen Banken, die zuvor jedem Menschen einen noch so hohen Kredit zum Kauf eines noch so überteuerten Hauses nachgeschmissen haben, gewähren jetzt keinen Kredit, wenn man dasselbe Haus zum halben Preis kaufen möchte -.
Und so ist es vor allem auch mit Betriebskrediten: Lieber parkt eine Bank ihr Geld bei der EZB, als es einem Unternehmen für seine Arbeit zur Verfügung zu stellen. Banker sind Kaufleute, die ihr Risiko nie einzuschätzen vermögen: Erst waren sie fahrlässig leichtfertig, jetzt sind sie gefährlich vorsichtig. -
Ich halte es deshalb keineswegs für abwegig, dass die EZB überlegt, ihnen für nicht verwendetes, aber zur Verfügung gestelltes Geld Strafzinsen zu verrechnen.

15. 05. 2013 Neue Horrorzahlen der Nationalbank zur Hypo

Die Nationalbank bestätigt erstmals Gerüchte, dass eine Schließung der Hypo Kärnten bis zu 16 Milliarden Euro kostet. Kanzler Faymann gibt der früheren Kärntner Landesregierung die Schuld am Desaster.

Wien. Bei der Hypo Alpe Adria wird die Situation immer schlimmer: Anfang April flog Finanzministerin Maria Fekter (ÖVP) nach Brüssel. Im Gepäck hatte sie ein Papier des Hypo-Managements, wonach Österreich eine Schließung des Instituts 4,4 Milliarden kosten würde. Mittlerweile gibt es eine Einschätzung der Nationalbank (OeNB). Am Dienstag erklärte OeNB-Vorstand Andreas Ittner vor Journalisten, dass eine sofortige Liquidation der Hypo samt Folgekosten für die Töchter am Balkan im schlimmsten Fall einen Schaden von bis zu 16 Milliarden Euro verursachen könnte.

Laut „Presse"-Informationen befürchtet die Nationalbank einen sogenannten „Bank Run". Das bedeutet, dass Kunden in Südosteuropa die Hypo-Filialen stürmen und ihr Geld abheben. Österreich würde dann nur noch auf den faulen Krediten und problematischen Beteiligungen sitzen bleiben. Das Engagement des Steuerzahlers bei der Hypo beläuft sich auf 18,7 Milliarden Euro. Davon entfallen 16,5 Milliarden Euro auf Haftungen. Der Rest sind budgetrelevante Zuschüsse, die seit 2008 in mehreren Tranchen gewährt wurden. Laut OeNB-Vorstand Ittner sei die Regierung aber auf einem guten Weg, Crash-Szenarien zu vermeiden.

Bundeskanzler Werner Faymann (SPÖ) erklärte am Dienstag nach dem Ministerrat, für die Lage sei die frühere, FP-geführte Kärntner Landesregierung verantwortlich. Denn diese habe ungedeckte Haftungen für die Bank in Milliardenhöhe übernommen. Von den Haftungen in der Höhe von 16,5 Milliarden Euro entfielen zuletzt 14,9 Milliarden Euro auf Kärnten. Laut Faymann führe das Finanzministerium die Verhandlungen mit der EU-Kommission. Bis Ende Mai muss Österreich in Brüssel einen Restrukturierungsplan für die Hypo einreichen. Die EU hat vor Kurzem verlangt, dass die gesamte Bank bis Jahresende verkauft oder geschlossen wird.

Inder wollen Preis drücken

Bei den Gesprächen tauchen neue Probleme auf: Verkauft werden kann derzeit nur die relativ kleine Österreich-Tochter mit Filialen in Kärnten. Für sie interessiert sich die indische Srei-Gruppe.

Am Dienstag gab es Meldungen, wonach die Inder abgesprungen seien. Laut „Presse"-Informationen handelt es sich dabei um ein „taktisches Dementi". Denn die Inder wollen den Preis für die Österreich-Tochter drücken. Außerdem bedarf es noch der Zustimmung der Finanzmarktaufsicht. Diese muss sehr genau hinsehen. Denn die Inder wollen die Österreich-Tochter kaufen, um eine Banklizenz in der EU zu erhalten.

Ein ähnliches Tauziehen gab es im Vorjahr, als das marode Volksbanken-Spitzeninstitut ÖVAG seine Osteuropa-Tochter an die russische Sberbank verkaufte. Die Russen dementierten wochenlang, dass sie an der ÖVAG-Tochter interessiert seien. Die ÖVAG musste dann ihre Tochter viel billiger hergeben. Auseinandersetzungen gibt es bei der Hypo auch um die Gründung einer „Bad Bank", in der faule Kredite und andere Bereiche im Ausmaß von zwölf Milliarden Euro ausgegliedert werden sollen. Die Hypo möchte die „Bad Bank" aus bilanziellen Gründen möglichst rasch gründen. Doch damit würden sich die Staatsschulden drastisch erhöhen. Dem Vernehmen nach will Finanzministerin Fekter die „Bad Bank" aber nicht vor den Wahlen im September einrichten.

15. 05. 2013 Felipe: „Die Grünen sind berechenbar“

Die grüne Landeshauptmannstellvertreterin, Ingrid Felipe, spricht über ihre neue Sicht auf die ÖVP, den Regierungspakt und das Team Stronach.

Die Presse: Sie haben das „System Platter“ in der Vergangenheit immer wieder scharf kritisiert. Womit konnte Sie Günther Platter derart überzeugen, dass Sie bei der Präsentation des Regierungsprogramms am Dienstag von der „offenen gesellschaftspolitischen Haltung“ der ÖVP schwärmten?

Ingrid Felipe: Diese Haltung war von Anfang an spürbar, als wir etwa die Mehrsprachigkeit oder die Unterstützung von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte eingefordert haben. Auch das eindeutige Bekenntnis der ÖVP zur gleichen Bildung aller Menschen – egal, welchen Alters, welcher Herkunft, Religion und sexueller Orientierung – hat uns überrascht und sehr gefreut. Es waren tatsächlich Verhandlungen auf Augenhöhe, die wir auch in der Regierung und im Landtag – unter Einbeziehung der Opposition – fortsetzen wollen.

In welchen Bereichen des Koalitionspaktes ist die Handschrift der Grünen besonders deutlich zu erkennen?

Beispielsweise im Demokratieteil, in dem beschlossen wurde, den Landtag zu stärken. Wir werden die Geschäftsordnung überarbeiten, einen Petitionsausschuss einrichten und Bürgeranfragen ermöglichen. Das sind viele Signale in Richtung Partizipation aller an politischen Prozessen in Tirol. Aus grüner Feder stammen auch der Natur- und Umweltschutz sowie die Mobilität, etwa mit einer Jahreskarte für öffentliche Verkehrsmittel um 365 Euro – wie in Wien.

Kommt dieses Ticket fix?

Als Mobilitätslandesrätin liegt es jetzt in meiner Verantwortung, die Einführung des Tickets voranzutreiben. Ich bin zuversichtlich, dass das bald geschehen wird.

Sind Sie eigentlich mit der Aufteilung der Ressorts glücklich?

Sehr glücklich. Das Frauen- sowie Sozialressort mit Integrations-, Staatsbürgerschafts- und Flüchtlingsangelegenheiten ist prädestiniert für Christine Baur. Natur- und Umweltschutz, Mobilität und öffentlichen Verkehr übernehme ich. Und natürlich die Nachhaltigkeit, die vom Landeshauptmann zu mir wandert. Das ist kein Ressort für schnelle, aber eben für nachhaltige Erfolge, um Tirols Wirtschaftspolitik so auszurichten, dass die Grenzen der Belastbarkeit von Mensch und Natur respektiert werden.

War es nicht immer auch Ihr Anliegen, das Wohnressort zu bekommen?

Ach Gott, ein Anliegen wären mir viele Ressorts gewesen – die Finanzen etwa. Aber Koalitionsverhandlungen sind kein Wunschkonzert.

Sie haben tagelange, harte Verhandlungen hinter sich. Welchen Ratschlag möchten Sie Ihrer Parteikollegin Astrid Rössler in Salzburg geben?

Ich kenne Astrid als besonnene, ruhige und geerdete Frau. Das sind die besten Voraussetzungen, um in solche Gespräche zu gehen. Ich drücke ihr die Daumen, einen Ratschlag habe ich nicht für sie.

Sie haben eine Koalition mit dem Team Stronach stets ausgeschlossen. Für Salzburg scheint das nicht zu gelten.

Die Situation in Tirol war mit der Unterwanderung der Liste von rechts und den drei angemeldeten Listen eine besondere. Wir wussten nicht einmal, wer wofür steht und wer letztlich kandidieren wird. Die handelnden Personen in Salzburg kenne ich nicht, dort muss Astrid einschätzen, ob eine Koalition mit ihnen ein gangbarer Weg ist.

Und auf Bundesebene?

Auch dort hoffe ich, dass meine Kollegen die Möglichkeit bekommen werden, mitzuregieren. Wir haben gerade demonstriert, dass wir verlässlich, berechenbar und regierungsfähig sind. Bei uns ist das drin, was draufsteht. Dasselbe gilt für die Bundespartei. Für mich wäre es natürlich hilfreich, wenn die Grünen in der Bundesregierung vertreten wären. Rückenwind aus Tirol haben sie ja jetzt bekommen.

Gegen eine Koalition Rot-Grün-Stronach oder Schwarz-Grün-Stronach hätten Sie also nichts einzuwenden?

Das muss die Bundespartei entscheiden. Ich kenne die Mitglieder des Teams Stronach zu wenig, um ein endgültiges Urteil abzugeben.

ZUR PERSON

Steile Karriere. Ingrid Felipe wird in der ersten schwarz-grünen Regierung Tirols das Amt der Landeshauptmann-stellvertreterin und das der Landesrätin für Verkehr sowie Umwelt und Naturschutz bekleiden. Die 34-jährige Betriebswirtin und alleinerziehende Mutter eines zehnjährigen Sohnes wurde erst im Juni vergangenen Jahres zur Spitzenkandidatin der Grünen gewählt.

15.05.2013 - ÖVP und Grüne können sich nicht einigen

ÖVP und Grüne wollen koalieren - doch sie können sich auf keinen dritten Partner einigen. Warum eigentlich? Was Salzburgs Parteien bei den Verhandlungen zu gewinnen und zu verlieren haben.

Wilfried Haslauer will Schwarz-Grün-Stronach, sein Parteipräsidium will es auch. Doch von den Grünen gibt es kein grünes Licht. So konnte Haslauer nur verkünden, er brauche mehr Zeit. Wilfried Haslauer will Schwarz-Grün-Stronach, sein Parteipräsidium will es auch. Doch von den Grünen gibt es kein grünes Licht. So konnte Haslauer nur verkünden, er brauche mehr Zeit. Wilfried Haslauer will Schwarz-Grün-Stronach, sein Parteipräsidium will es auch. Doch von den Grünen gibt es kein grünes Licht. So konnte Haslauer nur verkünden, er brauche mehr Zeit. Wilfried Haslauer will Schwarz-Grün-Stronach, sein Parteipräsidium will es auch. Doch von den Grünen gibt es kein grünes Licht. So konnte Haslauer nur verkünden, er brauche mehr Zeit. Wilfried Haslauer will Schwarz-Grün-Stronach, sein Parteipräsidium will es auch. Doch von den Grünen gibt es kein grünes Licht. So konnte Haslauer nur verkünden, er brauche mehr Zeit. Wilfried Haslauer will Schwarz-Grün-Stronach, sein Parteipräsidium will es auch. Doch von den Grünen gibt es kein grünes Licht. So konnte Haslauer nur verkünden, er brauche mehr Zeit. Wäre es nach ÖVP-Chef Wilfried Haslauer gegangen, es wäre alles längst entschieden. Dienstag, 9 Uhr, sollte im ÖVP-Präsidium der Entschluss zu einer Koalition fallen - einer Koalition mit Grünen und Team Stronach, so Haslauers Wunsch und Wille. Es kam aber anders. Die Grünen hatten in den Verhandlungen nicht mitgespielt und auf ihrer bevorzugten Koalitionsvariante mit ÖVP und SPÖ bestanden. So trat Haslauer vor die Medien und verkündete, er brauche mehr Zeit. Zeit, um die Ökopartei rund um Landessprecherin Astrid Rössler doch noch zu überzeugen.

Oder, vielleicht, sich von dieser überzeugen zu lassen. Denkbar, dass sich nun durchsetzt, wer den größeren Dickkopf hat. Wobei ÖVP, Grüne, aber auch SPÖ und Team Stronach viel zu verlieren haben. Während sich FPÖ-Chef Karl Schnell "dieses Theater aus der Ferne ansieht", wie er sagt.
In der ÖVP gibt es zwei Strömungen - von denen aber eine aktuell die absolute Oberhand hat. Viele Funktionäre haben die Zusammenarbeit mit der SPÖ gründlich satt und möchten die Sozialdemokraten "zur Strafe" unbedingt in die Opposition schicken.

Zur Strafe dafür, dass die ÖVP über die geheimen Spekulationen im Finanzskandal belogen worden sei. Zur Strafe auch, weil die SPÖ schon zuvor in der Koalition oft gegen die ÖVP regiert habe. Und zur Strafe schon allein deshalb, weil Gabi Burgstaller die ÖVP 2004 vom Landeshauptmannsessel stieß. Auf der anderen Seite stehen der Wirtschaftsbund und die Wirtschaftskammer. Es gibt die ÖVP-nahen Seilbahn- und Tourismusunternehmer. Und sie haben viel weniger Angst vor der SPÖ als vor den Grünen. Viele verstehen nicht, warum die ÖVP-Spitze sich mit Händen und Füßen gegen eine Neuauflage von Rot-Schwarz wehrt. Die Grünen wehren sich dafür heftig gegen eine Verbindung mit ÖVP und Team Stronach. So heftig, dass viele Beobachter überrascht sind. Allerdings würden die grünen Wahlsieger in dieser Koalition augenscheinlich eine gewichtigere Rolle spielen, als wenn sie hinter ÖVP und SPÖ als "Juniorpartner" agieren müssten.
Die grüne Erklärung, man lege auf eine Zweidrittelmehrheit im Landtag Wert, ist wohl nur Nebensache. Stärker wirkt der ideologische Vorbehalt gegenüber den Stronach-Vertretern. Es wäre keine Kleinigkeit, in der grünen Landesversammlung eine Koalition mit der Partei des rechtsliberalen Milliardärs durchzuboxen - und diese damit bundespolitisch hoffähig zu machen.
Doch die Grünen haben eine noch viel größere Angst: die vor der SPÖ in der Opposition. Der starke Arm der Gewerkschaft, die PR-Maschinerie der Arbeiterkammer, die mächtige FSG-Beamtenvertretung - ein landesweiter Aufstand von allem, was rot ist, kann keine grüne Wunschvorstellung sein. Ist das Team rund um Astrid Rössler doch ungeübt im Regieren, hat keine Spitzenbeamten auf seiner Seite und kann sich nicht auf parteinahe Topmanager in staatsnahen Betrieben verlassen. Brisant ist das, weil sich viele Reformvorhaben im Heimsektor der SPÖ abspielen werden: Das Förderdickicht und die Doppelgleisigkeiten bei den vielen Sozialvereinen sind nur ein Beispiel.
Noch etwas kommt hinzu: Die grüne Bürgerliste ist in der Landeshauptstadt politisch abhängig vom Wohlwollen des SPÖ-Bürgermeisters Heinz Schaden. Regieren die Grünen im Land gegen eine radikaloppositionelle SPÖ, könnte das mittelfristig Folgen für Bürgerlisten-Chef Johann Padutsch haben. Auch wenn Heinz Schaden sagt, er werde "diese zwei Theater durchaus trennen".
Für die SPÖ-Spitze liegt der Fall klarer: Der Parteivorsitzende Walter Steidl will eine Regierungsbeteiligung, fast um jeden Preis. Würde die SPÖ von der Regierungsbank "geschossen", wären die Folgen tief greifend: keine SPÖ-nahen Vorstände in Salzburg AG, Flughafen und anderen Gesellschaften, keine Einflussmöglichkeiten bei Postenbesetzungen, keine Informationen aus Regierungssitzungen. "Die Opposition ist ein hartes Brot", formulierte Steidl beschönigend, und meinte wohl eher: Die Opposition wäre für die SPÖ ein Bruch nicht gekannten Ausmaßes.
Daran ändert auch die Tatsache nichts, dass die Parteibasis das durchaus anders sieht. "Wir wurden eindeutig abgewählt" ist dort ein oft gehörter Satz. Und: In einer Umfrage unter SN-Lesern sprachen sich die meisten SPÖ-Anhänger für eine Koalition aus ÖVP, Grünen und Team Stronach aus. Mehr sogar als die Wähler der anderen Parteien. Nebenbei: Die SPÖ hat tatsächlich Drohpotenzial. Würde sie gemeinsam mit den Freiheitlichen die Opposition stellen, könnte es heiß hergehen. "Dann haben wir ständig die mit den Trillerpfeifen im Chiemseehof. Das brauch ich nicht", formulierte am Dienstag ein ÖVP-Politiker.
Beim Team Stronach ist die Welt angenehm einfach: Mitregieren bedeutet Gestaltungsmacht, politische Posten, Prestige und Geld.
Deshalb ist Landesparteichef Hans Mayr zu einer Koalition mit allen Parteien bereit, solange eine Mehrheit besteht. Diskussionsbedarf gäbe es nur, wenn die ÖVP dem Team Stronach keinen Regierungssitz anbietet, sondern dessen Vorsitzenden Mayr "nur" das Amt des Landtagspräsidenten. Aber das ist bisher nur eine theoretische Option.

15.05.2013 # Berufung zurückgezogen

Neuer BAWAG-Prozess platzt, alle freigesprochen

Investmentbanker Wolfgang Flöttl

Im BAWAG-Prozess sind nun alle Freisprüche rechtskräftig, weil die Staatsanwaltschaft gegen alle Urteile ihre Berufung zurückgezogen hat. Dies bestätigte eine Sprecherin der Staatsanwaltschaft Wien auf Anfrage der APA am späten Mittwochnachmittag. Damit ist der seit 2007 laufende BAWAG-Prozess endgültig zu Ende. -

Ex-BAWAG-Chef Helmut Elsner erhielt die Höchststrafe von zehn Jahren. Sein Ex-Generalsekretär Peter Nakowitz ist zu drei Jahren unbedingt verurteilt worden. Ex-BAWAG-Chef Johann Zwettler erhielt fünf Jahre Haft. Ex-BAWAG-Aufsichtsratspräsident Günter Weninger wurde zu einem Monat bedingt verurteilt. -

Alle sechs anderen Angeklagten wurden im zweiten Verfahren freigesprochen. Diese Freisprüche für Wolfgang Flöttl, die Ex-Vorstände Christian Büttner, Hubert Kreuch, Josef Schwarzecker und den Prüfer Robert Reiter, wurden nun - mit dem heutigen Rechtsmittelverzicht der Staatsanwaltschaft - rechtskräftig. -

Verfahren nach sechs Jahren zu Ende -

Der BAWAG-Strafprozess rund um Spekulationen mit BAWAG-Geldern und die Vertuschung des Verlusts hatte am 16. Juli 2007 begonnen. Da die Staatsanwaltschaft jetzt die Freisprüche im zweiten Prozess nicht bekämpft und die Verurteilungen bereits rechtskräftig waren, ist das Verfahren nun nach fast sechs Jahren zu Ende. -

Für den Rechtsmittelverzicht der Staatsanwaltschaft gibt es keine Begründung. Die Anklagebehörde müsse diesen Schritt nicht begründen, so die Sprecherin der Staatsanwaltschaft. Der Verzicht wurde einen Tag vor Ablauf der Frist abgegeben.

Viele Fragen bleiben offen -

Im BAWAG-Prozess wurden in fast sechs Jahren Verfahrensdauer viele Fragen nicht geklärt. Ex-Bank-Chef Helmut Elsner behauptet bis heute, dass der Spekulant Wolfgang Flöttl das verspekulierte BAWAG-Geld in Wahrheit gar nicht verloren habe.

Flöttl verwies im Prozess auf einen Computercrash, durch den seine Buchhaltungsunterlagen zerstört worden seien. -

Dass das Gericht von Anfang an wegen Untreue der Ex-Manager an der Bank ermittelte, und nicht Flöttl Betrug der Bank vorwarf, war für diesen ein Glück. Der Investmentbanker hatte mit der gewerkschaftseigenen BAWAG, wo sein Vater Generaldirektor war, jahrelang riskante Spekulationsgeschäfte gemacht und nach dessen Abgang in engem Kontakt mit Elsner diese "Karibik-Geschäfte" weitergeführt.

Nicht nach außen gedrungen -
Nach mehreren riesigen Verlusten ab Herbst 1998 wurden schließlich die Geschäfte gestoppt, nach außen drang nichts vom Debakel. Die Bankführung vertuschte die Verluste nach außen, nach innen versuchte eine "Bilanzrunde" die Löcher zu stopfen. Erst mit dem Konkurs des BAWAG-Geschäftspartners Refco im Jahr 2005 flog der Skandal auf, die Mühlen der österreichischen Justiz begannen zu mahlen. Der Skandal kostete dem ÖGB seine Bank, die an den Hedgefonds Cerberus verkauft werden musste -.

Flöttl präsentierte von Anfang an Elsner als einzig Schuldigen an der Misere. Unterstützt wurde er von den meisten übrigen Angeklagten, die Elsner als autoritären Tyrannen darstellten. Anders die Darstellung Elsners: Der Totalverlust, den Flöttl gleich mehrmals mit den BAWAG-Millionen baute, wird von Elsner bis heute bestritten. Stattdessen habe sich Flöttl das Geld eingesteckt, behauptet der Ex-Bankchef. -

"Bedienungsanleitung" für künftige Bankskandale -

Als "Bedienungsanleitung" für künftige Bankskandale bezeichnete Elsners Verteidiger Andreas Stranzinger bei der Urteilsverkündung im zweiten Verfahren die Begründung der Freisprüche. Das Gericht habe es sich leicht gemacht und nicht nach dem Verbleib des Geldes geforscht. Hingegen sieht Flöttls Verteidiger Herbert Eichenseder das Urteil einfach so gut begründet, dass die Staatsanwaltschaft freiwillig auf ein Rechtsmittel verzichtete. -

Die Justiz hat Elsner wegen schwerer Untreue zur Höchststrafe von zehn Jahren Haft verurteilt, wovon er viereinhalb Jahre abgesessen hatte. Aus gesundheitlichen Gründen wurde er für haftunfähig erklärt. Zwettler ist ebenfalls aus gesundheitlichen Gründen haftunfähig.

Der erste BAWAG-Prozess war Anstoß für eine politische Karriere von Richterin Claudia Bandion-Ortner, die nach der Urteilsausfertigung für die ÖVP das Justizministerium übernahm. Als ihr Urteil wegen Mängeln großteils gekippt wurde, hielt sich auch die Ministerin nicht mehr allzulange im Amt.

Bawag-Refco: Die Co-Konspiration

Unveröffentlichte US-Gerichtsakten stellen den Fall Bawag-Refco in ein neues Licht. Der frühere Bankmanager Thomas Hackl wurde für seine Rolle beim Refco-Kollaps zu 20 Millionen Dollar Schadenersatz verurteilt. Über diese Achse ließ auch Wolfgang Flöttl (Bild) die Bawag-Gelder laufen.

Der Beklagte hatte es vorgezogen, nicht vor Gericht zu erscheinen. Auch die ihm persönlich zugestellte Zivilklage ließ er fortgesetzt unbeantwortet. Am 14. Mai 2009 schritt ein Richter des Bundesbezirksgerichts für den südlichen Bezirk New Yorks schließlich zur Tat – und verdonnerte den Abwesenden in einem gerade einmal einseitigen Versäumnisurteil („default judgement“) zu einer empfindlichen Schadenersatzzahlung: 20.285.113 US-Dollar und 90 Cent. -

„Blitzkredit“

Der Beklagenswerte ist deutscher Staatsbürger mit Lebensmittelpunkt in der Schweiz, wo er sich eine kleine Vermögensberatung aufgebaut hat. Er reise viel und sei schwer zu erreichen, wie sein Zürcher Büro profil vergangene Woche mitteilte. Auch eine Anfrage via E-Mail blieb unbeantwortet. -

Bis vor wenigen Jahren noch war Thomas Hackl eine zumindest mittelgroße Nummer im internationalen Finanzgeschäft. In den neunziger Jahren verantwortete er in der Bawag den sensiblen Geschäftsbereich Treasury, ehe es ihn 2002 in die USA verschlug – zu Phillip R. Bennett und dessen rasant wachsendem Wertpapierhandelshaus Refco, wo er bis 2004 Schlüsselpositionen besetzte. Danach machte Hackl sich selbstständig. -

Refco – das ist jene bisher schwach ausgeleuchtete Geschäftsbeziehung, die gleichsam am Anfang des Bawag-Skandals steht. Vor nunmehr siebeneinhalb Jahren, im Oktober 2005, löste eine über Nacht gefällte Kreditentscheidung in Wien eine Kettenreaktion aus, welche die Bawag in die schwerste Krise ihrer Geschichte stürzen und den damals längst pensionierten langjährigen Generaldirektor Helmut Elsner zu einem rechtskräftig verurteilten Straftäter machen sollte. -

Am 10. Oktober 2005 ließ das Bawag-Management unter der Führung von Elsners

Nachfolger Johann Zwettler den notorischen „Blitzkredit“ in der Höhe von 350 Millionen Euro an Bennett überweisen, einen damals gern gesehenen Geschäftspartner. Einen Tag später wurde Bennett wegen vermuteten Bilanzbetrugs im großen Stil in New York verhaftet und später zu 16 Jahren Haft verurteilt; Refco kollabierte; die Bawag schlitterte an den Rand des Ruins; die österreichische Justiz nahm Ermittlungen auf. Doch diese (und mit ihnen das öffentliche Interesse) sollten sich alsbald in eine andere Richtung drehen: Die Aufräumarbeiten förderten die Jahre zuvor vertuschten, desaströsen Karibik-Spekulationen von Investmentberater Wolfgang Flöttl zu Tage, die bekanntlich in einem Schaden von 1,4 Milliarden Euro mündeten. Die Achse Refco geriet rasch in Vergessenheit. -
Möglicherweise zu rasch. -

Denn bestimmte Vorgänge zwischen Bank und Refco ab Mitte der neunziger Jahre könnten das Verständnis des Bawag-Skandals grundlegend ändern. -
Bis heute konnte die mit Abstand wichtigste Frage nicht annähernd befriedigend beantwortet werden: Was hat Flöttl mit den ihm zwischen Mitte der neunziger Jahre und 2000 überantworteten Bawag-Geldern wirklich gemacht? Verspekuliert, wie er nie müde wurde zu beteuern? Zumindest teilweise gestohlen, wie Helmut Elsner seit Jahren mutmaßt? -
Die profil nun vorliegenden und in Österreich völlig unbekannten US-Gerichtsakten sind Teil einer 1,8 Milliarden Dollar schweren Betrugsklage, die Elsner in den USA gegen mehrere Personen eingebracht hat – unter ihnen sein Nachnachfolger Ewald Nowotny (heute OeNB-Gouverneur) und der kurzzeitige ÖGB-Präsident Rudolf Hundstorfer (heute Sozialminister). Elsner will damit den auf seinem Rücken geschlossenen Vergleich mit Refco-Geschädigten und der US-Justiz aus dem Jahr 2006 aufbrechen (siehe Kasten hier). -

Das 2009 in New York ergangene Urteil gegen Ex-Bawag- und Ex-Refco-Manager Thomas Hackl über 20 Millionen Dollar ist ohne Zweifel ein bedeutender Stein in einem Puzzle, welches sich allerdings noch nicht vollständig zusammensetzen lässt.

Hackl war im Oktober 2007, zwei Jahre nach dem Refco-Zusammenbruch, von einem der zahlreichen Refco-Gläubigervertreter auf Schadenersatz geklagt worden. In der profil ebenfalls vorliegenden Zivilklage wird er an mehreren Stellen wörtlich als Bennetts langjähriger „Co-Konspirator“ bezeichnet. Zwischen 2000 und 2005 soll Hackl – zunächst als Bawag-, dann als Refco-Mitarbeiter und schließlich als Bennetts Berater – daran beteiligt gewesen sein, ausufernde Verluste in den Büchern des Wertpapierhandelshauses zu vertuschen. In der Klage heißt es dazu: „Bennett und seine Co-Konspiratoren orchestrierten einen massiven Betrug, der darauf abgestellt war, Refcos finanzielle Position aufzublähen.“ -
Wie profil bereits vor Jahren ausführlich berichtete, war es hauptsächlich der Bawag geschuldet, dass die Refco-Blase nicht schon früher platzte. Die Gewerkschaftsbank war einst nicht nur zu zehn Prozent an Refco beteiligt, sie gewährte dem Broker auch immer wieder großzügige Zwischenfinanzierungen. Längst steht fest, dass diese Kredite dazu dienten, an Bilanzstichtagen ein hunderte Millionen Dollar großes Minus aus den Refco-Büchern herauszurechnen. Helmut Elsner hat sich stets damit verteidigt, die wahre Natur der „Ultimogeschäfte“ nicht erkannt zu haben. „Refco war ein höchst angesehenes Haus. Die uns vorgelegten Zahlen waren sehr solide. Hätte ich von den Problemen des Herrn Bennett gewusst, hätten wir die Geschäftsbeziehungen sofort abgebrochen“, sagt Elsner heute. Er legt Wert auf die Feststellung, dass die Refco-Kredite stets über den von Hackl geleiteten Geschäftsbereich

abgewickelt worden seien. -

Das kann man so glauben oder nicht. -

„Mitwisser“ und „Mitverschwörer“ -
Tatsache ist, dass Thomas Hackl in der US-Klage aus 2007 als Bennetts „Mitwisser“ und „Mitverschwörer“ tituliert wird. So gesehen müsste zumindest er um die wahre wirtschaftliche Verfasstheit von Refco gewusst haben – im Gegenzug soll er von Bennett mit Provisionen in der Höhe mehrerer Millionen Dollar bedacht worden sein (weshalb Hackl 2009 auch zu 20 Millionen Dollar Schadenersatz verurteilt wurde). Delikat: Rund 400.000 Dollar flossen von Refco an eine Hackl zugerechnete Clarnet Properties S.A. mit Sitz in Genf, als dieser noch für die Bawag tätig war. Tatsache ist auch, dass Refco bereits Mitte der neunziger Jahre de facto bankrott war. Bennett stand seinerzeit im Rufe, ausgewählten Partnern Finanzgeschäfte auf Pump zu ermöglichen. Im März 1997 platzte in Indonesien, Südkorea und Thailand eine Spekulationsblase, Investoren verloren innerhalb weniger Wochen ein Vermögen. Unter ihnen auch Bennetts Kunden, die plötzlich Verbindlichkeiten bei Refco in Höhe mehrerer hundert Millionen Dollar hatten und diese nicht bedienen konnten oder wollten. Mittels kreativer Buchführung – und mit Hilfe der Bawag – gelang es, die Pleite hinauszuzögern. Als Refco 2005 zusammenbrach, klaffte jedenfalls ein Loch von 430 Millionen Dollar in der Bilanz. -
Und das führt zu Wolfgang Flöttl. -

Nach US-Medienberichten soll auch er, genauer sein damals auf Bermuda registriertes Investmenthaus Ross Capital, in der Asienkrise hohe Summen verspielt und hohe Schulden bei Refco angehäuft haben. Flöttl hat die Geschäftsbeziehungen zwischen Ross Capital und Refco zwar nie bestritten, will Bennett aber auch nie einen Cent schuldig geblieben sein. -
Es fällt allerdings auf, dass Wolfgang Flöttl die ihm ab 1997 übertragenen Bawag-Millionen – in Summe 639 Millionen Dollar – über Refco veranlagte. Es fällt weiters auf, dass Refco im Gegenzug regelmäßig „Wertbestätigungen“ an Flöttl schickte, welche er der Bawag – genauer: Thomas Hackl, seinem damaligen Kontaktmann in der Bank – zuleitete. -
Bis 30. September 1998 lief denn auch alles wie geschmiert. Laut den von Refco übermittelten Meldungen lagen alle Veranlagungen deutlich im Plus. Aus 639 Millionen Dollar hatte Flöttl auf dem Papier mehr als 767 Millionen Dollar gemacht. Zwei Wochen später war der gesamte Einsatz verloren, nachdem Flöttl sich bei einer Dollar-Yen-Spekulation verhoben hatte. Das behauptet jedenfalls er. Elsner warf ihm daraufhin immer neues Geld nach, ehe im Dezember 2000 insgesamt 1,4 Milliarden Euro perdu waren. -
So sehr Elsner Flöttl auch bezichtigt, dabei Geld abgezweigt zu haben – dem Vorwurf der Untreue, für den er rechtskräftig zu zehn Jahren Haft verurteilt wurde, entkommt der frühere Bawag-Chef nicht einfach. -
Hat Flöttl das Geld wirklich samt und sonders verspekuliert? Könnte es sein, dass er Bawag-Gelder auch dazu verwendet hat, um schon 1998 eigene Schulden bei Refco zu tilgen? Waren die von Refco an die Bawag verschickten „Wertbestätigungen“ wirklich werthaltig? Und welche Rolle spielte dabei Flöttls Vis-à-vis Thomas Hackl?

Wie passt das alles zusammen? -
profil hat in diesem Zusammenhang auch das im ersten Bawag-Prozess vorgelegte Gutachten des Sachverständigen Fritz Kleiner einer Revision unterzogen. Und stieß

dabei auf Erstaunliches. Im Oktober 1998 – also zu einem Zeitpunkt, da Flöttl die gesamten 639 Millionen Dollar der Bawag und zudem 120 Millionen an eigenem Geld verzockt haben will, waren andere Flöttl-Konten noch immer deutlich im Plus. So konnte Kleiner per 31. Oktober 1998 Guthaben von 337 Millionen Dollar zuordnen. Verteilt auf zwei Handelsbücher, also interne Rechnungskreise, mit Namen „Nexus“ und „Deerhurst“. Und Ende März 1999, zu einem Zeitpunkt, da Flöttl offiziell längst mittellos war, lagen auf einem der Bücher immer noch 157 Millionen Dollar. Im Kleiner-Gutachten heißt es dazu wörtlich: „Aus den vorgefundenen Unterlagen, insbesondere der Aufstellung über das Nexus-Buch, geht hervor, dass auch nach Oktober 1998 bis März 1999 weitere Handelstätigkeiten stattfanden. Ob danach auch noch eine Handelstätigkeit fortgesetzt wurde, oder was mit dem im erwähnten Dokument per Ende März 1999 festgestellten Vermögen von USD 156.707.028 geschah, ist nicht dokumentiert beziehungsweise habe ich das nicht weiter verfolgt.“ -

Wie passt das alles zusammen? Von profil darauf angesprochen repliziert Kleiner: „Ich habe das nicht weiter verfolgt, weil es nicht mein Auftrag war. Ich hatte lediglich das Handelsverhalten von Flöttl zu beurteilen.“ Er, Kleiner, habe nicht feststellen können, dass Flöttl Geld gestohlen hätte. Vielsagender Nachsatz: „Es war umgekehrt aber auch nicht festzustellen, wo das Geld nun genau hingegangen ist.“ Die Guthaben „Nexus“ und „Deerhurst“ wurden auch im Bawag-Prozess thematisiert – wenn auch nur sehr oberflächlich. Flöttl beließ es bei der Erklärung, es habe sich um Geld anderer Kunden gehandelt. Wer das gewesen sein soll? Unklar. Weder Staatsanwalt Georg Krakow noch Richterin Claudia Bandion-Ortner zeigten gesteigertes Interesse an diesen manifesten Diskrepanzen. Dass Flöttl – wie von diesem Magazin mehrfach nachgewiesen – niemals so mittellos war, wie er die Öffentlichkeit Glauben machen wollte, passt da nur zu gut ins Bild. -

Wie überhaupt der heute 57-Jährige vom Glück verfolgt zu sein scheint. Im ersten Bawag-Prozess hatte Flöttl eher überraschend ein Teilgeständnis in Zusammenhang mit einem Bawag-Kredit („Ophelia“) über 90 Millionen Dollar abgelegt. Die Finanzierung hatte er nach Eintreten der ersten „Totalverluste“ 1998 erhalten, um die Pleite seiner Unternehmensgruppe abwenden zu können. Flöttl gestand, dass er beim Erhalt des Betriebsmittelkredits „Ophelia“ nicht sicher gewesen sei, dass er den Kredit zurückzahlen könne. Was er auch nie tat. Im ersten Bawag-Verfahren wurde er unter anderem auch deshalb zu zweieinhalb Jahren teilbedingter Haft verurteilt, im zweiten Prozess wurde er – Geständnis hin oder her – gleich ganz freigesprochen. Dieses Urteil ist allerdings noch nicht rechtskräftig. -

Die Wahrscheinlichkeit, dass die Causa Bawag-Refco jemals vor einem öster-reichischen Gericht landet, geht mittlerweile überhaupt gegen null. Formell ermittelt die Staatsanwaltschaft Wien zwar schon seit 2005 die Hintergründe des „Blitzk-redits“. Von einer Anklageschrift ist jedoch nichts zu sehen. - -

Justizintern ist zu vernehmen, man habe zu wenig Ressourcen.

15.05.2013, "1000 Schweinebauern werden zusperren".

Besonders in der Steiermark stehen Hunderte Bauern durch das Pestizid- Verbot vor dem Aus.

Blasius Gsöls, der Obmann der Schweinezucht Steiermark, ist „schon sehr angefressen“ auf die Politik. „Bei uns in der Steiermark ist das Verbot der Neonicotinoide ein Wahnsinn“, klagt Gsöls, an die tausend bäuerlichen Betriebe müssten nun zusperren und die Bauern sich eine neue Arbeit suchen. Der Grund für die Aufregung: Der steirische Landtag hat in der Nacht auf Mittwoch als erstes Bundesland den Einsatz von Neonicotinoiden verboten, wenn auch vorerst zeitlich begrenzt. Agrar-Landesrat Hans Seitinger: „Wir haben den Beschluss vorweggenommen, der aus Wien und Brüssel ohnehin gekommen wäre.“

Doch für die Steirer ist das Verbot doppelt bitter: Ein Großteil der 1500 steirischen Schweinebetriebe ist im Österreich-Vergleich sehr klein, meist mit Ackerflächen unter 15 Hektar. „So kleine Betriebe waren nur durch die Schweinemast mit dem Maisanbau möglich“, sagt Gsöls. Mais wächst hier Klima-bedingt ausgezeichnet, Weizen oder andere Futtermittel wären auf steirischen Böden viel weniger ertragreich. Daher gibt es so viele kleine Schweinezucht-Betriebe, die gleichzeitig auf wenigen Hektar ihren Futtermais anbauen und diesen mit der Schweinegülle auch gleich ausreichend düngen können – ein perfekter kleiner Kreislauf, der aber in der Praxis ohne Pestizid-Einsatz nicht vorstellbar ist.

Dazu kommt, dass die Betriebe zum Schutz der Bienen vor den Neonicotinoiden zuletzt mehrmals verpflichtet wurden, ihre technischen Geräte um einige Tausend Euro aufzurüsten, damit das Pestizid wirklich nur bei der Mais-Aussaat bleibt, und nicht in die Luft und auf andere Pflanzen kommt. „Diese Investitionen waren für die Katz’“, sagt Bauer Gsöls.

Der Chef der Mastschweinevermarktung Styriabrid, Josef Polz, kann Gsöls nur beipflichten. „Keiner hat bei der Diskussion um das Pestizid dazugesagt, dass das Hunderte Bauernexistenzen kosten wird.“ Dabei sei man doch immer so stolz gewesen auf die vielen kleinen Bauernbetriebe: „Ich bin nur mehr wütend.“ Pölz und Gsöls rechnen damit , dass allein in der Steiermark aufgrund des Pestizid-Verbots bis zu tausend Kleinbauern aufhören werden, weil sich der Aufwand für diese kleinen Betriebe nicht mehr lohnt und ein Zukauf von Futtermitteln zu teuer sei. Landwirtschaftskammer-Präsident Gerhard Wlodkowski spricht von einem großen Dilemma für die Landwirtschaft. „Das steirische Verbot war ja überfallsartig und nur die Folge von einem großen Polittheater. Und es bedeutet, dass jetzt sicher deutlich weniger Saatmais angebaut wird, und Gentechnik-Mais aus dem Ausland Tür und Tor geöffnet wird.“ Natürlich sei man vehement gegen das Bienensterben, aber Neonicotinoide seien ohnehin nur eine von vielen Ursachen gewesen.

Social Media: Scheißsturmwarnung

Gift im System: Großbritanniens Premierminister David Cameron plant spezielle Eingreiftruppe, die potenzielle Shitstorms im Netz neutralisieren soll.

Große Unternehmen wie McDonald’s und Amazon fürchten ihn ebenso wie Promis und Politiker - den so genannten Shitstorm: Laut Duden der "Sturm der Entrüstung in einem Kommunikationsmedium des Internets, der zum Teil mit beleidigenden Äußerungen einhergeht“.

Als etwa der britische Finanzminister George Osborne vergangenen Oktober im Zug nach London mit einem Zweite-Klasse-Ticket auf einem Platz in der ersten Klasse erwischt wurde, verbreitete sich die Nachricht in Windeseile über den Kurznachrichtendienst Twitter. Osborne wurde stundenlang als Schwarzfahrer verhöhnt, ehe er selbst die Gelegenheit erhielt, seine Version der Geschichte zu erklären.

"Schnell neutralisieren"

Weil die britische Regierung bereits mehrmals auf Twitter wüst beschimpft wurde, geht Premierminister David Cameron nun zum Gegenangriff über: Eine spezielle Eingreiftruppe soll Shitstorms im Netz abfangen oder sie im Idealfall sogar verhindern, indem es die sozialen Netzwerke beobachtet und Gerüchte zerstreut, bevor ihre Verbreitung unkontrollierbar wird. "Mit jeder Minute, die vergeht, verbreitet sich das Gift durch das System“, zitiert der britische "Guardian“ einen ranghohen Cameron-Mitarbeiter: "Man muss das sehr schnell neutralisieren.“

15. Mai 2013 # "Unwahr, unfair, intransparent"

Ex-Mitarbeiter Michael Fichtinger zieht in einem bald erscheinenden Buch vom Leder

NEWS veröffentlich in seiner am Donnerstag erscheinenden Ausgabe Auszüge aus dem Ende Juni erscheinenden Buch "Unwahr, unfair, intransparent - Inside Team Stronach". Autor des Buches ist Michael Fichtinger, der einst mit dem Aufbau von Stronachs Partei in Niederösterreich befasst war. Fichtinger wird beim Buch-Projekt von mehreren früheren Mitkämpfern aus weiteren Bundesländern unterstützt.

Dem Buch liegen auch zahlreiche parteiinterne E-Mails zu Grunde, die NEWS abdruckt. Schonungslos wird aufgezeigt, dass intern das Motto "Nach oben buckeln, nach unten treten" gelebt wird. Exemplarisch wird etwa aufgezeigt, wie die Existenz eines Kleinunternehmers riskiert wurde, der monatelang auf die Bezahlung seiner Rechnung warten musste.

Aufschlussreiche E-Mails

Besonders aufschlussreich ist der E-Mail-Verkehr im Zusammenhang mit der Listenerstellung und dem Wechsel von BZÖ-Politikern zum Team Stronach. Im parteiinternen E-Mail-Verkehr finden sich Zitate wie: "Die BZÖ-Rattenpopulation schwimmt zur Stronach-Yacht" oder "Sind wir derselbe Arschverein wie die Schwarzen?"

Es werden Vorwürfe der "Freunderlwirtschaft", obskure "Fünf-Minuten-Hearings" zur Kandidatenauswahl aufs Korn genommen ("Speed-Dating") und anhand von E-Mails dargestellt, wie ahnungslos selbst Stronachs engste Vertraute waren als es um das niederösterreichische Wahlrecht ging.

15.05.13 Großbritannien

Konservative proben den Aufstand gegen Cameron

Unübliches Verhalten im britischen Parlament: Etwa ein Drittel der konservativen Abgeordneten haben aus Verärgerung über die Europa-Politik ihres Premierministers David Cameron gegen ihn gestimmt

Euroskeptische Tory-Rebellen verabreichten am Mittwochabend David Cameron eine saftige Ohrfeige, indem 130 von ihnen für eine regierungskritische Vorlage stimmten. Diese tadelte Cameron dafür, dass er es in seiner kürzlichen Regierungserklärung, der so genannten "Queen's Speech", unterlassen hatte, sein Versprechen für ein Referendum über Großbritanniens Verbleib in der EU gesetzlich festschreiben zu lassen.

Die Rebellen brachten zwar nicht die Opposition und die Mehrheit der Liberaldemokraten, die mit dem Konservativen die Regierung bilden, auf ihre Seite: diesen Gefallen wollte man ihnen nicht tun. Aber sie hinterließen eine deutliche Mahnung an den eigenen Regierungs- und Parteichef, dass sie unzufrieden sind mit seiner Führung und von ihm mehr gesetzgeberischen Druck erwarten in Richtung des gewünschten Referendums.

Die Europa-Frage stürzt die Mehrheitspartei, die Konservativen, in ein immer größeres Dilemma, weil sie an ihrem rechten Rand Konkurrenz bekommen haben mit Ukip, der United Kingdom Independence Party, die einem deutlichen "Raus-aus-der-EU"-Kurs das Wort redet. "Wer ist der Euroskeptischere im Lande?" klingt allenthalben deren Erkennungsmelodie.

Angesichts dieser Herausforderung verübeln es die Tory-Rebellen ihrem Partei- und Regierungschef, dass er es nicht einmal fertig gebracht hat, in der Regierungserklärung ein deutliches Wort für das Referendum einzulegen, das er nach eigenem Bekenntnis bis 2017 abhalten lassen will. Warum nicht? Nun, daran gehindert hat ihn der kleine Koalitionspartner, die Liberaldemokraten, die – vielfach pro-EU eingestellt – diese Festlegung nicht wünschten. In einer Koalition bekommt der Regierungschef eben nicht immer seinen Willen durch.

Der Stimmführer der Rebellen, John Baron

Baron ist kein Revolutionär

Der Stimmführer der Rebellen, John Baron, 54, hatte moniert, dass den britischen Wählern in den letzten Jahren mehrmals Volksabstimmungen zu den jeweils neuen EU-Verträgen versprochen worden waren, diese Versprechen dann aber bald wieder von der Agenda verschwanden.

Diesmal wollten sie ein solches Versprechen gesetzlich bindend machen, und auch, wenn es ihnen nicht ganz gelungen ist, bildet die Beschwerde darüber ein markantes Zeichen ihres Misstrauens gegenüber der eigenen Führung. Und auch eine Abfuhr an die Liberalen, durch die sich die Konservativen mehr und mehr eingeengt fühlen.

John Baron, obwohl kein Revolutionär, ist ein Mann klarer Worte, was nicht überrascht bei einen Sandhurst-Absolventen, der von 1984 bis 1987 in Nordirland, Zypern und Deutschland diente und danach sich als Asset Manager in der City kundig (und vermögend) machte.

Stürmische Zeiten

Seit 2001 im Parlament, hat der Vater zweier Töchter sich schon mehrmals als Unabhängiger ausgezeichnet. So stimmte er 2003 gegen den Irak-Krieg und 2011, als einer von nur fünfzehn Torys, gegen eine britische Beteiligung bei der Intervention in Libyen. Ein loyaler Außenseiter, der es eigentlich gut meint mit Cameron, aber Kompromisse in der Frage des EU-Referendums verdammt und sich eine festere Linie gegenüber der Ukip wünscht.

Stürmische Zeiten für David Cameron.

Cameron sieht sich derzeit einem beispiellosen Aufstand der Europaskeptiker in seiner Partei ausgesetzt. Nicht nur Hinterbänkler, sondern auch seine eigenen Kabinettsmitglieder stellten sich in der wichtigen Frage der Europapolitik gegen ihn.

Am Wochenende sagten zwei Tory-Minister, sie würden bei einem Referendum für einen Austritt stimmen. Cameron selbst will in dem Staatenbund bleiben, jedoch die Bedingungen der Mitgliedschaft neu verhandeln.

16.05.2013 - 20:45

Nach Salzburg-Wahl: ÖVP führt weitere Einzelgespräche

Bei den vertiefenden Sondierungsgesprächen zwischen ÖVP und Grünen nach der Salzburger Landtagswahl haben sich beide Parteien am Donnerstag auf eine Fortsetzung der Gespräche geeinigt.

Über den Inhalte der Runde am Donnerstag sei Stillschweigen vereinbart worden, so die Grünen in einer kurzen Aussendung. Die Runde mit der ÖVP sei aber "in einer ebenso konstruktiven wie angenehmen Atmosphäre" verlaufen. "Nach ausführlicher inhaltlicher Diskussion kam man überein, die Gespräche fortsetzen zu wollen."
Auf das von den Grünen angepeilte, gemeinsame Vorgespräch von Schwarz-Rot-Grün wollte sich die ÖVP offenbar noch nicht konkret festlegen. Haslauer möchte - noch am heutigen Donnerstag - zunächst weiter vertiefende Gespräche sowohl mit der SPÖ wie mit dem Team Stronach führen und sich am Freitag noch einmal mit den Grünen treffen, so ein Sprecher Haslauers zur APA. "Wichtig ist jetzt, sich Zeit für vertiefende Vorgespräche zu nehmen, um eine gute Entscheidungsgrundlage für konkrete Koalitionsverhandlungen zu haben."

Die ÖVP hat sich bisher für eine Dreier-Koalition mit den Grünen und dem Team Stronach ausgesprochen, die Grünen hätten in einer neuen Landesregierung lieber eine breite Mehrheit für Reformen - und wollen dazu statt der Partei des Austro-Kanadiers die SPÖ mit im Boot haben.

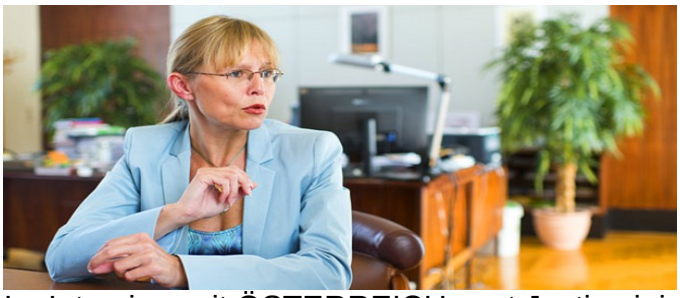
Die Sozialdemokraten selbst sind derzeit in eine Zuseherrolle gedrängt, die SPÖ hat aber zuletzt mehrfach den klaren Wunsch nach einer roten Regierungsbeteiligung geäußert. Rückendeckung bekam die Partei dabei am Donnerstag vom Kärntner SP-Chef und Landeshauptmann Peter Kaiser, der am Rande der Landeshauptleute-Konferenz in Bregenz kurz zu einer möglichen Schwarz-Rot-Grünen-Koalition in Salzburg Stellung nahm. Er nannte die Kärntner Koalitionsvariante "ein gutes Beispiel, dem man folgen kann". Sie habe in Kärnten eine neue Qualität in die Politik gebracht, was auch weit in die Reihen der Gegner hinein so gesehen werde. Allerdings maße er sich zu Salzburg keine Aussage an.

18. Mai 2013 14:55

19. 05. 2013

Karl: "Große Miet-Reform"

In ÖSTERREICH erteilt Justizministerin Karl SPÖ-Forderungen eine Abfuhr.



Im Interview mit ÖSTERREICH sagt Justizministerin Karl die große Mietrechtsreform an. Sie lehnt aber die von der SPÖ geforderten Obergrenzen für die Mietzins-Zuschläge ab. Damit ist der große Polit-Krach programmiert. -

ÖSTERREICH: Wohnen wird zum großen Wahlkampfthema werden. Alle warten auf Ihre Mietrechtsreform. Kommt die? -
Beatrix Karl: Sie haben völlig recht, das Thema Leistbares Wohnen ist jenes Thema, das die Menschen derzeit bewegt und berührt. Das Wichtigste dabei ist, das Angebot zu erhöhen. Für jene, die in Mietwohnungen leben, brauchen wir dringend ein neues Mietrecht, das transparent, verständlich und gerecht ist.
ÖSTERREICH: Sie versprechen eine rasche Mietrechtsreform?
Karl: Ich plane so rasch wie möglich eine große Mietrechtsreform. Unser Mietrecht ist jetzt 30 Jahre alt, es ist immer wieder ein bisschen verändert worden, aber es ist nie eine große Reform erfolgt. Das Resultat ist leider, dass das Mietrecht heute nicht mehr verständlich ist.
ÖSTERREICH: Und wann soll das kommen?
Karl: Die Vorarbeiten im Ministerium sind schon geleistet. Ich will jetzt noch vor Sommer eine Reformgruppe einsetzen, in der die Vertreter der Mieter und auch der Vermieter an einem Tisch sitzen. Das soll im Sinne der Sozialpartnerschaft eine große Reformpartnerschaft werden. Danach soll es nicht länger als ein Jahr zum neuen Gesetz dauern.

ÖSTERREICH: Kern des neuen Mietrechts wird die Streitfrage werden, ob es eine Mietzins-Obergrenze geben wird – oder ob, wie das SPÖ und AK fordern, zumindest die Zuschläge mit 30 % begrenzt werden.
Karl: Eine Mietzins-Obergrenze wird es nicht geben – das wäre kurzsichtig und kontraproduktiv. Das würde nur bewirken, dass Wohnungen leer stehen, dass nicht mehr gebaut wird, weil die Vermieter keinen Gewinn mehr machen. Wir brauchen mehr Angebot – jede Mietzins-Obergrenze führt nur zu einer Verknappung des Angebots.
ÖSTERREICH: Die SPÖ-Forderung nach einer Begrenzung der Zuschläge …
Karl: … kommt nicht, weil auch das eine Mietzinsbegrenzung bedeutet, die kontraproduktiv ist. Wofür ich aber bin, ist mehr Transparenz in den Mietverträgen, etwa bei Zu- und Abschlägen. Es freut mich, dass die SPÖ zu unserem Vorschlag Zustimmung signalisiert. Wir wollen ein Mietrecht, in dem alle Zu- und Abschläge transparent werden. Das heißt: Sie werden künftig in Mietverträgen ganz genau sehen, wie viel Zuschlag zahle ich wofür, wie viel ist der Lagezuschlag, wie viel ist für Renovierung. Künftig wird jeder Zuschlag klar ausgewiesen sein.
ÖSTERREICH: Wann wird das neue Mietrecht kommen?
Karl: Mein Wunsch ist, auch in der nächsten Regierung Justizministerin zu sein. Dann wird das die erste große Reform sein.

Frankreich: 8000 Haushalte zahlten über 100 Prozent Steuer

19.05.2013 **8000 Haushalte mit einem Vermögen von mehr als 1,3 Millionen Euro mussten mehr als 100 Prozent ihres Einkommens abliefern.**

Zahlreiche reiche Franzosen mussten im vergangenen Jahr einem Zeitungsbericht zufolge mehr Geld an den Fiskus abführen als sie verdient haben. Bei rund 8000 Haushalten habe die Steuerquote wegen einer **einmaligen Reichen-Abgabe** mehr als 100 Prozent der Einkommen betragen, berichtete die Wirtschaftszeitung "Les Echos" am Samstag unter Berufung auf Daten des Finanzministeriums.

Präsident Francois Hollande hatte die Sonderabgabe für Haushalte mit einem Vermögen von mehr als 1,3 Millionen Euro kurz nach seiner Amtseinführung erhoben, um Steuererleichterungen seines Vorgängers rückgängig zu machen. 2013 wurde die Sonderabgabe nicht erneut eingehoben.

Hollande hatte während des Wahlkampfs versprochen, einen Spitzen-Steuersatz von 75 Prozent einzuführen. Das Verfassungsgericht hat diesen Plänen jedoch einen Riegel vorgeschoben, weil es eine so hohe Rate als unfair erachtet. Wegen der Sonderabgabe kamen dem Zeitungsbericht zufolge dennoch fast 12.000 Haushalte im vergangenen Jahr auf eine Steuerquote von mehr als 75 Prozent.

18.05.2013, 17:35

Tonnenweise Falschgeld aus China aufgetaucht

Geld. In den vergangenen Wochen ist tonnenweise Falschgeld aus China am Brüsseler Flughafen abgefangen worden.

Brüssel. Auf dem Brüsseler Flughafen ist in den vergangenen Monaten tonnenweise Euro-Falschgeld aus China abgefangen worden. Die Staatsanwaltschaft habe Ermittlungen zu dem Schmuggel von Ein- und Zwei-Euro-Münzen aufgenommen, berichtete die Nachrichtenagentur Belga am Samstag.

Mehrere Verdächtige seien bereits identifiziert worden, genauere Angaben zu den Personen seien bei der Staatsanwaltschaft nicht zu erhalten. Zur Beunruhigung der Bevölkerung gebe es keinen Anlass, so eine Sprecherin der Staatsanwaltschaft.

Nach früheren Angaben der EU-Kommission zirkulieren mehr falsche Euro-Münzen in Europa. In Geschäften, Banken und von der Polizei wurden im vergangenen Jahr rund 184.000 Falschmünzen aus dem Verkehr gezogen - 17 Prozent mehr als ein Jahr zuvor. Die Kommission fordert deshalb, härter gegen Geldfälscher vorgehen und europaweit Mindeststrafen einzuführen. Das EU-Parlament und die EU-Staaten müssen einem entsprechenden Gesetzesvorschlag noch zustimmen.

Samstag, 18. Mai 2013

Seehofer im Zeugenstand

Bayerischer Ministerpräsident soll im Schadensersatzprozess gegen die Hypo aussagen

Der bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU) soll einem Zeitungsbericht zufolge im Schadenersatzprozess der Bayerischen Landesbank gegen die Hypo Alpe Adria aussagen. Das Handelsgericht Wien habe Seehofer für den 23. Juli als Zeuge geladen, bestätigte ein Gerichtssprecher der "Süddeutschen Zeitung" (Samstag). Die BayernLB behauptet, beim Erwerb der Hypo Alpe Adria im Jahr 2007 über deren Zustand "arglistig getäuscht" worden zu sein. Sie hofft auf Schadenersatz in Millionen-, wenn nicht gar Milliardenhöhe.

Seehofer solle auf Antrag von österreichischen Beteiligten an dem Gerichtsverfahren offenbar aussagen, unter welchen Umständen die BayernLB die Hypo Alpe Adria nach Österreich zurückgegeben hatte, berichtet die "SZ" weiter. Eine der Schlüsselfragen laute, ob die Landesbank damals einen Verzicht auf eventuelle Schadenersatzansprüche erklärt habe. In diesem Fall könnte die BayernLB keine Ansprüche mehr geltend machen. Hinweise auf einen solchen Verzicht gebe es aber nicht.
2009 hatte die BayernLB die Hypo Alpe Adria mit einem Verlust in Höhe von 3,7 Milliarden Euro an die Republik Österreich abgestoßen, die das notleidende Institut verstaatlichte, um eine Pleite abzuwenden.

FPÖ polarisiert mit Minuszuwanderung"

19.05.2013, 12:37 Ausländer als Krankheitsverbreiter: Der neue FP -Leitfaden für Funktionäre fährt eine harte Linie.

Wer einen FPÖ-Wahlkampf ohne Ausländerthemen erwartet hat, wird heuer - wieder - enttäuscht: Das neue „Handbuch für freiheitliche Politik“, ein Leitfaden für Parteifunktionäre, macht das Zuwanderungsthema zum Hauptmotiv, berichtet *Ö1*. Und das nicht auf sanfte Art und Weise: Die Begrifflichkeiten, mit denen dort argumentiert werden, polarisieren gehörig.
„Minuszuwanderung“ etwa wird dort gefordert – übersetzt meint dies die Rückführung von Immigranten in ihre Herkunftsländer; gemeinsam mit einem Zuwanderungsstopp sei dies einer der Kernpunkte freiheitlicher Politik. Die Begründungen dafür folgen auf dem Fuß: Denn nicht nur für Kriminalität und Arbeitslosigkeit seien die Zuwanderer in Österreich verantwortlich, sondern auch für hohe Immobilienpreise und sogar für die Verbreitung von Krankheiten.
Von *Ö1* dazu befragt, meint FPÖ-Vizechef Nobert Hofer, dies dürfe man nicht als Pauschalurteil missverstehen. „Wer im Ausland unterwegs ist, bringt Krankheiten mit herein“, meint er – und: „Man muss sich jeden Menschen einzeln anschauen.“

Unwort „Negativzuwanderung“

Es ist nicht das erste Mal, dass die FPÖ mit Schlagworten wie diesen hantiert. Die Erfindung des Begriffes „Negativzuwanderung“ bzw. „Minuszuwanderung“ kann sie sich sogar selbst auf die Fahnen heften: Im Gemeinderats-Wahlkampf im Jahr 2005 argumentierte man bereits damit, auch bundespolitisch kam das Wort zum Einsatz – zumal die FPÖ sich damals durch die Abspaltung des BZÖ ein wenig ins Abseits gedrängt sah und mit Ausländerthemen zu punkten versuchte.
Schon damals erregten die Begriffe aber die Gemüter: Die Uni Graz kürte „Negativzuwanderung“ zum „Unwort des Jahres“. Die Begründung? Es verhülle in mehrfacher Weise den gemeinten Inhalt – und es könne so „zum Ausdruck des Wunsches nach Abwanderung unerwünschter Personen in deren Heimatländer verwendet werden", so die Jury.

19.05.2013, 07:25 # Der Jörg hat’s gerichtet.

Die Staatsanwaltschaft wirft der Telekom vor, die FPÖ 2004 über Scheingeschäfte mit Gernot Rumpold illegal mit 600.000 Euro gesponsert zu haben. Eine Abrechnung mit dem System Haider und dem System Telekom.

Wenn die Justiz ab Mittwoch mit den Geldbeschaffungs-Methoden der Freiheitlichen Partei Österreichs und erneut mit der Skandalvergangenheit der Telekom abrechnet, wird einer auf der Anklagebank fehlen. Der verstorbene Kärntner Landeshauptmann **Jörg Haider**. Er wäre mit Sicherheit auch angeklagt worden. Jetzt sind’s nur fünf Herren, die sich wegen des Verdachts der Untreue (Höchststrafe zehn Jahre) verantworten müssen. Prominentester Angeklagter ist **Gernot Rumpold**, Ex-Werber der FPÖ und Haiders Mann fürs Grobe. Neben ihm **Arno Eccher**, ehemaliger FPÖ-Geschäftsführer, und der Unternehmer **Detlev Neudeck**, einst für die Parteifinanzen zuständig. Von Seiten der Telekom muss wieder Ex-Vorstand **Rudolf Fischer**, in der Kursmanipulationsaffäre nicht rechtskräftig zu drei Jahren Haft verurteilt, aufmarschieren. Sowie **Michael Gassauer**, ehemaliger Abteilungsleiter und später kurzfristig Postbus-Chef. Ex-Telekom-Vorstand **Gernot Schieszler**, der demnächst den Kronzeugen-Status erhalten dürfte, wird umfassend aussagen.

Staatsanwalt **Herbert Harammer** beschreibt in der 20-seitigen Anklageschrift präzise, wie sich die FPÖ im Zusammenspiel mit den Telekom-Managern auf Kosten des börsenotierten Unternehmens bediente. Das System Telekom und das System Haider harmonierten perfekt,um 600.000 Euro für die Partei zu verschleiern. Über Aufträge an Rumpolds Werbeagentur **mediaConnection**.

Die dafür erbrachten Konzepte beurteilt der Staatsanwalt als „für die Telekom wertlos“. Alle Angeklagten bestreiten die Vorwürfe, doch Schieszler „schilderte den Sachverhalt unumwunden und schonungslos, räumte seine Mittäterschaft ein und gab wertvolle Hinweise zur Aufklärung“. Rumpold, Gassauer und Eccher müssen sich außerdem wegen möglicher falscher Beweisaussage vor dem parlamentarischen Korruptions-Untersuchungsausschuss verantworten. Für alle Beteiligten gilt die Unschuldsvermutung.

Man versetze sich ins Jahr 2004. Die FPÖ, mit der ÖVP in der Regierung, befand sich ***„finanziell in einer desaströsen Situation“***. Rumpold hatte einige Jahre zuvor die parteieigene Werbeagentur zum symbolischen Preis von einem Schilling übernommen. Und gleichzeitig einen Rahmenvertrag für die Betreuung der FPÖ für eine jährliche Netto-Pauschale von 7,5 Millionen Schilling ausverhandelt. Die FPÖ kündigte den Vertrag 2003. Haiders Wahlkämpfer klagte beim Wiener Landesgericht, dieses verwies ihn an das im Vertrag vereinbarte Schiedsgericht. Wo Rumpold eine Klage auf 1,586 Millionen Euro zuzüglich Zinsen und Kosten einbrachte. Pech für die Partei, dass 2004 die Wahlen zum EU-Parlament anstanden. Über den Zustand der Parteifinanzen Bescheid wissend, wollte Rumpold

Vorauskasse. ***„In dieser finanziellen Notsituation der Partei traf es sich, dass Entscheidungsträger der Telekom einen stärkeren Einfluss auf die Regierungspolitik, insbesondere auf jene der Regierungspartei FPÖ, anstrebten“,*** argumentiert der Staatsanwalt.
Jörg Haider schaltete sich höchstpersönlich ein. Versuchte, zwischen der Partei und Rumpold zu vermitteln – und nahm sich die Telekom zur Brust. Man möge bei Auftragsvergaben künftig auch Rumpolds mediaConnection berücksichtigen ... Der gewiefte Taktierer Haider kalkulierte richtig. Die Telekom pflegte gute Kontakte ins rote und schwarze Lager, doch (noch) nicht zu den Blauen. Die regierten aber so wichtige Ressorts wie das Finanz- und das Infrastrukturministerium. Weshalb man ein derart verlockendes Angebot nicht ausschlagen wollte. Schon gar nicht bei der damaligen Unternehmenskultur in der Telekom. -
Selbstverständlich sei nie die Rede davon gewesen, dass Rumpold keine Leistung erbringen sollte, so die heutige Verteidigungslinie. Gassauer, Eccher und Neudeck beteuerten im Vorfeld des Prozesses, sie hätten von einer Intervention Haiders keine Ahnung gehabt. Wird spannend, was an den sieben Verhandlungstagen ans Licht der Öffentlichkeit kommt. Die von der Staatsanwaltschaft aufgelistete zeitliche Abfolge ist jedenfalls mehr als auffällig.
1. April 2004: Rumpold und Gassauer vereinbaren mündlich, dass die Telekom der mediaConnection 600.000 Euro brutto in zwei Teilzahlungen überweist, ***„wobei die mediaConnection im Gegenzug zum Schein vier Konzepte liefern solle“***. Schon einen Tag später erstellt Rumpolds Mitarbeiterin **Natascha R.** eine Rechnung.
6. April 2004: Die Rechnung wird an die Telekom gefaxt. Und jetzt wird’s hoch interessant: Am selben Tag noch unterfertigt der damalige FPÖ-Geschäftsführer Arno Eccker einen Vertrag mit der mediaConnection für den EU-Wahlkampf. Rumpold unterschreibt noch nicht. Telekom-intern kam kurzfristig Sand ins Getriebe, denn der für den Einkauf zuständige (und wegen schwerer Krankheit nicht vernehmungsfähige) Abteilungsleiter **Wolfgang F.** will die Rechnung nicht ohne schriftlichen Auftrag akzeptieren. Schieszler, damals Chef des Controlling, bringt seinen Kollegen dazu, im SAP-System einen Einkaufsvorgang zu fingieren und ***„eine zum Schein errichtete Bestellung“*** an die Rumpold-Firma auszustellen.
29. April 2004: Bei der mediaConnection geht die erste Teilzahlung der Telekom über 300.000 Euro ein.
6. Mai 2004: Jetzt unterschreibt Rumpold den Vertrag mit der FPÖ.
26. Mai 2004: Die Telekom veranlasst die Zahlung der zweiten Tranche, obwohl noch keine Konzepte geliefert wurden.
28. Mai 2004: Rumpolds Mitarbeiterin übermittelt der Telekom laut Anklage ***„vier wertlose Vorkonzepte“***, die bei der mediaConnection auf Halde lagen und nur ***„ geringfügig modifiziert“*** wurden.
3. Juni 2004: Bei der mediaConnection geht die zweite Teilzahlung der Telekom ein.
7. Juni 2004: Eccher und Rumpold unterschreiben eine Aktennotiz, dass die mediaConnection auf alle Ansprüche aus dem Schiedsgerichtsverfahren verzichtet und im Gegenzug weiterhin Aufträge von der FPÖ erhalten wird.
13. Juni 2004: Die Blauen verlieren bei der EU-Wahl vier ihrer fünf Mandate.Der Staatsanwalt wirft Rumpold obendrein ***„verwerfliches Nachtatverhalten“*** vor. Er sei nicht davor zurückgeschreckt, die Belastungszeugin Natascha R. durch eine Unterlassungsklage *„mundtot machen zu wollen“*. Rumpolds Anwalt war zu keiner Stellungnahme bereit.Auf der langen Zeugenliste steht neben Ex-Telekom-Chef **Heinz Sundt** und dem ehemaligen ÖIAG-Vorstand **Peter Michaelis** auch Rumpolds Ex-Frau **Erika Daniel.** Sie behauptete, die Konzepte für die Telekom alleine und mit unentgeltlicher Hilfe von Freunden und Kollegen erstellt zu haben. ***„Lebensfremd und nicht überprüfbar“***, befindet die Anklage.Für die ohnehin finanzklamme FPÖ kann der Prozess teuer werden. Die Staatsanwaltschaft beantragte nämlich, nicht Rumpold, sondern die Partei zur Zahlung der 600.000 Telekom-Euro zu verurteilen. Weil sich die FPÖ zulasten der Telekom bereichert habe. Die Telekom will ihr Geld von den Blauen zurück und hat sich als Privatbeteiligte angeschlossen.

17.05.2013, 20:11 Dörfler wegen Baulos erneut angezeigt Untreue-Verdacht

Gerhard Dörfler wegen Baulos erneut angezeigt. Kärntens Ex-Landeshauptmann Dörfler wegen Baulos erneut angezeigt

Die Umfahrung Bad St. Leonhard im Bezirk Wolfsberg, für die er sich so eingesetzt hatte, könnte für Ex-Landeshauptmann Gerhard Dörfler (FPK) unangenehme Folgen haben. Denn mittlerweile gibt es eine weitere Anzeige, in der der Verdacht der Untreue erhoben wird.

Die vom 8. Mai 2013 datierte Sachverhaltsdarstellung an die Wirtschafts- und Korruptions-Staatsanwaltschaft (WKStA) stammt von Gernot Nischelwitzer, oberster Personalvertreter des Landes, und hat die Ablöse eines Grundstückes zum Inhalt. Demnach sollen über Weisung Dörflers 380.000 Euro bezahlt worden sein, obwohl der Verkehrswert laut Gutachten bei nur 262.000 Euro lag und die Gesamtkosten laut Gutachten 310.000 Euro betrugen.

„Dem liegt sowohl eine Computer- als auch handgeschriebene Weisung Dörflers zu Grunde“, sagte Nischelwitzer zum KURIER. In der Weisung begründe der damalige Landeshauptmann die zu zahlende Summe mit „der besonderen Situation hinsichtlich der Objektablöse bei der Familie“. 342.000 Euro seien gleich fällig gewesen, die restlichen 38.000 Euro vier Wochen nach der Räumung des Hauses, verzinst mit vier Prozent. Am 30. April 2008 sei von der zuständigen Abteilung des Landes auch die Restzahlung samt Zinsen zur Überweisung freigegeben worden.

Laut Nischelwitzer seien auch Einbaumöbel im Wert von 32.000 Euro abgelöst worden, deren Verbleib unbekannt sei. Der Akt ist mittlerweile von der WKStA an die Klagenfurter Ermittlungsbehörde abgetreten worden, weil es kein Fall von Korruption, sondern von Untreue sei. „Wir werden das prüfen“, dazu Behördensprecher Helmut Jamnig.

Soziale Ader Dörfler bestreitet im KURIER-Gespräch die Vorgangsweise keinesfalls. „Ich habe aus sozialer Verantwortung einem Pensionisten-Ehepaar geholfen“, sagt er. „Wenn das ein roter Gewerkschafter kritisiert, fühle ich mich regelrecht geehrt.“ Detail am Rande: Das Grundstück wurde für den Bau der Umfahrung gar nicht benötigt, das Haus steht noch.

Die auch vom Landesrechnungshof kritisierte Grundstücksablöse ist nicht die einzige Anzei-ge, mit der Dörfler bei der Umfahrung Bad St. Leonhard konfrontiert ist. Zwei weitere, vom 11. Dezember 2012 und 21. Jänner 2013, betreffen „Auffälligkeiten und Anomalien“ bei diesem Baulos wurden von den Grünen und einem Gemeindebürger eingebracht. Sie werden derzeit von der WKStA bearbeitet.

07.05.201306:52 Uhr

Leitgeb und die Immofinanz – Der späte Fluch der Villa Esmara

- Sportmanager Ronald Leitgeb ist ins Fadenkreuz der Wiener Staatsanwaltschaft geraten. Ein Immobiliengeschäft mit der Immofinanz in Monte Carlo bringt ihn in Erklärungsnot.

Es war eine fürstliche Sause über den Dächern von Monte Carlo. Zur Eröffnung des "Champ Fitness“ im April 2003 kam Albert Grimaldi, der heutige Fürst von Monaco, um Königs-muscheln und Champagner zu schlürfen. Do&Co-Chef Attila Dogudan sorgte persönlich für das leibliche Wohl der erlauchten Gäste, darunter die Formel-1-Legenden Niki Lauda und Gerhard Berger.

Als Ex-Tennis-Champ Thomas Muster die neuen Beinpressen in der Villa Esmara testete, standen dessen früherer Manager Ronnie Leitgeb und der damalige Immofinanz-Boss Karl Petrikovics stolz dabei. Die Immofinanz hatte den Wellnesstempel in der Rue Roquebrune umgebaut und um 32.000 Euro pro Monat an Leitgeb vermietet. Diesen Deal feierten Petrikovics und Leitgeb damals groß. -

Zehn Jahre später beschäftigt das spektakuläre Immobiliengeschäft an der französischen Riviera Staatsanwälte und Kriminalpolizisten in Wien. Die Soko Constantia, die mit der Aufarbeitung der Immofinanz-Affäre betraut ist, prüft fragwürdige Immofinanz-Provisionen an Leitgeb in der Höhe von 800.000 Euro. "Das Verfahren ist nicht abgeschlossen“, sagt Staatsanwalt Thomas Vecsey und bestätigt: "Ronald Leitgeb wird als Beschuldigter geführt.“ -

Die brisanten Vorwürfe gegen den Präsidenten des Österreichischen Tennisver-

bandes werden im FORMAT exklusiv vorliegenden Polizeibericht vom 29. Oktober 2009 beschrieben. Leitgebs Not wurde durch Hubert Griessnig und Martin Schweiger ausgelöst. Die beiden Ex-Immofinanz-Mitarbeiter brachten die Justiz 2009 auch auf die Spur der Buwog-Provisionen der Immofinanz für Peter Hochegger, Walter Meischberger und Ernst Plech. Darum werden sie ernst genommen. -

"Herr Leitgeb hätte das Objekt mieten sollen, hat aber nicht sehr oft Miete gezahlt“, heißt es im Polizeibericht. "Die Immofinanz hätte sich dann bemüht, das Objekt notgedrungen zu verkaufen, um Schaden zu minimieren.“ Der Verkauf war Ende 2006. Nur durch Zufall hörten Griessnig und Schweiger was danach geschah: "An Herrn Leitgeb soll eine Vermittlungsprovision bezahlt worden sein, wovon er die rückständige Miete bezahlt haben soll.“

Dem Vorwurf widerspricht Ronnie Leitgeb gegenüber FORMAT: "Es wurden alle Mieten bezahlt. Insgesamt 842.464,50 Euro bis August 2006, sowie alle Betriebskosten. Darüber hinaus hat die Immofinanz eine Bankgarantie von mir bekommen.“ Dass er einen Großteil verspätet bezahlt hat, verschweigt er.

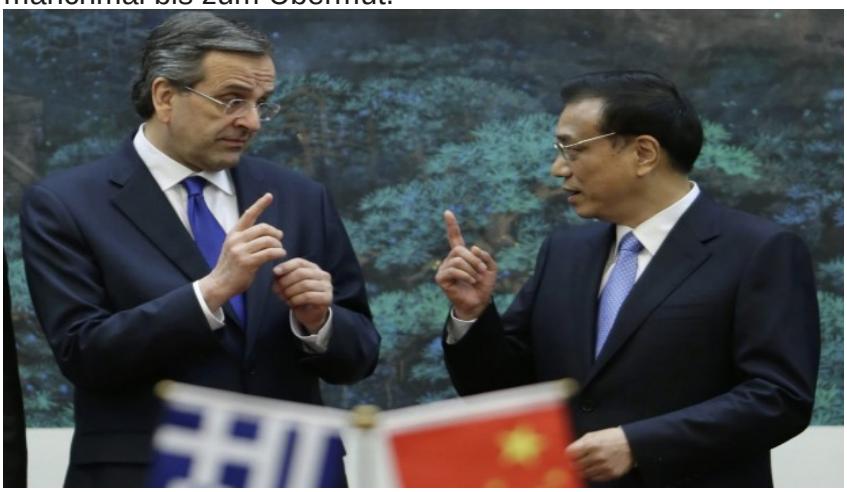
So erinnert sich die mit der Abwicklung betraute Ex-Immofinanz-Managerin Andrea Herbeck laut Polizeibericht: "Seit Mai 2005 wurde die Miete nicht bezahlt. [...] Der Mietzinsrückstand betrug damals rund 300.000 Euro.“ Außergewöhnlich daher: Wahlmonegasse Leitgeb wurde trotz vieler Zores von der Immofinanz mit der Käufersuche betraut. Ende 2006 vermittelte Leitgeb den Schweden Frederik Halmström, der 5,6 Millionen Euro für Esmara anbot. Immofinanz feierte das als tolles Geschäft. Herbeck laut Polizeibericht: "Im Zuge der Endabrechnung ergab sich für Leitgeb ein Anspruch gegenüber der Immofinanz von 800.000 Euro. [...] Es handelte sich um eine berechtigte Provision.“

"Die Immofinanz hat mir keine Provision bezahlt“, betont Leitgeb. Er habe ein "vertragliches Vorkaufsrecht“ gehabt, die Immobilie um 4,8 Millionen Euro zu erwerben. Das habe er ausgeübt. Wie er dieses Vorkaufsrecht erhielt, wird untersucht. Zumal im Dezember 2005 Immofinanz-intern die Kosten für Villa Esmara mit 5,59 Millionen Euro kalkuliert wurden. Auch Halmströms Preis lag nur knapp drüber. Karl Petrikovics, der als Beschuldiger geführt wird, wusste das -und fand nichts dabei. **Promischreck Sackmann**

Aus Ermittlersicht ist die Sache dubios. Ein börsenotiertes Unternehmen betraut einen säumigen Geschäftspartner damit, einen komplizierten Immobiliendeal abzuwickeln und bezahlt ihn auch noch großzügig. Volkert Sackmann, Staatsanwalt und Promischreck, findet das ungewöhnlich. Darum wird nachgebohrt. Für Leitgeb ist das der späte Fluch der Villa Esmara.

Griechenlands Selbstbewusstsein ist zurück

Ausgerechnet der griechische Premierminister Samaras beweist, dass sich ein Land in der tiefsten Krise tatsächlich stabilisieren lässt. Er zeigt den Stolz des Unterschätzten, manchmal bis zum Übermut.



Bei seinem Besuch bei Amtskollege Le Keqiang hat Antonis Samaras die chinesische Wirtschaft eingeladen, "an der griechischen Erfolgsgeschichte teilzuhaben"

Chuzpe hat der Mann: Fährt nach Peking, vergleicht sein klammes Griechenland mit einem Riesenreich, das kaum weiß, wohin mit seinem Geld. Beide Länder seien schließlich Wiegen uralter Kulturen. Und dann lädt Antonis Samaras in dieser Woche die chinesische Wirtschaft auch noch ein, "an der griechischen Erfolgsgeschichte teilzuhaben".

Gastgeber China schwieg sich in der Frage vornehm darüber aus, ob man diese Lageeinschätzungen teilt. Das Selbstbewusstsein jedenfalls ist zurück in Athen. Es ist auch der Stolz des Unterschätzten, der den griechischen Premierminister mit geradem Rücken zu Hause und in der Welt auftreten lässt – Stolz bis hin zum Übermut: Schon im kommenden Jahr werde Griechenland wieder an die Kapitalmärkte zurückkehren, kündigte Samaras an.

Zwar misst sich der Erfolg, den Samaras ausmacht, nicht in Wirtschaftswachstum oder Arbeitsmarktdaten: Die Arbeitslosigkeit steigt weiter, ein Ende der schon sechs Jahre währenden Rezession ist weit mehr Hoffnung als Prognose.

Aber verglichen mit dem politischen Chaos, das vor einem Jahr in Athen herrschte, zwischen den Wahlen vom Mai und denen vom Juni, lässt sich der Fortschritt nicht leugnen. Verglichen mit den Szenarien von Austritt und Rauswurf und der Angst, dass Griechenland die ganze Euro-Zone sprengen könnte, scheint die Lage heute ruhig.

Euro-Krise
Griechenland verabschiedet weitere Sparmaßnahmen
Konjunktur der Krisenländer

- FRANKREICH

Die nach Deutschland zweitgrößte Volkswirtschaft der Euro-Zone **schrumpfte zum zweiten Mal in Folge um 0,2 Prozent**. Damit steckt sie erstmals seit vier Jahren in der Rezession. Die Verbraucher gaben weniger Geld aus, die Unternehmen investierten weniger, die Exporte fielen. Die EU-Kommission erwartet, dass das Bruttoinlandsprodukt auch im Gesamtjahr erstmals seit 2009 schrumpfen wird – wenn auch mit 0,1 Prozent nur minimal. „Die real verfügbaren Einkommen der Verbraucher schwächeln wegen der steigenden Arbeitslosigkeit und höherer Steuern“, so die EU-Kommission. „Das anhaltend ungünstige Unternehmervertrauen dürfte die Investitionen weiter fallen lassen.“

- ITALIEN

  Italien steckt in der längsten Rezession seit 1970. Das Bruttoinlandsprodukt **fiel von Januar bis März um 0,5 Prozent** und damit das siebte Quartal in Folge. Sowohl die Binnennachfrage als auch die Exporte schwächeln. Die EU-Kommission erwartet keine baldige Trendwende. „Es gibt keine klaren Signale für eine kurzfristige Erholung, da sich sowohl das Verbrauchervertrauen als auch das Geschäftsklima im negativen Bereich befindet“, stellte sie kürzlich fest. 2013 wird die Wirtschaft nach Prognose der Kommission um 1,3 Prozent schrumpfen.

- GRIECHENLAND

  Um 5,3 Prozent brach das Bruttoinlandsprodukt im Vergleich zum ersten Quartal 2012 ein. Griechenland steckt damit bereits im sechsten Rezessionsjahr in Folge. „Die hohe Arbeitslosigkeit und Einschnitte bei Löhnen und Sozialleistungen werden den privaten Konsum weiter drücken“, befürchtet die EU-Kommission. 2014 soll die Rezession enden: Erwartet wird ein Mini-Wachstum von 0,6 Prozent. Dann soll auch die Arbeitslosenquote fallen, die in diesem Jahr mit 27 Prozent einen Rekordwert erreichen sollte.

- SPANIEN

  Die Wirtschaftsleistung **brach um 0,5 Prozent ein**. Das ist der siebte Rückgang in Folge. Ein Grund dafür ist die Rekordarbeitslosenquote von 27,2 Prozent. Das Land leidet noch immer unter dem geplatzten Immobilienboom. „Die Binnennachfrage wird wohl schwach bleiben, aber die preisliche Wettbewerbsfähigkeit solle sich schrittweise verbessern und die Exporte an Schwung gewinnen“, sagt die Kommission voraus. 2014 soll dann ein Wachstum von 0,9 Prozent zu Buche stehen.

- IRLAND

  Von allen Krisenstaaten macht Irland die größten Fortschritte. Daten für das erste Quartal liegen zwar noch nicht vor. Das Wirtschaftswachstum **dürfte sich aber in diesem Jahr auf 1,1 Prozent erhöhen** und soll sich 2014 auf 2,2 Prozent verdoppeln. Die „Leistung ist ermutigend“, so die EU-Kommission. Die unter Steuererhöhungen und Sparprogrammen leidende Binnennachfrage soll im kommenden Jahr erstmals wieder zum Wachstum beitragen. Die

Arbeitslosenquote soll bis dahin auf 13,7 Prozent fallen, 2012 waren es noch 14,7 Prozent.

- PORTUGAL

  Die Wirtschaft **schrumpfte nur noch um 0,3 Prozent** – Ende 2012 war es noch um 1,8 Prozent nach unten gegangen. Besonders deutlich gingen die Investitionen zurück. Im Gesamtjahr wird ein Minus von 2,3 Prozent erwartet, womit das Bruttoinlandsprodukt das dritte Jahr hintereinander fallen würde. „Sowohl die Wachstumsaussichten für Portugals Exportmärkte als auch die Lage am Arbeitsmarkt haben sich verschlechtert“, stellte die EU-Kommission fest. 2014 soll es wieder ein Wachstum von 0,6 Prozent geben.

- ZYPERN

  Um 1,3 Prozent brach die Wirtschaftsleistung zu Jahresbeginn ein. Mit 8,7 Prozent dürfte das Bruttoinlandsprodukt 2013 so stark einbrechen wie in keinem anderen Euro-Land. „Das geht vor allem auf den dringlichen Umbau des Bankensektors zurück, der Kreditwachstum und Haushaltssanierung hemmt“, befürchtet die EU-Kommission. „Unsicherheit belastet zudem die Binnennachfrage und Investitionen.“ 2014 soll die Rezession mit 3,9 Prozent deutlich schwächer ausfallen. *Reuters*

Und verglichen mit seinen eigenen Äußerungen zu Sparkurs und Reformen vor der Wahl zum Regierungschef, die ihn in Europa als höchst unsicheren Kantonisten dastehen ließen, sind Samaras zwei Erfolge nicht abzusprechen, die kaum alle beide zu erreichen schienen: Er stellt die Geldgeber zufrieden – und stabilisierte gleichzeitig, bis zu einem gewissen Grad, die griechische Politik und Gesellschaft.

Euro-Finanzminister loben Griechenlands Fortschritte

"Beträchtliche Fortschritte bei der Umsetzung der Haushalts- und Strukturreformen" bescheinigten die Finanzminister der Euro-Zone den Griechen in dieser Woche und gaben 7,5 Milliarden Euro frei, die nächste Tranche aus dem Hilfspaket. "Man musste dabei schon einmal ein schlechteres Gefühl haben", sagt ein Sitzungsteilnehmer.

Deutlicher wird Olli Rehn, als Währungskommissar einer der Chefaufseher über Athens Fortschritte. Er macht den Premierminister selbst als Garanten des Reformkurses aus: "Herr Samaras hat viele überrascht mit seiner Fähigkeit, den Reformkurs zu halten und so das Vertrauen in Griechenland wieder herzustellen", sagte Rehn der "Welt am Sonntag".

Vertrauen kehrt zurück, dieser flüchtige wie unverzichtbare Stoff. "Darin sind sich alle einig, von der internationalen Gemeinschaft über die Finanzmärkte bis zu den Griechen selbst", sagt Maria Damanaki, die griechische EU-Kommissarin.

Fitch stuft Griechenlands Bonität herauf

Die Ratingagentur Fitch nahm fast auf den Tag genau ein Jahr nach der Herabstufung der griechischen Kreditwürdigkeit auf die unterste verfügbare Stufe

nun genau diesen Schritt zurück und begründete die Entscheidung mit dem klaren Reformkurs der Regierung.

Die griechische Wirtschaft habe in der Wettbewerbsfähigkeit vier Fünftel des Abstands zum Durchschnitt der Euro-Zone wieder aufgeholt, urteilt Fitch. Die Messgröße ist schwer zu quantifizieren, weil ein jeder etwas anderes darunter versteht. Aber nicht zu übersehen ist, dass Griechenland die Arbeitskosten brutal gesenkt hat und inzwischen recht beherzt seinen Staatsbesitz privatisiert. Für Unternehmen kommt das Land wieder als Investitionsstandort infrage.

Das hilft Samaras auch in der Heimat. Nicht, dass die Griechen, das von ihrer Wirtschafts-, Schulden- und Staatskrise am meisten gebeutelte Volk Europas, dem Sparen viel abgewinnen können. Eine Umfrage des US-Forschungsinstituts Pew Research aus der zurückliegenden Woche zeigt deutlich, dass zwei Drittel der Griechen das Vertrauen in die EU verloren haben, und sogar drei Viertel bescheinigen Samaras eine schlechte Leistung in der Krisenbewältigung.

70 Prozent der Griechen für den Euro

Das Misstrauen seines Volkes teilt er mit den Regierungschefs Italiens und Spaniens. Aber knapp 70 Prozent der Griechen wollen den Euro behalten, und es ist nur eine knappe Mehrheit, die sagt: Statt zu sparen, müsse das Land Geld ausgeben, um Arbeitsplätze zu schaffen.

Bei der jüngsten Parlamentsentscheidung über den Abbau von weiteren 15.000 Stellen im öffentlichen Dienst, eine Voraussetzung für die Milliardenzahlung von der Euro-Zone, demonstrierten nur noch ein paar Tausend. Der gewaltbereite schwarze Block der Anarchisten? Nicht zu sehen. Die Besetzung öffentlicher Gebäude? Vorbei. So schnell vergeht ein Jahr, so viel kann sich ändern.

Fragil bleibt die Lage, denn die europäischen Anreize zu Reformen drohen sich rasch zu verlieren. Auch in Europa dreht die Stimmung, in die umgekehrte Richtung allerdings. Genug gespart, ruft Frankreichs Präsident, der doch in seinem ersten Jahr im Amt nicht einmal das Tempo der Neuverschuldung drosselte, von Schuldenabbau ganz zu schweigen.

"Schluss mit dem Zwang zur Konsolidierung", das ist allenthalben zu hören und in dieser Woche auch aus der EU-Kommission so deutlich wie nie: Die europäische Aufsicht über Finanzen und Reformen durch die Troika der Geldgeber habe ihre Unzulänglichkeiten bewiesen, sagte Rehns Kollege László Andor, zuständig für Soziales, am Mittwoch auf einer Veranstaltung im Europäischen Parlament. Die sollte eigentlich den Wandel in Griechenland aufzeigen, Andor aber sagte: "Es ist an der Zeit, diese Troika-Praxis rasch zu beenden."

19.05.2013, # Griechenland testet seine großen Banken.

Zwei kleinere Institute werden verkauft, die Rekapitalisierung soll bis Mitte Juni abgeschlossen sein.

Griechenland will spätestens Mitte Juli zwei kleinere Banken verkaufen und die großen Institute noch in diesem Jahr einem Stresstest unterziehen. Im jüngsten Troika-Bericht hieß es, der Bankenrettungsfonds des Landes suche neue Besitzer für die Hellenic Postbank sowie für Proton. Beide Banken wurden in "gute" und "schlechte" Teile aufgespalten und sind vollständig Eigentum des Fonds, der im Rahmen des Rettungspakets mit 50 Milliarden Euro ausgestattet wurde.

In dem Bericht von EU und Internationalem Währungsfonds (IWF) heißt es weiter, diese Summe reiche für Rekapitalisierungen und Abwicklungen in der Branche aus. Zudem bleibe genug Geld übrig, um den Sektor noch vor Jahresende einem Stresstest zu unterwerfen.

Die Rekapitalisierung der vier wichtigsten Banken des Landes - National, Alpha, Piraeus und Eurobank - soll bis Mitte Juni abgeschlossen sein. Diese Banken benötigen 27,5 Milliarden Euro, um Löcher in den Bilanzen zu stopfen. Mindestens zehn Prozent davon sollen sie bei privaten Investoren eintreiben.

Samaras: Garant für Reformkurs?

Ein Jahr nach der Wahl in Griechenland hat sich Ministerpräsident Antonis Samaras in Brüssel den Ruf eines Reform-Garanten erarbeitet: Der Regierungschef habe "viele überrascht mit seiner Fähigkeit, den Reformkurs zu halten und so das Vertrauen in Griechenland wieder herzustellen", sagte EU-Währungskommissar Olli Rehn laut Vorabmeldung der "Welt am Sonntag".

Der konservative Samaras gehörte als Oppositionspolitiker zu den ärgsten Widersachern im Ringen um Konsolidierungsmaßnahmen. Seit elf Monaten ist er nun im Amt. Die Euro-Finanzminister hatten seinem Land in der vergangenen Woche die nächsten Notkredite von 7,5 Milliarden Euro freigegeben, weil sie die Auflagen als erfüllt ansehen.

Noch vor einem Jahr stand das Land vor der Pleite. Trotz der anhaltenden Wirtschaftskrise und eine Rekordarbeitslosigkeit spricht Samaras von einer "griechischen Erfolgsgeschichte" - und will Athen im kommenden Jahr zurück an die Kapitalmärkte führen.

Fortschritte in Griechenland

Griechenland macht nach Einschätzung der EU-Kommission Fortschritte bei der Sanierung seiner öffentlichen Finanzen und bei Strukturreformen. In ihrem zweiten, am Freitag in Brüssel veröffentlichten Prüfbericht zum Anpassungs-programm für Athen bemängelt die EU-Behörde allerdings, dass das Tempo der Privatisierungen in Griechenland "unzufriedenstellend" sei.

Die Wirtschaftsentwicklung sei gegenüber der vorangegangenen Prognose weitgehend unverändert, heißt es. Es gebe Aussicht auf eine schrittweise Rückkehr zum Wachstum 2014. Einerseits hätten etwas schlechtere als die erwarteten Daten im vierten Quartal 2012 in demselben Jahr zu einem BIP-Rückgang von 6,4 Prozent geführt, was in das laufende Jahr hineinwirke. Andererseits würden Konjunktur- und Finanzmarkt-Indikatoren ein gestärktes Vertrauen ausweisen. Ein moderate wirtschaftliche Erholung, angeführt durch Investitionen und Exporte, erwartet die Kommission für Anfang 2014 mit einem BIP-Wachstum von 0,6 Prozent.

Das Ziel für Privatisierungserlöse bis vergangenen Dezember sei deutlich verfehlt und die erwarteten Erlöse für 2013 moderat heruntergeschraubt worden. Zwar sei die Mehrzahl der für zur Privatisierung bestimmten Staatsbetriebe in den Privatisierungsfonds überführt worden, doch bedürfe es weiterer Anstrengungen Griechenlands. Besondere Anstrengungen zu Liberalisierung und Privatisierung seien insbesondere im Energiesektor nötig, vor allem ein Restrukturierungsplan für den führenden Energieversorger PPC. Auch beim staatlichen Immobilienvermögen sei weiteres Handeln erforderlich.

Während seit 2010 beim Abbau der öffentlichen Verwaltung Fortschritte erzielt wurden, seien weitere dringend Reformen in diesem Bereich nötig, heißt es in dem Bericht. Die Regel, wonach nur jeder fünfte Beamte nachbesetzt werden soll, bringe zusammen mit einem Anstieg von Frühpensionen wohl die angestrebte Reduktion von mindestens 150.000 Posten im öffentlichen Dienst im Zeitraum 2011 bis 2015.

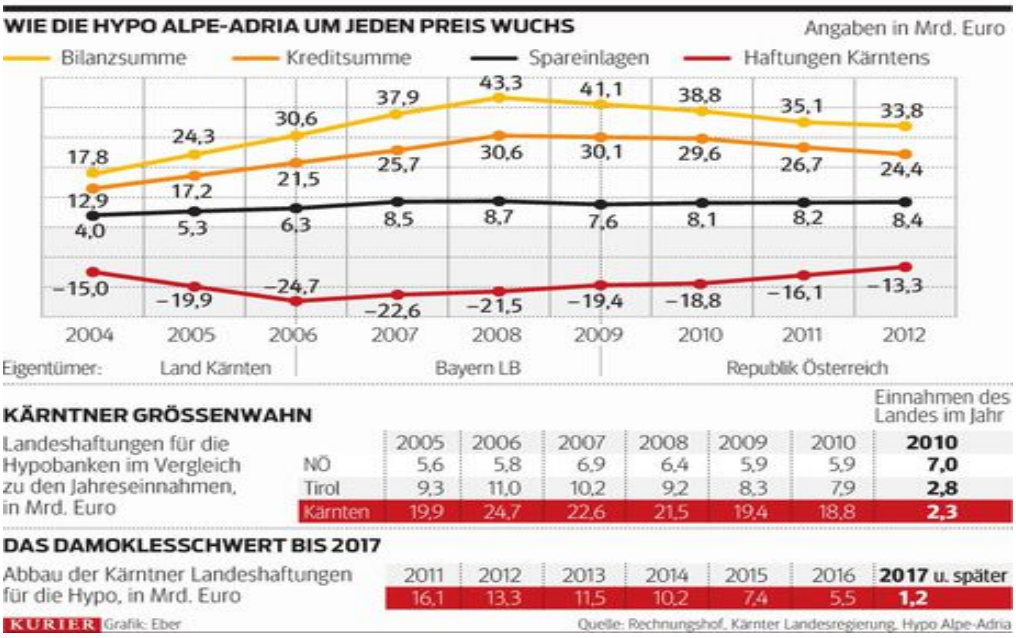
Nach Einschätzung der Kommission gibt es aber Probleme bei der Einstellung hoch-qualifizierter und junger Menschen, etwa in der Steuerverwaltung. Verpflichtende Ausstiege aus dem öffentlichen Dienst "in beträchtlichem Umfang" wären "notwendig und dringend, um den finanziellen Spielraum für solche Anstellungen zu schaffen".

Kärnten ist ein Albtraum für die Steuerzahler

19.05.2013, 06:00 Die Haftungen des Landes für seine Ex-Bank werden die Steuerzahler Milliarden kosten. Fraglich ist nur, wie viele. Spätestens 2017 weiß man es. Da war eine Bagage der Sonderklasse am Werk“: Wenn ein für seine Noblesse bekannter Spitzenbanker in Bassena-Sprache verfällt, muss das Entsetzen außergewöhnlich sein.

Ist es auch. In Zahlen ausgedrückt: Die Hypo Kärnten sitzt auf 11,7 Milliarden an faulen Krediten, das ist ein Drittel ihrer Bilanz- und fast die Hälfte ihrer Kreditsumme. Diese unvorstellbare Menge an derzeit uneinbringlichem Geld ist Folge des Systems **Jörg Haider.** Dieses System ist die Ursache, dass die Steuerzahler kräftig werden blechen müssen.

Es stimmt schon: Dass Bundesländer Haftungen für ihre Hypothekenbanken übernahmen, war üblich. Mit einem Unterschied: Niederösterreich etwa ging Haftungen lediglich bis zur Höhe seiner Jahreseinnahmen ein, Tirol immerhin bis zum Dreifachen. In Kärnten jedoch herrschte schierer Größenwahn: Das Land haftete für mehr als das Zehnfache seiner Jahreseinnahmen (Tabelle). „Kärnten warf unter Haider den Turbo an – bei Tempo, Summen und Fahrlässigkeit“, sagt ein Branchenkenner. Man erkennt das gleiche Muster wie in der Politik: Postenschacher und der eine oder andere Griff in die Kassa sind auch Rot und Schwarz nicht fremd. Aber im Vergleich, wie die FPÖ an der Regierung hauste, lässt sie die Verfehlungen anderer verblassen (siehe Artikel links).


WIE DIE HYPO ALPE-ADRIA UM JEDEN PREIS WUCHS
Angaben in Mrd. Euro
Bilanzsumme
Kreditsumme
Spareinlagen
Haftungen Kärntens
17,8 24,3 30,6 37,9 43,3 41,1 38,8 35,1 33,8
12,9 17,2 21,5 25,7 30,6 30,1 29,6 26,7 24,4
4,0 5,3 6,3 8,5 8,7 7,6 8,1 8,2 8,4
−15,0 −19,9 −24,7 −22,6 −21,5 −19,4 −18,8 −16,1 −13,3
2004 2005 2006 2007 2008 2009 2010 2011 2012
Eigentümer: Land Kärnten Bayern LB Republik Österreich
KÄRNTNER GRÖSSENWAHN
Landeshaftungen für die Hypobanken im Vergleich zu den Jahreseinnahmen, in Mrd. Euro
2005 2006 2007 2008 2009 2010
Einnahmen des Landes im Jahr 2010
NÖ 5,6 5,8 6,9 6,4 5,9 5,9 7,0
Tirol 9,3 11,0 10,2 9,2 8,3 7,9 2,8
Kärnten 19,9 24,7 22,6 21,5 19,4 18,8 2,3
DAS DAMOKLESSCHWERT BIS 2017
Abbau der Kärntner Landeshaftungen für die Hypo, in Mrd. Euro
2011 2012 2013 2014 2015 2016 2017 u. später
16,1 13,3 11,5 10,2 7,4 5,5 1,2
KURIER Grafik: Eber
Quelle: Rechnungshof, Kärnter Landesregierung, Hypo Alpe-Adria

Das billige Geld, das die Hypo Kärnten mithilfe der Landes-Bonität auf dem Markt einsam-melte, blies sie in kurzer Zeit in Form von Krediten wieder hinaus (Grafik). Und zwar ohne gebotene Risiko-Absicherung. „Auf Teufel komm' raus wurde Geld eingekauft und wieder verkauft", sagt **Rolf Holub,** grüner Landesrat und Spezialist für das Kärntner Hypo-Desaster.
Parallel zur Bilanzsumme stiegen die Landes-Haftungen, bis die EU diese Praktiken ab April 2007 abstellte. Eilig vor Inkrafttreten des EU-Verbots schoss Kärnten weitere fünf Milliarden nach. „Aus den Protokollen der Regierungs-sitzungen geht hervor, dass der Anstieg der Haftungen bekannt war", sagt Holub. „Aber die meisten Politiker haben zugeschaut und waren zu dumm. Sie dachten wohl, da kann nichts passieren."
Wie wahr. Auch die SPÖ ließ sich vom smarten damaligen Hypo-Generaldirek-tor blenden. **Wolfgang Kulterer** kam eigens in den SPÖ-Klub, um zu erzählen, wie toll die Hypo „performte". Für Haider war das System sowieso perfekt. Er versorgte die Bank mit Haftungen, die bekam dafür billiges Geld, an dem er sich wieder bediente. Als oberster Eigentümervertreter galt Haider in der Bank als „Chef". Was er sich wünschte, kriegte er.

Im Dezember 2009 dämmerte die Erkenntnis, dass Landes-Haftungen ein eher gefährliches Brauchtum sind: Im Insolvenz-Fall kosten sie nämlich echtes Geld. Haider hatte die Hypo 2007 zwar an die BayernLB verkauft, aber die Haftungen bei Kärnten belassen. Folge: Als Bayern 2009 drohte, die Hypo in die Pleite zu schicken, hätte Kärnten zahlen müssen. Hatte aber kein Geld. Und weil Österreich es seiner Seriosität schuldete, kein Bundesland bankrott-gehen zu lassen (wir sind nicht Griechenland), war die Republik erpressbar. Die Bayern hätte die Insolvenz etwa drei Milliarden gekostet, Österreich runde zwanzig. „Wären die Landes-Haftungen nicht gewesen, hätte man die Bank nicht verstaatlichen müssen", sagt ein Involvierter.

An diesem Dilemma hat sich bis heute nichts geändert. Die Haftungen für die Anleihen hängen bis zum Ablaufdatum 2017 wie ein Damoklesschwert über den Steuerzahlern. Der Großteil der Haftungen erfasst Anleihen, also Geld, das hauptsächlich Fonds und Versicher-ungen der Hypo für zumeist zehn Jahre borgten. Die Anleger können im Ernstfall ihr Geld von Kärnten zurück verlangen. Derzeit kann die Hypo ablaufende Anleihen selbst bedienen. Zwischen 2013 und 2017 werden jedoch stattliche zehn Milliarden Anleihen fällig. Ob die Hypo diese Summe wird aufbringen können, steht in den Sternen. „Am Ende wird ein Betrag X übrig bleiben. Günstige Schätzungen gehen von vier bis fünf Milliarden aus", sagt ein Eingeweihter.

Sobald die Bank die Anleger nicht auszahlen kann, werden die Anleger Kärnten zur Kasse bitten. „Und wir werden sie zum Bund schicken", sagt Holub mit bitterem Humor. Angenehm sei das nicht. „Wir Kärntner werden Abbitte leisten und schön brav sein müssen."

19. Mai 2013 21:01 **USA** Stronach: 100 Millionen für Pferde
Stronach holt sich bei Pferden **Kraft für einen politischen Galopp**.

Willkommene Ablenkung für Milliardär Frank Stronach vom knallharten Polit-Geschäft. Für 4,5 Mio. Dollar (3,49 Mio. Euro) gönnte er sich den 50-Prozent-Anteil an „Point of Entry“, einem edlen Rennpferd. „Eigentlich habe ich neun Millionen Dollar bezahlt“, erklärt Stronach im Gespräch mit ÖSTERREICH. „Dafür kriege ich ab sofort die Hälfte aller Renneinnahmen und im nächsten Jahr geht er voll in meine Zucht über.“

„Point of Entry“ ist gar nicht Stronachs teuerstes Pferd im Stall. „Bei weitem nicht“, lacht Frank. „Mir gehören ein paar hundert Pferde, mein teuerstes kommt auf rund 65 Millionen Dollar.“ Am Samstag weilte Stronach in Baltimore, neben San Francisco, Los Angeles, Miami und Washington einer seiner fünf Pferderennbahnen. Bei den Pferden fühlt sich der Selfmade-Milliardär wohl. Stronach: „Sie haben zur Zivilisation der Menschheit sehr viel beigetragen. Pferde sind noble Tiere, schön zum Anschauen, nicht angriffslustig.“ -

Angriff

Angriffslustig wird sich Frank Anfang Juni selbst wieder geben. Dann kommt er nach Österreich zurück und stürzt sich in den Wahlkampf zur Nationalratswahl. Stronach verspricht: „Ich werde viel Zeit in Österreich verbringen und unter die Leute gehen. Ich möchte, dass mich die Bürger viel besser kennenlernen. Ich bin unabhängig und kann etwas bewirken. Wir müssen handeln, sonst geht Österreich unter der erdrückenden Schuldenlast unter. “

20.05.2013, # Sturm der Entrüstung nach Orbans Nazi-Sager

„Die Deutschen haben schon einmal eine Kavallerie geschickt – in Form von Panzern (1944)“, sagte Orban. - Sturm der Entrüstung nach Orbans Nazi-Sager. Der ungarische Premier verglich die deutsche Kanzlerin Merkel indirekt mit Hitler.

Das ist eine Entgleisung, die wir klar zurückweisen.“ Mit diesen Worten reagierte Deutschlands Außenminister Guido Westerwelle auf die jüngsten Äußerungen des ungarischen Premiers Viktor Orban. Dieser hatte im staatlich Radio die derzeitige Politik der Bundesrepublik mit Nazi-Deutschland verglichen – und sich dabei auf ein Zitat von Angela Merkel bezogen.

„Kavallerie“ Zur Vorgeschichte: Die deutsche Kanzlerin hatte in der Vorwoche Budapest wegen demokra-tischer und rechtsstaatlicher Defizite kritisiert, aber sich für eine moderate Vorgangsweise ausgesprochen: „Wir werden alles tun, um Ungarn auf den richtigen Weg zu bringen, aber nicht gleich die Kavallerie schicken.“ Ihr sozialdemokratischer Herausforderer Peer Stein-brück, der die „Kavallerie“-Formulierung einst im Steuerstreit mir der Schweiz bemüht hatte, hatte zuvor sogar einen EU-Ausschluss Ungarns ins Spiel gebracht.

„Die Deutschen haben schon einmal eine Kavallerie geschickt – und zwar in Form von Panzern“, sagte Orban nun. Er bezog sich auf die von Hitler 1944 angeordnete Besetzung Ungarns. „Unsere Bitte wäre, sie nicht noch einmal zu schicken. Es war damals schon keine gute Idee.“

Die ungarische Opposition reagierte entsetzt auf die Wortwahl des Premiers. Der sozialistische Politiker und Ex-EU-Kommissar Laszlo Kovacs sprach von einem „grobschlächtigen Scherz“. Politikwissenschaftler, wie Attila Tibor Nagy, nannten die Äußerung „undiplomatisch und unverhältnismäßig“. Viele befürchten jetzt eine weitere Isolierung Ungarns.

Isolierung Jetzt schon ist das Land wegen der rechts-nationalistischen Politik der mit Zweidrittelmehr-heit regierenden FIDESZ-Partei von Viktor Orban massiver Kritik innerhalb der EU ausge-setzt. Die Hauptvorwürfe: Die Justiz sei nicht mehr vollständig unabhängig, die Meinungs- und Pressefreiheit seien eingeschränkt, Minderheit würden unter Druck geraten, der Antisemitismus wachse. Die Menschenrechtsorganisation „Human Rights Watch“ forderte Brüssel auf, Budapest notfalls das Stimmrecht in der EU zu entziehen.

Direkt betroffen von der nationalistischen Ausrichtung der Politik in Ungarn ist auch Österreich. Heimischen Bauern, die im Nachbarland Grund und Boden gekauft haben, droht die Enteignung.

Montag, 20. Mai 2013

EU-Austritt käme sehr teuer

Britische Wirtschaftsexperten warnen Premier Cameron vor dem radikalen Schritt

Nicht wenige Parteifreunde des konservativen britischen Premierministers David Cameron drängen auf einen EU-Austritt. Lieber heute als morgen würden sie ihr Land lösen aus dem Staatenverbund, der ständig zerstritten ist und wegen der hohen Schulden mitten in der Krise steckt. Cameron hat signalisiert, dass er sich ein Referendum darüber bis 2017 vorstellen kann, sollte er 2015 wiedergewählt werden. Umfragen zeigen, dass die Briten durchaus für eine solch radikale Kehrtwende stimmen könnten. Wirtschaftlich wäre dies aber hochriskant, wie Experten betonen.

Großbritannien müsste seine Handelsbeziehungen mit den jetzigen EU-Partnern neu verhan-deln. Auch die Rahmensetzungen für Geschäfte mit Ländern außerhalb der EU, womöglich auch die Position innerhalb der Welthandelsor-ganisation WTO bedürften einer Überarbeitung. Der in Großbritannien beson-ders wichtige Finanzsektor könnte unter Druck kommen.

"Ich sehe keinerlei Vorteile, die das bringen würde", sagt der Brite Roderick Abott, ehemals einer der Top-Leute in der WTO und auch der EU-Handelsbehörde. Ob die EU im Falle eines Austritts noch bereit wäre, Großbri-tannien in den Genuss der Handelsvorteile eines einheitlichen EU-Binnenmarktes kommen zu lassen, wäre fraglich. "Wenn man sagt, wir wollen die Tür zu euch zuschlagen und nicht mehr in euer Budget einzahlen, kann man dann fordern: ermöglicht uns freien Handel, und zwar ohne Gegenleistung?" Möglich sei zwar alles, aber sicher sei nichts, so Abott.

Importzölle drohen

Großbritannien würde wahrscheinlich im Handel schlechter gestellt werden. Denn die EU erhebt auf Waren aus Ländern außerhalb des eigenen Binnenmarktes Importzölle - die würden dann auch britische Exporteure treffen. Diese Zölle beliefen sich im Jahr 2011 im Güterverkehr auf durchschnittlich 5,3

Prozent, im Agrarbereich sogar auf 13,9 Prozent. Über die Hälfte der britischen Waren-Exporte und ein Drittel der Dienstleistungen wie etwa Finanzgeschäfte gingen 2011 in die Union - mit einem Volumen von umgerechnet 356 Mrd. Euro.
Würde es Großbritannien nicht schaffen, einen vorteilhaften Deal mit der EU auszuhandeln, wäre die Insel noch schlechter gestellt als Konkurrenten wie Norwegen, die Schweiz, Südafrika oder Südkorea. Diese profitieren nämlich immerhin von Sonderregelungen mit der EU. Der Vorteil dadurch: Importzölle auf beiden Seiten werden nach und nach abgebaut. Scheiden die Briten aus der Union aus, profitierten sie nicht mehr davon.

Kein Abkommen mit USA und Japan

Mehr noch: Derzeit ist die EU dabei, neue umfassende Freihandelsabkommen mit den USA und Japan abzuschließen oder in Angriff zu nehmen. Die transatlantische Vereinbarung soll weit über den Abbau von tarifären Handelsschranken hinausgehen. So soll es für Unternehmen auf beiden Seiten erheblich leichter werden, in der jeweils anderen Region aktiv zu werden und dort Geschäfte zu betreiben. Auch dieses Abkommen würde für ein Nicht-EU-Mitglied Großbritannien nicht mehr gelten.
Fredrik Erixon, der dem Europäischen Zentrum für Internationale Politische Ökonomie in Brüssel vorsteht, nennt einen weiteren Aspekt: Das Gewicht Großbritanniens in der Weltwirtschaft nehme rasch ab. Dadurch werde es für andere Länder immer weniger interessant, sich vorrangig um vorteilhafte Handelsabkommen mit der Insel zu bemühen.
Auch in der WTO könnte es bei einem EU-Austritt für die Briten schwieriger werden. In den komplexen Verhandlungen über zulässige Subventionen, etwa im Agrarbereich, über Import-quoten und vieles mehr müssten Großbritannien und der Rest der EU ihre Interessen aufwendig auseinanderdividieren. Schließlich treten sie bisher gemeinsam auf.

Finanzstandort London bedroht

Noch folgenschwerer wäre es für Großbritannien, wenn das Land den Zutritt zum EU-Binnenmarkt für Dienstleistungen verlöre. Denn gerade im Geschäft mit Finanzdienstleistungen hat Großbritannien gegenüber der Rest-EU - im Gegensatz zum Handel mit Waren - eine starke Überschussposition. "Ich denke, die City of London sollte sich hier erheblich größere Sorgen machen", sagt Ex-WTO-Mann Abbott.

Hat das Vereinigte Königreich innerhalb der EU nichts mehr zu sagen, würde das Land die Möglichkeit verlieren, sich gegen Maßnah-men zu wehren, die seine Interessen berührten. "Das würde eine Menge Finanz-Aktivitäten aus London heraus und in die Eurozone hinein treiben", mahnt auch Wirtschaftsexperte Erixon.

20.05.2013, 11:03

Klage auf Widerruf

Das Match zwischen Neo- Parteigründer Frank Stronach und BZÖ- Chef Josef Bucher wird am 1. Juli vor Gericht ausgetragen: Für diesen Tag steht am dem Wiener Handelsgericht die erste Verhandlung wegen Buchers Behauptung, Stronach habe ihn um 500.000 Euro "kaufen" wollen, angesetzt. Der Milliardär hatte Bucher auf Unterlassung, Widerruf bzw. Veröffentlichung des Widerrufs sowie Feststellung der Haftung für alle entstandenen Schäden geklagt.

Dass tatsächlich 500.000 Euro geboten wurden, steht außer Streit. Das Team Stronach betonte allerdings stets, dass die Summe lediglich im Rahmen einer angedachten Kooperation mit dem BZÖ - die bekanntlich nicht zustande kam - für Werbemaßnahmen im Gespräch gewesen sei.

Bisher hat in der Causa erst eine vorbereitende Tagsatzung stattgefunden, wie Stronachs Anwalt Michael Krüger und Buchers Rechtsvertreter Gottfried Korn mitteilten. Für die Verhandlung am 1. Juli sind nun Stronach und Bucher zur Einvernahme geladen. Vor Gericht erscheinen sollen auch Stronachs Vertraute Kathrin Nachbaur und BZÖ- Politiker Peter Westenthaler, wie das Handelsgericht bestätigte. Die beiden waren laut Krüger bei dem Gespräch dabei.

Kein Ergebnis auf strafrechtlicher Ebene

Die Rechtsstreitigkeiten zwischen Stronach und Bucher laufen schon länger, auf strafrechtlicher Ebene waren sie aber erfolglos. Zunächst hatte das BZÖ in einer Anzeige den Vorwurf erhoben, Stronach habe versucht, Abgeordnete zu kaufen sowie Bucher 500.000 Euro für ein Überlaufen ins Team Stronach geboten. Die Korruptionsstaatsanwaltschaft stellte das Verfahren aber im Dezember des letzten Jahres ein.

Stronachs Anwalt holte daraufhin zum Gegenschlag aus und brachte bei der Staatsanwaltschaft Wien eine Strafanzeige gegen Bucher wegen des Verdachts der Verleumdung ein. Auch dieses Ermittlungsverfahren wurde eingestellt.

20.05.2013 Neustart **Ex-Polizei-General wird Berater in Nobel-Bordell**

Ex-Polizeichef Horngacher landete in Poker-Casinos.

Vom Blaulicht ins Rotlicht: Wiens Ex-Polizeikommandant Roland Horngacher (53) macht nach einer Verurteilung wegen Amtsmissbrauchs wieder von sich reden. Neues Arbeitsfeld: Poker-Casinos und ein Bordell. -

Sein Name steht für den tiefsten Absturz in der Polizeigeschichte: Mit Fleiß und Grips hatte sich Mag. Roland Horngacher vom Referenten in Ottakring zum Chef der Wirtschaftspolizei hochgearbeitet. Unter VP-Minister Ernst Strasser stieg der ehrgeizige Rote gar zum Wiener Cop-Kommandanten auf. Doch einen Schritt vorm Karriere-Zenit (Polizeipräsident) stolperte General Horngacher über die eigene Psyche:

Wie sein Vorbild Napoleon verfiel der kleinwüchsige Aufsteiger dem Größenwahn. Bei Razzien machte er sich mit Marschall-Stab und einer "Prätorianer-Garde" lächerlich, im Alltag durch Gefälligkeiten für Millionäre verdächtig. Und schließlich machte er sich durch "Amtmissbrauch" (15 Monate bedingt) untragbar Horngacher den Dienst quittieren. -

Nun sorgt die neue Existenz des 53-Jährigen für Klatsch: Erst heuerte er im Poker-Casino-Reich von Peter Zanoni als "Rechtsberater" an - und erwarb sich dort durch profunde Arbeit Respekt. Doch der ist in Gefahr. Denn Zanoni-Partner Kiri Moradi möchte in der Triester Straße ein Riesenbordell ("Laufhaus") errichten - und bat Milieu-Granden, das Projekt abzunicken. -

Beim Treffen dabei: Berater Horngacher, was ins Bundeskriminalamt durchdrang. Seither läuft dort der Witz: "Schreibt man Horngacher jetzt mit u?"

21. Mai 2013, 11:17 **"Politik hat Boden für Finanzkrieg bereitet"**

Früher war er Korruptionsjäger, nun wettert Wolfgang Hetzer gegen den Kapitalismus und warnt vor dem Verlust des sozialen Friedens

Die Welt befindet sich im Krieg, im Finanzkrieg. Davon ist Wolfgang Hetzer überzeugt. Er war bis 2011 beim europäischen Amt für Korruptionsbekämpfung OLAF tätig. Was er dort erlebt hat, lässt für den Juristen nur einen Schluss zu: Der Kapitalismus ist eine Kriegserklärung an die bürgerliche Welt. In seinem ersten Buch "Finanzmafia" schreibt Hetzer über die "Korruption als Leitkultur". Die derzeitige Wirtschaftskrise ist demnach ein Produkt aus politischen Fehlentscheidungen, wirtschaftlicher Inkompetenz und krimineller Energie

Gespräch mit derStandard.at erklärt Hetzer, warum wir uns im Finanzkrieg befinden, warum Krieg der richtige Begriff ist, wie wir aus dem Gefecht heraus kommen und warum wir keine Lämmerherde sein müssen.

***

derStandard.at: Ihr neues Buch heißt "Finanzkrieg". Wer hat den Krieg angezettelt?

Wolfgang Hetzer: Es ist schwierig zu sagen, wer den Krieg angezettelt hat. Es waren politische Entscheidungen, wie etwa jene der US-amerikanischen Regierungen, die Golddeckung in den 1970er Jahren aufzugeben oder die Deregulierung der Finanzmärkte durchzusetzen. Oder die Zulassung bestimmter Finanzinstrumente und der unkontrollierte Handel mit Derivaten, die später von Warren Buffett als "Massenvernichtungswaffen" bezeichnet wurden. Unter Thatcher und Reagan wurde die Deregulierung weiter vorangetrieben, und auch die deutsche rot-grüne Regierung hat mit dem Investmentmodernisierungsgesetz 2003/04 etwa Hedgefonds in Deutschland zugelassen.

derStandard.at: Was ist schlecht an Hedgefonds?

Hetzer: Hedgefonds sind Teil des Schattenbankensystems, das sich den klassischen orthodoxen Regeln des Bankwesens entzieht und das natürlich eine eigene Quelle von Risiken ist. Es waren Regierungen, die den Boden bereitet haben für diese "kriegerischen" Auseinandersetzungen am Finanzmarkt, wo jeder fremdes Terrain erobern wollte, zu einem großen Teil ohne Rücksicht auf Verluste. Das erlaubt die Verwendung des Begriffs Krieg.

derStandard.at: Krieg klingt aber schon sehr martialisch.

Hetzer: Zunächst stößt der Begriff auf inneren Widerstand, weil man beim Begriff Krieg an rollende Panzer und zerstörte Städte denkt. Mittlerweile haben sich die Formen des Krieges verändert, man redet vom Wirtschaftskrieg, vom Handelskrieg, vom Währungskrieg. Das muss natürlich nachdenklich machen. Wenn man an die Essenz eines Krieges geht, dann geht es um Angriff und Verteidigung, um große Schäden, um Kriegslisten, Kriegspläne, aber auch um Kollateralschäden bei der zivilen Bevölkerung, die damit nicht unbedingt etwas zu tun hat. So hat die Bevöl-

kerung auch mit den Schäden an den Finanzmärkten nichts zu tun, muss aber einstehen für das, was dort geschieht. Das scheint ein Prinzip zu sein – die Entkopplung von Handlung, Verantwortung und Haftung. Genauso, wie Leistung und Arbeit nicht mehr so zueinander stehen, wie früher.

derStandard.at: Was müsste man dazu tun?

Hetzer: Die Sinnhaftigkeit "innovativer" Finanzprodukte prüfen, deren Auswirkungen auf das allgemeine Wohl diskutieren und fragen, wer zahlt, wenn letztlich alles schief geht. Und auch die schöne lateinische Frage cui bono, also wem das alles nützt, stellen. Wenn Sie bestimmte Verquickungen zwischen Politik und Wirtschaft sehen, stellt sich schon die Frage, ob diese sogenannten Eliten und Klassen tatsächlich am Gemeinwohl interessiert sind oder an etwas anderem, zum Beispiel dem eigenen Wohl.

derStandard.at: Und, woran sind sie interessiert?

Hetzer: Mein Vertrauen in die Politik und in die Wirtschaft ist überschaubar. Ich beschreibe in meinen Büchern, was sich da an wirtschaftlichem Unverstand und politischer Ambition verlinkt hat und zu welchen Ergebnissen das geführt hat. Sie können ja in Österreich durchaus Beispiele dafür finden: Von Bawag über Hypo Alpe Adria bis hin zur Immofinanz.

derStandard.at: Sie verwenden den Begriff Krieg aber nicht nur als Bild, sondern warnen auch vor einem echten Bürgerkrieg.

Hetzer: Es sind nicht nur die berühmten Zeichen an der Wand, es sind reale Vorgänge, die durchaus physisch gewalttätigen Charakter haben. Wenn Sie etwa an Situationen in Athen denken – ich war selbst Anfang Mai 2010 dabei -, wo Menschen auch zu Tode gekommen sind im Zuge einer Brandstiftung an einer Bankfiliale. Auch in Neapel oder Madrid oder Rom läuft das nicht nur friedlich ab.

derStandard.at: Das Worst-Case-Szenario sozialer Unruhen begleitet uns ja schon die vergangenen Jahre. Warum glauben Sie, dass es tatsächlich zu einer Radikalisierung kommt?

Hetzer: Was zum Beispiel vor kurzem in Zypern passiert ist, nämlich der Gedanke an die Guthaben der Sparer zu gehen, das wäre schon geeignet gewesen als Auslöser für größere Auseinandersetzungen. Wenn die Leute das Gefühl haben, das Geld, das sie zur Bank gebracht haben, wird als Haftungsgegenstand missbraucht, dann schafft das Existenzängste. Da ist mit einem gepflegten Salonplauderton oft nichts mehr auszurichten. Wenn Sie an die Folgen der Sparpolitik denken, reicht der Spannungsbogen mittlerweile von Griechenland bis Frankreich, wo man auch nicht mehr amüsiert ist über Sparpläne. Auch das Vertrauen in das Projekt Europa schwindet drastisch.

derStandard.at: Bleiben wir beim Beispiel Zypern: Da wurde ja ein Banken-Run auch in Spanien und Italien befürchtet, passiert ist dann aber nichts. Ist das nicht einfach Schwarzmalerei?

Hetzer: Dieser Prozess findet schleichend statt. Natürlich wäre es für die Öffentlichkeit leichter zu verstehen, wenn hie und da sich explosionsartig Empörung breit machen würde. Es gibt ja die Aufforderung von Stéphane Hessel "Empört Euch". Das heißt nichts anderes als "Handelt", "Werdet aktiv" und "Setzt deutliche Zeichen". Aber das geschieht ja nicht. Die Wahlbeteiligung gerade an den Europa-Wahlen ist besonders niedrig. Es findet eine Abwendung statt, man flüchtet sich in soziale Nischen, man sucht das Glück im trauten Heim. Aber diese Resignation ist kein ewiges Konzept. Wenn die Druckverhältnisse so stark ansteigen, dass sich das wie in einem Kochtopf irgendwann entlädt, dann haben wir echte Probleme. In der Gestalt der Bedrohung des sozialen Friedens.

derStandard.at: Die Bedrohung sehen Sie auch in Deutschland oder Österreich?

Hetzer: Im Vergleich zu anderen Ländern gibt es in Deutschland oder Österreich keine Gleichzeitigkeit von Krise und Konflikt. Wir haben die Krise, wir haben besorgniserregende Daten bei der Verschuldung oder bei dem Umfang der Gelder, die im Rettungsschirm stecken. Es sind systemische Risiken vorhanden, für die es keine Lösung gibt. Das ist die Existenzangst auslösende Situation. Auf der anderen Seite gibt es die psychologische Dimension, das Gefühl bedroht zu. 26 Millionen Europäer haben keine Arbeit. Der hohe Anteil der jungen, gut ausgebildeten Arbeitskräfte ohne Job in Südeuropa ist besonders besorgniserregend. Was fehlt, ist eine europäische politische kritische Öffentlichkeit. Da haben wir noch einiges an gemeinschaftlicher Entwicklung vor uns. Wir müssen lernen, über die nationalen Grenzen hinaus zu denken.

derStandard.at: Wie soll sich das ändern, so lange die Länder und auch die Lebensumstände so unterschiedlich sind?

Hetzer: Das ist ein wichtiger Punkt. Das heißt aber nicht automatisch, dass eine Annäherung oder eine Zunahme von Gemeinsamkeiten immer konfliktfrei wäre. Wir kennen das aus persönlichen Verhältnissen: Je besser man sich kennenlernt, umso besser kann man sich verstehen. Aber es kann auch sein, dass Gegensätze härter und unverhüllter aufeinanderprallen. Der Umgang mit Geld, die Frage der sozialen Sicherheit, der individuellen Glücksvorstellungen fließen alle ein in dieses große Gebilde, das fast eine halbe Milliarde Menschen umfasst. Da gibt es kein einheitliches Konzept. Im ökonomischen und politischen Bereich ist die Grundidee, dass Europa als friedensstiftende und friedenserhaltende Maßnahme tendenziell eine Gleichheit der Lebensverhältnisse erreicht. Im Idealfall findet sich dann darin auch eine Form sozialer Gerechtigkeit.

derStandard.at: Daran spießt es sich doch gerade, an den Einzelinteressen.

Hetzer: Das ändert aber nichts am politischen Willen zur Annäherung. Es gibt natür-lich Effekte, die störend sind. Denken Sie an die Steuerpolitik in Irland. Wenn Sie einem Unternehmen einen Körperschaftssteuersatz von 12,5 Prozent anbieten, und auch sonst noch Infrastruktur und so weiter anbieten, dann kommen die natürlich.

Die Unternehmen bleiben aber auch nur solange es günstig ist. Es findet also zwischen den Ländern – zu recht – ein Wettbewerb statt, das ist auch nicht zu kritisieren. Bloß darf dieser Wettbewerb nicht ungerecht sein und er darf nicht zu sachlich und ökonomisch unbegründbaren Privilegierungen führen. Selbst Luxem-burg denkt nach langer Tradition darüber nach, ob die eigene Wirtschaftsleistung und das was Banken erwirtschaften in einem vernünftigen Verhältnis stehen. Es ist Bewegung zu beobachten.

derStandard.at: In Ihrem Buch fordern Sie, dass die 500 Millionen Bürger der EU ihr Schicksal selber in die Hand nehmen mögen und es nicht den paar Hundert Politikern überlassen sollen. Wie sieht denn dieses "das Schicksal in die Hand nehmen" aus?

Hetzer: Das bedeutet zunächst einmal, dass sie sich von niemandem letzte Weisheiten vorhalten lassen, sondern jeden Sachverhalt kritisch auf inhaltliche Richtigkeit, auf Legitimationsaspekte überprüfen sollen. Dass sie die vermeintliche Autorität von Politik thematisieren sollen. Dass sie zur Kenntnis nehmen, dass der Staat im Zuge von Privatisierung zum Beispiel die Altersvorsorge den Bürgern selbst überlässt. Da bewegt sich auch was. Es gibt Formen der Selbstorganisation in der sogenannten Zivilgesellschaft, wo man zum Teil auf die üblichen Rituale repräsentativer Politik verzichtet und in einer größeren Lebensnähe zu den Dingen steht, von denen man selbst und unmittelbar betroffen ist. Bei der Energieversorgung beobachten wir, dass die Menschen vermehrt Solarzellen auf ihre Dächer montieren und sich in Netzen zusammenschließen um der Übermacht der großen Stromanbieter zu entfliehen. Bis hin zu den Fragen Kindertagesstätten, Schulwege, Car-Sharing, Pendler, die sich anders organisieren.

derStandard.at: Also eine innere Veränderung des Systems?

Hetzer: Ich möchte keine Revolution, sondern dass die Menschen begreifen, dass sie keine Lämmerherde sein müssen, dass sie keine Angst vorm bösen Wolf haben müssen und dass der gute Hirte nicht immer gut ist. Und dass sie so viel kollektive Vernunft entwickeln, dass sie den richtigen Weg finden.

Wolfgang Hetzer war bis 2011 im Europäischen Amt für Betrugsbekämpfung (OLAF) in Brüssel Leiter der Abteilung "Intelligence: Strategic Assessment & Analy-sis" und Berater des Generaldirektors des OLAF für Fragen der Korruptionsbekämpf-ung. Zuvor war er Referatsleiter im deutschen Bundeskanzleramt, zuständig für die Aufsicht über den Bundesnachrichtendienst (BND) in den Bereichen organisierte Kriminalität und internationale Geldwäsche. Sein neuestes Buch, "Finanzkrieg. Angriff auf den sozialen Frieden Europas" erschien im März 2013 im Westend Verlag.

Muss uns die Bundeswirtschaftskammer vor schlechter Gesellschaft bewahren?

Es vergeht keine Woche, in der nicht irgendein Vertreter der Bundeswirtschaftskammer Alarm schlägt, dass Österreich unter die „Hochsteuerländer“ zählt. -

Weil ich auch für die Bundeswirtschaftskammer so etwas wie eine Steuer bezahle, wollte ich wissen, was ich von ihrer Warnung zu halten habe. -
Tatsächlich liegt Österreich im (allein aussagekräftigen) Vergleich der Abgabenquoten (Steuer plus Sozialversicherung) mit seinen 44,2 Prozent des BIP im europäischen Spitzenfeld – gleichauf mit Finnland, nur knapp hinter Schweden, das 44,8 Prozent Abgaben kassiert, wenn auch deutlich hinter Dänemark, mit rekordträchtigen 48,7 Prozent Abgaben. Das ist die eine Seite meiner Recherche. -

Die andere sieht so aus: Alle Triple-A-Länder der EU sind Hochsteuerländer. Dänemark und Finnland zählen mit ihrer hervorragenden Wettbewerbsfähigkeit und niedrigen Staatsverschuldung zu den erfolgreichsten Volkswirtschaften der Union, und Schweden ist die derzeit wahrscheinlich erfolgreichste der Welt: Mit einem BIP pro Kopf von 55.158 Dollar übertrifft es die USA an Leistungsfähigkeit, mit 1,2 Prozent hat es das höchste Wirtschaftswachstum der EU und mit einer Staatsschuldenquote von nur 36 Prozent ist es das am wenigsten verschuldete entwickelte Land. -

Deutschland, das mit einer Abgabenquote von 40,6 schon näher bei den Wunschvorstellungen der Bundeswirtschaftskammer liegen dürfte, kommt da mit einem Wirtschaftswachstum von 0,8 Prozent und vor allem einer Staatsschuldenquote von 82 Prozent bei weitem nicht mit und schlägt sich auch nicht besser als Österreich mit 0,6 Prozent Wirtschaftswachstum und 75 Prozent Staatsverschuldung. -

Extrem schlecht schlagen sich hingegen so gut wie alle Staaten mit extrem niedrigen Abgabenquoten, wie etwa Bulgarien mit 28,4, Rumänien mit 28,9, Spanien mit 33,1 oder Portugal mit 37,5 Prozent Abgaben vom BIP.

Ein wenig, so meine ich, sollte diese Gegenüberstellung Christoph Leitl & Co (und der „Presse“) zu denken geben: Es ist schlicht und einfach nicht wahr, dass hohe Abgabenquoten ins wirtschaftliche Verderben führen. -
Natürlich fordert diese Gegenüberstellung den Einwand heraus, dass sich unter den Ländern mit besonders niedriger Abgabenquote auch die wirtschaftlich besonders erfolgreiche Schweiz befindet. -

Aber die Schweiz taugt nicht zu wirtschaftlichen Vergleichen: Sie konnte beide Weltkriege vermeiden; und sie profitiert seit hundert Jahren davon, dass reiche Leute aus aller Welt, die Angst um ihr Geld haben oder Steuern hinterziehen, es auf Schweizer Konten legen. -

„Die Schweizer Volkswirtschaft blüht auf Kosten der Volkswirtschaften anderer Länder“, erläuterte es der Steuerexperte Professor Werner Doralt. -
Wer derart viel Geld derart billig zur Verfügung hat, braucht keine hohen Steuern einzuheben. -

Gewichtiger ist der Hinweis, dass nicht alle Staaten mit hohen Abgabenquoten wirtschaftlich gut funktionieren: So hat Frankreich mit einer Abgabenquote von 48,3 Prozent derzeit ähnliche Probleme wie Belgien mit seiner Abgabenquote von 47,8 Prozent. -

Manches spricht dafür, dass eine Abgabenquote, die sich 50 Prozent nähert, Gefahr läuft, kontraproduktiv zu werden. Wenn man den aktuellen wirtschaftlichen Erfolg Schwedens ins Treffen führt, darf man nicht vergessen, dass es eine Phase gab, in der nicht nur Astrid Lindgren, sondern viele Leistungsträger das Land wegen seiner extremen Einkommenssteuern verlassen haben. Nicht zufällig hat Schweden seine Abgabequote von 52,1 Prozent im Jahr 2000 inzwischen um 7,3 Prozentpunkte gesenkt. -

Ich will hier kein Plädoyer für extreme Abgabequoten halten – ich will nur der Verherrlich-ung niedriger Abgabequoten energisch entgegentreten. Die vergangenen zehn Jahre, in denen die westliche Welt diese Politik forciert hat, waren wirtschaftlich sicher nicht die besten. -

Die besten Voraussetzungen für hohe Wettbewerbsfähigkeit bedingen jedenfalls durchwegs hohe Staatsausgaben: Ein gutes Bildungssystem, als entscheidende Voraussetzung, kostet viel Geld. Eine effiziente Verwaltung, eine leistungsfähige Infrastruktur und ein funktionierender Rechtsstaat – gleichfalls unabdingbare Voraussetzungen erfolgreichen Wirtschaftens – kosten um nichts weniger. -

Ich glaube nicht, dass Schweden, Dänemark oder Finnland dumm agieren, wenn sie sich diesen effizienten, funktionierenden Staat mehr Steuergeld als andere kosten lassen. -

Entscheidend für wirtschaftlichen Erfolg oder Misserfolg, so ermittelte eine Untersuchung der eher unverdächtigen Hochschule St. Gallen, ist die Staatsquote jedenfalls nicht. Eher schon, was der Staat zu welchem Zweck besteuert. Ob er beispielsweise durch hohe Steuern auf Arbeit Anstellungen erschwert, statt gemäß dem Ratschlag der OECD vermögensbezogene Steuern zu erhöhen. Oder ob er lieber neun verschiedene Landesreferate für Jugend-schutz oder Wohnbauförderung finanziert, als seine technischen Universitäten mit genügend Geld auszustatten .

Aber das sind keine Fragen der zu hohen Abgabenquote, sondern der zu geringen Zahl grauer Zellen.

22. 05. 2013 Gute Nacht mit Big Data

Die Eroberung der Welt durch Terabytes ist gut für die Welt. Außer …

Am vergangenen Dienstag fällte der deutsche Bundesgerichtshof ein bemerkenswertes Urteil. Das Höchstgericht verpflichtet Google, automatische Suchvorschläge zu entfernen, die Menschen in schlechtem Licht erscheinen lassen. So kann in Zukunft jedermann verhindern, dass bei Eingabe seines Namens – noch vor dem eigentlichen Suchvorgang – eine Liste von Worten erscheint, die von behaupteten Straftaten bis zur religiösen Orientierung, von sexuellen Vorlieben bis zu Krankheiten reichen kann. Erwirkt hatte das Urteil ein Mann, bei dem „Scientology“ als mögliche Suchanfrage erscheint. Bekanntestes Beispiel ist Bettina Wulff, (noch) Ehefrau des ehemaligen deutschen Bundespräsidenten, bei der bis heute „Rotlicht“ als erster Vorschlag auftaucht.

Bemerkenswert an dieser Entscheidung ist freilich nicht, dass sie entsprechend ausfiel, sondern dass sie mühsam erkämpft werden musste, dass also überhaupt ein Zweifel an ihrer Berechtigung bestand. Google hatte regelmäßig argumentiert – unter anderem auch der Sprecher von Google Österreich bei einer Podiumsdiskussion gegenüber dem Autor dieser Zeilen – , das Unternehmen sei völlig unbeteiligt an dem Vorgang, vielmehr sei doch ein Algorithmus im Suchsystem für die Vorschläge verantwortlich. Das ist ungefähr so hanebüchen, als würde Volkswagen erklären, für einen Unfall durch Bremsversagen sei nicht der Hersteller haftbar, sondern eine physikalische Größe, nämlich die Massenträgheit. -

Die Haltung von Google ist eine Chuzpe, paradigmatisch für den einerseits naiven, andererseits strategisch durchgestylten Umgang mit Big Data. Aber ist Google, sind Amazon oder eBay gefährlich? -

Big Data, das sind jene gigantischen Datenmengen über jede Regung menschlichen und unmenschlichen Lebens, die, intelligent verknüpft, zu einer erstaunlichen Veränderung der Welt geführt haben. Ihre Anwendung reicht von maßgeschneiderten Kaufempfehlungen und personalisierter Werbung im Netz, über die mindestens so treffsicher gesteuerte Anbahnung von Geschlechtsverkehr mit Verlängerungsoption bis zum automatisierten Straßenverkehr samt individualisiertem Navigationssystem.

Big Data ermöglichte die Ausforschung der Täter beim Boston Marathon und verhinderte so weitere Attentate, ist aber auch notwendig für einen 3D-Drucker, für Baupläne und für deren globale Verbreitung, eine Kombination mit der bald jeder Mensch weltweit eine Pistole basteln kann. -

Möglich wurde all dies durch exponentiell wachsende Speichermedien und ähnlich stark beschleunigende Interaktion des gespeicherten Wissens. Nochmals: Ist das gut oder schlecht für den Fortgang der Menschheit? Die üblichen Argumente gegen Big Data sind jedenfalls eine Themenverfehlung. Die Bündelung vergangener Kaufentscheidungen zu neuen Kaufempfehlungen bei Amazon führt nicht zur bedrohlichen Einschau in ein schützenswertes Privatleben, ist vielmehr eine sinnvolle Perfektionierung der Marktwirtschaft. eBay wiederum schafft einen bis dato unerreicht präzisen Abgleich von Angebot und Nachfrage, und das weltweit. Die zugehörigen Bezahlsysteme sind viel sicherer, als Barzahlung und Bargeldtransport es jemals waren (und schlechter für das organisierte Verbrechen).

Auch die allgegenwärtige Überwachung durch Kameras bringt eher einen Saliera-Dieb zur Strecke als einen Schulschwänzer oder Ehebrecher. Die lückenlose Erfassung von privatem Datenaustauch und Telefonaten schließlich hat zwar Gespräche zwischen einem ehemaligen Finanzminister und seinen Freunden öffentlich gemacht; auf welchen Websites die Grassers oder die Meischbergers surfen, welche Filme sie bestellen und ob sie das Gesamtwerk von James Last per iTunes kaufen, hat freilich niemand erfahren. -
- -

Die Bedrohung durch Big Data liegt also nicht im Normalbetrieb des Lebens. Die Gefahren entstehen erst, wenn die politischen Systeme rutschen. Allein die Vorstellung, dass ein freiheitlicher Minister im Innenministerium Zugang zum Datenverkehr jedes Staatsbürgers und jedes Unternehmens hätte, muss Angst machen, und das berechtigt.

Auch ein Stronach-Vertrauter im Justiz- oder Verteidigungsministerium, ein einschlägiger Landeshauptmann, Kanzler oder Vizekanzler, ja auch ein Peter Pilz in einer solchen Position würden Big Data zu einer potenziellen Datenbombe machen. -
Zu einer Atombombe würden die im demokratischen Umfeld recht angenehmen Terabytes schließlich, wenn die Demokratie kippte, wenn Checks and Balances außer Kraft gesetzt wären. Dann richteten sich die Kameras, Mikrofone, Cookies bald gegen alle und jeden. -
Ist eine demokratische Regierung mit undemokratischen Politikern in Österreich denkbar? Schon morgen. Kann das System insgesamt in eine chaotische oder diktatorische Phase treten? Übermorgen. -

Dann aber Gute Nacht für alle mit Big Data gegen alle!

Salzburg

ÖVP lädt Grüne und Team Stronach zu Verhandlungen

Nach zwei Stunden stand es fest: Die ÖVP-Spitze will beim Regieren neue Wege gehen und mit den Grünen sowie dem Team Stronach eine Koalition bilden. Anfang Juni soll die neue Landesregierung stehen. ›

Das Parteipräsidium hat sich einstimmig für Schwarz-Grün-Stronach entschieden.

Vergleichsweise rasch stellte die ÖVP-Spitze am Dienstagabend die Weichen für die Regierungsbildung. Nach nur zwei Stunden trat ÖVP-Parteichef LH-Stv. Wilfried Haslauer in der Parteizentrale in der Salzburger Merianstraße vor die Presse, um zu verkünden, dass er mit den Grünen und dem Team Stronach eine Regierung bilden will. Er wolle eine neue Form des Regierens einführen, sagte Haslauer. Zwar soll weiter das Einstimmigkeitsprinzip in der Regierung gelten. Allerdings

spricht sich Haslauer auch für einen lebendigeren Landtag aus. "Im Landtag wird es koalitionsfreie Räume geben." Der ÖVP-Chef wünscht sich eine politische Partnerschaft auf Augenhöhe. "Ich möchte, dass jeder Partner ein ‚Mitsieger' ist. Nur so kann es funktionieren, noch dazu, wenn man sich einer starken Opposition gegenüber sieht." Die Entscheidung für Schwarz-Grün-Gelb sei einstimmig gefallen. Eine Neuauflage der Koalition mit der SPÖ berge die Gefahr, dass man "wieder in alte Verhaltensmuster zurückfällt". Außerdem sei offensichtlich, "wie sehr alle den Streit satt haben".

Schon vor Beginn der Sitzung im Hans-Katschthaler-Haus waren die Zeichen auf Schwarz-Grün-Gelb gestanden. In den Vorgesprächen habe sich gezeigt, dass das Verhältnis von ÖVP und SPÖ zerrüttet sei und eine Dreierkoalition mit den Grünen und dem Team Stronach bevorzugt werde.

Die Stimmung in der ÖVP tendierte schon am Nachmittag eindeutig zur Zusammenarbeit mit Grünen und Stronach. Das hatte schon die Präsidiumssitzung am Dienstag vergangener Woche ergeben. Es gab aber auch Stimmen in der Partei, die davor warnten, dass man sich dann eine SPÖ in der Totalopposition mit dauernden Demonstrationen zum Beispiel von Gewerkschaftern einhandeln würde.

Der grüne Widerstand gegen eine Zusammenarbeit mit dem Team Stronach in einer Regierung schien zuletzt immer mehr zu bröckeln. Zwar hielten die Grünen rund um Landessprecherin Astrid Rössler bis zuletzt an der bevorzugten Variante ÖVP-SPÖ-Grüne fest - also eine Koalition mit "breiter Mehrheit". Ausgeschlossen hatten sie die andere Variante aber nicht.

Allerdings erwarten die Grünen im Fall einer schwarz-grün-gelben Zusammenarbeit ein "attraktives Angebot", wie es am Dienstagnachmittag hieß. Gemeint sind damit unter anderem mehr Transparenz, weniger Parteieneinfluss bei Postenbestellungen, ernsthafte Schritte hin zur Energiewende und Reformen im Bildungssektor. "Es muss jedenfalls eine klare grüne Handschrift geben", so der Tenor.

Heute, Mittwochabend, wird der Landesausschuss der Grünen über die weitere Vorgehensweise beraten - und darüber, wie die mögliche Zusammenarbeit mit der ÖVP und dem Team Stronach aussehen könnte.

Am Donnerstag sollen die eigentlichen Koalitionsverhandlungen für eine neue Salzburger Landesregierung beginnen. Geht es nach der ÖVP, so soll die neue Regierung bereits Anfang Juni stehen.

21.05.2013 # Salzburg vor Schwarz-Grün mit Stronach

Das Präsidium der ÖVP Salzburg hat am Dienstagabend einstimmig beschlossen, mit den Grünen und dem Team Stronach in Koalitionsverhandlungen zu treten. Die Gespräche sollen am Donnerstag beginnen.

Salzburg. Die Vorentscheidung für die Bildung einer neuen Regierung nach den Landtagswahlen am 5. Mai ist gefallen: „Neues Regieren braucht Mut zu neuen Wegen." Mit diesen Worten lud VP-Chef Wilfried Haslauer am Dienstagabend die Grünen und das Team Stronach ein, gemeinsam mit der ÖVP über eine Koalitionsregierung zu verhandeln. -

Der Beschluss im Parteipräsidium für diese Dreiervariante fiel nach zweistündiger Sitzung einstimmig, betonte Haslauer. Die Präferenz für die Zusammenarbeit mit den Grünen und dem Team Stronach habe sich in den vergangenen Tagen verstärkt. In dieser Konstellation sei die Änderungsbereitschaft größer, ist der Salzburger ÖVP-Obmann sicher. -

„Eine stärkere Opposition im Landtag wird sicher die Regierung mehr zusammenschweißen", glaubt Haslauer. SPÖ und FPÖ hätten in der Opposition 15 von insgesamt 36 Mandaten. „Es ist für die Regierung sicher nicht die einfachere Variante". Aber sie biete die Chance auf mutigere Reformen.

„Alte Verhaltensmuster"

Bei einer Zusammenarbeit von ÖVP, SPÖ und Grünen wäre die Gefahr groß, dass man wieder in alte Verhaltensmuster zurückfalle. Er wolle keine Regierung des kleinsten gemeinsamen Nenners. „Natürlich wäre es relativ komfortabel in einer Kombination mit Schwarz, Rot und Grün", spielt Haslauer auf die Verfassungsmehrheit dieser Dreiervariante an. „Jetzt ist die Zeit, jetzt darf man sich auch ein bisschen etwas trauen", meint er.

Haslauer hat unmittelbar nach dem Parteipräsidium die Chefs aller im Landtag vertretenen Parteien über die Entscheidung der ÖVP informiert. „Ich habe Signale, dass meine Einladung angenommen wird." Der VP-Chef ist zuversichtlich, dass die künftigen Partner in ihren Parteigremien die Koalitionsverhandlungen mit der ÖVP goutieren. -

Die Grünen haben am Dienstagabend informell mögliche Szenarien beraten. Konkrete Beschlüsse, wie sie mit der Einladung der ÖVP umgehen werden, werden aber erst im Landesausschuss am Mittwochabend fallen. **Einfach wird es nicht.** -

Zuletzt haben sich die grünen Gremien für Schwarz-Rot-Grün ausgesprochen. Doch das ist wohl nicht in Stein gemeißelt, weil die Grünen unter ihrer Landessprecherin Astrid Rössler starkes Interesse an einer Regierungsbeteiligung haben. Sie konnten am 5. Mai von zwei auf sieben Mandate zulegen. -

Geht alles nach Plan, will Haslauer am Donnerstag mit den Regierungs-verhandlungen beginnen. In einem ersten Schritt werden die inhaltlichen Fragen geklärt. Da sieht die ÖVP nach den intensiven Sondierungsge-sprächen keine unüberbrückbaren Hürden für eine Zusammenarbeit. -

Danach gehe es um die Ressortaufteilung und später um die Spielregeln und Rahmenbedingungen der Koalition. Am Einstimmigkeitsprinzip bei Regierungsentscheidungen will Haslauer nicht rütteln. Er kann sich aber einen größeren koalitionsfreien Raum im Landtag vorstellen.

Reformen und Sparkurs

Klar ist, dass die Regierung viele Reformen durchsetzen und unter einem strengen Sparkurs segeln wird müssen. Die Aufarbeitung des Finanzskandals hat gezeigt, dass die Salzburger Landesverwaltung modernisiert werden muss. Die Grünen verlangen vor allem mehr Transparenz bei Postenbesetzungen und Entscheidungen. -

Die Einführung der doppelten Buchhaltung ist schon auf den Weg gebracht, ein Spekulationsverbot beschlossen. Die Zukunft von Infrastrukturprojekten - wie der Bau von neuen Kraftwerken oder von Umfahrungen - muss in den Koalitionsverhandlungen ebenso paktiert werden, wie die Energiepolitik des Landes oder Möglichkeiten, im teuren Salzburg leistbaren Wohnraum zu schaffen. **Haslauer will sich für die Verhandlungen jedenfalls die nächsten beiden Wochen Zeit nehmen**

die Chance für die Grünen . . . "soziales!"

Kaum zu erwarten, dass die VP die Eier hat TS in eine Landesreg. zu holen.
Andererseits, was hat diese VP zu verlieren? Nur mehr oder weniger.
Also wird es nach weiterem Geplänkel Schwarz/Rot, diese Einsicht wird einkehren.

Hält der König seine Vasallen so kurz, dass sich TS keine korrekte Werbung lesiten kann?

Herr Haslauer bevorzugt diese Variante auch aus dem Grunde, dann in der Landesregierung die Absolute innezuhaben....und die Grünen wissen das sehr wohl.....

Mal gespannt ob die Grünen wirklich soviel Charakter aufbringen werden u. der abgewählten SPÖ wiederstehen werden!!???

Ah, "die Verhandlungen"! Die Farben und mögliche Konstellationen.
Dürfen wir Näheres erfahren, oder war's das dann wieder bis zur nächsten Wahl?

Was sind die Eck- und Knackpunkte der s.g. Verhandlungen? Es wäre an der VP als Verhandlungsführerin, diese offen zu führen!

Nun wird man sehen, wie sich die Salzburger Grünen verhalten werden.
Geben sie Haslauer - der im Finanzskandal eine unrühmliche Rolle spielte - nun einen Persilschein ?

Der Haslauer will doch nur nicht mit den Roten zusammengehen, weil die genau wissen, dass auch er Dreck am Stecken in dieser Sache hat.
Der Haslauer ist mir wirklich mehr als suspekt, egal mit wem er zusammengeht.

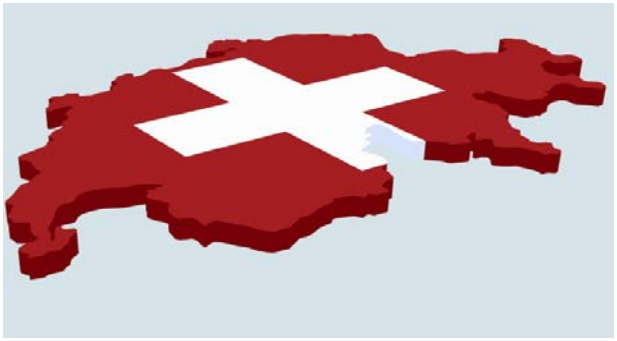
Anna-Maria kennt sich aus, was der Haslauer wirklich für Beweggründe hat, doch zu einer anderen Schlagzeile konnte sie nicht antworten, was die Grünen alles in Wien falsch gemacht haben, sie behauptet es nur, ohne es im konkreten nennen zu können. Zeigt von einer sehr ernstzunehmenden Diskussionspartnerin

Und sie wissen natürlich alles ganz genau und was das Beste ist.
Nur weil ich anderer Meinung bin als sie, gefallen ihnen meine Postings nicht.
Alles aufzuzählen, was mich an dieser Vassilakuh stört und was ich nicht für richtig finde, da gehen mir echt die Zeichen aus.

22. 05. 2013 **Managergehälter**

Der Schweiz drohen die eigenen Konzerne wegzulaufen

Die Schweizer wollen mit einer Volksabstimmung die Managergehälter deckeln. In den Chefetagen ist die Stimmung gereizt. Lobbyisten, Juristen und Unternehmer sind sich über die Konsequenzen uneins. Von Julian Maitra



Schweizer Konzerne erwägen derzeit, ihrem Land wegen einer Lohninitiative den Rücken zu kehren Bild teilen
Bild teilen

In den Chefetagen der Schweizer Großkonzerne ist die Stimmung derzeit aufgeheizt. Ivan Glasenberg, Chef des Rohstoffhändlers Glencore, droht den Eidgenossen offen mit Abwanderung. "Es gibt genügend Länder, die uns gerne aufnehmen würden", sagte er der "Sonntagszeitung". Auch der Nahrungsmittelkonzern Nestlé denkt über einen Abzug aus der Schweiz nach. Schuld an der Erregung ist die "1:12-Initiative für gerechte Löhne".

Sie will durchsetzen, dass kein Chef pro Monat mehr verdienen soll als sein Mitarbeiter mit dem tiefsten Lohn pro Jahr bekommt. Diese Spanne von eins zu zwölf wollen die Initiatoren in der Verfassung verankern. Im November findet dazu eine Volksabstimmung statt.

Die Initiative wird von den Schweizer Jungsozialisten, den Sozialdemokraten, der Grünen Partei der Schweiz und den Gewerkschaften unterstützt. Sie prangern die extremen Lohnbandbreiten zwischen Top-Managern und Arbeitern an: Vorstände mit Millionengehalt würden mehrere Hundert Mal so viel verdienen wie die am schlechtesten bezahlten Mitarbeiter in ihrem Betrieb.

Deutsche Politiker, allen voran die Linke, blicken gespannt auf die Auseinandersetzung. Sie erhoffen sich eine verstärkte Debatte über deutsche Managergehälter. Denn auch bei Dax-Unternehmen dürften die Vorstände hundertfach so viel verdienen wie etwa ihr festangestellter Pförtner.

Managergehälter in Deutschland

- Aktienrecht

  In Deutschland macht das Aktienrecht börsennotierten Unternehmen eher **vage Vorschriften** beim Gehalt der Vorstandsmitglieder. Deren Gesamt-

bezüge müssten zum Beispiel „in einem angemessenen Verhältnis zu den Aufgaben und Leistungen des Vorstandsmitglieds“ sowie zur Lage des Unternehmens stehen, heißt es.

- Regierungskommission

  Etwas umfassender sind die **Vorschläge der Regierungskommission** zur guten Unternehmensführung im sogenannten Corporate Governance Kodex. Die Unternehmen sind gesetzlich verpflichtet, öffentlich zu machen, ob sie diesen Empfehlungen gefolgt sind oder nicht. **Kriterium für die Gehälter** sollte demnach auch „die Üblichkeit der Vergütung unter Berücksichtigung des Vergleichsumfelds und der Vergütungsstruktur, die ansonsten in der Gesellschaft gilt“, sein. Falls ein Manager vorzeitig geht, sollen Abfindungszahlungen auf maximal zwei Jahresvergütungen beschränkt werden.

- Empfehlungen

  Dieser Kodex soll nun aber verschärft werden, bis hin zur Empfehlung einer **Deckelung der Gehälter**. Die Höchstgrenzen müsste dann der jeweilige Aufsichtsrat festlegen. Dazu gibt es Änderungsvorschläge, zu denen jeder Bürger per E-Mail an den Vorsitzenden der Regierungskommission, Commerzbank-Aufsichtsratschef Klaus-Peter Müller, bis zum 15. März Stellung nehmen kann.

- Aufsichtsrat

  Festgelegt werden die Vorstandsgehälter in Deutschland vom Aufsichtsrat. Die **Aktionäre** können laut einer Gesetzesänderung 2009 über das Vergütungssystem auf der Hauptversammlung abstimmen, der Beschluss begründet aber „weder Rechte noch Pflichten“.

- Geschäftsbericht

  Seit einigen Jahren veröffentlichen große börsennotierte Konzerne gemäß den Empfehlungen des Kodex die Gehälter des Topmanagements im Geschäftsbericht, früher war dies nicht üblich. Seither wird über die Millionengehälter der Dax-Vorstände auch lebhaft diskutiert. Die Hauptversammlung kann mit einer Dreiviertelmehrheit die Veröffentlichung verhindern. *dpa*

1:12-Initiative Niemand sollte in einem Jahr weniger verdienen als sein Chef in einem einzigen Monat: Würden Sie eine solche Regelung unterstützen?

Konzerne dürften flüchten

Thomas Daum, Direktor des schweizerischen Arbeitgeberverbandes, warnt jedoch davor, sich in die Lohngestaltung der Unternehmen einzumischen. Er erwartet, dass die Konzerne nach Alternativen suchen würden, um das gesetzliche Korsett der 1:12-Initiative zu umgehen.

Er führt neben der radikalen Lösung, das Unternehmen ganz oder teilweise ins Ausland zu verlagern, folgende Umgehungsmöglichkeiten auf: "Auslagerung gewis-

ser Tätigkeiten aus dem Niedriglohnbereich an Dritte, Aufteilung der Unternehmung zur Verkleinerung der Lohnspanne und Anstellung der Vorstände durch Holding-gesellschaften mit Sitz im Ausland."

Auch für die Mitarbeiter wäre ein Erfolg der Initiative nicht automatisch eine gute Nachricht. Carsten Schloter, Chef des Schweizer Telekomanbieters Swisscom mit 16.000 Angestellten, sagte der "Schweiz am Sonntag", dass eine Annahme der 1:12-Regel bei etwa 5000 Angestellten der Swisscom sogar zu Lohnabschlägen führen würde.

Denn eine Kürzung der höchsten Managergehälter würde die gesamte Lohnpyramide durcheinanderbringen und eine Anpassung aller darunter liegenden Lohnstufen – auch die des mittleren Managements – zur Folge haben. Und Hans-Ulrich Bigler, Direktor des Schweizerischen Gewerbeverbandes, bezifferte in der Schweizer Zeitschrift "Beobachter", die zu erwartenden Steuerausfälle durch die Initiative auf eine Milliarde Franken.

Die genauen Auswirkungen sind dennoch schwer abzuschätzen. Zwar würde eine Annahme der Initiative die 1:12-Regel in der Schweizer Verfassung verankern; die Umsetzung müsste aber danach in Gesetzesform erfolgen.

Daniel Häusermann, Schweizer Anwalt und Dozent an der Universität St. Gallen, hat das Projekt für die Schweizer "Wochenzeitung" unter die Lupe genommen und kommt zum Fazit: "Es wird entscheidend auf die Umsetzung der Initiative ankommen". Um die 1:12-Regel jedoch ganz zu umgehen, bliebe schlussendlich nur der komplette Umzug ins Ausland.

Schweizer stimmen gegen überzogene Managergehälter

Die Schweizer stimmen bei einem Volksentscheid über Managermillionen für eine Initiative gegen "Abzockerei". Exzesse bei Bonuszahlungen, Abfindungen und Gehältern sollen gedeckelt werden.

22. 05. 2013 11:00 Salzburg | Landtagswahl

Astrid Rössler wird dem Landesausschuss der Grünen empfehlen, das Angebot der ÖVP auf Regierungsverhandlungen anzunehmen

Koalition in Salzburg: Grüne nehmen ÖVP-Angebot an

Nachdem sich Wilfried Haslauer und die ÖVP am Dienstag für eine Schwarz-Grün-Gelbe Koalition ausgesprochen hatten, erklärten die Grünen am Mittwoch, dieser Variante im Landesausschuss zustimmen zu wollen. ›

"Wir nehmen zur Kenntnis, dass der massive Bruch zwischen SPÖ und ÖVP die von uns angestrebte breite Zusammenarbeit unmöglich macht." So kommentiert die Grüne Landessprecherin Astrid Rössler die Entscheidung der ÖVP, mit den Grünen und dem Team Stronach in Verhandlung zu treten. Dass der Beschluss im ÖVP-Präsidium einstimmig fiel, ist für Rössler ein deutliches Signal für das Ausmaß der Zerrüttung: "Der Riss zwischen den Großparteien ist zu tief, das ist nicht mehr zu kitten."

Dessen ungeachtet müsse es nun darum gehen, zügig an einer handlungsfähigen und reformorientierten Regierung zu arbeiten. "Wir stehen für Veränderung und haben uns stets klar dazu bekannt, Verantwortung übernehmen zu wollen. Das sehen wir auch als Auftrag unserer Wähler und Wählerinnen", betonte Rössler, die dem am Mittwochabend tagenden Landesausschuss der Grünen empfehlen wird, das Angebot der ÖVP auf Regierungsverhandlungen anzunehmen.

Für die Grünen-Sprecherin sind zwar noch nicht alle Fragen hinsichtlich der Tragfähigkeit einer Regierung mit Beteiligung des Team Stronach restlos ausgeräumt, doch müssten jetzt endlich die Inhalte der neuen Regierung im Zentrum stehen.

Dem Vernehmen nach soll es auf die Salzburger Grünen Druck aus Wien gegeben haben, in keine Koalition mit dem Team Stronach zu treten. Hintergrund dürfte wohl die bevorstehende Nationalratswahl sein. Offenbar konnten sich die Bundes-Grünen hier aber nicht durchsetzen.

21. Mai 2013 18:43

Telekom-III-Prozess

Ex-Telekom-Boss legt Teilgeständnis ab

Das System Haider wird vor Gericht verhandelt. Rudolf Fischer gesteht teilweise Untreue.

Der frühere Telekom-Vorstand Rudolf Fischer hat bei seiner gut einstündigen Beschuldigteneinvernahme am Wiener Straflandesgericht die Darstellung der Anklage weitgehend bestätigt. Demnach wurde der Auftrag der Telekom Austria an Gernot Rumpolds Agentur „mediaConnection“ vom Kärntner Landeshauptmann Jörg Haider eingefädelt. Anfragen an die Telekom, mit bestimmten Firmen zusammen-zuarbeiten, habe es aber auch von anderen Parteien gegeben. "Die Politik hat‘s nicht verstanden, sie hat immer gedacht, es ist ein Selbstbedienungsladen", beklagte Fischer. -

Untreue zugegeben -

Fischer bekräftigte gleich eingangs, dass er sich wie schon zuvor von seinem Rechtsanwalt Otto Dietrich angekündigt der Untreue teilschuldig bekenne – und zwar, wegen der mangelnden Werthaltigkeit der von Rumpold gelieferten Konzepte. Letztlich sei ihm „wurscht“ gewesen, was die mediaConnection liefere, bekannte Fischer. Natürlich habe er sich ursprünglich erwartet, dass die Leistung Rumpolds den bezahlten 600.000 Euro entspreche. „Aber vorrangig war natürlich, dass wir den Wunsch des Herrn Haider erfüllen.“

Anruf 2003 -
Haider habe ihn im Spätsommer 2003 angerufen und um ein Sponsoring für einen Verein ersucht, erinnerte sich Fischer. Später sei das Gespräch auf die mediaConnection gekommen. „Er hat gesagt, es wäre ihm ein wahnsinniges Anliegen, wenn die Telekom versuchen könnte, die Agentur von Herrn Rumpold zu beschäftigen“, so Fischer. Von einer Parteispende an die FPÖ sei nicht die Rede gewesen. Er selbst sei nicht glücklich gewesen, weil Rumpold wegen seiner FP-Nähe punziert gewesen sei, aber: „Für mich war es wichtig, ein positives Stimmungsbild in die FPÖ zu bringen, um Unterstützung zu haben, falls wir wirklich einmal ein Problem haben.“ Der Auftrag an Rumpold habe die „Nabelschnur“ zur damals zweiten Regierungspartei stärken sollen.

Rumpolds Punzierung erklärt laut Fischer auch, warum der Auftrag an die mediaConnection außerhalb der regulären Strukturen abgewickelt wurde. Die Summe von 500.000 Euro (ohne Mehrwertsteuer) sei „ein verhältnismäßig kleiner Betrag“ gewesen, aber: „Wenn ich versucht hätte, den Auftrag ganz normal abzuwickeln, dann wäre er schon vorher krepiert, weil der Name nicht positiv besetzt war.“ So sei der eigentlich zuständige Abteilungsleiter Wolfgang Frauenholz ausgeklammert worden, weil sonst Informationen zur Gewerkschaft und zu Generaldirektor Heinz Sundt durchgesickert wären, sagte Fischer. -

Ob man sagen kann, dass die Beauftragung der mediaConnection aus Telekom-Sicht keine freiwillige war? "Ja." Über Verhandlungen zum Preis sei er nicht eingebunden gewesen, konkrete Wunschbeträge habe Haider keine genannt. Auch um Zahlungsausgang und Rechnungslegung habe er sich nicht gekümmert. Mit Rumpold, Eccher und Neudeck hatte Fischer nach eigenen Angaben keinen engeren Kontakt.

(Anm.: Rumpold muss am Donnerstag vor Gericht aussagen - wir berichten LIVE ab 09:30 Uhr). **Ähnliche Anfragen, mit bestimmten Firmen oder parteinahen Agenturen wie Echo Media oder Omni Media zusammenzuarbeiten, habe es auch von anderen Parteien gegeben. „Bauernbund, Seniorenbund, Städte-bund, Gemeindebund – da waren alle Fraktionen aktiv. Es kamen immer Wünsche ans Unternehmen, mit bestimmten Unternehmen zusammenzuarbeiten“, sagte Fischer. „Die Politik hat’s nicht verstanden, sie hat immer gedacht, es ist ein Selbstbedienungsladen“, beklagte Fischer.**

21. Mai 2013, 18:37

Hände weg von Grün-Gelb!

Meissner-Blau warnt vor Regierungsbeteiligung in Salzburg

Es ist ermutigend, in einer politischen Aktionsgemeinschaft völlig konträre Ansichten vertreten und diese auch äußern zu können. Dies impliziert die Meinung von A. V. d. B. - einem besonders sympathischen und ambitionierten Menschen, der aber offenbar nicht über die politischen Folgen seiner Empfehlungen genügend nachgedacht hat.

Es kann nicht das vorwiegende Streben der Grünen sein, in Regierungen zu kommen. Man sollte sich die potenziellen Partner genau anschauen! Was Eva Glawischnig dankenswerterweise für den Bund getan hat und sich zu ihren Präferenzen klar bekannte. A. V. d. B. würde für Salzburg eine Koalition mit Herrn Stronach "ernsthaft erwägen", obwohl ehrlich zugibt, die dort handelnden Personen nicht zu kennen.

Drei schwere Fehler kann man bei der Bildung von Koalitionen machen: zu früh, zu spät oder mit den falschen Partnern. Letzteres träfe in Salzburg perfekt zu; bei beiden Partnern.

Da ist einerseits ein autokratischer Milliardär, der sich zum Zeitvertreib (?) eine Partei besorgt hat, die vordergründig aus Hinterbänklern einer in letzten Zügen liegenden Partei besteht. Aus seiner Partei hat Stronach eine absolute Führerpartei gemacht: Demokratie ade, Transparenz, die vielgelobte: keine Spur, Ehrlichkeit buchstabiert sich mit Schloss Reifnitz.

Der zweite Partner? Aus der ÖVP: gerne. Doch Herr Haslauer, dessen Beteiligung im Finanzskandal ruchbar ist und nie aufgeklärt wurde? Zumindest müsste die erfolgreiche Astrid Rössler die Fortsetzung des Untersuchungsausschusses verlangen. Dass Burgstaller gehen musste, der Mitwisser Haslauer uns dagegen vermittelt, dass diese Sache doch jetzt erledigt sei und nicht mehr darüber sprechen will, wird sie weiter schwelen lassen.

Wohlgemerkt, ich sympathisiere mit dem Streben der Grünen, nach 30 Jahren endlich in Regierungsverantwortung zu kommen. Doch wenn sie in Salzburg mitregieren, in dieser Konstellation, riskieren sie, ihr fabelhaftes Stimmkapital zu verspielen.

Es geht darum, aus der Geschichte der Politik zu lernen und im vorliegenden Fall die Geschichte vor allem der Grünpolitik mit gesamtgrüner Verantwortung zu leben. Sonst laufen die Grünen Gefahr, wie Chefredakteurin Föderl-Schmid in derselben Ausgabe bemerkte, dass ihr Profil mit jeder Regierungsbeteiligung immer mehr verschwimmt. (Freda Meissner-Blau, DER STANDARD, 22.5.2013)

Freda Meissner Blau, Doyenne der österreichischen Ökobewegung und erste Parteivorsitzende der Grünen (1986-88).

23. 05. 2013 **Großbritannien: Der Aufstieg der Anti-EU-Partei**

In Großbritannien treibt der Rechtspopulist Nigel Farage die Regierung vor sich her. Der - Erfolg seiner Unabhängigkeits-Partei UKIP könnte die Insel die EU-Mitgliedschaft kosten.

Nigel Farage ist leicht zu unterhalten, und das seit Wochen: Er braucht nur zuzuschauen, was der britische Premierminister David Cameron so treibt – schon hat er garantiert gute Laune. -

Cameron arbeitet mit allen Mitteln gegen Farage, der mit seiner rechtspopulistischen „United Kingdom Independence Party“ (UKIP) einen Wahlsieg nach dem anderen einfährt. Dabei fällt dem Regierungschef allerdings nicht viel mehr ein, als seinem EU-feindlichen Herausforderer mit immer neuen Initiativen entgegenzukommen. -

Am Dienstag vergangener Woche zum Beispiel: Da präsentierte Cameron einen Gesetzesentwurf zu einem EU-Austritts-Referendum. „Ein Akt schierer Verzweiflung!“, feixte Farage befriedigt, bevor er im Londoner St.-Pancras-Bahnhof in den Eurostar sprang und nach Brüssel abdampfte. Großbritanniens Polithaushalt ist vollkommen aus dem Gleichgewicht geraten. Was immer Cameron ankündigt, um die wachsende Anti-Europa-Front zu befrieden, stachelt UKIP-Chef Farage nur zu noch mehr Spott und Hohn an: „Jetzt herrscht Krieg!“, hetzte er nach den Kommunalwahlen Anfang Mai, als seine UKIP 23 Prozent der Stimmen gewann. Nächsten Frühling könnte die Kleinpartei bei den EU-Wahlen sogar stärkste Partei werden, bei den Parlamentswahlen 2015 erstmals ins Unterhaus einziehen und damit den Tories den Wahlsieg verpatzen. -
Währenddessen steht die konservative Regierungspartei knapp vor der Meuterei. Etwa 100 Hinterbänkler im House of Commons, ein Drittel der Tory-Abgeordneten, wollen aus der EU austreten und lieber sofort ein Referendum darüber abhalten. Parteichef David Cameron selbst hegt zwar keine Sympathien für die EU, weiß aber, dass die Staatsräson dafür spricht, in der Europäischen Union zu bleiben. So kündigte er vergangenen Jänner für das Jahr 2017 ein Referendum über einen möglichen EU-Austritt an – ein windiges Versprechen, weil Cameron ja nicht wissen kann, ob er 2015 wieder gewählt wird. -

Panik? Welche Panik? David Cameron, der vergangene Woche gerade in Washington US-Präsident Barack Obama die Vorteile eines EU-US-Handelsabkommens verkaufen sollte, bemühte sich, Zuversicht zu verströmen: „Wir sind die einzige Partei, die den Leuten das Recht geben will, über die EU-Mitgliedschaft abzustimmen.“ -

„Queen’s Speech“ ohne EU-Referendum -
Die Liberaldemokraten, Camerons kleiner Koalitionspartner, sind allerdings Pro-Europäer. Folgerichtig stimmten sie am Mittwochabend im Parlament gemeinsam mit der Labour-Party und der Mehrheit der moderaten Tories gegen einen Antrag der EU-Skeptiker, den Referendumsvorschlag nach-

träglich in die „Queen's Speech" vom 7. Mai aufzunehmen. Die Königin darf jedes Jahr die geplanten Gesetzesinitiativen vorlesen. Das Gesetz zum EU-Referendum war dieses Jahr nicht vorgesehen. -

Für die Liberalen wie auch für Ed Milibands Labour-Party stellt sich inzwischen immer mehr die Frage, ob sie bei ihrem „Nein" zu einem Referendum bleiben können – der politische Druck steigt. Aber auch Cameron hat sich damit keine Minute Ruhe erkauft. Bereits zwei seiner Minister haben in den vergangenen Wochen öffentlich erklärt, dass sie bei einem EU-Referendum zum jetzigen Zeitpunkt für einen Austritt stimmen würden – und zwar beileibe nicht irgendwelche Ressortchefs: Einer davon war Erziehungsminister Michael Gove, der innerparteilich als der wahrscheinliche Herausforderer von David Cameron gehandelt wird.

Der Regierungs- und Tory-Chef ist in einer schwierigen Lage. Er will mit der EU über eine Rückholung von Kompetenzen in die nationale Gesetzgebung verhandeln und wird einer weiteren Politik- oder Finanzmarkt-Integration ganz sicher nicht zustimmen. Allerdings kann nicht einmal sein Europaminister David Lidington erklären, welche Rechte Brüssel wieder abgerungen werden sollen. -

Eine Delegation von britischen Geschäftsleuten wurde unlängst in Brüssel vorstellig, um in der EU-Kommission zu erfragen, worüber der Premierminister verhandeln möchte – keiner wusste es. In den EU-Hauptstädten herrscht zudem völlige Unklarheit darüber, wie eine Reform des Lissabon-Vertrages überhaupt aussehen könnte. -

Skepsis und Hass -

Diese Gemengelage ist den meisten Briten natürlich viel zu kompliziert. Unter dem Eindruck der andauernden Euro-Krise und der klammen Wirtschaftslage im Vereinigten Königreich ist die traditionelle EU-Skepsis in offenen Europa-Hass umgeschlagen. UKIP ist die einzige Partei, der in Europafragen derzeit vertraut wird: Weil sie kompromisslos den Austritt aus der Europäischen Union verlangt. -

„Wir haben 18 Prozent in der letzten Umfrage. Alle anderen Parteien verlieren Einfluss. 40 Prozent der Briten wollen die EU verlassen. Wir sind die einzige Partei, die das fordert", sagt Gawain Towler, Sprecher von Nigel Farage, im Gespräch mit profil: „Obwohl wir nur 147 von 2300 Gemeinderäten gewonnen haben, kann man mit Fug und Recht behaupten: Der Einfluss von UKIP auf die Regierungspolitik ist überproportional groß." -

Wer aber ist die UKIP? Vornehmlich eine Anti-EU-Partei. Am leichtesten hetzt es sich auf der traditionell einwanderungsfreundlichen Insel immer noch gegen den Kontinent. Um seine anti-europäischen Positionen nachdrücklich vertreten zu können, hat Nigel Farage im Europäischen Parlament sogar gemeinsam mit der norditalienischen Lega Nord den Vorsitz der Fraktion „Europa der Freiheit und der Demokratie" (EFD)

übernommen. UKIP sitzt mit elf Abgeordneten im Europa-Parlament – insgesamt haben die Briten dort 73 Mandate. -

In der EFD würden auch gerne zwei EU-Abgeordnete der österreichischen Freiheitlichen Unterschlupf finden. Das verwehrt ihnen Farage jedoch vehement. „Wir sind auf keinen Fall mit der FPÖ zu vergleichen, wir wollen nichts mit ihnen zu tun haben, wir sind doch keine Rassisten!“, sagt Farage-Sprecher Towler. Die Freiheitlichen seien eher mit der rechtsextremen „Front National“ von Marine Le Pen in Frankreich zu vergleichen. Im Falle der UKIP bleibt vieles offen: Statt eines Parteiprogramms gibt es nur ein Manifest. Unüberwindbar scheint der Unterschied zu anderen xenophoben Parteien in Europa beispielsweise in der Haltung zur Einwanderung aber nicht zu sein. „Wir sind nicht für einen totalen Einwanderungsstopp“, erläutert Towler im Gespräch mit profil: „Wir sind nur dagegen, dass massive Immigration zugelassen wird, während unsere eigenen Leute arbeitslos sind.“ Schöner könnte es FPÖ-Chef Strache auch nicht sagen. In Großbritannien ziehen Argumente wie dieses vor allem bei der verarmenden Bevölkerung im Norden der Insel. Die Arbeitslosigkeit liegt in Großbritannien derzeit bei 7,9 Prozent. -

Nigel Farage wird trotz hoch fliegender Umfrageerfolge sehr bald ernsthaft an seiner Basis arbeiten müssen, wenn er nicht riskieren möchte, dass die UKIP implodiert, bevor die Partei parlamentsfähig wird. Leutselig mit seinen Fans im Pub Bier zu trinken wird dabei nicht ausreichen.
RBI-Chef Stepic in "Offshore-Leaks"-Datenbank

22.05.2013 - 23:06

Stepic verteidigte Vorgehensweise.

Der Chef der Raiffeisen Bank International, Herbert Stepic, befindet sich in der "Offshore-Leaks"-Datenbank mit Angaben über weltweite angeb-

liche Steuerflüchtlinge, berichtete "News". Stepic bestätigte dem Magazin Berechtigter zweier Briefkastenfirmen zu sein. Über diese "Projektgesellschaften" habe er Immobilien erworben, deren Finanzierung mit "in Österreich versteuerten Einkünften" erfolgt sei.

"Die Ihnen vorliegenden Informationen sind grundsätzlich zutreffend", bestätigte der Raiffeisen-Banker. Über die Briefkastenfirmen "Yatsenko International Limited" und "Takego Holdings Limited" habe er drei Wohnungen in Singapur erworben, die Finanzierung des Investments sei mit "in Österreich versteuerten Einkünften" erfolgt. "Yatsenko" war via Briefkasten auf den British Virgin Islands erreichbar, die "Takego" wurde in Hongkong gegründet. Seinen Aufsichtsrat und die Finanzmarktaufsicht habe er aber darüber nicht informiert. "Wichtig ist mir aber festzuhalten, dass es sich bei den genannten Firmen nicht um Offshore-Konstruktionen handelt", betonte Stepic.
Der RBI-Chef verteidigte seine Vorgangsweise gegenüber "News". "Das Produkt wurde in dieser Form von der UBS als Standardprodukt angeboten, um Käufern die gebotene Privatsphäre zu bewahren, was durch die aktuelle Anfrage allerdings ad absurdum geführt wird."

Auf die Frage, ob er Erträge aus dem Verkauf einer der Wohnungen in Österreich versteuert habe, sagt Stepic gegenüber dem Magazin, dass er "stets nach den steuerlichen Vorschriften gehandelt" habe.
Laut Medienberichten befinden sich in der "Offshore-Leaks"-Datenbank mehr als zwei Millionen Dokumente. Seit Anfang April präsentieren Medien aus 46 Ländern ihre Ergebnisse aus der Analyse der Dokumente in denen 130.000 Personen aus mehr als 170 Ländern aufgelistet werden. Die Daten stammen von zwei Firmen, die auf die Errichtung von Offshore-Gesellschaften spezialisiert sind.

22.05.2013, # Grüne haben "Bauchweh", mit Stronachs Team

Astrid Rössler muss die Stronach-Skeptiker in den eigenen Reihen besänftigen.

Das „Ja“ der Grünen für Koalitionsverhandlungen mit der ÖVP und dem Team Stronach schlägt nicht nur in Salzburg Wellen. Das sei eine „deprimierende Nachricht“ , ist auf Twitter zu lesen, „Opportunismus“ wird den Landesgrünen unterstellt. Und zynisch wird kommentiert: „Alles eine Frage des Geldes.“

„Zu Recht gibt es viele Bedenken“, räumt der Klubobmann der Salzburger Stadt-Grünen, Helmut Hüttinger, ein. Er unterstützt Parteichefin Astrid Rössler, die Verhandlungen zu beginnen – allerdings „mit Bauchweh. Das Team Stronach ist ja offensichtlich keine sehr stabile Truppe.“

Auch in Wien bei den Bundes-Grünen rumort es: Offiziell will noch keiner vor das Mikrofon treten, zu frisch ist das Ja der Grünen zur geplanten Polit-Vermählung. „Wir wissen ja noch nicht einmal, ob Stronachs Statthalter in die Regierung kommt, oder ob er mit dem Posten des Landtagspräsidenten abgespeist wird“, sagt ein grüner Mandatar zum KURIER. Nachsatz: „Sollte das Team Stronach in die Regierung kommen, dann haben wir aber schon ein Problem.“

Klar geäußert hat sich die Alt-Parteivorsitzende der Grünen, Freda Meissner-Blau. Die Doyenne warnt: „Hände weg von Grün-Gelb“. Im Standard unterstellt sie dem Grünen Ex-Chef Alexander Van der Bellen, „offenbar nicht über die Folgen seiner Empfehlungen“ nachgedacht zu haben. Dieser hat ja eine Polit-Ehe mit Stronach gutgeheißen.

Damit ist die Salzburger Grünen-Chefin Rössler gehörig unter Druck. Gegen eine Zusammenarbeit mit dem „Team Stronach“ hatte sie ursprünglich „grundlegende Bedenken“, wenige Tage später relativierte sie das.

Kein Wunschkonzert

„Wenn die eine Variante nicht geht, müssen wir die andere versuchen“, sagte Rössler Mittwochabend dem KURIER. Sie werde einer Regierung nur zustimmen, wenn die grüne Handschrift im Koalitionspakt klar zu erkennen sei. Fürchtet sie nicht den Ärger von Wählern und Funktionären, wenn sie mit Stronach gemeinsame Sache macht? „Wir sehen das eh’ auch kritisch, so wie das Meissner-Blau gesagt hat. Aber wenn ich sag’, ich schmeiß alles hin und gehe in die Opposition, dann fürchte ich erst recht die eMails Tausender Wähler, die die Grünen in der Regierung sehen wollen. Weil das Leben ist nun einmal kein Wunschkonzert.“

22.05.2013 - # Ende des Bankgeheimnisses

für Steuerausländer will die EU bis Jahresende die Zinsbesteuerungsrichtlinie und die Geldwäsche-Richtlinie auf Trusts und andere Finanzprodukte ausweiten. Damit wird auch das Ende des Bankgeheimnisses für Ausländer eingeläutet.

Werner Faymann mit dem kroatischen Ministerpräsidenten Zoran Milanovic.

Parallel zur internen Reform will die EU Verhandlungen über den automatischen Bankdaten-Austausch mit der Schweiz, Liechtenstein, Andorra, San Marino und Monaco starten. "Im Lichte dessen" sei auch bis Jahresende der Geltungsbereich der Zinssteuer-Richtlinie für den Informationsaustausch innerhalb der EU zu erweitern, heißt es in der Gipfelerklärung.
Bundeskanzler Faymann erklärte nach dem EU-Gipfel, dass der Steuerbetrug "nicht mit einem Schlag auszuschalten ist". Allerdings "können sich alle verlassen, dass die EU massiv das Ziel in Angriff nimmt und wir in Österreich völlig mit dem Ziel, der Vorgangsweise und einem Konsens Ende des Jahres" für einen automatischen Informationsaustausch für ausländische Konten "auch einverstanden sind". Faymann gab damit Österreichs Blockade beim Informationsaustausch damit endgültig auf.

Etwas auf der Bremse stand Luxemburg. Regierungschef Juncker forderte von der Schweiz "gleichwertige Maßnahmen" wie sie innerhalb der EU gelten. Als Bedingung für die Zustimmung Luxemburgs zur Ausweitung der Zinsbesteuerung wollte Juncker dies aber nicht formulieren. Er wies nachdrücklich darauf hin, dass Luxemburg in jeden Fall ab 1. Jänner 2015 innerhalb der EU zum automatischen Austausch von Zinsinformationen übergehen werde.
EU-Ratspräsident Van Rompuy bezeichnete die Übereinkünfte als "echten Durchbruch". Über eine Revision der Zinsbesteuerungsrichtlinie und einen automatischen Informationsaustausch hätte man sich vor einigen Monaten "nicht so äußern können", sagte er. Nun sollen bis Jahresende die Bedingungen für den Bankdatenaustausch innerhalb der EU sowie mit Drittstaaten feststehen.

Auch den Steuervermeidungsstrategien großer Konzerne möchte die Europäische Union einen Riegel vorschieben. Bis Jahresende sollen auch die EU-Geldwäscherichtlinie sowie die Bestimmungen über die Besteuerung von Mutter- und Tochterkonzernen revidiert werden.

Banken-Rettung: Grüne drohen mit U-Ausschuss

21.05.2013 | 13:02 |

Die Regierung verschweige die korrekten Zahlen zur Banken-Rettung, erklären die Grünen. Verweigere sie weiter die Aufarbeitung, werde man einen U-Ausschuss fordern.

Die Grünen können sich einen U-Ausschuss rund um die Banken-Rettung vorstellen. Parteivize Werner Kogler warf der Regierung am Dienstag vor, ihre Bankenpolitik habe "elendiglich versagt", begonnen bei der Rettung der Kärntner Hypo bis hin zu den Verhandlungen mit der EU über einen Verkauf der kriselnden Institute.

Anlass für Koglers Ausführungen war der Finanzrahmen, der im Zuge der Plenarwoche am Donnerstag vom Nationalrat abgesegnet wird. Die dort angeführten Zahlen werden durch die Banken-Rettung bedroht. Kogler ist der Meinung, dass die Regierung angesichts des Wahljahres die korrekten Daten verschweigt.

"Parlamentarische Aufklärung wird verhindert"

Besonders ärgerlich ist für den Grünen-Vize, dass die Koalition zudem eine parlamentarische Aufklärung verhindere. Hunderte Seiten kritischer Rechnungshof-Berichte lägen vor und dann seien SPÖ und ÖVP gerade einmal bereit, im Rechnungshof-Ausschuss drei Stunden darüber zu debattieren, das sei eine Stunde pro 3,3 Milliarden-Loch.

Für Kogler ist diese Vorgangsweise untragbar, er will eine ausführliche Aufarbeitung der Causa. Verweigert die Koalition das, peilt er einen neuen Banken-U-Ausschuss an. Für den werde es spätestens in der nächsten Legislaturperiode eine Mehrheit geben, zeigte sich der Grün-Mandatar überzeugt.

23. Mai 2013 13:45 **Bankgeheimnis** Banken missbrauchen den Rechtsstaat

Das Bankgeheimnis ist vor allem ein Marketinginstrument der Institute. Abertausende kleine und große Steuerhinterzieher aus vielen Dutzend Ländern haben davon profitiert. Damit soll nach dem Willen der EU möglichst bald Schluss sein.

Wer der Obrigkeit trotzen will, benötigt einen kraftspendenden Zaubertrank - oder ein Nummernkonto in der Schweiz. Diese Erfahrung machten vor 2000 Jahren schon die gallischen Krieger Asterix und Obelix, als sie während einer Reise in die Provinz Helvetien vor den Römern in ein Geldhaus flüchten. Bankdirektor Vreneli bietet ihnen den geräumigen Safe II/VI an, in dem sich die beiden Helden verstecken. Vreneli registriert's mit einem Achselzucken: "Was ihr da rein gebt, geht mich nichts an. Das isch Bankgeheimnis."

Das ist Bankgeheimnis! Nicht immer in der Geschichte haben die Richtigen von dieser Schweizer Institution profitiert: Nazigrößen waren unter ihnen, afrikanische Diktatoren, Abertausende kleine und große Steuerhinterzieher aus vielen Dutzend Ländern. Damit, so haben es die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union am Mittwoch beschlossen, soll möglichst bald Schluss sein - zunächst in Österreich und Luxemburg, den letzten verbliebenen Bastionen innerhalb der EU, danach auch in Drittstaaten wie Liechtenstein und eben der Schweiz.
Natürlich ist das Bankgeheimnis keine 2000 Jahre alt. Einen Vorläufer gab es in Deutschland jedoch bereits 1619, als sich die Banco von Hamburg gegenüber ihren Kunden verpflichtete, Dritten keinerlei Vermögensauskünfte zu gewähren. Allerdings ist dieses Schweigegelübde hierzulande - anders als in der Schweiz - bis heute nirgendwo gesetzlich verankert. Es ist allein eine Art Gewohnheitsrecht.

Manche Juristen stützen das Bankgeheimnis auch auf Artikel 2 des Grundgesetzes, aus dem sich das Recht auf Privatsphäre und auf informationelle Selbstbestimmung ableiten lässt. Der Staat darf demnach die Vermögensverhältnisse seiner Bürger nicht einfach durchleuchten. Das Recht auf Privatsphäre muss aber dort enden, wo es das Recht Dritter verletzt. Das ist der Fall, wenn jemand Steuern hinterzieht und die übrigen Bürger zwingt, das Minus in der Staatskasse über allgemein höhere Steuern auszugleichen.

Das Wegschauen setzt das Wohnortprinzip des Steuerrechts außer Kraft

Dass die Deutschen dennoch allein in der Schweiz weit mehr als 100 Milliarden Euro gebunkert haben, hat viele Gründe: die Neutralität des Landes in den Weltkriegen, die politische Stabilität, die geografische Nähe, die Aversion der Helvetier gegen den Kommunismus. Dagegen spielte das 1935 eingeführte Bankgeheimnis zunächst keine zentrale Rolle. Dann jedoch entdeckten es die Geldhäuser als Marketinginstrument - und stilisierten es über die Jahre zu einer Art nationalem Heiligtum, ja, zur Staatsräson. Am Ende hielten die Schweizer Bürger das, was den Banken nutzte, für ihren eigenen Willen.

Dieser so erschaffene Finanzpatriotismus erschwert bis heute jede rationale Diskussion, weil die Eidgenossen Kritik am Bankgeheimnis stets als Angriff auf sich selbst betrachten. In Wahrheit missbrauchen die Banken den Rechtsstaat zur Durchsetzung ihrer Interessen - und der Rechtsstaat lässt es zu, weil er Angst hat, die Konzerne könnten ins Ausland abwandern. Ähnliches passiert beispielsweise in Luxemburg, das ja nicht wegen seiner großen Industrie oder des schönen Wetters ein so vermögendes Land ist, sondern wegen seines überdimensionierten, auf Verschwiegenheit fußenden Banksektors.

Mit ihrem beherzten Wegschauen setzen die Schweiz, Luxemburg und Österreich jedoch einen zentralen Grundsatz des Steuerrechts außer Kraft: das Wohnortprinzip. Es besagt, dass jemand in dem Land steuerpflichtig ist, in dem er lebt, schließlich benutzt er auch die dortige aus Steuergeldern finanzierte Infrastruktur. Ein Bürger, der dieses Prinzip unterläuft, begeht Diebstahl und beschädigt zudem das finanzielle Fundament, auf dem moderne Staaten aufgebaut sind. Eine Regierung jedoch, die Beihilfe zu einem solchen Diebstahl leistet, indem sie etwa die heimischen Banken gewähren lässt, verliert ihre Würde. Als Ansprechpartnerin offizieller Stellen im Heimatland des Steuersünders taugt sie so kaum noch.
Wegen des immensen internationalen Drucks sagen nun immer mehr Länder zu, die Kapitalerträge ausländischer Kontoinhaber künftig automatisch an deren Finanzämter zu melden. In Bern wie in Wien tobt deshalb eine innenpolitische Schlacht, weil Populisten der Regierung vorwerfen, eingeknickt zu sein und das Bankgeheimnis auch der eigenen Bevölkerung geopfert zu haben. Doch das ist Unsinn: Wenn sich etwa die Schweizer in ihrer Weisheit selbst ein striktes Bankgeheimnis verschreiben wollen, ist das ihr gutes Recht. Dieses gute Recht verwandelt sich nur dann in Unrecht, wenn es auch Dritten gewährt wird, die damit offenkundig Missbrauch betreiben. Dann gehört es geändert oder abgeschafft - allen Verdiensten um die Unabhängigkeit eines kleinen gallischen Dorfes zum Trotz.

23. 05. 2013 Treffen in Eisenach: Burschenschafter planen

Neuauflage des " Ariernachweises "

Wer ist deutsch genug für die Deutsche Burschenschaft? Bei ihrem jährlichen Treffen werden die strammrechten Akademiker nach SPIEGEL-ONLINE-Informationen erneut über eine Art "Ariernachweis" verhandeln. Ein ähnlich rassistischer Antrag hatte schon einmal zum Eklat in dem Dachverband geführt.

In der Deutschen Burschenschaft (DB), deren Mitglieder sich ab diesem Donnerstag beim Burschentag in Eisenach treffen, wird erneut über eine Art "Ariernachweis" diskutiert. Interne Unterlagen, die SPIEGEL ONLINE vorliegen, zeigen, dass die Burschenschafter kaum etwas gelernt haben aus ihrem bislang größten Debakel. Die Papiere offenbaren außerdem, welche extremistischen und rassistischen Positionen innerhalb der verbliebenen Mitgliedsbünde existieren.
Die mögliche Rückkehr des "Ariernachweises" ist besonders brisant für den Dachverband: Schon vor zwei Jahren kam es zum Eklat. Es ging um die Frage, wer "deutsch" genug ist, um Burschenschafter zu sein. Konkret: ob eine Burschenschaft, die einen chinesischstämmigen Studenten aufgenommen hatten, zur DB gehören darf.

Nun, nach dem Sieg der Rechten im internen Machtkampf und dem Rückzug vieler liberalerer Burschenschaften, liegt eine Art Kompromiss zur Abstimmung vor. Allerdings verschärft der laut Tagungsunterlagen "langwierig erarbeitete Antrag" rassistische Kriterien eher, als dass er sie beseitigt: Nun wird nicht mehr nur zwischen "deutscher" und "nicht-deutscher" Abstammung unterschieden - sondern zwischen "deutscher", "abendländisch-europäischer" und "nicht-abendländisch-europäischer" Abstammung.

Wenn sich jemand aus letzterer Gruppe bewirbt, ist eine "Einzelfallprüfung durch den Rechtsausschuss der Deutschen Burschenschaft" nötig, so sieht es das Papier vor. Die Struktur dieser Regelung führt fast zwangsläufig zu ähnlichen Kriterien, wie sie die Nürnberger Rassengesetze von 1935, auch "Ariergesetze" genannt, vorsahen. Nach denen durfte im Dritten Reich "nur Volksgenosse sein, wer arischen oder artgleichen Blutes war".

Wie will jetzt die Burschenschaft etwa mit einem Sohn italienisch-nigerianischer Eltern umgehen? Ist jemand noch deutscher Abstammung, wenn ein Großvater Inder war? Kein Wunder, dass der Rechtsausschuss laut Antrag zwar schriftlich, aber "ohne Begründung" entscheiden soll.

Walter Tributsch, Pressesprecher der Deutschen Burschenschaft, bestätigt, dass es Anträge gibt, die sich mit dem Thema Abstammung befassen. Einer sei von einer mehrköpfigen Kommission erarbeitet worden. Zu Details wollte er sich nicht äußern. Den Rassismusvorwurf aber nannte er "hanebüchen", er sei nicht haltbar.

Tributsch stellte zudem einen ebenso perfiden wie aberwitzigen Vergleich an: "Wir sind leider nicht so rassistisch ausgerichtet wie zum Beispiel jüdische Organisationen." Auf Nachfrage sagte der Burschenschaftsfunktionär aus Österreich, er habe lediglich ausdrücken wollen, wie "liberal" die Aufnahmekritierien seines Verbandes seien. Als Gegenbeispiel seien ihm rein zufällig "jüdische Sportvereine" in den Sinn gekommen.

"Grundlage ist eine völkische Ideologie" Aus solchen Vorschriften spreche "ein offener, weißer, völkischer Rassis-mus", sagt hingegen Hajo Funke, Politologieprofessor und Rechtsextre-mismusexperte von der Freien Universität Berlin. Mit Rechtsstaatlichkeit habe das nichts zu tun, auch wenn die Anträge vermeintlich bürokratisch-korrekt formuliert sind: "Grundlage ist eine völkische Ideologie."

In dem Antrag, eingebracht von der Redaria-Allemannia Rostock, heißt es auch: "Nur Bewerber, die männliche studierende Deutsche sind, können in eine Burschenschaft der Deutschen Burschenschaft aufgenommen werden. Deutscher ist grundsätzlich, wer sich durch Sprache, Kultur, gleiches geschichtliches Schicksal und Abstammung als Deutscher auszeichnet." Hier würden auch kulturrassistische Kriterien hinzugemischt, sagt Funke. Dass in Ausnahmefällen theoretisch auch Bewerber "nicht-abendländisch-europäischer Abstammung" zugelassen werden könnten, würde nach den vorgesehenen Regeln höchstens für Deutsche zutreffen, die von weißen Südafrikanern abstammen.

Fast wirkt es wie ein Déjà-vu, was da vor sich geht zum Auftakt des Burschentags, immerhin die wichtigste Veranstaltung und das höchste Beschlussgremium der DB. Beim ersten Streit um einen "Ariernachweis" wurden erst unter massivem öffentlichen Druck die rassistischen Anträge zurückgezogen. Es war der letzte Erfolg des liberal-konservativen Lagers in dem Dachverband. Danach schwand dessen Einfluss - und völkische sowie rechtsextreme Ideologen gewannen die Oberhand.

Bei aller Übermacht der Rechten - in der Herkunftsfrage gibt es jetzt zumindest noch Gegenmeinungen: Die Braunschweiger Alemannia fordert in einem bemerkenswert stringent begründeten Antrag, es müssten "zu unserem deutschen Volk" auch alle eingebürgerten Zuwanderer gehören. Ob sie sich damit durchsetzen, ist sehr fraglich.

3.05.2013 Koalitionsverhandlungen in Salzburg haben begonnen

In Salzburg haben am Donnerstag die Koalitionsverhandlungen zur Bildung einer neuen Landesregierung begonnen. Die ÖVP hat die Grünen und das Team Stronach zu offiziellen Gesprächen eingeladen.

Haslauer, Rössler, Mayr.

Über den Inhalt der am Donnerstag begonnen Koalitionsverhandlungen in Salzburg hielten sich die drei beteiligten Parteien ÖVP, Grüne und das Team Stronach bedeckt, ein konkretes Termin-Ziel dürften die Fraktionen allerdings nun vor Augen haben: Wie aus Verhandlungskreisen zu vernehmen war, wird grundsätzlich der 19. Juni als Termin für die konstituierende Sitzung des Landtags angepeilt.

Nach der Festlegung des weiteren Fahrplans wurde damit begonnen den Themenkomplex Wirtschaft, Tourismus, Forschung und Arbeit inhaltlich zu verhandeln. Das Sitzungsende war ursprünglich für 17.00 Uhr geplant. Am Freitag treffen die Verhandler erneut zusammen, die Gespräche sind von 9.00 bis 17.00 Uhr anberaumt.

Größe der Landesregierung noch unklar

Über die Größe einer neuen Landesregierung (derzeit sieben Sitze) wollte sich ÖVP-Chef Wilfried Haslauer am Donnerstag nicht festlegen. "Darüber wird zu verhandeln sein. Zuerst geht es um Inhalte, dann um die Ressorts, dann um die Regeln der Zusammenarbeit." Eine Verkleinerung der Regierung auf fünf Mitglieder, wie von der ÖVP vor der Wahl vorgeschlagen, sei mit drei Partnern de facto nicht machbar, über eine Regierung mit sechs Mitgliedern müsse man reden.

"Halbe-Halbe ist bei den Grünen üblich" Die grüne Landessprecherin Astrid Rössler meinte knapp, eine Aufteilung der Sitze im Verhältnis 3:3:1 anzustreben sollte es bei sieben Regierungsmitgliedern bleiben. "Halbe-Halbe ist bei den Grünen üblich", meinte sich kurz. Haslauer sprach sich in diesem Zuge erneut klar für ein Einstimmigkeitsprinzip in einer neuen Regierung aus. "Wir wollen nicht nur auf Augenhöhe verhandeln, sondern auch arbeiten. Es darf kein Partner, auch kein kleiner, majorisiert werden."

Team Stronach zuversichtlich Hans Mayr, Spitzenkandidat vom Team Stronach, sagte vor Verhandlungsbeginn: "Wir gehen mit Zuversicht in die Gespräche. Salzburg hat eine Chance auf eine neue Politik, wir wollen da mitgestalten." Als zentrale Anliegen nannte der derzeitige Bürgermeister von Goldegg im Pongau einen Kassasturz, die Umstellung der Landesbuchhaltung auf doppelte Buchführung, ein neues Bürgerbeteiligungsmodell und leistbares Wohnen. "Und wir stellen klar den Anspruch auf ein Ressort." Detail am Rande: Die erste Gesprächsrunde fand am Donnerstag im Büro von Haslauer statt, eine Tatsache, die die Grünen noch hinterfragen wollen. "Wir werden vorschlagen, die nächsten Treffen an einem neutralen Ort zu führen, um die Augenhöhe zu gewährleisten", so der Grüne Landtagsabgeordnete Cyriak Schwaighofer.

Dreierteams führen Gespräche Für die einzelnen Fraktionen trat am Donnerstag jeweils ein Dreierteam samt einem Mitarbeiter in die Gespräche. Für die ÖVP gingen neben Haslauer die Klubchefin Gerlinde Rogatsch und der Halleiner Bürgermeister Christian Stöckl in die Runde, für das Team Stronach die drei Listenersten Hans Mayr, Otto Konrad und Helmut Naderer. Für die Grünen war bei den Verhandlungen neben Rössler und Schwaighofer der Geschäftsführer des grünen Parlamentsklubs im Nationalrat, Robert Luschnik, dabei.

Wie lange die Gespräche dauern werden, ist unklar. ÖVP-Chef Wilfried Haslauer muss als Vertreter der stimmenstärksten Partei dem Landesparlament bis spätestens acht Wochen nach der Wahl, das ist der 26. Juni, einen Vorschlag für eine Regierungsbildung machen. Wird der Vorschlag nicht angenommen, kann laut Landtagsdirektion ein anderer Abgeordneter einen Alternativvorschlag einbringen. Findet auch dieser keine Mehrheit, wird weiterverhandelt, bis ein mehrheitsfähiger Vorschlag vorliegt. Die alte Regierung bleibt solange im Amt.
Kommt die angestrebte Koalitionsvariante Schwarz-Grün-Gelb zustande, würde sich die SPÖ in Salzburg erstmals seit dem Zweiten Weltkrieg in Opposition befinden.

23.05.2013, 15:15 # Stronach gegen ÖGB

Dass er 1,2 Millionen Gewerkschaftsmitglieder verärgern könnte, nimmt der Milliardär in Kauf: Frank Stronach geht jetzt auf den ÖGB los – das System müsse sich ändern. Robert Lugar (Bild), sein Klubobmann, wird konkreter: "Wir brauchen die Gewerkschaften nicht, sie blockieren doch alles. Das ist längst nicht mehr zeitgemäß."

Nur wenige Tage vor seiner Rückkehr aus Kanada startet Stronach mit einer Attacke gegen Österreichs Gewerkschaften in den Nationalratswahlkampf: "Keine Regierung, keine Gewerkschaft kann Arbeitsplätze garantieren. Die beste Garantie für Arbeitsplätze ist, wenn Management und Mitarbeiter gut zusammenarbeiten."

Ob das nun so zu verstehen sei, dass der neue Parteichef alle Gewerkschaften auflösen möchte, fragte die "Krone" bei Team- Stronach- Klubchef Lugar nach. "Frank sieht das so: Die Gewerkschaften brauchen wir nicht – er sorgte ja als Unternehmer immer selbst gut für seine Mitarbeiter. Aber wir wissen auch: Österreichs Gewerkschaften wären gar nicht aufzulösen, sie sind private Vereine", erklärt der.

Lugar: "Die Gewerkschafter sind destruktiv"

Und Lugar setzt nach: "Die Gewerkschafter sind destruktiv, sie blockieren alles, sie sorgen für politischen Stillstand – wie man das jetzt auch wieder sehr gut bei der Lehrergewerkschaft sieht. Eigentlich reichen die Sozialpartner. Die Gewerkschafter muss man jetzt nicht verbieten, aber zurückstutzen."

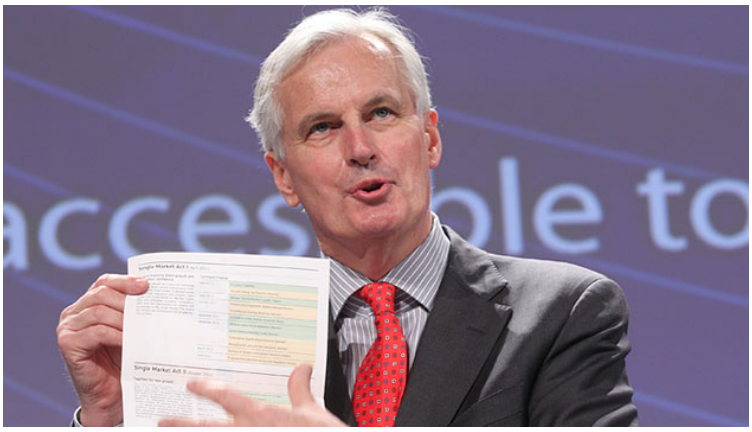
Speziell mit dem Veto zur Sonntagsöffnung hätte die Gewerkschaft eben 700 neue Jobs vernichtet, wirft Lugar dem ÖGB vor: "Die Handelskette dayli wollte neue Arbeitsplätze schaffen, das wurde aber verhindert."

Und auch Stronach selbst lässt kaum Zweifel offen, dass er die Gewerkschaften eigentlich am liebsten in die Geschichtsbücher schicken will – so betont er: "Ich habe nie bestritten, dass die alten Gewerkschaften vor allem im Zeitalter der Industrialisierung eine sehr wichtige Rolle gespielt haben."

EU: Steuerleistung großer Konzerne offenlegen

24.05.2013 - 06:13

Berichtspflicht EU: Steuerleistung großer Konzerne offenlegen



Nach den Banken sollen nun auch große Unternehmen in der EU zur Bekanntgabe ihrer Steuerzahlungen in einzelnen Ländern verpflichtet werden. Gemäß der neuen Eigenkapitalregeln müssen Banken künftig Gewinne, Steuern und staatliche Zuwendungen in allen Ländern, in denen sie vertreten sind, veröffentlichen. "Wir werden diese Berichtspflicht auf große Unternehmen und Konzerne ausweiten", sagte EU- Binnenmarktkommissar Michel Barnier (Bild) am Donnerstag bei einer Konferenz in Amsterdam.

Im Kampf gegen Steuerflucht sind Konzerne, vor allem aus den USA, ins Visier der europäischen Politik geraten. Die EU- Staats- und Regierungschefs hatten erst auf ihrem Gipfel am Mittwoch angekündigt, bisher legale Steuerschlupflöcher schließen zu wollen. Mit der länderspezifischen Berichtspflicht würde in einem ersten Schritt mehr Transparenz über die Steuerzahlungen der Unternehmen geschaffen. Zuletzt wurden unter anderem Apple, Amazon, Google und Starbucks wegen geringer Steuerzahlungen kritisiert.

Große Umsätze, wenig Steuerleistung

So setzte Google in Großbritannien von 2006 bis 2011 etwa 14 Milliarden Euro um, zahlte aber nur 12,4 Millionen Euro Steuern. Google gibt an, alle Geschäfte mit britischen Kunden von der irischen Hauptstadt Dublin aus zu tätigen. Auf der Homepage des Unternehmens werden aber Vertriebsteams in der britischen Hauptstadt aufgeführt, zudem werden für den Standort London per Stellenanzeige auch Anzeigenverkäufer gesucht.
Amazon zahlte in den vergangenen sechs Jahren im Königreich trotz eines Umsatzes von 17,9 Milliarden Euro nur rund sieben Millionen Euro Steuern. Als Grund hatte der Amazon- Spitzenmanager Andrew Cecil bei einer Anhörung im November angeführt, dass das britische Geschäft nicht eigenständig sei und die wichtigen Entscheidungen am Firmensitz in Luxemburg gefällt würden. Dies sei der Grund, weshalb Amazon vor allem dort Steuern zahle. In Luxemburg gelten deutlich niedrigere Steuersätze.

23.05.2013 | 18:25

Island beendet seinen Ausflug in die Europäische Union

Die Regierung in Reykjavik legt die EU-Verhandlungen nun gänzlich auf Eis und will sie erst wieder nach einem Referendum aufnehmen.

Kopenhagen. Island wird der EU in absehbarer Zeit nicht beitreten: Die neue Mitte-rechts-Koalition, die nach dreiwöchigen Regierungsver-handlungen diese Woche in Reykjavik vorgestellt wurde, legt die Beitritts-verhandlungen mit Brüssel endgültig auf Eis. Sie sollen nur dann wiederaufgenommen werden, wenn eine Mehrheit der Wählerschaft dies in einer Volksabstimmung verlangt – und ein Datum für ein solches Referendum gibt es nicht.

Die EU-Debatte ist damit wieder an ihrem Ausgangspunkt angelangt, dort, wo sie vor der Finanzkrise war, folgert die Politologin Thorunn Bjarkadottir. Nach dem Bankenkollaps im Herbst 2008 hatten EU-Mitgliedschaft und die Einführung des Euro als Rettungsanker für die an den Rand des Staatsbankrotts getriebene Inselrepublik gegolten. Die Umfragen zeigten auch in der Bevölkerung eine kurze Beitrittsbegeisterung, die aber bald wieder abnahm.

Im Sommer 2009 beantragte die damalige Mitte-links-Koalition die Auf-nahme in die Union und hoffte auf ein Verfahren im Blitztempo. Doch als sich die Wirtschaft wieder zu erholen begann und die EU Island im Zwist um die Entschädigung ausländischer Bankkunden unter Druck setzte, kippte die Stimmung. Zuletzt sprachen sich in Meinungsumfragen zwei Drittel der Befragten gegen einen EU-Beitritt aus, bei den jüngsten Wahlen gewannen die EU-freundlichen Parteien nur 15 von 63 Mandaten.

Die bürgerliche Regierung, eine Koalition aus zwei traditionell stark EU-kritischen Parteien, zieht daraus nun die Konsequenzen und schlägt die Tür zur Europäischen Union zu. Neuer Premier ist der 38-jährige Sigmundur David Gunnlaugsson von der agrarliberalen Fortschrittspartei, der sich im „Icesave“-Streit als kompromissloser Gegner einer Lösung profilierte, die die Schulden der Pleitebank den heimischen Steuerzahlern aufgedrückt hätte. Er bildet eine Koalition mit der konservativen Selbstständigkeitspartei, die als Interessenvertreter der Fischindustrie jeden Einfluss aus Brüssel auf Islands wichtigsten Rohstoff ablehnt.

Der konservative Parteichef Bjarni Benediktsson muss sich mit dem Posten des Finanzministers begnügen, obwohl seine Partei als stärkste aus den Wahlen hervorging. Doch Staatspräsident Olafur Grimsson gab den Auftrag zur Regierungsbildung an Gunnlaugsson, weil dessen Partei mit einem Zuwachs von fast zehn Prozentpunkten der eigentliche Wahlsieger war, während die Konservativen ihr katastrophales Ergebnis von 2009 nur geringfügig verbesserten.

Steuern werden wieder gesenkt

Der neue Regierungschef, der bisher jüngste in Island, war TV-Journalist, ehe er Anfang 2009 die Führung der Fortschrittspartei übernahm. Dieser war er erst ein paar Wochen davor beigetreten. Im Wahlkampf punktete er vor allem mit dem Versprechen, die Schuldenlast der Privathaushalte zu lindern. Daran hält auch das Regierungsprogramm fest – wie dies geschehen soll, bleibt allerdings offen. Dies hänge von Verhandlungen mit den ausländischen Gläubigern der Konkursbanken ab, die nach den liberalen Plänen die dafür notwendigen Mittel beisteuern sollen. Die von der abgewählten Regierung verschärfte Besteuerung der Fischereiflotte wird wieder gemildert, die angekündigte Erhöhung der Mehrwertsteuer auf Hotelübernachtungen rückgängig gemacht.

AUF EINEN BLICK

2008 erlebte Island eine schwere Finanzkrise, die zum Bankrott mehrere Großbanken führte. Die Isländische Krone verlor massiv an Wert.

2009 kam eine neue proeuropäische Regierung an die Macht, die einen Beitritt zur Europäischen Union favorisierte. Der nach wie vor starke Euro galt zu diesem Zeitpunkt vielen Isländern als sicherer Währungshafen. Am 17. Juni 2009 stellte die Regierung einen offiziellen Antrag auf Mitgliedschaft.

2010 wurden die Beitrittsverhandlungen aufgenommen. Eines der schwierigsten Kapitel war jenes über die Fischerei. Als weiterer Knackpunkt erwiesen sich die Spareinlagen ausländischer Bankkunden bei der pleitegegangen „Icesave“.

2013 fanden Neuwahlen statt. Schon zuvor wurden die Verhandlungen auf Eis gelegt. Mit dem Sieg EU-kritischer Parteien wurden die Gespräche nun ausgesetzt. Die Regierung will sie erst nach einem positiven Referendum wieder aufnehmen.

24.05.2013, 11:56

Wütende Replik **ÖGB: "Stronach hat Problem mit der Demokratie“**

Die Idee des **Austro-** Kanadiers und **Neo-** Politikers Frank Stronach, die Gewerkschaften abzuschaffen, schlägt erwartungs-gemäß Wellen. "Es stimmt, Gewerkschaften waren, sind und werden es immer sein: Bremser und Blockierer, wenn es darum geht, Verschlechterungen für die arbeitenden Menschen und anti-demokratische Ideen aufzuhalten", stellte Bernhard Achitz, Leitender Sekretär des ÖGB, am Freitag klar und bezeichnete die Aussagen Stronachs als "total daneben". Wolfgang Katzian, Vorsit-zender der Fraktion Sozialdemokra-tischer Gewerkschafter (Bild), sprach von "autoritären Tönen". -

"1,2 Millionen Menschen in Österreich sind freiwillig Mitglieder des ÖGB - die wissen schon, wer für ihr Weiterkommen sorgt und wer die Bremser sind", betonte Achitz in einer Aussendung. "Jährliche Lohn- und Gehaltser-höhungen, Betriebsvereinbarungen, Urlaubsgeld, Weihnachtsgeld, ein Gesetz gegen Lohn- und Sozialdumping, die Auftraggeberhaftung - das und mehr kann einen Unternehmer mit unterentwickeltem Demokra-tieverständnis natürlich nicht freuen", sparte der Leitende ÖGB- Sekretär ebenfalls nicht mit geharnischten Wortspenden.

Achitz: "Stronach wird auf Granit beißen"

Achitz stellte auch klar, dass sich an der Tatsache, dass Stronach und andere Firmen, "die es ihm zum Beispiel punkto Verhinderung von Betriebsratswahlen gleichtun wollen, auf Granit beißen" werden. "Für einen Parteichef, der im demokratischen politischen System Österreichs zu Wahlen antritt, ist es im übrigen total daneben, eine gestaltende Institution, wie der ÖGB seit mehr als sechs Jahrzehnten eine ist, auflösen zu wollen", meinte Achitz.

FSG- Vorsitzender Katzian gab zwar zu, dass "mangelnde Demokratie und autoritäres Verhalten innerhalb des Team Stronach nicht unser Problem" sei, doch werden sich die "Gewerkschaften stets allen Versuchen mit Entschiedenheit entgegen stellen, dieses Politikverständnis auf unsere gesellschaftlichen Strukturen auszudehnen".

Lugar: "Gewerkschafter sind destruktiv"

"Keine Regierung, keine Gewerkschaft kann Arbeitsplätze garantieren", mit dieser Attacke gegen die österreichischen Gewerkschaften ließ Stronach in der Freitagsausgabe der "Krone" aufhorchen (siehe Infobox). Klubchef Robert Lugar bestätigte die Sichtweise des Team- Stronach-Gründers und meinte: "Die Gewerkschafter sind destruktiv, sie blockieren alles, sie sorgen für politischen Stillstand.

Koalitionsgespräche: Die heißesten Themen werden vertagt

24.05.2013 - 19:44 In Salzburg wurden am Freitag die Koalitionsverhandlungen zwischen ÖVP, Grünen und dem Team Stronach fortgesetzt. Gut sieben Stunden verhandelten die drei Partner über die Themen Sport, Demokratie und Europa.

Ein flottes Tempo legen die Verhandler für die künftige Landesregierung vor. Am Freitag, dem zweiten Tag der Koalitionsverhandlungen zwischen der ÖVP, den Grünen und dem Team Stronach, wurden die Kapitel Sport, Demokratie, Sicherheit und Europa diskutiert. Die Verhandlungen im Büro von LH-Stellvertreter und ÖVP-Obmann Wilfried Haslauer dauerten gut sieben Stunden. Es war sogar eine Dreiviertelstunde früher Schluss als geplant.
Schon zum Start am Donnerstag waren die Kapitel Wirtschaft, Tourismus, Forschung und Arbeit weitgehend abgearbeitet worden.

Möglich ist das straffe Vorgehen, weil etwaige strittige Unterkapitel, in denen man sich nicht einigen kann, zu einem späteren Zeitpunkt noch einmal gesondert zur Sprache kommen sollen. "Restanten" werden diese heiklen Punkte genannt.
Am Wochenende pausieren die Verhandler, am Montag und Dienstag soll dann wieder ganztägig weiter gesprochen werden. Die ersten Bereiche in der kommenden Woche sollen die Landwirtschaft sowie die **Wasserwirtschaft** werden.

Gespräche von gutem Klima begleitet

Inhaltlich haben die Verhandlungspartner Stillschweigen vereinbart. Nur so viel: "Es geht gut voran. Die Atmosphäre ist sehr gut", hieß es auf SN-Anfrage aus dem Büro Haslauers. Aus dem Team Stronach war ebenfalls von "einem wirklich guten" Klima zu hören. Die Übereinstimmung sei groß. Es gebe nur wenige kleine Themen, die vorerst übrig geblieben seien. Auch die Grünen gaben sich optimistisch: "Wir kommen gut voran. Es sind sehr konstruktive Gespräche."
Dass in Haslauers Büro und nicht an einem neutralen Ort verhandelt wird, schmeckt den Grünen allerdings nicht besonders. "Das ist rein wegen der Infrastruktur", hieß es vonseiten der ÖVP. Die Grünen meinten, es werde überlegt, nächste Woche woanders zusammenzu-treffen.

Konstituierende Landtagssitzung am 19. Juni Insgesamt elf Arbeitstage lang wollen ÖVP, Grüne und Team Stronach verhandeln. Als Ziel-datum für ein mögliches Ende der Verhandlungen wurde der 12. Juni genannt. Die konstituie-rende Sitzung des Landtags ist für 19. Juni geplant. Das Verhandlungsklima sei "sehr konstruktiv und gut", hieß es am Donnerstagabend aus dem Büro von ÖVP-Parteichef LH-Stv. Wilfried Haslauer. Vergleichsweise leicht dürfte den drei Parteien die Frage einer neuen Ressortaufteilung fallen. Man ist sich weitgehend einig, dass die Zuständigkeiten derzeit in vielen Bereichen unnötig zersplittert sind und dass es hier einer Vereinfachung bedarf.

Strache erwägt Vorgehen gegen alte FPÖ-Spitze

24.05.2013 Wegen des Telekom-Prozesses um eine womöglich illegale Spende an die FPÖ im Jahr 2004 distanziert sich die aktuelle Parteispitze von den damaligen Entscheidungsträgern. FPÖ-Chef Strache geht noch einen Schritt weiter.

Strache will sich an Ex-FPÖ-Spitze schadlos halten.

Mit der Strache-FPÖ habe diese Telekom-Causa nachweislich nichts zu tun, sagte Parteichef Strache. Sollte die FPÖ zur Rückzahlung der 600.000 Euro verurteilt werden, will er sich an der Ex-Parteispitze schadlos halten. In der Verantwortung für den Skandal sieht Strache die damalige geschäftsführende Parteiobfrau Haubner, Bundesgeschäftsführer Eccher und den damaligen Partei-Werber Rumpold. Alle drei seien ein Jahr später zum BZÖ gewechselt (Eccher war später allerdings wieder für die Vorarlberger FPÖ tätig, Anm.), sagte Strache: "Die Vorwürfe betreffen allesamt BZÖ-Personen."
Strache deponierte jedenfalls, dass die FPÖ keinen Cent von der Telekom erhalten habe. Nicht gelten lässt er die Darstellung der Staatsanwaltschaft, die den im Gefolge des Telekom-Deals zwischen der Rumpold-Agentur und der FPÖ verhandelten Schuldenerlass als indirekte Parteispende wertet.

Im Übrigen bemühte sich Strache, die Aufmerksamkeit in dem Skandal auf die anderen Parteien zu lenken. Nicht näher bewerten wollte Strache die Rolle des damaligen Kärntner Landeshauptmannes Jörg Haider. Der hatte laut Fischers Aussage den Deal mit Rumpold im Jahr 2003 eingefädelt - also zu einer Zeit, als Strache Haider noch die Treue hielt und sich dessen Rückkehr an die FP-Spitze wünschte. Strache verwies diesbezüglich auf die später mit Haider ausgetragenen Konflikte.

Das BZÖ will die Distanzierung der FPÖ vom Telekom-Skandal nicht akzeptieren. Bündnissprecher Rainer Widmann erinnerte Strache am Freitag in einer Aussendung daran, dass dieser selbst 2004 stellvertretender FP-Obmann und somit "in Entscheidungen aller Art" eingebunden war. Tatsächlich wurde Strache am 3. Juli 2004 zum stellvertretenden FP-Obmann gewählt. Der "Generalvergleich" zwischen Rumpolds Werbeagentur und der FPÖ vom 7. Juni 2004 war zu diesem Zeitpunkt freilich bereits unter Dach und Fach.

24. Mai 2013 # Rücktritt "aus Verantwortung"

Raiffeisen International-Boss Herbert Stepic legt alle seine Funktionen zurück

zurück

Herbert Stepic, Raiffeisens "Mr. Osteuropa" und einer der profiliertesten Banker des Landes, tritt nach Turbulenzen um einen Immobilien-Deal in Asien zurück. Der 66-jährige Ex-Generaldirektor der Raiffeisen Bank International (RBI), ein Ost-Pionier der ersten Stunde in der österreichi-schen Bankenlandschaft, gilt als "Turbo" für die Auslandsexpansion der Raiffeisen Zentral-bank. 2006 wurde er zum "Europäischen Banker des Jahres" gekürt. Gestolpert ist der kunst-sinnige Manager nun über den Ankauf von drei Wohnungen in Singapur über zwei Offshore-Firmen. Stepic betonte stets und so auch heute, dass es sich bei den beiden zu den Immobi-lienkäufen eingeschalteten Firmen nicht um Offshore-Konstruktionen handelt.

"Aus Verantwortung und Verbindung zu meiner Organisation biete ich aber alle meine Funk-tionen an. Unter Umständen, die ich mir anders vorgestellt hatte, aber im Bewusstsein, das Beste gegeben zu haben." Mit diesen Worten zog Stepic heute einen Schlussstrich unter seine 40-jährige Karriere im Raiffeisen-Bankensektor, die er 1973 in der damaligen Genossen-schaftlichen Zentralbank (GZB) und späteren Raiffeisen Zentralbank (RZB) begonnen hatte.
Ab 2010 war Stepic Vorstandsvorsitzender der Raiffeisen Bank International (RBI), die aus der RZB und der damaligen Osteuropa-Bank Raiffeisen International (RI) entstanden ist. Die RI, deren Vorstandsvorsitzender er seit 2001 war, hatte Stepic 2005 erfolgreich an die Börse gebracht.

NEWS-Enthüllungen als Auslöser

Für den Banker war das Immobiliengeschäft in Singapur, das über von NEWS berichtete Daten des "Offshore-Leaks" bekanntgeworden war, aber nicht der erste Deal mit einer schiefen Optik. Die Finanzmarktaufsicht (FMA) hat bei Prüfung seines Immo-Deals in Serbien kein formelles Verfahren eingeleitet, wie ebenfalls diese Woche bekanntgeworden war. Er konnte der Aufsicht nachweisen, dass er aus der betreffenden Finanzierung ausgestiegen ist und seinen Job als CEO weiter ausüben.
Für Wirbel sorgte heuer auch sein Gehalt: Er zahlte 2 von fast 5 Mio. Euro zurück, die er vor allem wegen Cash-Zuteilungen aus einem Aktienoptionprogramm für 2012 als Gesamtbezug kassiert hätte.

Exzellentes Netzwerk

Die Ost- und Südosteuropa-Expansion ist das "Lebenswerk" des Bankers, von dem er sich nun verabschiedet. Nicht nur durch seine zahlreichen Aufenthalte in allen Ländern Zentral/ Osteuropas mit Kontakten zu den höchsten wirtschaftlichen und politischen Machthabern dieser Länder gilt er seit mehr als 20 Jahren als "Turbo" für die Auslandsexpansion. Den Grundstein für das weitreichende Netzwerk legte er schon lange vor dem Fall des Eisernen Vorhangs.

Die RBI bezeichnete er heute bei einer Pressekonferenz als "erfolgreichste Überwinderin der Krise seit 2008 mit einer "Pionierrolle im Transformationsprozess in Osteuropa". Er selbst sei "oft an Grenzen gegangen, auch physisch. Seit 30 Jahren habe ich mindestens einen 14-Stunden-Arbeitstag".

Zu den vielen Auszeichnungen, die Stepic erhielt, zählen unter anderem "Mann des Jahres" (WU Wien bzw. "trend" im Jahr 2005) und "European Banker of the Year" (2006).

In Osteuropa tätig ist auch die von ihm gegründete "H. Stepic CEE Charity" - ein gemein-nütziger Verein, der vor allem Kinder, Jugendliche und Frauen unterstützt und unter anderem Waisenhäuser und Behindertenheime für Kinder baut.

Passionierter Kunstsammler

Abseits der Bankgeschäfte gilt seine Leidenschaft der afrikanischen Kunst. Im Jahr 2011 wurden rund 200 Exponate seiner rund 400 Objekte umfassenden Sammlung afrikanischer Stammeskunst im Bank Austria Kunstforum der Öffentlichkeit präsentiert. Für Stepic, der die Schau als Privatmann organisierte, "eine Herzensangelegenheit", wie er damals erklärt hatte.

Das Engagement von Stepic in Osteuropa würdigte Walter Rothensteiner, heute RBI-Aufsichtsratschef und Raiffeisen-Generalanwalt und damals RZB-Chef und RI-Aufsichtsratspräsident anlässlich des 60. Geburtstages von Stepic folgendermaßen: "Ohne den Pioniergeist von Herbert Stepic wären der RZB-Konzern und die Raiffeisen Bankengruppe nicht zu dem geworden, was sie heute sind: Eine führende Bank in Zentral- und Osteuropa und eine anerkannte Marke in der internationalen Finanzwelt."

Seit 1973 bei Raiffeisen

Stepic, am 31. Dezember 1946 inWien geboren, trat nach Studium und Promotion zum Doktor der Handelswissenschaften und nach einem Jahr in der Privatindustrie 1973 in die GZB ein. In den ersten Jahren baute er die Abteilung für Außenhandel der GZB auf und war gleichzeitig Geschäftsführer des internationalen Handelshauses und GZB-Tochtergesellschaft F.J. Elsner.

Ab 1978 entwickelte Stepic das internationale Korrespondenzbanken-Netzwerk der GZB und trug damit wesentlich zur Internationalisierung der Bank bei. Zum Mitglied des Vorstandes der GZB, die dann 1989 in RZB umbenannt wurde, wurde Herbert Stepic 1987. Ab diesem Zeitpunkt widmete er sich schwerpunktmäßig dem Aufbau des Osteuropa-Netzwerkes, das 1986 in Ungarn seinen Anfang nahm. Daraus entwickelte sich im Laufe der Zeit die Raiffeisen International, die dann in die Raiffeisen Bank International mündete. 1995 wurde Stepic zum stellvertretenden Vorstandsvorsitzenden der RZB sowie 2001 zum Vorstandsvorsitzenden der Raiffeisen International bestellt.

Team Stronach Freitag, 24. Mai 2013

Frank Stronachs „Wecker“

Hary Raithofer weckte einst die Ö3-Hörer und soll nun Partei-Kommunikation beleben

Frank Stronach hat wieder einmal einen neuen Berater: Der ehemalige Ö3-Moderator Hary Raithofer, der mittlerweile als Berater für Kommunikation und Werbung tätig ist und bei der Austrian Airlines Fokker-Maschinen fliegt, soll das Beraterteam Stronachs verstärken. Zahlreiche andere Berater, wie der umtriebige einstige Eurofighter-Volksbegehrer Rudolf Fußi und der Westbahn-Mitgründer Stefan Wehinger haben nach Turbulenzen um das Team Stronach Tirol, bereits das Handtuch geworfen. Stronach selbst kritisierte unterdessen die Gewerkschaften.
Wie der „Kurier“ berichtet, steht nun offenbar Hary Raithofer beim Team Stronach ante portas. Er soll als Berater in Sachen Werbung und Kommunikation tätig werden. Eine politische Karriere ist hingegen offenbar nicht geplant. Doch damit soll der Beraterstab des Austrokanadiers keinesfalls vollständig sein, denn der „Kurier“ berichtet auch von Gerüchten, dass Stefan Petzner möglicherweise schon bald vom BZÖ in das Wahlkampfteam von Stronach wechselt.

Stronach legt sich mit Gewerkschaften an

Frank Stronach legt sich mit den Gewerkschaften an. In der "Kronen-Zeitung" (Freitag-Ausgabe) hält der austro-kanadische Milliardär die Arbeitnehmervertretung für nicht mehr notwendig und sein Klubobmann Robert Lugar konkretisiert: "Wir brauchen die Gewerkschaften nicht, sie blockieren doch alles." Der Vorsitzende der Fraktion Sozialdemokratischer GewerkschafterInnen (FSG) im ÖGB, Wolfgang Katzian, sieht darin autoritäre Ansagen, die die Gewerkschaft in ihrem Einsatz für Demokratie und Freiheit bestärken. SPÖ-Bundesgeschäftsführer Norbert Darabos sieht sich in seiner Auffassung bestätigt, dass mit Stronach "kein Staat zu machen ist".

"Keine Regierung, keine Gewerkschaft kann Arbeitsplätze garantieren. Die beste Garantie für Arbeitsplätze ist, wenn Management und Mitarbeiter gut zusammenarbeiten", zitiert die "Kronen-Zeitung" Stronach. Lugar erläutert diese Aussagen: "Frank sieht das so: Die Gewerkschaften brauchen wir nicht - er sorgte ja als Unternehmer immer selbst gut für seine Mitarbeiter." Der Klubobmann will die Gewerkschaften zwar "nicht verbieten, aber zurückstutzen".

Für Darabos verdeutlichen die Angriffe Stronachs auf die Gewerkschaften dessen "arbeitnehmerfeindliche Gesinnung". Der SPÖ-Bundesgeschäftsführer erwartet sich auch eine klare Distanzierung von ÖVP und Grünen, von den Attacken Stronachs auf die Gewerkschaften. In Salzburg verhandeln ja derzeit diese beiden Parteien mit dem Team Stronach über eine künftige Koalition.

Differenzen innerhalb des Team Stronach

Das Team Stronach ist sich bezüglich der Einschätzung der Gewerkschaften offensichtlich nicht einig. Während Frank Stronach und sein Klubobmann Robert Lugar der Auffassung sind, dass man die Arbeitnehmervertretung nicht brauche, bezeichnete der Salzburger Obmann des Teams, Hans Mayr, die Gewerkschaften des ÖGB als "wichtige Säulen unserer demokratischen Ordnung". "Die tagtägliche Arbeit von ÖGB, Gewerkschaften, BetriebsrätInnen, PersonalvertreterInnen und JugendvertrauensrätInnen hat mit dazu beigetragen, unserem Land Wohlstand und sozialen Frieden zu bringen", stellte Mayr in einer Aussendung fest.

Betriebliche Mitbestimmung hält Mayr für "wichtige Grundpfeiler unserer Gesellschaft. Daran ist nicht zu rütteln". Gleichzeitig stellte aber auch klar, das Kritik an einzelnen Vertretern der Gewerkschaften und katastrophalen Fehlentwicklungen wie Konsum und BAWAG möglich sein müssten. Stronach hatte laut Lugar argumentiert, dass er die Arbeitnehmervertretung nicht brauche, weil er ja als Unternehmer immer selbst gut für seine Mitarbeiter gesorgt habe.

Neben ÖGB und SPÖ übten auch Grüne und Freiheitliche Arbeitnehmer heftige Kritik an den Aussagen Stronachs. Der Grüne Sozialsprecher Karl Öllinger meinte, es sei nichts Neues, dass Stronach Probleme mit der Demokratie habe. "Dass er jetzt schon bestimmen will, wer am demokratischen Prozess teilhaben darf und wer nicht, ist aber eine erschreckend neue Dimension." Der Bundesobmann der Freiheitlichen Arbeitnehmer, Bernhard Rösch, bezeichnete Stronach als "Arbeitnehmerfeind schlechthin".

Hypokrit Alpe-Adria

Über das rotschwarze Versagen in der einstigen Haider-Hypo.

Die Hypokrits regieren die Hypo Alpe-Adria. Schon unter Jörg Haider spielte die Heuchelei in der Kärntner Landesbank eine große Rolle. Geldverteilen statt Geldverdienen: Das war die Devise. Parteien, Berater und politiknahe Günstlinge kassierten ohne Ende – und alle auf Rechnung des Steuerzahlers. -

Die Bankverstaatlichung Ende 2009 beendete zwar die blau-orange Hypo-Hegemonie. Doch die rotschwarze Kontrolle über die einstige Haider-Hypo hat an der Scheinheiligkeit der Entscheidungsträger nichts geändert. -

Das großkoalitionäre Mikado von Werner Faymann und Maria Fekter führt Österreich in ein Finanzfiasko. Die späte Reaktion auf die Vorgaben von Brüssel sind ein aktuelles Beispiel. Die Entscheidungsschwäche im Finanzministerium wird hier besonders deutlich. 2008 bettelte die Hypo erstmals um Staatshilfe. Seither ist bekannt, dass die EU 2013 Ergebnisse sehen will: Von der schrittweisen Abwicklung bis zum Abverkauf, alles wäre möglich. Leider auch das für Österreich typische Herumwurschteln, das die Hypo zum Fass ohne Boden machte. Genau das wollte Brüssel mit der Fünf-Jahres-Frist verhindern. Dass die letzten drei VP-Finanzminister das nicht kapiert haben, ist eine Schande.

Dass Kanzler Faymann Fekters Staatsbanken-Chaos ignoriert, ist politisches Kalkül. Wieso soll er im Wahljahr den politischen Gegner unterstützen?!

Leider geben auch in der Regierung die Hypokriten den Ton an – wie der Umgang mit Milliardengrab Alpe-Adria beweist: mit nicht zu überbiender Heuchelei die Verschleuderung von Vokes Vermögen in allen Bereichen erfolgreich zu verdecken ***s. auch AMTSGEHEIMNIS !***

24. 05. 2013 # Die Alpe-Adria-Amigos von Tilo Berlin

Warum gegen Amigos rund um Tilo Berlin jetzt ein Finanzstrafverfahren anhängig ist.

Die Justiz sitzt prominenten Hypo-Investoren wie **Veit Sorger** im Nacken, da sie keine Spekulationssteuern abgeführt haben sollen.

Tadellos war sein Ruf. Als Präsident der Industriellenvereinigung beeinflusste Veit Sorger die Finanz- und Wirtschaftspolitik Österreichs. Als Boss des Papierriesen Frantschach schaffte er Jobs und zahlte hohe Steuern. Auf seinen Rat hörten frühere Finanzminister, wie etwa **Karl-Heinz Grasser, Wilhelm Molterer und Josef Pröll.** Grasser setzte Sorger 2002 in den Aufsichtsrat der Staatsholding ÖIAG (Telekom, Post, OMV), Molterer kürte ihn 2008 zum Präsidenten der republikeigenen Auffanggesellschaft Fimbag, die die Anteile an den notverstaatlichten Banken Hypo Alpe-Adria, Kommunalkredit und ÖVAG verwaltet.

Doch die Reputation des 70-jährigen Steirers leidet nun. Nach FORMAT exklusiv vorliegenden Berichten aus dem Hypo-Finanzstrafverfahren (Aktenzahl: 10 St 186/12t) ermittelt die Staatsanwaltschaft gegen **Veit Sorger.** Mit Unterstützung des deutschen Finanzberaters Tilo Berlin soll er mehrere hunderttausend Euro Steuern nicht bezahlt haben. Im Kern geht es um nicht versteuerte Spekulationsgewinne aus einem Investment bei der Hypo Alpe-Adria.

Verschleierte Profite -

Veit Sorger und 25 weitere Personen werden in der acht Seiten schlanken „Anordnung der Beweiseaufnahme“ vom 4. März 2013 als Beschuldigte aufgelistet. Ein von Tilo Berlin konstruiertes „*Genussschein-Modell zum Erwerb von Anteilen an der Hypo Alpe-Adria Bank*“ soll Sorger und Co dabei geholfen haben, „*ihre aus diesen Investments resultierenden österreichischen Abgabenpflichten (Spekulationsgewinne) zu verschleiern“. Es bestehe der Verdacht, dass „vertragliche Auszahlungsbestimmungen für Investitions-Erträge so gestaltet wurden, (...) um die Abgabenpflicht der Investoren zu umgehen*“. Konkret soll „*die Verfügungsmöglichkeit der Investoren über ihre Spekulationsgewinne bewusst über die 12-Monatsfrist gestreckt*“ worden sein, um die damals fällige Spekulationssteuer von 50 Prozent zu vermeiden. Strafrechtlich relevantes Verhalten weist Veit Sorger gegenüber FORMAT zurück. -

Die aktuellen Troubles entstanden vor sechs Jahren. Die Investorengruppe rund um Tilo Berlin stieg in drei Etappen von Dezember 2006 bis Juni 2007 über die Luxemburger Berlin und Co Capital (BCC) bei der Hypo Alpe-Adria ein. Die Gruppe zahlte in drei Tranchen 640 Millionen Euro für 25,1 Prozent an der Bank und verkaufte die Anteile sehr rasch an die BayernLB. „*Die BCC war somit eine reine Zweckgesellschaft und wurde lediglich zwischengeschaltet*“, heißt es in einem „Anfallsbericht“ des Finanzamts an die Staatsanwaltschaft vom 13. September 2012. „*Binnen weniger Monate wurde ein Gewinn von rund 175 Millionen Euro erzielt.*“ -

Der saftige Profit wäre in Österreich zu versteuern gewesen, meint die Finanz. Alle Austroinvestoren, darunter Sorger, der Spediteur Paul Senger-Weiss oder Ex-Mayr-Melnhof-Boss Michael Gröller, sollen das laut Akt gewusst haben. Ein bei einer Razzia bei Berlin sichergestellter BCC-Brief an alle Investoren lässt das vermuten. Dort schilderte Berlin schwarz auf weiß, dass der im Mai 2007 besiegelte Deal mit den Bayern früher als erwartet abgeschlossen werden konnte. Darum sei die Abwicklung noch Herbst 2007 möglich, schreibt Berlin.

„*In diesem Schreiben wurde den Anteilsscheinzeichnern die Möglichkeit geboten, erst ab Mitte 2008 auszusteigen, um die einjährige Spekulationsfrist zu umgehen*“, *heißt es im „Anfallsbericht“ vom 13. September 2012. „Dabei mussten sie sich eindeutig mittels Unterschrift deklarieren, ob sie an der Abschichtung teilnehmen oder nicht. Daraus ergibt sich, dass die einzelnen Genussscheinzeichner die Möglichkeit hatten, sich ihren Gewinnanteil - oder zumindest einen Großteil davon auszahlen zu lassen.*“ Aus Sicht der Finanz steht somit fest: „*Damit haben sie über ihren Anteil verfügt und dieser gilt somit steuerlich als zugeflossen.*“ Darum sei auch Spekulationssteuer fällig. Die Höhe der Steuernachzahlung wird noch berechnet. Bei einer Anklage wegen Abgabenhinterziehung droht eine Geldstrafe von bis zu 200 Prozent des Verkürzungsbetrags. Auch Freiheitsstrafen sind möglich. Zuvor muss der Unabhängige Finanzsenat die Hypo-Causa beurteilen. Das soll noch heuer geschehen

Die Selbstanzeige -

Die Mitglieder der Familie Gröller sind schon jetzt einsichtig. Sie waren die einzigen, die sich bei der Finanz gemeldet haben: „Die privaten Investoren Elisabeth, Michael und Heinrich Gröller haben bezüglich der Nichtversteuerung ihrer Spekulationsgewinne jeweils eine Selbstanzeige erstattet.“ Selbstanzeigen wirken strafbefreiend. Ob die Meldung rechtzeitig war, wird noch geprüft. -

Die Selbstanzeige des Gröller-Clans bringt Veit Sorger nun gegenüber der Finanzbehörde unter Druck. Immerhin gibt es zwischen ihm und Michael Gröller brisante Parallelen. Laut Akt sind sie die einzigen Privatinvestoren, die nicht nur im Dezember 2006 Genussscheine gezeichnet haben, sondern auch bei der dritten Tranche im Juni 2007 dabei waren – und zwar mit jeweils eine Million Euro. Warum das außergewöhnlich ist? „*Der Verkauf an die Bayern-LB erfolgte am 22. Mai 2007. Das Closing war am 9. Oktober 2007*“, steht im „Anfallsbericht“. Zudem war die dritte Tranche „*über einen Kredit durch die BayernLB von 310 Millionen Euro*“ großteils ausfinanziert. Im Klartext: Als Käufer, Kaufpreis und Kreditfinanzierung feststanden, durften Sorger und Gröller einsteigen. Die so investierte Million brachte ihn in nur fünf Monaten rund 540.000 Euro Gewinn. -

Die bei einer Razzia sichergestellten Skandalprosa von Tilo Berlin (Titel: „Der Deal“) beschreibt die Welt der Alpe-Adria-Amigos. Der topvernetzte Gröller wurde von Berlin früh „mit der Hypo-Idee“ konfrontiert und fand das Konzept toll.

wer wissen will, was hier in Europa angesichts des Schulden-Chaos auf uns zukommt, der sollte jetzt einen Blick auf die USA werfen. Es ist erschreckend …

Erinnern Sie sich noch? Als im März diesen Jahres sich Demokraten und Republikaner nicht über die Höhe neuer Schulden einigen konnten , trat eine Art von Ausgabensperre in Kraft – mit radikalen Kürzungen in weiten Teilen der öffentlichen Lebens. Doch seither hat man nichts davon gehört. „Doch nicht so schlimm?“, fragten sich viele.

Jetzt werden die ersten Folgen sichtbar:

- Ausgabebegrenzung zeigt jetzt ihr hässliches Gesicht – und das mit Macht. 85 Milliarden Dollar werden allein bis Ende September 2013 eingespart. „Das entspricht in etwa dem gesamten öster-reichischen Budget“, rechnete in dieser Woche „Spiegel online“ vor: „innerhalb eines halben Jahres sparen die USA also quasi einmal Österreich ein, Hunderttausende Jobs stehen auf dem Spiel … Bis zum Jahr 2021 sollen insgesamt 1,2 Billionen Dollar gestrichen werden.“

- Rund 650.000 zivile Angestellte des US-Verteidigungsministeriums müssen einen elftägigen unbezahlten Sonderurlaub antreten. Der Staat schickt seinen eigenen Angestellten nach Hause, weil er sie nicht mehr bezahlen kann!
  Die Sozialprogramme werden radikal gekürzt. Für zahlreiche Kinder aus armen Familien gibt es keine Mittagsverpflegung und keine kostenlose ärztliche Betreuung mehr.

Und das ist erst der Anfang … Das sind typische Auswirkungen wie sie auch bei einer deflationären Abwärts-spirale auftreten. Diese Spirale wird in Europa schon bald an Fahrt aufnehmen. In Griechenland muss die Bevölkerung bereits mit brutalen Sparmaßnahmen ums finanzielle Überleben kämpfen. Leistungen der öffentlichen Hand werden brutal zusammengestrichen … Bald ist es in Ländern wie Italien, Spanien und Frankreich so weit. Dann wird auch in Europa ein Sparkurs absolut unumgänglich sein, der das Leben in vielen Ländern abwürgt.

Koalition in Salzburg: **Grüne haben Jobs zu vergeben**

25.05.2013 - 10:19 |Sekretäre für Regierungsbüros und Klub, Aufsichtsräte in landeseigenen Betrieben: Die Salzburger Grünen haben jetzt viele Jobs zu vergeben. Eine gänzlich neuen Situation.

Die Grüne Landessprecherin Astrid Rössler.

Salzburgs Grüne stehen vor einer gänzlich neuen Situation: Sie haben künftig Klubstatus, sind mit sieben statt zwei Sitzen im Landtag vertreten - und sie dürften schon bald Regierungsämter ausüben.

Die Grünen haben also auf einmal Posten zu verteilen - in den Regierungsbüros und im Klub. Überdies entscheiden sie künftig in einer Landesregierung mit, wer in Aufsichtsräte von Unternehmen einzieht, die dem Land gehören oder an denen das Land beteiligt ist.

Wie wollen die Grünen die neuen Posten in Regierungsbüros besetzen? Jedenfalls nicht nach Parteimitgliedschaft, sagt Parteigeschäftsführer Rudi Hemetsberger. "Die müssen nach der Qualifikation besetzt werden. Das müssen nicht Bewerber sein, die aus der grünen Partei kommen. Ich glaube, im Land gibt es viele gut qualifizierte Menschen, die dafür infrage kommen", sagt Hemetsberger.

Erfahrungen bei der Personalsuche haben die Grünen in Tirol und Kärnten schon gesammelt. "Es ist eine Herausforderung", sagt Gebi Mair, Klubobmann der Tiroler Grünen, die jetzt mit zwei Sitzen in der Landesregierung vertreten sind. "Wir hatten das noch nie." Bei der Postensuche gehe man "ganz transparent" vor. Sekretärinnenposten würden normal ausgeschrieben. Bei den politischen Sekretären und anderen Posten wolle man sparsam vorgehen. "Es braucht nicht jeder Landesrat einen Pressesprecher. Es gibt ohnehin die Abteilung Öffentlichkeitsarbeit vom Land." Auch das Entsenden von Vertretern in Aufsichtsräte von Unternehmen mit Landesbeteiligung sei kein Problem, sagt Mair. "Wir werden schauen, dass das möglichst Experten sind und nicht Politiker."

In Kärnten, wo die Grünen von zwei auf fünf Mandate zulegten und einen Platz in der Regierung eroberten, sind drei der fünf Sitze mit Neopolitikern besetzt, die noch kein gewähltes Mandat (etwa in einer Gemeinde) ausgeübt hatten. Das Büro von Landesrat Rolf Holub kann sieben Mitarbeiter plus drei Kräfte aus der Verwaltung aufnehmen. Im Landtagsklub sind es fünf Stellen, Ausschreibungen laufen, etwa für Juristen und Betriebswirte. Dazu kommen Aufsichtsratsposten in "unzähligen Landesbeteiligungen", sagt Holubs Sprecher Fabian Rauber. Bei den größeren Beteiligungen wie der Energiegesellschaft Kelag oder den Landeskrankenanstalten sei das kein Problem. "Wir besetzen das nicht nur mit Parteigängern, sondern auch mit externen Experten, die uns helfen." Schwieriger sei es bei kleineren Funktionen, wie beispielsweise den Bezirksschulräten. Da gelinge es nicht immer "auf die Schnelle jemand aufzutreiben", heißt es bei den Kärntner Grünen.

Die größte Herausforderung für die Grünen in Salzburg dürfte aber nicht die Personalsuche, sondern die Opposition sein. Das glauben politische Beobachter wie der Politologe Reinhard Heinisch. Die Grünen müssten künftig auch über Einsparungen mitentscheiden - etwa im sozialen Bereich oder bei der Gesundheit. Mit einer SPÖ in der Opposition statt in der Regierung würden die Grünen da künftig verwundbar, sagt Heinisch.

Sonntag, 26. Mai 2013 # ÖVP bremst bei Bankenabgabe

VP-Finanzsprecher gegen unbefristete Verlängerung: "Banken nicht dreifach belasten" VP-Finanzsprecher Günter Stummvoll zeigt sich skeptisch gegenüber der Forderung von Bundeskanzler Werner Faymann, die Bankenabgabe unbefristet zu verlängern und die Banken damit für den Schaden aufkommen zu lassen, der durch die Notverstaatlichung der Kärntner Hypo Alpe Adria Bank entsteht. Stummvoll sieht den Vorschlag Faymanns durch den Wahlkampf motiviert, wie er am Sonntag im Ö1-Morgenjournal sagte. Das Finanzministerium warnte gleichzeitig davor, "Horrorzahlen" an die Wand zu malen. Man könne die von Fayman genannten Zahlen derzeit weder bestätigen noch kommentieren.

"Es ist sicher richtig, darüber nachzudenken, was die Banken beitragen können zur Bankenkrise. Aber man kann nicht sagen, die Banken sollen dreifach belastet werden. Das ist nicht klug", meinte Stummvoll. Bevor man über eine unbefristete Verlängerung der Bankenabgabe verhandeln könne, müsse man abwarten wie sich die Finanztransaktionssteuer (FTS) und die geplanten strengeren Eigenkapitalvorschriften (Basel III) auswirken werden. Ob sich ein etwaiger Beschluss noch vor der Nationalratswahl zeitlich noch ausgehen werde, werde man sehen.

Faymann geht wie berichtet davon aus, dass die Republik für 4 bis 7 Mrd. Euro an Haftungen für die notverstaatlichte Hypo Alpe-Adria wird geradestehen müssen. Knapp 9 Mrd. Euro will Faymann bis zum Jahr 2019 von den Geldinstituten eintreiben.

Das Finanzministerium warnt laut "Kurier" und "Kronenzeitung" (jeweils in den Sonntagsausgabe) Faymann davor, "Horrorzahlen" zu nennen. Das sei "kontraproduktiv und gefährlich". Derartige Zahlen könne das Ministerium derzeit weder bestätigen noch kommentieren. Jetzt sei entscheidend, die Bank in ruhige Gewässer zu bringen und die Gespräche mit der EU nicht zu gefährden und damit "dem Finanzplatz Österreich finanziellen Schaden zuzufügen".

Das Ministerium betont, dass ein Drittel der Haftungen des Landes Kärnten und ein Drittel der Hochrisikogeschäfte der Bank bereits abgebaut werden konnte. Jetzt gelte es, "kühlen Kopf zu bewahren, den Schaden zu minimieren und eine nachhaltige, steuergeldschonende Lösung zu finden".

Die Grünen begrüßen laut "Kurier" den Faymann-Vorschlag, die Bankenabgabe für einige Jahre zu verlängern, als "wichtig und richtig". "Der Finanzsektor muss abzahlen, was er an Kosten verursacht hat", wird der stellvertretende Bundessprecher Werner Kogler zitiert. Er fordert, die Verlängerung der Bankensteuer noch vor der Wahl im September zu beschließen.

FPÖ-Generalsekretär Harald Vilimsky erklärte am Samstag, dass die Regierung den Geschäftsbanken "das Zocken" verbieten sollte.

"Der Faymann-Vorstoß, die Bankensteuer zu verlängern um damit das Hypo Alpe Adria-Desaster zu finanzieren, ist strikt abzulehnen", so der niederösterreichische Landeshauptmann-Stellvertreter Wolfgang Sobotka am Sonntag in einer Presseaussendung. Der Vorstoß sei ein "Paradebeispiel sozialistischer Umverteilungsfantasien". Denn letztlich seien es die vielen Bankkunden, die für die Bankensteuer aufkommen müssten. Sobotka fordert Finanzministerin Maria Fekter (V) auf, entschieden gegen die Ideen von Faymann aufzutreten. "Die populistischen Wahlkampftöne Faymanns schaden dem Finanzplatz und Wirtschaftsstandort Österreich massiv", so Sobotka.

Hans Mayr: "Wir sind kalkulierbar"

26.05.2013 | 18:17 **Man arbeite in Salzburg solide, sagt Team Stronachs Landesparteichef Mayr in Richtung des möglichen Koalitionspartners. Ein "Presse"-Interview.**

Die Presse: Frank Stronach will die Gewerkschaften abschaffen, Sie sehen in der Sozialpartnerschaft eine Säule der demokratischen Ordnung und äußern das auch laut. Hatten Sie schon einen erbosten Anruf von Ihrem Parteichef?

Hans Mayr: Nein. Ich habe meine Vorgangsweise vorher mit ihm abgestimmt und ihm gesagt, dass ich da anderer Meinung bin. Im Übrigen stellt auch er die Sozialpartnerschaft nicht infrage. Frank Stronach sagt, dass das System überdacht werden soll, weil es Fehlentwicklungen gibt.

Wie sind Sie eigentlich auf das Team Stronach gekommen?

Ich bin angerufen worden. Es war ja kein Geheimnis, dass ich überlegt hatte, in Goldegg nicht mehr mit der ÖVP, sondern mit einer Namensliste anzutreten.

Und Sie haben sofort zugesagt?

Ich habe Himmel, Hölle und Fegefeuer durchgemacht, bevor ich mich entschieden habe. Die Aufgabe, etwas völlig Neues aufzubauen, ein Team zu finden und den Wahlkampf zu organisieren, hat mich sehr gereizt. Ich bin ein Machertyp. Ich musste meine politischen Grundwerte nicht ändern, weil die ÖVP und das Team Stronach nicht meilenweit voneinander entfernt sind.

Wo stehen Sie politisch?

Mir sind traditionelle Werte wie Familie, christlicher Glaube, Beständigkeit und Nachhaltigkeit wichtig. Ich habe eine sehr große grüne Ader und ich weiß, dass das einzig Beständige in unserer Zeit die Veränderung ist.

Die Skepsis der Grünen gegenüber einer Zusammenarbeit mit Ihrer Partei ist groß.

Ich verstehe die Sorgen der Grünen, aber ich halte sie für unbegründet. Das Team Stronach ist eine völlig neue Partei, die ihren Weg finden muss. Es wurden natürlich auch Fehler gemacht, das kann man nicht weg-wischen. Aber wir in Salzburg sind kalkulierbar. Es hat bei uns keine Umreihungen, keine Rauswürfe, keine Probleme gegeben. Wir arbeiten sehr solide und haben uns gut vorbereitet.

Wie gut können Sie mit den Grünen?

Ich schätze Astrid Rössler ob ihrer Sachlichkeit, ihres Weitblicks. Sie schaut über den Tellerrand hinaus. Sie ist aber auch zu Kompromissen bereit.

Und mit Wilfried Haslauer? Immerhin sind Sie ja erst vor Kurzem aus der ÖVP ausgetreten?

Es hat zwischen uns zwei einschneidende Momente gegeben: jenen, als ich im Pongau nicht Bezirksobmann wurde und jenen, als ich aus der Partei ausgetreten bin. Aber wir haben eine gute Basis gefunden. Unser Blick ist nach vorn gerichtet, nicht nach hinten. Ideologisch ist viel Gemeinsames da.

Einer Ihrer Mitstreiter, Helmut Naderer, hat eine Vergangenheit bei FPÖ und BZÖ. Wie rechts ist er?

Helmut Naderer ist von seiner Grundideologie bürgerlich. Wäre er am rechten Rand, wäre er für mich nicht infrage gekommen. Sollte ich in die Regierung gehen, wird er Klubobmann.

Kommt die Variante, dass das Team Stronach keinen Regierungssitz übernimmt, sondern den Landtagspräsidenten stellt, für Sie infrage?

Wir sind in Regierungsverhandlungen. Es ist davon auszugehen, dass wir einen Regierungssitz beanspruchen.

Wie laufen die Koalitionsverhandlungen?

Überraschend gut. Wir haben in zwei Tagen unser Arbeitsprogramm nach Plan abgearbeitet. Es gab natürlich auch gegensätzliche Positionen. Es ist ein Geben und Nehmen, das von gegenseitigem Respekt getragen ist.

Was muss ins Arbeitsübereinkommen, damit man die Handschrift des Teams Stronach erkennt?

Mehr Bürgerbeteiligung, leistbares Wohnen und ein neues Miteinander in der Politik. Wir wollen Foren schaffen, wo sich die Bürger einbringen können.

27. 05. 2013 Kärnten: Das Erbe der FPK ist schlimmer als befürchtet

Drei Monate nach der Abwahl der FPK-Regierung tauchen immer mehr Belege dafür auf, wie scham-los die Freiheitlichen in die Landeskassa griffen. Kärnten stehe „am Rande des Abgrunds“, sagt Landeshauptmann Peter Kaiser im profil-Interview.

Da drüben, vor dem Klagenfurter Rathaus, stand damals die Rednertribüne. Von da hinten, durch die Bahnhofstraße, marschieren fast 10.000 Demonstranten an. Und dort, wo der Cafétier gerade seine Tische in den sonnigen Vormittag räumt, stand damals der ORF-Übertragungswagen. Ein Dutzend wutschnaubender FPÖ-Anhänger wollte ihn umwerfen, die Reporter und Techniker entkamen dem Mob mit knapper Not. -

Es war der Abend des 19. Juni 1991, der Kärntner Landtag hatte mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP Jörg Haider soeben wegen dessen Lobpreisung der „ordentlichen Beschäftigungspolitik“ der Nationalsozialisten als Landeshauptmann abgewählt. -

Der profil-Berichterstatter war damals mit dem von den Freiheitlichen organisierten Sonderzug von Villach nach Klagenfurt mitgereist. In seinem Abteil wurde von einigen FPÖ-Kämpen heftig das Gerücht diskutiert, Hugo Portisch sei in Wahrheit ein illegitimer Sohn Simon Wiesenthals, also „a Jud’“ -.

+++ „Kärnten stand vor dem Zusammenbruch“ - Landeshauptmann Peter Kaiser im Interview +++ -

Erst 22 Jahre später dürfte dieser Spuk endgültig vorbei sein. Jörg Haider ist seit 2008 tot, seine Partei wurde am 3. März von einer wütenden Wählerschaft aus dem Amt gejagt: Minus 26 Prozentpunkte – das gab es noch nie in Österreichs Geschichte. Zurück bleibt ein schwer geprüftes Land. Kärnten hat die höchsten Schulden, die geringste Kaufkraft, die schwächste Wirtschaftsdynamik und eine besorgniserregende Demografie: Als einziges Bundesland verliert es an Bevölkerung. -

Mitte kommender Woche will Finanzlandesrätin Gaby Schaunig das Ergebnis ihres „Kassasturzes“ vorlegen, und erste Gerüchte verheißen nichts Gutes. Die „Presse“ mutmaßte

vergangene Woche schon, der Schuldenstand könnte sogar die Vier-Milliarden-Marke durchbrechen. Die Lage dürfte – abgesehen von der Höhe der Schulden – ernster sein als erwartet, weil die Dörfler-Mannschaft mehr langfristige Verpflichtungen eingegangen ist, als bisher bekannt war. Der Spielraum der neuen Koalition aus SPÖ, ÖVP und Grünen wird damit noch enger. -

Bis 2021 muss das Land zwölf Millionen Euro für das kaum genutzte Wörthersee-Stadion zuzahlen, das für die Fußball-EM 2008 auf heftiges Betreiben Jörg Haiders hypertroph auf 32.000 Zuschauer ausgelegt wurde. Bespielt wird es heute von Austria Klagenfurt; die Mannschaft rangiert derzeit auf Rang acht der Regionalliga Mitte. Durchschnittlich verloren sich im Stadion-Rund bei einem Heimspiel dieser Saison laut Liga-Statistik 669 Zuschauer. Auslastungsgrad 2,1 Prozent – das ist für ein Fußballstadion dieser Größe wohl negativer Weltrekord. Anders gerechnet: Bei 20 Spieltagen subventioniert das Land jedes Match mit 75.000 Euro. -

Nicht viel billiger kommt Kärnten auch die Seebühne Klagenfurt – eine weitere Idee des tödlich verunglückten Landeshauptmanns. Als Kulturlandesrat Wolfgang Waldner (ÖVP) das Objekt bei seinem Amtsantritt übernahm, fiel er aus allen Wolken: 645.000 Euro jährlich muss er aus seinem schmalen Kulturbudget für die nur an elf Tagen im Jahr bespielte Seebühne lockermachen. Die einzelnen Veranstaltungen wurden von Waldners Vorgänger Harald Dobernig (FPK) noch gesondert subventioniert. Die vorjährige „Starnacht am Wörthersee“ etwa bekam 200.000 Euro zugeschossen, der Auftritt des Nockalm-Quintetts wurde mit vergleichsweise bescheidenen 45.000 Euro unterstützt – so viel nimmt die Seebühne übrigens in einem Jahr ein. -

Nach dem Kassasturz will Waldner den mit Vertretern der Stadt und des Landes besetzten Bühnenausschuss zusammentrommeln und über das weitere Vorgehen entscheiden. Nicht ausgeschlossen, dass die Anlage einfach demontiert wird. -

In manchen Jahren hatte die Problembühne bis zu fünf Millionen Euro Verlust erwirtschaftet. Wichtigster Geldgeber war, wie bei den meisten Haider-Projekten, die Hypo Alpe-Adria: Der Landeshauptmann bediente sich nach Belieben aus den Hypo-Kassen, im reinen Bewusstsein, er habe die Bank erst richtig groß gemacht. Denn immer wieder hatte die Kärntner Politik die übernommenen Haftungen für die Landesbank aufgedoppelt und damit der Hypo zu billigem Geld verholfen. -

„Kärnten wird reich.“ -

Als sich die EU anschickte, diese Praktiken abzustellen, wurden auf Betreiben Haiders flugs noch weitere fünf Milliarden an Haftungen übernommen. Über das damit verbundene Risiko ging man mit großer Geste hinweg. 2006 belief sich die vom Land übernommene Haftungssumme auf 24,7 Milliarden Euro – das sind zwölf Jahresbudgets des Landes Kärnten oder ein Drittel eines Bundesbudgets. 2007 wurde die Hypo zwar an die Bayern LB verkauft, die Haftungen blieben aber beim Land. „Kärnten wird reich. Kärnten ist und bleibt auf Zukunftskurs“, posaunte Haider am Tag des Verkaufs, aus den „Querulanten“ spreche nur der blanke Neid: „Wir werden das Geld für künftige Generationen anlegen.“ -

Ein bitterer Scherz, denn schon damals stand die Hypo und damit das Land Kärnten am Abgrund. Die Bank hatte sich wegen der bequemen Landeshaftungen zu immer riskanteren Kreditgeschäften hinreißen lassen. Heute sitzt sie auf elf Milliarden Euro an faulen Krediten; das ist etwa die Hälfte der ausstehenden Kreditsumme. -

Die Bayern hatten schon 2009 gedroht, die Hypo pleitegehen zu lassen. In einer dramatischen Nachtsitzung in Wien einigten sich damals Bund und Land Kärnten auf die Notverstaatlichung der Bank. Die Freiheitlichen reagierten noch vor dem Sitzungssaal gewohnt frech: Landeshauptmann Dörfler rühmte das Verhandlungsgeschick der Kärntner Delegation und fuhr nach Klagenfurt, um wieder Hunderter aus der Handkassa zu verteilen. Heute versucht die Strache-FPÖ sich abzuputzen, indem sie sickern lässt, der damalige Finanzminister Josef Pröll (ÖVP) habe die Bayern-Landesbank ja nur deshalb von der Last der maroden Hypo befreit, weil er seinen Parteifreunden von der CSU helfen wollte. Das ist empörender Unsinn: Wäre die Hypo 2009 tatsächlich pleitegegangen, hätte das Bayern rund drei, Österreich wegen der hohen Haftungen Kärntens aber 20 Milliarden gekostet.

Schon damals rettete die Republik das von freiheitlicher Misswirtschaft zerrüttete Land vor dem Untergang. Derzeit haftet Kärnten immer noch für 11,5 Milliarden. Sollte die Hypo die auslaufenden Anleihen nicht mehr bedienen können, muss abermals der Bund einspringen.

Wobei die FPK-Regierung die finanzielle Lage aus gutem Grund konsequent verschleierte, indem sie dem Landtag einfach keine Budgetabschlüsse vorlegte, einmal sogar drei Jahre lang nicht. Angesichts des vorerst letzten Jahresabschlusses, jenem von 2010, waren die Prüfer des Rechnungshofs eher ratlos. „Die wahre finanzielle Lage des Landes war den Rechnungsabschlüssen nicht zu entnehmen“, hielten sie verblüfft fest. Das Budgetjahr 2011 ist bis heute nicht abgerechnet. -

Unvermeidlich, dass in solchem Tohuwabohu alles aus dem Ruder läuft. So stiegen Kärntens Ausgaben für den Schuldendienst zwischen 2005 und 2011 um nicht weniger als 138 Prozent und damit sechsmal so stark wie jene für Bildung, Forschung und Familien. -

Das gebrochene Verhältnis der Kärntner Freiheitlichen zu öffentlichem Eigentum, also zu Steuergeld, zeigt sich bis ins schrille Detail. So fanden sich in den von den Freiheitlichen geräumten Ressorts Rechnungen beträchtlicher Höhe für Agitprop-Veranstaltungen im anrollenden Wahlkampf. 74.000 Euro gab Finanzlandesrat Dobernig im Jänner für seinen Neujahrsempfang aus; die von ihm inszenierten „Valentinskonzerte“ mit Auftritten von FPK-Granden schlugen mit 111.720 Euro zu Buche. Landeshauptmann Dörfler hatte deren Kosten mit 50.000 angegeben. -

profil konnte vergangene Woche in Klagenfurt eben aufgetauchte Rechnungen für Geschenkartikel einsehen, die Dörfler als Straßenreferent kurz vor Wahlkampfbeginn als Verteilmaterial angekauft hatte. Für PEZ-Zuckerl-Spender mit dem Motiv „Polizist Ferdinand“ wurden stolze 46.200 Euro ausgegeben, für die dazugehörigen Zuckerl weitere 22.800. 1000 Windjacken beliefen sich auf 43.300 Euro, 7500 Kinderzahnbürsten auf 18.900 Euro. -

Bau-Landesrat Gerhard Köfer war in einer Villacher Lagerhalle schon vor zwei Wochen auf offenbar nicht mehr unter die Wähler gebrachte Geschenkartikel

gestoßen: 2500 Fahrradhelme, 6500 Babyschnuller, 17 Schaukelpferde und 27 Plüschtiger. Geschätzter Wert: 50.000 Euro. -

Beim Spatenstich an der Lavanttal-Brücke ließ Dörfler – ein Liebhaber solcher Zeremonien – 1000 Spaten an die Besucher verteilen. „In das Fundament wurde blauer Beton eingegossen. Da sich die Parteifarbe während der Bauzeit änderte, wurden die letzten Brückenmeter in Orange betoniert“, recherchierte Anfang Mai die „Kleine Zeitung“. Dörfler habe das „einen Dank der Baufirma“ genannt, die freilich auch allen Grund hatte, sich zu bedanken. **Die großzügige Geschäftsordnung der Landesregierung macht solche Prasserei unkontrollierbar: Beträge unter 500.000 Euro kann ein Regierungsmitglied freihändig ausgeben, erst bei größeren Summen ist ein Regierungsbeschluss fällig. Die jetzige Regierungskoalition will diesen Grenzbetrag halbieren und auch sonst guten Willen demonstrieren.** -
-

So kürzte man die Parteiförderung um fünf Prozent, reduzierte die Zahl der Kabinettsmitarbeiter von 91 auf 63 und verzichtete abermals auf die Erhöhung der Politikerbezüge. Das bringt jährlich 2,5 Millionen – ein Tropfen auf einen sehr heißen Stein. Der finanzielle Spielraum ist so eng, dass die rot-schwarz-grüne Koalition eher im symbolischen Bereich agieren kann. Die Botschaft: Wir machen es anders. So trug Kaiser eine Passage seiner Regierungserklärung – jene, welche die Minderheitenpolitik betraf – sowohl in Deutsch als auch in Slowenisch vor. Die noch unter Schock stehende FPK-Fraktion reagierte nicht. In der folgenden Landtagssitzung hatte sich FPK-Klubchef Christian Leyroutz wieder so weit gefasst, dass er Zeter und Mordio schrie, als die grüne Abgeordnete Zalka Kuchling ihre gesamte Rede in beiden Sprachen vortrug. Landtagspräsident Reinhard Rohr (SPÖ) nahm die FP-Empörung ebenso gleichmütig hin wie offenbar auch die Kärntner. Nur zwei Leserbriefe seien zu diesem Thema eingelangt, erzählt „Kleine“-Chefredakteurin Eva Weissenberger: „Das regt die Leute nicht mehr auf.“ Irritierend fänden die Leute nach dem politischen Wirbel der vergangenen Jahre eher die plötzliche Stille. -

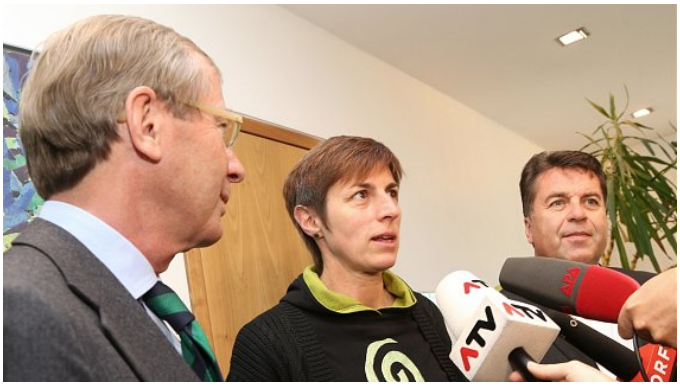
Die erste Auslandsvisite als Landeshauptmann führt Kaiser kommende Woche nach Slowenien. Dennoch ist der als Linksintellektueller geltende Klagenfurter vorsichtig. Anfang Mai besuchte Kaiser eine Gedenkveranstaltung für die 200 in den ersten Nachkriegstagen von Partisanen verschleppten Südkärntner, die oft Opfer haltloser Denunziationen geworden waren. -

Der eher asketische Triathlet – der 55-Jährige trainiert auch als Landeshauptmann täglich – erweckt schon von seiner Statur her nicht den Eindruck politischen Phäakentums. Ein Privileg genießt er allerdings bereits: Das Klagenfurter Strandbad legt Kaiser an seinem Lieblingsplatz am Bootssteg immer ein rotes Handtuch aus. Für alle Fälle.

27.05.2013 - ÖVP-Grün-Stronach: Nun werden die heißen Themen verhandelt

Im Verhandlungsmarathon von ÖVP, Grünen und Team Stronach wird es nun spannend: Am Montag steht neben Landwirtschaft und Wasserwirtschaft die Schaffung einer transparenten Verwaltung auf dem Programm.

Die Koalitionsverhandlungen gehen in die nächste Runde.



Am Dienstag folgen die Neuordnung der Finanzen nach dem Spekulationsskandal sowie der Klima-, Umwelt und Naturschutz. Am Mittwoch geht es um die Themen Familie, Integration und Bildung. "Das sind sicher keine einfachen Kapitel", sagt der grüne Labg. Cyriak Schwaighofer. Die Treffen sind an allen drei Tagen für jeweils 9.00 bis 17.00 Uhr anberaumt, dann pausieren die Dreiergespräche für einige Tage, um den Fraktionen Zeit für Nachbereitung zu geben. Am Montag, den 3. Juni, werden die Verhandlungen wieder aufgenommen, offen sind dann etwa noch die Bereiche Mobilität, Energie, Gesundheit und Soziales, Raumordnung, Kultur und Gemeinden. In einem nächsten Schritt könnten strittige, zunächst außer Diskussion gestellte Fragen geklärt werden. Erst dann werden sich die Parteien auf die Ressortverteilung und die Spielregeln für eine zukünftige Zusammenarbeit festlegen.

Team Stronach: Anspruch auf Regierungsamt

Die Aufteilung der Sitze in der neuen Landesregierung wird erst am Schluss verhandelt. Hans Mayr vom Team Stronach stellte im SN-Gespräch am Sonntag dennoch klar, dass seine Mannschaft jedenfalls Anspruch auf ein Regierungsamt stelle. Bei einer Aufteilung der Regierungssitze im Verhältnis 3 ÖVP, 3 Grüne und 1 Team Stronach würde seinem Team auch die Landtagspräsidentschaft zustehen, sagt Mayr. "Das könnte ich übernehmen." Das Regierungsamt müsste dann ein Mitstreiter ausüben.

Helmut Naderer komme nicht in Frage, sehr wohl aber wäre Otto Konrad in den Bereichen Jugend und Sport geeignet. "Es könnte auch jemand sein, der nicht in der Partei ist. Der Landesrat sollte jedenfalls von seinem Bereich was verstehen."

Konstituierende Sitzung am 19. Juni?

Grundsätzlich peilen ÖVP, Grüne und das Team Stronach den 19. Juni als Termin für die konstituierende Sitzung des Landtags an, die Parteien liegen dafür gut in der Zeit. ÖVP-Chef Wilfried Haslauer muss als Vertreter der stimmenstärksten Partei dem Landesparlament bis spätestens acht Wochen nach der Wahl, das ist der 26. Juni, einen Vorschlag für eine Regierungsbildung machen.

27.05.2013 - 13:31 **Opposition klärte Fragen für Demokratiereform**

FPÖ, Grüne, BZÖ und Team Stronach setzen sich weiterhin gemeinsam für eine Demokratiereform ein und haben nun dem Rechts- und Legislativdienst des Parlaments ihre Antworten auf einen Fragekatalog übergeben.

Oppositionsparteien fordern Demokratiereform.

Die vier Parteien - nach anfänglicher Skepsis ist laut "Ö1"-Bericht vom Montag auch das Team Stronach dabei - wollen mit ihrem kürzlich vorgestellten gemeinsamen Kompromissvorschlag Druck machen für eine Demokratiereform. Der Legislativdienst im Parlament wurde daher beauftragt, ihre Vorstellungen in einen Gesetzesvorschlag zu gießen. Zuvor sollte jedoch ein Fragenkatalog beantwortet werden, dies hat die Opposition nun erledigt und übergeben, bestätigte FPÖ-Verfassungssprecher Harald Stefan gegenüber der APA.
Ein Volksbegehren sei dann erfolgreich, wenn es mindestens 100.000 Unterstützungen erhält. Wird das Volksbegehren von vier Prozent der Wahlberechtigten der letzten Nationalratswahl (rund 250.000 Personen) unterstützt, dann ist darüber bei Nichtumsetzung eine Volksbefragung durchzuführen. Zur "Nichtumsetzung" heißt es im der APA vorliegenden Antwortenkatalog: "Jede Textabweichung ist eine Nichtumsetzung."

Die ÖVP hat indessen am Montag einen eigenen Gesetzesentwurf im Rahmen der Demokratiereform angekündigt - dieser soll spätestens mit Fertigstellung des Oppositionsentwurfs vorliegen. Inhaltlich gehe es dabei wie bei der Opposition um eine verpflichtende Volksbefragung ab einer bestimmten Anzahl von Volksbegehren-Unterstützern, erklärte ÖVP-Verfassungssprecher Wolfgang Gerstl gegenüber der APA. Die ÖVP halte aber auch am gemeinsamen Regierungsentwurf für das Demokratiepaket fest, es enthalte ja "gute" Punkte. Den nun angekündigten Entwurf werde man auch der SPÖ übermitteln.

Koalition: Heiße Eisen noch im Feuer

Bei den Koalitionsverhandlungen schlagen ÖVP, Grün und TS ein hohes Tempo an. Allerdings stehen noch einige „heiße Eisen“ bevor, die gesondert besprochen werden sollen - etwa die Linie bei der geplanten Hochspannungsleitung durch Salzburg.

Geht es nach der künftigen Regierung, könnte ein möglicher Ausbau der S-Bahn im Flachgau Richtung Straßwalchen endlich verwirklicht werden. Die Grünen fordern wegen des Klimaschutzes eine „bessere Verkehrslösung“. Doch auch die ÖVP hat sich in ihrem Wahlprogramm dazu bekannt und würde etwas nachholen, was dem Verkehrsreferenten Wilfried Haslauer bisher nicht gelang.
Kaum Wellen schlägt ein Projekt, dass die alte Regierung mitsamt der ÖVP einst unverzichtbar genannt hatte: das Kraftwerk in Ramingstein im Lungau. ÖVP-Chef Haslauer rückte schon letzten Herbst davon ab und auch das Team Stronach will es gegen den Willen der Bürger nicht bauen lassen und die Grünen halten es ohnehin für unnötig.

Erdkabel „ist für mich eine Bedingung“

Mehr Spannung ins Geschehen könnte aber die 380-kV-Leitung quer durch das Land bringen. Dort legten die Grünen schon bei den ORF-Wahlkonfrontationen die Latte hoch. Astrid Rössler sagte damals: „Von den wichtigsten Inhalten wäre für mich die Frage, ob ein potenzieller Regierungspartner bereit ist, noch einmal für eine Verkabelung der 380-kV-Leitung zu kämpfen. Das ist für mich eine Bedingung, um in eine Regierung zu gehen, und zu wissen, ich habe einen Regierungspartner, der bereit ist dieses Projekt noch einmal von Grund auf in Frage zu stellen.“
Haslauer entgegnete der Grünen-Chefin: „Die Einreichungen sind da, das Verfahren ist durchzuführen von der Landesregierung. Aber wir wollen weit darüber hinaus, wir wollen einen ‚Masterplan Energie‘ für den gesamten Bereich ‚Erneuerbare Energie‘.“

„Leistbares Wohnen“ weiterer Streitpunkt?

Aber auch das Team Stronach verlangt ein Erdkabel statt der Freileitung. „Ja das wird ein heißes Eisen werden. Sowohl die Grünen, als auch wir haben uns klar bekannt, dass wir diese Form, die jetzt kommen soll, nicht möchten. Es wird vielleicht eine Maßnahme geben, dass man sagt: zurück an den Start“, so Mayr.

Fallen könnten sich auch unter einem anderen politischen Feld verbergen. „Leistbares Wohnen“ versprechen alle Parteien - allerdings muss man dafür günstiges Bauland gewinnen. Sogar die ÖVP will den Druck auf die Grundbesitzer deshalb erhöhen - die Ideen der Stadt-Grünen gehen allerdings viel weiter: wer sich gegen eine Bauland-Ausweisung wehrt, soll künftig ein Pönale bezahlen.

Causa Hypo: Kampf um Richter. Klagenfurter Ankläger liegen mit dem Landesgericht im Clinch.

Hypo-Prozesse bis zur Pension? Richter Liebhauser-Karl wartet mit Spannung auf Entscheidung des OGH. -

Im Wirtschaftskrimi um die notverstaatlichte Hypo-Alpe-Adria-Bank muss am Dienstag der Oberste Gerichtshof (OGH) eine Entscheidung fällen, wie es mit den Strafprozessen am Klagenfurter Landesgericht weitergeht. Denn: Die Staatsanwaltschaft setzt alle Hebel in Bewegung, dass ihre weiteren Anklagen gegen Wolfgang Kulterer, Tilo Berlin & Co. nicht von den gesetzlich eingeteilten Richtern, darunter Norbert Jenny bzw. Uwe Dumpelnik, sondern von Richter Christian Liebhauser-Karl verhandelt werden.

„Die Staatsanwaltschaft will sich Liebhauser-Karl als Richter aussuchen, weil er als kompromisslos gilt und Kulterer & Co. im Fall Styrian Spirit verurteilt hat“, wettert ein Verteidiger im Gespräch mit dem KURIER. Doch die Anklagebehörde bedient sich offenbar nur der Strafprozessordnung. Da bei Richter Liebhauser-Karl noch Verfahren gegen Kulterer offen sind, konnte sie die Verbindung mit neuen Verfahren beantragen. Konkret geht es um die Zusammenlegung mit dem Untreue-Prozess zum Fall „Hypo-Vorzugsaktien II“. Richter Liebhauser-Karl lehnte das ab. Auch das Oberlandesgericht Graz sprach sich gegen die Übertragung des Vorzugsaktien-Falles aus.

Riesen-Prozesse mit 20 Angeklagten?

Für den Richter hätte diese „Konzentrierung“ fatale Folgen: Alle Verfahren, auf deren Aktendeckel die Namen Kulterer oder Hypo stehen, würden künftig bei ihm landen. Folglich würde er Riesen-Prozesse mit Hunderttausenden Aktenseiten und bis zu 20 Angeklagten führen müssen. Diese Mega-Verfahren würden die Kapazität des 43-jährigen Richters Liebhauser-Karl völlig sprengen. „Er würde dann bis zu seiner Pension nur noch Hypo-Verfahren abwickeln“, ätzt ein Richter. Auch die Verteidiger von Kulterer & Co. laufen gegen die „Ballung“ der Fälle Sturm. Sie sehen bei diesem Ansinnen „das Menschenrecht auf ein faires Verfahren verletzt, weil damit der Verfahrensaufwand aufgebläht und die Verfahrensdauer und Belastung unverhältnismäßig erhöht wird“. Indes ortet die Staatsanwaltschaft Klagenfurt in der Nicht-Zusammenlegung eine Gesetzesverletzung. „Die Generalprokuratur ist unserer Meinung beigetreten und hat diesen Antrag zur Wahrung des Gesetzes beim OGH gestellt“, sagt Staatsanwalt Helmut Jamnig. Er rechnet mit einer Grundsatzentscheidung des OGH, die viele Verfahren betreffen wird.

27.05.2013 - Derrick, Stronach, rote Rüben

Das Lexikon des unnützen Wissens, aus dem hier neulich zitiert wurde, bedarf dringend einer Überarbeitung. Und zwar an der Stelle über das Wort Angstschweiß und den darin enthaltenen Rekord von acht Konsonanten hintereinander - nämlich ngstschw.

Ein aufmerksamer Leser hat dazu angemerkt, dass acht Konsonanten in Folge mitnichten einen Rekord darstellen. Denn schließlich gebe es auch noch das Wort Borschtschschmaus, und dort reihen sich gleich zwölf Konsonanten aneinander - und zwar rschtschschm.
So weit der Leser mit dem Blick fürs Wesentliche und einer offensichtlichen Vorliebe für russische Rote-Rüben-Suppe, sprich Borschtsch. Das (also den Blick fürs Wesentliche, nicht russische Rote-Rüben-Suppe) benötigt man übrigens auch in der Politik.

Dort ist es nämlich nicht das Wesentliche, *was* gesagt oder getan wird, sondern *wer* es sagt oder tut. Wenn zum Beispiel George W. Bush die Medien bespitzelt hätte, wäre die Demokratie in Gefahr gewesen. Da es nur sein Nachfolger Barack Obama tut, ist das Ganze nicht so schlimm.

Wenn "Derrick" bei der Waffen-SS war ("Hol schon mal den Tiger-Panzer, Harry"), kriegen die Fernsehintendanten sofort Angstschweiß und setzen alle "Derrick"-Folgen ab. Wenn Günther Grass bei der Waffen-SS war, ist das nur ein unbedeutendes Detail in der Biografie eines großes Mahners.

Apropos großer Mahner: Auch für Frank Stronach - den neueste Traum-Koalitionspartner von allen - ist es noch ungewohnt, dass es in der Politik nur darauf ankommt, ***wer* etwas sagt, nicht *was*.** Dieser Tage sorgte Stronach ja für Aufregung, als er einen seiner zugekauften Unterläufel sagen ließ, Gewerkschafter seien Blockierer und Bonzen, die nur ihre Privilegien verteidigen und den Fortschritt verhindern.

Die Empörung war groß, was insofern interessant ist, als die Stronach-Definition von Gewerkschafter - Blockierer, Privilegienverteidiger, Fortschrittsverhinderer - genau die Gleichen sind, die man von der SPÖ immer über die Lehrergewerkschafter hört: Blockierer, Privilegienverteidiger, Fortschrittsverhinderer.

Der große Unterschied, den Stronach nicht bedacht hatte, ist: Die Beamtengewerkschaft ist schwarz, die darf man getrost kritisieren. Die übrigen Gewerkschafter sind aber rot, da ist es mit der Kritik ganz etwas anderes.

Aber Stronach lernt schnell. Bei ihren jüngsten Ausritten gegen die Gewerkschaften vergaßen seine Mannen schon nicht hinzuzufügen, dass sie eh nur die Lehrer und Beamten meinen.
Wenn eine derart rasche Lernfähigkeit nicht für eine Regierungsbeteiligung qualifiziert . . .

28.05.2013 - 10:27 **Koalitionsgespräche: Neue Ordnung der Finanzen**

Bei den Koalitionsverhandlungen in Salzburg werden weiter heiße Themen angepackt: Am Dienstag drehen sich die Gespräche um die Neuordnung der Landesfinanzen und den Komplex Umwelt-, Natur- und Klimaschutz.

Koalitionsgespräche in Salzburg.

In den Koalitionsverhandlungen zur Bildung einer neuen Landesregierung stehen den Vertretern von ÖVP, Grünen und dem Team Stronach intensive Gesprächstage bevor. Am Montag wurden die Themen Land- und Wasserwirtschaft und die Neuorganisation der Verwaltung besprochen. Es sei wie an den Vortagen konstruktiv vorangegangen und es habe weitgehend Einigkeit geherrscht, hieß es nach der Sitzung von Teilnehmern. Zu inhaltlichen Details gab es aber keine Auskünfte.

Am Dienstag drehen sich die Gespräche um die Neuordnung der Landesfinanzen und den Komplex Umwelt-, Natur- und Klimaschutz. Am Mittwoch beschäftigen sich die Verhandlungsteams mit den Themen Familie, Integration, Bildung und Zusammenleben. Die Treffen sind an allen drei Tagen für jeweils 9 bis 17 Uhr anberaumt.

Ab Donnerstag pausieren die Dreiergespräche für einige Tage, um den Fraktionen Zeit zur Nachbereitung zu geben. Am Montag, dem 3. Juni, werden die Verhandlungen wieder aufgenommen. Offen sind dann etwa noch die Bereiche Mobilität, Energie, Gesundheit und Soziales, Raumordnung, Kultur und Gemeinden. In einem nächsten Schritt könnten strittige, zunächst zurückgestellte Fragen geklärt werden. Erst dann werden sich die Parteien auf die Ressortverteilung und die Spielregeln für eine zukünftige Zusammenarbeit festlegen.

Grundsätzlich peilen ÖVP, Grüne und das Team Stronach den 19. Juni als Termin für die konstituierende Sitzung des neuen Landtags an. Die Parteien liegen dafür gut in der Zeit. ÖVP-Chef Wilfried Haslauer muss als Vertreter der stimmenstärksten Partei dem Landesparlament bis spätestens acht Wochen nach der Wahl, das ist der 26. Juni, einen Vorschlag für eine Regierung machen.

28. Mai 2013 11:04 Kampfansage Stronach will künftig nur zwei Sozialpartner
Stronach-Klubobmann Lugar: Arbeiterkammer und Wirtschaftskammer reichen.

Der Gegenwind, den sich das Team Stronach mit seinen Aussagen, wonach man die Gewerkschaften nicht mehr braucht, eingehandelt hat, ist der Neo-Partei offensichtlich nicht genug:

Am Dienstag legte Klubchef Robert Lugar nach und forderte in einer Aussendung eine Reduzierung der Sozialpartner auf Arbeiterkammer und Wirtschaftskammer - also nicht nur ein Aus für den ÖGB, sondern auch für die Landwirtschaftskammer. -

ÖGB soll in der Arbeiterkammer "nach und nach" aufgehen "Es ist an der Zeit, die Zahl der Sozialpartner in Österreich auf zwei zu reduzieren: Die Arbeiterkammer auf der einen Seite und die Wirtschaftskammer auf der anderen", findet Lugar. Es sei überhaupt nicht zu verstehen, warum ein kleines Land wie Österreich eine Arbeiterkammer und den ÖGB brauche. Man müsse ja den ÖGB nicht gänzlich auflösen, er könnte in Teilen "nach und nach" in der Arbeiterkammer aufgehen, schlug Lugar vor. Man brauche "weniger Klassenkampf und mehr Miteinander". -

Außerdem forderte er, dass es künftig bei Arbeiterkammer und Wirtschaftskammer "keine Zwangsmitgliedschaft mehr geben" dürfe.

Hundstorfer: Sozialpartnerschaft hat sich bewährt -
Scharfe Kritik übte Sozialminister Rudolf Hundstorfer am Vorschlag vom Team Stronach, die Anzahl der Sozialpartner auf zwei zu reduzieren. "Gerade die Sozialpartnerschaft steht für mehr Miteinander", unterstrich der Sozialminister in einer Aussendung. Gerade die Gewerkschaften seien für die Arbeitnehmerschaft unverzichtbar, betonte Hundstorfer und verwies auf Lohnerhöhungen, Kollektivverträge und die Vorortberatung in Betrieben.

Designierte Salzburger Regierung stellt sich Hearing

28.05.2013 - 16:13 Noch vor der Angelobung einer neuen Salzburger Landesregierung werden sich die designierten Regierungsmitglieder am 18. Juni einem öffentlichen Hearing im Salzburger Landtag stellen.

Bis zum 12. Juni sollen die Verhandlungen abgeschlossen sein. Läuft alles nach Plan, erfolgt die konstituierende Sitzung des Landtags einen Tag nach dem Hearing am 19. Juni. Das gaben die an den Koalitionsverhandlungen beteiligten Parteien ÖVP, Grüne und das Team Stronach am Dienstag bekannt.
Die öffentliche Anhörung halten die drei Parteien für ein "wesentliches Signal an die neuen Landtagsabgeordneten und die Salzburger, dass noch vor der Wahl der Landesregierung im Landtag die Möglichkeit besteht, sich über die neuen Persönlichkeiten und über deren inhaltliche Schwerpunkte zu informieren", betonten ÖVP-Landesobmann Wilfried Haslauer, die Grüne Landessprecherin Astrid Rössler sowie Hans Mayr, Landesobmann des Teams Stronach, in einer Aussendung. Ein solches Hearing solle in Zukunft in einem umfassenden Demokratiepaket auch gesetzlich verankert sein.
Die Koalitionsverhandlungen haben am Donnerstag der Vorwoche begonnen. Nach den einzelnen Tagen wurde jeweils das "konstruktive Klima" hervorgehoben, so auch heute, am vierten Tag der offiziellen Gespräche zwischen Schwarz-Grün-Gelb. Wenn die Bereitschaft zum "Aufeinander-Zugehen" in der bisherigen Form erhalten bliebe, "sind wir zuversichtlich, dass die Verhandlungen bis zum 12. Juni abgeschlossen werden", wurde einhellig betont.

Zentrale Themen bereits ausverhandelt

Zentrale Themen sind laut den Parteienvertretern bereits ausverhandelt worden. Man wolle zuerst über die Inhalte reden und dann die Verantwortlichkeiten und Ressorts verteilen. Erst wenn die noch offenen inhaltlichen Fragen geklärt seien, werde man Auskunft über die künftige Ressortverteilung geben.

Zentrale Kapitel haben die Koalitionsverhandler bereits in ein Programm gegossen. Das betrifft die Kapitel Wirtschaft, Tourismus, Sport, Landwirtschaft, Wasserwirtschaft, Klima-, Umwelt-, Natur- und Tierschutz, transparente Verwaltung, Europa und Außenbeziehungen, Demokratie, Finanzen und Sicherheit. Hier habe man sich in den allermeisten Punkten auf ein gemeinsames Arbeitsprogramm einigen können, hieß es. Über die Inhalte der Gespräche hielten sich die Verhandler noch bedeckt.
In den kommenden Tagen stehen noch folgende Themenbereiche an: Gesundheit und Krankenanstalten, Soziales und Pflege, Raumordnung, Wohnen, Baurecht und Grundverkehr, Familien und Kinderbetreuung, Frauen und Männer - Gleichbehandlung, Zusammenleben, Generationen, Integration und Asylwesen, Bildung, Wissenschaft und Universitäten, Kultur, Gemeinden, Mobilität und Verkehrsinfrastruktur sowie Energie.
Nach dem fünften Verhandlungstag am Mittwoch ist eine mehrtägige Pause geplant. Am Montag, 3. Juni, werden die Gespräche wieder aufgenommen. Bereits am 19. Juni könnte die Angelobung der neuen Landesregierung über die Bühne gehen.

28.5.2013 # Justiz traf "unerträglicheFehlentscheidung"

Das Strafverfahren gegen "Airchief" Wolf & Co. wurde 2011 eingestellt. Nach heftigen Protesten ist noch mal geprüft worden.

Die Einstellung der Ermittlungen im Verfahren rund um die Eurofighter-Beschaffung war nach Ansicht des Rechtsschutzbeauftragten im Justizministerium, Robert Jerabek, eine "unerträgliche Fehlentscheidung" der Staatsanwaltschaft. Das geht aus den Ermittlungsakten hervor, die der Wiener Stadtzeitung *Falter* vorliegen.

Die Staatsanwaltschaft hatte 2011 das Strafverfahren gegen den früheren "Airchief" Erich Wolf, dessen Frau, den EADS-Lobbyisten Erich Steininger und das frühere Ehepaar Gernot und Erika Rumpold eingestellt. Begründet wurde das damit, dass sich ein schuldhaftes und rechtswidriges Verhalten der Verdächtigen nicht mit der für ein Strafverfahren notwendigen Sicherheit nachweisen habe lassen. Diese Entscheidung löste heftige Proteste aus, weswegen der Rechtsschutzbeauftragte die Verfahrenseinstellung noch einmal prüfte und zum Schluss kam, dass die Causa "Steininger-Wolf" weiterverfolgt werden sollte. Dabei geht es um 87.600 Euro, die EADS-Lobbyist Erhard Steininger Ende 2002 auf das Konto einer Firma von Anna Maria Frühstück-Wolf, Ehefrau von Erich Wolf, überwiesen hatte.

96.000 Euro für Pressekonferenz

Beim Ehepaar Rumpold ging es um einen EADS-Werbevertrag in Höhe von 6,6 Millionen Euro netto (brutto 7,8 Mio.). Dass hinter diesem Deal Parteienfinanzierung steckte, wie vermutet wurde, konnte zwar nicht nachgewiesen werden, die Leistungen, die die Rumpolds EADS in Rechnung stellten, blieben aber bis heute fragwürdig. So wurden allein für die Organisation einer Pressekonferenz brutto 96.000 Euro verrechnet.

Der Rechtsschutzbeauftragte beurteilte die Einstellung der Verfahrens 2011 zumindest in der Causa "Steininger-Wolf" als „unerträglich“ und verlangte die Fortführung der Ermittlungen. Wörtlich meinte er laut "Falter": „Geltend gemacht wird eine der Staatsanwaltschaft unterlaufene (...) unerträgliche Fehlentscheidung bei der Würdigung der im Ermittlungsverfahren gewonnen Beweismittel bzw. eine nicht ausreichende Klärung des Sachverhalts."

Bestechung und Geldwäscherei

Mittlerweile wird in Sachen Eurofighter wieder ermittelt, zuständig ist allerdings ein anderer Staatsanwalt. Neben der Causa Wolf-Steiniger stehen auch zwei Waffenlobbyisten und ein Manager im Visier der heimischen Justiz. Sie werden der Beamtenbestechung und Geldwäscherei verdächtigt.

Ausgelöst wurden dieser Ermittlungen durch die Aussagen eines Managers und "Briefkasten-spezialisten" in Italien im Jahr 2011. Gianfranco Lande hatte ein Geständnis abgelegt, wonach er der Eurofighter-Firma EADS geholfen habe, 84 Millionen Euro nach Österreich zu verschieben. Er wurde in Rom zu viereinhalb Jahren Haft verurteilt. Die Justiz in Österreich ermittel seither wieder

Abgeordnete prüfen Salzburger Regierung vor dem Antritt

28.05.2013 - 18:47 Die designierten Regierungsmitglieder stellen sich einem Hearing: In einer Anhörung darf der Landtag den künftigen Koalitionspartnernauf den Zahn fühlen. Der Zeitplan hat bisher gehalten.

Bis zum 12. Juni sollen die Verhandlungen abgeschlossen sein.

Noch laufen die Verhandlungen zwischen ÖVP, Grünen und dem Team Stronach - und die Ämter sind noch nicht vergeben. Fest steht aber schon, dass sich die künftigen Regierungsmitglieder einem öffentlichen Hearing im Landtag stellen werden, wie es die Opposition seit Jahren gefordert hat. Der Termin für die Befragung ist der 18. Juni - einen Tag, bevor die neue Landesregierung im Landtag gewählt und angelobt werden soll.
"Wir halten es für ein wesentliches Signal, dass noch vor der Wahl der Landesregierung die Möglichkeit besteht, sich über die neuen Persönlichkeiten und über deren inhaltliche Schwerpunkte zu informieren." Das stellten ÖVP-Landesobmann Wilfried Haslauer, Grünen-Sprecherin Astrid Rössler und Landesobmann Hans Mayr vom Team Stronach fest. Die Klubobleute von SPÖ und FPÖ wurden am Dienstag von dem Vorschlag informiert.

"Die Koalitionsverhandlungen laufen bisher nach Plan", heißt es bei allen drei Partnern. "Wenn das konstruktive Klima in der bisherigen Form erhalten bleibt, sind wir zuversichtlich, dass die Verhandlungen bis zum 12. Juni abgeschlossen werden können. In den ersten fünf Verhandlungstagen wurden zentrale Themen weitgehend fertig ausverhandelt."

Am Dienstag standen die Finanzen, der Natur-, der Umwelt- und der Klimaschutz auf dem Programm. "Auch hier sind nur ganz wenige Punkte offenge-

blieben", hieß es. Heute, Mittwoch, wird unter anderem das Kapitel Bildung behandelt.
Nächste Woche sind noch weitere drei Verhandlungstermine reserviert. Dann soll das Regierungsübereinkommen stehen. Erst am 10., 11. und 12. Juni geht es um die Ressorts und die Posten.

Die Ausgangslage ist klar: Die ÖVP um LH-Stv. Wilfried Haslauer hat vier Regierungs- mitglieder namhaft gemacht: neben Haslauer LAbg. Bürgermeister Christian Stöckl, Josef Schwaiger (Chef der Landwirtschaftsabteilung beim Land) sowie LAbg. Brigitta Pallauf.

Von den Grünen wird Frontfrau Astrid Rössler in die Regierung einziehen. Daneben dürften sie auf einen Routinier setzen - vom Kaliber des Stadt-Klubobmanns Helmut Hüttinger oder des Halleiner Ex-Stadtrats Heinrich Schellhorn. Eine allfällige dritte Regierungsposition könnte eine fachlich versierte Quereinsteigerin oder ein Quereinsteiger besetzen. LAbg. Cyriak Schwaighofer soll Klubchef werden.

Auch das Team Stronach wird wohl einen Platz in der Regierung für sich beanspruchen - auch wenn das Gerücht die Runde gemacht hat, dass der Landesobmann, Bürgermeister Hans Mayr aus Goldegg, mit der Position des Landtagspräsidenten liebäugelt.
Inhaltlich haben die künftigen Koalitionspartner aber noch einige heiße Eisen zu schmieden.

Vor allem im Kapitel Energie könnten sich Gräben auftun. Zum Beispiel bei den Themen neue Skilifte, Salzachkraftwerke und 380-kV-Freileitung. In puncto 380 kV haben sowohl die Grünen als auch Stronach-Mann Mayr die Erdverkabelung gefordert. Das Freileitungsprojekt der Verbund APG ist beim Amt der Landes-regierung aber schon eingereicht. Das Verfahren zur Umweltverträglichkeits-prüfung läuft. Die Einspruchsfrist für Anrainer und Bürgerinitiati-ven endete erst nach der Neuwahl. Die ÖVP geht (ebenso wie ihr Nochregierungs-partner SPÖ) davon aus, dass das Verfahren durchzuführen ist. Die beiden anderen Parteien könnten darauf drängen, zu überprüfen, ob die Leitung überhaupt notwendig sei.

Als "positives Zeichen" bewertete gestern der geschäftsführende SPÖ-Vorsitzende LH-Stv. Walter Steidl die Ankündigung von ÖVP, Grünen und Team Stronach, sich vor der Angelob-ung einem Hearing im Landtag zu stellen. Damit werde eine Forderung der SPÖ erfüllt. Allerdings werde die SPÖ "die Landesregierung an ihren Taten messen". Seine Partei werde auch für weiter reichende Verhandlungen über eine Demokratiereform nach dem Vorbild der Stadt Salzburg bereitstehen, sagte Steidl.

Die EU mischt sich als Bürokratie-Krake überall ein

schon länger steht fest, dass die EU sich zunehmend in eine nicht demokratisch legitimierte Krake verwandelt, die sich auch in Ihre kleinsten Angelegenheiten einmischen will. Dafür gab es im Laufe der vergangenen Jahre zahlreiche Beispiele. Mal ging es um den Verkaufsstop von Glühbirnen. Hier hat die Bürokratie klar gesiegt. Am Ende freut sich die Lobby der Hersteller von Energiesparlampen.

Die verbrauchen zwar deutlich weniger Energie. Im Endeffekt sind diese Lampen aber extrem teuer in der Entsorgung, wegen der hohen Giftigkeit der darin enthaltenen Stoffe. Schon seit Jahren gibt es auch detaillierte Bestimmungen im Nahrungsmittelsektor. Klassische deutsche Apfelsorten entsprechen nicht mehr der EU-Norm. Auch hier greifen die Brüsseler Bürokraten massiv ein – zum Nachteil der traditionellen Obstbauern.

Auch vor einigen Tagen machte eine neue EU-Posse die Runde. So wurde nun beispielsweise beschlossen, dass ab 2014 Kännchen mit Olivenöl in Restaurants verboten werden. Als Grund wird genannt, dass nur Original-Flaschen verwendet werden dürften, auf denen auch auf dem Etikett angegeben sei, ob das Öl kaltgepresst sei oder nicht.

Zwar wurde die Vorschrift nach massivem Protest sehr schnell wieder zurückgenommen, aber an diesem Beispiel sehen sie, mit welchen unsinnigen Dingen sich dieses bürokratische Monster befasst. Auch wird daran deutlich, wie offen hier Lobbyismus betrieben wird: Die größten Hersteller von Olivenöl aus Südeuropa in der EU hatten explizit dieses Verbot gefordert, damit Restaurants in Zukunft bei ihnen einkaufen müssen.

Zu bemerken: Bürokraten waren noch nie in der Lage, Probleme zu lösen. Mittlerweile werden jedes Jahr Milliarden Euro für die Lobbyarbeit in Brüssel ausgegeben.Und was denken wir wohl welche Interessen dort vertreten werden? Wir als Verbraucher stehen da auf jeden Fall nicht im Fokus der Bestrebungen.

So lange die EU aber bei der Bewältigung der Probleme weiter auf die Kraft der Bürokratie setzt, so lange werden die wirklich großen Probleme auch nicht gelöst.

Und wenn Bestimmungen über Ölkännchen in Restaurants die Kanäle innerhalb der EU blockieren, werden eben auch die wirklich großen Probleme gar nicht erst angegangen.

Deshalb wird auch die EU die Probleme um den Euro nicht in den Griff bekommen – ein Eurocrash ist damit unausweichlich.

Deshalb tun wir gut daran, uns nicht darauf zu verlassen, dass die EU die Lage im Griff hat und die Finanzprobleme löst.

29.05.2013

Draghi stößt auf Widerstand im EZB-Direktorium

Zuerst sprach sich der deutsche Volkswirt Jörg Asmussen gegen die jüngste Zinssenkung aus. Jetzt lehnt der Luxemburger Yves Mersch einem Medienbericht zufolge jede weitere Lockerung der Geldpolitik ausdrücklich ab.

Im EZB-Direktorium wächst offenbar der Widerstand gegen weitere Hilfsmaßnahmen für die Euro-Krisenländer. Nachdem sich erst kürzlich Direktoriumsmitglied Jörg Asmussen gegen die jüngste Zinssenkung der Zentralbank ausgesprochen hat, geht nun auch Yves Mersch auf Distanz, wie die "Welt" unter Berufung auf Notenbankkreise berichtet. Mersch lehne neue unkonventionelle Maßnahmen der EZB abseits der klassischen Zinspolitik ausdrücklich ab, heißt es in dem Bericht. Er sei nicht nur gegen den Aufkauf strukturierter Wertpapiere (ABS) zur Entlastung der Bankbilanzen. Er lehne auch eine weitere Aufweichung des Sicherheitenrahmens für die Banken ab.

Weidmann im Vorjahr einziger "Querulant"

Ob Draghi tatsächliche weitere Maßnahmen ergreifen will, ist noch unklar - ausschließen will er nichts. Die Unruhe im Direktorium schwächt jedenfalls seine Position. Vor einem Jahr war die Situation noch eine andere: Als Draghi das Programm zum unbegrenzten Aufkauf von Staatsanleihen lancierte, mit dem er die Finanzmärkte beruhigte, stand das gesamte Direktorium hinter ihm. Einizig der deutsche Bundesbank-Präsident Jens Weidmann stellte sich dagegen - lange blieb er der einzige "Querulant". Immer wieder warnte er vor einer "Erpressung" der Zentralbank durch die Krisenländer ("Die Presse" berichtete).

Mittlerweile ist die Euphorie über die EZB-Rettungsmaßnahmen längst verflogen. Wie die "Welt" schreibt, bekommen gerade kleine und mittlere Unternehmen in Südeuropa nach wie vor keine Kredite oder müssen sehr hohe Zinsen zahlen. Das wirkt sich widerum negativ auf die Arbeitslosenquote aus.

Leitzins auf Rekordtief Erst Anfang Mai hatte die EZB deshalb den Leitzinssatz auf ein neues Rekordtief von 0,5 Prozent gesenkt und eine weitere Zinssenkung nicht ausgeschlossen. In Deutschland protestierten Banken und Versicherungen dagegen. Denn: "Jeder Zinsschnitt nach unten lässt die Sparguthaben schmelzen"

EZB-DIREKTORIUM

Das sechsköpfige Direktorium führt die Geschäfte der EZB und setzt die Beschlüsse der Euro-Notenbanker um. Gewählt wird es vom Europäischen Rat. Präsident ist seit 2011 der Italiener Mario Draghi. Die weiteren Mitglieder: Vítor Constâncio (Portugal, Vizepräsident), Jörg Asmussen (Deutschland), Peter Praet (Belgien, Chefvolkswirt) , Benoît Cœuré (Frankreich) und Yves Mersch (Luxemburg).

"Wir leben momentan in der schlechtesten der Welten"

- Ein knappes Jahr, nachdem die Staatschefs sich auf einen Wachstumspakt mit einem Budget von 120 Milliarden Euro geeinigt haben, steht fest: Der Pakt zeigt bisher keine Wirkung, die Rezession der

Fast ein Jahr nachdem feierlich ein Pakt für Wachstum in Europa geschlossen wurde, ist davon nichts zu sehen. Die Wirkung bleibt aus. Das soll sich ändern. Wie das gehen soll, weiß freilich niemand so ganz genau.

Wenn es die Bundesländer Salzburg und Tirol europaweit in die Nachrichten schaffen, hat das meist mit der Schönheit ihrer Landschaft, der Freundlichkeit ihrer Touristiker oder der Dramatik der dortigen Skirennen und Kulturevents zu tun. -

Vergangenen Mittwoch spielte all das keine Rolle. Zu internationalen Sehnsuchtsorten wurden sie dieses Mal, weil nirgends in Europa die Arbeitslosenrate niedriger ist. Sie liegt bei 2,5 Prozent. Am anderen Ende des Regionen-Rankings befinden sich hingegen Ceuta (38,5 Prozent Arbeitslosigkeit) und Andalusien (34,6 Prozent) in Spanien. Einmal mehr zeigt sich, wie unterschiedlich Europa sich gerade entwickelt. -

Ein paar Dinge haben die Staaten der Europäischen Union aber auch gemeinsam - abseit von schöner Landschaft, Gastfreundschaft und Kultur: Überall in Europa steigt die Arbeitslosigkeit. In Griechenland, Spanien und nun auch in Frankreich hat sie neue Höchststände erreicht. Und überall fehlt es an starken Impulsen, die die Wirtschaft wieder zum Wachsen bringen könnten, die Staatseinnahmen zum Sprudeln und die Arbeitslosigkeit zum Sinken. Denn ein knappes Jahr, nachdem die Staatschefs sich auf einen Wachstumspakt mit einem Budget von 120 Milliarden Euro geeinigt haben, steht fest: Der Pakt zeigt bisher keine Wirkung, die Rezession der Eurozone hält an.
Im Juni soll das Wirtschaftswachstum deshalb abermals auf die Agenda der EU-Staatenchefs kommen. Der deutsche Finanzminister Wolfgang Schäuble wirft der EU-Kommission im Vorfeld des Gipfels Verschleppungen vor, diese spielt den Ball an andere EU-Institutionen weiter. Enrico Letta, der neue italienische Ministerpräsident, und sein französischer Amtskollege François Hollande fordern jedenfalls, dass Wachstumsmaßnahmen nun mit derselben Entschlossenheit getroffen werden sollen wie zuvor Spar- und Reformmaßnahmen. -

Das klingt gut. Aber wie soll das gelingen? Dieses Mal wirklich? -

Aufgeschobene Investitionen -

"Wir leben momentan in der schlechtesten der Welten“, sagt Stefan Bruckbauer, Chefökonom der Unicredit Bank Austria, "denn sowohl Staaten als auch Private bremsen bei Investitionen, und die Kreditvergabe ist gerade in Südländern schwach“. Investitionen, die zumindest mittelfristig die Wirtschaft anschieben sollen, bleiben vor allem in den Krisenregionen aus. Weil die Staaten nach wie vor damit zu tun haben, ihre Schulden in den Griff zu bekommen, liegt die Zukunft Europas also in den Händen der Privatinvestoren. Diese haben allerdings Ansprüche: "Es braucht stabile Bedingungen und Strukturreformen“, sagt etwa Eckart Windhagen, Leiter der Finanzberatung für Deutschland und Österreich bei McKinsey. Bisher sei zwar viel auf den Weg gebracht worden, aber noch greife es nicht. Vor allem eine Flexibilisierung des Arbeitsmarktes soll Südeuropas Unternehmen entlasten. Die verhältnismäßig hohen Lohnstückkosten seien bereits gesunken. Ganz prinzipiell gelte: "Es gibt einen Investitionsstau - dass der sich auflöst, ist die große Wachstumschance für 2014 und die folgenden Jahre“, so Windhagen. -

So positiv sich das anhört, so schwierig wird das im Detail. Schließlich kann niemand leugnen, dass sich die Lage in der Eurozone bereits seit dem Sommer 2012 stabilisiert hat. Die Zinsaufschläge für Staatsanleihen sind gesunken, die Bankenunion wurde beschlossen und sogar die chaotische Zypernrettung wurde verkraftet. Dass der Euro zerbricht, glauben fast nur noch deutsche Ein-Thema-Parteien. Auch bei den Strukturreformen bescheinigt die Troika den Krisenstaaten Fortschritte. Und die Begleitmaßnahmen, die potenziellen Investoren die Angst vor Investitionen in Europas Peripherie nehmen sollten, wurden theoretisch bereits im Juni 2012 beschlossen. Nur: Bisher wirkt all das nicht. -

Zum einen liegt das daran, dass manche Annahmen in Bezug auf die Hilfsprogramme zu positiv waren. Vor allem im Fall Griechenland wirkt sich die Sparpolitik mit allen Nebeneffekten deutlich härter auf Wirtschaft und Gesellschaft aus als prognostiziert. Zu diesem Ergebnis kommt zumindest eine eben im Auftrag des Internationalen Währungsfonds veröffentlichte Studie des Brüsseler Think Tanks Bruegel, auch wenn die Autoren deshalb nicht vom Scheitern der Programme sprechen wollen. Irland finanziert sich schließlich wieder am Kapitalmarkt. Zum anderen liegt die maue Entwicklung an den Einbrüchen gegen Ende 2012 und Anfang 2013, die auch aufgrund des langen Winters kräftiger als erwartet ausfielen. "Zu hohe Staatsquoten und immer noch streng regulierte Arbeitsmärkte wie in Italien hemmen das Wachstum“, sagt Peter Brezinschek von der Raiffeisen Zentralbank. Und die Maßnahmen des Wachstumspakts greifen bisher nicht. -

Finanzierungslücken

Dabei setzte er auf drei Säulen: Gelder aus den ohnehin vorhandenen Strukturfonds sollten zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit und in Projekte in Krisenstaaten umgelenkt werden, das Budget der Europäischen Investitionsbank (EIB) wurde aufgestockt, um mehr gezielte Kredite zu vergeben, und öffentlich finanzierte Projektbonds sollten privaten Investoren als Garantien dienen. Das Geld dafür wurde weitestgehend aufgestellt, aber passiert ist bisher nichts, das schon Resultate aufweist. Laut dem zuständigen EU-Kommissar Johannes Hahn wurden 32 Milliarden Euro "umgeleitet“, die Projektförderung liegt aber bei den einzelnen Staaten, Ergebnis noch ungewiss. Experten bezweifeln, dass dadurch ein Konjunktureffekt für Europa entsteht, weil nicht mehr Geld zur Verfügung stand, als ohnehin budgetiert war. Auch die EIB hat Projekte angeschoben (siehe Molterer-Interview), zwei bis drei sollen demnächst zusätzliche Garantien über Projektbonds bekommen. Es wird befürchtet, dass aufgrund der strengen Kriterien vor allem Nordländer davon profitieren, was die EIB jedoch verneint. -

Diese Maßnahmen alleine werden aber noch zu keiner Trendwende führen. Die EU-Kommission setzt parallel dazu bei den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen an: Der offene Binnenmarkt soll helfen, die hohen Energiekosten zu senken, weitere Programme zur Reindustrialisierung sind geplant. Offen ist allerdings, wie schnell sie Wirklichkeit werden. Das Hauptrisiko für die Eurozone besteht laut Experten nämlich genau darin: Dass angekündigte Reformen und Pläne nicht so umgesetzt werden, dass sie auch eine Wirkung haben.

29. 05. 2013 # Perfekt gespart – Wirtschaft tot

Im Anfang war das Wort. Auch im Anfang großer Missverständnisse. Das Wort, das die derzeit größten Missverständnisse herausfordert, ist „sparen“. Voran deutsche Wirtschaftswissenschafter – und mit ihnen Angela Merkel – verstehen unter „sparen“, dass alle Staaten gezwungen werden müssen, ihre Ausgaben zu kürzen. Ich halte das, wie mein Kollege Georg Hoffmann-Ostenhof, für „kaputtsparen“. -

Wenn ich staatliches Sparen an dieser Stelle mehrfach befürwortet habe, dann weil ich darunter etwas ganz anderes verstehe: Dass der Staat seine Leistungen dank besserer Technologie und besserer Planung billiger als bisher erbringt. Zwar gehört dazu auch das Streichen überflüssiger Leistungen – aber nur, um das ersparte Geld anderswo sinnvoller einzusetzen. Etwa: für U-Bahn-Bau statt für Bürokratie. -

Dass der Staat seine Ausgaben in der aktuellen Wirtschaftslage insgesamt kürzen möge, entspringt einer falschen Diagnose und provoziert eine fehlerhafte Therapie. -

Zur falschen Diagnose: Wirtschaftsfunktionäre geben vor (und Wirtschaftsjournalisten beten nach), dass die aktuelle Krise auf das „Ausufern des Sozialstaates“ zurückzuführen sei. Dazu Ziffern: Im Krisenland Spanien sanken die Ausgaben des Staates von 1995 bis 2007 von 44,4 auf 38,8 Prozent des BIP. In Österreich von 56,5 auf 48,4 Prozent. In der Eurozone von 53,2 auf 46,1 Prozent. Wenn es also einen Zusammenhang zwischen Staatsausgaben und dem Ausbruch der Krise gibt, dann allenfalls den umgekehrten. -

Anlass und Ursache der aktuellen Krise war – aus allen Statistiken durch einen „Knick“ klar ersichtlich – nicht das „Ausufern des Sozialstaates“, sondern der Ankauf desolater US-Wertpapiere durch Europas Banken, die – voran in Spanien – zusätzlich darunter litten, dass die Bevölkerung übermäßig aufgenommene Euro-Kredite nicht bedienen konnte. Erst nachdem diese Banken ab 2008 mit Steuermilliarden „gerettet“ werden mussten, sind die Staatsschulden aus dem Ruder gelaufen. -

Dass Sparen à la Merkel die falsche Therapie ist, wird klar, sobald man einen Tatbestand anerkennt, der nicht auf Wirtschaftstheorien, sondern auf Mathematik beruht: Jeder Verkauf erfordert einen Einkauf – man kann nur so viel verkaufen, wie eingekauft wird. -

Wenn Sparen in „weniger einkaufen“ (weniger nachfragen) besteht, kann das nach Adam Riese nur dazu führen, dass auch weniger verkauft wird. Wenn dieser Zustand länger andauert, nennt man ihn Rezession. Nachfrage kommt einerseits von Konsumenten sowie Unternehmen und andererseits vom Staat. Wenn der Staat seine Nachfrage in einer Situation zurückfährt –„spart“ –, in der die Nachfrage von Unternehmen und Konsumenten schwächelt, muss die Rezession besonders massiv ausfallen. -

Betriebswirtschaft – und daraus resultiert das Verständnisproblem – unterscheidet sich hier prinzipiell von Makroökonomie: Ein Einzelner, der spart, kann damit reich werden – aber wenn viele oder gar alle sparen, muss es die Wirtschaft umbringen. Weil es – siehe oben – kein Verkaufen ohne Kaufen geben kann. -

Nur einzelne Volkswirtschaften können reich werden, indem sie sparen: Deutschland zum Beispiel spart seit 15 Jahren Löhne, indem es sie nicht im Ausmaß der Produktivität erhöht. Das hat ihm Lohnstückkosten beschert, die um ein Viertel unter denen seiner schärfsten Konkurrenten liegen, dies ist die Ursache des deutschen Exportbooms. -

Allerdings nur, weil die meisten anderen Volkswirtschaften der EU nicht wie Deutschland gehandelt haben, sondern ihre Löhne steigen ließen. Nur dank ihrer gestiegenen Kaufkraft hat es genügend Käufer für immer mehr deutsche Waren gegeben. Hätten alle Länder die Löhne eingefroren, wäre es zur Megakrise gekommen. -

So haben die stagnierenden Löhne zuerst die Nachfrage ausgerechnet im reichen Deutschland stagnieren lassen. Geboomt hat sie ausgerechnet im armen Süden, voran Spanien, wo die Löhne weit stärker als die Produktivität gestiegen sind und die Banken freizügig absurde Kredite gewährten. -

Als die Finanzkrise ganz Europa erfasste und das spanische (südliche) Paradoxon beendete, wurde die Fehlverteilung der Einkommen nicht korrigiert, sondern vertieft: Das allenthalben zur Bankenrettung benötigte Steuergeld wurde der Kaufkraft der Massen, statt dem Vermögen der Aktionäre, entzogen. -

Überall in der EU – in Deutschland oder Österreich marginal, im Süden dramatisch – geht die private Nachfrage zurück: Unternehmen drosseln ihre Investitionen, und eine Bevölkerung, die, wie in Spanien, um ihre Existenz fürchtet, konsumiert nur das Nötigste. (Dass Chinesen oder Russen ihre Einkäufe in der EU etwas erhöhen, macht diesen Rückgang nicht wett.)

Wenn man die südlichen Staaten in dieser Situation eingebrochener privater Nachfrage dazu zwingt, die staatliche Nachfrage weiter zurückzufahren, und wenn alle anderen Staaten gemäß einem Austerity-Pakt ebenfalls sparen – wenn also rundum noch viel weniger eingekauft wird –, kann das nach Adam Riese nur dazu führen, dass auch noch viel weniger verkauft wird. -

Voran im Süden – am Ende auch bei uns. Das ist die Rezession, mit der wir leben.

31. Mai 2013,

Das Hampelmann-Syndrom

Es wird Herbert Stepic wohlgetan haben, dass ihm sein Rücktritt als General der Raiffeisen Bank International mit Post von Jeannée versüßt wurde

Mit "Lieber Herbert Stepic" haben ihn in diesen schweren Tagen vermutlich nicht viele unter dem Giebelkreuz angesprochen, und vor allem nicht in so lauterer Absicht, wie das in der "Kronen Zeitung" nur erfolgen kann, wenn es gilt, die ethische Rangordnung zwischen einem "Krone"-Kolumnisten und einem "Kurier"-Chefredakteur aufrechtzuerhalten. "Wenn Sie, lieber Herr Stepic, mit ordnungsgemäß in Österreich versteuertem Eigengeld in Singapur über legale Briefkastenfirmen drei Wohnungen kaufen, "vergisst" der "Kurier"-Chef Helmut Brandstätter plötzlich seine Hampelmann-Rolle als journalistischer Raiffeisen-Knecht, erklärt die selbst für altgediente Wirtschaftsjournalisten nur schwer einschätzbare Qualität der Story zum "Knüller" und lässt aus allen Rohren auf Sie schießen".

Es war dies einer jener Momente im Leben des heimischen Boulevards, in denen Michael Jeannée seine "Hampelmann-Rolle" als journalistischer Dichand-Knecht nicht nur nicht vergessen durfte, sondern sie sogar rückwärts vollzog, nur um deutlich zu machen, wie sehr im *"Kurier"* das Objektivitätsgebot, das niemandem heiliger ist als der *"Krone",* mit Füßen getreten wird.

Stepic wurde nämlich nicht nur ausgerechnet in "News" als karibischer Briefkastenonkel enttarnt, sondern auch noch in der "Raiffeisen-Zeitung" "Kurier" gegenüber seinem "Raiffeisen-Kollegen" Erwin Hameseder schwerstens benachteiligt. "Da fährt der Herr Hameseder seinen gesetzwidrig sommerbereiften Porsche Carrera 911 im Schneetreiben zu Schrott und versucht danach einen "Deal" mit der hauseigenen Versicherung zu seinen Gunsten, und dem "Kurier" - selbst ernanntes "Qualitätsblatt" - ist die für jeden Reporter im ersten Lehrjahr erkennbare Top-Qualität der Story powidl, und er schweigt sie tot, tot, tot".

Damit griff Jeannée im Bestreben, Herbert Stepic Gutes zu tun, allerdings ein wenig daneben. Denn man kann davon ausgehen, dass

der "Kurier" Herrn Hameseders versuchten Schrotthandel "tot, tot, tot" geschwiegen hat, eben weil ihm die Story nicht "powidl" war, und weil der "journalistische Raiffeisen-Knecht" seine Karriere nicht in einer "Hampelmann-Rolle" rückwärts als "Reporter im ersten Lehrjahr" neu starten möchte.

"Was ist da los, Herr Stepic?" begehrte Jeannée zu wissen und versuchte, mehr über das Intimleben im Raiffeisenkonzern zu erfahren: "Wieso darf Brandstätter Hameseder lieben und Sie nicht?" Das könnte mit der Stellung des urchristlichen Konzerns zur freien Liebe zu tun haben, vielleicht aber doch mehr mit dem dunklen Verdacht, der sich in jedem festsetzen musste, der die Titelgeschichte über Herbert Stepics ″geheime Briefkasten-Firmen" in "News" gelesen hatte: "Wem sind Sie auf die Füße getreten? Was haben Sie falsch gemacht? Fragen über Fragen, die nur Sie beantworten können" - weil sie in "News" zunächst gar nicht erst gestellt wurden - und "hoffentlich bald".

Wie es nach Stepics Pressekonferenz aussieht, wird Jeannées Neugier nicht so bald gestillt werden, und auch "News" von dieser Woche kam der drängenden Aufforderung nicht nach zu enthüllen, wem "Österreichs mächtigster Banker" so heftig *auf* "die Füße getreten" sein könnte, dass er zurücktreten musste. Es blieb bei Floskeln wie: "Am Dienstag, um 15.32 Uhr, war das Unverstellbare sic dann in Schriftform gegossen", ohne deswegen auch gleich unvorstellbar zu sein: "Herbert Stepic bestätigte NEWS via Mail, dass er der wahre wirtschaftliche Berechtigte von zwei " Projektgesellschaften - wie er die Offshore-Firmen nennt - ist". Sollte sich der "Super-Banker" doch nur selber "auf die Füße getreten" sein? Kaum zu glauben, aber wenn ja, hat er es Jeannée bisher noch nicht gestanden.

Auf Dauer wird sich das aber nicht vermeiden lassen, soll er in der "Kronen Zeitung" seine Position gegenüber Herrn Hameseder halten können. Denn die Frage an Stepic lautet nun einmal: "Welche heißen Drähte hat Ihr Raiffeisen-Kollege Erwin Hameseder zur Raiffeisen-Zeitung "Kurier", die Sie, der bis zu seinem Rücktritt fraglos mächtigste und erfolgreichste Banker des Giebelkreuz-Multis, nicht haben?"

Jeannée tut sich schwer, mit Ungewissheit zu leben. Bietet man ihm Sicherheit, verstummen seine Fragen rasch. "Der Mann wird noch zur Zentralsonne der österreichischen Innenpolitik", entnahm er den "Salzburger Nachrichten". Da hieß es nur noch: "Go ahead, Frank, go ahead!"

Causa an Staatsanwaltschaft Wien weitergereicht.

Herbert Stepic, noch amtierender Vorstandschef der Raiffeisen Bank International (RBI), ist vor einer Woche über seine privaten Immobilien-Deals in Asien via Briefkastenfirmen in Steueroasen gestolpert. Jetzt hat er angeblich wegen seiner liechtensteinischen Restem-Stiftung Selbstanzeige bei der Finanz erstattet. Das berichtet "Der Standard". Eine offizielle Bestätigung dafür war nicht erhältlich.

Die Finanz habe die Causa an die Staatsanwaltschaft Wien weitergereicht, so die Zeitung. Das geschehe immer dann, wenn die Behörde vermutet, dass mehr als 100.000 Euro an Abgaben hinterzogen wurden.
Laut Staatsanwaltschaft Wien werden derzeit keine Ermittlungen geführt. Intern und inoffiziell werde im Raiffeisen-Sektor aber bestätigt, dass Stepic bzw. sein Steuerberater derartige Schritte unternommen hätten.

Stepic selbst war laut "Standard" nicht zu erreichen, es gilt die Unschuldsvermutung. Seiner Sprecherin sei "diesbezüglich nichts bekannt". Auch RBI-Aufsichtsratschef und RZB-Chef Walter Rothensteiner war für eine Stellungnahme nicht zu erreichen, seinem Sprecher ist die Causa "nicht bekannt". Am 7. Juni soll sich der RBI-Aufsichtsrat mit der Stepic-Nachfolge befassen.

31.05.2013 Österreich hält an Finanztransaktionssteuer fest

Dass die Finanztransaktionssteuer am 1. Jänner 2014 kommt, ist unwahrscheinlich. Im Finanzministerium geht man trotzdem davon aus, dass die halbe Milliarde Euro wie budgetiert fließen wird.

Die Zeit für die geplante Einführung der Finanztransaktionsteuer (FTS) per 1. Jänner 2014 wird knapp, räumen die Finanzsprecher der Regierungsparteien SPÖ und ÖVP ein. Sie halten aber prinzipiell daran fest. Sollten die Mittel aber nicht wie geplant ins Budget einfließen, schlägt SPÖ-Mandatar Kai Jan Krainer vor, die Verursacher der Finanzkrise für die verspätete Einführung zur Kasse zu bitten. Krainer will sich dagegen wehren, dass die etwaige Budgetlücke etwa durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer gefüllt wird. Wenn die Finanztransaktionssteuer erst ein halbes Jahr oder Jahr später eingeführt wird, soll die Finanzindustrie ihren Beitrag leisten, nicht jedenfalls die "breite Masse", so Krainer. Er verweist jedoch darauf, dass man "erst dann über die Brücke" gehen soll, wenn man dort ist.
Im Finanzministerium geht man davon aus, dass die Steuer trotz deutscher Skepsis zustande kommt, wenn auch verspätet. "Das wird sehr knapp", die FTS sei aber noch keinesfalls verloren, meinte ÖVP-Finanzsprecher Günter Stummvoll. Von Beginn an habe es sich aufgrund der unterschiedlichen Interessen um einen "sehr schwierigen Prozess" gehandelt, rechnet er damit, dass noch weitere Überzeugungsarbeit notwendig ist: "Der Teufel steckt im Detail." Die deutsche Zurückhaltung nun sei aber doch "überraschend" gekommen.
Das österreichische Budget sieht ab 2014 jährlich 500 Millionen Euro an Einnahmen durch die FTS vor. Von Verantwortungslosigkeit bei diesen Annahmen könne aber keine Rede sein, meinte Stummvoll auf eine entsprechende Frage.

Sollten nun die Mittel aus der FTS doch nicht fließen, müsse es "wider Erwarten" doch zu "Umschichtungen" kommen, räumte Stummvoll ein. Grundsätzlich möchte sich aber auch er noch nicht mit "Was wäre wenn"-Fragen beschäftigen. Es werde schwierig, aber: "Ich gehe davon aus, dass der Zeitplan eingehalten wird."

Der stellvertretende Grünen-Bundeschef und Budgetsprecher Werner Kogler meinte, die Regierung könne nun nicht zusehen, wie die Pläne für die Einführung in anderen Ländern durch Lobbys "perforiert" werden, betonte er am Freitag im Gespräch mit der APA. Den lauter werdenden Zwischenrufen der Finanzlobby dürfe man sich nicht beugen, forderte Kogler.

31. Mai 2013, 18:32 # Pensionsreform: Zähe Anpassung

Wann das geltende gesetzliche Pensionsalter auch durchgesetzt wird, steht in den Sternen

Nur keine Aufregung! Pensionen sind ein heikles Thema - und Pensionisten tut Aufregung nicht gut. Sie sind ein kritisches, vor allem aber großes Wählerpotenzial für alle Parteien - und ein amtierender Sozialminister wäre schlecht beraten, gerade in einem Wahljahr mit großen Reformplänen aufzuwarten.

Rudolf Hundstorfer weiß das als alter Gewerkschafter; seine Reaktion auf die Mahnung der EU-Kommission, doch endlich das Pensionssystem an die veränderten demografischen Gegebenheiten anzupassen, ist entsprechend.

Nein, er will das Frauenpensionsalter nicht vorzeitig an das der Männer angleichen - da habe er sich überzeugen lassen; ganz ohne sich vor ÖGB- oder SPÖ-Frauen zu fürchten, versichert der Minister. Und dass man das gesetzliche Pensionsalter dem Willen der EU-Kommission folgend von 65 auf 67 Jahre anheben könnte, hält der Minister auch für eine schlechte Idee. Schließlich ist das tatsächliche Pensionsantrittsalter immer noch weit unter 60.

Da müsste man ansetzen. Stimmt. Dort setzen die Regierungen seit inzwischen zwei Jahrzehnten an. Mit dem Erfolg, dass das durchschnittliche reale Pensionsantrittsalter inzwischen wieder auf ein Niveau gestiegen ist, das es vor 20 Jahren hatte: 58,4 Jahre. Ein Dutzend Jahre soll es dauern, bis es 60 Jahre erreicht. Wann das geltende gesetzliche Pensionsalter auch durchgesetzt wird, steht in den Sternen. Regt das jemanden auf? Nein. Es ist ja Wahljahr.

Monsanto will keine neuen Gen-Pflanzen in EU

31. Mai 2013, **Laut einer Sprecherin handele es sich um einen Kampf gegen Windmühlen**

Brüssel - Der US-Agrarkonzern Monsanto gibt den Kampf für den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen in Europa auf. "Wir machen keine Lobbyarbeit mehr für den Anbau in Europa", sagte der Sprecher von Monsanto Europa, Brandon Mitchener, der Berliner "tageszeitung" vom Samstag. Derzeit plane sein Unternehmen auch nicht, die Zulassung neuer gentechnisch veränderter Pflanzen zu beantragen. Auch wolle Monsanto auf neue Feldversuche mit Saatgut von Genpflanzen verzichten.

"Wir haben verstanden, dass das im Moment nicht die breite Akzeptanz hat", sagte die Sprecherin von Monsanto Deutschland, Ursula Lüttmer-Ouazane, der Zeitung. Monsanto sei über die Jahre in Europa nicht weitergekommen. "Es ist kontraproduktiv, gegen Windmühlen zu kämpfen."

Laut einer Sprecherin handele es sich um einen Kampf gegen Windmühlen

Brüssel - Der US-Agrarkonzern Monsanto gibt den Kampf für den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen in Europa auf. "Wir machen keine Lobbyarbeit mehr für den Anbau in Europa", sagte der Sprecher von Monsanto Europa, Brandon Mitchener, der Berliner "tageszeitung" vom Samstag. Derzeit plane sein Unternehmen auch nicht, die Zulassung neuer gentechnisch veränderter Pflanzen zu beantragen. Auch wolle Monsanto auf neue Feldversuche mit Saatgut von Genpflanzen verzichten.

"Wir haben verstanden, dass das im Moment nicht die breite Akzeptanz hat", sagte die Sprecherin von Monsanto Deutschland, Ursula Lüttmer-Ouazane, der Zeitung. Monsanto sei über die Jahre in Europa nicht weitergekommen. "Es ist kontraproduktiv, gegen Windmühlen zu kämpfen."

Genmais und -Kartoffel

In der Europäischen Union sind der Genmais MON810 von Monsanto und die Kartoffel Amflora des deutschen Unternehmens BASF für den Anbau zugelassen. Weitere Genpflanzen sind zur Verarbeitung in Futter- und Lebensmitteln erlaubt.

Die Widerstände gegen den Anbau von Genpflanzen sind in der EU jedoch groß. BASF hatte daher im Jänner angekündigt, sich nicht mehr um die Zulassung weiterer Genkartoffeln zu bemühen. Amflora war 2010 nach einem 13-jährigen Verfahren in der EU für den Anbau zugelassen worden. Wegen starker Proteste wird sie aber kaum angebaut.

Acht EU-Länder, darunter auch Österreich, haben den Anbau der Pflanze auf ihrem Gebiet verboten.

31.05.2013, 17:00 Ideologiegeprägter Schlagabtausch

wegen Millionären zwischen SP und VP

Der Bericht über die gestiegene Zahl an Millionären in Österreich hat am Freitag zu einer stark ideologiegeprägten politischen Debatte der Regierungsparteien SPÖ und ÖVP sowie ihnen nahestehenden Verbänden geführt. Gestritten wurde darüber, ob Vermögenssteuern angebracht seien oder nicht. Wohl im Lichte des laufenden Superwahljahres 2013 gingen die Wogen in den Aussendungen besonders hoch - unterschiedlicher kann man die Ergebnisse des Valluga- Berichts kaum interpretieren.

ÖGB- Präsident Erich Foglar etwa meinte, "das Vermögen der Millionäre wurde mit Steuergeld gerettet", Vermögenssteuern würden die Wirtschaft ankurbeln. VP- Generalsekretär Hannes Rauch konterte, "die SPÖ redet von Millionären, meint aber den Mittelstand". Rauch erinnerte weiter an verschiedene Zitate von SP- Berater Hannes Androsch, in denen sich dieser gegen eine Millionärssteuer ausgesprochen hatte.

Rauch: "Ungerechte Neid- und Umverteilungsdebatten"

Der VP-General meinte, "nicht Vermögenssteuern, sondern die richtigen Maßnahmen für Einkommensschwache wie Bildung, Stärkung der Eigeninitiative und die Chance auf einen Arbeitsplatz führen zu mehr sozialem Aufstieg". Es gehe um eine zukunftsorientierte Politik, nicht um "ungerechte Neid- und Umverteilungsdebatten". Im Übrigen würde Vermögen bereits mehrfach besteuert: "Die Gier der SP kennt offenbar keine Grenzen." Der Regierungspartner ziehe mit einer "Steuerkeule" umher.

Frage des Tages in der Infobox: Mehr Reiche in Ö - wären Sie für eine Vermögenssteuer?

Ganz konträr Foglars Ausführungen: "Während Arbeitnehmer noch immer unter den Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise leiden und ihre Gehalts- und Lohnerhöhungen von der kalten Progression aufgefressen werden, profitieren die Millionäre bereits wieder von boomenden Kapitalmärkten und einem starken Immobilienmarkt." Damit sei klar, "dass eine Steuerstrukturreform längst überfällig ist, denn es waren die Arbeitnehmer, Pensionisten und Konsumenten, die mit ihren Steuern und Einschnitten die Vermögen der Millionäre am Höhepunkt der Finanzkrise gerettet haben". Nicht nachvollziehbar nannte der ÖGB- Chef das Argument der Standortschädigung durch Vermögenssteuern.

Darabos: "Superreiche endlich in die Pflicht nehmen"

SP- Bundesgeschäftsführer Norbert Darabos sah sich wegen der gestiegenen Anzahl an Millionären und des gestiegenen Vermögens der "Superreichen" in Österreich um zehn Prozent auf 245 Milliarden Euro in der Forderung nach einer Millionärssteuer als auch einer Erbschafts- und Schenkungssteuer ab einer Million Euro bestärkt. Die Millionäre litten am wenigsten unter der Krise. Es könne daher nicht zu viel verlangt sein, "Superreiche endlich in die Pflicht zu nehmen, Millionärssteuern sind eine Frage der Gerechtigkeit".

Darabos- Parteikollege und AK- Wien- Direktor Werner Muhm meinte, "die Reichen können sich einen fairen Beitrag zum Budget mehr als leisten". Die Wirtschaft werde auf Kosten der Arbeitnehmer aufrechterhalten, auch könne man bei einer Millionärssteuer nicht von einer Belastung der Mittelschicht sprechen - denn Österreichs Millionäre besäßen schließlich laut Studien- Autor Valluga mit 33,4 Prozent mehr als ein Drittel des gesamten privaten Finanzvermögens, wovon die reichsten zehn Prozent wiederum knapp zwei Drittel besitzen.

Wirtschaftsbund: "Reformieren statt Kassieren"

Aus dem VP- Wirtschaftsbund verlautete hingegen, dessen Motto laute "Reformieren statt Kassieren". Statt den Bürgern in Österreich "noch tiefer in die Tasche zu greifen, erkennen wir die Reformnotwendigkeit in Österreich". Es sei an der Zeit, "dass auch ÖGB, AK und SP endlich erkennen, dass Vermögenssteuern alle treffen, die sich etwas erarbeitet und aufgebaut haben".

Hollande: Angriff auf den EU-Zentralismus

31.05.2013 | 18:21 | **Frankreich will die Kommission entmachten und mehr politischen Einfluss auf die Wirtschaftspolitik. Bei oberflächlicher Betrachtung scheint die Forderung logisch.**

Wien. Er war richtig sauer. Staatspräsident François Hollande verwarf diese Woche Forderungen der EU-Kommission nach einer nachhaltigen Pensionsreform in Frankreich. Er lasse sich von Brüssel nicht „diktieren", was er zu tun habe. Fast im gleichen Atemzug verlangte er gemeinsam mit der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel die Einsetzung eines hauptamtlichen Euro-Präsidenten. Damit wird deutlich, wohin nach seiner Ansicht die politische Reise der reformbedürftigen EU gehen soll. Als Angriff auf den Brüsseler Zentralismus getarnt, will Hollande noch mehr zwischenstaatliche Wirtschaftspolitik durchsetzen. Sie soll nicht von einer EU-Verwaltung, sondern von einem den Regierungen nahestehenden Gremium – der Euro-Gruppe – organisiert werden.

Bei oberflächlicher Betrachtung scheint die Forderung logisch. Die EU-Kommission unter José Manuel Barroso hat in der Krise oft träge und nicht immer innovativ gewirkt. Das Krisenmanagement wurde auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs abgewickelt. Da scheint es nur folgerichtig, auch nach der Krise damit fortzufahren.

Eine Stärkung der Euro-Gruppe mit einem permanenten Präsidenten verschiebt die Macht weiter von der EU-Kommission weg in das Gremium der 27 Regierungen – dem Rat der EU. Dort hat Herman Van Rompuy als Ratspräsident bereits ein eigenes Büro aufgebaut. Die Euro-Gruppe (Finanzminister der Euroländer) hat eine eigene Arbeitsgruppe unter Leitung des Österreichers Thomas Wieser installiert. Es sind Parallelstrukturen zu der zwar zu Recht als abgehoben kritisierten, aber immerhin weitgehend unabhängigen EU-Kommission. Die neuen Gremien bereiten statt Gesetzen auf Grundlagen der von allen Mitgliedstaaten entwickelten globalen Ziele vor allem solche politischen Vorlagen vor, die nach Abwägung nationaler Interessen aktuell realistisch erscheinen.

Demokratische Kontrolle?

Was logisch und effizient wirkt, ist bei genauem Hinsehen eine Aushöhlung der demokratischen Konstruktion der EU. Denn damit wird nicht nur der Einfluss der Kommission, sondern immer wieder auch des Europaparla-ments als Kontrollgremium minimiert. Abseits einer vertraglichen Grundlage droht die EU zu einer politischen Zweckgemeinschaft der Regierungen umgewandelt zu werden – mit einer Vormachtstellung von Deutschland und Frankreich. Langfristige Ziele, für deren Umsetzung die EU-Kommission zuständig ist, wie die Sanierung der nationalen Haushalte oder die Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit der gesamten EU, drohen durch eine wahltaktisch motivierte Politik gebremst zu werden.

Das Beispiel französische Pensionsreform zeigt, dass es dabei selten um eine bessere gemeinsame Wirtschaftspolitik geht, sondern meist um das Wahren von parteipolitischen Interessen. Die von Hollande durchgesetzte Herabsetzung des Pensionsalters war laut vielen Wirtschaftsexperten falsch, sie beruhte lediglich auf einem Wahlversprechen des Sozialisten.

01. 05. 2013 Der wach geküsste Landtag:

Salzburg - Koalition in Zielgerade

ÖVP, Grüne und das Team Stronach verhandeln nach der Wahl am 5. Mai intensiv über die Bildung einer Koalition. Bis 12. Juni soll die Regierung stehen.

Salzburg. Es war im Frühjahr 2004, als Wahlsiegerin Gabi Burgstaller den Salzburgern ein neues Regieren, eine offenere und transparente Politik versprochen hat. Die Sache, nicht die parteipolitische Brille sollte für die Neuauflage der Großen Koalition unter sozialdemokratischer Führung entscheidend sein. Neun Jahre später stürzten die Wähler die SPÖ nach dem Auffliegen des Finanzskandals von Platz eins, die Ära Burgstaller ist in Kürze Geschichte.

Nun verspricht Wilfried Haslauer, der am 5. Mai die ÖVP bei einem historischen Tiefststand von 29 Prozent zur stärksten Kraft in Salzburg machte, eine neue Politik. Seit eineinhalb Wochen verhandelt er mit Grünen und dem Team Stronach über eine Koalition. Selbst wenn die Skepsis gegenüber der Stabilität dieser Zusammenarbeit groß ist, schlägt der neuen Konstellation in Salzburg auch viel Sympathie entgegen. Man sieht die Chance auf Reform und Veränderung.

Rot und Schwarz standen – abseits des Finanzskandals – für Stillstand und gegenseitige Blockade. Von Anfang an hatte Misstrauen die Zweckgemeinschaft von Burgstaller und Haslauer bestimmt. Nun verspricht der VP-Chef Sachpolitik vor Parteipolitik. Die Chancen dafür stehen gut, der Finanzskandal hat die Bereitschaft für echte Reformen erhöht. Die Grünen pochen auf Transparenz bei Entscheidungen und den Abschied vom Parteibuch bei Postenbesetzungen. Jeder Partner soll die Möglichkeit haben, die Verwirklichung seiner Ideen und Konzepte auch als Erfolg feiern zu können. Dieses Klima der gegenseitigen Wertschätzung bestimme die Koalitionsgespräche, heißt es unisono.

Bei so heiklen Kapiteln wie Finanzen, Sicherheit, Demokratiereform, Wirtschaft, Landwirtschaft oder Klimaschutz hat man sich weitgehend geeinigt. Über die Inhalte wurde Stillschweigen vereinbart. Nur einen Punkt haben die drei Partner kommuniziert: Jene Personen, die ein Amt in der Regierung übernehmen wollen, müssen sich einem Hearing im Landtag stellen.

Wenn dieses wohl auch kaum mehr als Symbolkraft hat, ist es doch ein Signal, dass die künftige Regierung für eine neue Rollenverteilung zwischen dem Landesparlament und der Regierungsbank stehen will. Die Zeit des reinen Abnickens von Gesetzen im Landtag ist vorbei. Vor allem auch deshalb, weil nun die Opposition in Salzburg eine nie gekannte

Stärke hat. Die SPÖ wird gemeinsam mit den Freiheitlichen keine Gelegenheit auslassen, um der neuen Regierung auf die Finger zu klopfen.

Die Koalition muss auch noch Hürden in den eigenen Reihen überwinden. Ein Teil der grünen Basis hat mit der Zusammenarbeit mit dem Team Stronach nur mäßige Freude. Auch die Bundesgrünen tun sich schwer, dass die Kollegen in Salzburg die Partei des austrokanadischen Politeinsteigers ministrabel machen. Auch wenn es in Salzburg bisher keine internen Streitigkeiten gab, kommt die Skepsis gegenüber der Verlässlichkeit und den oft schrägen Ideen des Parteigründers nicht von ungefähr.

Auch die Grünen selbst bergen Risikopotenzial. Von den Neo-Mandataren haben die meisten kaum Erfahrung in der Politik. Das bringt frischen Wind und unkonventionelle Zugänge, aber auch viel Platz für Frustration und Konflikt. Cyriak Schwaighofer, der den Klubvorsitz übernehmen soll, wird alle Hände voll zu tun haben, seine Fraktion beisammenzuhalten. - Schwarz-Grün-Gelb hätte im Landtag nur eine mit drei Mandaten abgesicherte Mehrheit bei insgesamt 36 Abgeordneten.

Und auch Wilfried Haslauer steht noch vor Entscheidungen. Seine Ankündigung, die Regierung von sieben auf fünf Personen zu verkleinern, wird er nicht einhalten können. Weil es als ausgemacht gilt, dass die ÖVP drei Regierungssitze übernimmt, muss er einen Kandidaten aus seinem vor der Wahl präsentierten Regierungsteam enttäuschen. Ob er auf die einzige VP -Frau oder den Vertreter der Landwirtschaft verzichten wird, ist offen.

Happy End im Finanzskandal?

Salzburg. Steigt Salzburg ohne Verluste aus dem Finanzskandal? Die „Wiener Zeitung“ berichtet jedenfalls, das Land könnte mit weniger Schulden als noch vor Bekanntwerden der Affäre dastehen. Der Abbau der 2012 aufgetauchten Verbindlichkeiten in Höhe von 1,8 Milliarden Euro gehe schneller voran als erwartet. „Es sind mehr als 80 Prozent verkauft worden, und es gibt einen schönen Gewinn“, so ein namentlich nicht genannter Insider

Die Grünen fordern, dass Volksbegehren in Volksbefragungen münden, der Verfassungsjurist ist skeptisch

Wie direkt darf Demokratie sein?

- Die Grüne Daniela Musiol und der Dekan Heinz Mayer im Streitgespräch.

Im Ziel einig, im Weg dorthin so gar nicht: Mayer und Musiol wollen das Gewicht der Bürgeranliegen stärken, allerdings mit unterschiedlichen Mitteln.

Wien. Der Streit um das Demokratiepaket der Regierung geht in die nächste Runde. Die notwendige Verfassungsmehrheit kommt nicht zustande, die Opposition hat stattdessen in ungewöhnlicher Geschlossenheit einen Kompromissvorschlag zur direkten Demokratie vorgelegt. Konkret soll es für Volksbegehren ab 100.000 Unterschriften ein Rederecht im Plenum geben, ab 250.000 soll es bei Nichtumsetzung eine verpflichtende Volksbefragung geben. Während die ÖVP das Paket begrüßte, zeigten sich SPÖ und der Verfassungsrechtler Heinz Mayer skeptisch. Darüber diskutiert er mit der grünen Verfassungssprecherin Daniela Musiol.

Information

Bisher gab es 37 **Volksbegehren.** Unterstützen 100.000 Personen das vom Volk initiierte Anliegen, muss es im Parlament behandelt werden.

Eine **Volksabstimmung** über ein bereits im Parlament beschlossenes Gesetz ist immer dann nötig, wenn es um eine Gesamtänderung der Verfassung geht. Das war bisher nur zweimal der Fall: zum AKW Zwentendorf (1978) und zum EU-Beitritt (1994).

Mit einer **Volksbefragung** wird die Haltung der Bevölkerung zu einem gewissen Thema abgefragt. Initiator ist die Regierung oder der Nationalrat, das Ergebnis ist nicht bindend.

"Wiener Zeitung": *Herr Mayer, warum halten Sie den Vorschlag der Opposition für "Unfug"?*

Heinz Mayer: Ich halte den ursprünglichen Vorschlag einer verpflichtenden Volksabstimmung nach Volksbegehren für eine eklatante Schwächung des Parlamentarismus. Die Verknüpfung von Volksbegehren mit einer Volksbefragung scheint mir indes ein bisschen kindisch zu sein. Das würde bedeuten, dass 400.000 Menschen per Volksbegehren ein Gesetz fordern. Dann macht die Politik nichts und fragt: "Wollt ihr das wirklich?"

Frau Musiol, sind Sie kindisch?

Daniela Musiol: In dieser Frage nicht, zumal der Vorschlag mit der Volksbefragung von Verfassungsexperten gekommen ist. Die Idee ist, dass man eine Initiative einbringt und die versandet nicht, sondern es gibt eine Auseinandersetzung mit dem Parlament. Der Vorschlag wird den Parlamentarismus nicht aushebeln, sondern sieht einen Dialog mit dem Parlament vor. Nötig ist auch eine andere Behandlung der Volksbegehren im Parlament. Ein Rederecht der Initiatoren wird aber nicht ausreichen, die Politiker so weit zu bringen, dass sie Gesetzesänderungen zulassen.

Mayer: Ich bin mit Ihren Zielen einverstanden, nur der Weg gefällt mir nicht. Volksbegehren und Volksbefragungen sind ein Riesenaufwand. Beides zur selben Frage und dann kommt erst recht nichts heraus, weil das unverbindlich ist, ist abschreckend.

Es gibt aber eine politische Verbindlichkeit wie bei der Wehrpflicht-Volksbefragung.

Mayer: Was politisch verbindlich heißt, sehen wir erst, wenn die Wehrpflichtreform stattgefunden hat. Wenn man die Demokratie stärken will, brauchen wir ein neues Wahlrecht.

Wie soll das aussehen?

Mayer: Wir brauchen Abgeordnete, die sich dem Wähler verantwortlich fühlen und sich nicht am Nasenring von ihren Parteien herumführen lassen. Das Wahlrecht soll stärker personalisiert werden. Dann kommen zwar Populisten ins Parlament, aber die verglühen relativ rasch. Ebenso sind mehr Transparenz und vor allem mehr Bildung für das Wahlvolk nötig. Das ist der Unterschied zur Schweiz: Dort würden sich die Wähler nie das gefallen lassen, was sich die Österreicher gefallen lassen.

Musiol: Das wäre nicht so, hätten wir ein System, in dem sich die Menschen regelmäßig Gedanken über ihre Einstellung zu gewissen Fragen machen müssen. Da ist die Schweiz Vorbild.

Mayer: Ja, aber die Österreicher müssen das erst lernen, was die Schweizer seit Jahrhunderten gelernt haben.

Musiol: Sie unterschätzen die Österreicher. Man kann in vielen Punkten anderer Meinung sein als die Partei, die man vor Jahren gewählt hat, etwa bei der Wehrpflicht.

Mayer: Gerade die Wehrpflichtbefragung stimmt mich nicht optimistisch. Abgestimmt wurde über den Zivildienst. Die Parteien haben sie von Anfang an instrumentalisiert und das werden sie wieder tun.

Die letzten Volksbegehren sind grandios untergegangen, wie erklären Sie sich das?

Musiol: Das überrascht mich nicht, weil bei den letzten Volksbegehren trotz zahlreicher Unterstützung meist nichts passiert ist. Ich verstehe es total, wenn die Leute irgendwann frustriert sind.

Mayer: Man überschätzt das Bedürfnis nach direktdemokratischer Mitbestimmung. Die Menschen erwarten sich von der Politik, dass die nachvollziehbar ihre Aufgaben erledigt, dass die Leute gehört werden und sie nicht mit Floskeln abgespeist werden.

Sie machen es sich einfach, wenn Sie sagen, die Österreicher seien eben nicht die Schweizer. Was kann man tun, um diesen Unterschied auszugleichen?

Mayer: Durch Bildung. In einer Demokratie braucht es eine aufgeklärte Gesellschaft.

Musiol: Dass im Bereich politische Bildung vieles zu tun ist, das ist keine Frage. Aber wenn man die Bevölkerung nicht für demokratisch reif hielte, dürfte man sie auch nicht wählen lassen, was wir ja nicht in Betracht ziehen.

Frau Musiol, wie wollen Sie sicherstellen, dass ein Gesetzesvorschlag nicht den Grundrechten oder EU-Recht widerspricht?

Musiol: Über solche Initiativen soll nur abgestimmt werden, wenn vorgeprüft ist, dass es keine verfassungs-, menschen- oder EU-rechtlichen Bedenken gibt.

Mayer: Wer entscheidet das?

Musiol: Möglich wäre der Verfassungsgerichtshof oder eine Untergruppe des Verfassungsdienstes im Kanzleramt. Der Kompromissvorschlag sieht vor, den Legislativdienst im Parlament damit zu betrauen.

Mayer: Der Verfassungsgerichtshof kann das nicht vorprüfen und im Kanzleramt sind weisungsgebundene Beamte zuständig. Auch beim Legislativdienst stellt sich die Frage, ob er ungebunden genug ist.

01.06.2013 # Gusenbauer unter Spitzelverdacht

Kanzler Gusenbauer: Kenner der kasachischen Polit-Szene stet unter Spitzelverdacht.
Der Ex-Kanzler wird verdächtigt, das kasachische Regime mit vertraulichen Dokumenten versorgt zu haben.

Ex-Kanzler Alfred Gusenbauer fungiert seit 2010 als Berater des kasachischen Präsidenten Nursultan Nasarbajew – das ist soweit bekannt. Neu ist der Verdacht, dass er das kasachische Regime mit vertraulichen Dokumenten im Fall Aliyev versorgt habe. Die Staatsanwaltschaft Wien ermittle sowohl gegen Gusenbauer als auch gegen den Wiener Rechtsanwalt Gabriel Lansky wegen des Verdachts nachrichtendienstlicher Tätigkeiten,

"Ich bestätige, dass eine Anzeige von der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) an uns weitergeleitet wurde, mehr kann ich dazu aber nicht sagen", so Nina Bussek, Sprecherin der Staatsanwaltschaft. Laut "profil" ermittelt die Justiz nach Paragraf 256 des Strafgesetzbuches "Geheimer Nachrichtendienst zum Nachteil Österreichs" - Strafrahmen: drei Jahre Haft.

Auslöser soll eine Anzeige "aus dem russischen Raum" gewesen sein, die zunächst Teil eines anderen Verfahrens bei der WKStA war. Dabei ging es um möglichen Amtsmissbrauch eines Mitarbeiters des Bundeskriminalamtes. Das Verfahren wurde mittlerweile eingestellt, die angezeigten Vorwürfe gegen Gusenbauer und Lansky jedoch in einem gesonderten Akt an die Staatsanwaltschaft Wien weitergeleitet.

Dementi

Gusenbauer sagte gegenüber dem "profil", dass er "zu keinem Zeitpunkt, weder vor, während oder nach seiner Zeit als SP-Regierungschef (2007/08) dem

kasachischen Präsidenten irgendwelche parlamentarischen bzw. Regierungsunterlagen der Republik Österreich" zur Verfügung gestellt habe.

Gabriel Lansky - verneinte gegenüber dem Magazin die Frage, ob er der kasachischen Regierung Unterlagen aus Österreich übermittelt habe. Der Wiener Jurist vertritt in dem Mordfall die Hinterbliebenen von zwei kasachischen Managern der Nurbank, die auf Geheiß von Rakhat Aliyev (nunmehr Shoraz) getötet worden sein sollen. Shoraz, früherer kasachischer Botschafter in Wien, bestreitet dies. Shoraz war einst Schwiegersohn des autoritär regierenden Präsidenten Nasarbajew, bei dem er wegen eigener politischer Ambitionen aber in Ungnade gefallen sein soll.
Nach "profil"-Angaben wurden bisher weder Gusenbauer noch Lansky in der Sache einvernommen. Das Magazin spricht von einer "Verdachtslage"; bewiesen sei nichts.

Rakhat Aliyev -Die komplexe Affäre um den ehemaligen Diplomaten war 2009 Beweisthema im parlamentarischen "Spitzel"-Ausschuss. Dabei wurden dem Untersuchungsausschuss tausende Seiten sensibler Unterlagen von Justiz, Sicherheitsbehörden und Ministerien übermittelt.

Ebendiese könnten laut "profil" dem kasachischen Geheimdienst KNB übermittelt worden sein. Lansky habe, so das Magazin, "berechtigtes Interesse daran, dass den Ermittlern in Wien die kasachischen Belastungszeugen nicht ausgehen". Auch die kasachische Regierung könnte Interesse an den eigentlich geheimen österreichischen Akten haben, beispielsweise um die wechselnden Aufenthaltsorte von Aliyev/ Shoraz in Erfahrung zu bringen. Derzeit soll sich dieser in Malta aufhalten.

Mittwoch, 27. Juni 2012 **Zores wegen Wörthersee Villa**

Wörthersee-Anwesen im Visier - KHG verweigert Aussage, Handwerker packen aus

Im Kern geht es dabei um die Frage, ob die Gelder aus Grassers Stiftungskonstrukt der Person Grasser zugerechnet werden können was aus Sicht der Steuerbehörde der Fall ist. -

Entscheidend für die Zurechenbarkeit ist, ob Grasser über diese Einkünfte disponieren konnte und ob er „über das Wirtschaftsgut eine Herrschaft ausübt, die wirtschaftlich der Stellung nahekommt, die ein privatrechtlicher Eigentümer hat.

Verfügen, als gehöre es ihm privat? -

Konkret heißt das beispielsweise bei der berühmten Grasserschen Wöthersee-Villa, für die 1,3 Millionen Euro von der Gemain Limited an die SMW OG flossen, ob Grasser über das Haus so verfügen kann als gehöre es ihm privat. Allein vertretungsbefugter Geschäftsführer der SMW OG ist Grassers Wahlonkel Burkhard Graf.

Auf die Frage der Finanz, wer die Handwerker waren, die das Haus sanierten, sagte Grasser: „Da müssen sie die SMW OG fragen“. Er habe mit dieser nichts zu tun, nur Graf sei vertretungsbefugt.

Graf sagte in seiner Befragung zur Wörthersee-Villa: KHG hat sich nicht eingemischt.

Zahlreiche Emails -

Dann befragte die Finanz die Handwerker, zudem lagen ihr aus den bekannten Ermittlungsverfahren gegen Grasser zahlreiche Emails vor. Aus diesen geht hervor, dass sich Grasser sehr intensiv in die Sanierung des Hauses eingebracht hatte und sich selbst über kleine Details den Kopf zerbracht. Ein Bodenleger erklärte in seiner Einvernahme etwa, dass der „ausschließlich mit Mag. Karl-Heinz Grasser, dem Architekten und Burkhard Graf“ Kontakt hatte.

Mieter des Hauses sind laut Grasser übrigens Ehefrau Fiona und Grassers Vater Karl.

Aussage verweigert -

Als die Finanzermittler Grasser mit den Ermittlungsergebnissen konfrontierten und vorhielten, dass „die Willensbildung bei der SMOW OG nach Behördensicht“ bei ihm liegt, verweigerte der Ex-Finanzminister die Aussage. Die Replik der Finanz: Grasser habe wohl keine Mitwirkungspflicht bei der Aufklärung, allerdings könne durch die Nichtaussage „die Schätzung der Besteuerungsgrundlagen nicht verhindert werden“.

Auch drei Porsche im Visier -

Bei den Ermittlungen geht es auch um drei Porsche, die die Finanz Grasser zurechnen will und bei denen der Verdacht der Abgabenhinterziehung verschriftet wurde. Grasser soll in den Jahren 2002 und 2003 ein Porsche Carrera 4 Cabrio gefahren haben für das auf seinen Kontoverbindungen „weder eine Anschaffung bzw. Veräußerung des Fahrzeuges noch Leasingzahlungen ersichtlich“ seien.

Bei zwei Porsche Cayenne bestehe der Verdacht der Abgabenhinterziehung „durch ungeklärten Vermögenszuwachs aufgrund der Benutzung von nicht in seinem Eigentum stehenden, aber dem Beschuldigten zur uneingeschränkten Nutzung überlassenen Fahrzeugen“. Unter diesen Autos befindet sich auch jener Porsche Cayenne, mit dem Grassers Ex-Verlobte Natalia C. 2005 verunfallte. Frau C. sagte in ihrer Einvernahme, dass der Wagen nur von Grasser und ihr benutzt worden sei und dass Grasser den Wagen ursprünglich auf ihren Namen habe anmelden wollen.

"Scheinhandlung"

Grasser sei aber zu dem Schluss gekommen, „dass dies aufgrund ihrer Einkommensver-hältnisse nicht glaubhaft gemacht werden konnte“, so die Finanz. Zugelassen waren beide Porsche Cayenne auf Burkhard Graf. Die Finanz schreibt, dass dies eine „Scheinhandlung“ gewesen sei, „um die direkte Zurechnung und damit die Mittelherkunft zu verschleiern.

Samstag, 01.06.2013, 9:46 · **Verdächtige Ruhe in Griechenland**

Aus der Regierungs-Clique ins Gefängnis: Was Athens Polit-Versager heute machen

Lange konnten die Politiker in Griechenland schalten und walten, wie sie wollten – und rissen ihr Land mit Korruption, Vetternwirtschaft und Verschwendung fast in den Ruin. Die meisten von ihnen sind mittlerweile ausgetauscht. FOCUS Online zeigt, was aus ihnen wurde.

Die griechische Bevölkerung büßt jeden Tag für das jahrzehntelange Missmanagement ihrer Regierungselite. Immerhin: Die jahrzehntelangen Verfehlungen der griechischen Politiker haben mittlerweile auch personelle Konsequenzen. -

Die griechische Justiz geht, nicht zuletzt unter internationalem Druck, mittlerweile gegen korrupte heimische Politiker vor – soweit es ihr eben möglich ist. Die Politiklandschaft befindet sich im Umbruch, die führenden Schulden-Politiker von einst sind längst abgelöst. -

Doch was machen sie eigentlich heute? Ex-Premierminister Papandreou beispielsweise ist ein gefragter Redner. Doch so mancher Polit-Star von einst vegetiert mittlerweile als Hinterbänkler vor sich hin – oder sitzt sogar hinter Schloss und Riegel:

Giorgios Papandreou, Ex-Premierminister
Giorgos Papakonstantinou, Ex-Finanzminister
Akis Tsochatzopoulos, Ex-Verteidigungsminister
Andreas Loverdos, Anna Diamantopoulou, Louka Katseli, Ex-Minister
Kostas Karamanlis, Ex-Premierminister

Samstag, 01.06.2013, 14:11

Samstag, 01.06.2013, 14:11

Ökonomen warnen vor AfD

Euro - Austritt könnte Kollaps der Wirtschaft bedeuten

Die Anti-Euro-Partei AfD Top-Ökonomen halten die Pläne der Anti-Euro-Partei Alternative für Deutschland für gefährlich. Ein Austritt aus dem Euro würde zu einer chaotischen wirtschaftlichen Lage bis hin zum Kollaps führen. Auch Deutschland würde einen hohen Preis bezahlen.

In der Debatte um eine mögliche Auflösung der Euro-Zone attackieren fünf der bekanntesten deutschen Ökonomen die Anti-Euro-Partei „Alternative für Deutschland“. Die Wissenschaftler, darunter die Chefs der Forschungsinstitute DIW, ZEW und IW Köln, warnen in einem Gastbeitrag für die „Süddeutsche Zeitung“ vom Wochenende vor einer „chaotischen wirtschaftlichen Lage“, wenn mehrere Länder den Euro verlassen.

Sie schreiben: „Wir halten das für den falschen Weg und plädieren dafür, die Währungsunion in ihrer jetzigen Zusammensetzung zu bewahren.“ Sie wehren sich damit dagegen, dass ihre Zunft von der neuen Partei und deren Chef, dem Ökonomen Bernd Lucke, vereinnahmt wird.

Wirtschaftlicher Kollaps der Krisenländer möglich

Die AfD hatte sich in ihrem Wahlprogramm zuvor für „eine geordnete Auflösung des Euro-Währungsgebiets“ ausgesprochen. Die fünf Top-Ökonomen halten es dagegen für „illusorisch, dass die Auflösung der Währungsunion in einem geordneten, rationalen Verhandlungsprozess erfolgen könnte“. Dafür seien die Interessensgegensätze der EU-Staaten und vor allem der Druck der Kapitalmärkte zu groß. -

Sie warnen weiter, dass die Krisenländer durch einen Austritt aus der Euro-Zone den Zugang zum Kapitalmarkt verlieren. Dies „kann zu einem wirtschaftlichen Kollaps der Krisenländer führen, wie die Erfahrung vergangener Schuldenrestrukturierungen allzu deutlich macht. Dieses würde eine weitere Verschärfung der Arbeitslosigkeit und der wirtschaftlichen und sozialen Probleme der Länder auf viele Jahre bedeuten“, schreiben sie. „Auch Deutschland würde sich einer solchen Krise nicht entziehen können und wirtschaftlich einen hohen Preis durch niedrigeres Wachstum sowie hohe direkte und indirekte finanzielle Kosten zahlen“, warnen sie.

Neue Währungen würden zu Kapitalflucht führen

Die Autoren des Pro-Euro-Aufrufs halten es zudem für kaum möglich, in den Krisenländern, so wie von der AfD vorgeschlagen, eigene Währungen parallel zum Euro einzuführen. Dieser Plan „kann nicht funktionieren“, schreiben sie: „Die Kapitalmärkte würden sofort gegen die neue Währung spekulieren. Es würde zu einer massiven Kapitalflucht kommen, die die Finanzierungskosten für Staat, Unternehmen und private Haushalte sehr viel stärker anstiegen ließe, als es Europa in den letzten Jahren erfahren musste. Dies würde zu einer noch tieferen Rezession und sozialen Schieflage in den Austrittsländern führen.“

Die fünf Top-Ökonomen plädieren stattdessen dafür, die Wettbewerbsfähigkeit der Krisenländer zu erhöhen, die Haushalte zu sanieren und für mehr Wachstum zu sorgen. „Die Alternative zur Auflösung der Währungsunion besteht in dem Versuch, die Krise unter Bewahrung der gemeinsamen Währung zu überwinden“, schreiben die Wirtschaftswissenschaftler, „es wird langwierig und schwierig sein, und es wird eine hohe Disziplin seitens der Politik und Geduld erfordern.“

01. 05. 2013 # Eigener Chef, eigenes Budget

Eurozone wird zum **Eliteklub der Europäischen Union**

Angela Merkel und François Hollande wollen mit vielen neuen Ideen für die Eurozone Einigkeit demonstrieren und bei der Integration der Europäischen Union das Tempo vorgeben. Das stößt nicht in allen EU-Ländern auf große Begeisterung.

Schritt für Schritt entwickelt sich die Eurozone zum eigentlichen Kern der Europäischen Union. Nachdem bereits 2011 regelmäßige Eurozonen-Gipfel und ein Eurozonen-Präsident beschlossen wurden, schlagen Deutschland und Frankreich nun vor, noch einen Schritt weiter zu gehen. Nach der Europawahl im Sommer 2014 und mit Beginn der Arbeit der nächsten EU-Kommission im Herbst 2014 sollen die 17 Länder der Euro-Zone nun noch enger zusammenarbeiten. -

Dazu soll es nicht nur einen hauptamtlichen Chef für die Euro-Finanzminister geben. Auch andere Ressorts sollen regelmäßig miteinander diskutieren, um die Homogenität in der Währungsunion zu vergrößern. Zudem soll es ein eigenes Budget geben.

Aufregung um den neuen Eurogruppen-Präsidenten

Am meisten mediale Aufmerksamkeit fand der Vorschlag für einen hauptberuflichen Eurogruppen-Chef, der allerdings von den drei genannten Punkten wohl die geringste Bedeutung hat. Denn auf Chef-Ebene gibt es mit Herman van Rompuy bereits einen ständigen Eurozonen-Präsidenten. Nur fiel das bisher nicht auf, weil er gleichzeitig EU-Ratspräsident für alle 27 EU-Staaten ist. -

Gerade van Rompuy zeigt zudem, dass ein Vollzeit-Präsident nicht unbedingt mächtiger sein muss als der jetzige Vorsitzende, der niederländische Finanzminister Jeroen Dijsselbloem. Im Gegenteil hat van Rompuy mehr administrative Aufgaben, er soll in allen Mitgliedstaaten Positionen erklären und repräsentieren. Dennoch wird ein Vollzeit-Posten auch für die Finanzminister als wichtig angesehen, um eine intensivere, kontinuierlichere Arbeit zu ermöglichen.

Die Eurozone erobert alle Politikbereiche

Wesentlich wichtiger an den deutsch-französischen Vorschlägen ist aber, dass künftig auch die anderen Ministerien in der Eurozone zusammenarbeiten sollen.
Denn dies bedeutet die Ausweitung der Arbeit in der Währungszone auf Bereiche, die bisher alle 27 EU-Staaten betreffen. Ausdrücklich nennen Merkel und Hollande die Arbeits-, Sozial-, Forschungs- und Wirtschaftsminister.

In Polen oder Schweden müssten die Alarmglocken schrillen. Denn es gibt schon heute die ständige Angst vor Sonderabsprachen und davor, bei der Integration abgehängt zu werden. Angesichts einer solchen Intensivierung der Absprachen in der Eurozone muss gerade die Bundesregierung aufpassen, dass sich die Währungszone nicht entkoppelt. Bisher pochte Berlin immer auf „Eurozonen plus"-Lösungen, bei denen möglichst viele andere Nicht-Euro-Staaten bei Reformprojekten mitgezogen werden. So machen etwa beim Fiskalpakt 25 EU-Staaten mit.

Merkel fordert Angleichung der EU-Sozialsysteme

Kampf gegen Jugendarbeitslosigkeit: Merkel will EU-Sozialsysteme angleichen

Die Vermögensfrage Private Altersvorsorge ist ein Strauß vieler Finanzprodukte Angsthasen auf der einen Seite, Verdränger auf der anderen: Wenn es um die Altersvorsorge geht, ist Gelassenheit ein guter Ratgeber. Anleger müssen Versicherungen, Kredite und Geldanlagen im richtigen Verhältnis mischen.

Der Umgang mit der Altersvorsorge hat zum Teil merkwürdige Züge angenommen. Da gibt es auf der einen Seite die Angsthasen, die schon beim Gedanken an die Rente in Panik geraten, und da gibt es auf der anderen Seite die Verdränger, die bei diesem Thema sofort die Schotten dichtmachen. Und es gibt Menschen, die sich „irgendwo“ zwischen den Extremen einrichten. Die dritte Haltung dürfte mit hoher Wahrscheinlichkeit die beste Lösung sein, weil nichts so heiß gegessen wird, wie es zuvor gekocht worden ist. Wer kühlen Kopf bewahrt und in Ruhe darüber nachdenkt, was Altersvorsorge wirklich bedeutet, kann die Aufgabe mit gewisser Gelassenheit angehen. Das wird in folgendem Beispiel deutlich.

Ein junges Ehepaar bringt es in der Summe auf 60 Jahre. Er ist 30 Jahre alt und Diplom-Ingenieur. Sie ist ebenfalls 30 Jahre jung und Diplom-Betriebswirtin. Die beiden Akademiker stammen aus bürgerlichen Familien. Sie haben erfolgreiche Eltern und mehrere Geschwister, so dass der Lebensweg vorgezeichnet ist. Der Mann will Karriere machen. Die Frau möchte Mutter werden, auf den Beruf aber nicht verzichten. Das Ehepaar möchte sich gegen Risiken absichern, es träumt von einem Eigenheim, und im Alter sollte genügend Vermögen vorhanden sein, um den Ruhestand genießen zu können.

Scheidung und Arbeitslosigkeit als größte Gefahren Die Anliegen sind nicht ungewöhnlich, und im Grunde genommen ist damit treffend beschrieben, worauf es bei der Altersvorsorge ankommt. Es geht weniger um Aktiensparpläne, Bausparverträge oder Riesterpolicen, son-dern es geht um die Verknüpfung von Risikovorsorge, Eigenheim und Ruhestandsvermögen. Nur stellt sich die Frage, wie die Dinge verwirklicht werden sollen. Wie sollen die Aufgaben gemeistert werden? Zuerst das Eigenheim, dann das Vermögen? Oder sollen die Vorhaben parallel angepackt werden? Hier gibt es freilich keinen Königsweg, und das hat verschiedene Gründe. Ein Blick auf die aktuellen Zahlen zeigt, dass das Ehepaar noch kein Vermögen besitzt. Allerdings hat es auch keine Schulden, und es ist auch nicht geplant, sich etwas auf Pump zu kaufen. Das monatliche Einkommen des Mannes beträgt 4500 Euro, der monatliche Lohn der Frau liegt bei 3500 Euro. Beide sind angestellt, so dass Sozialabgaben und Steuern in üblicher Höhe abgehen. Bei ihm bleiben 2648 Euro übrig, bei ihr sind es 2148 Euro.

Die Summe von 4800 Euro verteilt das Ehepaar in Gedanken auf drei Töpfe. Die Miete der Wohnung beträgt zur Zeit etwa 800 Euro je Monat. Für den Alltag möchten die jungen Leute in den nächsten Jahren monatlich 1500 Euro ausgeben, halb ahnend, halb wissend, dass dieser Betrag nach der Geburt der Kinder auf mindestens 2000 Euro steigen wird. Folglich werden für den Aufbau des Privatvermögens kurzfristig 2500 Euro im Monat und langfristig 2000 Euro im Monat zur Verfügung stehen.
Der erste Baustein der Altersvorsorge ist, ohne dass es dem Ehepaar richtig bewusst ist, bereits in trockenen Tüchern. Das ist die gesetzliche Rente. Die beiden Akademiker sind Angestellte, so dass an dieser Grundversorgung kein Weg vorbei führt. Der Mann muss in die Rentenversicherung monatlich 425 Euro einzahlen, und bei der Frau sind es 331 Euro im Monat. Die beiden Arbeitgeber geben dieselben Beträge hinzu. Was aus diesen Beträgen in 37 Jahren werden wird, steht in den Sternen, doch das Fundament der Altersvorsorge ist gelegt worden, so dass sich das Ehepaar mit der Risikovorsorge beschäftigen kann.

Abstriche bei der Risikovorsorge

Die mit Abstand größte Gefahr ist die Scheidung. Danach folgt die Arbeitslosigkeit. Schließlich kommen Invalidität und Tod. Die Aufzählung klingt nüchtern, doch wer mit offenen Augen durch die Welt geht, muss dieser Wirklichkeit ins Auge sehen. Die Scheidungsrate liegt in Deutschland bei 50 Prozent, und Arbeitsplätze sind keine Garantie für sichere Einkommen. Gegen beide Risiken gibt es keine Absicherung, sondern nur den Versuch der Vorsorge, und der heißt Bildung. Frauen sollten auf ihre finanzielle Unabhängigkeit achten, und Männer sollten ihre berufliche Attraktivität im Auge behalten. Sonst kann es zu heftigen Verwerfungen kommen. Im Vergleich dazu ist die Absicherung gegen Berufsunfähigkeit eine harmlose Übung. Sie ist aber in finanzieller Hinsicht mit hohem Aufwand verbunden, weil zwei Policen nötig sind. Erstens ist eine Berufsunfähigkeitsrente erforderlich, die bei Bedarf sofort zahlt, und zweitens ist eine Altersrente nötig, weil die Invalidenrente höchstens bis zum 67. Lebensjahr überwiesen wird. Wird die zweite Police also übersehen oder verdrängt, droht im Alter finanzielle Armut, weil kein Geld mehr bezahlt wird.
Dafür sind Aufwendungen nötig, die mächtig ins Geld gehen. Im vorliegenden Fall müsste der Mann für eine lebenslange Monatsrente von 2400 Euro monatlich 600 Euro bezahlen, die Frau monatlich 500 Euro. Das sind zusammen 1100 Euro, so dass für die weiteren Vorhaben - sprich Eigenheim und Vermögen - nur noch Monatsbeträge von 1400 und 900 Euro bereitgestellt werden können. Wenn das Eigenheim jedoch auf dem Wunschzettel stehenbleiben soll, muss das Ehepaar bei der Risikovorsorge entsprechende Abstriche machen. Es muss mit einer schlichten Versicherung vorliebnehmen und darauf vertrauen, dass nicht alle Stricke reißen werden.

Rendite von Aktienanlagen steht in den Sternen

Sinnvoll wird der Abschluss einer Risikopolice gegen Berufsunfähigkeit sein. Die Absicherung einer monatlichen Invaliditätsrente bis zum 67. Lebensjahr kostet den Mann etwa 75 Euro im Monat, und bei der Frau sind es ungefähr 60 Euro im Monat. Dadurch stehen in den nächsten Monaten jeweils 2365 Euro für das Eigenheim zur Verfügung. Zu den beiden Risikopolicen gibt es keine Alternativen. Die privaten Unfallversicherungen bezahlen ihre Renten nur nach Unfällen, und wer einen Blick in die Statistiken wirft, wird schnell erkennen, dass Berufsunfähigkeit in 70 bis 80 Prozent aller Fälle durch Krankheiten verursacht wird. Folglich sind Unfallpolicen fragwürdige Scheinversicherungen, die in vielen Fällen ihr Geld nicht wert sind.
Der dritte Baustein der Altersvorsorge ist das Eigenheim. Die einfachste Lösung ist zuerst ein Sparvertrag, der zum Beispiel fünf Jahre dauert, dann ein Kredit, der im Laufe von 15 Jahren

getilgt wird. In den nächsten 60 Monaten werden jeweils 2365 Euro - die Differenz zwischen der Wunschrate und den Versicherungen - auf einem Tagesgeldkonto angespart. Dafür gibt es zur Zeit etwa 1 Prozent im Jahr, so dass nach fünf Jahren ungefähr 145.000 Euro in der Kasse sein und das finanzielle Fundament des Hauses bilden werden.

Das Eigenheim ist für viele ein Traum - und eine gute Altersvorsorge

Hypotheken kosten zur Zeit etwa 3 Prozent pro Jahr, wenn die Zinsen für 15 Jahre festgeschrieben werden. Sollte das in fünf Jahren immer noch der Fall sein, können für die Verzinsung und die Tilgung des Darlehens insgesamt 180 Raten von jeweils 2165 Euro aufgewendet werden. Das ist der Saldo der Wunschrate, der Versicherungsprämien, der Miete und den Betriebskosten für das Haus. Das ermöglicht die Aufnahme eines Kredites von 314.000 Euro, so dass das Haus einschließlich aller Nebenkosten bis zu 459.000 Euro kosten darf.
Der letzte Punkt ist der Aufbau der „freien“ Altersvorsorge. Die weiteren Monatsraten von jeweils 2155 Euro, die zwischen dem 50. und 67. Lebensjahr auf den Tisch gelegt werden können, lassen sich in Aktien investieren. Die Renditen dieser Anlagen stehen in den Sternen. Hier sind nur Mutmaßungen möglich. Wenn sich die Aktien jedes Jahr mit 5 Prozent verzinsen, winkt nach Abzug der Abgeltungsteuer ein Guthaben von insgesamt 622.000 Euro. Es wird neben der gesetzlichen Rente und dem lastenfreien Eigenheim der dritte Pfeiler der Altersversorgung sein.
Bis dahin ist es aber, um keine Missverständnisse aufkommen zu lassen, ein langer und harter Weg. Bruttolöhne von 8000 Euro sind hohe Beträge, und wenn zwei Kinder und ein Haus auf dem Wunschzettel stehen, darf nicht viel passieren. Der jungen Familie wird in fünf Jahren heftiger Wind um die Ohren pfeifen. Für die Rückzahlung des Kredites werden 2165 Euro benötigt, und für die Lebenshaltung der vierköpfigen Familie sind 2000 Euro nicht fürchterlich viel Geld. Sollte diese Summe nicht reichen, muss das Ehepaar beim Eigenheim ab-specken. Die Frau wird auf alle Fälle voll arbeiten müssen. Ergänzend wird es zweckmäßig sein, dass der Mann sein Bruttoeinkommen auf 7000 bis 8000 Euro steigert, um für die Verlockungen des Lebens gewappnet zu sein. Der Vorschlag mag sich für Außenstehende „lustig“ anhören, doch wer hinter die Kulissen privater Haushalte schaut, wird schnell merken, dass der Vermögensaufbau im oberen Mittelstand nach diesem Strickmuster abläuft.
Im Vergleich dazu sind alternative Sparkonzepte kaum der Rede wert. Das Ehepaar kann das Eigenheim und die Altersvorsorge parallel anpacken. Beispielsweise ist es denkbar, für das Eigenheim „nur“ 1500 Euro bereitzustellen. Die restlichen 865 Euro fließen in Aktienfonds. Dadurch verschieben sich die Zahlen. In fünf Jahren werden auf dem Sparkonto nur 92.000 Euro stehen, so dass ein Kredit von 367.000 Euro notwendig wäre.

Nüchterner Blick statt Jagd nach Zinsen

Für die Verzinsung und Tilgung dieses Betrages müssten bei einer Entschuldung bis zum Ruhestand in 37 Jahren monatlich 1488 Euro aufgewendet werden. Die Aktiensparverträge werden der Familie, wenn die Prognose von 5 Prozent stimmt, zusätzliches Kapital von 670.000 Euro bescheren. Das ist etwas mehr als bei der ersten Lösung, bei der 622.000 Euro herauskommen sollen. Die 48.000 Euro sind freilich mit Vorsicht zu genießen, weil sie heute gerade mal 13.000 Euro wert sind.
Viel wichtiger als die Jagd nach Zinsen ist der „nüchterne“ Blick auf das Machbare. Das kann wie im vorliegenden Fall zu langen Gesichtern führen. Monatslöhne von 8000 Euro mit der Aussicht, dass die Einkommen wegen Kindern sinken, und Darlehen in einer Höhe von 314000 bis 367000 Euro sind heikle Kombinationen. Nicht weniger verheißungsvoll sind die

Alternativen. Häuser auf dem Land mögen billiger sein, doch der Kauf und der Unterhalt eines Zweitwagens gehen ebenfalls ins Geld.
Der Weg zum Erfolg wird letzten Endes die Summe kleiner Kompromisse sein. Das junge Ehepaar schränkt den Konsum ein und erhöht die Sparraten. Der Mann sieht zu, dass er beruflich in die Puschen kommt, wie das im Norden heißt. Die Frau gibt ihre Arbeit nicht auf. Beim Eigenheim werden Abstriche ge-macht. Und bei der Gestaltung der Geldanlagen setzt die Familie auf einfaches Sparen, Tilgen und Anlegen. Das Modell ist sicher und solide, weil die einzelnen Bausteine leicht zu überschauen sind.
Die Hinweise mögen auf den ersten Blick wie Fallstricke aussehen, die Altersvorsorge nicht auf die Reihe zu bekommen. Das stimmt bei genauem Hinsehen freilich nicht, diese Sicht wäre zu düster. Der Aufbau der privaten Altersvorsorge ist, das ist die wichtigste Botschaft, mehr als eine Kapitalpolice oder ein Riestervertrag. Er ist eine „berufsbegleitende" Maßnahme und eine Mischung aus Versicherungen, Krediten und Sparverträgen. Wenn das Eigenheim keine Option ist, wird sich die finanzielle Gestaltung des Ruhestandes verschieben. Trotzdem wird sie eine Mischung aus Finanzprodukten aller Art bleiben, und für das richtige Binden dieses Straußes sind Mut und Weitblick die besten Voraussetzungen.

Gesunkene Auszahlungen Niedrigzins kostet Versicherte 100.000 Euro

31.05.2013 · Wer privat fürs Alter vorsorgt, den treffen die derzeit niedrigen Zinsen hart: Für einen typischen Vorsorgesparer hat sich die Auszahlung seit 1995 mehr als halbiert. Auch private Rentenversicherungen verlieren an Wert.

Bescheidenere Monatsrenten

Dass garantierte und prognostizierte Auszahlungen etwas völlig anderes sind, haben Versicherungskunden in den vergangenen Jahren schmerzhaft lernen müssen. Seit Jahren senken Lebensversicherer ihre Überschussbeteiligungen, nachdem sich die Bedingungen am Kapitalmarkt verschlechtert haben. Wer mit den Auszahlungen aus einer Kapitallebensversicherung kalkuliert, um etwa einen Teil seines Kredits zu finanzieren, muss heute mit einer ganz anderen Höhe rechnen als vor zwei Jahrzehnten. Wer in seiner Altersvorsorge mit Zahlungen einer privaten Rentenpolice rechnet - der heute meistverkauften Form der Lebensversicherung könnte eine größere Lücke haben als gedacht.

Noch 1995 lag die Umlaufrendite bei 6,9 Prozent. Damals war das Zinsniveau in Folge der deutschen Einheit besonders hoch, so dass die Phase als Referenz nur bedingt taugt. Auch die Inflationsrate lag deutlich höher; die für Jahrzehnte später in Aussicht gestellten Auszahlungen waren somit real weniger wert als heute. Nun nähert sich die Umlaufrendite einem Prozent. Dass Rentenpolicen leistungsfähig sind, zeigt sich daran, dass die laufenden Verzinsungen der Verträge nicht im selben Maße gefallen sind wie der Marktzins. Schrieben die Versicherer ihren Kunden damals 7,4 Prozent und damit etwas mehr als die Umlaufrendite gut, war die Summe aus Überschuss- und Garantieverzinsung im vergangenen Jahr mit 3,9 Prozent mehr als doppelt so hoch wie die Umlaufrendite (1,6 Prozent im Jahresmittel).

Schwacher Trost für die Kunden

Für einen Kunden, der seine Rentenlücke füllen muss, weil die Zahlungen aus der gesetzlichen Rente kontinuierlich sinken, ist das allerdings wenig tröstlich. Ein 30 Jahre alter Versicherter, der jeden Monat 100 Euro eingezahlt hat und sich mit 67 Jahren den Vertrag auszahlen lässt, konnte bei Abschluss im Jahr 1995 durchschnittlich noch mit einer nominalen Ablaufleistung von 187.300 Euro rechnen.

Verzinsung von Rentenpolicen sinkt
Angaben in Prozent
Laufende Verzinsung
Umlaufrendite
Garantiezins
1995 96 97 98 99 2000 01 02 03 04 05 06 07 08 09 2010 11 12 13

© **Laufende Verzinsung, Umlaufrendite, Garantiezins** Diesen Wert hat das Institut für Vorsorge und Finanzplanung (IVFP) für die F.A.Z. errechnet - unter der Annahme, dass die damals festgelegte laufende Verzinsung für die gesamte Laufzeit gilt und Abschluss- und Verwaltungskosten auf dem heutigen Niveau lagen. Wer 2012 abgeschlossen hat, kann unter diesen Annahmen mit nominal ziemlich genau 100.000 Euro weniger rechnen. Zudem ist durch erforderliche Zinszusatzreserven und schlechtere Anlageergebnisse schon prognostizierbar, dass die Überschussbeteiligungen weiter fallen.

Deutscher Vatikan-Bank-Chef spricht: So räume ich in dem Skandal-Haus auf

Er regiert die Vatikanbank: Der Deutsche Ernst Freiherr von Freyberg (54) vor einer Weltkarte aus dem 16. Jahrhundert

Rom – **In 126 Jahren ist er der erste deutsche Vatikanbank-Chef seit der Gründung durch Papst Leo XIII. Nach 100 Tagen im Amt empfängt Ernst von Freyberg (54, verheiratet) BILD am Vatikan-Banksitz im mittelalterlichen Nikolaus-Turm zum ersten Interview.**

Kurz vor seinem Abschied hatte Papst Benedikt den Juristen und Aufsichtsratschef der Schiffswerft „Blohm + Voss“ berufen. Von Freyberg soll nach Geldwäsche-Skandalen und Steuerhinterziehung in der Bank aufräumen.

BILD: Wie mächtig und reich ist die Vatikanbank?

Ernst von Freyberg: „Das Institut für die religiösen Werke (Vatikanbank, d. Red.) verwaltet 6,3 Milliarden Euro mit 18900 Konten von Orden, Bistümern, kath. Einrichtungen, Mitarbeitern und Diplomaten am Heiligen Stuhl. Papst Franziskus kann über den aktuellen Gewinn von 86,6 Mio. Euro frei verfügen.

BILD: Wo liegt der sagenumwobene Goldschatz?

Freyberg: Den gibt es so nicht mehr, denn er liegt nicht mehr im Vatikan, sondern bei der US-Notenbank. Heute hat das Gold einen Wert von 35 Mio. Euro.

BILD: Wie wollen Sie das Skandal-Image der Bank aufpolieren?

Freyberg: Ich will die Geldwäscher unter den Kunden aussortieren und Transparenz bei den wirtschaftlichen Kennzahlen herstellen. Im Oktober wird erstmals unsere Bilanz im Internet veröffentlicht.

GELDWÄSCHE IM VATIKAN - SCHON 6 VERDÄCHTIGE

Ermittlungen in Papst-Bank

Der Petersdom im Vatikan

Geldwäsche im Vatikan Ermittlungen in Papst-Bank

Der Vatikan kommt nicht zur Ruhe. Jetzt ermittelt die vatikanische Finanzaufsicht wegen des Verdachts der Geldwäsche. mehr...

BILD: Hat Sie Papst Benedikt auf diesen Posten gesetzt, weil Sie ein harter Hund sind?
Freyberg: Ich habe Papst Benedikt versprochen zu kämpfen. Ich werde Konten kündigen und Mitarbeiter rauswerfen, sollte dies nötig sein. Geldwäsche und Steuerhinterziehung – nicht mit uns! Bei Klüngeleien und Sauereien habe ich Null-Toleranz.
BILD: Sind Sie als Vatikanbank-Chef an Leib und Leben gefährdet?
Freyberg: Ich bekam von Freunden vor meinem Wechsel nach Rom eine kugelsichere Weste geschenkt. Doch das war ein Jux. Die Todesängste meines Vorgängers sind mir fremd.
BILD: Wird bei der Vatikanbank mit Koffern voller Geld hantiert?
Freyberg: Unsere Statistik sagt, rund 20 Prozent unseres Zahlungsverkehrs sind Bargeld. Das ist mehr als bei anderen Instituten und liegt an unseren Kunden. Klingelbeutel nehmen noch kein Plastikgeld. Spenden an die Kirche werden oft in bar abgegeben.

Die Vatikan-Bank, die im von der Öffentlichkeit abgeschiedenen Bereich im mittelalterlichen Turm „Torrione Niccolo“ untergebracht ist, hat 20 000 Kunden.
1000 von ihnen werden nach Einschätzung der Ermittler als „höchst problematisch“ eingeschätzt. Darunter ist ein Rechtsanwalt, der Seligsprechungen für 40 000 Euro anbietet.

Rene Brülhart, Chef der Finanzaufsicht im Vatikan

Ein Deutscher und ein Schweizer räumen auf Die aktuellen Ermittlungen leitet ein Schweizer: Rene Brülhart (40). Im Vatikan ist er der neue Chef der Finanzaufsicht.
Der Finanzexperte war zuvor in Liechtenstein tätig, wo er nach dem SED-Vermögen fahndete und wichtige Hinweise im Siemens-Skandal lieferte.
Unterstützung bekommt er vom neuen Chef des Geldhauses.
Mit dem Anwalt Ernst von Freyberg steht ein Deutscher an der Spitze der Papst-Bank.

1. Juni 2013 Sunniten gegen Schiiten **Nahöstlicher Weltkrieg**

Der Konflikt in Syrien ist auch einer zwischen Schiiten und Sunniten. Eine zerstörte Moschee im syrischen Kusair.

Unter entsetzlichen Verwerfungen treten in Syrien die Bruchlinien eines 1400 Jahre alten und äußerst komplexen Konflikts zu Tage. Er kann Ländergrenzen einreißen und hat das Zeug zu einem nahöstlichen Weltkrieg: der Antagonismus zwischen den islamischen Glaubensanhängern, den Sunniten und Schiiten.

Mancher Hass wirkt ewig im Nahen Osten, dabei ist er keine 30 Jahre alt. Andere Feindschaften, scheinbar längst überwunden, können jederzeit so folgenschwer ausbrechen wie einst vor 1400 Jahren. Als Israel 1982 in den Süden Libanons einmarschierte, begrüßten die Schiiten dort die fremden Soldaten mit offenen Armen, mit Blumen. Jahrzehnte hatten die Palästinenser Israel aus Südlibanon angegriffen und so Vergeltungsschläge provoziert. Nun hofften die libanesischen Schiiten, das politisch marginalisierte Prekariat des Landes, ausgerechnet auf den jüdischen Staat.
Die Schiiten waren damals tief enttäuscht vom Versprechen des arabischen Nationalismus, das sie aus Kairo und Beirut, Bagdad und Amman hörten - das aber doch nur der Hegemonie sunnitischer Herrscher diente. Sie hatten Kriege geführt im Namen der arabischen Sache, doch alle Loyalitätsanstrengungen milderten nicht das Misstrauen seitens der Sunniten und die Zurücksetzung, die sich von den grausamen Omaijaden bis zu den Osmanen und den europäischen Kolonialmächten fortsetzte.

In Iran und Aserbaidschan mochten die Schiiten die Mehrheit stellen. In der arabischen Welt blieben sie Muslime zweiter Klasse. Erst in den Achtziger-jahren, erst in Libanon änderte sich dies, verschmolzen die Sehnsucht nach sozialem Aufstieg, politische Fortune und religiöses Sendungsbewusstsein zu jener Kraft, die die ganze Region verändert hat. Die Schia war erwacht.

Bruderkampf in Syrien

In diesen Tagen nun kämpft die libanesische Schiitenmiliz Hisbollah in einer syrischen Kleinstadt an der Seite des Assad-Regimes - Alawiten mit schiitischen Wurzeln - gegen vornehmlich sunnitische Aufständische. Der Bruderkampf zwischen Sunniten und Schiiten, so versucht die Hisbollah ihren Anhängern weiszumachen, sei in Wahrheit eine Art verlagerte Vorwärtsverteidigung gegen fremdfinanzierte sunnitische Extremisten, kurz: gegen Amerika und Israel.

Nicht nur in Libanon, auch in Iran versuchen Schiitenführer, mit überschnappender Hetze gegen die gängigen Feinde USA und Israel die Kluft zu den Sunniten zu schließen, wollen sie ihren Machtgewinn weniger bedrohlich erscheinen lassen. Und zumindest für die libanesischen Militanten ging diese Taktik bisher auf: Lange Zeit wurde die Hisbollah für ihre Israelfeindschaft auch von Millionen Sunniten wenn nicht geliebt, so doch bewundert.

In Syrien funktioniert dieser Trick nicht mehr. Im dritten Jahr des Bürgerkriegs hat die Hisbollah alle überkonfessionelle Anziehungskraft verloren und ist schiitischer denn je. Mehr noch, unter entsetzlichen Verwerfungen treten in Syrien die Bruchlinien eines Konflikts zu Tage, der älter ist als Amerika, komplexer als der Streit zwischen Demokratie und Tyrannei, der Ländergrenzen einreißen kann und das Zeug zu jenem kathartischen nahöstlichen Weltkrieg hat, den manche fürchten und manche als notwendige Reifephase erhoffen: der Antagonismus zwischen Sunna und Schia.

Interaktive Grafik Wer will was in Syrien?

1. Juni 2013 14:48 Sunniten gegen Schiiten Die USA haben Irans schlimmste Feinde beseitigt

In Saudi-Arabien und Libanon gilt die Schia als Unterschichtenreligion, abstoßend in ihren rituellen Exzessen wie den Selbstgeißelungen zum Aschura-Fest, exotisch in ihren vergangenheitsseligen Heiligenfestspielen, ketzerisch in ihrem bilderfreudigen Märtyrerkult. Manche Sunniten glauben, Schiiten spucken in ihr Essen. Andere sind überzeugt, dass Schiiten Schwänze hätten.

Nicht einmal Ayatollah Chomeini, der iranische Revolutionär, vermochte die sunnitischen Massen zu begeistern. Statt-dessen wurde die Schia zum Inbegriff für islamischen Fanatismus.

Eine seltsame Entwicklung, schickte damals doch Saudi-Arabien schon Wahhabi-Prediger nach Zentralasien und Malaysia, um seinen Steinzeit-Islam zu verbreiten.
Aber es war Amerika, der Trampel im Nahen Osten, der die schlimmsten Feinde der schiitischen Führungsmacht Iran beseitigt hat - die Taliban in Afghanistan, und Saddam Hussein im Irak. Seitdem ringt Washington um die Eindämmung des iranischen Machtanspruchs. Dass Teheran nach der Atombombe greift, ist ein Albtraum für Israel, aber ebenso für die sunnitischen Herrscher am Golf, allen voran in Saudi-Arabien.
Syrien - der Kampf gegen das mit Iran verbündete Regime von Baschar al-Assad - ist ihre Chance, die Schiiten zu schlagen. Syrien könnte jener Auslöser sein, der nach einem kurzen schiitischen Frühling den Status quo ante wiederherstellt: sunnitische Hegemonie im Nahen Osten. Zumindest ziehen dafür die Sunniten in den Kampf.

Sunniten gegen Schiiten Ein großer, unberechenbarer Konflikt Im Irak hat die Gewalt zwischen Sunniten und Schiiten den höchsten Stand seit Jahren erreicht. In Bahrain unterdrückt das sunnitische Herrscherhaus die schiitische Mehrheit. In Syrien stehen sich erstmals schiitische Militante aus Libanon und sunnitische Dschihadisten gegenüber. Angesichts der Wahl zwischen Pest und Cholera, so raten manche, könne der Westen entspannt abwarten, welche Verbrechertruppe übrig bleibe; dann habe sich immerhin ein Problem erledigt.

Als wäre es so leicht. Als wäre der Konflikt nicht längst größer, unberechenbarer, schwerer zu durchschauen. Sunnitische Salafisten in Libanon haben jahrelang in den Gassen von Tripoli und Sidon gehetzt. Jetzt schlägt ihre Stunde, jetzt schicken sie ihre Jünger in den Dschihad nach Syrien - gegen die eigenen schiitischen Landsleute.

Selbst in Ägypten, einem sunnitischen Schwergewicht, sind sich die Salafisten nicht zu schade, iranische Touristen zu verschrecken. Als hätte, wie der ägyptische Tourismusminister verzweifelt mahnte, je ein Schiit seine Lehre in Badehose am Strand verbreitet.

Es gibt Millionen Beispiele für Toleranz und Koexistenz

Oft wird der Konflikt zwischen den islamischen Konfessionen mit jenem zwischen Katholiken und Protestanten verglichen, der vom Dreißigjährigen Krieg bis Nordirland auch immer wieder mit Gewalt ausgetragen wurde, bis die Europäer andere Methoden für erfolgreicher hielten.
Richtig daran ist, dass ein theologisches Schisma dem Konflikt zugrunde liegt, aber auch Machtfragen verhandelt wurden, soziale Aufstiegschancen, kulturelle Gewohnheiten, kurz: Rivalitäten zwischen Gemeinschaften, deren Identität durch Religion geprägt ist. Es gibt Millionen Beispiele der Toleranz und

Koexistenz. Aber so, wie bestimmte Umstände die Kluft mildern können, lassen andere den Konflikt ausbrechen.
Der Streit der islamischen Ur-Gemeinde im 7. Jahrhundert über den Nachfolger des Propheten - die Schiiten favorisierten seinen Schwiegersohn und Cousin Ali, die Sunniten Abu Bakr, einen Freund Mohammeds - mündete in Schlachten, die neue Rituale, neue Legenden, weitere theologische Entfremdung mit sich brachten. Die Schiiten wurden dabei zu einer Art Fremdkörper in der arabischen Welt.

Gegen die UBS und drei ihrer ehemaligen Mitarbeiter, die in Paris, Lille bzw. Strassburg angestellt waren, sind in Paris formelle Ermittlungsverfahren wegen aktiver Beihilfe zu Steuerhinterziehung eingeleitet worden. Die französische Justiz, die sich 2011 zunächst auf die interne Buchführung der UBS-Niederlassung in Frankreich konzentrierte und vor Jahresfrist auch Voruntersuchungen wegen Beihilfe zu Steuerhinterziehungen einleitete, verschärft damit die Gangart gegenüber der schweizerischen Grossbank.

Im Vordergrund steht die Frage, ob die Bank in Frankreich mit schweizerischen Konten aktiv um vermögende Kunden geworben habe. Falls es sich um Aktivitäten gehandelt haben sollte, mit denen der französische Fiskus umgangen werden sollte, wären diese Handlungen strafbar. Umstritten ist ferner, ob es sich allenfalls um ein organisiertes und systematisches Vorgehen der Bank handelte.

Entsprechende Vermutungen sind vor geraumer Zeit unter anderem in einem Buch des Journalisten Antoine Peillon erhoben worden, des Bruders des französischen Bildungsministers. Der Autor stützt sich dabei insbesondere auf Aussagen ehemaliger UBS-Mitarbeiter.

Die UBS beteuert demgegenüber, dass nie ein System zur Gewinnung französischer Kunden zwecks Steuerhinterziehung bestanden habe. Die Justiz wird nun beispiels-weise abzuklären haben, wie «zufällig» gewisse Kontakte mit potenziellen Klienten im Nachbarland erfolgt sind und ob das Ziel dieser Begegnungen die Täuschung der hiesigen Steuerbehörden war.
Die Vorwürfe, die durch eine anonyme Mitteilung eines ehemaligen Mitarbeiters ins Rollen gebracht worden waren, konzentrieren sich auf die Zeitspanne von 2002 bis 2007. In diesem Zusammenhang liegt dem französischen Fiskus angeblich eine Liste mir 353 Pesönlichkeiten vor.

01. 06. 2013 **Wohin die Hypo-Milliarden verschwunden sind. Der KURIER begibt sich auf Spurensuche: Für welche Hypo-Fehler der Steuerzahler einspringen muss.**

Eine Bank wie ein schwarzes Loch: Milliarden von Euro aus Steuergeld werden aufgesaugt und nie wieder gesehen – wohin das Geld fließt, weiß keiner so genau. So jedenfalls dürfte die Mehrheit der Österreicher die Hypo-Alpe-Adria-Bank sehen. 2,2 Milliarden Euro Staatshilfe sind bisher schon geflossen, 700 Millionen sollen noch heuer in die Bank gesteckt werden, viele weitere könnten folgen. Doch warum braucht die Hypo so viel Geld? Und wo fließt es hin?

Der größte Brocken des Steuergeldes, 1,5 Milliarden Euro, steckt im Eigenkapital der Bank. Ohne dieses Geld hätte man die Bank zusperren müssen, denn die Hypo fuhr hohe Verluste durch ihre aggressive Expansion am Balkan ein. „Wenn die Wirtschaft am Balkan weiter geboomt hätte, wäre es für die Hypo wohl irgendwie weitergegangen“, sagt SPÖ-Finanzsprecher Jan Krainer. Doch die Finanzkrise ließ die Hypo-Träume platzen wie Seifenblasen. Ausreichende Sicherheiten? Zerronnen in der Wirtschaftskrise. Schnelles Wachstum war das Ziel, etwa durch günstige Leasinggeschäfte. Hinzu kamen Spekulationsverluste, Firmenpleiten und Abzocker. Ein Überblick:

Schiffbruch an der Adria

Kroatische Küste: Viele Projekte platzten - Das Hauptproblem der Hypo sind **faule Kredite am Balkan**. Die Bank wollte in der Region kräftig expandieren und steckte viele Milliarden an Krediten in Immobilien, Einkaufszentren, Bürohäuser und Hotelprojekte in Kroatien, Serbien und Slowenien. Die Immobilien , die als Sicherheiten für die Finanzierungen hereingenommen wurden, sind heute fast nichts wert. „Viel Geld der Hypo ist jetzt bei Kreditnehmern, die es nicht zurückzahlen können“, sagt Krainer.

Mit der Krise 2008 stoppte der Wirtschaftsaufschwung am Balkan jäh, die Immobilienpreise verfielen. Viele Hotels wurden nie fertig gebaut. Zwölf Milliarden Euro an Krediten und Immobilien-Beteiligungen hat die Hypo derzeit als uneinbringlich eingestuft. 60 Prozent des Geschäfts, das abgebaut werden muss, spielt sich in Slowenien und Kroatien ab. Die Hoffnung: Die Preise der Immobilien könnten sich erholen, Kredite wieder bedient werden.

Eines der verlustreichsten Projekte für die Hypo in der Region war die **Luxus-Ferienanlage Skiper** in Istrien: 160 Millionen Euro Schaden sollen der Hypo dort entstanden sein. Skiper umfasste ein Fünf-Sterne-Hotel, Luxusapartments und Villen, Golfplatz und Kongresszentrum, doch Baumängel und Kostenexplosion brachten das Investment an den Rande der Pleite.

Eng damit verknüpft ist die Pleite der slowenischen **Baufirma Vegrad**. Sie war federführend am Skiper-Bau beteiligt, ihre Pleite 2010 kostete der Hypo rund 60 Millionen.
Einen saftigen Verlust fuhr die Hypo auch mit der Beteiligung an der **Aluflexpack**, einer kroatischen Fabrik, die Aluverpackungen herstellt, ein. Das Unternehmen kam 2000 zum Hypo-Konzern, 2012 kaufte der Wiener Investor Michael Tojner der Hypo die Fabrik günstig ab. Die Bank verlor einen dreistelligen Millionenbetrag mit diesem Investment.
Riesige Verluste bescherte der Hypo zudem das **Leasing-Geschäft** am Balkan und in der Ukraine. Mit Ausbruch der Krise konnten viele Leasingnehmer ihre Raten nicht mehr zahlen, der Bank blieben die Leasingobjekte: 340 Autos, 133 Schwerfahrzeuge und 280 Maschinen gehören jetzt der Hypo.
Für Schlagzeilen sorgten die verleasten Boote und Flugzeuge: Rund 700 Leasingverträge für Motorboote und Yachten hatte die Hypo in ihrer Glanzzeit laufen. Doch mit der Zahlungsmoral haperte es oft: 36 Yachten mussten nach Zahlungsausfällen eingezogen werden, acht Bootseigner hauten einfach ab. Auch auf Leasingraten von zwei Privatjets wartete man vergeblich.

Sturm am Wörthersee

Schlosshotel Velden

80 Millionen verloren - Nicht nur an der kroatischen Adria wollte die Hypo mit Tourismusprojekten Geld lukrieren, sondern auch in Kärnten. Doch ausgerechnet ein Prestigeprojekt von Landeshauptmann Jörg Haider sollte die Bank Millionen kosten. 2005 kaufte die Hypo 2003 das etwas heruntergekommene **Schlosshotel Velden** von Gunter Sachs. Der Plan von Haider und Hypo: Neuer Luxus sollte neue Gäste nach Kärnten locken. Die Bank ließ das Hotel teuer sanieren und Apartments am Schlossgrund errichten. Investitionssumme: 130 Millionen Euro. 2011 kaufte Billa-Gründer Karl Wlaschek schließlich das Hotel für 50 Millionen Euro. Die Hypo verlor bei diesem Projekt also etwa 100 Millionen.
Auch eine Beinahe-Pleite in Tirol kam die Hypo teuer: Mit einem harten Sanierungskurs wurde der **Sägekonzern Klausner** 2008 vor der Insolvenz gerettet. Dabei soll die Hypo rund 60 Millionen Euro verloren haben. Pikantes Detail: Firmenchef Friedrich Klausner vermittelte einst Ex-Minister Karl-Heinz Grasser sein Kitzbüheler Anwesen (den stattlichen „Unterhierzinger Hof “), später gab es eine rechtliche Auseinandersetzung – und es war Schluss mit der Freundschaft.
Während die Bank mit Problemen kämpfte, haben **betuchte Investoren** gut verdient. Für Aufsehen sorgten die umstrittenen Kapitalerhöhungen, die mittlerweile von der Justiz untersucht werden. Insiderwissen über den einst anstehenden Bank-Verkauf an die Bayern-LB steht ebenso im Raum wie Karussell-Geschäfte, wo die Bank die Kapitalerhöhung mit Krediten der Tochterfirma finanzierte. Die Investoren verdienten in Summe hunderte Millionen.

Dass etwa die Hypo im Frühjahr 2009 an eine Gruppe reicher Investoren fast 200 Millionen Euro auszahlte, stieß vielen sauer auf. Schließlich hatte die Bank nur wenige Monate zuvor 900 Millionen Euro an Staatshilfe bekommen.
Kein glückliches Händchen bewies die Bank zudem bei **Spekulationsgeschäften**: 2005 musste die Hypo 328 Millionen Euro Verlust aus einer Zins-Spekulation verbuchen. Und in einer Aktienspekulation – eingefädelt von der Deutschen Bank über die Steueroase Jersey – verlor die Hypo 500 Millionen Euro.
In Boomzeiten nahm man es mit der Abrechnung oft nicht so genau. Lustreisen samt Partnerinnen zu Autorennen sollen ebenso am Programm gestanden sein wie Privatreisen im Bedarfsflieger nach Zadar oder günstige Leasingverträge für den Reitstall von Bankchef Wolfgang Kulterer. Und Jörg Haider soll per Telefon günstige Kredite – etwa für die Pleite-Airline Styrian Spirit – bestellt haben. Ex-Bank-Chef Kulterer soll dafür hinter Gitter (Urteil nicht rechtskräftig).
Selbst die **Aufarbeitung** des Debakels verschlingt Millionen: Zwischen 100 und 200 Millionen Euro zahlte die verstaatlichte Hypo ab 2010 für Gutachter und Berater, die das Desaster aufklären sollten. 30 Millionen kostete die Heerschar an rechtskundigen Mitarbeitern.

Wie teuer wird es noch? Ist die Hypo tatsächlich ein „Fass ohne Boden“, wie Finanzministerin Maria Fekter vor Kurzem klagte? Von „vier bis sieben Milliarden Euro“ an Kapitalbedarf sprach vor einer Woche im KURIER-Interview Kanzler Werner Faymann. Die Nationalbank warnte: Wenn man die Bank sofort zusperrt, könnten es im schlimmsten Fall 14 Milliarden Euro werden. Entscheidend für die Kosten werden die Anleihen. Kärnten übernahm einst für Anleihen im Wert von 22 Milliarden Euro Haftungen. Weil das Land Kärnten garantierte, waren die Zinsen niedrig. Mit dem billigen Geld konnte die Hypo ihre aggressive Expansion am Balkan finanzieren. „Die Besonderheit waren die Milliarden Euro an Landeshaftungen“, sagt der Grüne Auf-decker Rolf Holub. Dass Kärnten Haftungen, die fast das Zehnfache des jährlichen Landes-budgets ausmachen, niemals einlösen könnte, war in der Zeit des Booms von 2000 bis 2008 Bankaufsehern und Politik egal.

Einen Teil dieser Anleihen hat die Hypo inzwischen zurückbezahlt. 16 Milliarden Euro sind aber noch offen. Kann die Bank diese Anleihen nicht tilgen, muss der Bund und damit der Steuerzahler einspringen. Bank-intern rechnet man damit, dass das im Jahr 2017, wenn die letzte Anleihe fällig wird, das Land bzw. die Republik vier bis fünf Milliarden Euro kosten könnte. Den anderen Teil sollte die Hypo selbst zurück zahlen können – etwa durch Kredit-einnahmen oder Bank-Verkäufe.
ÖVP-Finanzsprecher Günter Stummvoll getraut sich keine Schätzung zu, wie teuer die Hypo den Steuerzahlern noch kommen wird. Wichtig sei nun, dass die Politik die Sanierer in Ruhe arbeiten lasse. Auf die Justiz sieht er weiter Arbeit zukommen: „Die Causa Hypo wird uns wohl noch einige Zeit beschäftigen.“

Die Protagonisten im Hypo-Krimi:
Jörg Haider: Sorgte per Landeshaftung für billiges Hypo-Geld
Tilo Berlin: Sah Hypo als bombensicheres Investment
Dietrich Birnbacher: Steuerberater mit üppigem Honorar
Georg Fahrenschon: Bayerns Ex-Minister hatte genug von der Hypo
Gottwald Kranebitter: Muss als neuer Bank-Chef aufräumen
Wolfgang Kulterer: War jahrelang Chef der Pleite-Bank
Christian Liebhauser-Karl: Der Richter für alle schweren Hypo-Fälle
Josef Martinz: Der Ex-ÖVP-Chef zweigte Hypo-Geld für die Partei ab
Wolfgang Peschorn: Muss Gauner vor Gericht bringen
Josef Pröll: Rettete Bank vor Pleite durch Verstaatlichung
Ivo Sanader: Der kroatische Premier sitzt wegen Hypo
Werner Schmidt: Der BayernLB-Vorstand kaufte die Hypo

Landespolitik: Glawischnig will viel Grün

Die neue Salzburger Landesregierung müsse eine deutlich grüne Handschrift tragen. Das verlangte die Grüne Bundessprecherin Eva Glawischnig am Samstag bei einem Besuch in Salzburg. Sie sagte auch, warum eine Landesregierung mit der Salzburger SPÖ nicht so gut sei.

Glawischnig, Rössler im Salzburger Wahlkamnpf

Erstmals hat Glawischnig am Samstag auch öffentlich erklärt, warum die Salzburger Grünen das Angebot der SPÖ abgelehnt haben, Astrid Rössler gegen Wilfried Haslauer (ÖVP) zur neuen Landeshauptfrau zu machen.
Die Grünen würden auf Bundesebene die Entscheidung unterstützt, die die Salzburger Grünen treffen, sagt Glawischnig: „Sie kennen die handelnden Personen und tragen die Verantwortung. Auf Bundesebene muss ich mich entscheiden, und wir haben uns die Positionen vom Team Stronach angeschaut. Das sind Privatisierungen, Steuererleichterungen für starke Einkommen - das ist nicht das Programm, das wir unterstützen können."

„Abhängigkeit von Stronach wäre noch größer"

Die künftige Landesregierung in Salzburg müsse eine starke grüne Handschrift tragen, fordert Glawischnig: „Da habe ich ganz großes Vertrauen auf Astrid Rössler und ihr Team."
Sie selbst habe das Angebot der Salzburger SPÖ, Astrid Rössler zur Landeshauptfrau zu machen, nicht sehr reizvoll gefunden, so die grüne Bundeschefin: „Dadurch wäre die Abhängigkeit der Koalition vom Team Stronach noch größer geworden. Sich zu 100 Prozent drei Abgeordneten auszuliefern, von denen man nicht viel weiß, das ist ein großes Risiko. Ich bin froh, dass nun eine andere Variante jetzt einmal angegangen wird."

SPÖ-Variante: „Regierung bei jeder Sitzung abwählbar"

Entscheidend sei jedoch, was am Ende des Tages inhaltlich auf dem Tisch liegt, so Glawischnig. Und zur Variante mit der SPÖ und dem Team Stronach ergänzt sie: „Es ist eine große Unsicherheit, wenn man nicht weiß, ob man in jeder Sitzung des Landtages am Ende bestehen kann. Wenn eine Regierung bei jeder Sitzung vom Landtag abgewählt werden kann, oder ein Misstrauensanstrag eingebracht und beschlossen werden kann, wenn ein oder zwei Abgeordnete kippen, dann ist das keine gute Variante."

Salzburg habe so große Probleme. Und um sie zu lösen, brauche man Stabilität.

2. 6. 13 EU-Almkonflikt: Zweifel an Lösungsmodell

Der Lösungsvorschlag des Ex-EU-Kommissars Franz Fischler (ÖVP) im Streit um Futterflächen auf Almen werde zwar positiv gesehen. An der Umsetzung haben Bauern aber ernste Zweifel. Vor allem seien die Fristen bei strittigen Fällen viel zu kurz.

Eine endgültige Lösung sei der Fischler-Vorschlag zwar nicht - aber zumindest ein erster Schritt dazu, sagen Bauern. Die Frist für Ansuchen um Förderungen ist bis zum 28. Juni verlängert worden. Das wird auch von Brüssel akzeptiert. Bis zu diesem Zeitpunkt müssen alle Fälle, bei denen massive Unterschiede zwischen Berechnungen des Bauern und denen der Agrarmarkt Austria (AMA) bestehen, neu berechnet und bewertet werden.

Almen in den Salzburger Osterhornbergen. Hinten: Dachstein-Massiv mit Gosaugletscher

Kammerpräsident kritisiert Bürokratie

Sollte eine Einigung zwischen Bauern, Landwirtschaftskammer und AMA bei der Analyse von Satellitenbildern nicht möglich sein, dann muss es einen Lokalaugenschein mit neuen Messungen der Almflächen geben. Angesichts der vielen Problemfälle sei das eine kaum bewältigbare Aufgabe, kritisiert Franz Eßl, Präsident der Salzburger Landwirtschaftskammer.

Eßls Vorschlag abgelehnt

Bis die neuerliche Futterflächen-Feststellung abgeschlossen ist, soll es weder Strafzahlungen noch neue Rückzahlungsaufforderungen geben, fordert Eßl. Der Kammerpräsident bedauert, dass sein Vorschlag nicht akzeptiert wurde. Demnach sollten EU bzw. AMA eine Kuh auf der Alm mit einem Hektar Futterfläche gegenrechnen. Das würde nämlich allen Beteiligten viel bürokratischen Aufwand und Ärger ersparen, so Franz Eßl.

2. Juni 2013, 17:00 **Latte für Salzburger Koalition liegt hoch**

Die Grünen stehen vor großen personellen Herausforderungen

Salzburg - Den Verhandlungsteams von ÖVP, Grünen und Team Stronach steht eine lange Sitzungswoche bevor: Mit den Themen Verkehr und Raumordnung finden sich bei den Koalitionsgesprächen gleich zwei landespolitische Kernthemen auf der Tagesordnung.

Beide Bereiche sind vor allem aus Sicht der Grünen von großer Bedeutung. Gelingt es hier nicht, der ÖVP substanzielle Reformen abzuringen, könnte es auf der Landesversammlung für die Befürworter einer Koalition mit der ÖVP und der Salzburger Stronach-Filiale eng werden. Die Landesversammlung ist für Donnerstag, 13. Juni, geplant. In der Woche darauf ist dann ein öffentliches Hearing der neuen Regierungsmitglieder vorgesehen. Am Mittwoch darauf, am 19. Juni, soll sich der Landtag konstituieren.

Zum Bau von Sozialwohnungen gezwungen

Johann Padutsch, seit 1992 für die Bürgerliste in der Salzburger Stadtregierung, hat seinen Parteifreunden jedenfalls die Latte hoch gelegt: In einem ORF-Interview verlangt Padutsch, dass die neue Koalition gesetzliche Maßnahmen vereinbaren müsse, mit denen die Gemeinden zum Bau von Sozialwohnungen gezwungen werden können. Das Wort des Stadtrats hat bei den Grünen Gewicht. Immerhin ist er der Chef der mit Abstand größten Bezirksgruppe und gilt als potenzielles Landesregierungsmitglied.

Ob Padutsch tatsächlich ins Land wechselt, ist aber noch offen. Bisher ist nur Landessprecherin Astrid Rössler für die Ressorts Energie und Umwelt fix vorgesehen. Die neue Rolle als Mittelpartei stellt die Grünen vor große Herausforderungen. Da die Personalressourcen ziemlich überschaubar sind, kommen sogar Politveteranen ins Spiel.

Bewerbung für Aufsichtsratssitz

So hat sich beispielsweise Richard Hörl in einem offenen Brief an die Parteileitung der Grünen um einen Aufsichtsratssitz in der Salzburg AG beworben. Hörl (73) war 1977 gemeinsam mit dem inzwischen verstorbenen

Die Grünen stehen vor großen personellen Herausforderungen

Salzburg - Den Verhandlungsteams von ÖVP, Grünen und Team Stronach steht eine lange Sitzungswoche bevor: Mit den Themen Verkehr und Raumordnung finden sich bei den Koalitionsgesprächen gleich zwei landespolitische Kernthemen auf der Tagesordnung.

Beide Bereiche sind vor allem aus Sicht der Grünen von großer Bedeutung. Gelingt es hier nicht, der ÖVP substanzielle Reformen abzuringen, könnte es auf der Landesversammlung für die Befürworter einer Koalition mit der ÖVP und der Salzburger Stronach-Filiale eng werden. Die Landesversammlung ist für Donnerstag, 13. Juni, geplant. In der Woche darauf ist dann ein öffentliches Hearing der neuen Regierungsmitglieder vorgesehen. Am Mittwoch darauf, am 19. Juni, soll sich der Landtag konstituieren.

Zum Bau von Sozialwohnungen gezwungen

Johann Padutsch, seit 1992 für die Bürgerliste in der Salzburger Stadtregierung, hat seinen Parteifreunden jedenfalls die Latte hoch gelegt: In einem ORF-Interview verlangt Padutsch, dass die neue Koalition gesetzliche Maßnahmen vereinbaren müsse, mit denen die Gemeinden zum Bau von Sozialwohnungen gezwungen werden können. Das Wort des Stadtrats hat bei den Grünen Gewicht. Immerhin ist er der Chef der mit Abstand größten Bezirksgruppe und gilt als potenzielles Landesregierungsmitglied.

Ob Padutsch tatsächlich ins Land wechselt, ist aber noch offen. Bisher ist nur Landessprecherin Astrid Rössler für die Ressorts Energie und Umwelt fix vorgesehen. Die neue Rolle als Mittelpartei stellt die Grünen vor große Herausforderungen. Da die Personalressourcen ziemlich überschaubar sind, kommen sogar Politveteranen ins Spiel.

Bewerbung für Aufsichtsratssitz

So hat sich beispielsweise Richard Hörl in einem offenen Brief an die Parteileitung der Grünen um einen Aufsichtsratssitz in der Salzburg AG beworben. Hörl (73) war 1977 gemeinsam mit dem inzwischen verstorbenen Schauspieler Herbert Fux der erste Grünen-Gemeinderat in der Stadt Salzburg. Jetzt will das Bürgerlisten-Urgestein im Aufsichtsrat der Salzburger AG als Vertreter "von tausenden kleinen Stromkunden" arbeiten.

Weit weniger Probleme hat da die ÖVP. Das Schlüsselressort Finanzen wird der Halleiner Bürgermeister Christian Stöckl übernehmen. Und auch für das Landwirtschaftsressort hat die ÖVP bereits einen Landesrat nominiert: Josef Schwaiger war bisher Leiter der Landwirtschaftsabteilung im Amt der Landesregierung.

Ditz verlässt Aufsichtsrat der Hypo-Alpe-Adria

03.06.2013 - 13:19 Johannes Ditz (61) ist als Vorsitzender des Aufsichtsrates der Hypo Alpe Adria Bank zurückgetreten. Er hatte die Regierungspolitik zur notverstaatlichten Bank offen kritisiert.

Johannes Ditz.

Am Freitagabend hat die Bundesregierung der EU-Kommission ein Grobkonzept für die Abwicklung der Bank vorgelegt. Er könne sich mit "einem Teil der Aussagen, Fakten und Zahlen, die als Verhandlungsbasis nach Brüssel übermittelt wurden, strategisch und inhaltlich nicht identifizieren", so Ditz am Montag. Nun sei aber ein enger Schulterschluss zwischen Vorstand, Aufsichtsrat und Eigentümer nötig, dem er nicht im Weg stehen wolle. Seiner Ansicht nach dürfe eine Einigung mit der EU-Wettbewerbsbehörde nicht um "jeden Preis" erfolgen, man müsse mehr auf das Wohl des Unternehmens und die Reduzierung der Kosten für den Steuerzahler achten.

Der im Konzept der Bundesregierung vorgesehene Fortführungsteil, der im Wesentlichen nur mehr aus den Töchtern in Südosteuropa besteht, würde nur mehr einen Bruchteil jener Bank darstellen, die 2009 notverstaatlicht wurde, merkte Ditz an. Als der Staat einstieg, hatte die Bankengruppe noch eine Bilanz von 41 Mrd. Euro, die Balkan-Töchter kommen hingegen nur mehr auf 12 Mrd. Euro. Jetzt für den Verkauf der sechs Töchter, von denen vier außerhalb der EU liegen, eine Frist festzusetzen, sei "wettbewerbsrechtlich nicht begründbar" kritisiert Ditz und befürchtet dadurch überbordende Kosten für den Steuerzahler. Ditz plädiert weiter für die Schaffung einer Bad Bank für die nicht verkaufbaren Assets und wünscht sich die sofortige Herausnahme dieser Teile aus den Berechnungen für den Kapitalbedarf der Bank.

Für die Grünen sind Ditz' Begründungen seines Rücktritts "eigentlich lupenreine Gründe für den längst fälligen Rücktritt von Finanzministerin Fekter". "Mit Ditz ging der Falsche", meinte Finanzsprecher Kogler. Auch FPÖ-Chef Strache sieht sich durch den Rücktritt in seiner Kritik am Umgang der Regierung mit der Bank bestätigt, und er fordert einen Untersuchungsausschuss und eine Rechnungshofprüfung. Eine Reaktion des Finanzministeriums stand vorerst noch aus.

02. Juni 2013 00:13 Salzburg-Krise vorbei Sonntagsumfrage: SPÖ klar Nummer 1

Stimmung für SP besser als für VP: Klug & Kurz gewinnen Politbarometer.

Die aktuelle Umfrage zeigt: Im Rennen um Platz eins liegt Faymann nun deutlich vor Spindelegger, Grüne machen FPÖ Platz drei streitig.
Die rote Salzburg-Krise scheint überwunden. Laut ÖSTERREICH-Umfrage kann die SPÖ ihre Führung ausbauen und eine Mehrheit von 36:23 Prozent glaubt, dass die Stimmung für die SPÖ positiv ist. Noch vor drei Wochen war die Stimmung für die SPÖ um mehr als 10 % schlechter.

Sonntagsfrage: SP legt zu, FP verliert

Wäre schon heute Nationalratswahl, käme die SPÖ auf 27% (plus 1%), die ÖVP bleibt mit 25% gleich, die FPÖ rutscht auf 18% ab (minus 1%), die Grünen und das Team Stronach kommen auf 15% bzw. 9% (Gallup, 400 Befragte, 28./29. Mai).

Grüne matchen sich mit der FPÖ bereits um Platz drei -

Der Kanzler kann offenbar mit den Themen Wohnen, Bankenabgabe und Bildung punkten. Im direkten Kanzler-Duell mit Vize Michael Spindelegger baut er den Vorsprung aus, allerdings auf sinkendem Niveau.
Die ÖVP kann den Schwung aus Salzburg (Landeshauptmann zurückerobert) nicht mitnehmen: Stagnation bei der Sonntagsfrage, auch in der Stimmungsfrage hinter die SPÖ gerutscht. Spindelegger und Faymann verlieren allerdings beide an Eva Glawischnig, die vom Boom ihrer Grünen voll profitiert, gleich um fünf Prozentpunkte zulegen und bereits zu FP-Chef Strache aufschließen kann. Bei der Sonntagsfrage kommen die Grünen der FPÖ schon auf 3 Prozentpunkte nahe.

Für wen ist die Stimmung gut?

Schon 44% der Österreicher wollen die Grünen in der Regierung sehen – am liebsten in einer Koalition aus Rot-Schwarz-Grün. Diese „Kenia-Koalition“ liegt bei den Wählern klar vorne, während die Salzburg-Variante (Schwarz-Grün-Stronach) nur bei mageren 6 % Zustimmung findet..

Eva Glawischnig behauptet auch beim Parteichef-Barometer klar Platz 1 (Gallup fragte: „Wer fiel Ihnen zuletzt positiv, wer negativ auf?“). Kanzler Faymann legt ebenfalls zu, nimmt Vize Spindelegger Platz 2 weg.

Kanzler: Wen würden Sie direkt wählen?

Erst 52 Prozent wissen, wen sie im Herbst wählen -

Glawischnig ist damit insgesamt die drittbeliebteste Politikerin Österreichs. Auf den ersten beiden Plätzen rangieren jene zwei Politiker, die für ihre Parteien Atouts im Wahlkampf werden könnten: Neo-Verteidigungsminister Klug (SPÖ) und Staatssekretär Sebastian Kurz (ÖVP).

In Wahrheit ist der Wahlkampf völlig offen, denn: Laut Gallup haben erst 52% der

Österreicher entschieden, wen sie wählen – 48% sind noch unentschlossen.

Politbarometer: Kurz & Klug sind die klaren Gewinner

Sie sind die neuen Shooting-Stars der Regierung: Verteidigungsminister Klug (SPÖ) und Staatssekretär Kurz sind den Österreichern zuletzt am besten aufgefallen.

Bemerkenswert: Grünen-Chefin Eva Glawischnig ist beliebter als Bundespräsident Heinz Fischer. Unterirdisch: Umweltminister Niki Berlakovich liegt nach seinem „Bienen-Stich“ abgeschlagen auf dem letzten Platz – sogar noch weit hinter FPÖ-Chef HC Strache.

03.06.2013, 14:01

Lehrerdienstrecht: "Warten auf Godot"

Kein Verständnis hat Unterrichtsministerin Claudia Schmied (S) für weitere Verzögerungen beim Lehrerdienst-recht. "Mich irritiert, wenn ich höre, wir haben noch zwei, drei, vier Jahre Zeit", so Schmied am Montag im Rahmen einer Pressekonferenz. Das sehe sie nicht so. "Das wäre mir zu sehr Warten auf Godot und der kommt nicht." Die Ankündigung von Bundeskanzler Werner Faymann im KURIER, sich bei den Verhandlungen demnächst einzuschalten, verstehe sie als Unterstützung, so Schmied. Sie habe immer gesagt, dass Änderungen im Dienst- und Besoldungsrecht als Regierungsvorhaben gesehen werden müssten. Als einzelne Fachministerin könne sie das nicht schaffen. Allein seit Mai 2012 habe es 27 Verhandlungsrunden gegeben. "Daher ist es wichtig, dass Kanzler und Vizekanzler dahinterstehen und dem Nachdruck verleihen." -

Ein Beschluss des Dienstrechts ohne Zustimmung der Gewerkschaft nannte Schmied eine "Option". "Ich fände es aber traurig, wenn es dazu kommen müsste." Wo Wettbewerbsbedingungen wie etwa in der Industrie herrschten, denke die Gewerkschaft diese mit und bezöge sie in die Verhandlungen mit ein, "weil das Gesamtinteresse im Auge behalten wird", so Schmied. Sie appellierte an die Gewerkschaft Öffentlicher Dienst (GÖD) daher, "die Zukunft des öffentlichen Dienstes mitzubedenken": "Wenn wir keinen starken öffentlichen Dienst haben, arbeiten wir dem Neoliberalismus zu."

Anwesenheit und Entlastung der Lehrer

Auch die Proponenten des Bildungsvolksbegehrens appellieren an die GÖD, einen neuen Anfang zu machen. Der ehemalige steirische Landesschulratspräsident Bernd Schilcher forderte in einem Offenen Brief GÖD-Chef Fritz Neugebauer mit einem Verweis auf gemeinsame alte Zeiten in der ÖVP auf, die "überholte Vorstellung" vom "einfachen Pflichtschullehrer" und den "Damen und Herren Gymnasial-Professoren" zu beseitigen. Und: "Was spricht dagegen, dass auch in Österreich alle Lehrer von, sagen wir, 8.30 Uhr bis 16.30 Uhr in der Schule sind ? So wie jeder andere Arbeitnehmer auch. Diese Anwesenheit ist viel wichtiger als die Anzahl der Unterrichtsstunden." Als "Gegengabe" könne er sich in großen Schulen eigene "Support"-Mannschaften und für die kleinen Schulen "Support-Pools" bei den Landesschulräten zur Entlastung der Lehrer vorstellen, so Schilcher.

"Lieber Fritz, du bist, wie schon die meisten GÖD-Chefs vor dir, viele Jahrzehnte hindurch ein gewiefter Taktiker wie auch ein trick-und erfolgreicher Standesvertreter gewesen.", meint Schilcher. "Aber nicht nur. Dich haben doch immer auch die Ergebnisse der Bildung interessiert, die Fortschritte, die unsere Kinder machen und die Entwicklung unserer Wirtschaft und unserer Gesellschaft. Ich kann mir daher nicht vorstellen, dass du mit dem recht kümmerlichen Status quo unserer Bildungspolitik glücklich bist." Also dürfe man auf keinen Fall noch weitere zwei, drei Jahre über ein neues Dienstrecht verhandeln: "Dann ist in der Zwischenzeit so ziemlich alles den Bach hinunter gegangen."

EU gibt Lettland Grünes Licht für Euro-Einführung

05.06.2013 - 16:26 Die EU-Kommission hat am Mittwoch grünes Licht für den Euro-Beitritt Lettlands ab 2014 gegeben. Lettland wird damit das 18. Land der Währungsunion. EU-Kommissar Rehn lobte die Anstrengungen des Landes.

Bedenken gibt es wegen ausländischer Spareinlagen.

In dem osteuropäischen Staat selbst wird der von der Regierung angestrebte Euro-Beitritt aber durchaus skeptisch gesehen: Während etwas mehr als ein Drittel (36 Prozent) der Letten die Einführung der europäischen Gemeinschaftswährung in einer Mitte Mai veröffentlichten Umfrage begrüßten, sprachen sich 62 Prozent der Befragten dagegen aus. Damit hat der Euro aber immerhin weniger Gegner in der Bevölkerung als noch im Oktober.

Rehn erklärte bei der Präsentation des Gutachtens der Kommission für den Euro-Beitritt, Lettland sei ein Beispiel dafür, dass ein Land erfolgreich seine makroökonomischen Ungleichgewichte überwinden und gestärkt aus der Krise hervorgehen könne. Nach der tiefen Rezession 2008 und 2009 habe Lettland entschiedene Schritte unternommen, unterstützt durch ein Hilfsprogramm und EU und IWF, das schließlich mit verbesserter Flexibilität und Anpassungen im wirtschaftlichen Bereich zu einem nachhaltigen Wachstum geführt habe.

Das Gutachten zu Lettland beurteilt die Erfüllung der Kriterien für die Gemeinschaftswährung positiv. Die durchschnittliche Inflationsrate im baltischen Staat sei im April gegenüber dem Vorjahresmonat bei 1,3 Prozent gelegen, "weit unter dem Referenzwert von 2,7 Prozent". Es sei davon auszugehen, dass sie auch weiterhin unter diesem Wert liegen werde. Bei Budgetdefizit und Staatsschuld würden ebenfalls die notwendigen Voraussetzungen für den Euro-Beitritt erfüllt. Der Beitrittsprozess wird endgültig abgeschlossen sein, wenn die Finanzminister nach einstimmiger Annahme durch die Eurogruppe den Kurs des Lat zum Euro unwiderruflich festgelegt haben.

Zuvor hatte bereits die Europäische Zentralbank (EZB) Lettland grünes Licht für die Euroeinführung gegeben. Bedenken habe man allerdings wegen des hohen Anteils ausländischer Spareinlagen, die auf den Konten lettischer Banken liegen - sie summieren sich laut EZB auf etwa 40 Prozent des Bruttoinlandsprodukts

05.06.2013 Die Namen der neuen Salzburger Regierung stehen fest

Die schwarz-grün-gelbe Regierung bekommt Gesichter: Die Grünen haben in ihrem Team zwei Frauen und einen Mann. Die ÖVP tritt mit dem bekannten "Schattenkabinett" an, wobei fraglich ist, ob die einzige Frau darin zum Zug kommt.

Diese drei bilden die erste schwarz-grün-gelbe Koalition in Österreich: Wilfried Haslauer, Astrid Rössler und Hans Mayr. Zu ihnen gesellen sich noch folgende Lokalpolitiker . . .

Christian Stöckl: Er wacht über die Finanzen und wird wohl auch Landeshauptmann-Stellvertreter.

Brigitta Pallauf könnte Familienlandesrätin werden. Eine Alternative wäre das Amt der Landtagspräsidentin.

Heinrich Schellhorn hat schon Regierungserfahrung und soll diese einbringen – vorzugsweise in der Kultur.

Martina Berthold: Ihr Werdegang weist sie als mögliche Landesrätin für Frauen und/oder Bildung aus.

Josef Schwaiger: Er übersiedelt aus dem Beamtenstand in den des Politikers und wird Agrarlandesrat.

Bei der ÖVP war es nie ein Geheimnis, wer künftig auf der Regierungsbank sitzen soll. Bereits im Wahlkampf hat Wilfried Haslauer sein "Schattenkabinett" vorgestellt: Christian Stöckl, Bürgermeister von Hallein, für die Finanzen; Josef Schwaiger, Chef der Landwirtschaftsabteilung, für das Agrarressort; Brigitta Pallauf, Landtagsabgeordnete und Anwältin, für Familie und Frauen.

Bei den Grünen aber war lang gerätselt worden, wer neben Parteichefin Astrid Rössler in die Regierung einzieht. Auf SN-Anfrage bestätigt nun ihr Vorgänger Cyriak Schwaighofer zwei Namen: Martina Berthold, grüne Frauensprecherin, und Heinrich Schellhorn, Anwalt und ehemaliger Halleiner Kulturstadtrat. "Der Landesvorstand will sie der grünen Landesver-sammlung am kommenden Donnerstag vorschlagen", sagt Schwaighofer. Die Landesver-sammlung hat bei den Grünen das letzte Wort - sowohl was die Namen betrifft als auch über das Regierungsprogramm.

Schellhorn mit Regierungserfahrung

Für Heinrich Schellhorn spricht, dass er als Einziger in der grünen Landespartei bereits Regierungserfahrung hat. Er war jahrelang Kulturstadtrat in Hallein. Nachdem das "Bündnis Hallein", für das er angetreten war, 2004 massive Verluste hatte hinnehmen müssen, schied der Anwalt aus der Stadtpolitik aus. Bei den Landesgrünen engagiert er sich unter anderem als Finanzreferent. Aus der Tätigkeit als Kulturstadtrat ergibt sich auch der Ressortwunsch der Grünen für Schellhorn: ein umfassendes Kulturressort - von der Volkskultur über die Museen bis zur Hochkultur. Bisher waren diese Bereiche auf mehrere Ressorts aufgesplittert. Allerdings ist das letzte Wort noch nicht gesprochen: Die Kultur oder Teile davon könnten auch Haslauer interessieren, der bisher die Museen verantwortete.

Martina Berthold ist auch eine alte Bekannte in der grünen Politik. 2004 trat sie beispielsweise auf dem dritten Listenplatz an und verfehlte den Einzug in den Landtag um nur 40 Stimmen. Bis 2009 war sie Sprecherin der grünen Salzburger Frauen. Die Erziehungswissenschafterin arbeitet beim Land im Verwaltungs- und Projektmanagement auch für die Schulabteilung. Bis 2008 war sie stellvertretende Leiterin des Büros für Frauenfragen und Chancengleichheit im Landesdienst. Dadurch würde sie sich für ein Ressort eignen, das die Bereiche Frauen, Bildung, eventuell Soziales umfasst.

Genau das aber hatte Haslauer im Wahlkampf für Brigitta Pallauf vorgesehen. Allerdings ist fraglich, ob die Anwältin in die Regierung kommt. Und das wiederum dürfte davon abhängen, ob das Team Stronach auf einen Regierungssitz besteht, wie dies sein Chef, der Goldegger Bürgermeister Hans Mayr, am Mittwoch erneut tat. Dann würde die Sitzverteilung wohl 3:3:1 lauten. Das heißt, ÖVP und Grüne könnten je drei Regierungsmitglieder stellen, das Team Stronach eines.

ÖVP-Fixstarter sind Haslauer und Stöckl

Fixstarter für die ÖVP sind Haslauer als Landeshauptmann und Stöckl als Finanzreferent. Weil die ländlich geprägte ÖVP aber kaum auf das Agrarressort verzichten kann, dürfte beim dritten Regierungssitz der Landwirtschaftsexperte

Josef Schwaiger zum Zug kommen. Wodurch Pallauf leer ausginge - und zum Trost wahrscheinlich zur ersten Landtagspräsidentin Salzburgs gewählt würde.

Es sei denn, die Grünen bescheiden sich mit zwei Sitzen und die Verteilung lautet 4:2:1. Oder Stronach-Mann Mayr begnügt sich mit dem Sitz des Landtagspräsidenten. Dann könnte die Regierungsmannschaft aus vier Schwarzen inklusive Pallauf bestehen und den genannten drei Grünen. Wobei klar ist, dass die Grüne Frontfrau Astrid Rössler ein "Nachhaltigkeitsressort" bekommen soll. Die Grünen wünschen sich Umwelt- und Naturschutz, die Kompetenzen für den Nationalpark sowie die Energieagenden. Wilfried Haslauer dürfte Wirtschaft und Tourismus behalten. Bisher hatte er auch die Gemeindeagenden, den Verkehr und die Museen in seiner Verantwortung. Was davon in andere Hände kommt, eventuell in jene von Team-Stronach-Chef Hans Mayr, ist noch offen.

Schwaighofer: "Ich habe Bedenken"

Cyriak Schwaighofer weist jedenfalls darauf hin, dass es in der grünen Landesversammlung schwierig werden könnte, eine direkte Regierungsbeteiligung des Team Stronach durchzubringen. "Ich habe Bedenken", sagt Schwaighofer. Er wird als erfahrener Parlamentarier übrigens den siebenköpfigen, grünen Landtagsklub leiten, weil dieser ansonsten aus lauter Neulingen besteht.

Am 18. Juni sollen sich die neuen Mitglieder der Landesregierung einem Hearing im Landtag stellen. Tags darauf konstituiert sich der Landtag neu, die Regierung wird angelobt. In dieser Sitzung könnte die bisherige Zweite Landtagspräsidentin übrigens wiedergewählt werden. Die Grünen wollen der Opposition ein Vorschlagsrecht für dieses Amt einräumen. In diesem Fall könnte die SPÖ wieder Gudrun Mosler-Törnström nominieren.

6. Juni 2013, 18:54

Und wer rettet die Helfer?

Wasser auf die Mühlen der Brüsseler Privatisierungspolitik? - Trotz Hochwasser: Brüssel bereitet gerade eine neue EU-Richtlinie zur Konzessionsvergabe vor, die künftig auch Ambulanz- und Krankentransporte kommerziellen Interessen öffnen soll, damit aber die freiwillige Katastrophenhilfe insgesamt gefährden würde

Es ist wohl unbestritten: Ohne das Heer der Freiwilligen wäre die Hochwasserhilfe in Österreich zurzeit nicht möglich. Täglich sind alleine 1500 Rotkreuzhelfer im Einsatz, während fast 60.000 weitere die Rettungs- und Pflegedienste im Land aufrechterhalten. - Und was hat das mit der EU zu tun? Mehr, als es auf den ersten Blick scheinen mag: In Brüssel werden zurzeit Richtlinien zur Auftrags- und Konzessionsvergabe erörtert. Wobei es aktuell auch um eine sogenannte "Bereichsausnahme" für Rettungsdienste geht, sprich: die Notfallrettung als Teil der Daseinsvorsorge, die nicht kommerziellen Betreibern überlassen werden, sondern bei gemeinnützigen Trägern bleiben sollte.

Die Chancen, diese Ausnahme zu erreichen, stehen zwar gut, das Rote Kreuz wünscht sich allerdings auch, dass Ambulanz- und Krankentransporte nicht kommerzialisiert werden. Wir sind nicht grundsätzlich gegen Privatisierung. Aber gerade in der Daseinsvorsorge muss der Erfolg einer Kommerzialisierungsmaßnahme am Gemeinwohl gemessen werden und nicht am wirtschaftlichen Erfolg privater Auftragnehmer. Eine funktionierende öffentliche Dienstleistung muss Vorrang vor den Regeln des Binnenmarktes und des Wettbewerbsrechts haben.

Die laufende Rekommunalisierung verschiedenster Dienstleistungen der Daseinsvorsorge zeigt ja hinlänglich, dass bei gemeinwohlorientierten Aufgaben der Marktmechanismus aus unterschiedlichen Gründen nicht gut funktioniert. Das gilt auch für den Rettungsdienst. Das Österreichische Rote Kreuz betreibt den Rettungs- und Krankentransportdienst im sogenannten "Verbundsystem". Die Ressourcen dieses Dienstes bilden auch die Grundlage für die Bewältigung von Großschadensereignissen wie der derzeitigen Hochwasserkatastrophe. Wir sprechen hier von erprobten Alarmierungswegen, die seit dem Hochwasser von 2002 weiter optimiert wurden, von einer effizienten Führungsstruktur, materiellen Ressourcen und 60.000 routinierten freiwilligen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die jederzeit einsetzbar sind. Ohne diese Freiwilligen wäre der flächendeckende Rettungs- und Krankentransport nicht möglich - und auch nicht die Katastrophenhilfe, so, wie wir sie jetzt gerade erleben.

In Summe ist das Rettungsverbundsystem, nicht nur die volkswirtschaftlich günstigste Betriebsform, sie ist auch die für die Patientinnen und Patienten qualitativ hochwertigste. Eine Kommerzialisierung des Teilpakets Ambulanz- und Krankentransportdienst, wie in den genannten EU-Richtlinien vorgesehen, würde zu einer Zerschlagung dieses Systems - und damit auch der für die Katastrophenhilfe notwendigen Freiwilligenstruktur führen.

Die Verteuerung des Rettungswesens in Österreich wäre eine weitere Folge: Kommerzielle "Rosinenpicker" würden sich für den Ambulanz- und Krankentransportdienst interessieren, der kostenintensive Teil dieses Pakets, die Notfallrettung, verbliebe bei der öffentlichen Hand.

Von den in Brüssel verhandelnden Beamten im Kanzleramt hört man auf Terminanfrage, "dass man halt nicht alles haben kann" und zu Gesprächen über eine Bereichsausnahme auch für den Ambulanz- und Krankentransportdienst gar nicht erst "anzutanzen" brauche.

Wenn große Hochwasser wie das gegenwärtige sich wie bisher regelmäßig wiederholen - also etwa alle zehn Jahre -, dann könnten wir spätestens im Jahr 2023 erleben, wohin diese Haltung führt. .

6. Juni 2013, **Fehler bei Almvermessung: Komplettes Systemversagen**

Ausbaden werden die Kosten nicht die Verantwortlichen Berlako-vich oder Pröll, sondern wieder einmal die Steuerzahler

Nikolaus Berlakovich hat es diesmal nicht allein verbockt. Auch sein Vorgänger Josef Pröll trägt Mitschuld am Förderdebakel im Zusammenhang mit falsch vermessenen Almflächen. Bereits seit 2005 werden im Rahmen der EU-Agrarpolitik Almgebiete in die Betriebsprämien für die Landwirte eingerechnet. Die Landwirtschaftsminister haben es aber verabsäumt, klare Rahmenbedingungen zu schaffen.

Bis jetzt ist es eine eigene Wissenschaft auszurechnen, für welche Almflächen ein Bauer EU-Förderungen beantragen kann. Ein Beispiel: Besteht die Fläche zu 20 bis 50 Prozent aus Wald und Geröll, sind 70 Prozent förderwürdig. Gibt es 51 Prozent Wald und Geröll, sind nur 30 Prozent förderwürdig. Alles klar? Absurd mutet auch an, dass unterschiedliche AMA-Kontrollore oft zu komplett unterschiedlichen Ergebnissen kommen. Stellen sich die Berechnungen für mehrere Jahre als falsch heraus, machen die Rückforderungen schnell zigtausende Euro aus.

Sicher wird es auch Bauern gegeben haben, die absichtlich größere Flächen angaben, um mehr Fördergeld lukrieren zu können. Wenn allerdings bei 3.500 von 8.700 Almen nachträgliche Korrekturen vorgenommen werden müssen, kann man nur von komplettem Systemversagen sprechen. Bereits angekündigte Klagen dürften keine schlechten Erfolgschancen haben. Ausbaden werden es nicht Berlakovich oder Pröll, sondern wieder einmal die Steuerzahler.

Stepic und Co: Warum Österreichs Eliten immer öfter versagen

Sie besitzen dubiose Offshore-Unternehmen, bereichern sich auf Kosten der Allgemeinheit, missbrauchen ihre Ämter und landen in großer Zahl vor Gericht: Spitzenpolitiker, Topmanager und reiche Erben, eigentlich die Stützen des Landes, taugen immer weniger als Vorbilder. Was ist nur los mit den Eliten?

Das Leben muss irgendwie weitergehen – und zwar am besten ganz normal. Vor ein paar Tagen bat Herbert Stepic, Chef der Raiffeisen Bank International (RBI), zu einer Telefonkon-ferenz mit Medien und Analysten. Dabei tat er, was Manager in der Finanzindustrie dieser Tage eben so tun: Er kritisierte die geplante Verlängerung der Bankenabgabe. „Man kann nur eine begrenzte Menge an Lasten tragen“, erklärte Stepic. Dann erzählte er noch ein wenig über den Geschäftsgang in Russland („Wir fühlen uns ganz wohl“) und verabschiedete sich schließlich ohne viel Pathos: „Good bye, thank you.“ -

Es war Stepic’ letzter Auftritt als Top-Banker. Bis Ende kommender Woche will Raiffeisen einen Nachfolger für den langjährigen RBI-Chef gefunden haben. Stepic hatte seinen Rücktritt angeboten, nachdem bekannt geworden war, dass er über Offshore-Gesellschaften drei Wohnungen in Singapur gekauft hatte. Wie es derzeit aussieht, hat Stepic nichts Verbotenes getan. Aber die Optik ist verheerend. Allein die Tatsache, dass sein Name in den Dateien von „Offshore-Leaks“ auftaucht, war für Raiffeisen ein PR-Desaster. So groß die Verdienste von Stepic beim Aufbau des Ostgeschäfts gewesen sind: Nach dieser Enthüllung konnte sein Arbeitgeber nicht zur Tagesordnung übergehen. -

Werte und Wertlosigkeit -

Herbert Stepic ist nicht der Einzige, der sein eigenes Lebenswerk durch ein wenig zu viel Geschäftstüchtigkeit – man könnte auch sagen: Gier – beschädigte. Die Liste gefallener Stars ist lang. Mal geht es um Steuerhinterziehung wie bei Uli Hoeneß, dem Präsidenten des FC Bayern München. Mal um den Verdacht des Amtsmissbrauchs wie bei Karl-Heinz Grasser. Mal um Raff- und Geltungssucht wie beim gestrauchelten Europaabgeordneten und Ex-Innenminister Ernst Strasser. Gelegentlich auch um schlichtes Geldscheffeln wie bei jener Gruppe heimischer Reicher, die mit einem Genussscheinmodell bei der Hypo Alpe Adria noch schnell ordentlich Cash machte, bevor das Institut an die Bayerische Landesbank verkauft wurde. -

Menschen, die aufgrund ihres (politischen) Amtes oder aufgrund ihres Vermögens zur gesellschaftlichen Elite zählen, taugen offenbar immer weniger als Vorbilder. „Wir sind im Wandel von einer Gesellschaft der Werte zu einer der Wertlosigkeit“, konstatierte vor Kurzem der Philosoph Peter Kampits, Mitglied des Ethikrates der Bundesregierung.

Wie kommt das? Warum sind immer mehr Spitzenpolitiker und Wirtschaftskapitäne, Topmanager und Kulturgrößen so interessant für Aufdeckungsjournalismus und Staatsanwaltschaft? Sind die Filter auf dem Weg nach ganz oben zu durchlässig? Warum, zum Teufel, versagen gerade die Eliten? -

Alle Größen der Gesellschaft, die in den vergangenen Monaten in ein schiefes Licht gerieten, waren vielfache Millionäre, die völlig ohne Not ihr Lebenswerk, ihren Ruf oder ihre Karriere zertrümmerten. „Leute, die bei voller Schüssel Angst haben, dass sie verhungern, gehen mir besonders auf die Nerven“, klagte vergangenen Dienstag ein österreichischer Topmanager am Rande der Vorhofer-Journalistenpreis-Verleihung in den Amtsräumen des Bundespräsidenten.

Die Offshore-Sünder sind Produkte des 21. Jahrhunderts: Nie zuvor war es so einfach, gewaltige Beträge per Knopfdruck rund um die Welt zu schicken, bevor sie auf irgendwelchen Eilanden zwischengeparkt werden. Nur wenn das System einmal leck wird, kommen die Steuerbehörden den gierigen Reichen auf die Schliche -.

Dass sie überhaupt gejagt werden, ist ein gewaltiger, erst im vergangenen Jahrhundert erkämpfter Fortschritt. Bis 1750 zahlten die damaligen Eliten, also der Adel, überhaupt keine Steuern. Für die Restbevölkerung – vier von fünf Bewohnern des heutigen Staatsgebiets lebten in bitterster Armut – betrug die Steuerlast 40 bis 50 Prozent des Bodenertrags. Staatliche Leistungen gab es dafür kaum. Ein Drittel der Einnahmen floss ins Heer, der Hof kassierte zehn Prozent aller Steuereinnahmen für den eigenen Verbrauch, der überwiegende Teil des Rests ging in die schon damals beträchtliche Verwaltung. -

„Asketische Sittenstrenge“ -

Im 19. Jahrhundert traten zusätzliche Eliten auf den Plan: Großgrundbesitzer, Fabrikanten, durch Spekulation oder Tüchtigkeit aufgestiegenes Bürgertum. Wiewohl sich die neuen Reichen nicht mehr ganz den gesellschaftlichen Pflichten – etwa jenen, Steuern zu zahlen – entziehen konnten, hatten sie ihre fetten Weiden fest umzäunt. Öffentliche Kontrolle der Macht in Staat und Wirtschaft gab es kaum, Corporate Governance und Political Correctness waren noch lange nicht erfunden. -

Der Zusammenbruch der alten Welt in den Jahren 1918 ff. rief wieder neue Eliten auf den Plan: Jetzt stießen auch Abenteurer, Glücksritter, Populisten und Despoten nach ganz oben vor. Für sie galten überhaupt keine Regeln mehr. Das alte Geld blieb allerdings fest im Sattel und überdauerte sogar noch einen Weltkrieg: Viele der großen Wirtschaftswunderkapitäne der 1950er-Jahre – die Thyssens, die Krupps, die Flicks, die Meinls und Mautner Markhofs – steuerten Kreuzer durch Nachkriegseuropa, die schon 100 Jahre zuvor vom Stapel gelaufen waren.

In Politik und Gesellschaft waren jetzt aber andere Eliten am Zug: Nur ein einziger Bundeskanzler der Zweiten Republik, Bruno Kreisky, kam aus einigermaßen wohlhabendem Haus, alle anderen waren Söhne von Bauern, Kleinbürgern oder – wie Fred Sinowatz, Franz Vranitzky und Alfred Gusenbauer – sogar von Arbeitern. Denn nun war eine Klasse nach oben vorgedrungen, die von ihren Vordenkern frühzeitig davor gewarnt worden war, nicht den Verlockungen zu erliegen, die in den oberen Etagen der Gesellschaft lauerten. Ein gewisses Maß an „asketischer Sittenstrenge“ empfahl Urvater Friedrich Engels, ein Fabrikantensohn, den Funktionären der eben erst entstehenden Arbeiterbewegung schon 1850. Den maßlosen Kapitalisten sollte das Prinzip der „spartanischen Gleichheit“ vorgelebt werden. Der austromarxistische Theoretiker Max Adler träumte überhaupt vom „neuen Menschen“, der immun ist gegen die Versuchungen, welche die Macht bereithält. Aber schon 1926 konstatierte er enttäuscht: „Nichts Traurigeres und Öderes als diese Jugend, die alles nur nach der Höhe des Einkommens abschätzt.“ -

So als hätten es die Altvorderen erahnt, zeigten sich die ehemaligen Schlosser, Elektriker und Werkzeugmacher überaus anfällig für die materiellen Möglichkeiten, die sich ihnen im Zuge ihres Aufstiegs boten. Ende der 1980er-Jahre strauchelte die gesamte Gewerkschaftselite: Der Zentralsekretär der größten Einzelgewerkschaft, jener der Privatangestellten, und der Chef der zweitgrößten, der Metallarbeitergewerkschaft, griffen in die Kassa und mussten zurücktreten. Der Boss der Bauarbeitergewerkschaft verdrosch seine Gattin und wurde abgeführt, der Ex-Zentralsekretär der Postgewerkschaft lieferte sich mit seinem Vorsitzenden ein Shootout wegen einer Frauengeschichte. Der steirische Arbeiterkammerpräsident Alois Rechberger genehmigte sich ein 200.000- Schilling-Gehalt, sein Kammeramtsdirektor stand dem um nicht viel nach. -

ÖGB-Präsident Fritz Verzetnitsch bezog zu äußerst günstigen Konditionen ein Penthouse in der Wiener Innenstadt – unschönerweise in einem Gebäude der Gewerkschaftsbank Bawag. Die Bawag selbst wurde 2006 samt dem Streikfonds des ÖGB bei Offshore-Spekulationsgeschäften versenkt. Helmut Elsner, damals Generaldirektor, bekam dafür neuneinhalb Jahre Haft. -

Wobei die Messlatten, die in Sachen Moral angelegt werden, nicht immer gleich sind. Der sozialdemokratische Finanzminister Hannes Androsch wurde in den 1970er-Jahren durch die Medienlandschaft getrieben, weil bekannt geworden war, dass in seinem Kasten mehr als 100 feine Anzüge hingen. Bis heute wird Androsch in Interviews darauf angesprochen, obwohl er sie alle um sein eigenes Geld gekauft hatte. Als das Modelabel Tommy Hilfiger 2001 den neuen Finanzminister Karl-Heinz Grasser völlig kostenlos ausstaffierte, war das bald vergessen.

Dass Alfred Gusenbauer unlängst in den Aufsichtsrat einer deutschen Tochterfirma des österreichischen Glücksspielkonzerns Novomatic einzog, sorgte zu Recht für Irritationen. Selbst die Gusenbauer stets freundlich gesinnte Stadtzeitung „Falter“ ernannte den Ex-Kanzler daraufhin zum „Dolm der Woche“, „Falter“-Herausgeber Armin Thurnher, ein

persönlicher Freund Gusenbauers, schrieb von einer „qualvollen Information“. Kaum jemanden interessierte, dass der derzeitige EU-Kommissar Johannes Hahn zwischen seinen politischen Karrierestationen fünf Jahre lang sogar im Vorstand der Novomatic gesessen war. Kurz danach wurde er Wissenschaftsminister. -

Hohe Frequenz vor Gericht -

Wie profil exklusiv berichtet, steht Gusenbauer nun sogar im Fokus von Ermittlungen der Staatsanwaltschaft. Spitzenpolitiker und -manager sind auch nur Menschen und somit fehlbar. Bemerkenswert ist allerdings die Frequenz, in der sich heimische Gerichte mit den Angehörigen der gesellschaftlichen Elite beschäftigen müssen. Ex-Innenminister Strasser wurde Anfang des Jahres (nicht rechtskräftig) wegen Bestechlichkeit zu vier Jahren Haft verurteilt. Gegen den ehemaligen Finanzminister Karl-Heinz Grasser laufen gleich mehrere Strafverfahren, unter anderem im Zusammenhang mit der Privatisierung der Wohnbaugesellschaft Buwog. Alfons Mensdorff-Pouilly, Angehöriger eines alten Adelsgeschlechts und Ehemann der ehemaligen ÖVP-Politikerin Maria Rauch-Kallat, wurde im Jänner zwar (nicht rechtskräftig) vom Vorwurf der Geldwäsche freigesprochen. Andere Verfahren gegen ihn laufen aber noch. Mit vier Schuldsprüchen (in erster Instanz) endete der Prozess gegen einst hochrangige Manager der Telekom Austria. Der Richter sah es als erwiesen an, dass die Herren im Februar 2004 eine Kurserhöhung der Aktie herbeitricksten, um in den Genuss von Bonuszahlungen zu kommen. -
Ebenfalls Gegenstand von Ermittlungen ist das Geschäft, das eine Reihe illustrer Persönlichkeiten im Jahr 2007 mit Genussscheinen der Hypo Alpe Adria machte. Die Beteiligten gehören zum Geldadel der Republik: Veit Sorger, ehemaliger Präsident der Industriellenvereinigung, Kika/Leiner-Miteigentümer Herbert Koch, Karl-Heinz Grasser und der Verpackungsindustrielle Stanislaus Turnauer sind nur einige davon. Innerhalb weniger Monate erzielten sie einen Gewinn von rund 50 Prozent. Und das mit Aktien einer Bank, die den Steuerzahler noch Milliarden kosten wird. Angeboten wurde ihnen der Deal vom damaligen Hypo-Chef Tilo Berlin dem Vernehmen nach bei einem gemeinsamen Jagdausflug.

Veit Sorger verteidigte sein Engagement jüngst im „Kurier“: „Ich halte nichts von Diskussionen, wo man bei Gewinnen immer als verdächtig und bei Verlusten als Depp, dafür als guter Mensch dasteht.“ -

Es mag den Normalverdiener wundern, dass selbst sehr wohlhabende Persönlichkeiten ihre Reputation und manchmal sogar ihre Freiheit riskieren, um noch ein wenig mehr Geld zu scheffeln. Haben die das nötig? Aber reiche Leute nehmen Maß an anderen reichen Leuten. Und irgendwer hat immer mehr Geld, ein schöneres Haus, ein größeres Privatflugzeug. Deshalb hat die Diskussion um eine Beschränkung der Managergagen durchaus ihre Berechtigung. Mit Appellen an die Vernunft oder an freiwillige Selbstbeschränkung lässt sich nicht viel ausrichten, wie die Entwicklung der vergangenen Jahre zeigt: Durchschnittlich 1,4 Millionen Euro verdienten die Chefs börsennotierter heimischer Unternehmen im Vorjahr. Das mag im internationalen Vergleich kein Spitzenwert sein. Doch der Abstand zu den normalen Beschäftigten ist riesig. Laut Erhebung der Arbeiterkammer erhielten die Vorstände der ATX-Unternehmen 49 mal mehr Geld als heimische Durchschnittsverdiener. Im Jahr 2000 hatten sich die Manager noch mit dem 20-fachen Einkommen begnügen müssen.

„Einige haben das richtige Maß verloren“, meint der ehemalige Chef des Edelstahlkonzerns Böhler-Uddeholm, Claus Raidl. In die Höhe getrieben wurden die Gagen seiner Ansicht nach in erster Linie durch das Schielen auf

Entlohnungsmodalitäten in den USA, wo sehr hohe Boni die Regel sind. Vergessen werde dabei allerdings, dass ein Manager in Österreich – anders als in den USA – kaum Risiken eingehe: „Auch wenn er scheitert, kriegt er noch eine schöne Abfertigung und eine hohe Pension." Raidl wäre dafür, in Zukunft die Aktionäre mitreden zu lassen, wenn es um die Vergütung der Vorstände geht. Derzeit machen sich das Aufsichtsrat und Vorstand untereinander aus. Dieses System ist anfällig für Freunderl-wirtschaft. -

Nach welch sonderbaren Kriterien Managergagen mitunter zustande kommen, zeigt eine Anekdote aus dem Jahr 2007. Damals freute sich Erste-Boss Andreas Treichl dank eines Sonderbonus über einen Rekordverdienst von 4,4 Millionen Euro. Von profil befragt, ob diese astronomische Vergütung die Branchen-kollegen nicht ärgere, antwortete der Vorstand einer anderen Bank: „Überhaupt nicht. Wegen Treichl kriegen wir jetzt dann alle mehr." Zumindest bei Herbert Stepic war das so: Der Raiffeisenbanker verdiente im Vorjahr 5,7 Millionen Euro – zahlte nach interner Kritik aber zwei Millionen zurück. - -

Bleiben nur mehr Skifahrer als Vorbild? -

Solche Summen wären leichter zu akzeptieren, müssten die Manager bei krassen Fehlentscheidungen die Verantwortung übernehmen. Doch Claus Raidl hat leider Recht mit seiner Kritik am nahezu risikofreien Leben in den Vorstands-etagen. Für das Millionendebakel beim Bau des Skylink-Terminals am Wiener Flughafen etwa bluteten bisher nur die Steuerzahler. Die Ex-Vorstände Gerhard Schmid und Herbert Kaufmann wurden sanft (und mit gemütlichen Konsulen-tenverträgen) zum Abschied bewogen. Der dritte Boss, Niederöster-reichs früherer Landeshauptmannstellvertreter Ernest Gabmann, prozessiert gerade um seinen Bonus. Ob er wirklich glaube, dass eine Gratifikation gerechtfertigt sei? „Ich habe mit meinem Anwalt vereinbart, dass wir während des Verfahrens nichts sagen", erklärt Gabmann. - -

Rund um die Causa Skylink gibt es allerdings auch ein Strafverfahren. Vielleicht drohen den Herren doch noch Überraschungen. -

Tröstlich ist: Mit Steuertricks kam man früher leichter durch, die alltägliche Korruption galt als Kavaliersdelikt – damit ist nun Schluss. Und jeder Promi, der wie ein kleiner Gauner vor Gericht oder als Lachnummer am Pranger der Medien steht, ist eine Warnung an potenzielle Nachahmer. -

Mag also sein, dass die Sitten bald wieder besser werden. Sonst bleiben uns als Vorbilder nur noch die Skifahrer.

Grossbritannien **Labour stählt sich für eine bittere Zukunft**

Der junge Labour-Leader Ed Miliband schneidet mit seiner oppositionellen Partei seit einem Jahr deutlich besser ab als die Tories.

Die Führung der britischen Labourpartei

Die Führung der britischen Labourpartei versucht, mit scharfen Kehrtwenden ihre ökonomische Glaubwürdigkeit wiederherzustellen. Der Schritt ist unerlässlich, aber schwierig.

Während die regierenden Konservativen und Liberaldemokraten in Grossbritannien unter der Last der Wirtschaftskrise ächzen und immer wieder von Fehlern und Widersprüchen durchgeschüttelt werden, segelt die oppositionelle Labourpartei seit mehr als einem Jahr mit einem solide wirkenden Vorsprung von rund zehn Prozentpunkten durch die Wählerumfragen. Bei den Tories steigt die Nervosität. Viele Liberaldemokraten erwarten gar den Untergang an den Parlamentswahlen, die spätestens im Mai 2015 stattfinden werden. Doch auch Labour kann sich auf dem Vorsprung nicht ausruhen. Wahlforscher weisen warnend darauf hin, eine Oppositionspartei müsste zur Mitte der Legislatur deutlich weiter vorausliegen, um sich ihres Sieges sicher sein zu können. Hinzu kommt, dass der junge Labour-Leader Miliband konstant viel schlechter in den Umfragen abschneidet als Premierminister Cameron. Neuerdings gräbt auch die kleinbürgerliche United Kingdom Independence Party Labour Protestwähler und Medienaufmerksamkeit ab.

Soziale Einschnitte

In dieser für alle drei etablierten Parteien prekären Situation hat sich die Führung um Miliband und Schatten-Schatzkanzler Balls entschlossen, die drei Jahre lang gepflegte Bequemlichkeit beim Bau von Luftschlössern und Opponieren aus Prinzip

aufzugeben. Den Labour-Strategen ist klar, dass die Partei den Eindruck von wirtschafts- und finanzpolitischer Kompetenz und Ernsthaftigkeit wiederherstellen muss, möchte sie 2015 eine Chance haben. Das ist schwierig, da die Finanzkrise 2008 in die Regierungszeit Labours fiel und da sowohl Miliband wie Balls zum engsten Beraterkreis und Kabinett des damaligen Premierministers Brown gehörten, dessen Amtszeit heute nur noch als Katastrophe wahrgenommen wird.

Labour hat sich diese Woche mit Grundsatzreden von Balls und Miliband auf den langen Weg gemacht, um die harsche Realität von Wirtschaftskrise und Austerität zu akzeptieren. Miliband erklärte am Donnerstag in London, die Wiederherstellung der von den Tories gestrichenen Kindergelder für Gutverdienende (ab rund 50 000 Pfund Jahreseinkommen) wäre für eine neue Labour-Regierung keine Priorität. Er akzeptierte die von der Labour-Regierung vernachlässigte und von den Tories nun durchgesetzte Notwendigkeit, die Invalidenrenten zu überprüfen. Und er unterstütze im Prinzip die Begrenzung der pauschalen Sozialleistungen.

Schrumpfende Budgets

Zuvor hatte Balls am Montag erklärt, Labour würde die Höhe der in diesen Wochen vom konservativen Schatzkanzler Osborne festzulegenden Ausgabenpläne ab 2015 übernehmen. Eine Labour-Regierung würde ebenfalls mit sinkenden Budgets kalkulieren – «wir werden eiserne Disziplin üben müssen», versicherte er.

Gleichsam als Beleg kündigte er an, er würde die Heiz-Subvention an Rentner für diejenigen mit hohen Einkommen streichen – ein Schritt, den sich nicht einmal Cameron getraute.

Balls und Miliband versuchen mit ihren Ankündigungen, den Regierungsparteien den Wind aus den Segeln zu nehmen und als ebenso glaubwürdig dazustehen. Das ist unerlässlich, um von den Wählern ernst genommen zu werden. Doch die Strategie birgt auch Gefahren. Erstens wirkt sie zunächst wenig glaubwürdig, wenn man dieselben Positionen bisher im Unterhaus stets lauthals abgelehnt hat. Zweitens werden manche mächtige Anspruchsgruppen enttäuscht. Und drittens fällt es schwerer, als Alternative zu Tories und Liberalen wahrgenommen zu werden. Zwar nannten Balls und Miliband durchaus bedenkenswerte Ideen, etwa einen stärkeren und rascheren Ausbau der Investitionen, den überfälligen Bau von Sozialwohnungen oder Schritte zu einem durch Beiträge finanzierten Sozialstaat mit differenzierten Leistungen.
Diese Ideen den Bürgern glaubhaft erklären zu können, wird die grosse Herausforderung der nächsten Jahre sein.

Wer für die SPÖ im Landtag sitzen wird

07.06.2013 - 20:19 SPÖ Salzburg fixierte am Freitag die Zusammensetzung des Landtagsklubs. Blachfellner und Gewerkschafter Androschin machen Frauen Platz. Der Lungau bleibt ohne Mandat.

Der neue SPÖ-Klub mit seinem Vorsitzenden Walter Steidl . . .

Roland Meisl (stellvertretender Klubchef), . . .

. . . Gudrun Mosler-Törnström (vorgesehen als Zweite Landtagspräsidentin), . . .

Der Landesparteivorstand der SPÖ hat am Freitagabend die Zusammensetzung des Landtags-klubs mit breiter Mehrheit beschlossen. Der geschäftsführende Parteivorsitzende Walter Steidl wird den neun Personen umfassenden Klub führen. Der bisherige Landesrat Walter Blachfellner und der Gewerkschafter Walter Androschin verzichten auf ihre Mandate. Dadurch können zwei Frauen nachrücken.

Neben Walter Steidl werden dem SPÖ-Klub demnach die bisherigen Mandatare Roland Meisl, Gudrun Mosler-Törnström, Heidi Hirschbichler und Karl Schmidlechner angehören. Ingrid Riezler und Niki Solarz kommen durch den Verzicht von Blachfellner und Androschin wieder in den Landtag. Neu sind der Geschäftsführer der Volkshilfe, Othmar Schneglberger, und der Schwarzacher Bürgermeister Andreas Haitzer. Das Mandat im Bundesrat wird erneut Susanne Kurz übernehmen.

. . . Othmar Schneglberger, . . .

. . . Nicole Solarz und . . .

. . . Andreas Haitzer sowie . . .

. . . Karl Schmidlechner, . . .

Der Lungau geht leer aus und wird keinen Abgeordneten im roten Klub haben. "Die Phase ist nicht einfach", sagte Steidl. Er sei stolz, dass die SPÖ das Gesamtinteresse vor Einzelinteressen stelle. Der künftige Oppositionsführer will während der Legislaturperiode personelle Änderungen vornehmen und die Landtagsfraktion Schritt für Schritt verjüngen.

Steidl kündigte außerdem an, dass die SPÖ eine konstruktive Oppositionskraft sei will. Man werde die Arbeit der Regierung genau kontrollieren und die versprochene Total-Erneuerung einfordern.

. . . Heidi Hirschbichler und . . .

. . . Ingrid Riezler.

Freitag, 7. Juni 2013

TV-Duell abgesagt

BZÖ übt heftige Kritik nach Absage der Konfrontation durch Stronach

Nichts wird es mit der geplanten Elefantenrunde der Spitzenkandidaten auf ATV: Nachdem Kanzler Werner Faymann und Vizekanzler Michael Spindelegger bereits Anfang der Woche dem geplanten Duell eine Absage erteilten,

zieht nun auch Neopolitiker Frank Stronach seine Teilnahme zurück, wie der Sender mitteilte. Der Chef des Team Stronach wäre gegen Heinz-Christian Strache angetreten. Eine Begründung für den Rückzug gab es laut ATV nicht. Das BZÖ übte unterdessen heftige Kritik an der Absage.

Damit streicht ATV auch die geplante TV-Konfrontation zwischen Grünen-Chefin Eva Glawischnig und Josef Bucher vom BZÖ. Am 25. Juni soll es nun statt einem Duell zu einer Diskussionsrunde kommen: Geladen hat man dafür Strache, Glawischnig und Bucher.
Nähere Informationen zu Thema und Inhalt der Sendung sollen demnächst bekannt gegeben werden. An der für den 22. September vorgesehenen, zweistündigen Elefantenrunde der Spitzenkandidaten will man jedenfalls weiterhin festhalten, diesbezüglich befinde man sich derzeit in Verhandlungen, hieß es bei ATV.

"Keine Hoden"

Für FP-Generalsekretär Harald Vilimsky ist die Absage Stronachs weder "transparent" noch "fair", wie er in einer Aussendung mitteilte. "In direkten Duellen mit den Spitzenkandidaten der anderen Parteien müsste Stronach mehr bieten als seine plumpen Schlagworte ohne konkreten Inhalt, aber das kann er nicht, weil er von Politik absolut nichts versteht." Frank Stronach selbst wollte bei einer Pressekonferenz zum Thema Hochwasser nicht beantworten, warum das TV-Duell abgesagt wurde - er sei hier als Privatperson, meinte er lediglich.

"Stronach hat keine Hoden", teilte BZÖ-Bündnissprecher Abg. Rainer Widmann zur TV-Konfrontationsabsage Stronachs bei ATV mit. "Wenn sich der Steuerflüchtling Stronach schon einmal in Österreich blicken lässt, dann traut er sich nicht einmal TV-Konfrontationen mit seinen politischen Mitbewerbern zu bestreiten. Offensichtlich ist Stronach schon selbst von den internen Streitereien

und Grabenkämpfen seiner Politsöldner angewidert. Jetzt ist es nur mehr eine Frage der Zeit, bis er sein "Political Toy" wegschmeißt. Österreich und seine Bürger sind aber kein Spielzeug und haben es sich nicht verdient, von diesem feigen kanadischen Politclown an der Nase herumgeführt zu werden", so Widmann.

Mit der Absage seiner Teilnahme an den geplanten Konfrontationen auf ATV vor der Nationalratswahl hat Frank Stronach dem Grünen-Mediensprecher Dieter Brosz zufolge ein "Schweigegelübde" abgelegt. Das ließe auf das Konzept "Lieber Sender kaufen, statt mit den Journalisten zu diskutieren" schließen, so Brosz in einer Aussendung.

Kuriose Pressekonferenz

Eine eigenwillige Pressekonferenz hielt heute Frank Stronach ab. Als Privatperson und nicht als Politiker äußerte er sich zum Hochwasser. Politische Fragen waren nicht erlaubt. Parteigründer Frank Stronach will wegen des Hochwassers 500.000 Euro spenden. Bei einer Pressekonferenz am Freitag in Wien forderte er weiters Politiker, Gewerkschafts- und Kammerfunktionäre mit einem Verdienst von mehr als 80.000 Euro auf, zehn Prozent ihres Nettoeinkommens zu spenden. Außerdem möchte er, dass die Bürger zwischen einem halben und einem Prozent ihres Einkommens in einen Katastrophenfonds einzahlen. Einen Katastrophenfonds, der jederzeit aufgestockt werden kann, gibt es freilich schon.

Stronach hat eine Website und eine Spendenhotline einrichten lassen. Eine Wahlkampf-Aktion sieht er darin nicht, er habe Hunderte Beispiele, wo er Millionen gespendet habe. Fragen zu anderen Themen - etwa warum er das ATV-Duell zwischen ihm und FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache abgesagt habe - wollte Stronach mit Verweis darauf, dass er die Pressekonferenz "als Privatperson" gebe, nicht beantworten, was bei einigen Journalisten für Verärgerung sorgte.

9. Juni 2013, 16:55 Uhr

Volksabstimmung:

Schweizer stimmen klar für verschärftes Asylrecht

Die Schweizer haben mit großer Mehrheit ein verschärftes Asylgesetz bestätigt.

Trotz Bedenken von Kirchen und Menschenrechtsorganisationen halten die Schweizer an einem im vergangenen Jahr verschärften Asylrecht fest. Mit überwältigender Mehrheit von rund 79 Prozent stimmten die Wähler am Sonntag für die Beibehaltung der Regelung, mit der die Zuwanderung gebremst werden soll, wie das vom Schweizer Fernsehsender SSR verbreitete Endergebnis zeigte.

Angesichts steigender Zuwanderungszahlen hatten Umfragen bereits eine Mehrheit für die Asylrechtsverschärfung vorausgesagt. Die von der Regierung eingebrachte Asylrechtsänder-ung war Ende September vom Parlament in Bern in Kraft gesetzt worden. Unter anderem Kirchen, Menschenrechtsorganisationen und Gewerkschaften stellten sich jedoch dagegen und wollten mit dem Referendum erreichen, dass die Verschärfung rückgängig gemacht werde.

Die wohlhabende Schweiz rangiert bei der Aufnahme von Flüchtlingen unter den europäischen Staaten an vierter Stelle hinter Malta, Schweden und Luxemburg. Auf 332 Schweizer kommt ein Asylbewerber, im europäischen Durchschnitt ist es einer je 625 Einwohner. Zuletzt warteten etwa 48.000 Menschen in der Schweiz auf ihren Asylbescheid, die meisten aus Eritrea, Nigeria, Tunesien, Serbien und Afghanistan. Allein 28.631 Flüchtlinge kamen im vergangenen Jahr. Allerdings hatten nur knapp zwölf Prozent der Anträge Erfolg.

Neues Asylgesetz sieht Zentrum für "Unruhestifter" vor

Asylverfahren könnten nach den neuen Regeln innerhalb von 100 Tagen abgeschlossen werden - bislang ziehen sie sich manchmal über Jahre hin. Zu den umstrittensten Neuerungen zählt, dass künftig Fahnenflucht nicht mehr automatisch als Asylgrund gilt. Von nun an wird die Verweigerung des Wehrdienstes oder Desertion aus Streitkräften nur noch dann als Asylgrund anerkannt, wenn Betroffenen drastische Strafen drohen. Dies träfe im Fall Eritreas aber zu, erklärte die sozialdemokratische Justizministerin Simonetta Sommaruga. Aus dem diktatorisch regierten ostafrikanischen Kleinstaat sind bereits Tausende Menschen in die Schweiz geflohen und haben dort Asyl erhalten.

Zudem fiel der Novelle die europaweit einzigartige Möglichkeit zum Opfer, überall in Schweizer Botschaften im Ausland Asyl beantragen zu können.

Das neue Asylgesetz sieht zudem die Einrichtung spezieller Zentren für Asylbewerber vor, die als "Unruhestifter" gelten. 2012 stieg die Zahl der von Asylbewerbern begangenen Vergehen nach Angaben der Behörden um rund 38 Prozent. Zudem wird das Recht auf Familienzusammenführung eingeschränkt. Die neuen Regeln gelten zudem bis September 2015 und sollen vor einer Verlängerung überprüft werden.

"Schwächung unserer humanitären Tradition"

Das Referendum sei "ein Desaster" für Asylbewerber und Flüchtlinge, erklärte das Komitee, in dem sich die Gegner der Regelung zusammengeschlossen hatten. Immerhin aber habe eine Minderheit der Bevölkerung "noch ein Gewissen". Die Schweizer Flüchtlingshilfe führte die aus ihrer Sicht unerwartet große Zustimmung zur Verschärfung des Asylgesetzes auf eine "mehrjährige Hetzkampagne" des rechten politischen Flügels zurück. Dennoch sei die Bevölkerung im Alltag durchaus bereit, Menschen in Not zu helfen, sagte Flüchtlingshilfe-Sprecher Stefan Frey.

Die Abgeordnete Anne Seydoux-Christie erklärte entgegen der offiziellen Linie ihrer Christlichdemokratischen Volkspartei (CVP), das Wahlergebnis stelle eine "Schwächung unserer humanitären Tradition dar" sowie einen "Mangel an Solidarität" gegenüber dem, was in krisengeplagten Ländern geschehe.

Céline Amaudruz von der Schweizerischen Volkspartei (SVP) begrüßte das Wahlergebnis hingegen. Neun von zehn Asylbewerbern suchten "aus wirtschaftlichen Gründen" Zuflucht in der Schweiz. Es gebe eindeutig die Notwendigkeit für einen Wandel des Systems. Justizministerin Sommaruga hatte zuvor erklärt, dass die Neuregelung den Asylbewerbern weitgehend entgegenkomme - insbesondere im Fall der beschleunigten Entscheidungen. "Wirklich bedrohte Menschen" würden weiterhin den den Schutz der Schweiz erhalten.

Die Tücken der direkten Demokratie

Plebiszite festigen eher den Status quo.

Gestern wurde in der Schweiz, dem Musterland der direkten Demokratie, wieder das Volk befragt: Thema war u. a. eine Verschärfung der Asyl-Gesetze. Das Parlament hat die Asylrechtsänderung im Herbst beschlossen. Die Schweizer segneten das gestern mit überwiegender Mehrheit ab.

Auch in Österreich könnten bald Schweizer Verhältnisse herrschen: Die Regierung will die direkte Demokratie stärken. Vorgesehen ist, dass Volksbegehren, die von mindestens zehn Prozent der Stimmberechtigten – das sind etwa 600.000 Wähler – unterstützt werden, eine Volksbefragung nach sich ziehen, deren Ausgang wohl politisch bindend wäre.
Dabei unterscheidet sich das politische System der Schweiz grundlegend von jenem in Österreich: Etwa in Form der Konkordanzdemokratie, die, ähnlich den Konzentrationsregierungen in manchen Bundesländern, darauf abzielt, möglichst viele politische Kräfte einzubeziehen. Die Schweizer Regierung rekrutiert sich derzeit aus fünf Parteien.

Der Politologe Klaus Poier sieht das Konkordanzmodell als Folge der plebiszitären Demokratie in der Schweiz (siehe Interview). Der Politikforscher Anton Pelinka weist auf einen Nachteil der Direktdemokratie hin: Solche Mechanismen seien „schwerfällig und tendenziell strukturkonservativ. Die Geschichte der Referenden zeigt, dass es zwar nicht notwendigerweise, aber eher Mehrheiten für die Beibehaltung des Status quo gibt.“ Beispiel: Wehrpflicht. Außerdem müsse den politischen Akteuren klar sein, dass damit auch die sozialpartnerschaftliche Konsensdemokratie blockiert werden könne: Ausgehandelte Kompromisse können durch das Volk ausgehebelt werden. Es müsse Grenzen geben, worüber abgestimmt werden darf, warnt Pelinka.

Das Bundeshaus in Bern, Sitz der Regierung und des Parlaments der Schweiz. - LZER

Architekten der direkten Demokratie: Kopf (ÖVP) und Cap (SPÖ)

"EU-Mitgliedschaft beschränkt Plebiszite"

Politik-Experte Poier über die Unterschiede der direkten Demokratie in der Schweiz und in Österreich.

Universitätsprofessor **Klaus Poier** von der Uni Graz lehrt Politikwissenschaft am Institut für Österreichisches, Europäisches und Vergleichendes Öffentliches Recht. Beim Hearing über die direkte Demokratie im parlamentarischen Verfassungsausschuss stellte er seine Expertise bereits zur Verfügung.

KURIER: Die direkte Demokratie soll nach Schweizer Vorbild ausgebaut werden. Aber existiert nicht in der Schweiz ein grundlegend anderes politisches System?

Klaus Poier: Man muss das umgekehrt sehen: Das politische System der Schweiz hat sich im Laufe der Zeit durch die direkte Demokratie verändert. Die Freisinnige Partei führte die längste Zeit alleine die Regierung, erst Ende des 19. Jahrhunderts wurde die direkte Demokratie stark ausgebaut. Damit bekam die Opposition die Möglichkeit für große Referenden, weshalb sie in die Regierung eingebunden wurde. Das hat dazu geführt, dass Parteien immer in die Regierung eingebunden wurden, sobald sie stark genug für Referenden wurden. Jetzt haben wir seit Jahrzehnten eine Mehr-Parteien-Regierung mit stabilen Verhältnissen.

Und wie läuft es in der Schweiz mit der direkten Demokratie?

Für das Volk ist die direkte Demokratie das Korrektiv gegenüber der Politik. Damit überlegt sich die Regierung sehr genau, ob Gesetze auch halten. Das hat Vor- und Nachteile. Mit wenigen Ausnahmen zeigt sich aber, dass das Schweizer Volk durchaus bedacht damit umgeht. Kürzlich wurde etwa eine Ausweitung des Urlaubsanspruchs abgelehnt.

Als Gegenargument wird immer die Gefahr des Missbrauchs durch Populisten gebracht. Zu Recht?

Einen Missbrauch sehe ich vor allem darin, wenn die Herrschenden die direkte Demokratie für ihre Zwecke einsetzen, siehe die Wiener Wohn-Befragung oder jene im Burgenland über ein Asylzentrum. Da weiß man ja schon vorher, wie das ausgeht. Aber die Angst vor Haider plus Kronenzeitung war in den 90ern tatsächlich der entscheidende Faktor bei der ÖVP, warum sie nicht für einen Ausbau war.

Schließt die EU-Mitgliedschaft eine Stärkung der direkten Demokratie aus, da wir Rechtsmaterien übernehmen müssen?

Durch die EU-Mitgliedschaft werden Plebiszite eingeschränkt. Wo Österreich allein entscheiden kann, können wir das auch mittels direkter Demokratie. Materien, die Unionsrecht unterliegen, sind sowohl der direkten als auch der repräsentativen Demokratie entzogen.

Braucht es eine Regelung, worüber abgestimmt werden darf?

Minderheitenrechte müssen gesichert bleiben. In der Schweiz wurde per Volksabstimmung der Bau von Minaretten verboten. Das wäre bei uns ausgeschlossen, weil es ein Minderheitenrecht ist. Ansonsten sollte man aber großzügig sein. Bei uns soll nun auch verboten werden, über die Abschaffung der Bundesländer eine Befragung zu erzwingen. Diese Einschränkung kann ich nicht nachvollziehen. Ich finde, auch über Steuern oder Finanzausgaben soll abgestimmt werden können. Die Bürger gehen sicher sparsamer mit dem Geld um als Politiker.

06.06.2013 - # Haslauer, Rössler und Mayr sind sich einig

ÖVP, Grüne und Team Stronach haben ihr Programm fixiert. Ein Kompromiss zwischen ökonomischen und ökologischen Interessen sei gefunden. In einer Woche soll der Koalitionspakt unterzeichnet werden.

Das Arbeitsprogramm der neuen Regierung ist fixiert.

Die erste große Hürde am Weg zur Bildung einer neuen Salzburger Landesregierung ist geschafft. Wie ÖVP-Chef Wilfried Haslauer, die grüne Landessprecherin Astrid Rössler und der Landesobmann vom Team Stronach, Hans Mayr, am Donnerstag in einer gemeinsamen Aussendung bekannt gaben, habe man alle inhaltlichen Themenbereiche fertig ausverhandeln und sich auf ein gemeinsames Arbeitsprogramm für eine künftige Regierung einigen können.

Von Montag bis Mittwoch kommender Woche werden die Gespräche fortgesetzt, um die Frage der Ressortverteilung und die Festlegung von Spielregeln für die zukünftige Zusammenarbeit der drei Parteien klären. Im Falle eines positiven Verhandlungsabschlusses soll das ausdiskutierte "Gesamtpaket" bereits am Mittwochnachmittag der Öffentlichkeit vorgestellt werden.

Am Freitag, den 14. Juni, soll der Koalitionspakt dann laut Zeitplan formell unterzeichnet werden, die konstituierende Sitzung des Landtags mit der Wahl der neuen Landesregierung ist nach wie vor für Mittwoch, den 19. Juni, vorgesehen. Am Tag zuvor sollen sich die designierten Regierungsmitglieder noch einem Hearing im Landtag stellen. -

Keine inhaltlichen Punkte mehr offen

"Es sind keine inhaltlichen Punkte mehr offen. Das bedeutet, dass auch der in manchen Bereichen schwierige Interessensausgleich zwischen ökonomischen und ökologischen Interessen im voraussichtlichen Arbeitsprogramm gelungen ist", hieß es in der Aussendung. Der Entwurf des Arbeitsübereinkommens für die Jahre 2013 bis 2018 umfasse 22 Kapitel, das gesamte Programm folge Prinzipien der Nachhaltigkeit, der Energiewende, strebe die stärkere Einbindung der Bürger an und bekenne sich zur Neuordnung der Landesfinanzen mit dem Ziel, so rasch wie möglich ausgeglichen zu budgetierten.

Das Ergebnis der Koalitionsverhandlungen muss auch noch von den Gremien der einzelnen Parteien abgesegnet werden. Das Präsidium und der Vorstand der ÖVP Salzburg treffen am Mittwoch zusammen, der Landesausschuss der Grünen tagt ebenfalls am Mittwoch. Das offizielle Beschlussgremium der Grünen, die Landesversammlung, findet dann am Donnerstag statt. Der erweiterte Landesvorstand des Team Stronach tagt am Mittwoch. -

Wer in der Regierung sitzen wird

Inzwischen zeichnet sich auch schon die Zusammensetzung des zukünftigen Regierungsteams ab: Sollten ÖVP und Grüne je drei Regierungsmitglieder stellen, wird die ÖVP wohl neben Haslauer den Halleiner Bürgermeister Christian Stöckl und den Leiter der Agrarabteilung, Josef Schwaiger, nominieren. Astrid Rössler bestätigte, die Landesbedienstete Martina Berthold und den Anwalt Heinrich Schellhorn als ihre "Wunschkandidaten" für das Grüne Regierungsteam zu sehen. Und Hans Mayr vom Team Stronach betonte, dass er ebenfalls ein Regierungsressort übernehmen möchte und nicht das Amt des Landtagspräsidenten, wie spekuliert worden war. Falls Mayr tatsächlich Landesrat wird, dann müsse er "schweren Herzens", wie er betonte, sein Bürgermeisteramt in Goldegg (Pongau) am 20. Juni zurücklegen.

Jetzt wird in Salzburg die Macht verteilt

10.06.2013 - 20:06 Inhaltlich waren sie sich schnell einig. Doch jetzt kämpfen ÖVP, Grüne und Team Stronach um jeden Millimeter - denn es geht um die Aufteilung der Regierungsämter im Land.

Wilfried Haslauer wird Landeshauptmann. Vielleicht gibt er den Bereich Verkehr ab.

Christian Stöckl. Die Finanzen sind fix – was ist mit Landeskliniken und Personal? Christian Stöckl. Die Finanzen sind fix – was ist mit Landeskliniken und Personal? -

Josef Schwaiger ist Fixstarter bei der Landwirtschaft. Und bekommt wohl Zusatzjobs. Josef Schwaiger ist Fixstarter bei der Landwirtschaft. Und bekommt wohl Zusatzjobs.

Astrid Rössler. Naturschutz wird man ihr gönnen. Das Personalressort weniger. Astrid Rössler. Naturschutz wird man ihr gönnen. Das Personalressort weniger.

Heinrich Schellhorn sieht sich als Kulturpolitiker. Das Brauchtum ist aber ÖVP-Revier. Heinrich Schellhorn sieht sich als Kulturpolitiker. Das Brauchtum ist aber ÖVP-Revier.

Martina Berthold eignet sich für Soziales. Oder auch für Bildung und Jugend.

Martina Berthold

Die Neueinsteigerin ist im Sozial- und Gesundheitsbereich profiliert. Das Sozialressort plus Gesundheit samt Landeskliniken könnten für die Newcomerin aber eine Nummer zu groß sein. Sie kommt aber als Soziallandesrätin in Frage.

Hans Mayrs Teufelsritt ins Team Stronach: „Ich habe Himmel, Hölle und Fegefeuer durchgemacht, bevor ich mich entschieden habe.“

Fünf Wochen nach der Landtagswahl biegen die Koalitionsverhandlungen in die Zielgerade. Es geht darum, wie künftig die Macht im Land verteilt wird. Und da spießt es sich mehr als in den inhaltlichen Verhandlungen.

ÖVP, Grüne und Team Stronach dürften sich auf knapp zwei Drittel der Ressortverteilungen geeinigt haben. Der Rest gestalte sich aber ziemlich schwierig, hieß es. Die Rede ist von einem stundenlangen Tauziehen, einem Geben, Nehmen und Nachgeben.

Die drei Parteien müssen sich auch darauf einigen, wie sie zusammenarbeiten wollen. Es sieht danach aus, dass es nicht allzu viel wird mit koalitionsfreien Räumen und freier Meinungsbildung im Landtag. Und dass sich die Partner auf weitgehende Einstimmigkeit in der Regierung und Disziplin für die Mandatare einigen.

Auf Wilfried Haslauer kommen als Landeshauptmann zusätzliche Pflichten zu, vor allem in der Repräsentation. Daher wird er versuchen, das arbeitsintensive Ressort Verkehr loszuwerden. Am besten in Richtung Hans Mayr (Stronach). Seinen Kernbereich Wirtschaft und Tourismus dürfte Haslauer dagegen behalten wollen.

Astrid Rössler

Für die Grünen-Chefin sind Umwelt- und Naturschutz maßgeschneidert. Die Öko-Themen allein reichen für eine Landeshauptmann-Stellvertreterin aber nicht aus. Rössler hätte gerne das Personalressort - einer der großen möglichen Konfliktpunkte mit der ÖVP. Eventuell ist Rössler auch eine Kandidatin für das Verkehrsressort.

Christian Stöckl

Der bisherige Halleiner Bürgermeister ist als Finanzlandesrat so gut wie Fixstarter. Stöckl könnte aber auch die Verantwortung über die Landeskliniken dazu bekommen

- auch, weil Spitalsprobleme nicht mehr - wie bisher - auf drei verschiedene Landesräte aufgeteilt sein sollen. Das würde - theoretisch - auch dafür sprechen, dass Stöckl die Personalagenden mit übernimmt.

Josef Schwaiger

Schwaiger wird Agrarlandesrat für die ÖVP - ein Ressort, das die Volkspartei niemals aufgeben wird. Denkbar ist, dass Schwaiger noch Zusatzaufgaben übernimmt.

Heinrich Schellhorn

Der grüne Anwalt hat für Kultur und Volkskultur aufgezeigt. Dass die ÖVP den politisch gut vermarktbaren Einfluss auf Brauchtum und volkskulturelle Vereine aufgibt, ist aber nicht sehr wahrscheinlich.

Hans Mayr

Der einzige Team-Stronach-Mann wünscht sich Aufgaben in den Bereichen Tourismus, Wirtschaft, Gemeinden, Raumordnung und Wohnbau. Tourismus und Wirtschaft dürfte Haslauer nicht abgeben - sondern viel eher den Verkehr. Ob die beiden "Großen" Mayr die multimillionenschwere Wohnbauförderung vergönnen, ist allerdings unklar.

Brigitta Pallauf

Wird wohl Landtagspräsidentin. Bekommen die Grünen nur zwei, die ÖVP aber vier Regierungssitze, dürfte Pallauf an die Stelle der Grünen Martina Berthold treten.

Läuft alles nach Plan, soll der Koalitionspakt am Freitag unterzeichnet werden. Die konstituierende Sitzung des Landtags mit der Wahl der neuen Regierung ist für Mittwoch, 19. Juni, vorgesehen. Am Tag davor werden sich die designierten Regierungsmitglieder einem Hearing im Landtag stellen - eine Premiere in Salzburg.

Sollte die Einigung gelingen, müssen noch die Parteigremien das ausverhandelte Paket absegnen. In der ÖVP und im Team Stronach tagen diese am Mittwoch. Bei den Grünen beschäftigt sich der Landesausschuss ebenfalls am Mittwoch mit dem Thema, die Landesversammlung am Donnerstag.

10. Juni 2013,**Vom hungrigen Jungsozialisten zum satten Kapitalisten**

Das neue Leben des Alfred Gusenbauer als Berater: hier mit den Politikern Suleymanov und Aliyev aus Aserbaidschan.

Altkanzler Alfred Gusenbauer lud in Wien zu einer Konferenz über die Geopolitik von Aserbaidschan

Wien - Acht Dolmetscher scharren schon in ihren Boxen. Auch das rund 60- köpfige Auditorium, fast lauter Herren in dunklen Anzügen, wartet, längst gelabt mit Fingerfood, auf den Chairman. Zwölf Minuten Verspätung hat er, bevor er am Montagnachtmittag mit seiner Entourage aus Aserbaidschan den Saal im Kempinski, einem Nobelhotel in der Wiener Innenstadt, betritt: Alfred Gusenbauer, einst roter Kanzler, nun ganz Geschäftsmann und umstrittener Berater des kasachischen Präsidenten Nursultan Nasarbajew, hat zu einer Konferenz geladen, die sich ganz der " Geopolitik" einer anderen vormaligen sowjetischen Teilrepublik sowie " Europas Energiesicherheit" verschrieben hat. Unter anderen seine Gäste: Elkhan Suleymanov, regierungstreuer Parlamen-

tarier in Aserbaidschan und Natig Aliyev, Minister für Energie und Industrie der vorderasiatischen Präsidialrepublik.

Trotz Namensähnlichkeiten hat Letzterer nichts mit jener Causa Alijew zu tun, wegen der der Altkanzler nun - es gilt die Unschuldsvermutung - im Verdacht steht, das kasachische Regime mit vertraulichen Dokumenten versorgt zu haben.

Ehe Gusenbauers Runde auf dem Podium startet, ruft Florian Zangerl vom Industriemagazin Aserbaidschan noch schnell als "das neue Dubai" aus - eine Anspielung auf die riesigen Öl- und Gasschätze, auf denen das Land sitzt. Gusenbauer dagegen umreißt nur kurz und knapp "die Chancen und Möglichkeiten, die sich da für eine Kooperation ergeben könnten", ehe er den Herren neben ihm das Wort übergibt.

Aserbaidschans Minister hebt zu einer 20-minütigen Rede an. Immer wieder spielt Gusenbauer an seinem Handy herum, an seine Amtszeit erinnert der regelmäßige Griff zum Stofftaschentuch, mit dem er sich die Stirn trocknet. Auch während Aliyev erklärt, wie viele Trillionen an Kubikmetern Aserbaidschan an Erdgas noch heben könnte und wie viele Tonnen im Jahr es bereits fördert. "Wir wollen Geschäftsleute einladen, damit Sie sehen können, dass wir ordentlich arbeiten", sagt er und meint potenzielle Investoren.

Andere Zahlen erwähnt er an dieser Stelle nicht: etwa, dass in Aserbaidschans Gefängnissen 50 politische Gefangene, von Oppositionellen über Journalisten bis zu Bloggern, vermutet werden. Als wissbegieriger Juso-Chef hätte Gusenbauer einst Erklärungen verlangt, heute erteilt er einfach dem Nächsten das Wort.

10. Juni 2013, 16:00 **Hersteller: Grippemasken haben nichts mit Mensdorff zu tun !**

Rauch-Kallat klagte "Profil"-Prozess auf September vertagt

Wien - Am Montag ist am Wiener Handelsgericht der von Ex-Gesundheitsministerin Maria Rauch-Kallat (ÖVP) angestrengte Prozess gegen das Magazin "profil" wegen Verdächtigungen im Zusammenhang mit der Anschaffung von Grippemasken im Jahr 2006 weitergegangen. Der als Zeuge geladene Geschäftsführer von Dräger Safety, jenem Teil des Dräger-Konzerns, der die Masken geliefert hatte, gab bei seiner Einvernahme an, mit Rauch-Kallats Ehemann, dem Lobbyisten Alfons Mensdorff Pouilly, niemals in Kontakt gestanden zu sein. Der Prozess wurde zur weiteren Zeugeneinvernahme auf September vertagt.

Profil" hatte im Vorjahr berichtet, dass Mensdorff auf der Payroll eines vom Ministerium beauftragten Konzerns stand (und damit von der Beauftragung profitiert hätte). Rauch-Kallat hatte dem Magazin daraufhin Kreditschädigung und üble Nachrede vorgeworfen. Außerdem versicherte sie, mit ihrem Mann nie über den Deal gesprochen zu haben. Am Montag versicherte der Geschäftsführer der Dräger Safety, er kenne Mensdorff Pouilly nur aus den Medien. Er habe mit ihm keine Geschäfte ausgehandelt - "niemals". Leistungen erbracht habe Mensdorffs Firma hingegen sehr wohl für die Dräger Medical Gmbh, sagte der Geschäftsführer.

Hersteller: Mensdorff für anderen Unternehmensteil tätig

Das bestätigte auch der ebenfalls geladene ehemalige Prokurist der Medical-Sparte. Die Tätigkeit Mensdorffs habe aber schon lange vor der Zeit der Grippemasken-Beschaffung begonnen, führte der nunmehrige Pensionist aus. Der Lobbyist sei demnach zwischen 1998 und 2010 für die Medical-Sparte tätig gewesen, und zwar um Kontakte in den ehemaligen Warschauer-Pakt-Staaten

aufzubauen. Die Dräger Medical GmbH habe mit den Grippemasken jedenfalls nichts zu tun gehabt, diese Geschäfte hätte ausschließlich Dräger Safety inne gehabt, so der Ex-Prokurist. Beide Zeugen erklärten darüber hinaus Nachfrage, dass Dräger Medical und Dräger Safety stets streng getrennte Divisionen im Dräger-Konzern gewesen seien, die nichts miteinander zu tun gehabt hätten (womit die Tätigkeit Mensdorffs für Medical auch nicht bedeutet, dass er auch für Safety tätig gewesen ist - dies wäre laut den Zeugen auch gar nicht möglich gewesen). Seit 2002 sei die Dräger Safety auch eine eigene GmbH.

Dräger: Kein Geld an Mensdorff

Der Ex-Prokurist der Dräger Medical schloss dezidiert aus, dass Mensdorff im Zusammenhang mit den Grippemasken jemals Dräger Gelder oder Provisionen bekommen habe. Der ebenfalls als Zeuge geladene ehemalige Kabinettschef im Gesundheitsministerium, Clemens Martin Auer, sagte aus, er kenne zwar Mensdorff-Pouilly privat, habe mit ihm aber niemals über Geschäftliches geredet. Er selbst sei bei der Beschaffung der Grippeschutzmasken als Leiter der Sektion 1 eingebunden gewesen, "weil ich mit der finanziellen Seite der Aktion zu tun hatte". Für eine weitere Zeugenladung sorgte die Aussage des Geschäftsführers der Saftey-Sparte des Dräger Konzerns: Demnach war er von einem seiner Mitarbeiter auf das Vorhaben des Ministeriums aufmerksam gemacht worden - so sei der Kontakt zum Ministerium überhaupt erst zustande gekommen. Mit der Ladung dieses Mitarbeiters will der Anwalt des "profil" nun klären, ob dieser Mitarbeiter von Mensdorff kontaktiert worden ist.

Außerdem geladen werden soll der mittlerweile pensionierte Sektionschef Hubert Hrabcik, der laut Auer für die Aktion im Ministerium zuständig gewesen sei. **Und ebenfalls angedacht ist die Ladung des deutschen Konzern-Chefs Stefan Dräger. Der nächste Termin wurde für den 16. September (9 Uhr) festgelegt.**

10. Juni 2013, 17:32

Im Zentrum: Kein Fanclub

Frank Stronach brachte "Im Zentrum" vor allem seine Ansichten an den Mann, anstatt auf gestellte Fragen zu antworten.

Das Studiopublikum beklatschte ausgiebig Frank Stronachs populistische Aussagen

Sieben bis acht Prozent der Österreicher würden gerade Stronach wählen, zitierte Ingrid Thurnher eine Umfrage für den Kurier. Im Publikum von "Im Zentrum" schien ein wesentlicher Teil dieser sieben bis acht Prozent zu sitzen. Sein Applaus galt Sonntagabend stets, sein Lachen meist Österreichs ältestem Jungpolitiker – der seine Weisheiten meist Richtung Publikum deklamiert.

"Wer arbeiten will, soll arbeiten, wer daheimbleiben will, soll daheimbleiben." Klatschen. "In Niederösterreich muss man ein schwarzes Parteibuch haben, in Wien ein rotes." Klatschen. "Ich habe keine Probleme, die Gewerkschaft hat ein Problem gehabt." Lachen. "Ihr versteht's net." Klatschen. "Habt ihr eine private Spende gemacht?" – für Hochwasserhilfe. Klatschen. "Österreich ist überverwaltet." Klatschen. "Ich hab noch Schmutz unter den Fingernägeln gehabt." Klatschen. "Zu viele Funktionäre." Klatschen.

Könnte da ein Stronach-Fanclub im ORF-Zentrum Platz genommen haben? ORF-Sprecher Martin Biedermann verneint das: Karten gebe es unter http://tickets.orf.at. Zudem akquiriere die Firma Talk TV für den ORF Studiopublikum. Beide würden zu Beginn der Woche fixiert. – "Zu einem Zeitpunkt also, der lange vor der Festlegung auf ein bestimmtes Thema liegt, die üblicherweise Mittwochabend beziehungsweise Donnerstagvormittag stattfindet. Das Thema wird erst Freitagnachmittag veröffentlicht. Daher kein Fanclub, weder von Stronach noch von sonst wem, weder gestern noch in anderen Im Zentrum-Sendungen."

"Sie merken, dass sie mit populistischen Ansagen Applaus bekommen", erklärte Thurnher das Phänomen.

10.06.2013, 21:28 # Hypo gefährdet Österreichs Bonität. Eine Bad Bank könnte Triple A weiter gefährden. Es bleibt die vage Hoffnung, dass heimische Banken einspringen.

Soll ein Teil der „schlechten“ Veranlagungen der Hypo Alpe-Adria in eine „Bad Bank“ ausgelagert werden? Oder lässt das die Staatsschulden explodieren? Befürworter (wie Ex-Aufsichtsratschef Johannes Ditz) finden, dass die Bank nur so gerettet werden kann. Gegner (wozu auch Finanzministerin Maria Fekter zählt) glauben hingegen, dass dies das heimische Triple-A-Rating weiter gefährden könnte. Standard & Poors hat es Österreich ja bereits aberkannt – dank des Konsolidierungskurses den Ausblick aber auf „stabil“ gestellt. Eine Bad Bank würde die Staatsschuldenquote wieder auf über 80 Prozent erhöhen. Derzeit liegt Österreich bei 74, es waren aber schon 78 Prozent.

Abtauschgeschäft?

Gibt es Alternativen? Eine Möglichkeit wäre, die Großbanken zu zwingen, einen Teil der Hypo-„Bad Bank“ zu übernehmen. Steigen die Banken mit mehr als 50 Prozent ein, ist das Konstrukt nicht budgetwirksam. Dafür spricht sich zum Beispiel Hannes Androsch, Chef der Banken-Staatsholding Fimbag, aus. Die Regierung könnte Druck auf die Großbanken machen, weil diese ja selbst Staatshilfe bezogen haben. Die Banken lehnen (noch) strikt ab. Argument: Wie soll man das den – teils ausländischen – Aktionären erklären? Um die Banken zu locken, steht als Idee im Raum, den abgezinsten Barwert der Bankenabgabe für die nächsten zwei, drei Jahre gegen die Beteiligung an der Bad Bank abzutauschen. Diese Gespräche müssen freilich auf höchster Ebene geführt werden. Es ist nicht ausgeschlossen, dass die Hypo-Hinterlassenschaft in ein paar Jahren einen gewissen Wert hat. Den würden sich die Banken, die ja auch das Risiko tragen, dann teilen.
Die Finanzministerin selbst ist zwischen alle Fronten geraten, mittlerweile wird gemunkelt, dass ihr Vizekanzler Michael Spindelegger die Agenden für die Hypo abgenommen hat. Fekter selbst schweigt zu den Gerüchten, in der ÖVP werden sie dementiert und als Finte der Sozialdemokraten abgetan. Bei den Schwarzen herrscht zwar Kritik an Fekters herrischer Art – doch man weiß, dass sie auch treue Fans unter den Wählern hat. Daher gilt es als ausgeschlossen, dass sie noch vor dem Herbst ausgewechselt wird.

Experten uneinig

Die ÖVP dementiert, dass der Vizekanzler den Handlungsspielraum der Finanzministerin einschränkt – Ob es über die Hypo Alpe-Adria noch vor den Wahlen eine Entscheidung gibt, ist hingegen unklar.

Wobei einige Experten glauben, dass eine Bad Bank zwar statistisch die Staatsschuldenquote hinauftreibt, nicht aber die Zinsen für die Republik. „Die Ratingagenturen wissen ganz genau über den Abbauteil in der Hypo Bescheid. Da die Bank in Staatsbesitz ist, wird dieser Teil ohnehin der Republik zugerechnet. Die Bad Bank müsste man als budgetären Sondereffekt argumentieren“, meint ein Insider, „dann hätte das vermutlich keine Auswirkungen auf die Finanzmärkte“. Bleibt der Abbauteil aber in der Bank, würden weitere Kapitalerhöhungen oder Verlustabdeckungen direkt budgetwirksam. Dann müssten die Steuerzahler zu den bereits geflossenen 2,2 Milliarden Euro heuer noch eine Milliarde zusätzlich für die Hypo zahlen, da sich der Abbauteil erhöhen wird (*siehe unten)*. Manche Budgetexperten meinen, dass streng genommen der Abbauteil jetzt schon der Staatsschuld zuzurechnen sei.

Was eine Bad Bank auf alle Fälle erschwert: Laut Verstaatlichungsvertrag mit dem vormaligen Hypo-Mehrheitseigentümer BayernLB müssten die Deutschen einer Bad Bank zustimmen. Außerdem müsste die Bank bzw. Österreich die Milliardenkredite, um die derzeit mit den Bayern heftig gestritten wird, zurückzahlen.

Die Protagonisten im Hypo-Krimi Das Who's who im Hypo-Krimi

Bad Bank - Hypo: Karas und Liebscher mögliche Chefverhandler Ein neues Chefverhandler-Team soll die Gespräche mit Brüssel über die Hypo-Alpe-Adria leiten.

Ausgliederung: Bank muss den Abbauteil aufstocken

Bei den Verhandlungen mit der EU über eine Fristverlängerung für die Abwicklung der Hypo Alpe-Adria ist jetzt schon klar, dass der Abbauteil der Bank vergrößert werden muss. Das ist jener Teil des Bankgeschäftes, der nicht verkauft werden kann und der unter dem Dach der Bank in einer eigenen Organisation, der Heta Asset Resolution, zusammengefasst ist.
EU-Wettbewerbskommissar Almunia wollte den Abbauteil im März von derzeit 11,7 auf 18 Milliarden Euro erhöhen, was einer Relation zwischen Krediten und Einlagen von eins zu eins entsprochen hätte. Das wäre für die Bank, deren Kredite doppelt so hoch sind wie die Einlagen, katastrophal gewesen. Derzeit wird um eine Größenordnung zwischen 14 und 16 Milliarden Euro verhandelt. Vom Abbauteil entfallen knapp zwei Drittel auf faule Kredite. Der Rest verteilt sich auf stillgelegtes Leasing-Geschäft in der Ukraine, Bulgarien, Ungarn und Deutschland sowie mobile Assets wie Autos, Boote und Kräne. Kann dieses derzeit nicht verkäufliche Portfolio aus der Bank ausgegliedert werden, hätte die Hypo vermutlich keinen zusätzlichen Kapitalbedarf mehr. Die bisherigen Kapitalerhöhungen waren großteils wegen dieser Altlasten erforderlich.

11.06.2013, **Schlagabtausch um Millionärssteuer. SPÖ fühlt sich in ihrer Forderung bestätigt, ÖVP warnt vor Mittelstandssteuer**

Die SPÖ sieht in einer Umfrage den Beleg dafür, dass sie mit ihrem Ruf nach Vermögenssteuern richtig liegt. Die ÖVP warnt hingegen weiterhin vor einer Belastung des Mittelstandes.

Ausgangspunkt ist eine OGM-Umfrage, die der KURIER am Montag veröffentlicht hat. Nur 23 Prozent gaben an, gegen eine Vermögenssteuer zu sein. 29 Prozent meinen, Vermögen solle ab einer Höhe von 500.000 Euro besteuert werden. 18 Prozent würden die Grenze bei 700.000 Euro ansetzen, 24 Prozent bei einer Million.

„Wir fühlen uns durch die Umfrage in unserer Forderung nach einer Millionärssteuer bestätigt“, sagt SPÖ-Finanzstaatssekretär Andreas Schieder. Bundesgeschäftsführer Norbert Darabos ergänzt: „Auch für die Bevölkerung ist es offensichtlich eine Sache der Gerechtigkeit und Fairness, dass die Millionäre und Reichen in Österreich auch mehr beitragen sollen.“ Die SPÖ plädiert dafür, Vermögen und Erbschaften über einer Million Euro zu besteuern.

Das nimmt die ÖVP ihr nicht ab. „Die SPÖ strapaziert zwar den Begriff ‚Millionärssteuer‘, abkassiert wird sie dann jedoch vom Mittelstand“, meint Wirtschaftsbund-General Peter Haubner.

Darabos kontert: „Die Menschen wissen genau, wer zum Mittelstand gehört. Jene, die ein Vermögen über einer Million Euro haben, sicher nicht.“ Betroffen wäre laut SPÖ rund ein Prozent der Bevölkerung, also 78.000 Super-Reiche, deren Vermögen im Vorjahr um zehn Prozent auf geschätzte 245 Milliarden Euro angestiegen sei.

Haubner entgegnet, dass der Gewerkschaftsbund (ÖGB) andere Einkommensgrenzen nennt. Der ÖGB plädiert für eine Vermögenssteuer ab 700.000 Euro und eine Erbschaftssteuer ab einem Wert von 150.000 Euro.

10.06.2013, 23:00 **Neuauflage im Tierschützerprozess. Erneut Anklage gegen fünf von 13 Aktivisten. Martin Balluch ist "entsetzt".**

Der Tierschützer-Prozess wird für fünf Aktivisten zur unendlichen Geschichte. Erst am Sonntag strahlte der *ORF* mit dem Film „Der Prozess“ eine aufwühlende Doku über das umstrittene Verfahren aus. Montagnachmittag gab das Oberlandesgericht Wien (OLG) bekannt, dass es für fünf der 13 Aktivisten ein neues Verfahren geben wird.
Der Hauptvorwurf, die Bildung einer kriminellen Organisation („Mafia-Paragraf“), ist für alle 13 vom Tisch. Allerdings berief der im Verfahren wenig erfolgreiche Staatsanwalt – mittlerweile erster Ankläger des Landesgerichts – gegen fünf Freisprüche in mehreren Punkten. Das OLG gab ihm nun Recht und ordnete einen neuen Prozess in erster Instanz an. Um welche Vorwürfe geht es konkret? Dazu gehören (versuchte) Nötigung, Sachbeschädigung, Tierquälerei und Widerstand gegen die Staatsgewalt.

Rückblende

Jahrelang ermittelte eine eigene Soko. Tierschützer saßen in U-Haft. 14 Monate dauerte der Prozess, der gravierende Ermittlungspannen aufdeckte und im Mai 2011 mit 13 nicht rechtskräftigen Freisprüchen endete.
Für Jürgen Faulmann heißt es zurück an den Start. Was war sein erster Gedanke? „Positiv.“ Weshalb dies? Der Senat III. im OLG habe in der Causa immer gegen die Eingaben der Tierschützer entschieden und hätte auch einen Schuldspruch fällen können. „Jetzt haben wir die Chance, den Wahrheitsbeweis anzutreten.“ Was war sein zweiter Gedanke? „Das wird mühsam. Psychisch, physisch und finanziell.“
„Entsetzt“ reagierte Martin Balluch, einer der rechtskräftig Freigesprochenen, auf den OLG-Entscheid. Der Obmann des Vereins gegen Tierfabriken hält den Vorwurf der Nötigung für derart absurd, dass er in diesem Punkt eine Selbstanzeige erstatten will. Ein Beispiel dafür: Gegenüber einem Textilriesen, der Pelze vertrieb, kündigten die Aktivisten (angemeldete) Kundgebungen an, sofern er die Ware nicht aus dem Sortiment nehme. Balluch: „Das ist unsere Pflicht.“ Für den Staatsanwalt ist es Nötigung, das OLG befand, dass das Erstgericht sich nicht ausreichend mit den belastenden Beweisen auseinandergesetzt habe.
Das Verfahren verschlang Millionen. Für die Aktivisten war es ruinös. Erste Regressforderungen wurden eingebracht. Balluchs Anwalt fordert etwa 1,1 Millionen Euro für seinen Mandanten.

Reform?

Am Zug ist nun auch Justizministerin Beatrix Karl (VP). Sie zögerte die Reform des „Mafia-Paragrafen“ mit der Begründung hinaus, den OLG-Entscheid abwarten zu wollen. Der Paragraf soll so entschärft werden, dass er nur mehr auf kriminelle Organisationen angewendet werden kann.

Chronologie

In der Causa Tierschützer wurden 2006 Ermittlungen aufgenommen, 2008 gab es Hausdurchsuchungen und Festnahmen, 2010 startete der 14-monatige Monsterprozess am Landesgericht Wiener Neustadt und im Frühjahr 2011 erfolgten die Freisprüche für 13 Tierschützer wegen Beteiligung an einer kriminellen Organisation. Nun wurde vom Oberlandesgericht Wien ein Teil der Freisprüche aufgehoben.

Chronologie des Verfahrens:

21. Mai 2008 - Nach laut den Behörden "mehrjährigen Ermittlungen" werden bei Tierschützern in ganz Österreich Hausdurchsuchungen durchgeführt. Zehn Personen kommen in Untersuchungshaft. Ihnen werden "zahlreiche Brandstiftungen, Gasanschläge und andere schwere Sabotageakte auf Lebensmittelkonzerne, Bekleidungshandelsketten, pharmazeutische Unternehmen, Produzenten landwirtschaftlicher Produkte und jagdliche Einrichtungen" vorgeworfen. Die Beschuldigten seien zudem "verdächtig, radikale Mitglieder einer militanten, unter mehreren Pseudonymen verdeckt auftretenden und international vernetzten Personengruppe zu sein".
13. August 2008 - "Mangels Haftgründen" wird ein Tierschützer aus der Untersuchungshaft entlassen.
2. September 2008 - Nach mehr als 100 Tagen werden auch die restlichen Aktivisten enthaftet. Eine Verlängerung der U-Haft wäre im Hinblick auf das "Ausmaß der realistischerweise zu erwartenden, unmittelbar zu vollziehenden Strafen" wohl "unverhältnismäßig", heißt es in einer Presseerklärung.
11. August 2009 - Die Staatsanwaltschaft Wiener Neustadt hat einen Strafantrag gegen zehn Tierschützer fertiggestellt. Er umfasst rund 200 Seiten und enthält auch den zentralen Vorwurf der Bildung einer kriminellen Organisation nach dem sogenannten Mafia-Paragrafen 278a Strafgesetzbuch (StGB).
1. Februar 2010 - Die Anklage wird von der Staatsanwaltschaft ausgeweitet. Vor Gericht müssen sich nun 13 Aktivisten verantworten, sechs davon ausschließlich nach Paragraf 278a StGB, sieben weitere u.a. wegen Nötigung und Sachbeschädigung.
2. März 2010 - Der von Kundgebungen begleitete Prozess am Landesgericht Wiener Neustadt beginnt unter großem Medien- und Publikumsinteresse. Vorerst sind 34 Verhandlungstage bis 17. Juni 2010 angesetzt - 88 wurden es schlussendlich.
18. November 2010 - Es wird bekannt, dass eine verdeckte Ermittlerin unter dem Decknamen "Danielle Durand" über ein Jahr lang in den Verein gegen Tierfabriken (VGT) eingeschleust in der Tierschutzszene ermittelt hat. Sie sagt im Dezember und Jänner als Zeugin vor Gericht aus.
31. März 2011 - Mit 15 Stunden Verhandlung ohne längere Pausen geht dieser Prozesstag als der längste in die Geschichte des Verfahrens ein. Er endet erst um 0.11 Uhr.
1. April 2011 - Das Beweisverfahren wird abgeschlossen, zehn Stunden Schlussplädoyers folgen.
2. Mai 2011 - Der Urteilstag: Die Beschuldigten werden von sämtlichen Vorwürfen freigesprochen, die Richterin übt harsche Kritik an der Soko Bekleidung.
3. Mai 2011 - Die Staatsanwaltschaft ist mit dem Urteil nicht einverstanden und meldet Berufung wegen Nichtigkeit und Schuld an. "Die Urteilsbegründung ist aus unserer Sicht in vielen Punkten nicht nachvollziehbar gewesen", heißt es.
Anfang Februar 2012 - Das schriftliche Urteil ist ausgefertigt. Die Anklagebehörde hat bis Ende Juni Zeit, um über die Durchführung der Berufung zu entscheiden.
5. Juni 2012 - Die Staatsanwaltschaft Wien stellt ein wegen Falschaussage laufendes Verfahren gegen den damaligen Chef der Soko Bekleidung, Erich Zwettler, ein. Der Erstangeklagte Martin Balluch, Obmann des VGT, hatte gegen den amtierenden Chef des Wiener Landesamts für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (LVT) Anzeige erstattet.
29. Juni 2012 - Der im Mai 2011 erfolgte Freispruch der angeklagten Tierschützer vom Vorwurf des Mafia-Paragrafen 278a StGB ist rechtskräftig. Das Justizministerium kündigt eine Reform des umstrittenen Paragrafen an.
20. Juli 2012 - VGT-Obmann Balluch zeigt Spitzenbeamte des Bundesamts für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (BVT) und des Wiener Landesamts (LVT) wegen übler

Nachrede, Verleumdung und Amtsmissbrauchs an. Seine Begründung: Trotz des rechtskräftigen Freispruchs werden die Anschuldigungen im Verfassungsschutzbericht 2012 wiederholt.
27. August 2012 - Das Wiener Straflandesgericht lehnt weitere Ermittlungen gegen die Polizei-Sonderkommission ab.
2. Oktober 2012 - Fünf der 13 im Tierschützer-Prozess ehemals Angeklagten übermitteln dem Oberlandesgericht Wien (OLG) ihre Gegenäußerungen zur Berufung. Die Staatsanwaltschaft hatte nach dem Urteil im Mai 2011 zwar nicht im wesentlichen Anklagepunkt berufen, wohl aber gegen die Freisprüche wegen schwerer Nötigung, Sachbeschädigung, Widerstands gegen die Staatsgewalt und Tierquälerei. Nun ist das OLG am Zug - und das Warten auf einen Ausgang des mittlerweile vier Jahre dauernden Verfahrens geht für die fünf Beschuldigten weiter.
10. Juni 2013 - Das Oberlandesgericht (OLG) Wien hebt einen Teil der Freisprüche auf. Nicht rechtskräftig werden die Freisprüche von fünf Beschuldigten in Bezug auf Nötigung und versuchte Nötigung, Sachbeschädigung, Sachbeschädigung und Tierquälerei sowie Widerstand gegen die Staatsgewalt. Das Landesgericht Wiener Neustadt werde über diese Anklagepunkte eine neue Hauptverhandlung durchzuführen haben.

Untreue? RH kritisiert Fonds von Innenministerium

11.06.2013 **Der Stadterweiterungsfonds soll 916.000 Euro aus öffentlichen Mitteln als Spenden verteilt haben - und missachtete dabei die Satzung des Fonds. Ermittlungen könnten folgen. Das Ministerium weist die Vorwürfe zurück.**

Der Rechnungshof (RH) erhebt in seinem aktuellen Bericht zum Wiener Stadterweiterungsfonds schwere Vorwürfe gegen **VP-Innenministerin Johanna Mikl-Leitner** sowie drei der höchsten Verantwortlichen im Ministerium. Es geht um den Vorwurf der Untreue. Denn der Fonds, der dem Ministerium unterstellt war, hat laut Rechnungshof **mehrere hunderttausend Euro aus öffentlichen Mitteln als Spenden verteilt.** Das berichtete

Auf der Österreichischen Crowdinvesting-Plattform CONDA.at können Sie sich bereits mit 100 Euro an der innovativen App „Evntogram“ beteiligen und sind damit am Gewinn und Unternehmenswert beteiligt.
Weitere Informationen »

"916.000 Euro wurden satzungswidrig für karitative, wissenschaftliche und religiöse Zwecke gespendet", heißt es in dem RH-Bericht. In einer Auflistung finden sich unter anderem die Renovierung von drei katholischen Kirchen, 250.000 Euro für eine Diözese und 30.000 für eine kirchliche Kommission. Dabei war die eigentliche Aufgabe des Fonds laut Rechnungshof nicht Spendentätigkeit, sondern die Erweiterung und bauliche Verschönerung der Inneren Stadt.

>>> Zum Rechnungshofbericht

Der Fonds hätte somit etwa für die Sanierung des Parlaments spenden können, wird festgehalten. Stattdessen seien öffentliche Mittel unter anderem ins Ausland geflossen: "Mit rd. 330.000 EUR unterstützte der Stadterweiterungsfonds Institutionen im Ausland, u.a. eine katholische Universität in Rom, und ausländische Projekte, u.a. ein Kinderdorf in der Ukraine", ist zu lesen.

Laut Ö1 wurden in Summe 3,8 Millionen Euro teils satzungskonform gespendet - auch an Einrichtungen des Innenministeriums. Das Geld stammte großteils aus dem umstrittenen Verkauf des Eislaufplatzes beim Wiener Heumarkt. Besonders kritisiert der Rechnungshof auch, dass im Bereich Wissenschaft ein privater Verein, konkret das "Austro-American Institute of Education" 100.000 Euro erhalten hat. Pikant: Der Geschäftsführer des Fonds war **ehrenamtlicher Obmann** jenes Vereins.

Innenministerium weist Vorwürfe zurück

Das Innenministerium wies die Vorwürfe am Dienstag gegenüber Ö1 zurück. Die Argumentation: Der Zweck des Fonds könne auch "gesellschaftlich" gesehen werden. In diesem Sinne seien die getätigten Spenden als ein Beitrag zu sozialem Frieden und Gemeinnützigkeit zu verstehen. Sektionschef Matthias Vogl hielt zudem fest, dass auch evangelische und jüdische Einrichtungen unterstützt worden seien. Ex-Fonds-Geschäftsführer Alexander Janda sagte, **alle Spenden seien einstimmig im Fonds-Kuratorium beschlossen** worden.

Auffällig dabei: In jenem Kuratorium saßen Mikl-Leitners stellvertretender Kabinettschef Karl Hutter, die Sektionschefs Franz Einzinger und Vogl sowie Janda. Sie erhielten im Vorjahr von der Ministerin die päpstliche Auszeichnung, weil sie als Verantwortliche des Fonds viele Projekte der katholischen Kirche ermöglicht hatten (>> mehr dazu).

Anonyme Anzeige

Der Bericht des Rechnungshofes wurde der Staatsanwaltschaft geschickt. Ö1 will zudem eine anonyme **Anzeige an die Korruptionsstaatsanwaltschaft** zugespielt bekommen haben,welche letztere **an die Staatsanwaltschaft Wien weitergeleitet** hat.

Fekter: "Der Norden füttert den Süden durch"

11.06.2013 | 07:54 Euroländer im Süden müssten endlich "die richtigen Dinge" tun, um Wachstum zu generieren, so die ÖVP-Finanzministerin bei einer Tagung.

"Der Norden füttert den Süden durch" in Europa. Das sei das gleiche Schema, "wie es uns Italien seit Jahrzehnten vorgezeigt hat", sagte Finanzministerin Maria Fekter (ÖVP) am Montagabend im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Tagung in Wien. Der Norden sei hoch produktiv, habe sehr erfolgreiche Unternehmen. Die Länder im Süden der Eurozone müssten endlich Reformen durchziehen und "die richtigen Dinge" tun, um Wachstum zu generieren.

Die öffentliche Hand könne sparen und zugleich Wachstum schaffen, beteuerte die Finanzministerin und verwies als Beispiel auf das Pensionssystem. Sie müsse jedes Jahr über eine Milliarden Euro für Frühpensionisten ausgeben. Wenn man die Menschen motiviere länger zu arbeiten, könne man sparen, ohne die Konjunktur zu bremsen, so Fekter und erinnerte daran, dass Österreich heuer einen Primärüberschuss erwirtschaften wolle.

Hypo: "Derzeit gibt es nichts zu sagen"

Zur notverstaatlichten Hypo Alpe Adria gebe es hingegen derzeit nichts zu sagen, darum habe sie sich zuletzt nicht mehr zu dem Thema geäußert. Über die Bank seien Horrorzahlen im Umlauf, man mache sich aber keine Gedanken, was man mit solchen Zahlen alles zerstöre. Auch im Vorjahr sei von drei Milliarden Euro an Verlusten die Rede gewesen, dann sei es ein Abgang von 400 bis 500 Mio. Euro geworden. Derzeit laufen Gespräche mit der EU-Kommission, aber man sollte keine Horrorzahlen kolportieren, "denn sie werden sich nicht bewahrheiten", so die Finanzministerin.

Der neue Aufsichtsratschef Klaus Liebscher meinte unterdessen, er habe von Fekter in Hinblick auf die Gründung einer Bad Bank "konstruktive" Signale erhalten

Dienstag, 11. Juni 2013

BayernLB streicht Hypo Kredite

Reaktion auf Rechtsstreit um Milliarden-Darlehen - Bank beharrt auf positiver Bilanz

Im Streit um die Rückzahlung von Milliardendarlehen zwischen der Kärntner Hypo und ihrer Ex-Konzernmutter BayernLB hat die Münchner Bank gravierende Maßnahmen ergriffen. Die BayernLB streicht ihrer früheren Tochter rund eine Milliarde Euro an offenen, aber bis dato nicht in Anspruch genommenen Kreditlinien. Dies ist die Reaktion darauf, dass die Hypo rund 2,4 Milliarden Euro aus bereits ausgezahlten Darlehen mit der Begründung einbehält, dass diese in einer Krisensituation von einer damaligen Miteigentümerin gewährt worden seien und deshalb nicht als Kredit, sondern als Eigenkapital zu betrachten wären.

Die BayernLB hat nach der Hypo-Entscheidung, die Gelder vorerst einzubehalten, im vergangenen Dezember Klage beim Landgericht München eingebracht. Damals haben die Münchner auch begehrt, das Gericht möge feststellen, dass sie nicht zur Auszahlung von sieben gewährten aber von der Hypo nicht abgerufenen Darlehen verpflichtet seien. Ein BayernLB-Sprecher erklärt nun auf Nachfrage: „Die in der Feststellungsklage noch aufgeführten Kreditzusagen sind nicht mehr relevant. Sie sind teilweise wegen Ablauf des Zusagezeitraums weggefallen und im Übrigen gestrichen und ausgebucht worden.“
NEWS-Informationen zufolge hätte die Hypo zwei der sieben Kreditlinien bei Bedarf nur bis Ende 2012 in Anspruch nehmen können. Diese dürften ungenutzt ausgelaufen sein, wobei es um insgesamt 500 Millionen Euro geht. Die

restlichen fünf Darlehen über knapp 980 Millionen Euro dürften somit von den Bayern einseitig gestrichen worden sein.

„Stabile Liquiditätslage“

Seitens der Hypo erklärt man das Nicht-Abrufen der Kreditlinien damit, dass die Kärntner Bank auch so eine „stabile Liquiditätslage“ aufweise. Nichtsdestoweniger gehe man davon aus, dass die Kreditvereinbarungen gültig seien und die BayernLB ihre Zusagen einhalten würde. Würde die Hypo die Kredite abrufen, würde man diese – anders als die einbehaltenen Darlehen – auch ganz normal bedienen, da die BayernLB bei der Auszahlung nicht mehr Eigentümerin der Hypo wäre.

Im Streit um die von der Hypo einbehaltenen Darlehen liegt die Erwiderung der Kärntner Bank nun dem Gericht in München vor. NEWS-Informationen zufolge führt die Hypo ins Treffen, dass in den Jahren 2007 bis 2009 Kredite und Beteiligungen in den Bilanzen zu hoch bewertet worden seien. Die Bank verweist auf 21 ausgewählte Fälle. Aus diesen heraus hätte sich zum 31. Dezember 2007 eine Überbewertung von rund 520 Millionen Euro und zum 31. Dezember 2008 von rund 699 Millionen Euro ergeben. Rechnet man die Überbewertung von Beteiligungen dazu, käme man Ende 2008 auf 920 Millionen Euro. Dieses berichtet auch die „Süddeutsche Zeitung“.

Bank beharrt auf korrekter Bilanz

Die Bank verweist vor Gericht darauf, dass bei korrekter Bilanzierung die Hypo von Jänner bis November 2008 sowie im Dezember 2009 die gesetzlich gefor-derte Eigenkapitalquote von acht Prozent nicht erreicht hätte. CSI-Hypo-Chef Georg Krakow: „Die Bank sieht sich durch die Überprüfung in ihrer Rechts-ansicht bestärkt. Es handelt sich bei den Geldzuflüssen der BayernLB an die HBInt. Aus den Jahren 2008 und 2009 nicht um fremdübliche Kredite, sondern um eigenkapitalersetzende Maß-nahmen des damaligen Mehrheitseigen-tümers.“

Seitens der BayernLB bleibt man allerdings dabei, dass „eine Einstufung der Darlehen als eigenkapitalersetzende Darlehen nicht gegeben ist“. Aus den – von Wirtschaftsprüfern bestätigten – Jahresabschlüssen der Hypo ergebe sich, dass die Eigen-mittelvorgaben während der BayernLB-Finanzierungen nicht nur eingehalten, sondern überschritten worden seien. Für Wertbe-richtigungen – etwa bei Krediten oder Beteiligungen – wäre außerdem der Vorstand verantwortlich und nicht der Eigentümer

Salzburgs neue Landesregierung stellt sich vor

12.06.2013 - 17:36 |ÖVP, Grüne, Team Stronach: Die neue Landesregierung hat sich am Mittwoch präsentiert. Dem neuen Landeshauptmann Wilfried Haslauer stehen Astrid Rössler und Christian Stöckl als Stellvertreter zur Seite.

Die neue Landesregierung steht: Heinrich Schellhorn (Grüne), Josef Schwaiger (ÖVP), Grüne Landessprecherin Astrid Rössler, ÖVP-Landesobmann Wilfried Haslauer, Team Stronach - Landesobmann Hans Mayr, Martina Berthold (Grüne), Christian Stöckl (ÖVP) (v.l.).

> Die neuen Regierungsmitglieder im Kurzporträt

Stöckl übernimmt Finanzressort

Geeinigt haben sich ÖVP, Grüne und das Team Stronach am Mittwoch auch auf die Verteilung der Ressorts in der neuen Salzburger Landesregierung. Der designierte Landeshauptmann **Wilfried Haslauer** (V) wird dabei die Ressorts Wirtschaft, Tourismus und Gemeinden behalten, die er schon bisher betreut hat. Dazu stoßen neu Themen wie Arbeitsmarkt, Bildung und die in der Landesamtsdirektion - also direkt am Landeshauptmann - angesiedelten Bereiche wie Innere Dienste, Feuerwehrwesen und Sicherheit, Informatik, Präsidialangelegenheiten und Europa.

Erste Landeshauptmann-Stellvertreterin wird die bisherige Grüne Landessprecherin **Astrid Rössler**, sie bekommt ein "Nachhaltigkeitsressort" bestehend aus Umwelt-, Natur- und Gewässerschutz, Gewerbeangelegenheiten sowie Raumordnung und Baurecht.
Christian Stöckl (V) wird sein Amt als Bürgermeister von Hallein niederlegen und als zweiter LHStv. neben dem Finanzressort (inklusive Liegenschafts- und Beteiligungsverwaltung) das Gesundheits- und Spitalswesen inklusive der Landeskliniken übernehmen.
Der ehemalige ÖVP-Bürgermeister **Hans Mayr** vom Team Stronach übernimmt die großen Ressorts Wohnen, Verkehr und Infrastruktur.

Der grüne Quereinsteiger **Heinrich Schellhorn** wird für die Sozial- und Pflegeangelegenheiten im Land zuständig sein. Zusätzlich bekommt der Rechtsanwalt die Kultur, wo sich erstmals alle Agenden in einem Ressort vereinen. Damit kommen auch Volkskultur und Museen in eine Hand, die bisher auf drei verschiedene Ressorts aufgeteilt waren.

Landwirtschaft bleibt in schwarzer Hand

Das Agrar-Ressort, das als Ressort "Lebensgrundlagen" auch die Forst- und Wasserwirtschaft beinhaltet, bleibt in schwarzer Hand: **Josef Schwaiger** (V) wird zudem für die Landesbediensteten als Personalreferent verantwortlich sein.
Martina Berthold (Grüne) übernimmt die Bereiche Kinderbetreuung, Erwachsenenbildung, Universitäten, Forschung und Wissenschaft. Darüber hinaus soll sie für Jugend, Familie, Generationen, Integration und Migrationen, den Sport, Frauen und Chancengleichheit verantwortlich zeichnen.
Erste Landtagspräsidentin wird **Brigitta Pallauf** (ÖVP), die Funktion des zweiten Landtagspräsidenten soll laut dem Arbeitsübereinkommen der Opposition zustehen, sofern sich diese auf einen gemeinsamen Kandidaten einigen kann.
Kern der Regierungsarbeit werde sein, die Finanzen wieder auf Vordermann zu bringen, erklärte Haslauer. Zudem nannte er Nachhaltigkeit, Vollbeschäftigung, leistbares Leben, soziale Gerechtigkeit, Bildung und eine moderne Verwaltung als Ziele. Ein Arbeitsübereinkommen wurde beschlossen, es gebe keine Nebenabsprachen der einzelnen Parteien. 73 Seiten umfasse das Dokument, das heute finalisiert wurde. Es muss nun in den verschiedenen Parteigremien unterzeichnet werden.

SPÖ kritisiert Ressortverteilung

Die beiden künftigen Oppositionsparteien im Salzburger Landtag haben am Nachmittag kurz Stellung zu der am Mittwoch präsentierten Dreierkoalition aus ÖVP, Grünen und Team Stronach genommen. SPÖ-Vorsitzender Walter Steidl sprach in einer Aussendung von einer "Quasi-ÖVP-Alleinregierung". Laut Steidl habe die ÖVP unter Haslauer mit ihrem Machtdenken in den Koalitionsverhandlungen die Grünen überrannt und eine sinnvolle Aufteilung der Ressorts verhindert. "Die Einschätzung der SPÖ hat sich bewahrheitet. Die zentralen Ressorts wie Wirtschaft, Tourismus, Gemeinden, Arbeitsmarkt, Personal, Landwirtschaft und Finanzen sind allesamt in schwarzer Hand", so der SPÖ-Parteivorsitzende, der sich "erschrocken" über das Zusammenlegen der Bereiche Wirtschaft und Arbeit in eine Hand zeigte.
Deutlich nüchterner sah das Verhandlungsergebnis heute der Salzburger FPÖ-Chef Karl Schnell: "Nun wurde die Machtaufteilung vollzogen und das besiegelt, was bereits vor der Wahl feststand." Der anfängliche Wunsch der Grünen, dass die SPÖ in der Koalition vertreten sein sollte, bewertete der Salzburger FPÖ-Chef als "taktisches Geplänkel".

Koalition ab nächster Woche offiziell

Offiziell gewählt und auf die Landesverfassung angelobt wird die neue Regierung bei der nächsten Landtagssitzung am kommenden Mittwoch, den 19. Juni. Am Tag zuvor werden sich die neuen Regierungsmitglieder nach einer nun umgesetzten Forderung der Grünen einem freiwilligen Hearing stellen, ein Novum in einem österreichischem Bundesland.

Die Parteigremien der drei neuen Regierungspartner müssen zuvor aber noch die Entscheid-ung ihrer Verhandler offiziell absegnen. Bei der ÖVP (das Parteipräsidium tagt am Mittwoch ab 17.30 Uhr, der Parteivorstand ab 20.00 Uhr) und beim Team Stronach (der erweiterte Landesvorstand trifft um 18.00 Uhr zusammen) ist eine Zustimmung wohl nur mehr Formsache. Bei den Grünen findet am Mittwoch (18.00 Uhr) zwar der Landesausschuss statt, das Beschlussgremium - die Landesversammlung - ist aber erst am Donnerstag (18.00 Uhr) angesetzt.

13.06.2013 - Amtsgeheimnis neu: Kopf bremst und irritiert

"Nicht machbar"

Die von der Regierung zugesagte Lockerung des Amtsgeheimnisses vor der Sommerpause des Nationalrats ist offenbar geplatzt. Der für Mittwoch erwartete rot- schwarze Antrag im Parlament ist nicht zustande gekommen. Stattdessen forderte ÖVP- Klubobmann Karlheinz Kopf eine mehrwöchige Gesetzesbegutachtung. Ein Beschluss im Juli sei somit "praktisch nicht machbar", so Kopf. Koalitionspartner SPÖ und auch Teile von Kopfs eigener Partei reagierten irritiert.

Eigentlich war erwartet worden, dass SPÖ und ÖVP am Mittwoch einen gemeinsamen Entwurf zur Lockerung des Amtsgeheimnisses in der Verfassung einbringen. Dieser Initiativantrag sollte einen Beschluss der Reform noch vor der Sommerpause des Parlaments Anfang Juli

ermöglichen. Ein ausführliches "Informationspflichtgesetz" hätte dann nach der Wahl folgen sollen. So hatte es die Koalition nach der letzten Sitzung ihrer Arbeitsgruppe Ende Mai angekündigt.

Kopf gegen "Schnellschuss im stillen Kämmerlein"

Kopf sagte den Gesetzesantrag am Mittwochvormittag aber überraschend ab. "Es wäre richtig und seriös, wenn das Bundeskanzleramt die Angelegenheit einer ordentlichen, mehrwöchigen Begutachtung unterzieht und nicht in einem Schnellschuss im stillen Kämmerlein verabschiedet", sagte der VP- Klubobmann.
Die SPÖ zeigte sich erstaunt und erinnerte an den ursprünglichen Plan, noch im Juni einen gemeinsamen Entwurf ins Parlament zu bringen. "Wenn die ÖVP das nicht machen will, dann ist es bedauerlich, wenn es nicht kommt", sagte ein Sprecher von Staatssekretär Josef Ostermayer. - Eine Begutachtung des Gesetzesentwurfes wäre demnach zwar vorgesehen gewesen - aber nicht durch die Regierung, sondern durch den zuständigen Ausschuss.

Experte: "Regierung hat erfolgreich Zeit verloren"

Kopf versicherte der SPÖ zwar am Nachmittag, er stehe "selbstverständ-lich zum Projekt einer Reform des Amtsgeheimnisses". "Wenn es eine Möglichkeit gibt", dann könne man die Reform auch im Herbst beschlie-ßen, hatte er schon zuvor bekundet.

Daran glaubt die Initiative Trans-parenzgesetz.at, die die Debatte um das Amtsgeheimnis angestoßen hatte, aber nicht. Der Politikwissenschafter Hubert Sickinger (Bild 2) hält einen Beschluss "mitten im Wahlkampf" für unrealistisch: "Wenn es vor der Sommerpause nicht kommt, dann ist es aufgeschoben, dann haben die Regierungsparteien erfolgreich Zeit verloren."

ÖVP- Justizsprecher am falschen Fuß erwischt

Kopfs Manöver sorgte offenbar auch innerhalb der ÖVP für Unstimmigkeiten. Justizsprecher Michael Ikrath, ein Befürworter der Reform, war noch am Vormittag vom Zustandekommen des ursprünglich geplanten Initiativantrags ausgegangen. Via Twitter verkündete er, dass ein entsprechendes Verfassungsgesetz noch in dieser Legislaturperiode eingebracht werde. Nachdem das nun vom Tisch sein dürfte, will Ikrath "erfahren, was Kopf zu seinen Aussagen bewogen hat", so die Austria Presse Agentur.

Kernpunkt der Reform ist der Plan, das derzeit gültige Amtsgeheimnis durch eine Reihe klar definierter Geheimhaltungsbestimmungen zu ersetzen. In allen anderen Fällen sollte ein "Recht auf Zugang zu amtlichen Infor-mationen" gelten. Letzter Streitpunkt zwischen SPÖ und ÖVP war dem Vernehmen nach, wie staatliche Unternehmen in die neuen Transparenzregeln einbezogen werden sollen.

12. Juni 2013, 11:15

Amtsgeheimnis: ÖVP verhindert Beschluss vor Sommerpause

Experten befürchten schwammige Formulierung der Regierung und verfassen eigenen Entwurf zur Abschaffung des Amtsgeheimnisses

Wien - Die Reform des Amtsgeheimnisses vor der Sommerpause des Nationalrats wird offenbar nicht zustande kommen. ÖVP-Klubobmann Karlheinz Kopf wünscht sich eine "ordentliche Begutachtung" des Vorhabens durch die Regierung. Damit dürfte ein Beschluss vor dem Sommer unmöglich sein.

"Ich halte den Fahrplan bis zur Juli-Sitzung für praktisch nicht machbar", sagte Kopf am Mittwoch. SPÖ-Staatsekretär Josef Ostermayer reagiert mit Unverständnis auf die Aussagen Kopfs.

Zuversichtlich ist der ÖVP-Klubchef aber beim Demokratiepaket. Hier soll ab kommender Woche mit der Opposition verhandelt werden. Kopf sieht beide Projekte - Demokratiepaket und Informationsfreiheitsgesetz - als verwandte Themen, weil es in beiden Fällen um intensivere Bürgerbeteiligung gehe. Die "Mitwirkung an der Gesetzgebung" beim Demokratiepaket sei auf gutem Weg, so Kopf: "Ich gehe davon aus, dass wir das bis Juli beschließen können." Beim Informationsfreiheitsgesetz betont er aber, "dass das textlich noch nicht so weit ist".

Für Gesetzesbegutachtung

Bei der Reform des Amtsgeheimnisses sei eine ausführliche Gesetzesbegutachtung nötig. "Es wäre richtig und seriös, wenn das Bundeskanzleramt das Ganze einer ordentlichen mehrwöchigen Begutachtung unterzieht und nicht in einem Schnellschuss im stillen Kämmerlein verabschiedet", so Kopf.

In der Praxis würde das bedeuten, dass der Beschluss nicht wie zuletzt geplant vor der Sommerpause erfolgen könnte. Denkbar sei zwar auch eine Begutachtung durch den Verfassungsausschuss des Nationalrats, aber auch in diesem Fall hält Kopf einen Beschluss vor der Sommerpause nicht für möglich. Eine Ausschuss-Begutachtung könne nämlich ebenfalls nicht binnen einer Woche abgewickelt werden.

"Keine Verzögerung"

Den Vorwurf, das Projekt verzögern zu wollen, will der ÖVP-Klubchef nicht gelten lassen. "Ein Transparenzgesetz durch einen intransparenten Gesetzgebungsprozess abzuwickeln, das wird nicht gehen", verteidigte Kopf seine Forderung. Außerdem sei der ursprünglich für diesen Mittwoch angedachte Initiativantrag im Nationalrat ohnehin nicht zweckmäßig, weil das Ganze ein Regierungsprojekt sei.

Beim Demokratiepaket, das unter anderem erfolgreiche Volksbegehren durch verpflichtende Volksbefragungen aufwerten soll, ist Kopf allerdings zuversichtlich. Er geht davon aus, dass sich die ÖVP in den nächsten Tagen mit der SPÖ bei den letzten offenen Fragen einigen werde. Verhandlungen mit der Opposition soll es ab kommender Woche geben. Kopf geht weiterhin davon aus, dass zehn Prozent der Wahlberechtigten eine "sehr brauchbare Größenordnung" für die Einleitung von Volksbefragungen sind. Ob auch Volksbefragungen über Steuergesetze möglich sein sollen, will er noch nicht beurteilen. "Da brauchen wir noch ein, zwei Tage."

SPÖ: "Bedauerlich"

Die SPÖ reagiert mit Unverständnis auf die Aussagen Kopfs zur Reform des Amtsgeheimnisses. Mit der ÖVP sei vereinbart gewesen, die Reform als gemeinsamen Initiativantrag ins Parlament zu bringen, sagte ein Sprecher von Kanzleramtsstaatssekretär Josef Ostermayer: "Wenn die ÖVP das nicht machen will, dann ist es bedauerlich, wenn es nicht kommt." Immerhin hätte die Reform einen Paradigmenwechsel beim Amtsgeheimnis gebracht.

Gegen eine Begutachtung des Gesetzesentwurfs hätte die SPÖ demnach zwar nichts einzuwenden, durchgeführt werden sollte diese nach Ansicht des Ostermayer-Sprechers aber vom Verfassungsausschuss: "Es war im Fahrplan vorgesehen, dass es eine Begutachtung als Ausschussbegutachtung geben kann."

Geplant war die Ausschusssitzung für den 13. Juni, der Beschluss des Gesetzes im Plenum des Nationalrats war für Anfang Juli vorgesehen.

ÖVP-Justizsprecher Michael Ikrath will VP-Klubchef Kopf sprechen. Ikrath, selbst ein Befürworter eines Informationsfreiheitsgesetzes, ist nach eigenem Angaben vom Zustandekommen des ursprünglich geplanten Initiativantrages ausgegangen. Am Vormittag hatte er via Twitter verkündet, dass ein entsprechendes Verfassungsgesetz noch in dieser Periode eingebracht werde. Nun will er erfahren, was Kopf zu seinen Aussagen bewogen hat.

Initiative mit eigenem Gesetzesentwurf

Die Initiative transparenzgesetz.at hatte zuvor kritisiert, dass der Vorschlag nicht transparent diskutiert werde. Renommierte Experten arbeiteten einen eigenen Gesetzesentwurf aus, da sie fürchteten, dass jener der Regierung zu schwammig formuliert sein könnte, berichtete das Ö1-"Morgenjournal".

Hinter dem nun vorgelegten Entwurf stehen führende Experten wie der Rechtsanwalt Alfred Noll, der Korruptionsforscher Hubert Sickinger, der Universitätsjurist Daniel Ennöckl, der ehemalige Chef der Anti-Korruptionsstaatsanwaltschaft, Walter Geyer, unb der ehemalige Rechnungshofpräsident Franz Fiedler.

Sickinger pocht auf Beschluss vor Sommer

Kritisiert wurde das Vorgehen der Regierung, den Entwurf nicht öffentlich zu machen: Die Verfassungsänderung wird als Initiativantrag einzelner Abgeordneter ins

Parlament gebracht. "Damit wird sie einer breiten Debatte in und mit der Öffentlichkeit entzogen", hieß es in einer Stellungnahme auf transparenzgesetz.at.

"Üblicherweise werden so wichtige Entscheidungen vom Ministerrat beschlossen, eine Regierungsvorlage erarbeitet und dann in Begutachtung geschickt. Damit möglichst viele Institutionen dazu Stellung nehmen können und seine Bürgerinnen und Bürger Monate im Voraus wissen, was für Österreich beschlossen werden soll."

Der wichtigste Punkt in dem Entwurf der Expertengruppe: Das Recht auf Information muss einheitlich geregelt sein auf allen drei Ebenen des Staates - Bund, Länder, Gemeinden. Dafür sei ein Verfassungsgesetz notwendig, das allen Bürgern das gleiche Recht auf Information gegenüber der Verwaltung verbrieft, samt Zugang zu deren Dokumenten.

Die Intitiative Transparenzgesetz.at pocht auf einen Beschluss der Lockerung des Amtsgeheimnisses noch vor der Sommerpause des Parlaments. "Wenn es vor der Sommerpause nicht kommt, dann ist es aufgeschoben, dann haben die Regierungsparteien erfolgreich Zeit verloren", warnt Initiator Hubert Sickinger. An einen Beschluss im Herbst - "mitten im Wahlkampf" - glaubt er nicht. Die von VP-Klubchef Karlheinz Kopf geforderte Begutachtung könnte seiner Meinung nach auch vom Parlament durchgeführt werden. (APA/red, derStandard.at, 12.6.2013)

Der Entwurf der Expertengruppe im Wortlaut:

1. STAATSZIELBESTIMMUNG
(IM VERFASSUNGSRANG)

§ 1. (1) Die Republik Österreich (Bund, Länder und Gemeinden) bekennt sich zur umfassenden Transparenz des staatlichen Handelns und zur Informationsfreiheit seiner Bürgerinnen und Bürger.

(2) Umfassende Transparenz erfordert die möglichst weitgehende öffentliche Zurverfügungstellung aller Informationen betreffend staatliches Handeln. Sie ist insbesondere durch umfassende amtliche Zugänglichmachung der Ergebnisse staatlichen Handelns – auch in maschinenlesbarer Form -, rasche und kostenlose Hilfeleistung bei Auskunftsbegehren sowie durch Maßnahmen zur Erleichterung und Gewährleistung der Akteneinsicht herzustellen.

§ 2. Mit der Vollziehung dieses Bundesverfassungsgesetzes ist die Bundesregierung betraut.

2. VERFASSUNGSBESTIMMUNG
(ALS ERSATZ FÜR DIE DERZEITIGEN REGELN ZUR AMTSVERSCHWIEGENHEIT IM B-VG)

1.
Jede Person hat ohne Darlegung eines berechtigten Interesses an der Kenntnis des jeweiligen Vorgangs das Recht auf unverzügliche und kostenlose Information über alle Angelegenheiten des Wirkungskreises von Organen,

- die mit Aufgaben der Bundes-, Landes- und Gemeindeverwaltung betraut sind,
- Organen anderer Körperschaften des öffentlichen Rechts,
- Organen der Gerichtsbarkeit
- Organen der Gesetzgebung
- der Rechnungshöfe,
- der Volksanwaltschaft,
- und sämtlicher Einrichtungen, die der Kontrolle des Rechnungshofes oder vergleichbarer Kontrollinstitutionen der Länder unterliegen sowie Gemeindeverbände, Stiftungen, Fonds und Anstalten.

Dieses Recht umfasst den Zugang zu Akten, Dokumenten und allen sonstigen Informationen, unabhängig von der Art ihrer Speicherung, über die diese Organe verfügen. (Informationsfreiheit)

2.
Beschränkungen dieses Rechts sind nur zulässig, wenn sie ausdrücklich gesetzlich vorgesehen sind.
Eine Beschränkung muss im konkreten Einzelfall zwingend erforderlich sein,
- weil überwiegende berechtigte Geheimhaltungsinteressen Dritter im Sinne des Datenschutzgesetzes (DSG2000) bestehen,
eine unmittelbare und schwerwiegende Gefahr besteht
- für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit,
- für die militärische Landesverteidigung,
- für die außenpolitischen Interessen der Republik Österreich,
- für die wirtschaftliche Existenz einer Körperschaft des öffentlichen Rechts,
oder sie unmittelbar der Vorbereitung einer Entscheidung dienen.

Juristische Personen des Privatrechts, die im Wettbewerb stehen, dürfen die Auskunft beschränken, soweit dies zwingend erforderlich ist, um Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse zu wahren.

Bei Beschränkungen ist stets das gelindeste Mittel zu wählen.

3.
Akten, Dokumente und Informationen, die sich unmittelbar auf die Verwendung öffentlicher Mittel beziehen, sind jedenfalls zu erteilen.

Akten, Dokumente und Informationen, die nicht zugänglich gemacht worden sind, weil sie der Vorbereitung einer Entscheidung dienen, sind jedenfalls zugänglich zu machen, sobald die Entscheidung getroffen worden ist.

4.
Angelegenheiten der Informationsfreiheit, einschließlich der Beschränkungen dieses Rechts, sind Bundessache in Gesetzgebung und Vollziehung.

12. Juni 2013 16:01
Transparenzregeln

Amtsgeheimnis-Reform geplatzt

ÖVP-Klubchef Kopf besteht auf eine mehrwöchige Begutachtung.

Die von der Regierung zugesagte Lockerung des Amtsgeheimnisses vor der Sommerpause des Nationalrats ist offenbar geplatzt, der für Mittwoch erwartete rot-schwarze Antrag im Nationalrat nicht zustande gekommen. Stattdessen forderte ÖVP-Klubobmann Karlheinz Kopf eine mehrwöchige Gesetzesbegutachtung und deponierte im Gespräch mit der APA, dass ein Beschluss im Juli somit "praktisch nicht machbar" sei. Die SPÖ reagierte irritiert. Letzter offener Punkt war dem Vernehmen nach, ob und wie Staatsunternehmen in die neuen Transparenzregeln einbezogen werden.

Lockerung des Amtsgeheimnisses

Eigentlich war erwartet worden, dass SPÖ und ÖVP am Mittwoch im Nationalrat einen gemeinsamen Entwurf zur Lockerung des Amtsgeheimnisses in der Verfassung einbringen. Dieser Initiativantrag sollte einen Beschluss der Reform - genauer: ihrer verfassungsrechtlichen Grundlagen - noch vor der Sommerpause des Parlaments Anfang Juli ermöglichen. Ein ausführliches "Informationspflichtgesetz" hätte dann nach der Wahl folgen sollen. So hatte es die Koalition nach der letzten Sitzung ihrer Arbeitsgruppe Ende Mai angekündigt.

ÖVP-Klubobmann Kopf sagte den Gesetzesantrag am Mittwochvormittag aber überraschend ab. "Es wäre richtig und seriös, wenn das Bundeskanzleramt das ganze einer ordentlichen, mehrwöchigen Begutachtung unterzieht und nicht in einem Schnellschuss im stillen Kämmerlein verabschiedet", sagte Kopf. Ein Beschluss noch vor der Sommerpause des Parlaments ist für Kopf damit offenbar vom Tisch. "Ich halte den Fahrplan bis zur Juli-Sitzung für praktisch nicht machbar", deponierte der VP-Klubchef.

SPÖ irritiert

Die SPÖ reagierte irritiert auf die Aussagen Kopfs und erinnerte an den ursprünglichen Plan, noch im Juni einen gemeinsamen Entwurf ins Parlament zu bringen. "Wenn die ÖVP das nicht machen will, dann ist es bedauerlich, wenn es nicht kommt", sagte ein Sprecher von Staatssekretär Josef Ostermayer. Eine Begutachtung des Gesetzesentwurfes wäre demnach zwar vorgesehen gewesen, aber nicht durch die Regierung sondern durch den zuständigen Ausschuss.

Kopf versicherte der SPÖ zwar in einer Aussendung am Nachmittag, er stehe "selbstverständlich zum Projekt einer Reform des Amtsgeheimnisses". "Wenn es eine Möglichkeit gibt", dann könne man die Reform auch im Herbst beschließen, hatte der VP-Klubchef schon zuvor bekundet. An einen Beschluss im Herbst glaubt die Initiative Transparenzgesetz.at, die die Debatte um das Amtsgeheimnis angestoßen hatte, aber nicht. Der Politikwissenschafter Hubert Sickinger hält einen Beschluss "mitten im Wahlkampf" für unrealistisch: "Wenn es vor der Sommerpause nicht kommt, dann ist es aufgeschoben, dann haben die Regierungsparteien erfolgreich Zeit verloren."

Kernpunkt der Reform ist der Plan, das jetzt gültige Amtsgeheimnis durch eine Reihe klar definierter Geheimhaltungsbestimmungen zu ersetzen. In allen anderen Fällen sollte ein "Recht auf Zugang zu amtlichen Informationen" gelten. Letzter offener Punkt zwischen SPÖ und ÖVP war dem Vernehmen nach, wie staatliche Unternehmen in die neuen Transparenzregeln einbezogen werden sollen.

Richter und Anwälte gegen neue Gesetzesbeschwerde

- Ab 2015 können sich Bürger direkt an den Verfassungsgerichtshof wenden.

Die Einführung der Gesetzesbeschwerde ist in Justizkreisen weiter umstritten - auch wenn sie am Dienstag vergangener Woche vom Verfassungsausschuss beschlossen und am Donnerstag im Nationalrat abgesegnet werden soll. Werner Zinkl, Präsidenten der Richtervereinigung, Klaus Schröder, Justiz-Gewerkschaftschef und Rechtsanwälte-Präsidenten Rupert Wolff (Bild) appellieren die Verfassungsänderung neu zu planen.

Die Standesvertretung der Richter und die Rechtsanwälte wandten sich am Montag strikt gegen einen "Schnellschuss" in einer so wichtigen Materie und kritisierten, dass die geplante neue Variante keiner Begutachtung unterzogen wurde. Justizministerin Beatrix Karl (V) hofft, dass die Verfahrensverzögerung so gering wie möglich ausfällt.

Über Details wird noch verhandelt

Denn im Parlament wird noch über Details zur Gesetzesbeschwerde verhandelt, auch, um die Opposition geschlossen an Bord zu bekommen. Im Ausschuss hat nur die FPÖ - die den nun beschlossenen Kompromissvorschlag vorgelegt hat - mit SPÖ und ÖVP gestimmt.

Aber das Gesetz steht auf der Tagesordnung für die Donnerstag-Sitzung des Nationalrates. Das missfällt dem Präsidenten der Richtervereinigung Werner Zinkl und dem Justiz-Gewerkschaftschef Klaus Schröder ebenso wie dem Rechtsanwälte-Präsidenten Rupert Wolff.

Begutachtungsversfahren ein politischer Scheinerfolg

Zinkl und Schröder appellierten am Montag an das Parlament, "diese Verfassungsänderung neu zu planen ... und nicht im Hinblick auf das bevorstehende Ende der Legislaturperiode einen unüberlegten Schnellschuss" zu machen. Sie kritisierten, dass das Begutachtungsverfahren zur jetzt vorliegenden Variante "einem kurzfristigen politischen Scheinerfolg geopfert" worden sei. Und sie warnten, dass auch diese "massive Verfahrensverzögerungen und eine Kostenexplosion für die Bürger" brächte.

"So eine schwerwiegende Entscheidung breiter diskutieren"

Die Anwaltschaft würde es zwar begrüßen, wenn die Möglichkeit für Bürger verbessert wird, gesetzliche Bestimmungen auf ihre Verfassungsmäßigkeit zu überprüfen. Aber auch ÖRAK-Präsident Wolff meint, "dass man eine so wichtige Änderung der Rechts- und Verfassungsordnung nicht in Eile durchdrücken darf, nur weil Wahlen vor der Tür stehen". Eine so schwerwiegende Neuerung hätte mit allen Beteiligten und Experten breit diskutiert werden müssen. Stattdessen hätten z.B. die Anwälte die nun zum Beschluss stehende Fassung erst am Donnerstag vorige Woche bekommen - und von angeblichen weiteren Änderungen überhaupt nur informell erfahren.

Dass nun eine geänderte Fassung vorliegt, begrüßt Justizministerin Karl. Für sie ist es laut ihrem Sprecher Christian Wigand "zentral", dass die ursprüngliche Gesetzesbeschwerde nicht kommt. Denn diese habe Karl abgelehnt, weil sie zu massiven Verfahrensverzögerungen geführt hätte. Auch die Kompromissvariante werde noch "gewisse Verzögerungen" der Straf- und Zivilverfahren bedeuten. Ziel der noch laufenden Verhandlungen ist deshalb für Karl, diese so gering wie möglich zu halten.

Gesetzesbeschwerde ab 2015 -

Bürger können sich dann direkt an den Verfassungsgerichtshof (VfGH) zu wenden, wenn sie meinen, in einem Straf- oder Zivilverfahren wegen einer verfassungswidrigen Bestimmung verurteilt worden zu sein. Ursprünglich hätten sie dazu erst alle Rechtsschutzinstanzen durchlaufen müssen - sich also erst nach Vorliegen des OGH-Urteils an den VfGH wenden dürfen. In der nun vor dem Beschluss stehenden Fassung ist vorgesehen, dass der Antrag beim VfGH bereits nach dem Urteil erster Instanz zu erfolgen hat. Der VfGH soll dann vier Monate Zeit haben, um zu entscheiden.

Richter und Anwälte gegen neue Gesetzesbeschwerde

- Ab 2015 können sich Bürger direkt an den Verfassungsgerichtshof wenden.

Die Einführung der Gesetzesbeschwerde ist in Justizkreisen weiter umstritten - auch wenn sie am Dienstag vergangener Woche vom Verfassungsausschuss beschlossen und am Donnerstag im Nationalrat abgesegnet werden soll. Werner Zinkl, Präsidenten der Richtervereinigung, Klaus Schröder, Justiz-Gewerkschaftschef und Rechtsanwälte-Präsidenten Rupert Wolff (Bild) appellieren die Verfassungsänderung neu zu planen.

Die Standesvertretung der Richter und die Rechtsanwälte wandten sich am Montag strikt gegen einen "Schnellschuss" in einer so wichtigen Materie und kritisierten, dass die geplante neue Variante keiner Begutachtung unterzogen wurde. Justizministerin Beatrix Karl (V) hofft, dass die Verfahrensverzögerung so gering wie möglich ausfällt.

Über Details wird noch verhandelt

Denn im Parlament wird noch über Details zur Gesetzesbeschwerde verhandelt, auch, um die Opposition geschlossen an Bord zu bekommen. Im Ausschuss hat nur die FPÖ - die den nun

beschlossenen Kompromissvorschlag vorgelegt hat - mit SPÖ und ÖVP gestimmt.

Aber das Gesetz steht auf der Tagesordnung für die Donnerstag-Sitzung des Nationalrates. Das missfällt dem Präsidenten der Richtervereinigung Werner Zinkl und dem Justiz-Gewerkschaftschef Klaus Schröder ebenso wie dem Rechtsanwälte-Präsidenten Rupert Wolff.

Begutachtungsversfahren ein politischer Scheinerfolg

Zinkl und Schröder appellierten am Montag an das Parlament, "diese Verfassungsänderung neu zu planen ... und nicht im Hinblick auf das bevorstehende Ende der Legislaturperiode einen unüberlegten Schnellschuss" zu machen. Sie kritisierten, dass das Begutachtungsverfahren zur jetzt vorliegenden Variante "einem kurzfristigen politischen Scheinerfolg geopfert" worden sei. Und sie warnten, dass auch diese "massive Verfahrensverzögerungen und eine Kostenexplosion für die Bürger" brächte.

"So eine schwerwiegende Entscheidung breiter diskutieren"

Die Anwaltschaft würde es zwar begrüßen, wenn die Möglichkeit für Bürger verbessert wird, gesetzliche Bestimmungen auf ihre Verfassungsmäßigkeit zu überprüfen. Aber auch ÖRAK-Präsident Wolff meint, "dass man eine so wichtige Änderung der Rechts- und Verfassungsordnung nicht in Eile durchdrücken darf, nur weil Wahlen vor der Tür stehen". Eine so schwerwiegende Neuerung hätte mit allen Beteiligten und Experten breit diskutiert werden müssen. Stattdessen hätten z.B. die Anwälte die nun zum Beschluss stehende Fassung erst am Donnerstag vorige Woche bekommen - und von angeblichen weiteren Änderungen überhaupt nur informell erfahren.
Dass nun eine geänderte Fassung vorliegt, begrüßt Justizministerin Karl. Für sie ist es laut ihrem Sprecher Christian Wigand "zentral", dass die ursprüngliche Gesetzesbeschwerde nicht kommt. Denn diese habe Karl abgelehnt, weil sie zu massiven Verfahrensverzögerungen geführt hätte. Auch die Kompromissvariante werde noch "gewisse Verzögerungen" der Straf- und Zivilverfahren bedeuten. Ziel der noch laufenden Verhandlungen ist deshalb für Karl, diese so gering wie möglich zu halten.

Gesetzesbeschwerde ab 2015

Bürger können sich dann direkt an den Verfassungsgerichtshof (VfGH) zu wenden, wenn sie meinen, in einem Straf- oder Zivilverfahren wegen einer verfassungswidrigen Bestimmung verurteilt worden zu sein. Ursprünglich hätten sie dazu erst alle Rechtsschutzinstanzen durchlaufen müssen - sich also erst nach Vorliegen des OGH-Urteils an den VfGH wenden dürfen.

In der nun vor dem Beschluss stehenden Fassung ist vorgesehen, dass der Antrag beim VfGH bereits nach dem Urteil erster Instanz zu erfolgen hat. Der VfGH soll dann vier Monate Zeit haben, um zu entscheiden.

14. Juni 2013 11:52 Salzburg **Dreier-Koalition unterzeichnet Pakt**

Landesregierung wird am kommenden Mittwoch vom Land angelobt.

Nachdem der Salzburger Koalitionspakt in den vergangenen Tagen in den jeweiligen Parteigremien mit Einstimmigkeit oder deutlicher Mehrheit abgesegnet wurde, haben ÖVP, Grüne und Team Stronach am Freitagvormittag das Arbeitsübereinkommen der neuen Landesregierung offiziell unterzeichnet. Bei Schnürlregen musste der Akt zwar von der Terrasse der neuen Universität ins Innere verlegt werden, der guten Stimmung der Regierungsmitglieder tat dies aber keinen Abbruch. -

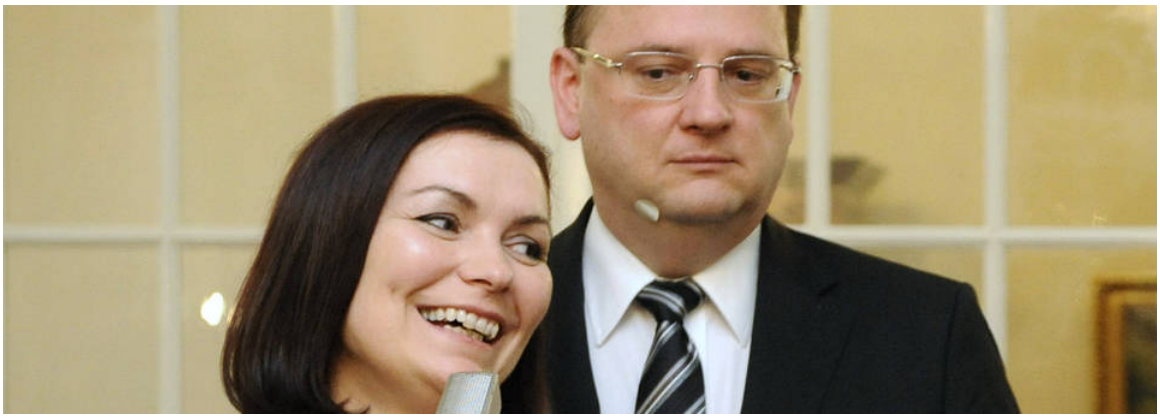
Der designierte Landeshauptmann Wilfried Haslauer (ÖVP) kündigte im Gespräch mit der APA an, die aktuell herrschende Aufbruchsstimmung auch auf die Beamtenschaft übertragen zu wollen. "Unsere Mitarbeiter sind keine Gegner, sondern Wegbegleiter, auf die wir bei der Umsetzung unserer Ziele angewiesen sind." Es bedürfe eines neuen Zugangs, als einen ersten Schritt strebe er etwa ein Treffen mit allen Abteilungsleitern und Betriebsratsvorsitzenden an. "Ich finde es wichtig, hier ein Signal zu setzen." -

Haslauer sagte auch, die Opposition auch außerhalb des Landtags stärker mit Informationen versorgen zu wollen und sich um ein Klima des gegenseitigen Respekts zu bemühen. Die Grüne Landessprecherin Astrid Rössler - sie unterzeichnete das Abkommen übrigens mit grüner Tinte - sagte: "Wir brennen darauf, mit der Arbeit zu beginnen. Wir gehen mit Optimismus und Neugier in die Aufgabe, und wir haben großes Vertrauen in dieses Regierungsübereinkommen. Es ist ein gutes Programm für Salzburg." -

"Ärmel hoch und rein in die Arbeit", meinte dann auch Hans Mayr vom Team Stronach. Allerdings habe er einigen Respekt vor der vor ihm liegenden Aufgabe. "Ich möchte möglichst schnell alle Mitarbeiter kennenlernen und eine Strategie für den Arbeitsablauf in meinen Bereichen entwickeln." Zugleich gelte es, Lösungen für Probleme aus Sicht der Bürger finden. "Das gilt auch für meine Ressorts Wohnbau und Verkehr." -

Offiziell gewählt und auf die Landesverfassung angelobt wird die neue Regierung bei der nächsten Landtagssitzung am kommenden Mittwoch, den 19. Juni. Zuvor sollen sich am Dienstag, den 18. Juni, die designierten Mitglieder der künftigen Landesregierung einem freiwilligen, öffentlichen Hearing stellen. Frageberechtigt werden alle neu gewählten Landtagsabgeordneten sein.

- **Politaffäre in Tschechien weitet sich aus**
-
-



- Premier Petr Necas mit seiner Frau Radka Necasova, die bespitzelt worden sein soll. -

Politaffäre in Tschechien weitet sich aus. Nach der gestrigen Razzia kam heute heraus, dass die Kabinettschefin die Ehefrau des Premiers bespitzeln ließ.

Die Affäre in Tschechien um die Polizeirazzia im Regierungsamt und weiteren staatlichen Institutionen vom Donnerstag, bei denen auch zwei engste Mitarbeiter von Premier Petr Necas festgenommen wurden, nimmt an Brisanz zu. Die Ermittler erklärten am Freitag, die festgenommene Kabinettschefin von Necas, Jana Nagyova, habe beim Heeresnachrichtendienst (VZ) die Bespitzelung von drei Privatpersonen bestellt. Aus Anwaltskreisen verlautete, eine der bespitzelten Personen sei die Ehefrau von Necas, Radka Necasova.

Nahes Verhältnis

Laut Medien und mehreren Politikern ist es seit längerem kein Geheimnis, dass das Verhältnis zwischen Necas und Nagyova "über die Arbeitssphäre hinausgeht". Nagyova leitet das Sekretariat von Necas schon seit 2006, als dieser noch Arbeitsminister war. Ihr wird ein "starker Einfluss" auf den Premier nachgesagt. Kürzlich kündigte Necas an, dass er sich von seiner Ehefrau scheiden lasse.
Die Ermittler bezeichneten die Motive der Bespitzelung als "rein privat". Eine Frage der Journalisten, ob Necas von der Bespitzelungsanordnung seitens Nagyovas gewusst habe, ließen die Ermittler zunächst unbeantwortet. "Alle Alternativen werden geprüft", sagten sie auf einer Pressekonferenz.

Korruption und Bestechung

Die Ermittler bestätigten weiter, dass drei ehemalige Parlamentsabgeordnete der konservativen Demokratischen Bürgerpartei (ODS) wegen Korruption und Bestechung verfolgt werden. Es handelt sich um den früheren Agrarminister Ivan Fuksa, den ehemaligen ODS-Klubobmann Petr Tluchor und den Ex-Abgeordneten Marek Snajdr. Letzterer sei aber noch nicht festgenommenen worden, weil er sich bisher im Ausland aufgehalten habe, hieß es.
Jene drei Ex-Abgeordneten hatten Ende 2012 ihr Parlamentsmandat niedergelegt und damit ihre Rebellion gegen ein Steuerpaket der Regierung aufgegeben. Damit hatten sie die

Regierung vor dem Sturz bewahrt. Danach kamen Fuksa, Tluchor und Snajdr mit lukrativen Posten in Staatsbetrieben unter. In diesem Fall soll auch Nagyova eine Rolle gespielt haben, sodass auch ihr Beteiligung an Korruption vorgeworfen wird.

Acht Personen festgenommen

Die Ermittler erklärten weiter, bei der Razzia seien insgesamt acht Personen festgenommen, sowie etwa 150 Mio. Kronen (5,83 Mio. Euro) in Bar und Dutzende Kilogramm Gold beschlagnahmt worden. Man werde die Untersuchungshaft für alle Festgenommenen fordern, hieß es. Im Visier der Polizei sind auch zwei umstrittene Prager Unternehmer, Robert Janousek und Ivo Rittig, deren Wohnungen und Sitze wurden auch durchsucht. Die beiden Männer, die mit lukrativen Aufträgen des Prager Magistrats verbunden und als ODS-Paten bezeichnet werden, wurden jedoch nicht verhaftet, weil sie sich im Ausland aufhalten.

Die Affäre sorgte am Freitag für einen Schlagabtausch im Parlament. Die oppositionellen Sozialdemokraten (CSSD) forderten den sofortigen Rücktritt von Necas, seiner gesamten Regierung und baldige Neuwahlen. Sonst würden sie eine Misstrauensabstimmung im Parlament beantragen. "Noch nie in der Geschichte des Landes hat die Polizei in das Regierungsamt eingegriffen", argumentierte CSSD-Chef Bohuslav Sobotka im Abgeordnetenhaus. Necas' Kabinett sei "total diskreditiert". Laut dem Chef der Kommunisten, Vojtech Filip (KSCM), hat Necas "die Ernsthaftigkeit der Situation nicht begriffen".

"Medial-politisches Gulasch"

Necas wies die Rücktrittforderungen erneut strikt zurück. Auf diese Aufforderungen werde er nicht hören, betonte er. Gleichzeitig kritisierte er das Vorgehen der Polizei und der zuständigen Staatsanwaltschaft scharf. Zu der Polizeirazzia und den von der Polizei erhobenen Vorwürfen sagte er, es handle sich um ein "medial-politisches Gulasch mit brisantem Inhalt", in dem mehre Sachen vermischt worden seien, die überhaupt nicht miteinander zusammenhingen.

- Prag-Razzia: Dutzende Kilo Gold sichergestellt
-

Necas: Scheidung von Ehefrau Radka. Der Grund soll Nagyova sein. –

Prag-Razzia: Dutzende Kilo Gold sichergestellt. Fäden der Affäre laufen bis zum Büro des Premiers. Die Opposition fordert Neuwahlen.

Nach einer in der Geschichte der Tschechischen Republik noch nie dagewesenen Polizei-Razzia stürzt das Land in eine tiefe politische Krise. Über den Hintergrund rätseln die Tschechen noch immer. Bei dem Polizei-Einsatz

stürmten 400 maskierte Beamte den Sitz der Regierung in Prag, das Verteidigungsministerium, 31 Wohnungen (darunter die Bleibe des Premierministers sowie seiner Kabinettschefin, die wie andere festgenommen wurde), einige Firmenzentralen, die Kommerzbank, die Direktion der staatlichen Forstbetriebe sowie ein Kunstgalerie.

Am Freitag traten Vertreter der Staatsanwaltschaft und der Polizei vor die Medien. Die Untersuchung habe vor eineinhalb Jahren begonnen und sei von Olmütz aus geführt worden, weil die Prager Staatsanwaltschaft selbst unter Verdacht stehe, involviert zu sein. „Ursprünglich hatten wir eine kriminelle Gruppe im Visier, die sich durch gute Beziehungen zu staatlichen und halb-staatlichen Organisationen extrem bereichert hat“, sagte der Chef der Sonderein-heit zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität, „in der Kommerzbank wurden verdächtige 120 bis 150 Millionen Kronen (4,7 bis 5,8 Mio. Euro) sowie mehrere Dutzend Kilo Gold sichergestellt.“

Schon bald wurde klar, dass die Fäden bis in höchste politische Kreise führen. Die Spitze soll im Büro des Premierministers angesiedelt gewesen sein. Seine Kabinettschefin Jana Nagyova ist bereits angeklagt. Ihr wird vorgeworfen, ihre Kompetenzen missbraucht zu haben: Sie soll gesetzwidrig den militärischen Geheimdienst beauftragt haben, unter anderem die Ehefrau des Premierministers zu beschatten. Necas reagierte auf den Vorwurf am Freitag: Die Beschattung seiner Ehefrau sei zu deren eigener Sicherheit passiert.
Außerdem soll Nagyova rebellierende Abgeordnete mit hohen Geldsummen ruhig gestellt haben. Angeklagt wurden auch zwei Parlamentarier und zwei ehemalige Abgeordnete der regierenden ODS sowie der ehemalige als auch der amtierende Chef des Militärgeheimdienstes.

Weitere Politiker stehen unter Verdacht, auch zwei einflussreiche Oligarchen kamen ins Visier der Ermittler. Ihre Wohnungen wurden durchsucht, sie selbst befanden sich aber im Ausland.
Da es sich bei den angeklagten Politikern ausschließlich um Parteifreunde von Necas handelt, fordert die Opposition dessen sofortigen Rücktritt und vorgezogene Neuwahlen. Necas lehnt das kategorisch ab. Er kritisiert die Polizei und meinte, dass mit der Verhaftung des Leiters des militärischen Nachrichtendienstes der gute Ruf Tschechiens Schaden nehme.

Karel Schwarzenberg

Der ODS-Klub sprach seinem Vorsitzenden das Vertrauen aus. Necas’ Koalitions-partner, die TOP 09 von Karel Schwarzenberg, verhält sich abwartend. Auf Anfrage des KURIER hieß es aus seinem Büro, es seien noch zu wenige Fakten bestätigt.

Sollte es zu Neuwahlen kommen, würde es in Tschechien zu einem Linksruck kommen: Laut Umfragen führen die Sozialisten haushoch. Mit der stillen Unterstützung der KP könnten sie bequem regieren.

Am Freitag berief Präsident Zeman eine Krisensitzung ein. Vor dem Prager Parlament versammelten sich 100 Leute, die gegen die Regierung demonstrierten.

Laut Medien gibt es drei mögliche Szenarien der weiteren politischen Entwicklung. Als die wahrscheinlichste bezeichnet "Mlada fronta Dnes" baldige Neuwahlen, nachdem sich die Parteien mit einer Verfassungsmehrheit auf die Auflösung des Abgeordnetenhauses geeinigt hätten. Eine andere Variante könnte ein unter dem Taktstock von Staatspräsident Milos Zeman zusammengestelltes Beamten-Übergangskabinett sein, das das Land bis zu den Parlamentswahlen im Frühjahr 2014 regieren würde. Das dritte Szenario ist, dass die jetzige Koalition die Krise überstehen wird - entweder mit Necas als Premier oder ohne ihn.

Nach Auffassung der tschechischen Zeitungen gerät Necas unter starken Druck. Laut "Lidove noviny" sei es nur schwer vorstellbar, dass Necas weiter amtieren könne, falls seine engste Mitarbeiterin strafrechtlich verfolgt würde. Ein Paradoxon sei, dass Necas mit einer Säuberung in der ODS begonnen habe, indem er die Macht der "Paten" paralysiert habe. "Bisher zeichnet sich jedoch ab, dass er selbst zum Opfer seiner Gottgefälligkeit wird, und zwar früher, als die Sense die größten Schurken trifft."

Die Tageszeitung "Mlada fronta Dnes" meinte, habe sei schon vielmals so geschienen, als ob das Kabinett von Petr Necas ende, schließlich habe es immer überlebt. Allerdings sei die jetzige Krise die ernsteste in der Amtszeit dieser Regierung. Sollten sich die Vorwürfe seitens der Ermittler bestätigen, scheine die Situation des Premiers ausweglos zu sein.

Laut dem Blatt "Pravo" kämpft Necas um sein politisches Überleben. Die Strafverfolgungsbehörden hätten "ein politisches Spiel gestartet, wo Regierungen fallen und die politische Atmosphäre sich ändert, was das Umschreiben der Macht-Karte zur Folge haben könnte".

Die verhaftete Kabinettchefin von Premier Nečas soll den Militärgeheimdienst auf dessen Ehefrau angesetzt haben. Unklar ist, ob Nečas, dem ein Verhältnis mit seiner Mitarbeiterin nachgesagt wird, davon wusste.

Bisher war im Zusammenhang mit der Großrazzia in Tschechien vom Donnerstag immer von Korruption und illegaler Auftragsvergabe die Rede gewesen. Am Freitag bekam die Affäre aber überraschend eine zusätzliche private Schlagseite: Unter den Festgenommenen befand sich auch Jana Nagyová, was schon deshalb für Aufruhr sorgte, weil sie die Kabinettchefin von Premier Petr Nečas ist.

Auf der Österreichischen Crowdinvesting-Plattform CONDA.at können Sie sich bereits mit 100 Euro am Projekt Wohnwagon beteiligen und sind damit am Gewinn und Unternehmenswert beteiligt.

Am Freitag tauchten nun Vorwürfe auf, Nagyová habe den Militärgeheimdienst VZ angewiesen, Nečas' Ehefrau Radka Nečasova zu bespitzeln. Dies erklärte der Anwalt des ebenfalls am Donnerstag verhafteten ehemaligen VZ-Chefs Ondrej Palenik. Ivo Istvan, Leiter der zuständigen Staatsanwaltschaft in Olomouc (Olmütz), sagte nur, dass Nagyová drei bestimmte Personen bespitzeln ließ. Das Motiv von Nagyová, der in diesem Zusammenhang Amtsmissbrauch vorgeworfen wird, sei „rein privat" gewesen, sagten die Ermittler. Ob Nečas von der Bespitzelung wusste, ist noch unklar.

Premier kündigte Scheidung an

Jedenfalls wird in Prag schon länger spekuliert, dass zwischen dem Premierminister und seiner Kabinettchefin mehr als ein reines Arbeitsverhältnis besteht. Nečas hatte erst vor einigen Tagen die Scheidung von seiner Ehefrau angekündigt.

Insgesamt wurden im Rahmen der Großrazzia acht Personen festgenommen, darunter auch der derzeitige VZ-Chef Milan Kovanda und der frühere Landwirtschaftsminister Ivan Fuksa. Er gehört wie der Premier zur konservativen Bürgerpartei ODS. Zudem haben die Ermittler umgerechnet 5,8 Millionen Euro an Bargeld und dutzende Kilogramm Gold beschlagnahmt.

Haselsteiner tritt ab: "Visionärer Baumeister unserer Zeit"

14.06.2013 | 16:38 **Mit der Strabag-Hauptversammlung am Freitag endete auch die Ära des 69-jährigen Konzernchefs. Viel Lob gab es von Aktionären und Aufsichtsrat.**

Mit dem Abschluss der Strabag-Hauptversammlung am ist auch die Ära von Hans Peter Haselsteiner als Vorstandschef zu Ende gegangen. "Natürlich bin ich etwas wehmütig und bedanke mich bei den über 74.000 Mitarbeitern, die die Strabag zu einem führenden europäischen Baukonzern gemacht haben", sagte der 69-Jährige am Freitag. "Der vorne steht und im Rampenlicht ist, kann oft nur zu einen kleinen Teil verantworten, was im Hintergrund geschehen ist." Er freue sich, dass er mit Optimismus scheiden könne, was 2013 und die folgenden Jahre betreffe.

"Ich wollte 2014 meinen Abschied vornehmen - inzwischen haben wir festgestellt, das mein Nachfolger Thomas Birtel bereits hervorragend vorbereitet ist", so Haselsteiner. "Mit Ende dieser Hauptversammlung übergebe ich den Vorstandsvorsitz und stehe dem Vorstand für Sonderaufgaben zur Verfügung, die er mir geben möge", so der bisherige CEO.

Haselsteiner wird der Internationalisierung des Konzerns und dem Effizienzprogramm "Task Force 2013ff" widmen und dabei "den Konzern in allen Ästen und Ästchen auf Effizienz, Marktkonformität oder anderes Verbesserungspotenzial hin durchleuchten".

Gusenbauer: "Eine der prägendsten Persönlichkeiten"

Aufsichtsratschef und Ex-Kanzler Alfred Gusenbauer würdigte Haselsteiner als "eine der prägendsten Persönlichkeiten der Zweiten Republik", der "mit sozialem Anspruch und Fingerspitzengefühl gegenüber Management, Mitarbeitern und Kunden" aus einem kleinen Unternehmen einen Weltkonzern geformt habe. Einen Konzern in einem Europa zu führen, das in der Rezession stecke und wo es in vielen Ländern Massenarbeitslosigkeit gebe, sei "eine ganz besondere Herausforderung und Leistung".

Als "Mann der Tat" sowie "charismatische, humorvolle, geradlinige und entscheidungsfreudige Persönlichkeit" beschrieb der Obmann der Raiffeisen-Holding Niederösterreich-Wien, Erwin Hameseder, den jahrelangen Strabag-Chef. "Du bis ein Mensch mit Handschlagqualität, ein Visionär, ein Weichensteller", sagte Hameseder zu Haselsteiner und verwies auf dessen "Vielfalt an Talenten und Fähigkeiten". "Du bist auch Löwe und Lamm", so der Raiffeisen-Obmann unter Bezug auf eine entsprechende Beschreibung in der aktuellen Ausgabe des Magazins "Format".

Haselsteiners Energie sei "fast unerschöpflich" - "da ist Bau, Bahn, Fliegen, Musik, Kunst, Soziales und natürlich vor allem Politik dabei". "Die Strabag ist dein Lebenswerk und diese Energie ist allgegenwärtig", vermerkte Hameseder.

"Viel Charisma und Machtbewusstsein"

Auch einige Kleinaktionäre meldeten sich voll des Lobes zu Wort: "Die Strabag wäre nicht da, wo sie ist, wenn Haselsteiner nicht da wäre - das hat er mit viel Charisma und Machtbewusstsein erreicht", sagte einer. "Als Aktionäre haben wir eher den Löwen kennengelernt als das Lamm", meinte er.

Ein weiterer Anteilseigner, der eigens aus Saarbrücken angereist kam, hätte Haselsteiner zum Abschied "ein erfreulicheres Ergebnis gewünscht", und fügte - an den scheidenden CEO gewandt - hinzu: "Sie als gewiefter Stratege haben Ihrem Nachfolger die Sache natürlich etwas leichter gemacht - er muss nicht nach einem Superergebnis die Abschreibungen vornehmen und plötzlich rote Zahlen präsentieren."

Der Aktionär bezeichnete Haselsteiner weiters als einen "großartigen, wegweisenden und visionären Baumeister unserer Zeit" und pries seine "menschlich gutmütige Art".

"Das diesjährige Ergebnis schmälert Ihr Lebenswerk in keinster Weise", betonte er und überreichte Haselsteiner als symbolisches Abschiedsgeschenk einen Zollstock. "Damit mögen und sollen Sie vielleicht die Erfolge Ihres Nachfolgers messen", meinte er.

Gerichtsurteil bescheinigt Martin Graf „grobe Pflichtverletzungen“

Oberlandesgericht Wien gibt Stifterin Gertrud Meschar Recht. Das Oberlandesgericht Wien bescheinigt FPÖ-Nationalratspräsident Martin Graf, Michael Witt und Alfred Wansch in einem heute ergangenen Urteil im Vorstand der Privatstiftung von Gertrud Meschar, „grobe Pflichtverletzungen“ begangen zu haben. Der Vorstand habe Maßnahmen ergriffen, die „ein sorgfältiger Geschäftsleiter in dieser Situation keinesfalls ergreifen würde“, so das Gericht.

Die 90-jährige Wienerin hatte vergangenes Jahr auf Abberufung der Mitglieder des Stiftungsvorstands geklagt und nun in letzter Instanz Recht bekommen. Auf Graf, Witt und Wansch, die sich inzwischen freiwillig aus der Stiftung zurückgezogen haben, kommen nun Schadensersatzklagen zu. Meschars Anwalt Georg Zanger kündigt profil gegenüber eine Feststellungsklage an. Allein die Steuern, die bei der Auflösung der Stiftung anfielen, betragen 360.000 Euro. „Diese fordern wir natürlich zurück, außerdem wollen wir eine Aufwandsentschädigung“, so Zanger. -

Das Gericht stellte zudem fest, dass die ehemaligen Stiftungsvorstände beim Ankauf einer Villa in Döbling „bestrebt waren, dem Bruder des Drittantragsgegners eine wohlwollende Vermieterin (Stiftung) zu verschaffen“. Die Rede ist von Martin Grafs Bruder, der dort ein Restaurant betreibt.

14.06.201316:22 Uhr

Salzburg: Die Spekulationsverluste werden immer kleiner

- "Es ist weiterhin höchst realistisch, dass das Land ohne finanziellen Verlust aus diesen Geschäften aussteigen kann", erklärt Gabi Burgstaller.

Die scheidende Landeshauptfrau Gabi Burgstaller und Noch-Finanzlandesrat Georg Maltschnig haben am Freitag in den wohl letzten Pressekonferenzen in ihrer jetzigen Funktion den aktuellen Zwischenbericht zur Lage der Salzburger Landesfinanzen präsentiert.

Die im Zuge des Finanzskandals aufgetauchten Spekulationsschulden in der Höhe von ursprünglich rund 1,83 Mrd. Euro (Stand Ende 2012) konnten demnach mit Stichtag 11. Juni auf 652 Mio. Euro reduziert werden, dazu kommt ein aktuelles Barvermögen aus Verkaufserlösen in der Höhe von etwa 323 Mio. Euro. -

Rechnet man diese beiden Beträge gegen, beträgt der Rest-Schuldenstand des Landes aus den riskanten Finanzgeschäften damit aktuell 329 Mio. Euro. "Es ist weiterhin höchst realistisch, dass das Land ohne finanziellen Verlust aus diesen Geschäften aussteigen kann", so Burgstaller. Wie wichtig das rasche Vorgehen beim Abbau der Spekulationsgeschäfte in den vergangenen Monaten gewesen sei, habe etwa die aktuelle Situation in der Türkei gezeigt.

Das bestätigte am Freitag auch Willi Hemtesberger von Ithuba Capital - dieses Unternehmen wickelt in Absprache mit dem Land die Auflösung der Geschäfte ab: Die Kursschwankungen bei der türkischen Lira - lange der brisanteste Posten bei den aufgetauchten Spekulationsgeschäften - hätte Salzburg ohne schnelles Handeln wohl 50 Mio. Euro gekostet.

Portfolio im Plus -

Das Portfolio des Landes liegt momentan mit 86 Mio. Euro im Plus, ein Rückgang gegenüber dem bisher letzten Zwischenbericht vom 14. Mai (damals rund 97 Mio. Euro). Allerdings konnten seit Jänner sowohl das Kredit-, das Zins- und das Fremdwährungsrisiko im "Topf"

drastisch gesenkt werden. "Mein Ziel war es, den Abbau der Veranlagungen und Schulden so weit wie möglich voranzutreiben. Das ist gelungen. Ich übergebe geordnete Strukturen, die mein Nachfolger - so er dies will - weiterführen kann", sagte der interimistische Finanzlandesrat Maltschnig. -

Die Gesamtschulden des Landes liegen laut aktuellem Bericht mit Stichtag 11. Juni bei rund 1,8 Mrd. Euro: Neben den Spekulationsschulden von den derzeit 329 Mio. Euro, sind das die regulären Schulden laut Landesvoranschlag in der Höhe von 874 Mio. Euro und 605 Mio. Euro Verbindlichkeiten des Wohnbaufonds. Bei letzterem würden den Schulden allerdings rund 1,5 Mrd. Euro an Forderungen gegenüber stehen.

17.05.201314:12 Uhr

Die scheidende Landeshauptfrau Gabi Burgstaller (S) und Noch-Finanzlandesrat Georg Maltschnig (S) haben am Freitag den aktuellen Zwischenbericht zur Lage der Salzburger Landesfinanzen präsentiert.

Die im Zuge des Finanzskandals aufgetauchten Spekulationsschulden in der Höhe von ursprünglich rund 1,83 Milliarden Euro (Stand Ende 2012) konnten demnach mit Stichtag 14. Mai auf 747 Millionen Euro reduziert werden, dazu kommen zusätzliche Verkaufserlöse von derzeit rund 146 Million Euro. -

"Dieses Geld soll in den nächsten Tagen zur Tilgung der Schulden herangezogen werden, damit würde sich der Schuldenstand auf 601 Millionen Euro reduzieren. Damit konnten wir die außerordentlichen Schulden um mehr als 1,2 Milliarden Euro verkleinern", so Burgstaller bei der Pressekonferenz. "Wir halten es für sehr realistisch, dass das Land ohne bleibende Verluste aus diesen Geschäften aussteigen kann." -

Fremdwährungs- und Zinsrisiko konnte massiv vermindert werden -

Das Portfolio des Landes liegt momentan mit fast 97 Millionen Euro im Plus, eine Steigerung gegenüber dem bisher letzten Bericht vom 15. April (damals 85 Millionen Euro). "Das Gesamtportfolio schrumpft und wir werden zunehmend sicherer, dass wir am Ende des Tages den Überhang auch erlösen können", betonte Maltschnig. Es sei gelungen, das Fremdwährungs- und Zinsrisiko massiv zu vermindern, die Volatilität des Portfolio seit gegenüber Februar 2013 um fast 90 Prozent reduziert worden. -

Der interimistische Finanzlandesrat betonte erneut, nicht das verkauft zu haben, was leicht zu verkaufen war, und am Ramsch sitzen zu bleiben, sondern den Abbau der Spekulationsschulden streng nach Risikogesichtspunkten vorgenommen zu haben. "Wir kommen jetzt langsam in Dimensionen, die wieder überschaubar werden." -
Laut Meinhard Lukas, Linzer Uni-Dekan und Berater des Landes, sei der Erfolg auch auf die positive Entwicklung des Marktes - die zuletzt gestiegenen langfristigen Zinsen haben den Salzburgern etwa in die Hände gespielt - zurückzuführen. -

Sorgfalt und Transparenz -

"Wir werden beim weiteren Abbau weiterhin so sorgfältig und transparent wie möglich arbeiten", so Lukas, der ankündigte, eine ordentliche Übergabe an eine neue Landesregierung gewährleisten zu wollen. "Eine neue Regierung muss dann auch eine strategische Entscheidung fällen, was Ansprüche gegenüber Banken betrifft. Wir bereiten derzeit nur die Entscheidungsgrundlage dafür vor." So sei bereits ein Anwaltsteam ausgewählt worden, welches das Land vertreten könne. -

Detail am Rande: Die Finanzabteilung sei laut Lukas mit Unterstützung von außen gerade dabei, einen Datenraum einzurichten, wo sämtliche Unterlagen zur Causa geordnet und für alle Beteiligten und Behörden zur Verfügung gestellt werden - virtuell und physisch zugleich.

Die Gesamtschulden des Landes liegen laut aktuellem Bericht mit Stichtag 15. Mai bei nicht ganz 2,1 Milliarden Euro: Neben den Spekulationsschulden von derzeit 601 Millionen Euro sind das die regulären Schulden laut Landesvoranschlag in der Höhe von 874 Millionen Euro und 605 Millionen Euro Verbindlichkeiten des Wohnbaufonds. Bei letzterem würden den Schulden allerdings rund 1,5 Milliarden Euro an Forderungen gegenüber stehen.

14.06.201311:20 Uhr

- Staatsanwalt fordert Wiedergutmachung von der Oesterreichischen Nationalbank. Ewald Nowotny und Peter Zöllner als Zeugen vorgeladen und als Aufsichtsräte kritisiert.

Die Oesterreichische Nationalbank wird mit Strafzahlungen in Millionenhöhe konfrontiert. Das geht aus der 83 Seiten starken Anklageschrift vom 10. Juni 2013 hervor, die FORMAT.at exklusiv vorliegt.

Konkret stellt die Staatsanwaltschaft Wien einen „Antrag auf Verhängung einer Verbandsgeldbuße“ gegen die beiden 100-Prozent-OeNB-Töchter Österreichische Banknoten- und Sicherheitsdruck GmbH (OeBS) und die Münze Österreich AG. Eine Verbandsgeldbuße sei zu verhängen, weil „die in der Anklageschrift unter II./ und III./ nach dem 1.1.2006 gesetzten Straftaten der Entscheidungsträger der Österreichischen Banknoten und Sicherheitsdruck GmbH Michael Wolf und DI Johannes Miller und des Aufsichtsratsvorsitzenden Mag. Dr. Wolfgang Duchatczek bzw. der Münze Österreich AG, DI Kurt Meyer und des Aufsichtsratsvorsitzenden Mag. Dr. Wolfgang Duchatczek, zu Gunsten dieser Verbände begangen worden sind.“ -

Sie Staatsanwaltschaft beantragt laut Anklageschrift auch einen so genannten „Wertersatzverfall gemäß § 20 Absatz 3 Strafgesetzbuch“, wonach, bei nachfolgenden Personen die nachstehende Beträge vom Gericht für verfallen zu erklären sind. Die OeNB trifft es indirekt am Härtesten. -

• Österreichische Banknoten- und Sicherheitsdruck GmbH 3.814.465 Euro
• OeBS-Geschäftsführer Michael Wolf 190.496 Euro

• OeBS-Geschäftsführer Johannes Miller 215.496 Euro
• Münze-Vorstand Kurt Meyer 110.911,08 Euro
• OeBS-Manager DI Roger C.-P. 112.050 Euro
• OeBS-Managerin Raluca T. 94.900 Euro
• Die Anwälte Klaus A. und Friedrich F. „zur ungeteilten Hand“1.488.774,12 Euro

Auch die Aufsichtsräte von OeBS und Münze Österreich bekommen ihr fett ab. Sie seien „im Zweifel“ freizusprechen. Denn in Wahrheit wussten die Kontroll-organe über die Provisionsschinderei bescheid.

Anklageschrift: „Zusammenfassend ist daher festzustellen, dass die Aufsichts-räte zwar in Kenntnis darüber waren, dass hohe „Provisionen“ gezahlt wurden, und dass diese jedoch – mit Ausnahme von Duchatczek und Meyer - aufgrund der von den Geschäftsführern erstatteten falschen Berichte und der verschwie-genen näheren Umstände zumindest im Zweifel nicht die erforderliche sub-jektive Tatseite aufwiesen. Grundsätzlich traf die Aufsichtsräte aufgrund ihrer Eigenschaft als Kontrollorgan der Geschäftsführung sehr wohl die Verpflicht-ung, malversive Handlungen der Geschäftsführung zu unterbinden und wäre deren allfällige wissentliche Unterlassung strafbarkeitsbegründend.“

Die Kritik richtet sich in erster Linie an OeNB-Gouverneur Ewald Nowotny und den im Zuge der Affäre aus der Notenbank ausgeschiedenen Direktoriumsmit-glied Peter Zöllner. Beide saßen im Aufsichtsrat von OeBS und Münze Österreich.

In der außerordentlichen Generalratssitzung am 18. Juni 2013 wird die Anklage gegen Vize-Gouverneur Wolfgang Duchatczek und andere Notenbank-Manger sowie die hohen Strafzahlungsforderungen der Staatsanwaltschaft und das Kontrollversagen in Aufsichtsräten zentrales Thema sein. Die Staatsanwalt wirft den angeklagten OeNB-Leuten die „Bildung einer kriminellen Vereinigung“ im Zusammenhang mit zahlreichen Straftaten (Untreue, Bestechung, Geldwäsche) vor.

In Frankreich zeichnet sich großer Polit-Steuerskandal ab

- In der Affäre um geheime Auslandskonten ermittelt die französische Justiz nun auch gegen die Schweizer Privatbank Reyl & Cie und deren Kunden, unter denen sich prominente französische Politiker befinden sollen.

Die Nachforschungen durch Untersuchungsrichter Renaud Van Ruymbeke richteten sich gegen Unbekannt und bezögen sich auf den Verdacht der "Geldwäsche im Zusammenhang mit Steuerhinterziehung", verlautete am Freitag aus Justizkreisen in Paris.

Sie sind Folge der Aussagen eines Ex-Mitarbeiters der Bank, der angeblich über eine Liste mit den Namen von rund 15 französischen Ministern und Ex-Ministern verfügt, die in der Schweiz ein Konto haben sollen. -

Auslöser der Ermittlungen ist die Affäre um das geheime Auslandskonto von Frankreichs Ex-Haushaltsminister Jérôme Cahuzac. Bei ihren Untersuchungen zu diesem Fall hatten die französischen Ermittler auch den früheren Mitarbeiter von Reyl & Cie, Pierre Condamin-Gerbier, befragt. Danach hatten die Untersuchungsrichter bei der Staatsanwaltschaft den Antrag einer Ausweitung ihrer Ermittlungen auch auf andere Personen gestellt. -

Die Pariser Staatsanwaltschaft ließ am 31. Mai weitere Ermittlungen über den Fall Cahuzac hinaus eröffnen, wie nun bekannt wurde. Die Nachforschungen beziehen sich den Angaben zufolge auf die Tätigkeit der Bank Reyl & Cie und ihrer Kunden. -

Politiker – links wie rechts -

Condamin-Gerbier hatte nach eigenen Angaben bisher noch keine Namen genannt, hatte aber deutlich gemacht, dass sowohl Politiker aus dem linken wie dem rechten Lager betroffen seien. Cahuzac sei nur ein "Bauernopfer" gewesen. Die Bank wies am Freitag in einer Erklärung in Genf alle Vorwürfe zurück und versicherte, sie unterhalte keinerlei "Kontobeziehung mit in Frankreich ansässigen Personen, die eine politische Funktion ausüben". -

Condamin-Gerbier wird nach eigenen Angaben mit dem Tode bedroht. Kürzlich sei sein Motorrad mit dem Ziel manipuliert worden, dass die Bremsen nachgeben, hatte er am Donnerstag gesagt. Er habe deshalb Anzeige erstattet.

Der Nervenkrieg um **Salzburgs Schulden**

14.06.2013 - 20:12 85 Millionen Euro im Plus sei das Land nach den enormen Spekulationsgeschäften - sagt die SPÖ. In Wahrheit drohen Verluste von Hunderten Millionen Euro. Ein Blick in den Finanz-Irrgarten des Landes.

Die scheidende Landeshauptfrau Gabi Burgstaller (SPÖ) und Noch-Finanzlandesrat Georg Maltschnig (SPÖ) präsentierten am Freitag den Zwischenbericht zu den Landesfinanzen.

Ein Kassasturz. Das ist es, was die neue Landesregierung nun braucht. Einen Kassasturz, um nach dem Spekulationschaos des vergangenen Jahrzehnts herauszufinden: Wie hohe Schulden hat das Land eigentlich?

Derzeit liegt der Verdacht nahe, dass nicht allzu viel Optimismus angebracht ist. Tatsächlich droht sich durch die Finanzaffäre eine Finanzlücke von mehreren Hundert Millionen Euro aufzutun.

Advertorial

Aber der Reihe nach. Bisher geisterten Gerüchte, Behauptungen und Befürchtungen durch die Landschaft. Einerseits kommen aus ÖVP-nahen Kreisen Hiobsbotschaften. Auf der anderen Seite Vertreter der SPÖ, welche stets in Aussicht stellten: Salzburg könne ohne Schaden aus den geheimen Finanzgeschäften aussteigen, mit einem blauen Auge davonkommen. Oder gar mit sattem Gewinn rechnen.

Dazu folgende Fakten über die Spekulationen des Landes:

1 Anfang des Jahres war klar: Das Land hatte damals 1828 Mill. Euro an Schulden bei Banken, Bund und Versicherungen, von denen es vorher nichts wusste. Gleichzeitig tauchten Swaps, Wertpapiere und Konten auf, deren Wert damals bei 1902 Mill. Euro lag.

Daraus folgerte der SPÖ-Flügel der Regierung: Es liege ein "Spekulationsgewinn" von 74 Mill. Euro vor - den man freilich erst realisieren müsse. Im Laufe eines halben Jahres schrumpfte dieser Wert und stieg wieder, mit Freitag lag diese "Bilanz" bei einem Plus von 86 Mill. Euro. LH Gabi Burgstaller (SPÖ) präsentierte sie persönlich.

2 Das ist leider weit weg von der ganzen, vollständigen Wahrheit. Diese stellte sich allerdings auch erst im Laufe der Zeit heraus. Beispiel: Derzeit befürchten die Experten der Finanzabteilung, dass weit über 200 Millionen Euro im "Liquiditätsmanagement" der Landesgebarung verschwunden sein könnten. Dieses Geld stammte aus vorzeitig zurückgezahlten, alten Wohnbaudarlehen ("Konversionsmittel"). Sie kamen - offenbar - nie im Landesbudget an. Besagte Millionen wären der "Minus-Seite" der Bilanz hinzuzufügen.

3 Andererseits: Seit Beginn der Spekulationen 2001 flossen weit über 100 Mill. Euro aus dem Finanzmanagement in das Budget. Diese wären dem "Gewinn" zuzurechnen - der entsprechend anwüchse.
4 Das SPÖ-Finanzressort hat aber etwas gemacht, dass seine Bilanz eindeutig "behübscht". Es hat, einfach gesagt, bei der Bewertung der Höhe ausständiger Kredite getrickst. Diese haben einen Nominalwert, das ist einfach die geschuldete Summe. Sie haben aber auch einen Barwert - das ist das, was man der Bank bezahlen müsste, wollte man sofort aus dem Kreditvertrag aussteigen. Also eine höhere Summe. Fix und variabel verzinste Kredite wurden wohl so geschichtet, dass das Land schuldentechnisch möglichst gut dasteht. Werden aber nur die niedrig verzinsten Kredite zurückgezahlt, bedeutet das: Eine schöne Spekulationsbilanz heute, dafür vermutlich höhere Zinsen in der Zukunft.
5 In direktem Zusammenhang damit stehen Swaps, mit denen fix verzinste Kredite von der Bundesfinanzierungsagentur in variable Verzinsung "gedreht" wurden. Hier schlugen die engagierten Finanzexperten alle Swaps dem geheimen Schuldenberg zu, der abgebaut wird, und nichts jenen 874 Mill. Euro, die das Land "ordentliche" Schulden hat. So konnten alle Swaps der "Haben-Seite" zugeordnet werden, weil sie ja mit Gewinn aufgelöst werden konnten.
Experten sagen: Würde man hier einem realistischeren Modell folgen, würde allein das die Bilanz der Spekulation ins Minus kippen.
6 Nicht bestätigt hat sich ein Verdacht, den die ÖVP geäußert hatte. Nämlich, dass das Land der Hypo im Rahmen einer "Wohnbaubank" noch zusätzliche 320 Mill. Euro schulde. Tatsächlich steht diesen Schulden über eine komplexe Steuervermeidungskonstruktion nämlich ein gleich großes Guthaben gegenüber. Diese "Zeitbombe" hat sich also selbst entschärft und wird - so sieht es aus - nicht budgetwirksam.
7 Ganz und gar unwahr dürfte auch eines der jüngsten Gerüchte sein: Das Land müsse, hieß es, der Bundesfinanzierungsagentur Öbfa nun 400 Millionen Euro auf einen Schlag zurückzahlen. Die Agentur dementierte sofort.
8 Ungemütlich könnte es dagegen an einer anderen Front werden: Gerade tauchte wieder ein Kredit auf, den das Land bereits als getilgt in den Büchern stehen hatte. Jedoch war das Geld leider nie bei der Bank angekommen. Was weitere finanzielle Löcher aufreißt.
9 Abgründe könnten sich schlimmstenfalls auch bei jenen Konten auftun, wo offiziell Rücklagen des Landes liegen. Momentan besteht der Verdacht, dass das Geld bei einzelnen dieser Konten nur in der Buchhaltung vorhanden ist, auf den Konten aber nicht. Was dem finanziellen Zustand des Landes weiter abträglich wäre.
10 Ein letztes, aktuelles Problem: Das Land hat derzeit noch immer Spekulationsschulden von 652 Millionen Euro. Gleichzeitig liegen 322 Mill. Euro auf der hohen Kante - sie stammen aus dem Verkauf spekulativer Papiere. Momentan ist es aber schwierig, mit dem Bargeld die Schulden abzubezahlen. Denn kaum eine Versicherung oder Bank will derzeit Geld zurückhaben - sondern sich viel lieber das Land als verlässlichen Schuldner behalten. Manches Geldinstitut könnte sich die vorzeitige Rückzahlung daher teuer abkaufen lassen.
Was bleibt am Ende? Nur die Erkenntnis, dass der Finanz-Irrgarten des Landes noch lange nicht erkundet ist. Und dass allzu viel Optimismus nicht angebracht ist - genauso wenig wie die Verbreitung von ungesicherten Hiobsbotschaften.
So sieht es auch der Jurist Meinhard Lukas. Der Dekan an der Uni Linz wurde von der Landesregierung mit der Aufarbeitung des Finanzskandals betraut. Auf die Frage nach seinem Urteil sagt er: "Ich habe immer alle Beteiligten davor gewarnt, dass man Gewinn und Verlust so vereinfacht nicht darstellen kann", sagt er in Richtung SPÖ.
Und fügt, vor allem gemünzt auf die Volkspartei, hinzu: "Genauso hoffe ich, dass jetzt nicht alles, was vorher zu positiv dargestellt wurde, als wahnsinnig negativ präsentiert wird. Wir müssen zu dem Punkt kommen, wo wir über diese Punkte endlich sachlich diskutieren können - ohne dass immer eine politische Agenda im Hintergrund eine Rolle spielt."

Haslauer: "Salzburg muss wieder etwas Besonderes sein"

14.06.2013 - 14:50 Salzburgs baldiger Landeshauptmann Wilfried Haslauer (ÖVP) möchte Salzburg wieder zu einem besonderen Bundesland machen, die Grüne Astrid Rössler spricht in den Zitaten der Woche von einem historischen Tag.

„Salzburg wird wieder ein Bundesland werden, das etwas Beson-deres ist.“ – da hüpft die Mozartkugel vor Vergnügen – Wilfried Haslauer (ÖVP), Landeshauptmann.

„Für uns ist heute ein historischer Tag.“ - Astrid Rössler, Grüne Landeshauptmann-Stellvertreterin mit Milliardärs-begleitung.

„Die Gewerkschaften sind wichtig.“ - Frank Stronach (Team Stronach), geläutert.

Necas' Sekretärin soll dessen Frau bespitzelt haben

15.06.2013 - 04:46 "Rein private Motive"

Die gigantische Polizeirazzia in höchsten tschechischen Polit-Kreisen am Donnerstag (siehe Infobox) hat möglicherweise einen banalen Hintergrund: Die festgenommene Kabinettschefin von Premier Petr Necas, Jana Nagyova (kl. Bild), wird verdächtigt, die Bespitzelung von dessen Ehefrau (gr. Bild) veranlasst zu haben. Dafür soll Nagyova, der ein Naheverhältnis zum Regierungschef nachgesagt wird, den Heeresnachrichtendienst (VZ) eingeschaltet haben. Just in der Vorwoche hatte Necas erklärt, sich von seiner Frau scheiden zu lassen.

Ivo Istvan, der Chef der Staatsanwaltschaft in Olmütz, der die Ermittlungen beaufsichtigt, bestätigte am Freitag die Meldung, dass Nagyova aufgrund des Verdachts festgenommen worden sei, insgesamt drei Personen bespitzelt zu haben. Ihre Motive seien "rein privat" gewesen. Nicht bestätigen wollte der Ermittler vorerst, dass unter den Spitzelopfern Necas' Ehefrau Radka Necasova war.

Wusste Necas über die Bespitzelung Bescheid?

Istvan präzisierte, dass der VZ die von Nagyova bestimmten Personen bespitzelt und ihr die Informationen geliefert habe. Das sei ohne Wissen des Verteidigungsministers geschehen. Nagyova wird nun Amtsmissbrauch zur Last gelegt. Auf die Frage, ob Necas von der Bespitzelung gewusst habe, antworteten die Ermittler: "Alle Alternativen werden geprüft."

Affäre mit einflussreicher Einflüsterin?

Tschechische Medien und Politiker sagen Necas und Nagyova nach, dass ihr Verhältnis über die Arbeitssphäre hinausgehe. Nagyova ist bereits seit 2006 die Chefin des Sekretariats von Necas, der damals noch Arbeitsminister war. Ihr wird ein großer Einfluss auf den nunmehrigen Premier

nachgesagt. Dieser hatte Anfang des Jahres die Trennung und vor einigen Tagen die Scheidung von seiner Ehefrau angekündigt.
Am Donnerstag hatte Necas in einer ersten Reaktion gemeint: "Ich habe keinen Grund, über meinen Rücktritt und damit über den Fall der Regierung nachzudenken." Sein Vertrauen zur festgenommenen Nagyova sei "nicht gesunken", er denke nicht, dass sie etwas Gesetzeswidriges begangen habe.

Geheimdienstler und Abgeordnete festgenommen

Bei der Razzia am Donnerstag wurden außer Nagyova der aktuelle und ein ehemaliger VZ- Chef sowie ein hoher Offizier des Heeresnachrichtendienstes festgenommen. Die Ermittler bestätigten außerdem, dass drei ehemalige Parlamentsabgeordnete von Necas' konservativer Demokratischer Bürgerpartei (ODS) wegen Korruption und Bestechung verfolgt werden: der frühere Agrarminister Ivan Fuksa, der ehemalige ODS- Klubobmann Petr Tluchor und der Ex- Abgeordnete Marek Snajdr. Letzterer sei derzeit im Ausland und habe noch nicht festgenommen werden können.
Die drei Ex- Abgeordneten hatten Ende 2012 ihr Parlamentsmandat niedergelegt und damit ihre Rebellion gegen ein Steuerpaket der Regierung aufgegeben. Danach kamen sie mit lukrativen Posten in Staatsbetrieben unter. Auch in diesem Fall soll Nagyova eine Rolle gespielt haben, daher wird ihr ebenso Beteiligung an Korruption vorgeworfen.

Schmiergeld-Ermittlungen nun auch gegen Necas selbst

In dieser Causa wird unterdessen auch gegen Necas selbst ermittelt, wie die Polizei am Freitagnachmittag bestätigte. "Premier Necas hat 2012 durch Jana Nagyova und (ODS- Mitglied, Anm. d. Red.) Roman Bocek drei Abgeordneten Schmiergeld in Form von bedeutenden Posten versprochen", heißt es in einem Dokument der Polizeiermittler, aus dem tschechische Medien zitierten. Die Polizei sei durch Telefon- Abhörungen und Analyse von SMS- Nachrichten zu diesem Schluss gekommen. Auch Bocek sei unter den am Vortag Festgenommenen.

Millionen an Bargeld und massenhaft Gold beschlagnahmt

Die Ermittler erklärten weiter, bei der Razzia seien insgesamt acht Personen festgenommen, etwa 150 Millionen Tschechische Kronen (knapp sechs Millionen Euro) in bar und Dutzende Kilogramm Gold beschlagnahmt worden. Für alle Festgenommenen soll die Untersuchungshaft beantragt werden.
Die Affäre zog am Freitag einen Schlagabtausch im Parlament in Prag nach sich. Die oppositionellen Sozialdemokraten (CSSD) forderten den sofortigen Rücktritt von Necas und seiner gesamten Regierung sowie baldige Neuwahlen, andernfalls würden sie eine Misstrauensabstimmung beantragen. "Noch nie in der Geschichte des Landes hat die Polizei in das Regierungsamt eingegriffen", argumentierte CSSD- Chef Bohuslav Sobotka im Abgeordnetenhaus. Necas' Kabinett sei "total diskreditiert". Laut dem Chef der Kommunisten, Vojtech Filip, hat Necas "die Ernsthaftigkeit der Situation nicht begriffen".

„Unsere Gesellschaft ist von Neid getrieben.“ - nix wird einem gegönnt - Alfred Gusenbauer, geschäftlich umtriebiger Alt-SPÖ-Chef....

„Der Herr Strobl und die Frau Mlinar von den Neos beeindrucken mich in ihrer jugendlichen Tatkraft, in ihrem Optimismus, in ihrer Anstrengung, die Dinge zu verändern.“ - kleine Verwechslung - besser Hans-Peter Haselsteiner überweist seine Neos-Spenden nicht an Strobl sondern an Strolz..

„Salzburg wird wieder ein Bundesland werden, das etwas Besonderes ist.“ – da hüpft die Mozartkugel vor Vergnügen – Wilfried Haslauer (ÖVP), bald Landeshauptmann. Bild: SN/APA/BARBARA GINDL

Seelische Störungen breiten sich wie ein Flächenbrand aus!

Doch in einer durchpsychiatrisierten Gesellschaft wird inzwischen jede geringste Abweichung von der Norm pathologisiert – während ernsthaft psychisch Kranke in Österreich noch immer eklatant unterversorgt bleiben und falsch behandelt werden.

Plötzlich packten ihn Weinkrämpfe. In seinem Landsitz in Gardone konnte er keine Mahlzeiten mehr im Kreise seiner Gäste einnehmen und musste in seine Zimmer in den ersten Stock flüchten. Eine Irritation, die André Heller mit dem 1938 verstorbenen Gabriele D'Annunzio verband. Der italienische Schriftsteller, der einst unweit von Hellers Anwesen in seinem Schloss „Il Vittoriale" residierte, speiste nahezu immer allein, weil ihn der Anblick seiner essenden Besucher in Angstzustände katapultierte. In Christian Seilers Heller-Biografie „Feuerkopf" schildert der Künstler jene „Verstörung", die ihn 1997, knapp vor seinem 50. Geburtstag, sieben Jahre lang paralysieren und „neben sich" leben lassen sollte: „Mich befielen tausenderlei Nöte. Grotesk verzerrte Bilder … Dann das Gefühl einer absoluten Isolation oder eines in sich selbst Versinkens. Eruptive Traurigkeit von noch nie gekanntem Ausmaß, auch radikale Ohnmachtsgefühle und die Auflösung aller bisher gekannten Koordinaten …"

Auflösung, langsames Verlöschen, den Boden verlieren, Fremdsein im vertrauten Gebiet, morgens mit dem Gefühl aufzuwachen, „ein menschlicher Verkehrsunfall zu sein", wie die 27-jährige, jahrelang depressive deutsche Schriftstellerin Kathrin Weßling in ihrem Buch „Drüberleben" notiert: Die Zustandsbeschreibungen für ein Leben „neben sich", die in Gesprächen mit Betroffenen fallen, tragen immer den Unterton von Hilflosigkeit, Ohnmacht und Kontrollverlust. Seelische Bruchstellen finden sich längst nicht mehr nur in den Lebenswegen feinnerviger Kreativer. Die Künstlerbiografien der vergangenen Jahrhunderte sind voll mit Lebensgeschichten, in denen der Nachweis des funktionierenden Zusammenspiels von psychischen Leiden, Kreativität und Genialität erbracht wurde: Vincent van Gogh, Edvard Munch, Heinrich Heine, Jean-Jacques Rousseau, Virginia Woolf, Samuel Beckett, Ernest Hemingway, Friedrich Nietzsche. Beispiele aus der jüngeren Vergangenheit sind John Lennon, der sich immer wieder in der Isolation verbarrikadierte, der zeitlebens schwer depressive Yves Saint Laurent, Romy Schneider, Kurt Cobain, der mit 27 Jahren verstorbene australische Schauspieler Heath Ledger („Meine Angst wurde zum Ganztagsjob.") oder der britische Designer Alexander McQueen, der 2010 freiwillig aus dem Leben schied.

Doch Künstler haben auch das Privileg, gemäß der Freud'schen Sublimierungstheorie ihre Schmerzen für die eigenen Werke instrumentalisieren zu können. „Ich wollte immer mehr Van Gogh sein, als Cary Grant", erklärte der inzwischen verstorbene Schauspieler, Fotograf und Maler Dennis Hopper, der jahrelang an Alkohol- und Tablettensucht litt, 2001 in einem profil-Interview. „Nahe am Abgrund werden die Emotionen einfach größer und überwältigender. Mit Alkohol, Drogen, Trauer, Liebe und Hass zwingt man sich in einen Rohzustand, der der Kunst gut tut." -

Doch diese Luxusvariante von Unglück ist für den Normalbürger nur selten zugänglich.

Betrachtet man die aktuellen Statistiken, war die menschliche Seele „noch nie soempfindlich gegen äußere Witterung", so Johann Wolfgang von Goethe einst, wie heute. Seelische Entgleisungen, Störfälle und Zusammenbrüche, wie immer sie auch psychiatrisch etikettiert sein mögen, breiten sich wie ein Flächenbrand aus.

Weniger Straße, mehr Bahn und neue Energie

16.06.2013 - Das Programm der neuen Regierung ist besiegelt. Ein Vergleich mit den Projekten der alten Koalition aus dem Jahr 2009 lohnt sich.

Was werden sie aus ihrem neuen Programm machen? Astrid Rössler (Grüne), Wilfried Haslauer (ÖVP) und Hans Mayr (Team Stronach).

Weniger Straßenbau, neue Schienen, günstigere Bahn- und Bustickets. Das plant die neue Salzburger Landesregierung im Verkehr. In der Energie stehen die Chancen auf große Wasserkraftwerke und Leitungsprojekte wie 380 kV und Tauerngas jetzt schlechter. Das ergibt ein Vergleich der Regierungsprogramme der Jahre 2009 und 2013. -

Verkehr:Die alte rot-schwarze Landesregierung sah Verkehrsprojekte in erster Linie in ihrem Nutzen für die Wirtschaft, den Arbeitsmarkt und den Standort Salzburg. Die neue schwarz-grün-gelbe Koalition will - "bei allem Verständnis für individuelle Mobilitätsbedürfnisse und -notwendigkeiten" - verstärkt den Klima- und Umweltschutz berücksichtigen und eine "sinnvolle Verknüpfung" von Rad, Auto, Bus und Bahn erreichen.
Das heißt nicht, dass wegen der grünen Beteiligung nun große Straßenbauprojekte jedenfalls "gestorben" sind. Die Leichtigkeit und die Flüssigkeit des Verkehrs sind aber nicht mehr vorrangig. Der "Schutz der Bevölkerung" dominiert.

Ortsumfahrungen: Übrig geblieben sind nur mehr die Bergheimer Umfahrung durch einen Gitzentunnel (zwischen Lengfelden und Anthering) sowie eine "aufgrund der Naturschutzgebiete allerdings schwer umsetzbare" Salzachbrücke im Raum zwischen Salzburg und Oberndorf. Die Umfahrung von Saalfelden hatte LH-Stv. Wilfried Haslauer (ÖVP) schon in der alten Regierung versenkt. Stattdessen gibt es für Saalfelden "telematische Verkehrssteuerungen".
Die Regierung aus SPÖ und ÖVP hatte neben Straßwalchen, dessen Umfahrung nun fast fertig ist, weitere Projekte zum Beispiel für Mittersill, Lamprechtshausen und Golling in ihrem Programm.
Autobahnanschlüsse: Abgesehen von dem seit Langem geplanten Halbanschluss Hagenau sind keine weiteren Anbindungen geplant. Die alte Koalition wollte in Eugendorf eine zweite

Autobahnauffahrt. Vom dreispurigen Ausbau der Autobahn (etwa bis Hallein) ist ebenfalls keine Rede mehr.
Eisenbahnprojekte: Auch die neue Regierung bekennt sich zur geplanten Hochleistungsbahntrasse durch den Flachgau. Sie unterstützt die aktuelle Variante mit langen Tunnelstrecken. Im Nahverkehr sind - wie zum Teil schon bisher - der S-Bahn-Ast nach Straßwalchen samt Elektrifizierung der Abzweigung in Steindorf Richtung Braunau, eine Pinzgauer S-Bahn zwischen Bruck und Saalfelden im Stundentakt, die Verlängerung der Salzburger Stadtregionalbahn (erste Etappe vom Hauptbahnhof zum Mirabellplatz) sowie die "katastrophensichere Anbindung des Pinzgaus und des Pongaus an den Zentralraum" enthalten. Gemeint ist dabei vor allem der Ausbau am Pass Lueg. Vorhaben wie diese sind aber nur auf Bundesebene durchzusetzen. Vergessen scheinen übrigens der Bahnausbau und der Lärmschutz im Gasteiner Tal.
Radwege: Noch mehr Radwege, gute Fahrradabstellmöglichkeiten an Bahn- und Bus-Haltestellen, günstige Fahrradmitnahme im Öffentlichen Verkehr (ÖV) und Leihradsysteme in Regionen sind weitere Ziele für die nächsten fünf Jahre.
Fahrkarten: Das neue politische Bündnis will eine Tarifreform im ÖV mit einem erschwinglichen ganzjährigen Angebot für Schüler, Lehrlinge und Studenten und einem 365-Euro-Jahresticket für alle öffentlichen Verkehrsmittel im gesamten Land. -

Energie: Im Energiebereich haben sich die Kräfte verschoben. Die im Jahr 2009 wiedergewählte Burgstaller-Haslauer-Koalition sah gemäß Arbeitsübereinkommen zwischen SPÖ und ÖVP "das größte Potenzial an erneuerbaren Energien im Land Salzburg in der Wasserkraft, der Biomasse und der solaren Wärmegewinnung". Diese Energieformen erhielten damals einen "strategischen Vorrang" vor anderen Alternativenergien wie Photovoltaik, Windkraft und Erdwärme. Die Wirksamkeit von Anlagen und Netzen soll nun generell erhöht werden.
Wasserkraft: Die neue Regierung will "den Ausbau von Wasserkraft, Windkraft, Biomasse und Photovoltaik koordiniert vorantreiben". Das Land werde besonders die Effizienzsteigerung von bestehenden Kleinwasserkraftanlagen fördern. Eine Energienutzung der Mur bei Ramingstein wäre nur mit Zustimmung der Gemeindevertretung "denkbar".
Photovoltaik: Die Fördersysteme sollen in der neuen Periode weiterentwickelt werden. Im Übereinkommen von ÖVP, Grünen und Team Stronach heißt es: Vorrang für Photovoltaik-Dachflächen, Vereinfachungen von Bürgerbeteiligungsmodellen, verbindliche Nutzung von öffentlichen Gebäuden - z. B. auf dem Salzburger Messezentrum.
380-kV-Leitung: Die alte Regierung erwähnte im Energiekapitel die umstrittene Höchstspannungsleitung nicht namentlich. Rot und Schwarz bekannten sich aber "zum notwendigen Netzausbau im regionalen und überregionalen Bereich vor dem Hintergrund entsprechender Versorgungssicherheit, eines nach wie vor steigenden Energieverbrauchs und der zunehmenden Erzeugung und des Einsatzes von erneuerbaren Energien". Auch dem von Anrainern geforderten Erdkabel ging die Regierung Burgstaller-Haslauer aus dem Weg: Vor vier Jahren strebte das Land Salzburg lediglich einen Interessenausgleich mit der betroffenen Bevölkerung an und es befürwortete "wirtschaftlich vertretbare Lösungen".
Nach dem Regierungswechsel will das Land wissenschaftlich überprüfen lassen, ob die Leitung überhaupt notwendig ist. Das Ergebnis soll in die schon laufende Umweltverträglichkeitsprüfung einfließen. Falls die Leitung tatsächlich notwendig ist, spricht sich die schwarz-grün-gelbe Koalition "für eine Teilverkabelung nach dem neuesten Stand der Technik aus".
Tauerngasleitung: Die Regierung "Haslauer neu" ist von einem weiteren Energiegroßprojekt etwas abgerückt. Auch hier gelte es, öffentliche Interessen des Landes abzuwägen sowie den Klima- und Naturschutz und Nutzungskonflikte gewissenhaft zu bewerten. Das alte Regierungsteam hingegen versprach "aktive Mithilfe zur Lösung der Konflikte" um den Bau der Tauerngasleitung.

FPÖ nimmt nicht am Hearing der Landesregierung teil

16.06.2013 - Die Mitglieder der neuen Landesregierung wollen sich am Dienstag einem öffentlichen Hearing stellen. Ein "Kasperltheater", findet der Salzburger FP-Chef Karl Schnell. Seine Fraktion werde nicht teilnehmen.

Nicht für das „Kasperltheater“ zu haben: Der Salzburger FP-Chef Karl Schnell.

Mit dem Hearing wurde eine alte Forderung der Grünen umgesetzt: Alle neu gewählten Abgeordneten bekommen das Recht, dem designiertem Landeshauptmann und den sechs neuen Landesräten jeweils eine halbe Stunde lang Fragen zu stellen. Bei der Opposition freut man sich über das Zugeständnis allerdings nur bedingt. Die Freiheitlichen wollen sich etwa an der Anhörung gar nicht beteiligen.

"Regierung soll sich erst beweisen"

FPÖ-Chef Karl Schnell kündigte am Sonntag an, dass seine Fraktion am Hearing nicht teilnehmen wird. "Die Idee finde ich eine gute Sache, aber die Anhörung hat keine Konsequenzen. Das Hearing ist ein Kasperltheater, wir wollen nicht die Staffage für ein Medienspektakel sein. Wir kennen die handelnden Personen ohnehin bestens, die Regierung soll erst einmal beweisen, dass sie arbeiten kann." -

Er begründete seine Skepsis auch mit einem Hearing, dass alle Parteien bezüglich der Bestellung eines Nachfolgers für die Position des Landtag-Direktors durchgeführt hätten. "Da wurde eine Kandidatin mit überwältigender Mehrheit an die erste Stelle gereiht und von SPÖ, Grünen und der FPÖ gewählt. Aber wegen dem Widerstand der ÖVP ist sie bis heute nicht angestellt."

Für die SPÖ zählt "allein der Wille" Auch der Salzburger SPÖ-Vorsitzende Walter Steidl zeigte sich eher verhalten: "Das Hearing wird nichts ändern und man wird wegen der knappen Zeit auch nicht in die Tiefe gehen können. Aber wir haben die Forderung auch in unserem Wahlprogramm gehabt. Allein der Wille zählt - auch wenn die Umsetzung ohne Folgen bleibt." Steidl meinte, auf jeden Fall bei der Anhörung vorbeischauen zu wollen. "Ich habe angekündigt, in der Opposition konstruktiv zu sein. Wir werden am Dienstag das Ausmaß der Fragen reduzieren, aber ich überlasse das jedem Abgeordneten selbst."

Das Hearing findet am Dienstag von 9 bis 13 Uhr im Plenarsaal des Landtags statt. Das Fragerecht haben alle neu gewählten Landtagsabgeordneten. Pro Regierungsmitglied stehen 35 Minuten zur Verfügung, wovon fünf Minuten auf ein kurzes Eingangsstatement entfallen.

16.06.2013, 20:40

Finanzministerin Maria Fekter hält nichts von einer Vermögenssteuer, vor allem, wenn sie Unternehmen betrifft: Eine Besteuerung des Betriebsvermögens sei das "Dümmste, was man tun kann", denn sie beschneide die Investitionsbasis der Unternehmen und koste daher Arbeitsplätze, wetterte die ÖVP- Ministerin am Samstag. SPÖ- Finanzstaatssekretär Andreas Schieder konterte tags darauf und bezeichnete "Millionärssteuern" als "gerecht und fair". Auch beim Thema Sozialhilfe- Missbrauch lieferten sich die Regierungspartner am Wochenende einen heftigen Schlagabtausch.

Fekter forderte in Bezug auf eine Vermögenssteuer: "Ab in den Papierkorb damit." Dem sozialdemokratischen Regierungspartner empfahl sie, "bei seinen Altvorderen Franz Vranitzky und Ferdinand Lacina Nachhilfe zu nehmen", die in den 90er- Jahren die Vermögenssteuer abgeschafft haben.

Fekter möchte keinen "Schnüffelstaat"

Die ÖVP- Ministerin verteidigte auch vehement das österreichische Bankgeheimnis. Sie wolle keinen "Schnüffelstaat", in dem die Finanzbehörden erfahren könnten, was ein Kontoinhaber mit seinem Geld mache - etwa wo er was er im Internet bestelle.

Zur Kontrolle illegaler Finanztransaktionen gebe es genug Instrumente, versicherte Fekter. Deutschland würde allein zur Aufarbeitung der Unmengen von Informationen, die es durch den Datenaustausch bekomme, Tausende neue Beamte brauchen. "Die haben die Daten, wir bekommen das Geld", meinte die Finanzministerin. In Österreich könne sich "niemand hinter dem Bankgeheimnis verschanzen, denn Österreich ist kein Steuerparadies".

Ideologischer Schlagabtausch um die Vermögenssteuer

Angesichts der bevorstehenden Nationalratswahl wird der ideologische Schlagabtausch um die Vermögenssteuer zwischen der ÖVP und der SPÖ

immer heftiger. Besonders der Ende Mai präsentierte Bericht über die gestiegene Zahl der Millionäre in Österreich führte zu geharnischten Wortspenden auf beiden Seiten (siehe Infobox). So meinte ÖGB- Präsident Erich Foglar vor wenigen Wochen: "Das Vermögen der Millionäre wurde mit Steuergeld gerettet."
ÖVP- Generalsekretär Hannes Rauch konterte damals, "nicht Vermögenssteuern, sondern die richtigen Maßnahmen für Einkommensschwache, wie Bildung, Stärkung der Eigeninitiative und die Chance auf einen Arbeitsplatz, führen zu mehr sozialem Aufstieg". Es gehe um eine zukunftsorientierte Politik, nicht um "ungerechte Neid- und Umverteilungsdebatten".

Schieder: "Millionärssteuern sind gerecht und fair"

Auch am Sonntag ging der emotionale Streit um das Thema weiter. SPÖ-Finanzstaatssekretär Andreas Schieder pochte einmal mehr auf "Millionärssteuern" - diese seien "gerecht und fair". Das würden internationale Studien etwa der Europäischen Zentralbank, des Internationalen Währungsfonds und weiterer Institute zeigen. "In Österreich ist Vermögen noch immer sehr ungleich verteilt", das wolle die SPÖ ändern, so Schieder. In Richtung ÖVP sagte der Staatssekretär, es sei klar, dass Betriebsvermögen nicht angetastet werde.
Rauch konterte, er wünsche sich "von den Genossen einmal denselben Eifer bei Reformen, wie sie ihn tagtäglich beim Erfinden neuer Steuern" an den Tag legten. Die "sozialistische Parteizentrale" werde erneut "nur mit einem Arbeitsplatzvernichtungsprogramm auffällig".

Gefechte auch um Sozialhilfe- Missbrauch

Auch beim Thema Missbrauch von Sozialhilfe gab es am Sonntag ein heißes Gefecht: Nachdem Rauch gegenüber der "Krone" die laschen Auszahlungskriterien bei der Mindestsicherung kritisiert hatte, reagierte SPÖ-Geschäftsführer Norbert Darabos empört: "Es ist beschämend, wie die ÖVP jetzt Wahlkampf auf Kosten der Ärmsten macht."
Rauch hatte strengere Kontrollen und genauere Kriterien für die Auszahlung der Mindestsicherung und auch Rückforderungen bei unberechtigtem Bezug dieser Sozialhilfe verlangt. Immerhin würden die Kosten dafür 439 Millionen Euro jährlich betragen, da insgesamt bereits 193.000 Bezieher der Mindestsicherung monatlich rund 800 Euro erhalten. "Die meisten davon, nämlich 111.700 Personen, leben in Wien", so Rauch.

Darabos erklärte am Sonntag, dass es längst strenge Kontrollen für die Auszahlung der Mindestsicherung gebe. "Mehr als 47.000 Bezieher der Mindestsicherung haben seit Einführung dieser Sozialleistung wieder Arbeit gefunden", sagte der SPÖ- Parteimanager. Er fügte hinzu, dass ein "unrechtmäßiger Bezug der Mindestsicherung kaum möglich" sei. Die ÖVP wisse das auch, aber "Tatsachen spielen für die ÖVP in ihrer aggressiven Wahltaktik offenbar keine Rolle". Rauchs Konter: "Norbert Darabos ist vom Verteidigungsminister zum Verteidiger der sozialen Hängematte geworden."

16. Juni 2013 22:40 Tschechien

Premier Petr Necas tritt zurück

Nach Spitzel-Affäre: "Ich übernehme dafür die volle politische Verantwortung"

Der tschechische Premier Petr Necas tritt zurück. Er werde die Demission am morgigen Montag einreichen, teilte Necas nach einer Tagung mit der engsten Führung seiner konservativen Demokratischen Bürgerpartei (ODS) am Sonntagabend mit. "Der Augenblick ist gekommen und ich übernehme dafür die volle politische Verantwortung", erklärte Necas.

Die tschechische Polizei hatte am Donnerstag Vertraute

und Parteifreunde von Necas festgenommen. In den Fällen geht es um die Bespitzelung von Necas' Ehefrau durch den Militär-geheimdienst sowie um die mutmaßliche Bestechung von Abgeordneten. **Der liberal-konservative Regierungschef lehnte bisher einen Rücktritt ab und bestritt jegliche Schuld.**

16. Juni 2013 23:14

Wahlkampf Stronach: Fuchs wird neuer Wahl - Chef

Er holt Ex-RTL-Manager und ATV-Geschäftsführer Tilmann Fuchs.

„Tillmann Fuchs wird unseren Wahlkampf managen“, bestätigt Stronach-Klubchef Robert Lugar auf Anfrage von ÖSTERREICH. Der 48-Jährige habe zwar keine „explizite Erfahrung“ im Führen von Wahlkämpfen, genieße aber als Kommunikationsprofi Stronachs Vertrauen, der ihn auch bestellt hat.

Der Ex-RTL-Manager und ATV-Geschäftsführer Tillmann Fuchs ist Sohn von Malerfürst Ernst Fuchs und seit mehreren Jahren engster Stronach-Vertrauter. Politologe Peter Filzmaier meint, die Stronach-Partei benötige dringend einen Strategen. -

Haslauer: " Kassasturz könnte neue Belastungen bringen "

16.06.2013 Die Problematik seien die schwierigeren Finanzprodukte. Die Jamaika-Koalition werde halten, sagt Salzburgs nächster Landeshauptmann im Interview.

Die Presse: Am Mittwoch stellen Sie als Landeshauptmann und Ihre sechs Landesräte sich einem Hearing im Landtag. Was ist Ihr Worst-Case-Szenario? Die Opposition ist mit SPÖ und FPÖ ja vermutlich so hart wie nie. -

Wilfried Haslauer: Ich sehe gar kein Worst-Case-Szenario, sondern die Abgeordneten sollen sich ein Bild von den Persönlichkeiten machen. Die sechs Landesräte sind ja alle zum ersten Mal in einer Regierung. Eine starke Opposition ist gut für die Demokratie, und sie wird die Regierung zusammenschweißen.

Einzelne Mitglieder oder auch das ganze Team können durch welche Mehrheit auch immer nicht abgewählt werden. Damit ist das Hearing zahnlos. -

Wir sehen dieses freiwillige Hearing als Testlauf für künftige Gesetzgebungsperioden. Dann ist auch anderes denkbar -.

Als Erstes haben Sie für die neue Regierung einen großen Kassasturz nach der Finanzaffäre angekündigt. Wie schnell wird das jetzt gehen? -

Schnell. Mitte des Sommers wollen wir einen guten Überblick haben.

Welches Ergebnis erwarten Sie? Die SPÖ hat am Freitag in ihrem letzten Finanzbericht einen Restschuldenstand von 329 Millionen Euro angeführt. Sie zweifeln diese Summe an. -

Ja. Da sind einerseits Papiere, andererseits Verbindlichkeiten drinnen, die jeweils einen Kurswert haben. Und nach welchen Maßstäben bewertet man das? Das werden wir uns anschauen. Die eigentliche Problematik sind aber die schwierigeren Finanzprodukte, mit schlechtem Kurswert. Das wird den Schuldenstand am Ende bestimmen. -

Der könnte also noch viel höher sein als derzeit vermutet – so, wie es der Kärntner Regierung passiert ist? -

Ich hoffe nicht, aber es könnte sein. -

Unabhängig vom Schuldenstand: Welche Projekte wird diese Regierung auf jeden Fall verwirklichen, wofür gibt es fix Geld? Sie

selbst sind unter anderem für Wirtschaft, Tourismus und Gemeinden zuständig, auch für die Bildung. -

Wir haben im Regierungsübereinkommen festgehalten, dass alles, was wir umsetzen, unter der Voraussetzung der Finanzierbarkeit erfolgt. Einig sind wir uns über Prioritäten von der unterirdischen Verlängerung der Lokalbahn über die Finanzierung der Meisterprüfung bis zur Erhöhung des Anteils der erneuerbaren Energie. -

Die Gesamtschule bis 14 soll in einem Modellversuch in Hallein erprobt werden. Mit welchem mittelfristigen Ziel? -

In den Bildungsbereich muss ich mich erst voll einarbeiten, die Bildung ist für mich aber Zukunftsinvestition, und der Neuen Mittelschule stehe ich positiv gegenüber. -

Gehen Sie an das Projekt Gesamtschule daher so euphorisch heran wie der Tiroler ÖVP-Landeshauptmann Platter an die Modellregion im Zillertal, die er mit den Grünen verwirklicht? -

Ich sehe das etwas anders. Mein Punkt ist schon die Differenzierung. Ich sage: Neue Mittelschule – ja. Aber Gymnasien wie etwa Europagymnasien mit fünf Fremdsprachen brauchen eine Langform, das geht nur in acht und nicht in vier Schuljahren. Da bin ich eher auf Bundeslinie (der ÖVP, Anm.).

Die Grünen-Ressorts – Familie, Generationen, Integration oder Kultur – gelten als sogenannte Wohlfühlressorts, sie sind also nicht gerade gewichtig, was kritisiert wird. Andererseits bieten diese Ressorts erfahrungsgemäß eher als die nunmehrigen „harten“ ÖVP-Ressorts die Chance, sich in der Öffentlichkeit beliebt zu machen . . .

Dass das kritisiert wird, zeigt uns, dass wir es richtig gemacht haben mit unserem Mix. Und „weiche“ Ressorts, die von gesellschaftlicher Bedeutung sind, sind mindestens so wichtig wie die eher technischen Bereiche. Alle von uns haben enorme Profilierungschancen, wenn wir unsere Arbeit gut machen.

SPÖ-Landeschef Steidl hat schon gesagt, dass mit dieser Ressort-aufteilung, die zugunsten der ÖVP gehe, kein Neustart möglich sei. Auch die FPÖ spricht von einer Regierung, die „in Wahrheit schwarz-grün-schwarz“ sei. Die Erwartungen seien gering. -

Das ist die Opposition, die das aus ihrem Selbstverständnis heraus fast negativ beurteilen muss. Reden wir in ein paar Jahren weiter, dann sehen

wir, ob die Ressortaufteilung die richtige war. -

Der Makel bleibt, dass Sie, der künftige Landeshauptmann, als bisheriger Stellvertreter um die Details der Finanzaffäre hätten wissen müssen – oder sogar davon wussten. Oder? -

Diese Debatte ist doch Geschichte und auch inhaltlich in jeder Weise unrichtig. Ich werde diese Regierung mit aller Kraft, Fleiß und Ernsthaftigkeit führen. Und wir haben vereinbart, dass die Dinge vollinhaltlich weiter aufgeklärt werden. Wir stehen auch einer Weiterführung des Untersuchungsausschusses positiv gegenüber. -

Stronach-Landesrat Mayr ist ein Wendehals, könnte man sagen: Bis Februar war er noch ÖVP-Bürgermeister. Was hat Sie überzeugt, dass ihm zu trauen ist? Mit einer Koalition mit dem Team Stronach an Bord leisten Sie auch Pionierarbeit. -

Ich bin sicher, dass er das gut machen wird. Ich kenne ihn lange, er war ein tüchtiger Bürgermeister (von Goldegg, Anm.). -

In anderen Ländern, etwa Niederösterreich, regiert Parteichef Frank Stronach gern selbst hinein. Bereitet Ihnen das Unbehagen? Sie stehen ja kritisch zum Team Stronach im Bund. -

In Salzburg haben die Damen und Herren durchaus selbstständig agiert, ich habe nie den Eindruck bekommen, dass sie Vorgaben aus Wien bekommen. Lassen Sie uns einmal arbeiten. Es ist ein Experiment und ein spannendes Modell. -

Gehen Sie davon aus, dass es die vollen fünf Jahre bestehen bleiben wird? Die ÖVP selbst steht mit 29 Prozent ja so schwach da wie noch nie in Salzburg. -

Ich gehe schon davon aus, dass es halten wird. -

Soll Ihre Jamaika-Koalition Vorbild für den Bund sein? -

Von Koalitionsspekulationen vor einer Wahl halte ich relativ wenig. Danach muss man schauen, wer mit wem kann. Und bestehen politische Verträglichkeiten, muss man den Sack zumachen.

Wird das Ziel Ihres politischen Lebens oder wenigstens ein Etappenziel mit der Amtsübernahme am Mittwoch erreicht sein?

Dann geht es erst richtig los.

Kulterer sieht "Festtag für Bayern" nahen

14. Juni 2013, 18:22

Exbanker sorgt sich um Entscheidung des OGH

Wien - Der Exchef der Hypo Alpe Adria, Wolfgang Kulterer, macht sich Sorgen. Am 2. Juli entscheidet der Oberste Gerichtshof (OGH) über die Causa Vorzugsaktien I. Folgt er der Ansicht der Generalprokuratur, würden die Urteile gegen Kulterer, Günter Striedinger, Anwalt K. und Steuerberater G. wegen Untreue rechtskräftig. Sie müssten ins Gefängnis.

Kulterer beunruhigt aber etwas anderes. In einer Mail, die er auch an zwei ihm bekannte Anwälte der Kanzlei Freshfields schickte, warnt der Exbanker, dass **bei einer Bestätigung des Vorzugsaktien-Urteils "dies ein Festtag für die Bayern wäre, weil die Schadenersatzklagen damit volles Gewicht erhalten".**

In seinen, Kulterers, Augen arbeite "die Justiz derzeit mit Hochdruck zugunsten der BayernLB". Die Bayern haben ja die Rückabwicklung ihres Hypo-Kaufs eingeklagt; dieses Verfahren läuft derzeit am Handelsgericht Wien. Der Exchef der Hypo: "Eine Bestätigung des Urteils wäre Wasser auf den Mühlen der BayernLB! ... Es ist nachgewiesen, dass sie die Hypo gegen die Bank (gemeint: Wand; Anm.) gefahren hat." Er bitte, so Kulterer, "diese Information ... zu verbreiten".

Warum Kulterer sie ausgerechnet bei den Anwälten von Freshfields verbreitet, ist unklar. Die Kanzlei vertritt in diversen Causen: die BayernLB.

12. 06. 2013 Gehässigkeiten gegen Stronach

Nach ersten Erfolgen sieht die Wahlbewegung von Frank Stronach schon wieder alt aus. Nicht einmal in seinem Heimatbezirk kommen die berüchtigten Wutbürger noch zu den Treffen. -

Jedem Anfang wohnt ein Zauber inne. Den hat Frank Stronachs Wahlbewegung bereits hinter sich. Vergangene Woche waren Stammtische in der Oststeiermark angesagt: in Stronach-Land, wo jedermann von den Segnungen schwadroniert, die der Auswanderer seinen Landsleuten hat angedeihen lassen, wo nur die ärmsten Schlucker und alte Mütterchen im prasselnden Regen auf den Postbus warten.
"Er steht uns zur Verfügung mit seinem Wissen, seiner Erfahrung, seinen Ideen und seinem Geld“, schwärmt Rene Freiberger, neuerdings Assistent der Landesgeschäftsführung der steirischen Stronach-Filiale. Der hohe Ton seiner Stimme verrät Nervosität. "Frank“ weilt wieder einmal in Kanada, und so sitzen Freiberger und seine beiden Mitstreiter, Franz Krenn und Harald Weiss, allein beim "Prenner“ in Pinggau und mustern hoffnungsfroh jeden, der in die Gaststube tritt. Es handelt sich um den Auftakt zu einer ganzen Reihe von Bürgertreffen. Dabei werden die drei so gut wie keine anderen Bürger treffen, sondern immer nur sich selbst: Freiberger, Weiss und Krenn. -

Querulant als einzige Ausbeute -

Man ist schon weit über der Zeit, und erst einer hat an der Schank nach ihnen gefragt. Dem man geht man nun um den Bart, schenkt ihm ein Ohr, was er lange entbehrt und eigentlich nicht mehr zu hoffen gewagt hatte. Der verzweifelte Mann war schon beim Bürgermeister vorstellig geworden, in Parteizentralen, bei diversen Landesräten und beim Volksanwalt. Auch im Fernsehen ist er einmal aufgetreten. Die Gerichtshändel gehen bereits ins zwölfte Jahr. Es handelt sich um einen Streit zwischen zwei Modellbauvereinen, von denen der eine sich auf Flieger und der andere auf Autos spezialisiert hat, deren Grundstücke nebeneinander liegen und die Funkfrequenzen leider auch. Eine gewisse Rolle spielt auch eine Finanzprüfung. -
Die Stronach-Leute sind empört, aber ratlos, was da zu machen wäre. Der Mann ist ja schon überall gewesen. Nach ein, zwei Stunden hängen die Details allen schon zum Hals heraus. Der Querulant ist die einzige Ausbeute des Abends. Und er würde, so sagt er, für sein Leben gern mit Stronach persönlich reden. So einen darf man nicht vergraulen. Außerdem bietet er seine Mitarbeit an. "Wir brauchen ein neues System, wie Stronach schon sagte“, meint er: "Meine Gedanken hätten auf einem DIN-A4-Zettel Platz. Gott sei Dank hat Stronach das Geld. Sonst könnte er das gar nicht aufziehen“, bringt sich der Aspirant in Position und macht ein schlaues Gesicht, als hätte er noch etwas in petto. Am Ende des Abends taucht ein zweiter Besucher auf, ein Haider-Fan, der sich jetzt - "nachdem Haider von Geheimdiensten liquidiert wurde, da bin ich mir

sicher“ - für Stronach erwärmt. Resigniert pflichten sie ihm bei. Die Bürgertreffen sind ein interessantes Studienobjekt. Man lernt hier die Gesetze des Populismus kennen, die Verführbarkeit des Menschen, dem anderen nach dem Munde zu reden, die Entstehung einer postdemokratischen Partei, die versucht, aus dem allgemeinen Meinungschaos die Botschaft zu destillieren, dass Stronach schon wissen werde, wo es langgehe. Am Tag darauf beim "Buchtelwirt“ in Wenigzell zeigt sich dasselbe Bild. Die drei Getreuen sitzen pünktlich um neun Uhr morgens am reservierten Tisch. Doch es kommt niemand. Nur die üblichen Stammgäste schauen im Laufe eines Vormittags vorbei. Einer schimpft auf die Jugend von heute, das "Gesindel“, das nichts arbeite und frech sei, besonders die Städter. Nicken rundum. Ein anderer sagt, Politik interessiere ihn nicht, höchstens Stronach. Der würde die Faulenzer "runterdrücken aufs Existenzminimum“. Bald geht es um das Internet als "Geisel der Menschheit“, die Überreglementierung, den Euro und die Griechen.

Der Bürgermeister von Pöllau, Johann König, größter Schnapsbrenner in der Gegend, tritt auf. Er ist von seiner Partei, der SPÖ, wegen der Gemeindezusammenlegungen schwer enttäuscht. Für die Stronach-Leute wäre er ein dicker Fang, doch will er im Grunde nur seinen Ärger ablassen und geht wieder seines Wegs.

Kampagnen und Inserate auf Sparflamme -

Die Stammtische sind ein Fanal, doch nicht der Hoffnung. Stronach gilt als geizig. Der Unternehmer war es zeitlebens gewohnt, für sein Investment Ergebnisse zu sehen. Von den vergangenen Landtagswahlen - besonders in Niederösterreich und Salzburg - hat er sich mehr erwartet und, enttäuscht, Kampagnen und Inserate auf Sparflamme gesetzt. Seine Parteigänger, die auf ein Mandat hoffen, müssen sich nun selbst helfen.

Mit der Organisation von Stammtischen können sie Eifer und Einsatz zeigen, Punkte sammeln, vielleicht sogar "Frank“ beeindrucken. In seinem früheren Leben hat Rene Freiberger für Bachblüten-Aficionados und Heiler aller Art die Infrastruktur und den Werbeauftritt organisiert. Jetzt ist der 33-Jährige hauptsächlich Cheforganisator der Wirtshaustreffen. Er muss damit rechnen, dass der Misserfolg auf ihn zurückfällt. Diese Stammtische seien sehr lehrreich und spannend, sagt er. Man fühle sich in seiner politischen Haltung danach bestätigt. -

Freiberger hat noch nie persönlich mit "Frank“ sprechen können, aber das sei gar nicht nötig. Man verstehe sich auch so. Er kenne ja "Franks“ Visionen. Als er "Frank“ das erste Mal reden hörte, war er "komplett aufgewühlt“ - "dieses Brennen, wie er spricht“. In den Wirtshäusern ist Freiberger derjenige, der aufspringt, sobald jemand hereinkommt, Folder verteilt und die Zufallsbekanntschaft höflich fragt, ob er etwas zusenden dürfe. Franz Krenn, 59 Jahre alt,

sein Mitorganisator, durfte Stronach schon einmal selbst die Hand schütteln und war schwer beeindruckt.
Zwei Jahre lang hatte Krenn es beim BZÖ ausgehalten. Seine Tiraden gegen die Sozialversicherungen und Kammern zeugen noch davon. Er habe erkannt, er denke wie Stronach, sagt Krenn. Dessen Kolumnen in der "Krone“ könnte er selbst geschrieben haben. Krenn fällt an den Stammtischen die Rolle des ergebenen Zuhörers zu, der aus dem ermutigenden Nicken gar nicht mehr herausfindet.Der Dritte im Bunde, Harald Weiss, wirkt etwas mitgenommen vom Leben und hat den schwierigsten Stand. Der 48-Jährige war Sachbearbeiter in der Sozialversicherung und befindet sich in Frühpension, was viele Stronach-Wähler wahrscheinlich nicht so gut finden.

Weiss sagt, er habe "einen Krieg gegen Ärzte“ geführt und sei mehr als 40 Mal operiert worden. Für sein ehrenamtliches Engagement bei der Begleitung von Schmerzpatienten war Weiss einmal in der Hofburg eingeladen, worauf er sehr stolz ist. Auch Weiss hat eine querulatorische Ader. Vor ein paar Monaten hatte er in einem Obsorgestreit einen Fernsehauftritt. -

Weiss widmet sich bei der Suche nach neuen Mitstreitern in den Wirtshäusern mit Hingabe den Schicksalsschlägen der Menschen. Wie das Amen im Gebet kommt auch die Geschichte, dass "Stronach in seinen Fabriken immer zu jedem Mitarbeiter hingegangen und ihm die Hand gegeben und mit ihm geplaudert hat. Der sieht dich als Mensch, der schaut auch den Kleinen an.“ Weiss würde selbst wahnsinnig gern einmal mit Stronach persönlich reden. Bei den Großveranstaltungen ist ihm das bisher nicht gelungen. Das dritte Stammtischtreffen beim Kirchenwirt in Vorau, kaum 20 Kilometer von Wenigzell entfernt, an einem Samstagnachmittag ist das traurigste. Zwei Schachspieler haben sich eingefunden, die nicht gestört werden wollen. -

Die drei Musketiere bleiben allein auf der Terrasse des Wirtshauses sitzen. Bis ein Wiener mit seiner schwerkranken Frau auftaucht. Die Arme zieht ein Beatmungsgerät hinter sich her und hat Schläuche in der Nase. Wieder geht es um Ärzte und Gutachten, Berufungs- und Beschwerdekommissionen; alle nicken schon recht routiniert, und am Ende geht es um eine Erfindung, ein Gerät, das heilt, das wahre Wunder vollbrächte, wenn es nur einen Mäzen gäbe, der daran glaubte.

Die drei Stronach-Leute werden sich noch in viele Wirtshäuser setzen, aber der Funke springt nicht mehr über. Immer schon haben neue politische Bewegungen die notorischen Querulanten einer Gesellschaft angezogen. Sie verschwinden dann nach und nach und machen aktiven intelligenten Mitgliedern Platz. Beim Team Stronach läuft es anders. Die Neuen sind nicht gekommen, und der Bodensatz ist geblieben.

Burgstaller sieht sozialen Zusammenhalt in Gefahr

17.06.2013 - 12:17 Gabi Burgstaller hat am Montag Bilanz über 19 Jahre in Landtag und Landesregierung gezogen. Dass die SPÖ jetzt nicht mehr in der Regierung ist, werde sich vor allem auf den sozialen Zusammenhalt auswirken, fürchtet sie.

Gabi Burgstaller bei ihrer Abschiedspressekonferenz.

Leicht besorgt zeigte sich BUrtgsstller beim Pressegespräch, dass soziale Belange in den Regierungsverhandlungen zwischen ÖVP, Grüne und Team Stronach "nicht die große Rolle" gespielt hätten. Sie habe viel Pionierarbeit geleistet, sagte Burgstaller: Sie sei die erste SPÖ-Chefin im Land gewesen, die erste Landeshauptmann-Stellvertreterin und auch Landeshauptfrau in Salzburg, und wenn man berücksichtige, dass sich Waltraud Klasnic (ÖVP) ja selbst als Landeshauptmann bezeichnet habe, sei sie dies sogar in ganz Österreich gewesen. Sie habe aber auch feststellen müssen, dass es für konservative Männer mitunter immer noch schwierig sei, mit Frauen auf gleicher Augenhöhe zusammenzuarbeiten. Der Begriff konservativ sei nicht parteipolitisch zu verstehen, es gebe durchaus auch in den eigenen Reihen noch solche Männer. "Aber in 50 Jahren wird das kein Thema mehr sein. In unserer Enkelgeneration werden Frauen ganz selbstverständlich auf gleicher Augenhöhe behandelt werden."

"Finanzskandal zu sehr SPÖ zugelastet"

Gefragt nach den Gründen ihrer Wahlniederlage, obwohl sie doch immer so nahe bei den Menschen wie kein anderer Politiker gewesen sei, sagte Burgstaller, dass der Finanzskandal zu einseitig nur der SPÖ zugeordnet worden sei. Die Nähe zu den Menschen selbst sei immer noch das

richtige Rezept für eine gute Politik. Sie sei dadurch auf viele Probleme aufmerksam geworden, die wahrscheinlich anders nie an sie herangetragen worden wären. Als Beispiel nannte sie das Modell der Lehre mit Matura, das sie in der Folge österreichweit verwirklichen habe können.

Die SPÖ habe bei der vergangenen Landtagswahl etwa jene Stärke erreicht, die der Kernwählerschaft entspreche. Nun gehe es darum, mit vielen Themen Menschen anzusprechen, die eine Nähe zur Sozialdemokratie hätten, etwa arbeitende oder ältere Menschen. "Wenn wir wieder wachsen wollen, müssen wir auf andere Gruppierungen zugehen. Zum Beispiel auch die vielen Selbstständigen, die im Regen stehen gelassen werden." Es stimme sie aber freudig, dass die Salzburger SPÖ nach der Wahlniederlage nicht in Streit geraten sei. "Natürlich müssen viele auf etwas verzichten, es gab aber keine öffentliche Auseinandersetzung, wie das bei vielen Parteien in einer solchen Lage der Fall ist."

Urlaub und mehrwöchiger Pause

Über ihre persönliche Zukunft gab sich Burgstaller noch bedeckt. Heute hat sie noch ein Gespräch mit ihrem Nachfolger Wilfried Haslauer (ÖVP), und morgen wird sie ihr Büro räumen. Danach werde sie einige Tage Urlaub nehmen und ein paar Wochen pausieren. "Ich bin durchaus erschöpft nach den vergangenen Monaten. Ich brauche eine Pause zum Regenerieren." Was ihren künftigen Beruf betreffe, sei sie am Sondieren. Es gebe ein paar inhaltlich interessante Angebote. Ob sie in die Arbeiterkammer zurückkehrt - Burgstaller hat ein Rückkehrrecht -, ließ sie offen. "Ich will weder versorgt werden, noch einen Posten, sondern ein Projekt übernehmen, wo ich meine Erfahrung und meine Energie einbringen kann."

Friedensplan für Syrien bleibt in weiter Ferne

18.06.2013 - 06:19 Im Streit über die Lösung der Syrien-Krise ist weiter keine Verständigung zwischen Obama und Putin in Sicht. Ein gemeinsames Gespräch beim G-8-Gipfel in Nordirland brachte kaum Erfolge.

Russland hat sich beim G8-Gipfel mit der rückhaltlosen Unterstützung des syrischen Machthabers Baschar al-Assad ins Abseits manövriert. Auch ein Treffen von US-Präsident Barack Obama und mit seinem russischen Kollegen Wladimir Putin brachte keine greifbaren Fortschritte. Beide hätten in der Frage unterschiedliche Ansichten, sagte Obama am Montagabend nach einem ausgiebigem Gespräch mit Putin beim G8-Gipfel bei Enniskillen in Nordirland.
Das deckte sich mit Einschätzungen von Diplomaten, die zuvor gesagt hatten, es sei überaus schwierig, eine gemeinsame Haltung zum Syrien-Konflikt für die Abschlusserklärung des Gipfels zu formulieren. Bundeskanzlerin Angela Merkel und die anderen westlichen Staats- und Regierungschef hofften dennoch, Putin für eine machbare diplomatische Lösung gewinnen zu können.
Die Pressekonferenz von Obama und Putin zeigte, wie schlecht und unterkühlt das Verhältnis der Präsidenten ist. Sie schauten sich fast überhaupt nicht an. Mimik und Gestik beider Männer war von Distanz geprägt. Dennoch sagten beide, weiter nach Möglichkeiten suchen zu wollen, das Blutvergießen politisch zu lösen.

Friedenskonferenz geplant Beide Seiten verfolgen seit längerem Pläne für eine weitere Friedenskonferenz in Genf - bisher erfolglos. Laut Obama hätten beide Länder ihre Teams angewiesen, an der Möglichkeit weiterzuarbeiten. Ein Datum für das international besetzte Treffen gibt es bisher allerdings ebenso wenig wie eine Teilnehmerliste. "Wir haben alle die Absicht, die Gewalt in Syrien zu beenden, die Zunahme von Opfern zu stoppen und die Situation friedlich zu lösen", sagte Putin. **Die russische Regierung kritisierte scharf** Überlegungen der USA, Frankreichs und Großbritanniens, die Aufständischen gegen Syriens Präsident Assad aufzurüsten.

17.06.2013, 19:00

Das "kostengünstigste Konjunk-turpaket aller Zeiten", ein "historischer Moment der transatlan-tischen Partnerschaft" oder ein "Meilenstein für die Weltwirt-schaft": Mit großen Worten haben die Europäische Union und die USA beim **G8-** Gipfel die Einigung auf Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen gefeiert.

Wenn die im Juli beginnenden Gespräche ein Erfolg werden, würde die größte zusammengehörige Handelszone der Welt entstehen. Profitieren sollen nicht nur Unternehmen, sondern auch die Verbraucher. Beispiels-weise durch schnellere Zulassungsverfahren für Medikamente oder günstigere Preise bei Autos oder Flugtickets.

Die EU und die USA stehen gemeinsam für fast die Hälfte der weltweiten Wirtschaftsleistung. Rund ein Drittel der globalen Handelsströme entfallen allein auf sie. Jeden Tag werden etwa zwei Milliarden Euro in Gütern und Dienstleistungen zwischen beiden Seiten ausgetauscht. Unterschiedliche technische Normen, Sicherheitsstandards oder Wettbewerbsvorschriften schränken den Handel jedoch ein.

Größte Freihandelszone der Welt soll entstehen

Die nun geplante transatlantische Freihandelszone wäre mit 800 Millionen Einwohnern so groß wie keine andere auf der Welt. Der Abbau von Zöllen und anderen Handelshemmnissen soll für Wachstumsimpulse und Arbeits-plätze sorgen und könnte zudem Einsparungen in dreistelliger Milliarden-höhe bringen. Laut EU- Berechnungen könnte das Abkommen für die EU einen Anstieg der Wirtschaftsleistung um 120 Milliarden Euro pro Jahr und 400.000 neue Arbeitsplätze bedeuten. Jeder

einzelne Haushalt profitierte somit in Höhe von 545 Euro pro Jahr.

Studie sieht USA als größten Profiteur

Von der Freihandelszone würden allerdings vor allem die US-Amerikaner profitieren, heißt es unterdessen in einer am Montag veröffentlichten Studie des ifo- Instituts im Auftrag der Bertelsmann Stiftung. In den USA würden 1,1 Millionen Arbeitsplätze entstehen, das Pro- Kopf- Einkommen stiege um 13,4 Prozent. In den 27 EU- Mitgliedsstaaten würde das reale Pro- Kopf- Einkommen um durchschnittlich fast fünf Prozent höher ausfal-len. Deutschland würde laut den Studienautoren mit 4,7 Prozent etwas weniger profitieren.

Nichtmitgliedern würde die Handelszone dagegen erheblich schaden. Verlierer wären etwa die Entwicklungsländer. Die Länder der Freihandelszone würden dann nämlich weniger Waren aus anderen Ländern importieren, heißt es in der Studie, die die Folgen eines solchen Abkommens für 126 Staaten analysiert hat.

EU- Minister einigten sich nach langem Streit

Der Weg für die Gespräche über das bilaterale Handels- und Investitions-abkommen war erst in der Nacht zum Samstag freigemacht worden. Die zuständigen EU- Minister beschlossen nach längerem Streit eine gemein-same Verhandlungsbasis mit den USA. Frankreich setzte sich dabei mit der Forderung durch, Film, Musik und andere Medien aus den Verhandlungen zunächst auszuschließen. Paris fürchtet, dass seine Kulturindustrie Nachteile etwa gegenüber Hollywood in Kauf nehmen müsste, wenn beim Abschluss eines Freihandelsabkommens Subventionen wegfallen.

Keine Rolle bei den Verhandlungen dürfte indessen der jüngste US- Skandal um das Spähprogramm PRISM spielen. Nach Angaben von Diplomaten ist der Datenschutz kein Bereich in dem Freihandelsabkommen. Aus dem EU- Parlament waren vereinzelt Forderungen laut geworden, den Datenschutz für EU-Bürger in den USA mit dem Abkommen zu verknüpfen.

17.06.2013

Aufgedeckt!

EU-Bankenaufsicht: 1 Million Euro Miete im Jahr!

Tower 42:

Hier verprasst die " Europäische Bankenaufsicht" unser Steuergeld

Die Finanzkrise hat gezeigt, wie wichtig die Kontrolle der Banken ist. 2011 wurde tatächlich eine sinnvolle EU-Behörde eingerichtet: die "Europäische Bankenaufsicht" (EBA) mit Sitz im "Tower 42" in London. So weit, so notwendig. Leider legen Recherchen von EU-Abgeordentem Hans-Peter Martin nahe, dass die EBA Steuergeld verschwendet: Pro Quadratmeter Bürofläche zahlt die EBA 77,78 € Miete (inkl. Neben-kosten).

Hans-Peter Martin (© Helmut Graf)

Bei 1089 Qudratmeter ergibt das eine Jahresmiete von mehr als einer Million €. "Selbst für Londoner Verhältnisse ist der Preis zu hoch", sagt Martin, der von Maklern Angebote aus der unmittelbaren Umgebung des "Tower 42" eingeholt hat. Ergebnis: "Vergleichbare Büroräume sind ab 32,22 € je Quadratmeter anzumieten." Ein Umzug würde der EU fast 600.000 € ersparen. Hans-Peter Martin will den 2-Euro-Schein

Affäre um Partei-Gelder

Hans-Peter Martin: Konten werden geöffnet EU-Parlament hebt Immunität von Hans-Peter Martin auf!

Hans-Peter Martin vor Verlust seiner Immunität HP Martin: Aufhebung der Immunität vertagt Hans-Peter Martin: 832.800 Euro an befreundeten Psychologen Ex-Martin-Weggefährte Ehrenhauser gründet Partei Hans-Peter Martin: Auch Ex-Kollegin erhebt Vorwürfe Martin bestreitet Missbrauch von Parteizuschüssen Vorwürfe gegen HPM: Steuergeld privat verwendet?

Das Sündenregister des EU-Parlamentes

EU-Parlament: Gagenplus fix! Acht Parteien treten bei EU-Wahl an

17.06.2013, 18:42 # ÖGB will Steuer auf Erbe ab 150.000 Euro. Die Forderung könnte für die Sozialdemokraten zum Bumerang werden und den für die SPÖ wichtigen Mittelstand vergrätzen.

Mitunter bedeutet Wahlkampf, aufs Äußerste zu verknappen. Und Hannes Rauch fiel das Zuspitzen selten leichter als in diesen Tagen. „Die ÖVP entlastet, die SPÖ belastet. Wenn es ums Aussackeln der Österreicher geht, zeigen die Genossen Reformeifer“, ätzte der Scharfmacher der Volkspartei am Montag. Der Angriff, der auch die Mindestsicherung zum Thema hatte (Artikel unten), kam nicht von ungefähr: Seit Tagen wird – wieder – über die Frage von Vermögens- und Erbschaftssteuern diskutiert.

Am Dienstag beginnt unter dem Motto „Gerechtigkeit“ der Bundeskongress des Gewerkschaftsbundes (ÖGB). Auch hier ist die Verteilungsgerechtigkeit zentrales Thema, manche Forderung des ÖGB findet sich ganz ähnlich im Forderungskatalog der SPÖ. – Was liegt da für die ÖVP und ihre Vorfeldorganisationen näher, als die „drohende Abzocke“ zu kritisieren?

Freibetragsgrenzen

Da tut es zunächst auch nichts zur Sache, dass die Konzepte von ÖGB und SPÖ im Detail gar nicht deckungsgleich sind. Denn insbesondere, was die Freibetragsgrenzen angeht, ist man uneins: Während die Gewerkschaft Vermögen ab 700.000 und Erbschaften ab einem Erbteil von 150.000 Euro besteuern würde, spricht die Kanzler-Partei ganz konsequent von der „Millionärssteuer“. Soll heißen: Wer weniger als eine Million Euro an frei verfügbarem Vermögen besitzt, vererbt oder geschenkt bekommt, der soll keine zusätzliche Steuer berappen.

Vordergründung ist man in der SPÖ sehr dankbar, dass die Gewerkschaften die Werbetrommel für Maßnahmen wie die Erbschaftssteuer rühren. „Damit“, so erklärt ein SPÖ-Stratege, „bekommen unsere Themen eine breitere Basis. Je mehr gesellschaftliche Gruppen eine Maßnahme unterstützten, desto größer wird der Druck, dass diese auch umgesetzt werden.“

Wichtiger SPÖ-Mittelstand

Tatsächlich könnte die Debatte um die Vermögens- und Erbschaftssteuer für die SPÖ aber noch zum Bumerang werden. Denn insbesondere die ausnehmend niedrige Grenze, die der ÖGB bei der Erbschaftsabgabe vorgibt, droht den für die SPÖ wichtigen Mittelstand zu vergrätzen. „Die vom ÖGB kommunizierten 150.000 Euro als Grenze für den Freibetrag sind aus Sicht der SPÖ reichlich tief gegriffen“, sagt Politikwissenschafter Peter Filzmaier zum KURIER. „Es ist für die SPÖ zwar gut, wenn im Wahlkampf ihre Themen wie Verteilungsgerechtigkeit im Zentrum stehen.“ Allzu rigide Forderungen – und dazu gehöre aus Sicht der SPÖ die 150.000-Euro-Grenze des ÖGB – bergen laut Filzmaier aber die Gefahr, „dass man sich in Details verliert“.

Erweist der ÖGB der SPÖ also einen Bärendienst? In der SPÖ-Zentrale sieht man das nicht so – und reagiert ausnehmend gelassen: „Wer weniger besitzt als eine Million Euro, der soll nicht weiter belastet werden“, sagt ein Sprecher. „Es liegt an uns, diese Botschaft über die Rampe zu bekommen. “

17.06.13 **Geld in Deutschland**

Beamte können über Rentner-Vermögen lachen

Ein durchschnittlicher Rentner verfügt laut Bundesbank über ein Vermögen von 186.000 Euro – ein Beamter im Ruhestand hat 420.000 Euro. Zahlen zeigen: Der Wohlstand kommt bei vielen Deutschen nicht an. Von Jan Dams

Durch Deutschland geht nicht ein Riss, sondern zwei – zumindest finanziell gesehen. Denn die Vermögen sind innerhalb der Bundesrepublik sehr ungleich verteilt, wie eine Studie der Bundes-bank nun ergab. In den Bundesländern Bayern, Baden-Württemberg und Hessen sind die privaten Haushalte besonders wohlhabend.

Das Median-Nettovermögen, bei dem sich die Haushalte in eine ärmere und eine reichere Hälfte teilen, liegt dort bei fast 106.000 Euro. Das ist knapp doppelt so viel wie in Gesamtdeutschland mit 51.400 Euro. Noch eklatanter aber ist der Unterschied, wenn man die drei Bundesländer mit dem Osten vergleicht. Der Median liegt hier bei 21.440 Euro.

Doch damit nicht genug: Die selbstbewussten Süddeutschen sind der Bundesbank-Studie nicht nur reicher als der Osten. Sie sind auch deutlich reicher als der Norden der Republik, wo das Median-Vermögen bei 41.440 Euro liegt.

Wie Armut berechnet wird Armutsgefährdungsquote

Ein Kernindikator der EU-Armutsberechnung ist die **Gefährdungsquote**. Sie gibt an, wie hoch der Anteil der armutsgefährdeten Personen an der Gesamtbevölkerung ist. Zur Berechnung wird zunächst das von allen Haushaltsmitgliedern erzielte **Haushaltseinkommen des Vorjahres** herangezogen. Es setzt sich zusammen aus dem Einkommen aus selbstständiger und unselbstständiger Erwerbstätigkeit, dem Einkommen aus Vermögen, Renten und Pensionen sowie empfangenen laufenden Transfers – wie zum Beispiel Arbeitslosengeld, Sozialhilfe oder Kindergeld. Direkte Steuern und Sozialbeiträge werden abgezogen. Dieses Haushaltseinkommen wird auf die Personen des Haushalts **nach einem Gewichtungsschlüssel** (Äquivalenzskala) verteilt, der unterschiedliche Haushaltsstrukturen berücksichtigt sowie den Umstand, dass Personen in einem Haushalt durch das Zusammenleben **Einspareffekte** bei den laufenden Kosten erzielen.

Äquivalenzskala

Die Äquivalenzskala weist jeder Person im Haushalt **ein Gewicht** zu. Die erste erwachsene Person bekommt stets das Gewicht 1. Jede weitere Person erhält ein Gewicht, das die **Größenorgnung des Mehrbedarfs** berücksichtigen soll, der durch diese Person entsteht: Weitere Erwachsene und Kinder ab 14 Jahren erhalten das Gewicht 0,5, Kinder unter 14 Jahren das Gewicht 0,3. So ergibt sich bei einer Familie mit zwei Kindern beispielsweise das Gesamtgewicht 2,1. Das verfügbare Haushaltseinkommen wird nun durch die Summe der Gewichte dividiert. Das so er-mittelte Einkommen der Personen wird als **„bedarfsgewichtetes Äquivalenzeinkommen“** bezeichnet und jeder Person im Haushalt als persönliches Äquivalenzeinkommen zugeschrieben. Zu beachten ist, dass es sich beim Äquivalenzeinkommen um eine **fiktive Rechengröße** handelt.

Median

Um das mittlere Einkommen zu ermitteln, wird der **Median** (Zentralwert) verwendet. Dabei werden die Personen ihrem Äquivalenzeinkommen nach **aufsteigend sortiert**. Der Median ist der Einkommenswert derjenigen Person, die die Bevölkerung in genau zwei Hälften teilt. Das heißt, die eine Hälfte hat mehr, die andere weniger Einkommen zur Verfügung. 60 Prozent dieses Medianwertes stellen den **Schwellenwert für Armutsgefährdung dar.**

Die Bundesbank selbst begründet die ungleiche Vermögensverteilung innerhalb Deutschlands unter anderem mit der jahrzehntelangen Teilung von Ost und West. "Der gesamtdeutsche Median ist also immer noch durch das Erbe der DDR gedrückt, da die Haushalt im Osten vor

der Wende nur wenige Möglichkeiten und Anreize hatten, Vermögen aufzubauen", schreiben die Autoren der Studie.
Und weil das Einkommen im Süden der Bundesrepublik dank der guten Wirtschaftslage dort auch höher ist als etwa in Norddeutschland oder in den Regionen Nordrhein-Westfalen, Saarland und Rheinland-Pfalz, hatten die Menschen mehr Geld, um größere Vermögen, vor allem Wohneigentum, aufzubauen.

EZB-Zahlen sorgten für Aufregung

Die gute wirtschaftliche Entwicklung im Süden hat für die Menschen dort einen weiteren Vorteil: Sie sind im Vergleich zum Rest Deutschlands nicht nur besonders wohlhabend, die Ungleichheit bei den Vermögen ist in dieser Region auch noch besonders niedrig. Im Umkehrschluss heißt das, dass die Vermögen in den ärmeren Ländern auch noch ungleicher verteilt sind.
Doch nicht nur zwischen einzelnen Regionen Deutschlands ergeben sich große Gefälle. Auch zwischen den sogenannten "Referenzpersonen nach sozialer Stellung" sind die Unterschiede bemerkenswert – vor allem zwischen Rentnern und pensionierten Beamten. Das Median-Vermögen deutscher Rentner liegt bei 74.610 Euro. Pensionäre können darüber nur lachen. Deren Median-Vermögen liegt bei 261.000 Euro.
Ebenso auffällig ist der Unterschied bei den Durchschnittsvermögen der Alten: Deutsche Rentner nennen im Schnitt 186.000 Euro ihr Eigen, berichtet die Bundesbank. Pensionäre dagegen kommen mit 420.000 Euro auf deutlich mehr.
Die Bundesbank begründet diesen riesigen Unterschied vor allem mit der beruflichen Sicherheit der Beamten. Erstens würden diese nie arbeitslos und könnten daher über ihr gesamtes Berufsle-ben hinweg Vermögen aufbauen, ohne dass Jobverluste ans Ersparte gingen, sagte ein Sprecher.
Zweitens täten sich die Beamten leichter, Wohneigentum als stärkste Quelle privater Vermögen zu erwerben. Wer keine Angst vor Arbeitslosigkeit haben müsse, könne sich auch leichter eine Wohnung kaufen.
Wenig überraschend dagegen ist, dass die Vermögen mit steigendem Bildungsgrad deutlich zulegen. Wer eine Fachschule, Fachhochschule oder Hochschule abgeschlossen hat, spart in Deutschland die höchsten Vermögen an, dank höherer Einkommen. Und nach Nationalität gegliedert, haben Deutsche in der Bundesrepublik mit 54.920 Euro ein mehr als doppelt so hohes Median-Vermögen wie Bürger anderer Nationalität mit 20.240 Euro.
Die Studie zu den Vermögensverhältnissen in Deutschland basiert auf einer Umfrage im Auftrag der Europäischen Zentralbank (EZB). Bereits Anfang April hatte eine erste Auswertung dieser Befragungen für Aufsehen gesorgt.

Die Teilung des Landes wirkt nach

Fast verschämt wurde damals nach der umstrittenen Rettung Zyperns veröffentlicht, dass die Menschen in Krisenregionen der Euro-Zone über ein weit höheres Vermögen als die Deutschen verfügen. In Zypern etwa haben die Bürger ein Median-Nettovermögen von 266.900 Euro, in Italien von 173.500 Euro und in Spanien von 182.700 Euro. Ganz oben auf der Liste stehen die Luxemburger, die auf fast 400.000 Euro kommen.
Grund für das im europäischen Vergleich recht geringe Vermögen der Deutschen sind laut Bundesbank die Folgen der beiden Weltkriege, die Teilung des Landes und der – im internatio-nalen Vergleich – geringe Anteil von Eigenheimbesitzern. Laut Studie sind Eigentümer von Immobilien deutlich reicher als Mieter-Haushalte, was wenig überrascht. Gleichzeitig sei Wohneigentum in Deutschland vergleichsweise selten, betonte die Bundesbank.
"Der Erwerb von Immobilien scheint sich, angesichts eines breiten und leistungsfähigen Marktes für Mietwohnungen, als weniger dringlich darzustellen."

"Erdogan muss als Diktator bezeichnet werden“

Faruk Logoglu, 72, Vize-Chef der größten türkischen Oppositionspartei CHP, über den Unmut gegen Premier Erdoğan und die Zukunft der Demokratie.

profil: Mehr als zwei Wochen Massenproteste gegen die Regierung: Was erlebt die Türkei derzeit?
Faruk Logoglu: Die Proteste markieren den Anfang einer neuen Ära in der türkischen Politik. Alle Parteien müssen fortan alles unternehmen, um auf ihre Forderungen einzugehen.

profil: Nämlich welche?
Logoglu: Mehr Demokratie, Respekt vor fundamentalen Rechten und Freiheiten, Nicht-Einmischung in die Art und Weise, wie man sein Leben lebt - und letztlich auch Respekt vor den Demonstranten.

profil: Warum reagiert Erdogan so brutal?
Logoglu: Erdogan und seine regierende Partei, die AKP, haben eine gänzlich eigene, realitätsfremde Auffassung über die Ursprünge und Forderungen der Proteste.

profil: Was ist die Realität?
Logoglu: Es sind vorwiegend junge Menschen, Vertreter der sogenannten digitalen Generation, vor allem die Töchter und Söhne der neu entstandenen Mittelschicht in den städtischen Gebieten der Türkei, die demonstrieren. Sie haben aber auch Zulauf aus anderen Schichten bekommen.

profil: Ist Erdogan ein Antidemokrat?
Logoglu: Erdogan ist mit Sicherheit kein Demokrat. Wer keine unabhängige Justiz akzeptiert, wer unschuldige Menschen jahrelang hinter Gitter sperrt und wer Städte als sein Eigentum versteht, der muss als Diktator und autoritär bezeichnet werden. Die einzige demokratische Facette an Erdogan, ist, dass er gewählt wurde. Dass Demokratie aber nicht nur am Tag der Wahl, sondern jeden Tag gelebt werden muss, ignoriert er.

profil: Staatspräsident Abdullah Gül schlägt versöhnlichere Töne an als sein Parteikollege Erdogan. Wird Gül als Gewinner aus der Krise hervorgehen?
Logoglu: Ich bin mir sicher, dass viele Parteikollegen mit dem Verhalten des Premiers unzufrieden sind, aber letztlich werden sie trotzdem hinter ihm stehen - nicht aus Überzeugung, sondern aufgrund von konkreten Interessen. Erdogans Position ist nicht ernsthaft in Gefahr - die Stabilität und Sicherheit der Türkei sind es allerdings schon.

Milliarden an Steuergeldern (auch österreichische) nach Griechenland - und niemand benennt die Profiteure. Aus gutem Grund, wie eine aktuelle Studie zeigt: Die Hilfsgelder verfehlten ihren Zweck bei Weitem.

Zehntausende Menschen auf den Straßen, die Hauptstadt lahmgelegt, wütende Proteste. Griechenland befindet sich in einer Ausnahmesituation. Wieder einmal. Nachdem Regierungschef Antonis Samara in einer Brachialmaßnahme über Nacht den staatlichen Rundfunk (ERT) abgedreht hat, steckt Griechenland erneut in heftigen Turbulenzen. Die Gewerkschaften streiken, die Opposition tobt, die Koalition steht an der Kippe. Von einem neuen Schuldenschnitt ist die Rede. Und während der New Yorker Indexbetreiber MSCI Griechenland mittlerweile als Schwellenland einstuft, teilt das Statistische Amt in Athen mit, dass die Arbeitslosigkeit einen neuen Rekordwert erreicht hat. 27,6 Prozent - die höchste des europäischen Kontinents. -
Europa hat Milliarden in den Süden gepumpt, mit dem Ziel, das strauchelnde Land - und vor allem den Euro - aufzufangen. Dennoch: Das Land steckt inzwischen im sechsten Jahr der Rezession. Trotz drakonischer Sparmaßnahmen, trotz Schuldenschnitt und Anleihen-Rückkauf ist Griechenlands Schuldenberg in den vergangenen drei Jahren nicht kleiner, sondern größer geworden.

Das darf eigentlich nicht verwundern. Hätten sich die Experten der Europäischen Zentralbank (EZB), jene des Rettungsschirms EFSF oder jene des Internationalen Währungsfonds (IWF), bestenfalls alle drei, ihre eigenen Statistiken einmal genauer angeschaut, wären sie wohl zum selben Ergebnis gekommen wie jene Studie, welche die globalisierungskritische Organisation Attac nun vorlegt: Demnach ist nicht einmal jeder vierte Hilfseuro im griechischen Staatshaushalt angekommen. **Jeder zweite Euro floss postwendend zurück an die Gläubiger - also an ausländische Banken, Hedgefonds und Versicherungen.** In Summe sind rund drei Viertel aller Hilfsgelder mittelbar oder unmittelbar im Finanzsektor versickert. Mehr noch: Die Zahlungen zirkulieren seit dem Schuldenschnitt völlig sinnlos im Kreis und erfüllen zumindest einen Zweck: die EU-Granden vor einem Gesichtsverlust zu bewahren.
Dabei hat sich das offizielle Europa vor wenigen Wochen noch mit Jubelmeldungen überschlagen. Griechenland sei auf gutem Weg, sein Defizit in den Griff zu bekommen, meinte IWF-Chefin Christine Lagarde. Eurogruppenchef Jeroen Dijsselbloem sprach von einer Wende in der krisengeschüttelten Wirtschaft. Der griechische Arbeitsmarkt schien erstmals Anzeichen einer Besserung zu zeigen: In den ersten fünf Monaten des Jahres wurden 76.000 Menschen mehr einge-

stellt als entlassen. Und die Alpha Bank, eines der größten Geldhäuser des Landes, konnte das nötige Kapital auftreiben, um ohne Hilfsgelder weiterzuarbeiten. -

Die Budgetzahlen malen freilich ein anderes Bild. Trotz drakonischer Sparmaßnahmen, Schuldenschnitt und Anleihen-Rückkauf sind Griechenlands Schulden in den vergangenen drei Jahren von 299,7 Milliarden Euro auf 316 Milliarden Ende 2012 angewachsen. Noch beunruhigender ist der Anstieg der Schuldenquote. Sie erhöhte sich von 129 Prozent Ende 2009 auf inzwischen 174 Prozent.

206,89 Milliarden Euro -

Wo also sind die bisher ausgezahlten 206,89 Milliarden Euro an Hilfsgeldern hingekommen? Wurden sie, wie der Boulevard argwöhnt, von den Griechen verjubelt? Mitnichten. Während 58,2 Milliarden Euro (28,13 Prozent) zur Rekapitalisierung der maroden griechischen Banken verwendet wurden, flossen vergleichsweise bescheidene 46,46 Milliarden (22,46 Prozent) in den griechischen Staatshaushalt. Höchstens. **Eingerechnet sind hier auch über sieben Milliarden Euro, für die jegliche offizielle Dokumentation fehlt.** Fast die Hälfte des Geldes, nämlich 101,33 Milliarden Euro, ging an die Gläubiger des griechischen Staates (siehe Grafik). **In Summe kamen demnach 77 Prozent direkt oder indirekt dem Finanzsektor zugute.** -

Die ermittelten Daten sind nicht etwa das Ergebnis abstruser Kaffeesudleserei, sondern der Analyse von tausenden Seiten Berichten der Europäischen Kommission, des IWF und der EFSF. Das Attac-Team hat sich jene Arbeit angetan, welche die offiziellen Institutionen Europas nicht willens waren zu tun: eine transparente Auflistung der Zahlungsströme und ihrer Verwendung. "Die Darstellung der technischen Abwicklung und des Verwendungszwecks der Hilfsgelder sind höchst intransparent und zudem unvollständig“, kritisiert Lisa Mittendrein, Vorstandsmitglied von Attac Österreich. Böswillig könnte man meinen: Da steckt System dahinter. -

Die Attac-Recherchen belegen überdies: Die Hilfszahlungen zirkulieren in einem paradoxen Kreislauf. Seit dem Schuldenschnitt, bei dem die Anleihen privater Gläubiger in niedriger verzinste EFSF-garantierte Papiere umgewandelt wurden, hat Griechenland praktisch nur noch staatliche Gläubiger: Die EZB, die EU-Staaten und den IWF. Europa überweist also regelmäßig Hilfen, die von den Griechen zur Bedienung ihrer Schulden gleich wieder retour geschickt werden. Mittlerweile laufen die Hilfszahlungen sogar über ein Sperrkonto, auf dem auch allfällige Privatisierungserlöse landen, auf das die griechische Regierung gar keinen Zugriff hat. **Europa rettet also nur seine eigenen Forderungen.** -

Doch auch zuvor waren die Euro nicht in Griechenland geblieben: Sie waren postwendend an europäische Großbanken, Hedgefonds und Versicherungen weitergereicht worden. -

-

"Um diesen Teufelskreis in Schwung halten zu können, lässt man die griechische Bevölkerung bluten. Ohne etwas am Grundproblem zu lösen“, kritisiert Mittendrein. Ökonomisch mache das wenig Sinn. Für die EU-Politik hat diese Vorgehensweise jedoch einen massiven Vorteil - lässt sich damit doch die Mär aufrecht halten, Griechenland könne seine Schulden irgendwann doch noch abstottern. **Das Attac-Dokument ist auch eines des Scheiterns.** - "Es ist ein Skandal, dass die EU-Kommission zwar hunderte Seiten an Berichten veröffentlicht, aber nirgendwo auflistet, wofür das Geld konkret verwendet wurde“, moniert Mittendrein. "Die Verantwortlichen sind aufgefordert, für volle Transparenz zu sorgen und zu belegen, wer von den Zahlungen tatsächlich profitiert.“

Schon erstaunlich: Der Weg jedes einzelnen Eies lässt sich in Europa mittlerweile fast bis zur legenden Henne nachverfolgen. Jener von hunderten Milliarden Euro jedoch nicht. "Welche Gläubiger in welcher Höhe bedient wurden, kann Ihnen die griechische Regierung beantworten“, beschied man beim ESM (Europäischer Stabilitätsmechanismus) auf eine profil-Anfrage. In Athen hat man derzeit - wenig überraschend - andere Sorgen. Es kann aber getrost davon ausgegangen werden, dass auch unter politisch ruhigeren Umständen nicht mit einer Replik zu rechnen gewesen wäre. -

Keine Frage, die Hauptschuld an ihrem Schuldendesaster tragen die Griechen selbst. Doch das Geld, etwa für die Finanzierung ihres aufgeblähten Staatsapparates, haben sie sich von ausländischen Investoren geliehen. Diese haben kräftig mitverdient am Verschwendungswahn Griechenlands. -

Seit Beginn der Rettungsprogramme, nicht nur für Griechenland, sondern auch für Irland, Spanien, Portugal und zuletzt Zypern, sind die handelnden Akteure tunlichst darauf bedacht, die Nutznießer der Hilfsgelder im Dunkeln zu lassen. Bei Nachfragen reagieren sie regelmäßig verschnupft. "Wer die Begünstigten sind, ist irrelevant“, meint etwa Deutschlands Finanzminister Wolfgang Schäuble. Und EZB-Direktor Jörg Asmussen beruft sich auf das "Geschäftsgeheimnis“.

Das Argument sei nachvollziehbar, räumt der deutsche EU-Mandatar Sven Giegold ein. Völlig unverständlich sei hingegen, warum die Informationen nicht mit einem gewissen zeitlichen Abstand offengelegt werden. "Dass bis heute nicht bekannt ist, wer wie viel erhalten hat, ist ein Skandal. Dieses ‚Geschäftsgeheimnis‘ wird schließlich mit öffentlichen Geldern finanziert“, ärgert sich der grüne Obmann des Wirtschafts- und Finanzausschusses im EU-Parlament. Auch um den Begehrlichkeiten der Finanzindustrie besser Paroli bieten zu können. "Gerade diejenigen, allen voran die Deutsche Bank, die davon profitiert haben, versuchen nun mit einer unglaublichen Dreistigkeit, jegliche Regulierungsversuche wie etwa die Finanztransaktionssteuer zu desavouieren“, sagt Giegold

Neue Regierung präsentiert Pläne

18.06.2013 - 13:55 Mit einem Hearing im Salzburger Landtag, dem die FPÖ wie angekündigt fern blieb, hat die künftige Landesregierung am Dienstag politisches Neuland betreten. Alle sieben Mitglieder stellten sich den Fragen der Abgeordneten.

Gegner der 380-kV-Leitung nutzten das Hearing für einen Protest.

Das Hearing im Landtag.

Das Hearing im Landtag.

Der künftige Landeshauptmann Wilfried Haslauer (ÖVP) machte gleich zu Beginn klar, dass die Anhörung heute noch ohne Konsequenzen bleiben muss, man werde aber für die Zukunft eine Neuregelung angehen. Eine gesetzliche Lösung benötige Zeit, die Regierung habe heute aber ein deutliches Signal setzen wollen.

Die großen Vorhaben der nächsten Jahre

Haslauer ging dann noch einmal auf die wesentlichen Vorhaben für die kommenden fünf Jahre ein. Zum einen wolle die Regierung die Finanzen des Landes in Ordnung bringen, die Schulden abbauen und einen ausgeglichen Haushalt herstellen. Zweitens sei die Nachhaltigkeit zum Grundprinzip erklärt worden. Die heutige Generation dürfe nicht alles verprassen, "hier wollen wir einen neuen Boden legen". Weiters betonte er, dass nur eine funktionierende Wirtschaft die Basis für Vollbeschäftigung sein könne, wobei es außer Zweifel sei, dass die Wirtschaft kein Selbstzweck sein dürfe, sondern den Menschen zu dienen habe. Die Bildung sei für die neue Regierung ein Schlüsselthema, und schließlich bezeichnete er eine moderne und reformierte Verwaltung als Schwerpunkt.

Die erste Frage an Haslauer kam dann überraschend vom ÖVP-Abgeordneten Hans Scharfetter, ehe sich SPÖ-Mandatare erstmals in der Rolle als Vertreter der Opposition zu Wort meldeten. So wollte etwa die designierte 2. Landtags-Präsidentin Gudrun Mosler-Törnström wissen, wie Haslauer zur seit langem ungeklärten Neubestellung eines Landtagsdirektors steht. Hier kündigte Haslauer nach der Patt-Stellung in der Vergangenheit ein neuerliches Objektivierungsverfahren an. Eine Meinung, der sich später auch die designierte LHStv. Astrid Rössler von den Grünen anschloss.

Schwaighofer stellt Fragen aus Publikum

Rössler bedauerte in ihrem Einleitungsstatement, dass nur die Abgeordneten, nicht aber die Zuhörer Fragen stellen dürfen. Abhilfe schaffte in diesem Punkt ihr Parteifreund Cyriak Schwaighofer, der später Fragen aus dem Publikum selber stellte. Das Hearing sei ein Zeichen des Respekts und eines neuen politischen Stils sowie einer "sehr stark gewollten Kooperation mit den Parteien des Landtags", sagte Rössler. "Die Regierung soll im Zeichen der Transparenz stehen. Wir wollen nicht hinter verschlossenen Türen verhandeln, daher werden auch die Beschlüsse der Regierung öffentlich gemacht." Zu den "Highlights" zählte sie eine neue Bündelung der Ressorts. In ihrem Ressort - unter anderem Umwelt- Natur- und Tierschutz sowie Raumordnung - seien Themen der Nachhaltigkeit zusammengefasst, dennoch sei Nachhaltigkeit Querschnittsmaterie, die sich durch alle Ressorts ziehe.
Der neue Finanzlandesrat Christian Stöckl (ÖVP) kündigte beim Hearing einen Kassasturz und die Reform der Finanzabteilung an, samt Transparenz und Kontrolle in allen Belangen. "Jeder Euro der eingenommen und ausgegeben wird, wird in den Budgets dargestellt werden." Das Ziel, die Neuverschuldung im Land auf Null zu senken, sei ambitioniert, nun gehe es darum, das Budget Zeile für Zeile und Posten für Posten durchzuarbeiten und neu zu hinterfragen. Stöckl bekräftigte zudem das Interesse an einer weiteren Aufarbeitung des Finanzskandals: "Das Finanzmanagement soll bis 2001 zurück in der Abteilung aufgearbeitet werden. Andererseits stehe ich dazu, den Untersuchungsausschuss fortzusetzen. Diese Entscheidung ist aber eine, die der Landtag fällen muss." Auch Ansprüche an Banken würden weiter verfolgt werden, wo dies einen Sinn mache. Im Gesundheitsbereich will Stöckl etwa die Vernetzung der Krankenhäuser im Land intensivieren: "Es braucht in den Regionen eine Grundversorgung für die Bevölkerung, vielleicht auch den einen oder anderen Spezialbereich. Aber ich muss nicht in allen Spitälern alles anbieten."

Mayr als Vorkämpfter für Nahverkehr

Der designierte Landesrat für Verkehr und Wohnbau, Hans Mayr vom Team Stronach, zeigte sich im Hearing als Verfechter des Öffentlichen Nahverkehrs, "nicht nur in der Stadt

Salzburg, sondern auch in den Gemeinden." Mayr nannte eine Reihe von Maßnahmen, um die Attraktivität der Öffis zu erhöhen: Ein günstiges Jahresticket, den Ausbau von Schiene und Bus, Taktfahrpläne bis in entlegene Orte. "Das müssen wir schaffen, das möchte ich umsetzten." Im Landeswohnbaufonds will er nach dem verheerenden Bericht von PWC im Frühjahr klare Zuständigkeiten schaffen, eine gute Aufbaustruktur einrichten und ein nachhaltiges Controlling einführen. Und Mayr stellte klar: "Für mich ist es nicht vorstellbar, dass Mittel, die wir vom Bund zum Zwecke der Wohnbaufinanzierung kommen, anders verwendet werden."
Die Befragung verlief in sehr respektvollem Umgang. Für Unterhaltung sorgte zwischendurch der scheidende Landtagspräsident Simon Illmer (ÖVP), der die Zuhörer nach mehrfachem Applaus informierte, dass die parlamentarische Geschäftsordnung Applaus des Publikums nicht vorsehe, was diese gleich mit einem neuerlichen Klatschen quittierten. Die drei Mandatare vom Team Stronach stellten keine einzige Frage.

Gegner von KV-Leitung protestierten

Die Gegner der geplanten 380-kV-Freileitung und der Tauerngasleitung (TGL) trafen sich parallel vor dem Chiemseehof zu einer Demonstration. Sie wollten die neue Koalition auf ihre Anliegen aufmerksam machen. "Sie sind der Hauptverantwortliche", heißt es etwa in dem von Theodor Seebacher und Anton Steiner unterzeichneten Schreiben der IG an Wilfried Haslauer. Die neue Regierung will wissenschaftlich überprüfen lassen, ob die Leitung überhaupt notwendig und im öffentlichen Interesse ist. Wenn das Ergebnis "ja" lautet, spricht sich die Koalition für "eine Teilverkabelung nach dem neuesten Stand der Technik" aus.

Genau da setzen die "Kabelkämpfer" an. "Warum steht die Salzburger Landesregierung nur für eine Teilverkabelung? In welchen Bereichen der Trasse wären Teilverkabelungen vorgesehen?", wollen sie vom neuen LH wissen.

Die IG Erdkabel sorgt sich vor allem um die Gesundheit von Generationen von Menschen an der Freileitung. Sie fordert eine in der Erde verlegte gasisolierte Leitung. Diese entspreche der "anerkannten Regel der Technik". Die Leitung könnte je nach Bedarf etwa in Tunneln durch Gebirge beziehungsweise an Flussufern verlegt werden.

ÖGB-Kongress: Wettern gegen Stronach und ÖVP

18.06.2013 Die roten Gewerkschafter antworten scharf auf die Angriffe durch Stronach und die ÖVP. Vor dem ÖGB-Kongress meinte FSG-Chef Katzian, dass man sich von "Provinzpolitikern" nicht wie Rotzbuben behandeln lasse.

Fraktionskonferenz der Christgewerkschafter.

-> BEWÄHRTER SCHLÄFER

SPÖ und sozialdemokratische Gewerkschafter ziehen geeint in den Wahlkampf. Das lässt sich angesichts der FSG-Fraktionskonferenz gefahrlos prophezeien. Faymann wurde sowohl bei seiner Ankunft im Tagungsraum als auch zum Abschluss seiner rund 20-minütigen Rede mit Standing Ovations gefeiert. Der Kanzler bewarb in seiner Ansprache die SPÖ als alternativlose Vertretung des Arbeitnehmers und warnte vor einem schwarz-blauem Comeback.
Direkte Attacken auf die ÖVP blieben aber mehr oder weniger aus, was insofern überraschte, als ÖVP-Chef Spindelegger wenige Stunden davor bei den Christgewerkschaftern Faymann sogar persönlich ins Visier genommen hatte. Anlass waren da die Streitigkeiten um das Lehrerdienstrecht, das der SPÖ-Vorsitzende allenfalls auch ohne Gewerkschaft beschließen lassen würde.

Die sozialdemokratischen Gewerkschafter antworteten scharf auf die Angriffe gegen den ÖGB während der letzten Tage. FSG-Chef Wolfgang Katzian meinte: "Wer die Gewerkschaften auf den Müllhaufen der Geschichte schicken will, gehört selbst auf den Müllhaufen der Gegenwart und der Zukunft." Man werde sich von "dahergelaufenen Provinzpolitikern" nicht wie Rotzbuben behandeln lassen, meinte Katzian. In den letzten Tagen hatten sich vor allem ÖVP und Team Stronach mit scharfen Attacken auf die Gewerkschaft hervorgetan.
Auch die Christgewerkschafter schlugen bei ihrem Bundestag bereits Wahlkampftöne an. Im Visier standen dabei der Koalitionspartner SPÖ sowie Frank Stronach, der mehrmals die Sozialpartnerschaft infrage gestellt hatte. "Statt Klassenkampf machen wir seriöse Politik", gab Schnedl in seiner Eröffnungsrede die Richtung vor.

Am Abend beginnt dann der eigentliche ÖGB-Bundeskongress mit der offiziellen Eröffnung, zu der auch Bundespräsident Fischer und der Chef des Deutschen Gewerkschaftsbunds, Michael Sommer, erwartet werden. Ab Mittwoch wird über die inhaltlichen Anträge debattiert, Donnerstag steht schließlich die Wiederwahl von Präsident Erich Foglar auf dem Programm.

Stronach wollte Kandidaten via TV casten

18.06.2013 - Das Team Stronach wollte einen Nationalratssitz via TV-Show vergeben. Die Casting-Show hätte unter dem Titel "The Candidat!" laufen sollen. ATV und Puls4 lehnten das Konzept jedoch ab.

Frank hätte das letzte Wort gehabt.

Parteichef Frank Stronach selbst sollte einen von drei Publikumslieblingen auf die Bundesliste hieven, berichtet der Kurier. Bei der Show hätte es um "die besten Ideen für unser Land" gehen sollen. Bürger sollten einer Jury ihre politischen Vorstellungen via Text und Video präsentieren. Konzipierter Höhepunkt: Das Publikum kürt aus den zehn Kandidaten telefonisch die drei aus seiner Sicht geeignetsten Polit-Anwärter. Das letzte Wort hätte Stronach gehabt. Er sollte am 10. August - via Fernsehen - kundtun, wer auf seine Liste für die Nationalratswahl kommt.

Das Team Stronach blitzte mit der Idee allerdings bei den privaten TV-Anstalten ab. Bei ATV langte sein "Candidat"-Ansuchen Ende vergangener Woche ein, die Antwort lautete Nein. "Wir lassen uns nicht von Parteien Formate aufschwatzen", sagte ATV-Nachrichtenchef Alexander Millecker. "Politische Unabhängigkeit ist für uns nicht nur ein Schlagwort." Im Übrigen sollten Parteien nicht derart Kandidaten suchen. Eine Sprecherin von Puls4 erklärte: "Bei uns wird es diese Show nicht geben."

Stronachs Wahlkampfleiter, Ex-ATV-Boss Tillmann Fuchs, bestätigte, mit TV-Sendern "Gespräche darüber geführt" zu haben. "Wir haben das aber wieder verworfen." Weil keiner diese Show haben wollte? "Es hatte keine Priorität; das war eine von 1.000 Ideen, die gewälzt werden. Am Ende sind wir zum Schluss gekommen, dass es im Privat-TV nicht mit der notwendigen Ernsthaftigkeit umgesetzt werden kann."

Applaus von FPÖ für Dönmez, Drohungen im Netz

Nach Erdogan-Sager

18.06.2013, 07:42

Während **Grünen-** Bundesrat Efgani Dönmez auch in der "ZiB 24" seine provokante Aussage zu den Solidaritätskundgebungen von Anhängern des türkischen Premiers Recep Tayyip Erdogan in Wien verteidigt hat und dafür von den Blauen Applaus erntet, finden die Grünen selbst überhaupt keinen Gefallen an der Wortspende ihres Bundesrates. Von der türkischen Community kommen gar Rücktrittsaufforderungen.

Bereits am Montag hatte Bundessprecher Stefan Wallner die Aussagen "auf das Schärfste" zurückgewiesen. Der Landessprecher der Wiener Grünen, Georg Prack, kommentierte Dönmez' Idee, wonach Austro- Türken, die Erdogans autoritären Führungsstil unterstützten, **mit einem "One- Way- Ticket" wieder in die Türkei zurückgeschickt werden sollten**, indes auf Twitter knapp mit "Fuck You".

Morddrohungen gegen Dönmez

Zwar sah Dönmez ein, dass seine Formulierung ein wenig "überspitzt" gewesen sei, doch im "ZiB 24"- Interview setzte er dann sogar noch einen drauf und warnte vor einem "verlängerten Arm" der türkischen Regierung in Österreich. Auch durch Morddrohungen im Internet, von denen Dönmez

im ORF- Interview sprach, lässt sich der grüne Bundesrat nicht beirren. Er habe bereits den Verfassungsschutz informiert.

Türkische Community fordert Rücktritt

Die türkische Community fordert mittlerweile den Rücktritt des grünen Bundesrates. "Wir, die türkische Community, wollen dass Sie zurücktreten", so Fatih Köse, Sprecher von "New Vienna Turks". Auch viele Österreicher und viele Angehörige von Völkern vom Balkan würden Dönmez' Rücktritt fordern.
Köse verteidigte weiters das Vorgehen des islamisch- konservativen Ministerpräsidenten gegenüber den Demonstranten in der Türkei. Wenn eine Demonstration ihren Charakter nicht wahre, müsse "irgendwann Schluss sein", meinte er. "Die Regierung greift ein, aber human." Es habe zwar einige Tote gegeben, räumte Köse ein, aber die Polizeieinsätze seien auf "europäischem Niveau". Das Militär habe nicht eingegriffen.

Terrorismusexperte verteidigt Dönmez

Amer Albayati, Mitbegründer der Initiative Liberaler Muslime Österreich, verteidigte Dönmez. Dessen "überspitzt getätigte Aussage" spiegle die Befürchtungen der meisten Muslime in Österreich wider. Der seit Jahren steigende Einfluss der sogenannten Vereine und NGOs, welche als politischer Arm der Türkei und anderen muslimischen Ländern tätig seien, stelle eine Gefahr für die österreichische Bevölkerung und das friedliche Miteinander dar, so der Islam- und Terrorismusexperte Albayati.

FP- Kickl: "Lupenreine demokratische Haltung"

Auch von der FPÖ kam Applaus zu den umstrittenen Aussagen des Grünen. Generalsekretär Herbert Kickl zollte Dönmez Respekt wegen seiner "lupenreinen demokratischen Grundhaltung". Kickl forderte Dönmez auf, "sich zu überlegen, ob die Grünen tatsächlich seine politische Heimat sind".

Erdogan-Fans: Nach Dönmez sorgt Pilz für Wirbel

20. Juni 2013, **Grüner rief zu Obacht beim Einbürgern auf –** Parteiinterne Debatte geht weiter - Empörung in allen Lagern

Wien - Nicht nur Peter Pilz, sondern auch sein Parteifreund Albert Steinhauser will angesichts von Pro-Erdogan-Demonstrationen in Wien über " autoritäre und extreme Tendenzen unter Migranten" diskutieren können - und zwar genauso wie die Grünen das stets auch bei Österreichern mit zweifelhaftem Gedankengut machen. Aber, so fügt der grüne Justizsprecher auch gleich hinzu: "nicht primär mit dem Gesetzesbuch in der Hand, sondern mit den besseren Argumenten."

"Keine Gesinnungskontrolle"

Wie der Standard berichtete, hat Pilz angeregt, sich bei den Staatsbürgerschaftsverfahren "das Engagement" heimischer Erdogan-Sympathisanten "sehr genau" anzusehen - und bei einem Entscheid zu " berücksichtigen" - weil die Anhänger des türkischen Premiers, in ihrer Heimat ja die Unterdrückung der Demokratie fördern wollen. Steinhauser hingegen differenziert: "Bei der Zuerkennung der Staatsbürgerschaft darf es nicht um Gesinnungskontrolle gehen, die Meinungsfreiheit muss unbestritten sein." Nur in extremsten Fällen, so der Grüne, "wenn es beispielsweise zu körperlichen Übergriffen von Fundamentalisten auf türkische Oppositionelle in Wien käme", hielte er "die Verweigerung der Staatsbürgerschaft" aber sehr wohl für "angemessen".

Nach Bundesrat Efgani Dönmez, der seinen One-Way-Ticket-Vorschlag für türkische Demonstranten zurücknehmen musste, reagieren auf Pilz' Vorstoß nicht nur Vertreter der SPÖ ("Österreich braucht keine Gewissenspolizei") und ÖVP empört. Auch SOS-Mitmensch sieht darin "einen demokratiepolitischen Irrweg".

Die grüne Integrationssprecherin Alev Korun, ebenfalls aus der Türkei, ist auch nicht begeistert über die aktuellste Debatte bei den Grünen: " Im Staatsbürgerschaftsgesetz steht seit Jahrzehnten, dass eine bejahende Einstellung zur Republik Voraussetzung für die Einbürgerung ist", so Korun. "Eine Befragung über Parteipräferenzen oder ein Pauschalverdacht bei einer Bevölkerungsgruppe hat keinen Platz bei der Einbürgerung. Demokratische Grundhaltung ist eines, Schnüffelei wäre etwas ganz anderes." Nachsatz: "So hat es Peter Pilz auch nicht gemeint."

18.06.2013 Linzer müssen zahlen Swap-Skandal:

Bawag will n u n 507 Millionen €

Die ehemalige Gewerkschaftsbank fordert noch mehr Geld (© APA)

Insgesamt sind es 507 Millionen Euro! Das ist aktuelle Forderung der Bawag im Gerichtsstreit um den desaströsen Frankendeal mit der Stadt Linz. Das sagte Bawag-Chefjurist Alexander Schall am Dienstag vor dem Swap-Ausschuss des Linzer Gemeinderates aus.

"Mit Stichtag 30. Juni liegen unsere Forderungen an die Stadt Linz bei 507 Millionen", so Schall, der Ende des Monats die Kalkulationen offenlegen will. Damit müsste Linz 90 Millionen Euro mehr zahlen als bis dato angenommen. Diese Summe würde sich laut Schall unter anderem aus Verzugszinsen zusammensetzen. -

In der Sitzung zitierte er auch bankinterne Gesprächsprotokolle. Inhalt: Swap-Ausstiegsszenarien. Es sei für ihn "denkbar", Bawagmitarbeiter im Ausschuss vorsprechen zu lassen.

Falsche Gutachten? Salzburger Psychologe angeklagt

20.06.2013 - Ein Salzburger Psychologe soll über Jahre hinweg als Gutachter in Obsorgeverfahren mit zweifelhaften Methoden gearbeitet haben. Jetzt hat die Staatsanwaltschaft Linz Anklage erhoben.

Seit 2009 liegen Vorwürfe vor. Das berichtet das Nachrichtenmagazin "News". Die Staatsanwaltschaft Linz wirft dem Salzburger das Vergehen der falschen Beweisaussage vor.

Schon seit 2009 wird der Mann beschuldigt, Gutachten lediglich zusammenkopiert und mit Textbausteinen gearbeitet zu haben. Für unterschiedliche Fälle sollen so idente Gutachten entstanden sein. Betroffene warfen dem Salzburger zudem vor, er habe einseitige Expertisen erstellt und Ergebnisse psychologischer Tests gefälscht. Die Dokumente seien für Familienverfahren unbrauchbar gewesen. Auch von einem eingesetzten deutschen Gutachter wurde der Salzburger Psychologe schwer belastet.

Laut "News" sollen drei Richter für den Psychologen interveniert haben. Die Staatsanwaltschaft Linz beeindruckte das nicht.

Anklage gegen früheren Gerichtssachverständigen

Linz/Salzburg - In 13 Fällen soll ein ehemaliger psychologischer Sachverständiger Beweismittel verfälscht haben. Der Salzburger wird verdächtigt, Gutachten in Serie produziert zu haben, indem er gleichlautende Textbausteine mehrmals verwendete. Zudem wird ihm vorgehalten, in einseitiger Weise Zeugenaussagen und Ergebnisse psychologischer Tests manipuliert zu haben. Die Staatsanwaltschaft Linz hat nun Anklage gegen den 50-Jährigen eingebracht. Ihm drohen bis zu drei Jahre Haft.

Ermittlungen nach Linz delegiert

Um den Anschein der Befangenheit zu vermeiden, wurden die Ermittlungen von Salzburg nach Linz delegiert. Die Behörde beauftragte einen Berliner Universitäts-professor, die vor allem für Obsorge- und Pflegschaftsverfahren erstellten Gutachten des Beschuldigten zu analysieren.

Der Psychologe Max Steller fällte ein vernichtendes Urteil: Die Schlussfolgerungen des Fachkollegen seien nicht nachvollziehbar, die Wahl der psychologischen Metho-den intransparent. Der Strafantrag folgte der Kritik: Die "methodischen Schritte" seien "in allen diesen Gutachten unklar und daher für den Prozess der gutachterlichen Urteilsbildung nicht verwertbar".

Wann und wo der Prozess stattfinden wird, ist noch offen. Die Opfer haben Bedenken an der Unbefangenheit des Salzburger Landesgerichts angemeldet, da der Verdächtige auch in dessen Auftrag tätig war.

Europäische Union setzt Beitrittsgespräche mit der Türkei aus

20. Juni 2013, **Deutschland stimmt nächsten Beitrittsrunde nicht zu - Vorgesehen war die Eröffnung von 35 Verhandlungskapiteln**

Brüssel/Ankara - Das umstrittene Vorgehen des türkischen Ministerpräsidenten Recep Tayyip Erdogan gegen regierungskritische Demonstranten hat nun auch Folgen für die EU-Ambitionen Ankaras. Wegen des "aktuellen politischen Klimas" in der Türkei will Deutschland einer für kommenden Mittwoch geplanten Beitrittskonferenz mit Ankara nicht zustimmen, verlautete am Donnerstagabend aus Ratskreisen in Brüssel.

Die Beitrittskonferenz am kommenden Mittwoch hätte eigentlich einen Durchbruch nach einem mehr als zwei Jahre dauernden Stillstand in den EU-Beitrittsgesprächen mit Ankara bringen sollen. Vorgesehen war die Eröffnung eines weiteren Verhandlungskapitels, nämlich zur Regionalpolitik. In den seit acht Jahren laufenden Verhandlungen wurden erst 13 von insgesamt 35 Kapiteln eröffnet, eines wurde vorläufig abgeschlossen.

Bei einem Treffen von EU-Diplomaten ließ Berlin am heutigen Donnerstag erkennen, dass es der Beitrittskonferenz nicht zustimmen werde. Auch die Niederlande hätten einen parlamentarischen Vorbehalt geäußert. Sollte Deutschland seinen Standpunkt nicht ändern, wird es am Montag in Luxemburg nur eine politische Diskussion der EU-Außenminister über die aktuelle Lage in der Türkei geben, hieß es.

Merkel kritisierte türkische Polizei

Die deutsche Kanzlerin Angela Merkel hatte sich bereits Anfang der Woche kritisch zum harten Vorgehen der türkischen Behörden gegen Demonstranten geäußert. Außenminister Michael Spindelegger sagte am Donnerstag im Rahmen eines Gipfels der Europäischen Volkspartei (EVP) in Wien, der Fortgang der Beitrittsverhandlungen mit der Türkei hänge "sehr davon ab, wie die türkische Regierung mit den Demonstranten umgeht".

Spindelegger berief sich dabei explizit auf die deutsche Kanzlerin, die ebenfalls am EVP-Treffen teilnahm. "Es gibt in Deutschland wie in Österreich große Besorgnis; die Demonstrations- und Meinungsfreiheit müssen hoch geachtet werden", betonte er. Zugleich erinnerte er an die Präferenz Deutschlands und Österreichs für eine "privilegierte Partnerschaft" mit der Türkei anstelle einer EU-Vollmitgliedschaft.

Merkel hatte den Begriff der "privilegierten Partnerschaft" noch als deutsche Oppositionsführerin geprägt, es dann aber als Regierungschefin unterlassen, die Beitrittsgespräche mit der Türkei zu bremsen. Sie hatte nämlich jeweils Koalitionspartner, die einen EU-Beitritt der Türkei befürworten. So sprach sich der deutsche Außenminister und FDP-Chef Guido Westerwelle am Donnerstag dafür aus, die Kapitel Grundrechte und Rechtsstaatlichkeit in den Türkei-Verhandlungen zu eröffnen. Allerdings ist dieses wegen des Zypern-Konflikts blockiert.

Zähe Beitrittsdiskussion

Der Türkei war im Jahr 1999 der Status eines EU-Kandidatenlandes erteilt worden, die Beitrittsgespräche wurden im Jahr 2005 eröffnet. Österreich hatte damals eine Verschärfung der Verhandlungsbedingungen erzwungen und sich zugleich auf eine Volksabstimmung über den EU-Beitritt der Türkei festgelegt. In den vergangenen Jahren wurden die Verhandlungen vor allem vom Zypern-Konflikt überschattet. Brüssel legte mehrere Verhandlungskapitel auf Eis, weil Ankara sich weigert, die griechisch-zypriotische Regierung anzuerkennen.

Wegen des Umgangs der Regierung Erdogan mit der vor drei Wochen ausgebrochenen Protestwelle hatte es jüngst vermehrt Forderungen nach einem Abbruch der Beitrittsverhandlungen mit der Türkei gegeben. In Österreich richteten FPÖ und BZÖ am gestrigen Mittwoch einen entsprechenden Appell an Brüssel. Der Fraktionschef der Sozialdemokraten im Europaparlament, Hannes Swoboda, kritisierte am Montag, dass Erdogan die Forderungen der EU-Volksvertretung ignoriere. Das "kann nur heißen, dass die Türkei nicht Mitglied der Europäischen Union werden will".

Die Türkei reagierte ungerührt auf die Kritik aus der Europäischen Union. EU-Minister Egemen Bagis sagte am Mittwoch, die Türkei sei nicht auf die Europäische Union angewiesen. "Wenn nötig können wir ihnen sagen: Bursche, zieh Leine", sagte Bagis.

Die Proteste gingen unterdessen weiter. Auf dem Taksim-Platz in Istanbul setzten am Donnerstag mehrere Dutzend Demonstranten ihren stillen Protest gegen die Regierung fort. Die Polizei war stark präsent und hatte Wasserwerfer in Bereitschaft. In Izmir nahmen Anti-Terror-Einheiten 14 Beschuldigte in Gewahrsam, denen Sachbeschädigung und Anstachelung zu Unruhen vorgeworfen werde, berichteten türkische Medien am Donnerstag.

EU-Kommissar: Österreichische Spielchen

20. Juni 2013, Österreichs rot-schwarze Koalition macht sich um die wirklich **wichtigen Fragen künftiger EU-Politik Gedanken**

Felix Austria. Sorgentreibende Nachrichten über die soziale und wirtschaftliche Zukunft des Euroraumes mögen andere beunruhigen, Österreichs rot-schwarze Koalition macht sich um die wirklich wichtige Frage künftiger EU-Politik Gedanken: Wer wird Österreichs nächster EU-Kommissar?

Da hat jetzt der Chef der Sozialdemokraten im EU-Parlament, Hannes Swoboda, SPÖ-Staatssekretär Andreas Schieder als nächsten Kommissar ins Spiel gebracht. Postwendend schlug ÖVP-Außenamts-Staatssekretär Reinhold Lopatka drein, so sei sie eben, die SPÖ, sie habe nur Postenschacher im Kopf. Nicht erwähnend, dass in seiner Partei längst ein Gerangel um den Top-Job der EU eingesetzt hat. Während sich Rot und Schwarz fürs Publikum zanken, sind hinter den Kulissen der Koalition jedenfalls längst Planspiele über größere Abtäusche am Laufen, bei denen auch der ORF eine Rolle spielt.

Übersehen wird von den großen roten und schwarzen Strategen, dass ihre Sandkastenspiele womöglich von einem stürmischen Wind, den die Nationalratswahlen im Herbst entfachen könnten, verblasen werden. Denn noch ist ganz und gar nicht ausgemacht, dass es SPÖ und ÖVP gemeinsam noch einmal auf eine Regierungsmehrheit bringen werden - die sie in der Folge nach der EU-Wahl 2014 überhaupt in die Lage bringt, über so etwas wie eine Bestellung von EU-Kommissaren nachdenken zu dürfen.

Fekter: Marode Banken nicht an Rettungstopf

20. Juni 2013 Voller Elan: Finanzministerin Fekter will möglichst bindende Regelungen in Sachen Rettungsschirm und Bankeninsolvenzen.

Geld gegen Reformen, fordert die Finanzministerin. Den von Banken dotierten Abwicklungsfonds will sie ohne Schlupflöcher

Luxemburg - Bei einer möglichen direkten Bankenrekapitalisierung durch den Rettungsschirms ESM sei zu verhindern, dass "marode Banken ohne Reformen Geld abholen", erklärte Finanzministerin Maria Fekter (ÖVP) am Donnerstag in Luxemburg, wo sich die Finanzminister der Eurogruppe treffen. Zu der bisher genannten Summe von 50 bis 70 Milliarden an möglicher Bankenrekapitalisierung durch den ESM sagte Fekter, "so weit sind wir noch nicht".

Solidarität der Banken gefragt Die Ministerin forderte einen parallelen Reformansatz. Wesentlich sei, den Steuerzahler künftig zu entlasten. Dies könne durch ein neues Insolvenzrecht passieren, das die EU aufstelle. So könnten sich Banken selber einen Schuldenfonds aufbauen, und die Finanzinstitute müssten dann, wenn sie in Schwierigkeiten kommen, ihren Anteil leisten.

Jedenfalls seien zuerst drei wesentliche Voraussetzungen notwendig: Die gemeinsame Aufsicht, die 2014 operativ tätig werden könne, dann die Abwicklung und das Insolvenzrecht. "Es müssen alle Bausteine der Bankenunion stehen", betonte Fekter.

Widersprüchliche Eigenkapitalvorschriften Die Beteiligung am Abwicklungsfonds soll laut der Finanzministerin möglichst rege sein. Wie viel heimische Banken darin einzahlen müssen, will sie nicht sagen. "Das halte ich nicht für klug, jetzt von einem Prozentsatz zu reden. Wenn wir wieder Ausnahmen beschließen, müssen wir den Prozentsatz wieder erhöhen", so Fekter.

Wenn man aber die Banken in die Pflicht nehme, wie von Fekter befürwortet, dann dürfe man auch die Eigenkapitalregeln nicht zu streng ansetzen. Basel III schreibt den Instituten neun Prozent an Eigenkapital und einen Puffer vor. Dass jetzt am Tisch liegt, dass dieses Geld nicht herangezogen werden darf, wenn es eine Pleite gibt, bedauert die Finanzministerin. Dies bedeute auch, dass diese "Bail-In-Ausnahmen in Kombination mit den Eigenkapitalvorschriften nicht ganz zusammenpassenn."

Keine Ausweitung

Jedenfalls müsse man bei einer Bankenrekapitalisierung auf die Politiker des betroffenen Landes setzen und nicht gleich ein ganzes Land unter Kuratel stellen. Spanien zeige das auf: "Ich kann keinem Bankdirektor in Andalusien staatliche Reformen auftragen. Das geht nur mit den Staaten."

Auf die jüngste Forderung seitens Spaniens nach einer unbegrenzten Ausweitung des ESM über die derzeit 500 Milliarden Euro Kapazität hinaus angesprochen winkte Fekter ab.

Geld ungleich Wachstum

Zum jüngsten Streit zwischen Internationalem Währungsfonds IWF und der EU-Kommission über die Griechenland-Hilfe sagte Fekter, diese seien nicht so divergent. Dabei sei viel mehr an Kontroversiellem hineininterpretiert worden als tatsächlich der Fall sei.

Sparen und gleichzeitig Wachstum generieren sei möglich. "Denken Sie an das eigene Konsolidierungspaket. Österreich hat einen ganz strengen Sparkurs mit 27 Milliarden Euro gefahren, aber 6,6 Milliarden für offensive Maßnahmen ausgegeben". Dies schlage auch der IWF-Chefökonom vor. Geld allein mache noch kein Wachstum, das habe man auch in Griechenland gesehen.

21. 06. 2013 Anzeige gegen Hypo wegen Alpine-Kredit

ERMITTLUNG: **Die Staatsbank ist "in zweistelliger Millionenhöhe" bei der Alpine engagiert engagiert.**

Weil die notverstaatlichte Kärntner Hypo der inzwischen in die Insolvenz geschlitterten Alpine im August und Oktober des Vorjahres einen Überbrückungskredit über 25 Mio. Euro verlängert hat, prüft die Staatsanwaltschaft Klagenfurt nun eine kürzlich eingegangene Anzeige dazu, berichtet das "WirtschaftsBlatt". Ein Banksprecher betont aber: Die Vergabe des Kredits "erfolgte gemäß allen Vorschriften und wirtschaftlichen Erwägungen". -

In der anonymen Anzeige wird den Bank-Entscheidungsträgern "wissentlich befugnismissbräuchliches Verhalten und ein entsprechender Schädigungsvorsatz" angekreidet. Zum Zeitpunkt der Kreditgewährung bzw. -verlängerung habe die Alpine "bereits mit massiven Zahlungsausfällen zu kämpfen" gehabt, daher sei die Kreditgewährung "als unvertretbar zu bewerten", zitiert das "Wirtschafts-Blatt". -

Insgesamt ist die Staatsbank Hypo derzeit "in zweistelliger Millionenhöhe" bei der Alpine engagiert, bestätigte der Banksprecher. Im Herbst 2012 waren es 59 Mio. Euro.

21. 06. 2013 **Neue Regeln für ein Vorzeige-Modell** Wir wollen ja die Bevölkerung der EU reicher machen - nicht ihre Multis.

Weils ja derzeit normal ist, die EU und was sie tut, schlechtzureden, seis hier einmal gesagt: Die Union - und ganz besonders ihre Förderungen - ist ein Segen für die ärmeren Gebiete in Europa. Und das wiederum hilft auch den Reicheren - denn sie können ihre Waren schließlich nur an jemanden verkaufen, der auch Geld hat.

Der Anlass für diese Erinnerung an eigentlich Selbstverständliches: Die EU hat neue Leitlinien für Regionalbeihilfen verabschiedet und zieht bei dieser Gelegenheit Bilanz. Bloß 0,11 Prozent des gemeinsamen BIP wurden verteilt - und trotzdem hat sich zwischen 2007 und 2013 der Anteil der EU-Bevölkerung, der in Gebieten mit einem regionalen BIP von weniger als 75 Prozent des EU-Schnitts lebt, von einem Drittel auf ein Viertel verringert. Das Gefälle zwischen Arm und Reich hat sich also messbar verringert - und das in einer Zeit, die durch die tiefste Wirtschaftskrise seit Menschengedenken gekennzeichnet war.

Ein Grund, wirklich stolz zu sein.

Die neuen Regeln für die Verteilung von Förderungen bieten nicht zuletzt auch deswegen Grund zu Vorsicht: Schließlich hat sich das Instrument bewährt und nicht jede Änderung muss eine Verbesserung sein.

So verringert die künftige Möglichkeit, kleinere Förderfälle auf staatlicher Ebene abzuwickeln (und sie der Kommission nur melden zu müssen) natürlich die - ach so ausufernde - Brüsseler Bürokratie. Sie birgt aber gleichzeitig die Gefahr, dass Staaten ihren Unternehmen dadurch Wettbewerbsvorteile verschaffen. Da werden strenge Stichprobenkontrollen nötig sein.

Andererseits sind die Erschwernisse für größere Unternehmen, Förderungen per Mitnahme-Effekt abzukassieren, eine echte Verbesserung - ganz zu schweigen vom Verbot, bloße Produktionsverlagerungen (wie gehabt im Fall Nokia, wo eine Produktion von Deutschland über Ungarn nach Rumänien verlegt wurde) zu fördern.

Wir wollen ja die Bevölkerung der EU reicher machen - nicht ihre Multis.

Autochtone Weinsorten: sind der neue weltweite Trend. Und Österreich kann einige vielversprechende Trauben beisteuern. Doch zu viele Winzer setzen auf die sicheren Renner Blaufränkisch und Grüner Veltliner. Die geforderte Vielfalt gerät in Gefahr.

Es war September 1985, die Stunde null nach dem Weinskandal, als die meisten österreichischen Winzer nicht wussten, wie es weitergehen sollte. Die Exportwirtschaft lag am Boden und auch der bis dato so produktpatriotische heimische Konsument griff nach italienischen oder französischen Flaschen. Selbst in der international renommierten Wachau blieben die Keller voll. In diesem Moment begann eine neue Epoche im österreichischen Weinbau, der sich buchstäblich an den eigenen Haaren aus dem Morast zog. Heute ist die Branche erfolgreich wie nie zuvor. Mit einem einfachen Prinzip: Klasse statt Masse. -

In dieser Stunde null fielen wichtige und nachhaltige Entscheidungen. Eine dieser Entscheidungen war, den Sortenspiegel des Landes zu verändern. Nachdem alles Österreichische über Monate verpönt blieb und der Konsument nach Europa und Übersee schielte, begannen burgenländische und niederösterreichische Winzer mit dem Anbau von internationalen Rebsorten wie Merlot, Syrah, Chardonnay, Pinot noir oder Cabernet Sauvignon. Einige wagten sich sogar an Nebbiolo (der im Piemont angebaut wird) oder Sangiovese (den man in der Toskana keltert). Viele dieser Experimente waren von Anfang an zum Scheitern verurteilt, andererseits sind diesem Wagnis ein paar der besten Weine des Landes zu verdanken, etwa die burgundischen Chardonnays von Heinz Velich aus Apetlon oder der herausragend würzige Barrique-Merlot der Winzerfamilie Kirnbauer aus Deutschkreutz.

Schon damals erhoben sich vereinzelt Stimmen, die mahnten, dass man in Österreich nicht unbedingt internationale und somit verwechselbare Sorten anbauen sollte, die noch dazu nach einer weltweit kopierten franko-amerikanischen Stilistik ausgebaut werden, sondern besser ein regional eigenständiger Weinbau zu fördern sei, der dem Land und seinen Weingegenden ein eigenständiges Profil verschaffen könne. -

Zwischen Kittsee und Güssing -

Als hätte es eines Beweises für die Kraft österreichischer Sorten bedurft, füllte der burgenländische Winzer Ernst Triebaumer schon 1988 einen Blaufränkisch aus der Lage Marienthal ab, der in Österreich bis heute als Legende gilt. Der Wein, Jahrgang 1986, war der erste Beweis, welche Größe die heimische Sorte haben kann. Zwar gibt es Blaufränkisch auch in Ungarn (Kékfrankos) und Deutschland (Lemberger), doch nur zwischen Kittsee und Güssing wird der Lokalmatador bisher mit jener Kraft und Würzigkeit aus den Fässern geholt, wie sie große internationale Weine auszeichnet. -

Blaufränkisch, eine natürliche Kreuzung aus der weißen Heunischrebe und einer bisher noch unbekannten Rebsorte, war die erste autochthone Sorte Österreichs, die ihren Weg zum Weltwein geschafft hat. Sie wird in Niederösterreich und Burgenland auf lediglich 3300 Hektar angebaut. Soll heißen: Wenn nur ein paar 100 amerikanische Weinenthusiasten erkennen, was für großartige Kreszenzen Roland Velich (Moric), Uwe Schiefer und viele andere aus dieser dem milden Klima zugeneigten, delikaten Traube keltern, würde der heimische Markt um die Zuteilung hochqualitativer Weine zittern. Eine Entwicklung wie in Burgund und Bordeaux wäre die Folge. Und ein weiteres Anziehen der Preise. -

Nach Triebaumers Marienthal ließ Josef Umathum aus dem burgenländischen Frauenkirchen

Anfang 1990 mit seinem fruchtig-deftigen Zweigelt aus der Riede Hallebühl aufhorchen – und mit einem burgundisch-eleganten St. Laurent aus der Lage Vom Stein. Beide Weine – Zweigelt zudem eine relativ junge Kreuzung aus Blaufränkisch und St. Laurent – unterstützen bis heute die These, dass auch in Österreich verwurzelte Sorten exzellente Rotweine bringen können.

Österreichs weltweit wohl berühmteste autochthone Rebsorte ist jedoch der Grüne Veltliner, eine natürliche Kreuzung aus Traminer und einer Sorte mit dem Namen St. Georgener. Die Weine haben ein eigenes Geschmacksprofil, das sogenannte „Pfefferl", das sie von beliebigen Weinen absetzt. Grüne Veltliner können sowohl spritzig frische und schnell konsumierbare Weine sein oder schwere, burgundisch anmutende Kreszenzen, die mitunter Jahre bis zur optimalen Trinkreife brauchen. Eine so vielfältige Traube findet man selten, und es ist das große Glück der österreichischen Winzer, mit dem Grünen Veltliner einen echten Allrounder als Botschafter einsetzen zu können. -

Lange Lagerfähigkeit und schöne Morbidität -

Doch der Segen ist auch ein Fluch, denn andere heimische Weißweinsorten gehen im Grünen-Veltliner-Boom schlichtweg unter. Etwa Rotgipfler, eine Rebsorte, die in der Thermenregion Wurzeln schlägt und von der viele Weinkritiker behaupten, dass sie ein höheres Potenzial habe als Veltliner, Sauvignon blanc und Riesling. Rotgipfler wird zwischen Brunn am Gebirge und Traiskirchen lediglich auf rund 110 Hektar angebaut und steht für delikate, würzige und hocharomatische Weine, die ein exotisches Geschmacksbild prägt. Hinzu kommt eine lange Lagerfähigkeit und eine schöne Morbidität im Alter. Das Unikat ist eine natürliche Kreuzung aus Traminer und Rotem Veltliner und tatsächlich ein Schatz, den es sich zu heben lohnen würde. Große, aromatische Weißweine ähnlichen Charakters kommen ansonsten nur aus dem Elsass. -

Doch es gibt ein Hindernis für die Ausbreitung des Rotgipfler: das Terroir. Wahrscheinlich gedeiht der Sonderling nur in der Region südlich von Wien so gut, wo die Böden meist um zwei bis drei Grad wärmer sind und so auf die Reife und das resultierende Geschmacksbild Einfluss nehmen. In anderen Regionen Europas (Württemberg, Pfalz, Elsass) wurde aus dem Rotgipfler nie ein großer Wein, und er geriet dort rasch in Vergessenheit. Große Rotgipfler werden von den Winzerfamilien Alphart (Foto, Lage Rodauner), Stadelmann (Lage Tagelsteiner) oder Aumann(Lage Flamming) gekeltert, die dafür Sorge tragen, dass die Sorte zumindest einige Popularität erlangt. -

Gleiches gilt für die zweite Weißweinsorte der Thermenregion, den Zierfandler, auch Spätrot genannt, eine Kreuzung aus Rotem Veltliner und einer traminerähnlichen, bisher unbekannten Traube. Zierfandler ist nicht verwandt mit der amerikanischen Rotweinsorte Zinfandel, die eine kroatische Abart des italienischen Primitivo ist. Auch aus Zierfandler kann man hochwertige, alkoholreiche und lange lagerfähige Weine keltern. Eigentlich unterscheidet sie nur die etwas höhere Säure vom Rotgipfler. Weil aber Zierfandler gerne vom Schimmelpilz Botrytis heimgesucht wird, eignet sich die Sorte exzellent für Süßweine allerhöchster Qualität. Diese Essenzen können mühelos mit den besten Auslesen der Welt mithalten. In Teilen der Thermenregion, aber auch im nördlichen Burgenland, im Kremstal und in der Wachau finden sich noch wenige Reben der vergessenen Weißweinsorte Neuburger, die für neutrale Weine steht, die sehr burgundisch wirken und das Terroir nur eingeschränkt transportieren. Die Sorte scheint ihren Ursprung im Spitzer Graben zu haben und ist eine vermutete Kreuzung aus Rotem Veltliner und Grünem Silvaner. Neuburger ist sehr säurearm, die Weine können also bald nach der Ernte getrunken werden und sind eher magenschonend. Weniger freundliche Kritiker meinen, Neuburger bringe einfach langweilige Weine. -

Erwin Tinhof aus Eisenstadt wollte den Neuburger nicht in seinem Schattendasein belassen und hat schon vor 20 Jahren das einzig Richtige gemacht: Er hat ihn ins Barrique-Fass gefüllt und dort wie einen burgundischen Chardonnay reifen lassen. Tinhofs experimentelle Neuburger sind bis heute die einzigen großen Weine dieser Sorte. Wie gut Neuburger auch leicht und trocken schmecken kann, beweist der erstaunlich spritzige Neuburger der Domaine Wachau. Trotz aller Zuwendungen wird die Sorte aber vermutlich langsam aus den Weingärten verschwinden. Grund dafür ist die mangelnde Akzeptanz des österreichischen Konsumenten, der mit dem Blassling wenig anzufangen weiß. Auch sein sehr gering ausgeprägtes Sortenprofil macht ihn nicht unbedingt zu einer Kostbarkeit, die man zwingend retten muss. -

Der Rote Veltliner, der in fast allen seltenen Sorten Österreichs genetisch verwurzelt ist, trägt ebenfalls ein schweres Los. Sein Nachteil ist sein Name, denn der Konsument erwartet eine Ähnlichkeit mit dem würzigen Grünen Veltliner. Doch der Rote Veltliner ist mit seinem Namensvetter nicht verwandt, irgendwer hat die Traube mit den leicht rötlichen Schalen falsch zugeordnet – zu Zeiten, als man die Zugehörigkeit noch nicht genetisch bestimmen konnte.

Und weil der Rote Veltliner auch im Rotgipfler und Zierfandler steckt, kann man aus ihm ähnlich komplexe und lagerfähige Weine keltern, die im Geruch an Walnuss, Pfirsich und Biskuit erinnern. Der Geschmack fällt hingegen oft sehr unterschiedlich aus und hängt stark von der Art des Ausbaus und der Böden ab. Der Winzer Sepp Mantler aus dem niederösterreichischen Gedersdorf beispielsweise lässt seinen Roten Veltliner aus der Riede Reisenthal etwas länger auf der Maische stehen und kitzelt dieserart mehr Aromen aus dem Lesegut. Mantlers Rote Veltliner sind immer eine Spur exotischer, komplexer und gewichtiger. Hier hat die Rebe einen neuen Vater gefunden, der die Vormundschaft prägend einsetzt.
In der Weststeiermark wächst der Blaue Wildbacher, eine Rotweinsorte, aus der Schilcher gemacht wird, ein regionstypischer Roséwein, der mitunter gewöhnungsbedürftig sauer ist. Diese brutale Rustikalität passt nicht mehr in den heutigen Weinmarkt und so verschwindet Schilcher mehr und mehr aus den Weinkarten und Weinregalen. Man kann das bedauern, doch es ist wohl besser, der Schilcher bleibt in seiner Region, wo er gerne, mit Sodawasser gespritzt, als Durstlöscher getrunken wird. **Slowenische Experimente** -
Einige steirische Winzer versuchen aus Blauem Wildbacher gewichtige Rotweine zu machen. Das gelingt aber nur sehr selten, da die Sorte wenig Potenzial für den Ausbau im kleinen Eichenfass hat. Erstaunlich gelungen aber sind slowenische Experimente mit Blauem Wild-bacher. Nahe Maribor werden die Trauben weiß gekeltert und danach in neue burgundische Fässer (500 Liter) mit kernigem Toasting gepumpt. Nach zwölf Monaten kommen Weine auf die Flasche, die an die grandiosen Rieslinge des pfälzischen Experimentalweinguts Von Winning erinnern. Oder gleich an so manchen sehr mineralischen Chardonnay aus der burgun-dischen Spitzengegend um Mersault. Ähnliches Erstaunen wecken auch slowenische und kroatische Wildbacher, die als Trockenbeerenauslesen oder Eisweine ausgebaut werden. Es drängt sich zunehmend der Verdacht auf, dass der Blaue Wildbacher in Österreich traditionell misshandelt wird und seine Möglichkeiten nur dort zu erkennen sind, wo man ihn nicht zum Schilcher abstempelt. Der in Deutschland sehr beliebte Silvaner stammt ursprünglich aus Österreich. Die Sorte ist eine natürliche Kreuzung zwischen Traminer und der seltsam klingenden Klosterneuburger Züchtung „Österreichisch Weiß“. Deswegen wurde der Silvaner lange Jahre in Deutschland „Österreicher“ genannt. Mit etwa 40 Hek-tar Rebfläche zählt er in seiner Heimat zu den aussterbenden Sorten. In Deutschland aber feiern fränkische Winzer große Erfolge mit ihm.

22. 06. 2013 Karlsruhe verlangt Auskunft über **Fall Mollath**

Das Verfassungsgericht mischt sich in den Fall des möglicherweise zu Unrecht weggesperrten Psychiatriepatienten Mollath ein. Eine entspre-chende Anfrage ging bei Bayerns Justizministerium ein.

Verrückt? Justizopfer? Der Fall Gustl Mollath beschäftigt jetzt auch das Bundesverfassungsgericht

Der Fall des bayerischen Psychiatriepatienten Gustl Mollath interessiert nun auch das Bundesverfassungsgericht. Beim bayerischen Justizministerium sei aus Karls-ruhe eine Bitte um Stellungnahme eingegangen, bestätigte am Samstag ein Minis-teriumssprecher in München einen entsprechenden Bericht der "Süddeutschen Zeitung".

Zuständig als Berichterstatter im Fall Mollath ist dem Bericht zufolge der Verfass-ungsrichter Peter Müller, der frühere Ministerpräsident des Saarlands.

"Wir werden die Frage unseres höchsten Gerichts schnell und umsichtig beantwor-ten", sagte der bayerische Ministeriumssprecher. Dabei werde besonders berück-sichtigt, dass Mollath schon seit sieben Jahren in der Psychiatrie untergebracht sei – "eine sehr lange Zeit ohne Freiheit".

Die Anfrage gebe nun die Möglichkeit, "auf diesen Umstand einzugehen". Laut "Süddeutscher Zeitung" wurde auch der Generalbundesanwalt um Stellungnahme gebeten. Beide Behörden haben bis zum 23. Juli Zeit, sich zu äußern.

Fall sorgt für bundesweites Aufsehen

Der Fall Mollath sorgt seit Monaten für bundesweites Aufsehen. Mollath war 2006 als paranoid und gemeingefährlich eingestuft und zwangsweise eingewiesen worden. Er soll seine geschiedene Frau misshandelt und die Reifen von Dutzenden Autos zerstochen haben, was er bestreitet.

Die Einstufung als paranoid ging darauf zurück, dass er in Strafanzeigen auf ein von seiner Ex-Frau mit betriebenes Schwarzgeldsystem der HypoVereinsbank hingewiesen hatte. Ein erst im vergangenen Jahr bekannt gewordener interner Bericht der Bank bestätigte Mollaths Vorwürfe zum Teil. Inzwischen wird über eine Wiederaufnahme seines Falls beraten.

Der Freiburger Anwalt Michael Kleine-Cosack hatte im Januar 2012 Verfassungsbeschwerde gegen einen Beschluss zur Unterbringung Mollaths in der Psychiatrie eingereicht und diese Beschwerde im Licht der neuen Erkenntnisse kürzlich erweitert. Sie ist begründet mit mangelnder Verhältnismäßigkeit.

23. 06. 2013 # Wie wenige Worte Billionen Dollar vernichten

Kurz vor seinen Abtritt hat Fed-Chef Bernanke die Weltbörsen mit weni-gen Worten auf Talfahrt geschickt. Ein riskannter Schritt, den viele als den richtigen bezeichnen.

Was treibt einen Mann, kurz vor seinem Ruhestand noch einmal ein so hohes Risiko einzugehen? Der Mann, das ist Ben Bernanke, der Chef der amerikanischen Notenbank. Mit wenigen Worten hat der mächtigste Geldpolitiker der Welt diese Woche mehrere Billionen Dollar an Buchwerten vernichtet und erhöhte Unsicherheit hervorgerufen.

Kaum mehr als ein halbes Jahr, bevor die Amtszeit des 59-Jährigen als Vorsitzender der Federal Reserve endet, riskiert er nicht mehr und nicht weniger als einen Rückfall der Weltwirtschaft in die Rezession. Ein gewagter Schritt, zumal die Weltkonjunktur sich weiter anfällig präsentiert.

Bei der Pressekonferenz im Anschluss an die Zinssitzung gab sich der Fed-Chef keineswegs so markteinfühlsam wie gewohnt. Ungerührt ließ er die Spieler wissen, dass ihm steigende Zinsen an den Kapitalmärkten egal sind. Steigende Zinsen aber sind genau das, wovor die Spekulanten zittern. Die Akteure an der Wall Street und in der Londoner City waren darauf geeicht, dass es Geld noch viele Jahre lang quasi zum Nulltarif gibt.

Mit milliardenschweren Anleihekäufen hatte Bernanke dafür gesorgt, dass die langfristigen Zinsen unterhalb der Inflationsraten lagen. Diese negativen Realzinsen trieben Anleger auf der Suche nach Rendite in riskante Anlageklassen. Zuletzt pumpte die Fed Monat für Monat die gewaltige Summe von 85 Milliarden Dollar in den Markt.

So werde ich Dollar-Investor

Konten

Anleger können auf unterschiedliche Weise von der Renaissance des Greenback profitieren. Viele deutsche Banken und Discount-Broker bieten **Dollar-Konten**. Die Konten erlauben es, Euro in das US-Geld zu tauschen und beim späteren Rücktausch etwaige Kursgewinne zu realisieren.

Anleihen

Auch wer **Anleihen oder Aktien** im Dollar-Raum erwirbt, hat Anteil an der erwarteten Aufwertung der amerikanischen Währung. Das Risiko sind dabei Kursschwankungen. Besonders stark schlagen die Notierungen von Dividendenpapiere und lang laufenden Anleihen aus.

Fonds

Aktienfonds eignen sich daher nur für Anleger, die ein zwischenzeitliches Minus gut verkraften können. Weniger stark schwanken Fonds auf **kurz laufendende Geldmarktpapiere und Zins-Zertifikate**, die auf einem ähnlichen Prinzip basieren. Dieses Fonds und Zertifikate entwickeln sich ähnlich wie der Dollar. Wie bei allen Investment-Produkten fallen Kosten an.

Doch Bernanke stellte klar: Schon im Herbst dieses Jahres könnte die Notenbank anfangen, das Volumen der Liquiditätsspritze zu reduzieren, um sie im Laufe des Jahres 2014 schließlich ganz einzustellen.

Allein am Aktienmarkt lösten sich nach den Äußerungen 2,2 Billionen Dollar in Luft auf. An den Rentenmärkten verpufften weitere 800 Milliarden. Zu diesen rund drei Billionen kamen noch zig Milliarden Verluste an den Rohstoffmärkten. Die Börsianer reagierten auch deshalb so verschreckt, weil viele nach Bernankes warnenden Kommentaren zuvor diesmal mit schonenderen Tönen gerechnet hatten.

In den vergangenen Jahren hatte der Fed-Vorsitzende stets großen Wert darauf gelegt, die sensiblen Finanzmärkte keinesfalls zu verunsichern. Manche Beobachter hatten den früheren Princeton-Professor spöttisch zum Börsen-Flüsterer erklärt.

Der Deutsche Aktienindex (Dax) stürzte nach Bernankes Äußerungen am Mittwoch um 3,7 Prozent ab. In ähnlicher Größenordnung traf es den amerikanischen Dow Jones. Die zuvor von Investoren hoch gelobten Schwellenländer traf es noch schlimmer: Der türkische Leitindex BIST100, durch die Proteste im Land zusätzlich geschwächt, brach, in Hartwährung gerechnet, um 7,1 Prozent ein.

Auch die Kurse von Staatsanleihen gingen in den Keller, vor allem in Amerika, wodurch spiegelbildlich die Zinsen nach oben schossen. Der T-Bond-Future, der die Kurse der lang laufenden Treasuries (US-Staatsanleihen) abbildet, verlor drei Prozent an Wert.

Vor allem Edelmetalle kamen unter die Räder

Die Verluste betrafen jedoch nicht nur die klassischen Anlageklassen Aktien und Anleihen. Auch die Rohstoffe kamen unter die Räder. Vor allem aus den Edelmetallen zogen Investoren Geld ab. Der Gold-Preis gab um fünf Prozent nach, Silber verbilligte sich um bis zu neun Prozent. Investoren reagierten damit auf die Aussicht positiver Realzinsen.

"Bernanke will nicht als Greenspan in die Geschichte eingehen, der bis heute als Mann der Spekulationsblasen gilt, sondern als neuer Paul Volcker", sagt Lena Komileva, Geschäfts-führerin von G-plus Economics in London. Paul Volcker stand als Fed-Chef der Jahre 1979 bis 1987 für eine ganz andere Philosophie der Geldpolitik.

Die Reaktion der Märkte interessierte den alten Haudegen wenig. Ihm ging es darum, die Erwartungen künftiger Inflation zu brechen. Dafür bediente sich Volcker brachialer Methoden. In den ersten zwei Jahren seiner Amtszeit wuchtete er den Leitzins bis auf 20 Prozent nach oben. Damals flogen an den Börsen die Fetzen.

Am Ende aber besiegte seine Fed die Inflation und legte die Grundlage für eine der längsten Aufschwungphasen der US-Geschichte. Gleichzeitig haussierte der Dollar. Von Anfang der Achtziger bis Anfang 1985 konnte der Greenback seinen Wert gegenüber der D-Mark verdoppeln.

"Am Ende seiner Amtszeit scheint Bernanke sich für das Richtige entschieden zu haben", sagt Charles Gave, Ökonom bei Gavekal Research. Sein vorheriger Kurs habe Spekulanten auf den Plan gerufen, die niedrigen Zinsen auszunutzen

und weltweite Arbitragegeschäfte zu betreiben. So aber begannen sich Spekulationsblasen aufzubauen, zumal in den Schwellen-ländern – wo es jetzt konsequenterweise am stärksten krachte.

Manche wurden auf dem falschen Fuß erwischt

Kurzfristig bedeutet die Vertreibung der Spekulanten Unsicherheit. Denn der Abzug ihres "heißen Geldes" ("hot money") ruft enorme Schwankungen hervor. Manche Investoren wurden auf dem falschen Fuß erwischt und erlitten herbe Verluste.

Seit der ersten warnenden Rede des Fed-Chefs am 21. Mai hat der populäre Mischfonds Carmignac Patrimoine zum Beispiel fast neun Prozent an Wert verloren und damit alle auf Jahressicht erzielten Gewinne abgegeben. "Wir bedauern, dass wir die Brutalität der Marktreaktion auf Ben Bernankes Kommentare unterschätzt haben", entschuldigt sich Didier Saint Georges, Mitglied des Investmentkomitees bei Carmignac.

Sind Bernankes starke Wort nicht nur Bluff, sondern eine echte Kehrtwende weg von der Politik des ultrabilligen Geldes, könnten Anlegern noch einige unruhige Wochen bevorstehen. Doch langfristig würde die Geldpolitik in den USA die Grundlage liefern für einen soliden Aufschwung.

Zu beachten ist dabei nur, dass nicht alle Firmen mit höheren Finanzier-ungskosten gleich gut zurechtkommen. Anleger halten sich in solchen Phasen am besten an Qualitätstitel, das sind Aktien von Unternehmen, die nicht so hoch verschuldet sind und die von einer starken Bilanz mit einem bewährten Geschäftsmodell profitieren.

Folker Hellmeyer, Chefökonom bei der Bremer Landesbank, sieht selbst dann Einstiegsmöglichkeiten, falls Bernanke sich nicht zum neuen Volcker wandelt. Aus seiner Sicht hat der Fed-Chef die Vollkaskoversicherung keineswegs widerrufen. "Nur wenn es konjunkturell deutlich besser läuft, kommt es zur Reduzierung der Liquiditätsspritzen, ansonsten können sie laut Fed-Statement sogar ausgedehnt werden", interpretiert er die Rede.

"Für smarte Anleger schafft die jetzige Korrektur Chancen in diesen Märkten." Mehr gebe es dazu nicht zu sagen.

24. 06. 2013 Adios Amigos ……. der Todesstoß

Alpine - Mutter FCC sicherte sich Alpine Energie

·Alpine-Krise Hunderte Millionen stehen auf dem Spiel - ·Salzburger Alpine Bau in schweren Turbulenzen - Bilanz 2012 muss um bis zu 400 Millionen wertberichtigt werden – **Verlust von 260 Millionen Euro erwartet**

Chronik einer angekündigten Pleite: Warum das Ende der Alpine Bau nicht überraschte und wie die spanische Mutter dem Konzern den Todesstoß versetzte.

Wenn sich Ereignisse überschlagen: Am Dienstag der Vorwoche berichtete das ORF-Mittagsjournal, dass die Sanierungsbemühungen um den angeschlagenen Baukonzern Alpine Bau GmbH unter guten Vorzeichen stünden; ein Finanzierungsmodell werde vorbereitet, und Arnold Schiefer, Vorstand der Alpine-Holding, kam im O-Ton zu Wort: „Wir gehen davon aus, dass wir dieses Paket in spätestens drei Wochen unter Dach und Fach haben."

So gesehen erstaunte die Spitzenmeldung der ZiB2, kaum zehn Stunden später, doch einigermaßen. Armin Wolf im O-Ton: „Die Alpine, zweitgrößter Baukonzern des Landes, muss Insolvenz anmelden." -

15.000 Mitarbeiter, 1400 Zulieferbetriebe -
Es ist eine Pleite, die nicht überraschend kam und letztlich doch alle überraschte. Über Nacht baute die Alpine mit Sitz in Salzburg die bislang größte Pleite in der Zweiten Republik – und die folgenschwerste. 15.000 Mitarbeiter, 1400 Zulieferbetriebe und ebenso viele Subunternehmen waren – und sind – von dem 1965 gegründeten Unternehmen abhängig. Von der Großbank bis zum kleinen Handwerker bangen nun alle gleichermaßen um ihr Geld. Immerhin sitzt das Unternehmen auf Schulden von 1,9 Milliarden Euro. -

Mit dieser Insolvenz hat sich auch die Fomento de Construcciones y Contratas, kurz FCC, eine Fußnote in der österreichischen Wirtschaftsgeschichte gesichert. Der Madrider Baukonzern unter der Führung von Esther Koplowitz hatte die Alpine, an welcher er ab 2006 rund 80 Prozent gehalten hatte, 2012 zur Gänze übernommen. Nun hat er die Alpine sich selbst überlassen: Die iberischen Eigentümer waren nicht mehr willens, frisches Kapital nach Salzburg zu schicken. Überdies haben sie der Alpine zuletzt auch noch die lukrative Tochter Alpine Energie entzogen und somit die Werthaltigkeit der ohnehin mageren Konkursmasse weiter geschmälert. Es ist dies der vorläufige Höhepunkt in einer Reihe von Fehlkalkulationen, von Missmanagement und Personalfluktuation. -

Den österreichischen Banken, so viel steht fest, ist kein Vorwurf zu machen. Bis zuletzt waren

die Geldinstitute willens, der Alpine unter die Arme zu greifen. Noch am Montag der Vorwoche war ein, wie sich später herausstellen sollte, letzter Sanierungsgipfel für alle Seiten zufriedenstellend zu Ende gegangen. Alle Seiten – das waren Spitzenrepräsentanten der FCC und gut fünf Dutzend Vertreter von Banken und Versicherungen. Letztere hatten angeboten, noch einmal 100 Millionen Euro Schuldennachlass zu gewähren; und das, obwohl die Finanzinstitute bereits im März auf 150 Millionen verzichtet hatten. Die FCC-Manager wiederum, unter ihnen Vizepräsident Juan Ochoa Béjar und Finanzchef Victor Pastor, waren nicht müde geworden, die Alpine als das „Key Asset" der neuen FCC-Strategie zu würdigen, und erklärten sich bereit, 150 Millionen Euro für den laufenden Betrieb der Alpine flüssigzumachen. Die Einigung schien fix, in drei Wochen sollte der Sanierungsplan in Beton gegossen sein. -
Wie gesagt, das war Montag. -

Insofern darf es also nicht verwundern, dass Holding-Geschäftsführer Arnold Schiefer tags darauf mit seiner Erleichterung nicht hinter dem Berg hielt, als ihm ein ORF-Redakteur das Mikrofon unter die Nase hielt. Das Mittagsjournal hatte den Beitrag eben erst abgespielt, als Schiefers Telefon läutete. „Things are going wrong in Spain", wurde ihm von den spanischen Eigentümern mitgeteilt. Schlimmer noch: Schiefer möge Insolvenz beantragen. -

Das soll das Letzte gewesen sein, was der Holding-Vorstand von seinen spanischen Vorgesetzten gehört hat. Ein Mail nach Madrid mit der Bitte, diese folgenschwere Aufforderung schriftlich zu bestätigen, blieb unbeantwortet. Schiefer musste bei den spanischen Kollegen in Wien nachfragen, ob die Order, die er aus Madrid erhalten hatte, korrekt sei. Am frühen Abend informierte er schließlich den engsten Führungskreis, ehe er mit einer Ad-hoc-Meldung an die Öffentlichkeit ging: „Die Bemühungen zur außergerichtlichen Sanierung der Alpine Gruppe wurden heute abgebrochen. Die Geschäftsführung der Alpine Bau GmbH bereitet daher ein Sanierungsverfahren ohne Eigenverantwortung vor und wird die Verfahrenseröffnung umgehend beantragen." -

Am Mittwoch wurde der Insolvenzantrag eingebracht. Ein vorgefertigte Schreiben hatte praktischerweise bereits in der Schublade gelegen: Es war noch von Schiefers Vorgänger Josef Schultheis entworfen worden, welcher der Holding gerade einmal zwei Monate – von Dezember 2012 bis Jänner 2013 – vorgestanden hatte. -

Eine Fleißaufgabe Schultheis'? Oder weise Voraussicht? Denn Tatsache ist: Der Baukonzern kämpfte bereits seit gut einem Jahr mit schwersten Finanzproblemen, konnte diese aber lange Zeit unter der Decke halten. -

Bereits im Zuge der Abschlussarbeiten an der Bilanz 2011 hatten die Wirtschaftsprüfer auf Unwägbarkeiten im Auslandsgeschäft hingewiesen, etwa auf Rechtsstreitigkeiten über offene Forderungen. Ein positives Testat – der Prüfer war Deloitte – wurde dennoch erteilt. Die folgenden Monate arbeiteten sich Experten der Wirtschaftsprüfungskanzlei KPMG durch die Bücher des Konzerns. Das Ergebnis fiel so unerfreulich aus, dass der damalige Alpine-Vorstand Johannes Dotter bei einem Board Meeting der FCC im September des Vorjahres Farbe bekennen musste: Die Österreich-Tochter stehe an der Kippe. Die Alpine hatte sich mit Bauvorhaben in Polen, Deutschland und Griechenland so überhoben, dass der Bilanz 2012 Wertberichtigungen in der Höhe von 300 Millionen Euro, schlimmstenfalls sogar 400 Millionen drohten. -

Die FCC-Manager reagierten naturgemäß alles andere als begeistert. Die Spanier hatten selbst genug um die Ohren – sahen sie sich doch ihrerseits mit einem Verlust von einer Milliarde für

das Geschäftsjahr 2012 konfrontiert. Immobilienblase und Wirtschaftskrise waren auch an der FCC nicht spurlos vorübergegangen. -

Und jetzt: Österreich. -
Dem Vernehmen nach hat der Bericht Dotters die FCC an einer anderen Front in Bedrängnis gebracht. Gegenüber den spanischen Gläubigern soll die FCC die Alpine immer als Edelstein gepriesen haben, um die Banken in Sicherheit zu wiegen. -

Nun entpuppte sich das Juwel als Schotterstein. -
Wie profil im Vorjahr berichtete, beliefen sich die Bankverbindlichkeiten der Alpine schon im September 2012 auf 660 Millionen Euro. Auch die Republik haftete für 180 Millionen Euro, welche die Alpine 2009 aus dem Titel des Industrie-Hilfspakets gezogen hatte. -

Sechs Monate später, im März dieses Jahres, verkündete der Salzburger Konzern – Dotter war mittlerweile ebenso Geschichte wie Schultheis – einen Restrukturierungsplan. Steigende Gewinne bei sinkender Produktion: Mit dieser Vorgabe der Beratungsgruppe Boston Consulting sollte die Alpine bis 2015 den Turnaround schaffen. Unrentable Auslandstöchter sollten geschlossen, die Overhead-Kosten gesenkt, die Tochtergesellschaften Alpine Energie, SUE (Special Underground Engineering) und die Hazet-Bau verkauft werden. Zugleich gewährten die österreichischen Banken und Versicherungen einen Schuldenschnitt von 150 Millionen, FCC schoss 250 Millionen Euro frisches Geld zu. Derart renoviert, sollte die Alpine Ende 2013 den Verlust mit 500 Millionen Euro begrenzen. -

Doch die Skizze, die auf dem Reißbrett entworfen wurde, ließ sich nicht in die Realität umsetzen. Die Tochtergesellschaften gerieten zum Ladenhüter, Manager und Aufsichtsräte wechselten im Drei-Monats-Takt, Österreicher wurden durch Spanier ersetzt, die gebrochen Englisch, geschweige denn Deutsch sprachen. Und dann brach auch noch die Auftragslage ein.

Dass die FCC in dieser unüberschaubaren Gemengelage das Filetstück Alpine Energie herausfischte und diese im Jänner 2013 in eine eigens gegründete Beteiligungsgesellschaft namens Bvefdomintaena (sic!) einbrachte, die FCC untersteht, sorgt Alpineintern für erheblichen Unmut. Zwar hat die Energie-Tochter rund 160 Millionen an Verbindlichkeiten offen, ist aber gut aufgestellt. Dem Masseverwalter ist das Unternehmen nun freilich entzogen – und damit ist weniger Kapital vorhanden, mit dem die Gläubiger bedient werden könnten.

Zuletzt musste die Alpine gegenüber den Banken einbekennen, dass sich der Verlust im laufenden Geschäftsjahr voraussichtlich der Marke von einer Milliarde nähern wird. Die FCC hätte nun nochmals 150 Millionen frisches Kapital aufbringen müssen. Doch dem schoben die spanischen Banken einen Riegel vor. Immerhin steht die Madrider Mutter ihrerseits mit 7,2 Milliarden Euro in der Kreide. Also wurde über Nacht die Flucht angetreten. Und abgetaucht.

Bis heute hat es das FCC-Management nicht der Mühe wert gefunden, zumindest pro forma Worte des Bedauerns oder wenigstens des Dankes an die Mitarbeiter zu richten.

Politische Bauarbeiter **Alpine-Pleite: Langer Tod -**

mit Gusenbauer und Ferrero-Waldner

Was macht ein Politiker, wenn er aus der Politik ausscheidet? Er landet zunächst einmal in einem Aufsichtsrat. Meistens. **Alfred Gusenbauer** etwa, Kanzler von 2006 bis 2008, dockte im Juli 2009 im Aufsichtsrat der Alpine Holding GmbH an. Der Sozialdemokrat verdankte diesen Posten Esther Koplowitz senior. Die FCC-Großaktionärin und Aristokratin ist eine der schillerndsten Figuren der spanischen Society. -

Gusenbauer hatte sie über den ehemaligen Alpine-Geschäftsführer Dietmar Aluta-Oltyan kennengelernt und die Dame mit seinen Spanisch-Kenntnissen beeindruckt. Auch als einfaches Aufsichtsratsmitglied ist man in alle strategischen Entscheidungen des Baukonzerns eingebunden. Umso größer war der Unmut, als sich Gusenbauer nach nur zehn Monaten verabschiedete – um ausgerechnet beim Konkurrenten anzuheuern: bei Österreichs größtem Baukonzern, der Strabag AG, dem Gusenbauers langjähriger Freund Hans Peter Haselsteiner vorstand. Dort darf Gusenbauer bis heute nicht nur den Vorsitzenden des Aufsichtsrates geben; im Gegensatz zur Alpine, die ihren Aufsichtsräten laut Geschäftsbericht keine Bezüge zugesteht, zahlt die Strabag sehr wohl. Laut Strabag-Geschäftsbericht 2011 kassiert Gusenbauer 50.000 Euro pro Jahr für seine Tätigkeit. -

Und dann war da noch **Benita Ferrero-Waldner**, ÖVP-Außenministerin von 2000 bis 2004, dann EU-Kommissarin bis 2010. Die gebürtige Salzburgerin ist mit einem Spanier verheiratet. Sie zog im März 2011 in den Aufsichtsrat der Alpine Holding ein und schied erst vor drei Wochen aus. Sie könnte also auf ein paar Fragen, die sich rund um die Alpine-Pleite aufdrängen, Antworten geben. Zumindest theoretisch. Etwa, ob sie gewusst hat, auf welch schwachen Beinen die Alpine steht? Oder warum die FCC die Alpine fallen ließ? Ob es Druck der spanischen Banken gab? Und: Ob die Aufsichtsräte nun in die Haftung genommen werden könnten? profil übermittelte Ferrero einen umfangreichen Fragenkatalog, Antwort: keine. „Ich möchte mich dazu nicht äußern“, ließ Ferrero-Waldner profil ausrichten.

Gabi Burgstaller kehrt in Salzburger Arbeiterkammer zurück

24.06.2013 -Die ehemalige Salzburger Landeshauptfrau Gabi Burgstaller (SPÖ) wird doch in die Arbeiterkammer zurückkehren. Ab Herbst soll sie Leiterin der neu durchzuführenden Registrierung der Gesundheitsberufe werden.

Gabi Burgstaller kehrt zur AK zurück.

Konkret soll sie voraussichtlich ab 1. Oktober die neu durchzuführende Registrierung der Gesundheitsberufe aufbauen und leiten, wie die AK am Montag in einer Aussendung bekannt gab.
Die Registrierung der Gesundheitsberufe ist im aktuellen Regierungsübereinkommen der Bundesregierung festgehalten, vom Ministerrat wurde ein entsprechender Gesetzesantrag dem Nationalrat zugeleitet. Ziel ist die Schaffung einer umfassenden Basis für die zukünftige Bedarfsplanung und die Sicherung der Qualität der Berufsausübung.

"Gabi Burgstaller freut sich auf ihre neue Aufgabe und auf das Wiedersehen und gemeinsame Arbeiten mit ihren neuen alten Kolleginnen und Kollegen. Gerade die **Gesundheitspolitik** liegt ihr nicht nur sehr am Herzen, sondern sie kann dazu ihre jahrelange hoch qualifizierte fachliche Expertise einbringen", heißt es in der Aussendung.
Burgstaller war vor ihrem Wechsel in die Politik in der **Konsumentenberatung** der AK tätig. Dort deckte sie 1989 den WEB-Skandal auf, bei dem 25.000 Salzburger um 170 Mio. Euro geprellt wurden. Die frisch gebackene AK-Juristin erstatte Anzeige gegen die Manager des Bautreuhand-Imperiums und machte sich als Vertreterin der geschädigten Anleger einen Namen. Fünf Jahre später ging sie in die Politik und zog gleich als **Klubobfrau der SPÖ** in den **Landtag** ein.
Die 50-Jährige war in der AK karenziert und hat ein Rückkehrrecht, von dem sie nun Gebrauch macht. Am Tag nach der Wahlniederlage hatte sie im APA-Interview noch gemeint, eine **Rückkehr zur Arbeiterkammer** sei nicht ausgeschlossen, "ist zurzeit aber nicht auf meinem persönlichen Radar."

24. Juni 2013,

Justiz ermittelt gegen Siemens AG

Sieben Jahre nach Auffliegen des Korruptionsskandals bei Siemens-Deutschland wird nun gegen die Siemens Österreich AG ermittelt. Der Vorwurf: Abgabenhinterziehung. **Die Justiz verdächtigt die Siemens AG der Abgabenhinterziehung. Der Vorwurf: Zahlungen für Scheinrechnungen an vermeintliche Berater**

Wien – Die Siemens Österreich AG ist nun noch tiefer in die mutmaßliche Bestechungsaffäre in Südost-Europa verstrickt als schon bisher. Die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) führt die Gesellschaft nämlich als Beschuldigte – und verdächtigt sie der Abgabenhinterziehung.

Die Causa Siemens Österreich beschäftigt die Justiz seit 2008 und spielt in den Jahren 2000 bis 2007. Danach wurde der Verdacht ruchbar, dass man sich Aufträge in Ländern wie Bulgarien, Serbien, Kroatien oder Bosnien-Herzegowina mittels Schmiergeldzahlungen vor Ort "erkauft" hat. Ermittelt wurde bislang gegen vier (ehemalige) Siemens-Manager wegen des Verdachts auf Bestechung und Untreue. Sie sollen an die 50 Millionen Euro an Schmiergeldern verteilt haben. Den Ermittlern wurde dann, wie berichtet, auch ein Großbetriebsprüfer der Finanz beigezogen, der die Bücher und Zahlungsflüsse unter die Lupe genommen hat. Aus diesen Recherchen ergibt sich der Verdacht der Abgabenhinterziehung durch die Gesellschaft, gegen die gemäß Verbandsverantwortlichkeitsgesetz ermittelt wird. Der Verdacht: Zahlungen für Scheinrechnungen – also ohne Gegenleistung.

Das Muster, das die Ermittler gefunden haben, ist aus der Causa Telekom-Austria bekannt. Die Zahlungen an die südosteuropäischen Empfänger flossen nämlich für Beratertätigkeiten; die Justiz vermisst aber die Gegenleistung dahinter. Daraus ergibt sich eben auch der Verdacht der Abgabenhinterziehung gegen Siemens.

Deren Sprecher gibt keinen Kommentar zu dieser Causa ab, die WKStA bestätigt die Ermittlungen gegen Siemens jedenfalls. Einen Teil der mutmaßlichen Schmiergelder haben die Siemensianer vom "cash desk" bei der Mutter in München in bar abgeholt. Der weitere Weg des Geldes war dann sehr kompliziert, wie sich inzwischen erwiesen hat. Konten in Zypern, Liechtenstein und der Schweiz wurden gefunden – wobei das Rechtshilfeersuchen auf Öffnung der Schweizer Konten noch nicht erledigt ist. Dort stehen den Betroffenen noch Einspruchsfristen offen.

In der Causa wurde bereits jede Menge in- und ausländischer Zeugen vernommen; darunter auch Brigitte Ederer, ehedem Chefin von Siemens Österreich. Jetzt sollen die Erhebungen so gut wie beendet sein.

Vor zwei Wochen gab es noch Einvernahmen in Bosnien-Herzegowina und Kroatien, derzeit wartet die Justiz auf die Übersetzung der Protokolle. Der Abschlussbericht des Bundeskriminalamts, auf dessen Basis dann über eine allfällige Anklage entschieden wird, soll bis zum Herbst vorliegen. dDER STANDARD betont, dass die Unschuldsvermutung gilt.

25.06.2013 - Rusnok zum neuen tschechischen Premier ernannt

Der tschechische Staatspräsident Zeman hat seinen Berater für Wirtschaftsfragen, Ex-Finanzminister Jan Rusnok, zum neuen Premier ernannt und ihn mit der Regierungsbildung beauftragt.

Milos Zeman (r.) und Jiri Rusnok (l.).

Damit sieht das Staatsoberhaupt eine Expertenregierung als den Ausweg aus der Regierungskrise. Zeman lehnte nämlich das Angebot der bisherigen Regierungsparteien ab, die bisherige Mitte-Rechts-Koalition fortzusetzen. Der Vorschlag sah die konservative Chefin des Abgeordnetenhauses, Miroslava Nemcova, an der Spitze vor. Nemcova war von der Demokratischen Bürgerpartei für das Ministerpräsidentenamt anstatt des scheidenden Petr Necas nominiert worden.

Zeman ließ sich von einer Fortsetzung der Koalition der ODS, der rechtsliberalen TOP 09 und der Kleinpartei LIDEM nicht einmal überzeugen, als die drei mitteilten, dass sie über 101 Stimmen im 200-köpfigen Abgeordnetenhaus verfügten. Der Staatspräsident kann laut tschechischer Verfassung eine beliebige Person mit der Regierungsbildung beauftragen. Die von ihr zusammengestellte Regierung muss sich dann in 30 Tagen einer Vertrauensabstimmung im Parlament stellen.

"Es handelt sich um einen anerkannten und respektierten Ökonom", lobte Zeman Rusnok vor Journalisten. Als Hauptaufgabe des künftigen Kabinetts bezeichneten Zeman und Rusnok die Vorbereitung des Budgets für das Jahr 2014.

Außenminister Karel Schwarzenberg von TOP 09 verglich ein derartiges Kabinett mit einem diktatorischen Regierungsmodell. "Wir würden uns so einem korporativen Staat annähern. Das ist ein interessantes Modell, das es in Spanien unter Francisco Franco, in Österreich vor dem Zweiten Weltkrieg und in Italien unter (Benito) Mussolini gegeben hat", so Schwarzenberg.

Nemcova betonte, die von Zeman forcierte Expertenregierung könne nicht das Vertrauen vom Parlament erhalten. Um den Druck auf Zeman zu erhöhen, teilte Nemcova weiters mit, dass die Koalition keinen von der geplanten Beamtenregierung vorgelegten Entwurf des Budgets 2014 unterstützen werde.

Die oppositionellen Linksparteien - Sozialdemokraten (CSSD) und Kommunisten (KSCM) - bezeichneten das geplante Übergangskabinett aus Epxerten als "einen Schritt in die richtige Richtung", den sie "respektieren". Allerdings beharren sie weiterhin auf vorgezogenen Parlamentswahlen.

26.06.2013 - # EU-Staaten einigen sich auf Agrarreform

Europas Bauern sollen mehr für die Umwelt tun, Kleinbetriebe bekommen mehr Geld: Die EU-Landwirtschaftsminister haben sich auf die Reform der europäischen Agrarpolitik geeinigt.

Kleine Betriebe sollen gefördert werden.

"Ich hoffe, dass wir alle offenen Fragen abschließend klären können", sagte der irische Minister Simon Coveney kurz nach Mitternacht am Mittwoch in Luxemburg.
Coveney leitete die Verhandlungen, weil sein Land derzeit den Vorsitz der EU-Staaten hat. "Wir haben die Reform (...) heute Nacht nicht abgeschlossen, bei weitem nicht", warnte Coveney. Denn das Gesetzespaket braucht die Zustimmung der Abgeordneten. Erst wenn sich Irlands Landwirtschaftsminister als Vertreter der EU-Staaten mit Vertretern des EU-Parlaments einigt, will der Agrarausschuss noch am Mittwoch in Brüssel abstimmen - damit wäre die Reform dann tatsächlich weitgehend in trockenen Tüchern.

Uneins sind sich die Abgeordneten und die EU-Staaten zum Beispiel darüber, wann genau die Obergrenzen für die europäische Zuckerproduktion fallen soll. Das Parlament, dass ohnehin die Agrarmärkte regulieren möchte, will die Quoten bis 2020 behalten. Die Staaten wollen sie lieber eher abschaffen.

Bei der strittigen Frage der Eingriffe in die Agrarmärkte lenkte Deutschland am Dienstagabend ein und enthielt sich der Stimme. In der Vergangenheit hatte Berlin eine Mitentscheidung der Abgeordneten vehement abgelehnt und vor einer Überproduktion ausgelöst durch EU-Gelder gewarnt. Auch Österreichs Agrarminister Nikolaus Berlakovich (ÖVP) äußerte sich im Vorfeld skeptisch und warnte vor einer Rückkehr zu Milchseen und Butterbergen.

EU-Agrarkommissar Dacian Ciolos blickte der entscheidenden Verhandlungsrunde am Mittwoch wohlgemut entgegen. "Wir nähern uns einer guten Einigung", sagte er. Irlands Minister blieb vorsichtig: "Ich tue nicht so, als ob das morgen einfach wird", sagte Coveney.

26. Juni 2013, **ÖVP gegen strengeres Gesetz für Bienenschutz**

Am Mittwoch soll im Landwirtschaftsausschuss ein Totalverbot der Neonicotinoide beschlossen werden - Die ÖVP ist dagegen

Die ÖVP ist gegen ein strengeres Gesetz für den Bienenschutz. Die Volkspartei will nun doch kein Totalverbot der Insektengifte aus der Gruppe der Neonicotinoide, die möglicherweise zum Bienensterben beitragen. Wie das Ö1-Morgenjournal berichtet, sollte das Verbot eigentlich am Mittwoch im Landwirtschaftsausschuss von allen Parteien beschlossen werden.

Umweltminister Nikolaus Berlakovich (ÖVP) hatte im Mai auf EU-Ebene gegen ein auf zwei Jahre befristetes Teilverbot von drei für Bienen sehr gefährlichen Pestiziden gestimmt. Nach heftiger Kritik von allen Seiten stimmte er schlussendlich doch für ein Verbot der Neonicotinoide. Damals sagte er zur APA: "Ich kann mir vorstellen, das Verbot in Österreich früher umzusetzen oder es auf andere Kulturen zu erweitern." Genau das soll nun doch nicht passieren.

Keine Stellungnahme von Auer

Im Umweltministerium hieß es laut Ö1 am Mittwoch nur, dass das EU-Verbot umgesetzt werde. Zu der Ablehnung eines Totalverbots der Neonicotinoide wollte auch Bauernbundchef Jakob Auer, er leitet den Landwirtschaftsausschuss, nichts sagen.

SPÖ führt Position auf Bauernbund zurück

SPÖ-Agrarsprecher Kurt Gaßner führt die Position der ÖVP auf den Bauernbund zurück, der sehr viel Macht habe. Was seine Partei tun werde, wenn der Koalitionspartner am Mittwoch tatsächlich gegen ein Totalverbot stimmt, wollte Gaßner noch nicht sagen.

25.06.2013

Mafia-Paragraf: ÖVP könnte doch zustimmen

Die ÖVP-Abgeordneten versuchen nun, den Bauernbund zu über-zeugen. ÖVP-Justizministerin Beatrix Karl ist grundsätzlich für eine Neufassung jenes Tatbestandes- Auch SPÖ und Grüne machen Druck.

Mittwoch, wollen SPÖ und Grüne erneut Dampf machen, um die ÖVP zur Reform des Mafia-Paragrafen zu bewegen. Der rote Justizsprecher Hannes Jarolim und sein grünes Pendant, Albert Steinhauser, laden zur Pressekonferenz und haben sich als Unterstützung Jusprofessor Bernd-Christian Funk und Greenpeace-Geschäftsführer Alexander Egit geholt. Aber auch in der ÖVP-Parlamentsfraktion tut sich etwas: Bei einer Klubsitzung am Donnerstag wollen einige schwarze Abgeordnete ihre Kollegen noch von der Notwendigkeit einer Novelle überzeugen.

ÖVP-Justizministerin Beatrix Karl ist grundsätzlich für eine Neufassung jenes Tatbestandes (§278a Strafgesetzbuch, „Kriminelle Organisation"), der beim Wiener Neustädter Tierschützerprozess allen 13 Angeklagten zur Last gelegt worden ist. Doch der ÖVP-Bauernbund, der immerhin ein Drittel der schwarzen Abgeordneten stellt, bremst bisher. Die Bauern fürchten Ungemach, wenn Tierschützer nicht vor dem Mafia-Paragrafen zittern. Tierschutzaktionen – etwa gegen fragwürdige Haltebedingungen von Schweinen – dürfte Teile der Bauernschaft empfindlich getroffen haben. Die Blockadehaltung mutet trotzdem kurios an, da im erwähnten Prozess alle Angeklagten vom Vorwurf der „Kriminellen Organisation" rechtskräftig freigesprochen wurden. Die „Waffe" des §278a war also wirkungslos.

Lediglich andere – untergeordnete – Teile der ursprünglichen Anklage müssen noch einmal verhandelt werden. Insofern wunderte man sich zuletzt auch, dass sowohl Ministerin Karl als auch die ÖVP-Mandatare des Bauernbundes noch die zweite Verfahrensrunde abwarten wollten, ehe sie sich bei der Reform festlegen.

Durchbruch am 3. Juli möglich

Aber eben, weil diese Ausgangslage wenig tragfähig scheint, hält man es in der ÖVP nun für möglich, die Bauern zum Einlenken zu bewegen. Dann würde alles schnell gehen: Am 3. Juli gibt es eine Nationalratssitzung, bei der die Adaptierung des Mafia-Paragrafen beschlossen werden kann.

Formell möglich macht dies ein Antrag des Grün-Mandatars Steinhauser, der im Justizausschuss gestellt wurde. Zu einer Abstimmung kam es zwar nicht. Aber per Fristsetzungsantrag könnte man den grünen Vorschlag – versehen mit möglichen Änderungen – ins Plenum hieven, sagt Steinhauser.

Wie die Reform aussehen soll? Strafrechtsprofessorin Susanne Reindl-Krauskopf hat für das Justizressort Vorschläge ausgearbeitet. Jede dieser Ideen könne man guten Gewissens beschließen, sagt Jarolim zur „Presse". Steinhauser betont, dass der Mafia-Paragraf nur noch angewendet werden soll, wenn die kriminelle Vereinigung auf Bereicherung aus ist. Der Passus, laut dem das Streben nach Einfluss auf Politik oder Wirtschaft für eine Verurteilung ausreicht, müsse fallen. Passiert dies, besteht keine Gefahr mehr, dass der Tatbestand gegen unliebsame NGOs in Stellung gebracht wird.

26.06.2013 # Goldpreis: Stärkster Preiseinbruch seit 1920

Der Goldpreis sank im laufenden Quartal um 22 Prozent, alleine heute, Mittwoch, fiel er um 2,07 Prozent.

Der Goldpreis hat seine Talfahrt fortgesetzt und ist am Mittwoch kräftig abgerutscht. Die Aussicht auf ein Abflauen der Geldschwemme durch die US-Notenbank habe den Preis für eine Feinunze (etwa 31 Gramm) an der Börse in London stark unter Verkaufsdruck gesetzt, hieß es unter Händlern.

Am Morgen rutschte der Goldpreis um 2,07 Prozent oder 26,43 US-Dollar auf 1.250,31 Dollar (951,96 Euro) und erreichte damit den tiefsten Stand seit September 2010. Laut Daten der Nachrichtenagentur Bloomberg verlor der Goldpreis im laufenden Quartal bereits etwa 22 Prozent und zeigte damit den stärksten Einbruch innerhalb eines Quartals seit 1920.

Starke US-Konjunktur

Auslöser für den aktuellen Kursrutsch sind überraschend starke Konjunkturdaten aus den USA und ein damit einhergehender Anstieg des US-Dollars. In der größten Volkswirtschaft der Welt setzt der Immobilienmarkt seine Erholung fort. Die US-Verbraucher sind so zuversichtlich wie lange nicht mehr, und auch Unternehmen investieren wieder kräftig.

Die US-Notenbank hatte vergangene Woche angekündigt, bei einer weiterhin guten Konjunkturentwicklung noch im laufenden Jahr mit dem Ausstieg aus dem milliardenschweren Anleihekaufprogramm zu beginnen. Dies hatte zu massiven Kursbewegungen an den Finanzmärkten geführt und auch den Goldpreis stark belastet.

Will Stronach nur mit Faymann?

Im Stronach-Lager gibt es Überlegungen, den Spitzenkandidaten in den im August beginnenden ORF-Debatten nur gegen Bundeskanzler Werner Faymann antreten zu lassen.

Die anderen Diskussionen will man mit Ersatzleuten beschicken. Vorteil: Das Risiko eines Ausrutschers des in innenpolitischen Sachfragen nicht eben sattelfesten Kandidaten würde minimiert, außerdem würde Stronach damit demonstrieren, dass er sich nur mit den ganz Wichtigen abgibt. Im ORF winkt man ab: Alle Kandidaten seien eingeladen und alle hätten zugesagt. Es gebe keinen Grund, Ersatz zu akzeptieren. Ganz wird diese Linie nicht durchzuhalten sein: Kanzler Faymann und Vize Spindelegger haben bereits durchblicken lassen, für die in der Woche vor der Wahl stattfindende „Elefantenrunde“ nicht zur Verfügung zu stehen. Will der ORF auf das Wahlkampf-Highlight nicht verzichten, muss er sich auch mit Leuten aus der Reserve zufriedengeben.

28. Juni 2013 **EU-Haushalt steht: Briten erstreiten sich etwas höheren Rabatt**

- Der EU-Gipfel in Brüssel ist sich über die fast eine Billion schwere EU-Finanz-planung einig geworden.

Erneut Reibereien am EU-Gipfel: Cameron bringt den Briten-Rabatt aufs Tapet und erreicht Zugeständnisse. Außerdem wurde beschlossen, sechs Milliarden Euro gegen Jugendarbeitslosigkeit fließen zu lassen

Brüssel - Der EU-Gipfel in Brüssel hat sich in der Nacht auf Freitag endgültig auf die fast eine Billion schwere EU-Finanzplanung von 2014 bis 2020 geeinigt. Ganz ohne Reibereien lief das aber nicht ab.

Im Februar hatten sich die 27 EU-Staats- und -Regierungschefs auf den 960 Milliarden schweren Finanzrahmen für die kommenden sieben Jahre geeinigt, einschließlich Entwicklungshilfe und Sonderreserven umfasst das mehrjährige EU-Budget 997 Milliarden Euro. Es gebe eine politische Grundsatzeinigung, das Europaparlament müsse dieser nur noch zustimmen, hieß es. "Wir haben zu hundert Prozent eine positive Position", sagte EU-Ratspräsident Herman Van Rompuy.

Briten-Rabatt erneut Thema

Der britische Premier David Cameron brachte beim Gipfel am Donnerstag überraschend wieder den Briten-Rabatt aufs Tapet, der praktisch nichts mit dem zuvor zwischen Kommission, Parlament und irischem Ratsvorsitz erzielten Kompromiss zu tun hat. Konkret sorgt sich Cameron um die Berechnungsgrundlage für den zuletzt fast vier Milliarden Euro schweren Rabatt.

Großbritannien erhält schon seit 1984 einen Rabatt auf seine EU-Zahlungen, weil das Land vergleichsweise wenig von den EU-Agrartöpfen profitiert. Die unlängst beschlossene Reform des Agrarbudgets hat nun die Berechnungsgrundlage für den Rabatt geändert. Kleineres Budget bedeutet weniger Rabatt. Daher bestand Cameron auf der ursprünglichen Höhe.

Mit einem neuen Zugeständnis an Cameron wurde der Rabatt-Streit am Donnerstag beendet. 2011 belief sich der Briten-Rabatt auf 3,6 Milliarden Euro pro Jahr. Nun sei beschlossen worden, dass Großbritannien 200 Millionen Euro mehr bekommen solle als bisher, sagte Luxemburgs Premier Jean-Claude Juncker.

Grundsatzeinigung

"Formell ist noch einiges zu tun, aber die Grundsatzeinigung ist da", sagte Bundeskanzler Werner Faymann nach den Beratungen. Er betonte, er sei "sehr froh" darüber, dass die EU-Staaten die Forderung des Parlaments nach mehr Flexibilität bei der Nutzung unverbrauchter Mittel angenommen haben. "Das heißt mehr Mittel für Jugendbeschäftigung." Die sechs Milliarden Euro im Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit seien zwar "nicht für ewig ausreichend", stellten "aber immerhin einen ersten Schritt" dar.

Am längsten habe der Gipfel darüber diskutiert, wie der Wirtschaft bei der Kreditklemme ausgeholfen werden könne, sagte Faymann. Es gehe vor allem um Länder, in denen Konzerne im Vergleich zu Deutschland hohe Kreditzinsen zahlen, was die Investitionen reduziere. Eine konkrete Lösung wäre EU-Strukturmittel speziell für Kredite und Haftungen für Klein- und Mittelbetriebe einzusetzen.

"Es wurde Zeit, dass wir uns mit dem Parlament auf die Finanzplanung für die nächsten sieben Jahre verständigt haben", sagte Juncker. "Ich bin da nicht pingelig, was die Detailregelung anbelangt. Der Beschluss war die wichtigste Sache, die wir zu leisten hatten. Es wäre unglaubwürdig gewesen, wenn wir sechs Milliarden ... zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit hätten, ohne dass wir uns im Vorfeld über die Finanzplanung verständigt hätten."

Kampf gegen Jugendarbeitslosigkeit in 19 Staaten

In den Jahren 2014 und 2015 sollen sechs Milliarden Euro in den Kampf gegen Jugendarbeitslosigkeit in besonders betroffene EU-Ländern fließen. Die Staats- und Regierungschefs der EU gaben grünes Licht dafür, die seit Februar feststehende Summe auf nächstes und übernächstes Jahr vorzuziehen. Dieses Geld wird an 19 EU-Staaten verteilt, deren Jugendarbeitslosigkeitsrate mehr als 25 Prozent beträgt. Auf Österreich entfallen keine Mittel aus diesem Topf. Durch die Flexibilität und vorgezogene Nutzung der EU-Mittel könnten acht Milliarden Euro im Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit mobilisiert werden, sagte Kommissionschef Jose Manuel Barroso.

Faymann plädierte dafür, die EU-Mittel gegen Jugendarbeitslosigkeit im Zuge der vereinbarten Budgetrevision 2016 noch zu verstärken. "Sechs Milliarden für die ersten beiden Jahre ist ein Fortschritt, aber eigentlich braucht man sechs Milliarden Euro jährlich. Wenn man sich anschaut, wie viele jungen Leute auf der Straße stehen, braucht man mehr Mittel, um eine Ausbildungsgarantie und ein duales System aufzubauen", sagte der Kanzler.

Am Freitag setzen die Staats- und Regierungschefs ihre Beratungen zur Bankenunion und zu Serbien und dem Kosovo fort

Philip T. Reeker, Balkanbeauftragter im US-Außenministerium, über die Vorbildfunktion Kroatiens und die Stabilisierung der Region durch die EU.

profil: Was bedeutet der EU-Beitritt Kroatiens für die Außenpolitik der USA?
Philip T. Reeker: Das ist - nicht nur für uns - ein wichtiger Schritt zur Stabilisierung und zugleich eine Botschaft für die gesamte Region. Kroatien kann jetzt eine Vorbildfunktion übernehmen, vor allem für Bosnien und Serbien. Auch die EU sollte daran interessiert sein, die Zone der Stabilität zu vergrößern. Schließlich erhält die EU durch den Beitritt Kroatiens eine ihrer längsten Außengrenzen.

profil: Über 1000 Kilometer mit Bosnien, Serbien und Montenegro.
Reeker: Nächstes Jahr wird in diesen Ländern an den Ausbruch des Ersten Weltkriegs vor 100 Jahren erinnert werden. Damals waren die Völker auf dem Balkan den Entscheidungen der zu Ende gehenden Imperien unterworfen. Heute leben alle diese Völker in demokratischen Systemen und können selbst Verantwortung für die Gestaltung ihrer Zukunft übernehmen. Wirtschaftlich leiden diese Staaten noch am Übergang vom alten jugoslawischen Modell.

profil: Es gab in Sarajevo vor Kurzem Proteste von Bosniern, weil Behörden Kindern keine Geburtsurkunden und Reisedokumete ausstellen.
Reeker: Das war wieder so ein politisches Spiel von bestimmten Parteien, die im Parlament über dieses Problem nicht sprechen wollen. Also wurde eine Krise herbeigeführt, um von ihrer Untätigkeit abzulenken. Viele Bosnier sind zu Recht erbost darüber, dass ihre gewählten Politiker in wichtigen Lebensbereichen so gut wie gar nichts tun.

+++ Die neue EU-Außengrenze +++

profil: Wie bewerten Sie die Zukunft Serbiens? Das Land wird möglicherweise beim kommenden EU-Gipfel kein Datum für den Start von Beitrittsverhandlungen genannt bekommen.
Reeker: Die EU spielt dort weiterhin eine wichtige Rolle. Serbiens neue Regierung unter-stützt die europäische Perspektive und hat am 19. April einen wichtigen Durchbruch mit dem Abkommen über die Autonomie für die serbische Bevölkerung im Kosovo erzielt. Dafür hat Catherine Ashton, die außenpolitische Beauftragte der EU, persönlich mit den beiden Regier-ungschefs von Serbien und Kosovo verhandelt. Für die USA ist dieses Abkommen vom 19. April auf dem Balkan das wichtigste Ereignis in diesem Jahr, neben dem EU-Beitritt Kroa-tiens.

profil: Die Serben im Kosovo lehnen das Abkommen ab.
Reeker: Natürlich, aber hat jemand etwas anderes erwartet? Jetzt muss dieses Abkommen mit Leben erfüllt werden. Die ganze Region ist noch immer sehr stark von Ängsten geprägt. Die Befürchtungen der Serben im Kosovo haben

einen realen Hintergrund. Jetzt müssen aus Belgrad und Pristina Signale kommen. Die Betonung liegt auf Normalisierung, auf Ausbau der Rechtsstaatlichkeit und auf dem Schutz der Interessen der Bewohner. Das alles braucht seine Zeit, auch um die Gründe für diese Ängste zu beseitigen. Für die USA gehört Serbien eindeutig zu Europa, samt der Beitrittsperspektive zur EU. Serbien hat sich zu lange isoliert gefühlt, hat aber zuletzt eine Menge Fortschritte gemacht. Daher unterstützen die USA auch den Beginn von Beitrittsverhandlungen Serbiens mit der EU. Jedes Kapitel, über das dann verhandelt werden wird, unterstützt die noch ausstehenden Reformen.

profil: Aber in der EU herrscht derzeit eine Stimmung gegen neue Beitritte.
Reeker: Ja, das hören wir oft. Die Menschen sind weltweit von den Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise betroffen. Aber wir dürfen nicht vergessen, dass nach 1945 die EU den Ausbruch von Kriegen in Europa - mit Ausnahme auf dem Balkan - verhindert hat. Wir in den USA sind weiterhin der Auffassung, dass die euro-atlantischen Institutionen wie NATO, EU und OSZE die beste Lösung sind, die Friedens- und Stabilitätszone zu erweitern. Die Grund-frage für all die Balkan-Staaten lautet: Seid ihr besser dran drinnen oder draußen? Aber es gibt kein Gratis-Ticket. Die Länder müssen selbst Anstrengungen unternehmen. Doch auch für die EU-Staaten stellt sich die Frage: Nehmen wir diese Länder auf oder wollen wir an unseren Außengrenzen unsichere oder gar gescheiterte Staaten haben? Die europäische Pers-pektive ist die beste Lösung für alle Länder des westlichen Balkans.

profil: Wird die NATO neue Mitglieder am Balkan aufnehmen?
Reeker: Die Tür bleibt offen. Mazedonien wird wegen des ungelösten Namensstreits von Griechenland blockiert. Montenegro und der Kosovo bereiten sich auf einen Beitritt vor. Es gibt auch ein Mitgliedschafts-Aktionsprogramm für Bosnien, das grundsätzlich beitreten will, sich aber auch in dieser Frage auf keinen gemeinsamen Weg einigen konnte. Nur Serbien hat bisher kein Interesse an einem NATO-Beitritt gezeigt, was okay für uns ist, weil darüber die Serben selber entscheiden müssen.

Vukovar war 1991 Zentrum des kroatischen Widerstands gegen die serbische Armee. Heute ringen in der Stadt an der neuen EU-Außengrenze Kroaten und die serbische Minderheit noch immer mit dem Trauma des Kriegs.

Von Otmar Lahodynsky
Zelko Sabo hat ein einfaches Rezept für den Sinn des Lebens gefunden: "Jobs, Liebe, Essen und Trinken - mehr brauchen die Menschen nicht zum Glücklichsein“, verrät der gerade wiedergewählte Bürgermeister von Vukovar. Der Kroate verdankt als Sozialdemokrat seinen Wahlsieg auch vielen Stimmen der serbischen Minderheit in der 1991 während des Kriegs weitgehend zerstörten Stadt an der Donau.

„Wieso kommt ihr zu uns?”
Vom Beitritt Kroatiens zur EU erwartet sich Sabo in erster Linie Investoren für den neuen

Wirtschaftspark beim Hafen. Ein Entsorgungsunternehmen in Wien habe sich bereits für den Bau einer Müllverbrennungsanlage interessiert. Sabo spricht ein wenig Deutsch, das er sich neben seiner Arbeit auf einer Baustelle in Wien selbst beigebacht hat. Dass jetzt häufig ausländische Journalisten seine Stadt besuchen, irritiert den Bürgermeister: "Wieso kommt ihr zu uns? Hier ist doch alles in Ordnung, der Wiederaufbau geht voran. Und hier kommen auch Kroaten und Serben gut miteinander aus."

„Vukovar den Kroaten"
In Wahrheit leben die beiden Volksgruppen hier mehr nebeneinander als miteinander. Und erst im vergangenen Mai fand in Vukovar eine anti-serbische Groß-Demonstration kroatischer Nationalisten und Kriegsveteranen statt, die aus allen Landesteilen angereist waren. "Vukovar den Kroaten. Nein zu Kyrillisch", kann man immer noch auf Plakaten in der Stadt lesen.

+++ Philip T. Reeker, Balkanbeauftragter im US-Außenministerium, über die Stabilisierung der Region durch die EU. +++

Anlass für den Protestzug bildete ein kroatisches Gesetz, das noch vor dem EU-Beitritt umgesetzt werden soll. Sobald eine Minderheit in einer Stadt oder Ortschaft mehr als ein Drittel der Bevölkerung stellt, müssen öffentliche Gebäude, Straßen und Ortstafeln auch Aufschriften in deren Sprache aufweisen.

Stadt des heldenhaften Widerstands
Da ein Drittel der knapp 30.000 Bewohner von Vukovar der serbischen Minderheit angehört, sind serbische Aufschriften mit kyrillischen Buchstaben gesetzlich vorgeschrieben. Doch Vukovar gilt für Kroaten als Stadt des heldenhaften Widerstands gegen die wochenlange Belagerung durch die serbische Armee. Von August bis November 1991 kämpften hier rund 1000 Soldaten der kroatischen Nationalgarde und einige 100 Freiwillige gegen eine serbische Übermacht, die mit Panzern, Artillerie und Flugzeugen die Grenzstadt in der Region Baranja beschossen. Der hohe Wasserturm am Donauufer dient heute mit seinen riesigen Einschusslöchern als Wahrzeichen des Abwehrkampfes.

Dieser Abwehrkampf verhalf damals der kroatischen Führung zu mehr Zeit, den Widerstand gegen die anrückende jugoslawische Volksarmee neu zu organisieren. "Wir haben wochenlang fast nur in den Kellern gelebt", erzählt die Kindergärtnerin Danijela. "Wir hatten am Ende kaum noch etwas zu essen." Als die serbische Armee in die Stadt einrückte, wurden die kroatischen Kämpfer in Lager gebracht und dort zu hunderten erschossen. Sogar 200 Verwundete aus dem städtischen Spital wurden in der Schweinefarm von Ovcara exe-kutiert. Bis heute blieben viele vermisst. In einem ehemaligen städtischen Schlachthof wurden erst vor Kurzem menschliche Knochen entdeckt.

Dass viele serbische Bewohner nach den Kämpfen wieder in ihre Stadt zurückkehren konnten, verdanken sie der Präsenz von UN-Truppen, die Racheakte verhinderten. Doch bis heute sind die traumatischen Erlebnisse aus dem Krieg nur ansatzweise aufgearbeitet. Die Kroaten errichten Mahnmale an den Orten der Massaker. Die Serben erinnern an Vertreibung durch kroatische Warlords und Diskriminierung im Alltag.

"Hier gibt es ohnehin nur wenige Jobs, für uns Serben aber so gut wie gar keine", klagt Vojislav Stanimirovic, der örtliche Chef der serbischen Partei SDSS, gegenüber einer Delegation der Vereinigung Europäischer Journalisten (AEJ). Viele Gesetze zum Schutz der Minderheiten in Kroatien würden in der Praxis nicht umgesetzt. Bisher sei etwa von den kroatischen Schulbehörden noch keine einzige serbische Schule im Raum Vukovar registriert

worden. Dies habe zur Folge, dass Diplome nicht offiziell anerkannt würden und junge Serben damit nur an Universitäten in Serbien studieren könnten.

„Keine Probleme mit serbischen Kindern"
Kinder und Jugendliche werden in Vukovar nach ethnischer Zugehörigkeit streng getrennt unterrichtet. Wo es in den Schulen zu wenige Räume gibt, wird auf Schichtbetrieb umgestellt. "Wir hatten keine Probleme mit serbischen Kindern", erzählt die kroatische Kindergärtnerin Danijela. "Zuerst haben sich kroatische Kinder über den seltsamen Dialekt gewundert, aber dann haben wir zur Freude aller Kinder sogar zweimal hintereinander Weihnachten und Ostern gefeiert."

Serben-Vertreter Stanimirovic, im Zivilberuf Psychiater, nimmt auf kroatische Bedenken zu zweisprachigen Ortstafeln und Aufschriften Rücksicht. Zuerst sollten nur die öffentlichen Gebäude auch serbische Bezeichnungen erhalten. Straßen, die nach kroatischen Kriegshelden benannt wurden, sollten ohne kyrillische Inschriften auskommen. Erst später würden Ortstafeln drankommen.

Wichtiger für die Minderheit wäre, dass Serben auch verstärkt in den öffentlichen Dienst aufgenommen würden. So gibt es derzeit fast nur Kroaten bei Polizei oder Justiz. Das Miteinander wird an Feiertagen geprobt. Kroaten berichten, dass mit Bewohnern in den Dörfern in Serbien am anderen Ufer der Donau regelmäßig Feste gefeiert würden. Serbische Gäste, die mit der Fähre nach Vukovar kommen, müssen sich auf strengere Kontrollen einstellen. Schließlich verläuft hier ab 1. Juli die neue Außengrenze der EU

Am 1. Juli tritt Kroatien als 28. Mitglied der Europäischen Union bei: profil befragte in Kroatien Politiker und Experten zu den Folgen des EU-Beitritts.

Sechs Jahre dauerten die Beitrittsverhandlungen. 160.000 Seiten des gesamten EU-Rechtsbestands wurden ins Kroatische übersetzt. Erstmals wurde ein eigenes Kapitel über Justiz und Grundrechte eingeführt, sowie ein Überwachungssystem schon vor dem Beitritt. Damit wollte die EU-Kommission Fehler wie bei der 2007 erfolgten Aufnahme von Rumänien und Bulgarien vermeiden.

Am 1. Juli tritt Kroatien als 28. Mitglied der Europäischen Union bei. In Zagreb wird die ganze Nacht mit kulturellen Beiträgen aus allen Mitgliedsstaaten gefeiert werden.

Bei den Kroaten kommt nicht immer Feierstimmung auf. Die EU ist durch die Finanz- und Wirtschaftskrise nicht mehr so attraktiv wie früher. „Wir sind noch nicht perfekt in manchen Bereichen, aber wir strengen uns weiterhin an", erklärt der Staatspräsident Ivo Josipovic gegenüber profil. Die wichtigste Aufgabe der linksliberalen Regierungskoalition sei „die Förderung von Investitionen und Exporten". Denn die Rezession geht ins fünfte Jahr, die Arbeitslosigkeit stieg auf 16 Prozent, bei Jugendlichen sogar auf 43 Prozent. Im Internet sind daher vor allem unter Jugendlichen Ratgeber-Seiten wie „Wie man Kroatien verlässt" populär.

+++ Philip T. Reeker, Balkanbeauftragter im US-Außenministerium, über die Stabilisierung der Region durch die EU. +++

Österreichs Handelsdelegierter Roman Rauch kritisiert die noch immer bestehenden bürokratischen Seilschaften, die vor allem ausländische Investoren – Österreich liegt mit 750 Firmen noch immer am ersten Platz- behindern. Die Zahl der Beschwerden ist hoch, vor

kurzem wurde dafür eine eigene „Task force“ im kroatischen Außenministerium eingerichtet. „Wir müssen es ausländischen Investoren leichter machen und die bürokratischen Hindernisse vor allem auch auf lokaler Ebene abbauen“, verspricht Außenministerin Vesna Pusic, zugleich Chefin der liberalen Koalitionspartei HNL. Vor allem im Tourismus, immer noch der wichtigste Wirtschafszweig Kroatiens, müssten die restlichen staatlichen Betriebe bald privatisiert werden.

„Zone der Stabilität”
Mit dem Beitritt Kroatiens vergrößert sich die Zone der Stabilität durch die EU weiter auf dem Balkan. Mit Serbien sollen Beitrittsverhandlungen 2014 beginnen, mit Montenegro laufen sie demnächst an. Mazedoniens EU-Beitritt ist durch den ungelösten Namensstreit mit Griechenland nach wie vor blockiert. Bosnien ist noch weit von einer Mitgliedschaft entfernt, ebenso Albanien und der Kosovo.

Kroatien dient aber all diesen Ländern als Vorbild. Politische und wirtschaftliche Reformen, vor allem Rechtsstaatlichkeit sind nicht nur die Voraussetzungen für eine Aufnahme in die EU, sondern dienen der demokratischen und wirtschaftlichen Festigung des eigenen Landes.

Der britische Premier David Cameron ist "extrem frustriert", weil er mit seinen Kollegen beim **EU-** Gipfel in Brüssel erneut über den **Briten-**Rabatt diskutieren musste. Er bezeichnete den Versuch "einiger", welche die Berechnungsgrundlage in letzter Minute infrage gestellt hätten, als Angriff "aus dem Hinterhalt". "Es ist frustrierend, wie diese Organisation funktioniert", resümierte der **EU-** Kritiker Cameron am Freitag nach Abschluss der Verhandlungen.
Der britische Rabatt sei "richtig und fair" und dürfe sich nicht ändern, sagte Cameron. Schon im Februar sei infolge des EU- Gipfels schriftlich festgehalten worden, dass der 1984 von Premierministerin Margret Thatcher ausgehandelte Briten- Rabatt bleibt. Dass "einige" das Thema jetzt aufs Tapet gebracht hätten, sei komplett überflüssig gewesen, so Cameron - ohne konkrete Staaten zu nennen.
Diplomatischen Kreisen zufolge hatte Frankreich, unterstützt von Italien und Spanien, das Thema beim Gipfel angesprochen. Diese Länder argumentierten, dass sich die Berechnungs-grundlage für den Rabatt eigentlich verkleinern müsste, da ein Garantiefonds für Agrarzahlungen an die seit 2004 beigetretenen EU- Länder wegfalle.
Das hätte Großbritannien laut Cameron 1,5 Milliarden Euro gekostet. "Ich habe mich dagegen gewehrt, den Rabatt zu kürzen." Beim nunmehrigen Gipfel sei jetzt noch detaillierter ausgearbeitet worden, dass der britische Rabatt sichergestellt sei.

Cameron gegen "unnötige EU-Regulierungen"

Auch sonst sparte Cameron nicht mit Kritik an der EU. "Wir müssen unnötige Regulierungen loswerden", sagte er im Hinblick auf bürokratische Hürden für kleine und mittlere Unternehmen, die auch ein Gipfel- Thema waren. Die Staats- und Regierungschefs hätten die EU- Kommission wiederholt dazu aufgerufen, hier zu handeln. Es gebe zwar Fortschritte, aber "offen gesagt bewegen wir uns nicht schnell oder weit genug".

28. Juni 2013, 11:30 **EU-Gipfel segnet Lettlands Euro-Beitritt ab**

Brüssel - Die Staats- und Regierungschefs der EU haben am Freitagvormittag den Beitritt Lettlands zur Eurozone 2014 abgesegnet. Der baltische Staat wird am 1. Jänner 2014 das 18. Mitglied der Währungsunion, teilte Ratspräsident Herman Van Rompuy über den Kurznachrichtendienst Twitter mit.

Formal müssen die Finanzminister am 9. Juli noch grünes Licht für die Euro-Einführung in Lettland geben. Vergangene Woche hatte die Eurogruppe eine entsprechende Empfehlung ausgesprochen. Van Rompuy gratulierte dem Land am Freitag zur Erfüllung der Konvergenzkriterien.

Lettland ist seit 2004 Mitglied der Europäischen Union und steht finanzmäßig weit besser da als so manch großer Euro-Staat. Das Defizit liegt heuer und nächstes Jahr bei 1,2 Prozent der Wirtschaftsleistung und damit deutlich unter der EU-Grenze von 3 Prozent. Der Schuldenstand blieb Ende 2012 mit 41 Prozent deutlich hinter dem EU-Maximum von 60 Prozent.

28. Juni 2013 **Gebrauch der Vernunft als eurozentrischer Ultra-Rationalismus?**

Die Leitung des Instituts für Kultur- und Sozialanthropologie übt sich im Abwehrreflex

Der am 24. Juni auf derStandard.at unter dem Titel "Mit Geisterforschung zum Doktortitel: Esoterik an der Wiener Universität" erschienene Gastkommentar von Krista Federspiel hat eine an sich leicht verständliche Botschaft: Am Institut für Kultur- und Sozialanthropologie (KSA) der Universität Wien hat sich im Lauf der letzten Jahre unter der Leitung von Prof. Kremser eine Gruppe von Studierenden gebildet, die Esoterik und Mystik nicht nur erforschen, sondern in völligem Gegensatz zur guten wissenschaftlichen Praxis selbst esoterische Methoden anwenden und

esoterisch-mystische Vorstellungen der von ihnen untersuchten Kulturen kritiklos übernehmen und propagieren.

Dass aus dieser Gruppe offenbar sogar wissenschaftlicher Nachwuchs rekrutiert wird und auf diese Weise pseudowissenschaftliche Konzepte und Methoden tradiert werden, gefährdet die Ausbildung junger Studierender der KSA und beschädigt den Ruf des Instituts, der Fakultät und letztlich der Universität selbst. Darauf mit einer Vielzahl von für sich selbst sprechenden Belegen warnend hinzuweisen, wie Frau Federspiel es tat, ist eine Form von Whistleblowing, die naturgemäß vor Ort nicht nur auf Zustimmung gestoßen ist.

Die am 25. Juni in zwei Stellungnahmen veröffentlichten Reaktionen eines Lektors sowie der Führungsriege des KSA-Instituts sind allerdings nicht geeignet, unsere Bedenken zu zerstreuen. Im Gegenteil: auf die Kernpunkte der berechtigten Kritik wird halbherzig in einem Nebensatz eingegangen. Stattdessen ergeht man sich in ad hominems und versucht, die Gesellschaft für kritisches Denken, deren Mitglied Frau Federspiel ist, stellvertretend für diese anzupatzen.

Zuerst einmal: Durch ein Missverständnis wurde ein unredigierter Entwurf von Frau Federspiels Text zwei Tage früher als geplant online gestellt. Aus dem Übergang von der Universität und ihrem Rektor zur sozialwissenschaftlichen Fakultät und deren Dekan als Adressat in zwei alten Versionen des Texts ergab sich ein Durcheinander von Bezeichnungen, das den Inhalt der Kritik aber in keiner Weise berührt. Aus diesen bedauerlichen Vertauschungen völlig beleglos eine angebliche mangelnde Recherche in Bezug auf den gesamten Text zu extrapolieren, wie es die Stellungnahmen tun, ist ein Untergriff, den die KSA-Vertretung nicht nötig haben sollte, und auf den man insbesondere dann verzichten sollte, wenn man, wie Herr Eberhard, Johannes Hahn für einen ehemaligen Bildungsminister hält.

Zweitens: Dass die Kritik drei Monate nach Prof. Kremsers Tod erschienen ist, ist nicht das Resultat eines hinterlistigen taktischen Manövers, wie uns offenbar unterstellt wird, sondern ist der Tatsache geschuldet, dass wir erst im Frühjahr 2013 durch Insider auf das ganze Ausmaß der untragbaren Zustände aufmerksam gemacht worden waren.

Der Vorwurf, die von Frau Federspiel angeführten Zitate seien aus dem Zusammenhang gerissen, geht völlig ins Leere. Denn diese Zitate sind, wie man unschwer erkennen kann, in überhaupt keinem denkbaren wissenschaftlichen Kontext akzeptabel. Ich selbst habe übrigens die gesamte inkriminierte Dissertation gelesen und stehe hinter jedem Wort der Kritik, das Frau Federspiel dazu äußert.

"Argumente sind nicht stets parat, man schreibt auch, wenn man keine hat", möchte man frei nach Wilhelm Busch angesichts des Schwalls an Unterstellungen sagen, die gegen Frau Federspiel und die Gesellschaft für kritisches Denken bzw. deren "Mutterverein", die Gesellschaft zur wissenschaftlichen Untersuchung von Parawissenschaften (GWUP), gerichtet sind.

Herr Eberhard etwa hat aus den Untiefen des Internet ein Pamphlet eines ehemaligen GWUP-Mitglieds zutage gefördert, das sich in grauer Vorzeit nach einem gescheiterten Putschversuch seinen Frust von der Seele geschrieben hat. In der "Zeit", so Eberhard, werde der GWUP das Gebaren einer Politsekte unterstellt. Das Präsens, das er dabei benutzt, kann nur ein bedauerlicher Lapsus sein, bedenkt man, dass der erwähnte Kommentar aus dem vorigen Jahrtausend (!) stammt.

Die dubiosen Quellen, aus denen Herr Eberhard den Schmutz fischte, mit dem er nach den Skeptikern wirft, sind allerdings kein Geheimwissen: Der einzige Ort im Internet, wo sich derlei findet, ist die Webseite eines Lobbyisten im Dienste der Globuli-Industrie, der dafür bezahlt wurde, Kritiker der Homöopathie anzuschwärzen. Fürwahr eine feine Gesellschaft, in der man sich hier als Wissenschaftler bewegt.

Die KSA-Leitung dagegen verzichtet lieber gleich zur Gänze auf Quellen und fantasiert frisch von der Leber weg, die GkD sei der "eurozentrischen Haltung" des "Ultra-Rationalismus" schuldig und werte fremde Weltbilder ab. Außerdem, so lese ich als Präsident dieses Vereins mit zunehmender Verblüffung, wollen wir Skeptiker an die "vollständige Erklärung der Welt aus einem bestimmten Weltbild heraus" glauben. Das ist eine interessante Verteidigungsstrategie: Begründete Kritik, wissenschaftliche Skepsis und der Gebrauch der Vernunft, also Handwerkzeug jedes Wissenschaftlers, sind in den Augen der KSA-Leitung also "Ultra-Rationalismus", und noch dazu eurozentrisch. Asiatische Kulturen sind demnach zum Einsatz von Vernunft und Kritik offenbar weniger prädestiniert, oder wie?

Die KSA-Leitung scheint in ihrer relativistischen Defensivrhetorik einem fundamentalen Irrtum zu unterliegen. Während es nämlich viele Weltbilder gibt, gibt es dennoch nur eine Welt. Das bedeutet, dass sich in Mariazell die Wassermoleküle nicht anders verhalten als in Favoriten, dass HIV auch in Afrika zu AIDS führt, dass auch im Amazonas-Gebiet durch intensives Meditieren keine Materie entsteht, und dass auch in Tibet aus Quecksilber kein Gold wird.

Die angemessene Reaktion des KSA wäre es gewesen, Humbug ehrlich als Humbug zu deklarieren und Besserung zu geloben. Stattdessen verteidigt man den Humbug mit dem trotzigen Verweis darauf, die Wissenschaft und ihre Lehre sei frei. Mitunter auch frei von Kritikfähigkeit, möchte man ergänzen.

28. Juni 2013, **EU-Reformen in der Krise:** Ein Verschieben ohne Ende

Beim jüngsten EU-Gipfeltreffen haben die Staats- und Regierungschefs vorgeführt, was sie am besten können: Probleme aufschieben und Lösungen in die Zukunft verbannen

Ist das Glas halbvoll oder halbleer? Diese berühmte Frage lässt sich relativ leicht beantworten, wenn sie in Zusammenhang mit EU-Intregration und Zusammenarbeit der Staaten in der Europäischen Union gestellt wird: weder noch. Das Glas ist bestenfalls zu einem Drittel gefüllt.

Europa ist weit weg von einer wirklichen Vereinigung, auch wenn der Beitritt Kroatiens nächste Woche und der Startschuss zu EU-Beitrittsverhandlungen mit Serbien natürlich ein schönes Signal der Hoffnung sind. So lange ist es noch nicht her, dass auf dem Balkan gekämpft und gemordet wurde, dass vier Kriege zu Ende gingen. Das darf man nicht vergessen, gerade weil der Jubel über die Aufnahme des 28. Mitglieds der Union eher verhalten ausfällt.

Dennoch: Beim jüngsten Treffen haben die Staats- und Regierungschefs mit viel budgettechnischer und verbaler Akrobatik wieder einmal vorgeführt, woran es krankt und was sie am besten können: Probleme aufschieben, Lösungen und neue Verträge in die Zukunft verbannen.

Auch im vierten Jahr der Wirtschafts- und Finanzkrise sind sie nicht fähig, sich zu klaren Entscheidungen durchzuringen, wie es mit dem Euro, wie es in der Währungsunion weitergehen soll. Sie schaffen es nicht einmal, sich auf die wichtigsten Zielsetzungen zu einigen, die der Gemeinschaft neuen wirtschaftlichen Schwung verleihen könnten. So taumelt das schuldengeplagte Europa dahin. Zu viele Länder kämpfen mit der Rezession, ganz besonders jene in der Eurozone, die viel Potenzial hätte.

Regierungen sind Verschiebungsweltmeister

Gewiss, nicht alles geht daneben. Es ist ein Novum und erfreulich, wenn es nun eine vorgezogene, sogar starke EU-Initiative für mehr Chancen für die furchterregend vielen jungen Menschen ohne Arbeit gibt - und das mit gemeinschaftlichen Geldern. Das kann als eine Art Einstieg in eine europäische Sozialpolitik gesehen werden, wenn die Staaten es nun auch intelligent umsetzen.

Man sollte dazu auch deutlich sagen: Es handelt sich nicht nur um einen Gnadenakt, sondern um echte soziale Transferzahlungen. Alle zahlen mit, aber die reicheren beschäftigungsintensiven Staaten wie Deutschland oder Österreich werden davon direkt (fast) nichts haben. Profitieren werden die Problemzonen und -regionen, nicht nur die üblichen Verdächtigen im Süden Europas; auch im ach so EU-skeptischen Großbritannien wird man EU-Mittel für Notgebiete in Liverpool oder sonst wo gerne annehmen.

28. Juni 2013, 17:14

Wir brauchen eine EU-Watschenrichtlinie

Gedanken zur Ohrfeige

Eine der interessantesten Meldungen der vergangenen Tage kam aus Frankreich, mon Dieu. Dort will nämlich gerade eine "Stiftung für Kinder" ihren Concitoyens und Concitoyennes die Backpfeife als traditionelle Erziehungsmethode madig machen. "Eine kleine Ohrfeige für sie - eine große Ohrfeige für ihn", heißt es in einem landesweit ausgestrahlten "Schockvideo", in dem eine genervte Maman dem renitenten Sohn beim Mittagstisch eine Tachtel auflegt, die nicht von schlechten Eltern ist.

So wie es aussieht, werden die Gutmenschen der Kinderstiftung allerdings auf Granit beißen. In einer Umfrage der Tageszeitung *Le Figaro* haben sich nicht weniger als 92 Prozent der französischen Befragten als eingeschworene Fans des Fotzens geoutet. Die werden es sich wegen eines bloßen "vidéo choc" gewiss nicht nehmen lassen, ihrem François auch weiterhin eine zu flaschen, wenn er den Text der Marseillaise nicht "par coeur" kann, bzw. ihrer Aimée eine anzurauchen, wenn sie ihren Château d'Yquem nicht austrinkt.

Denn: Die Franzosen wissen einfach um die zivilisierende Wucht einer liebevoll verabreichten "claque". Im verzärtelten Österreich hingegen, wo die Maulschelle sogar per Gesetz verboten ist, steht man sofort mit einem Bein im Kriminal, sobald einem einmal die Hand ausrutscht. Der Österreicher, der zur Pflege seines psychischen Gleichgewichts gerne straflos jemandem eine kleben möchte, muss sich an den unbefriedigenden Ersatz des Watschenmanns im Prater halten.

Dieser kleine transkulturelle Mentalitätsvergleich macht auch sogleich deutlich, woran es heute mangelt: nämlich an einem verbindlichen gesamteuropäischen Ohrfeigenregime. Wo die Franzosen frohgemut fotzen, da ist in den skandinavischen Ländern womöglich nur ein widerwilliges Watschen an der Tagesordnung. Der Brüsseler Bürokratie, die sich doch sonst in alles und jedes einmengt, scheint es egal zu sein, dass in Europa in einem gesetzlich unzureichend geregelten Raum getögelt wird.

Bescheidener Vorschlag, um diesem Manko abzuhelfen: Kommission, Rat und Parlament sollten sich so schnell wie möglich gemeinsam um eine europäische Watschenrichtlinie, wenn nicht sogar um eine Watschenverordnung bemühen. Die Europäer möchten schließlich wissen, woran sie sind, wenn sie ihre Kinder erziehen.

MÖGLICHE KAPITALERHÖHUNG

RAG-Stiftung könnte ThyssenKrupp helfen

ThyssenKrupp-Zentrale in Essen: RAG-Stiftung als Geldgeber wohl willkommen

Der mit zahlreichen Problemen kämpfende Stahl- und Technologiekonzern ThyssenKrupp darf im Falle einer Kapitalerhöhung auf Hilfe hoffen. Die RAG-Stiftung scheint Branchenkreisen zufolge bereit zu sein, in das malade Industriekonglomerat zu investieren.

Düsseldorf - Die milliardenschwere RAG-Stiftung könnte dem angeschlagenen ThyssenKrupp-Konzern Branchenkreisen zufolge unter bestimmten Bedingungen zu Hilfe eilen. Die Stiftung könnte sich an einer Kapitalerhöhung von ThyssenKrupp beteiligen, sagte ein Insider aus der Branche am Freitag der Nachrichtenagentur Reuters. Voraussetzung dafür sei aber unter anderem, dass sowohl ThyssenKrupp als auch die Krupp-Stiftung mit entsprechenden Wünschen auf die RAG-Stiftung zukämen und auch die Politik zustimme.

"Das ist ein sattsam bekanntes Gerücht", sagte ein Sprecher der RAG-Stiftung zu den Angaben. Stiftungschef Werner Müller habe dazu keine Gespräche geführt und sei auch nicht angesprochen worden. Auch die "Süddeutsche Zeitung" hatte berichtet, ThyssenKrupp könnte Hilfe durch die Stiftung erhalten.

Regierung tritt auf die Bremse

Im Kuratorium der mächtigen RAG-Stiftung sitzen unter anderem Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) und Wirtschaftsminister Philipp Rösler (FDP).

Ein Sprecher des Bundeswirtschaftsministeriums trat am Freitag in Berlin indes auf die Bremse: "Der satzungsgemäße Stiftungszweck der RAG ist eindeutig definiert, und es gibt überhaupt keine Planung, hier Veränderungen vorzunehmen." Die Stiftung hat die Aufgaben, den Ausstieg aus der Steinkohleförderung zu begleiten und die Folgekosten des Bergbaus zu finanzieren. Eine Beteiligung an anderen Unternehmen zählt nicht dazu.

EU-GIPFEL

Neues Zugeständnis an London

Kann zufrieden sein: Der britische Premier David Cameron hat einen guten Schnitt gemacht

Die EU kann bis zum Ende des Jahrzehnts knapp eine Billion Euro ausgeben und steht damit finanziell auf festen Füßen. Der Kompromiss wurde mit einem weiteren Zugeständnis beim "Briten-Rabatt" erkauft: London bekommt mehr Geld.

Brüssel - Die EU-Staats- und Regierungschefs überwanden bei ihrem Gipfeltreffen in Brüssel am frühen Freitagmorgen letzte Blockaden. Das bestätigte Gipfelchef Herman Van Rompuy. "Die Antwort ist positiv", sagte der Belgier. Einwände von Großbritannien hatten zuvor für Spannungen bei dem Spitzentreffen gesorgt. Es wird am Mittag zu Ende gehen.

"Das ist ein wichtiger Schritt für die Planbarkeit unserer Ausgaben, für die Möglichkeit für Wachstum und Beschäftigung wirklich etwas zu tun", sagte Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) nach Abschluss von mehr als achtstündigen Debatten. Sie sei mit den Ergebnissen zufrieden.
Einen Ausweg aus dem Budgetstreit fand der Gipfel laut Luxemburgs Premier Jean-Claude Juncker in Form eines neuen Zugeständnisses an London. Großbritannien erhält seit 1984 einen Abschlag auf seine EU-Zahlungen, weil es vergleichsweise wenig von den Agrartöpfen der Union profitiert. Zuletzt belief sich dieser "Briten-Rabatt" auf 3,6 Milliarden Euro pro Jahr (2011).

Beschlossen wurde nun, dass London 200 Millionen Euro mehr Rabatt als bisher bekommen soll, wie Juncker erläuterte.

Einigung auf Finanzrahmen bis 2020

Mit der Einigung auf den künftigen Finanzrahmen von 2014 bis 2020 in Höhe von 997 Milliarden Euro haben die Staats- und Regierungschefs auch den Weg freigemacht, um arbeitslosen Jugendlichen beizustehen.

Bereits in den kommenden beiden Jahren sollen sechs Milliarden Euro fließen - mehr als bisher geplant in dem Finanzrahmen geplant.

"Die sechs Milliarden zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit stehen nun in den kommenden zwei Jahren 2014 und 2015 zur Verfügung", resümierte Frankreichs Staatschef François Hollande. "Wir wollen das Geld bis Ende 2015 ausgeben. Dabei sind mir schnelle und einfache Lösungen lieber."

Da nicht ausgegebene Haushaltsmittel künftig im Budget verbleiben können, könnte sich der Betrag sogar auf rund acht Milliarden Euro erhöhen, sagte Van Rompuy. "Wir haben eine soziale Notlage in einigen Mitgliedstaaten", warnte EU-Kommissionschef José Manuel Barroso. Der Gipfel beschloss zudem, gemeinsam mit der Europäischen Investitionsbank Mittelständler in Krisenländern besser mit den dringend nötigen Krediten zu versorgen.

Erst am Donnerstagmorgen hatten sich EU-Parlament und die irische EU-Ratspräsidentschaft unter Vermittlung Barrosos nach monatelangem Streit auf den Budget-Deal verständigt. Der Finanzrahmen ist vor allem nötig, um Planungssicherheit für die mehrjährigen EU-Programme zu gewährleisten, beispielsweise in der Regional- oder Forschungsförderung.

ANZEIGE

Juncker sagte, dass sich an den zusätzlichen 200 Millionen Euro Nachlass für London alle Mitgliedstaaten beteiligen würden. Staaten wie Frankreich, die dadurch besonders belastet würden, "werden mehr Geld erhalten, was die Finanzierung des Kampfes gegen die Jugendarbeitslosigkeit betrifft".

Der dienstälteste EU-"Chef" stellte klar, das sich das britische Problem bereits im Februar ergeben habe, als sich die EU-Staaten untereinander auf den Finanzrahmen geeinigt hatten. Laut Teilnehmern wurde die Februar-Vereinbarung nun für London endgültig abgesichert. Großbritannien pocht darauf, keine Einbußen beim Rabatt hinnehmen zu müssen.

Dazu erklärte Kanzlerin Merkel: "Es wurde im Februar vereinbart, dass der sogenannte Briten-Rabatt berechnet wird wie immer. Und das hat Folgen für andere, über die Folgen haben wir heute gesprochen und da ist eine zufriedenstellende Lösung gefunden worden, mehr am Rande des Rates als im Plenum."

Branchenreport: Banken im Umbruch

27.06.2013 1 Branchenreport Bankenland ist abgebrannt

Zehntausende Jobs verschlang die Finanzkrise, ganze Geschäftsfelder kollabierten - und aus Bankern wurden Buhmänner. Im Umbruch der Branche liegt für BWLer und andere junge Akademiker auch eine Chance: Mit der richtigen Spezialisierung haben Einsteiger gute Aussichten.

Aus Datenschutzgründen wird Ihre IP-Adresse nur dann gespeichert, wenn Sie angemeldeter und eingeloggter Facebook-Nutzer sind. Wenn Sie mehr zum Thema Datenschutz wissen wollen, klicken Sie auf das i.

Dieser Name! Erste Abwicklungsanstalt! Wer sich das ausgedacht hat, muss bescheiden bis zur Selbstaufgabe sein. Von hinten aufgerollt wird das ganze Elend offenbar. "Anstalt": Das ist Behördenmief, Langeweile zwischen Wiedervorlagemappe und Stempelkarussell. "Abwicklung": Das ist Vergangenheitsbewältigung, Arbeit mit Verfallsdatum. Dann noch "Erste": als ob es eine Auszeichnung wäre, die Herde zur Schlachtbank anzuführen.

Dabei sieht die Erste Abwicklungsanstalt (EAA) so proper aus. Grauer Stein, Glas und Stahl sorgen für moderne Bürohausoptik am Düssel-dorfer Kirchplatz. Innen ist es hell und geräumig, an den Wänden hängt moderne Kunst, in einem Lichthof gurgeln Wasserspiele. Hier bewegt Charles Cueni, 30, einige Milliarden Euro. Seit August 2011 ist er im Strategischen Projekt- und Beteiligungsmanagement tätig, ein Job, den es in vielen Banken gibt. Nur arbeitet er umgekehrt: Cueni baut keine Projekte oder Beteiligungen auf, sondern ab. Die EAA verwertet Vermögensgegenstände und Risikopositionen der in der Finanzkrise geken-terten WestLB.

Als 2007 Häuslebauer in den USA wegen steigender Zinsen ihre Hypotheken nicht mehr bedienen konnten, platzte eine gewaltige Spekulationsblase. Banken in aller Welt machten Verluste, weil sie minderwertige ("Subprime") Kreditforderungen abschreiben mussten. Die Investmentbank Lehman Brothers implodierte im September 2008, in Europa konnten nur Staatshilfen unter anderem die Schweizer Großbank UBS und die Commerzbank retten.

Und das Image der Banken? Totalschaden. Nur noch 29 Prozent der Deutschen vertrauen ihnen, wie eine im Februar veröffentlichte Untersuchung der Gesellschaft für Konsumforschung ergab. Wer sich heute als Bankangestellter zu erkennen gibt, ist wahrscheinlich dort Hausmeister oder schält in der Kantine Kartoffeln.

Was heißt schon "bad"?

Aber mittlerweile geht es der Branche wieder besser. Der jährliche Bankenbericht von McKinsey zeigt, dass die globale Ertragslage das Spitzenniveau von 2007 erreicht hat. Die Eigenkapitalausstattung ist so gut wie nie; Banken besitzen also mehr eigenes Geld, was sie stabiler macht. Internationaler Währungsfonds, EU-Kommission und nationale Regierungen verschärfen die Finanzaufsicht. In Deutschland wird ein Gesetz vorbereitet, das große Kreditinstitute zwingen soll, bei Schwierigkeiten Risikogeschäfte auszulagern und Notfallpläne zu erarbeiten. Unter dem Eindruck der Krise denken die Banken um - und mit ihnen die Banker

29. Juni 2013 19:39

ÖSTERREICH-Interview

Stronach zeigt Koalitions-Bereitschaft

Stronach: "Wenn gute Vorschläge kommen, stimmen wir Koalition zu."

In einem Interview mit der Tageszeitung ÖSTERREICH (Sonntags-Ausgabe) ändert Frank Stronach erstmals seine bisherige Einstellung zu Koalitionen nach der Wahl. Statt eine Koalition wie bisher brüsk abzulehnen, sagt Stronach auf die Frage, ob er bereit wäre in eine Dreier-Koalition mit ÖVP oder SPÖ und den Grünen zu gehen: "Für mich ist alles eine Frage der Werte. Wenn die Werte stimmen, können wir gerne zusammen arbeiten. Wenn sie gute Vorschläge für die Bürger machen, stimmen wir einer Koalition zu."

Stronach betont, die wichtigste Frage im Wahlkampf werde sein: "Wie können wir Arbeitsplätze erhalten und neue schaffen. Die Regierung hat kein Verständnis für Wirtschaft. Wir fahren mit Vollgas gegen die Wand!"

Nach wie vor keine Änderung gibt es bei Stronachs Ablehnung für den Euro: "Der Euro wird sich sowieso früher oder später auflösen. Die gemeinsame Währung von Ländern mit grundverschiedener Wirtschafts-leistung ist gegen die Natur. Das kann nicht funktionieren. Ich bin dafür, dass jedes Land seinen eigenen Euro erhält und ihn auf- und abwerten kann." -

01.07.2013 **Große Korrektur: Wo will der Goldpreis hin?**

Analyse. Die Aufregung war groß, als der Goldpreis um 50 Prozent einbrach. Viele warfen das Handtuch. Das war 1974. Sechs Jahre später war der Preis wieder um 700 Prozent gestiegen. Was wir aus der Vergangenheit lernen können.

[Wien] Wäre dies ein „normaler" Goldtext, würde hier wohl ein Goethe-Zitat stehen. Oder irgendein anderer knackiger Satz aus dem gut gefüllten Reservoir von Weisheiten über Gold. Aber dies ist kein „normaler" Text, es sind für Goldanleger derzeit auch keine „normalen" Zeiten. Denn der Goldpreis ist „so stark gesunken wie seit 1920 nicht". Okay, verglichen wird da bloß der Quartalsverlauf - und preislich steht Gold ungefähr auf dem Niveau von 2010 - nicht etwa dem von 1921. Aber trotzdem: Der Rückgang im Preis seit dem Allzeithoch um 1900 Dollar war dramatisch.

Mehr als 35 Prozent rauschte der Goldpreis seit damals in die Tiefe - am Freitag tauchte der Preis sogar unter die 1200-Dollar-Grenze. Es scheint, als würde der Preis nach unten derzeit keine Grenzen kennen - und Anleger sind zu Recht besorgt, „ins fallende Messer" zu greifen. Wer Anfang des Jahres nahe dem Hoch von 1900 Dollar eingestiegen ist, wird verständlicherweise nervös. Und während die Ursachen für den Preisverfall relativ klar sind (Unsicherheiten über die US-Geldpolitik, Liquiditätsprobleme der Banken in China), bleibt die Frage: Wie geht es weiter?

Wie damals im Jahr 1974

Gold ist eine sehr, sehr emotionale Angelegenheit - sowohl für Experten als auch für Anleger. Dass die Antigoldfraktion jetzt Ehrenrunden durchs Stadion dreht, ist verständlich. Aber die meisten Goldspezialisten sehen sich die Daten an und fragen: Was hat sich geändert? Und sie sehen sich die Charts an und wollen wissen: Wann ist die Korrektur vorbei?

Dass es sich um eine Korrektur handelt, steht für Ronald Stöferle, Autor des gerade erschienenen siebten „Goldreports" der Erste Group genauso außer Frage wie für Tom Fitzpatrick und sein Team technischer Währungsanalysten bei der Citibank. „Wir sehen diese Entwicklung nicht als den Beginn eines Gold-Bärenmarktes. Wir glauben vielmehr, dass es sich einfach um eine weitere Korrektur innerhalb des Aufwärtstrends handelt", schreiben die Citi-Analysten. Entscheidend sei nun die Frage, ob die Korrektur eher jener von 2008 gleicht - oder doch der von 1974. Letztere war stärker und länger: Gold korrigierte binnen 20 Monaten um 44 Prozent: von knapp 200 auf ein bisschen mehr als 100 Dollar - nur um dann binnen drei Jahren auf ein Hoch von mehr als 800 Dollar zu klettern.

Laut Stöferles „Goldreport" hat der Goldpreis seit dem Beginn des Bullenmarktes 2001 fünf Korrekturen erlebt. Die aktuelle ist wegen ihrer Länge (fast zwei Jahre) aber ungewöhnlich. Insgesamt erinnert die aktuelle Korrektur (auch wegen des Absinkens des Preises auf unter 1200 Dollar) mehr an 1974 als an 2008. Und natürlich kann die Vergangenheit nur ein Anhaltspunkt sein.

Die aktuellen (sich ständig ändernden) Prognosen der großen Banken sind jedenfalls verhalten - von einem rasanten Wiederanstieg des Preises geht derzeit niemand aus. Das 12-Monats-Ziel der Erste liegt jetzt bei 1480 Dollar. Denn: Die derzeitige Phase fallender Inflationsraten (Disinflation) „bedeuten das denkbar ungünstigste Umfeld für Gold", so Stöferle. Auch hier

sind die 1970er-Jahre ein gutes Fallbeispiel. Aus einer Disinflation wird aber in der Regel (je nach Antwort und Spielraum der Notenbanken) entweder eine echte Deflation - oder die Inflation kehrt zurück. Beide Szenarien sind positiv für Gold.

Auch deswegen geben sowohl Stöferle als auch Fitzpatrick weiterhin durchaus optimistische, langfristige Ziele aus. Stöferles Ziel liegt bei 2230 bis 2300 Euro, was inflationsbereinigt dem Hoch von 1980 entsprechen würde. Citi geht sogar von einem Anstieg des Goldpreises auf bis zu 3500 Dollar bis 2016 aus. „Der langfristige Trend hin zu höheren Goldpreisen ist sehr intakt", heißt es. Beide berufen sich auf die dem Markt zugrunde liegenden Fundamentaldaten, die heute sogar noch besser für Gold seien als in den 1970ern oder 2008.

Was auf den ersten Blick paradox aussieht: Während der Goldpreis fällt, steigt die Nachfrage nach (physischem) Gold weiter stark an. Sowohl die Zentralbanken als auch Kleinanleger (vor allem in Asien) kaufen weiter zu. Allein die Türkei, Russland, Südkorea und Brasilien haben seit Juli 2012 insgesamt mehr als 200 Tonnen Gold zugekauft. Insgesamt haben die Zentralbanken mehr als 500 Tonnen gekauft. Und China (der potenziell größte „Goldkunde") ist da gar nicht eingerechnet, weil die Goldkäufe nicht veröffentlicht werden.

Der aktuelle Preisrückgang dürfte in erster Linie auf die Spekulation bei den Termingeschäften zurückzuführen sein („Papiergold"). Das ist zwar kein Trost für Goldmünzenbesitzer, die jetzt das Gefühl haben, „Geld zu verlieren". Aber: Für sie spielt Gold im Portfolio (fünf bis zehn Prozent werden in der Regel empfohlen) eine ganz andere Rolle als für Spekulanten. „Die wahre Bedeutung von Gold liegt in seinem Besitz", schreiben Stöferle und sein Ko-Autor Mark Valek. „Der Papiermarkt basiert hingegen auf zahlreichen Versprechen unterschiedlichster Gegenparteien. Man sollte deshalb die Partizipation an einer Kursbewegung nicht mit dem Besitz eines Vermögenswertes gleichsetzen."

Viele Spekulanten sind raus

Elementar sei die Unterscheidung zwischen dem „Goldpreis" und dem „Preis von Gold". Ersterer ist für Spekulanten entscheidend, Zweiteren erfährt man beim Münzhändler, der stets einen Aufschlag verlangt. Diese Unterscheidung zwischen „Papiergold" und „physischem Gold" erklärt auch, warum ausgerechnet der Preisverfall zu einer explodierenden Nachfrage nach Barren und Münzen geführt hat: Den Kleinanlegern erscheint physisches Gold jetzt günstig - und zwar weltweit. Die US Mint verzeichnete im April eine Umsatzsteigerung von 950 Prozent (!), in Indien stieg die physische Nachfrage um 138 Prozent, und die chinesischen Goldimporte über Hongkong kletterten auf mehr als 200 Tonnen.

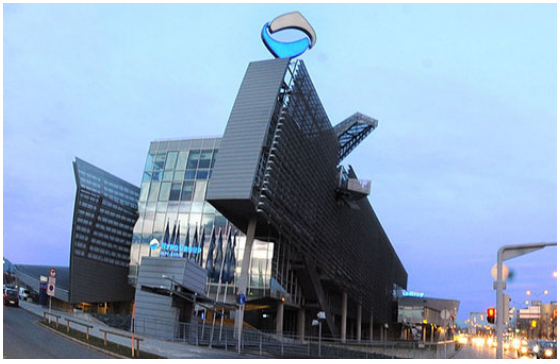
Und auch auf dem Terminmarkt scheint eine Trendwende bevorzustehen. Die „schwachen Hände" wurden aus dem Markt gekegelt - die verbleibenden Händler hätten sich inzwischen für „höhere Goldpreise positioniert", so Stöferle. Eine Erholung des Preises könne aber lange dauern, weil die Korrektur im Chartbild „massiven technischen Schaden angerichtet hat".

In jedem Fall gilt, was auch Goethe schon wusste: „Zur Einsicht in den geringsten Teil ist die Übersicht des Ganzen nötig."

01.07.2013

Zwei Milliarden Euro Steuergeld für Hypo

Schon für das erste Halbjahr 2013 braucht die notverstaatlichte Bank 700 Millionen Euro Steuergeld. IWF-Expertin Enrica Detragiache sagt, dass eine Sanierung möglich sei.



Dass die **Hypo Alpe Adria Bank** 2013 700 Millionen Euro Staatsgeld brauchen wird, ist nichts Neues. Die 700 Millionen Euro hatte der Bund für heuer als zusätzliche Hilfe bereits im Budget vorgesehen. Gerechnet wurde damit allerdings erst mit Jahresende. Jetzt braucht die Bank schon für das erste Halbjahr 2013 rund 700 Millionen Euro vom Steuerzahler. Macht in Summe bis Jahresende laut Insidern über eine Milliarde Euro statt der ursprünglich budgetierten 700 Millionen Euro. Dazu kommen noch laufende Verluste, weil die Einschränkungen der Europäischen Union die Ertragskraft der Bank schwächen würden.

Damit sind die zwei Milliarden Euro Minimum, mit welchen der Steuerzahler in diesem Jahr für die Hypo Alpe Adria Bank wird einspringen müssen, durchaus realistisch. Wie viel Staatsgeld bis Jahresende tatsächlich nötig sein wird, um Verluste auszugleichen und Kapitalvorgaben zu stemmen, hängt von der endgültigen Brüsseler Auflage zum Abbau ab und auch davon, ob es zur Gründung einer "Bad Bank" kommt, in welche dann die faulen Kredite ausgelagert werden. Befürworter einer solchen "Bad Bank" bei Bund und Land sagen, dass weniger frisches Kapital benötigt würde, sollte sie noch heuer kommen. Sogar von einer Milliarde Euro weniger ist die Rede.

Auch Enrica Detragiache, Expertin des Internationalen Währungsfonds (IWF), meint, "eine Bad Bank würde helfen", Teile der Hypo zu verkaufen. In ihren Augen ist die notverstaatlichte Hypo zwar "eine jener Banken, die uns in Österreich Sorgen machen", der IWF sehe aber weitere Staatshilfen für die Bank nicht als Bedrohung für die Stabilität des heimischen Finanzsektors. Weitere Verluste seien im Zuge der Hypo-Restrukturierung "wahrscheinlich, was das Staatsbudget aber verdauen können sollte".

Und die Vorgaben der EU? Laut Finanzministerium hat die Republik den neuen Umstrukturierungsplan übermittelt. In einer Aussendung heißt es, "der von der Europäischen Kommission zunächst geforderte Verkauf aller Einheiten im Jahr 2013 konnte in den konstruktiven Verhandlungen erfolgreich abgewendet werden".

In dem in Brüssel vorgelegten Abbaukonzept fordert Österreich für den Verkauf der Balkantöchter noch immer Zeit bis Mitte 2015. Die Italien-Tochter werde ab sofort kein Neugeschäft mehr tätigen. Die Österreich-Bank wurde ja bekanntlich an indische Investoren verkauft. Bei der Bank selbst heißt es, "dass die Töchter mehr wert wären, wenn die Auflagen und Bedingungen der EU nicht erfüllt werden müssten".

2,6 bis 5,5 Milliarden

Wie hoch die Kapitalzuschüsse von heuer bis einschließlich 2017 tatsächlich sein werden, hängt unter anderem davon ab, wie lange Österreich Zeit hat, im rezessiven Umfeld auf dem Balkan die dortigen Hypo-Töchter zu verkaufen, ob diese überhaupt verkäuflich sind, und welche Preise dafür erzielt werden könnten.
Im günstigsten Fall wird demnach mit Kapitalzuschüssen in Höhe von 2,6 bis 2,7 Milliarden Euro gerechnet, im schlechtesten Fall mit 5,4 bis 5,5 Milliarden Euro. Offen ist auch noch, in welchem Ausmaß Haftungen schlagend werden. Zuletzt hat die Hypo Alpe Adria Bank kurz vor Weihnachten 1,5 Milliarden Euro Steuergeld erhalten. Bis Ende August muss die Kärntner Hypo ihre Halbjahresbilanz veröffentlichen.

Strache, Stronach beschuldigen Pröll, Fekter

Dass die staatliche Krisenbank Hypo Alpe Adria wegen erwarteter Bewertungsverluste schon für ihre Halbjahresbilanz mit Stichtag 30. Juni frisches Staatsgeld braucht, ist für die Opposition neuer Anlass zur Kritik an der Regierung. FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache warf dem Finanzministerium unter dem zur Verstaatlichung amtierenden Minister Josef Pröll und seiner Nachfolgerin Maria Fekter vor, die Notverstaatlichung verbockt zu haben.

Fekter habe nach über dreijähriger Verantwortung bei der Hypo wenig weitergebracht und auf Kosten der Steuerzahler "weiter Chaos" angerichtet, so Strache in einer Parteiaussendung. Er kritisierte auch die hohen Beratungskosten in der Bank.
Ganz ähnlich die Kritik von Team Stronach Klubobmann Robert Lugar. "Josef Pröll hat der Republik und damit den Steuerzahlern die Hypo Alpe Adria eingebrockt, seine Nachfolgerin Fekter verheimlicht uns den tatsächlichen Schaden. Beide können froh sein, dass es noch keine Amtshaftung für Politiker gibt." Die Einführung einer Amtshaftung für Politiker sei ein Gebot der Stunde.

01. Juli 2013 21:23

Nach Korruptionsaffäre

Generaldirektor samt Stellvertreter der Vatikanbank tritt zurück

Kardinalskommission akzeptiert die Entscheidung.

Wenige Tage nach neuen Korruptionsvorwürfen sind der Generaldirektor der skandalumwitterten Vatikanbank und sein Vize zurückgetreten. Paolo Cipriani und Massimo Tulli hätten nach vielen Jahren Arbeit für das Geldhaus entschieden, dass ihr Rücktritt das Beste für die Interessen der Bank und des Vatikans sei, teilte der Kirchenstaat am Montagabend mit. Der Verwaltungsrat und die Kardinalskommission an der Spitze der Bank hätten die Rücktrittserklärung der beiden angenommen. -

"Seit 2010 arbeiten das IOR und sein Management hart dafür, Strukturen und Prozesse in Einklang mit den internationalen Anti-Geldwäsche-Richtlinien zu bringen", erklärte der deutsch Präsident der Bank, Ernst von Freyberg. "Während wir dankbar sind für das, was erreicht wurde, ist klar, dass wir eine neue Führung brauchen, um das Tempo dieses Prozesses zu erhöhen." Das Istituto per le Opere di Religione IOR (Institut für die religiösen Werke), ist in seiner Geschichte oft mit Skandalen in Verbindung gebracht worden und stand lange wegen wenig transparenter Geschäfte in der Kritik. -

Erst am Freitag war im Zusammenhang mit den Ermittlungen rund um die Bank ein hochrangiger Vatikan-Geistlicher festgenommen worden. Nunzio Scarano und zwei weiteren Beschuldigten werden Korruption, Betrug und Verleumdung vorgeworfen. Scarano soll einem früheren Geheimdienstmitarbeiter 400 000 Euro gezahlt haben, damit er 20 Millionen Euro Bargeld mit einem Privatflugzeug aus der Schweiz nach Italien bringt. -

Von Freyberg dankte Cipriani und Tulli für ihr "persönliches Engagement" in den vergangenen Jahren. Cipriani hatte seit 2007 für die Bank gearbeitet, war aber bereits früher in die Skandale rund um das Institut verwickelt. 2010 wurden wegen des Verdachts auf Geldwäsche 23 Millionen Euro auf einem Konto der Bank beschlagnahmt, Cipriani und der damalige IOR-Chef Ettore Gotti Tedeschi gerieten ins Visier der Ermittler. -

Ernst von Freyberg soll nun zunächst übergangsweise die Aufgaben von Cipriani mitübernehmen. Der Auswahlprozess für einen Nachfolger laufe bereits. Er werde in Kürze präsentiert, hieß es.

02.07.2013, 14:39

Vorzugsaktien-Deal

OGH bestätigt:Gefängnis für Kulterer und Co

Die Verteidiger fuhren schwere Geschütze auf – von der Befangenheit des Sachverständigen bis zur Geißelung des Rechtsstaates. Vergebens. Der Oberste Gerichtshof bestätigte die Haftstrafen gegen Wolfgang Kulterer und Co. in der Causa "Vorzugsaktien". Der Nichtigkeitsbeschwerde und der Berufung werde nicht Folge geleistet, erklärte der Vorsitzende des Richtersenats, Kurt Kirchbacher, nach einer gut zweistündigen Beratung am Dienstag.

2004 hatte die Hypo Aktien der Hypo-Leasing zum Zweck der Kapitalerhöhung aufgelegt. Dafür wurde ein Kredit-Konstrukt über die Hypo Liechtenstein gewählt. Der österreichischen Bank entstand allein durch Zinsunterschiede ein Schaden von 5,5 Millionen Euro. Das ist strafrechtlich Untreue. Dafür hatte Kulterer bereits in erster Instanz 3,5 Jahre bekommen, sein damaliger Stellvertreter Günter Striedinger vier Jahre. Auch Steuerberater Hermann Gabriel und Anwalt Gerhard Kucher - sie galten als "Masterminds" der Konstruktion -, müssen nun für 4,5 bzw. vier Jahre hinter Gitter - denn der Oberste Gerichtshof bestätigte die Urteile samt und sonders.

Senatsvorsitzender spricht von Befugnismissbrauch

Beim Gerichtstermin am Dienstag sei am zentralen Geschehen des Strafverfahrens vorbei argumentiert worden - nämlich dem Befugnismissbrauch zwischen Machthaber und Machtgeber, so Senatsvorsitzender Kirchbacher. Im Strafprozess sei herausgekommen, dass der Anspruch auf Vorzugsdividenden ohne jegliche Gegenleistung aufgegeben wurde. Die Milderungs- und Erschwerungsgründe seien in erster Instanz ausführlich berücksichtigt worden.

Verteidiger wollen vor EGMR ziehen

Der Rechtsweg in Österreich ist mit dem OGH-Urteil abgeschlossen. Kulterer zeigte sich von dem Spruch "negativ überrascht" (siehe auch Video oben). Die Verteidiger wollen nun den Weg nach Straßburg gehen, zum Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte. Denn die seien im Falle der nunmehr rechtskräftig Verurteilten mit Füßen getreten worden: Der Sachverständige sei bereits im Ermittlungsverfahren tätig gewesen, das Urteil stütze sich auf ihn allein, Gegengutachten seien nicht zugelassen worden.

Kulterer habe keinen finanziellen Vorteil aus dem Deal gehabt, die Hypo-Bilanzen seien bis dato nicht korrigiert worden, die Verstaatlichung war also "bloße Hysterie"...

02.07.2013, 23:49

02. 07. 2013 "Es geht um ein Denken für die nächste Generation"

Interview. Wilfried Haslauer, der Chef der neuen schwarz-grün-gelben Landesregierung setzt sich hohe Ziele. Er möchte nicht nur Salzburg, sondern ein Stück weit die Welt verbessern. Den U-Ausschuss zum Finanzskandal sieht er als „politische Hygiene“.

Salzburg hat wieder einen Landeshauptmann. Gabi Burgstaller ließ noch am letzten Amtstag das „Landeshauptfrau"-Schild am Eingang zur Chefetage im Chiemseehof abmontieren, auf das sie neun Jahre lang stolz war. Nachfolger Wilfried Haslauer ließ umgekehrt sogleich das große Kruzifix in seinem Büro wieder aufhängen, welches die „rote Gabi" abgenommen hatte.
-

WirtschaftsBlatt: *Herr Landeshauptmann, radeln Sie jetzt auch zur Arbeit wie Ihre grünen Regierungsmitglieder?*

Wilfried Haslauer: Ja, immer wieder. Das hab ich schon früher gemacht. Das ist angenehm.

Ich frage das, weil Sie den Eindruck vermitteln, sich mit den Grünen wohlzufühlen, auch mit deren Ideen und dem Aktionismus.

Ich glaube, das ist wechselseitig. Wir haben einen ganz anderen Zugang gefunden zum Regieren. Für mich waren's ja die dritten Koalitionsverhandlungen. Mir war diesmal wichtig, dass jede Partei, die mit uns da reingeht, mit bei den Siegern sein muss. Ich bin in keiner Weise eifersüchtig auf Erfolge, die die Grünen oder Stronach einbringen, sondern ganz im Gegenteil: Das ist alles nur gut für die Regierung.

Wie haben Sie die Verhandlungen empfunden?

Es war nicht ganz einfach am Beginn, Entscheidungen bei den drei Parteien herbeizufüh-ren, wohin unsere Reise führen soll. Aber es ist ein Vertrauensverhältnis gewachsen im Verlauf der Gespräche und wir haben sehr viele Gemeinsamkeiten festgestellt. Es ist eine ganz neue Atmosphäre mit viel Neuland. So gibt's von sieben Regierungsmitgliedern nur eines mit einschlägiger Erfahrung - mich -, und wir haben auch nie seit dem Krieg die Situation gehabt, dass die Sozialdemokraten in Opposition sind und wir damit einer mandatsmäßig starken Opposition gegenübersitzen. Das ist neu und gut für die Demokratie.

Wie hat Ihr Umfeld reagiert?

Sehr positiv, weil nicht der Streit im Vordergrund steht, sondern wirklich das Bemühen, die Dinge weiterzubringen.
Bei einer WirtschaftsBlatt-Umfrage am Tag nach der Wahl zeigten sich Unternehmer ziemlich verunsichert. Worauf müssen wir uns jetzt mit den Grünen gefasst machen, war die Frage; man kenne sie kaum. Was antworten Sie?
Wir kennen die Frau Dr. Rössler und den Cyriak Schwaighofer von ihrer jahrelangen Landtagsarbeit her. Und ich habe in den Koalitionsgesprächen einen sehr guten Eindruck gewonnen von Frau Magister Berthold und von Dr.Schellhorn. Wie auch das öffentliche

Hearing vor der Angelobung sehr interessant war. Mir ist da klar geworden, dass das ein Kabinett der Persönlichkeiten ist mit Ideen und Arbeitseifer.

Um in Ihrem Sportbild vom gemeinsamen Siegeswillen zu bleiben: Spüren Sie bei den anderen auch genug Teamgeist?

Meine Lebenserfahrung ist: Wie man in den Wald hineinruft, so kommt's zurück. Ich seh mich als Kapitän in der Mannschaft, als der mit der Schleife, der versucht, die Themen, die vielfach ressortübergreifend sind, im Zusammenspiel weiterzuentwickeln und die Koalition über die Krisen drüberzuführen. Die Krisen werden kommen wie das Amen im Gebet.

Die Stronachs gelten als politische Abenteurer. Sie aber haben Vertrauen, speziell zu Hans Mayr?

Er hat sich entschieden, die ÖVP zu verlassen, was mich geschmerzt hat...

Der Konflikt ist ausgeräumt?

Das war nicht persönlich und ist ausgeräumt. Wenn einer sagt, er will gehen, sage ich: Reisende soll man nicht halten. Die werden auch nicht in Acht und Bann getan, denn das ist nicht meine Lebensphilosophie. Das war auch goldgrichtig, denn dadurch hat's die Möglichkeit gegeben, das Team Stronach in die Koalition mithineinzunehmen.

Aber ich frage nochmals, ob in Ihrem Milieu, in der Unternehmerschaft, nicht die Skepsis regiert.

Es gab Vorbehalte bei der Seilbahnwirtschaft. Aber wir haben das Thema Skigebietser-weiterungen sehr intensiv diskutiert und auch eine Lösung gefunden, die durchaus positiv zu sehen ist.

Konkret: Die geplante Megaskischaukel zwischen Kaprun und Saalbach hat noch eine Chance?

Das Projekt haben wir im Detail nicht besprochen. Wir haben uns über andere Projekte unterhalten. Wir haben vereinbart, dass die sehr qualifizierte Arbeitsgruppe Skierweiter-ungen beim Land weitergeführt wird und damit auch die geltenden Standards weiterhin gelten werden. Zudem wollen wir uns alle Projekte vorlegen lassen, die bekannt sind für die nächsten fünf Jahre, um dort auch zu einer inhaltlichen Wertung zu kommen.

Wie berechtigt ist die Furcht, dass nur noch verhindert und verteuert wird im Namen der Umwelt? Die Alpenkonvention steht nun im Regierungsprogramm. Demnach sind wildbiologische Ruhezonen bei Erschließungen auszusparen. Braucht's jetzt überall eine UVP?

Nein, an den Gesetzen hat sich nichts geändert.

Man kann weiterhin Hotels bauen in Salzburg?

Natürlich. Die großen Themen hier sind Energie und Verkehr. Die Naturschutzfrage nach

Biotopen und Schutzräumen halte ich für berechtigt. Da spielt sehr viel ineinander, etwa Hochwasserschutz. Auch da hat ein Umdenken stattgefunden. Früher hat man Bäche am Oberlauf verstaut...

...und damit das Risiko verschoben.

Ja, der Unterlieger hat das Problem von oben bekommen. Naturschutz ist auch eine Frage der Risikogerechtigkeit. Der Zugang ist uns ja nicht fremd. Meine Seite spricht von der Achtung vor der Schöpfung. Die Grünen haben eine andere Begrifflichkeit. Im Grun-de geht's für beide um ein Denken für nächste Generationen.

Geben Sie als erfahrener Kapitän Ihren neuen Kolleginnen und Kollegen auch Regierungsnachhilfe?

Nachhilfeunterricht gibt's keinen. Organisatorisch stehen wir gerne zur Verfügung, weil die Mitarbeiter der anderen Büros ja zum Teil unerfahren sind. Da muss man schauen, wie es einen nahtlosen Übergang geben kann.

Auch atmosphärisch, mit Radtouren oder Wanderungen?

Ja, alles Mögliche. Wir haben uns vorgenommen, auch in die Richtung was zu machen, weil ich glaube, dass es wichtig ist. Wenn man einander mag und gut miteinander kann, macht es auch ganz anderen Spaß, als wenn du immer Spannungen hast. Es ist schon eine wichtige Aufgabe von mir, zu schauen, dass wir die Dinge ausreden und einander auch alltäglich mitnehmen.

Das haben Sie bei Gabi Burgstaller vermisst?

Das war mit Sicherheit anders. Ich will da gar nicht Zensuren verteilen. Es war von beiden Seiten so, dass immer wieder Spannungen bestanden.

Schwarz-grün-gelb wäre auch eine Empfehlung für den Bund?

Ich sage so: Das Salzburger Modell hat Bundesbedeutung, indem es Salonfähigkeiten schafft.

Sie sind mit Eifer dabei, das hat Ihnen noch niemand absprechen können. Aber wird der Technokrat Haslauer an Astrid Rösslers Seite auch zum Weltverbesserer?

Das ist eine wichtige Facette einer gesellschaftspolitischen Entwicklung. Mit Statistiken kannst du niemanden aufregen, wenn er nicht betroffen ist. Nehmen Sie die Arbeitslo-senstatistik. Ich kann sagen: „Hurra, wir haben die geringste Arbeitslosigkeit in Öster-reich!" Aber wenn du arbeitslos bist, hast du nichts davon, und wenn du Arbeit hast, interessiert's dich nicht. Ich glaube, diese Fragestellung, wo die Reise im Leben hingeht, wird wichtiger. Die Politik hat eine Art entwickelt, sich in technische Lösungen zurück-zuziehen und nur das zu erzählen, was die Leute gerne hören. Das ist natürlich zu wenig.

Wo geht die Reise mit Ihnen hin?

Es geht mir darum, dass dieses Land für seine Bevölkerung Zukunft hat, dass die Leute sagen,

hier bleibe ich, hier habe ich eine Chance, eine intakte Umwelt, Möglichkeiten am Arbeitsplatz, in der Bildung, die Kinderbetreuung funktioniert und ich kann mir das Leben hier auch leisten. Es geht nicht um Statistiken, sondern um die konkreten Lebens-umstände. Frau Dr. Rössler hat bei der Konstituierung des Landtags sehr klug darauf Bezug genommen, anhand einer australischen Lebensbilanzstudie, in der Sterbende gefragt wurden, worum es im Leben geht. Mehr Macht oder mehr Geld war da nicht das Thema, sondern mehr Zeit für Familie und Freunde, für meine Bereiche. Diese Facetten sollten wir beachten bei allen Lösungsaufträgen. Und wir haben Probleme ohne Ende.

Der Hammer Alpine-Pleite hängt seit der Angelobung über Ihnen. Was konnten Sie da bewegen?

Es ist gelungen, das Salzburger Unternehmen Hinteregger in das Spiel mit hineinzube-kommen. Mir war klar, dass die ursprüngliche Auffanglösung wenig Chancen auf Erfolg haben wird, und dass es zu einem regionalen Paket kommen wird. Dass die Salzburger Seite entsprechend vertreten sein wird, das ist gelungen.

Wollen Sie ohne regionales Konjunkturpaket durchkommen?

Wir haben keine Krise. Man muss auch die Betriebe sehen, die Mitarbeiter aufstocken. Unsere Lage ist besser als das internationale Umfeld. Die große Frage ist, ob wir gegen-steuern können, wenn die Entwicklung überschwappt.

Und wie?

Indem wir die F&E-Quote in den Unternehmen und der Grundlagenforschung auf zwei Prozent anheben. Mit mehr Leuten in Qualifizierungen und mit dem Gratismeisterbrief.

Sie müssen ja auch den Haushalt sanieren. Das Spekulationsdebakel und die damit verbundene Imageschmach ging den Salzburgern richtiggehend an die Nieren.

Ja, eine extrem schwierige Aufgabe. Die Controllingvorhaben laufen bereits, und wir wollen das ausrollen auf das ganze Land. Es hat keinen Sinn, wenn die Landesfinanz-abteilung ein anderes Controlling hat als das Kulturressort. Finanzlandesrat Stöckl will ein Nullbudget machen. Das heißt, jeder Posten wird auf Nullverschuldung gesetzt und dann diskutieren wir Notwendigkeiten. Das ist natürlich ein heftiges Programm. Aber es wird nicht anders gehen.

Im Zusammenhang mit dem Finanzskandal steht auch die Fortsetzung des U-Ausschusses im Raum. Birgt das Regierungssprengstoff, haben Sie persönlich etwas zu befürchten?

Ich fürchte da gar nichts. Man muss zwischen Fakten und Legendenbildung im Wahlkampf unterscheiden. Der Ausschuss bedeutet politische Hygiene.

03.07.2013 **Teurer Seenkauf: Kärntner Landesregierung durchsucht**

Die Ermittlungen wurden wegen eines Rechnungshofberichts eingeleitet. Preis und Nebenkosten der Käufe des Landes sollen zu hoch gewesen sein.

Es ist die zweite Hausdruchsuchung in der Kärntner Landesregierung innerhalb von zwei Tagen: Wegen der sogenannten Causa Seenkauf waren am Mittwoch Ermittler im Auftrag der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) in dem Gebäude in der Klagenfurter Innenstadt unterwegs. Auch in der Kärntner Tourismusholding (KTH) wurden Akten beschlagnahmt. Ein offizielles Statement der WKStA zu der Aktion gab es zunächst nicht.

Erst am Dienstag hatten die Korruptionsjäger in einer anderen Angelegenheit in der Landesregierung Unterlagen beschlagnahmt.

Die Ermittlungen in der Causa Seenkauf hat die WKStA im Mai aufgrund eines kritischen Berichtes des Rechnungshofs (RH) eingeleitet. Konkret geht es in dem Fall um den Kauf von Maltschacher See, Hafnersee und einer Ferienanlage am Ossiacher See durch eine eigens dafür gegründete Gesellschaft des Landes Kärnten. Verkäufer waren ÖGB und Bawag. Der Kaufpreis von 44 Millionen Euro, so heißt es im RH-Bericht, war um zehn bis zwölf Millionen Euro zu hoch und die Maklerprovision lag über dem gesetzlichen Maximum.

Wirtschaftlich gesehen war der Deal auch in der Folge alles andere als ein Erfolg. Die erwartete Pacht von zwei Millionen Euro jährlich wurde nie eingenommen, sie lag ab 2011 bei 650.000 Euro. Ein Verkaufsversuch 2010 scheiterte. In der Folge mussten fast 29 Millionen Euro außerordentlich abgeschrieben werden.

Rückerstattung des Geldes als "tätige Reue"

In einem Gastkommentar in der "Kleinen Zeitung" forderte der gerichtliche Sachverständige und Wirtschaftsprüfer Johann Neuner eine Rückerstattung des zu viel gezahlten Geldes als "tätige Reue". Den Schaden für das Land schätzt er auf zumindest 20 Millionen Euro plus Zinsen.

03.07.2013 | **Haslauer: "Gymnasium braucht keine Unterstufe mehr"**

Salzburgs Landeshauptmann Wilfried Haslauer bricht mit der ÖVP-Linie. Nun gibt es im Westen eine Achse, die offen für die Gesamtschule ist.

Tirol, Vorarlberg und nun Salzburg. Es ist keine Einzelmeinung mehr, der die Bundes-ÖVP gegenübersteht: Der Westen Österreichs, neuerdings von eben diesen drei ÖVP-geführten Ländern als "Westachse" bezeichnet, steht einer gemeinsamen Schule der 10- bis 14-Jährigen positiv gegenüber. Salzburgs Landeshauptmann Wilfried Haslauer sprach sich in den "Vorarlberger Nachrichten" für eine gemeinsame Schule der Zehn- bis 14-Jährigen aus.

"Wir sagen, dass im Endausbau Realgymnasien keine Unterstufe mehr brauchen; dort reicht die Neue Mittelschule aus."

Wilfried Haslauer, ÖVP

Die Langform des Gymnasiums sollte für "spezielle Bildungsbiografien" wie etwa ein Europagymnasium mit fünf lebenden Fremdsprachen bleiben. In Hallein gebe es einen Schulversuch, dort werde am Gymnasium nach den Kriterien der Neuen Mittelschule unterrichtet.

Die Bildungspolitik sei ein "entscheidendes Thema für die Weiterentwicklung", sagt er auf die Frage, ob sich die Bundes-ÖVP in dieser Frage bewegen solle. Am Ende müsse es gelingen, "die Standpunkte anzunähern". Dabei habe man es aber in Salzburg vielleicht auch "etwas einfacher", räumt Haslauer ein, denn dort gebe es keine Große Koalition.

Tiroler und Vorarlberger ÖVP offen

Erst vor wenigen Tagen hatte sich der Vorarlberger Landeshauptmann Markus Wallner entgegen der Linie der Bundespartei mit dem Modell der gemeinsamen Schule sympathisiert. Man müsse in Fragen der Bildungspolitik "offen sein für Veränderungen" und "endlich wegkommen vom sturen Nein-Sagen". Tirols Landes-Chef Günther Platter hatte im vergangenen Jahr einen Vorstoß für eine gemeinsame Schule der Zehn- bis 14-Jährigen gemacht.

Der Goldmann sagt... Der letzte Goldraub

- Der Goldpreis wurde seit April von ohnehin niedrigen 1600 Dollar je Feinunze auf jetzt unter 1300 Dollar gedrückt – in einer perfekt koordinierten Aktion. Man will das letzte Gold aufgreifen. Und die Affen verkaufen.

Wenn das Finanzsystem, seinen größten Feind, nämlich Gold, verbieten könnte, dann würde es das tun. Also bleiben nur psychologische Manipulationen über Medien und die Preise von Gold und Silber. Die Masse soll nicht aus dem Papier in echtes Geld flüchten. Es mehren sich die Gerüchte, dass die neuen Währungen wieder eine Golddeckung haben werden, so ist etwa der neue US-Dollar recht "goldig". Dieses Gold holen sich derzeit Insider und Zentralbanken.

Das Gold wird herausgequetscht – Mein Goldmann vom 16. 4. 2013 hatte den Titel: „Der große Goldraub!“: *Man hat den Goldbaum vermutlich ein letztes Mal stark geschüttelt, um so viel physisches Gold und Silber wie möglich auf den Markt zu bringen, das die Player dann aufsammeln. Die Haupt-Player sind die Zentralbanken, nicht nur die genannten. Diesen Playern, zu denen Zentralbanken, Banken und diverse Insider gehören, geht es gar nicht so sehr um einen niedrigen Goldpreis, viel mehr um die Verfügbarkeit des Edelmetalls.*

Seit über 2 Monaten schüttelt man jetzt den "Goldbaum" und auch den "Silberbaum". Inzwischen beginnt das Gold herunterzufallen, aber nicht die Privatinvestoren geben auf, sondern Vermögensverwalter aller Art. Dazu passt dieser Artikel: "Gold bei Banken und den meisten Vermögensverwaltern in Ungnade": *Die Großbanken und viele Vermögensverwalter werfen zudem derzeit das Gold ihrer Kunden, soweit sie deren Vermögensverwaltung selbständig durchführen, aus den Depots, was in Summe zu den Goldshorts der Hedgefonds den Markt auch noch belastet. Auch etliche der Schweizer Privatbanken, die im Vermögensverwaltungsgeschäft tätig sind, „säubern“ derzeit die Kundendepots von Metallen.*

Das erklärt auch, warum bei fast leeren Lagern bei den Bullionbanken es immer noch gelingt, den Goldpreis zu drücken, denn mit Derivaten alleine geht das nicht, es muss auch Metall zum angegebenen Preis auf den Markt kommen. Gleichzeitig gibt es besonders in Asien einen richtigen Run auf Gold. Bei verschiedenen Retail-Produkten gibt es immer noch Knappheiten.

Zuerst hat man über die vielen Goldankaufsläden das Gold aus der Masse gegen bunte Geldscheine herausgequetscht, die Masse hat jetzt nichts mehr. Jetzt quetscht man es aus den „Reichen“ heraus, die ihr Vermögen von Fremden verwalten lassen. -

Tremor Auri -

Diese von einem Arzt unter den Lesern meiner Gold-Website hartgeld.com definierte „Krankheit“, nenne ich „Goldzittern“. Sie befällt die schwachen Hände immer, wenn der Goldpreis runtergeht. Wer erst ab 2010 in Gold eingestiegen ist hat sicher ein mulmiges Gefühl: Generalisiertes Zittern, das im Magenbereich beginnt und sich im ganzen Körper ausbreitet. Betroffen sind Patienten, die vermeintlich Gold zu teuer gekauft haben. Studien haben ergeben, das ein stark steigender Goldpreis die Krankheit gänzlich verschwinden läßt.

Ja, die "Heilung" wird nicht mehr allzulange auf sich warten lassen: dann, wenn alles noch verfügbare Gold vom Markt abgesaugt ist, wird man das Finanzsystem fallen lassen und der Goldpreis ist dann frei. Man sollte die "Enteignungspropaganda" aus der Politik ernst nehmen, die seit April aus allen Kanälen kommt. Warum die Sparer noch nicht aus den Banken geflüchtet sind, ist eigentlich unglaublich. Aber vermutlich wissen sie nicht wohin.

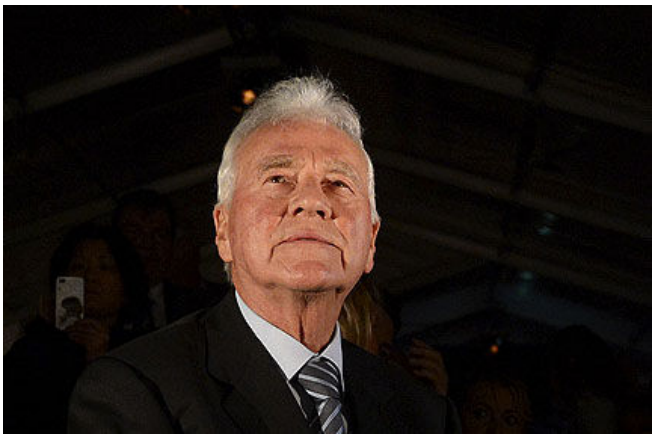
Wer das Gold hat, hat die Macht -

So hieß es früher und wird es bald wieder heißen. Die bald kommende Enteignung der Papiervermögen dürfte nicht mehr allzulange warten lassen, denn die Bond-Zinsen steigen schon. Siehe diesen Artikel von Bill Holter: „The Button Has Been Pushed…Ready Or Not“. In den letzten zwei Monaten sind die Zinsen auf 10-jährige US-Treasuries bereits um 70 Prozent gestiegen. Überall steigen die Zinsen auf Bonds, wir stehen auch vor einem Crash der Junk-Bonds. Das wird einmal die Derivaten-Bombe hochgehen lassen, von denen es alleine von Zinsderivaten 441 Billionen Dollar auf der Welt gibt. -

Vermutlich wird dieser Systemuntergang in einem Tag passieren, dann schiesst der Goldpreis in gigantische Höhen, aus den Banken bekommt man nichts mehr heraus, Aktien- und Bondmärkte crashen total. 2008 wäre es fast passiert, bis jetzt hat man es hinausgeschoben, einmal muss es kommen, wir sind kurz davor. Niemand sollte dann sagen, er hätte es nicht gewusst – alle Medien sind voll von der „Schur der Sparer“ bei Bankpleiten. -

Die heutigen „Papier-Reichen“ sind dann enteignet, nur Goldbesitzer behalten und vermehren ihr Kapital. Um das geht es, egal, wie stark man derzeit auf den Goldpreis drückt, um die letzten Reste herauszuholen. Tremor Auri ist dann wirklich geheilt – aber nur bei den Goldbesitzern.

Frank Stronach: Schloss Reifnitz wird - immer mehr zum Alptraum



Demnächst muss Frank Stronach zu seinem Schloss am Wörthersee dem Staatsanwalt einige heikle Fragen beantworten. Am Südufer des Wörthersees verbringen heute die Milliardärswitwen Heidi Horten und Ingrid Flick, Karl-Heinz Grasser, Finanzjongleur Tilo Berlin und Angehörige der Familien Piech und Porsche ihre Sommerfrische. Auch Frank Stronach wollte dazugehören. .

Stronach als Beschuldigter geführt -

Doch er wurde bisher selten in Maria Wörth gesehen. Er scheint sein Schloss aus der Jahrhundertwende, das auf einem Felsblock über dem Wörthersee liegt und das er sich mit seinem Freund, dem ehemaligen Magna-Manager **Siegfried Wolf**, teilt, nicht zu genießen. Er könnte von wütenden Anrainern gefragt werden, warum er für die Liegenschaft nur einen Bruchteil des Verkehrswertes an die Gemeinde bezahlt, warum er sein Versprechen gebrochen und die Hotelanlage für gestresste Manager nie gebaut hat. Demnächst wird Stronach das einem Staatsanwalt erklären müssen. Die Staatsanwaltschaft hat vor Kurzem begonnen, die Gemeinderäte zu befragen. Auch Stronach wird in den Korruptionsermittlungen als Beschuldigter geführt. -

Es ist 15 Jahre her, da hatte sich der ehemalige Auswanderer, damals noch Chef von Magna, in einen unberührten Flecken mit Birken und Weiden und verschwiegenen Buchten verliebt: in die Halbinsel Walterskirchen am Nordufer des Wörthersees. Der damals aufstrebende freiheitliche Jungpolitiker **Karl-Heinz Grasser** mit seiner Witterung für Geld und Macht tat alles, um Stronach dazu zu verhelfen, doch FPÖ-Chef **Jörg Haider** sträubte sich. Er war einem alten Freund seiner Familie verpflichtet, der sich ebenfalls dafür interessierte. Es kam zum Zerwürfnis, Grasser flüchtete in die Arme Stronachs und verließ vorübergehend die Politik.

2004 war alles anders. Grasser war nun ÖVP-Finanzminister. Stronach hatte sich **Schloss Reifnitz** auf der anderen Seite des Sees in den Kopf gesetzt, und Haider trug sich mit dem Gedanken, sein politisches Leben noch einmal neu zu erfinden, und suchte Sponsoren für eine neue FPÖ.

Am 22. Dezember 2004 trat der Gemeinderat von Maria Wörth, 24 Stunden zuvor eiligst einberufen, zu ungewöhnlich später Stunde zusammen. Landeshauptmann Haider höchstpersönlich war erschienen, um den Verkauf von Schloss Reifnitz an Stronach durchzusetzen. Die Einwände, der Quadratmeterpreis von 101 Euro für ein Seegrundstück mit Schloss sei viel zu niedrig, das rieche nach einer geschobenen Partie, ließ Haider nicht gelten. „Ihr müsst mir vertrauen“, warb Haider für den Deal. -

„Wenn man es privat verkauft, kann man das Doppelte auch erreichen. Aber in diesem Fall ist es wichtig für unser Tourismusgebiet, dass hier ein touristisches Projekt entsteht“, sagte Haiders Parteifreund, Bürgermeister Adolf Stark, laut Sitzungsprotokoll. -
Einstimmig beschlossen die Mandatare von FPÖ, ÖVP und SPÖ die Umwidmung ihres Seegrundstücks in Bauland, allerdings gebunden an einen Hotel- und Kurbetrieb. Private Nutzung war damit ausgeschlossen. Alle wussten es und nahmen es hin, dass Stronach für an das Schlossareal angrenzende Grundstücke weitaus tiefer in die Tasche griff. Fast das Zehnfache pro Quadratmeter bezahlte Stronach einer alteingesessenen Kärntner Familie, fast viermal so viel den Bundesforsten. -
Die Gemeinderäte beschlossen auch ein Wiederkaufsrecht. Wenn Stronach innerhalb von fünf Jahren das touristische Projekt nicht verwirklichen würde, könnten sie Reifnitz zurückkaufen. Sollte die Gemeinde nicht dazu in der Lage sein, dann übernehme das Land Kärnten die Verantwortung, es „einer Verwendung im öffentlichen Interesse“ zuzuführen. -
Frist abgelaufen -
„Dort, wo die Bosse sich wohlfühlen, siedelt sich auch die Wirtschaft an“, verkündete Stronach ein paar Wochen später und ließ sich als Gönner feiern, der auch eine kleine Magna-Fertigung in Kärnten eröffnen werde. -
Fortan war viel von einer Luxusresidenz für ausgebrannte Manager in Reifnitz die Rede. Baupläne und Architektenmodelle wurden präsentiert. Das alte Schloss sollte von Seitenflügeln im Zuckerbäckerstil flankiert und von fünf kleinen Seevillen umringt werden. Ein öffentlicher Seezugang sollte erhalten bleiben. Einmal forderte Stronach die Verlegung der Straße, dann sogar eine Übertunnelung, was nicht genehmigt wurde. Keine Bagger fuhren auf. Nur das Schloss ließ Stronach renovieren. Die Frist lief ab. -
Am 11. August 2011 wurde der Gemeinderat wiederum „eiligst“ zu einer Sitzung einberufen, in der man sich darüber stritt, ob man nun zurückkaufen solle und mit einem Investor verhandeln, der mehr biete als Stronach. Es gab keine Eile. Der Gemeinderat hätte noch knapp drei Jahre Zeit gehabt zu sondieren. -
Gegen jede Vernunft beschlossen freiheitliche und sozialdemokratische Gemeinderäte am 20. August 2011, nicht nur auf Reifnitz, sondern auch auf das Hotelprojekt zu verzichten – für eine Million Euro Abschlagszahlung. Die Gemeinderäte der ÖVP und der grünen Bürgerliste stimmten dagegen. -
Später erwarb Stronach Schloss und Grundstück von seiner Magna-Immobilienfirma. Sein Freund Siegfried Wolf besitzt dort jetzt auch ein Refugium. Außer den beiden hatten der Kärntner Wirtschaftsanwalt Gert Seeber und die Freiheitlichen in Kärnten von dem Geschäft profitiert. Eine Summe von 900.000 Euro soll Seeber für die Vertragsabwicklung bekommen haben. 240.000 Euro zahlte er an eine BZÖ-eigene Werbeagentur. Bei der Korruptionsstaatsanwaltschaft sagte Seeber, Haider habe eine Art „Schutzgeld“ von ihm gefordert. Andernfalls hätte er betuchte Klienten wie Stronach verloren. -

Bürgermeister Stark wurde erst vor Kurzem von der Staatsanwaltschaft einvernommen. Er habe „ein reines Gewissen“ sagt er gegenüber profil. Er hält den Kaufpreis für „angemessen“, wenn man berücksichtige, dass durch die Widmung ein touristischer Leitbetrieb geplant war, die keine private Nutzung zulässt. Er wollte sich 2011 „nicht auf Rechtsstreitigkeiten mit Stronach einlassen“. Auch hätte sich die Zusage des Landes Kärnten als „rechtlich unwirksam“ herausgestellt. Die ebenfalls involvierten SPÖ-Gemeinderäte wollten „gar nichts sagen“.

Markus Perdacher von der ÖVP sagt, der Grund sei viel mehr wert, als Stronach bezahlte: „Ich hätte nie zugestimmt, wenn nicht das große Investitionsversprechen dahintergestanden wäre.“

Mittwoch, 3. Juli 2013

Neue Stepic-Enthüllungen

26 Mio. aus Immo-Projekt bei Hypo Alpe Adria offen. Stillhalteabkommen mit Bank.

Das Nachrichtenmagazin NEWS veröffentlicht in seiner am Donnerstag erscheinenden Ausgabe neue Enthüllungen zum zurückgetretenen Chef der Raiffeisen Bank International, Herbert Stepic. Der Banker selbst nimmt in NEWS auch erstmals umfassend zu seinen privaten Immobiliengeschäften in Serbien Stellung.

So geht aus einer "internen Mitteilung" des früheren Hypo-Aufsichtsratschefs Wolfgang Kulterer hervor, dass die Chefs der Hypo wussten, dass Stepic hinter jenem Konstrukt steckt, das über Liechtenstein, Zypern und Serbien Hypo-Gelder in eine Liegenschaft bei Belgrad investierte. Stepic hatte sich zuvor bei Kulterer unter anderem über die mangelnde Professionalität der Hypo beschwert.

Steuerzahler kommen für Wertberichtigung auf

Die Projektgesellschaft Enthusa, an der Stepic bis Juli 2012 mit 25 Prozent beteiligt war, hat bei der Hypo noch rund 26 Millionen Euro an Krediten offen, die eigentlich längst bezahlt sein sollten. Kredite der mit der Enthusa verbundenen serbischen EKI-Gruppe, die das Euro-Mall Projekt nahe der Enthusa-Liegenschaft betreibt, wurden von der Hypo bereits mit zehn Millionen Euro einzelwertberichtigt. Sprich: Österreichs Steuerzahler kommen nun für diese Wertberichtigung auf.
Mit der Enthusa hat die Hypo ein Stillhalteabkommen vereinbart, dass der Bank im Gegenzug ermöglicht die Liegenschaft, die mit dem Hypo-Krediten finanziert wurde, freihändig zu verwerten. Man hofft, so mehr Geld zu lukrieren als bei einer Fälligstellung des Kredites und einer Zwangsverwertung des Grundstückes.

Stepics "Rechtfertigungsbedarf"

Stepic argumentiert, dass er das Geschäft deshalb über die Hypo finanziert habe, da er als Generaldirektor der Raiffeisen Bank International "tatsächlichen Rechtfertigungsbedarf" gehabt hätte, wenn er die Finanzierung über "unsere Tochter in Serbien" gemacht hätte, "in deren Aufsichtsrat ich sitze". Der Kredit sei bei der Hypo deshalb nicht bedient worden, weil "im Jahr 2009 und in den Folgejahren ein großer Teil von Immobilienprojekten in Europa notleidend geworden" sei, "so unter anderem auch in Serbien".
Zu "Details" habe er "keine Wahrnehmung". Ihm sei aber "erinnerlich, dass der Kredit 2009 - wie viele andere tausende Kredite in Osteuropa auch - restrukturiert wurde", so Stepic. Mit aktuellen Verantwortlichen der Hypo Alpe Adria habe er keine Gespräche über diesen Geschäftsfall geführt. Zudem habe er "selbst in dieses Projekt investiertes Geld verloren".

03.07.2013

Schäuble: "Türkei ist nicht mehr Europa"

Deutschlands Finanzminister sprach sich vehement dagegen aus, die Türkei in die Europäische Union aufzunehmen. Die EU solle aber eng mit dem Land verbunden bleiben.

Wolfgang Schäuble nahm sich noch selten ein Blatt vor den Mund: "Wir sollten die Türkei nicht als Vollmitglied aufnehmen", sagte Deutschlands Finanzminister nun bei einer Veranstaltung seiner CDU in Düsseldorf: "Die Türkei ist nicht mehr Europa." Die EU solle aber "eng" mit der Türkei verbunden sein, meinte Schäuble.

Seine Aussagen widersprechen der gültigen EU-Linie. Die EU-Außenminister hatten sich jüngst in Luxemburg darauf verständigt, die Beitrittsverhandlungen mit Ankara fortzuset-zen. Die Gespräche sollen aber erst in einigen Monaten wieder aufgenommen werden.

Proteste blutig niedergeschlagen

Die Beitrittsverhandlungen zwischen der Türkei und der EU sind seit drei Jahren blockiert. Bisher wurde erst eines von 35 Beitrittskapiteln vorläufig abgeschlossen. Ein Dutzend weitere wurden eröffnet, das letzte 2010.

Zuletzt hatte die brutale Niederschlagung von Protesten in Istanbul und anderen türkischen Städten für große Irritationen in der EU gesorgt. Die Demonstranten hatten zunächst gegen die Errichtung eines gigantischen Einkaufszentrums im Gezi-Park protestiert, einem der letzten Parks im Zentrum Istanbu. Als die Sicherheitskräfte mit massivem Einsatz von Tränengas gegen sie vorgingen, richteten sich die Proteste aber bald gegen Premier Erdogan und seinen selbstherrlichen Regierungsstil.In der EU waren daraufhin Stimmen laut geworden, die einen Abbruch der Beitrittsverhandlungen forderten.

Gericht kippte umstrittenes Bauvorhaben

Mittlerweile hat Erdogan in der Sache Gezi-Park einen empfindlichen Dämpfer erlitten: Die Justiz hat das umstrittene Baupro-jekt vorerst gestoppt und die Entscheidung damit begründet, dass die Bewohner über das Vorhaben nicht ausreichend infor-miert wurden. Die Entscheidung fiel angeblich schon Anfang Juni, wurde aber erst jetzt bekannt.

03.07.2013, 13:01

Betrugsverdacht bei Hypo Kärnten

Leasingzahlungen.

Die Auslandstöchter bereiten der maroden Hypo Alpe Adria weiter Kopfzerbrechen. Nun ermittelt der Staatsanwalt in Udine wegen möglicherweise fehlerhafter Zinsberechnungen.

Udine/Klagenfurt/Rom. Nachdem die Staatsanwaltschaft von Udine Ermittlungen gegen die Hypo Alpe-Adria Italia wegen Betrugs in die Wege geleitet hat, hat das Geldhaus sein volles Engagement zur Klärung der Vorwürfe versprochen. Die Bank bemühe sich um eine „rasche und transparente Rückerstattung" an die betroffenen Kunden, hieß es in einer Presseaussendung der Hypo Alpe-Adria Italia.

Im Zeitraum zwischen 2008 und 2013 soll die Bank bei der Zinssatzberechnung von 14.000 Leasingverträgen, die mit Privaten und Unternehmen abgeschlossen worden waren, unerlaubt Zinsen in Höhe von 30 Mio. Euro kassiert haben, so der Vorwurf der Ermittler. In den Sog der Ermittlungen sind fünf Manager der Bank geraten.

In den vergangenen Monaten hatten sich Firmenkunden-Reklamationen bei den Zinssatzberechnungen in Leasingverträgen gehäuft. Zuletzt hatten sich auch TV-Programme mit den Beschwerden befasst.

Die Bank bestätigte ihr Vertrauen in die stellvertretenden Generaldirektoren Sandro Ballerino, Daniele Metus und Simone Caraffini, und dankte Geschäftsführer Lorenzo Snaidero für sein Engagement in dieser für die Bank heiklen Übergangsphase.

Hypo Alpe-Adria Italia bestätigte zuletzt, dass interne Disziplinarmaß-nahmen bereits nach einer Reihe interner Untersuchungen ergriffen worden seien. Die Bank versicherte, dass sie mit der Staatsanwaltschaft von Udine zur Klärung der Vorwürfe zusammenarbeite. In Brüssel und München kämpft die Hypo Kärnten derweil an weiteren Fronten.

04. 07. 2013 **EZB-Sitzung**

Draghi muss heute seine schärfste Waffe ziehen

Regierungskrise in Portugal, steigende Renditen bei der Finanzierung der Staatsschulden: Die Erwartungen an EZB-Chef Mario Draghi sind hoch. Die Märkte hoffen auf ein machtvolles Einschreiten.

Mario Draghi wird Investoren heute wohl einen besseren Einblick in die Pläne der Europäischen Zentralbank (EZB) geben müssen, nachdem die Bond-Renditen in Europa wieder steigen und sich die Krise in Portugal verschärft hat.

Die Märkte wollen Zusicherungen des EZB-Präsidenten, da die Rendite zehnjähriger portugiesischer Staatsanleihen erstmals seit November wieder über die Marke von acht Prozent geklettert ist. Für Besorgnis sorgt zudem auch die Ankündigung der Federal Reserve, ihr Bond-Kauf-Programm unter Umständen ausklingen zu lassen.

Vor diesem Hintergrund wollen die Investoren von Draghi hören, dass die EZB keine Pläne für einen Ausstieg aus ihrer lockeren Geldpolitik hat. Einige Volkswirte rechnen sogar damit, dass Draghi einen Schritt weiter gehen und sich auf einen Weg für die Zinsentwicklung festlegen wird.

"Vorwärts gerichtete Aussagen sind wahrscheinlich das wichtigste Werkzeug, das der EZB geblieben ist", sagt Nick Kounis, Leiter Makroanalyse bei ABN Amro Bank NV. "Sie müssen sich auf jeden Fall damit auseinandersetzen, die Finanzmärkte preisen höhere kurzfristige Zinsen ein."

Fast ein Jahr nachdem Draghi den Anstieg der Kreditkosten dadurch stoppte, dass er erklärte, alles Notwendige tun zu wollen, um den Euro zu retten, signalisieren Bond-Investoren, dass er wohl noch mehr tun muss – in Worten oder gar Taten. Der EZB-Chef bediente sich im März erstmals fester Aussagen über künftige Richtlinien, als er versicherte, die Geldpolitik werde so lange locker bleiben wie notwendig.

Alle rechnen mit weiter niedrigen Zinsen

Die EZB mit Sitz in Frankfurt wird die Leitzinsen auf dem aktuellen Rekordtief von 0,5 Prozent belassen, erwarten 61 von 62 von befragten Volkswirten. Lediglich Morgan Stanley weicht ab und sagt eine Reduzierung der Zinsen um einen Viertel Prozentpunkt voraus. Die Entscheidung wird um 13.45 Uhr in Frankfurt bekannt gegeben, 45 Minuten später tritt Draghi vor die Presse.

"Draghi wird die Pressekonferenz dazu nutzen, um den Banken und Märkten zu versichern, dass es einen Konsens für eine lockere Geldpolitik gibt", sagt Christian Schulz, ein Volkswirt bei der Berenberg Bank in London.

Wahrscheinlich wird der EZB-Chef auch den jüngsten Anstieg der Bond-Renditen adressieren", erwartet Carsten Brzeski, Chef-Volkswirt bei ING in Brüssel. "Er wird keine traditionellen Werkzeuge der Politik einsetzen, sondern vielmehr das andere mächtige Werkzeug der Zentralbanker: Worte."

Portugal sucht indes händeringend einen Ausweg aus der Regierungskrise. Staatspräsident Aníbal Cavaco Silva erklärte, er wolle mit der Opposition sowie Ministerpräsident Pedro Passos Coelho und den anderen Parteien über eine Lösung sprechen.

EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso – ein Portugiese – rief zur Besonnenheit auf. "Diese schwierige Situation erfordert ein großes Maß an Verantwortung von allen Beteiligten." Am Finanzmarkt sorgte die Entwicklung für Unruhe. Sollte die Regierung von Passos Coelho scheitern und Neuwahlen nötig werden, wirft das Fragen auf, ob das Land am Sparkurs festhalten und Mitte 2014 den Rettungsschirm von EU und IWF verlassen kann.

Passos Coelho sagte während eines Besuchs in Berlin, er rechne mit einer schnellen Überwindung der Krise.

Noch Ende Juni hatte Finanzminister Vítor Gaspar angekündigt, dass sein Land bereits in diesem Jahr wieder Anleihen am Kapitalmarkt ausgeben will. Nun steht das Vorhaben infrage. Am Mittwoch schnellten die Zinsen für zehnjährige Anleihen erstmals seit November wieder auf über acht Prozent. An der Börse in Lissabon verlor der Leitindex rund fünf Prozent.

"Besorgniserregende Situation"

Der Vorsitzende der Finanzminister der Länder aus der Euro-Zone, Jeroen Dijsselbloem, nannte die Situation besorgniserregend. Er gehe aber davon aus, dass sich die politische Lage stabilisiere und das Land zu den Verpflichtungen stehe, die es im Gegenzug für die Milliarden-Hilfen von EU und IWF eingegangen sei.

Auch Deutschland setzt auf eine Fortsetzung des Sparkurses. Man sei zuversichtlich, dass Portugal am vereinbarten Reformkurs festhalte, und man werde diesen Weg auch unterstützen, sagte Regierungssprecher Steffen Seibert.

04.07.2013 Mit Elan startete das Team Stronach in Regierung und Landtag. Doch in der Partei tun sich tiefe Gräben auf. "Die Basis zerbröselt", heißt es.

Bleibt ein Sitz für das Team Stronach, das **Hans Mayr übernehmen willl** Ein mögliches Ressort für den Bürgermeister: Gemeindeagenden.

Das Team Stronach ist die jüngste Partei in Salzburg - und steckt bereits jetzt in einer ernsten Krise. Landesrat Hans Mayr und die drei Landtagsabgeordneten wirkten zuletzt zwar guter Dinge und harmonisch. Doch in der Partei fliegen jetzt die Fetzen.

So erhielt Landtagsdirektor Wolfgang Kirchtag vergangene Woche ein nächtliches E-Mail, in dem klargestellt wurde, dass Klubdirektorin Alexandra Marx ihre Funktionen aus "besonde-ren Gründen" nicht mehr wahrnehmen werde. Marx war auch Landesgeschäftsführerin der Partei, wurde aber von der Niederösterreicherin Karin Prokop abgelöst. Marx" Diensthandy ist bereits deaktiviert.

Die Assistentin der Geschäftsführung und designierte Landesgeschäfts-führerin, Sabine Pom-hoff, wurde aus dieser Funktion entfernt. "Ich kann dazu keine Auskunft geben, weil ich noch vertraglich gebunden bin", sagt Pomhoff.

Finanzreferent Franz Gasteiger waltet nicht mehr seines Amtes - er sei nur der Form halber bestellt gewesen, teilte er mit. Doch auch seine Nachfolgerin, Margarete Brennsteiner, hat ihre provisorische Funktion wieder zurückgelegt. Sie sagte jedoch, sie wolle sich einfach wieder stärker sozialem Engagement widmen.

Bereits vor den Wahlen war der Pinzgauer Parteichef Gerfried Seeber entfernt und durch den Kapruner Wolfram Fössl ersetzt worden. Andere Bezirkssprecher berichten von internen Aufständen. Die Bezirke fühlten sich finanziell ausgehungert, während "Sonnenkönige" an der Spitze Parteigeld verprassen würden. Namentlich will niemand genannt werden, und zwar "aus Angst vor Repressalien". "Die Parteiwerte Wahrheit, Transparenz und Fairness werden mit Füßen getreten", sagt ein Funktionär. Und weiter: "Die Basis zerbröselt regelrecht." Ein hohes Parteimitglied relativiert aber auch: Ein Teil der Unruhe komme von Personen, die bei Postenvergaben nicht berücksichtigt worden seien.

Hinzu komme, heißt es von mehreren Betroffenen, ein persönliches Zerwürfnis zwischen Landesrat Hans Mayr und dem Salzburger Nationalratsabgeordneten Erich Tadler - der die Partei in Salzburg gegründet hatte. Dass sich das Team Stronach jüngst auf zwei Salzburger Standorte aufteilte, könnte eine Folge sein - was Tadler jedoch entschieden verneint. Tatsache ist: Nun gibt es eine Landesgeschäftsstelle in der Fürbergstraße, die Parteichef Mayr untersteht. Und ein Wahlkampfbüro in der Franz-Josef-Straße, das Tadler im herbstlichen Bundeswahlkampf helfen soll.

Dieser Ankündigung war ein Treffen erboster Salzburger Funktionäre mit Frank Stronach in Oberwaltersdorf vorausgegangen.

Dort wurde man jedoch in "zehn Minuten abgefertigt", so ein Teilnehmer. Stronach soll, hieß es, gefordert haben: "Ihr müsst"s harmonisch sein."

Parteichef Hans Mayr räumt Probleme ein - was auch daran liege, dass es tatsächlich noch kaum demokratische Strukturen in der Partei gebe. Er verspreche jedoch, dies zu ändern, Bezirksvorstände wählen zu lassen und sich stark der Parteiorganisation zu widmen. "Ich bin ein Basisdemokrat", sagt Mayr. Streit mit Erich Tadler gebe es keinen, und die Klubgeschäftsführerin sei freiwillig gegangen - nach einem "disziplinären Vorfall".

04.07.2013, Grüne orten "den größten Bankraub der Geschichte"

Hypo-Desaster

Finanzministerin Maria Fekter und der Vizechef der Grünen, Werner Kogler (re.), haben sich Donnerstagnachmittag in der Debatte der "Dringlichen Anfrage" zur Kärntner Hypo ein veritables Match geliefert. Sprach der Grünen- Mandatar vom "größten Bankraub der Geschichte", konterte die Ressortchefin mit dem Vorwurf eines "durchsichtigen Wahlkampf- Manövers". Sämtliche Vorwürfe der Grünen gegen ihr Vorgehen rund um die Rettungsbemühungen um die Hypo Alpe Adria wies die Ministerin zurück.

Kogler hatte in der Begründung der "Dringlichen" nochmals die Argumente seines Antrags vorgetragen und Fekter nicht geschont, ganz im Gegenteil ihr Versagen auf allen Ebenen attestiert. Was bei der Hypo Alpe Adria passiere, sei der "größte Raubzug auf Kosten der Steuerzahler". Es handle sich sogar um einen "organisierten Anschlag auf die Steuerzahler." Nach Darstellung der Grünen ist das "Desaster" der Hypo das "größte Finanzdebakel der Zweiten Republik". Umgerechnet könne jeder Österreicher wegen der "faulen Kredite" mit 1.350 Euro belastet werden.

Grüne orten Schuld beim Land Kärnten und der Regierung

Die Schuld dafür trägt aus Sicht der Grünen einerseits die Kärntner Landespolitik unter dem mittlerweile verstorbenen Landeshauptmann Jörg Haider, die die Bank in die riskanten Geschäfte getrieben habe, aber auch die Bundesregierung, die sowohl bei der Verstaatlichung als auch bei der Sanierung versagt habe.

Scharfe Kritik übten die Grünen zudem an Fekter wegen deren Weigerung, eine "Bad Bank" zur Rettung der Hypo zu installieren. Auch dies sei einzig dem Wahlkampf geschuldet. Denn mit der "Bad Bank" würde die Staatsschulden- Quote steigern. Sinnvoll wäre sie aber trotzdem, da sie die beste Möglichkeit darstelle, die notleidenden Assets der Hypo möglichst budgetschonend abzubauen.

Fekter attackiert Opposition: "Steuerzahler ist ihnen wurscht"

Statt gesamtstaatliche Verantwortung zu übernehmen, schädige die Opposition aus wahlkampftaktischem Kalkül die Bank und damit den Steuerzahler in einer ungeahnten Weise, entrüstete sich Fekter daraufhin. "Jede verbreitete Horrorzahl geht zu Lasten der Bank." Am schädlichsten ist aus Fekters Sicht, weiter "apokalyptische Szenarien" zu verbreiten, wie dies die Grünen täten: "Der Steuerzahler ist ihnen für ein Wahlkampf- Geplänkel total wurscht."

Fekter attackierte die Opposition zudem, weil sie die Vertraulichkeit eines geheimen Ausschusses gebrochen habe, in dem ihr Zitat, wonach die Hypo "ein Fass ohne Boden" sei, an die Öffentlichkeit gebracht wurde. Dies beantwortete Grünen- Bundessprecherin Eva Glawischnig mit Ärger. Denn diese Aussage der Ministerin sei ganz einfach in einem Bericht der Parlamentskorrespondenz transportiert worden.

Ministerin sieht Richtigkeit der Vorgangsweise bestätigt

Wie auch immer - dass sie oder ihr Amtsvorgänger Josef Pröll in Sachen Hypo etwas falsch gemacht haben könnte, kam der Ministerin am Donnerstag nicht in den Sinn. Die Richtigkeit ihrer Vorgangsweise werde "eindrucksvoll" durch positive Aussagen von EU- Wettbewerbskommissar Joaquin Almunia zum Restrukturierungsplan bestätigt. Eine "Bad Bank" will Fekter indessen weiter vermeiden, denn die Bildung dieser würde heißen, "dass man jene Teile, die hässlich sind, die Verluste bringen, dem Steuerzahler umhängt und gewinnbringende Teile verkauft".

4. Juli 2013, 18:54 # "Politik ist angewandte Spiritualität"

Bei den Landesfinanzen gibt es in Salzburg noch viele "Baustellen",

---

Landeshauptmannstellvertreterin Astrid Rössler kann sich eine Koalition der Grünen mit dem Team Stronach auf Bundesebene nicht vorstellen

STANDARD: Politik funktioniert auch über Symbole. Am Tag der Angelobung der neuen Salzburger Landesregierung im Juni sind Sie als Landessprecherin der Grünen einträchtig neben ÖVP-Landesobmann Wilfried Haslauer auf der Kirchbank bei einer heiligen Messe gesessen. Was wollten Sie mit dieser Inszenierung, mit diesem Bild sagen?

Rössler: Das war keine Inszenierung. Ich bedaure, dass das offenbar von außen so wahrgenommen wurde. Bei dieser Messe waren ja außer dem Landeshauptmann und mir noch eine ganze Menge anderer Personen. Vor allem aber war es ein ökumenischer Gottesdienst und einer wunderbar inspirierenden Predigt - mit einem Appell zu verantwortungsvollem Handeln - einer evangelischen Pfarrerin. Auch das könnte man als Symbolik verstehen. Wäre ich nicht gegangen, wäre auch das als Bild wahrgenommen worden. Da entscheide ich mich lieber für das Bild, dort gewesen zu sein.

STANDARD: Spielt für Sie Religion in der Politik eine Rolle?

Rössler: Es gibt diesen schönen Satz: Politik ist angewandte Spiritualität. Das beschäftigt mich seit einiger Zeit. Gerade weil wir Grüne uns dafür einsetzen, das zu verteidigen, was mit Werten und Spiritualität verbunden ist. Der Gottesdienst war auch nicht Teil der Landtagssitzung. Es war jedem freigestellt, dort teilzunehmen.

STANDARD: Die Salzburger Regierung präsentiert sich als sehr harmonisch, quasi als Kuschelkoalition. Gibt es überhaupt noch Unterschiede zwischen ÖVP und Grünen?

Rössler: Ich will zwischen Kuscheln und konstruktivem Zusammenarbeiten deutlich unterscheiden. Es ist viel Platz zwischen uns. Aber es gibt ein Bekenntnis, dass man sich wechselseitig informiert, einbindet, fragt und Dinge gemeinsam angeht und plant. Es gibt im Regierungsprogramm auch ein Bekenntnis zum ressortübergreifenden Arbeiten, zur Nachhaltigkeit als Regierungsgrundsatz.

STANDARD: Ein potenzieller Konfliktpunkt mit der ÖVP ist Ihr zentrales Ressort, die Raumordnung. Wenn man hier etwas ändern will, muss man sich mit den schwarzen Bürgermeistern anlegen. Die ÖVP wird da auf der Bremse stehen. Ihre Pläne?

Rössler: Ich kann sagen, ich lege mich mit den Bürgermeistern an. Ich kann aber auch sagen, ich setze mich mit ihnen auseinander. Ich komme beruflich aus der Raumordnungspraxis, mir ist bewusst, in welchen sozialen Strukturen, Verbundenheiten, Abhängigkeiten Raumordnung stattfindet. Wir wissen, dass wir dringend die Raumplanung in wesentlichen Fragen weiterentwickeln und manches korrigieren müssen. Ich sehe das aber nicht als Konfrontation. Es gibt im Raumordnungsgesetz jetzt schon Instrumente für die überregionale Raumplanung. Die Frage ist, warum wird das nicht gelebt. Ich glaube nicht, dass das an Lücken im Gesetz scheitert. Es braucht einfach mehr Druck dahinter, dass die Regionalplanung ernster genommen wird.

STANDARD: Im Herbst beginnen die Budgetverhandlungen. Wie ist die Finanzsitua-tion des Landes?

Rössler: Wir haben jetzt zwar einen Überblick über weite Teile der Finanzen, aber noch nicht die volle Klärung. Es fehlen wichtige Baustellen wie etwa der Wohnbau- oder der Katastrophenfonds.

STANDARD: Landeshauptmann Haslauer hat gesagt, er rechnet bei den Spekulationsgeschäften mit einem Minus von 200 Millionen. Entspricht das Ihrer Einschätzung?

Rössler: Ich traue mich da noch nicht, mit Zahlen zu operieren. Uns fehlt der historische Aspekt von Papieren, die wir jetzt auflösen. Letzte Woche haben wir von einem Geschäft erfahren, das so komplex ist, dass noch kein Spezialist gefunden werden konnte, der das ausrechnen kann.

STANDARD: Sie haben im Untersuchungsausschuss wiederholt gesagt, dass die ÖVP im Finanzskandal mitten drinnen steht. Jetzt soll genau diese ÖVP das im Finanzressort wieder geradebiegen. Macht man da den Bock zum Gärtner?

Rössler: Ich stehe dazu: Die Regierungspartei ÖVP war vor allem zu Beginn der Spekulationsgeschäfte massiv involviert. Jetzt brauchen wir ein Procedere für eine verlässliche Aufarbeitung und Neuorientierung. Es ist jetzt auch der Landtag mit eingebunden, die SPÖ sitzt auch mit im Boot. Der Finanzüberwachungsausschuss, in dem alle Parteien vertreten sind, hat eine Spiegelfunktion zur Regierung.

STANDARD: Logischer wäre aber doch gewesen, wenn die vom Skandal unbelaste-ten Grünen die Sanierung der Landesfinanzen übernommen hätten.

Rössler: Das hat sich in den Ressortverhandlungen nicht gestellt. Wir haben ein offenes und transparentes Prozedere entwickelt. Da sollte es nicht mehr darauf ankommen, wer das Finanzressort leitet. Es gibt mehrere Ressorts, die einigermaßen schwierig sind. Ich habe mich für die Raumordnung entschieden, Heinrich Schellhorn für das Sozialressort. Christian Stöckl von der ÖVP für Finanzen und Gesundheit. Die Verteilung der Bürden ist angemessen.

STANDARD: Im Finanz-Untersuchungsausschuss ist mehrmals die Rolle von Spitzenbeamten zur Sprache gekommen. Wird es da jetzt Konsequenzen geben? Etwa für Rechungshofdirektor Manfred Müller?

Rössler: Es gibt den Beschluss im Landtag, dass der Landesrechungshof einen Reformvorschlag macht. Aus meiner Sicht, muss die Rolle des Rechnungshofes in Zukunft eine kritischere sein. Das ist aber auch eine Ressourcenfrage. Das nehmen wir wie auch die Verwaltungsreform schrittweise in Angriff.

STANDARD: Wird die Reform des Rechnungshofes mit Direktor Müller starten?

Rössler: Er wird den Vorschlag präsentieren. Dann wird die Frage gestellt werden, ob er den reformierten Landesrechnungshof leitet. Manfred Müller ist aber auf zwölf Jahre bestellt. De facto müsste man ihn abberufen. Wir wissen gar nicht, ob das laut Geschäftsordnung so einfach geht. Der Landtag kann beispielsweise den Landtagspräsidenten nicht abberufen.

STANDARD: Wird es Konsequenzen für Landesamtsdirektor Heinrich Marckhgott geben?

Rössler: Dass wir mit wichtigen Abläufen rund um den U-Ausschuss unzufrieden waren, ist bekannt. So weit mir bekannt ist, ist aber kein Fehlverhalten gegen ihn anhängig. Bleibt die Frage, wann er in Pension geht.

STANDARD: Im März 2014 werden in Salzburg Gemeinderäte und Bürgermeister gewählt. Auf Landesebene gibt es eine schwarz-grüne Koalition. In der Stadt Salzburg geht die ÖVP mit den Grünen denkbar hart und untergriffig um. War das jemals Thema in den Koalitionsverhandlungen?

Rössler: So etwas ist nicht Verhandlungsmasse. Klar ist aber, dass wo gemeinsame Interessen von Lande und Stadt zu behandeln sind - wie im Verkehrsbereich – wir auch die Stadt-ÖVP auf ihre Haltung abtesten, ob sie zum Regierungsprogramm steht.

STANDARD: Welche Erwartungen haben Sie in Salzburg für die Nationalratswahlen im September? Hilft den Grünen die Regierungsbeteiligung?

Rössler: Der neue intensiv arbeitsorientierte Stil wird geschätzt. Das schreibt man zu einem hohen Teil uns zu. Ich gehe davon aus, dass sich die gute Stimmung fortsetzen wird.

STANDARD: VP-Chef Haslauer hat zur Salzburger Koalition mit Stronach gesagt, damit sei Stronach "salonfähig". Wäre Schwarz-Grün-Gelb auch ein Modell für den Bund?

Rössler: Das ist schwer vergleichbar. Das Salzburger Team Stronach unterscheidet sich in Eigenständigkeit und Paktfähigkeit doch deutlich vom Team Stronach im Bund. Ich sehe das auf Bundesebene nicht.

STANDARD: Sie haben einen riesigen Berg Arbeit vor sich. Ihr Parteifreund Rudi Anschober in Oberösterreich ist in ein Burn Out geschlittert. Was unternehmen Sie, dass Ihnen das nicht passiert.

Rössler: Ich habe zwei grüne Regierungskollegen an meiner Seite. Rudi Anschober war Pionier und Einzelkämpfer in einer Landesregierung. Zu dritt ist das eine ganz andere Situation. Wenn einer von uns auf Urlaub ist, können wir uns gegenseitig vertreten.

05. 07. 2013

***Anti-Europa-Stimmung*:** Franzosen wollen den Euro nicht mehr

Die zunehmende Anti-Europa-Stimmung in Frankreich ist Wasser auf die Mühlen des nationalistischen Front National (FN). Ökonomisch verabschiedet sich das Land gerade aus dem Kreis der Industrienationen und begibt sich geradewegs in die Peripherie. Weil der Graben zwischen Berlin und Paris immer tiefer wird, wird sich Frankreich nicht mehr lange hinter der Bonität Deutschlands verstecken können.

Diese Regierungen scheiterten in der Eurokrise

-

Irland

Bei der Parlamentswahl im Februar 2011 wurde die wirtschaftsliberale Regierungspartei Fianna Fail unter Premierminister **Brian Cowen** abgestraft. Premier wurde **Enda Kenny**. In der neuen Regierung koaliert die konservative Fine Gael mit der linken Labour-Partei. Mittlerweile will Kenny sein Land 2013 aus dem Rettungsprogramm führen.

-

Portugal

Die sozialistische Regierung von **José Sócrates** wurde angesichts der schweren Wirtschaftskrise im Juni 2011 abgewählt. Aber auch die neue liberal-konservative Regierung unter Ministerpräsident **Pedro Passos Coelho** steht mächtig unter Druck. Das Land bleibt ein Sorgenkind der Eurozone.

-

Italien

Im November 2011 trat **Silvio Berlusconi** zurück. Lange hatte sich der Regierungschef auch mit knappen Mehrheiten im Parlament halten und alle Skandale überstehen können. Doch der massive Druck der Finanzmärkte und Absetzbewegungen im eigenen Lager ließen ihm schließlich keine Wahl mehr. Der frühere EU-Kommissar **Mario Monti** führte die Übergangsregierung an, bis er im Dezember 2012 zurücktrat und den Weg für Wahlen freimachte. Nachdem das Wahlergebnis eine Patt-Situation hervorgebracht hat, steht Italien möglicherweise wieder vor Neuwahlen.

-

Griechenland

Die Schuldenkrise hat das politische Geschehen der letzten vier Jahre bestimmt. Zwei Regierungschefs sind an ihr zerschellt. Ministerpräsident **Giorgios Papandreou** von der linken Pasok-Partei gab Ende 2011 auf. Seine Nachfolge trat der parteilose frühere Vizepräsident der Europäischen Zentralbank, **Lucas Papademos**, an. Kurze Zeit später gaben die Euro-Finanzminister eine Nothilfe frei, ohne die das Land bald pleite gewesen wäre. Bei der Wahl im Mai 2012 verloren in Athen die Unterstützer des Sparprogramms die Mehrheit. Alle Versuche zur Regierungsbildung scheiterten. Aus der Neuwahl im Juni ging die konservative Partei Nea Dimokratia unter **Antonis Samaras** als Sieger hervor. Die neue Regierung wird von den Sozialisten der Pasok und der Demokratischen Linken unterstützt. Mittlerweile glaubt Samaras, dass sein Land 2013 die Wende schafft.

-

Spanien

Die Krise bestimmte maßgeblich den Ausgang der vorgezogenen Parlamentswahl im November 2011. Die konservative Volkspartei (PP) gewann. Die Sozialisten, die das Land mehr als sieben Jahren regiert hatten, erlebten ein Debakel. Der PP-Chef **Mariano Rajoy** (im Bild) folgte auf den sozialistischen Ministerpräsidenten **José Luis Rodríguez Zapatero**. Anfang des Jahres 2013 enthüllte die spanische Tageszeitung einen Fall von Schwarzen Kassen in der PP, der Ministerpräsident Rajoy zu Fall bringen könnte.

-

Slowakei

Die christlich-liberale Premierministerin **Iveta Radicova** (im Bild) verknüpfte die erste Parlamentsabstimmung im Oktober 2011 über eine Ausweitung des Euro-Rettungsschirms EFSF mit der Vertrauensfrage - und verlor. Im März 2012 gewann die Partei Smer-Sozialdemokratie mit **Robert Fico** klar die vorgezogene Parlamentswahl. Seit April 2012 ist Fico Ministerpräsident. In seiner ersten egierungserklärung forderte der neue Premierminister strenge Haushaltsdisziplin.

Slowenien

Seit Februar 2012 ist eine Mitte-Rechts-Regierung unter **Janez Jansa** (im Bild, Karikatur auf dem Protestschild) im Amt. Die vorige Regierung stürzte, weil sie die rasant steigende Verschuldung nicht eindämmen konnte. Slowenien muss die explodierenden Kosten im Staatshaushalt und in den Sozialsystemen unter Kontrolle bringen. Der Sparkurs treibt die Menschen auf die Straße, die EU geht davon aus, dass das kleine Land einen Hilfsantrag stellen wird. Dass es zu Neuwahlen kommt, ist nicht ausgeschlossen: Der Juniorpartner hat mittlerweile wegen Korruptionsvorwürfen gegen Jansa die Regierung verlassen.

-

Niederlande

Im April 2012 brachte der Rechtspopulist **Geert Wilders** die Minderheitsregierung im Streit um deren Sparkurs zu Fall. Der rechtsliberale Ministerpräsident **Mark Rutte** (im Bild) sah sich gezwungen, bei Königin Beatrix den Rücktritt seines Kabinetts einzureichen. Im September gewann der Befürworter der Euro-Rettungspolitik erneut die Wahlen und schmiedete ein neues Regierungsbündnis mit den Sozialdemokraten.

-

Frankreich

Die Wahlen zur Nationalversammlung im Juni 2012 bescherten den Sozialisten eine historische Machtfülle. Der sechs Wochen zuvor gewählte Präsident **François Hollande** muss bei seinen linken Reformplänen nicht mit parlamentarischem Gegenwind

rechnen. Die Union für eine Volksbewegung (UMP) des im Mai abgewählten Präsidenten **Nicolas Sarkozy** stürzte erdrutschartig ab. Mittlerweile ist Frankreich der neue "Kranke Mann Europas".

-

Zypern

In der pleitebedrohten Inselrepublik löste nach der Stichwahl am 24. Februar der Konservative **Nikos Anastasiades** (im Bild) den linken Präsidenten **Dimitris Christofias** ab. Dieser war bei der Lösung der Finanzprobleme Zyperns erfolglos geblieben und nach fünf Jahren nicht zu einer zweiten Amtszeit angetreten. Der Präsident der Republik ernennt die Regierung und führt sie auch. Das Land möchte unter den Rettungsschirm schlüpfen - doch Experten plädieren dafür, dass Land pleite gehen zu lassen.

Irland

Bei der Parlamentswahl im Februar 2011 wurde die wirtschaftsliberale Regierungs-partei Fianna Fail unter Premierminister **Brian Cowen** abgestraft. Premier wurde **Enda Kenny**. In der neuen Regierung koaliert die konservative Fine Gael mit der linken Labour-Partei. Mittlerweile will Kenny sein Land 2013 aus dem Rettungs-programm führen.

Frankreich wendet sich von Europa ab. Das belegt eine Umfrage des Washingtoner Pew Research Center. Demnach stehen nur noch 41 Prozent der Franzosen der Europäischen Union (EU) positiv gegenüber. 2007, also vor dem Ausbruch der Eurokrise, waren es noch 62 Prozent. Noch schlimmer: Nur noch 22 Prozent der Franzosen meinen, dass die heimische Wirtschaft von der europäischen Integration profitiert habe. 2009 vertraten diese Meinung immerhin noch 43 Prozent.

"Täglich neue Probleme im Chaos"

Von Sylvia Wörgetter, Christian Resch | 05.07.2013 - 19:30 | Kommentieren

Salzburg werde aus den Spekulationen mit rund 170 Mill. Euro Verlust aussteigen, meint der neue Finanzreferent Christian Stöckl (ÖVP). Er will eisern sparen.

Realistisch sei, dass durch die Spekulationen ein Minus von 170 Mill. Euro entstanden sei, sagt Finanzreferent Christian Stöckl.

BILD: SN/ROBERT RATZER

Christian Stöckl (ÖVP) hat ein Mammutressort übernommen: Er soll den Finanzskandal aufklären, das Budget sanieren, die Kliniken neu aufstellen und mit den Beamten über ihr Gehalt verhandeln. Wie er das alles politisch überleben will, sagt er im SN-Interview.
SN: *Herr Stöckl, wissen Sie überhaupt, wie hohe Schulden Salzburg eigentlich hat?*
Stöckl: Das wäre schön, wenn ich das genau sagen könnte. Wir stoßen fast täglich auf neue Probleme in diesem Chaos der Veranlagungen. Da wurde wild gefuhrwerkt. Wir sind jetzt dabei, alle Geschäfte zu ordnen, damit wir einen Überblick haben. Wir machen das auch mit der Hilfe von Studenten. Aber es gibt noch zu viel, das wir nicht wissen.
SN: *Der Finanzskandal ist schon vor einem halben Jahr aufgeflogen. Was ist jetzt immer noch unklar?*
Stöckl: Es ist noch offen, ob und wie viele Steuern das Land an die Finanz nachzahlen muss. Auch sind noch nicht alle Wertpapiere verkauft, das wird noch ein halbes Jahr dauern.
Und nur ein Beispiel: Gerade haben wir festgestellt, dass vielleicht jahrelang Zahlungen aus dem Katastrophenfonds falsch abgerechnet wurden - und es drohen Rückzahlungen von bis zu vier Millionen Euro an den Bund.
Solche Sachen machen es uns nicht einfach.
SN: *Bei wem wird das Land in Zukunft seine Schulden haben?*
Stöckl: Einige Positionen aus dem Finanzmanagement wollen wir behalten, weil sie sinnvoll sind. Etwa schuldet das Land verschiedenen Versicherungen Geld zu ganz guten Konditionen.

Ansonsten: Ich möchte eher variabel verzinste Kredite bei Banken behalten und die fix verzinsten Darlehen dafür schnell zurückzahlen. Gläubiger ist die Bundesfinanzierungsagentur, mit der wir schon verhandeln. Denn dort liegen die Zinsen bei bis zu 4,85 Prozent. Ich denke, am Ende haben wir vielleicht 60 Prozent variable und 40 Prozent fixe Zinsen.
SN: *Wenn man solche Kredite mit sehr hohen Zinsen auf einmal zurückzahlt, ist das aber besonders teuer. Und dann sieht die Bilanz der ganzen Spekulationen nicht mehr so toll aus, wie bisher gesagt wurde.*
Stöckl: Richtig. Ich habe das aber von Anfang an gesagt, dass da am Ende kein Plus herauskommen kann. Das waren beschönigende Darstellungen. Realistisch ist eher das, was die Bundesfinanzierungsagentur von Anfang an geschätzt hat: ein Minus von gut 170 Millionen Euro.
SN: *Das Land ist ja ein guter Schuldner. Will überhaupt ein Gläubiger jetzt sein Geld von uns zurück?*
Stöckl: Wie gesagt, wir verhandeln. Momentan liegen 400 Millionen Bargeld auf den Konten des Landes. Das Geld kommt aus dem Verkauf von Wertpapieren, und wir würden gern Schulden damit zurückzahlen.
SN: *Das Geld ist knapp. Müssen sich die Landesbediensteten auf Nulllohnrunden einstellen?*
Stöckl: Natürlich muss auch die Landesverwaltung dazu beitragen, dass das Budget nicht explodiert. Wobei die Verwaltungsreform nicht so sein soll, dass noch mehr Personal eingespart wird. Wir müssen stattdessen Aufgaben einsparen und die Arbeit gerecht aufteilen. Es gibt jetzt Abteilungen, die noch Luft haben. Und es gibt andere, wie zum Beispiel im Sozial- und Gesundheitsbereich oder in der Jugendwohlfahrt, die stöhnen unter der Arbeitslast. Hier müssen wir personell umschichten.
Was die Nulllohnrunde betrifft: Wir sollten uns in Zukunft immer nach dem Abschluss richten, den der Bund mit den Beamten trifft. Dieser soll auch für die Salzburger Landesbediensteten gelten.
SN: *Der größte Kostenfaktor für das Salzburger Budget sind die Landeskliniken. Wollen Sie dort auch sparen?*
Stöckl: Für konkrete Pläne ist es noch zu früh. Aber klar ist, dass es Kostendeckelungen geben wird müssen. Die Dynamik, mit der sich die Kosten in den letzten Jahren entwickelt haben, kann nicht weitergehen. Die Abteilungen müssen sich zum Beispiel bei Kauf und Nutzung von Großgeräten besser vernetzen. Es herrscht zum Teil noch extremes Kirchturmdenken, jeder Primar stellt seine Abteilung in den Vordergrund. Wobei aber auch aus der Ärzteschaft sehr gute Reformvorschläge kommen. Die Politik muss nur den Mut haben, sie umzusetzen.
SN: *Zum Beispiel welche?*
Stöckl: Wenn zum Beispiel im Krankenhaus Hallein der Operationssaal ab 14.00 Uhr leer steht, während im Landeskrankenhaus Patienten auf bestimmte Operationen monatelang warten müssen, dann sollte es möglich sein, dass ein LKH-Team nach Hallein geht und dort operiert. Was aber nicht bedeutet, dass das Krankenhaus Hallein in die Landeskliniken eingegliedert werden soll. Es läuft sehr gut, da gibt es keinen Änderungsbedarf.
Ich möchte auch eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen dem Krankenhaus Tamsweg und den SALK, die ja beide dem Land gehören. Die Krankenhäuser Mittersill und Zell am See zeigen vor, wie das geht.
SN: *Als Finanzreferent ist Ihre Rolle die des Geizkragens. Wie wollen Sie sich denn beim Wähler beliebt machen?*
Stöckl: Man muss gut erklären, wo man Einsparungspotenziale sieht. Man muss sie auch zum Teil erzwingen. Salzburg ist in einer sehr speziellen Situation. Ich bin sicher, dass die Menschen es verstehen, wenn man nach dem Grundsatz vorgeht: Gut wirtschaften heißt auch sparen.

" Täglich neue Probleme im Chaos "

05.07.2013 - 19:30 Salzburg werde aus den Spekulationen mit rund 170 Mill. Euro Verlust aussteigen, meint der neue Finanzreferent Christian Stöckl (ÖVP). Er will eisern sparen.

Realistisch sei, **dass durch die Spekulationen ein Minus von 170 Mill. Euro entstanden sei, sagt Finanzreferent Christian Stöckl.**

Christian Stöckl (ÖVP) hat ein Mammutressort übernommen: Er soll den Finanzskandal aufklären, das Budget sanieren, die Kliniken neu aufstellen und mit den Beamten über ihr Gehalt verhandeln. Wie er das alles politisch überleben will, sagt er im SN-Interview.

SN: *Herr Stöckl, wissen Sie überhaupt, wie hohe Schulden Salzburg eigentlich hat?*
Stöckl: Das wäre schön, wenn ich das genau sagen könnte. Wir stoßen fast täglich auf neue Probleme in diesem Chaos der Veranlagungen. Da wurde wild gefuhrwerkt. Wir sind jetzt dabei, alle Geschäfte zu ordnen, damit wir einen Überblick haben. Wir machen das auch mit der Hilfe von Studenten. Aber es gibt noch zu viel, das wir nicht wissen.
SN: *Der Finanzskandal ist schon vor einem halben Jahr aufgeflogen. Was ist jetzt immer noch unklar?*
Stöckl: Es ist noch offen, ob und wie viele Steuern das Land an die Finanz nachzahlen muss. Auch sind noch nicht alle Wertpapiere verkauft, das wird noch ein halbes Jahr dauern.
Und nur ein Beispiel: Gerade haben wir festgestellt, dass vielleicht jahrelang Zahlungen aus dem Katastrophenfonds falsch abgerechnet wurden - und es drohen Rückzahlungen von bis zu vier Millionen Euro an den Bund.
Solche Sachen machen es uns nicht einfach.
SN: *Bei wem wird das Land in Zukunft seine Schulden haben?*
Stöckl: Einige Positionen aus dem Finanzmanagement wollen wir behalten, weil sie sinnvoll sind. Etwa schuldet das Land verschiedenen Versicherungen Geld zu ganz guten Konditionen.

Ansonsten: Ich möchte eher variabel verzinste Kredite bei Banken behalten und die fix verzinsten Darlehen dafür schnell zurückzahlen. Gläubiger ist die Bundesfinanzierungsagentur, mit der wir schon verhandeln. Denn dort liegen die Zinsen bei bis zu 4,85 Prozent. Ich denke, am Ende haben wir vielleicht 60 Prozent variable und 40 Prozent fixe Zinsen.
SN: *Wenn man solche Kredite mit sehr hohen Zinsen auf einmal zurückzahlt, ist das aber besonders teuer. Und dann sieht die Bilanz der ganzen Spekulationen nicht mehr so toll aus, wie bisher gesagt wurde.*
Stöckl: Richtig. Ich habe das aber von Anfang an gesagt, dass da am Ende kein Plus herauskommen kann. Das waren beschönigende Darstellungen. Realistisch ist eher das, was die Bundesfinanzierungsagentur von Anfang an geschätzt hat: ein Minus von gut 170 Millionen Euro.
SN: *Das Land ist ja ein guter Schuldner. Will überhaupt ein Gläubiger jetzt sein Geld von uns zurück?*
Stöckl: Wie gesagt, wir verhandeln. Momentan liegen 400 Millionen Bargeld auf den Konten des Landes. Das Geld kommt aus dem Verkauf von Wertpapieren, und wir würden gern Schulden damit zurückzahlen.
SN: *Das Geld ist knapp. Müssen sich die Landesbediensteten auf Nulllohnrunden einstellen?*
Stöckl: Natürlich muss auch die Landesverwaltung dazu beitragen, dass das Budget nicht explodiert. Wobei die Verwaltungsreform nicht so sein soll, dass noch mehr Personal eingespart wird. Wir müssen stattdessen Aufgaben einsparen und die Arbeit gerecht aufteilen. Es gibt jetzt Abteilungen, die noch Luft haben. Und es gibt andere, wie zum Beispiel im Sozial- und Gesundheitsbereich oder in der Jugendwohlfahrt, die stöhnen unter der Arbeitslast. Hier müssen wir personell umschichten.
Was die Nulllohnrunde betrifft: Wir sollten uns in Zukunft immer nach dem Abschluss richten, den der Bund mit den Beamten trifft. Dieser soll auch für die Salzburger Landesbediensteten gelten.
SN: *Der größte Kostenfaktor für das Salzburger Budget sind die Landeskliniken. Wollen Sie dort auch sparen?*
Stöckl: Für konkrete Pläne ist es noch zu früh. Aber klar ist, dass es Kostendeckelungen geben wird müssen. Die Dynamik, mit der sich die Kosten in den letzten Jahren entwickelt haben, kann nicht weitergehen. Die Abteilungen müssen sich zum Beispiel bei Kauf und Nutzung von Großgeräten besser vernetzen. Es herrscht zum Teil noch extremes Kirchturmdenken, jeder Primar stellt seine Abteilung in den Vordergrund. Wobei aber auch aus der Ärzteschaft sehr gute Reformvorschläge kommen. Die Politik muss nur den Mut haben, sie umzusetzen.
SN: *Zum Beispiel welche?*
Stöckl: Wenn zum Beispiel im Krankenhaus Hallein der Operationssaal ab 14.00 Uhr leer steht, während im Landeskrankenhaus Patienten auf bestimmte Operationen monatelang warten müssen, dann sollte es möglich sein, dass ein LKH-Team nach Hallein geht und dort operiert. Was aber nicht bedeutet, dass das Krankenhaus Hallein in die Landeskliniken eingegliedert werden soll. Es läuft sehr gut, da gibt es keinen Änderungsbedarf.
Ich möchte auch eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen dem Krankenhaus Tamsweg und den SALK, die ja beide dem Land gehören. Die Krankenhäuser Mittersill und Zell am See zeigen vor, wie das geht.
SN: *Als Finanzreferent ist Ihre Rolle die des Geizkragens. Wie wollen Sie sich denn beim Wähler beliebt machen?*
Stöckl: Man muss gut erklären, wo man Einsparungspotenziale sieht. Man muss sie auch zum Teil erzwingen. Salzburg ist in einer sehr speziellen Situation. Ich bin sicher, dass die Menschen es verstehen, wenn man nach dem Grundsatz vorgeht: Gut wirtschaften heißt auch sparen.

05.07.2013, 22:17 # Insolvenzrecht für Banken geht durch Nationalrat

Mit einer Reihe von Beschlüssen verabschiedet sich der Nationalrat am Freitag in die Sommerpause. Unter anderem wurde das Bankeninsolvenzrecht auf den Weg gebracht. Mit den Stimmen von Koalition und Team Stronach wurden die Finanzinstitute dazu verpflichtet, Sanierungs- und Notfallpläne zu erstellen, um der Finanzmarktaufsicht (FMA) ein früheres Eingreifen zu ermöglichen, bevor die Eigenmittel unter eine kritische Marke fallen oder sich die Lage der Bank signifikant verschlechtert.

Finanzmarktaufsicht soll gezielt eingreifen können

So sah das auch ÖVP- Mandatar Michael Ikrath. Die Abwicklungspläne würden es der Aufsicht möglich machen, gezielt einzugreifen. SPÖ- Finanzsprecher Kai Jan Krainer betonte, dass es sich eigentlich nur um einen ersten Schritt handle, da man noch auf gemeinsame europäische Regelungen warte. Dies sei aber sinnvoll, denn zehn verschiedene Konkursordnungen in der EU wären absurd.

Ebenfalls abgesegnet wurden mit Koalitionsmehrheit einige auf europäischer Ebene ausverhandelte Maßnahmen im Zusammenhang mit dem internationalen Bankenpaket Basel III. Geldinstitute sollen Kapitalpuffer und "hartes Eigenkapital" aufbauen, um krisenfester zu werden und Verluste besser tragen zu können. Zugleich wird die Aufsicht von Banken und Wertpapierfirmen sowie von Versicherungs- und Finanzkonglomeraten gestärkt und die institutsinterne Kontrolle darauf ausgerichtet, übermäßig riskantes Verhalten zu verhindern.

Misstrauensantrag gegen Fekter scheitert

Finanzministerin Maria Fekter musste sich in der Debatte von der Opposition teils harte Kritik anhören, vor allem was das Krisenmanagement bei der Kärntner Hypo angeht. Ein von BZÖ-Mandatar Stefan Petzner eingebrachter Misstrauensantrag fand jedoch nicht die notwenige Mehrheit, sondern erhielt nur die Stimmen von Orange, Blau und Grün.

Neben dem Bankeninsolvenzrecht beschloss das Parlament mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP, BZÖ und Team Stronach eine Attraktivierung der Zukunftsvorsorge. Künftig sind Versicherungen und betriebliche Vorsorgekassen verpflichtet, ihre Kunden beim Abschluss von Verträgen besser über Kosten, Veranlagungspolitik und maßgebliche Rechnungsgrundlagen zu informieren. Bei der Kapitalveranlagung soll eine Bandbreitenregelung anstelle der bisher vorgeschriebenen Mindestaktienquote das Risiko senken.

Bienen werden vor Gift geschützt

Durchatmen können unterdessen Österreichs Bienen. Das Verbot diverser Giftstoffe, die für das Insektensterben verantwortlich gemacht werden, wurde am Freitag beschlossen. Der Einsatz von Neonicotinoiden (Clothianidin, Thiamethoxam und Imidacloprid) sowie des in Herbiziden eingesetzten Wirkstoffes Glyphosat wird ab Oktober untersagt. Das Verbot gilt für drei Jahre.

5. Juli 2013, **Klubchef des Team Stronach Salzburg angezeigt**

Helmut Naderer soll Polizeiausweis nicht dienstlich benutzt haben

Salzburg - Der Klubchef des Team Stronach Salzburg, der Polizist und Postenkommandant Helmut Naderer, sieht sich derzeit mit einer unangenehmen anonymen Anzeige konfrontiert. Er soll eine Woche vor seiner Angelobung als Landtagsabgeordneter einen Polizeiausweis als Ersatz für ein Parkticket hinter die Scheibe seines Wagens gesteckt haben - ohne einer amtlichen Tätigkeit nachzugehen. Die Staatsanwaltschaft Salzburg prüft derzeit, ob tatsächlich ein Fehlverhalten vorliegt.

Ein anonymer Absender hat Mitte Juni eine schriftliche Anzeige an die Staatsanwaltschaft und das Bundesamt zur Korruptionsbekämpfung geschickt und diese heute auch einer Reihe Salzburger Medien zugespielt. Naderer soll demnach am 12. Juni - an diesem Tag präsentierten ÖVP, Grüne und das Team Stronach das Verhandlungsergebnis der Salzburger Koalitionsgespräche - mit seinem Privat-Pkw mehrere Stunden in einer gebührenpflichtigen Kurzparkzone gestanden sein.

"Möglicherweise keien offizielle Urkunde"

Ein Ticket hinter der Windschutzscheibe hatte er nicht - dafür aber eine Art Ausweisdokument, das den Wageninhaber als Postenkommandant der Polizei-inspektion Bergheim im Salzburger Flachgau auswies. Das Schreibe unterstellt, dass das Ausweisdokument möglicherweise keine offizielle behördliche Urkunde sei, sondern von Naderer selbst angefertigt wurde, "um im Privatleben unter Verweis auf seine Amtsstellung Vorteile erlangen zu können".

Die Anzeige schließt mit dem Ersuchen um Prüfung, ob nicht diverse Strafbestände vorliegen, darunter etwa Urkundenfälschung, Fälschung öffentlicher Beglaubigungszeichen, Missbrauch der Amtsgewalt oder Amtsanmaßung.

Naderer hat am Freitag auf Anfrage auf eine Stellungnahme zu einem späteren Zeitpunkt verwiesen. Er sei gerade beruflich in Deutschland unterwegs und wolle sich im Laufe des Abends noch zur Causa melden. Die Staatsanwaltschaft Salzburg bestätigte das Einlangen des Schreibens, verwies aber darauf, dass die behaupteten Vorwürfe erst einmal geprüft werden müssen.

5. Juli 2013

Monarchisten-Partei

Ein Kaiser für Österreich

Franz Joseph I. (1830-1916), Kaiser von Österreich und König von Ungarn, in seiner Uniform als Oberbefehlshaber der K- und-K.-Armee. Die Aufnahme entstand 1910.

Kuriosum vor der Wahl in Österreich: Die "Schwarz-Gelbe Allianz" sammelt Unterstützer-Unterschriften für die Wiedereinführung der Monarchie. Wer für die Krone in Frage käme, ist für die Kaiser-Fans klar.

Es ist der Backenbart, der zuerst auffällt an Alexander Simec. Nicht so buschig wie der von Franz Joseph I., aber es dauert ja noch, bis Österreich wieder ein Kaiserreich ist. Mindestens bis 29. September, bis zur Nationalratswahl. Wenn der Bartwuchs es zulässt, kann sich noch einiges tun bis dahin.

"Ich finde einfach, dass mir Koteletten gut stehen", sagt Simec zu Süddeutsche.de. Er mag den Franz-Joseph-Vergleich nicht, aber er passt halt so schön. Der 45-Jährige ist Wahlkampfkoordinator der Monarchisten-Partei "Schwarz-Gelbe Allianz" (SGA), die am Donnerstag auf einer Pressekonferenz in Wien ihr Wahlprogramm vorgestellt hat. Das Ziel der Partei: Österreich soll wieder einen Kaiser bekommen. Am liebsten sofort. Klingt gestrig, verstaubt, mittelalterlich? Mitnichten, findet Simec: "Die Menschen wollen keine Politiker mehr, die alle paar Jahre wechseln, sondern Kontinuität. Sie wollen jemanden, der dem Staat ein Gesicht gibt."

Märchen-Mythos als Wahlkampf-Thema

Ganz Unrecht hat Simec ja nicht. Nichts gegen Bundespräsident Heinz Fischer, aber die Strahlkraft einer Kaiserin Sisi oder des feschen Franz-Joseph fehlt dem 74-Jährigen natürlich. Alexander Simec weiß um den märchenhaften Mythos der

österreichischen Kaiserjahre. Im Wahlkampf will er damit punkten: "Die Monarchie hat natürlich eine emotionale Seite, die viele Menschen anspricht."

Bevor es in den Wahlkampf geht, muss die Monarchisten-Partei zugelassen werden für die Nationalratswahl im Herbst. Gut drei Wochen hat die SGA Zeit, um 2600 Unterstützer-Unterschriften zu sammeln. Nur wenn das gelingt, darf die Partei teilnehmen, so will es das österreichische Wahlgesetz. "Der Zuspruch ist phänomenal", sagt Alexander Simec, "trotzdem werden wir uns sehr anstrengen müssen. Wir haben ein recht geringes Wahlkampfbudget."

Gibt es denn keinen reichen Adelsmann, der die Monarchisten-Partei finanziell unterstützen will? Leider nein, sagt Simec: "Der reiche Adel ist ein Mythos. Ihm gehören zwar viele Flächen und Bauwerke, aber das ist totes Kapital. Die Kirche kann ja auch nicht den Kölner Dom verkaufen, um an Geld zu kommen." An Geld fehlt es der SGA, aber nicht an Phantasie: Die Partei träumt von einem Bündnis der Donaustaaten unter einer Krone. Wie zu Habsburger-Zeiten. Kein Absolutismus, sagt Simec, sondern eine konstitutionelle Monarchie. Also ein gewähltes Parlament, dem der Monarch als Korrektiv gegenüber steht - und ein Referendum anordnet, wenn die Volksvertreter nicht im Interesse des Volkes handeln.

"Er sitzt in einem Schloss und muss sich um nichts kümmern"
Wo das Personal für eine Monarchie zu finden ist, ist für die Kaiser-Fans klar. "Wir favorisieren das Haus Habsburg, ohne uns auf eine Person festlegen zu wollen", sagt Wahlkampfleiter Simec. Also just jene Dynastie, die über Jahrhunderte Österreich und andere europäische Staaten regierten und durch den Ersten Weltkrieg Reich, Titel und Krone verloren.

Die einstige europäische Großmacht Österreich-Ungarn schrumpfte nach 1918 auf ein kleines Land zwischen Neusiedler- und Bodensee zusammen. Die Habsburger mussten allesamt das Land verlassen, alle Adelstitel wurden abgeschafft, nicht einmal ein "von" war in dem sonst so titelverliebten Land zulässig. Einerseits präsentierte und kultivierte Österreich das Erbe aus der K.-und-K.-Zeit. auf der anderen Seite durften Angehörige des ehemaligen Herrscherhauses über Jahrzehnte nicht einreisen. Otto von Habsburg, Sohn des letzten Kaisers, sah seine Heimat jahrzehntelang nicht mehr. Doch in den vergangenen Jahren war ein Wandel spürbar.

Otto von Habsburg **Der unerwünschte Thronfolger**

So wurde Habsburg, der für die CSU lange Jahre im Europaparlament saß, von der konservativen ÖVP ins Parlament eingeladen. Als er hochbetagt 2011 starb, glich seine Beisetzung einem Staatsakt. Die Spitzen der Republik - angeführt von Präsident Fischer - nahmen im Wiener Stephansdom Abschied von dem Mann, der keine Krone bekam. Otto von Habsburgs Nachkommen sind zahlreich - und offenbar interessiert an der SGA.

05.07.2013 User kritisieren Schlendrian im Süden

„Deutschland zahlt weiter, bis es pleite ist“

Die europäischen Krisenländer kommen nicht zur Ruhe. Nach einer Phase des Durchschnaufens flammt die Krise in Portugal, Zypern und Griechenland erneut auf. Viele FOCUS-Online-User befürchten, dass es nach der Bundestagswahl teuer für sie wird.

Schuldenkrise reloaded: In Portugal zerbröselt die Regierung an den Sparmaßnahmen. Griechenland hofft auf einen zweiten Schuldenschnitt – der käme deutsche Steuerzahler teuer zu stehen. Und auf Zypern steht die Bankenkrise kurz vor einer Eskalation. Die Leser von FOCUS Online sind besorgt. Sie glauben nicht an eine schnelle Lösung. Wie soll es nun weitergehen? -

„Die EU sollte zusehen, dass sie Griechenland loswird“, sagt Robert Kohlretter. „Zu korrupt ist das Land – es kostet zu viel Geld.“ Die Griechen seien ohne die EU besser dran – wie vielleicht alle. Auch Leser Christian Hoffmann ist für den Austritt der Krisenländer aus Euro und EU. Die betroffenen Staaten wären dann völlig frei, ihre Notenpresse anzuwerfen und Schulden zu machen.

„Die Krisenstaaten schaffen es nicht alleine“

Darin, dass die Rettungspolitik der Troika gescheitert sei, sind sich die meisten User einig. Den südlichen Staaten sei seit Ausbruch der Krise die falsche Medizin verabreicht worden, schreibt Martin Mainka.

Also sparen, sparen, sparen, um in ferner Zukunft keine Schulden mehr aufnehmen zu müssen. Dass das nicht der richtige Weg sei, habe mittlerweile sogar der Internationale Währungsfonds eingesehen, kommentiert er. -

Ohne die Hilfe ihrer europäischen Partner ist die Aussicht für die am Abgrund taumelnden Staaten auf eine Rettung jedoch gering, glauben

die User. „Die Länder können nicht aus ihrer Situation raus – ob sie wollen oder nicht“, sagt Marius Bartelt. „Sie können Kosten reduzieren und Haushaltslöcher schließen, haben aber nicht die Wirtschaftskraft, um sich aus der Misere zu befreien.“ Vielleicht ein Grund für den mangelnden Erfolg Griechenlands beim Schuldenabbau und die Forderung nach einem zweiten Schuldenschnitt.

„Nach den Wahlen wird es teuer“

Thomas Schadt und Gerdi Franke sehen die Gefahr, dass andere Krisenstaaten die Griechen zum Vorbild nehmen könnten. „Wenn der eine Geld bekommt, will es der andere auch“, schreibt Franke. Schadt ergänzt: „Warum soll Portugal sparen, wenn sich die Griechen alles erlauben können, ohne dafür bestraft zu werden?“ Dass dies genauso einen Dominoeffekt nach sich zieht wie eine eventuelle Pleite Griechenlands, sei doch jedem klar gewesen. -

Stand heute dürften weitere Euro-Milliarden aus den nördlichen Ländern Europas gen Süden fließen. Noch beschwichtigen die Politiker – einen zweiten Schuldenschnitt sehe sie nicht, sagte Bundeskanzlerin Angela Merkel. Für viele Wirtschaftsexperten ist ein weiterer Haircut jedoch ausgemacht. Diese Meinung vertritt auch User Mirko Cramer. Bis zu den Bundestagswahlen müssten die sparunwilligen Länder noch ausharren. „Danach wird das Füllhorn mit deutschem Steuergeld wieder über die Südländer ausgeschüttet – und zwar egal, wer die Regierung stellt.“

Dieses Szenario jagt Leserin Inge Tönjes Angst ein. „Ich denke immer, irgendwann muss doch einmal Schluss sein.“ Dennoch gehe es immer weiter – schlimmstenfalls so lange, bis Deutschland pleite sei.

28.06.2013 um 14:49 Uhr

Die Vatikanbank

Das "Istituto per le Opere di Religione" (IOR) ist seit jeher geheimnisumwoben und umstritten. Die 1942 von Papst Pius XII. gegründete Bank im Besitz des Heiligen Stuhls verwaltete im vergangenen Jahr ein Vermögen mehr als sieben Milliarden Euro und veröffentlichte bisher keine Bilanzen. Mehr als einmal waren unsaubere Finanzgeschäfte der Vatikanbank in der Vergangenheit in die Schlagzeilen geraten. Zuletzt bemühte sich die skandalumwitterte Bank um mehr Transparenz.

Erst vor zwei Tagen setzte Papst Franziskus eine beratende Kommission zur Reform der Vatikanbank ein. Die fünfköpfige Kommission soll Informationen über die Arbeit der IOR sammeln und die Resultate ihrer Überprüfung dem Papst vorlegen.
Eigentümer des Geldhauses ist der Pontifex. Gewinne streift er aber nicht ein, die Person selbst ist mittellos. Die IOR verwaltete im vergangenen Jahr ein Vermögen von 7,1 Milliarden Euro. Der Nettogewinn betrug 86,6 Millionen Euro. 18.900 Kunden meldete die Bank. 77 Prozent der Vatikan-Kunden sind EU-Bürger, 7,3 Prozent vatikanische Bürger.

Image: Dubioses Finanzzentrum

Die Bank, die unter anderem Spenden an die katholische Kirche verwaltet, hat ihren Sitz im Vatikanstaat und eine ungewöhnliche Organisationsstruktur: Wichtigstes Organ ist eine Kommission aus fünf Kardinälen, die vom Papst bestimmt werden - die Commissione cardinalizia. Diese Kommission ernennt die Mitglieder des Consiglio di sovrintendenza, einer Art Verwaltungsrat. An dessen Spitze steht seit Februar der deutsche Finanzexperte Ernst von Freyberg, der das Institut auch nach außen vertritt.
Nach zahlreichen Skandalen bemüht sich die Vatikanbank nun darum, ihr Image als dubioses Finanzzentrum loszuwerden. Ab dem 1. Oktober werden zur Erhöhung der Transparenz daher die Bilanzen des Geldhauses auf der Webseite zugänglich sein. Außerdem sollen 19.000 IOR-Konten kontrolliert werden, wie Freyberg ankündigte.
Der Europarat hatte die Vatikanbank im vergangenen Juli zu mehr Einsatz im Kampf gegen Geldwäsche aufgefordert. In einem Bericht monierte der Europarat, dass vor allem die Kontrolle der Bank durch die vatikanische Finanzbehörde unzureichend sei. Der Vatikanbank wird vorgeworfen, in der Vergangenheit unter anderem Geld der italienischen Mafia gewaschen zu haben

06.07.2013

Dubiose Geldtransfers werden nun untersucht

In Italien sind neue Details zu den brisanten Geldwäschevorwürfen gegen die Vatikanbank ans Licht gekommen: Auch Privatiers zählten zu den Kunden der Bank, die Kunden wurden laut Ermittlern nicht ausreichend überprüft.

Zeitungsberichten zufolge haben Ermittler die Darstellung des offiziell als Istituto per le Opere di Religione (IOR) bezeichneten Geldhauses widerlegt, wonach alle Kontoinhaber Ordensgemeinschaften oder dem Klerus angehören. "Es gibt auch Privatpersonen, die wegen ihrer speziellen Beziehungen zum Heiligen Stuhl Geld anlegen und Konten eröffnen können", zitierte die Samstagsausgabe des "Corriere della Sera" aus einem Ermittlungsdokument.

Außerdem habe die Vatikanbank ihre Kunden den Erkenntnissen zufolge nicht ausreichend überprüft und Überweisungen großer Summen in fremdem Namen genehmigt, wodurch illegale Geschäfte erleichtert worden seien. Andere italienische Kreditinstitute wiederum müssten sich vorwerfen lassen, IOR-Überweisungen akzeptiert und an dritte Banken weitergeleitet zu haben, ohne die Herkunft des Geldes zu kontrollieren. "Die IOR kann ohne Weiteres zur Wäsche kriminell erworbenen Geldes dienen", resümiert der zitierte Ermittlungsbericht.
Die Untersuchung drehte sich insbesondere um eine 23-Millionen-Euro-Überweisung der Vatikanbank vom September 2010 an das Kreditinstitut Credito Artigiano: Davon wurden 20 Millionen an das Geldhaus JP Morgan in Frankfurt und drei Millionen an die Banca del Fucino transferiert. Weil die Überweisung vom damaligen IOR-Direktor Paolo Cipriani und seinem Stellvertreter Massimo Tulli abgezeichnet wurden, bereitet die Staatsanwaltschaft nun eine Anklage vor. Laut der Zeitung "La Repubblica" wird beiden zudem ein Dutzend dubioser Geldtransfers in kleinerem Maßstab an JP Morgan zur Last gelegt.
Cipriani und Tulli waren am Montag zurückgetreten. Medienberichten zufolge schieden sie jedoch nicht freiwillig aus ihren Ämtern. Ihre Amtsgeschäfte führt vorerst der Präsident der Vatikanbank, der Deutsche Ernst von Freyberg, der im Februar in den Vatikan berufen worden war, um die Bank in seriösere Bahnen zu lenken. Das Kreditinstitut verwaltet mit mehr als 110 Mitarbeitern etwa 19.000 Konten und hat eine Bilanzsumme von fünf Milliarden Euro. Zuletzt wies es einen Nettogewinn von 86,6 Millionen Euro aus

Inhaftierter Vatikan-Prälat weist Vorwürfe zurück

Bei der dreistündigen Vernehmung durch den Haftprüfungsrichter beteuerte der festgenommene Prälat Nunzio Scarana seine Unschuld. Dem Prä-

lat wird vorgeworfen, an einer letztlich gescheiterten Überführung von 20 Millionen Euro Bargeld beteiligt gewesen zu sein.

Prälat Nunzio Scarano wurde festgenommen

Der im Zuge von Ermittlungen zur Vatikanbank IOR am Freitag festgenommene Prälat Nunzio Scarano ist am Montag in der römischen Strafanstalt Regina Coeli drei Stunden lang von einem Haftprüfungsrichter vernommen worden. Bei dem dreistündigen Verhör beteuerte der Geistliche seine Unschuld. Scarano forderte, unter Hausarrest in seiner Pfarrei gestellt zu werden.

Scaranos Rechtsanwalt betonte, er habe mit Klarheit auf die Fragen des Richters geantwortet. "Er will mit den Justizbehörden zusammenarbeiten", sagte der Rechtsanwalt des Prälats.

Scarano muss sich gegen den Vorwurf verteidigen, an einer letztlich gescheiterten Überführung von 20 Millionen Euro Bargeld in einem Privatjet aus der Schweiz nach Italien am Fiskus vorbei beteiligt gewesen zu sein.

Scarano, Rechnungsprüfer bei der vatikanischen Güterverwaltung APSA, soll einem ebenfalls verhafteten ehemaligen Geheimdienstmitarbeiter in diesem Zusammenhang 400.000 Euro gezahlt haben. Es soll sich um Geld der mit Scarano befreundeten Reederfamilie D'Amico aus der gemeinsamen süditalienischen Heimat Salerno handeln. Diese wollten das Geld angeblich auf ein Bankkonto der Vatikanbank IOR deponieren.

Nach Angaben der römischen Tageszeitung "Il Messaggero" ermitteln die Staatsanwälte zu zwei IOR-Konten. Ein Konto ist auf die vatikanischen Güterverwaltung APSA zurückzuführen, das zweite lautet auf Scaranos Name. Ins Visier der Ermittler ist auch ein Bankkonto bei der UBS in Lugano geraten, aus dem angeblich die 20 Millionen Euro stammen. Die Schweizer Justizbehörden wurden bereits eingeschaltet. Der Verdacht lautet, dass auf APSA-Konten Geld unklarer Herkunft gelandet sein könnten, vor allem in Form von Spenden für den Vatikan. APSA meldet 13 Mitarbeiter und Gelder auf seinen Bankkonten im Wert von insgesamt 680 Millionen Euro, berichteten italienische Medien.
Scaranos Anwalt Silverio Sica betonte laut italienischen Medien, sein Mandant habe aus der Angelegenheit keinerlei Profit gezogen. Er habe "allein aus einem Geist der Freundschaft" gehandelt. Er werde bei der Anhörung auf die Fragen antworten und seine Rolle erklären.

Seit zwei Wochen im Visier

In der süditalienischen Stadt Salerno wird gegen Scarano bereits seit zwei Wochen wegen des Verdachts auf Geldwäsche ermittelt. Im Zuge dessen wurde er auch von seinem Posten in der Vermögensverwaltung des Heiligen Stuhls suspendiert. "Sie nennen ihn Monsignore 500, wegen der großen Zahl von 500-Euro-Scheinen, über die er verfügte", schrieb der "Corriere della Sera". Die Banknoten nutzte Scarano demnach, um Geld von Freunden aus dem Süden Italiens zu waschen.
Der vatikanische Medienberater Greg Burke bestätigte Scaranos Festnahme indirekt, indem er richtigstellte, dass es sich bei dem Geistlichen nicht um den Bischof von Salerno handle, wie zunächst berichtet worden war. Laut Vatikansprecher Federico Lombardi wurde Scarano im Mai mit Bekanntwerden von Ermittlungen gegen ihn von seiner Arbeit bei der Vermögens-verwaltung des Vatikans entbunden.
Die Vatikanbank steht wegen des Verdachts der Geldwäsche bereits seit Jahren im Fokus der italienischen Justiz. Im September 2010 wurden Ermittlungen gegen den damaligen Präsi-denten Ettore Gotti Tedeschi und den damaligen Generaldirektor Paolo Cipriani wegen Verstoßes gegen das Geldwäschegesetz eingeleitet.

Zahlreiche Skandale

Die Ermittlungen führten zur Entlassung der Führung des Geldinstituts und zur Sperre von Millionen von Euro. Doch schon zuvor hatten zahlreiche Skandale das Ansehen der Bank beschädigt, die Ermittlungen zufolge wiederholt der italienischen Mafia bei der Geldwäsche half.

Im Juli 2012 forderte der Europarat das Geldhaus, das unter anderem die Spenden der katholischen Kirche verwaltet, zu mehr Einsatz im Kampf gegen Geldwäsche auf. In einem Bericht hieß es, vor allem die Kontrolle durch die vatikanische Finanzaufsicht sei unzureichend. Diese versprach im Mai mehr Einsatz gegen Geldwäsche.

Auch der neue Chef der Vatikanbank, der deutsche Finanzexperte Ernst von Freyberg, versprach, das Geldinstitut endlich aus den Negativschlagzeilen zu bringen. Erst am Mittwoch setzte Papst Franziskus eine fünfköpfige Kommission ein, die sich mit der weiteren Reform der Bank befassen soll.

Papst kürzt Gehälter an der Spitze der Vatikanbank

Papst Franziskus setzt bei der Vatikanbank den Sparstift an. Die fünf Kardinäle, die als Mitglieder der Aufsichtskommission der Vatikanbank IOR das Geldhaus leiten, werden nicht mehr den jährlichen Zuschuss von 25.000 Euro erhalten, den sie zusätzlich zu ihrem Gehalt für ihr Amt kassieren. Damit erspare sich der Vatikan 125.000 Euro pro Jahr, berichtete die römische Tageszeitung "Il Messaggero".

Der Beschluss wurde anlässlich der Sitzung der Kommission zur Vorstellung der Bilanz 2012 gefasst. Das Monatsgehalt der Kardinäle, das rund 5.000 Euro pro Monat beträgt, wird nicht belastet, hieß es.

Von den Einsparungen betroffen sind Kardinalstaatssekretär Tarcisio Bertone, Leiter der IOR-Aufsichtskommission, sowie der Franzose Jean-Louis Tauran, Präsident des Rats für interreligiösen Dialog, der Erzbischof des brasilianischen Sao Paulo, Odilo Scherer, der Italiener Domenico Calcagno und der Erzbischof von Ranchi in Indien, Telesphore Toppo.

Die Einsparungen betreffen auch die Vatikan-Angestellten, die zum jüngsten Pontifikatswechsel auf die erhoffte Sondergratifikation verzichten müssen. Nach dem Tod von Johannes Paul II. im April 2005 hatten die Mitarbeiter der Kurie und des Vatikanstaats eine Sonderzuwendung von rund 1.000 Euro erhalten; eine weitere, kleinere Vergütung gab es zum Amtsantritt des neuen Papstes Benedikt XVI. Statt Sonderzahlungen solle der Betrag diesmal für besondere Projekte gespendet werden, wurde im Vatikan bekannt. In der Vergangenheit hatten die Vatikan-Mitarbeiter zur Sedisvakanz insgesamt ein zusätzliches Monatsgehalt bekommen.

Auf Sand gebaut

06.07.2013, 08:45

Trotz des milliardenschweren Konjunkturpakets hat Finanzministerin Maria Fekter am Freitag im Nationalrat versichert, dass der Budgetpfad nicht verlassen wird. Doch einige der fix geplanten Einnahmen sind in Wahrheit fraglich, dazu kommen noch die Banken als potenzielle "Kostenbomben". So ist etwa die verstaatlichte Hypo Alpe Adria nur eines von vielen Beispielen dafür, dass die für die kommenden Jahre geplante Budgetsanierung teilweise auf Sand gebaut ist.

An sich soll sich das Defizit von heuer 6,3 Milliarden Euro bis 2017 in einen Miniüberschuss von 200 Millionen Euro verwandeln. Möglich sei das dank kräftig steigender Einnahmen und nicht allzu stark steigender Ausgaben. Beides ist allerdings nach dem "Prinzip Hoffnung" kalkuliert. "Das Defizitziel heuer von 2,3 Prozent wird gut erreichbar sein - wenn mit den Banken nichts passiert. Sonst könnten wir drüberkommen", rechnet Bernhard Felderer, Chef des Staatsschuldenausschusses, vor.

Hypo- Auswirkungen auf Budget noch nicht absehbar

Doch die Staatskosten für die Banken bleiben ein großes Fragzeichen. So muss Fekter die im heurigen Budget eingeplante neuerliche Finanzspritze von 700 Millionen Euro für die Hypo Alpe Adria bereits für ihre Halbjahresbilanz verbraten. Fürs Gesamtjahr könnten rund zwei Milliarden Euro Steuergeld nach Kärnten wandern (plus weitere Mittel für die andere Staatsbank KA Finanz). Fekter spricht hier von "hypothetischen Vermutungen", sie wolle aber nicht mit "sehr hohen negativen Zahlen jonglieren".

"Auch das Konjunkturpaket dürfte ein bis zwei Zehntel mehr Defizit bewirken", rechnet Felderer weiter. "Es gibt Reserven in den Ressorts, es gibt Rücklagen,

wir nehmen auch Privatisierungserlöse für den Budgetpfad. Wir werden keine neuen Schulden aufnehmen", betonte die Finanzministerin dazu am Freitag im Nationalrat. Es werde demnach "keine zusätzlichen Belastungen" geben.

Einnahmenposten aus dem Traumbuch

Noch viel mehr aus dem Traumbuch sind allerdings diverse Einnahmenposten: Die Versteigerung von Mobilfunkfrequenzen im Herbst soll mindestens 526,5 Millionen Euro bringen, davon die Hälfte fürs Budget. Doch dieses Geld wird nun sofort fürs Konjunkturpaket abgeleitet.
Aus den heuer ausgehandelten Steuerabkommen mit der Schweiz sowie Liechtenstein hat Fekter zudem eine bzw. eine halbe Milliarde Euro bereits fix eingeplant. Das sei "unwahrscheinlich hoch", so Felderer. Steuerflüchtlinge hätten genug Zeit gehabt, Vermögen abzuziehen. Fraglich ist außerdem, ob die Abkommen wegen des kommenden EU- weiten Kontoinformationsaustausches lange Bestand haben werden.

Finanztransaktionssteuer: Eingeplant, aber fraglich

Aus der Finanztransaktionssteuer hat Fekters Ressort weitere 500 Millionen Euro Einnahmen für 2014 bereits fix angesetzt, erwartet allerdings sogar bis zu 1,5 Milliarden und ebenso viel in den Folgejahren. Doch selbst Unterstützer wie Deutschland und Holland sind zuletzt von der Finanzsteuer weit abgerückt. Offen ist daher, wann bzw. ob sie kommt.

Schon im Vorjahr gab es übrigens ein Beispiel, wie forsches Budgetieren danebengehen kann: Aus einer freiwilligen "Vorabsteuer" für Rentner in Firmenpensionskassen erträumte man sich 900 Millionen und setzte 400 Millionen Euro davon im Haushalt an. Tatsächlich kamen 250 Millionen Euro herein.

Versteckter Milliarden- Schatz in den Ministerien

Doch es gibt es auch unverhoffte Geldquellen. So wird die Erste Group 1,2 Milliarden Euro Staatshilfe schon heuer zurückzahlen. Und es gibt einen versteckten Schatz in den Ministerien. Sie dürfen seit 2010 zugewiesene, aber nicht verbrauchte Gelder ansparen. Bis jetzt sind 15 Milliarden Euro solcher Reserven zusammengekommen, die man ausgeben könnte. Allerdings erhöht das die Staatsschulden

Aufregung um Grundstücksverkauf

Der Stadterweiterungsfonds 2008 hat zwei Grundstücke in der Wiener Innenstadt weit unter Wert an den Sohn der damaligen burgenländischen ÖVP-Nationalratsabgeordneten Edeltraud Lentsch verkauft.

Der Stadterweiterungsfonds 2008 untersteht dem Innenministerium. „Die damalige **Innenministerin Maria Fekter** hat die Grundstücke quasi verschenkt. Das ist Verrat am Steuerzahler“, sagt der Grüne Werner Kogler.

Die damalige **Innenministerin Maria Fekter** hat die zwei Grundstücke in der Wiener Innenstadt **weit unter Wert an den Sohn der damaligen burgenländischen ÖVP-Nationalratsabgeordneten verkauftt.**

Der Anwalt Michael Lentsch, dessen Liegenschaftsverwaltung die Grundstücke an der Mölkerbastei erworben hat, wollte gegenüber „profil“ nicht Stellung nehmen. Die Grünen wollen nun mit einer parlamentarischen Anfrage die Hintergründe des Verkaufs klären.

Rechnungshof kritisierte Verkauf im Mai

Der Rechnungshof kritisierte den Verkauf im Mai scharf: Einem Gutachten zufolge **wären die Grundstücke 680.000 Euro wert gewesen, der Stadterweiterungsfonds hat sie 2008 zum Spottpreis von 15.000 Euro an die Liegenschaftsverwaltung** verkauft. Ebenfalls Teil des Gutachtens: **Die Grundstücke in bester Lage könnten theoretisch unterirdisch bebaut werden.**

06. 07. 2013

Petzner, Bucher, Rädler

Diesen 3 nahm der Nationalrat Immunität weg

Immunität aufgehoben:
v.l.n.r. ÖVP-Mandatar Johann Rädler, Stefan Petzner und Josef Bucher (beide BZÖ)

Der Nationalrat schloss sein reguläres Programm vor der Wahl mit einem Tusch ab. Die Staatsanwaltschaft freut sich, denn drei Abgeordnete wurden ausgeliefert. Die BZÖ-Abgeordneten Josef Bucher und Stefan Petzner sowie der ÖVP-Mandatar Johann Rädler können sich nicht mehr hinter ihrer Immu-nität verstecken. Abgeleht wurde allerdings der Antrag, auch die Immunität der Grün-Abgeordneten Gabriela Moser aufzuheben. -

Petzner und Bucher vergleichen Kärntner Top-Politiker mit Diktatoren

Bei den BZÖ-Mandataren ging es um ein Werbe-Video des orangen Bündnisses bei der Kärntner Landtagswahl. Sie verglichen Kärntner Spitzenpolitiker mit Diktatoren. Bucher und Petzner werden der "üblen Nachrede" verdächtigt. Das BZÖ und das Team Stronach sowie die Freiheitlichen waren gegen die Aufhebung, wurden aber überstimmt.

Werbung auf Amts-Briefpapier: Amtsmissbrauch -
Ebenfalls im Visier der Staatsanwaltschaft ist VP-Mandatar Johann Rädler. Bei ihm geht es um die Volksbefragung zur Wehrpflicht. Der Bürgermeister von Bad Erlach warb auf amtlichem Papier für eine Beibehaltung des Pflichtdienstes. Das bestritt er allerdings in einer Rede am Freitag. Trotzdem stimmten außer der FPÖ alle Klubs für die Aufhebung der Immunität. Der Vorwurf lautet hier auf Amtsmissbrauch.

Moser bleibt immun -
Nicht ausgeliefert wurde Moser, gegen die im Zusammenhang mit Vorwürfen gegen den Chef des Patentamts, Friedrich Rödler, die sich letztlich als haltlos herausstellten, ermittelt werden sollte. Hier waren es einzig die Freiheitlichen, die für eine Aufhebung der Immunität waren. -

100 Anträge auf einmal abgelehnt -
Ganz zum Abschluss wurden noch 100 Anträge des BZÖ im Paket abgeschmettert. Das Bündnis hatte die in den Ausschüssen liegen gebliebenen Anliegen mit einer Fristsetzung zur Behandlung versehen wollen, was von der Koalitionsmehrheit abgelehnt wurde. Ebenfalls keine Zustimmung bekam ein oranger Antrag zu einem Hypo-U-Ausschuss. Auch ein BZÖ-Antrag, dass die parlamentarischen Ausschüsse über den Sommer tagen mögen, blieb in der Minderheit.

5. Juli 2013 **Eine Kriegserklärung an den sozialen Frieden**

Die angeblich christlich-soziale ÖVP skandalisiert vermeintlichen Missbrauch bei der Mindestsicherung, um ein politisches Klima der Angst zu erzeugen

- Sozialleistung dürfe "keine soziale Hängematte" werden, kritisierte ÖVP-Generalsekretär Johannes Rauch den angeblichen Sozialmissbrauch bei der Mindestsicherung im rot-grünen Wien ("ÖVP ruft Wien als Paradies sozialer Hängematten aus", Auch Parteichef Michael Spindelegger will nicht glauben, dass die BezieherInnen der Mindestsicherung "alle die Ärmsten der Armen sind".

Der neue Sündenbock der ÖVP sind die MindestsicherungsbezieherInnen. Weil nationale Ökonomie, Staat, ArbeitgeberInnen und ArbeitnehmerInnen in einem gemeinsamen Boot sitzen, sollen von Arbeitslosigkeit geprägten Gruppen die Hilfen radikal verweigert und die finanziellen Mittel dann zugunsten der Wirtschaft umverteilt werden. Egal sind der ÖVP die 48.000 Kinder, die in armutsbetroffenen Haushalten in Wien leben und die Kindermindestsicherung erhalten. Egal. Diese wurde von der ÖVP abgelehnt.

Die MindestsicherungsbezieherInnen seien zur Selbsthilfe zu zwingen. Ihre materiellen Verluste sollen wie im 19. Jahrhundert Familie und Nachbarschaft kompensieren. Ihre Identität sollen sie gleichfalls kostenneutral an Familie, Gemeinschaft und Nachbarschaft binden.

Menschen rutschen schnell in Geldsorgen. Schulden, Jobverlust, gesundheitliche Probleme oder eine Trennung führen rasch dazu, dass man staatliche Hilfe braucht. Es ist schwer genug, diese Scham zu überwinden und Behörden aufzusuchen. Wer über kein oder ein zu geringes Einkommen verfügt, kann in Wien unter bestimmten Voraussetzungen die Mindestsicherung beantragen.

BezieherInnen der Mindestsicherung müssen jede zumutbare Beschäftigung annehmen, ihr Auto veräußern, außer es wird beruflich gebraucht. Sie dürfen nicht mehr als 4.000 Euro am Konto haben. In Wien beziehen neun Prozent eine Dauerleistung, die meisten erhalten eine Aufzahlung, weil sie nicht von ihrer Arbeit beziehungsweise ihrem Arbeitslosengeld leben können. Denn es gibt auch Working Poor, Menschen, die Hungerlöhne haben: FriseurInnen verdienen nur 7,11 Euro pro Stunde, im Gastgewerbe verdienen viele nur 7,08 Euro pro Stunde. Daher erhält eine Person zurzeit 795 Euro im Monat zum Leben. Eine notwendige Hilfe, solange es keine Mindestlöhne gibt.

Es wird künstlich Angst erzeugt, immer mit dem Blick aufs Wahlergebnis. Es werden Stimmungen geschürt, um UnternehmerInnen und Millionen abhängig Beschäftigte zu einer Interessengemeinschaft zu verschmelzen, welche an die dunkle Vergangenheit erinnert. Eine nationale Identität, eine österreichische Wertegemeinschaft soll installiert werden. Früher im Namen der "Nation", heute im Namen des "Standortes" sollen die Menschen dazu gebracht werden, Opfer zu bringen.

Im Wechselspiel zwischen der medialen Stimmungsmache gegen Ärmere und ordnungspolitischer Intervention erklärt man bestimmte Submilieus zum Feind der Gesellschaft. Aus der Sicht der Behörden, der Ordnungskräfte und derjenigen, die von der Spaltung der Gesellschaft profitieren, formieren sich Obdachlose,

Drogenkranke und junge MigrantInnen zu einer unerwünschten oder gar gefährlichen Gruppe. Gegen diese wird eine repressive Kontroll- und Verdrängungspolitik als notwendig und legitim erachtet.

Durch die Skandalisierung eines angeblichen Leistungsmissbrauchs - ExpertInnen sprechen von maximal drei Prozent - und durch die Dramatisierung eines herbeigeredeten Kollapses der Pensionen und der Krankenversicherung wird ein politisches Klima erzeugt. Ein unsolidarisches Klima, in dem die Kürzung existenznotwendiger Sozialleistungen für zehntausende Menschen durchsetzbar wird.

Die Missbrauchskampagne der ÖVP gegen die MindestsicherungsbezieherInnen ist nichts anderes als eine Kriegserklärung an den sozialen Frieden. Die angeblich christlich-soziale Partei skandalisiert, um ein politisches Klima der Angst zu erzeugen, notwendige Hilfen radikal zu verweigern und die finanziellen Mittel dann zugunsten der Wirtschaft umzuverteilen.

ÖVP ruft Wien als Paradies sozialer Hängematten aus

-

Befürchtet Sozialmissbrauch: ÖVP-General Rauch.

ÖVP-Klubchef Generalsekretär stößt sich an Mindestsicherungsbeziehern - doch trägt daran nicht auch Niederösterreich Schuld?

Wien - "Von den österreichweit 193.000 Mindestsicherungsbeziehern nehmen 111.700 Personen aus Wien diese Sozialhilfe in Anspruch", schießt sich ÖVP-Generalsekretär Hannes Rauch auf die rot-grüne Bundeshauptstadt ein - und deutet an, dass es sich hier besonders viele in der "sozialen Hängematte" gemütlich machen. Im Sinne des Faktenchecks gleich vorweg: Rauchs Zahlen stammen aus dem Jahr 2011 - die neueste Statistik aus Wien weist für das Jahr 2012 sogar 144.000 Mindestsicherungsbezieher aus.

Allerdings betont man im Büro von Sozialstadträtin Sonja Wehsely (SPÖ), dass nur neun Prozent die volle Mindestsicherung, also knapp 800 Euro im Monat, bekommen. Für die meisten stellt die seit September 2010 bestehende Hilfe eine Ergänzungsleistung dar, weil ihr Arbeitslosengeld oder die Notstandshilfe darunter liegen. Erst mit zusätzlichem Geld kommen diese Menschen also auf das vorgesehene Mindestniveau von knapp 800 Euro. Bleibt aber die Frage offen: Leben in Wien tatsächlich mehr "Obezahrer" als in Restösterreich?

7. Juli 2013, **Bucher: BZÖ will Alternative zu "altbackener ÖVP" sein**

BZÖ-Chef gab in der Pressestunde vor allem der Bayerischen Landesbank die Schuld daran, dass die Hypo Alpe Adria in finanziellen Schwierigkeiten ist

Wien - BZÖ-Chef Josef Bucher will seine Partei bei der kommenden Nationalratswahl als "moderne Alternative zur altbackenen ÖVP" positionieren, und setzt dabei stark auf das Thema Steuerentlastung. So nannte er in der ORF-Pressestunde am Sonntag als Voraussetzung für die Zustimmung des BZÖ zu einem neuen Lehrerdienstrecht die Einführung einer Steuerbremse. In der Causa Hypo Alpe Adria verteidigte Bucher den verstorbenen Kärntner Landeshauptmann Jörg Haider und sah die Schuld für die Probleme der Bank alleine bei der Bayerischen Landesbank, die die Hypo gekauft hatte.

Notverstaatlichung der Hypo "Schwachsinn"

Dass die Bank wegen der drohenden Pleite 2009 den Bayern wieder abgenommen und notverstaatlicht wurde, sei ausgemachter Schwachsinn gewesen, so Bucher. Die Hypo sei nämlich von den Bayern "gepusht" und zu Grabe getragen worden. Schuld am derzeitigen Desaster hätten daher die Bayern und nicht das Land Kärnten. Als weiteren Schuldigen machte Bucher den früheren Finanzminister Josef Pröll (ÖVP), unter dem die Bank notverstaatlicht wurde, aus. Ziel von Pröll sei es gewesen, dem Land Kärnten und Jörg Haider zu schaden.

"ÖVP gehört auf Oppositionsbank"

In der aktuellen Debatte um ein neues Lehrerdienstrecht, relativierte Bucher das vermeintliche Angebot, mit der SPÖ gegen den Willen der ÖVP das neue Dienstrecht in Nationalrat zu beschließen. Er sei zwar bereit, in diversen Bereichen wie Lehrerdienstrecht und ÖBB-Dienstrecht mit SPÖ oder ÖVP gemeinsame Sache zu machen, allerdings nur unter der Voraussetzung, dass keine neuen Steuern mehr eingeführt werden. Anders würde es mit dem BZÖ nicht gehen. Gleichzeitig warf Bucher der "Betoniererfraktion" ÖVP Blockadepolitik vor. Die Volkspartei sei schon viel zu lange in der Regierung und gehöre endlich auf die Oppositionsbank, so Bucher.

Bucher will radikale Reform "der Systeme"

Die Volkspartei greife schließlich die Ideen des BZÖ auf, verwies Bucher auf die jüngste Forderung der Schwarzen nach einer Steuerbremse. Diese Forderung habe das BZÖ schon vor lange Zeit aufgestellt. Darüber hinaus verlangte Bucher eine Verschlankung "der Systeme". Mit einer radikalen Reform wären sieben Milliarden zu heben.

In der Telekom-Affäre um verdeckte Parteienfinanzierung, von denen auch das BZÖ betroffen ist, zeigte sich Bucher einmal mehr unwissend. Er habe von Malversationen nichts mitbekommen und sei in keinerlei Weise in dieser Sache eingebunden gewesen.

08.07.2013 -

Fekter und Schmied: Giftpfeile aus eigenen Reihen

Lange waren es nur Gerüchte, aber die Vorgänge hinter den Kulissen bei den Verhandlungen um die Schulreformen zeigten deutlich, dass Finanzministerin Maria Fekter und Bildungsministerin Claudia Schmied von ihren Parteien entmachtet worden sind. Schon seit Monaten werden aus den eigenen Reihen Giftpfeile gegen die eigenwilligen Politikerinnen abgefeuert. Sie gelten als Ablösekandidatinnen nach der Nationalratswahl.

Fekter steht seit Monaten unter der verschärften Beobachtung ihrer ÖVP-Parteifreunde. Nach den Turbulenzen um Bankenabgabe und Datenaustausch in Brüssel, dem Chaos um die Kärntner Hypo und zuletzt den zähen Verhandlungen um das Lehrerdienstrecht war das Maß voll. Die Ministerin wurde zuletzt immer öfter von Jochen Danninger, dem Kabinettschef von Vizekanzler Michael Spindelegger, an der politisch immer kürzeren Leine geführt. Auch Fekters Rückhalt in ihrem Heimatland Oberösterreich ist zunehmend schwächer geworden.

Ostermayer führte zuletzt statt Schmied Regie

Ähnlich verhält es sich bei Bildungsministerin Schmied. Nachdem sich diese in zahllose Konflikte mit den Lehrergewerkschaftern verzettelt hatte, ist auch SPÖ- intern die Kritik an ihrer Verhandlungsführung lauter geworden. Bei den am vergangenen Freitag deutlich erfolgreicheren Gesprächen mit den Gewerkschaftern führte bereits der Kanzlervertraute Josef Ostermayer die Regie.

Damit gibt es nach den Ministern Nikolaus Berlakovich von der ÖVP und Alois Stöger von der SPÖ bereits vier Regierungsmitglieder, deren Ämter bei einer Fortführung der großen Koalition nach den Wahlen vor einer personellen Erneuerung stehen könnten.

08. 07. 2013 **Teil 1 der Parteichef-Serie "Heute"-**

Spritztour mit Frank Stronach

Mit einem "Heute"-City-Flitzer, einem Fiat 500, besuchen wir Stronach in Oberwaltersdorf (NÖ). Los geht‘s mit Kritik: "Fiat haben wir nie beliefert. Ein Smart wäre mir lieber." Der Magna-Gründer setzt sich ins Auto, weit fahren will er nicht: "Ich fahre seit 60 Jahren Automatik."

"Heute": Fahren Sie gern Auto?
Stronach: Ich bin kein begeisterter Fahrer. Das ist nur ein Mittel zum Zweck.

Wann haben Sie zuletzt einen Strafzettel kassiert?
FS: Ui. Das ist schon lang‘ her. Ich habe ja oft einen Chauffeur. Kann mich nicht erinnern.

Ist die Politik oder die Wirtschaft schmutziger?
FS: Es wird immer Geschäftsleute geben, die Gesetze brechen. Die Politik muss die Freunderlwirtschaft beenden.

Haben Sie je bereut, in die Politik gegangen zu sein?
FS: Nein, ich war mir bewusst, was ich da mache. Mein Gewissen hat mir gesagt: "Frank, Du hast die Möglichkeit, irgendetwas zu tun." Wir haben ein System, das Österreich in den Abgrund führt. Allein in diesem Quartal haben wir schon neun Milliarden Euro zusätzliche Schulden gemacht.

314.407 Österreicher sind arbeitslos - 11 % mehr als 2012. Wie nehmen Sie das wahr?
FS: Das ist ja vorauszusehen. Schauen Sie ins Kaufhaus. Es gibt kaum Produkte, die hier gemacht werden.

Was würden Sie den 314.407 Arbeitslosen in Österreich raten?
FS: Wählt‘s jemand‘, der die Wirtschaft versteht. Wählt‘s den Frank Stronach.

Was halten Sie von Kanzler und Vizekanzler?
FS: Im Großen und Ganzen nette Leute, haben aber von Wirtschaft keine Ahnung. Ich habe sie nie angegriffen. Nur den Erwin Pröll habe ich Schmähtandler genannt - und es wird sich bewahrheiten, dass er das ist

Wollen Sie in die Regierung?
FS: Ich muss nicht. Und egal wer sich engagieren will, nach zwei Perioden im Parlament ist Schluss.

Richter-Präsidentin Christa Hanschitz: „Richter müssen unabhängig sein“.

Postenschacher

Richterbesetzung: "Anschein der Befangenheit" Aufstand der Richter gegen ungenierten Polit-Schacher in Landes-Gerichtshöfen.

Es kam, wie es kommen musste: Die von der Regierung als „Jahrhundert-Reform“ gepriesenen Landesgerichtshöfe werden in manchen Bundesländern ungeniert für die Versorgung von Polit-Günstlingen missbraucht. Ab Jänner 2014 sollen die Landesgerichtshöfe ihre Arbeit aufnehmen. Sie ersetzen im Instanzenzug bei Behördenverfahren die Landesregierungen und die Unabhängigen Verwaltungssenate UVS, was zur Auflösung von 140 Behörden führt. So weit, so gut.

Aber: Der Bund brachte bei den Ländern weder einen einheitlichen Bestellmodus für die neuen Landesverwaltungs-Richter durch noch ein einheitliches Gehaltsschema. Jedes Bundesland macht, was es will.

Das führte in manchen Bundesländern prompt zum Postenschacher. In der Steiermark haben SPÖ, ÖVP und FPÖ zugegriffen. Zu Richtern wurden die Tochter des AK-Präsidenten, der FPÖ-Klubdirektor und eine Referentin aus dem ÖVP-Klub ernannt. In Tirol wurden zwei ÖVPler, ein Ex-Bürgermeister und ein Mitarbeiter aus dem Landeshauptmann-Büro, befördert. In Niederösterreich wurde – wie in anderen Bundesländern auch – der bisherige UVS-Präsident zum Präsidenten des Landesverwaltungsgerichts ernannt, mit dem Schönheitsfehler, dass auch er ein Ex-Polit-Sekretär ist. ÖVP-Chef Michael Spindelegger verteidigt dies: Mitarbeiter von politischen Büros hätten Erfahrung, sie könnten nicht von Vornherein ausgeschlossen werden.

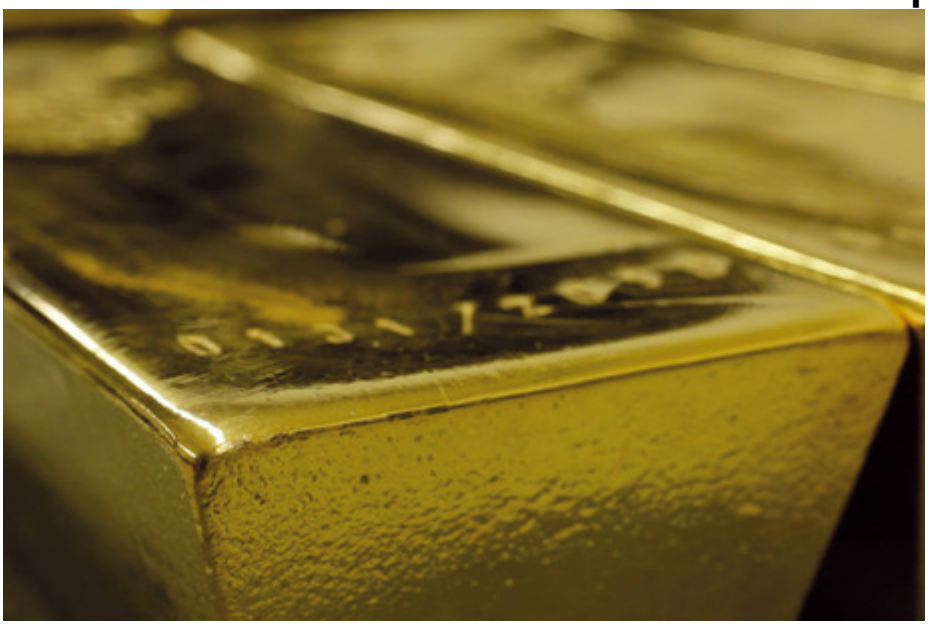
Die Präsidentin der UVS-Richter, Christa Hanschitz, widerspricht via KURIER: „Solche Besetzungen erwecken den Anschein der Befangenheit. Rechtsanwälte könnten das im Verfahren relevieren.“ **Das Bild in der Öffentlichkeit sei „verheerend“.**

Hanschitz nennt als Vorzeigeland Oberösterreich. Dort würden die Richterposten öffentlich ausgeschrieben, dann folge ein Objektivierungsverfahren, und der Verwaltungsgerichtshof des Bundes sei als nachträgliche Kontrollinstanz eingeschaltet. Hanschitz: „So müssten es alle Länder machen. Das ist transparent.“

Generell ist Hanschitz dafür, die zusätzlich benötigten Richter nicht nur aus den Landesregierungen zu holen, sondern aus der allgemeinen Richterschaft: „Das würde zu mehr Unabhängigkeit führen.“

heute 11:30 • Finanzen100

08. 07. 2013 ***Edelmetall* : Darum stürzt der Goldpreis weiter ab**



Der Preis für Gold sinkt auch wegen der Verkäufe von Gold-ETCs.

Der Goldpreis setzt seinen Sinkflug fort, zuletzt sanken die Bestände der weltweiten Gold-ETCs zum ersten Mal seit Mai 2000 unter das Niveau von 2.000 Tonnen. Im Gegensatz zum Kurssturz vom April haben Privatanleger den Rückschlag im Juni aber nicht für Käufe genutzt. Zuletzt gab es jedoch ein paar gute Nachrichten für die Fans des Edelmetalls.

Bei den leidgeplagten Goldbesitzern keimt ein wenig Hoffnung auf: Grund waren die Inflationsdaten aus China. Demnach waren die Verbraucherpreise im Juni um 2,7 Prozent gestiegen. In den vergangenen Monaten hatten sich Investoren Sorgen gemacht, da trotz der immensen Geldschwemme in den USA die Inflation sehr niedrig war.

Mit den neuen Inflationsdaten aus China war Gold als Absicherung gegen die Geldentwertung wieder gefragt. In den vergangenen Tagen wurde der Preis für das Edelmetall zudem von der aufkeimenden Staatsschuldenkrise in Europa gestützt. Denn damit wächst die Gefahr, dass die EZB die Geldschleusen öffnen wird, weshalb Investoren wieder nach einem sicheren Hafen gesucht haben.

Gold (Spot)

Trotz der jüngsten Kurserholung hat der Goldpreis seit Ende 2012 um 25 Prozent nachgegeben. Verantwortlich dafür waren die Verkäufe von ETCs, also von Zertifikaten, die mit Gold besichert sind. Seit Jahresanfang sind die Bestände der weltweiten Gold-ETCs um 24 Prozent auf 1993,76 Tonnen gesunken und haben damit zum 1. Mal seit Mai 2010 die Marke von 2.000 Tonnen unterschritten. Im Dezember 2012 hatten sie mit 2632,52 Tonnen noch einen Rekord markiert. Seit der Einführung der Produkte im Jahr 2003 hat es kein Jahr mit Abflüssen gegeben.

Die Analysten der UBS prognostizieren, dass die Bestände innerhalb von 12 Monaten um weitere 500 Tonnen abgebaut werden könnten. Die Bestände des SPDR Gold Trust, des weltgrößten ETCs, gingen seit Jahresanfang um 30 Prozent auf 946,96 Tonnen zurück. Das ist das niedrigste Niveau seit mehr als vier Jahren. -

In den vergangenen Monaten hatte der Goldpreis wegen drei Faktoren gelitten: dem steigenden Dollar, den steigenden Zinsen und dem steigenden Aktienmarkt. Wenn der Dollar gegenüber anderen Währungen wie dem japanischen Yen oder dem Euro zulegt haben Investoren keinen Grund sich gegen die Dollarschwäche mit Gold abzusichern. Belastet haben den Preis zudem die gestiegenen Zinsen. Weil Gold keine Zinsen oder Dividenden abwirft, wird das Edelmetall weniger attraktiv, wenn die Zinsen klettern. „Steigende Zinsen und ein stärkerer Dollar werden für Druck auf den Goldpreis sorgen, unabhängig davon, wie stark die physische Nachfrage nach dem Metall ist“, sagte Ole Hansen, Rohstoffstratege bei der Saxo Bank.

Und wegen der Hausse am Aktienmarkt verlor Gold ebenfalls an Attraktivität. Umso mehr kam der Preis nach den guten US-Arbeitsmarkt-zahlen unter Druck. Denn sie schüren bei Investoren die Hoffnung, dass sich die Konjunktur und damit der Aktienmarkt weiter gut entwickelt, selbst wenn die Notenbank damit beginnt, die Gedpolitik allmählich zu verschärfen. -

Im Gegensatz zum Preisrutsch vom April haben Privatanleger den Einbruch im Juni aber nicht für Käufe genutzt. So hat die US-Münzprägeanstalt im Juni für lediglich 57.000 Unzen Goldmünzen verkauft. Im April waren es noch 209.500 Unzen. Und die Prägeanstalt in Perth (Australien) setzte im Juni für lediglich 49.460 Unzen Goldmünzen und –barren ab. Das war weniger als die Hälfte des Wertes von vor zwei Monaten. Hingegen wächst in Japan das Interesse an dem Edelmetall. Denn etliche Investoren wollen sich wegen des Absturzes des Yen gegenüber dem Dollar absichern. -

10. 07. 2013 EU-Kommission will Kommando über Zombie-Banken

Die EU-Kommission pocht auf das letzte Wort, wenn es um die Abwicklung von Pleitebanken geht. Der zuständige Kommissar hat genaue Vorstellungen, wie er mit den Zombie-Instituten umgehen will.

Die EU-Kommission soll nach Informationen der "Welt" künftig das letzte Wort bei der Abwicklung einer Bank in Europa haben. "Sie wird den Knopf drücken", sagte ein hochrangiger Kommissionsbeamter, sie werde, wenn nötig, also die Rekapitalisierung und auch Schließung einer Bank anordnen.

Das werde der zuständige Kommissar Michel Barnier vorschlagen. Bislang liegt dies in der Macht nationaler Behörden – aber der Umgang mit pleitebedrohten Banken soll eine europäische Befugnis werden, nachdem auch die Aufsicht über die Finanzbranche zentralisiert wird.

Für den für Finanzmarktregulierung zuständigen Barnier ist es eine weitere Säule der Bankenunion. Die EU-Länder haben sich bereits auf gemeinsame Regeln für den Fall einer drohenden Bankenpleite geeinigt.

Die Kommission will einheitliche Regeln

Sie sehen vor, dass zunächst Aktionäre und Gläubiger, dann die Finanzbranche selbst einspringen müssen, um dem Steuerzahler die teure Bankenrettung der vergangenen Jahre in Zukunft zu ersparen.

Ein neuer "Abwicklungsmechanismus" soll nun nach dem Willen der Kommission dafür sorgen, dass diese Regeln auch überall einheitlich angewandt werden. Es sei, anders als bei der Aufsicht, nicht angemessen, die Befugnisse zwischen nationaler und europäischer Ebene aufzuteilen. Wäre der Aufseher mit der direkten Zuständigkeit für alle Banken in Europa überfordert, so sei bei der Abwicklung nicht mit einer derartigen Masse von Fällen zu rechnen, sagte der Kommissionsbeamte.

Aber schnelles Handeln sei im Fall einer Schieflage gefragt und am besten bei einer Behörde aufgehoben. Sie soll sich laut Barniers Plänen aus den zuständigen Vertretern der EU-Mitgliedsstaaten zusammensetzen, dazu aus je einem Vertreter der Europäischen Zentralbank und der Kommission.

"Eine rein politische Frage"

Die Mitgliedsstaaten sollten zudem einen Vorsitzenden und einen Stellvertreter für das Gre-mium wählen. Die EU-Kommission allerdings müsse die finale Entscheidung treffen – die, "den Knopf zu drücken".

Denn die Entscheidung über die Schließung einer Bank müsse eine der bestehenden EU-Institutionen treffen, sagte der Beamte, nicht eine nachgeordnete, neue Behörde – schon aus Gründen politischer Verantwortlichkeit.

Die Bundesregierung bestreitet hingegen, dass eine EU-Abwicklungsbehörde überhaupt auf Grundlage des geltenden EU-Vertrags geschaffen werden kann. Der Kommissionsbeamte sagte dazu: "Das ist kein Problem des Rechts, sondern eine rein politische Frage."

10. 07. 2013 EU-Finanzminister

Euro-Beitritt von Lettland besiegelt

Ht. Brüssel Der Rat der EU-Finanzminister (Ecofin) hat am Dienstag die Aufnahme von Lettland in die Euro-Zone besiegelt. Der baltische Staat mit rund 2 Mio. Einwohnern wird per 1. Januar 2014 als 18. Mitgliedstaat den Euro übernehmen. Den Umtauschkurs hat der Ecofin mit 0.702804 lettischen Lats pro Euro festgelegt.

Dies entspricht dem bisherigen Leitkurs im Wechselkursmechanismus II. Eine mindestens zweijährige, spannungsfreie Teilnahme an diesem Mechanismus ist eine der Vorbedingungen für den Euro-Beitritt. Während dabei eine Schwankungsbandbreite der nationalen Währung gegenüber der europäischen Einheitswährung von +/–15% um den Leitkurs vorgesehen ist, hatte sich Lettland 2005 unilateral zu einem engeren Band von +/–1% verpflichtet.

Der Ecofin-Entscheid war die letzte Hürde in einem mehrstufigen Entscheidungsverfahren; er war nur noch Formsache. Die EU-Kommission hat Anfang Juni die Aufnahme von Lettland in den Euro-Raum empfohlen, da das Land alle Beitrittskriterien erfüllt. So lag 2012 das Staatsdefizit mit 1,2% des Bruttoinlandprodukts (BIP) und die staatliche Bruttoschuld mit 40,7% des BIP weit unter den Maastricht-Limiten.

Letztmals erweitert worden ist die Euro-Zone 2011 mit der Aufnahme von Estland. Der dritte baltische Staat, Litauen, strebt laut EU-Wirtschaftskommissar Olli Rehn die Übernahme des Euro per Januar 2015 an.

Lettland am Ziel seiner Träume Bald Euro statt Lats

23 Jahre nach der wiedererlangten Unabhängigkeit von der Sowjetunion und 10 Jahre nach dem Beitritt zur EU kann der kleine baltische Staat Lettland am 1. Januar 2014 der Euro-Zone beitreten. Das offizielle Lettland, das in all den Jahren konsequent auf die Integration in Westeuropa hingearbeitet hat, ist damit am Ziel seiner Europa-Träume angelangt.

In der Bevölkerungsmehrheit jedoch löst die Ablösung der Landeswähr-ung Lats, für viele das Symbol für die Unabhängigkeit, sehr begrenzte Begeisterung aus. Dass die Regierung kein Referendum über den Euro-Beitritt durchgeführt hat, hat viele Bürger verärgert.

Ungeachtet des Zustandes der Euro-Zone können sich die 2 Mio. Lettinnen und Letten freuen, dass ihr Land nicht durch die Hintertüre, sondern hocherhobenen Hauptes auf dem roten Teppich in den Euro-Palast schreiten kann. Dass es dereinst die Beitrittskriterien mit Bravour erfüllen würde, hätte 2008 kaum jemand geglaubt, als die überhitzte Wirtschaft kollabiert war und man um Hilfsgelder betteln musste. Lettland wählte den einmaligen Weg der internen Abwertung, behielt die Anbindung des Lats an den Euro und versuchte, sich über enorme Preis- und Lohnsenkungen aus der Krise zu kämpfen.

Mit Erfolg: In der am Mittwoch veröffentlichen Eurostat-Wachstums-statistik führt Lettland mit einem BIP-Zuwachs von 5,6% zwischen dem ersten Quartal 2012 und 2013 die EU-Rangliste an. Sparpakete und Steuererhöhungen von fast einem Fünftel des BIP haben aber auch Schattenseiten, so die hohe Langzeitarbeitslosigkeit und das grosse Wohlstandsgefälle zwischen Stadt und Land.

Bleibt zu hoffen, dass der baltische Musterschüler sich seiner Tugenden besinnt und nicht versucht, im Euro-Klassenzimmer auszuruhen und den bewiesenen Fleiss und die Disziplin gegen Müssiggang auszutauschen. Die geplante Einführung einer Schuldenbremse dürfte dafür sorgen, dass Lettland künftig nicht faul aus dem Fenster schaut und Fehler der Vergangenheit wiederholt.

---

10. 07. 2013 Die griechischen Regierungen haben lange gezögert, den öffentlichen Dienst zu verkleinern. Nun sind sogar überraschende Entlassungsaktionen möglich.

Die griechische Regierung bereitet sich auf einen heissen Sommer vor. Laut Vereinbarung mit der Troika sollen 12 500 Beschäftigte des öffentlichen Dienstes bis Ende September in die sogenannte Mobilitätsreserve versetzt werden, 4200 davon schon Ende Juli. Schulwärter, Lehrer und Mitarbeiter des Ministeriums für Verwaltungsreform werden zuerst davon betroffen sein, und die städtischen Polizisten werden folgen. Bis Ende 2013 sollen 4000 Personen entlassen werden. Die Gewerkschaften laufen bereits Sturm dagegen. Die Lage ist so angespannt, dass es in den vergangenen Tagen sogar zu Handgreiflichkeiten gegen den Athener Bürgermeister Jorgos Kaminis kam.

Die Regierung in Athen hat allerdings keine andere Wahl, als zügig zu handeln. Sie muss die Auflagen der Troika erfüllen, um die Auszahlung der zugesagten Finanzhilfen in Tranchen nicht zu gefährden. Die Versetzung von 25 000 öffentlichen Beschäftigten in die Mobilitätsreserve und der Abbau von 15 000 Stellen waren

ohnehin bereits vor Monaten vereinbart worden. Die Behörden sollten überschüssiges Personal in den «Mobilitätsstatus» versetzen. In einem Zeitraum von ursprünglich zwölf Monaten – nun sind es nur noch acht – sollten die Qualifizierten unter ihnen auf andere Posten vermittelt werden können, und der Rest sollte nach Ablauf der Frist entlassen werden. In der Praxis ging der Prozess allerdings sehr langsam voran.

Der ehemalige Minister für administrative Reformen, der Linke Antonis Manitakis, hielt das Projekt für überstürzt und realisierte es nicht mit ganzem Herzen. Sein Nachfolger Kyriakos Mitsotakis, ein überzeugter Liberaler, musste aus diesem Grund schnell Entscheidungen treffen. Trotzdem fehlen ihm noch etliche Tausende, um bis im September auf genug Versetzte zu kommen. Er appellierte deshalb an seine Ministerkollegen, entsprechende Auswertungen voranzutreiben. Sein zweites Problem ist, bis Ende des Jahres 4000 der versprochenen Entlassungen vorweisen zu müssen. Die Schliessung des Staatsrundfunks führte zur Hälfte der notwendigen Stellenstreichungen. Da aus der Mobilitätsreserve erst im Februar mit Entlassungen zu rechnen ist, will der Minister derzeit laufende Verfahren wegen Amtsmissbrauchs oder Korruptionsdelikten beschleunigen. Allerdings hat er eine weitere Aktion wie die Schliessung des Öffentlichen Rundfunks nicht völlig ausgeschlossen. Mögliche Kandidaten dafür wären die griechischen Rüstungsbetriebe, allen voran die Hellenic Defence Systems mit ihren 971 Mitarbeitern.

Mit dem Messer auf der Brust

In Griechenland wird es wieder spannend. Am Montag gab es zunächst sowohl in Athen als auch bei der aus dem Internationalen Währungsfonds (IMF), der Euro-Gruppe und der Europäischen Zentralbank bestehenden Troika Jubelschreie über die Einigung auf weitere Zahlungen in Höhe von 6,8 Mrd. € an das finanziell und wirtschaftlich angeschlagene Land. Allerdings sollen die Mittel gestaffelt ausgezahlt werden – in Abhängigkeit von der Erfüllung bestimmter Bedingungen. Diese Prozedur spricht für sich selbst und kommt nicht von ungefähr. Denn selbst nach Finanzhilfen in Höhe von mehreren 100 Mrd. €, einem Schuldenschnitt bei privaten Gläubigern und einem Anleiherückkauf bleibt die Verschuldung des Landes im Verhältnis zum Bruttoinlandprodukt hoch und wird Ende 2013 etwa bei 175% liegen, weil die Wirtschaft des Landes schon seit Jahren schrumpft. Nach einem Minus von 6,4% alleine im vergangenen Jahr ist eine sich selbst tragende wirtschaftliche Erholung noch lange nicht absehbar.

Die griechische Regierung hat zwar viel unternommen, um Ausgaben zu senken, Einnahmen zu erhöhen und um das Staatsdefizit in den Griff zu bekommen. Das alleine reicht jedoch nicht, um auf den Weg der Besserung zu kommen und um die Schuldenlast auch nur in Ansätzen tragbar zu machen. Nötig wäre wirtschaftliches Wachstum.

10.07.2013 **Im Salzburger Wohnbaufonds droht ein Millionenloch**

Die Straßen bröckeln und im Wohnbaufonds droht ein Millionenloch. Landesrat Hans Mayr steuert auf stürmische See zu. Amtsvorgänger Blachfellner hat kurz vor seiner Ablöse noch sämtliche Gelder vergeben.

Ist das ein Stoßgebet des Landesrats? Im konkreten Fall wohl eher eine Geste der Entschlossenheit. Mit wackerem Lächeln, aufgekrempelten Ärmeln und einer ordentlichen Jause auf dem Konferenztisch zog er eine erste Bilanz: Landesrat Hans Mayr vom Salzburger Team Stronach. 550 Landesbedienstete hat der frühere Goldegger Bürgermeister unter sich, aufgeteilt auf die Abteilungen für Wohnbau und Verkehr.

Die Chance ist groß, dass sich Mayrs Miene bald verfinstern könnte. Wie er selbst sagt, besteht im Salzburger Wohnbaufonds "große Sorge". Diese bezieht sich auf den Verdacht, dass schlimmstenfalls mehrere Hundert Millionen Euro Wohnbaugeld im Finanzskandal verspekuliert worden sein könnten. "Wir arbeiten an der Aufklärung", versichert Mayr, der sich dafür bereits einen Experten aus der Privatwirtschaft in sein Team geholt hat. Kritik gibt es auch an Amtsvorgänger Walter Blachfellner: Der habe noch zwei Tage vor seiner Ablöse sämtliche Wohnbaugelder für 2013 vergeben. Was Blachfellner übrigens rechtfertigt: Gerade in der Bauwirtschaft seien jetzt dringend Aufträge nötig gewesen.

Jedenfalls ist in der Wohnbauförderung eine grundlegende Reform geplant: Alles Geld soll auch von der Wohnbauförderung verwaltet werden, und nicht - wie bisher - von der Finanzabteilung. Details stehen jedoch noch nicht fest. Offen ist auch, ob die Salzburger wieder die Gelegenheit bekommen, ihre Wohnbauförderungsdarlehen vorzeitig und "mit Rabatt" an das Land zurückzuzahlen.

Ein wahrhaft hartes Pflaster für Mayr wird wohl auch der Straßenbau. "Mehr Geld wird es sicher nicht werden", sagt er. Wissend, dass schon jetzt die Mittel kaum reichen, um Salzburgs Überlandstraßen auch nur halbwegs instand zu halten. "Wir sind froh, wenn wir die Budgets halten können", stellt Mayr fest. Ein ganz eigenes Thema sei der Gitzentunnel in Bergheim - der im Arbeitsübereinkommen der Regierung steht. Hier müsse man "sehr gut nachdenken", ob dieser zu verwirklichen sei - und falls ja, mit welchem Geld. "Der Trend geht ganz eindeutig in Richtung öffentliche Verkehrsmittel."

Bei Bus und Bahn steht, soweit finanzierbar, größere Veränderung an. Erster Schritt: Salzburgs Schüler und Lehrlinge sollen auch in den Ferien und überall in Salzburg gratis fahren dürfen. Nötig soll nur ein Zuschlag von knapp 100 Euro pro Jahr auf die s"cool Card sein. Bald soll es Ähnliches für Studenten und Senioren geben. "Noch laufen die Verhandlungen mit den Verkehrsunternehmen. Von denen müssen viele umdenken. Bei Jahreskarten kann es nicht sein, dass die Firmen dem Land den vollen Preis in Rechnung stellen", sagt Mayr. Nur mit gewissen Rabatten könne man in absehbarer Zeit das Ziel verwirklichen: ein 365-Tage-Inklusivticket für alle Salzburger für den gesamten öffentlichen Verkehr. Daneben hat der Team-Stronach-Chef innerparteiliche Baustellen. Er verspricht jedoch noch für heuer einen Parteitag. Der Zorn "einer Handvoll" enttäuschter Unzufriedener sei nicht überzubewerten.

10.07.2013 **Abgabenhinterziehung**

Finanz zeigte Banker Stepic an

Herbert Stepic ist weiterhin für die Bank tätig

Nach dem Rücktritt von Herbert Stepic als Chef der Raiffeisen Bank International bestätigte die Staatsanwaltschaft nun, dass die Finanz Anzeige gegen ihn erstattet hat.

Ende Mai ist der Chef der Raiffeisen Bank International (RBI), Herbert Stepic, nach Bekanntwerden von Geschäften in Steueroasen zurückgetreten - freiwillig, wie damals versichert wurde.

Staatsanwaltschaft: "Sehen uns das jetzt an"

Nun stellt sich heraus, dass die Finanz in Wien den Ex-RBI-Chef bei der Staatsanwaltschaft wegen Abgabenhinterziehung angezeigt hat. Dies bestätigte Thomas Vecsey, ein Sprecher der Staatsanwaltschaft Wien, der "Presse" (Donnerstag-Ausgabe). "Wir sehen uns das jetzt an", so Vecsey. Zu Details äußerte er sich nicht. Die Anzeige sei vor Kurzem eingelangt.

Zwar kursierten seit Längerem Gerüchte, dass sich der Banker, für den weiterhin die Unschuldsvermutung gilt, im Zusammenhang mit einer Liechtensteiner Stiftung selbst bei der Finanz angezeigt habe, so die Zeitung, doch bisher sei das nicht bestätigt. "Die Presse" bat Stepic um eine Stellungnahme. Doch dieser sei nicht erreichbar. Er sei im Flieger, sagte dem Bericht zufolge ein RBI-Sprecher.

Ex-Chef arbeitet weiter für die Bank

Stepic arbeitet nach seinem Abgang als Chef weiterhin für die Bank. Sein Vertrag läuft bis Mitte 2014. Aufsichtsratsvorsitzender der RBI ist RZB-Chef Walter Rothensteiner. Bis zu Redaktionsschluss am Mittwochabend lag von ihm keine Stellungnahme zur jüngsten Entwicklung vor

10. Juli 2013 Korruptionsermittlungen

Kurt Scheuch "ruhend gestellt"

Kurt Scheuch ist von seiner Funktion als FPÖ-Bezirksparteiobmann von Spittal an der Drau zurückgetreten. Das gab Landesparteisekretärin Nina Schratter am Mittwoch bekannt. Grund für den Rückzug Kurt Scheuchs sind Ermittlungen der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) in einer Affäre um Scheinrechnungen an Kärntner Medienunternehmen, mit denen Geld aus dem Land in Richtung Partei geflossen sein soll, was von der FPÖ allerdings dementiert wurde. Kurt Scheuch selbst wie auch sein Bruder Uwe sind in der Causa derzeit keine Beschuldigten.

Wohl aber betrifft die Affäre die blaue Bezirkspartei Spittal, der Kurt Scheuch seit einigen Jahren als Obmann vorsteht. In der Causa Scheinrechnungen werden mögliche Untreuehandlungen untersucht, die mehrere Jahre zurückliegen. Ein Mitarbeiter von Bruder Uwe Scheuch in dessen Zeit als Landeshauptmann-Stellvertreter soll von Medien bzw. Werbeagenturen überhöhte Rechnungen an das Land gefordert haben. Die Differenz sei auf einem Konto geparkt und später mit Scheinrechnungen - vorwiegend von Unternehmen aus dem Bezirk Spittal - wieder aus dem jeweiligen Unternehmen abgeflossen sein, so der Vorwurf. Dem Land sollen durch die Malversationen ein Schaden von 60.000 Euro entstanden sein.

Dass das Geld an die Kärntner Freiheitlichen (BZÖ, dann FPK) ging, schloss FPÖ-Landesparteiobmann Ragger aus. Die "Kleine

Zeitung" hatte am Sonntag allerdings eine Rechnung veröffentlicht, aus der hervorgeht, dass der Medienunternehmer Hansjörg Berger im Frühjahr 2009 rund 2.600 Euro für "Personalbereitstellung für Wahlveranstaltungen" an das damalige BZÖ bezahlte. Eine Gegenleistung für den Geldfluss gab es laut Berger nicht. Der Unternehmer ist in der Causa Beschuldigter. Laut eigenen Angaben kooperiert er mit der WKStA.

An Kurt Scheuchs Stelle tritt als geschäftsführender Bezirksparteiobmann der Bürgermeister von Mühldorf - Scheuchs Heimatort - Erwin Angerer. Kurt Scheuchs Rücktritt dürfte nicht die einzige Personalrochade bei der FPÖ Spittal im Zusammenhang mit der Affäre sein, wie aus Parteikreisen zu hören war. Ein hochrangiger Funktionär und Vizebürgermeister, der von der WKStA als Verdächtiger gehandelt wird, soll zurückgetreten bzw. aus der Partei ausgeschlossen worden sein. "Dazu sage ich nichts", sagte Schratter zur APA. Sie verwies auf Parteichef Christian Ragger, der für die APA telefonisch nicht erreichbar war. Uwe Scheuchs Ex-Mitarbeiter soll freiwillig aus der Partei ausgetreten sein. Auch zu seinem Fall wollte Schratter nichts sagen.

Bezirksparteiobmann "nur ruhend gestellt"

FPÖ-Landesparteisekretärin Nina Schratter hat am Mittwoch gegenüber der APA festgehalten, dass Kurt Scheuch seine Funktion als Bezirksparteiobmann von Spittal lediglich ruhend gestellt hat und nicht zurückgetreten ist. "Rein formalistisch" sei die Unterscheidung wichtig, weil bei der Ruhendstellung kein neuer Obmann bestellt werden muss und Kurt Scheuch, sollte er zurückkehren, das ohne Beschluss tun kann.

"Ruhend gestellt" ist Kurt Scheuchs Obmannschaft in Spittal jedenfalls bis zum Abschluss der Ermittlungen der WKStA in der Causa Scheinrechnungen. Warum genau Kurt Scheuch die Funktion an einen geschäftsführenden Obmann abgab bzw. ob er der Meinung ist, den Ermittlungen im Wege zu stehen, konnte Schratter nicht sagen. "Das ist seine persönliche Entscheidung." Kurt Scheuch selbst war für die APA nicht erreichbar.

10. Juli 2013, **250.000 Euro für eine Kirche, die nicht existiert**

Nördlich des Sees in der Seestadt Aspern sollte eine Kirche errichtet werden, die Umsetzung ist allerdings alles andere als fix.

Wiener Stadterweiterungsfonds wegen Spende an Erzdiözese Wien unter Kritik - Staatsanwaltschaft ermittelt Wien - Schon vor einigen Wochen gab es die ersten Vorwürfe gegen den Wiener Stadterweiterungsfonds des Innenministeriums, der noch aus Zeiten Kaisers Franz Josephs I. stammt. Der Rechnungshof hatte kritisiert, der Fonds habe "satzungswidrig" 916.000 Euro für karitative, wissenschaftliche und religiöse Zwecke gespendet. Mittlerweile ermittelt die Staatsanwalt-schaft wegen des Verdachts der Untreue.

Umstrittene Spenden

Der ORF-Report berichtete nun, für welche Projekte der Fonds nach den umstrittenen Grundstücksverkäufen - etwa der Mölker-Bastei oder einer Liegenschaft am Heumarkt - Geld spendete. So sollen 350.000 Euro ins Ausland geflossen sein, unter anderem an eine katholische Universität in Rom; 50.000 Euro gingen an die Peterskirche in Wien; 250.000 Euro spendete der Fonds, der ursprünglich für die Finanzierung von Monumentalbauten auf der Ringstraße errichtet worden war, an eine Kirche in der Seestadt Aspern.

Bloß: es gibt weder Pläne noch eine Flächenwidmung für die Errichtung. Einzig im "Masterplan" für den nördlichen Teil sei festgehalten worden, ein "interkonfessionelles Gebäude" zu errichten, heißt es von der Wien 3420 AG, die für die Entwicklung der Seestadt verantwortlich ist.

Diözese ist sich keiner Schuld bewusst

Das Geld habe die Erzdiözese Wien zweckgewidmet, wie Sprecher Michael Prüller sagt. "Wir können es nicht für ein neues Auto für den Kardinal verwenden", versichert er. Er will das Projekt realisieren. Offen ist, wann.

10. Juli 2013, **Bernard Tapie: Justiz beschlagnahmt Vermögen**

- **Bernard Tapie**

In die Affäre ist auch IWF-Chefin Lagarde verwickelt

Paris/Herzogenaurach - In der Affäre rund um den Besitzerwechsel des deutschen Sportartikelherstellers Adidas Anfang der 1990er Jahre kommt wieder Bewegung. So soll die Justiz vorsorglich Vermögen des französischen Unternehmers Bernard Tapie beschlagnahmt haben. Die mit den Ermittlungen betrauten Untersuchungsrichter sicherten nach Informationen der Zeitung "Le Monde" den Zugriff auf Tapies Anteile an einem Wohnhaus in Paris im Wert von rund 69 Millionen Euro sowie auf eine Villa in Saint-Tropez, die auf 48 Millionen Euro geschätzt wird.

Zudem wurde die Beschlagnahme von Lebensversicherungen angeordnet, deren Verkaufswert auf rund 20,8 Millionen Euro beziffert wird. Die Justiz bestätigte dies.

Der Hintergrund der Affäre reicht zwei Jahrzehnte zurück: Der Unternehmer Bernard Tapie hatte 1993 den Sportartikelkonzern Adidas an eine Investorengruppe verkauft, an der auch die damals staatliche Bank Credit Lyonnais beteiligt war. Tapie, der im folgenden Jahr Privatinsolvenz anmelden musste, warf der Bank vor, ihn bei dem Geschäft übervorteilt zu haben, und klagte auf Entschädigung. Um den jahrelangen Rechtsstreit zu beenden, rief die damalige französische Finanzministerin Lagarde 2007 ein Schiedsgericht an, das Tapie schließlich Schadenersatz in Höhe von 285 Millionen Euro - mit Zinsen rund 400 Millionen Euro - zusprach.

Umstritten

Umstritten ist die Anrufung des privaten Schiedsgerichts wie auch Lagardes Entscheidung, gegen den Schiedsspruch keinen Widerspruch einzulegen, obwohl ihr Experten dazu rieten.

Gegen Tapie war jüngst ein Anklageverfahren wegen bandenmäßigen Betrugs eingeleitet worden. Der 70-Jährige bestreitet alle Vorwürfe. Ermittelt wird auch gegen den heutigen France-Télécom-Chef Stéphane Richard, der einst Bürochef von Lagarde in deren Zeit als französische Finanzministerin war. Lagarde ist einem Ermittlungsverfahren entgangen; ihr wurde von der Justiz ein Zwitterstatus zwischen Zeugin und Beschuldigter zugewiesen.

Austro-Promis Mittwoch, 10. Juli 2013 **Was läuft bei Stronach & Stamboli?**

Gerüchte um Beziehung - ehemalige Miss Austria erklärt, was sie mit Frank verbindet.

Dass sich Frank Stronach an der Seite von Ex-Miss World Ulla Weigersdorfer zeigt, ist nichts Ungewöhnliches. Immerhin ist sie in seinem Magna Racino tätig und steigt nun sogar in sein "Team Stronach" ein. Was den rüstigen 80-Jährigen jedoch mit Ex-Miss Austria Carmen Stamboli verbindet, war zunächst aber nicht klar.
Die Gerüchteküche brodelte. Hat die 29-jährige Carmen etwa ein Verhältnis mit Stronach? Über teure Geschenke bis hin zu gemeinsamen Wochenend-Trips wurde getuschelt. Sogar von ihrem Freund Fabian soll sich die Schönheit getrennt haben, wurde gemunkelt.

Carmen Stamboli klärt auf

Alles gar nicht wahr, klärt Carmen Stamboli nun auf. Sie habe zwar ein Nahe-Verhältnis zu Stronach, doch dieses sei rein professioneller Natur, verrät die Ex-Miss dem Magazin "Madonna Society". "Das sind alles schöne Märchengeschichten - der Milliardär und die Miss, so etwas ist natürlich spannend", amüsiert sich die 29-Jährige über die Gerüchte. Sie trainiere Frank Stronach seit zwei Monaten in ihrem Studio, gemeinsame Reisen habe es aber nie gegeben, stellt Carmen klar.

"Er ist ein sehr netter, älterer Herr. Und wir verstehen uns sehr gut. Mehr ist da wirklich nicht", bringt es Carmen Stamboli auf den Punkt. Zudem stellt sie klar, noch immer mit ihrem Freund Fabian zusammen zu sein, der keinerlei Probleme mit den Gerüchten hätte.

12.07.2013 Land Salzburg: Zweite Selbstanzeige bei Finanz

Das Land Salzburg hat am Freitagvormittag Selbstanzeige beim Finanzamt erstattet, weil Erträge von Geschäften im Landeswohnbaufonds möglicherweise nicht versteuert worden sind.

Viel Arbeit für Neo-Landeshauptmann

Dem Fiskus könnten so bis zu 21 Millionen Euro an Kapitalertragssteuer (KESt) vorenthalten worden sein. Im schlimmsten Fall droht nicht nur eine Nachzahlung, sondern auch eine empfindliche Strafe.
"Wir haben darum beschlossen, heute den Wohnbaufonds vorsorglich offen zu legen und gemeinsam mit der Finanzbehörde herauszufinden, was tatsächlich passiert ist", sagte LHStv. und Finanzreferent Christian Stöckl (ÖVP) am Freitagnachmittag bei einem Pressegespräch in Salzburg. Allerdings seien noch viele Fragen offen. Die wichtigste: War der Wohnbaufonds im Rahmen seiner Veranlagungen überhaupt KESt-pflichtig, eine Ansicht wie sie das Finanzministerium spätestens seit dem Jahr 2008 vertritt.

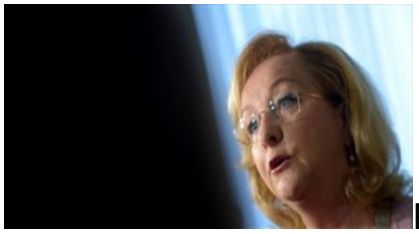
"Ob diese Tatsache den zuständigen Regierungsmitgliedern mitgeteilt wurde, können wir nicht mit Sicherheit sagen" so Stöckl. Zumindest die Mitarbeiter in der Abteilung müssen aber davon gewusst haben: Denn ein Bank-Depot mit Veranlagungen wurde damals auf KESt-pflichtig umgestellt. Freilich waren zu diesem Zeitpunkt Gewinne aus gewissen Geschäften - etwa aus Derivaten - noch nicht zu versteuern.

Die chaotischen Zustände in der Buchhaltung des Fonds erschweren die Aufklärung zusätzlich: "Der Wohnbaufonds hat über Jahre wie ein finanzieller Verschubbahnhof funktioniert. Allerdings wissen wir noch nicht, welche Gelder für Wohnbaudarlehen verwendet wurden, und welche Gelder für etwas anderes. Diese Ströme zu verfolgen, stellt sich als sehr schwierig heraus", so Stöckl.

Ihm zufolge sind von der Selbstanzeige eine Reihe von Politikern und Beamten betroffen. Er wollte am Freitag aus Datenschutzgründen zwar keinen Namen nennen, bei den politischen Referenten kann es sich aber nur um die beiden ehemaligen SPÖ-Finanzreferenten Othmar Raus und David Brenner und den SPÖ-Wohnbaulandesrat Walter Blachfellner handeln. Stöckl betonte, man habe im Vorfeld mit allen Beteiligten Kontakt aufgenommen, um Verstimmtheiten wie bei der ersten Selbstanzeige zu verhindern.

Am 25. Februar 2013 hatte der damalige Interims-Finanzlandesrat Georg Maltschnig (SPÖ) ohne Vorwarnung im Namen einer Reihe von Politikern und Beamten eine erste Selbstanzeige erstattet, weil Erträge von Finanzgeschäften im sogenannten Versorgungs- und Unterstützungsfonds (VUF) des Landes - er steht im Verdacht, als Spielkasse für die Spekulationsgeschäfte der Finanzabteilung gedient zu haben - nicht versteuert worden sein könnten. Der mögliche Schaden für die Finanz wurde damals mit 31 Mio. Euro beziffert.

12. Juli 2013, **Staatsschuld dreimal so hoch wie behauptet**

-  Finanzministerin Maria Fekter: Hüterin des Staatshaushaltes. **EcoAustria ortet eine "Nachhaltigkeitslücke". Werden auch künftige Ansprüche der Bürger gegenüber dem Staat eingerechnet, schnellt die Verschuldung auf 251 Prozent des BIP hoch.** Wien – Die Demografie ist Gift für den Staatshaushalt: Die Alterung der Gesellschaft führt zu steigenden Pensions-, Gesundheits- und Pflegeausgaben, die Lücke zu den Einnahmen aus Sozialversicherungsbeiträgen der Beschäftigten wächst. Rechnet man die künftigen Ansprüche anhand der derzeitigen Rechtslage zusammen und zinst sie auf den heutigen Barwert ab, ergibt sich ein ganz anderes Bild der öffentlichen Finanzen als üblicherweise dargestellt. Das Forschungsinstitut EcoAustria kommt bei dieser Kalkulation im Auftrag der Industriellenvereinigung auf eine "Nachhaltigkeitslücke" im Staatshaushalt von 251 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Sie setzt sich aus der aktuellen Schuldenquote von 73,24 Prozent, den Ansprüchen der lebenden Generation (108,3) und der künftigen Generationen (69,5 Prozent des BIP) zusammen. EcoAustria-Chef Ulrich Schuh hält diese Berechnung für angebracht, weil der Staat tatsächlich die Bereitstellung von Geld- und Sachleistungen zusage. Die Einnahmen deckten diese Ansprüche aber bei weitem nicht ab.

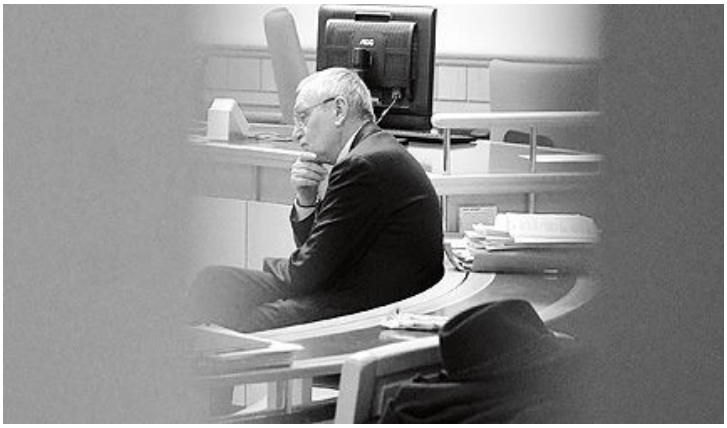
Wollte man dieses Problem in den Griff bekommen, wären dafür gewaltige Anstrengungen erforderlich. Bei konstanten Zinszahlungen müsste das jährliche strukturelle Defizit von 3,8 Prozent des BIP zur Gänze abgebaut werden, erläutert Schuh. Das entspricht Einsparungen oder Mehreinnahmen von rund zwölf Milliarden Euro im Jahr.

Derartige langfristige Untersuchungen über die Staatsfinanzen sind wegen der unsicheren Annahmen nicht unumstritten, allerdings fällt auf, dass auch andere Studien Österreich eine hohe Dynamik bei den alterungsbedingten Kosten attestieren. Die EU-Kommission kam vor einem halben Jahr zu dem Ergebnis, dass die Ausgabensteigerungen hierzulande bei Pensionen, Gesundheit und Pflege deutlich über dem europäischen Durchschnitt liegen.

Österreich im Mittelfeld Die Stiftung Marktwirtschaft verglich wiederum im Vorjahr die Entwicklungen in Europa und reihte Österreich mit einer Nachhaltigkeitslücke von 315 Prozent des BIP an zwölfte Stelle der damals 27 EU-Länder. Etwas überraschender Spitzenreiter im positiven Sinn war Italien mit einem Finanzierungsüberschuss von zwei Prozent. Auch Deutschland (136), Schweden (177) oder Portugal (181) schnitten langfristig besser ab, Frankreich (442), die Niederlande (565) oder Finnland (469) hingegen schlechter als Österreich. Guido Raddatz von der Stiftung Marktwirtschaft hält ein rasches Gegensteuern für essenziell, damit die impliziten Schulden nicht zu tatsächlichen Schulden werden, wie er im Gespräch mit dem Standard erläutert.

Diese Ansicht vertritt auch der Generalsekretär der Industriellenvereinigung, Christoph Neumayer. Er versteht die EcoAustria-Studie als "Schulden-Check", an dem sich die künftige Budgetplanung orientieren müsse. Während sich die öffentlichen Investitionen seit Mitte der 70er-Jahre gedrittelt hätten, seien die Ausgaben für Transfers um acht Prozentpunkte des BIP gestiegen. Umso wichtiger sei es, "nicht nur vergangene Budgetsünden, sondern auch die Verpflichtungen von morgen offenzulegen", erklärte Neumayer.

Ex – Telekom - Vorstand Rudolf Fischer verschob 4,5 Millionen € nach Singapur



Die geheimen Millionen von Rudolf Fischer: Der ehemalige Telekom-Manager hat 4,5 - Millionen Euro in einem Briefkasten in Singapur gebunkert. Jetzt ermittelt die Finanz.

Sollte Rudolf Fischer jemals darüber nachgedacht haben, auf welcher Art von Gestühl er dereinst den Ruhestand zelebrieren würde, dann kam die Anklagebank dabei wohl nicht vor. Erst recht nicht in der Häufigkeit. Im Februar dieses Jahres wurde der frühere Vorstandsdirek-tor der Telekom Austria für seine Beteiligung an der Manipulation des Telekom-Aktienkurses 2004 nicht rechtskräftig zu einer Haftstrafe von drei Jahren verurteilt. Seit Mai läuft der Strafprozess in der Causa Telekom/Rumpold/FPÖ. Fischer ist einer der Beschuldigten. Er soll 2004 – nach einer Intervention von Jörg Haider – die Zahlung von 600.000 Euro Telekom-Geld an Rumpolds Werbeagentur veranlasst haben. Ohne erkennbare Gegenleistung. Parteienfinanzierung also.

Oder, soweit es Fischer betrifft: Verdacht der Untreue. Die nächste Anklage steht unmittelbar bevor. Da geht es um 960.000 Euro, die an das BZÖ geflossen sind.

Zu allem Überdruss hat der heute 60-jährige Fischer nun auch noch Ermittlungen wegen mutmaßlicher Steuerhinterziehung und Geldwäsche in Österreich und Liechtenstein am Hals. In Zusammenhang mit dem sehr diskreten Transfer eines Millionenvermögens von Liechtenstein nach Singapur.

4,5 Millionen zu einem Briefkasten in Singapur -
Nach profil-Recherchen ließ Fischer bereits 2010 einen Betrag von 4,5 Millionen Euro von einem Konto bei der Valartis Bank Liechtenstein zu einem ihm zuzurechnenden Briefkasten in Singapur überweisen, wo das Geld bis heute liegt. Bei der Valartis Bank Liechtenstein handelt es sich um die frühere

Tochtergesellschaft der Hypo Vorarlberg, über welche einst auch Walter Meischberger die Buwog-Provisionen abschöpfte. Valartis hinterfragte die eigentliche Herkunft der Gelder nur mit deutlicher Verzögerung. Erst vor wenigen Wochen erstattete die Bank, wohl auch unter dem Eindruck der laufenden Verfahren gegen Fischer, in Liechtenstein eine sogenannte Geldwäscheverdachtsmeldung und löste damit prompt ein Ermittlungsverfahren in Vaduz aus, das wiederum Finanzstrafverfahren in Österreich nach sich zog.

Woher also kam das Geld? Und wo wurde es versteuert? Fischers Strafverteidiger Otto Dietrich dazu: „Ich kommentiere den genannten Betrag nicht. Das Geld stammt jedenfalls aus einer Tätigkeit, die lange vor jener bei der Telekom Austria lag. Mit der Telekom hat das definitiv nichts zu tun.“Nach profil-Recherchen handelt es sich um Honorare, die Fischer in den 1990er-Jahren, also vor seinem Eintritt in die Telekom, in Ungarn einstreifte. 1991 war der damalige Manager von Alcatel Österreich nach Budapest entsandt worden, um ein Gemeinschaftsunternehmen mit der US-amerikanischen US Telecom aufzubauen.

Fischer blieb bis September 1998, ehe er von der Telekom Austria engagiert wurde. In diesen sieben Jahren soll er einen Betrag von rund 2,5 Millionen Dollar verdient haben, der zunächst in Ungarn (und in Forint) veranlagt wurde – und das offensichtlich höchst erfolgreich.

Ab 2005 begann Fischer, das auf mehr als vier Millionen Euro angewachsene Vermögen nach Liechtenstein zu transferieren. Und das im Wege mehrerer Bareinzahlungen – daher der, wenn auch sehr verspätete,

Argwohn der Valartis Bank. 2010 folgte schließlich die Überweisung nach Singapur. „Wir haben den Sachverhalt bereits den Liechtensteiner Behörden dargelegt. Von Geldwäsche kann überhaupt keine Rede sein. Das Verfahren steht vor der Einstellung“, sagt Anwalt Dietrich. -

Die österreichische Finanz interessiert sich unabhängig davon für die Frage, wo und wie die Einkünfte respektive die Kapitalerträge daraus versteuert wurden. Fischer lebte in den 1990er-Jahren vorwiegend in Ungarn. Sollte er dort Einkommensteuer gezahlt haben, wäre er im Leo. Wenn nicht, drohen ihm empfindliche Nachzahlungen. Und ein weiteres Strafverfahren. -

Allzu viel dürfte ihm davon ohnehin nicht bleiben. Die Telekom Austria will den Fischer und anderen Verantwortlichen zugeschriebenen Schaden regres-sieren. Allein in der Causa um die manipulierten Aktienkurse 2004 geht es um insgesamt 9,9 Millionen Euro Schadenersatz.

Der oberösterreichische Feuerwehrausstatter Rosenbauer International scheint in der Offshore-Leaks-Datenbank auf. Und kann sich nicht erklären, warum.

„Wir verhalten uns gesetzestreu." Das gilt in Leonding bei Linz, in der Zentrale des Feuer-wehrausrüsters Rosenbauer International, als oberstes Gebot. Seit Herbst 2011 steht Dieter Siegel an der Spitze des börsennotierten Konzerns. Und eine seiner ersten Maßnahmen war die Ausarbeitung eines Verhaltenskodex für Führungskräfte und Mitarbeiter. -

„Wir setzen auf fairen Wettbewerb" -
Zehn Punkte – die Ähnlichkeit mit dem alttestamentarischen Dekalog mag Zufall sein – und 16 Seiten umfasst der „Code of Conduct" von Rosenbauer. Zweites Gebot: „Wir setzen auf fairen Wettbewerb und stimmen unser Verhalten nicht mit Konkurrenten am Markt ab." Dass dieses Bekenntnis an derart prominenter Stelle postuliert wird, dürfte weniger dem Zufall geschuldet sein. Als Siegel das Zepter von seinem Onkel Julian Wagner übernahm, war das Image des Unternehmens arg ramponiert.

Rosenbauer war kurz zuvor in Deutschland zu 10,5 Millionen Euro Bußgeld verurteilt worden, weil der Konzern in illegale Preisabsprachen verwickelt war. Für den in 105 Ländern vertretenen Weltmarktführer bei Löschfahrzeugen, der immer als heimischer Vorzeigebetrieb gehandelt wurde, eine hochnotpeinliche Angelegenheit.

Schauplatzwechsel: Hongkong, 185 Wanchai Road. An dieser Adresse steht das Connaught Commercial Building – ein schäbiges Hochhaus mit 24 Stockwerken. Darin befinden sich: eine Versicherungsgesellschaft, ein Thai-Restaurant, ein Lerninstitut. Unter anderen. -

In der zwölften Etage des Gebäudes domiziliert ein Ableger der Sealight Incorporations Limited. Das Geschäftsmodell des in Belize registrierten Unternehmens – wo „International Business Companies" steuerfrei agieren und nur geringfügigen Auflagen unterliegen – besteht offenbar darin, für seine Klienten Offshore-Gesellschaften aufzusetzen. Und dabei dürfte es recht umtriebig gewesen sein. Mehrere hundert Firmen sollen seine Dienste in Anspruch genommen haben. Darunter auch ein österreichisches. -

Nämlich, erraten, Rosenbauer. Das geht zumindest aus der sogenannten Offshore-Leaks-Datenbank des International Consortium of Investigative Journalism (ICIJ) hervor. Die Enthüllungen dieses weltumspannenden Journalistennetzwerks mit Sitz in Washington sorgten in den vergangenen Wochen und Monaten für Wirbel und riefen Steuerfahnder rund um den Globus auf den Plan. -

Viertes Gebot der Rosenbauer-Bibel: „Wir begehen weder Steuerhinterziehung noch Subventionsbetrug und leisten auch keine Beihilfe dazu.“ Denn: „Das Aufklärungsrisiko bei Steuer- und Subventionsdelikten ist aufgrund regelmäßiger Prüfungen der Behörden besonders hoch.“ -

Ein Eintrag in die Offshore-Leaks-Datenbank muss nicht zwangsläufig einen kriminellen Hintergrund haben. Einen gewissen Hautgout hat es allerdings schon. Schließlich befindet man sich dabei in höchst zweifelhafter Gesellschaft. Waffenhändler, Oligarchen und Angehörige von Diktatoren, aber auch Prominente und Mittelständler scheinen dort auf. Der Verdacht: Sie sollen Steueroasen in aller Welt nutzen, um ihr Vermögen vor dem Zugriff der heimatlichen Behörden zu schützen. -

In Österreich brachte das Netzwerk den langjährigen Chef von Raiffeisen International, Herbert Stepic, zu Fall. Der Banker tauchte in der Datenbank als „wirtschaftlich Berechtigter“ zweier Gesellschaften auf den Britischen Jungferninseln und in Hongkong auf. Diese seien gegründet worden, um Investitionen – „mit in Österreich versteuertem Geld“, wie Stepic betonte – in drei Wohnungen in Singapur abzuwickeln. Als dies publik wurde, musste der 66-Jährige seine Demission verkünden. -

Zumindest wirft eine Nennung in der Datenbank Fragen auf. Denn sie basiert auf rund 2,5 Millionen Dokumenten, die von nur zwei Unternehmen stammen. Der Unternehmensgruppe Portcullis Trustnet in Singapur und der auf den Britischen Jungferninseln domizilierenden Commonwealth Trust Limited. Sie sind eine Art Full-Service-Anbieter für Offshore-Geschäfte und versprechen ihren Kunden, deren Steuerlast zu minimieren und die Herkunft und den Verbleib ihrer Gelder zu verschleiern. -

Den Gesetzen der Logik zufolge müsste also jeder in der Datenbank Genannte schon einmal geschäftlichen Kontakt zu einem der zwei Unternehmen respektive zu dessen Helfershelfern gehabt haben.

Theoretisch. Denn bei Rosenbauer gibt man sich bass erstaunt. Man habe nach profil-Anfrage die Buchhaltung und sämtliche unternehmensinterne Datenbanken durchkämmt. Ohne Ergebnis. Weder kenne man Sealight Incorporations noch Portcullis oder Commonwealth Trust – und man habe absolut keinen Kontakt zu diesen Unternehmen. „Derartige Vehikel wenden wir nicht an. Das ist nicht vereinbar mit unserer Geschäftsphilosophie“, sagt Rosenbauer-Unternehmenssprecherin Gerda Königstorfer.

Freitag, 12. Juli 2013 # Olympia - Bewerbung

Jungwirth muss ins Gefängnis Der Ex-ÖOC-Generalsekretär geht für fünf Jahre in Haft. OLG-Wien entscheidet.

Der ehemalige Generalsekretär des Österreichischen Olympischen Komitees (ÖOC), Heinz Jungwirth, muss für fünf Jahre ins Gefängnis. Das Wiener Oberlandesgericht (OLG) hat Freitagmittag die im vergangenen Juli über Jungwirth verhängte Strafe des Wiener Straflandesgerichts bestätigt, der wegen Untreue mit einer Schadenssumme von 3,3 Mio. Euro schuldig erkannt worden war. Dem Appell von Verteidiger Herbert Eichenseder, die Strafe zu reduzieren, blieb im Justizpalast der Erfolg versagt. "Wenn jemand so wie er (Jungwirth, Anm.) am Boden liegt, soll man nicht noch draufstei-gen", hatte Eichenseder zu bedenken gegeben. Das ÖOC sei kein straff geführter Verein gewesen und habe in finanzieller Hinsicht "ohne Sicherheitsnetz im freien Raum funktio-niert".

Dieser Einwand, wonach es Jungwirth sehr leicht gemacht worden sei, ÖOC-Gelder für eigene Zwecke abzuzweigen, bewog den Berufungssenat aber nicht dazu, bei einem Strafrahmen von einem bis zu zehn Jahren das Strafausmaß abzusenken. "Eine Reduktion steht nicht im Raum", stellte der Vorsitzende Dietmar Krenn unter Verweis auf die "extrem hohe Schadenssumme", die persönliche Bereicherung und den langen Tatzeitraum in der Urteilsbegründung klar.

Der tiefe Fall -

Der einst wohl mächtigste Sportfunktionär des Landes hatte laut nunmehr rechtskräftigen Feststellungen der Gerichte von 2003 bis 2009 in zahlreichen Angriffen seine Zeichnungsberechtigung auf ÖOC-Konten missbraucht und sich Gelder zugeeignet, um damit sein kostspieliges Privatleben zu finanzieren. Er gönnte sich etwa einen noblen Fuhrpark, zehn Pferde und eine Reithalle im Ausmaß von 70 Mal 20 Meter. Seinem Sohn spendierte er einen sündteuren Reitlehrer.

Jungwirth hatte die wider ihn erhobenen Vorwürfe als Angeklagter stets abgestritten. Man müsse jetzt akzeptieren, dass die Gerichte das anders sehen, räumte nun sein Verteidiger ein, nachdem der Oberste Gerichtshof (OGH) schon vor einigen Monaten den Schuldspruch in nichtöffentlicher Sitzung bestätigt hatte: "Wir wissen, was auf uns zukommt."

Jungwirth selbst merkte im Justizpalast an, er habe bis zu 200 Tage im Ausland "für den Verein" gearbeitet: "Ich würde es heute noch gern tun." Die "Verquickung von Beruf und privat" sei "notwendig, wenn auch verboten" gewesen.

Höhere Strafe war möglich

Die Strafe hätte sich für den 61-jährigen Ex-ÖOC-General theoretisch sogar erhöhen können, da auch die Staatsanwaltschaft Berufung eingelegt hatte. Ihr waren aus generalpräventiven Gründen die fünf Jahre zu wenig erschienen. Eine Erhöhung sei allerdings "nicht notwendig", befand der Berufungssenat.

12. 07. 2013

Hippo Nimmersatt

Der Milliardenkrimi Hypo Alpe Adria: Was Sie schon immer über den **größten Skandal der Zweiten Republik** wissen wollten:

Die Geschichte der Kärntner Hypo-Alpe-Adria-Bank ist der wahrscheinlich größte Skandal der Zweiten Republik. Bei der Staatsaffäre rund um die marode Bank geht es um rund fünf Mal so viel Geld, wie Österreichs gesamte Eurofighter-Flotte gekostet hat. Die Hypo sei ein „Fass ohne Boden", wie Finanzministerin Maria Fekter (ÖVP) einmal sagte. Zwei Milliar-den Euro Steuergeld sind in ihm schon verschwunden, bis zu acht weitere Milliarden könnten folgen. Das ist weit mehr als die Hälfte der Summe, die die Republik Österreich pro Jahr für sein gesamtes Bildungswesen ausgibt.

Der Fall um die ehemalige Kärntner Landesbank zeigt wie unter einem Brennglas, wie mafiose Seilschaften aus Politik und Finanzwirtschaft im großen Stil Volksvermögen plündern.

Wenn man so will, kann man das Hypo-Drama in drei Akte unterteilen. Erstens geht es um Jörg Haider und seine Freunderln aus Politik und Wirtschaft, die die Bank für ihre Privatinteressen missbrauchten. Sie verordneten dem Geldhaus einen Hochrisikokurs, der es viel zu schnell wachsen ließ und an den Rand des Abgrunds führte. Zweitens geht es um eine Notverstaatlichung der Bank im Jahr 2009, deren Notwendigkeit heute höchst umstritten ist. Drittens geht es um den Umgang des Staates mit der Hypo seit dieser Verstaatlichung. Das unstrukturierte und zögerliche Vorgehen des Finanzministeriums hat die Kosten für die Hypo weiter nach oben getrieben.

Jahrzehntelang war die Hypo Alpe Adria die kleine, konservativ aufgestellte Hausbank des Landes Kärnten. In der Ära Haider jedoch stieg sie unter Bankchef Wolfgang Kulterer zu einer der am schnellsten wachsenden Bankengruppen Europas auf. Die Hypo expandierte vor allem auf dem Balkan. Im Jahr 2007 verkaufte sie Haider an die Bayrische Landesbank und prophezeite: „Kärnten wird reich." Kurz darauf jedoch kollabierte das Hypo-Imperium wie ein Kartenhaus. Unzählige kriminelle Betrügereien wurden publik, Kredite fielen aus, viele Millionen Euro waren einfach verschwunden. Die Neo-Besitzer aus Bayern mussten feststellen, dass „man sich in Klagenfurt nicht mehr auf die Richtigkeit der Finanzdaten verlassen" könne, wie es im Gutachten des renommierten Sachverständigen Fritz Kleiner heißt, der im Sommer 2012 den Zustand der Hypo Alpe Adria untersuchte.

Der 2008 verstorbene Landeshauptmann ließ die Bank zuerst künstlich aufblasen und nutzte sie dann als private Portokasse für seine Brot-und-Spiele-Politik. So besuchte Haider beispiels-weise ab dem Jahr 1999 hochrangige kroatische Politiker, um den fahrlässigen Expansionskurs der Hypo einzufädeln. Dafür erwartete er sich später Gegenleistungen von der Bank, der er zu lukrativen Geschäften verholfen hatte. Diese hat Haider auch bekommen.

Was waren das für Gegenleistungen? Nehmen wir zwei besonders schräge Beispiele, die für eine Unzahl ähnlicher Fälle stehen: Im Jahr 2005 befahl Haider der Hypo, 500.000 US-Dollar an das Formel-1-Team Minardi zu überweisen, um damit dem Kärntner Rennpiloten Patrick Friesacher einen Startplatz zu kaufen. Oder, noch kurioser: Ebenfalls 2005 überwies die Hypo an die später pleitegegangene Fluglinie Styrian Spirit – ohne jede Sicherheit – zwei Millionen Euro, weil Haider dies zuvor in einem Mail an Kulterer gefordert hatte.

Wolfgang Kulterer, ein Bauernbub aus St. Veit an der Glan, war langjähriger Chef der Hypo. Gegen Kulterer wurden in den vergangenen Jahren zahlreiche Strafprozesse geführt. Erst vor wenigen Tagen bestätigte der Oberste Gerichtshof ein Urteil im Umfang

von dreieinhalb Jahren Gefängnisstrafe, weil 2004 mit seinem Wissen ein Bilanzierungsbetrug betrieben worden ist.

Als der Kärntner 1992 Chef der Hypo wurde, nannte er als sein Motto: „Sterben oder expandieren". Nun stirbt die Bank ironischerweise deshalb, weil sich Kulterer fürs Expandieren entschied. Wie krass die Expansion der Hypo ablief, zeigt ein Blick auf ihre Bilanzsumme: 1992 betrug sie noch 1,9 Milliarden Euro, 2004 lag sie bei 17,8 Milliarden, dem mehr als Neunfachen.

Wo konnte die Hypo so stark wachsen? Das geschah vor allem in Kroatien. Dort zählte die Kärntner Bank in den 1990er-Jahren zu den First Movern nach Kriegsende. In Kroatien finden sich die meisten der Hypo-Korruptionsfälle; zu den Geschäftspartnern zählten etwa der höchst **umstrittene Kriegsgeneral Vladimir Zagorec**. Die Kärntner spezialisierten sich auf Immobilien- und Leasinggeschäfte.Wenn die Bank unter Haider so schnell wuchs und angeblich so erfolgreich war – warum wurde sie dann 2007 an die Bayern verkauft?

Ganz einfach: Haider-Kärnten war so runtergewirtschaftet, dass das Land akut von der Pleite bedroht war. Obendrein wussten die Kärntner von den Leichen im Keller der Hypo – sie wollten das Geldhaus einem Dummen um den Hals hängen. Die Bayern wiederum drückten beim Kauf beide Augen zu, weil sie von der Gier auf das scheinbar hochrentable Südosteuropa-Geschäft der Hypo getrieben waren.

Wie lief die Privatisierung ab? Ziemlich undurchsichtig. Als Mittelsmann zwischen Kärnten und der BayernLB fungierte etwa **Tilo Berlin**, ein deutsch-kärntnerischer Geschäftsmann. Berlin verdiente 2007 mehr als 150 Millionen Euro damit, seine frisch erworbenen Hypo-Anteile an die BayernLB zu verkaufen. Sein Geschäft tätigte der Investor mit prominenten Partnern. In seinem Boot saßen etwa **Veit Sorger,** Ex-Chef der Industriellenvereinigung, und Ex-Finanzminister **Karl-Heinz Grasser**, der mit 500.000 Euro beteiligt war. Kritiker sprechen von Insiderhandel, weil Berlin bereits sehr früh gewusst haben soll, dass die BayernLB seine Anteile kaufen wird.

Wie, auch Grasser spielt eine Rolle in der Affäre Hypo? Ja, wobei er später aussagte, er habe nur das Geld seiner Schwiegermutter veranlagt.

Und was hatte Haider von all dem? Haider nutzte seine Hausbank auch beim Verkauf wie einen Bankomaten. So gab der Landeschef etwa gemeinsam mit **Josef Martinz**, dem mittlerweile in erster Instanz zu fünfeinhalb Jahren Gefängnis verurteilten Kärntner Ex-ÖVP-Chef, beim Villacher Steuerberater **Dietrich Birnbacher** ein Gutachten in Auftrag. Birnbacher sollte das Land Kärnten beim Verkaufsprozess beraten, sein Gutachten war aber nur acht Seiten dick. Ursprünglich sollte er zwölf Millionen Euro dafür erhalten, letztlich gab er aber einen „Patriotenrabatt" von 50 Prozent. Inzwischen gesteht der mittlerweile verurteilte „Birni", dass Haider und Martinz jeweils ein Drittel der Honorarsumme abzwacken wollten.

Und **die Bayern** haben bei diesen Machenschaften einfach zugesehen? Die Bayern waren zuerst vom vermeintlichen Potenzial ihrer neuen Kärnten-Tochter geblendet – und hatten bald darauf andere Sorgen: Nach 2007 kamen zunehmend die Hochrisikogeschäfte der Hypo ans Licht. Kreditausfälle stiegen exorbitant; Leasinggeschäfte erwiesen sich als Betrügereien. 2008 betrug der Hypo-Konzernverlust eine halbe Milliarde Euro. Bald darauf – als gerade die Weltwirtschaftskrise einsetzte – musste die Bank am Balkan knapp 1,7 Milliarden Euro abschreiben. Vor dem Hintergrund all dessen begannen zwischen der **BayernLB und Österreichs Politik** Verhandlungen über eine Verstaatlichung. München wollte das marode Geldhaus loswerden. **Was hat denn nun Österreichs Politik mit einer Bank in mehrheitlich deutschem Besitz zu tun?**

Wenn eine Bank pleitezugehen droht, bedeutet das auch eine Gefahr für ihren Standort. Volkswirtschaften können kollabieren, wenn Unternehmen plötzlich vom Geldkreislauf abgeschnitten werden. Eine Hypo-Pleite hätte zudem das massive Engagement anderer österreichischer Banken in Osteuropa international ins Gerede gebracht – schließlich befand man sich gerade am Höhepunkt der Bankenkrise, zu dessen Zeitpunkt permanent neue Leichen in den Kellern großer Geldhäuser auftauchten. Zudem wären bei einem Hypo-Bankrott möglicherweise die Haftungen des Landes Kärnten für die Bank schlagend geworden.

Die Landeshaftungen sind ein zentraler Punkt der Causa. Kärnten haftete zum Zeitpunkt der Notverstaatlichung mit 19 Milliarden Euro für die Hypo. Diese Haftungen hatte Haider seiner Hausbank einst gewährt, um riskante und verantwortungslose Deals abzusichern. Die Steuerzahler waren zu Bürgen von Haiders und Kulterers Hasardgeschäften geworden. Heute heißt es oft, dass Österreich die Hypo verstaatlichen musste – sonst wäre Kärnten wegen des hohen Haftungsvolumens pleitegegangen und die gesamte Republik in Turbulenzen geraten. Aber stimmt das auch? Faktum ist: **Die Hypo war vor der Notverstaatlichung eine Bank in mehrheit-lich bayrischem Besitz und die Haftungen wären erst schlagend geworden, wenn, wie es in Paragraf 1356 des ABGB heißt, „über den Hauptschuldner das Insolvenzverfahren eröffnet wurde". Der Finanzplatz München wäre also mindestens so sehr ins Trudeln geraten wie Wien. Den Bayern ist es aber gelungen, den Österreichern das Bummerl zuzuschieben.**

Das ist umstritten und wird einmal in den Geschichtsbüchern stehen. Jedenfalls scheint die ganze Angelegenheit ziemlich chaotisch abgelaufen zu sein. In einem Einvernahmeprotokoll der Staatsanwaltschaft Klagenfurt vom Jänner 2010 werden Mitarbeiter des Finanzministeriums zitiert: Es sei „aufgrund der Dringlichkeit der Angelegenheit – anders etwa als im Fall Bawag – nicht möglich gewesen, die HGGA (Hypo, Anm.) vor der Verstaatlichung längerfristig zu prüfen und die Ursachen, die diesen Schritt notwendig machten, detailliert zu analysieren." Die Hypo-Verstaatlichung war demnach also seitens der Republik ein Unterfangen mit unkalkulierbaren Milliardenverpflichtungen. Die Bayern waren besser vorbereitet: Sie hatten bereits ein Jahr vor der Hypo-Verstaatlichung beschlossen, sich von ihrer Kärntner Tochter zu trennen.

Die Verhandlungsposition von Österreichs damaligem **Finanzminister Josef Pröll** war sehr schlecht, nicht zuletzt auch wegen der **nervösen Raiffeisen-Gruppe.** Die heimischen Hypo-Landesbanken, nicht nur jene in Kärnten, sind über einen Haftungsverbund aneinandergekettet. Geht eine Landes-Hypo pleite, müssten alle zusammen mit bis zu einer Milliarde Euro geradestehen. **Und welches Unternehmen ist an vielen Landes-Hypos beteiligt? Richtig, die Raiffeisen-Gruppe.** Möglicherweise – ganz geklärt ist das bis heute nicht – wurde **Raiffeisen mit der Hypo quasi mitgerettet. Pröll hat übrigens, worauf politische Gegner der ÖVP hämisch hinweisen, nach seinem Ausscheiden aus der Politik einen Job im Raiffeisen-Reich gefunden.**

Und was sagt Pröll heute dazu? Gar nichts. Er schweigt beharrlich. Apropos Pröll und Hypo-Landesbanken: War da nicht auch etwas mit der Hypo Niederösterreich? Ja, dort verspekulierten sich Politiker und landesnahe Banker mit den Wohnbaudarlehen der Niederösterreicher. Der Schaden soll knapp eine Milliarde Euro betragen. Aber die niederösterreichische Bank hat mit ihrer Kärntner Namensschwester rein gar nichts zu tun.

Von wie viel Geld sprechen wir eigentlich bei der Rettung der Kärntner Hypo?

Wir sprechen von rund 2,2 Milliarden Euro Staatshilfe, die seit der Notverstaatlichung Ende 2009 in die Hypo geflossen sind. Hunderte Millionen werden alleine dieses Jahr dazukommen

– wie viel genau, hängt davon ab, wie sich der Wert einzelner Beteiligungen entwickelt. 5,4 bis 5,5 Milliarden könnten folgen, bis die Bank zur Gänze abgewickelt ist. Im Jahr 2013 etwa kostete Österreichs Bankenrettung 0,3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts.

Aber hat Josef Pröll nicht einmal gemeint, Österreich werde an der Bankenrettung sogar Geld verdienen? Ja, das hat er. Aber das hat sich inzwischen als gehöriges Schönwetterkonzept erwiesen. Der österreichische Weg der Bankenrettung während der großen Finanzkrise 2009 waren Milliarden an sogenanntem Partizipationskapital (PS-Kapital). Dieses bekamen nicht nur die Hypo, sondern auch Erste Group, Volksbanken AG, Raiffeisen und Bawag-PSK. Die Banken berappen dafür in Gewinnjahren circa acht Prozent Zinsen pro Jahr. Sobald sie über genug eigenes Geld in ihren Bilanzen verfügen, geht das PS-Kapital zurück ins Bundesbudget. Das Problem daran: Bei drei geretteten Banken – der Kommunalkredit, der Volksbanken AG und vor allem eben der Hypo – erwies sich die Situation als derart schlecht, dass sie notverstaatlicht werden mussten. Hier sieht der Staat weder das PS-Kapital noch etwaige Zinsen jemals wieder. So wurde Prölls „beinhartes Geschäft" zum Milliardengrab.

Zurück zur Hypo: Wie geht es jetzt weiter mit der Bank? Die Balkan-Töchter der Hypo sollen bis 2015 verkauft werden, die Italien-Tochter tätigt seit Jahresbeginn keine Neugeschäfte mehr, die Österreich-Tochter wurde Ende Mai verkauft. So sieht es der Restrukturierungsplan vor, den Österreich Ende Juni an die EU übermittelt hat.

EU? Was hat die denn damit zu tun? Den Restrukturierungsplan muss Österreichs Regierung dem **EU-Wettbewerbskommissar Joaquín Almunia** vorlegen. Almunia will wissen, wie lange die Hypo noch mit Staatsgeld unterstützt werden muss. Die EU-Kommission wertet es nämlich als Eingriff in den Binnenmarkt, wenn notverstaatlichte Banken über lange Zeit von den Regierungen gestützt werden. Einer der Grundpfeiler der Union ist der ungehinderte Handel über innereuropäische Grenzen hinweg. Dieser soll nicht von staatlichen Beihilfen verzerrt werden. Erst vergangene Woche äußerte Almunia etwa gegenüber Kärntens Landeshauptmann Peter Kaiser (SPÖ), er sei „sehr verwundert" über die Dauer der österreichischen Entscheidungsfindung in der Causa Hypo.

Ist es denn gut, dass sich die EU in die Angelegenheit einmischt? Auf diese Frage gibt es, man muss es so sagen, zwei Antworten. Einerseits zwingt der EU-Druck die Österreicher, der Wahrheit ins Gesicht zu blicken. Bisher argumentierten heimische Politiker stets, man müsse nur lange genug auf ein besseres Marktumfeld warten, sodass man die Hypo zu einem vernünftigen Preis reprivatisieren kann – doch die Wertsteigerung der Hypo tritt und tritt nicht ein, obwohl immer mehr Geld an die Bank fließt. Andererseits zwingt der EU-Druck Österreichs Regierung aber auch zu Ramschverkäufen. So ging die Österreich-Tochter der Hypo im Juni um mickrige 66 Millionen Euro an den indischen Investor Sanjeev Kanoria – als Signal an Brüssel.

Sanjeev Kanoria? Wer ist das jetzt schon wieder? Ein indischer Chirurg mit Schwerpunkt Lebertransplantationen, der bis dato rein gar nichts mit Banken am Hut hatte. Offenbar kaufte er die Österreich-Tochter der Hypo im Auftrag seines **Bruders Hemant Kanoria**, der in Indien das Finanzunternehmen SREI Infrastructure leitet. Warum Sanjeev Kanoria mutmaßlich als Strohmann seines Bruders auftritt und warum die Familie Kanoria den Österreich-Teil der Hypo kaufte – und damit eine Banklizenz erwarb –, das ist bis heute vollkommen unklar.

Es scheint, als hätte sich die Republik insgesamt in eine ziemlich missliche Lage gebracht.Das Rezept der österreichischen Regierung und insbesondere von Finanzministerin Maria Fekter lautete bisher: stillhalten und aktuelle Verluste möglichst klein halten. Nicht wenige Kritiker glauben, dass diese Strategie am Ende die Republik teuer zu stehen kommen wird.

Denn immer ungeduldiger zeigt sich Brüssel – was den Preis für die Hypo weiter drückt. Oppositionelle wie Werner Kogler oder Stefan Petzner werfen Fekter vor, viel zu lang untätig geblieben zu sein angesichts des wachsenden Drucks der EU.

Kogler und Petzner, diese Namen fallen oft in der Causa. Ja, der Grüne und der BZÖ-Politiker gelten als wichtigste Kritiker im Fall Hypo. Petzner allerdings geht es wohl auch darum, den Ruf Kärntens und seines verstorbenen Lebensmenschen Haider zu retten, weshalb er den Fokus seiner Kritik vor allem auf die BayernLB und die Umstände der Notverstaatlichung richtet. Petzner und Kogler kritisieren aber gleichermaßen die **Untätigkeit Fekters** – beispielsweise, dass die Finanzministerin die Einrichtung einer Bad Bank, eine Auffanggesell-schaft, in der die Verlustgeschäfte der Hypo gebündelt werden könnten, bis heute verweigert.

Dann hätte die Hypo mehr Zeit zur Sanierung. Der Druck der EU würde geringer; die Ver-kaufschancen würden ebenso besser wie rechtliche Rahmenbedingungen. Für eine Bad Bank spricht sich neben Kogler und Petzner etwa auch das Hypo-Management aus. **Die Idee hat aber einen großen Nachteil: Milliardenverluste der Hypo würden flugs von der Bankbilanz ins Staatsbudget wandern, und das in einem Nationalratswahljahr. Deswegen lehnt Fekter die Bad Bank als „Verlustmaximierung für den Steuerzahler" ab. Die Frage führte zum Zerwürfnis zwischen Fekter und den Hypo-Managern Johannes Ditz und Gottwald Kranebitter.**

Ditz und Kranebitter, die sind kürzlich zurückgetreten, Ditz war Aufsichts-ratschef der Hypo, Kranebitter ist – noch bis August – Vorstandschef. Letzterer gilt als Experte für schwierige Sanierungen; er managte etwa die Libro-Insolvenz in den 1990er-Jahren. Vergangene Woche erklärte Kranebitter seinen Rücktritt, weil er den Radikalabbau und die „undifferenzierte Kostenspekula-tionen" nicht mehr mittragen wollte. Ganz ähnlich klingen die Gründe für Ditz' Rücktritt Anfang Juni: Die Politik fuhrwerke in die Geschicke der Hypo hinein und rede die Bank kaputt, sagt der ehemalige ÖVP-Wirtschaftsminister und Chef der Verstaatlichtenholding ÖIAG.

Kranebitters Nachfolger steht noch nicht fest; auf Ditz folgt als Aufsichtsratschef Klaus Liebscher. Bei diesem handelt es sich um einen wichtigen Protagonist in der Causa. Liebscher, Ex-Chef der Nationalbank, leitet die Fimbag („Finanz-marktbeteiligung des Bundes"), in der die notverstaatlichten Banken gebündelt sind. Liebscher gilt als Vertrauensmann der Regierung, aber auch er votiert für eine Bad Bank.

Kern des Hypo-Skandals: Der Kärntner Grünen-Politiker und Hypo-Aufdecker Rolf Holub sagte es einmal so: Die Affäre sei „eine riesige Geldumverteilung von unten nach oben". Eine Verhaberung von Politik und Wirtschaft sei da im Gange gewesen, um mehrere Volkswirtschaften auszurauben. Treffender ist es wahr-scheinlich nicht zu formulieren.

14. Juli 2013 **Kärnten muss 600.000 Euro Strafe für EU-Projektförderung zahlen**

Bei Stichprobenkontrollen Fehler in Abrechnungen entdeckt

Klagenfurt - Die Europäische Union hat die Auszahlung von Förderungen für grenzüberschreitende Projekte an das Land Kärnten gestoppt. Grund dafür sind Unregelmäßigkeiten bei Abrechnungen, die bei zwei Stichprobenkontrollen aufgefallen waren. Kärnten muss nun eine "Pauschalkorrektur" von 600.000 Euro zahlen, um die Förderungen - laut einer Aussendung von Landesrat Christian Ragger (FPÖ) am Sonntag geht es um 10,5 Millionen Euro - wieder fließen zu lassen.

Finanzreferentin: Formalfehler

Die Zahlung soll am Dienstag von der Landesregierung beschlossen werden, bestä-tigte der Büroleiter von Finanzreferentin Gaby Schaunig (SPÖ), Stefan Primosch. "Das betrifft die vorherige Regierungsperiode, da ist etwas schief gegangen in der Kontrolle", sagte er. Es handle sich bei den Unregelmäßigkeiten um Formalfehler. Es seien bei einem Projekt Originalrechnungen um eine Woche zu spät vorgelegt worden. Bei dem anderen Projekt gab es unterschiedliche Ansichten über die Förderfähigkeit von Personalkosten.

Kontrollsystem verbessert

Aufgrund der Fehler wollte die EU nun die Auszahlung von Förderungen so lange stoppen, bis eine vollständige Prüfung aller subventionierten Projekte der Jahre 2007 bis 2013 abgeschlossen ist - was zwei bis drei Jahre dauern könnte. Primosch: "Das wird jetzt bereinigt." Mit der Abschlagszahlung von 600.000 Euro ist diese umfangreiche Prüfung nun vom Tisch. Das Kontrollsystem innerhalb der Landesregierung sei mittlerweile verbessert worden, sagte Primosch.

Ragger ist gegen eine allzu schnelle Bereinigung der Angelegenheit. "Für bloße Formalfehler erscheint die Strafzahlung sehr hoch. Daher stellt sich die Frage, ob in dieser Causa alle rechtlichen Schritte eingeleitet worden sind. Der Steuerzahler kann nicht haften, solange die Unregelmäßigkeiten nicht ausreichend geprüft worden sind",

14. Juli 2013 **Teil vier des Telekom-Prozess startet**

BZÖ-Wahlkampf ab Donnerstag im Straflandesgericht

Wien - Eine mutmaßlich verdeckte Parteispende der Telekom Austria (TA) in Höhe von 940.000 Euro an das BZÖ wird ab Donnerstag im Wiener Straflandesgericht verhandelt. In der vierten Tranche der facettenreichen Causa Telekom müssen sieben Personen auf der Anklagebank Platz nehmen, darunter einmal mehr Ex-Telekom-Festnetzvorstand Rudolf Fischer und - erstmals - der einstige Haus- und Hofberater der TA, Peter Hochegger.

Der zentrale Vorwurf: Untreue. Fischer, Hochegger, der ehemalige BZÖ-Abgeordnete Klaus Wittauer sowie der Sprecher der damaligen Justizministerin Karin Gastinger (BZÖ), Christoph Pöchinger, und zwei BZÖ-Werber. Ex-BZÖ-Funktionär Arno Eccher (er ist als ehemaliger FPÖ-Funktionär auch in der Causa Rumpold angeklagt) muss sich wegen Geldwäscherei verantworten.

Wahlkampfhilfe für das BZÖ

Der Sachverhalt: Im September 2006 soll die TA Rechnungen über 960.000 Euro bezahlt haben, von denen rund 940.000 Euro als Wahlkampfhilfe beim BZÖ landeten. Um den Geldfluss zu verschleiern, sagt die Staatsanwaltschaft, ließ man sich von den Werbeagenturen der mitangeklagten Unternehmer Rechnungen ausstellen. Die Zahlungen gingen ebendort hin. Als Gegenleistung diente einmal mehr eine Novelle der "Universaldienstverordnung" zugunsten des Telekom-Exmonopolisten, die im Herbst 2006 tatsächlich im Parlament beschlossen wurde. Zuständig dafür war Verkehrsminister Hubert Gorbach (BZÖ).

Geldfluss über Werber

Involviert war laut Anklageschrift auch Kronzeuge Gernot Schieszler. Er will via Hochegger in Erfahrung gebracht haben, dass eine Änderung der Verordnung eine Million Euro kosten würde. Hochegger habe Wittauer eine Million Euro für den Wahlkampf in Aussicht gestellt. In der Folge seien - gemäß vorgefertigten TA-Angeboten - über zwei Rechnungen 720.000 Euro an den BZÖ-nahen mitangeklagten Werber Kurt S. geflossen. Eine Gegenleistung für die TA gab es vorerst nicht, die Geldverteilung habe Wittauer vorgenommen. Die verbleibenden 240.000 Euro zahlte die TA an die mitangeklagte Werberin Tina H., die für Gastingers Vorzugsstimmenwahlkampf engagiert war.

Ex-TA-Mann Fischer hat laut Profil ein weiteres Verfahren am Hals. Er soll 4,5 Millionen Euro von Ungarn nach Liechtenstein und weiter zu Briefkastenfirmen in Singapur steuerschonend verschoben haben. (APA, red,

Scheinrechnungen: Ex-Scheuch-Mitarbeiter belastet

Der Medienunternehmer Hansjörg Berger hat am Mittwoch gegenüber einem ehemaligen Mitarbeiter von Ex-LHStv. Uwe Scheuch (jetzt FPÖ) schwere Vorwürfe erhoben. Gegen Berger und den Mitarbeiter wird wegen Scheinrechnungen ermittelt.

Gegen Berger, den Ex-Scheuch-Mitarbeiter und drei weitere Personen wird von der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) ermittelt. Konkret geht es um überhöhte Rechnungen, über die öffentliches Geld aus dem Land gezogen worden sei. So soll ein Schaden von 60.000 Euro entstanden sein - mehr dazu in -Scheinrechnungen: Mehrere Hausdurchsuchungen. Scheuch selbst wird derzeit von der WKStA nicht als Beschuldigter geführt.

Berger: „Mietfahrzeuge und Personal bezahlt“

Berger hat am Mittwoch die Geldflüsse bestätigt. Geht es nach Berger, war der Mitarbeiter von Scheuch erstmals 2007 an ihn herangetreten und hatte ihn aufgefordert, überhöhte Rechnungen an das Büro Scheuch zu stellen. Die Differenz gegenüber dem tatsächlichen Preis wurde dann über verschiedenen Wege abgeschöpft.
In weiterer Folge sind von anderen Unternehmen Rechnungen zu unserer Werbeagentur gekommen. Das ging von Blumenschmuck bis zu Mietfahr-zeugen, Personalbereitstellungen und Mieten. Da wurde das erzielte Guthaben abgeschöpft." Bergers Anwalt Hanno Stromberger sagte dazu: „60.000 Euro sind vom Umfeld des Büro Uwe Scheuch lukriert worden.“

Berger: "Hätte sonst Geschäft mit Land verloren

Einerseits soll der Scheuch-Mitarbeiter selbst Honorarnoten gestellt haben, andererseits stellte ein Oberkärntner Unternehmen diverse Rechnungen, sagte Berger. Darüber, wem die Leistungen zugute gekommen sind, könne er nur mutmaßen.
Berger: „Wir befanden uns damals im Landtagswahlkampf 2009“. Mitgemacht habe er, weil er sonst das Inseratengeschäft mit dem Land verloren hätte, begründet Berger. Persönlich habe er sich nicht bereichert sagte Berger.

Kein anderes Büro betroffen Das Modell mit den überhöhten Rechnungen und dem Bezahlen von Scheinrechnungen sei ausschließlich mit dem Büro Scheuch durchgeführt worden, sagte Berger. Es sei kein Büro eines anderen Regierungsmitglieds betroffen. Aufgeflogen war der Fall nach einer Anzeige im Herbst 2012. „Ich bin nun froh aufzuzeigen, was in diesem Bundesland alles passiert ist“, sagte Berger, der mit den Ermittlungsbehörden nach eigenen Angaben kooperiert. Es gilt die Unschuldsvermutung für alle Verdächtigen. Der betroffene Ex-Mitarbeiter von Uwe Scheuch war für den ORF bisher nicht erreichbar, sein Anwalt wollte vorerst keine Stellungnahme abgeben. Die WKStA hatte in der Causa am Dienstag mehrere Hausdurchsuchungen vorgenommen. Auf der Suche nach Unterlagen aus dem Büro Scheuchs statteten die Ermittler unter anderem dem Amt der Kärntner Landesregierung einen Besuch ab.

15. 07. 2013 # Schuldenkrise und immer neue Hilfskredite

Warum die Griechen die Euro - Zone im Würgegriff haben :

Es scheint, als könnten die Griechen machen, was sie wollen. Sie bekommen trotzdem frisches Geld. Denn das Land verfügt über enormes Erpressungspotenzial.

Wieder einmal wurde tagelang um weitere Auszahlungen von Hilfsgeldern für Griechenland öffentlichkeitswirksam gerungen. Die einen sind erfreut, als dann endlich die für sie befreiende Nachricht kommt, dass weiter Geld aus Nordeuropa nach Athen fließt, obwohl griechische Privat- und Staatsvermögen die Staatsschulden deutlich übersteigen (Vulgo: Die Griechen könnten sich auch selbst retten…) Andere Beobachter reiben sich verwundert die Augen und fragen, warum das Land trotz Nichterfüllung von Auflagen weiter Geld bekommt. -

Um auch diesen neuesten Akt der griechischen Schuldentragödie wirklich verstehen zu können, muss man sich in die Interessenlage der Akteure hineinversetzen. Im Pleitestaat ist trotz mehrerer Wahlen und Regierungswechsel unverändert die überkommene Macht-„Elite“ am Ruder, die das ihr anvertraute Land in die Schuldenkatastrophe gesteuert hat. Tiefgreifende und nachhaltige Veränderungen zum Positiven sind von ihr so wenig zu erwarten wie von Sepp Blatter bei der Fifa.

In starker Verhandlungsposition

Schon bei Beginn der „Euro-Rettung“ vor über drei Jahren hatten diese Vertreter einer langen Schuldentradition gegenüber den anderen Ländern der Euro-Zone eine starke Verhandlungsposition, nicht obwohl, sondern gerade weil sie ihre Staatsfinanzen wieder einmal an die Wand gefahren hatten. -

Denn ein Ausscheiden Griechenlands aus der Euro-Zone hätte 2010 in der Tat zu einem Dominoeffekt führen können, der ein weiteres Schrumpfen der Euro-Zone um Portugal, Irland, Spanien und Italien und am Ende wohl auch Frankreich und Belgien nach sich gezogen hätte.

„Ihr müsst uns retten, sonst...“

Die griechischen Verhandlungsführer konnten also gewiss sein, dass die überwälti-gende Mehrheit der politischen Entscheidungsträger in Europa

genau diesen Auflös-ungsprozess vermeiden wollte. Und somit verfügte das aus eigenem Verschulden überschuldete Hellas über ein enormes Erpressungspotenzial nach dem Motto: „Ihr müsst uns retten, weil ihr sonst euren Wählern erklären müsst, dass erstens die Euro-Zone von Anfang an falsch konzipiert war, und es zweitens ein Fehler war, uns Griechen überhaupt aufzunehmen. Dieses Eingeständnis wollt ihr doch euch und euren Wählern nicht zumuten. Als Gegenleistung für eure Hilfe werden wir Besser-ung geloben und uns zähneknirschend ein Reformprogramm aufladen lassen.“ Im Ergebnis jedenfalls entspricht die „Euro-Rettung“ genau dem. -

Ein deutsches Sprichwort beschreibt solches Verhalten: Und ist der Ruf erst ruiniert, so lebt’s sich gänzlich ungeniert. Wir Ökonomen nennen das „Moral hazard“, auf Deutsch „moralisches Risiko“: Jemand verhält sich verantwortungslos (hier Schuldenorgie), weil er darauf bauen kann, dass andere ihm die Folgekosten seines Fehlverhaltens ganz oder teilweise abnehmen (hier „Euro-Rettung“).
Ein Beispiel aus dem Alltagsleben: Weil jemand eine Brandversicherung hat, hantiert er unvorsichtiger mit Feuer.

In der Sicherheit der Euro-Zone

Der Beitritt zur Euro-Zone war für Griechenland wie der Abschluss einer Versicher-ung, die sogar bei eigenem Fehlverhalten zahlt. Warum sollte die griechische Politik ihre Landsleute für den Schuldenberg umfassend zur Kasse bitten, wenn die „Euro-Retter“ die Steuerkraft und die Ersparnisse unter anderem der Deutschen als Haftung anbieten? Nach dem vom Versicherungsnehmer selbst herbeigeführten Schadensfall zahlt am Ende der immer kleiner werdende Teil des Versicherungs-kollektivs, der bei sich noch (!) keinen Schadensfall herbeigeführt hat.

Neue Allensbach-Analyse Das Vertrauen in die EU wächst

17.07.2013 · Uneingeschränkt begeistert für „Europa“ sind die Deutschen nicht. Aber einfach nur schlecht finden sie es auch nicht. Und diejenigen, die die D-Mark wieder haben wollen, werden weniger.

Trotz aller Skepsis scheint den Deutschen die europäische Einigung wichtiger zu werden

Der beginnende Bundestagswahlkampf könnte der erste in der Geschichte der Bundesrepublik sein, bei dem das Thema Europa eine größere Rolle spielt. Zwar war die europäische Einigung von Anfang an ein wichtiges Anliegen der Bundesregierungen und auch weiter Teile der Bevölkerung, doch die großen Integrationsschritte fanden entweder in der Mitte der deutschen Legislaturperioden statt oder wurden von anderen politischen Themen überlagert: Die Gründung der Montanunion erfolgte 1951, zwei Jahre vor der nächsten Bundestagswahl. Die römischen Verträge wurden zwar im Wahljahr 1957 unterzeichnet, doch diese Wahl stand ganz unter dem Eindruck der von Adenauer durchgesetzten Rückkehr der letzten Kriegsgefangenen aus der Sowjetunion.

Der 1963 geschlossene deutsch-französische Freundschaftsvertrag spielte im Wahlkampf von 1965 keine wesentliche Rolle mehr, ebenso wenig wie der 1992 unterzeichnete Vertrag von Maastricht im Jahr 1994. Die großen Wahlkampfthemen waren andere: 1953 die Wiederbewaffnung und die Westbindung, 1961 der Bau der Mauer, 1972 die Ostverträge, 1990 die deutsche Einheit. In den anderen Jahren standen meist wirtschafts- und sozialpolitische Themen im Vordergrund. Auch abseits der Wahljahre fand die europäische Einigung in der Öffentlichkeit nur wenig Resonanz, wenn nicht gerade ein großes symbolträchtiges Ereignis kurzzeitig den Blick auf sie lenkte. Noch im Herbst 2009, zu einem Zeitpunkt, als immerhin der Vertrag von Lissabon in Kraft trat, widmete das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“, wie eine Inhaltsanalyse ergab, den Reformen der EU etwa gleich viel Platz im Heft wie der Wirtschaftspolitik Weißrusslands und einer Währungsreform in Nordkorea.

Die Aufregung hat sich wieder weitgehend gelegt

Dies hat sich in der Zwischenzeit gründlich geändert. Vermutlich, weil sich das Thema europäische Einigung durch die Staatsschuldenkrisen in vielen europäischen Ländern mit den klassischen innenpolitischen Themen der Wirtschafts- und Finanzpolitik verbunden hat, blickt die Öffentlichkeit wesentlich aufmerksamer auf Europa als früher. Es vergeht kaum ein Tag, an dem nicht ausführlich über die Staatsverschuldung in Griechenland, Zypern, Irland und neuerdings auch Frankreich berichtet wird, über Staatskrisen in Portugal und Italien oder die Arbeitslosigkeit in Spanien, stets verknüpft mit der Frage, welche Belastungen diese Ereignisse für die deutsche Staatskasse - und damit letztlich für die Bürger - bedeuten.

17. 07. 2013 Spargesetz: Griechisches Parlament billigt Massenentlassungen

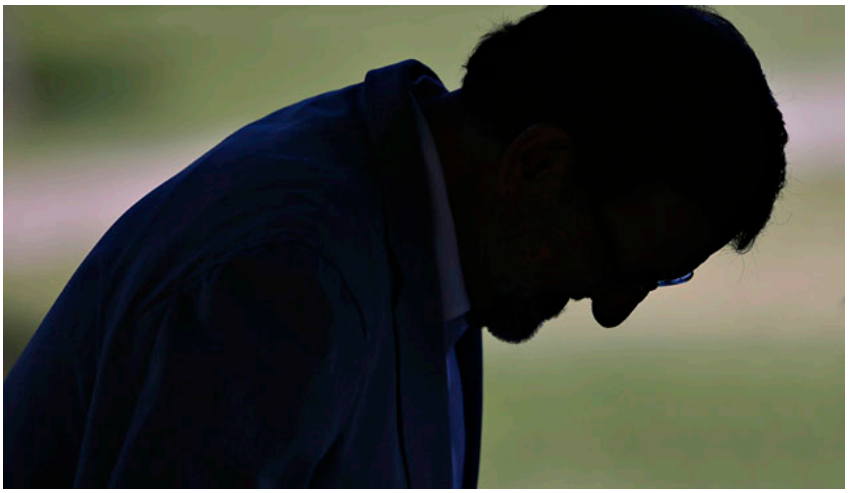
Wütende Proteste in Athen, Erleichterung in Berlin: Das griechische Parlament hat das umstrittene Sparpaket beschlossen und den Weg zur Entlassung Tausender Staatsbediensteter freigemacht. Die Finanzhilfe für das hochverschuldete Land kann damit weiterfließen.

Athen - Das griechische Parlament hat nach zweitägiger, zum Teil stürmisch geführter Debatte ein neues Sparpaket der Regierung gebilligt. Darin enthalten ist auch ein Gesetz, dass die Entlassung von 15.000 der insgesamt rund 700.000 Staatsbediensteten ermöglicht. Noch bevor die namentliche Abstimmung am späten Mittwochabend zu Ende war, wurde die nötige Mehrheit von 151 der 300 Abgeordneten erreicht. Das offizielle Ergebnis sollte nach Abschluss der Abstimmung vom Parlamentspräsidenten bekanntgegeben werden.
Die Billigung des Gesetzesbündels mit 107 Artikeln war eine der Voraussetzungen für die Auszahlung der nächsten Kredittranche an Athen. Die Troika aus EU-Kommission, Europäischer Zentralbank (EZB) und Internationalem Währungsfonds (IWF) wird insgesamt 6,8 Milliarden Euro überweisen, davon 2,5 Milliarden bis Ende Juli.

Tausende Betroffene hatten in den vergangenen drei Tagen im Zentrum Athens gegen das Gesetz demonstriert. Vor allem Lehrer und Bedienstete der Kommunen stehen ganz oben auf der Liste der Staatsbediensteten, die entlassen werden sollen.

Die 15.000 Stellen im öffentlichen Dienst müssen bis Ende 2014 abgebaut werden, 4000 allein bis Ende dieses Jahres. Offen ist noch, wer dem Stellenabbau zum Opfer fallen soll. Auf der Entlassungsliste der griechischen Regierung stehen 1000 Beamte, gegen die Korruptionsverfahren laufen. Weitere 6000 sind öffentlich Beschäftigte mit befristeten Verträgen, die nun nicht verlängert werden sollen.
I
nsgesamt 12.500 Staatsbedienstete sollen im September in eine sogenannte Mobilitätsreserve versetzt werden. Acht Monate lang würden vor allem Lehrer und Polizisten für 75 Prozent ihres Gehalts weiterarbeiten. Tut sich in diesem Zeitraum keine sinnvolle Alternativstelle auf, wird ihnen endgültig gekündigt.In Berlin und anderen europäischen Hauptstädten dürfte das Ergebnis der Abstimmung mit Erleichterung aufgenommen worden sein. Wäre sie anders ausgefallen, hätte das gesamte Rettungsprogramm für Griechenland zur Disposition gestanden. Die Troika hatte die Verkleinerung des öffentlichen Sektors in Griechenland immer wieder zu einer der Top-Prioritäten erklärt. Hätte Athen sich verweigert, wäre die Zahlung der nächsten Tranche von Finanzhilfen kaum zu rechtfertigen gewesen. Die Angst vor einem griechischen Staatsbankrott, die bereits als überwunden galt, wäre mit Wucht zurückgekehrt.

17. 07. 2013 **·Spanien: Mariano Rajoy steht am politischen Abgrund** **Rajoys 350.000-€-Griff in die schwarze Parteikassa**



- **Neue Enthüllungen in der Schmiergeldaffäre um die regierende konservative Volkspartei (PP) in Spanien.**

Wie die Tageszeitung "El Mundo" am Mittwoch berichtet, griff Ministerpräsident Mariano Rajoy in den vergangenen zwei Jahrzehnten besonders eifrig in die schwarze Parteikassa.

Nach Angaben des früheren PP-Schatzmeisters Javier Barcenas erhielt Rajoy fast 350.000 Euro aus dem mit illegalen Spenden und Schmiergeldern gespeisten Topf. -
Die Informationen befinden sich auf einem USB-Stick mit Hunderten Dokumenten, den Barcenas am Montag einem Madrider Richter übergeben hatte. Die neuen Enthüllungen lassen den Gesamtumfang der von Barcenas verwalteten schwarzen Parteikassa auf 8,3 Millionen Euro steigen, schreibt "El Mundo". Unter Berücksichtigung der Geldentwertung bedeute dies, dass die Volkspartei in den vergangenen zwei Jahrzehnten ihr offizielles Budget jedes Jahr mit rund 600.000 Euro auffetten konnte. Die seit 2011 regierende PP stellte bereits von 1996 bis 2004 den spanischen Ministerpräsidenten. Rajoy galt als rechte Hand des damaligen Premiers Jose Maria Aznar. -

Bei den Auszahlungen stehe der Wahlkampfberater Pedro Arriola an der Spitze, doch liegt der langjährige Minister, PP-Chef und heutige Ministerpräsident Rajoy mit 350.000 Euro bereits an zweiter Stelle. Auf den von Barcenas penibel geführten Auszahlungslisten firmieren weitere prominente PP-Politiker wie der frühere Innenminister Jaime Mayor Oreja (250.000 Euro), Ex-Verteidigungsminister Federico Trillo (200.289 Euro), Ex-Wirtschaftsminister Rodrigo Rato (182.458) und Ex-PP-Generalsekretär Javier Arenas (fast 150.000 Euro).

Die Enthüllungen von Barcenas haben die spanische Regierungspartei in den vergangenen Tagen massiv in Bedrängnis gebracht. Die PP wies die Anschuldigungen rundweg zurück, doch publizierte die Tageszeitung "El Mundo" Handy-Kurzmitteilungen von Rajoy an Barcenas, in denen der Premier dem damaligen PP-Schatzmeister auch nach Eröffnung der Ermittlungen Mut zusprach und ermunterte standhaft zu bleiben. Barcenas sagte aus, noch im Mai 2010 mehrere tausend Euro Schwarzgeld in bar an Rajoy ausgezahlt zu haben. -

Rajoy betonte, niemals Schwarzgelder erhalten oder verteilt zu haben und lehnt einen Rücktritt ab. Die Regierungspartei vereitelte in den vergangenen Tagen mehrere Versuche, den Premier für eine Erklärung ins Parlament zu zitieren. Bei einer Pressekonferenz am Montag überging er sogar eine Frage der in der Schmiergeldaffäre exponierten Zeitung "El Mundo", auf die sich das Pressekorps zuvor geeinigt hatte. Stattdessen durfte ein Journalist der konservativen Zeitung "ABC" als Stichwortgeber für den Regierungschef firmieren. Er räumte ein, dass ihm die Frage vom Chefredakteur des PP-nahen Blattes "diktiert" worden sei.

17. Juli 2013, **Causa Telekom: Ex-BZÖ-Mann gesteht**

Der frühere BZÖ-Abgeordnete Klaus Wittauer wird ein Geständnis ablegen. **Im nun startenden Telekom-Prozess geht es erneut um Scheinrechnungen, rund eine Million Euro soll beim BZÖ gelandet sein-**

Wien – Ab heute, Donnerstag, steht Lobbyist Peter Hochegger erstmals vor dem Strafrichter. In der Causa Telekom Austria (TA), Untergruppe BZÖ-Finanzierung über 960.000 Euro, wirft ihm die Justiz Beihilfe zur Untreue und falsche Beweisaussage vor dem Telekom-U-Ausschuss vor.

Der Staatsanwalt geht von rückdatierten Scheinrechnungen für inadäquate Agenturleistungen aus, die binnen zwei Tagen erfolgten Zahlungen seien letztlich beim BZÖ gelandet. Die weiteren Angeklagten: Ex-FPÖ- bzw. BZÖ-Politiker Klaus Wittauer, Ex-TA-Vorstand Rudolf Fischer, die Werber Kurt S. und Tina H., Ex-BZÖ-Werber Arno Eccher sowie der ehemalige Pressesprecher von Exjustizministerin Karin Gastinger (BZÖ), Christoph Pöchinger.

Im Vorfeld wurden die Vorwürfe stets zurückgewiesen. Was Hochegger aber nun zusätzlich unter Druck setzen wird: Wittauer wird am Montag ein Geständnis ablegen. „Mein Mandant wird sich der Beihilfe zur Untreue schuldig bekennen", sagte sein Anwalt Ewald Scheucher zum Kurier. Wittauer sei klar gewesen, dass die Telekom das BZÖ im Wahlkampf 2006 unterstützen würde und es sich dabei um_„höhere Beträge handelt", sagte Scheucher. Für alle Beteiligten gilt die Unschuldsvermutung. Laut Anklage kam Hochegger (er gibt an, als Unternehmensberater heute 1000 Euro netto im Monat zu verdienen) 2006 rund um die Universaldienstverord-nung ins Spiel. An deren Änderung war die TA seit langem interessiert; allein es tat sich nichts. Deswegen habe sich TA-Manager Gernot Schieszler (heute: Kronzeuge) an Hochegger gewendet.

Er solle doch „eine Umsetzung der Payphone Access Charge (PAC; sie verbilligte die Verpflichtungen von Universaldienstleister TA; Anm.) noch vor der Nationalratswahl im Oktober 2006 und dem zu erwartenden Regierungswechsel betreiben", habe sein Auftrag gelautet. Der Lobbyist soll dann recherchiert und Schieszler mitgeteilt haben, dass „eine Änderung der Universaldienstverordnung eine Million Euro kostet".

Die von der TA erwünschte Verordnungsnovelle kam tatsächlich: Verkehrsminister Hubert Gorbach (BZÖ) hat sie am 6. Oktober 2006 unterschrieben. Was laut Anklage dazwischen geschah: Hochegger habe BZÖ-Abgeordneten Wittauer getroffen, um ihm mitzuteilen, er könne ihm für den Wahlkampf rund eine Million Euro zur Verfügung stellen. Das Geld werde von der TA kommen. Schieszler habe er informiert, dass sich eine BZÖ-Agentur an ihn wenden werde.

Der Staatsanwalt geht davon aus, dass die Million mit jenen 960.000 Euro ident ist, die bei der Werbeagentur S. gelandet sind. Die Agentur war fürs BZÖ tätig.

Ein Teil des Geldes (240.000 Euro) soll für den Wahlkampf der damaligen **Justizministerin Gastinger** verwendet worden sein. An dieser Stelle kommt deren Exmitarbeiter Pöchinger in die Ziehung. Er sollte Gastingers Persönlichkeitswahlkampf organisieren, „vor die Frage der Finanzierung gestellt", habe er aus dem Kabinett den Tipp bekommen, sich an Wittauer zu wenden.

Der habe ihm 100.000 Euro zugesagt – und zudem versprochen, „die Abwicklung der Finanzierung" der mit einer **Gastinger-Printkampagne** betrauten Werberin Tina H. „persönlich zu übernehmen". Ihr Honorar (240.000 Euro brutto) bekam die von der Telekom – auf Anbot wie Rechnung war allerdings von einer „Vertriebskooperation von aonAlarmServices mit Finanzdienstleistern" die Rede. Eine Leistung, die H. nie erbracht hat; wovon sie Kontaktmann Pöchinger informiert habe. Der habe sie aufgefordert, die Rechnung trotzdem an die TA zu stellen. „Hätte Pöchinger dem nicht zugestimmt", so der Ankläger, „hätte H. (laut eigener Aussage; Anm.) die Rechnung für ihre Tätigkeit an ihn bzw. das Justizministerium gelegt."

Exministerin Gastinger ist nicht angeklagt. Die Ermittlungen gegen sie führt die Grazer Staatsanwaltschaft, weil einer ihrer damaligen Mitarbeiter Staatsanwalt in Wien ist und vorübergehend Beschuldigter war. Die Grazer haben in der Causa Gastinger auch schon einen Vorhabensbericht abgeliefert – der ruht aber seit Monaten im Justizministerium.

Ankläger übersiedelt

Telekom-Ankläger Hannes Wandl ist übrigens übersiedelt, er ist jetzt Staatsanwalt in Innsbruck. Bis Herbst wurde er aber noch nach Wien zugeteilt, damit er die großen TA-Causen erledigen kann. In die kleineren arbeitet sich bereits eine Kollegin von ihm ein.

EU-Budget: EU-Staatsanwalt macht Jagd auf Betrüger

17.07.2013**Eine neue EU-Staatsanwaltschaft soll die Veruntreuung von Gemeinschaftsgeldern direkt in Mitgliedstaaten bekämpfen. Nach Schätzungen wird das EU-Budget pro Jahr um rund 500 Mio. Euro geschädigt.**

Brüssel. „Die Berge sind hoch, der Kaiser ist weit weg“ – dieses alte chinesische Sprichwort beschreibt ein Problem, mit dem jede geografisch ausgedehnte Bürokratie früher oder später konfrontiert ist: Wie gewährleisten, dass die zentralen Budgetmittel in den entlegenen Regionen auch tatsächlich zweckmäßig eingesetzt werden? Während die kommunistischen Herrscher der Volksrepublik immer noch keine zufriedenstellende Antwort auf diese Frage gefunden haben, wie die in schöner Regelmäßigkeit publizierten Berichte von Korruption in den chinesischen Provinzen belegen, versucht die EU-Kommission, bei der Bekämpfung von Betrug die lokalen Aufseher enger an Brüssel zu binden – und zugleich untereinan-der zu vernetzen.

Am Mittwoch präsentierten Justizkommissarin Viviane Reding und ihr für den Bereich Steuern zuständiger Kollege Algirdas Šemeta den Entwurf einer europäischen Staatsanwaltschaft, die in Hinkunft die Veruntreuung von EU-Budgetmitteln strafrechtlich wirksamer bekämpfen soll, als es derzeit der Fall ist. Denn aus der Sicht der Brüsseler Behörde mangelt es derzeit einerseits an Befugnissen der bestehenden EU-Betrugsbekämpfungseinheiten OLAF und Eurojust, und andererseits an effektiver Zusammenarbeit zwischen den nationalen Justizbehörden – was dazu führt, dass manche Ermittlungen an der Staatsgrenze zum Erliegen kommen. Nach Schätzungen der Kommission wird das EU-Budget pro Jahr um rund 500 Mio. Euro geschädigt – allerdings soll die Dunkelziffer deutlich darüber liegen. Nicht einmal jede zweite Betrugser-mittlung endet mit einem Schuldspruch.

Den Kampf gegen Betrug soll fortan ein Europäischer Staatsanwalt koordinieren, der von vier Stellvertretern flankiert wird – eine bewusst schlanke Organisationsstruktur, die auf bestehende Strukturen zurückgreifen soll: IT-Ressourcen sollen beispielsweise von Eurojust kommen. Ein zehnköpfiges Kolle-gium, das sich aus den Europäischen Staatsanwälten und nationalen Vertretern zusammensetzt, ist für die internen Regeln und die

Verteilung der Fälle zuständig. Die Staatsan-waltschaft soll weisungsunabhängig sein, ihre Mitglieder werden vom Rat ernannt, das Europaparlament hat dabei Mitspracherecht.

Die Bodentruppen für die juristische Offensive der EU liefern hingegen ihre Mitglieder – so soll jedes Land mindestens einen nationalen Staatsanwalt abkommandieren, der die Untersuch-ung durchführen und dabei auf eigene Ressourcen zurück-greifen soll –, denn die Ermittlungen werden zwar vom Europäischen Staatsanwalt angeordnet, unterliegen aber nationalem Recht und bedürfen einer Zustimmung des örtlichen Gerichts. Ein Durchgriff der EU-Ermittler ist also nicht vorge-sehen. Dafür sollen sie gewährleisten, dass Beweisma-terial bei grenzüberschreitenden Betrugsfällen in allen beteiligten Ländern anerkannt wird. Damit soll verhindert werden, dass Missetäter in einem Land verurteilt werden, im anderen aber freikommen.

OLAF wird ausgedünnt

Bodentruppen für die neue Eliteeinheit kommen allerdings auch von OLAF – jener für die Betrugsbekämpfung zuständigen Agentur, die im Zug der Affäre um den im Herbst 2012 unfreiwillig zurückgetretenen maltesischen Kommissar Joe Dalli in Zwielicht geraten war, und zwar aufgrund ihrer fragwürdigen Ermittlungsmethoden. Reding bestätigte zwar gegenüber der „Presse“, dass ein Teil der administrativen Ressourcen von OLAF der Europäischen Staatsanwaltschaft zugeteilt werden sollen (siehe Seite 2). Ein Zusammenhang mit der Affäre Dalli wurde aber bestritten – auch die Tatsache, dass OLAF in der Gestalt eines unabhängigen „Prüfers der Verfahrensgarantien“ einen Aufseher erhält, soll nichts mit den Vorwürfen zu tun haben.

Damit der Europäische Staatsanwalt seinen Dienst antreten kann, müssen noch Europaparlament und Rat zustimmen. Nachdem mit Großbritannien, Irland und Dänemark drei Länder eine Opt-out-Klausel haben, geht Reding davon aus, dass die Staatsanwaltschaft im Rahmen der verstärkten Zusammen-arbeit gegründet wird – damit es so weit kommt, müssen mindestens neun EU-Mitglieder mit an Bord sein.

18. 07. 2013

·Gold steht vor größtem Quartalsverlust seit Jahrzehnten

"Wir können nicht einfach den Kopf in den Sand stecken und beten, dass der Goldpreis wieder steigt"

- Immer mehr Produzenten des Edelmetalls sichern ihre Goldproduktion über Terminverkäufe ab. Kein gutes Zeichen für die Entwicklung des Goldpreises.

Sagt man doch, dass Hedging eine Aussage zum Goldpreis gibt: Glaubt man nämlich an steigende Preise, wird kein Hedging betrieben. Glaubt man dagegen an einen Abwärtstrend, wird gehedgt.

In den vergangenen Jahren haben Investoren und Produzenten das sogenannte Hedging gemieden, nachdem sie zum Ende des vergangenen Jahrzehnts mindestens zehn Milliarden Dollar für die Abwicklung von Termingeschäften aufwenden mussten. -

“Wir können nicht einfach den Kopf in den Sand stecken und beten, dass der Goldpreis wieder steigt”, sagt Gavin Thomas, Vorstandschef der in Sydney ansässigen Kingsgate Consolidated, die die größte Goldmine Thailands betreibt. Trotz des Widerstands der Investoren erwägt er die Absicherung seiner Goldproduktion über Terminverkäufe. “Hedging ist eine Aussage zum Goldpreis. Wenn ich glaube, dass der Preis steigt, betreibe ich kein Hedging, wenn ich an einen Abwärtstrend glaube, betreibe ich Hedging.” -

Russlands zweitgrößter Goldproduzent Petropavlovsk und die australische OceanaGold haben mit der Absicherung über Terminverkäufe begonnen, und Broker wie Société Générale rechnen damit, dass weitere Unternehmen ihre Produktion ebenfalls absichern. -

Damit hoffen die Produzenten angesichts eines weiteren erwarteten Preisverfalls bei Gold ihre Erlöse anzukurbeln und sicherzustellen, dass sie ihre Verbindlichkeiten bedienen können. Erstmals seit 2000 steuert der Goldpreis auf ein Verlustjahr zu. Terminverkäufe der Goldproduktion könnten den Abwärtstrend beim Goldpreis weiter fördern, warnt Bank Julius Bär.

“Es gibt nur wenige Goldproduzenten, die keine Probleme haben”, konstatiert Tim Schroeders, Fondsmanager bei Pengana Capital in Melbourne. “Viele haben hohe Schulden oder hohe Kosten. Die Produzenten müssen Hedging in Erwägung ziehen.” -

Das Hedging-Comeback -

Beim Hedging verkaufen Goldproduzenten ihre künftige Produktion zu einem Festpreis, um sich Kredite zu sichern und ihre Margen zu schützen. In den vergangenen zehn Jahren, als Gold die längste Rally seit mindestens neun Jahrzehnten hinlegte, verlor die Strategie an Bedeutung. Die Investoren übten Druck auf die Goldproduzenten aus, ihre Terminverkäufe aufzulösen, als der Goldpreis sich während der Rally verachtfachte. AngloGold Ashanti investierte 2010 2,6 Milliarden Dollar in die Auflösung seiner Terminverkäufe, beim Branchenprimus Barrick Gold fielen im dritten Quartal 2009 5,6 Milliarden Dollar für die Aufgabe des Hedgings an. -

“Je mehr Absicherungsgeschäfte durchgeführt werden, desto stärker sind die negativen Aus-wirkungen auf den Preis, weil damit praktisch ein Strom von Gold auf den Markt fließt”, erklärt Tyler Broda, Analyst bei Nomura International Plc in London. Seiner Auffassung zufolge haben die Produzenten bereits die Chance verpasst, sich gute Preise zu sichern. “Auf dem Höhepunkt des Preiszyklus hätten sie mit der Absicherung beginnen sollen.” -

Auch weiterhin fallende Goldpreise -

Am Donnerstag wurde Gold zu 1277,76 Dollar die Unze gehandelt, nachdem der Goldpreis am 28. Juni auf ein 34-Monats- Tief bei 1180,50 Dollar je Unze gefallen war. Goldman Sachs Group prognostiziert bis Ende 2014 einen Goldpreis von 1050 Dollar. -

Nach Einschätzung von Standard Chartered wird das Netto-Volumen des auf Termin verkauften Goldes von 30 Tonnen in diesem Jahr bis auf 500 Tonnen

2017 steigen. Fitch Ratings prognostizierte im Juni, dass Goldproduzenten mit einer dünneren Kapitaldecke verstärkt Goldlizenzen verkaufen, Gold auf Termin verkaufen und Absicherungsgeschäfte tätigen dürften. -

Hedging als letztes Mittel -

Eine Rückkehr zur Absicherung dürfte für die Produzenten von Kanada bis Australien ein letztes Mittel sein, um ihre Gewinne zu stützen. Bisher haben sie bereits Pläne für Kostensenkungen, Minenverkäufe, Personalabbau und eine Verringerung der kosten-intensiven Produktion bekanntgegeben. Der Verfall des Goldpreises könnte ansonsten die Gewinne der Produzenten um rund zehn Milliarden Dollar schmälern. -
-

Kostensenkungen "dürften nicht ausreichen, wenn man die beschleunigte Korrektur des Goldpreises in letzter Zeit betrachtet", und einige Produzenten dürften zur Absicherung gezwungen sein, schrieb Philipp Lienhardt, Analyst bei Julius Bär, am 28. Juni in einem Bericht an seine Kunden. -

Allerdings besteht beim Absichern immer die Gefahr, aufs falsche Pferd zu setzen. "Wenn ich heute eine Absicherung tätige, sehe ich am nächsten Tag, ob es die richtige Entscheidung war oder nicht, das ändert sich ständig", erläuterte Peter Bowler, geschäftsführender Direktor bei Beadell Resources. Das Unternehmen hat im April 195.000 Unzen Gold zu einem Preis von 1600 Dollar je Unze im Rahmen einer Finanzierungsvereinbarung abgesichert. "Bei dieser Sache kann man ganz schnell ziemlich blöd dastehen."

18.07.2013

Monsanto verzichtet auf weitere Gen - Zulassungen in der EU

- **Der US-Agrarkonzern Monsanto zieht alle ausstehenden Zulassungsanträge für den Anbau von gentechnisch veränderten Nutzpflanzen in der Europäischen Union zurück.**

Grund sei die fehlende kommerzielle Perspektive, sagte der für Europa zuständige Monsanto Manager Jose Manuel Madero der Nachrichtenagentur Reuters per Telefon.

"Wir werden die Anträge in den kommenden Monaten zurücknehmen." Betroffen seien fünf Anträge für genetisch veränderten Mais, einer für Sojabohnen und einer für Zuckerrüben. Dagegen werde man weiter eine Erneuerung der Zulassung für die Maissorte MON810 anstreben. Sie ist bislang die einzige genetische veränderte Nutzpflanze, die kommerziell in Europa angebaut wird. Ein Sprecher der EU-Kommission bestätigte, dass Monsanto die EU über die Pläne unterrichtet habe. -

Konzentration auf konventionelles Saatgut -

Madero sagte, Monsanto werde sich in Europa nun auf sein Geschäft mit konventionellem Saatgut konzentrieren. Bereits im Mai hatte der Agrarchemiekonzern angekündigt, die Zulassung seiner gentechnisch veränderten Pflanzen in Europa nicht weiter auszubauen. Der Schritt des Konzerns spiegelt die Enttäuschung vieler Biotechnologie-Firmen mit der skeptischen Haltung der EU und ihrer Mitgliedsstaaten gegenüber gentechnisch veränderten Pflanzen wider. Entscheidungen der EU fallen oft mit jahrelanger Verspätung. Während die Maissorte MON810 in der EU zugelassen wurde, haben mehrere EU-Staaten, darunter Frankreich, Deutschland und Italien, wegen der Ablehnung der Technologie durch ihre Bürger ein nationales Verbot erlassen. -

Unter anderem weil die grüne Gentechnik in Europa so umstritten ist, hatte bereits im vergangenen Jahr der deutsche Chemie-Konzern BASF das Handtuch geworfen und seine Zentrale für Pflanzen-Biotechnologie von Deutschland in die USA verlegt.

18. Juli 2013, **Bankenhilfe kostete Staat bisher 6,4 Milliarden €**

Kein Weg an der Verstaatlichung vorbei gab es bei der Kärntner Hypo und der Kommunalkredit. Die Welt habe gebannt auf Österreich geschaut, meint Wifo-Bankenexperte Franz Hahn.

Die Rettung des Mutterinstituts des Volksbankensektors, die ÖVAG, hätte man laut Hahn aber "sterben lassen" sollen. Er vermutet Bankenlobbying dahinter.

Dieser Nettoverlust drückt auf den Staatshaushalt. Strittig ist, ob die Verstaatlichung der ÖVAG nötig oder Lobbyismus geschuldet war

Zumindest ihren Sinn für Humor hat Maria Fekter nicht verloren. "Also, will wer eine Bank? Ich habe welche zu verkaufen", fragte die Finanzministerin im Mai bei einer Raiffeisen-Veranstaltung in die Runde. Dass der Staat zu einem großen Bankinhaber geworden ist, hat freilich nichts mit einem links-linken Regierungsprogramm zu tun, sondern vielmehr mit den Folgen der Weltwirtschaftskrise und katastrophalen Managementfehlern der Banken im Inland.

Kleiner Kaufpreis, große Haftung

Aber der Reihe nach. Unmittelbar nach der Lehman-Pleite am 15. September 2008 wurde in Österreich die ursprünglich auf Gemeindefinanzierung spezialisierte Kommunalkredit notverstaatlicht. Milliardenschwere Spekulationsgeschäfte mit Kreditausfallsversicherungen (Credit Default Swaps) waren der Bank zum Verhängnis geworden. Streng genommen ist diese Verstaatlichung nicht der Regierung Faymann

zuzuordnen. Der Beschluss fiel nämlich bereits am 3. November, also einen Monat vor der Angelobung der neuen Regierung.

Ein Jahr später, am 14. Dezember 2009, sprang die Republik bei der Kärntner Hypo Alpe Adria als Retter ein. Die Anteile der damaligen Eigentümer Bayerische Landesbank, Land Kärnten und Grazer Wechselseitige wurden für je einen Euro übernommen.

Komplett wurde das staatliche Bankenportfolio schließlich am 27. Februar 2012. Die Österreichische Volksbanken AG (ÖVAG), 2008 bereits als Kommunalkredit-Hälfteeigentümerin "mitgerettet", wurde ein zweites Mal aufgefangen. Der Staat übernahm 43 Prozent an dem Institut.

Negativer Saldo

Dazu kamen Kapitalspritzen (Partizipationskapital) und Haftungsübernahmen für Raiffeisen, Erste und Bawag P.S.K. Was sich zur Jahresmitte 2013 aber bereits ohne großes Risiko sagen lässt: Ein gewinnbringendes Geschäft wird das Bankenrettungspaket nicht mehr. Ein Überblick:

Kommunalkredit: Bei der Kommunalkredit (vor allem ihrer Bad Bank KA Finanz) belaufen sich die eingetretenen Verluste bereits auf über drei Milliarden Euro *(siehe Grafik).* Darin eingerechnet sind Zuschüsse, realisierte Kapitalabschreibungen und schlagend gewordene Haftungen.

Kärntner Hypo: Noch höher, nämlich bei fast 3,5 Milliarden Euro, liegen die Verluste mit der Hypo Alpe Adria. Allerdings: Wie berichtet könnte es hier noch wesentlich dicker kommen. Im heurigen Jahr ist im Staatshaushalt eine Kapitalaufstockung von 700 Millionen und eine Garantie von 200 Millionen für die Hypo vorgesehen. Diese Summen dürften aber bereits für die Halbjahresbilanz benötigt werden. Laut Bankspitzen könnte die Lücke im Gesamtjahr zwei bis 2,5 Milliarden Euro betragen.

ÖVAG: Die Volksbanken AG hat die Steuerzahler bisher 950 Millionen Euro gekostet.

Damit nicht genug: Da der Staat für die Bankenhilfen Kredite aufnehmen musste, fallen auch Zinsen an - seit 2008 fast 900 Millionen Euro. Auf der anderen Seite haben Raiffeisen, Erste Bank und Bawag P.S.K sowie teilweise auch die anderen Banken Dividenden auf Partizipationskapital und Haftungsentgelte an den Staat abgeliefert. In Summe lagen die Einnahmen bei 1,96 Milliarden Euro. Unterm Strich liegt der Nettoverlust aus dem Bankenpaket also bisher bei 6,4 Milliarden Euro.

"Alternativlose" Rettung

Stellt sich die Frage: War das nötig? Musste der Staat wirklich in allen Fällen als Retter einspringen? Für den Wifo-Bankenexperten Franz Hahn waren zumindest die Hypo- und die Kommunalkredit-Rettung "alternativlos" - vor allem wegen der weltweiten Finanzkrise.

Hahn erinnert: "Österreich stand damals in der Auslage." Der bekannte US-Ökonom Paul Krugmann hatte Österreich Mitte 2009 wegen des hohen Ostengagements des Bankensektors als Pleitekandidaten gehandelt. "Daher war es auch bei der Kärntner Hypo sinnvoll, sich nicht auf lange Streitereien mit der BayernLB einzulassen", meint Hahn. Wäre es damals zu einem massiven Vertrauensverlust gekommen, "hätte der gesamte Bankensektor ein Problem bekommen". Wie das Finanzministerium in mehreren parlamentarischen Anfragen betonte, hatte in den heißen Tagen im Dezember 2009 zudem die Europäische Zentralbank Druck in Richtung Rettung gemacht.

Gute Entscheidung, schlecht ausgeführt

Die wirklichen Fehler wurden laut Hahn in den Folgejahren gemacht. "Beide Banken hatten kein sinnvolles Geschäfts-modell." Die Möglichkeit, sich über die Jahre "aus den Troubles herauszuverdienen", sei daher nie realistisch gewesen. "Das Neuge-schäft hätte man gleich unterbinden müssen."

Hahn: "Diese Krot müssen wir schlucken. An den zu sozialisierenden Kosten wird sich nichts mehr ändern." Zuletzt hatte auch der Internationale Währungsfonds auf eine rasche Abwicklung der verstaatlichten Institute gedrängt. Weitere Verluste für die Steuerzahler seien zwar wahrscheinlich, aber eben mit längerem Zuwarten auch nicht zu vermeiden, erklärte IWF-Expertin Enrica Detragiache bei einem Wien-Besuch.

Eine Bank zu viel

Differenzierter sieht Hahn die ÖVAG-Rettung 2012. Damals stand Österreich nicht mehr im internationalen Fokus. Eine Pleite der Bank wäre demnach ohne größere Verwerfungen am heimischen Bankenmarkt über die Bühne zu bringen gewesen, glaubt Hahn. "Angesichts der Tatsache, wie widerspenstig sich der Volksbanken-sektor an den Kosten beteiligte, hätte man konsequenter vorgehen können." Hahn: "Es wäre gerechtfertig gewesen, die Bank schnell sterben zu lassen." Dass der Staat trotzdem einsprang, führt der Wifo-Experte auf massives Lobbying der Großbanken zurück. "Für Raiffeisen, Erste und Bank Austria ist es ein No-Go, dass ein größeres Institut schnell verschwindet."

Freilich hatte sich auch die Notenbank für die ÖVAG-Rettung starkgemacht, was Hahn aber ebenfalls nicht überrascht. "Notenbanken neigen dazu, sich nicht für Bankschließungen auszusprechen. Indirekt würde das ja auch bestätigen, dass sie ihre Aufsichtspflichten nicht gut wahrgenommen haben."

19. Juli 2013 11:01

Minus 12 Prozent

Karl verliert Vertrauen der Wähler

Vizekanzler Spindelegger liegt in der Vertrauensfrage weiter vor Kanzler Faymann.

Justizministerin Beatrix Karl (ÖVP) ist die größte Verliererin im aktuellen APA-/OGM-Vertrauensindex. Im Lichte ihres Agierens beim Jugendstrafvollzug stürzt sie gegenüber der Erhebung im Juni um zwölf Prozentpunkte auf einen Saldo von minus 14 ab, am stärksten unter den abgefragten Bundespolitikern. Vizekanzler Michael Spindelegger (ÖVP) liegt weiter vor Kanzler Werner Faymann (SPÖ). Beide verloren, Spindelegger aber stärker.

Der Vertrauensindex bildet ein Saldo aus "Vertrauen" und "kein Vertrau-en" (in Prozent) ab. Basis waren 501 Interviews unter Österreichern ab 16 Jahren am 16. Juli. Die maximale Schwankungsbreite beträgt 4,5 Prozent.

Fischer an der Spitze -
-

An der Spitze des Vertrauens rangiert erneut Bundespräsident Heinz Fischer mit 53 Punkten (plus acht, der Bestwert auch bei der Veränder-ung), dahinter folgt Nationalratspräsidentin Barbara Prammer (SPÖ) mit 23 Punkten (+5). Auf den vorderen Rängen finden sich auch wieder Integrationsstaats-sekretär Sebastian Kurz (ÖVP) mit 18 (+5) und Verteidigungs-minister Gerald Klug mit 16 (+2) Punkten.

Knapp negativ mit minus zwei Punkten (-1) ist weiter Faymann, knapp positiv Spindelegger mit einem Saldo von plus eins. Der Vizekanzler verlor aber fünf Prozentpunkte, was OGM-Chef Wolfgang Bachmayer in Zusammenhang mit den laufenden Lehrerdienstrecht-Verhandlungen sieht.

Bachmayer verweist auf Verschlechterungen auch bei den anderen beteiligten Regierungsmitgliedern. So ist Unterrichts-ministerin Claudia Schmied die am schlechtesten Bewertete des SPÖ-Teams, sie verlor sieben Punkte und kommt jetzt auf einen Saldo von minus 24. Finanzministerin Maria Fekter (ÖVP) verlor sechs Punkte und liegt bei minus 22.

Verschlechtert hat sich auch Landwirtschaftsminister Nikolaus Berlakovich (ÖVP), mit einem Negativsaldo von 42 (-1) ist der von der Bienendebatte gezeichnete Ressortchef weiterhin das Schlusslicht des rot-schwarzen Kabinetts. Noch schlechter wurden erneut nur Beamten-Gewerkschafter Fritz Neugebauer (ÖVP) mit minus 48 (-3) und der dritte Nationalratspräsident Martin Graf mit minus 62 Punkten (-7) bewertet.

Grünen-Chefin Eva Glawischnig hat ihren seit der Salzburger Landtags-wahl deutlich gestiegenen Vertrauenswert noch etwas ausgebaut, sie liegt mit plus fünf Punkten (+4) als einzige Oppositionspolitikerin im positiven Bereich. FPÖ-Chef Heinz Christian Strache und Partei-Neueinsteiger Frank Stronach liegen Kopf an Kopf bei einem Negativsaldo von 35, wobei Strache drei Prozentpunkte dazugewonnen hat und Stronach drei verlor. Ebenso viel büßte BZÖ-Chef Josef Bucher ein, er liegt nun bei minus 29 Punkten.

19.07.2013 Rücktrittsforderung gegen Stronach-Chef Mayr Die Bezirksobleute des Team Stronach wollen offenbar nicht mehr: In einem offenen Brief fordern sie Landes-parteichef Hans Mayr zum Rücktritt auf. Der Grund: dessen angeblich diktatorischer Führungsstil.

Offener Brief gegen Hans Mayr.

Konkret versendeten namentlich nicht auftretende Unzufriedene Unterlagen an mehrere Tageszeitungen. Darunter ist auch ein von den Aufständischen angefertigtes Protokoll einer Sitzung des Führungsteams. Darin wird kritisiert, dass Parteichef und Landesrat Mayr Personal nach eigenem Gutdünken anstelle und wieder entferne, ohne Beschlüsse einzuholen - etwa einen Organisationsreferenten oder die neue starke Frau der Partei, die Niederösterreicherin Karin Prokop. Auch deren mutmaßlich zu hohes Gehalt kritisieren die anonymen Schreiber. Zudem sei eine "Doppelfunktion" als Landesgeschäftsführerin und Büroleiterin des Landesrats nicht akzeptabel.

Die Bezirksobleute fordern Mitspracherecht bei der Bestellung der Landesgeschäftsstelle. Gleichzeitig wird bemängelt, dass diese, ohne die Parteibasis zu informieren, von der Franz-Josef-Straße in die Fürbergstraße verlegt wurde.
Ein weiterer Kritikpunkt betrifft die Parteifinanzen - diese werden als völlig intransparent bezeichnet. Dienstwagen und Chauffeur für Mayr im Wahlkampf seien problematisch gewesen, genauso das Engagement von Mayrs Tochter für die musikalische Begleitung von Veranstaltungen. Hinzu komme, so heißt es, dass die Bezirksorganisationen finanziell ausgehungert würden.

Aus all diesen Gründen fordern die Funktionäre einen Rücktritt von Hans Mayr als Parteichef. Als Ersatz kämen NRAbg. Erich Tadler oder LAbg. Gabriele Fürhapter in Betracht.

Landesgeschäftsführerin Prokop sagt: "Alles ist bestens." Es habe eine Aussprache mit den Funktionären gegeben, wobei drei gekommen seien. Der Nationalratswahlkampf komme in Schwung, man sei dabei, die Bezirksparteien aufzubauen und Mitglieder zu werben. Dann werde es Bezirks- und Landesparteitage geben.

19.07.2013 # Wegen Ostgeschäften

Moody's stuft Raiffeisen hinab - Schlechte Aussicht

Die Ratingagentur Moody's hat das Kreditrating der Raiffeisen Bank International (RBI) von "A2" und das Rating der Raiffeisen Zentralbank (RZB) von "A3" bestätigt. Der Ausblick wurde aber auf negativ gesenkt, teilte Moody's am Freitagabend mit. -

Das Rating der Bundesländer-Raiffeisenbanken senkten die Analysten um eine Stufe von "A1" auf "A2". Davon betroffen waren die Raiffeisenlandesbank Niederösterreich-Wien, Raiffeisenlandesbank Oberösterreich, Raiffeisenverband Salzburg, Raiffeisen-Landesbank Steiermark und die Raiffeisenlandesbank Vorarlberg. Der Ausblick für die RLB NÖ-Wien und RLB Oberösterreich wurde auf negativ gesetzt, für die anderen drei Banken auf stabil belassen. -

Kritisch bewerten die Moody's-Analysten die aktuelle Kapitalausstattung der Raiffeisen Bankengruppe und das hohe Engagement der Bank in Zentral- und Osteuropa. Positiv sieht Moody's unter anderem die starke Stellung von Raiffeisen in Österreich und die stabile Ertragslage

SPÖ Kärnten leitete öffentliche Gelder um

Die Kärntner Sozialdemokraten leiteten öffentliche Gelder jahrelang in rote Kassen um – mit lukrativen Landesaufträgen für die parteieigene Werbeagentur. Vier Monate nach Amtsantritt bedrohen diese Geldflüsse Peter Kaisers Zukunft als Landeshauptmann.

Politik ist immer auch eine Sache des Stils. Die freiheitliche Regentschaft in Kärnten unter Jörg Haider & Co war gezeichnet durch hohe Lautstärke, burschikose Umgangsformen, polternde Partystimmung mit erwachsenen Männern wie den Gebrüdern Scheuch in kurzen Lederhosen. Seit Peter Kaisers Amtsübernahme am 24. März hat sich Kärnten im wahrsten Sinn beruhigt. Der neue Landeshauptmann, Chef einer rot-grün-schwarzen Sachkoalition, ist ein nachdenklicher Mann. Haider und sein Nachfolger Gerhard Dörfler waren politischer Schabernack, Kaiser ist Ernsthaftigkeit pur. Blau-Orange verstand Politik als Outdoor-Veranstaltung zwischen Beachvolleyball-Turnier und Wörthersee-Starnacht. Kaiser wirkt, als ob er das Aktenstudium im Büro jedem Strand-Remasuri vorzöge. Und niemals würde der 54-jährige Landeshauptmann eine kurze Lederhose tragen. Im Wahlkampf streuten die Freiheitlichen, der SPÖ-Spitzenkandidat besäße – Skandal! – keinen Kärntner Anzug. -

Neue Zeiten im imagemäßig und finanziell schwer geschädigten Land. Neue Zeiten?

Was den Stil betrifft, ohne Zweifel. Und auch der Umgang mit öffentlichen Mitteln erfolgt unter Kaisers Ägide wieder nach den Grundsätzen der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit. Doch es gab auch ein sozialdemokratisches Leben vor dem Machtwechsel. Unter dem blauen Selbstbedienungsregime brachten es auch Peter Kaiser und die Kärntner SPÖ zu einer gewissen Routine im Transfer öffentlicher Gelder in Parteikassen – nicht in der elefantösen Systematik der Freiheitlichen, aber doch in einem Ausmaß, das die Korruptionsbekämpfer aus Wien auf den Plan rief. Büros wurden durchsucht, Konten geöffnet. Mögliche Verfehlungen aus der Vergangenheit bedrohen nun Kaisers Zukunft als Landeshauptmann. Strauchelt der Hoffnungsträger schon im ersten Jahr seiner Amtszeit?

1684 Aufträge -

Im Mittelpunkt der Affäre steht die Klagenfurter Werbeagentur Top Team. Bis 2010 war das Unternehmen Eigentum der Kärntner SPÖ. Danach wurde die Agentur um einen symbolischen Euro verkauft. Wie aus profil vorliegenden Saldenlisten der Landesbuchhaltung hervorgeht, erhielt Top Team zwischen 2004 und 2011 insgesamt 1684 Aufträge des Landes Kärnten – von einzelnen Großprojekten wie Werbekampagnen über Inseratengestaltung bis zur Abwicklung von Traueranzeigen für verstorbene Landesbedienstete. Gesamtumsatz: 1,3 Millionen Euro. Auftraggeber waren mehrheitlich die Referate der sozialdemokratischen Landesräte Peter Kaiser (Gesundheit, Krankenanstalten, Sport), Reinhart Rohr (Energie, Umwelt), Wolfgang Schantl (bis 2008 Gesundheit) und Gaby Schaunig (Soziales). Im Juli 2012 nahm das mögliche Unheil für Peter Kaiser seinen Lauf. Angesichts der eigenen Korruptionsfälle – wie das berüchtigte Millionen-Honorar für Steuerberater Dietrich Birnbacher (siehe Kasten) – sinnierten die Kärntner Freiheitlichen über Gegenangriffe. Das

nahe liegende Ziel: Top Team. Der possenhafte Ansatz: Das Land Kärnten, vertreten durch Landeshauptmann Gerhard Dörfler, erstattete offiziell Strafanzeige wegen Verdachts auf Untreue gegen Kaiser, Schantl, Rohr und Schaunig. Laut Anzeige hätten diese dem Land Kärnten durch Auftragsvergaben an die SPÖ-Agentur einen Schaden von zumindest 200.000 Euro verursacht. -
Eingebracht wurde die Anzeige bei der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft vom Klagenfurter Rechtsanwalt Christian Leyroutz. Advokat Leyroutz ist seit März freiheitlicher Klubobmann im Kärntner Landtag. -

Da es sich offensichtlich um ein politisches Manöver handelte, nahmen Peter Kaiser & Co die Anzeige nicht eben ernst – im Gegensatz zum Bundesamt zur Korruptionsbekämpfung (BAK). Im vergangenen September stellten Beamte in Räumlichkeiten der Landesregierung und der SPÖ-Parteizentrale Unterlagen sicher – in Kooperation mit den betroffenen Politikern. Peter Kaiser gelobte uneingeschränkte Zusammenarbeit: „Wir haben nichts zu verbergen." Schon zweimal stand Kaiser Beamten des BAK Rede und Antwort, im August 2012 und im März 2013. So sicher war sich Kaiser seiner Sache, dass er mehrfach seinen Rücktritt ankündigte, sollte die Korruptionsstaatsanwaltschaft Anklage gegen ihn erheben. In den vergangenen Wochen verdichteten sich in Klagenfurter Politzirkeln freilich Hinweise, die Ermittlungen würden für die SPÖ doch unangenehmer verlaufen als erwartet. Montag vergangener Woche berichtete die „Kärntner Woche" schließlich über einen ominösen „Zeugen aus den eigenen Reihen", der bei seiner Einvernahme unter Wahrheitspflicht Peter Kaiser belastet hätte. So hätte sich das SPÖ-Präsidium 2008 darauf verständigt, Werbeaufträge roter Ressorts gezielt an Top Team zu vergeben. Um die Ausschreibungspflicht ab dem gesetzlichen Schwellenwert von 40.000 Euro (seit Mai 2009 beträgt der Schwellenwert für Direktvergaben 100.000 Euro) zu umgehen, seien Aufträge gestückelt worden. -

Peter Kaiser reagierte erbost. Weder seien Aufträge gesplittet noch Geldtransfers zu Top Team diskutiert worden. Es handle sich um „politisch motivierte Vorwürfe". -

Es gebe keinen Belastungszeugen. Auch ein ORF-Team begab sich vergangenen Donnerstag für die „Zeit im Bild" auf Zeugensuche – ohne Erfolg. Der Sprecher der Korruptionsstaatsanwaltschaft, Erich Mayer, bestätigte laut ORF zwar, dass es jüngst eine Einvernahme gegeben habe. Die vorgebrachten Beschuldigungen könne er im Detail freilich nicht bestätigen.

Gefragte Auskunftsperson -
Tatsächlich gibt es sogar zwei Zeugen aus Kaisers engstem Umfeld, die vor den BAK-Beamten aussagten. Vor allem dessen langjähriger Büroleiter Arnold Gabriel dürfte aufgrund seiner Intimkenntnisse eine gefragte Auskunftsperson gewesen sein. Überdies wurde Kaiser-Sprecher Andreas Schäfermeier befragt. Gegenüber profil bestritt er, seinen Chef in irgendeiner Weise belastet zu haben. In Kaisers Amtszeit als Gesundheitslandesrat zeichnete Schäfermeier die Eingangsrechnungen der Top Team ab. Gabriel leitete sie an den Chef der Abteilung Gesundheitswesen weiter. Von dort gingen sie zur Begleichung an die Buchhaltung des Amtes der Landesregierung. -

Besonders bei der Ent- und Abwicklung von Kampagnen war Top Team Kaisers Vertrauensagentur, etwa bei der Aktion „Leben retten" zur Auffrischung der Erste-Hilfe-Kenntnisse der Kärntner Bürger. Kooperationspartner des Gesundheitslandesrats war das Kärntner Rote Kreuz (Präsident: Ex-SPÖ-Landeshauptmann Peter Ambrozy). Für die Erarbeitung des Corporate Designs der Aktion stellte Top Team 36.000 Euro in Rechnung. -

Für das Corporate Design der Kaiser-Kampagne „Krankenanstalten Kärnten“ überwies das Land 37.200 Euro an die SPÖ-Agentur, für die Kampagne „Gesundheitsversorgung“ 32.400 Euro. Für die Kampagne „Medizinische Betreuung“ berechnete Top Team dem Land 19.200 Euro, für „Spitalswesen Kärnten“ 15.240 Euro. -

Interessanterweise stellte Top Team sämtliche Rechnungen mit Datum 3. oder 4. Dezember 2009 aus. Auf den Belegen werden die Aufträge unter der gleichen Jobnummer mit fortlaufender Einzelnummerierung ausgewiesen: von 404582-001 bis 404582-005. Kaisers Bürochef Gabriel leitete die Rechnungen am 4. Dezember 2009 weiter. Der gesamte Auftragswert der fünf zeitgleich abgerechneten Kampagnen lag mit 140.040 Euro deutlich über dem damals gültigen Schwellenwert von 100.000 Euro für freihändige Vergaben. Landeshauptmann Kaiser beharrte vergangene Woche auf profil-Anfrage auf seiner Aussage, es sei zu keinem taktischen Splitting von Aufträgen gekommen. -

Der eigenen Parteiagentur öffentliche Aufträge zuzuschanzen, mag zweifelhaft sein, ist aber nur für politische Mitbewerber oder Anti-Korruptionsvereine wie Transparency International von Interesse. Strafrechtlich relevant würde die Causa, sollten keine oder nicht annähernd adäquate Gegenleistungen für die erhaltenen öffentlichen Gelder nachweisbar sein.

Kaisers Kampagne „Leben retten“ lief mit großem Trara im März 2010 an. In sämtlichen Kärntner Bezirken wurden kostenlose Erste-Hilfe-Auffrischungskurse abgehalten. Im Juni 2010 präsentierte der Gesundheitslandesrat mit der „Kronen Zeitung“ als Medienpartner eine besondere Initiative. Da „Autoapotheken Leben retten können“ (Kaiser), konnten die Kärntner Autofahrer in Bezirksapotheken alte gegen neue Erste-Hilfe-Sets gratis eintauschen. Insgesamt wurden 2000 Autoapotheken verteilt. -
Nach profil vorliegenden Informationen lief der Ankauf der Erste-Hilfe-Sets zumindest zum Teil über Top Team. So soll die Agentur noch im Jahr 2012 42.000 Euro für den Ankauf von Pflastern und Mullbinden eingesetzt haben. -

Für die Kampagnen „Krankenanstalten Kärnten“, „Gesundheitsversorgung“, „Medizinische Betreuung“ und „Spitalswesen Kärnten“ fehlen sichtbare Belege. Weder gab es Präsentationen oder Aussendungen noch finden sich Hinweise in den Zeitungsarchiven auf nennenswerte PR-Aktivitäten. Top Team führte auf allen vier Rechnungen vom Dezember 2009 das gleiche Leistungsspektrum an: „Erarbeitung Anzeigensujets, Umbau, Datenreinzeichnungen, elektronischer Datenversand von Sujets an diverse Verlage“. Insgesamt lukrierte die Agentur für die eher mangelhaft dokumentierten Dienstleistungen 104.040 Euro. Auf exakt diese vier Geschäftsfälle dürften sich auch die Erhebungen von BAK und Justiz konzentrieren. Staatsanwaltschafts-Sprecher Mayer gab im ORF an, man ermittle, „ob knapp 100.000 Euro aus Landesressorts für SPÖ-Parteiwerbung missbräuchlich verwendet wurden“. Laut Kaiser-Sprecher Schäfermeier sei „die gesamte selbstverständlich vorhandene Dokumentation“ der Aufträge den Behörden vorgelegt worden. -

Dass Kaiser im Dezember 2009 handstreichartig fünf Aufträge an Top Team freigab, dürfte an den Eigentümlichkeiten der öffentlichen Haushaltsführung liegen. Offensichtlich hatte der Landesrat in seinem Budget noch Restmittel übrig. Hätte er diese nicht verbraucht, wären sie verfallen und ihm auch für 2010 nicht zugewiesen worden. Doch so konnte Top Team dank Landesgeldern kurz vor Weihnachten noch einen Umsatzsprung verbuchen. Peter Kaiser schwächte seine Rücktrittsankündigungen im Falle einer Anklage vergangene Woche ab. Er werde seinen Posten zur Verfügung stellen, sollte er durch eine Anklage in seiner Amtsführung beeinträchtigt werden. Im übrigen hätten nicht nur SPÖ-Landesräte, sondern auch freiheitliche Regierungsmitglieder Aufträge an Top Team vergeben.□

21. 07. 2013 **Hat in Kärnten gut verdient: Ingrid Flick,**

-

flankiert von J. Haider und Ex-Banker W. Kulterer.

Hypo: Dicke Dividenden für Stillschweigen

Hypo-Kapitalbeschaffung: Nebenabreden, die Risiko vom Aktionär fernhielten, waren so geheim, dass mitunter nicht einmal der Investor davon wusste

Wien - Wann sich der Klagenfurter Strafrichter Christian Liebhauser-Karl der Causa Vorzugsaktien II in einer Hauptverhandlung widmen wird, ist noch offen; er hat viel zu tun mit diversen anderen Hypo-Verfahren. Seit voriger Woche liegt die von Staatsanwalt Robert Riffel geschriebene Anklage jedenfalls bei ihm - und die 193 Seiten haben es in sich.

Penibel schildert der von Gutachter Karl Hengstberger unterstützte Ankläger darin die Eigenkapitalbeschaffungsaktion der Hypo 2006. Vorzugsaktionäre wie Ingrid Flick, Flick-Privatstiftung, Kika plus Eigner Herbert und Friederike Koch oder Unaxis sicherten sich mit Put-Optionen ab, hatten also Rücknahmegarantien. Das aber bedeutet, dass es sich bei den 100 Mio. Euro nicht um Eigenkapital, sondern nur um Liquidität handelte - und die wurde laut Anklage zu teuer (Vorzugsdividenden bis zu 6,25 Prozent) gekauft.

Flick-Stiftung droht Geldbuße

Angeklagt sind die Ex-Banker Josef Kircher, Wolfgang Kulterer (damals Hypo-Aufsichtsratschef und im Vorstand der Flick-Privatstiftung), Siegfried Grigg und Tilo Berlin - aber auch die Flick-Privatstiftung. Sie soll sich "durch die Straftaten von Kulterer um mindestens 1,027 Mio. Euro bereichert" haben. Die Stiftung hat die Erträge aus dem Deal inzwischen bei einem Notar hinterlegt; der Staatsanwalt fordert gemäß Verbandsverantwortlichkeitsgesetz eine Geldstrafe. Es geht um den Vorwurf der (Beihilfe zur) Untreue und Bilanzfälschung. Die Angeklagten weisen die Vorwürfe zurück.

Der Bank entstand laut Anklage ein Schaden von rund neun Mio. Euro. Dazu kommen noch eine 2008 ausbezahlte Sonderdividende (2,5 Mio. Euro) für die Vorzugsaktionäre, ein Honorar (300.000 Euro) für den Vermittler, der Ronny Peciks Unaxis und die Köck-Privatstiftung an Land gezogen hatte, sowie Beratungskosten von 90.000 Euro, die die Hypo zugunsten selbiger übernommen hatte.

Allein an diesem Detail lassen sich die unorthodoxen Methoden und der Zeitdruck, der damals herrschte, nachzeichnen. Schon im Juni 2006 war der Vermittler laut Anklage an Stifter Christian Köck herangetreten, um für die Hypo-Vorzugaktien (sechs Prozent Fix-Dividende) zu werben. Eine Put-Option war damals nicht vorgesehen, also "hielten die Stifter dieses Investment für unattraktiv und nahmen davon Abstand".

Spätestens im Oktober haben die Hypo-Banker realisiert, dass keiner der potenziellen Aktionäre darauf reflektierte, einen Deal zu machen, aus dem er ohne Zustimmung der Hypo nicht mehr aussteigen konnte. Also griff man zu "Nebenabreden". Am Beispiel Köck-Stiftung: Am 24. Oktober sprach der Vermittler noch einmal vor, diesmal bewarb er die Vorzugsaktien "als außerordentlich sicher": dank Put-Option. Im Gegenzug musste das Geld aber binnen sechs Tagen eingezahlt sein. Da der Köck'sche Stiftungsanwalt gerade auf Urlaub weilte, prüfte ein externer Anwalt den Deal. Die Kosten dafür, so hatte es sich der Stifter vorweg ausbedungen, übernahm: die Hypo.

Zwar hatten die Wirtschaftsprüfer davor gewarnt, Rücknahmegarantien auszustellen und das Ganze dann als Eigenkapital zu verbuchen - geschehen ist es laut Justiz trotzdem. Und zwar unter höchster Geheimhaltungsstufe. Das zeitigte mitunter seltsame Folgen, etwa bei Vorzugsaktionär Moser Beteiligungen GmbH. Sie finanzierte ihr 19-Mio.-Paket per Kredit der Bank Burgenland - die das nur unter der Bedingung tat, dass der Deal mittels Put-Option abgesichert wird. Das kam so auch, der Kreditnehmer erfuhr davon aber nichts. Banker Kircher habe nämlich "Stillschweigen darüber auch gegenüber dem Kunden Walter Moser" gefordert, weil "kein anderer (möglicher) Vorzugsaktionär Kenntnis darüber erlangen solle, dass die Hypo in einem ‚Einzelfall' eine Sicherungsvereinbarung (...) gewährt".

Genauso diskret lief es bei Millionärin Flick (sie zeichnete zehn Mio. Euro und hatte ein Rücknahmegarantie der Hypo). In dem Fall habe Kulterer Flicks Berater telefonisch zu Stillschweigen aufgefordert, "damit kein anderer Vorzugsaktionär erfährt, dass es eine ‚Sonderbehandlung' für Frau Flick in Form der Put-Option gibt". Auch die Flick-Stiftung (zeichnete 25 Mio. Nominale) bekam dann Rücknahmegarantien.

Tilo Berlin intervenierte

Ingrid Flick selbst griff dann ein zweites Mal zu. 2008 wollte sich die Köck-Stiftung von einem Teil ihrer Vorzugsaktien trennen, ein Umstand, von dem Kulterer erfuhr und im Stiftungsvorstand berichtete. "Mit Blick auf die bisherigen Erträge aus den Vorzugsaktien-Investments" beschloss die Stiftung einen weiteren Kauf. Aber: Diesmal war keine Ausstiegsmöglichkeit für Flick vorgesehen; was deren Berater nicht goutierten. Das wenig überraschende Ende der Diskussionen, wie es sich in der Anklage liest: Tilo Berlin, der die Hypo inzwischen führte, habe den Flick-Stiftungschef angerufen und die Put-Option zugesagt. Als Banker Kircher aus dem Hypovorstand ausschied, gingen seine Kollegen daran, die Vorzugsaktien zu "bereinigen". Dazu musste Ende 2008 erst einmal bei Hypo-Notar Reinhard Kern "erhoben werden, ob und welche Nebenabreden bestanden", in der Bank waren die nicht zu finden. 2009 hat die Hypo die Aktien dann zurückgekauft. Kern bereinigte die Sache laut Anklage auf seine Art: Nach Eintragung der Kapitalherabsetzung "hat er die Nebenvereinbarungen vernichtet".

21.07.2013 Hypo-Finanzdebakel: Verlust frisst Staatshilfe auf

Hohe Abschreibungen lassen das Minus zum Halbjahr auf zumindest 700 Mio. Euro schnellen. Erste Vorschläge zur Bad Bank sollen im September vorliegen.

[Wien] Das Thema dürfte den Damen und Herren heute im Ministerrat die Sommerlaune gehörig verderben. Die neue Geldspritze in Höhe von 700 Mio. Euro, die die marode Hypo Alpe Adria jetzt bekommt, um Halbjahresbilanz legen zu können, ist zwar budgetiert. Das ist es aber auch - mehr ist für heuer im Haushalt nicht vorgesehenen. Das ganze Ausmaß des Debakels: Wie „Die Presse" erfuhr, werden die Verluste zum Halbjahr zumindest auf dem Niveau des nunmehrigen Staatszuschusses liegen - wenn sie nicht noch höher ausfallen. -

Die Hypo braucht bis Jahresende weiteres Geld. Auf gut zwei Mrd. Euro schätzen Bankspitzen den Staatszuschuss für die Hypo im Gesamtjahr - falls die von Finanzministerin Maria Fekter (ÖVP) bisher abgelehnte Bad Bank für die Auslagerung fauler Kredite nicht kommt. Die weitere Finanzierung, die einer internen Berechnung des Ministeriums zufolge bis 2017 zwischen 4,8 und 8,3 Mrd. Euro liegen könnte, ist allerdings offen. Darüber muss sich die neue Regierung den Kopf zerbrechen. -

Hypo-General Gottwald Kranebitter verabschiedet sich Ende August jedenfalls mit einem tiefroten Ergebnis. Zur Höhe wollte Hypo-Sprecher Nikola Donig nichts sagen. „Das steht noch nicht fest", sagte er auf „Presse"-Anfrage. Fest steht, dass der Abgang die Hälfte des Kapitals überschritten hat. Dieses liegt bei 969,097 Mio. Euro, dazu kommt 275 Mio. Euro Partizipationskapital. Im gesamten Vorjahr lag das Minus der Bank bei 231,2 Mio. Euro, inklusive Verlustvorträge machte der Bilanzverlust 395,868 Mio. Euro aus.

Hohe Wertberichtigungen

Eine wesentliche Rolle spielen Abschreibungen und Wertberichtigungen, vor allem für die Südosteuropa-Tochter, die mit 1,4 Mrd. Euro in den Büchern steht. Laut dem der EU übermittelten revidierten Aktionsplan soll die Südosteuropa-Beteiligung bis Mitte 2015 verkauft werden. -

Da dies nur mit Verlust geschehen dürfte, macht eine großzügige Abwertung jetzt Sinn. Höhere Verluste sind indes politisch wenig opportun. Ursprünglich hat Brüssel eine Trennung von allen Töchtern schon bis Ende 2013 gefordert. Weil dies die Staatsfinanzen noch mehr belastet hätte, hat Fekter einen Aufschub erwirkt. Die Österreich-Tochter ist wie berichtet an die indische Srei-Gruppe gegangen. Das Italien-Geschäft soll abgewickelt werden. Der Abbau erfordert jedenfalls weitere Abschreibungen und Wertberichtigungen. -

Was für die Bad Bank spricht. Dabei ist von einem Volumen von zwölf Mrd. Euro die Rede. Die Auslagerung von faulen Krediten sowie andere riskante Positionen und Beteiligungen, die aktuell nicht verkäuflich sind, würden die Abschreibungslasten für die Bank und damit den weiteren Zuschuss für den Bund reduzieren. Dann gehe es heuer nicht mehr um insgesamt zwei Mrd. Euro, sondern vielleicht um die Hälfte, heißt es. -

Diese Rechnung dürfte auch der Politik gefallen. Deshalb wurden nun zwei deutsche Berater - Sachsen Asset Management GmbH und das zur Oetker-Gruppe gehörende Bankhaus Lampe - engagiert, die die Bank und die Republik auf der Suche nach einem optimalen Modell für die Bad Bank unterstützen sollen.

Kompromiss für die Banken

Der Knackpunkt ist die Höhe der Staatsbeteiligung: Liegt sie unter 50 Prozent, belastet die Bad Bank nicht die Staatsschulden. Deshalb sollen die anderen Banken mitmachen, was nicht auf große Gegenliebe stößt. Ein Kompromiss - Reduktion der Bankenabgabe und keine Verlängerung, wie von Bundeskanzler Werner Faymann (SPÖ) gefordert - soll die Institute umstimmen. Außerdem soll die Bad Bank keine Bank, sondern eine „Abbaugesellschaft" werden. Damit würde man die für eine Bank notwendige Kapitalausstattung und die Kontrolle durch die Finanzmarktaufsicht sparen. -
Der Fahrplan sieht vor, dass der neue Hypo-Aufsichtsratschef Klaus Liebscher bis September erste Modelle für die Bad Bank vorlegt. Umge-setzt muss das Konzept vom neuen Hypo-Chef werden. Die Kranebitter-Nachfolge ist allerdings nicht einmal ausgeschrieben, auch ein Headhunter ist noch nicht bestellt. Um den Job dürfte kein großes G'riss sein.

Eine Frau als neue Chefin?

Ein Mann, dem man die heikle Aufgabe zutraut, ist Alois Steinbichler, der als Hypo-Aufsichtsrat und Chef von Kommunalkredit und deren Bad Bank, KA Finanz, einschlägige Erfahrung hat. Interesse signalisierte auch der frühere Chef des Investmentbankings der Unicredit CA IB, Klaus Requat. Er hat beim Verkauf der Hypo-Österreich-Tochter mitgearbeitet. In der Hypo selbst kann man sich eine Frau vorstellen, die mit Sachkenntnis und Fingerspitzengefühl die schwierige Abwicklung meistert: Ex-Creditanstalt- und Bawag-Bankerin Regina Prehofer.

21.07.2013 Landesrat Josef Schwaiger: "Lasse mich nicht verbiegen" Über Jahrzehnte war Josef Schwaiger (ÖVP) Beamter. Jetzt soll er als Landesrat dafür sorgen, dass in den Amtsstuben ein anderer Wind weht. Wie er das schaffen will, sagt Schwaiger im SN-Interview.

Josef Schwaiger leitete zuletzt die Agrarabteilung des Landes. Nun ist er - neben der Landwirtschaft - auch für die Landesbeamten und die überfällige Verwaltungsreform zuständig.

SN: *Herr Schwaiger - als Ex-Beamter sind Sie doch eher ans Gehorchen gewöhnt. Sind Sie der Richtige, um nun den Riesenbrocken Verwaltungsreform zu stemmen und sich mit ihren Ex-Kollegen anzulegen?*
Schwaiger: In der Verwaltungsreform ziehe ich mit meinen Ex-Kollegen an einem Strang. Und wenn die Politik mich verbiegen will, stehe ich für das Amt nicht zur Verfügung. So werde ich es halten.

SN: *Na gut. Also: Wie wird die Verwaltung besser - und gleichzeitig billiger?*
Schwaiger: Erstens: Es wird Dinge geben, für die das Land, die Behörde, einfach nicht mehr zuständig sein werden. Das wird für manche Bürger ungewohnt sein. Aber wir müssen weg von dieser Vollkasko-Mentalität, wo jeder den Staat für alles verantwortlich macht. Das kann sich eine Gesellschaft auf Dauer nicht leisten.

SN: *Aha. Welche Leistung wollen Sie denn kappen?*
Schwaiger: Da gibt es viele Beispiele. Es muss nicht sein, dass jeder Campingplatz einmal im Jahr von fünf Akademikern inspiziert wird. Bei vielen Verhandlungen sind zehn Fachleute dabei. Kommt man nicht vielleicht mit dreien oder vieren aus, wenn es nur um eine Wegquerung geht? Bauern brauchen keinen Pauschalzuschuss, um tote Kühe per Hubschrauber von der Alm zu holen. Die können da ruhig oben bleiben, wenn es kein Wasserschutzgebiet ist. Es muss auch nicht dauernd kontrolliert werden, ob in jedem Lokal eh die Feuerlöscher angefüllt sind.

SN: *Aber wenn es brennt, besteht sonst Lebensgefahr.*
Schwaiger: Ich sage: Da ist der Besitzer selbst verantwortlich. Und wenn es brennt, und der Feuerlöscher ist leer, dann trägt auch er die Konsequenzen, und zwar allein. Man kann Menschen auch zu mehr Verantwortung erziehen.

SN: *Also - weniger Aufgaben. Braucht man dann auch weniger Beamte?*
Schwaiger: In manchen Abteilungen - ja. Aber andere, etwa die Jugendwohlfahrt, sind stark unterbesetzt. Da muss es zu Verschiebungen kommen. Klar ist aber, dass wir weniger Führungskräfte brauchen werden. Zehn oder zwanzig Leute sollen schon in einem Referat sein. Derzeit haben wir Chefs mit drei oder vier Mitarbeitern. Da haben oft Leute einen Job bekommen, die sich - sagen wir - politisch verdient gemacht haben. Das war ein Fehler, das muss aufhören.

SN: *Dann bleiben aber viele Ex-Chefs übrig, die ihr hohes Gehalt bekommen und keine Führungsaufgabe mehr haben.*
Schwaiger: Bei uns gehen in den kommenden Jahren 700 Leute in Pension, da mache ich mir keine Sorgen. Wir müssen aber auch das Gehaltsschema völlig umstoßen. Ich denke, es geht in Richtung All-in-Verträge. Wir hatten bisher einen Dschungel von 200 Zulagen - so geht es nicht weiter. Die Mitarbeiter sollen ihr Gehalt je nach Tätigkeit bekommen - und nicht je nach Ausbildungsgrad.

SN: *Sollte nicht auch so etwas wie Fleiß eine Rolle spielen?*
Schwaiger: Ja. Jeder Bedienstete muss auch eine klare Norm bekommen, was er zu leisten hat. Und für die, die mehr leisten, will ich eine Verfünffachung der bisherigen Leistungsprämien. Damit es einen Anreiz gibt.

SN: *Und was tun Sie, wenn jemand die Norm nicht erfüllt? Sie können praktisch niemanden kündigen.*
Schwaiger: Ein Problem der Verwaltung ist, dass wir uns von einigen nicht trennen können, von denen wir uns trennen müssten. Aber: Wenn sich jemand nicht einbringen will, hat er bei uns keinen Platz. Es gibt schon die Möglichkeit der negativen Dienstbeurteilung. Nach dem zweiten Mal kann so jemand auch entlassen werden. Diese Instrumente müssen, sage ich einmal, klarer herausgearbeitet werden.

SN: *Viele Beamte sagen: Die Arbeit wird immer mehr, weil der Landtag immer neue Gesetze beschließt - noch dazu teilweise eher unnötige.*
Schwaiger: Kann sein. Aber oft kommen die Initiativen für solche Gesetze auch von Beamten selbst. Da müssen wir uns an der eigenen Nase nehmen. Und ich sage, wir müssen den Gesetzesdschungel durchforsten. Mein Ideal wäre: Jeder, der ein neues Gesetz vorschlägt, muss dafür auch ein bestehendes Gesetz vorschlagen, dass überflüssig geworden ist und das man zum Ausgleich löschen kann.

21. 07. 2013 Japan warnt London eindringlich vor EU-Austritt

Überraschend hat sich Japans Regierung zu Wort gemeldet und London in deutlichen Worten vor einem EU-Austritt gewarnt. EU-Skeptiker sind außer sich – und verbitten sich jegliche Einmischung

---

22. Juli 2013, "So wird der Postenschacher festgeschrieben"

-

Lästige Fragen beim Sommer-Ministerrat: Die Regierungschefs Spindelegger und Faymann ärgert der Proporz-Vorwurf.

Undurchsichtige Packelei oder supersauberes Verfahren? Die Besetzung des Verwaltungsgerichtes gerät in den Verdacht der Parteibuchwirtschaft. Ein renommierter Jurist sieht eine "Chuzpe " - erntet aber auch Widerspruch

Wien - Für den Kanzler ist alles glasklar. Transparent und unabhängig sei die Bestellung abgelaufen, sagt Werner Faymann, von politischem Einfluss keine Rede. Er habe die Namen gerade zum ersten Mal gesehen, ergänzt Vizekanzler Michael Spindelegger - und trifft eine für einen zwangsläufig gut vernetzten Politiker gewagte Feststellung: "Ich kenne keine einzige Persönlichkeit."

Die Rede ist von einer Liste, die der Ministerrat der Regierung bei seiner Sommersession am Montag beschlossen hat. 80 Namen stehen drauf, allesamt Juristen, die in das neue Bundesverwaltungsgericht ziehen sollen. Doch gab ausschließlich fachliche Qualifikation den Ausschlag? Erfahrungen aus den Ländern nähren Zweifel: In der Steiermark etwa schafften es auffallend viele Kandidaten aus den dortigen Regierungsparteien in die neuen Gerichte.

Die nun fixierte Liste für das Bundesgericht will die Regierung erst dann offiziell präsentieren, wenn der Bundespräsident die Ernennung besiegelt hat; dem Vernehmen nach sollen unter den Ernannten zumindest zwei aktuelle Mitglieder aus Regierungskabinetten aufscheinen. Erstellt hat den Vorschlag ein vierköpfiges Gremium, das sorgsam austariert

wirkt - zwei Personen stehen der SPÖ nahe, zwei der ÖVP. Eine "Chuzpe" sieht der Verfassungsrechtler Heinz Mayer, Dekan des Wiener Juridicums, hinter diesem Modus: "So wird der übliche Postenschacher festgeschrieben."

Rote Hälfte, schwarze Hälfte

In Gang gesetzt wurde die Entscheidungskette vor einem Jahr, als die Regierung Harald Perl, Leiter des Asylgerichtshofes, zum Präsidenten und Michael Sachs, Vorsitzender des Bundesvergabeamtes, zum Vizepräsidenten des in Aufbau begriffenen Bundesverwaltungsgerichtes ernannte - Ersterer zählt zur roten, Zweiterer zur schwarzen Reichshälfte. Den Vorschlag einstimmig unterbreitet hatte allerdings eine Kommission, in der nicht nur die Präsidenten der Höchstgerichte, sondern auch alle damaligen fünf Parlamentsparteien vertreten waren. Zu Perl habe es jedoch letztlich keinen Gegenkandidaten gegeben, erinnert sich der grüne Justizsprecher Albert Steinhauser.

Für die 80 Richterposten hatten sich gut 500 Kandidaten beworben, von denen nach einem Assessment 200 übrig blieben. Für das folgende Hearing zogen Perl und Sachs zwei Spitzenbeamtinnen hinzu, die - so die Begründung - große Erfahrung mit derartigen Verfahren hätten: Eine Sektionschefin aus dem roten Bundeskanzleramt, eine andere aus dem schwarzen Wirtschaftsministerium. Diese Viererkommission hat die 80 Richter letztlich ausgewählt - ohne dass ihr die Politik ins Ohr geflüstert habe, wie alle Beteiligten beteuern.

Auch der Verfassungsjurist Theo Öhlinger hält -- "ohne die Details zu kennen" - den Ablauf der Personalbesetzungen für "eher sauber". Perl und Sachs kenne er als untadelige Juristen, der sich "ausgesprochen bewehrt" hätten. Dem schließt sich Ludwig Adamovich, einst Präsident des Verfassungsgerichtes und nunmehr Berater von Präsident Heinz Fischer an, an. Er meint, dass sich die Regierung "durchaus bemüht" habe, die Besetzungen auf objektive Weise durchzuführen.

Untergrabenes Vertrauen

In hohen Tönen spricht Adamovic auch von zwei anderen Newcomern, die in den Geruch der Parteibuchwirtschaft gekommen waren. Dieter Kolonovits, neuer Präsident des Wiener Verwaltungsgerichts, hatte für die von der SPÖ dominierte Landesregierung Gutachten zur Parkpickerl-Volksbefragung geschrieben, sein niederösterreichisches Pendant Patrick Segalla arbeitete im Kabinett von Vizekanzler und Außenminister Spindelegger (ÖVP). Beide kennt Adamovich als "exzellente Juristen".

Auch der Kritiker Mayer will Kandidaten mit Parteinähe fachliche Eignung nicht per se absprechen. Doch selbst, wenn sich ein Ex-Ministermitarbeiter im Richteramt nicht mehr von politischen Wünschen seines einstigen Herren beeindrucken lasse: Schon der Anschein von Packelei richte Schaden an, sagt der Rechtsprofessor, "weil er das Vertrauen in die Justiz untergräbt".

Statt Besetzungen wie die aktuelle politisch zuordenbaren Kommissionen zu überlassen, schlägt Mayer Entscheidungsgremien vor, die von den Höchstgerichten beschickt werden sollen: "Mit den derzeitigen Regelungen ist der Postenschacher in der Verfassung praktisch vorgegeben."

22. Juli 2013, 18:31

BZÖ fordert Offenlegung

- **Landeschef Peter Kaiser steht in der SPÖ-TopTeam-Affäre unter Druck: Ermittlungen ausgeweitet**

Klagenfurt - In der TopTeam-Affäre wird es für die Kärntner SPÖ-Spitze immer enger. Am Montag bestätigte die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKSta), dass gegen zwei weitere Mitarbeiter von Landeshauptmann Peter Kaiser ermittelt wird. Dabei gehe es um den Verdacht der Untreue und um Verstöße gegen das Vergaberecht. Um wen es sich handelt, wollte der WKSta-Sprecher Erich Mayer nicht sagen.

Die SPÖ soll 2008 und 2009 der parteieigenen Werbeagentur TopTeam Aufträge von ihren Regierungsreferaten zugeschanzt haben. Diese sollen mit Zustimmung des heutigen Landeshauptmannes Peter Kaiser und des SPÖ-Präsidiums gesplittet worden sein, um eine öffentliche Ausschreibung zu umgehen. Angezeigt wurde die Causa von der FPK.

Auch das BZÖ hat am Montag fünf solcher gesplitteter Rechnungen von Dezember 2009 präsentiert. Dabei geht es um ei- nen Gesamtwert von 140.000 Euro. Damit konnte man unter der 100.000-Euro-Höchstgrenze bleiben, die seit 2009 für öffentliche Ausschreibungen gilt. Die TopTeam-Rechnungen sind an das Büro Kaiser (damals Gesundheitslandesrat) gerichtet und wurden von Kaisers Pressesprecher abgezeichnet. Sie wurden dann von Kaisers Büroleiter an den Abteilungsvorstand zur Begleichung weitergeschickt.

Rechnungen vorausbezahlt

Laut BZÖ-Abgeordnetem Stefan Petzner seien diese Rechnungen überdies im Voraus bezahlt, die entsprechende Leistung sei erst 2010 erbracht worden: "Eine mögliche strafrechtliche Relevanz muss die Justiz klären", sagte Petzner. Kaiser, Landesrätin Gaby Schaunig, Ex-Landesrat Wolfgang Schantl sowie der frühere Landesrat Reinhart Rohr werden mittlerweile als Beschuldigte geführt, ebenso Kaisers Büroleiter.

Das BZÖ will den Druck auf die SPÖ erhöhen. Kaiser solle sämtliche Aufträge von 2004 bis 2011 im Gesamtvolumen von 1,3 Millionen Euro an TopTeam offenlegen. Sonst werde man einen Sonderlandtag beantragen. Begünstigte sei TopTeam gewesen - bis 2010 in SPÖ-Eigentum. Landeschef Kaiser bestreitet sämtliche Vorwürfe vehement.

22. Juli 2013

Biomasse Güssing geht die Kohle aus

Im Jänner 2012 war die Güssinger Welt noch auf das Vorzeigen konzentiert: Arnold Schwarzenegger beim Dirigieren der Blasmusikkapelle. Ein Besuch beim Biomassekraftwerk stand auch am Programm.

Betreiber melden Insolvenz an. Zusperren sei besser, meint Energie-regulator Boltz

Güssing/Wien - Dass im Biomassekraftwerk Güssing nicht alles zum Besten bestellt ist, war seit längerem bekannt. Schon im Frühjahr hat der Geschäftsführer des Zentrums für erneuerbare Energie, Reinhard Koch, orakelt, der Biomasseforschung drohe das Aus, sollte dem Projekt der Status einer Pilotanlage aberkannt werden. Dann nämlich wären auch die Fördergelder futsch.

Genau das ist jetzt geschehen. Am Montag haben die Biomasse-Kraftwerk Güssing GmbH und Co KG sowie deren Komplementärin Biomasse-Kraftwerk Güssing GmbH Insolvenz angemeldet.

Die Passiva belaufen sich nach Angaben des Kreditschutzverbandes von 1870 auf 5,97 Millionen Euro. Beim Landesgericht Eisenstadt wurde ein Sanierungsverfahren mit Eigenverantwortung beantragt. Den Gläubigern wird eine Quote von 30 Prozent in Aussicht gestellt, zahlbar binnen zwei Jahren.

Als Grund für die Pleite führten die Schuldner die ausgebliebenen Förderungen an. Das zuständige Finanzamt habe zuletzt entschieden, dass ab dem Jahr 2011 die Forschungsprämie nicht mehr an die Biomasse Güssing ausbezahlt werde. Dadurch sei man um einen Zuschuss in Höhe von 630.000 Euro für die letzten beiden Jahre umgefallen. Zudem habe die Hausbank die Kredite fällig gestellt, sodass keine Liquidität mehr vorhanden sei.

Teil des Energiekonzepts

Das Biomassekraftwerk in Güssing ist weit über die Landesgrenzen hinaus bekannt und ein wichtiges Puzzlestück im Bestreben der Burgenländer, möglichst unabhängig von Energieimporten zu sein. Die Wurzeln reichen zurück in das Jahr 1990, als in Güssing ein neues Energiekonzept erstellt wurde. Schwerpunkt war der Ersatz von fossilen durch erneuerbare Brennstoffe aus Österreich.

In der Folge wurden ein Fernwärmenetz auf Basis von Biomasse und eine Rapsöl-Methylester-Anlage zur Erzeugung von Biodiesel errichtet. Für die noch fehlende Energieform Strom setzte man auf ein Biomassekraftwerk. Es sollte nicht irgendeines sein, sondern ein kleineres, das sich auch dezentral gut einsetzen ließe. Man entschied sich für den Verfahrensschritt der Vergasung. Viel Forschungsarbeit war notwendig, der Aufwand entsprechend groß. Solange die Förder-Euros rollten, war das kein Problem. Die hohen Rohstoffpreise in Kombination mit gestrichenen Förderungen haben nun aber das Fass zum Überlaufen gebracht.

Fortbetrieb geplant

Die Mehrheitsgesellschafterin Care Beteiligungsverwaltung GmbH will nun versuchen, das notwendige Geld für den Fortbetrieb und die Sanierungsplanquote aufzustellen. Die Forderungen der Gläubiger können bis 23. August geltend gemacht werden. Zum Masseverwalter wurde der Eisenstädter Rechtsanwalt Peter Hayek sen. bestellt.

"Die Güssinger waren sehr geschickt im Anzapfen von Fördermitteln. Anlagen, die permanent Subventionen benötigen, sind keine gute Idee", sagte der Chef der Regulierungsbehörde E-Control, Walter Boltz, dem Standard. "Da ist es besser, man sperrt zu."

Im ersten Quartal 2013

23. 07. 2013 Österreichs Staatsschulden werden höher

In Eurozone deutlicher Anstieg von 90,6 auf 92,2 Prozent.

Österreichs Staatsschulden haben sich im ersten Quartal 2013 auf 74,2 Prozent erhöht. Im letzten Quartal 2012 waren es noch 73,2 Prozent gewesen. In der Eurozone insgesamt wurde ein Anstieg von 90,6 auf 92,2 Prozent registriert, geht aus den am Montag veröffentlichten Daten von Eurostat hervor.

In der EU - im Vergleich noch ohne das neue 28. Beitrittsland Kroatien - gab es eine Erhöhung der Staatsschulden von 85,2 auf 85,9 Prozent. Den höchsten Verschuldungsgrad weist weiterhin Griechenland mit 160,5 Prozent auf, gefolgt von Italien (130,3), Portugal (127,2) und Irland (125,1).

Dann folgen Belgien(104,5), Frankreich (91,9), Großbritannien und Spanien (je 88,2), Zypern (86,9), Ungarn (82,4), Deutschland (81,2) und Malta (75,4). Österreich folgt mit 74,2 Prozent auf Rang 13, dahinter liegen die Niederlande (72,0), Polen (57,3), Slowakei (54,9), Finnland (54,8), Slowenien (54,5), Tschechien (47,8), Dänemark (44,7), Litauen (40,8), Schweden (39,4), Lettland (39,1), Rumänien (38,6), Luxemburg (22,4), Bulgarien(18,0) und Estland (10,0).

Die höchsten Anstiege der Gesamtverschuldung vom vierten Quartal 2012 auf das erste Quartal 2013 gab es in Irland (+7,7 Prozent), Belgien (+4,7) und Spanien (+4,0). Die stärksten Rückgänge verzeichneten Lettland (-1,5), Dänemark (-0,8) und Deutschland (-0,7).

Schuldenkrise beherrscht weiter Konsumklima in Europa --Die Verbraucherstimmung in Europa ist weiterhin getrübt. "Insgesamt ist das Konsumklima nach wie vor von der Finanz- und Schuldenkrise beherrscht", fasste Rolf Bürkl vom Nürnberger Marktforschungsunternehmen GfK am Montag die Ergebnisse einer aktuellen Studie zusammen. Von Deutschland abgesehen sei die Verbraucherstimmung weitgehend ziemlich schlecht, auch wenn es in den vergangenen Monaten in vielen Ländern eine leichte Entspannung gegeben habe.

"Davon ausgenommen ist allerdings Frankreich, wo sich die Stimmung doch sehr verschlechtert hat", schilderte Bürkl mit Blick auf das zweite Quartal die Situation. In den südeuropäischen Krisenstaaten hingegen zeichne sich auf sehr niedrigem Niveau ein leichter Aufwärtstrend ab. So habe sich in Spanien die Lage auf dem Arbeitsmarkt wegen der Tourismussaison etwas entspannt, in Griechenland und Portugal zeichneten sich erste positive Auswirkungen der strikten Sparprogramme ab. Auch in den osteuropäischen Ländern gebe es auf niedrigem Niveau leichte Verbesserungen.

Die GfK hat für ihre Studie die Ergebnisse von regelmäßigen repräsentativen Umfragen in zwölf europäischen Länder zusammengefasst. Demnach glauben die Verbraucher in Deutschland, Italien, Großbritannien und Spanien an einen wirtschaftlichen Aufschwung zum Jahresende. Auch in Portugal und Griechenland kehrt ganz langsam die Hoffnung zurück, doch ist die Konjunkturerwartung in diesen beiden Ländern so schlecht wie sonst nur noch in Frankreich. Am positivsten beurteilen die Deutschen, Österreicher und Bulgaren die künftige wirtschaftliche Entwicklung.

In den meisten Ländern stabilisierte sich auch die auf niedrigem Niveau liegende Einkommenserwartung, die nur in Frankreich kontinuierlich abfällt. Portugiesen und Griechen erwarten ebenfalls Gehaltseinbußen. Deutsche, Tschechen und Österreicher rechnen hingegen mit einem mindestens gleichbleibenden Betrag im Portemonnaie. In den meisten Ländern müssen die Menschen ihr Geld weiter gut zusammenhalten; drastisch sparen müssen vor allem die Italiener, Portugiesen sowie Franzosen. Die Deutschen und Österreicher hingegen zeigen sich ausgabefreudig.

23.07.2013 # Finanzskandal: Gericht bestätigt Entlassung von Monika Rathgeber

Neue Facette im Salzburger Finanzskandal: Das Oberlandesgericht Linz hat die Entlassung von Monika Rathgeber für rechtens befunden. Das erstinstanzliche Urteil wurde bestätigt, die Klage von Rathgeber abgewiesen.

Neuerliche Niederlage für Monika Rathgeber.

Zivilrichter Herbert Moritz hatte die Entlassung als rechtens bewertet, und auch ein Linzer Berufungssenat schloss sich dieser Meinung an. Das Urteil ist aber nicht rechtskräftig, weil Rathgeber noch eine außerordentliche Revision einbringen kann.

"Der Berufung der Klägerin wurde keine Folge gegeben. Das Ersturteil wurde vollinhaltlich bestätigt", informierte am Dienstag der Sprecher und Vizepräsident des Landesgerichtes Salzburg, Imre Juhasz. Das Berufungsgericht habe betont, dass Monika Rathgeber der Nachweis nicht gelungen sei, dass der - mittlerweile pensionierte - Landes-Finanzabteilungsleiter Hofrat Eduard Paulus die von ihr in diversen Fällen gepflogene Praxis "einer Umgehung des Vier-Augen-Prinzips durch Aufkopieren von Unterschriften" eines Kollegen ohne Wissen des Namensträgers genehmigt hätte.

"Mitarbeiter haben Vorgangsweise akzeptiert"

Rathgeber hatte in dem Prozess ausgesagt, sie sei davon ausgegangen, dass dieser Mitarbeiter ihre Vorgangsweise akzeptiert hätte. Und sie habe davon ausgehen können, dass das Hineinkopieren von Unterschriften auch von Paulus genehmigt würde.

Sowohl das Erst- als auch das Berufungsgericht sind allerdings anderer Ansicht. Ihnen zufolge war die Entlassung von Rathgeber durch das Land wegen ihrer Vertrauensunwürdigkeit berechtigt. Das Hineinkopieren von Unterschriften sei als schwerwiegende Verletzung der Dienstpflicht gewertet worden, erläuterte der Landesgerichtssprecher. Richter Moritz hatte in seinem Urteil auch festgestellt, dass die "Fristlose" rechtzeitig erfolgt ist.

Erstinstanzliche Urteil bereits am 5. April

Das erstinstanzliche Urteil wurde am 5. April bekannt gegeben. Das 26 Seiten umfassende Urteil des Oberlandesgerichtes Linz erging am 11. Juli. Die ordentliche Revision wurde wegen dieses Einzelfalls nicht für zulässig erklärt. "Der Klägerin steht jedoch die Erhebung einer außerordentlichen Revision offen", sagte Juhasz.

Die wegen der Spekulationsaffäre entlassene Vertragsbedienstete hat durch ihren Anwalt Herbert Hübel in einer neuerlichen Klage gegen das Land die Aufhebung ihrer Entlassung gefordert. Dieses Verfahren wurde laut Juhasz bis zur rechtskräftigen Entscheidung des Hauptverfahrens unterbrochen.

23.07.2013 - 19:59 **Kabinettschefinnen auf umstrittener Richterliste?**

Die Aufregung um die Richterbestellungen für das Bundesverwaltungsgericht reißt nicht ab. Mitarbeiterinnen aus direktem Umfeld von Stöger und Mitterlehner sollen ans Bundesverwaltungsgericht wechseln.

Die Kabinettschefin von Gesundheitsminister Stöger soll ebenfalls wechseln.

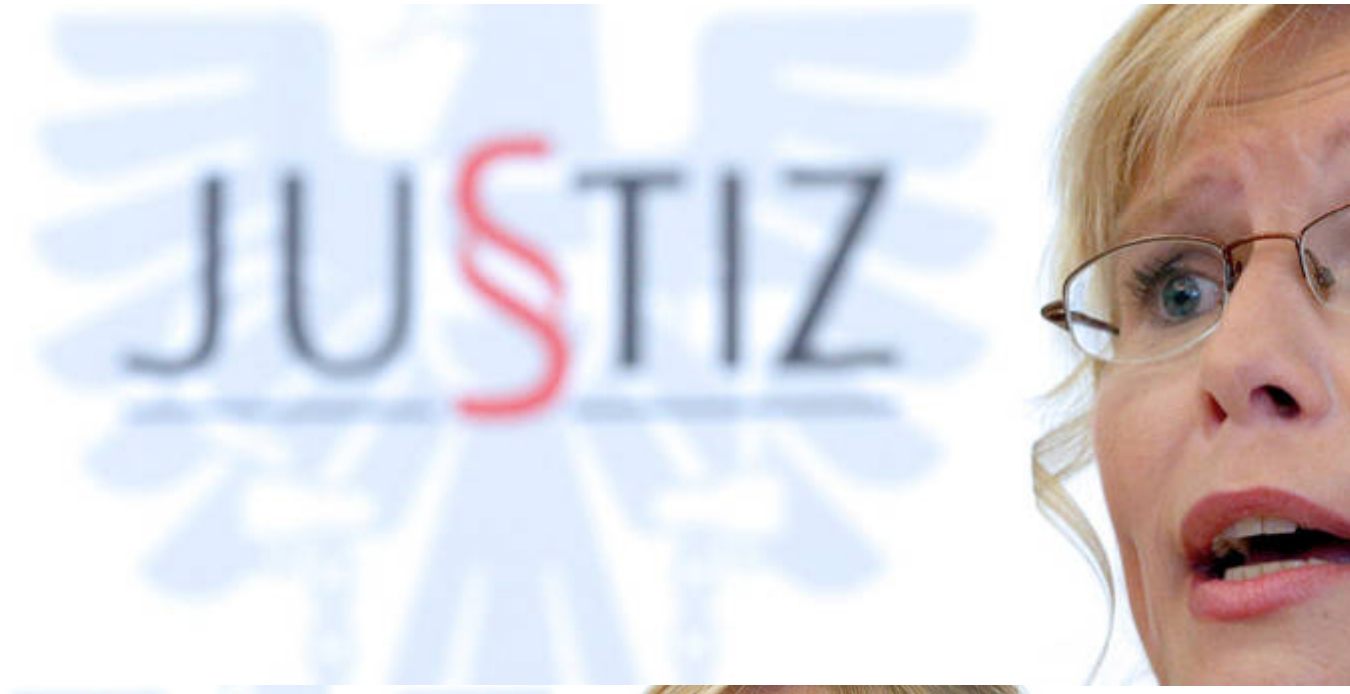
Wie "Die Presse" am Mittwoch berichtet, wechseln unter anderem die Kabinettschefin von Gesundheitsminister Stöger und die stellvertretende Kabinettschefin von Wirtschaftsminister Mitterlehner an das Bundesverwaltungsgericht. Eine Sprecherin im Bundeskanzleramt wollte das auf APA-Anfrage nicht kommentieren.

Die Liste liege beim Bundespräsidenten zur Ernennung, und so lange werde man keine Namen bestätigen, denn es könne sich ja noch etwas ändern, erklärte die Sprecherin. Man bitte um Geduld, wenn die neuen Richter ernannt seien, werde man sie auch vorstellen.

Im Bundeskanzleramt war am Dienstag eine öffentliche Präsentation der Personalentscheidungen in Aussicht gestellt worden - allerdings erst, wenn die 80 Personen umfassende Liste von Bundespräsident Fischer unterzeichnet wurde. "Wir werden die Richter vorstellen, wenn der Bundespräsident unterschrieben hat", sagte eine Sprecherin im Bundeskanzleramt. Derzeit werde die Liste in der Präsidentschaftskanzlei geprüft.

Die Grünen wollen indes nicht warten und kündigten eine parlamentarische Anfrage an, mit der sie unter anderem erkunden wollen, ob und wie die "fachliche und persönliche Einigung" der Richter überprüft wurde. Denn genau diese Vorgehensweise hätten alle Parlamentsparteien schon 2012 in einem Entschließungsantrag gefordert. Die Grünen nutzen übrigens die ganz neue Möglichkeit, auch während der tagungsfreien Zeit des Nationalrats im Sommer parlamentarische Anfragen einzubringen.

- Justizministerin muss über Vorgängerin „richten“
-
-



23.07.2013, 17:58 **Justizministerin muss über Vorgängerin „richten“. Am Diens-tag wurden die letzten Beschuldigten vernommen. Die Gastinger-Ermittlungen sollen beendet sein.**

ÖVP-Justizministerin Beatrix Karl muss demnächst entscheiden, ob ihre Vorvorvorgängerin Karin Gastinger angeklagt wird. Die Ermittlungen gegen die ehemalige BZÖ-Justizministerin im Zusammenhang mit illegaler Parteienfinanzierung durch die Telekom sind laut *APA* seit April abgeschlossen.

Gastinger steht im Verdacht, ihren Vorzugsstimmenwahlkampf 2006 mit einem Teil der von der Telekom zur Verfügung gestellten 240.000 Euro geführt zu haben. Wegen Untreue bzw. Beihilfe stehen Ex-Telekom-Chef Rudolf Fischer, der Lobbyist Peter Hochegger, der Ex-BZÖ-Abgeordnete Klaus Wittauer, der

einstige Pressesprecher von Gastinger, Christoph Pöchinger, und andere seit 18. Juli vor Gericht. Auch gegen Gastingers damaligen Kabinettschef Michael Schön wird Richtung Untreue-Beteiligung ermittelt. Schön ist zur Zentralen Staatsanwaltschaft für Wirtschaftskriminalität und Korruption gewechselt, den „Korruptionsjäger“ bis zur Klärung des Verdachts außer Dienst zu stellen war offenbar kein Thema.

Parteispende

Am 4. Tag im Telekom-Prozess erklärte Christoph Pöchinger, davon ausgegangen zu sein, dass es sich beim Budget für Gastingers Wahlkampf um eine Parteispende handle. Man habe die Gunst des BZÖ erwerben wollen. Wittauer habe das Geld aufgestellt und zunächst die Quelle nicht verraten. Später habe er erfahren, dass es die Telekom ist, er habe das aber für nichts Illegales gehalten und „es war mir auch wurscht“ (Pöchinger).

Staatsanwalt Hannes Wandl bezweifelt, dass ein Justiz-Pressesprecher so naiv war, die Spende eines teilstaatlichen Unternehmens an eine einzelne Partei für korrekt zu halten. Der Ankläger wirft Pöchinger vor, die mitangeklagte Werberin Tina H. – über deren Agentur die Zahlung verschleiert wurde – instruiert zu haben, eine Scheinrechnung an die Telekom zu schicken. Pöchinger bestreitet und behauptet, von der Rechnung nur einen Auszug gesehen zu haben.

Geheimagent

Zur Theorie eines Verteidigers, Pöchinger habe in abgehörten Telefonaten bewusst seine Verteidigung und eine Belastung Wittauers aufgebaut, sagt Pöchinger: „Ich bin PR-Berater und kein Geheimagent.“

Der mitangeklagte Ex-BZÖ-Geschäftsführer Arno Eccher bestreitet, Telekom-Geld „weißgewaschen“ zu haben: „Ich hatte keine Ahnung von Schmiergeldern.“

Der Prozess macht bis 5. August Pause, am 6. August sagt Kronzeuge Gernot Schieszler aus. Auch Gastinger, Hubert Gorbach und VP-Generalsekretär Hannes Rauch sind geladen. In dieser Woche soll das Urteil über Gernot Rumpold wegen der angeklagten Parteienfinanzierung der FPÖ fallen.

Katastrophengelder falsch abgerechnet: Salzburg sucht wieder Geld

24. Juli 2013, **Land Salzburg muss Bund rund 4,5 Millionen Euro zurückzahlen – Anzeige erstattet**

Salzburg – Was man beim Aufräumen so alles findet: Bei der schrittweisen Aufarbeitung des Salzburger Finanzskandals tun sich immer wieder neue Verfehlungen des Budgetreferats auf. Nun gibt der neue Finanzlandesrat Christian Stöckl (ÖVP) bekannt, dass die entlassene Referatsleiterin Monika Rathgeber zwischen 2008 und 2011 beim Katastrophenfonds des Bundes höhere Beträge geltend gemacht habe, als Schadenssummen gemeldet wurden. Rund 4,5 Millionen Euro an Bundesmittel seien unrechtmäßig bezogen worden. Das Land Salzburg hat am Montag Anzeige bei der Korruptionsstaatsanwaltschaft erstattet und will das Geld zurückzahlen. Wofür die zu viel erhaltenen Gelder – die eigentlich für Schäden durch Hochwasser, Muren, Lawinen oder Hagel ausbezahlt werden – wirklich verwendet wurden, ist derzeit noch unklar. Bei den Gemeinden kamen sie jedenfalls nicht an.

Ein Beispiel zeigt Rathgebers Vorgehen: Die Gemeinde Mittersill meldete 2011 Schäden in der Höhe von 15.700 Euro beim Land Salzburg. Das Budgetreferat meldete dem Katastrophenfonds des Bundes aber, dass in Mittersill Schäden in der Höhe von 72.260 Euro entstanden seien. Die Hälfte der Schadenssumme wird von dem Hilfsfonds abgegolten. Das Land erhielt demnach 36.130 Euro. An die Gemeinde Mittersill wurde aber nur der korrekte Beitrag von 7850 Euro überwiesen. Dem Finanzministerium habe die Leiterin des Budgetreferats Monika Rathgeber rückgemeldet, dass der Gemeinde Mittersill die volle Summe ausbezahlt wurde. Durch diese Vorgehensweise hat das Land Salzburg im Jahr 2008 rund 1,4 Millionen Euro zu viel erhalten, 2009 rund 320.000 Euro, 2010 waren es 1,3 Millionen Euro und 2011 knapp 1,4 Millionen Euro – in Summe also rund 4,5 Millionen Euro.

Unklar, wo das Geld hinkam

Die internen Erhebungen gehen bislang nur bis ins Jahr 2008 zurück, wodurch die Möglichkeit bestehe, dass noch mehr Gelder zu Unrecht vom Bund bezogen wurden, heißt es aus dem Büro von Christian Stöckl auf Standard-Anfrage. Das werde aber noch überprüft. "Zudem sind wir dabei zu klären, wofür die zu viel erhaltenen Gelder verwendet wurden", erklärt der Finanzreferent.

Stöckl spricht erneut von einer Hiobsbotschaft: "Es ist haarsträubend, was im Budgetreferat in den vergangenen Jahren passiert ist." Er habe das Finanzministerium schon ersucht, gemeinsam mit der Finanzabteilung des Landes einen Weg zu finden, die zu Unrecht bezogenen Gelder wieder an den Katastrophenfonds rückzuführen. "Selbstverständlich werden wir die Mittel zurückzahlen müssen."

Der finanzielle Spielraum des Landes wird also immer enger. Dem Land droht nach zwei Selbstanzeigen beim Finanzamt schon eine Steuerrückzahlung von 52 Millionen Euro, und es ist noch immer unklar, wie viel der Ausstieg aus den Spekulationsgeschäften kosten wird. Landeshauptmann Wilfried Haslauer (ÖVP) rechnete zuletzt mit einem Verlust von 100 bis 200 Millionen Euro.

Der derzeit einzige Lichtblick für das Land Salzburg: Das Oberlandesgericht Linz, das für Berufungen aus Salzburg zuständig ist, hat die Entlassung Rathgebers rechtlich bestätigt.

24.07.2013, 16:21 **Ex-Chefs von Telekom und ÖBB werden angeklagt. Die Justiz wirft den Top-Managern Untreue bei millionenschwerem Geschäft vor.**

Die Oberstaatsanwaltschaft und jetzt auch das Justizministerium haben den Vorhabensbericht der Staatsanwaltschaft in der Causa Schillerplatz abgesegnet.

Heinz Sundt, früher Chef der Telekom (l.), Ex-Telekom-Vorstand Colombo - Gegen Ex-Telekom-Chef **Heinz Sundt** und seinen ehemaligen Vorstandskollegen **Stefano Colombo** wird Anklage wegen des Verdachts auf Untreue erhoben. Gegen den ehemaligen ÖBB-Boss **Martin Huber** wegen des Verdachts auf Beihilfe zur Untreue.

Ebenfalls auf der Anklageliste: **Birgit Wagner,** ehemalige Mitarbeiterin der Telekom-Immobilienabteilung und heutige Chefin des ÖBB-Personenverkehrs – wegen des Verdachts der Beweismittelfälschung und der Begünstigung. Auch dem Gutachter und Ziviltechniker **Peter Klein** wird Beweismittelfälschung vorgeworfen, ebenso einem weiteren Mitarbeiter der Immo-Abteilung, **Erich Z.** Für alle Verdächtigen gilt die Unschuldsvermutung.

So soll das millionenschwere Immobiliengeschäft abgelaufen sein:

2005 bekam der Bauunternehmer **Anton Kallinger-Prskawetz**, ein Geschäftspartner von Huber aus dessen Zeit bei der Porr, eine Option auf die beiden Geschoße des prächtigen Palais der Telekom am Schillerplatz in bester Wiener Innenstadtlage. Zum Kaufpreis von 5,4 Millionen Euro, unterschrieben von Sundt, damals Telekom-Chef, und seinem Vorstands-kollegen Colombo.

Kallinger-Prskawetz erkrankte schwer und Huber erhielt im Mai 2006 dieselbe Option, die Ende 2006 realisiert wurde. Geschäftspartner war aber nicht Huber direkt, sondern die Schillerplatz 4 Projektentwicklungs GmbH, kurz SP4. 75 Prozent hielt treuhändig Hubers Steuerberater **Josef Ischepp**, 25 Prozent Gattin **Barbara Huber-Lipp.** Der Wert der zwei Etagen sollte sich innerhalb von etwas mehr als einem Jahr verdoppeln. Anfang 2008 erstand die **Seeste Bau AG** die SP4 um knapp elf Millionen Euro. 3,9 Millionen Euro betrug der Kaufpreis

der Gesellschaft, deren Vermögen aus den Palais-Geschoßen bestand, um rund sieben Millionen Euro wurden Verbindlichkeiten übernommen. Die Baufirma ist einer der Großinvestoren am neuen Wiener Hauptbahnhof.

Die Staatsanwaltschaft beauftragte einen Gutachter, der auf einen Verkehrswert der Immobilie zum Zeitpunkt der Übernahme der Option von 9,8 Millionen Euro kam. Entspricht einer Differenz von beträchtlichen 4,4 Millionen Euro.

Den angeklagten Mitarbeitern der Telekom-Immobilienabteilung wird eine sogenannte „Deckungshandlung“ vorgeworfen. Die alten Vorstände waren schon weg, die Staatsanwaltschaft ermittelte auf Grund einer ersten Anzeige der Grün-Abgeordneten **Gabriela Moser,** die Medien berichteten bereits kritisch und der neue Telekom-Chef **Boris Nemsic** setzte die interne Revision an.

Die Immo-Mitarbeiter legten plötzlich ein mit Mai 2005 datiertes Gutachten des Sachverständigen Klein vor, der den Verkehrswert auf 5,2 Millionen Euro schätzte. Bei einer Hausdurchsuchung stellte sich allerdings heraus, dass der Ziviltechniker das Gutachten erst 2008 erstellt haben soll.

Die Anklage wurde innerhalb der Justiz besonders genau geprüft. Denn die Staatsanwaltschaft hatte das Verfahren bereits eingestellt und begann 2011 nach einer zweiten Anzeige der Grün-Politikerin Moser erneut mit den Ermittlungen.

Die Anklage wird den Verdächtigen in den nächsten Tagen zugestellt, die Betroffenen können anschließend dagegen Einspruch erheben. Alle hatten im Vorfeld die Vorwürfe stets heftig bestritten. Sundt erklärte, er habe nur den Kontakt mit Kallinger-Prskawetz entriert, sei aber nie in die Verkaufs-verhandlungen involviert gewesen. Der Ex-Telekom-Chef wurde erst im heurigen März als Angeklagter in der Kursmanipulations-Affäre rechtskräftig freigesprochen. Huber beteuerte, von den Vorgängen innerhalb der Telekom nichts gewusst zu haben und nur ein gutes Geschäft gemacht zu haben. Sein Anwalt **Meinhard Novak** will aktuell keinen Kommentar abgeben.

24.07.201 **Partei-Ranking: Team Stronach führt bei Facebook-Fans**

Drei Außenseiter unter den Top 3: Bei den Fanzahlen auf Facebook liegt das Team Stronach vor den Grünen und den Neos.

Das Team Stronach liegt auf Platz eins, dahinter folgen die Grünen und die Neos. Diese Reihenfolge ergibt das aktuelle "Politbarometer", das wöchentlich die Social-Media-Aktivitäten der heimischen Parteien auswertet. Demnach weist das Team Stronach derzeit, Messzeitraum war der 15. bis 21. Juli, die meisten Fans auf Facebook auf. Exakt 19.574 Personen haben dort bei der Partei auf den "Gefällt mir"-Button gedrückt.

Die Bundes-Grünen können laut der Liste 16.171 Anhänger vorweisen, die Kleinpartei Neos, die derzeit Unterstützungserklärungen sammelt, um bei der Nationalratswahl im Herbst antreten zu können, liegt bei 15.797 Fans. Die Regierungsparteien SPÖ und ÖVP liegen etwas abseits mit knapp über 12.000 bzw. 11.000 Fans.

Parteichef Frank Stronach wertet das Ergebnis der Erhebung positiv und will darin einen Einstellungswandel erkennen: "Dass so viele Menschen bei uns aktiv sind, zeigt auch, dass sie sich einbringen wollen, und dass sie selbst zu einem neuen Politikstil in Österreich beitragen wollen", hielt er am Mittwoch in einer Aussendung fest.

Bei dem Ranking der Politiker auf Facebook führt indes weiterhin FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache (136.299 Fans) vor Bundespräsident Heinz Fischer (28.444) und VP-Integrationsstaatssekretär Sebastian Kurz (28.205).

25. 0. 2013 Steuerabkommen Schweiz überweist erste Zahlung an Grossbritannien und Österreich

Die Schweiz hat eine erste Zahlung aufgrund der Steuerabkommen mit Grossbritannien und Österreich geleistet. Die beiden Länder erhielten total umgerechnet rund 900 Mio. Fr. Quellensteuern.

Die Schweiz hat eine erste Zahlung aufgrund der Steuerabkommen mit Grossbritannien und Österreich geleistet. Die beiden Länder erhielten total umgerechnet rund 900 Mio. Fr. Quellensteuern, wie die Eidgenössische Steuerverwaltung (ESTV) am Donnerstag mitteilte. Mit der Überweisung kommt die Schweiz ihren Verpflichtungen aus den Steuerabkommen mit den beiden Ländern nach. Beide Abkommen sind seit Anfang Jahr in Kraft. Die Zahlung an Grossbritannien beträgt umgerechnet rund 372 Mio. Fr. und jene an Österreich umgerechnet rund 515 Mio. Fr.

Nur wenige wählten Regularisierung

Laut der Schweizerischen Bankiervereinigung (SBVg) bestätigen die Zahlen die erste Einschätzung, wonach sich weit mehr Personen für eine Meldung an die Steuerbehörden entschieden haben als erwartet. Nur ein verhältnismässig kleiner Personenkreis entschied sich für die Regularisierung der Vermögenswerte durch Einmalzahlung.

Die Quellensteuer wird auf Schweizer Bankkonten oder Wertschriftendepots von britischen und österreichischen Steuerpflichtigen erhoben. Dadurch wird die Steuerpflicht aus Sicht der zwei Länder erfüllt, die Personen bleiben aber anonym. Der mit Grossbritannien vereinbarte Steuersatz beträgt zwischen 21 und 41%. Schwarzgeld aus Österreich wird mit 15 bis 38% besteuert

Als Alternative können die Steuerpflichtigen ihre Vermögen auch offenlegen. In diesem Zusammenhang erhielt die ESTV fast 30 000 Meldungen. Die Steuerpflichtigen deklarierten Vermögen im Wert von 6,4 Mrd. Fr. (Grossbritannien) beziehungsweise 5,4 Mrd. Fr. (Österreich).

Die Steuerverwaltung wird nun monatlich bis Juni 2014 Quellensteuern an die beiden Länder zahlen und die Selbstdeklarationen weiterleiten. Ab März 2014 wird die ESTV auch Quellensteuern auf Kapitaleinkünften österreichischer und britischer Steuerpflichtigen überweisen. Die Steuersätze für Briten betragen zwischen 27 und 48%. Für österreichische Kunden gilt ein Satz von 25%.

Weitere Abkommen angestrebt

Aus Sicht der Steuerverwaltung zeigen die ersten Ergebnisse, dass mit dem Quellensteuer-Abkommen das Ziel eines steuerlich sauberen Finanzplatzes erreicht werden kann, wie es in der Meldung heisst. Die Schweiz verhandelt mit Italien und Griechenland über ähnliche Abkommen.

Die Schweiz hat aufgrund der Steuerabkommen mit Grossbritannien und Österreich eine erste Zahlung geleistet. Das Geld stammt von Steuerpflichtigen aus Österreich und Grossbritannien, wie die Eidgenössische Steuerverwaltung (ESTV) am Donnerstag mitteilte.

Schweizer Banken erheben eine Steuer auf ihren Vermögen. Das Geld wird dadurch steuerlich legalisiert. Insgesamt rund 12 Milliarden Franken wurden somit offengelegt, wie es im Communiqué heisst.

Laut dem ESTV werden in den nächsten Monaten weitere Zahlungen an die beiden Länder folgen. Die ersten Ergebnisse zeigten, dass mit den Steuerabkommen das Ziel eines steuerlich sauberen Finanzplatzes erreicht werden könne, heisst es.

Erste Millionen aus Steuerdeal tröpfeln nach Österreich Die erste Tranche aus dem Steuerabkommen mit der Schweiz wurde nach Wien überwiesen, 13.600 Österreicher meldeten sich selbst

Das Steuerabkommen mit der Schweiz hat die ersten Millionen in die Kassen der Republik gespült. Die Eidgenössische Steuerverwaltung habe heute die erste Tranche in der Höhe von 416,7 Millionen Euro überwiesen, gab das Finanzministerium in einer Mitteilung bekannt. Dabei handelt es sich um jene in der Schweiz deponierten Vermögen, deren österreichische Besitzer anonym bleiben wollen. Für Finanzministerin Maria Fekter zeigt "dieser große Erfolg zeigt, dass wir mit dem gemeinsamen Steuerabkommen den absolut richtigen Weg eingeschlagen haben".

Rund 13.600 österreichische Steuerflüchtlinge mit einem Gesamtvermögen von 4,4 Milliarden Euro haben sich zudem in der Schweiz selbst bei ihrer Bank gemeldet. Die Frist dazu ist Ende Mai ausgelaufen. Die Datensätze werden nun nach Wien übermittelt und an die zuständigen Finanzämter verteilt. Noch nicht versteuerte Vermögen in der Schweiz werden dann nachversteuert, den Steuersündern die Möglichkeit geboten, sich selbst in Österreich anzuzeigen und so nach Zahlung der Steuern straffrei auszugehen.

Weitere Tranchen der anonymen Abgeltungszahlungen sollen bis Juni 2014 monatlich erfolgen. Im Finanzministerium zeigt man sich auf Nachfrage von der Standard.at daher zuversichtlich, dass die budgetierte Milliarde erreicht werden kann. Ab März kommenden Jahres werde zudem die laufende Quellensteuer auf Kapitalerträge auf Bankkonten oder Wertpapierdepots weitergeleitet.

25. Juli 2013 13:45

Umsatzsteuertricksereien

Die EU - eine Goldgrube für Betrüger

Kriminelle Banden bestehlen die Staaten der Europäischen Union um jährlich 100 Mliarden Euro. Es geht um sogenannte Karussellgeschäfte mit der Umsatzsteuer - ein Trick, der jetzt schon seit 20 Jahren funktioniert. Die Politik könnte den Betrug leicht abstellen - tut es aber nicht.

Wenn das so weitergeht, dann lachen sich die Steuerbetrüger bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag ins Fäustchen. Dann wird der Fiskus, der sich seit zwei Jahrzehnten von Kriminellen horrende Summen abluchsen lässt, noch mehr Geld verlieren, viel mehr Geld. Etliche Milliarden Euro, Jahr für Jahr. Dann wird der Bundesrechnungshof weiterhin vergeblich warnen. Dann werden Steuerfahnder, wie einer von ihnen sagt, auch künftig "gegen Windmühlen kämpfen". Und warum das alles? Weil die Politik versagt. In diesem Fall die Europäische Union mit ihren Mitgliedsstaaten.

Traurig, aber wahr: Umsatzsteuerbetrüger bestehlen die EU-Staaten systematisch seit 1993, dem Wegfall der Grenzkontrollen und Beginn des freien Warenverkehrs.
Meistens geht es dabei um sogenannte Karussellgeschäfte, bei denen die Produkte im- und wieder exportiert werden. Das geht über so viele Stationen hinweg, dass der Fiskus den Überblick verliert und mehr Umsatzsteuern erstattet, als er zuvor kassiert hat. Eine der Firmen in diesen Handelsketten vergisst einfach, ihre Steuerschuld zu begleichen. Und verschwindet dann ebenso schnell wieder, wie sie aufgetaucht ist. Für die Steuerfahnder sind solche Firmen und deren Hintermänner nur schwer greifbar. Die Ganoven sind dann ebenso weg wie das Geld, das die Finanzämter ausbezahlt haben.

"Durch Umsatzsteuerbetrug entgehen dem deutschen Fiskus nach Schätzungen des Ifo-Instituts 14 bis 15 Milliarden Euro im Jahr", ist auf den Internetseiten des Bundeszentralamts für Steuern zu lesen. Ein großer Teil dieser Summe gehe auf die Aktivitäten krimineller Organisationen zurück, die staatenübergreifend sogenannte Karussellgeschäfte praktizierten. Der Bundesrechnungshof hat im September 2012 zusammen mit den Kollegen aus Belgien und den Niederlanden einen Bericht vorgelegt, in dem auf zwei EU-Schätzungen aus dem vergangenen Jahrzehnt verwiesen wird, wonach sich der Schaden in der EU auf 100 Milliarden Euro im Jahr belaufe. Auch dieser Bericht steht im Internet. Das Problem ist bekannt, doch die Politik reagiert kaum. Dabei wäre der Betrug leicht abstellbar, indem die Umsatzsteuer stark vereinfacht oder gar beim Handel zwischen den Firmen abgeschafft und nur noch vom Endkunden erhoben wird.

Ein gigantisches Karussel, gesteuert von Geschäftsleuten aus London

Nur ab und zu geschieht wirklich etwas. Als international agierende Organisationen vor wenigen Jahren den Handel mit Verschmutzungsrechten nutzten, um binnen Kurzem Hunderte Millionen Euro vom Fiskus zu ergaunern, schlug der Staat ausnahmsweise konsequent zurück. 1000 Polizisten, Steuerfahnder und Staatsanwälte aus der ganzen Bundesrepublik filzten Hunderte Firmen im Inland und, per Rechtshilfe, in zahlreichen anderen Staaten. Die Ermittler stießen auf ein gigantisches Karussell, gesteuert von Geschäftsleuten aus London, die meist aus Asien stammten und deren Netzwerk um die halbe Welt reichte. Mittendrin: die Deutsche Bank, die suspekten Firmen bei deren Handel mit CO2-Emissionen half.

Mehrere Beschuldigte sind inzwischen zu mehrjährigen Gefängnisstrafen verur-teilt worden, mehrere Händler der Deutschen Bank müssen mit Anklagen rech-nen, doch die Drahtzieher laufen frei herum. Wenigstens ist es gelungen, die Umsatzsteuer auf Verschmutzungsrechte in vielen Ländern abzuschaffen und so den Fiskus wenigstens hier vor Betrügern zu schützen. Dafür verlagern nach Erkenntnissen der Behörden die Banden ihre Aktivitäten nun auf den Strom-andel.

Das Karussell dreht sich weiter. Und schneller. Früher mussten noch Autos oder Handys hin und her transportiert werden, um Kasse auf Kosten des Staates zu machen. Jetzt genügen virtuelle Waren wie Stromkontingente, die auf dem Computer verschickt werden. Schon entstehen Rechnungen mit Umsatzsteuer. Und die Ermittler kommen nicht hinterher, obwohl sie seit einigen Jahren auch Telefone abhören dürfen. Doch das kostet Zeit und Personal. "Wir sind überfordert", klagt ein führender deutscher Steuerfahnder.

Er schlägt vor, das System so zu ändern, dass nur noch derjenige Umsatzsteuern zurückbe-kommt, der diese zuvor nachweislich selbst gezahlt hat. Das ist nicht das einzige Modell, mit dem sich die Betrügereien beenden ließen. Doch die EU schafft es nicht, die Umsatzsteuer zu reformieren. Der Steuerfahnder befürchtet Schlimmstes. Neue EU-Staaten seien auf diese Gaunereien nicht vorbereitet. "Die werden ein Eldorado für Betrüger sein." Der Bundesrechnungshof hat bereits 2005 notiert, der europäische Wirtschaftsraum sei ein "Eldorado", eine Goldgrube, für organisierte Umsatzsteuerkriminalität.

26. 07. 2013 Also doch: 350 Millionen Euro Verlust in der Finanzaffäre

Das Land Salzburg hat auf den Finanzmärkten so viel verloren wie ursprünglich befürchtet. Vorzeitige Rückzahlungen an den Wohnbaufonds flossen in riskante Geschäfte. Die Schulden des Landes betragen 1,2 Milliarden Euro.

Drei Feststellungen lassen sich nach der gestrigen Pressekonferenz von LH-Stv. und Finanzreferent Christian Stöckl (ÖVP) sowie den beiden vom Land zugezogenen externen Beratern Meinhard Lukas (Uni Linz) und Walter Knirsch (ehemals KPMG-Geschäftsführer) treffen.
Erstens: Das Land hat im weltweiten Finanzcasino unterm Strich Geld verloren. Und war ziemlich genau 350 Millionen Euro.

Zweitens: Dadurch wächst auch der Schuldenberg des Landes. Und zwar um rund 300 Millionen Euro. Womit Salzburg derzeit vor 1,2 Milliarden Euro Schulden steht. Dass die zusätzlichen Schulden um 50 Millionen Euro geringer sind als die Spekulationsverluste, liegt daran, dass einzelne, frühere Verluste bereits in Budgets ihren Niederschlag gefunden haben. Die 300 Millionen neue Schulden sind vor allem Forderungen, die der Landeswohnbaufonds an das Land hat. Sie können gestundet werden. Oder sie müssen, wenn das Land das Geld zurückzahlt, als Kredit aufgenommen werden. In jedem Fall aber sind es - Schulden.
Drittens: Nunmehr gilt als erwiesen, dass die Finanzabteilung mit Wohnbaudarlehen, die Häuslbauer verfrüht zurückgezahlt hatten, riskante Spekulationspapiere gekauft hat. Dabei handelt es sich um jene 247,5 Millionen Euro, die der Wohnbaufonds 2009 als vorzeitige Rückzahlungen erhalten hatte und dem Land Salzburg als günstigen, landesinternen Kredit weitergegeben hat.

"Nicht budgetwirksam vereinnahmt"

Diese Mittel sind aber, wie Finanzexperte Meinhard Lukas sagt, "nicht budgetwirksam vereinnahmt worden, sondern in das Liquiditätsmanagement geflossen". Will heißen: Mit ihnen wurden Derivate gekauft und Veranlagungen getätigt, nicht aber etwa Schulden abgebaut oder reale Investitionen im Land getätigt.
Bleiben einige Fragen wie zum Beispiel diese: Warum war noch am 16. Jänner im ersten Statusbericht zur finanziellen Lage des Landes von einem möglichen Plus aus den Spekulationsgeschäften in Höhe von 74 Millionen Euro die Rede gewesen? Haben die Roten, die damals noch ressortverantwortlich waren, die Zahlen schwarzgeredet, und die Schwarzen, die nun verantwortlich sind, die Zahlen rot?

Meinhard Lukas antwortet darauf: "Der Zugang im Jänner war völlig richtig." Damals hätten die Experten einen ersten Status erhoben - aufgrund der damals bekannten Fakten und auf Basis der Schulden des Landes bei Banken und der Österreichischen Bundesfinanzierungsagentur (ÖBFA). In der Zwischenzeit aber habe die Aufarbeitung des Skandals noch weitere Erkenntnisse gebracht. Daher der Schluss, den Walter Knirsch zog: "Wir wissen, wie es derzeit um uns steht." Was man schon vermutet hatte, jetzt jedoch gesichert weiß, sind folgende Punkte:

■ Im Jänner waren Barguthaben fälschlicherweise jenem Finanzvermögen zugeordnet worden, das durch das Finanzmanagement entstanden ist -.

■ Mit den vorzeitig zurückgezahlten und dem Land als Kredit überlassenen Wohnbaudarlehen von 247,5 Millionen wurde spekuliert. Sie müssen als Schuld des Landes am Wohnbaufonds verbucht werden. Wenn das Land dem Fonds dieses Geld zurückzahlt, muss es in entsprechender Höhe einen Bankkredit aufnehmen.

■ Der Landeswohnbaufonds hat dem Land Wertpapiere und Devisengeschäfte übertragen, die teils aus dem ordentlichen Haushalt bezahlt wurden, teils hat der Wohnbaufonds dafür noch eine Forderung gegen das Land. Dadurch verschlechtert sich die Gesamtbilanz um weitere 200 Millionen Euro -.

■ Noch niemand weiß, ob und wie viel Steuern die Finanz vom Land zurückfordern wird. Wie berichtet, hat das Land ja mittlerweile zwei Selbstanzeigen wegen möglicher Hinterziehung der Kapitalertragssteuer gemacht -.

■ Die gute Nachricht ist: Seit 2001 wurden durch das Finanzmanagement auch 200 Millionen Euro erwirtschaftet und im Landeshaushalt vereinnahmt.

Unter Berücksichtigung dieser Faktoren kommt dann eben unterm Strich ein Verlust von den genannten 350 Millionen Euro heraus. Lukas betonte, dass es sich dabei um "eine erste Annäherung an das wirtschaftliche Gesamtergebnis" handle. Es sei aber im Zuge der Arbeiten am Rechnungsabschluss 2012 gelungen, "eine gute Zusammenschau zu bekommen", wie Finanzreferent Stöckl sagte. Den Rechnungsabschluss werde er demnächst, nämlich Anfang August, vorlegen.

Die SPÖ zeigt sich kritisch

Naturgemäß kritisch kommentierte die SPÖ die Aussagen Stöckls. Partei- und Klubchef Walter Steidl sagte, auch die nun präsentierten Zahlen seien "eine Momentaufnahme. So wie der Statusbericht vom 16. Jänner 2013 eine Momentaufnahme war". Die Experten seien dieselben, die schon die damalige Landeshauptfrau Gabi Burgstaller und Kurzzeit-Finanzreferent Georg Maltschnig beauftragt hätten, betonte Steidl.

Was belege: "Die bisherige Aufarbeitung der Finanzcausa ist in den vergangenen Monaten gut gelungen. Der Abbau des Portfolios hat bislang ein Plus ergeben. Das haben auch Lukas und Knirsch immer wieder bestätigt."

SPÖ fordert forensische Aufarbeitung des Finanzskandals

Reaktion der Sozialdemokraten auf die neuen Zahlen im Finanzskandal: Der SPÖ-Vorsitzende Steidl stellte nicht nur die Höhe des Schadens infrage, er forderte auch eine forensische Aufarbeitung der Finanzgeschäfte.

Walter Steidl meldet sich in Sachen Finanzskandal zu Wort .

"Wenn man den genauen Schaden in der Causa beziffern will und die Frage stellt, wer dafür die Verantwortung zu übernehmen hat, auch in der Vergangenheit, dann führt kein Weg an einer forensischen Aufarbeitung vorbei", sagte Steidl. "Alle anderen Aufarbeitungsarten bleiben im Bereich der Spekulation."

"Genaue Analyse notwendig"

Die genaue Analyse jedes einzelnen Geschäfts sei auch für eine Neuordnung der Verwaltungseinheiten notwendig. "Nur wenn ich gesichert weiß, was schiefgelaufen ist, weiß ich was ich in Zukunft anders machen muss. Damit kann verhindert werden, dass ins Blaue hinein eine möglicherweise suboptimale Konstruktion gewählt wird."

Steidl forderte, dass sich alle Landtagsparteien und externe Experten mit der Frage beschäftigen und eine Strategie für die detaillierte Aufarbeitung festlegen. Eine allfällige Aufarbeitung müsse dabei alle Fonds des Landes einbeziehen. So seien zuletzt etwa Ungereimtheiten im Katastrophenfonds des ehemaligen Landesrats Sepp Eisl (ÖVP) bekannt geworden. "Auch hier sind genauere Untersuchungen erforderlich."

350 Mill. Euro angezweifelt

Steidl räumt zwar ein, dass Salzburg mit einem Minus aus dem Finanzskandal aussteigen werde, er stellte aber die Größenordnung des heute präsentierten negativen Ergebnis für das Land Salzburg in der Höhe von 350 Mill. Euro aus den Jahren 2001 bis 2012 infrage. "Es ist etwa noch nicht klar, wie mit der inneren Anleihe des Landeswohnbaufonds wirklich umzugehen ist."

Finanzlandesrat Stöckl hatte sich am Donnerstag skeptisch gegenüber einer forensischen Aufarbeitung jedes einzelnen Finanzgeschäftes in den Jahren 2001 bis 2012 gezeigt. "Es braucht dazu Energie, Zeit und Geld. Im Endeffekt ist wichtig, was übrig geblieben ist."

26.07.2013 - 04:09 **Mietstreit:** Gräfin gegen Fürst

Gertrud Festetics droht sogar Delogierung

Gertrud Gräfin Festetics gegen Karl Fürst Schwarzenberg:
Ein skurriler Mietstreit unter Adeligen beschäftigt jetzt sogar das Justizministerium. Trotz Räumungsklagen will die Historikerin ihre Wohnung im Haus der Schwarzen-berg- Stiftung im vierten Wiener Bezirk nicht räumen. "Ich habe einen unbefristeten Mietvertrag aus dem Jahr 1979!"

Die streitbare Gräfin hat nicht vor, aufzugeben: Sogar an den Bundespräsidenten, die Justizministerin und den Wiener Bürgermeister hat Gertrud Festetics de Tolna, Ehefrau des Verhaltensforschers und Wildbiologen Antal Festetics, bereits erboste Briefe geschrieben. "Ich kann mir nicht vorstellen, dass Kari (Anm: Karl Schwarzenberg) so etwas zulässt", erklärt sie gegenüber der "Krone".

Jahrelanger Clinch mit der "Albtraum-Nachbarin"

Schon seit dem Jahr 2006 liegt die Gräfin im Clinch mit der Privatstiftung, in deren Haus in der Wiener Prinz- Eugen- Straße sie seit 1979 wohnt. Damals stellte ihr die Stiftung die Kündigung des Mietvertrags zu. "Weil es wegen des unleidlichen Verhaltens der Frau Festetics innerhalb der Hausgemeinschaft wiederholt zu massiven Problemen gekommen ist", erklärt Stiftungsanwalt Maximilian Schaffgotsch (auch ein altes Adelsgeschlecht, Anm.) den Grund. Ehemalige Bewohner des Hauses erzählen der "Krone" sogar von einer "Albtraum- Nachbarin".

Im schlimmsten Fall droht Gräfin die Delogierung

"Alles Verleumdungen!", kontert Festetics. "Warum will man mir die Wohnung nehmen?" Dazu Schaffgotsch: "Wir sind eine Stiftung, nicht die Caritas." Nach einer Unzahl von Gerichtsverhandlungen – in Adelskreisen höchst unüblich – geht es jetzt wieder von vorne los. Im schlimmsten Fall könnte die Gräfin sogar delogiert werden.

29. Juli 2013, **Immer noch Pensionsmillionen für Expolitiker**

Obwohl die Privilegien 1997 abgeschafft wurden

Wien - Obwohl die Pensionsprivilegien für Politiker bereits 1997 abgeschafft wurden, trägt der Steuerzahler immer noch schwer an den Altlasten. Insgesamt 26,73 Millionen Euro wurden 2012 an Expolitiker ausgezahlt. Das hat der Grünen-Sozialsprecher Karl Öllinger in einer parlamentarischen Anfragebeantwortung von Bundeskanzler Werner Faymann (SPÖ) erfahren.

Denn von der Abschaffung 1997 sind weder Regierungsmitglieder mit damals mindestens vier und Abgeordnete mit mindestens zehn Amtsjahren betroffen. Dazu zählen etwa die Seniorenchefs Karl Blecha (Exminister und Exabgeordneter) und Andreas Khol (Exabgeordneter), aber auch Exkanzler Wolfgang Schüssel oder Exbildungsministerin Elisabeth Gehrer. So dürfte Blecha (SPÖ) monatlich 15.000 Euro brutto kassieren, hat Öllinger berechnet. Der will sich dazu nicht äußern, nur so weit, dass er die Debatte nicht ganz verstehe. "Ich bin Tag und Nacht ehrenamtlich tätig", sagt er zum Standard. Insofern kassiere er also keinen einzigen Cent an Pension, schließlich "arbeite ich rund um die Uhr".

9375 Euro Pension

59 ehemalige Regierungsmitglieder haben 2012 eine Politikerpension erhalten, in Summe 7,74 Millionen Euro. Das entspricht im Durchschnitt 9375,07 Euro brutto, 14-mal jährlich. Dazu kamen noch 31 Hinterbliebenenpensionen, mit insgesamt 2,25 Millionen.

Zusätzlich erhielten 348 Exabgeordnete und Hinterbliebene von Abgeordneten 16,73 Millionen, sagt Öllinger. Den größten Teil der Sonderregelung müssen übrigens die Steuerzahler zuschießen, weil der Solidarbeitrag, den die Pensionsbezieher leisten müssen, zu gering ist. Im vergangenen Jahr waren das 24 Millionen der mehr als 26 Millionen.

29. Juli 2013, Hypo: Verfahren gegen Josef Pröll eingestellt

- Josef Pröll

Dieter Böhmdorfer verteidigt Ex-Hypo-Chef Kulterer

Wien - BZÖ-Abgeordneter Stefan Petzner ist bei der Justiz abgeblitzt - zumindest zum Teil. Im Dezember hatte Petzner gegen zwölf Personen aus dem Hypo-Umfeld Anzeige eingebracht. Darunter Ex-Finanzminister Josef Pröll und der Präsident der Finanzprokuratur Wolfgang Peschorn. Petzner erhob den Verdacht der Untreue, Bilanzfälschung, der fahrlässigen Beeinträchtigung von Gläubigerinteressen, Verletzung der Informationspflicht bzw. Amtsmissbrauch. Der Politiker wollte "die wahren Ursachen und Hintergründe der Pleite der Hypo sowie der Notverstaatlichung" ans Licht bringen.

Daraus wird nichts - zumindest nicht bei Pröll und Peschorn, bei denen Petzner den "Verdacht der falschen Zeugenaussage" hatte. Justizministerin Beatrix Karl hat in einer Parlamentarischen Anfragebeantwortung am 22. Juli bekannt gegeben, dass das Ermittlungsverfahren gegen die beiden eingestellt wurde. Die Einsichtnahme in das Protokoll des Kärntner Hypo-U-Ausschusses bzw. das Tagsatzungsprotokoll des Handelsgerichts Wien hätten keine Verdachtslage ergeben.

Verteidigung

Am Montag wurde zudem bekannt, dass Ex-Hypo-Chef Wolfgang Kulterer im Strafverfahren zum Vorzugsaktiendeal der Bank (2006) von Ex-Justizminister Dieter Böhmdorfer verteidigt wird. Alle anderen Fälle bleiben bei Kulterers Vertrauensanwalt Ferdinand Lanker.

Zwei Investoren haben Interesse für die Übernahme der italienischen Hypo-Tochter signalisiert. Laut Il Messaggero Veneto sind das die Banca Popolare di Vicenza, sowie die britisch-indischen Investoren, die bereits die Österreich-Tochter übernehmen.

29. Juli 2013, 17:26

Menschenrechte, in Österreich

- eine Sache des Geldes !

In Sachen Menschenrechten ist Österreich holprig unterwegs - eine STANDARD-Bilanz der humanitären Regierungsarbeit

Wien - Junge Männer, die man in Zellen ohne Beschäftigungsangebote dunsten lässt, bis sich das aufgestaute Gewaltpotenzial entlädt: soweit der Hintergrund der jüngsten Skandalberichte aus dem Jugendstrafvollzug.

Kritisiert werden diese Zustände als Versäumnisse der Justizpolitik, als Ergebnis politischer Fehlentscheidungen. Doch sie haben auch eine ökonomische Grundlage, die über die Verantwortung des Justizressorts hinaus wirkt: Einen "eklatanten Mangel an Ressourcen für staatliche Aufgaben und deren zum Teil unflexiblen Einsatz, ein Zu-Tode-Sparen von sozialer Versorgung vor dem Hintergrund der Deregulierung", wie Manfred Nowak vom Wiener Ludwig-Boltzmann-Institut für Menschenrechte sagt.

Das Ausmaß des Problems gewinnt derzeit durch die wohl wichtigste menschenrechtliche Neuerung der endenden Legislaturperiode Konturen: durch die zusätzliche Aufgabenstellung für die Volksanwaltschaft, mit der das Fakultativprotokoll zum Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen Folter und unmenschliche Behandlung (Opcat) sowie Teile der UN-Behindertenrechtskonvention (CRDP) umgesetzt werden.

Seit Juli 2012 ist die Volksanwaltschaft, die davor ausschließlich Beschwerdeorgan für Bürger war, auch für die präventive Prüfung staatlicher und privater Einrichtungen zuständig, in denen es zu Freiheitsbeschränkungen kommt. Kontrolliert wird unangemeldet in allen Gefängnissen, Psychiatrien, Kasernen, Alten- und Pflegeheimen sowie Einrichtungen der Jugendwohlfahrt und für Menschen mit Behinderungen. Zudem hat die Volksanwaltschaft die Kontrollaufgaben des bisherigen Menschenrechtsbeirats im Polizeibereich inne, von der Schubhaft bis zur Demo-Beobachtung: Eine große Verantwortung, die zum Leidwesen von Kritikern aber von parteinominierten Funktionsträgern statt unabhängigen Experten geschultert wird, weil das Auswahlverfahren im Nationalrat gleich geblieben ist: Menschenrechtsfortschritt mit Pferdefuß.

Derzeit sind Günther Kräuter (SPÖ), Gertrude Brinek (ÖVP) und Peter Fichtenbauer (FPÖ) als Volksanwälte im Amt. Ihre Parteiloyalitäten seien dabei unwichtig, betonen sie. Doch ihre Arbeit birgt politisches und soziales Konfliktpotenzial, wie es in dem von Parteiinteressen mitbestimmten Politalltag gern unter den Teppich gekehrt wird. Dass Alte in Pflegeheimen aus Personalnot schon nachmittags zu Bett gebracht werden und Gefangene im sogenannten offenen Vollzug 22 Stunden täglich hinter verschlossenen Zellentüren sitzen, dürfte Teil eines strukturellen Finanzierungsproblems sein: Wie realistisch sind nachhaltige Verbesserungen in Zeiten fortgesetzter Sparauflagen?

Verhinderte Beschwerden

Bisherige Erfahrungen lassen Skepsis aufkommen: Die Inklusion behinderter Menschen, die massive Umbauten und weit mehr persönliche Assistenz voraussetzen würde, als derzeit öffentlich bezahlt wird, kommt nur mühsam voran. Die sozialen Menschenrechte, Ansprüche auf soziale Sicherheit, Arbeit, Erholung und adäquaten Lebensstandard laut UN-Menschenrechtskonvention, sind im Unterschied zu den politischen Menschenrechten für den Einzelnen in Österreich nach wie vor nicht durchsetzbar. Beim Verfassungskonvent 2004 und 2005 verhinderte die ÖVP diesbezügliche Individualbeschwerden beim Verfassungsgerichtshof.

Aktuell wiederum will Österreich das im Juni in Kraft getretene Zusatzprotokoll zum UN-Sozialpakt nicht ratifizieren, welches für Individualbeschwerden wegen Bruchs sozialer Menschenrechte den Weg auf der Ebene der Vereinten Nationen freimacht. Das hiesige Sozialsystem übererfülle die vom UN-Sozialpakt verlangten Standards ohnehin, lautet hier ein Argument, das gut in das gern nach außen getragene Bild Österreichs als Teil der globalen Menschenrechtselite passt.

Doch auch wenn das Land im internationalen Vergleich zu den Menschenrechtsbefolgern gehört und in manchen Bereichen - Beispiel Gewaltschutzgesetze - eindeutig vorne mit dabei ist, wie sich bei der ersten universellen Menschenrechtsprüfung Österreichs durch die Uno im Jahr 2011 zeigte: Wer sich etwa den Zustand der österreichischen Asyl- und Fremdengesetze und deren Anwendung vergegenwärtigt, muss diesen Befund relativieren. Hier bestimmen Verschärfungen im Jahrestakt das Bild sowie Bestimmungen, die selbst von Juristen als unlesbar bezeichnet werden. Abschiebungen von Menschen, die dort, wo man sie hinschickt, Festnahme und Repressalien erwarten, lassen - wie im aktuellen Fall der pakistanischen Servitenkloster-Flüchtlinge - befürchten, dass es für manche Verfolgte keinen Schutz gibt, obwohl dies Aufgabe des Asylwesens ist.

Als äußerst langwierig wiederum hat sich in den vergangenen Jahren die Durchsetzung von Verbesserungen im Einflussbereich der Sicherheitsbehörden herausgestellt. Es brauchte zwei Jahrzehnte zähen Ringens, etwa vonseiten der Menschenrechtsorganisation Amnesty International, sowie Empörung nach Misshandlungen durch Polizisten, bis ins Strafgesetzbuch auch eine Bestimmung gegen Folter eingefügt wurde.

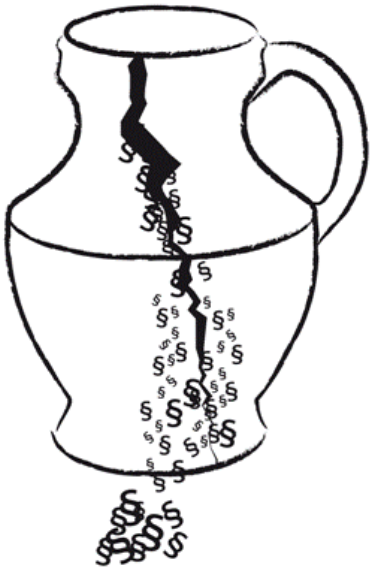
Mit Jänner 2013 trat der diesbezügliche Paragraf 312a, der den Vorgaben der UN-Antifolterkonvention entspricht, endlich in Kraft. Gleichzeitig wurde disziplinarrechtlich verbrieft, dass Amtsträger, die sich derlei Handlungen schuldig machen, zwangsläufig Amtsverlust droht: in Summe eine gewichtige Verbesserung. Doch bis die Message von der Unabdingbarkeit der Menschenrechte bis in die letzte Polizeiinspektion durchgedrungen ist, wird es laut Österreichs Amnesty-Generalsekretär Heinz Patzelt sicher noch weitere zehn bis 15 Jahre dauern: "Das setzt einen grundsätzlichen Kulturwechsel voraus."

RICHARD 3 LEEBRUCK

DER ZERBROCHENE KRUG

i n S a l z b u r g

TEIL XVI



INDIVIDUALBESCHWERDE
Europäischen Gerichtshof in Straßburg

29.07.2013, 11:43 # Markante Aktiendeals bei Strabag und Raiffeisen

Karl Sevelda und Klemens Breuer kauften Aktien der Raiffeisen Bank Internationa. Oleg Deripaska stockte bei Strabag auf.

Oleg Deripaska

Wien. Wie schon Mitte Jänner hat Oleg Deripaska nun erneut 342.857 Aktien des Baukonzerns Strabag zum Stückpreis von 19,25 Euro gekauft. Seine Rasperia Trading Limited erhielt das Paket von der Haselsteiner Familien-Privatstiftung im Zuge der Ausübung einer Call-Option. Dies geht aus der Directors' Dealings Datenbank der Finanzmarktaufsicht hervor. Die Kaufoption erlaubt Rasperia, bis Juli 2014 den Anteil von zuletzt 18,8 Prozent um weitere 6,2 Prozent zu erhöhen. Der Baukonzern Strabag ist an der Börse derzeit 1,89 Milliarden Euro wert, die Aktie notiert bei 16,60 Euro.

Karl Sevelda, CEO der Raiffeisen Bank International, und Vorstands-kollege Klemens Breuer, kauften am 22. Juli Aktien der Bank im Rahmen des Share Insentive Programms. Breuer erstand 1710 Papiere zu je 21,868 Euro, Sevelda 1824 Papiere zu je 21,791 Euro.

30. Juli 2013, 18:20

Schwarze Aussichten

Als eiserne Law-and-Order-Ladies inszenieren sich die ÖVP-Politikerinnen Fekter, Karl, Mikl-Leitner, um im Wahlkampf die Front zur FPÖ dichtzumachen - allerdings mit unterschiedlichem Erfolg.

Anders als die männliche Regierungsriege versuchen die ÖVP-Ministerinnen der FPÖ Sympathisanten abspenstig zu machen - Experten sehen darin das Risiko einer Wählervertreibung

Wien - Die Wortwahl von Johanna Mikl-Leitner angesichts der Abschiebungen pakistanischer Asylwerber erinnern frappant an jene, die ihre Parteifreundin Beatrix Karl benutzt hat, als bekannt wurde, dass ein 14-Jähriger in U-Haft vergewaltigt wurde. Auf Fragen, ob die Innenministerin garantieren könne, dass den Pakistanis in ihrer Heimat nichts geschehen würde, entgegnet die schwarze Innenministerin dieser Tage: "Ich kann auch nicht garantieren, dass einem Asylwerber in Österreich kein Verkehrsunfall passiert." Vor einem guten Monat hat Karl ihre Verantwortung für junge Straftäter in Staatsgewahrsam noch so zurückgewiesen: "Strafvollzug ist nicht das Paradies" - und daher könne sie als Justizministerin auch nicht garantieren, dass "so etwas nie wieder vorkommt".

Im Gegensatz zu ihrem Parteichef Michael Spindelegger und den Ministerkollegen Reinhold Mitterlehner und Karheinz Töchterle, die sich lieber als ausgleichend, verbindlich beziehungsweise intellektuell inszenieren, gerieren sich die Frauen in der ÖVP-Regierungsriege mittlerweile auffallend oft als eiserne Law-and-Order-Ladies - offensichtlich, um für die Nationalratswahl die Front zur FPÖ dichtzumachen.

Agenda-Setting für die FPÖ

Allerdings mit einem hohen Risiko, wie der Politikberater Thomas Hofer analysiert. Denn wie das PR-Desaster Karls birgt auch Mikl-Leitners rigide Vorgangsweise die Gefahr, vor allem liberal gesinnte ÖVP-affine Wähler zu verprellen und so den Grünen oder der neuen Partei Neos in die Arme zu treiben. Der Experte: "Beinahe viereinhalb Jahre hat die ÖVP mit dem Integrationsstaatssekretariat von Sebastian Kurz versucht, aus dem Ausländer- und Asylthema die Emotionen zu nehmen. Und jetzt befeuert sie es für die FPÖ, obwohl die Wähler derzeit andere Sorgen beschäftigen."

Mikl-Leitner selbst weist vehement zurück, sich diesbezüglich die brüske Amtsführung ihrer Vorgängerin Maria Fekter, mittlerweile streitbare Finanzministerin, zum Vorbild genommen zu haben. Doch auch schon vor dem Urnengang in Niederösterreich im Frühjahr legte die Innenministerin demonstrative Härte an den Tag. Damals wollte Mikl-Leitner Opiatabhängigen die Substitutionstherapien streitig machen und prangerte an, dass Asylwerber kaum Saisonjobs annehmen.

Politikbeobachter Hofer glaubt, dass es bei der Bestellung der beiden Innenministerinnen durchaus eine Rolle gespielt habe, dass Fekter und Mikl-Leitner einen ähnlichen Politikertypus, beide kämpferisch und alles andere als konfliktscheu, verkörpern - auch wenn sich Mikl-Leitner bisher keinerlei Ausfälle á la Fekter erlaubt hat, die einst sogar über "die Rehleinaugen" von Arigona Zogaj hergezogen ist. Das Kalkül hinter dieser Auswahl: "Die politischen Kontrahenten können bei Ministerinnen meist nicht so offen attackieren wie bei einem Mann."

Tatsächlich rücken von den anderen Parteien vor allem Frauen aus, um die Abschiebungen zu kritisieren. Von einer "ungeeigneten" und "nicht menschenwürdigen" Vorgangsweise spricht etwa Parlamentspräsidentin Barbara Prammer (SPÖ). Die Grüne Eva Glawischnig hält der Niederösterreicherin, die sich einst zur Landesrätin in Erwin Prölls ÖVP - unter den Landesparteien als oberste Stahlhelmfraktion verschrien - emporgearbeitet hat, "Zynismus" und "einen Mangel an Mitgefühl" vor.

Doch kann die offen zur Schau getragene Stärke seiner Ministerinnen nicht auch Spindelegger über den Kopf wachsen? Im Fall Fekter ist das bereits passiert, meint Hofer: "Sie gilt für ihn als nicht steuerbar." Nicht zuletzt, weil die Ministerin dem Chef letzten Sommer das Finanzressort nicht abgegeben hat. Für den Tag nach der Wahl ist Fekter deshalb schon für alles Mögliche im Gespräch, unter anderem für einen Posten im Europäischen Rechnungshof, der weit weg residiert - in Luxemburg.

30. Juli 2013, **Zyprische Großsparer verlieren fast die Hälfte**

Nikosia - Zur Abwendung der Staatspleite werden Sparer in Zypern stärker zur Kasse gebeten. Die Zwangsabgabe für vermögende Kunden bei dem größten Kreditinstitut des Landes, der Bank of Cyprus, belaufe sich auf 47,5 Prozent, teilten die nationale Zentralbank und das Finanzministerium am Dienstag mit. Damit bestätigten sie einen entsprechenden Bericht der Nachrichtenagentur Reuters vom Wochenende. Das krisengeschüttelte Euro-Land und seine Geldgeber hatten sich im März zunächst auf eine geringere Abgabe verständigt, nachdem erst ein noch höherer Beitrag von 60 Prozent im Gespräch gewesen war.

Demnach sollten Guthaben über 100.000 Euro, die bei der Bank of Cyprus deponiert wurden, zu 37,5 Prozent in Aktien der Bank umgewandelt werden. Weitere 22,5 Prozent wurden vorübergehend gesperrt. Davon sollen zwölf Prozent nun wieder freigegeben werden. Der Rest werde in drei Tranchen aufgeteilt, die dann nach sechs, neun und zwölf Monaten ebenfalls freigegeben werden sollen. Diese Regelung kann allerdings einmal verlängert werden. Die Zinsen auf diese Guthaben liegen den Angaben zufolge über den sonst üblichen Zinsen.

Die Beteiligung vermögender Sparer war in den zähen Verhandlungen zur Stabilisierung Zyperns die Gegenleistung für die zehn Milliarden Euro umfassenden Hilfen von EU und Internationalem Währungsfonds IWF.

30.07.2013 - 15:19 **Millionen verschwunden: Ermittlungen gegen Rathgeber**

Betrugsverdacht: Wegen offenbar falsch abgerechneten Geldern aus dem Katastrophenfonds wird nun gegen Monika Rathgeber ermittelt. Ihr Rechtsanwalt bestreitet, dass sie sich bereichert hat.

Monika Rathgeber.

Im Salzburger Finanzskandal ermittelt die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) jetzt nicht nur wegen des Verdachtes der Untreue gegen die entlassene Budgetreferatsleiterin Monika Rathgeber, sondern auch wegen des Verdachtes des Betruges. In einer Anzeige des Landes wird der Ex-Vertragsbediensteten der Landes-Finanzabteilung vorgeworfen, sie habe nach Unwetterschäden beim Katastrophenfonds des Bundes höhere Beträge geltend gemacht, als an Schadenssummen gemeldet wurden.

4,5 Millionen Euro verschwunden

Das Land soll deshalb in den Jahren 2008 bis 2011 unrechtmäßig 4,5 Mio. Euro an Bundesmittel bezogen haben. Wofür diese Gelder verwendet wurden, ist derzeit noch unklar. Es werde im Zusammenhang mit dem Katastrophenfonds nur gegen Rathgeber wegen Betrugsverdachtes ermittelt, sagte am Dienstag WKStA-Sprecher Erich Mayer auf Anfrage der APA.

Zu den neuen Vorwürfen befragt, erklärte der Rechtsanwalt von Rathgeber, Herbert Hübel: Er sei auf Urlaub gewesen und kenne die Anzeige des Landes noch nicht. Deshalb könne er dazu noch keine Stellungnahme abgeben, sagen könne er aber so viel: "Frau Rathgeber hat sich selbst nicht bereichert, um keinen Cent." Hübel kündigte außerdem an, dass er eine außerordentliche Revision gegen die in zwei Gerichts-Instanzen bestätigte Entlassung Rathgebers einbringen werde.

Ermittlungen auch gegen Paulus

Die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft ist nach wie vor mit den Erhebungen gegen Rathgeber, weiters gegen einen Mitarbeiter der Finanzabteilung und gegen den mittlerweile pensionierten Leiter der Finanzabteilung, Eduard Paulus, beschäftigt. Es geht um den Verdacht der Untreue in Zusammenhang mit Spekulationsgeschäften. Anfang Juli hat die WKStA einen externen Gutachten - er ist Experte für Derivatgeschäfte - bestellt.
Dieser Sachverständige untersucht derzeit drei spezifische Bereiche, wie Staatsanwalt Mayer erläuterte: Derivatgeschäfte und Privatequity-Veranlagungen des Landes sowie die Übernahme eines Portfolios der Stadt Salzburg durch das Land. Der Gutachter soll alle Veranlagungen des Landes ab 2007 unter die Lupe nehmen. Parallel dazu werden die Finanzgeschäfte des Landes auch von Experten der Wirtschafts- und Korruptionsstaats-anwaltschaft geprüft.

01.08.2013

Die heimliche Steuer auf Schein-Einkommen

Die wichtigste Steuerreform wäre die Abschaffung der "kalten Progression". Das ist in einem Land, das gerade ein echtes Budgetdefizit von 17 Prozent fährt, auf absehbare Zeit freilich nur schwer vorstellbar.

Erfreuliches hatte das Finanzministerium diese Woche zu berichten: Obwohl die Wirtschaft zur Zeit nicht gerade blüht, sind die Steuereinnahmen des Bundes um gut vier Prozent gewachsen. Gratulation! - Allerdings enthält das Jubel-Zahlenwerk ein paar Daten, die einen ins Grübeln bringen. So stehen etwa im ersten Halbjahr beim Bund Einnahmen von 30,3 Mrd. Euro Ausgaben von 35,4 Mrd. Euro gegenüber. In den vergangenen sechs Monaten hat der Bund also ein Defizit (so nennt man nun einmal einen Negativsaldo im Haushalt) von schlappen 17 Prozent eingefahren.

Bitte jetzt nicht damit kommen, dass man das Defizit von Staatshaushalten allgemein am Bruttoinlandsprodukt (BIP) misst: Das ist zwar eine weit verbreitete, aber letztlich reichlich inhaltsleere Kennziffer, die nur zur Verschleierung der wahren Situation dient. Denn dem Staat stehen zur Abdeckung seiner Verbindlichkeiten nun einmal nur seine Einnahmen zur Verfügung. Und nicht die gesamte Wirtschaftsleistung des Landes und seiner Bewohner. Außer natürlich, er hätte vor, die Steuer- und Abgabenquote auf 100 Prozent des BIPs zu schrauben.

Der Staat kommt also trotz eifrig sprudelnder Einnahmen mit seinem Geld dramatisch nicht aus. Nicht, dass das eine rasend neue Erkenntnis wäre. Man muss aber kein Mathematikgenie sein, um zu erkennen, dass man mit ziemlich hohem Tempo in Richtung Wand fährt, wenn man über längere Zeit um 17 Prozent mehr ausgibt, als man einnimmt. Eine verantwortungsvolle Regierung würde beginnen, sich darüber Gedanken zu machen. Statt über Wahlgeschenke für ihre jeweilige Klientel nachzudenken.

Die zweite Kennziffer, die die Alarmglocken schrillen lassen sollte: Trotz sehr moderater Lohnerhöhungen und deutlich steigender Arbeitslosenraten gehört die Lohnsteuer zu den am stärksten wachsenden Steuerarten. 6,1 Prozent hat das Plus im ersten Halbjahr ausgemacht. Seltsam, nicht?

Die Erklärung dafür ist einfach: Die „kalte Progression“ hat zugeschlagen. Die entsteht dadurch, dass die Steuertarife nicht an die Inflation angepasst werden, wodurch jedes Jahr eine Reihe von Arbeitnehmern in Steuerklassen „aufrückt“, die für sie nicht gedacht waren. Mit anderen Worten: Es handelt sich hier um eine versteckte Zusatzsteuer auf real nicht vorhandene Schein-Einkommenssteigerungen, die von der Inflation bereits weggefressen wurden.

IHS-Chef Keuschnigg hat erst vor wenigen Tagen auf dieses hierzulande auch schon seit Jahrzehnten konsequent ignorierte Problem hingewiesen. Die Sache ist für die Bezieher lohnsteuerpflichtiger Einkommen freilich viel dramatischer, als es aussieht. Immerhin hat sich etwa die Zahl derer, die in die höchste Steuerklasse (50 Prozent Grenzsteuersatz) hineinfallen, in den vergangenen Jahren annähernd verdoppelt, ohne dass die Realeinkommen sonderlich gestiegen wären.

Die nüchternen Zahlen des Finanzministeriums und der Statistik Austria zeigen am besten, wie sehr hier der Staat unbemerkt in die Taschen der Bürger greift: Seit dem Jahr 2000 ist das Durchschnitts-Bruttoeinkommen der unselbstständig Erwerbstätigen (arithmetisches Mittel) um rund 28 Prozent gestiegen. Der Verbraucherpreisindex hat knapp gleich stark zugelegt, unter dem Strich wäre in zwölf Jahren für den Durchschnitts-Gehaltsbezieher also eine minimale reale Einkommenssteigerung herausgekommen.

Wäre – wenn nicht die diversen Finanzminister umbarmherzig zugeschlagen hätten. Denn das Lohnsteueraufkommen ist in diesem Zeitraum um knapp mehr als 60 Prozent gewachsen. Also mehr als doppelt so schnell. Mit anderen Worten: Was immer in den letzten zwölf Jahren an Brutto-Lohnsteigerungen herausverhandelt wurde: Staat und Inflation haben es real wieder weggefressen. Und noch ein bisschen dazu. Wir walzen das hier deshalb so aus, weil Vorwahlzeit ist und die beiden Regierungsparteien wieder mit Konzepten für „Steuerentlastung“ herumwacheln, die diese Bezeichnung nicht verdienen. Und weil man jetzt immer mehr Sonntagsreden von wegen „steuerliche Entlastung der Arbeit“ hört – und dann zusehen muss, wie die Sonntagsredner in aller Ruhe der steuerlichen Zusatzbelastung von Arbeit durch kalte Progression beim rasanten Steigen zusehen.

Dabei muss man, um dieses Problem zu beseitigen, keineswegs das Rad neu erfinden. Genau die Hälfte der OECD-Länder hat es schon gelöst, indem die Einkommensgrenzen, ab denen die jeweils höhere Stufe schlagend wird, einfach mit der Inflation mitwachsen. So wird automatisch verhindert, dass sich die Bezieher von Durchschnittseinkommen plötzlich mit Steuersätzen konfrontiert sehen, die eigentlich für Topverdiener gedacht waren.

In der Schweiz beispielsweise werden sie neuerdings jährlich an die Inflation angepasst. Dort gilt der höchste Steuersatz (für Ehepaare) übrigens ab einem Einkommen von 895.900 Franken im Jahr. Und nicht ab läppischen 60.000 Euro (in der Praxis wegen der steuerlichen Absetzbarkeit der Sozialversicherungsbeiträge etwas über 70.000 Euro) wie bei uns.

01.08.2013, 15:30

01.08.2013, 15:30

Rund 6.000 Pädagogen

"Warum soll sich Österreich weiterhin ungeeignetes Personal leisten? Das würde doch keine Firma der Welt machen", meldet sich Frank Stronach mit einer neuen, nicht unspektakulären Forderung zurück: Er möchte 6.000 "Problemlehrer" feuern. Stronach begründet: "Die Schulexperten sagen ja: 'Fünf von hundert Lehrern sind nicht für den Unterricht geeignet.'" Die Lehrer- Gewerkschaft kontert: "Die Zahl ist weit niedriger."

Psychische Probleme aufgrund massiver Überforderung im Unterricht mit den Kindern plus anschließende Flucht in Dauerkrankenstände oder aber Dienstverfehlungen: Nach Aussagen des Bildungsexperten Andreas Salcher seien bereits "zehn Prozent der 120.000 Lehrer für den Unterricht ungeeignet". Sein Kollege Johannes Mayr von der Universität Klagenfurt meint, dass sogar 24.000 Pädagogen nicht mehr im Klassenzimmer stehen sollten.

Frank Stronach setzt die Zahl deutlich niedriger an – er übernimmt die Schätzung des Elternvereins: "Fünf von 100 Lehrern dürften eigentlich nicht mehr unterrichten, trotzdem werden sie weiter vom Staat bezahlt." Das müsse sich ändern, will der Milliardär nun mit einer radikalen Forderung seinen Wahlkampf in Schwung bringen: "Die 6000 'Problemlehrer' müssen freigesetzt werden. Sie stehen der Lernentwicklung der Kinder im Weg. Die Direktoren sollen wie Manager agieren können und sich ein gutes Team zusammenstellen dürfen – ohne Parteipolitik."

Prompte Reaktion von der Gewerkschaft

Von der Lehrer- Gewerkschaft kommt dazu heftiges Kopf-schütteln. Paul Kimberger, der Vorsitzende der Gewerkschaft der Pflichtschullehrer meint: "Mir ist keine Studie bekannt, die Stronachs Zahlen belegt. Ein 'Rauswerfen' ist abzulehnen, es gibt auch eine Menschenwürde." Richtig sei aber, so Kimberger, dass es "natürlich einige Lehrer gibt, die sich besser für einen anderen Beruf entschieden hätten".

Die PVA hebelte eine Gutachterin vor dem Arbeitsgericht aus

Plump, aber wirksam hebelte die PVA eine berühmte Gutachterin vor dem Arbeits- und Sozialgericht aus. Ein Justizskandal mit unabsehbaren Folgen.

Es ist eine schöne Ordination, mit einem Empfangsbereich, der jene besänftigende Ruhe ausströmt, die Eintretende sofort in das zuversichtliche Versprechen hüllt, dass hier die Dinge in Ordnung kommen. Doch es gab Zeiten, da hatte Gabriele Wörgötter (Bild) nur Augen für die Post, die sich auf ihrem Tisch stapelte: Wie viele Einsprüche hatte die Pensionsversicherungsanstalt heute wieder geschickt? Fünf? Zehn? Das waren die Tage, die schon am Morgen gelaufen waren. Wörgötter ist Fachärztin für Psychiatrie, Ausbildnerin und gerichtliche Sachverständige. Auf ihre Expertise hören Straf- und Zivilgerichte in ganz Österreich. Am Arbeits- und Sozialgericht in Wien (ASG) gehörte sie zu den am häufigsten bestellten Gutachtern, wenn es um die Frage ging, ob ein psychisch kranker Mensch noch arbeitsfähig ist. Rund 600 Expertisen lieferte sie dort jedes Jahr ab. Fundiert und verlässlich, Wörgötter gilt als Kapazität ihres Fachs.

Nun tröpfeln die Aufträge nur noch spärlich. Schuld daran ist die Pensionsversicherungsanstalt (PVA), die Ende 2010 begonnen hatte, die Gebührennoten der Psychiaterin zu bekämpfen – nicht nur manche, auch nicht „etliche“, wie die PVA in einem Email an profil behauptet, sondern jede. 800 Einsprüche flatterten Wörgötter innerhalb von eineinhalb Jahren in ihre Ordination am Wiener Brahmsplatz – und nur ihr: Kein zweiter Gutachter des Arbeits- und Sozialgerichts war einem vergleichbaren Bombardement ausgesetzt.

„Mobbing von A bis Z“ -

Es legte ihre Ordination beinahe lahm. 800 Fallgeschichten waren aufzurollen, 800 Stellungnahmen zu verfassen, jede davon mehrere Seiten lang. Die Korrespondenz füllt einen Aktenschrank. Man könnte ihm das Etikett „Mobbing von A bis Z“ verpassen, doch das würde der Bedeutung nicht gerecht: Die Bürokratie zermürbte nämlich nicht nur die Gutachterin, sondern auch die Richter am Arbeits- und Sozialgericht.

Das ist die zweite, nicht minder empörende Seite des Skandals: Die Richter dürfen ihre Sachverständigen frei wählen, deren Gebührennoten werden normalerweise nach der Verhandlung rasch durchgewunken. Alles andere wäre bei 12.000 Verfahren allein in Wien nicht praktikabel. Jeder Einspruch aber zieht einen aufwändigen Schriftsatz nach sich, 800 Einsprüche erzeugen 800 aufwändige Schriftsätze. Das Gros der Richter hatte keine Lust, sich damit herumzuschlagen und bestellte die Psychiaterin einfach nicht mehr. Wörgötters Aufträge waren innerhalb kürzester Zeit um 80 Prozent eingebrochen.

Walter Schober, Sprecher des Arbeits- und Sozialgerichts in Wien, gibt sich empört, wenn man ihn fragt, ob die PVA es damit geschafft habe, eine Gutachterin loszuwerden: „Das muss ich entschieden zurückweisen. Sie wird ja weiter beschäftigt.“ Was er nicht dazusagt: Es gibt am ganzen Gericht nur zwei Richterinnen, die Wörgötter nicht fallen gelassen haben. Eine davon ist Patricia Wolf, Vizepräsidentin des Arbeits- und Sozialgerichts, die findet, sie sei es „den Leuten, die bei uns Recht suchen, schuldig, dass ich die besten Sachverständigen auswähle. Dafür nehme ich auch einen Mehraufwand in Kauf.“ Am ersten Beschluss zu einer Wörgötterschen

Gebührennote saß sie noch zwei Tage. Inzwischen gehen ihr die Schriftsätze in ein, zwei Stunden von der Hand. Für die Richterin sind Gutachten das Um und Auf in sozialrechtlichen Verfahren. Sie hält dazu Vorträge und publiziert Fachartikel.

In der Kollegenschaft steht sie wie eine einsame Heroin da, die am Gesamteindruck wenig ändert. „Die PVA hat einen plumpen Hebel angesetzt und das Gericht hat nachgegeben", konstatiert der Grüne Sozialsprecher Karl Öllinger: „Macht das Beispiel Schule, ist es mit der Unabhängigkeit der Gutachter vorbei." Der Wiener Rechtsanwalt Herbert Pochieser, der selbst viel am Arbeits- und Sozialgericht zu tun hat, sieht es ähnlich: „Das geht über Mobbing weit hinaus, das ist ein Justizskandal." Dahinter steht gewaltiger, politischer Druck. Das Heer der Frühpensionisten soll schrumpfen, der Zugang zur Invaliditätspension erschwert werden. Tatsächlich geht die Zahl der Pensionen aus geminderter Erwerbstätigkeit zurück. 2011 gab es 73.692 Anträge, im Jahr darauf nur mehr 68.150 (ohne Beamte). Die Zuerkennungen sanken von 27.969 im Jahr 2011 auf 27.446 im Jahr darauf. In der ersten Hälfte des laufenden Jahres verzeichnet die Statistik nur mehr 12.504 positive Bescheide. Wer abblitzt, kann beim Arbeits- und Sozialgericht klagen. 60 Prozent der abgelehnten Antragsteller auf eine Invaliditätspension beschreiten diesen Weg, nur ein Fünftel davon kommt auch ans Ziel. Weil die Menschen aber nicht gesünder werden, hängen immer mehr chronisch Kranke in der Schleife zwischen AMS, Gericht und PVA – zu kaputt zum Arbeiten, nicht krank genug für die Pension, zumindest in den Augen von Gutachtern (siehe Kasten am Ende).

Psychiatrische Erkrankungen zählen – neben orthopädischen Beschwerden – zu den häufigsten Gründen für Berufsunfähigkeit. Kein Richter ist in der Lage, mit freiem Auge zu erkennen, ob eine Frau depressiv ist, ob jemand trotz Wirbelbrüchen noch sitzen kann oder der adrette, drogensüchtige Mann arbeitsfähig ist. Die Qualität der Urteile hängt von der Qualität der Gutachten ab – und die ist mitunter erbärmlich. Als Wörgötter, in wissenschaftlichen Kreisen als Vorkämpferin für gehaltvolle Expertisen hochangesehen, für ein Symposium 100 Gutachten von Kollegen unter die Lupe nahm, konstatierte sie mit Schrecken, dass 80 Prozent nicht einmal die Mindestanforderungen erfüllten. Es fehlten die Fragestellung, der Zeitpunkt und die Dauer der Untersuchung, ein Abriss der Aktenlage, der psychopathologische Status. Selbst Diagnosen suchte sie vergeblich. „Man weiß nicht, was man dazu sagen soll, außer, dass das keine Gutachten sind", sagt Wörgötter.

Latte höher gelegt -

Die Psychiaterin machte sich mit solchen Befunden nicht nur Freunde. Vor 15 Jahren war sie als eine der ersten Frauen in die männliche Domäne der Gutachter eingebrochen. Sie war tüchtig, nicht auf den Mund gefallen und legte am Schiedsgericht, wie das Arbeits- und Sozialgericht früher hieß, die Latte um einiges höher: Bis dahin hatte man sich nicht selten mit halbseitigen Erörterungen begnügt. Wörgötter fuhr mit ordentlich gegliederten, umfangreichen Expertisen auf, wie sie in Strafverfahren üblich waren. Einige Kollegen dürften ihr das nicht verziehen haben, doch alle Versuche, sie fachlich auszuhebeln, endeten blamabel. Einer ihrer Widersacher, dessen Gutachten sie als Übergutachterin zerpflückt hatte, attackierte sie wüst, diskreditierte sie als Expertin und bezweifelte ihre Ausbildung. Er musste in einem Schlichtungsverfahren vor der Ärztekammer alles zurücknehmen und sich entschuldigen.

Gegen das PVA-Bombardement aber war Wörgötter letztlich machtlos. Psychiatrische Expertisen kosten – je nach Umfang – zwischen 400 und 900 Euro. Die PVA

hatte zunächst den Posten „Testpsychologie“ von ihrer Gebührennote gestrichen. Ein Dreivierteljahr brauchte das Oberlandesgericht, um die Honorarforderung zu bestätigen. Daraufhin knöpfte sich die PVA die kleinen Beträge vor: 20 Euro für Hilfskräfte, Ordinationspauschalen von zehn oder 20 Euro. Manche wurden bestätigt, manche nicht.

Die PVA behauptet, Wörgötter habe alles weiter in Rechnung gestellt. „Das stimmt nicht, sobald eine Entscheidung negativ war, habe ich den Posten natürlich nicht mehr veranschlagt“, sagt sie. Die anderen Gutachter hingegen setzten sie weiter auf ihre Gebührennoten – und zwar ohne, dass die PVA ein Veto eingelegt hätte, sagt Wörgötter. In ihrem Aktenschrank lagern hunderte Schriftsätze, in denen es sinngemäß heißt, die PVA stimme allen Gebühren ungeschmälert zu – außer ihren.

Das ist rechtlich vermintes Gebiet. Denn als Körperschaft öffentlichen Rechts ist die PVA zu Objektivität verpflichtet. Nicht nur für den Grünen Öllinger riecht die systematische Benachteiligung einer Gutachterin „sehr stark nach Amtsmissbrauch“. Ein Richter des Arbeits- und Sozialgerichts dürfte sich Ähnliches gedacht haben, als er im März 2013 einen Gebührenbeschluss verfasste, in dem er zunächst alle Sachverständigen aufzählte, deren Honorarforderungen die PVA ohne Murren hinnahm: Gegen die Ordinationspauschale von Dr. R. und Dr. S. (je 20 Euro) habe es keine Einwände gegeben, auch nicht gegen die von Dr. R., der 23,40 Euro veranschlagt hatte, auch nicht gegen jene 15 Euro von Dr. F. für die Beziehung von Hilfskräften, ebenso wenig gegen die von Dr. S. verrechneten 20 Euro für Sekretariatsarbeiten. Wörtlich heißt es weiter: „Auch in anderen Verfahren wendet die beklagte Partei [die PVA] auch weiterhin nicht die Ordinationspauschale ein […]. Da nicht anzunehmen ist, dass die beklagte Partei amtsmissbräuchlich ihr genehme Sachverständige bevorzugt […], sondern alle gleich behandeln will, waren [Frau Dr. Wörgötter] Kosten für die Beziehung von Hilfskräften in der Höhe von 20 Euro zuzuerkennen.“

Sowohl der Sprecher des Arbeits- und Sozialgerichts als auch die PVA bestreiten auf profil-Anfrage eine Ungleichbehandlung. Mit gelegentlichen Einsprüchen müsse jeder Gutachter leben. Das räumt auch Wörgötter ein. Doch am Arbeits- und Sozialgericht gibt es keinen zweiten Sachverständigen, der – so wie sie – um buchstäblich jede Gebührennote streiten musste. Der Vorstand der PVA antwortete auf die profil-Anfrage, wie man 800 Einsprüche gegen eine Gutachterin erkläre, mit einem E-Mail, das sich in Erläuterungen über die Tücken der Vergebührung, die dafür gültigen Gesetzesstellen und allfällige Rechtsmittel verliert. Man führe, heißt es weiter, „keine statistischen Aufstellungen darüber, wie oft zu Gebührennoten einzelner Sachverständiger eine Äußerung abgegeben wurde oder wird“.

Wenn die Psychiaterin Gabriele Wörgötter heute ihre Ordination betritt, fällt ihr erster Blick nicht mehr auf den Stapel Post. „Ich hatte eine harte Zeit, musste Mitarbeiter kündigen und mich neu ausrichten.“ Was ihre persönlichen Befindlichkeiten betrifft, habe sie die Causa abgehakt. -
Die politische Dimension freilich lässt ihr keine Ruhe: „Mich hat man abserviert. Wer ist der Nächste?“ -

Infokasten Zu kaputt für die Arbeit, zu wenig krank für die Pension
„Hoffentlich passiert mir das nie!“, dachte Susanne Faux, als sie vor Jahren als Laienrichterin an das Arbeits- und Sozialgericht bestellt wurde und hautnah miterlebte, wie kranke Menschen abgefertigt wurden – „unter jeder Würde“, wie sie fand. Faux ließ sich aus der Liste der Laienrichter streichen.

02. 08. 2013 # Stronachs rechte Hand

Frank Stronachs "Kronprinzessin": Keinem vertraut der Milliardär mehr als Kathrin Nachbaur (34)

Sie ist nicht nur die rechte Hand von Frank Stronach. Kathrin Nachbaur (34) besitzt Stronachs uneingeschränktes Vertrauen. Wenn der Milliardär in Kanada weilt, ist die Juristin die Hüterin von Franks Werten. Nun will die Grazerin, die 12 Jahre lang bei Magna in Kanada gearbeitet hat, in die Politik als Nationalratsabgeordnete für das „Team Stronach“ einsteigen.

KURIER: Frau Nachbaur, Sie werden als die Vize-Kanzlerin oder Kronprinzessin von Frank Stronach bezeichnet. Mögen oder ärgern Sie diese Titel?
Kathrin Nachbaur: Das ärgert mich überhaupt nicht. Im Gegenteil, darüber muss ich ein wenig schmunzeln. Ich glaube, diese Bezeichnungen sollen zum Ausdruck bringen, dass ich Frank tatsächlich schon sehr lange kenne – und er deshalb Vertrauen in mich hat, dass ich seine Werte in seinem Sinne mittrage.
Wollen Sie Nationalratsabgeordnete werden? Und werden Sie auf dem zweiten Platz der Bundesliste stehen?
Ja, ich möchte ins Parlament. Auf welchem Platz möchte ich nicht verraten. Aber es wird weit vorne sein.
Gibt es einen Bereich, für den Sie im Parlament vielleicht sogar Sprecherin für das „Team Stronach“ werden wollen?
Justiz interessiert mich sehr, weil ich Jus studiert habe. Aber auch Innen- und Außenpolitik.
Ist im Parlament nicht alles Innenpolitik?
Da haben Sie recht (lacht). Ein großes Anliegen von mir sind vor allem die Frauenthemen. Frank möchte da auch ein Zeichen setzen. Frauen müssen immer noch doppelt so hart arbeiten, um in wichtige Positionen zu kommen.
Wird Stronach tatsächlich als Abgeordneter im Parlament sitzen? Er pendelt zwischen Kanada und Wien. Wie will er das logistisch organisieren, wenn es jeden Monat Sitzungen gibt?
Er wird sich zwar bei der einen oder anderen Sitzung entschuldigen lassen, aber bei den wichtigen Sitzungen im Nationalrat wird Frank mit Sicherheit dabei sein.
Es wird kolportiert, dass Sie 1999 Frank Stronach in der Grazer Oper angesprochen haben, ob er nicht einen Job für Sie hätte. War das so?
Interview mit KURIER-Redakteurin Ida Metzger - Mein Vater wollte immer, dass ich Frank kennenlerne, weil er ihn für einen tollen Unternehmer hielt. In der Grazer Oper hat mich dann mein Vater Stronach vorgestellt. Frank fragte mich, was ich studiere. Ich antwortete: „Jus, Englisch und Französisch.“ Frank meinte: „Schade, dass du nicht fertig bist, denn meine Juristin ist gerade in Karenz gegangen.“ Ich ließ nicht locker: „Und welchen Job könnte es noch für mich geben?“ Er lud mich dann für ein Praktikum mit anderen Studenten nach Kanada ein. Und aus einem Jahr sind dann insgesamt zwölf Jahre geworden.

Und was hat Sie dazu bewegt, in die Politik zu gehen?
Das war eine natürliche Entwicklung. Frank und ich hatten während der langen Atlantikflüge viel Zeit zum Lesen von Magazinen und zum Philosophieren. Uns ist einfach aufgefallen, dass das System nicht mehr funktioniert. Und wir haben ausführlich darüber gesprochen, wo der Hase im Pfeffer liegt, wo dringend Reformen benötigt werden. Plötzlich ist das Theoretische dann immer praktischer geworden – und mündete darin, dass 2011 das Frank-Stronach-Institut für sozialökonomische Gerechtigkeit gegründet wurde.

Die TV-Auftritte von Frank Stronach werden kritisiert, weil ihm die Tiefe bei den Themen fehlt. Wie beurteilen Sie seine TV-Interviews?

Die Juristin über ihren Mentor: „Ich mag ihn sehr als Mensch, Frank hat ein gutes Herz. Und er ist absolut ein Vorbild für mich“ - /Rainer Gregor Eckharter Ich finde sie gut, weil Franks TV-Auftritte komplett authentisch sind. Er lässt sich nicht coachen oder trainieren. Franks Sätze kommen alle vom Herzen. Er gibt die Visionen und die Themen vor. Bei der Magna wusste er ja auch nicht, welchen Durchmesser die Schraube bei der Autotür links hinten hat. Für Detailfragen holt man sich Fachexperten.

Lassen Sie sich coachen?
Nein. Denn es war von Anfang an wichtig zu zeigen, dass wir keine typischen Politiker sind. Und ich glaube, die Wähler schätzen das auch. Diese antrainierten, aufgesetzten Sätze sind nicht authentisch. Wir sagen, was wir uns denken.

Ihre Partei liegt in Umfragen bei sieben Prozent. Wäre das für Sie ein Misserfolg?
Österreich ist ein wunderschönes Land, aber wir sind in diesem System gefangen – und das aufzuknacken wird nicht einfach werden. Und in den Hinterzimmern der Macht wird so viel ausgemacht, dass es für eine neue Bewegung gar nicht einfach ist, weiterzukommen.

Klubobmann Lugar hat in einem KURIER-Interview angedeutet, dass er sich eine Koalition Schwarz-Grün-Team Stronach vorstellen kann. Wie stehen Sie dazu?
Eines möchte ich gleich sagen: Wenn eine Koalition auch inkludiert, dass weiterhin Haft-ungen für Schuldnerländer übernommen werden, kommt das sicher nicht infrage. Ich kritisiere, dass SPÖ und ÖVP gemeinsam mit den Grünen dem ESM-Vertrag zugestimmt haben. Der ESM-Vertrag ist in Windeseile durchgepeitscht worden. Das war wahnsinnig unverantwortlich, und ich möchte nicht Politik mit Menschen machen, die unverantwortlich handeln.

Das heißt, Sie koalieren nur mit Parteien, die sich vom ESM-Vertrag distanzieren?
Ja, das stelle ich mir schon vor.

Das werden weder die Grünen, noch die ÖVP oder SPÖ machen.
Ich bin mir gar nicht so sicher, ob die Basis der Grünen mit dem ESM-Vertrag glücklich war. Und auch die Wähler der ÖVP und SPÖ werden nicht einverstanden sein, dass ihr hart erarbeitetes Geld für die Schuldnerländer zur Verfügung stehen muss.

Auch Ex-Miss-World Ulla Weigerstorfer soll ins Parlament einziehen. Manche meinen, das hat Berlusconi-Touch.
(lacht) Das ist typisch und gleichzeitig traurig, obwohl ich jetzt lachen muss. Ich glaube, da spielt auch der Neid ein wenig mit, weil die Ulla sehr attraktiv ist. Ich kenne Ulla schon länger, sie ist eine tolle Managerin, kann sehr viel auf die Beine stellen und hoch konzentriert arbeiten.

Werden auf der Liste Stronach noch weitere prominente Österreicher stehen?
Wir werden die Bundesliste bald finalisiert haben, und ich kann sagen, dass wir sehr gute Leute haben.

Es gibt Gerüchte, dass Sie für Streit in der Partei und für das Zerwürfnis mit Medienberater Rudi Fußi verantwortlich sind (Honorare wurden nicht bezahlt).
Da fragen Sie am besten den Rudi Fußi selber. Ich glaube nicht, dass ich für Zerwürfnisse verantwortlich bin. Denn ich bin ein harmoniebedürftiger Mensch und fühle mich hier nicht angesprochen.

Ihr Steuermodell nennt sich Fair Tax. Hier werden die Steuern für Unternehmen reduziert. Wie wollen Sie das Budget sanieren trotz Steuersenkung?
Es ist nachweislich so, wenn der Steuersatz ab einem gewissen Punkt sinkt, steigen die Steuereinnahmen wieder. Aus dem einfachen Grund, weil das zu Investitionen anregt, die Steuermoral anhebt und der Standort für Unternehmen interessant wird. Wir wollen das System beenden, wo Firmen ihre Verluste im Ausland in Österreich von der Steuer absetzen können.

Zur Person: Kathrin Nachbaur (34)
Die Grazerin studierte Jus in Mindestzeit. Sie war 20, als sie Stronach kennenlernte. Seither arbeitet sie für den Milliardär. Neben ihrer Tätigkeit für das Team Stronach ist Nachbaur Vice President der Stronach Group und Vize-Präsidentin des Stronach-Institut für sozialökonomische Gerechtigkeit.

August 2013, Österreich ist ein Rechtsstaat

Ein bitterer, satirischer Blick auf den Abschiebungsfall um das Servitenkloster aus dem benachbarten Ausland

In Italien, wo die vom stellvertretenden Senatspräsidenten losgetretene Lawine von bösartigen Internetkommen-taren über die aus dem Kongo stammende Innenministerin dazu angetan ist, einem die schönen Tage hier gründlich zu verderben, erreicht mich die Nachricht, dass in meinem Heimatland, in dem ja meist alles angeblich noch halb so schlimm ist, acht Votivkirchenflüchtlinge abgeschoben wurden. Sie sind der Aufforderung nachgekommen, sich täglich brav bei der Fremdenpolizei zu melden, wurden bei dieser Gelegenheit verhaftet und von der Schubhaft über den Flughafen zurück nach Pakistan deportiert.

Wie man weiß, in ein friedliches Land, in dem es keine politische Verfolgung gibt, sie hätten ja auch freiwillig zurückkehren können. Es existiert zwar eine Reisewarnung für harmlose Touristen, aber warum sollten Menschen, die sich gegen die Taliban ausgesprochen haben, gefährdet sein?

Wenn diese Möglichkeit nur irgendwie in Betracht käme, wären sie nicht abgeschoben worden. Denn Österreich ist ein Rechtsstaat, und ein Rechtsstaat prüft selbstverständlich in jedem Einzelfall, ob politische Verfolgung vorliegt. Der Anwalt der Abgeschobenen behauptet zwar, dass diese Einzelfallprüfung gar nicht stattgefunden hat, auch sagt er, dass er seine Mandanten vor der Abschiebung nicht mehr sehen konnte, obwohl das sein und ihr Recht gewesen wäre.

Aber das kann nicht wahr sein, denn Österreich ist ein Rechtsstaat.Die Innenministerin betont, dass alles mit rechten Dingen zugegangen sei und dass übrigens überall jeden von uns ein Verkehrsunfall ereilen könnte.

Nur so zum Beispiel. Darum kann sie nicht für die Sicherheit der abgeschobenen Pakistanis garantieren. Vielleicht fällt dem einen oder der anderen ja ein Stein auf den Kopf, vielleicht wird der eine oder andere auch ein bisschen gefoltert. Aber mit politischer Verfolgung hat das nichts zu tun, denn Österreich ist ein Rechtsstaat, der das Leben von Schutzbefohlenen niemals wissentlich gefährden würde.

Geschlossene Reihen ÖVP und SPÖ stellen sich geschlossen hinter die Innenministerin, die dafür zu sorgen hat, dass unser Recht auch unser Recht bleibt. Barbara Prammer, die wackere Nationalratspräsi-dentin, hat immerhin aufgemuckt. Aber seit einige wenige Asylweber

"zufällig" fast zeitgleich mit den Abschiebungen wegen Verdachts der Schlepperei verhaftet wurden, hat sie zurückgerudert. Zwar gilt die Unschuldsvermutung, aber da in einem Rechtsstaat die Mittellosen doch etwas weniger gleich sind als die Begüterten, gilt auch die Unschuldsvermutung für die einen etwas mehr als für die anderen.

Unschuldsvermutung Ganz besonders gilt die Unschuldsvermutung für den Staat, der ein Rechtsstaat ist. Ein Rechtsstaat, der niemals damit spekulieren würde, dass der unbewiesene Vorwurf an wenige Flüchtlinge, Schlepper gewesen zu sein, an allen Flüchtlingen hängenbleibt. Und Herr Strache, habe ich gehört, hat sich im Rundfunk lang dazu äußern dürfen - ja klar, wer, wenn nicht er?

Denn das jederzeit abrufbare Ressentiment der Hetzmeute, deren Empörung über die Migranten, die eben nicht zu uns gehören - schon gar nicht und erst recht nicht, wenn sie renitent sind, das auch noch, denen muss man doch zeigen, wozu das führt! -, soll auch in den Hundstagen nicht ganz einschlafen.

Es gibt, höre ich, noch die Kirche, die maßvoll protestiert und sich um die im Land der Berge verbliebenen Flüchtlinge kümmert. Und es gibt, lese ich, Demonstranten, die auch im Land am Strome ihre Dickschädel hinhalten, wenn die Polizei, verärgert über die ewige Belästigung durch derart Unbelehrbare, wieder einmal ein bisschen grob wird.

Es gibt sogar einen großen Sohn, nämlich den mutigen Linzer Polizisten, der sich deutlich dafür ausspricht, das Leben von Asylwerbern nicht zu gefährden, indem man sie in Länder, in denen sie an Leib und Leben bedroht sind, zurückschickt. Und es gibt die couragierten Töchter bei den Grünen, die deutliche Worte finden, aber denen hören halt nur ihre eigenen Leute zu.

Die alle haben jedenfalls keine Ahnung vom Rechtsstaat und der unabhängigen Justiz.

Der Verwaltungsgerichtshof hat kürzlich festgestellt, dass die Abschiebung des Gambiers Lamin Jaithe vor zwei Jahren unrechtmäßig erfolgt ist und dass das Verfahren neu aufgerollt werden muss. Aber wer weiß, wo Lamin Jaithe jetzt ist und ob er noch lebt. Wenn ihm inzwischen etwas zugestoßen sein sollte, war das halt Pech, man könnte gegebenenfalls seine Familie abfinden, aber man wird sie nicht finden. Österreich ist ein Rechtsstaat.

Wechsel an Raiffeisen-Spitze. Der 50-jährige Niederösterreicher übernimmt die Agenden von Julius Marhold.

Könighofer (links) folgt auf Marhold -

Seit 1. August ist Rudolf Könighofer „Mr. Raiffeisen Burgenland“. So tituliert ihn sein Vorgänger und mehr als 30 Jahre lang selbst Mr. Raiffeisen Burgenland, Julius Marhold. Könighofer ist somit neuer Vorsitzender des Vorstands der Raiffeisenlandesbank Burgenland. Offizieller Titel: Generaldirektor. -

Es war auch Julius Marhold, der Könighofer dem Aufsichtsrat als seinen Nachfolger vorgeschlagen hat: „Er war mein Wunschkandidat.“ Und wie man aus gut informierten Kreisen hört, „passte kein Blatt zwischen die beiden“. Marhold selbst sieht seinen Rückzug aus dem aktiven Bankgeschäft „emotionslos“ , seinen Job als Generaldirektor habe er aber „ganz, ganz selten “ bereut.

Doch nicht nur Marhold hält Könighofer für den richtigen Mann für die Landesbank. „Ich traue ihm zu, dass er den Laden sehr gut schupft“, meint Hans Kremser, langjähriger Geschäftsleiter der Raiffeisenlandesbank Mattersburg. Könighofer sei der ideale Nachfolger gewesen.

Lobeshymnen Rosen werden auch vom Vorsitzenden des Aufsichtsrates, Erwin Tinhof, gestreut: „Mit Rudolf Könighofer übernimmt ein hochqualifizierter Bankmanager die Geschicke der Raiffeisenlandesbank Burgenland. Er ist sowohl mit Kunden der Raiffeisenlandesbank Burgenland als auch innerhalb der Raiffeisenbankengruppe bestens vernetzt.“

Wenig Freizeit Für den Niederösterreicher, der seit neun Jahren im Burgenland tätig ist, wird sich „nichts Wesentliches“ ändern: „Ich habe bis jetzt zu 100 Prozent gearbeitet und so wird es auch in Zukunft sein.“ Einen Abend pro Woche und ein Wochenende im Monat will er sich frei halten und mit seiner Familie oder Freunden verbringen. Dass er sich auf seine neue Aufgabe freut, sei selbstverständlich. -

Von der 60 bis 70 Stundenwoche werde er aber nicht wegkommen, so Könighofer. „Wobei ich schon sagen muss, dass in dieser Zeit auch sehr angenehme Stunden dabei sind, zwar mit gesellschaftlichen Verpflichtungen verbunden, aber trotzdem schön.“

Stronach lehnt Regierungsbeteiligung ab

03.08.2013 -Frank Stronach will mit seiner Partei bei der Nationalratswahl am 29. September "so viel wie möglich" gewinnen. Eine Regierungsbeteiligung lehnt Stronach aber ab.

Will "so viel wie möglich" gewinnen.

Vor der Pressekonferenz am Samstagnachmittag in Villach besuchte er die Beachvolleyball-EM in Klagenfurt und den Villacher Kirchtag. "Der Auftakt ist das zwar noch nicht, aber ein bisschen eine Aufwärmung", relativierte der Milliardär das Motto der Einladung. Er sei nach Kärnten gekommen, um die regionalen Spitzenkandidaten Stefan Markowitz und Ex-ORF-Landesdirektor Willy Haslitzer zu unterstützen. Danach widmete er sich ausführlich seinen Steuerplänen, seinen Vorschlägen zu einer Umgestaltung des Parlaments mit "Bürgervertretern" und der "rot-schwarzen Freunderlwirtschaft", die es abzuschaffen gelte.

Markowitz, der als Nummer Eins in Kärnten vor Haslitzer in die Wahl geht, bezeichnete es als sein Wahlziel, "eines der besten Ergebnisse in Österreich" zu erreichen. Man sei in Kärnten "super aufgestellt", es gebe eine junge, hungrige Mannschaft, daher sei er optimistisch. Zweites Wahlziel für den ehemaligen BZÖ-Politiker ist es, "zu erreichen, dass junge Menschen nicht mehr aus Kärnten abwandern müssen". Es müssten Arbeitsplätze geschaffen werden, und das gehe nur über die Steuerpolitik.

Bei der Pressekonferenz hatte das Team Stronach zahlreiche Sympathisanten und Unterstützer mitgebracht. Sie fungierten als Stichwortgeber und stellten passende Fragen an den Parteigründer oder lobten die Initiativen der Partei.

2. August 2013

Bremse für die Wirtschaft

Schattenseiten des deutschen Erfolgs

Deutschland hat den größten Niedriglohnsektor in Europa - fast 20 Prozent aller Angestellten arbeiten für weniger als 9 Euro die Stunde.

Deutschland hat sich vom kranken Mann Europas zur wirtschaftlichen Lokomotive hochgearbeitet. Das Ausland staunt und sucht nach dem Rezept des deutschen Erfolges. Doch der steht auf einem wackeligen Fundament.

Während ganz Europa zum Urlaub an die Küsten aufbricht, bereitet sich die deutsche Politik auf die Bundestagswahl im September vor. Der Wahlkampf dafür erweist sich bisher als eher leblose Veranstaltung: Der Wirtschaft geht es gut, der Lebensstandard der Deutschen steigt und Bundeskanzlerin Angela Merkel hat in Meinungsumfragen einen satten Vorsprung.
Gleichzeitig begrenzt Merkels Eigenart, sich populäre Themen wie die Einführung eines Mindestlohns zu Eigen zu machen, den politischen Spielraum anderer Parteien. Zwar besteht rechnerisch die Möglichkeit, dass SPD und Grüne zusammen genug Sitze gewinnen, um ein Koalition zu bilden; aber selbst hochrangige Oppositionspolitiker geben im Vertrauen zu, dass sie eine weitere Amtszeit Merkels erwarten - womöglich auch in der gleichen Konstellation mit der FDP.

Die Nachbarstaaten können nur mit Neid nach Deutschland schauen und darüber staunen, wie sich das Land in weniger als einem Jahrzehnt vom "kranken Mann Europas" zur wirtschaftlichen Lokomotive des Kontinents gewandelt hat.

Berlin gilt als "hip", Deutschland als Vorbild

Ausländische Regierungen sind in den vergangenen Jahren in Scharen nach Berlin geströmt, um das Geheimnis des deutschen Erfolges zu erfahren. Die Zahl der Deutschland-Besuche britischer Minister und Beamter habe sich seit 2010 vervierfacht, berichten Insider aus dem Außenministerium.
Selbst Londons Bürgermeister Boris Johnson, der auch deswegen Karriere machte, weil er am rechten Rand seiner Partei fischte, zeige sich jüngst überrascht, dass die Deutschen angesichts ihrer Erfolge nicht "ihre Hacken zusammenschlagen oder ihre Arme zum Faschisten-Gruß heben". Stattdessen bezeichnete er Berlin als "hip" und ermutigte die Briten, sich Deutschland zum Vorbild zu nehmen.

Vaduz im Steuerstreit mit den USA

Liechtensteiner Landesbank kommt mit Zahlung ohne Strafverfolgung davon

Konnte sich mit den USA einigen: Liechtensteinische Landesbank (LLB) in Vaduz.

Die Liechtensteinische Landesbank beendet den Steuerstreit mit den USA ohne Strafverfolgung. Gegen die LLB (Schweiz) laufen die Untersuchungen noch.

Es herrscht Erleichterung im Regierungsgebäude in Vaduz und in der unmittelbar daneben liegenden Liechtensteinischen Landesbank (LLB), nachdem die Vereinbarung über die Beendigung des Steuerstreits mit der amerikanischen Steuerbehörde unterzeichnet wurde. Nach den sich über mehrere Monate dahinziehenden Verhandlungen einigten sich die LLB und die Steuerbehörde auf ein Non-Prosecution Agreement, eine Vereinbarung über den Verzicht auf Strafverfolgung. Die USA verpflichteten sich damit auf eine Beendigung der Untersuchungen gegen die LLB Vaduz, während die Bank im Gegenzug eine Zahlung in Höhe von 23,8 Mio. $ zu leisten hat.

Offene Steuerfragen geklärt

Laut Regierung sind damit die offenen Steuerfragen zwischen der LLB und den USA endgültig beigelegt worden. Vonseiten der Landesbank wurde hervorgehoben, dass nur eine Zahlung zu leisten sei, die US-Behörden aber auf eine Strafzahlung oder eine Busse verzichtet hätten. Zudem legt der US-Fiskus eine Strafverfolgung ad acta und wird aufgrund der von amerikanischer Seite gewürdigten «ausserordentlichen Kooperationsbereitschaft» keine rechtlichen Schritte gegen die LLB einleiten. Die Regierung, die Landesbank und der Liechtensteinische Bankenverband unterstreichen, die unterzeichnete Vereinbarung schaffe Rechtssicherheit für das Bank-institut, wovon auch Kunden und Aktionäre profitierten.

Die Vereinbarung zwischen LLB und US-Steuerbehörde war möglich geworden, weil Regierung und Parlament im vergangenen Jahr im Eilverfahren eine Änderung des Steueramtshilfegesetzes zwischen Liechtenstein und den USA vorgenommen hatten. Nachdem die US-Strafverfolgungsbehörden die Herausgabe aller Kunden-daten von amerikanischen Staatsbürgern ab dem Jahr 2001 verlangt hatten, erweiterte Liechtenstein die Steueramtshilfe, befristet auf ein Jahr, auch auf Gruppen-anfragen. Nach LLB-Angaben betraf das darauf eingetroffene Amtshilfeersuchen rund 200 US-Kunden in Liechtenstein, deren Daten der liechtensteinischen Steuer-verwaltung zur Auslieferung an die US-Steuerbehörde übergeben wurden. Laut Landesbank wurden bis zum 30. April 2012 alle undeklarierten Konten von US-Steuerzahlern aufgelöst, mit Ausnahme von 53 nachrichtenlosen Konten und einer kleinen Anzahl zusätzlicher Konten, die Gegenstand eines Rechtsstreits waren.

Keine Lösung für LLB Schweiz

Mit der Zahlung von 23,8 Mio. $ an die amerikanische Steuerbehörde, davon 16,3 Mio. $ für Bruttoerträge aus Geschäften mit steuerlich nicht deklarierten Vermögen und 7,5 Mio. $ für entgangene Steuereinnahmen, ist die Sache für das LLB-Stammhaus in Vaduz erledigt. Noch keine Lösung liegt für die LLB (Schweiz) AG vor, die wie verschiedene andere Schweizer Banken von Untersuchungen der US-Behörden wegen grenzüberschreitender Private-Banking-Geschäfte für US-Kunden betroffen ist. Im Sog der für die Vaduzer Landesbank erzielten Einigung hofft VR-Präsident Hans Werner Gassner, dass auch für das Zürcher Institut bald eine ähnliche Regel-ung erzielt wird. Vorsorglich sind insgesamt Rückstellungen in Höhe von 47,2 Mio. Fr. gemacht worden, wovon für die LLB (Schweiz) AG und für Swisspartners Investment Network AG rund 25 Mio. Fr. zur Verfügung stehen. Die Gesellschaft Swiss-partners, die seit Anfang 2012 von der Landesbank zur Veräusserung ausgeschrieben ist, befand sich nicht im Fokus der amerikanischen Steuerbehörde.

Nach LLB-Angaben wurde aber entschieden, mit den Amerikanern in Kontakt zu treten, um allfällige Verstösse gegen US-Vorschriften proaktiv zu eruieren.

Samstag, 03.08.2013, 19:20

Gustl Mollath im April 2013 bei seiner Anhörung im Landgericht Bayreuth

Das Landgericht Regensburg entschied: Der Fall Gustl Mollath wird nicht neu aufgerollt. Dagegen protestieren nun zahlreiche Anwälte. Und auch vom Generalbundesanwalt Range kommt Unterstützung: In einer Stellungnahme kritisiert Range die Entscheidung des OLG Bamberg zur dauerhaften Unterbringung Mollaths in der Psychiatrie als „nicht hinreichend belegt“.

20 Anwälte haben in schwarzen Roben vor dem Regensburger Landgericht gegen die Ablehnung des Wiederaufnahmeverfahrens im Fall Gustl Mollath protestiert. Gegenüber der „Süddeutschen Zeitung“ bezeichnete ein Sprecher die **Entscheidung des Landgerichts als „113 Seiten Unverschämtheit“. -**

Auch von Generalbundesanwalt Harald Range gibt es offenbar Unterstützung für Mollath: Er nimmt Stellung zum Urteil des Oberlandesgericht Bamberg aus dem Jahr 2011, mit dem die fortdauernde Unterbringung Mollaths in der Psychiatrie angeordnet worden war. Die Bamberger Richter hätten in ihrer Entscheidung „nicht hinreichend belegt und konkretisiert“, weshalb von Gustl Mollath nach wie vor eine Gefahr ausgehen solle, heißt es nach Informationen der „Süddeutschen Zeitung“ in der 25 Seiten langen Stellungnahme des Generalbundesanwalts an das Bundesverfassungsgericht. Dem Bundesverfassungsgericht liegt aktuell eine Verfassungsbeschwerde gegen Mollaths Unterbringung vor.

Das Oberlandesgericht Bamberg habe keine Belege dafür genannt, dass Mollath auch künftig „erhebliche Straftaten“ begehen könnte. Die

Tatsache, dass Mollath Therapien verweigere, sei als Begründung nicht ausreichend. Zudem genüge der OLG-Beschluss „nicht den Anforderungen für die Prüfung der Verhältnismäßigkeit“.

Zustimmung durch das bayrische Justizministerium

Die Stellungnahme des Generalbundesanwalts liegt auch dem bayerischen Justizministerium vor. „Das Ministerium stimmt mit dem Generalbundesanwalt vollkommen überein, dass Dreh- und Angelpunkt die Frage der Verhältnismäßigkeit der Unterbringung ist“, erklärte ein Sprecher.

In der Stellungnahme erkläre der Generalbundesanwalt, dass eine erneute Überprüfung der Unterbringung von Mollath durch die Fachgerichte erforderlich ist. Dies sei ja bereits durch das Oberlandesgericht Bamberg veranlasst worden.

Mollaths Anwalt hofft auf Bundesverfassungsgericht

Der Nürnberger wurde 2006 nach von ihm bestrittenen tätlichen Angriffen auf seine inzwischen von ihm geschiedene Frau zwangsweise eingewiesen. In dem Verfahren zu seiner Einweisung wurde ihm auch eine paranoide Gedankenwelt vorgeworfen, weil er angab, dass seine Frau bei der HypoVereinsbank Schwarzgelder in Millionenhöhe verschoben habe. Inzwischen sind aber interne Prüfungen der HypoVereinsbank bekannt geworden, die ergaben, dass ein Teil dieser Vorwürfe tatsächlich zutrifft. Mollath sieht sich als Justizopfer.

Durch Ranges Stellungnahme könnten sich die Chancen Mollaths auf baldige Freilassung deutlich verbessern: Sein Anwalt Michael Kleine-Cosack rechnet dem Bericht zufolge noch im August mit einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes über eine Verfassungsbeschwerde, die er für seinen Mandanten eingelegt hat. „Dass der Generalbundesanwalt diese Verfassungsbeschwerde nun ebenfalls als begründet ansieht, spricht für sich“, sagte Kleine-Cosack der Zeitung.

4. August 2013, **Güssinger Biomassewerk dürfte fortgeführt werden**

Die alte Burg und das insolvente Kraftwerk. Beide stellen die Frage nach der Möglichkeit einer Energiewende.

Das Kraftwerk ist, sagen die Wirtschaftsprüfer, das Herzstück der Forschung.

-

Wenn dem so wäre, hat Österreich dann bis nach der Wahl Zeit, sich die Sache mit der Ökoenergie durch den Kopf gehen zu lassen

Güssing - Heute, Montag, ist ein Hopp-oder-dropp-Tag für das Hauptstadterl heimischer Ökoenergie-Bestrebungen. Aber die Einschätzungen zwischen Kittsee und Kalch scheinen einmütig darauf hinzudeuten, dass Michael Dichand bis dahin doch den nötigen sechsstelligen Eurobetrag aufgestellt haben wird. Und damit könnte das insolvente Biomassekraftwerk im burgenländischen Güssing (BKG) bis Oktober fortgeführt werden.

Dichand, der seit eh und je bio- und ökoaffine Sohn des verstorbenen *Krone*-Gründers Hans, ist über seine Care Beteiligungs GmbH seit langem engagiert und investiert im "Güssinger Konglomerat", wie Günter Perner - der Chef des landeseigenen Fördergebers Wibag - es ein wenig despektierlich nennt.

Güssinger Angelpunkt

Die von der Landesregierung via Wibag beauftragte Einschau durch die Wirtschaftprüfer Anton Androsch und Hermann Gugler hat sich tatsächlich einem ziemlich verwobenen Firmennetzwerk zu widmen gehabt, in dem der Mister Güssing, Reinhard Koch, der in jedem Unternehmen als Gesellschafter auftauchender Dreh- und Angelpunkt ist. Er hat dieses Projekt ins Leben gerufen und am Laufen gehalten.

So mancher Prüfauftrag - Androsch und Gugler waren ja nicht die Ersten, die Nachschau hielten - galt dem Versuch des Nachweises von eklatantem Fördermissbrauch durch diesen Reinhard Koch. Aber weder Wibag noch Finanzamt noch Androsch und Gugler konnten Einschlägiges dingfest machen. Perner: "Kein allfälliger Verdacht gegen Koch konnte erhärtet werden."

Stattdessen wurde ein anderer Verdacht erhärtet: dass es Österreich mit seinem Forschungswollen nicht so ernst nimmt. Die Insolvenz der Biomassekraftwerk Güssing GmbH kam ja zustande, weil das zuständige Finanzamt Oberwart die Forschungsförderprämie - rückwirkend auf zwei Jahre - gestrichen hat. Das summierte sich zum Betriebsfehlbetrag von 660.000 Euro.

Eine informierte Beobachterin meinte zum Standard, dass diese tödliche Streichung sozusagen nur die rechte mit der linken Tasche bedient. "Was Finanzministerin Maria Fekter sich mit Güssing erspart, fließt 1:1 in die Staatsbank Hypo Alpe Adria", den Hauptfinanzier der Burgenländer.

Die Finanzministerin wird in ihrer Entscheidung gestützt durch ein Gut-achten der Forschungs-Förderungs Gesellschaft (FFG), einer Konsulta-tionsfirma von Wirtschafts- und Infrastrukturministerium. Auch die FFG sprach - "in einem achtzeiligen Schreiben", so die Beobachterin – Güs-sing die Förderwürdigkeit ab. Wodurch der bisherige Mitfinancier zum Gläubiger mutierte. Die FFG hängt mit einem Darlehen von 2,8 Millionen im BKG drinnen. Warum sie die Förderwürdigkeit abgesprochen hat, war nicht zu eruieren. Es ist Sommer, die freundliche Dame am Telefon meinte: "Sie sind von der Zeitung? Dann darf ich schon gar nichts sagen."

Rotes Güssing

Im Herbst 2012 hat Vinzenz Knor die schwarze Hochburg Güssing in eine absolute rote Stadtregierung gedreht. Seither pfeifen die Spatzen das nunmehr Eingetretene von den Dächern. Die Biomasseforschung galt seit jeher als schwarz (während die Windenergie rot ist). Als Arnold Schwarzenegger vor zwei Jahren da war, nutzte man das kindisch zu einer ostentativen Nichteinladung für den roten Landeshauptmann Hans Niessl, dessen vordringlichste Agenda seit langem die erneuerbare Energie ist.

Würde sich heute, Montag, der Ausgleich zum Konkurs auswachsen, wäre - so warnen die Wirtschaftsprüfer - davon vor allem das Technikum betroffen, in dem 25 Wissenschafter die Verwendungsmöglicheiten des Biogases erforschen. Und die Bio SNG, in deren Anlage erstmals Biogas in Erdgasreinheit hergestellt worden ist.

Fed: Deutsche sollen Inflation ertragen

04.08.2013 | **Ein Bericht der US-Notenbank sorgt dieser Tage für Aufregung. Die Fed fordert die Europäische Zentralbank auf, mehr Geld zu drucken und in Ländern wie Deutschland höhere Inflationsraten zuzulassen.**

Wien/B.l. Ein Bericht der US-Notenbank Fed sorgt dieser Tage für Auf-regung – nicht zuletzt in Deutschland. Robert Hetzel von der Federal Reserve Bank of Richmond stellt darin die These auf, dass es nicht die europäische Schuldenkrise war, die eine Wirtschaftskrise ausgelöst habe, sondern umgekehrt. Die Angst der Investoren infolge der Rezession habe erst die Anleiherenditen von Spanien oder Italien in die Höhe schnellen lassen.

Die Europäische Zentralbank (EZB) unterliege dem Irrtum, dass sie primär gegen die Schuldenkrise vorgehen müsse, um die Rezession in den Griff zu bekommen. Vielmehr sollte sie aber die Wirtschaft stärken und ihren Widerstand gegen das Gelddrucken aufgeben, so der Rat der Amerikaner. Die Europäer sollten Staatsanleihen kaufen, in welchem Umfang auch immer das nötig sei, damit die Wirtschaft wieder wächst. Dabei sollte die EZB auch den Übernachteinlagenzinssatz negativ machen.

EZB ließ Zinsen niedrig Das, so räumen die Fed-Experten ein, würde freilich dazu führen, dass jene Länder, die derzeit hohe Exportüberschüsse haben, über einen längeren Zeitraum eine Inflationsrate von mehr als zwei Prozent hinnehmen müssten. „Die EZB wird der deutschen Öffent-lichkeit erklären müssen, dass diese Inflation kein Zeichen von Mangel an jener Disziplin ist, die Deutschland zu seinen Handelsbilanzüberschüssen verholfen hat."

Von einer straffen Geldpolitik der EZB kann indes ohnehin kaum eine Rede sein: Vergangenen Donnerstag beschloss die Zentralbank, den Leitzins weiterhin auf dem historischen Tief von 0,5 Prozent zu belassen. EZB-Chef Mario Draghi kündigte zudem an, dass der Leitzinssatz für einen längeren Zeitraum niedrig bleiben werde.

Doch während die Fed in großem Stil Staatsanleihen kauft, hielt sich die EZB mit solchen Schritten noch eher zurück (sieht man von begrenzten Käufen während der Griechenland-Krise und von der Ankündigung, im Notfall unbegrenzt Staatsanleihen kaufen zu wollen, ab). Noch liegt die Inflationsrate in der Eurozone wegen der schwachen Wirtschaft bei 1,6 Prozent und damit deutlich unter der angepeilten Obergrenze von zwei Prozent. In Deutschland liegt sie bei 1,9 und in Österreich mit 2,2 Prozent leicht über dem Schnitt, doch auch das krisengebeutelte Spanien verzeichnet eine Teuerungsrate von 2,2 Prozent. In Griechenland herrscht allerdings Deflation: Güter und Dienstleistungen haben sich dort seit einem Jahr um 0,3 Prozent verbilligt.

Negative Realzinsen

Doch die Tatsache, dass die Inflationsrate unter dem Wert von zwei Prozent liegt, der von der EZB als „Preisstabilität" bezeichnet wird, verschleiert ein ganz anderes Problem: Die Sparer in vielen Euroländern– auch in Österreich– leiden unter negativen Realzinsen: Zwar ist die Inflationsrate nicht hoch, die Zinsen sind aber noch niedriger. Das bedeutet, dass Sparer sukzessive enteignet werden, während die Staaten ihre Schulden abbauen können. „Finanzielle Repression" heißt der Fachausdruck.

Wie aus einer Postbank-Studie hervorgeht, wird die Niedrigzinspolitik der EZB allein die deutschen Sparvermögen bis 2015 um real (also inflationsbereinigt) 35 Mrd. Euro schrumpfen lassen. „Durch den Anstieg der Inflation bei anhaltend niedrigen Zinsen wird sich die reale Vermögensent-wertung beschleunigen", sagte Postbank-Chefstratege Marco Bargel zur „Bild"-Zeitung. Ein Phänomen, das sich bei einer höheren Inflationsrate noch verstärken würde.

Kathrin Nachbaur: "Strache hat ein starkes Auftreten"

04.08.2013 **Sie ist gegen die Flat Tax, aber für die Subvention der Bauern, das "Werte"-Mantra nervt sie noch nicht: Nachbaur, die Nummer zwei im Team Stronach im Gespräch mit der "Presse".**

Die Presse: Mit dem Team Stronach, den Neos, dem BZÖ und der ÖVP treten diesmal vier Parteien an, die eine ähnliche Klientel – Unternehmer, Freiberufler, **Wirtschaftsliberale – ansprechen. Warum sollten diese ausgerechnet das Team Stronach wählen?**

Kathrin Nachbaur: Weil wir Frank Stronach als Zugpferd haben, einen der erfolgreichsten Unternehmer der Welt. Er weiß, wie es geht.

Nur politische Erfahrung hat er keine.

Die hat er auch. Er hat sich auch schon in Kanada für die Politik interessiert, seine Tochter war Ministerin. Er ist ein hochpolitischer Mensch. Die System- und Freunderlwirtschaftserfahrung hat er allerdings nicht.

Wird Frank Stronach selbst alle TV-Duelle bestreiten?

Ich denke schon, ja.

Würden Sie dem Befund zustimmen, dass Stronach seine „ZiB2"-Auftritte anfangs bei seinen Anhängern durchaus genutzt, à la longue aber geschadet haben? Denn das Image des seriösen Staatsmanns war danach nicht mehr aufrechtzuerhalten.

Das glaube ich nicht. Die Menschen schätzen, dass er authentisch ist. Und beim ORF ist es so, dass es jedes Mal eine negative Einleitung gibt. Da hat er dann eben Klarstellungsbedarf.

Sie sind angeblich für die Personalrekrutierung zuständig. Bisher war Ihre Partei eine Art Auffangbecken für politische Glücksritter und Karrieristen – wie früher die Haider-FPÖ.

Ich bin nicht per se für die Personalauswahl zuständig. Es ist sehr schwierig, mit einer neuen Partei zu starten. Deswegen war es eine rationale Entscheidung, den Weg über enttäuschte Abgeordnete zu wählen, die erkannt haben, dass das System nicht funktioniert und sich mit unseren Werten identifizieren.

Apropos Werte: Geht Ihnen das Wahrheit-Fairness-und-Transparenz-Mantra nicht auch schon auf die Nerven?

Nein, ganz im Gegenteil. Werte sind die Stützen einer Gesellschaft.

Aber was soll das heißen: Wahrheit, Transparenz und Fairness?

Wir wollen damit sagen: Die Bürger werden so oft angelogen, insbesondere vor den Wahlen. Mit den Versprechungen kauft man sich Wählerstimmen.

Was haben Sie bis jetzt gewählt?

Ich habe regelmäßig gewählt. Und ich möchte sagen: Ich komme aus einem bürgerlichen, freiheitsliebenden Haus.

Wie finden Sie FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache?

Er ist sehr eloquent und hat ein starkes Auftreten – mitunter ist es aber ein bisschen zu aggressiv. Mir hat an ihm immer schon gefallen, dass er am schwarz-roten System rüttelt. Wir haben aber die besseren Lösungen: Frank weiß, wie man Arbeitsplätze schafft.

Ist eine Koalition mit der FPÖ vorstellbar?

Eine Koalition ist mit jedem vorstellbar, der unsere Werte mitträgt.

Also auch mit der FPÖ?

Von vornherein möchte ich niemanden ausschließen.

Wie ist die Position des Team Stronach zur aktuellen Asyldebatte um die abgeschobenen Pakistani?

Dass die Menschen abgeschoben werden, macht mich persönlich betroffen. Aber in diesen Fällen lag eben kein Asylgrund vor. Und somit haben sie kein Recht, in Österreich zu bleiben. Das Traurige ist, dass hier falsche Hoffnungen geschürt wurden.

Es hätte aber auch ein pakistanischer Stronach darunter sein können.

Dann wird er es schaffen.

So oder so?

So oder so.

Wenn der 80-jährige Frank Stronach – was wir ihm nicht wünschen wollen – eines Tages sein Amt nicht mehr ausüben könnte, wären Sie dann die Parteichefin?

Das steht noch in den Sternen. Das Wichtigste für Frank ist, dass es ein gutes System gibt, das auf Werten aufbaut, und dass er ein gutes Team hat. Und da gehöre ich sicher dazu.

Eines der ersten Wahlkampfthemen ist die Steuerfrage. Was hat für Sie Priorität: Steuersenkung oder Budgetkonsolidierung?

Das Ganze muss aus einem Guss sein. Man kann auch nicht von heute auf morgen die Steuern senken. Man muss bei den Ausgaben ansetzen, die Verwaltung effizienter gestalten – und dann die Steuern senken. Wir wollen ein einfacheres Steuersystem ohne Schlupflöcher. Mit einer steuerlichen Entlastung für Unternehmer, die in unser Land investieren, und für Familien mit Kindern.

Eine Flat Tax soll es nicht geben?

Nein, wer mehr verdient, soll schon auch ein bisschen mehr Steuern zahlen. Wir wollen aber weniger Steuerstufen, die auch einen niedrigeren Steuersatz haben.

Ihr Parteichef greift immer wieder gern die Banken an...

Wir greifen nicht jene Banken an, die die Realwirtschaft unterstützen, sondern sind dagegen, wenn mit Steuergeld spekuliert wird. Wir wollen die Geschäftsbanken von den Investmentbanken trennen. Banken dürfen nie so groß werden, dass der Staat von ihnen erpresst werden kann. Die Großbanken haben da ein böses Spiel getrieben.

Wie steht das Team Stronach eigentlich zur Subventionierung der Bauern? Das ist ja nicht gerade marktwirtschaftlich.

Wir stehen für eine Unterstützung des ländlichen Raums. Es muss Subventionen geben. Vor allem für die bäuerlichen Familienbetriebe. Aber für Subventionen brauchen wir nicht den Umweg über die EU zu gehen. Was wir nicht wollen, ist eine industrialisierte Landwirtschaft, in der es nur noch einige Großbetriebe gibt.

ZUR PERSON
Kathrin Nachbaur, 1979 in Graz geboren, Tochter eines Wirtschaftskammer-Funktionärs, studierte in Mindestzeit Jus, begann danach bei Frank Stronachs Magna zu arbeiten, erst in Kanada, dann in Oberwaltersdorf. Sie gilt als Frank Stronachs rechte Hand und bekommt Platz zwei auf dessen Bundesliste

Raiffeisen deutet Ungarn-Rückzug an

5. August 2013, Man wird in Ungarn und Slowenien nicht nur nicht wachsen, sondern "sogar schrumpfen", **das Geschäft in Slowenien und Ungarn wird verkleinert, sagt Karl Sevelda, Chef der Raiffeisen Bank International**

Die Raiffeisen Bank International (RBI) deutet an, ihre Präsenz in Ungarn und Slowenien stark reduzieren zu wollen. Man würde nicht nur nicht wachsen, sondern "sogar schrumpfen", wird Bankchef Karl Sevelda in der "Financial Times" zitiert. Ein völliger Rückzug stehe aber "derzeit" nicht an.

Den Fokus in Mittel- und Osteuropa will Sevelda hingegen auf die sechs cLänder Österreich, Russland, Polen, Tschechien, Slowakei und Rumänien legen.

Heikle Politik

Ungarn ist wegen seiner Politik und der aktuellen Wirtschaftslage ein zunehmend schwieriges Terrain für ausländische Banken. Die Haushalte sind überschuldet, immer mehr können ihre Euro- und Frankenkredite nicht bedienen, die Regierung will Schuldner entlasten. Auf Kosten der Banken.

Auf Kapitalsuche

Abseits von Standortfragen ist die RBI auch auf der Suche nach frischem Geld. Die Bank erwägt neben einer Kapitalstärkung die Beteiligung eines Fonds. "Es gibt Staatsfonds, speziell im Mittleren Osten, die immer auf der Suche nach Investitionsmöglichkeiten sind", so Sevelda zur Financial Times. Ein Anteil in der Höhe von "wenigen" Prozentpunkten wäre eine Option.

5. August 2013, **Euro-Wirtschaft wächst wieder**

Fleißig wie die Bienen: Von den vier großen Euro-Staaten schafften die deutschen Service-Unternehmen das beste Ergebnis.

Unternehmen bewerten Geschäftsaussichten so gut wie seit einein-halb Jahre nicht mehr

Berlin - In der krisengeplagten Eurozone mehren sich die Hinweise auf eine Stabilisierung der Konjunktur. Der Einkaufsmanagerindex für die gesamte Privatwirtschaft signalisierte im Juli erstmals seit eineinhalb Jahren wieder ein Wachstum. Der sogenannte Composite-Index kletterte um 1,8 auf 50,5 Zähler, teilte das Markit-Institut am Montag zu seiner Umfrage unter 5.000 Unternehmen mit. Ab 50 Zählern signalisiert das Barometer Wachstum.

"Damit steigt auch die Hoffnung, dass die Region die bisher längste Rezession allmählich hinter sich lässt", sagte Markit-Ökonom Rob Dobson.

Primus Deutschland

Während das Barometer für die Industrie mit 50,3 Zählern erstmals seit Mitte 2011 wieder die Wachstumsschwelle übertraf, blieb der Dienstleistungsindex mit einem Plus von 1,5 auf 49,8 Punkte knapp darunter. Von den vier großen Euro-Staaten schafften die deutschen Service-Unternehmen das beste Ergebnis: Hier wuchsen die Geschäfte so kräftig wie seit fünf Monaten nicht mehr. Frankreich, Italien und Spanien hingegen verbuchten Geschäftsrückgänge, die allerdings nur noch gering ausfielen.

Aber auch in diesen Ländern zeichnet sich eine Rückkehr in die Wachstumszone ab. Die Geschäftsaussichten wurden so gut bewertet wie seit fast eineinhalb Jahren nicht mehr, wobei sich die Stimmung in allen vier großen Euro-Ländern aufhellte.

05.08.2013, 13:08 Almflächen: Sammelklagen in Planung. In der Causa um falsche Flächenangaben bei Almen überlegen betroffene Bauern nun Klagen.

Nicht und nicht ruhiger wird es in der Affäre um falsche Flächenangaben auf heimischen Almen, die bereits zu Rück- und/oder Strafzahlungen von Bauern führen, obwohl diese behaupten, sie seien unschuldig an den falschen Flächenangaben. Österreichweit gibt es 200 Einsprüche von Landwirten.

Bei Infoveranstaltungen, die nun wie berichtet vorerst in Kärnten stattfinden, werde nun eine Sammelklage vorbereitet, berichtete der *ORF Kärnten* am Montag. Anwalt Michael Sommer, der einige Bauern vertritt und bei den Infoveranstaltungen in dieser Woche dabei ist, sprach gegenüber der *APA* allerdings von einem "langen Zeithorizont, das ist keine Frage von Monaten".

Bei Verwaltungsverfahren zur einheitlichen Betriebsprämie seien "die Kosten überschaubar und keine Sammelklage notwendig". Danach bleibe der "Zivilrechtsweg in Richtung Amts- bzw. Staatshaftung, was teuer werden kann" - daher wäre hier eine Sammelklage "möglicherweise sinnvoll". Auch Klagsgemeinschaften oder eine Interessensvertretung zur Prozessfinanzierung seien denkbar. "Das diskutieren wir in den kommenden Tagen", so Sommer.
Er erzählte von einem Beispiel aus Tirol, wo in der Almcausa 110.000 Euro eingeklagt wurden. "Da war die Rechtsschutzversicherung aufgebraucht, bevor das Verfahren begann. Das macht keinen Sinn", so der Anwalt.
Der Einsatz der Sonderkommission Alm, die seit April von Ex-EU-Agrarkommissar und dem früheren ÖVP-Landwirtschaftsminister Franz Fischler geleitet wird, änderte nichts daran, dass das System zur Bemessung unterschiedliche Ergebnisse liefert, berichtete der *ORF Kärnten*. Die Landwirtschaftskammer wolle diese Messmethode nun unter anderem rechtlich mit einem Gutachten prüfen lassen. Fischler war vorerst nicht erreichbar

Oberlandesgerichts-Urteil. Das MEL-Prospekt täuschte „arglistig“, sagt OLG-Wien und eröffnet die 30-jährige Verjährungsfrist im Fall Meinl. Der Bank wurde der Weg zum OGH verwehrt: Sie will ihn nun erkämpfen.

WIEN. „List im Sinn des § 870 ABGB ist rechtswidrige, vorsätzliche Täuschung (zivilrechtlicher Betrug)“. Dieser Satz stammt nicht von einem Anlegeranwalt, sondern direkt vom OGH (1Ob85/11y).

Das Oberlandesgericht Wien (OLG) hat kürzlich in der Causa MEL – vor dem Hintergrund des noch immer ergebnislos laufenden Strafverfahrens – eine bemerkenswerte Entscheidung gefällt. Es bestätigte ein Urteil des Handelsgerichts, das entschieden hatte, dass das MEL-Werbeprospekt für unerfahrene Anleger „arglistig“ irreführend war (§ 870 ABGB, Faksimile). Grund: Den Anlegern sind Aktien versprochen, aber nur Zertifikate geliefert worden – „sicher“ war das Papier nicht.

Die Entscheidung hat laut Anwalt Eric Breiteneder – der das Verfahren für eine via Meinl Success kaufende Anlegerin geführt hat – in mannigfaltiger Hinsicht weitreichende Folgen im MEL-Diskurs. Die wichtigste ist die erweiterte Verjährung: „Anleger, die im Vertrauen auf den Werbeprospekt gekauft haben, können in den Genuss der 30-jährigen Verjährungsfrist kommen.“ Wie viel Anleger noch Klagen führen könnten und welche Auswirkungen das für die Bank hätte, falls das Urteil so rechtskräftig wird, ist unklar. Etwa 6000 Anleger haben sich bereits verglichen.

Und: Das OLG hat den Punkt aufgegriffen, dass Aktien versprochen, aber Zertifikate geliefert wurden. Nun rückt die Rechtsprechung in die Nähe einer ebenfalls erst nach 30 Jahren verjährenden Anspruchsgrundlage: Das Aliud („Anderslieferung“). Hier war Breiteneder mit einer Klage beim OGH abgeblitzt – er rief daher den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte an. „Sollte die jetzige Entscheidung vom OGH abgeändert werden, geht es nicht mehr um das Gesetz, sondern nur mehr darum, die 30-jährige Verjährung für die Meinl Bank zu verhindern“, meint Breiteneder kämpferisch

.

Hürden für Meinl Bank

Ganz leichtes Spiel dürfte die Bank beim OGH aber nicht haben. Das OLG hat die ordentliche Revision nicht zugelassen. Meinl muss daher erst diese Hürde nehmen (Bericht re.). Bei der Revision sind Rechts-, aber keine Beweisrügen zulässig: Der OGH entscheidet daher nur mehr auf Basis dessen, was bislang im Verfahren auf’s Tapet gekommen war, sofern er nicht – eher überraschend – andere, bisher verborgen gebliebene Verfahrensmängel aufgreift.

Weitere Urteile

Auch das Handelsgericht (HG) Wien hat im Fall MEL nun neue Urteile zugunsten von Anlegern (vertreten durch Anwalt Michael Poduschka) gefällt. In einem Fall rechnete man der Meinl Bank fremde Berater zu (43Cg81/10z). In einem anderen Fall (46Cg132/10x) hat man sie ob deliktischer Haftung sogar einem Anleger gegenüber haften lassen, der über eine andere Bank gekauft hatte. Wie berichtet, trennt Meinl strikt zwischen „Eigen-" und „Fremdbank"-Fällen: Auch dieser „Schutzwall" wurde (erstinstanzlich) neuerlich erschüttert.

Reaktion der Meinl Bank

Wie sieht die Bank diese Urteile? Meinl-Anwalt Mario Spanyi kündigt an, dass er im Arglist-Fall zuerst die Verweigerung der Revision bekämpfen und dann vor den OGH ziehen will.

Ein wichtiger Punkt ist, dass Arglist und Anderslieferung („Aliud") thematisch nahe beieinander liegen. Spanyi: „Aus Sicht der Bank ist das Urteil des OLG-Wien mit Wertungen des OGH, der das Aliud ja verneint hat (4Ob93/11x ua., Anm.), nicht in Einklang zu bringen."

Gerade im ersten HG-Fall „wurde ausdrücklich unter Berufung auf den OGH eine arglistige Irreführung verneint." Im zweiten HG-Fall habe man die Bank wieder wegen Angaben im Verkaufsfolder haften lassen, „ohne den Einfluss des Beraters zu berücksichtigen, der seiner gesetzlichen Beratungspflicht nicht nachkam." Auch die Rolle des Anlegers blieb außen vor. Man erwägt nun Berufungen.

Fälle sind individuell

Conclusio für Spanyi: „Die Divergenz beim Thema Arglist zeigt, dass es auch insofern keine generelle Haftungsgrundlage gegen die Meinl Bank gibt, sondern dass es auf die Umstände des Einzelfalls ankommt."

Wie man 100 Jahre alt wird, ohne sich zu langweilen.

Seinen eigentlichen Geburtstag, den 31. Juli 1913, feierte er am Kreuzberg in einem Haus, das der jüdische Fabrikant Paul Khuner 1930 durch Adolf Loos errichten ließ – mit Panoramablick in Arthur Schnitzlers weites Land.

Dass Heinrich Treichl von dort so kerzengerade und dennoch sperrig in die Gegenwart ragt, ist vielfach beschrieben worden – am besten durch ihn selbst: „Fast ein Jahrhundert“ war 2003 ein Bestseller1.

Anlässlich des Todes seiner Frau Helga habe ich 1995 versucht, den Unterschied zwischen den Treichls und den „Top 500“ der Gegenwart festzuhalten: „Die Top 500 haben ein Zweithaus in Übersee, die Treichls ein Landhaus im Inland. Die Einrichtung der Top 500 stammt von einem Top-Innenarchitekten, die der Treichls stammt von den Treichls: geerbt, gesammelt, ersteigert. Jene sind stolz auf ein pures Jugendstilzimmer, diese mischen die Möbel verschiedenster Epochen stilsicher zu einem persönlichen Ensemble, in dem sogar ein wenig behaglicher Kitsch seinen Platz hat: Es quält sie nicht diese zutiefst kleinbürgerliche Sorge, dass etwas in ihrer Wohnung für kleinbürgerlich gehalten werden könnte. Jene sind auf allen Golfplätzen der Welt, diese in allen Theatern zu Hause. Jene vermögen ‚Newsweek‘ auf Englisch zu lesen, diese rezitieren Verlaine auf Französisch. Vor allem aber sprechen sie auch die Fremdsprache, an der die neue Wiener Gesellschaft am hörbarsten scheitert: das Deutsch Rilkes, Schnitzlers und Hofmannsthals.“

Heute füge ich hinzu: Niemand käme auf die Idee, Heinrich Treichl einen „Banker“ zu nennen – „Bankier“ beschreibt ihn als Einziges angemessen. Er selbst erläuterte den Unterschied zweifellos an seinem Vater Alfred Treichl: Als der mit seiner Biedermann-Bank in der großen Depression in Finanznot geriet, verwendete er sein gesamtes privates Vermögen, um seine Kunden vor Verlusten zu schützen, und seine Frau kam ihm dabei trotz Gütertrennung mit ihrem großen Vermögen zur Hilfe. „Kapitalismus bedarf eines ethischen Ordnungsrahmens“ ist einer der aktuellen Kernsätze aus Heinrich Treichls Memoiren.

Sich selbst nennt Treichl darin einen „Liberalen im klassischen angelsächsischen Sinn“ – womit er in Österreich so gut wie alleine war und ist. Schon sein Vater, so schreibt er, sei als Liberaler nicht „zwischen“ Christlichsozialen und Sozialisten, sondern „gegen beide“ gestanden, und die Lehren Friedrich August Hayeks hätten ihn endgültig in dieser Haltung bestärkt.

Treichls zeitlebens ungelöstes Problem bestand darin, dass er in einem sozialistisch dominierten Österreich auf dem Ticket der ÖVP mit der Creditanstalt-Bankverein eine Bank führen musste, für die alle Bedingungen galten, in denen Hayek den „Weg in die Knechtschaft“ sah: Sie gehörte dem Staat; Vorstände wurden ausschließlich politisch bestellt; wenn der Kanzler es verlangte, hatte Treichl weit vor dem Aktiengesetz den politischen Erfordernissen Rechnung zu tragen: etwa die Reifenproduktion von Semperit nicht an Michelin zu verkaufen, sondern auf Wunsch Hannes Androschs beziehungsweise des ÖGB bis zum bitteren Ende im CA-Konzern zu behalten.

Dass er nur gelegentlich die Kraft fand, solche Ansinnen rundum abzulehnen und dabei seinen Job zu riskieren, quält ihn bis heute, auch wenn es mit Sicherheit damit geendet hätte, dass er gegen einen völlig Willfährigen ausgetauscht worden wäre.

Immer wieder in seinen Memoiren wird die tiefe Bewunderung für seinen jüngeren Bruder Wolfgang spürbar, der diese letzte Entschlossenheit aufbrachte: Er desertierte von der Deutschen Wehrmacht, um als Soldat auf Seiten Englands den Tod zu finden. Wolfgang Treichl ist der einzige Mensch, der Heinrich Treichl auch gern gewesen wäre.

Dass er so alt geworden ist, dankt er neben den Genen jenen „drei L“ die auch Altersforschung dafür verantwortlich macht: Laufen, Lesen, Lieben!
Für seine Fitness sorgten „Fünf Tibeter“: Dehn- und Streckübungen, die er an jedem Morgen absolviert und die ihn noch mit 90 Jahren einen Schal meiner Frau rascher aufheben ließen, als ich mich mit 60 danach bücken konnte. Ein Treichl mit Bauch ist nicht denkbar.

Seine Bibliothek füllt nicht nur ein großes Zimmer, sondern er könnte nicht ohne Bücher leben und hat sie als Leiter des Ullstein Verlages (der ein Erbe seiner Frau war) auch durch einige Jahre verlegt.

Auf das Buch, das ihn prägte, stieß er als Kriegsgefangener in den USA: Hayeks „Der Weg in die Knechtschaft“ ist ein grandioses Plädoyer für die individuelle Freiheit und ihre Bedrohung durch etwas, was er „Sozialismus“ nennt, obwohl er darunter viel weniger den Sozialismus von heute als den „Kollektivismus“ der sowjetischen Staatswirtschaft und vor allem des Nationalsozialismus versteht. Auch Treichl neigt zu dieser Verwechslung: Ich werde in seinen Augen beinahe zum Kommunisten, wenn ich die staatliche Sozialversicherung den karitativen Stiftungen von US-Millionären vorziehe. Doch unsre Freundschaft hat das locker überdauert.

Sie entstand vor gut 30 Jahren bei einer Tagung des „Forum Alpbach“: Inmitten eines Gesprächs über die damals aktuellen „Reagonomics“ entdeckte Treichl vor einem der Bauernhäuser Rainer Maria Rilkes „Blaue Hortensien“ und rezitierte die ersten Zeilen des Gedichtes über ihre Dolden, die „ein Blau nicht auf sich tragen, nur von ferne spiegeln“; ich setzte es mit den nächsten Zeilen fort, und wir entdeckten, dass wir viele Gedichte Rilkes auf die gleiche Weise miteinander teilen konnten. Dergleichen verbindet mehr als politische Einstellung oder berufliches Interesse.

Anders als ich, kann Treichl fast alle Ding-Gedichte Rilkes bis heute. Dazu Gedichte Hofmannsthals, die ich nur aus seinem Mund gern höre. Als seine Familie wegen des Untergangs der Biedermann Bank nach Deutschland übersiedelte, wo Alfred Treichl eine neue Stellung gefunden hatte, war es die Sprache Rilkes und Hofmannsthals, die Heinrich Treichl und seine beiden Geschwister in den Jahren eines immer stärker werdenden Nationalsozialismus untrennbar mit Österreich verband. „Ich fühle nicht deutsch“, schreibt er in seinen Memoiren.

Als er während des Russlandfeldzuges als Soldat der deutschen Wehrmacht im Schützengraben saß, waren es diese Gedichte, die ihn an die Wiedergeburt Österreichs glauben ließen. Und es war ihre Sprache, in der Wolfgang Treichl seinen Entschluss zum Äußersten vorwegnahm:

„Aber laß‘ der Jugend Träume fahren,
Wenn der Ruf ertönt zum wahren Werke.
Trotze niemals mit den harten Jahren!
Nein, versuche Deine Stärke
In den wachsenden Gefahren.“

Er fiel 1944 als englischer Fallschirmspringer beim Absprung nahe von Tolmezzo dicht an der österreichischen Grenze. Auch das hat uns zweifellos verbunden: Auch mein Vater hasste die Nazis, während er in Russland im Schützengraben saß – und meine Mutter riskierte wie Wolfgang im Kampf gegen sie ihr Leben.

Treichl hat sich auch in diesem Zusammenhang immer wieder vorgeworfen, dass er zu solcher letzter Konsequenz nicht fähig war – ich halte es für einen seiner Vorzüge: Er liebte das Leben.

Er liebte es in Gestalt seiner zauberhaften Frau Helga und feierte sie in seinen Memoiren mit dem wunderschönen Satz: „Sie war der Mittelpunkt meines bewegten Lebens, die Achse, um die ich mich drehte – wie das Rad an eine Mitte gebunden, die es nie erreichen kann." Aber er liebt dieses Leben in der Schönheit von Frauen bis heute.

Als er im Mai Molnárs „Liliom" an der Burg sah und sich (wie ich) darüber ärgerte, dass man es aus Alfred Polgars Wiener Prater auf einen Rummelplatz in Bielefeld verlegt hatte, wollte er seinen Ärger mit einem Gläschen Rotwein im „Café Landtmann" hinunterspülen, und der Zufall brachte es mit sich, dass im gleichen Augenblick eine Reihe sehr schöner, weitgehend nackter Frauen vom Life Ball das Café betrat.

Gefragt, ob ihn das störe, soll er geantwortet haben: Das einzige, was mich stört, ist, dass ich sie nur mehr anschauen kann.

Während seines Geburtstages im Looshaus war er in der liebevollen Begleitung einer 40 Jahre jüngeren Frau, und als er meiner Frau lange die Hand küsste, empfand sie es unverändert als großes Kompliment.

*

Eine Woche, ehe Heinrich Treichl 100 wurde, starb in der Wiener Leopoldstadt der Kaufmann Martin Katz im 94. Lebensjahr. Die beiden hatten einiges gemein: die physische Fitness, den „Economist", den sie jede Woche lasen, die musische Ader – und die ungebrochene Freude an schönen Frauen.

Obwohl ich es vorhatte, ist es mir nicht mehr gelungen, die beiden miteinander bekannt zu machen, denn sie hätten einander imponiert. 1942/43, als Treichls reiche jüdische Großmutter Anna Thorsch für viel Geld zur unehelichen Tochter eines Ariers erklärt wurde und damit dem Schicksal ihrer Verwandten entging, die durchwegs entweder ermordet wurden oder der Ermordung durch Selbstmord zuvorkamen, lebte auch der 23-jährige „Volljude" Martin Katz offen in Wien, obwohl er keineswegs „arisch" aussah und die Nazis seinen Vater schon totgeprügelt und seine Mutter nach Auschwitz deportiert hatten. Aber Katz hatte sich entschlossen, vor SS-Männern nicht angstvoll den Blick zu senken, sondern tief Luft zu holen und ihnen gerade in die Augen zu schauen. „Ich habe eine Maske von Selbstsicherheit über meine panische Angst gestülpt", schreibt er in seinen Memoiren2. Mit dem Geld, das er als Schleichhändler verdiente, finanzierte er das Überleben seiner jüdischen Freundin und ihrer Mutter, die er in einer Dachkammer untergebracht hatte, bis er beiden zur Flucht verhelfen konnte.

Wie Heinrich Treichl liebte er Österreich und konnte sich wie dieser über zwei ungemein erfolgreiche Kinder freuen. Vor allem strahlte er bis zuletzt die gleiche ungebrochene Lebensfreude aus, die das eigentliche Geheimnis hohen Alters ist.

6. August 2013, # Großbanken unter Manipulationsverdacht

Der Verdacht auf Tricksereien bei einem viel beachteten Marktindex für Swap-Geschäfte hat neben den US-Regulierern auch die deutsche Finanzaufsicht Bafin auf den Plan gerufen.

Nach der Affäre um manipulierte Libor-Zinssätze gibt es einen neuen Verdacht gegen Geldinstitute, die Bafin prüft

Berlin - Die Bankenaufsicht Bafin prüft nach einem Bericht der "Süddeutschen Zeitung", ob auch deutsche Geldhäuser an möglichen Manipulationen rund um den Derivate-Referenzwert ISDAfix beteiligt sind. "Wir gehen den Vorwürfen nach", sagte ein Sprecher der Behörde dem Blatt. Der Finanznachrichtendienst Bloomberg hatte am Freitag berichtet, die US-Aufsicht CFTC habe Belege für mögliche Manipulation an dem wichtigen Referenzwert gefunden. Demnach ermitteln die US-Behörden gegen insgesamt 15 Banken, darunter auch die Deutsche Bank. Das Geldhaus wollte dies auf Anfrage der "Süddeutschen Zeitung" nicht kommentieren. Nach Informationen des Blattes wurde der deutsche Branchenprimus jedoch noch nicht von den Behörden kontaktiert.

Österreich dürfte von dem Zinsskandal nicht betroffen sein. "Es ist keine österreichische Bank an der Feststellung des ISDAfix beteiligt", sagte ein Sprecher der Finanzmarktaufsicht (FMA) . "Somit besteht seitens der FMA kein direkter Handlungsbedarf." Grundsätzlich kooperiere die FMA aber mit ihren Schwesterbehörden in der EU.

Deutsche Bafin leitet Prüfungen ein

Die deutsche BaFin indes hat Prüfungen zu den Vorwürfen eingeleitet. Bisher gibt es aber nach Angaben der Behörde von heute keine Anzeichen, dass deutsche Geldhäuser unrechtmäßig gehandelt haben. Von den deutschen Banken sind die Deutsche Bank, die Commerzbank und die UniCredit-Tochter bzw. Bank-Austria-Schwester HVB an der Festsetzung des ISDAfix beteiligt.

Am ISDAfix orientieren sich viele Zinstauschgeschäfte (Swaps). Genau wie der ebenfalls von einem Manipulationsskandal erschütterte Referenz-Zinssatz Libor wird das Swap-Barometer ISDAfix per Umfrage unter Banken ermittelt, auch an ihm hängt ein Markt mit einem Volumen von mehreren hundert Billionen Dollar.

Der ISDAfix-Referenzwert ist für die Festlegung von Preisen bei komplexen Finanzprodukten, die nicht über die Börsen gehandelt werden, von zentraler Bedeutung, etwa bei Zinsderivaten. (APA, 6.8.2013)

06.08.2013, 14:59 Schieszler: "Hochegger hat gesagt, das wird teuer werden". Der Kronzeuge und Ex-Telekom-Manager belastete Lobbyist Hochegger, nicht aber Ex-Kollege Fischer.

Am Dienstag wurde der Telekom-Prozess rund um illegale Parteienfinanzierung an das BZÖ fortgesetzt. Vor allem der Auftritt von Kronzeuge Gernot Schieszler wurde mit Spannung erwartet: Der frühere Telekom-Finanzvorstand belastete bei seiner Aussage den angeklagten Lobbyisten Peter Hochegger. Im Prozess geht es um 960.000 Euro, die die Telekom Austria 2006 an zwei Werbeagenturen überwiesen hatte, die den Wahlkampf des damals neuen und finanzschwachen BZÖ organisierten.

Die Anklage geht davon aus, dass die Telekom das Geld bezahlte, um das BZÖ zu einer für den Konzern günstigen Änderung der "Universaldienstverordnung" zu bewegen. Immerhin stellte die Partei mit Hubert Gorbach damals den Infrastrukturminister der schwarz-orangen Regierung. Bei der Universaldienstverordnung ging es um die Frage, ob die Telekom Austria von den rund 10.000 Telefonzellen aus Verbindungen zu 0800er Nummern ermöglichen musste. Der Telekom war diese Verpflichtung ein Dorn im Auge, weil davon private Wettbewerber profitierten, während die Einnahmen der Telekom im Telefonzellengeschäft zurückgingen.

Schon im Ermittlungsverfahren hatte Schieszler behauptet, Hochegger hätte ihm gesagt, dass die Novellierung eine Million Euro kosten würde. Der angeklagte Lobbyist stellte dies aber in Abrede und betonte im Prozess, sich an keinen Auftrag zur Universaldienstverordnung zu erinnern. Er bekennt sich nicht schuldig.

Hochegger im Fadenkreuz

Im Zeugenstand wiederholte Schieszler seine Vorwürfe. "Hochegger hat gesagt, das wird teuer werden", sagte Schieszler. Der Lobbyist sei damals so etwas wie "ein Mentor" für ihn gewesen, in der Telekom ein- und ausgegangen und habe die Firmenstrategie mitgestaltet. Ihm selbst sei "selbstverständlich" bewusst gewesen, dass das Geld für ein Partei gedacht war, sagte der Kronzeuge: "Es war klar, dass das eine indirekte Zuwendung für den Wahlkampf des BZÖ darstellt."

Nicht belastet wurde von Schieszler dagegen sein neben Hochegger auf der Anklagebank sitzender früherer Vorstandskollege Rudolf Fischer. Dieser bekennt sich ebenfalls nicht schuldig. Nach Schieszlers Darstellung hätte zwar Hochegger behauptet, das Vorgehen mit Fischer "abgesprochen" zu haben, er selbst habe die Causa aber mit keinem seiner Vorstandskollegen besprochen. Auch mit den anderen Angeklagten hatte er demnach - mit Ausnahme der Werberin Tina H., die ihn wegen der Rechnungslegung anschrieb - keinen Kontakt.

Erstes Urteil

Die geständige Werbeunternehmerin Tina H. war bereits am Montag zu 20 Monaten bedingter Haft (nicht rechtskräftig) verurteilt worden und am Dienstag nicht mehr zum Prozess gekommen. Auf der Anklagebank platzgenommen haben damit nur noch sechs Angeklagte: neben Fischer und Hochegger auch der frühere BZÖ-Abgeordnete Klaus Wittauer, der Werbeunternehmer Kurt S., Ex-BZÖ-Geschäftsführer Arno Eccher und der frühere Sprecher der BZÖ-Justizminister Karin Gastinger. Schieszler hat durch seine Aussagen die Arbeit der Staatsanwaltschaft unterstützt und dafür Kronzeugenstatus erhalten. Damit ist ihm eine Anklage für seine Rolle in der Causa erspart geblieben, er muss lediglich teilweisen Schadenersatz und gemeinnützige Arbeit leisten.

Gereizte Stimmung

Bei seiner Einvernahme wurde Schieszler von Hocheggers Anwalt Karl Schön in die Mangel genommen worden. Der Anwalt war sichtlich bemüht, Schieszlers Glaubwürdigkeit anzugreifen. Außerdem argumentierte er, dass Schieszler und der ebenfalls angeklagte frühere BZÖ-Abgeordnete Klaus Wittauer so gute Kontakte gehabt hätten, dass sie für die Abwicklung der mutmaßlich illegalen Parteispende Hocheregger nicht gebraucht hätten. Die Stimmung im nicht klimatisierten Gerichtssaal war angesichts der extremen Hitze und der stickigen Luft aufgeheizt.

Telekom-Prozess: 20 Monate für Werberin

Erstes Urteil im Prozess um verdeckte Parteispenden: 20 Monate bedingt für Werberin Tina H.
Am Montag wurden zwei Beamte des Bundesamts zur Korruptionsbekämpfung (BAK) sowie ein weiterer Zeuge im Zusammenhang mit der mutmaßlichen Parteispende in Richtung FPÖ befragt. Im Zentrum: der Werber Gernot Rumpold.

Konkret ging es um vier Marketingkonzepte, für die die Telekom Austria Gernot Rumpolds Agentur mediaConnection 600.000 Euro bezahlte. Die Staatsanwaltschaft hält die Konzepte für "wertlos" und sieht die Zahlungen als verdeckte Parteispenden an die FPÖ, für die Rumpold damals Wahlkämpfe organisierte. Rumpold bemühte sich dagegen, den Wert seiner Arbeit zu verteidigen.

20 Monate für Werberin

Dabei ist auch ein erstes Urteil gefallen: Werberin Tina H., die bereits am dritten Prozesstag ausgesagt hatte und sich dabei selbst belastet hatte, wurde zu 20 Monaten bedingter Haft verurteilt. Tina H., die vom Sprecher der damaligen Justizministerin Karin Gastinger, Christoph Pöchinger, für den Vorzugsstimmen-Wahlkampf der später aus der Partei ausgetretenen BZÖ-Politikerin engagiert worden war, wurde wegen Untreue als Beteiligte zu 20 Monaten bedingt verurteilt. Das Urteil ist nicht rechtskräftig.

Tina H. hatte mittels Scheinrechnungen dazu beigetragen, dass von der Telekom Austria (TA) 240.000 Euro Richtung BZÖ flossen, die für die Finanzierung von Gastingers

Werbekampagne vorgesehen waren. "Sie haben bewusst ein falsches Anbot und eine falsche Rechnung gelegt", stellte Richter Michael Tolstiuk fest. Der Tatbeitrag sei aber "ein einmalig falscher Schritt" gewesen: "Sie haben sich dazu hinreißen lassen." Im Hinblick auf die geständige Verantwortung und ihre bisherige Unbescholtenheit kam die Werberin mit einer Bewährungsstrafe davon.

BAK-Beamte widersprechen Rumpold-Sekretärin

Zuvor waren am Montag Polizisten des BAK befragt worden. Die zwei Beamten hatten am 9. August 2011 Natascha R., die Ex-Sekretärin von Rumpold, zeugenschaftlich befragt. Sie soll laut Anklage im Auftrag des damaligen FPÖ-Werbers eine an die Telekom adressierte Rechnung erstellt

und in Verbindung mit den "vier wertlosen Vorkonzepten" (Anklage) übermittelt haben. Dem Polizeiprotokoll zufolge soll R. dabei angegeben haben, sie habe Rechnungen geschrieben, bei denen die Gegenleistung nicht nachvollziehbar gewesen sei.

"Nichts zu Mittag gegessen"

In der Hauptverhandlung hatte die Zeugin am 10. Juni 2013 unter Wahrheitspflicht beklagt, sie sei von den Beamten "sehr oft missverstanden worden" und die Einvernahmesituation sei "unangenehm" gewesen. Die Polizisten hätten sie in ihrer Wohnung in Wien-Donaustadt regelrecht überfallen und "ein paar Fragen, kurz" avisiert. Die Befragung hätte dann aber fünfeinhalb Stunden gedauert, sie habe sich nicht um ihr Kleinkind kümmern können und "nichts zu Mittag gegessen".

Weiters behauptete die Zeugin, die Polizistin hätten ihr das Protokoll nicht gezeigt oder vorgelesen. Einiges, was darin enthalten sei - etwa, dass bei Gernot Rumpold Geldkuverts im Safe lagen -, hätten die Polizisten sinnentstellt wiedergegeben.

Die zwei Polizeibeamten hielten dem nun im Zeugenstand entgegen, Natascha R. habe ihre Befragung über den Laptop, in den die Angaben eingetippt wurden, "ständig mitgelesen". Das Protokoll sei am Schluss ausgedruckt und ihr noch einmal übergeben worden. Er gehe davon aus, dass sie jede Seite durchgelesen habe, so einer der Beamten.

Rumpolds Ex-Sekretärin habe sich auch nicht überfallen gefühlt, sondern die Beamten im Gegenteil "freudig empfangen", wie einer der beiden wörtlich erklärte. "Ich war eh schon überrascht, dass keiner zu mir kommt" bzw. "Gott sei Dank fragt mich jemand, ich hab' so viel zu berichten" ,soll Natascha R. zur Begrüßung gesagt haben.

Wertvoll oder wertlos?

Im Anschluss an die Befragung der Ermittler sind noch einmal die Konzepte erörtert worden, die Rumpold der Telekom übermittelt hatte. Rumpold beharrt darauf, die Konzepte seien werthaltig gewesen. Seine Ex-Frau habe diese teilweise nächtelang ausgearbeitet. Unter anderem ging es dabei um einen mobilen Verkaufsstand, der unter der Bezeichnung "Q-Bus" patentiert worden war. Sein Entwickler hatte diesen Rumpold zur Vermarktung angeboten, "weil der Vorteil einfach der ist, dass man da mobil ist und den ganzen behördlichen Schwierigkeiten entgeht", wie der 55-Jährige als Zeuge darlegte.

Ein weiteres Konzept war die "Park your Bike"-Werbekampagne, mit dem Rumpold nicht nur an die Telekom herangetreten war. Die Wiener Städtische Versicherung sowie Telering hatten diese Idee umgesetzt, indem sie 40 bzw. 120 Fahrradständer anmieteten und darauf ihre Sujets anbrachten. Die Wiener Städtische ließ diese Werbemaßnahme bis 2008 laufen, Telering hatte 2005 entgegen der ursprünglichen Absicht um ein weiteres Jahr verlängert, nachdem für die Miete ein deutlicher Preisnachlass gewährt worden war.

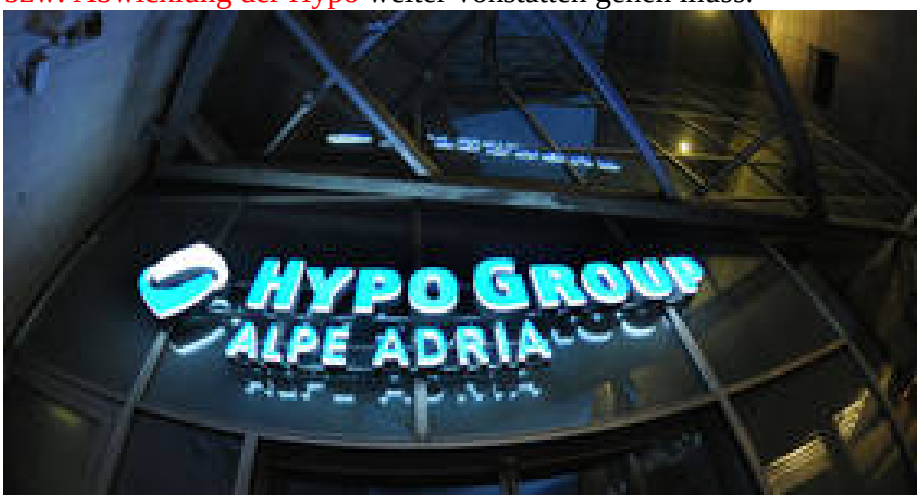
Vertreter beider Unternehmen versicherten nun dem Schöffensenat, es wäre nicht für das Konzept, sondern "eindeutig für die Werbefläche" (Telering) bzw. "nur für die tatsächlich angemietete Werbefläche" (Wiener Städtische) bezahlt worden.

06.08.2013, 17:48 **Hypo musste Italientochter mit 150 Mio. Euro stützen. Außerdem steht der österreichische Steuerzahler für weitere Verpflichtungen gerade.**

Die teuren Botschaften von der staatlichen Krisenbank Hypo Alpe Adria reißen nicht ab. Ihre Italien-Tochter hat vor wenigen Wochen einen dreistelligen Millionenbetrag gebraucht. In Summe rund 150 Mio. Euro hat die Hypo Alpe Adria International im Juli für die Hypo Bank Italien und den italienischen Leasingzweig an Kapitalnachschüssen überwiesen. Mehr als die Hälfte davon floss direkt in die Bankbilanz in Udine. Das wurde nötig, damit der Wirtschaftsprüfer der Italien-Bank ein uneingeschränktes Testat für 2012 ausstellen konnte, bestätigte die Hypo am Dienstag.
Bei der Italienbank müssen justizanhängige mutmaßliche Betrügereien bei Leasinggeschäften aufgearbeitet werden. Zur Zeit werden nach Bankangaben -zigtausend Verträge der letzten zehn Jahre noch einmal geprüft und nachgerechnet. Aber auch die Wirtschaftskrise in Italien belastete die Geschäfte.
Zusätzlich zur Cash-Rekapitalisierung musste die Hypo für die Italienbank eine auf ein Jahr laufende Patronatserklärung abgeben. Das bedeutet, dass die Hypo-Zentrale aus Österreich - damit der Steuerzahler in Österreich - für alle weiteren Verpflichtungen aus den Italien-Operationen geradesteht, also zumindest für die Laufzeit dieser besonderen Bürgschaft eine explizite Fortbestandssicherung erfolgte.

Krisenbilanz

Die Aktivitäten für die Italien-Tochter belasten die anstehenden Halbjahreszahlen der Hypo Alpe Adria. Wie hoch die Halbjahresverluste der seit Ende 2009 notverstaatlichten Bank tatsächlich ausfielen, wird mit den Prüfern noch gerechnet. Eckpunkte der Hypo Alpe Adria-Krisenbilanz wird der Aufsichtsrat am 9. August behandeln.
Wie berichtet fressen die Restrukturierungen und weitere Abschreibungen und Rückstellungen das Kapital der Hypo Alpe Adria auf. Der österreichische Staat muss 700 Mio. Euro Kapital einschießen, damit die Hypo zum Halbjahr bilanzieren kann.
Im Herbst wird ein Bescheid der EU-Wettbewerbsbehörde erwartet, wie die Restrukturierung bzw. Abwicklung der Hypo weiter vonstatten gehen muss.



Regierung wünscht sich "Super Bad Bank"

Bis zu 20 Milliarden Euro an faulen Krediten sollen dorthin ausgelagert werden.

Hypo Italien Strafanzeige nach Leasingskandal

Die Italien-Tochter ist von einem Leasingskandal gebeutelt. Die Bankführung in Udine wurde im März entlassen, und mit ihr eine Handvoll weiterer Verantwortlicher. Die Hypo hat

Strafanzeige erstattet. In Italien ermitteln die Staatsanwaltschaft Udine und die Finanzpolizei wegen Betrugs. Die Aufarbeitung laufe auf Hochtouren, hieß es. Wieviele Kunden nach den umstrittenen Zinsenberechnungen "potenziellen Anspruch" auf Rückzahlung überhöhter

Leasingraten haben, wird untersucht. Man schaue sich alle Leasingverträge der vergangenen zehn Jahre. Bisher seien mehr als 5 Prozent abgearbeitet und 10 Millionen Euro an Kunden als Schadenersatz zurücküberwiesen worden, hieß es am Dienstag. Bis Jahresende soll alles aufgearbeitet sein.

Neuer Generaldirektor der Italientochter der notverstaatlichten Kärntner Hypo ist Marco Gariglio, der seine Funktion mit 2. September antritt. Das entschied der Verwaltungsrat der italienischen Tochterbank am 6. August. Gleichzeitig legt Lorenzo Snaidero seine Interimsfunktion als "Amministratore Delegato" (CEO) zurück, bleibt aber Mitglied des Verwaltungsrates der Bank.

Die Hypo-Banktochter in Italien hat mehr als 300 Mitarbeiter, es läuft ein umfangreicher Personalabbau. Der Markteintritt erfolgte dort 1986. Sollte doch noch kurzfristig ein nach wie vor verfolgter Verkauf erfolgen, müssten dafür alle Altlasten weggeräumt sein. Zusammen mit den Leasingfinanzierungen lag die Bilanzsumme in Italien zuletzt bei etwas über 4 Mrd. Euro. Das Neugeschäft ist seit kurzem eingestellt, seit Anfang Juli werden keine neuen Kredite mehr vergeben. Das hat Österreich der EU im Beihilfeverfahren zugesagt.

Team Stronach: Jeder soll ins Gymnasium dürfen

06.08.2013 **Klubobmann Robert Lugar wünscht sich, dass künftig die Leistung der Lehrer gemessen wird. Die Noten als Hürde für das Gymnasium sollen fallen.**

Bisher hielt sich das Team Stronach mit bildungspolitischen Entwürfen zurück. Während SPÖ und ÖVP seit Jahrzehnten über die Einführung einer Gesamtschule streiten, überraschte Frank Stronach noch vor wenigen Wochen mit seinem Unverständnis ob dieser Frage. Im Gespräch mit *DiePresse.com* stellte Klubobmann Robert Lugar nun einige Positionen klar.

"Man brächte nur noch einen Schultyp"

Innerhalb der Schulen sollte es eine starke Differenzierung nach Leistung in einzelnen Bereichen geben. Der Unterricht sollte modulartig stattfinden. Eine Unterteilung in Hauptschule bzw Neue Mittelschule und Gymnasium wäre damit nicht mehr notwendig: "Da bräuchte man dann nur noch einen Schultyp", sagt Lugar.

Jeder soll auf jede Schule dürfen Team Stronach Klubobmann Robert Lugar

Dass nur Schüler mit guten Noten ins Gymnasium dürfen, hält der Klubobmann ohnehin für ein Problem, da Schüler sich nicht gleich schnell entwickeln würden. Wenn die Hürden für das Gymnasium fallen würden, dürfte sich die Diskussion um Schultypen erübrigen.

Problemlehrer dürfen nicht unterrichten

Die Partei wünscht sich "totale Autonomie" für die Schulen. So sollten Direktoren sich ihre Lehrer aussuchen können - und diese aus den Klassenzimmern nehmen, falls sich herausstellt, dass sie ungeeignet sind. Der Klubobmann spricht davon, dass etwa fünf Prozent der Pädagogen "Problemlehrer" seien, die nicht mehr unterrichten dürften. Platz für sie könnte es in der Verwaltung geben.

Zweimal im Jahr sollte es deshalb einen Test geben, bei dem gemessen wird, auf welchem Stand die Schüler sind. Wenn ein Lehrer durchgängig schlechtere Ergebnisse in seinen Klassen habe, müssten Konsequenzen folgen.

Geld an Schulen flexibel verteilen

Nicht nur personell, auch finanziell soll das Schulsystem flexibler gestaltet werden: Brennpunktschulen sollten mehr Geld bekommen als eine AHS in guter Lage: "Eine Schule im zehnten Wiener Gemeindebezirk hat mehr finanziellen Aufwand als ein Gymnasium in Perchtoldsdorf. Also muss man auch mit den Kosten flexibel umgehen", sagt Lugar. Ziel müsse sein - hier sind sich wohl alle Parteien einig - dass jedes Kind lesen, schreiben und rechnen könne.

Der Lehrermangel könnte durch mehrere Maßnahmen bekämpft werden, denkbar sei eine Mehrarbeit der Lehrer, die aber finanziell abgegolten werden müsse. Außerdem wünscht sich das Team Stronach mehr Ganztagsschulen - allerdings auf freiwilliger Basis. Vorbild für die öffentlichen Schulen sollten prinzipiell die privaten sein.

"Käsemacher"-Chef ist verschwunden

Hermann Ploner /

Insolvenz. Der bisherige Chef der insolventen Käsemacher, Hermann Ploner, ist seit Sonntag abgängig. Eine Fahndung ist laut Polizei bereits im Gange.

Zwettl. Hermann Ploner, bisheriger Geschäftsführer des insolventen Unternehmens "Die Käsemacher" in Vitis im Bezirk Waidhofen a. d. Thaya, ist seit Sonntag abgängig, bestätigte die Polizeiinspektion Zwettl einen entsprechenden Bericht auf noe.orf.at am Dienstag. Eine Fahndung nach Ploner sei bereits herausgegeben, hieß es. Ob sein Verschwinden in Zusammenhang mit der Insolvenz stehe, sei unbekannt.

Das Waldviertler Unternehmen hatte am 16. Juli Anträge auf Eröffnung von Sanierungsverfahren ohne Eigenverwaltung über die beiden Gesellschaften Milch- und KäsevertriebsgmbH bzw. Käseproduktions- und Vertriebs GmbH beim Landesgericht Krems gestellt. In einer Sitzung des Gläubigerausschusses wurde am 24. Juli beschlossen, die Fortführung durch eine Factoring-Finanzierung zu ermöglichen.

Gläubigerschützer sehen den Betrieb damit vorerst gesichert. Beide Unternehmen seien auf Sanierungskurs, die insgesamt 200 Arbeitsplätze vorerst nicht gefährdet. Die Käseproduktions- und Vertriebs GmbH ist mit etwa 4,9 Mio. Euro, die Milch- und KäsevertriebsgmbH mit 3,5 Mio. Euro überschuldet.

Großpleite "Käsemacher" trifft 300 Gläubiger

7. August 2013, **Banken, Londoner Börse und Glencore verklagt**

-

Kunden werfen den Banken schon länger vor, die Wartezeiten künstlich zu verlängern, um höhere Preise zu erzielen und um höhere Mieten für die Lagerhaus-Betreiber zu erreichen.

-

Goldman Sachs verweist darauf, dass das Leichtmetall derzeit 40 Prozent billiger ist als zu den Rekordpreisen vor sieben Jahren.

US-Großbanken JPMorgan und Goldman Sachs werden beschuldigt, Alu-Preise künstlich nach oben getrieben zu haben

New York - Es ist bereits die zweite Klage gegen US-Großbanken wegen umstrit-tener Geschäfte mit Metallen binnen einer Woche: In den USA müssen sich nun auch JPMorgan und der Rohstoffhändler Glencore wegen angeblich überhöhter Preise für Aluminium vor Gericht verant-worten. Ein Hersteller von Aluminium-Fensterrahmen aus Florida sowie ein "Konsument von Dosengetränken" reichten am Dienstag eine Klage ein, die auch die US-Investmentbank Goldman Sachs sowie die Londo-ner Metallhandelsbörse LME, die ein weltweites Netz von Lagerhäusern verwaltet, umfasst. Ihnen wird Wucher sowie die Beteilig-ung an einem Kartell vorgeworfen. Goldman Sachs und JPMorgan wiesen die Anschuldigungen zurück.

Wind dreht sich

"Wir halten diese Klage für gegenstandslos", sagte ein Goldman-Sprecher. Er verwies darauf, dass das Leichtme-tall derzeit 40 Prozent billiger sei als zu den Rekordpreisen vor sieben Jahren. Ein JPMorgan-Sprecher sagte, es gebe keine Schlangen vor den Metall-Lagern. Glencore und die Muttergesellschaft der LME lehnten eine Stell-ungnahme ab. Der Druck auf die Banken, die eigene Lagerstätten betreiben, hat sich zuletzt deutlich erhöht. Aufsichtsbehörden leiteten Untersuch-ungen ein, aus der Politik kam scharfe Kritik an dem Geschäftsmodell.

Erst vergangene Woche reichte ein Aluminium-Verarbeiter Klage gegen Goldman und die LME wegen wettbewerbswidrigen Verhaltens ein. Daraufhin ermöglichte Goldman den Alu-Kunden einen sofortigen Zugang zu den Lagern.

Mit Regulierung kommt der Rückzug

Kunden werfen den Banken schon länger vor, die Wartezeiten künstlich zu verlängern, um höhere Preise zu erzielen und um höhere Mieten für die Lagerhaus-Betreiber zu erreichen. Zum Teil müssen sie bis zu ein Jahr lang warten, bis sie die Waren erhalten. Das soll nach Berech-nungen der Brauerei MillerCoors die Verbraucher pro Jahr drei Milliarden Dollar (2,26 Milliarden Euro) gekostet haben.

Andere Vorwürfe lauten, dass die Banken dank ihrer Lager an Insider-Wissen über die Entwicklung auf dem Rohstoffmarkt gelangen könnten. Angesichts des wachsenden Regulierungs-drucks hatte JPMorgan erst kürzlich seinen Rückzug aus dem Handel mit physischen Rohstoffen angekündigt.

07. 08. 2013 Ex-Bayern-LB-Manager können aufatmen

Anklage. Niederlage für die Münchner Staatsanwaltschaft - Landgericht München I ließ Untreue-Vorwurf nicht zu.

München/Klagenfurt. Die ehemaligen Vorstände der BayernLB müssen vorerst keine strafrechtlichen Folgen für den milliardenteuren Fehlkauf der Kärntner Hypo Alpe-Adria fürchten. Das Landgericht München I ließ entsprechende Punkte der Anklage aus dem Mai 2011 der Münchner Staatsanwaltschaft nicht zu - und sorgt damit für einen Paukenschlag in der Aufarbeitung des Landesbank-Debakels. Teile der Anklage ließ das Gericht aber zu, für die zumindest Teile des Vorstandes vor Gericht müssen.

„Keine bewussten Pflichtverletzungen erkennbar"

Die Anklage hatte den Ex-Vorständen um den früheren Bank-Chef Werner Schmidt unter anderem vorgeworfen, bei dem Kauf Risiken missachtet und damit ihre Pflicht verletzt zu haben. Der Tatvorwurf lautete auf Untreue. Davon bleibt nach der Entscheidung der 6. Strafkammer aber nichts übrig. Der Vorstand habe die Entscheidung damals auf "Grundlage einer ausreichenden Informationsbasis getroffen", führte das Gericht am Mittwoch aus. Es seien "keine bewussten Pflichtverletzungen erkennbar". Strafrechtlich sei der Kauf demnach nicht zu beanstanden.

Die Staatsanwaltschaft legte umgehend Beschwerde gegen die Nichtzulassung der Anklagepunkte ein, die damit noch nicht rechtskräftig ist. Die Behörde hatte im Mai 2011 die Anklage gegen den früheren Bank-Chef Werner Schmidt und sieben weitere Ex-Vorstände erhoben, es folgte eine ungewöhnlich lange Prüfung durch das Gericht.

Entscheidung über BayernLB-Prozess.
Teilerfolg für BayernLB gegen Hypo Kärnten.
Horst Seehofer soll der BayernLB helfen.

07. 8. 2013 Fragwürdige Justiz in Österreich

Höchststrafe statt Wiedergutmachung

Weil er in einem Antragsformular andere mögliche Erben nicht angab, soll ein Wiener Journalist für drei Jahre hinter Gitter. Dem Urteil könnten Motive der Revanche zugrunde liegen.

In Wien brachte sich im April 1938 der Arzt und Sanatoriumsbesitzer Lothar Fürth um. Sein eigener Hausmeister hatte ihn gezwungen, das Trottoir vor seinem Haus mit einer Zahnbürste zu putzen, worauf er sich eine tödliche Spritze setzte. 72 Jahre danach wird das von den Nazis «arisierte» und nach dem Krieg im Eigentum der Republik Österreich stehende Sanatorium an Fürths Erben restituiert. Einer der insgesamt 39 Antragsteller, der Publizist Stephan Templ, unterlässt es, auf die Existenz weiterer möglicher Erben hinzuweisen. Der Wiener Strafgerichtshof verurteilt ihn daraufhin Ende April zu 3 Jahren unbedingten Freiheitsentzugs.

Eine verblüffende Hypothese

Die Urteilsbegründung macht stutzig. Es gibt in der österreichischen Rechtsprechung keinen Paragrafen, der einen Antragsteller verpflichtet, andere Anspruchsberechtigte anzugeben. Templ hatte es tatsächlich versäumt, den Namen seiner antragsberechtigten Tante anzuführen. Der Ankläger konstruierte daraufhin die sonderbare These, nicht die Tante sei die Geschädigte, sondern die Republik Österreich, und zwar, weil nicht auszuschliessen sei, dass die Tante auf ihren Anteil zugunsten der Republik verzichte.

Das hat sie aber nicht. Die im 84. Lebensjahr stehende, rüstige Frau ist zwar wegen Fristversäumnisses im Restitutionsverfahren zurückgewiesen worden. Hätte sie vom Erbe rechtzeitig gewusst, hätte sie «augenblicklich» einen Antrag gestellt. Templ ist also aufgrund einer hypothetischen Annahme verurteilt worden. Dass es den «Betrug an der Republik Österreich», den das Urteil stipuliert, tatsächlich geben soll, ist nicht einzusehen.

Ein Unbequemer

Wie kann es zu einem derart eigenartigen Urteil kommen? Revanche ist eines der möglichen Motive. Stephan Templ ist ein Unbequemer, vor allem für die, die von Arisierungen profitiert haben. Der Publizist, der seit Jahren auch für die NZZ tätig ist, hatte schon 2001 mit seinem Werk «Unser Wien – ‹Arisierung› auf österrei-chisch» die Profiteure verärgert.

Sein NZZ-Artikel über «Die Privatisierung der Restitution», in dem er kritisierte, dass eine vom Staat in Auftrag gegebene Liste arisierter Liegenschaften nie veröffentlicht wurde, tat ein Übriges.

Juristisch erscheint am Wiener Urteil manches fragwürdig. Templ unterliess es zwar im Antragsformular, seine Verwandte anzugeben, wie es die Schiedsinstanz für Natu-ralrestitution wünscht. Doch darin und in der Tatsache, dass er einen Stammbaum skizzierte, auf dem nur er erschien, lässt sich schwerlich betrügerisches Verhalten erblicken. Dass er bei einer Direktbefragung durch zwei Behördenvertreterinnen den Hinweis auf seine Tante unterlassen haben soll, wiegt etwas schwerer. Doch hier steht Aussage gegen Aussage, und die Tatsache, dass eine der beiden Frauen während der Verhandlung gegen Templ im Gerichtssaal sass und unmittelbar daraufhin als Zeugin einvernommen wurde, ist ein gravierender Verstoss gegen die Prozessordnung, der die Aussage der Frau praktisch wertlos macht.

Ungleiche Ellen

Besonders pikant erscheint die Tatsache, dass das Gericht geradezu ostentativ mit ungleichen Ellen misst. «Selbst aus der Tatsache, dass andere Antragsteller weitere Anspruchsberechtigte nicht bekanntgegeben haben, ist für die Verantwortung des Antragstellers nichts zu gewinnen», sagt die Richterin. Dies bedeutet nichts anderes, als dass hier der Gleichheitsgrundsatz aufgegeben wird. Dass auch andere Antragsteller die gleichen Unterlassungen begingen wie Templ, interessiert das Gericht nicht. Niemand ausser Templ wurde angeklagt. Es gibt keine härtere Strafe als den Freiheitsentzug. Dass Templ eine unbedingte Gefängnisstrafe von drei Jahren absitzen soll, erscheint angesichts der Unbescholtenheit des Angeklagten – er ist nicht vorbestraft – nicht nachvollziehbar, zumal die Gefahr einer Wiederholungstat wegfällt. Man raubt einem Menschen im Herzen Europas wegen einer derartigen Lappalie die Freiheit nicht.

7. August 2013,

Ein Wirtschaftskrimi im Polit-Filz

In Salzburg residierte die WEB im noblen Andräviertel. Hinter der Gründerzeitfassade taten sich aber bald finanzielle Abgründe auf.

Der 1989 aufgeflogene Salzburger WEB-Skandal war Konkurs, Politskandal und Kriminalfall in einem

Salzburg - Gerüchte hatte es schon die Jahre davor gegeben, der eigentliche Startschuss zur Pleite des WEB-Bautreuhand-Immag-Imperiums fiel aber erst am 28. Juni 1989: Konsumentenschützer der Salzburger Arbeiterkammer brachten nach Beschwerden dutzender Anleger eine Anzeige gegen Geschäftsführer, Direktoren und leitende Angestellte der Bautreuhand ein. Der Verdacht lautete auf schweren Betrug, Untreue und betrügerische Krida.

In der Folge krachte das Imperium wie ein Kartenhaus in sich zusammen. Circa 25.000 Anleger wurden ganz oder teilweise um ihr Geld geprellt, zahlreiche Firmen mussten Konkurs anmelden, eine auf ein Verfahren dieser Dimension inhaltlich wie organisatorisch schlecht vorbereitete Justiz sah sich plötzlich mit einem der größten Wirtschaftsprozesse der Zweiten Republik konfrontiert. Schadenssumme: 167 Millionen Euro - damals für viele unvorstellbare 2,3 Milliarden Schilling.

Insgesamt hat das Firmengeflecht rund 80 Teilfirmen gezählt. Die vom inzwischen verstorbenen Ex-Landtags-präsidenten Hans Zyla (ÖVP) mit begründete WEB-Gruppe hatte bereits 1975 begonnen, Hausanteilscheine als Anlageprodukt zu vertreiben. Wie im Strafprozess später klar wurde, war das System bereits 1983 am Ende. Nur ein Bankenmoratorium von Sparkasse, Raika und Landeshypo konnte die Pleite vorerst verhindern.

Um Ansprüche "alter" Zeichner von Anteilscheinen zu befriedigen, wurden neue Anleger geworben. Spätestens ab 1986 fehlte aber frisches Geld, und so begann im Firmengeflecht die "Loch auf, Loch zu"-Methode. Im Firmengeflecht wurden über

Verrechnungsräder große Summen hin und her verschoben, um so Liquidität vorzutäuschen.

Als "Hirn" dieser Aktion galt der ehemalige Staatsanwalt Norman Graf. Ihm ist die Justiz freilich nie habhaft geworden. Der inzwischen verstorbene Graf hat sich nach Deutschland abgesetzt und entzog sich mit Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft dem Zugriff der österreichischen Behörden. Verurteilt wurde hingegen - neben vielen anderen - Bernd Schiedek. Er war hauptsächlich für die WEB verantwortlich, während Graf die Immag unterstand. Komplettiert wurde das Quartett durch Zyla und Siegfried Schider (beide bereits verstorben). Ein eigener Holdingvertrag regelte die Besitzverhältnisse unter den Männern.

Während einige der Involvierten wie etwa Zyla krankheitsbedingt für die Justiz unerreichbar blieben, sind infolge des Skandals auch Bankmanager zu Haftstrafen verurteilt worden. Der prominenteste unter ihnen war der ehemalige Chef der Salzburger Sparkasse Gerhard Schmid.

Auf der Strecke blieben die Anleger. Erst im Frühjahr 2004 konnten sich Anlegerve-rtreter mit der Salzburger Sparkasse und etwas später dann auch mit dem Land Salzburg auf einen Vergleich einigen. Die Entschädigungsquoten lagen je nach Höhe der Einzahlung zwischen 50 und 63 Prozent.

Der Skandal löste auch ein politisches Beben aus. Obwohl die Causa überwiegend in der "schwarzen Reichshälfte" angesiedelt war, forderte sie zwei "rote" Opfer. SP-Landesparteichef und Landeshauptmannstellvertreter Wolfgang Radlegger, der in der Regierung auch die Aufsicht über den gemeinnützigen Teil des Firmenkonglomerats hatte, wurde seine Freundschaft zu Baumanager Schiedek zum Verhängnis. Er trat ebenso zurück wie der sozialdemokratische Bürgermeister der Stadt Salzburg Josef Reschen. Er hatte aus dem Bereich der WEB eine Wohnung gekauft und wurde so zur Zielscheibe einer Medienkampagne.

Burgstallers Karriere

Andererseits hat die Affäre eine Politkarriere erst so richtig befeuert. Eine der Anzeigerinnen der AK im Juni 1989 war die junge Juristin Gabi Burgstaller. Getragen von der medialen Aufmerksamkeit, wurde Burgstaller von Radlegger-Nachfolger Gerhard Buchleitner in die Politik geholt. Jahre später wurde sie 2004 Landes-hauptfrau, bis sie heuer im Zuge der Spekulationsaffäre selbst Opfer eines Skandals wurde.

Jörg Haider soll für Hypo **Schmiergeld** verlangt haben

07.08.2013 | **eim Kauf der Hypo Alpe Adria sollen die früheren Vorstände der Bayerischen Landesbank den damaligen Kärntner Landeshauptmann Jörg Haider bestochen haben. Die Banker müssen deswegen vor Gericht.**

Wien / München. Das Landesgericht München hat am Mittwoch beschlossen, dass die Anklage gegen frühere Vorstände der Bayerischen Landesbank (BayernLB) zugelassen wird. Den Managern wird vorgeworfen, im Jahr 2007 beim Kauf der Kärntner Hypo den damaligen Landeshauptmann Jörg Haider bestochen zu haben.

Die Banker müssen sich auch wegen des Verdachts der Untreue im Fall von Aktiengeschäften mit der Mitarbeiterstiftung der Kärntner Hypo verantworten. Ein Termin für den Prozess steht noch nicht fest. Im Jahr 2007 übernahm die BayernLB für 1,6 Milliarden Euro die Mehrheit an der Hypo. Verkäufer waren das Bundesland Kärnten und diverse Privatinvestoren. Der frühere BayernLB-Chef Werner Schmidt hat inzwischen ausgepackt. Er erzählte den Ermittlern, was sich bei den Übernahmeverhandlungen abgespielt hat. Einmal soll Haider die Gesprächsrunde unterbrochen haben. Alle anderen Anwesenden sollen den Raum verlassen haben. Im Zwiegespräch soll Haider dem Generaldirektor erklärt haben, dass er für das Fußballstadion in Klagenfurt einen Sponsor suche. -
Schmidt soll diese Forderung „eklig“ vorgekommen sein. Doch Haider soll immer wieder in München angerufen und auf das Sponsoring bestanden haben. Der frühere BayernLB-Chef soll sich gefragt haben, ob er deswegen die Übernahme platzen lassen sollte. Im Vorstand der BayernLB soll man der Meinung gewesen sein, Haiders Forderung sei unverschämt. Doch schließlich konnte das Sponsoring heruntergehandelt werden. Laut der Anklage soll beim Sponsoring für die frühere Hypo-Arena ein Schmiergeld von 2,5 Millionen Euro geflossen sein.

Landeshaftungen als Problem

Der Hauptanklagepunkt gegen die BayernLB-Manager wurde vor Gericht aber nicht zugelassen. Die Staatsanwaltschaft warf den Bankern vor, die Hypo um mehrere hundert Millionen Euro zu teuer gekauft zu haben. „Auf der Grundlage der der Strafkammer insgesamt vorliegenden Gutachten lag der von der BayernLB gezahlte Kaufpreis im Zeitpunkt der Kaufentscheidung nicht evident außerhalb des Unternehmenswertes der Hypo Group Alpe Adria“, lautete die Erklärung der sechsten Strafkammer des Münchner Landesgerichts -.
Mit der Hypo wollte die BayernLB in Südosteuropa expandieren. Doch das ist misslungen. In Summe setzten die Bayern mit dem Klagenfurter Institut 3,7 Milliarden Euro in den Sand. Ende 2009 übernahm der österreichische Staat die Anteile zum symbolischen Preis von einem Euro. Österreich investierte bislang knapp drei Milliarden Euro in die Sanierung. Hinzu kommen die Landeshaftungen. Ende 2012 standen die Kärntner immer noch mit 14,9 Milliarden Euro für die Hypo gerade.

Die Leistung des Herrn Rumpold: Vier Konzepte und ein Betrug?

07.08.2013 **Gernot Rumpolds Ex-Sekretärin sagte in einem Zivilprozess anders aus als nun im Telekom-Strafprozess – und belastete ihren ehemaligen Chef.**

Wien. Er war die rechte Hand von Jörg Haider, Parteisekretär, Bundesgeschäftsführer, Wahlkampfmanager und Werbemann der FPÖ: Ohne Gernot Rumpold ging nicht viel in der Partei. Er setzte um, was Haider bestellte. Auch als Rumpold Mitte der 1990er-Jahre aus der FPÖ ausstieg, um mit einer eigenen Werbeagentur zu reüssieren, hielten die engen Bande. Der Kärntner profitierte auch weiter von lukrativen FPÖ-Aufträgen.

So lief es offenbar auch bei jenem „Auftrag“, den Haider 2003 der Telekom Austria erteilte und der jetzt am Wiener Straflandesgericht als „Causa Telekom III“ abgehandelt wird: Die Telekom sollte, so Haiders Wunsch, Rumpold einen Auftrag zuschanzen. Was auch geschah – Rumpold lieferte dafür vier „Konzepte“ und kassierte für seine Agentur MediaConnection 600.000 Euro.

Staatsanwalt Herbert Harammer wirft Rumpold Beihilfe zur Untreue vor, weil die Konzepte „ohne werthaltige Gegenleistung“ gewesen seien. Richter Michael Tolstiuk geht einen Schritt weiter: Im Fall einer Verurteilung könnte es auch „schwerer Betrug“ sein.

Eine aussichtslose Situation also für Rumpold? Haiders Mann fürs Grobe, wie er bezeichnet wurde, hat sich – fast möchte man sagen selbstverständlich – nicht schuldig bekannt. Und er gibt auch kurz vor dem für Freitag geplanten Urteil so schnell nicht auf. „Das ist wie bei Bandion-Ortner (Claudia Bandion-Ortner war Richterin im Bawag-Prozess, Anm.), das ist eine reine Politshow“, ätzte er am Dienstag in die Reportermikrofone. Vor allem der Nachsatz, dass sich der Richter profilieren möchte, dürfte nicht gerade gut angekommen sein.

Gernot gegen Gernot

Ob Rumpold den Großen Schwurgerichtssaal als freier Mann verlässt, wovon er und sein Anwalt Markus Singer ausgehen, ist nicht nur wegen der provokanten Sprüche fraglich. Zum einen hat ihn der ehemalige Telekom-Controller Gernot Schieszler, der nun Kronzeuge ist, schwer belastet. Er sagte, das Geld sei

gedacht gewesen, um die FPÖ positiv zu stimmen. Außerdem sei nie geplant gewesen, Rumpolds Konzepte umzusetzen. -

Zum anderen spielt Rumpolds Ex-Sekretärin Natascha R. eine wesentliche Rolle. Bei Einvernahmen schilderte sie die Situation bei der MediaConnection. Besonders aufschlussreich ist ein der „Presse“ vorliegendes Protokoll eines Zivilprozesses, in dem der Grün-Abgeordnete Peter Pilz von Staatsanwalt Hans-Peter Kronawetter geklagt worden ist. Pilz hat Kronawetter einen „Komplizen der organisierten Korruption“ genannt, weil dieser das Verfahren gegen das Ehepaar Rumpold in der Eurofighter-Affäre eingestellt hatte.

Am 18. April 2012 erzählt die als Zeugin geladene R., dass Rumpold neben der MediaConnection eine zweite Agentur, die „100 % Communications“ gegründet hat, um Kunden abseits der FPÖ zu betreuen. Unter anderem seien Pressekonferenzen organisiert worden. Eine Rechnung dafür habe 96.000 Euro ausgemacht. Das erschien ihr hoch, sie habe aber nicht nachgefragt. „Dort (bei Rumpold, Anm.) ist man am besten gefahren, wenn man nicht gefragt hat.“ Zumeist seien Rechnungen bei der „100 %“ überhöht ausgestellt worden. Zu Scheinrechnungen meinte R.: „Ich weiß nur, ich habe Rechnungen geschrieben, und anhand der Anzahl der Mitarbeiter in der Agentur weiß ich, das konnten wir einfach nicht machen, nämlich das, was dann verrechnet wurde.“ Die Honorare dürften über die MediaConnection an die FPÖ bzw. das BZÖ geflossen sein.

Geldkuverts im Safe

In der Agentur habe es auch einen Safe gegeben, erzählte R. weiter. Dort „war auch immer Geld drinnen“ – in Kuverts oder Schatullen. Ob die illustren Besucher – von R. wurden Gorbach, Scheibner, Westenthaler und Eccher genannt – Geld erhielten, wusste sie nicht. -
R. hat zwar jetzt im Prozess ihre Aussagen relativiert und gemeint, sie sei von den Ermittlern missverstanden worden. Im Zivilprozess hatte sie allerdings behauptet, sie habe das Verhörprotokoll gelesen und als einverstanden bestätigt. Für die Widersprüche dürfte es einen Grund geben. „Rumpold sagte, er werde mich klagen“, meinte R. im Zivilprozess.

07. 08. 2013

Hinweis im Fall Hoeneß: **Hunderte Millionen in der Schweiz?**

Bei der Staatsanwaltschaft München hat sich ein Informant gemeldet: Uli Hoeneß soll viel mehr Geld versteckt haben als bislang bekannt.

Neue Vorwürfe gegen den Bayern-Präsidenten: Laut einem anonymen Hinweisgeber soll die Privatbank Vontobel nicht die einzige Bank gewesen sein, die im Fall Hoeneß eine Rolle spielt

Der wegen Steuerhinterziehung angeklagte Präsident des FC Bayern München, Uli Hoeneß, soll weit höhere Summen in der Schweiz versteckt gehabt haben als bislang bekannt. Auf dem Depotkonto von Hoeneß bei der Privatbank Vontobel hätten sich in den Jahren vor 2008 durchgehend Werte von mehr als 500 Millionen Schweizer Franken befunden. Das gab ein Hinweisgeber über seinen Anwalt bei der Münchner Staatsanwaltschaft an. Nach Informa-tionen des *stern* machte der Hinweisgeber außerdem Angaben zu angeblichen Aktiengeschäf-ten und zu Transaktionen auf Nummernkonten bei drei weiteren Schweizer Banken, die im Fall Hoeneß eine Rolle spielen sollen.

Wie stichhaltig die Angaben sind, muss noch geprüft werden. Die Staatsanwalt-schaft wollte den Inhalt des Verfahrens nicht kommentieren. Vergangenen Freitag hat der *stern* zudem Hoeneß eine Reihe von Fragen zur Höhe der Summe sowie Herkunft des Geldes per Fax gestellt und ihm Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Hoeneß‘ Presseanwalt lehnte am Montag eine inhalt-liche Stellungnahme ab.

Anwalt bestätigt Weiterleitung von Angaben an Ermittler

Vertreten wird der Whistleblower von der Kanzlei des Mainzer Wirtschaftsanwalts Volker Hoffmann. Die Kanzlei tritt in Unternehmen und Behörden immer wieder als Ombudsmann auf, die anwaltliche Schweigepflicht schützt die Hinweisgeber. Auch im Fall Hoeneß sei er nur Mittler, sagte Hoffmann dem *stern*. Er bestätigte die Existenz eines Hinweises: "Ich habe die Angaben in einem Vermerk an die Ermittlungsbehörden weitergeleitet." Es geht um das Nummernkonto 4028BEA bei der Vontobel sowie dazugehörige Unterkonten für Währungen und Depots.

Das ist dieselbe Depotkontoverbindung, über die der *stern* am 17. Januar erstmals berichtete ("Das geheime Fußballkonto“) - damals noch ohne Namen, wer dahinterstecken könnte. Und es ist jene Bankverbindung, nach der befragt, Hoeneß vor ein paar Wochen in der "Zeit" erzählte, er habe darüber zwischen 2002 und 2006 in großem Stil gezockt: "Das waren Summen, die für mich auch heute schwer zu begreifen sind." Details nannte er in dem Interview nicht. Als sein versteckter Schatz im April öffentlich wurde, gab Hoeneß allerdings an, bei der Vontobel hätten in der Spitze 15 bis 20 Millionen Euro gelegen.

Hinweisgeber bringt drei weitere Geldhäuser ins Spiel

Der anonyme Hinweisgeber nennt nach *stern*-Informationen nun nicht nur ganz andere Zahlen: Die angegebenen 500 Millionen Franken wären damals umgerechnet rund 350 Millionen Euro gewesen. Er machte auch Angaben zu Aktientransaktionen. Danach hätten sich auf 4028BEA unter anderem in erheblichem Umfang Aktien der Deutschen Telekom befunden, mit denen sich Hoeneß auch an sogenanntem Dividendenstripping beteiligt habe. Grundsätzlich machen sich dabei ausländische und inländische Aktionäre unterschiedliche Besteuerungsregeln auf Dividenden- und Veräußerungsgewinne zunutze, indem Papiere eines Unternehmens zum Dividendenstichtag hin und her verkauft werden. Das ist zwar umstritten, dem Fiskus entgehen Riesensummen, aber illegal sind solche Transaktionen per se nicht.

Die Vontobel soll zudem nicht die einzige Bank gewesen sein, die in diesem Fall eine Rolle spielt. Der anonyme Hinweisgeber brachte drei weitere Geldhäuser ins Spiel: Danach sollen um das Jahr 2008 herum von 4028BEA erhebliche Summen auf Nummernkonten bei der Großbank Credit Suisse, der Züricher Kantonalbank und dem Bankhaus Julius Bär abgeflossen sein. Von Hoeneß gab es auch hierzu keinen Kommentar.

06.08.2013 *FINANZHOLDING*

Porsche SE-Aktionäre tappen weiter im Dunkeln

Vollgas ins Ungewisse: Über ihre Investitionspläne hält sich die Porsche-Finanzholding weiter bedeckt

Die Beteiligung an Volkswagen füllt die Kassen der Porsche SE: Ihr Gewinn stieg im ersten Halbjahr um 30 Prozent. Doch Investoren bleibt die Finanzholding weiterhin wichtige Details schuldig - etwa, wie genau sie 2,6 Milliarden Euro investieren will.

Stuttgart - Eigentlich könnten Investoren mit dem Erfolg der Porsche-Finanzholding durchaus zufrieden sein. Die Beteiligung an Volkswagen hat der Porsche SE im ersten Halbjahr erneut einen Gewinnsprung beschert. Nach Steuern lag das Ergebnis nach den ersten sechs Monaten bei 1,47 Milliarden Euro. Vor einem Jahr waren es noch 1,16 Milliarden Euro. Auch das Ziel für 2013 steht: Im Gesamtjahr peilt Porsche ein Ergebnis im niedrigen einstelligen Milliardenbereich an - nach 7,83 Milliarden Euro 2012.

Doch die schönen Zahlen haben für einige Aktionäre einen wesentlichen Makel. Nach dem Verkauf des Sportwagenherstellers Porsche fungiert die Porsche SE nur mehr als reine Finanzholding - mit gerade mal 36 Mitarbeitern. Ihr maßgebliches Geschäft ist die Beteiligung am Volkswagen-Konzern, an dem sie etwas mehr als die Hälfte der Stimmrechte und knapp ein Drittel des Kapitals hält. Seit Mitte Juni kontrollieren die Familien Porsche und Piëch die Holding wieder allein.

Zur vollständigen Kontrolle der Finanzholding reicht dem Porsche-Piech-Clan gerade mal die Hälfte des Kapitals. Die andere Hälfte gehört den Vorzugsaktionären der Porsche SE, die kein Stimmrecht besitzen. Letztere dürften sich durchaus am Gewinnanstieg und einer zuletzt kräftig erhöhten Dividende freuen - doch zur den für sie wichtigsten Frage liefert die Porsche SE weiterhin nur nebulöse Antworten.

Zum Stichtag 30. Juni hatte die Holding 2,65 Milliarden Euro in der Kasse. Vor einem Jahr stand Porsche bei den Banken noch mit zwei Milliarden Euro in der Kreide. Durch den Verkauf des Sportwagenbauers war die Holding in der Lage, ihre Schulden vollständig zu tilgen. Schon seit Monaten erklärt die Porsche SE, dass dieses Geld in Zukunftstechnologien im Automobilsektor investiert werden soll. Doch konkrete Angaben dazu bleibt die Holding weiter schuldig.

Porsche SE wird zum Finanzinvestor - irgendwann

Im Halbjahresbericht heißt es dazu nebulös, dass das Geld für strategische Beteiligungen "mit Schwerpunkt entlang der automobilen Wertschöpfungskette" verwendet werden soll. Dazu hat Porsche laut Eigenangaben "klare Kriterien" und einen "systematischen Prozess" etabliert. Künftige Beteiligungen müssen ein überdurchschnittliches Wachstumspotenzial aufweisen, heißt es in dem Bericht

weiter - und "relevanten Trends" wie Nachhaltigkeit und Ressourcenschonung, demographischem Wandel, Urbanisierung und Vernetzung genügen.

Beteiligen will sich Porsche dabei an "mittelständischen Unternehmen im In- und Ausland mit erfahrenem Management". Konkreter wird Porsche dabei nicht - verschiedene Beteiligungsmöglichkeiten würden derzeit geprüft. "Porsche wird mit seiner Finanzholding vermutlich ein kleines Private-Equity-Office aufbauen", meint ein Branchenkenner dazu gegenüber manager magazin online.

Doch nach wie vor sei unklar, nach welchen Kriterien investiert werde. "Von vielen Leuten höre ich, dass sie sich die Porsche SE-Aktie deshalb gar nicht mehr ansehen", sagt er. Im Dunklen bleibe auch weiterhin, wie die VW-Dividende an die Porsche SE-Vorzugsaktionäre durchgereicht werde.

Siegessicher bei Rechtsstreitigkeiten

Auch in einem anderen wichtigen Punkt hält sich die Finanzholding bedeckt. Die juristischen Nachwehen nach dem Übernahmekampf zwischen VW und Porsche sind noch längst nicht ausgestanden. Anleger und Fonds sahen sich damals falsch informiert und fordern Schadenersatz.

Am Bundesgericht in New York sind noch acht Klagen anhängig. In erster Instanz hatte Porsche einen Etappensieg errungen, die Berufung steht noch aus. Andere Kläger zogen nach einem Vergleich vor das Landgericht Stuttgart. Auch in Braunschweig und Hannover streiten mehrere Fondsgesellschaften um Schadenersatz. Ein großer Teil der Verfahren in Deutschland ist auf den 30. Oktober dieses Jahres vertagt.

Bislang gibt sich das Unternehmen siegessicher: Nach wie vor habe Porsche lediglich etwas mehr als 40 Millionen Euro für mögliche Kosten im Zusammenhang mit den laufenden Prozessen zurückgestellt, hieß es heute bei Porsche. Die Summe aus allen Schadenersatzklagen beläuft sich aber auf mehrere Milliarden Euro. Klar ist damit: Die Porsche SE-Vorzugsaktionäre müssen noch einige Zeit mit einigen Unsicherheiten leben. Das können viele von ihnen offenbar ganz gut verkraften: Bis zum frühen Nachmittag stieg der Kurs der Aktie um 0,7 Prozent.

Salzburger Festspiele: Jüdisch geprägt, von Goebbels missbraucht

Vor dem Anschluss denunzierten die Nazis die Salzburger Festspiele als „verjudeten Hexensabbath“, danach missbrauchte Goebbels das Festival als seine Bühne. Historiker durchleuchten das düsterste Kapitel der Institution, das sich heuer zum 75. Mal jährt. profil sprach mit den Enkeln von Max Reinhardt und Arthur Schnitzler.

Im Sommer 1937 wehten „über dem Salzburger Zauberspiel“ bereits die Gerüche von Wehmut, Angst und Vergänglichkeit. Die Gäste von Max Reinhardts „liebster und mit der größten Leidenschaft betriebenen Inszenierung“, so der Salzburger Historiker Robert Kriechbaumer, ahnten bereits, dass dies die letzten glanzvollen Abende auf seinem mondänen Sommersitz Schloss Leopoldskron sein würden. „Auf unserem Eiland, wo die Wellen bereits turmhoch gingen“, notiert der wenig später vertriebene Regisseur und Autor Ernst Lothar in seinen Memoiren „Das Wunder des Überlebens“, „fühlten wir uns noch zu einer Zeit sicher, da die Schweizer Zeitungen unablässig Alarm schlugen. ‚Hitler kommt nie‘, konnte man noch hören, als er fast schon da war.“

„Befreiende Stille“

Reinhardt habe sich in diesem letzten Sommer vor dem Untergang noch immer wie „ein Grandseigneur in allen Lebenslagen“ benommen, „ein Gastgeber von vollendeter Höflichkeit, gelassen, entgegen kommend, doch distanziert“, so die legendäre Wiener Salonière Bertha Zuckerkandl in ihren Erinnerungen. Noch einmal wird Ende August zu einem glanzvollen Fest geladen, wo sich Künstler wie Stefan Zweig, Hugo von Hofmannsthal und Richard Strauss (der sich später von den Nazis instrumentalisieren lassen wird), Hollywood-Mogule, Erzbischöfe, Aristokraten, Politiker und andere Stützen der Gesellschaft in der „befreienden Stille“ abseits des Trubels treffen, doch Zuckerkandl empfindet die Akteure bereits so, als „ob sie Schatten wären“. Wenige Monate später wird ein Großteil der Gäste, die oft bis gen Morgengrauen in der Bibliothek saßen, in alle Winde zerstreut sein – im besten Fall. Und das Barockschloss, in dessen Gestaltung der geborene Badener Max Goldmann seit 1919 „sein ganzes Vermögen und seine ganze Liebe investiert hat“, wird enteignet sein und dem perfiden Propaganda-Genie Joseph Goebbels als Repräsentationsbühne dienen.

Chronik des brutalen Versenkens einer Welt

„Es war ein schwacher Trost, dass Goebbels Reinhardts erlesenen Geschmack durchaus zu

schätzen wusste und nichts veränderte“, schreibt Robert Kriechbaumer in seiner 440 Seiten starken historischen Aufarbeitung „Zwischen Österreich und Großdeutschland – eine politische Geschichte der Salzburger Festspiele 1933–1944“. Der sperrige Titel täuscht: Kriechbaumer arbeitet bei seiner monumentalen Analyse vorrangig mit oft noch unbekannten Primärquellen wie Archiv-Akten, Zeitzeugen-Berichten und damaligen Pressestimmen, was die Chronik des brutalen Versenkens einer Welt, die von Geistreichtum, Stil, Eleganz, Intellekt, jüdischem Liberalismus und mondänem Lebensgefühl geprägt war, zu einer spannenden Lektüre macht.

So akribisch und detailreich dokumentiert konnte man noch nie zuvor den ideologischen Zickzack nachlesen, den die Salzburger Festspiele seit ihrer Gründung durch Max Reinhardt 1920 durchliefen. Von einem kleinen, fast ein bisschen provinziellem Festival, das in seinen Anfängen mehr als eine künstlerische Filiale eines stark jüdisch geprägten Wiener Großbürgertums galt, „zu dem durchaus auch ein Publikum anreiste, das man heute als Neckermann-Touristen bezeichnen würde“ (Kriechbaumer), wandelten sich die Festspiele im austrofaschistischen Ständestaat unter Dollfuß zu einem Hort des Widerstands gegen die braune Ideologie, wo die im Dritten Reich verfemten Künstler Unterschlupf fanden. Die „Tausend-Mark-Sperre“, die im Mai 1933 in Kraft trat und zum Ziel hatte, Österreich wirtschaftlich auszubluten, entpuppte sich als ein Schuss nach hinten für die Nazis. Zwar blieb das deutsche Publikum, das ab diesem Zeitpunkt 1000 Mark (was heute in etwa einer Kaufkraft von 4200 Euro entspricht) beim Grenzübertritt nach Österreich entrichten hätte müssen, massiv aus, doch gerade deswegen wehte rund um das Festspielhaus weitaus mehr Glamour und internationaler Flair. Quasi aus einer subversiven Protesthaltung gegen die braune Kunst- und Kulturideologie fiel in Salzburg die internationale Glamour-Elite ein. Marlene Dietrich lustwandelte 1936 und 1937 an der Seite ihres Ehemann-Darstellers Rudolf Sieber mit Tiroler Hut durch die engen Gassen. Statt der mit Salzburger Auftrittsverbot belegten deutschen Staatskünstler (u. a. der dirigierende Hitler-Liebling Wilhelm Furtwängler) tummelten sich italienische, tschechische, ungarische und französische Sänger im „Bazar“ und „Tomaselli“. Der italienische Stardirigent Arturo Toscanini dominierte ab 1934 den musikalischen Teil des „jüdischen Vernügungszentrums“, wie ein deutsches Blatt hämisch die Institution bezeichnete. Zu allem Überfluss nahm sich der glühende Antifaschist, der nicht jüdischer Abstammung war, auch noch heraus, sich an Hitlers Lieblingskomponist Wagner in Salzburg zu vergreifen.

„Verjudeter Hexensabbath”

„Eine Art jüdische Solidarität wirkte zugunsten von Salzburg“, zitiert Robert Kriechbaumer einen Zeitzeugen, „reiche US-Juden besuchten die Salzburger Festspiele.“ Gleichzeitig schoss die NS-Propagandamaschinerie mit voller Kraft gegen „den verjudeten Hexensabbath“, das „dekadente Caféhaustheater“ und den „entarteten Wiener Snobismus“, wie Salzburg nach 1933 in der NS-Presse diffamiert wurde. „Salzburg hatte damals ganz klar die Aufgabe, eine Art antifaschistisches Gegen-Bayreuth zu werden“, erklärte der ORF-Journalist Andreas Novak im „Spiegel“, dessen 2005 erschienenes Buch „Salzburg hört Hitler atmen“ inzwischen leider vergriffen ist. In diesem kulturpolitischen Grabenkrieg zogen die NS-Gehirnwäscher nicht nur die immer verlässliche Karte der Judenhetze, sondern operierten auch mit der Homophobie der breiten Masse.

Denn mit der sommerlichen Invasion von internationalen Künstlern und Publikum florierte in der kleinen Provinzstadt, die während der Sommermonate zur „Weltattraktion“ wurde (so der langjährige Salzburg-Bewohner Stefan Zweig), auch eine mondäne Schwulenszene. Kriechbaumer zitiert aus einem Bericht der Salzburger Bundespolizeidirektion aus dem Jahr

1933: „Man habe die Mitteilung bekommen, dass sich in dem Lokal (Anm: Chiemseediele) eine Reihe von Männern verschiedenen Alters in ungezwungener Weise als Homosexuelle benehmen. Es darf als erwiesen angenommen werden, dass es in erster Linie nicht Salzburger sind, die sich in geschlechtlich abwegiger Weise an fremde Personen heranmachen, sondern zum Großteil reiche Ausländer, sowie zur Festspielzeit angereiste Unzüchtler.“ 1935 versuchte sich das NS-Regime sogar um Unsummen britische und amerikanische Journalisten zu kaufen, die in ihren Blättern Artikel über ein Salzburg, in dem es „vor Päderasten nur so wimmle“, lancieren sollten.

Dass der Antisemitismus in Salzburg erst zu lodern begann, als der „größte Führer aller Zeiten“ mit seinem Feriensitz am Obersalzberg in Berchtesgaden, den er schon zehn Jahre vor seiner Machtübernahme 1923 erworben hatte, in unheilvolle und später unausweichliche Nähe rückte, ist dennoch ein Mythos, den man bei der kosmetischen Geschichtsvertuschung der Nachkriegszeit gerne bemühte. Bereits ein Jahr vor dem Beginn des Dritten Reichs und sechs vor dem Anschluss wurde gegen den ersten „Jedermann“-Darsteller, den katholisch getauften Juden Alexander Moissi, in Salzburg eine bespiellose Hetzkampagne eröffnet, die dazu führte, dass er 1932 nicht mehr auf dem Domplatz sterben durfte und unter dem Festspielpräsidenten Baron Puthon hinauskomplimentiert wurde. Reinhardt galt zwar als künstlerische Seele des Festivals, durfte aber als Jude nicht offiziell zum Festspielpräsidenten ernannt werden. Moissis Kommentar, ehe er 1932 von Paul Hartmann ersetzt wurde: „Ich habe den Verdacht, dass die Rufmordkampagne nicht mir alleine gilt, sondern dass auch Max Reinhardt damit getroffen werden soll. Es gibt in Salzburg Kreise, denen Reinhardts Tätigkeit schon lange ein Dorn im Auge ist. Freilich wagt man es nicht, ihn direkt anzupöbeln.“

Die Stadt Salzburg besaß tatsächlich schon immer eine besondere Begabung für die „intelligenteste Gemeinheit der Menschheitsgeschichte“, wie Arthur Schnitzler den Antisemitismus einmal bezeichnete. Was insofern paradox anmutet, als die jüdische Gemeinde gerade einmal 200 Mitglieder zählte und im Gegensatz zu Wien die Universität nahezu gänzlich „judenfrei“ war. Bereits 1931 hatte die NSDAP bei den Gemeindewahlen spektakuläre Erfolge verbucht und war zur drittstärksten Fraktion im Salzburger Landtag avanciert.

Nach dem Parteiverbot 1933 galt Graz zwar nach Wien als Hochburg der „Illegalen“, aber in Salzburg dominierte „ein von starkem Lokalpatriotismus geprägter Antisemitismus, der sich besonders aggressiv gegen jüdische Künstler wie den „Jedermann“-Darsteller Alexander Moissi und den Festival-Begründer Max Reinhardt richtete“, so der Wiener Historiker Oliver Rathkolb.

Max Reinhardt musste sogar Polizeischutz bekommen, da immer wieder Drohungen von Sprengstoffattentaten auf Schloss Leopoldskron ruchbar wurden. Es war dem örtlichen Polizeidirektor und SS-Sturmbannführer Benno von Braitenberg mit Sicherheit ein besonderes Vergnügen, den „Libanon-Tirolern“ per Erlass im Juni 1938 das Tragen von echter und unechter Tracht, Tiroler Hüten und weißen Wollstutzen zu verbieten. Verstöße gegen das Gesetz wurden mit einer satten Geldstrafe von 133 Reichsmark oder zwei Wochen Haft bestraft. Wobei die weißen Wollstutzen noch zusätzlich symbolisch aufgeladen waren: Galten sie doch als das heimliche Erkennungszeichen der „Illegalen“, über die 1933 das Uniformverbot verhängt worden war.

Die weißen Stutzen, die Attila Hörbiger bei Presse-Fototerminen für seine „Jedermann“-Auftritte von 1935 bis 1937 immer wieder trug, wertete der Schweizer Journalist Andreas Müry vor einigen Jahren in seiner Aufführungsgeschichte des Hofmannsthal-Stücks als Indiz

dafür, dass der NS-Publikumsmagnet und Großvater von Cornelius Obonya bereits vor dem Anschluss die illegale NSDAP-Mitgliedschaft besessen hatte. Diese These stößt bei österreichischen Historikern auf vehemente Zweifel.

Oliver Rathkolb, der für sein Werk „Führertreu und gottbegnadet" die Künstlereliten des NS-Regimes akribisch untersuchte, ist im profil-Interview überzeugt, dass „Hörbiger ein sehr geschickter Konjunkturritter war, der seine Kontakte so zu nutzen wusste, dass er sich im Nachhinein eine NSDAP-Nummer besorgt hatte. Denn zwar hatte er schon im Juli 1934 in einem Fragebogen der Fachschaft Film angeführt, dass er Parteimitglied sei, aber erst 1941 erhielt er – gegen interne NSDAP-Widerstände – die Mitgliedsnummer 6 295 909 zugewiesen. Meiner Meinung nach hat er sich die die NSDAP-Parteimitgliedschaft im Nachhinein erschlichen."

Sowohl Hörbigers Frau Paula Wessely, „die nie Mitglied war", als auch Hörbiger, hätten nach 1933 „ein doppeltes Spiel" gespielt, in dem beide versuchten, „nirgends anzuecken": „Goebbels durchschaute diese Taktik sehr wohl, aber es war ihm in diesem Fall herzlich egal, weil beide so starke Zugpferde waren."

Ob Wessely, die in Max-Reinhardts legendärer „Faust"-Inszenierung" als Gretchen „einen raketenartigen Aufstieg" (Cornelius Obonya) hingelegt hatte und später als einer der am höchsten bezahlten Filmstars der Nazis galt, Reinhardt in der Emigration unterstützt hat, bezweifelt Kriechbaumer: „Das wäre schon logistisch kaum durchführbar gewesen. Wie viele Künstler waren beide extrem ehrgeizig und wollten einfach nur spielen, ohne nach links und rechts zu schauen."

„Die Labilität der Bühnenschaffenden" begeisterte den Propagandaminister Goebbels beson-ders in Österreich, denn hier schien der kleinwüchsige NS-Maschinist besonders leichtes Spiel zu haben, wie man aus seinen Tagebüchern herauslesen kann. Andererseits ägerte er sich auch über deren mangelnden politischen Animo. Über den Komponisten Richard Strauss, der seine jüdische Frau durch das NS-Regime lavieren musste, notierte Goebbels zornig 1939: „Wenn er doch nur einen besseren Charakter hätte! Er ist so unpolitisch wie ein Kind." Während Hitler nur ein einziges Mal, im Jahr August 1939, die Salzburger Festspiele besuchen sollte, krallte sich Goebbels, der an der Salzach ganz offen mit seiner tschechischen Geliebten, der Schauspielerin Lida Baarová, herumspazierte, an die Institution als „persönliches Prestigefestival" (Novak) und „Ersatzbühne" (Rathkolb). Baarová sollte sich in Salzburg später niederlassen und starb dort erst 2000.

Hitlers unterkühltes Interesse am nun völkisch gesäuberten und entjudeten Kulturhochamt an der Salzach lässt sich mit seiner nahezu obsessiven Leidenschaft für Bayreuth, Wagner und seiner Freundschaft zu Winifried Wagner erklären. Bei seinem Besuch am 9. August 1939 sah Hitler aus der „Führerloge" des Festspielhauses „Don Giovanni" des inzwischen zum Urdeutschen gewandelten Komponisten Mozart, fünf Tage später kehrte er noch einmal überraschend zurück, um im neu behübschten Landestheater der Mozart-Oper „Entführung aus dem Serail" beizuwohnen. Wagner war inzwischen an der

Salzach zum Tabu-Komponisten geworden, auf den hatte Bayreuth das Monopol.Während Salzburg sich mit Winken und Wimpeln angesichts des Besuchs „des ersten Künstler des Reiches“, so eine Pressestimme über Hitler, kaum einkriegen konnte, wurden die Weichen bereits in Richtung „Endlösung“ gestellt. Ab August mussten Juden ihren Vornamen Sara oder Israel hinzufügen. Im legendären Künstlertreff Bazar, in dem wie in vielen Salzburger Cafés und Restaurants bereits das Schild „Für Juden verboten“ (wahlweise: „Für Juden und Hunde verboten“) hing, setzte sich Blanca Moser trotzig und mondän aufgebrezelt dennoch an einen Tisch. Die jüdische Frau des nuschelnden Publikumslieblings Hans Moser, wollte sich von dem „kleinen Aff’“, wie sie Hitler nannte, nicht brechen lassen. Moser spielte damals in Molières „Der Bürger als Edelmann“, der Bearbeitungscredit für Hofmannsthal war aus dem Programmheft getilgt worden. Die Popularität ihres Mannes half Blanca Moser zu überleben. Bis heute sind viele Nachkommen der damals verfemten und vertriebenen Künstler fassungslos, wie kom-mentar- und nahtlos nach dem Ende der Terrordiktatur wieder zur Tagesordnung überge-gangen wurde.

„Mein Vater (Anm.: der Regisseur Heinrich Schnitzler) erzählte mir immer wieder, dass nach dem Krieg Emigranten, Denunzianten und ehemalig glühende Nazis auf der Bühne der Josefstadt und sonst wo standen und so taten, als wäre nichts geschehen“, erzählt der Musiker und Öko-Aktivist Michael Schnitzler, Enkel des Dichter Arthurs, der in der US-Emigration zur Welt gekommen ist. „Sie wollten einfach nur Theater spielen und an nichts mehr erinnert werden.“

Die Entnazifierungsprozesse verliefen nach 1945 bei großen Namen erstaunlich rasch: 1947 stand Attila Hörbiger als „Jedermann“ wieder auf der Bühne; Herbert von Karajan, erwiese-nermaßen ein Illegaler, und Karl Böhm konnten nach zwei Jahren wieder den Taktstock schwingen. Von dieser beklemmenden Vogel-Strauß-Haltung, „alles auszublenden, was ge-schehen ist“, erzählte auch Gottfried Reinhardt, Nachkriegs-„Jedermann“-Regisseur, seinem Neffen Thomas Reinhardt.

Der Enkel des künstlerischen Geistes von Salzburg ist bildender Künstler und Land-schaftsgestalter in Umbrien. Der heute 73-Jährige war drei Jahre alt, als Max Reinhardt in der Emigration 1943 starb. Vor Jahrzehnten „hatte man uns einmal in Leopoldskron herumge-führt“, erzählt Thomas, der in Los Angeles geborene Sohn des Filmproduzenten Wolfgang Reinhardt, weltberühmt für sein Drehbuch des Trapp-Rührstücks „Sound of Music“, „aber von den Salzburger Festspielen sind wir noch nie in eine Vorstellung eingeladen worden.“ Bei der Führung durch den ehemals arisierten Sommersitz seines Großvaters, der restituiert wurde, kam der Vorschlag vom Festival, dass „ich dort doch unbedingt eine Ausstellung mit meinen Bildern machen soll, aber ich habe leider nie mehr wieder was gehört. Es würde mir noch immer eine große Freude bereiten, dort meine Kunst zeigen zu dürfen. Vielleicht kann man das den Herrschaften kommunizieren.”

Deutsche haften mit 86 Milliarden für Krisenländer

Die deutsche Haftung für bislang geflossene Finanzhilfen aus dem Euro-Rettungsfonds liegt derzeit bei 86 Milliarden Euro. Allerdings ist die Obergrenze für die Bundesbürger damit noch nicht erreicht.

Die Bundesbürger haften aktuell mit 86 Milliarden Euro für bisher ausgezahlte Hilfskredite allein aus dem ersten Rettungsfonds an Krisenländer der Euro-Zone. Das geht aus einer in Berlin bekanntgewordenen Übersicht des Bundesfinanzministeriums zum Stichtag 31. Juli hervor.
Berücksichtigt man die Garantien für zugesagte Mittel aus dem Rettungsfonds EFSF insgesamt, betrage die deutsche Haftung 95,3 Milliarden EURO.

Die Haftungsobergrenze Deutschlands für Hilfen des EFSF-Fonds beträgt 211 Milliarden Euro. Beim dauerhaften Fonds ESM haftet der Bund beziehungsweise der Steuerzahler den Angaben zufolge "unter allen Umständen" mit maximal 190 Milliarden Euro.
Bisher wurden vom Fonds EFSF an Irland, Portugal und Griechenland Kredite von 188,3 Milliarden Euro zugesagt. Davon entfallen 144,6 Milliarden allein auf Athen. Einschließlich eines Liquiditätspuffers belaufen sich die Zusagen auf 203,3 Milliarden Euro. Damit wäre der EFSF mit einer Kreditkapazität von maximal 440 Milliarden Euro fast zur Hälfte ausgeschöpft.

Kredite von einer halben Billion Euro möglich

Sein dauerhafter Nachfolger ESM soll Kredite von bis zu 500 Milliarden Euro vergeben können. Dazu wird er mit Bareinlagen und Garantien von 700 Milliarden ausgestattet. Deutschland zahlt bis April 2014 fast 28 Milliarden Euro an Barmitteln in den ESM ein. Dann soll auch die maximale Ausleihkapazität erreicht sein. Zum Schutzwall um die Euro-Zone kommen die EFSF-Restmittel hinzu.
Baustellen in der Euro-Schuldenkrise

- GRIECHENLAND
  war das erste große Problemland der Euro-Zone. Trotz der beiden Hilfspakete von gesamt **240 Milliarden Euro** und einem Schuldenschnitt wird in Athen erneut über Schuldenerleichterungen diskutiert. Die Geldgeber fordern schnellere Reformschritte.
- PORTUGAL
  kämpft hart, um die Sanierungspläne durchzusetzen. Trotz der Kreditzusagen von **78 Milliarden Euro** ist Beobachtern zufolge noch nicht sicher, ob das Land nicht noch mehr Hilfen benötigt. Die Regierung wankt.
- ZYPERN
  wurde von maroden Banken in die Krise getrieben. Großanleger mit Vermögen über 100.000 Euro, Gläubiger und Eigner müssen **zur Sanierung beitragen**. In einem Brandbrief bat Zyperns Präsident Nikos Anastasiades im Juni um weitere Hilfen für die größte Bank des Landes, die Bank of Cyprus.
- IRLAND
  bekam ein Hilfspaket von **85 Milliarden Euro** und hat inzwischen weitere Entlastungen von seinen Bankenaltlasten erhalten.
- SPANIEN
  wurden für seine Krisenbanken fast **40 Milliarden Euro** Kredithilfen zugesagt. Der Staat selbst schlüpfte bislang nicht unter den Rettungsschirm.

- SLOWENIEN
  wird wegen seiner maroden Banken von Experten als potenzieller Kandidat für ein Euro-Hilfsprogramm angesehen. Brüssel gestand neben Slowenien Defizitsündern wie Spanien, den Niederlanden, Italien, Frankreich und Portugal inzwischen Erleichterungen zu. *dpa*

Aktuell sind den Angaben zufolge rund 48,6 Milliarden Euro Kapital in den ESM eingezahlt. Daraus ergebe sich ein aktuelles Ausleihvolumen von 323,8 Milliarden Euro.
Nach der Hilfszusage von 100 Milliarden Euro an Spanien und neun Milliarden an Zypern beträgt das aktuelle Ausleihvolumen 214,8 Milliarden Euro. An Spanien wurden bisher 41,4 Milliarden ausgezahlt.

Schuldenschnitt in Griechenland möglich

Doch damit könnte noch nicht lange Schluss sein. Insbesondere Griechenland fehlen nach Berechnungen des Internationalen Währungsfonds (IWF) 4,4 Milliarden Euro 2014 und weitere 6,5 Milliarden Euro 2015. Und der IWF weiß auch genau, woher das Geld kommen soll: von den Europäern. Die sollen auf eine Rückzahlung von Schulden verzichten. Für die Bundesregierung ist das ein Affront.

Doch die Wirtschaftslage in Griechenland entwickelt sich schlechter als befürchtet. Deshalb wird auch immer wieder über einen Schuldenschnitt für das Krisenland diskutiert. Die Bundesregierung lehnt diesen Schritt bislang strikt ab. Allerdings mehren sich die Stimmen, die vermuten, dass es nach der Bundestagswahl doch dazu kommen könnte.

Zuletzt sagte Ökonom Marcel Fratzscher, Chef des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforsch-ung (DIW), es sei klar, "dass Griechenland früher oder später einen weiteren Schuldenschnitt brauchen wird". Anders als beim ersten Schuldenschnitt im März 2012 dürften nach Fratzschers Überzeugung dieses Mal auch öffentliche Kreditgeber Geld verlieren: "Denn private Gläubiger gibt es kaum mehr."

In welcher Größenordnung das Deutschland und damit die Steuerzahler treffen wird, sei schwer zu sagen. Aber Deutschland stehe mit 27 Prozent der Euro-Zonen-Kredite in der Schuld. Im Frankfurter Wirtschaftspresseclub ICFW sagte Fratzscher am Montagabend: "Es ist ein zweistelliger Milliardenbetrag über die nächsten Jahre, der auf Deutschland zukommen wird."

Agrarindustrie
Der Bauernhof, der keiner ist

08.08.2013 · 4300 Hektar, fünf Mähdrescher, mehr als 12 Millionen Euro Umsatz: Agro Bördegrün steht für eine Landwirtschaft, die Kritiker Agrarindustrie nennen. Die Firma selbst sieht sich aber als Familienbetrieb.

Mittagspause: Ronald Westphal (Zweiter von rechts) schaut bei der Gerstenernte vorbei. Im Hintergrund wartet der 286.000-Euro-Mähdrescher auf seinen Einsatz

Alles hier ist groß. Die Felder, die Hallen, die Landmaschinen. Und der Chef. Ronald Westphal misst 2,05 Meter. Ein gewaltiger Mann mit festem Händedruck, wachen blauen Augen und einem schreiend grünen „Bördegrün“-Polohemd. Corporate Identity in Niederndodeleben, wo selbst die Kitas „Schrotewichtel“ und „Börderübchen“ heißen. Ohne Agro-Bördegrün wäre das spektakulärste an dem 4200-Einwohner-Dorf in Sachsen-Anhalt wohl der zungenbrecherische Name. So aber ist es der gigantische Agrarbetrieb. Knapp 4300 Hektar, etwa 70 Mitarbeiter, Kantine, gewaltiger Maschinenpark, Millionen-Umsatz: Wer bei Landwirtschaft an die Hofhund-und-Kälbchen-Idyllle aus dem Wimmelbuch denkt, wird hier große Augen machen.

Ein Familienbetrieb mit industriellem Gerät: Mähdrescher der Bördegrün GmbH

Wenn Westphal über die Landstraßen der Umgebung fährt, muss er suchen, bis er ein Stück Acker entdeckt, das jemand anderem gehört. Bördegrün ist überall. Fast 1600 Hektar Winterweizen, 700 Hektar Raps, 550 Hektar Mais, fast 500 Hektar Zuckerrüben. 740

Landbesitzer haben ihre Felder an den Platzhirschen verpachtet; auf einem Luftbild im Flur vor Westphals Büro sieht man, wie ihre handtuchschmalen Äcker ein Ganzes ergeben.
Dass der Agrarbetrieb solche Dimensionen hat, liegt an seiner Geschichte. In der DDR war der Betrieb eine Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft. 1956 waren die LPG Pflanzenproduktion und die LPG Tierproduktion gegründet worden, Letztere überlebte das Ende des Sozialismus nicht. Für den Ackerbau aber sahen die Mitarbeiter Chancen. Die Region um Niederndodelben, die Magdeburger Börde, ist seit Jahrhunderten landwirtschaftlich geprägt. Die schweren, fruchtbaren Böden sind so etwas wie der Porsche unter den Ackerkrumen.

12,7 Millionen Euro Umsatz im Jahr

„Wir dachten uns damals, wenn dieser Betrieb es nicht schafft, dann schafft es keiner“, sagt Westphal. Er sitzt in seinem Büro, vor ihm das Smartphone, hinter ihm die Gründungsurkunden an der Wand. 1992 wurde Agro Bördegrün zu dem, was es heute ist: eine GmbH & Co KG, als Rechtsnachfolgerin der LPG. Westphal gehörte in den Wendejahren zu dem guten Dutzend Mitarbeitern, die sich trauten: Sie wurden Gesellschafter des neuen Unternehmens.

Cash Cow: Der Betrieb verdient an dieser Biogasanlage mit

Nie hätte der Agraringenieur gedacht, dass er mal LPG-Leiter werden würde. Dann aber kam 1989. Von der Vollversammlung wurde er an die Spitze des Betriebs gewählt. Pachtverträge mussten aufgesetzt, die Landeigentümer ausfindig gemacht und die Entsorgung von Asbest, Tankstelle und Gülle geregelt werden. Von den 340 Mitarbeitern musste viele gehen. Wer keine 20.000 Mark einbringen und Gesellschafter werden wollte, bekam eine Abfindung - je nach Hektar Landbesitz, Alter und Betriebszugehörigkeit. Insgesamt mussten die neuen Besitzer 9,2 Millionen Mark aufbringen; finanzieren konnten sie das über mehrere Jahre aus den Ernteerträgen. „Wir hätten nicht einfach zur Bank gehen können“, sagt Westphal. „Wir waren ein Niemand.“ Fünf Jahre lang zahlten sie die Abfindungen, zehn Jahre lang die Entsorgung der Altlasten. Hinzu kamen die Investitionen. In eine Getreidetrocknung und Saatgutaufbereitung etwa. In den Maschinenpark, die 500-Kilowatt-Photovoltaikanlage, die Gebäude, Werkstätten und Lager.

Heute erwirtschaftet Bördegrün 12,7 Millionen Euro Umsatz im Jahr. Das Getreide verkaufen sie bis nach Rotterdam und Italien, Westphal weiß genau, zu welchen Preisen gerade in Chicago und Paris gehandelt wird. Verkauft werden zwei Drittel der Ernte, lange bevor auch nur ein Weizenkorn vom Feld geholt wurde. Mal fährt der Betrieb mit einem Termingeschäft gut, mal wäre mehr zu holen gewesen, wenn man gewartet hätte. „Man muss die Gier, auf den einen, den astronomischen Preis zu warten, im Griff haben“, sagt Westphal. Dieses Jahr erwartet er eine durchschnittliche Ernte; acht Tonnen Ertrag je Hektar. Elfeinhalb Tonnen gab es auch schon mal. Neben dem Ackerbau betreibt Bördegrün eine Tankstelle, transportiert für andere Landwirte 400.000 Tonnen Zuckerrüben zur Fabrik und hat eine „kleine“ Mutterkuhhaltung mit 240 Tieren. Beteiligt ist die Firma zudem an einer Biogasanlage, die 3,2 Millionen Euro Umsatz im Jahr macht.

Industrielle Landwirtschaft vs. Familienbetrieb

Regional, kleinbäuerlich, im Zweifel ökologisch: So erträumt sich der deutsche Verbraucher die Landwirtschaft. Zu teuer aber darf es auch nicht werden im Supermarkt, und die

Agrarsubventionen der Europäischen Union halten viele ebenfalls für einen Anachronismus. Das alles aber geht in der Realität nicht zusammen. „Mein Leitbild ist nicht die industrielle Landwirtschaft, sondern der bäuerliche Familienbetrieb“, sagte Agrarministerin Ilse Aigner kürzlich in der Wochenzeitung „Die Zeit“. In Brüssel aber hat sie für vieles gestritten, was im Sinne der Großen war. Etwa dafür, dass die Direktzahlungen je Hektar nicht ab einer bestimmten Betriebsgröße gekappt werden.

Westphal findet das nur gerecht und lehnt schon die deutsche Regelung ab, dass die ersten Hektare höher dotiert sind als die folgenden. „Ein Hektar hat zehntausend Quadratmeter, egal ob es der erste oder der letzte ist“, sagt er. Und die Direktzahlungen aus Brüssel, die bei Bördegrün 10 Prozent des Ertrags ausmachen, seien lediglich eine Entschädigung für die höheren Auflagen, die Europas Bauern erfüllen müssten. „Von mir aus können die Subventionen alle weg. Aber dann müssen auch die Vorschriften weg.“
Auch das Reizwort industrielle Landwirtschaft kann Westphal nicht leiden. „Wir sind ein Familienbetrieb“, sagt er, die Gesellschafter seien alle aktive oder ehemalige Mitarbeiter. Mehr als der Vorwurf, der in diesem Begriff immer mitschwingt, bringt ihn aber das Streben nach einer grüneren Landwirtschaft auf die Palme. In der EU läuft das unter „Greening“: Geld bekommt nur, wer auch was für die Umwelt tut. Das größte Reizwort ist für Westphal in diesem Zusammenhang: Flächenstilllegung.
Die Bauern, nicht die Städter ernährten die Weltbevölkerung, regt er sich auf, und weil die Weltbevölkerung wachse, müsse mehr, nicht weniger produziert werden. „Von BMW verlangt auch niemand, Autos aus Holz zu bauen, weil man das früher so gemacht hat.“ Wenn Westphal bei diesem Thema angekommen ist, redet er sich gerne mal in Rage. „Ich brauche mir von keinem Städter sagen zu lassen, wie ich Getreide anzubauen habe, ich brauche keinen aus der Stadt, der mir irgendwas erzählt.“ Er startet sein Auto. „Biolandwirtschaft“, brummt er vor sich hin, „wer Bio will, soll es auch bezahlen.“

Idylle oder Größenwahn?

Ein paar Kilometer weiter hält er an. Unter einem Baum machen seine Leute Mittagspause. Das Essen stammt aus der Bördegrün-Kantine, die nicht nur die Mitarbeiter bekocht, sondern auch Schulen beliefert. Die Männer steigen wieder in die beiden Mähdrescher, die auf dem Feld warten. Goldgelb leuchtet die Gerste unter dem Sommerhimmel. Perfekte Erntebedingungen. Tobias Miedlich sitzt im Führerhaus des Case 9230, eines nagelneuen 286.000 Euro teuren Mähdreschers. 570 PS, 12.000 Liter Korntank, „Axial-Flow“-Rotor, GPS und ein elektronisches „Auge“, das den Mähdrescher selbständig an der Schnittkante ausrichtet. Draußen wird geschnitten, gedroschen, gehäckselt und Korn in den Tank geschleudert. Drinnen ist es leise und klimatisiert und riecht nach Neuwagen. Zur Not seien sie schon mal bis zwei Uhr morgens auf dem Feld, sagt Miedlich, der bei Bördegrün als Lehrling angefangen hat. 30 Hektar schafft ein solcher Mähdrescher am Tag. Bördegrün hat fünf davon.
Draußen suchen zwei Störche zwischen den Stoppeln nach Mäusen. Westphal fährt zurück zur Zentrale, vorbei an Mais und Raps („Wenn die Schoten aufspringen und es weiß leuchtet, dann ist er reif“) und der Baustelle für die zweite Biogasanlage. „Da drüben“, sagt er und zeigt auf ein endloses, grünes Feld, in dem ein paar Flecken heller erscheinen als der Rest, „so sieht es aus, wenn die Rübe schläft. Wenn sie tagsüber welkt, weil der Boden an der Stelle sandig ist. Unser größter Zuckerrübenschlag. Eine Augenweide.“ Trotz Imagefilm, klingelndem Handy und internationalen Getreidebörsen. Am Ende begeistert auch Westphal sich am meisten für Scholle und Pflanze. „Wir haben 1990 unsere Chance genutzt“, sagt er. „Heute sind wir einer der hundert besten Agrarbetriebe in Deutschland. Das kriegt man nicht geschenkt. Wir sind nicht überall beliebt. Aber respektiert.“

8. August 2013, **EZB-Politik kostet Sparer in Österreich 5,8 Milliarden Euro**

Für heimische Sparer bedeuten die Magerzinsen eine reale Ent-wertung in Milliardenhöhe bis 2014. **Die Banken profitieren hingegen**

Frankfurt/Wien - Die Europäische Zentralbank hat die Hoffnung vieler Sparer im Keim erstickt. Höhere Zinsen wird es in Europa länger nicht geben. EZB-Präsident Mario Draghi machte bei den Pressekonferenzen im Sommer klar: Die EZB wird die Zinsen "auf längere Zeit hinaus" auf dem aktuellen Tiefststand von 0,5 Prozent belassen oder noch weiter senken. Bis ins kommende Jahr wird es keine Zinserhöhungen geben.

Schleichende Enteignung

"Die finanzielle Repression für viele Sparer geht daher weiter", sagt Ansgar Belke, Professor für Makroökonomik an der Universität Duisburg-Essen und Berater des Europaparlaments in geldpolitischen Fragen. Die Zinsen werden daher niedriger bleiben als die aktuellen Inflationsraten. Dieser Umstand sorgt auch im deutschen Wahlkampf für Aufregung. Der sozialdemokratische Kanzlerkandidat Peer Steinbrück bezeichnete die Geldpolitik der EZB kürzlich als "schleichende Enteignung" und "unsäglichen Zustand".

Den deutschen Sparern kostet die Niedrigzinspolitik laut Berechnungen der Deutschen Postbank, die für die Bild angestellt wurden, 35 Milliarden Euro bis Ende 2014. Der Postbank-Volkswirt Marco Bargel hat sich dafür die Geldvermögen der Deutschen angesehen und Einlagenzinsen mit den erwarteten Inflationsraten verglichen. Weil die Teuerung aktuell über der Verzinsung liegt, bleibt Sparern von ihrer Kaufkraft künftig weniger übrig.

5,8 Milliarden Entwertung

Dieselbe Rechnung für Österreich lässt sich mit Daten der Oesterreichischen Nationalbank anstellen. Die Haushalte hatten Ende 2012 knapp 211,5 Milliarden Euro an Einlagen. Bleiben die Zinsen so niedrig, wie sie aktuell sind, und erfüllen sich die Prognosen der OeNB zur Inflationsrate, werden diese Geldvermögen der Österreicher 2013 um 3,2 Milliarden Euro entwertet. 2014 wäre es noch einmal 2,6

Milliarden Euro - in Summe also 5,8 Milliarden Euro. Dabei ist die Kapitalertragsteuer noch nicht berücksichtigt.

Auch abseits der Sparbücher blüht die Renditelandschaft aktuell nicht, etwa bei der in Österreich beliebten Lebensversicherung.

Motor springt nicht an

Auch die Kreditzinsen sind gesunken. In Österreich sind die Zinsen für den Immobilienkauf seit 2012 um knapp einen Prozentpunkt gefallen, auf unter 2,5 Prozent. Die Senkung kommt allerdings nicht immer an, etwa weil Banken heute mehr Sicherheiten fordern.

Doch Belke betont, dass die lockere Geldpolitik nicht dort ankommt, wo sie dringend benötigt wird: in Südeuropa. "Die Niedrigzinspolitik löst nicht das aktuelle Hauptproblem, dass die KMUs in Südeuropa keinen Zugriff zu Krediten haben." Damit bleibe Europas Finanzmarkt zerrissen.

Banken profitieren

Hinweise liefern die Zinssätze nach der "Taylor-Regel", benannt nach dem Ökonomen John B. Taylor. Sie geben an, wie hoch die Zinsen in einem Land in Relation zu Inflation und der Auslastung der Wirtschaft sein müssten. Daher geben sie die ökonomisch "optimalen" Zinsen an. Bei hoher Arbeitslosigkeit und geringer Inflation sollten die Zinsen tief sein, sonst höher. Berechnungen der LMU München, die dem Standard vorliegen, zeigen, dass die Zinsen für Spanien bei minus 1,5 Prozent liegen sollten. Für Volkswirtschaften wie Deutschland oder Österreich könnten sie 3,3 bis 3,5 Prozent betragen.

Von den Niedrigzinsen profitieren gerade die Banken. Sie können Bilanzreparaturen aufschieben, kritisiert Belke, etwa weil sie direkten Zugang zu Zentralbankgeld haben. Die niedrigen Zinsen werden aber nicht immer weitergegeben. Daten der EZB zeigen, dass seit Jahresbeginn 2012 etwa die Zinsen für Sichteinlagen in der Eurozone um 0,77 Prozentpunkte zurückgegangen sind (auf 1,41 Prozent). Die Überziehungszinsen hingegen sind weniger gesunken, um 0,62 Prozentpunkte (auf 7,84 Prozent).

09.08.2013 # *SOLARSTROM BILLIGER ALS ATOM*

Das blaue Wunder

Solarpark: Die Einspeisevergütung für Strom aus größeren Solarkraftwerken in Deutschland ist im Oktober auf unter zehn Cent pro Kilowattstunde gesunken

Im Herbst sinken die Solarstrom-Subventionen unter zehn Cent pro Kilowattstunde. Damit ist Elektrizität aus Fotovoltaik erstmals günstiger als aus neuen Atomkraftwerken - vor wenigen Jahren galt das als ausgeschlossen. Für Energiekonzerne wie Eon und RWE wird eine Horrorvorstellung Realität.

Hamburg - Vincent De Rivaz, Chef des französischen Stromriesen EDF, wittert in Großbritannien ein gigantisches Geschäft. Vier neue Atomreaktoren mit einer Leistung von zusammen 6400 Megawatt will der Versorger im Königreich errichten. Die Briten lechzen nach neuen Kraftwerken. Viele sind in einem erbärmlichen Zustand.

Der Haken an dem möglichen Deal mit den Franzosen: Er ist teuer. EDF fordert einen Garantiepreis von gut 11,5 Cent für jede eingespeiste Kilowattstunde - über 35 Jahre, zuzüglich eines Inflationsausgleichs. Unterm Strich winken EDF damit Einnahmen in Höhe von 166 Milliarden Euro, hat die Unternehmensberatung CF Partners errechnet. Der britische Energieminister feilscht im Namen der Stromkunden um einen etwas günstigeren Preis.
"Wir wollen einen angemessenen Profit", verteidigt De Rivaz seine Position und verweist auf die Klimafreundlichkeit seiner Anlagen: "Schließlich sind wir Weltverbesserer."

Weltverbesserer? Solche Worte kamen in den vergangenen Jahren eher Solarpark-Betreibern über die Lippen, um Subventionen abzugreifen. Doch der EDF-Vorstoß zeigt: Die Sonnenstrom-Firmen sind nicht mehr der Bittsteller Nummer Eins in der Energiebranche.

Weiterhin attraktive Solarrenditen

Tatsächlich verzeichnet ausgerechnet die als teuer und ineffizient gescholtene Elektrizität aus Fotovoltaikanlagen derartige Preisrückgänge, dass sie jetzt auch in Mitteleuropa günstiger ist als Atomenergie aus neuen Kraftwerken. Auf 10,9 Cent pro Kilowattstunde taxiert das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) die Kosten für Atomstrom. "Aufgrund technischer Unwägbarkeiten und steigender Sicherheitsanforderungen" seien die Kosten für Atomstrom zuletzt explodiert.
Dagegen sinkt die Einspeisevergütung für Strom aus größeren Solarkraftwerken in Deutschland im Oktober auf unter zehn Cent pro Kilowattstunde, wie die Bundesnetz-agentur in der vergangenen Woche bekannt gegeben hat. Zu diesen Konditionen sind laut Experten aber immer noch Gewinne möglich - dank der gesunkenen Investitionskosten.

09. August 2013 # Ex-ORF-Chefin Lindner geht zu Stronach

Raiffeisen-Vertraute kandidiert bei der Wahl auf Platz 3 der Stronach-Bundesliste.

Personalcoup des Team Stronach: Wie die Tageszeitung ÖSTERREICH berichtet, tritt Ex-ORF-Chefin und Ex-Epamedia-Geschäftsführerin Monika Lindner (68) bei der Nationalratswahl für das Team Stronach an. Wie ÖSTERREICH erfuhr, wird Lindner auf der Bundesliste des Team Stronach auf einem der vordersten Plätze kandidieren.

Laut Insidern steht Lindner gleich hinter Frank Stronach und Kathrin Nachbaur auf Platz 3 der Bundesliste.

Die Kandidatur ist ein Coup, gilt Lindner doch als enge Vertraute von ÖVP-Landeshauptmann Erwin Pröll und dem ehemaligen Raiffeisen-Generalanwalt Christian Konrad.

09.08.2013 Entscheidung gefallen: Red Bull bekommt die Rainerkaserne

Jetzt ist es fix: Red Bull darf in die Rainerkaserne einziehen. Wie am Freitag bekannt wurde, hat die Grundverkehrsbehörde der Red Bull GmbH am Donnerstag die entsprechende Zustimmung erteilt.

Die Diskussion um die Nutzung der Rainerkaserne scheint beendet (Archivbild).

"Mir war es wichtig, dass die Sachfragen sorgfältig abgeklärt wurden", erklärte der ressortzuständige Landesrat Josef Schwaiger am Freitag. Ausschlaggebend für die Entscheidung der Grundverkehrsbehörde sei das besondere öffentliche Interesse gewesen: "Es überwiegt das Interesse an der zu erwartenden Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze.

Es lag daher kein Grund für eine Versagung der Zustimmung durch die Red Bull GmbH vor", ergänzte Franz Hauthaler, Leiter der Abteilung Lebensgrundlagen und Energie.

09.08.2013 # AK-Präsident Pichler: 1200 Euro pro leerer Wohnung

Wer eine Wohnung hat, sie aber leer stehen lässt, soll zahlen: 100 Euro im Monat, also 1200 Euro im Jahr. Diese Forderung wird nun in Salzburg laut.

Arbeiterkammer-Präsident Siegfried Pichler.

6000 Wohnungen in der Stadt Salzburg sollen es sein, die weder von ihrem Eigentümer noch von einem Mieter bewohnt werden. In der Debatte um eine neue Sondersteuer für diese leer stehenden Wohnungen tauchen nun erstmals konkrete Zahlen auf. Arbeiterkammer-Präsident Siegfried Pichler tritt dafür ein, dass die Eigentümer einer Wohnung, die zumindest ein Jahr lang nicht bewohnt wird, eine Abgabe von 100 Euro im Monat, also 1200 Euro im Jahr, zahlen müssen. Die Steuer in dieser Höhe sei dazu geeignet, den einen oder anderen Wohnungseigentümer doch zum Vermieten zu bewegen. Sollte er das nicht tun, dann müsse er zahlen. "Mit dem Geld können wieder neue Wohnungen gebaut werden", sagte Pichler zu den SN.

Rechtliche Bedenken müssten auf Bundesebene ausgeräumt werden. **Es gehe nicht darum, jemanden zu zwingen, die Wohnung zu vermieten.** Ausreden auf das Mietrechtsgesetz will Pichler nicht gelten lassen. "Der Hinweis auf den Sohn, der die Wohnung in fünf Jahren braucht, ist nicht stichhältig und nur eine Ausrede. Das Gesetz erlaubt befristete Verträge."

Der Chef der Arbeiterkammer, der im kommenden Jahr wieder zur Wahl antreten wird, verlangt von der Landesregierung einen Richtungswechsel in der Wohnbauförderung: Von der Eigentumswohnung zur Mietwohnung. "Es fließt viel zu viel Geld in die Eigentumswohnungsförderung. Doch junge Familien können sich das heute nicht mehr leisten, es sei denn, sie haben die erforderlichen Eigenmittel geerbt, von den Eltern bekommen oder ein Supereinkommen."
Auch der grüne Soziallandesrat Heinrich Schellhorn erneuerte am Donnerstag seine Forderung nach einer Strafsteuer für leere Wohnungen. Schellhorn war zuvor vom Wiener Steuerrechtsexperten Werner Doralt kritisiert worden - dieser hatte gemeint, eine solche Steuer sei rechtlich nicht möglich. **Schellhorn präzisierte seinen Vorschlag nun: "Ich bin selbst Jurist und nicht auf der Brennsuppe dahergeschwommen", teilte er mit.** Schellhorn stellt sich demnach eine vom Bund erhobene Steuer vor, jedoch keine Landesabgabe. Sein Konzept sieht vor, dass für eine leer stehende Wohnung eine fiktive Miete errechnet wird - für diese müsste der Besitzer zusätzliche Einkommenssteuer bezahlen. Schellhorn verwies auf das Beispiel österreichischer Mindestpensionist. Habe so jemand noch eine Wohnung, wohne aber schon im Altersheim, gelte für ihn bereits eine analoge Regelung: Eine gedachte Miete werde auf sein Pensionseinkommen angerechnet, er bekomme deshalb häufig keine Ausgleichszulage mehr vom Staat.

In einem Telefonat mit Doralt sei man übereingekommen, dass ein bundesweites Besteuerungsmodell denkbar sei.

Salzburgs Vizebürgermeister Martin Panosch (SPÖ) sprach sich am Donnerstag ebenso für eine Besteuerung leerer Wohnungen aus. "Jedoch ist dies mit einer ÖVP in der Bundesregierung ohnehin nicht umsetzbar", sagt Panosch.

Tatsächlich ist es die ÖVP, welche mit derartigen Eingriffen in privates Eigentum nichts anfangen kann. Finanzreferent Christian Stöckl spricht von einer Maßnahme, die eindeutig zu weit gehe. Insbesondere, als Immobilieneigentümer bereits 3,5 Prozent Grunderwerbssteuer entrichtet hätten und nun doppelt besteuert würden. "Ich denke schon, dass ich mit meiner eigenen Wohnung tun und lassen können soll, was ich will", sagt Stöckl.

Keine Freude mit dem Vorstoß seines grünen Regierungskollegen hat auch Wohnbaulandesrat Hans Mayr (Team Stronach). Auch er stößt sich am "Griff nach dem Eigentum". Mayr will stattdessen mehr Geld für die Sanierungsförderung in die Hand nehmen - sodass mehr bisher unvermietbare Altbauwohnungen auf verkehrstauglichen Stand gebracht werden.

09.08.2013 # Osterfestspielaffäre: Teile des Urteils aufgehoben

Im Schadensersatzprozess der Salzburger Osterfestspielaffäre hat das Oberlandesgericht Linz Teile des erstinstanzlichen Urteils des Landesgerichtes Salzburg aufgehoben. Die Auswirkungen halten sich aber im Rahmen.

Demnach hat sich für den Erstbeklagten, einen ehemaligen Anwalt der Osterfestspiele GmbH, nichts Wesentliches geändert. Eine Haftung von rund einer Million Euro steht weiterhin im Raum. Der zweitbeklagte Kanzleipartner des Juristen, der laut dem Ersturteil ebenfalls rund eine Mill. Euro an die Klägerin, die Osterfestspiele, "dem Grunde nach" zu berappen hätte, muss der OLG-Entscheidung zufolge keinen Schadensersatz an die Osterfestspiele leisten. "Wesentliche Bestandteile des Ersturteils wurden jedoch bestätigt. Der Zivilprozess wird fortgesetzt", erklärte Imre Juhasz, Vizepräsident des Landesgerichtes Salzburg.

Zivilrichterin Christine Außerhofer war im Ersturteil vom Mai dieses Jahres zu dem Ergebnis gekommen, dass eine Forderung von rund einer Million Euro gegenüber den beiden Anwälten wegen überhöhter Gehalts- und Spesenzahlungen im Zeitraum 1997 bis 2009 an den ehemaligen Osterfestspiel-Geschäftsführer Michael Dewitte "dem Grunde nach zu Recht besteht". Die Zivilrichterin stellte bei den erfolgten Überweisungen einen Verstoß des anwaltlichen "Sorgfaltsmaßstabes" nach Paragraf 1299 des Allgemeinen Bürgerlichen Gesetzbuches (ABGB) fest.

Zweitbeklagte "aus Haftung entlassen"

Das Oberlandesgericht Linz konnte aber bezüglich des zweitbeklagten Rechtsanwaltes keine Solidarhaftung feststellen. "Er wurde aus seiner Haftung entlassen", erläuterte Juhasz. "Er hat nicht zusammen mit dem Erstbeklagten eine Gesellschaft nach Bürgerlichem Recht betrieben. Nur dann wäre eine Solidarhaftung möglich." Deshalb habe das OLG die Zahlungsforderungen der Osterfestspiele an den Zweitbeklagten zur Gänze abgewiesen.

Der erstbeklagte Anwalt haftet laut der OLG-Entscheidung "dem Grunde nach" immer noch für die Gehaltszahlungen in der Höhe von rund 660.000 Euro an Dewitte. Der Berufungssenat hat bestätigt, dass keine Verjährung eingetreten ist und kein Mitverschulden seitens der Osterfestspiele vorliegt. Da es sich bei den 660.000 Euro um einen Streitwert handelt, muss in einem fortgesetzten Prozess am Landesgericht Salzburg noch über die tatsächliche Höhe der eingeforderten Summe entschieden werden.

Erstbeklagte haftet nicht für Provision

Der Erstbeklagte haftet laut dem zweitinstanzlichen Urteil aber nicht für eine 50.000 Euro hohe Provision, die sich Dewitte vom Geschäftskonto der Osterfestspiele selbst überwiesen hat. Das OLG hat zudem jene erstinstanzliche Entscheidung aufgehoben, wonach der Jurist einen Reisekostenersatz von rund 296.500 Euro, den Dewitte erhalten hatte, an die Osterfestspiele zurückzahlen müsste. Hier sei noch genau zu erörtern, welche Unterlassung der Rechtsanwalt begangen habe, hieß es seitens des OLG. Dieser Streitpunkt ist noch in einem zweiten Verhandlungsgang am Landesgericht Salzburg zu erörtern. Bei dem Ersturteil von Richterin Außerhofer hat es sich genau genommen um ein "Zwischen- und Teilurteil" gehandelt.

In einem Monat wird die strafrechtliche Komponente der Osterfestspielaffäre beleuchtet. Der Strafprozess startet am 10. September am Landesgericht Salzburg. Unter die Lupe genommen werden dubiose Zahlungen in Millionenhöhe zum Schaden der Salzburger Osterfestspiele GmbH und des Salzburger Festspielfonds. Angeklagt sind Michael Dewitte und der ehemalige Technische Direktor der Salzburger Festspiele, Klaus K., sowie ein Medienkaufmann aus Deutschland. Die Staatsanwaltschaft stellte einen Gesamtschaden von rund zwei Mill. Euro fest, den die Beschuldigten in unterschiedlicher Beteiligung verursacht hätten. Die Vorwürfe lauten auf Untreue und gewerbsmäßig schweren Betrug.

9. August 2013, **Karel Schwarzenberg will doch wieder bei Parlamentswahl antreten**

Karel Schwarzenbergs Motivation hat einen Namen: Milos Zeman.

Ex-Außenminister nennt "autokratischen" Präsidenten Zeman als Motivation - Parlament löst sich ein paar Tage später auf

Prag - Entgegen früheren Ankündigungen will der ehemalige tschechische Außenminister und Chef der rechtsliberalen Partei TOP 09, Karel Schwarzenberg (75), bei den bevorstehenden, vorgezogenen Parlamentswahlen wieder kandidieren. Als Grund nannte Schwarzenberg im Interview mit der Tageszeitung "Pravo" (Freitag-Ausgabe), seine Partei wolle sich dem "autokratischen" Staatspräsidenten Milos Zeman stellen. Schwarzenberg war Zeman bei der Präsidentenwahl heuer im Jänner im zweiten Durchgang unterlegen.

"Ich bin noch nicht in Pension"

"Ehrlich gesagt, der Herr Präsident motiviert mich stark, es noch einmal zu machen und ihm eine Opposition entgegenzusetzen", erklärte Schwarzenberg. "Ich bin noch nicht in Pension."

TOP 09 hatte laut Schwarzenberg ursprünglich geplant, im Wahlkampf vor den nächsten Parlamentswahlen zu betonen, dass man eine europäische Partei sei. Dies sei aber jetzt nicht mehr aktuell. "Jetzt werden wir sagen, dass wir die einzige Partei sind, die sich einheitlich dem autokratischen Präsidenten gestellt hat", so Schwarzenberg im Interview. TOP 09 war Teil der Mitte-Rechts-Koalition unter dem konservativen Ministerpräsidenten Petr Necas (ODS), die rund um einen Korruptions- und Bespitzelungsskandal zurückgetreten ist. Die Koalition wollte daraufhin mit anderen Gesichtern in der Regierung weitermachen. Präsident Zeman ernannte jedoch gegen den Willen des bisherigen Regierungsbündnisses ein Expertenkabinett, das im Parlament bei der Vertrauensabstimmung allerdings durchfiel.

Parlament löst sich ein paar Tage später auf

Nun will das Parlament am 20. August die Selbstauflösung beschließen und so vorgezogene Neuwahlen herbeiführen. Ursprünglich wurde der 16. August angepeilt. An diesem Tag beginnt auch die entsprechende Sondersitzung des Parlaments, allerdings wird sie unterbrochen und am Dienstag fortgesetzt. Grund der Verschiebung des Votums sind Befürchtungen, dass viele Abgeordnete am Freitag - vor dem Wochenende - abwesend sein könnten.

Laut den jüngsten Wählerumfragen könnte TOP 09 bei der Wahl 10 bis 15 Prozent der Stimmen erhalten. Bei der Parlamentswahl 2010 kam sie auf 16,7 Prozent. Die Meinungsforscher schließen nicht aus, dass TOP 09 nun zur stärksten Partei rechts der Mitte avanciert, weil die konservative Demokratische Bürgerpartei (ODS) wegen der Affären viel an Popularität verloren habe. Als wahrscheinlicher Wahlsieger werden die Sozialdemokraten (CSSD) gehandelt, die seit 2006 in der Opposition sind.

09.08.13 **Staatshaushalt**

Japans Defizit erreicht unfassbare Dimension

Eine Billiarde Yen, das sind 7,8 Billionen Euro. Kein Land der Welt ist so stark verschuldet wie Japan. Und niemand traut dem Land ernsthaft zu, aus dieser Billiardenfalle je wieder herauszu-kommen. Von Holger Zschäpitz

Japans Finanzministerium muss bald Astronomen einstellen. Denn für Ökonomen sind die Schulden-Dimensionen des Landes kaum mehr greifbar. Japans Schulden sind auf das astrono-mische Niveau von einer Billiarde Yen angestiegen.
Das ist eine Eins mit 15 Nullen. Wie Nippons Finanzministerium mitteilte lag die Verschuldung Ende Juni exakt bei 1.008.628.100.000.000 Yen. In Euro umgerechnet sind das mehr als 7,8 Billionen Euro.
Die absolute Zahl ist ein Hingucker, aber auch in Relation zur Wirtschaftskraft bricht das Land der aufgehenden Sonne in neue Dimensionen auf. Es hat zweieinhalb Mal so viel Schulden aufgehäuft wie das Land jährlich erwirtschaftet. Alle Japaner müssten zweieinhalb Jahre allein für den Abbau der Verbindlichkeiten arbeiten.
Mit einer Schuldenquote von rund 240 Prozent ist Japan unangefochtener Spitzenreiter im weltweiten Ranking. Nach einer Übersicht der Ratingagentur Fitch ist kein Land der Welt so stark verschuldet.
Selbst Griechenland sieht mit einer Schuldenquote von 176 Prozent solide aus. Die 240 Prozent dürften noch nicht der Schuldengipfel gewesen sein. Allein in diesem Jahr dürfte das Haushalts-defizit rund zehn Prozent der Wirtschaftsleistung betragen.

Eine außergewöhnliche Situation

Japans Situation ist in vielerlei Hinsicht außergewöhnlich. Nicht einmal im Zweiten Weltkrieg gerieten die Staatsfinanzen derart aus dem Ruder wie heute. Nach 1945 konnte sich das Land über eine Hyperinflation weitgehend seiner Verbindlichkeiten entledigen. Doch seither wächst der Schuldenberg stetig an.
Die Welt Japans Staatsverschuldung gemessen in Prozent des BIP
Die Entscheidungen der Bank von Japan

NEUE MESSLATTE

Die Notenbanker verabschieden sich ein Stück weit vom **Leitzins** als maßgeblicher Kenngröße für die Geldpolitik. Neuer Orientierungspunkt ist die **Geldbasis**, also die Geldmenge M0: Diese setzt sich aus dem im Umlauf befindlichen Bargeld sowie den Einlagen der Banken bei der Notenbank zusammen. Sie soll nun um jährlich 60 bis 70 Billionen Yen (495 bis 577 Milliarden Euro) steigen und sich damit bis Ende 2014 ungefähr **verdoppeln**.

LÄNGER LAUFENDE ANLEIHEN

Die Bank von Japan will künftig Staatsanleihen mit einer **Laufzeit von bis zu 40 Jahren** kaufen und damit die gesamte Zinskurve widerspiegeln. Unter ihrem Wertpapierkaufpro-gramm waren es bisher nur drei Jahre. Die durchschnittliche Laufzeit aller von der Notenbank gehaltenen Papiere soll auf **sieben Jahre** steigen. Um dieses Ziel zu erreichen, verschmolz die Notenbank das **Wertpapierkauf-programm** mit einem bislang unabhängigen Programm zur **Liquiditätsversorgung**. Die Währungshüter wollen den Bestand an Staatsanleihen um jährlich 50 Billionen Yen (gut 400 Milliarden Euro) erhöhen. Der unbefristete Ankauf von Staatsanleihen, bislang für 2014 geplant, wird dazu vorgezogen.

RISIKOREICHERE PAPIERE

Zusätzlich will die Notenbank mehr risikoreiche Papiere kaufen: Jährlich sollen die Bestände an **börsengehandelten Indexfonds (ETFs)** um eine Billion Yen (acht Milliarden Euro) und die **Bestände an Immobilienfonds (REITs)** um 30 Milliarden Yen (245 Millionen Euro) steigen.

BANKNOTEN-REGEL

Nach dieser Vorgabe darf die Notenbank nicht mehr Staatsanleihen in der Bilanz halten, als Banknoten im Umlauf sind. Das gilt nun vorerst nicht mehr.

Seit dem Platzen der Immobilienblase zu Beginn der 1990er-Jahre beschleunigt sich der Trend in besorgniserregendem Tempo. Seither jagt ein teures Konjunkturprogramm das nächste und die Einnahmen wollen einfach nicht steigen. Das liegt auch an der Abneigung der Japaner gegenüber jeglicher Art von Steuererhöhungen.

Auch jetzt wieder zögert Ministerpräsident Shinzo Abe, die Mehrwertsteuer wie angekündigt im kommenden Jahr von fünf auf acht Prozent anzuheben. Eigentlich sollte die Konsumsteuer, die in Deutschland bei 19 Prozent liegt, 2015 sogar auf zehn Prozent angehoben werden.

Bei vielen Akteuren an den Finanzmärkten wird Japan als das nächste Griechenland gehandelt. Niemand traut dem Land ernsthaft zu, aus der Billiardenfalle herauszukommen. Beim aktuellen Schuldenstand bräuchten die Spekulanten die Zinsen nur wenig nach oben zu treiben, um Nippon in Bedrängnis zu bringen.

Wenn die Zinsen steigen

Jeder Prozentpunkt, den der Finanzminister mehr zahlen müsste, würde den Staatshaushalt mit umgerechnet 80 Milliarden Euro Mehrkosten belasten. Und tatsächlich pumpt sich Japan das Geld vor allem an den Finanzmärkten. Das Finanzministerium hat sich vorwiegend über kurz- und langlaufende Anleihen finanziert.

Doch 95 Prozent der Schuldscheine liegen bei inländischen Sparern. Das erklärt auch, warum das Land trotz der Rekordschulden nur einen lächerlichen Zinssatz von durchschnittlich 1,26 Prozent zu zahlen hat. Allerdings leidet das Land unter einer alternden Bevölkerung. Sollten die Japaner ihre Gelder für den eigenen Lebensabend abziehen, könnte es eng werden.

"Japan wird irgendwann auf ausländisches Kapital angewiesen sein. Und dann wird die Schul-denbombe hochgehen", sagt Carl Weinberg, Chefökonom beim Analysehaus High Frequency Economics. Er hält es für problematisch, dass das Land keine Handelsbilanz-überschüsse mehr erwirtschaften würde.

Warnungen von IWF und OECD

Sowohl der Internationale Währungsfonds (IWF) als auch die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit (OECD) warnen Tokio, endlich die Wende einzuleiten. "Die Schuldendynamik zu stoppen und umzukehren ist kriegsentscheidend", heißt es bei der OECD. Ganz ähnlich klingt das beim IWF: "Japan muss beim Schuldenabbau ambitionierter werden und endlich auch Strukturreformen einleiten", sagte IWF-Chefin Christine Lagarde.

Doch Regierungschef Abe setzt erst einmal auf Schuldenmachen und auf die Notenpresse gesetzt. Als Teil seines Wirtschaftsplans, der unter dem Namen Abenomics fungiert, hat er einen neuen Zentralbankgouverneur installiert, der Billionen Yen in die Märkte pumpt. Die Bank von Japan kauft Staatsanleihen und hält so die Zinsen weiter niedrig. Gleichzeitig gibt Abe große Summen für Infrastrukturprojekte aus.

Ob der dritte Teil seiner Abenomics, die Strukturreformen, jemals in die Tat umgesetzt werden, bezweifeln viele Experten. Schließlich sind die Japaner nicht nur höheren Steuern gegenüber abgeneigt. Sie akzeptieren auch keine Einwanderung, die das Land dringend bräuchte, um mit seinen demografischen Problemen endlich fertig zu werden.

Und so wird das Land wohl eher Astronomen einstellen, die mit hohen Schuldenzahlen arbeiten können, als Ökonomen, die mit stringenten Reformprogrammen zu arbeiten gewohnt sind.

10. 08. 2013 **Menschenverachtend und zynisch**

Die scheinheilige Ministerin: *Auch Mollaths Freilassung kann Merk nicht mehr retten*

Beate Merk (CSU) und Gustl Mollath

Blitzschnell hat das OLG Nürnberg die Entscheidung des Landgerichts Regensburg kassiert. Mollath ist frei. Die bayerische Justizministerin Beate Merk inszeniert sich nun als Befreierin. Dabei war ihr Verhalten menschenverachtend und zynisch.
Das Oberlandesgericht Nürnberg hat nur zehn Seiten „im Namen des Volkes“ benötigt, um eine hundertfünfzehn Seiten lange Begründung des Landgerichts Regensburg vom 24. Juli 2013 nach allen Regeln der Kunst zu zerlegen. Fünf Monate hatten eine Vorsitzende Richterin und ihre Kammer gebraucht, um die Wiederaufnahme-Anträge der Mollath-Verteidiger und der Staatsanwaltschaft sogar als „unzulässig“ – nicht einmal als zulässig aber unbegründet – zu verwerfen. Die von der Verteidigung und der Staatsanwaltschaft dagegen eingelegten Beschwerden vom 24. Juli haben das OLG Nürnberg nicht einmal 14 Tage später wiederum „Im Namen des Volkes“ dazu gebracht, die Vollstreckung der Unterbringung von Gustl Mollath in einem psychiatrischen Krankenhaus für beendet zu erklären und die Wiederaufnahme des Strafverfahrens anzuordnen, dies allerdings durch Zurückverweisung „an eine andere Kammer des Landgerichts Regensburg“. Sicher ist sicher!

Normalerweise dauert schon der Transport von Akten der Justiz von Regensburg nach Nürnberg Tage. Die am 6. August 2013 bereits vormittags per Fax allen Prozessbeteiligten zugestellte Entscheidung des Oberlandesgerichts Nürnberg war also nicht nur „blitzschnell“ sondern auch „blitzgescheit“: Das in der Hauptverhandlung am 8. August 2006 vor der 7. Strafkammer des Landgerichts Nürnberg Fürth verlesene „Attest“ der Ärztin Dr. med. Madeleine Reichel „stellte eine unechte Urkunde dar“, weil „über die Identität des Ausstellers getäuscht“ wurde. Denn nach Angaben des Gerichts war Mollaths Frau im Juni 2002 nicht von ihrer Hausärztin, sondern von deren Sohn untersucht worden. So einfach kann es sein, zu einer gerechten und richtigen Entscheidung zu kommen.

Note 6, setzen!

Das Oberlandesgericht Nürnberg hat in seiner Entscheidung vom 6. August 2013 auch mit wachem Verstand festgelegt, dass die zukünftige Hauptverhandlung „an eine andere Kammer des Landgerichts Regensburg zurückverwiesen“ wird. Nach dem Studium der hundertfünfzehn Seiten der Entscheidung des Landgericht Regensburg vom 24. Juli 2013 blieb ihnen nichts anderes übrig, weil offensichtlich eine sich schon aus der Begründung ergebende Befangenheit der 7. Kammer des Landgerichts Regensburg vorlag, dies unabhängig von den verfahrensmäßigen Auffälligkeiten wie Dauer und Zwischenverfügungen der Vorsitzenden. Und das OLG Nürnberg erklärt das den Richtern des Landgerichts Regensburg mit chirurgischer Präzision: „Eine Zurückweisung war nicht geboten. Denn der Strafsenat geht bei seiner Entscheidung von der gleichen Tatsachen-plattform aus wie die Strafkammer“. Das ist die Note 6, setzen!

Doch die Justizministerin Dr. Beate Merk (CSU) kann das Oberlandesgericht Nürnberg so nicht mehr retten, auch wenn der Senat das aus politischen Gründen für opportun gehalten haben sollte. Sie befindet sich im freien Fall. Hatte die Ministerin noch im Herbst 2012 erklärt: „Mollath sitzt zurecht in der Psychiatrie, er ist gefährlich“, kann ihr auch die spätere Anweisung an die Staatsanwaltschaft, einen Wiederaufnahmeantrag für Mollath zu stellen, nicht zur Rettung gereichen. In einer Stellungnahme „ihres“ Bayerischen Staatsministeriums für Justiz an das Bundesver-fassungsgericht „in der Verfassungsbeschwerde Gustl Mollath vom 5. Juli 2013“ hat sie zur Begründung einer „sorgfältigen und differenzierenden Beurteilung des Legal- und des sonstigen Sozialverhaltens des Untergebrachten im Rahmen von „Lockerun-gen“ ausgeführt, dass der Beschwerdeführer (Mollath) seit dem Jahr 2009 „Lockerun-gen in Form von begleiteten Ausgängen ohne das Anlegen von Fesseln als Sicherungsmaßnahme vornehmlich zum Besuch von Gottesdiensten erhalten“ habe. Beruhigend setzt die Justizministerin gegenüber dem Bundesverfassungsgericht hinzu „es waren keine Tendenzen zu erkennen, die Lockerungen zu Entweichungen zu nutzen“. Den Begriff der Unverhältnismäßigkeit vermeidet sie dagegen tunlichst.

Merks Verhalten ist einer Justizministerin unwürdig

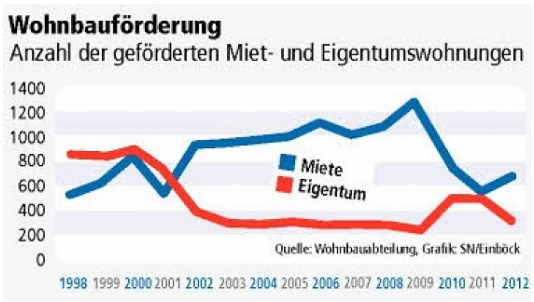
Die Ministerin, die sich jetzt als Befreierin Mollaths stilisiert, hat gegenüber dem Bundesverfassungsgericht sogar ausführen lassen, dass sich „einige Mitglieder des Untersuchungsausschusses „Mollath“ des Bayerischen Landtags nach der Zeugen-aussage des Beschwerde-führers sehr beeindruckt von diesem gezeigt hätten. Wörtlich: „Inwieweit diese bestärkenden Geschehnisse und auch das laufende Wiederaufnahmeverfahren vor dem Landgericht Regensburg womöglich positiven Einfluss auf den bei dem Beschwerdeführer von den gerichtlich bestellten Sachverständigen einhellig diagnostizierten Wahn haben könnten, kann ohne sachverständige Bewertung nicht eingeschätzt werden“. Mollath soll also dadurch wieder zu Verstand gekommen sein, dass endlich jemand anfing, ihm zu glauben, dass er bei Verstand ist?

Das ist menschenverachtend, zynisch und ein Verstoß gegen die Menschenwürde von Gustl Mollath.

10.08.2013 # Bauträger schuf nur zwei Eigentumswohnungen

AK-Präsident Pichler fordert von der Politik, Miete statt Eigentum zu fördern. Dabei hat Salzburgs größte gemeinnützige Baugesellschaft 2012 nur mehr zwei Eigentumswohnungen errichtet. Pichler ist dort Aufsichtsratschef.

AK-Präsident Siegfried Pichler.



Arbeiterkammerpräsident Siegfried Pichler hat die Debatte um die Wohnungsnot in Salzburg ordentlich angeheizt. Am Donnerstag hatte Pichler in den "Salzburger Nachrichten" gefordert, eine Steuer von 1200 Euro jährlich auf jede leer stehende Wohnung einzuheben. Die Diskussion verläuft streng entlang der ideologischen Grenzen von Rot und Schwarz. Während Salzburgs Vizebürgermeister Harald Preuner "klassenkämpferische Parolen" ortet, unterstützen die Jusos die Vorschläge "ohne Wenn und Aber".

Die Bürgerlichen bringt auch eine zweite Forderung des Präsidenten auf die Palme. Pichler hatte von der Landesregierung gefordert, bei der Wohnbauförderung einen Richtungswechsel vorzunehmen und statt Eigentum Mietwohnungen zu fördern. Für eine Eigentumswohnung müsse mehr Fördergeld aufgewendet werden als für eine Mietwohnung, das sei ungerecht, sagt Pichler.

Christoph Fuchs, Clubobmann der ÖVP im Salzburger Gemeinderat, weist aber darauf hin, dass für den Mietwohnungsbau schon bisher wesentlich mehr Mittel aufgewendet werden: "Im vergangenen Jahr flossen über 86 Mill. Euro in die Förderung von Miet- und Mietkaufwohnungen. In die Förderung von Eigentumswohnungen nur 46 Mill. Euro."

Insgesamt gab das Land im Vorjahr 241 Mill. Euro für Förderungen aus. Die Förderung von Eigentumswohnungen ist seit Jahren rückläufig (siehe Grafik). Während 1998 noch 844 Eigentumswohnungen bzw. Reihenhäuser errichtet wurden waren es 2012 nur noch 311. Die frei werdenden Mittel wurden dem Mietwohnungsbau zugeschlagen.

Damit ging auch bei den gemeinnützigen Wohnbauträgern die Errichtung von Eigentumswohnungen nach unten. Die GSWB, die größte "Gemeinnützige" des Landes, errichtete 2004 noch 186 Mietwohnungen und 88 Eigentumswohnungen. Das Verhältnis im Vorjahr: 218 Miet- und zwei Eigentumswohnungen. Siegfried Pichler ist auch Aufsichtsratsvorsitzender der GSWB. "Die Leute können sich keine Eigentumswohnungen mehr leisten. Deshalb gibt es so eine hohe Nachfrage nach Mietwohnungen", sagt Pichler und kann sich einen weiteren Seitenhieb nicht verkneifen: "Dass sich die ÖVP nur für jene einsetzt, die auf der besonders begüterten Seite des Lebens stehen, war mir klar."

Telekom-Prozess: **Drei Jahre unbedingt für Rumpold**

09.08.2013 Ex-FPÖ-Werber Gernot Rumpold ist im "Telekom III"-Prozess wegen Untreue zu einer dreijährigen unbedingten Freiheitsstrafe verurteilt worden. Als letztes ausgesagt hat am Freitag eine "Überraschungszeugin."

Rumpold wurde wegen Untreue verurteilt.

Richter Michael Tolstiuk.

Der vormalige **BZÖ-Politiker Arno Eccher** vor Beginn der Verhandlung. **Sie hatte an einem jener vier Konzepte mitgearbeitet, für die der FP-nahe Wer-beunternehmer Gernot Rumpold der Telekom Austria 600.000 Euro**

verrechnet hatte. Sie bezeichnete den Verkauf des Konzeptes an die Telekom **als "absurd" und bestätigte, dass sie für die Erstellung des Konzepts für ein Telefongewinnspiel ("Tele-Champion") bereits 2004 1.300 Euro verrechnet hatte. Verkauft werden sollte es demnach "News" und der "Kronen Zeitung". Später lieferte Rumpold das Konzept noch an die Telekom Austria - im nun gerichtsanhängigen 600.000 Euro-Paket.**

Kernvorwurf der Anklage ist, dass es sich bei den insgesamt vier von der Telekom bezahlten Konzepten um wertlose Vorkonzepte handle, die auch anderen Firmen angeboten worden seien. Die mitangeklagten Ex-Telekom-Manager Rudolf Fischer und Michael G. haben im Prozess denn auch gestanden, dass sie mit dem Auftrag an den FP-nahen Werbeunternehmer Rumpold primär die Gunst Jörg Haiders, damals starker Mann der FPÖ, erwerben wollten. Rumpold argumentierte im Prozess dagegen, dass die Konzepte mit viel Aufwand auf die Telekom zugeschnitten seien.

Die Zeugin widersprach der Verteidigungslinie Rumpolds allerdings insofern, als sie angab, in die Vorbereitung des Konzepte 2004 lediglich zwei bis drei Tage investiert zu haben. Den Verkauf der Papiere an die Telekom kann sie offenbar nicht nachvollziehen und verglich das mit dem Versuch, Steve Jobs ein iPad anzubieten: "Ich hätte es absurd gefunden, das Konzept der Telekom zu verkaufen. Die haben das selber erfunden, die Mehrwertnummern und die Konzepte dazu."

Aufhorchen ließ sie bei der Befragung durch Richter Michael Tolstiuk mit dem Hinweis, dass Rumpolds Ex-Frau vor ihrer Aussage versucht habe, sie zu kontaktieren. "Sie hat versucht, mich anzurufen, aber ich bin nicht rangegangen", sagte die Werberin. Dann seien zwei SMS gekommen: "Sie wollte mich daran erinnern, dass wir viel an dem Konzept gearbeitet haben. Aber daran erinnere ich mich jetzt nicht."

9. August 2013, Griechenland: **Es wird richtig teue**

•

Ein zweiter Schuldenschnitt wird kommen. *Die Frage ist nur, wann*

Die Griechenland-Diskussion wird auch mehr als drei Jahre nach dem ersten Rettungspaket mindestens genauso unehrlich geführt, wie die hellenischen Defizitzahlen nach dem Eurobeitritt berechnet wurden. Es ist daher kein Wunder, dass Schwellenländer wie Brasilien innerhalb des Internationalen Währungsfonds (IWF) mobilmachen gegen die bisherige Rettungspolitik.

Aus diversen Berichten zeichnete sich zuletzt ab, dass Griechenland schon bald wieder eine Finanzierungslücke von bis zu zehn Milliarden Euro haben wird. Offiziell wird das natürlich dementiert. Es gebe nur kleinere Abweichungen vom vereinbarten Kurs, meinte EU-Währungskommissar Olli Rehn. Der griechische Ministerpräsident Antonis Samaras ließ sich gar zur Aussage hinreißen: "Gewöhnlich ist die Zahl am Ende kleiner und nach einigen Korrekturen gänzlich verschwunden." Die Wahrheit ist allerdings: Am Ende war die Lücke bisher immer größer als gedacht.

Ins Bild passt auch, dass derzeit im Drei-Tages-Rhythmus von deutschen Politikern ein zweiter Schuldenschnitt für Griechenland dementiert wird. Passieren wird natürlich das Gegenteil. Die Frage ist nur, wann. Nur zur Orientierung der Steuerzahler: Im Jahr 2015 wird der griechische Schuldenstand bei deutlich mehr als 300 Milliarden Euro liegen. Knapp 200 Milliarden entfallen dann auf die Kreditgeber EZB, Euroländer und IWF. Warum also auffällig oft dementiert wird: weil es richtig teuer wird.

9. August 2013

In der Wahlkampfhochphase

"Im September wird Frieda Stronach 50 Jahre mit dem bekennenden Frauenfreund verheiratet sein" - Ohne die "Kronen Zeitung" hätte Österreich dieses Jubiläum glatt übersehen

Ist da nicht etwas im September? Ja, das auch, aber ein Ereignis darf um Gottes Willen nicht vergessen werden: "Im September wird Frieda Stronach 50 Jahre mit dem bekennenden Frauenfreund verheiratet sein". Ohne die "Kronen Zeitung" hätte Österreich dieses Jubiläum glatt übersehen. Denn im angenehmen "Gegensatz zu ihrem Mann meidet die 69-Jährige die Öffentlichkeit weitgehend. Deshalb wird das Paar das Jubiläum voraussichtlich auch getrennt voneinander feiern, denn" - und da sieht man wieder, wie die Politik die zartesten Bande einer Ehe brutal zerreißen kann - "es fällt ausgerechnet in die Wahlkampfhochphase". Aber in der "Wahlkampfhochphase" kann er seine Frau beim besten Willen nicht in Österreich brauchen, schon wegen der Kontrastwirkung. "In gepflegtem und akzentfreiem Hochdeutsch", schließlich ist "die zierliche Person, aufgewachsen in Stronachs Heimatstadt Weiz, eine echte Lady", erklärt sie: "Ich drücke Frank die Daumen, aber ich will nicht im Rampenlicht stehen" - und das "mit Sinn für Humor". Und mit was für einem!

"So zieht sie ihren Gatten gerne auf, wenn er seine Witzchen über die Damenwelt macht. Vor der "Krone" sagt sie zu ihm: "Du wandelst das Original einfach immer ab, nur damit ihr, die Männer, besser weg kommt." So ein Schlingel - und das "vor der "Krone"! Nach fünf Jahrzehnten weiß Frieda ihren Mann zu nehmen wie er ist." Er umgekehrt hat nicht so lange gebraucht, um sich ihr verständlich zu machen. "Das habe ich ihr von Anfang an gesagt: Dass sie mich akzeptieren muss, wie ich bin. Sie wird aber immer als Mutter meiner Kinder eine besondere Stellung bei mir haben."

Großzügigkeit ist und bleibt nun einmal eine der starken Seiten Frank Stronachs, und niemand singt seit Jahren ihr Lied durchdringender als die "Kronen". Wenn es vergangenen Sonntag zu einem anschwellenden Bocksgesang geriet, so lag es nicht nur an der bevorstehenden "Wahlkampfhochphase", sondern auch an der "Krone"-Reporterin Brigitte Blabsreiter, die diesmal die Aufgabe hatte, die Stronach-Leier zu schlagen. Dass "der 80-Jährige neben der "Krone" auch drei heimische freiwillige Helfer der Jahrhundertflut samt Begleitung" zum Flug in seinem Privatjet nach

Kanada eingeladen hatte, sollte schließlich der Öffentlichkeit in der "Wahlkampf-hochphase" nicht verborgen bleiben.

Und nicht, dass seine zusammengekaufte Partei auch danach nur einen eher bedeutungsloser Teil seiner Aktivitäten darstellen wird. Als seinen "'eigentlichen Wohnsitz' erklärt Frank Stronach ohnehin" seine Falcon 7X, die "mit den aus Mahagoniholz geschnitzten Armaturen, der Marmor-Küche bis hin zu den vergoldeten Möbeln im Waschbereich alles bietet, was das Luxus-Herz begehrt". "Drei Wochen Österreich, eine Woche Florida, drei Wochen Kanada und alles wieder retour - my jet is my castle." Allein "200 Baupläne liegen auf dem Schreibtisch des Firmenchefs" in seinem Büro in Kanada.

Österreich beabsichtigt er nach dem 29. September also überwiegend aus der Ferne zu regieren, aber keine Angst, "es ist schier unmöglich, ihm böse zu sein. Allerdings" - schwant Frau Blabsreiter eine dunkle Seite an Frank Stronach - "ist es genauso unmöglich, dem Milliardär zu widersprechen - wer das macht, läuft Gefahr, ihn zu verstimmen. Zumindest für einen kurzen Moment lang." "Der, je nach Charme des Aufmüpfigen, auch länger dauern kann." Aber in Österreich wusste man "von Anfang an", dass man ihn "akzeptieren muss, wie ich bin". Wenn seine Abgeordneten im Fall der Wahl das auch tun, werden sie "eine besondere Stellung" bei ihm haben. Aber keine wichtige.

Heiß war's die letzten Wochen, und das blieb auch in der "Krone" vom Donnerstag nicht ohne Folgen. "arminwolf.journalist" hatte die Welt über "www.facebook.com" mit einem Selbstporträt beglückt, umringt von vier Ventilatoren. Was irgendjemanden folgendes Heldenlied anstimmen ließ: "Wien, 36 Grad, Armin Wolfs Frisur hält. Wie der "ZiB 2"-Anchorman Armin Wolf in der Hitze des Wort-Gefechts, auch bei den momentan fast tropischen Temperaturen einen kühlen Kopf bewahrt, zeigte der 46-jährige Journalist am Dienstag bei einer seiner zum Kult gewordenen Verabschiedungen. Im Studio standen ihm vier Ventilatoren tapfer zur Seite. Keine Sorge, die Frisur des TV-Veteranen blieb weitgehend unversehrt."

Wenn die Tapferkeit von vier Ventilatoren "in der Hitze des Wort-Gefechts zum Kult gewordene Verabschiedungen" eines "46-jährigen TV-Veteranen" rettet, fällt einem ein Stein vom Herzen.

Die geschmierte Muse

Museumsdirektoren verschleudern öffentliche Gelder, Kritiker lassen sich beschenken und Galeristen schneiden mit, wo sie können. Wie korrupt ist eigentlich die Kunst?

Wenn Peter Noever feierte, dann aber richtig. Alljährlich lud der ehemalige Direktor des Museums für angewandte Kunst (Mak) befreundete Akteure des Wiener Kulturlebens ein, um den Geburtstag seiner Mutter zu zelebrieren; die dabei anfallenden Spesen, 172.000 Euro in zehn Jahren, bezahlte er aus der Museumskassa.

Jettete er wieder einmal nach Los Angeles, um eine der Mak-Dependancen zu besuchen, musste garantiert keiner der Gäste durstig nach Hause gehen. Während eines Abendessens konsumierten acht Personen 58 Flaschen mit alkoholischen Getränken, wie die Buchhaltung verzeichnete. Anfang 2011, nach 25 Jahren an der Spitze des Hauses, war die Party zu Ende. Noever trat zurück.

Game Noever

Noevers Rücktritt markiert eine Wende im Verständnis kultureller Institutionen. Die Öffentlichkeit betrachtet Museen, Theater und Festivals nicht mehr als Spielwiesen genialischer und origineller Projektemacher, bei denen das Leben feuchtfröhlich in die Kunst übergeht. Der Anspruch auf moralische Integrität, verknüpft mit Schlagwörtern wie Transparenz und Unbestechlichkeit, verlor seinen spießigen Beigeschmack. Als fortschrittlich gilt heute, wer sich demonstrativer Verschwendung enthält und mit Subventionen möglichst sorgsam umgeht.

Am Beispiel der bildenden Kunst lässt sich zeigen, wie dieser neue Geist ein übel beleumundetes Milieu verändert, in dem Geschichten über gekaufte Kunsthistoriker kursieren, die bei Millionendeals Gefälligkeitsgutachten erstellen, oder über Museumsdirektoren, die sich von Künstlern beschenken lassen und damit eine beträchtliche Privatsammlung aufgebaut haben. Oder von Sammlern fette Honorare für ihre Beratungstätigkeit kassieren.

„Der Kunst- und Kulturbetrieb ist Teil der Gesellschaft und daher keine Ausnahme. Es gibt genauso Fälle von Korruption wie in der Wirtschaft oder Politik, wenn auch in kleinerem Maßstab." Diese Einschätzung stammt von einem, der sich in den letzten Jahren einen Namen als Korruptionsjäger gemacht hat. Wolfgang Zinggl, 58, ist Künstler und grüner Abgeordneter im Nationalrat.

Er setzte Peter Noever, den Direktor des Museums für angewandte Kunst, durch parlamentarische Anfragen unter Druck. Auch die Demontage von Gerald Matt, dem langjährigen Direktor der Kunsthalle Wien, ging von Zinggl aus, der sich das Etikett eines Scharfrichters freilich nicht umhängen lassen will. „Mir geht es um etwas anderes: Wir hören ständig, dass es überall an Geld fehlt. Gleichzeitig sehen wir, wie viel Gelder verschlampt werden oder in Taschen fließen, wo sie nicht hingehören. Das wollen wir abstellen."

Das Interview findet in der Cafeteria des Parlaments statt, wo Zinggl seit 2005 tätig ist. Bereits als Kunstkritiker beim Falter und als Mitglied der Gruppe WochenKlausur hatte er die ethischen Grundlagen der Kunst hinterfragt. Der gängigen Vorstellung vom

genialischen Künstler setzte er sozialpolitische Projekte entgegen, etwa die Einrichtung einer medizinischen Versorgung für Obdachlose in der Wiener Secession.

Gegen die Verführungen des Marktes ist die Künstlergruppe, die heuer ihr 20-jähriges Jubiläum feiert, schon deshalb immun, weil sie keine käuflichen Werke produziert. Als Politiker hat es sich Zinggl zur Aufgabe gemacht einzugreifen, wenn die Kontrollmechanismen der Macht versagen.

„Wo eine Regierung zu lange die absolute Mehrheit hat, agieren die Medien nicht mehr, wie sie sollten. Und wenn Direktoren und Direktorinnen sehr lange im Amt sind, denken die sich: das gehört jetzt mir“, sagt Zinggl. Im Laufe der Jahre entstünden starke Verflechtungen zwischen mächtigen Institutionen und der Politik, zwischen einflussreichen Kulturmanagern und den Medien.

So verfügten etwa die Salzburger Festspiele über kein unabhängiges, von der Geschäftsführung getrennt eingerichtetes Aufsichtsorgan, weswegen es auch keine wirksame Kontrolle gäbe, und der ehemalige Technische Direktor, Klaus Kretschmer, auch bekannt als „Mr. Zehn-Prozent“, über Jahre hinweg Provisionen kassieren konnte. „Der lernte, dass er das darf.“

Zinggl unterscheidet zwischen dem Strafgesetz und ethischen Standards, an die sich öffentliche Einrichtungen zu halten hätten. Kein Richter könne Museumsdirektoren dafür verurteilen, dass sie überteuerte Reisen machten oder sich eine positive Berichterstattung durch Geschenke an Journalisten erkauften. Als Kulturpolitiker könne er solche Hybris aber sehr wohl anprangern. „Ich weiß, wie viele Künstler und Institutionen unter prekärsten Bedingungen arbeiten müssen.“

Kooperation & Korruption

In der Kulturnation Österreich ziehen sogar Lappalien wie die hohen Reisespesen von Museumsdirektoren die öffentliche Aufmerksamkeit auf sich. Während es im Fall der Privatisierung staatlicher Buwog-Wohnungen um Millionen ging, die zwischen Parteien und ihren Freunden verschoben wurden, geht es in der Kunstwelt meist um wesentlich geringere Summen und eher um Schlampereien.

Fällt das Zeitungsinterview besonders freundlich aus, weil der Feuilletonchef mit dem Direktor öfters auf Dienstreise war? Schafft ein Künstler nur deshalb den Durchbruch, weil er die richtigen Kontakte hat? Die Grenze zwischen Kooperation und Korruption, zwischen Freundschaft und Nepotismus ist in der Kunst fließend.

„Das geht aufs Haus“, sagt Erwin Melchardt, 69, als der Falter-Reporter Kaffee und Kuchen bestellt. Wir sitzen im Café des Auktionshauses Dorotheum, wo Melchardt seit seiner Pensionierung als Experte für außereuropäische Kunst tätig ist. Jahrzehntelang hatte er in der Redaktion der Kronen Zeitung gearbeitet und sich dort einen Ruf als unbestechlicher Kunstkritiker erschrieben – was zu Beginn seiner Laufbahn in den frühen 1970er-Jahren offenbar gar nicht so einfach war: Interviews in Ateliers endeten nicht selten mit der Einladung von Künstlern, der Journalist möge sich aus einem Stapel von Zeichnungen doch etwas aussuchen. Einmal lehnte sogar eine nach frischer Farbe riechende Leinwand an Melchardts Wohnungstür; das Werk sollte den Kritiker wohlgesonnen stimmen. Als bei anderer Gelegenheit ein gut gefülltes Kuvert über den Tisch wanderte, schob es der Gast wieder zurück.

Ältere Kollegen hätten ansehnliche Kunstsammlungen aufgebaut, erinnert sich der pensionierte Kritiker. Das hing auch damit zusammen, dass sie sich als Fürsprecher bestimmter Bewegungen verstanden. Kurier-Kritiker Johann Muschik etwa verschrieb sich dem Werk der Phantastischen Realisten, deren Gruppenname übrigens von ihm selbst stammt. Kristian Sotriffer von der Presse hielt den Künstlern der Galerie nächst St. Stephan die Stange. „Meine Grundsätze waren: keine moderne Kunst sammeln und mit Künstlern nicht zu sehr befreundet sein“, erzählt Melchardt. „Es hat einige Jahre gedauert, bis sich das herumgesprochen hat.“

Das zahlungskräftige Massenblatt bot seinem Kunstmann einen fixen Job, was dessen ökonomische Unabhängigkeit sicherte. Die üblichen Einladungen zu Kunstmessen auf Kosten der Veranstalter konnte er daher ebenso ausschlagen wie die Honorare für Katalogbeiträge und Eröffnungsreden.

Kritische Werbung

Je besser ein Kritiker verdient, umso leichter fällt ihm die Unbestechlichkeit. Freie Kulturjournalisten hingegen leben auch von den Texten für Museen, Galerien und Kunsthallen. Einladungen zu Pressereisen werden von Redaktionen nicht selten an Freelancer weitergereicht, als Entschädigung für deren lausige Honorare. Die fixen Redakteure bleiben so frei vom Geruch der Käuflichkeit.

Die wichtigen Geschäfte finden ohnehin eine Etage höher statt. Große Institutionen kaufen Seiten in Tageszeitungen, um dort über ihre neuen Ausstellungen berichten zu lassen. Die Artikel sind im besten Falle als Promotion gekennzeichnet, haben aber die Aufmachung eines redaktionellen Beitrags. Da sie außerdem nicht selten von Mitgliedern der Redaktion verfasst sind, verschwimmt die Grenze zwischen Werbung und unabhängigem Journalismus. Welcher Kritiker wird eine Ausstellung verreißen, nachdem er sie in einer Beilage über den grünen Klee gelobt hat?

Die Zeiten, als Kritiker noch bestimmte Stilrichtungen hochschrieben, sind allerdings längst vorbei. Nicht die Kunstjournalisten, sondern Kuratoren und Sammler bestimmen, welcher Künstler wichtig ist. Ein Heer schlecht bezahlter Rezensenten liefert das kritische Dekor, das für die Garnierung der Kunstmarktseller nötig ist. Die Einladung, sich im Atelier ein schönes Stück auszusuchen, müssen sie nicht ausschlagen: So weit kommt es erst gar nicht.

„Oje, auf alles gibt es Freiheitsstrafen!“, sagt Karola Kraus, 52, die Direktorin des Museums moderner Kunst Stiftung Ludwig Wien (Mumok), beim Blättern in den druckfrischen Antikorruptionsrichtlinien. Seitdem im letzten Jahr das Korruptionsstraf-recht verschärft wurde, gelten auch für die Mitarbeiter von öffentlich finanzierten Institutionen, etwa Bundesmuseen, neue Verhaltensregeln.

Wenn etwa ein Kurator von einem Künstler als Dankeschön für die geleistete Arbeit ein Kunstwerk geschenkt bekommt, muss er es an die hauseigene Sammlung weiterreichen. Die Teilnahme an wissenschaftlichen Beiräten muss gemeldet werden, Essenseinladungen dürfen einen Wert von 100 Euro nicht überschreiten. Abzulehnen sind Veranstaltungen mit „überwiegendem Freizeitcharakter“, wie zum Beispiel Jagdeinladungen. „Ich finde das richtig, schließlich arbeiten wir hier mit Steuergeldern“, sagt Kraus.

Markt und Museum

Die deutsche Kunsthistorikerin wägt zwischen öffentlichen und privaten Interessen sorgsam ab. Kraus entstammt der Industriellenfamilie Grässlin, die über eine bedeutende Sammlung zeitgenössischer Kunst verfügt. Die Stiftung Grässlin, die einen dem allgemeinen Publikum zugänglichen Ausstellungsbetrieb in St. Georgen im Schwarzwald unterhält, kauft weiterhin Werke an, und Karola, die jüngste Tochter, hat ein Stimmrecht. Außerdem ist ihre Schwester Bärbel in Frankfurt am Main Galeristin und vertritt Künstler wie Albert Oehlen und Franz West, die in Mumok-Ausstellungen zu sehen waren und sind.

Besteht nicht die Gefahr, dass die Direktorin die eigenen Künstler bevorzugt? „Ich stelle nur jene Künstler aus, die ich für international so bedeutsam erachte, dass unsere Werke dadurch keinen weiteren Wertzuwachs erfahren“, erklärt die Museumsmanagerin.

Kraus sitzt in ihrem minimalistisch eingerichteten, monochrom weißen Büro im Museumsquartier. Nur einige ausgesuchte Bilder und Skulpturen zeitgenössischer Künstler zieren den Raum, die Direktorin hat sie persönlich gekauft. Wie wägt sie ab zwischen Markt und Museum?

Die Macht der Sammler

Als Beispiel führt Kraus die derzeit laufende Retrospektive des Malers Albert Oehlen an: Dessen Bilder bedürften keiner musealen Aufwertung, da sie auf dem Kunstmarkt ohnehin sehr begehrt sind. Während die Grässlins in den 1980er-Jahren Oehlen-Werke um wenige 1000 Euro kauften, erzielen Werke dieses Künstlers auf Auktionen heute Preise bis zu 500.000 Euro. Ein weniger etablierter Künstler aus ihrer Privatsammlung hätte bei Kraus im Mumok keine Aussicht auf eine museale Würdigung.

In der Bundesverwaltung ist Korruption derzeit ein heißes Eisen. Dabei hat der öffentlich finanzierte Kunstsektor seine Vorreiterrolle längst eingebüßt: minimale Ankaufsbudgets ließen seine Macht schrumpfen. Zu undurchsichtigen Deals kommt es meist auf dem privaten Kunstmarkt, wo mächtige Händler ihre Position ausnützen.

Loyal, illoyal, scheißegal

So gab der Galerist Larry Gagosian bei einer öffentlichen, von der Zeit publizierten Vernehmung in New York erst unlängst einen Einblick in sein Geschäftsgebaren. So nahm er etwa ein Bild von Roy Liechtenstein um eine Million Dollar in Kommission und verkaufte es gleich darauf um zwei Millionen, ohne dass der Verkäufer wusste, dass Gagosian ebenso viel an dem Handel verdiente wie er selbst.

In einem anderen Fall vercheckte er ein Bild, ohne dessen Eigentumsverhältnisse geklärt zu haben. „Ich weiß nicht, was ‚loyal‘ heißt“, antwortete der mächtigste Galerist der Gegenwart auf die Frage, wie es um seine Loyalität gegenüber Kunden bestellt sei.

Die Loyalitätskonflikte der Direktorin eines mittelgroßen europäischen Museums nehmen sich vergleichsweise harmlos aus. Hier geht es um Sponsorenessen oder kostenlose Kataloge, die Kraus an die Mumok-Bibliothek weiterreicht. Wenn sie privat eine Kunstreise unternehme, würde sie in einem teureren Hotel übernachten als auf einer Dienstreise. „Für mich ist die Kunst der Lebensinhalt. Da zahle ich die Rechnung lieber selber.“

09.08.2013, 16:02

Steuerhinterziehung bleibt in Griechenland Volkssport

Untersuchungen. In nahezu jedem zweiten Lokal in den griechischen Tourismuszentren wurden Unregelmäßigkeiten festgestellt.

Athen. Griechenland bekommt die Steuerhinterziehung trotz verstärkter Kontrollen der Steuerfahnder nicht in den Griff. Besonders in den Touristenzentren der Ägäis gibt es zahlreiche Steuersünder. Auf Rhodos, Kreta, Santorin oder Mykonos häuften sich die Fälle, teilte die Steuerfahndung (SDOE) am Freitag mit.

Die Beamten überprüften in der Zeit vom 25. Juli bis 5. August 1465 Restaurants, Bars und Nachtclubs auf zahlreichen Inseln und in wichtigen Tourismuszentren auf dem Festland. In knapp der Hälfte der kontrollierten Lokale (731) wurden Unregelmäßigkeiten festgestellt. In den meisten Fällen gaben die Inhaber keine Quittungen aus. Sie kassierten zwar die Mehrwertsteuer, steckten sie aber in die eigene Tasche.

Feldzug gegen Steuerhinterzieher

Nach Angaben des Finanzministeriums wurden in diesem Sommer bisher 12 Unternehmen als Strafe für Steuerhinterziehung für einen Monat geschlossen. Weitere 14 Schließungen würden in den nächsten Tagen verhängt. Finanzminister Ioannis Stournaras sprach am Freitag im Fernsehen von einem "Feldzug" der Fahnder gegen die Steuerhinterziehung.

BAWAG klagt in Linzer Swap-Affäre auf 2 Mio. Euro

11.08.2013Bürgermeister Franz Dobusch und Finanzstadtrat Johann Mayr geraten in der Linzer Swap-Affäre unter Druck. Die BAWAG P.S.K. hat nun Schadenersatzforderungen gegen beide Politiker eingereicht.

Klage geegen den Linzer Bürgermeister.

Dobusch wäre laut Vorwurf der BAWAG P.S.K. zweigleisig unterwegs gewesen: Hätte sich das Geschäft positiv entwickelt, wäre am Vertrag festgehalten worden. Wenn nicht, hätte man auf Ungültigkeit plädiert. Als Indiz würde diesbezüglich der Bericht der Landes-Gemeindeaufsicht herhalten, der die Wirksamkeit von reinen Grundsatzbeschlüssen des Gemeinderates in Frage gestellt hatte.

In der Affäre geht es um ein hochspekulatives Zins- und Währungstauschgeschäft auf die Entwicklung des Schweizer Franken, das die Stadt Linz im Februar 2007 mit ihrer jahrzehntelangen Hausbank BAWAG P.S.K. abgeschlossen hatte. Die Stadt, die der Ansicht ist, dass das für sie verlustreiche Geschäft nicht zustande gekommen ist, fordert in der Klage beim Handelsgericht vom Geldinstitut die Rückzahlung von bereits erbrachten Zahlungen in Höhe von 30,6 Mio. Franken, umgerechnet rund 25 Mio. Euro.

Da die Linzer die Zahlungen im Oktober 2011 vorzeitig eingestellt hatten, fordert die BAWAG P.S.K. ihrerseits von der Stadt Schadenersatz in Höhe von 417,7 Mio. Euro. Dazu kämen noch Verzugszinsen

12.08.2013

"Edelkieberer" für Stronach.

36 Jahre war er bei der SPÖ. Jetzt wechselt Max Edelbacher

Heute, Montag, um 17.00 Uhr endet die Frist: Bis dahin müssen die Parteien entscheiden, welche Kandidaten sie auf die Bundesliste für die Nationalratswahl setzen.

In Geheimniskrämerei übte man sich bis zuletzt im Team Stronach, mit Ex-ORF-Chefin Monika Lindner tauchte am Wochenende noch ein prominenter Name auf der Stronach-Liste auf.

Die Landeslisten stehen bereits fest. In Wien gehen gleich zwei Promis für Stronach ins Rennen: Neben Ex-Radiomoderator Hary Reithofer wirbt „Edelkieberer" Max Edelbacher um Stimmen. Das Pikante daran: Der einstige Leiter des Wiener Sicherheitsbüros, Autor zahlreicher Bücher und seit 2006 in Pension, war 36 Jahre Mitglied der SPÖ.

Warum ist er jetzt bei Stronach? „Ich bin 69, das ist für mich vielleicht die letzte Chance, etwas zu bewegen", sagt Edelbacher im KURIER-Gespräch. Schon bisher habe er sich für Kleinparteien engagiert, nachdem er 2008 verärgert aus der SPÖ austrat. „Bei der SPÖ habe ich zum Schluss sehr negative Erfahrungen gemacht. Dort ist man de facto nicht gehört worden", kritisiert Edelbacher. Ein Reformpapier über die Kriminalpolizei – schubladisiert. Ein Buch mit 21 Kritikpunkten – nicht gelesen.

Jetzt stellt Edelbacher seine Reformideen zu den Themen Sicherheit und Antikorruption dem Team Stronach zur Verfügung – unentgeltlich, wie er betont: „Ich habe keinen Euro bekommen und verlange auch keinen."

Den Kontakt zu Frank Stronach habe Tennispartner Rudi Weigerstorfer, Vater von Stronachs Beraterin Ulla Weigerstorfer, hergestellt. Stronach schätze er, sagt Edelbacher: „Stronach hat einfache Wahrheiten, aber er ist ehrlich und kompetent."

Sollte es das Wahlergebnis zulassen, spricht sich Edelbacher für eine Regierungsbeteiligung des Team Stronachs aus: „Inhaltlich können wir mit jedem reden. Wichtig sind sachliche Lösungen." Als Probleme im Bereich Sicherheit sieht er etwa eine Entfremdung zwischen Bürgern und Polizei, den Personalabbau und die zu laxe Verfolgung von Korruptionsdelikten. Dem im Parteiprogramm geforderten „unbewaffneten Ordnungsdienst" steht er skeptisch gegenüber: „Hier muss man vorsichtig sein. Ein militantes Auftreten selbst ernannter Ordnungshüter ist abzulehnen."

Das Innenministerium sei aktuell eine „Vorfeldorganisation der ÖVP". Parteipolitik habe in der Polizei nichts verloren. Beim Aufreger-Thema Strafvollzug fordert er ein neues Jugendkompetenzzentrum. „Im Gefängnis lernen die Jungen von den alten Strizzis nur Schlechtes."

11.08.2013, **Hiobsbotschaft für Ex-Parteichef Josef Martinz.**

Hypo-Affäre: Generalprokuratur empfiehlt OGH, Martinz' Einwände "zur Gänze zu verwerfen".

Schlechte Karten haben der Kärntner Ex-ÖVP-Chef Josef Martinz sowie die ehemaligen Vorstände der Landesholding, Hans-Jörg Megymorez und Gert Xander, vor dem Obersten Gerichtshof (OGH). Der Grund: In der Causa Birnbacher erteilt die Generalprokuratur ihren Nichtigkeitsbeschwerden gegen die Schuldsprüche nun eine klare Absage.

Wie berichtet, sind Martinz, die beiden Vorstände sowie Steuerberater Dietrich Birnbacher 2012 wegen Untreue zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt worden. Grund war das Sechs-Millionen-Euro-Honorar, das an Birnbacher im Zuge des Hypo-Verkaufs an die BayernLB geflossen war – und das von einem Gutachter als viel zu hoch eingestuft wurde.

Martinz' Anwalt hatte viele Gründe für die Nichtigkeitsbeschwerde angegeben. Die Generalprokuratur kommt aber – wie der Erstrichter – zu dem Schluss, dass Martinz, Megymorez und Xander schuldig sind. Sie empfiehlt, „die unbegründeten Nichtigkeitsbeschwerden zur Gänze zu verwerfen".

Martinz hofft jetzt auf den OGH: „Er wird entscheiden und ist an die Stellungnahme der dem Ministerium unterstellten Generalprokuratur nicht gebunden. Das Ministerium will offensichtlich eine Verurteilung erreichen", sagt er zum KURIER

11.08.2013,

Das Geschäft mit den Großpleiten

Großpleiten sind für die Abwickler von Insolvenzen ein lukratives Geschäft. Doch nur ein kleiner, exklusiver Kreis von Anwälten kommt an die wirklich profitablen Firmenbegräbnisse und kassiert Honorare in Millionenhöhe. Netzwerken gehört zum Business.

Der Baukonzern Alpine und die Drogeriekette Daily sind wegen ihrer Dimensionen die derzeit spektakulärsten Pleiten, aber nur die Spitze des Eisberges. Seit Jahresbeginn wurden schon mehr als 3000 Unternehmen zu Grabe getragen. Wenn die Wirtschaft schwächelt, haben die Masseverwalter Hochsaison.

Insolvenzen sind ein sicheres Geschäft. Die Abwickler, meistens Rechtsanwaltskanzleien, kriegen ihr Geld so gut wie immer. Bei Großpleiten können sich die Gagen der Masseverwalter locker auf einige Millionen Euro summieren. „Beim Konkurs einer kleinen Baufirma ist der Masseverwalter ein armer Hund. Aber die großen Fälle, die sind ordentlich lukrativ“, weiß Steuerberater **Günter Doujak**.

Die richtig dicken Fische angeln sich freilich nur Wenige. Die Großpleiten teilt sich ein kleiner Zirkel von Anwälten, die regelmäßig von den Insolvenzrichtern beauftragt werden. „Die Bestellungspraxis halte ich für eine Sauerei. Nur weil die sich alle kennen, werden immer dieselben bedient“, empört sich ein renommierter Wiener Anwalt. „Das ist ein Closed Shop, als Außenseiter hat man keine Chance, da jemals hineinzukommen“, ärgert sich ein anderer Advokat. Weshalb in Juristenkreisen ist immer wieder von „Insolvenzmafia“ die Rede ist. Kritiker des gut eingespielten Systems aus Masseverwaltern, Richtern und Gläubigerschützern wollen namentlich lieber nicht genannt werden, sonst könnte es mit Aufträgen für immer aus sein.

Die Honorare sind in der Insolvenzordnung detailliert vorgegeben und errechnen sich, degressiv gestaffelt, in Prozenten des verwerteten Vermögens. So soll der Anwalt **Matthias Schmidt**, einer der Big Player der Zunft, bei Insolvenz und Sanierung der A-Tec des Selfmade-Industriellen **Mirko Kovats** bis dato 6,3 Millionen Euro abgerechnet haben. Das Honorar für den Wirtschaftsprüfer **Deloitte** inkludiert. Im Firmenbuch sind unter Schmidt mehr als 200 abgewickelte Insolvenzen aufgelistet.

Ein feines Geschäft für die Kaiser der Masse dürfte vermutlich auch die Alpine werden, dort werken **Stephan Riel** und **Karl Engelhart**. Beide sind langjährige Profis. Riel, der kürzlich auch die Insolvenz des Schwedenbomben-Erzeugers Niemetz abarbeitete, bringt es auf mehr als 400 Masseverwaltungen, Kollege Engelhart hält mit weit über 200 Causen mit.

Bei der Pleite des ehemaligen Bau-Tycoons **Alexander Maculan** sollen sich knapp drei Millionen Honorar angesammelt haben. Beim Konsum wurden rund sieben Millionen Euro kolportiert.

Hat sich der Masseverwalter besonders aufopfernd abgerackert, kann der Richter ein „Sonderhonorar“ drauflegen. Oder streichen. Das Oberlandesgericht Graz kürzte etwa im Insolvenz-Verfahren der AvW-Gruppe (**Auer-Welsbach**) die Gage des Masseverwalters von 512.000 Euro um fast ein Drittel.

„Wer eine Großpleite bekommt, hat für sein Leben ausgesorgt. Aber auch bei kleineren Fällen kann man ganz gut verdienen“, ätzt ein Insider. Besonders beliebt seien Anfechtungen von im Vorfeld der Pleite bezahlten Verbindlichkeiten. Holt der Masseverwalter z.B. 100.000 Euro wieder zurück, klingelt seine Kasse mit 16.100 Euro.

„Die Vertrauensbasis zwischen Masseverwalter und Richter ist ganz wichtig. Die Richter wollen Erfolge und kein Risiko eingehen. Also beauftragen sie Kanzleien, mit denen sie gute Erfahrungen gemacht haben. Die meisten Insolvenzen werden ordentlich und korrekt abgewickelt“, verteidigt **Hans-Georg Kantner** vom Kreditschutzverband von 1870 (KSV) das System. Eines stimmt natürlich. Für Großinsolvenzen braucht es Kanzleien mit entsprechenden Kapazitäten.

Weshalb die Favoriten „immer wieder von den Richtern Auf-träge bekommen, damit sie diese personellen Kapazitäten vorhalten kön-nen“. Manche Konkursrichter vererben ihre sorgsam gehüteten Anwaltslisten an ihre Nachfolger weiter.Profiteure des Geschäfts mit der Masse sind auch die mächtigen Gläubigerschützer. Sobald eine Pleite bekannt wird, startet das Wettrennen um die Gläubiger. Die meisten lassen sich vertreten. Daher bestimmen die Schutzvereine maßgeblich den Ausgang einer Insolvenz mit – ob der Patient liquidiert, verkauft oder weitergeführt wird. Den Gewinn will man beim Marktführer KSV lieber nicht verraten.

Wer im System bleiben will, muss die Kontakte pflegen. Man trifft einander bei Tagungen im In- und Ausland und ist über Plattformen vernetzt. Auf ReTurn etwa tummeln sich Insolvenzanwälte, Banker und Wirtschaftsprüfer. Auch Sport verbindet. Im **FC Insolvenz** kickt die Zunft gegen andere Hobby-Mannschaften, einmal wöchentlich wird trainiert. Da rennt Anwalt Schmidt neben Richter **Hannes Gumpinger** im Mittelfeld, der Chef der Insolvenz-abteilung des KSV, **Christoph Vavrik**, ist in der Abwehr aufgestellt.

Für sparsame Mitglieder gibt’s auf der Homepage des FC Insolvenz auch gleich Links zu Quellen für billige Louis-Vuitton-Taschen, Luxus-Schuhmarken und Schätzmeister für Schweizer Nobeluhren.

Weniger erfolgreich war das Frauen-Netz-werk net4success der Insolvenzjuristin **Ulla Reisch**, das eingestellt wurde. „Das ist bei den Herren nicht so gut angekommen“, bedauert die Anwältin. Sie selbst braucht das Netzwerk wohl nicht mehr. Reisch ist inzwischen in die Top-Liga aufgestiegen und bei der Alpine-Pleite mit an Bord. Übrigens soll es einen Insolvenz-Richter geben, der teure Seminare für die Branche abhält. -

Mit Aufträgen des Herrn Rat besteht ganz sicher kein Zusammenhang ...

12. 08. 2013 FLUGLÄRMSTREIT **Deutschland droht auch Österreich mit einseitiger Verordnung**

Im jahrelangen Streit um den Fluglärm über Salzburg, von dem auch die Bevöl-kerung in Bayern betroffen ist, setzt Deutschland Druck auf. Eine einseitige Verordnung könnte die Existenz des Flughafens bedrohen.

Der jahrelange Streit zwischen Deutschland und Österreich um den Fluglärm über Salzburg scheint von der Tatsache befeuert zu werden, dass in beiden Ländern in wenigen Wochen Wahlen stattfinden. Deutschland droht dem Nachbarn ebenso mit einer einseitigen Durchführungsverordnung, wie sie bereits für Anflüge über den süddeutschen Raum auf den Flughafen Zürich gilt. Eine solche Verordnung wurde dem österreichischen Botschafter in Berlin vom deutschen Verkehrsminister Peter Ramsauer «in deutlichen Worten» angekündigt, wie es aus dem Salzburger Bürgermeisteramt heisst. Ein Sprecher Ramsauers bestätigte gegenüber den «Salzburger Nachrichten» letzte Woche, dass ein Entwurf weitgehend fertiggestellt sei, aber noch innerhalb der deutschen Regierung abgestimmt werden müsse.

Gefährliche Südanflüge?

Weder zum Inhalt noch zum Zeitpunkt des Inkrafttretens der Regelung ist Näheres bekannt. Doch das Gerücht, dass Deutschland über der bayrischen Gemeinde Freilassing nur noch Flüge in einer Höhe von 7000 Fuss (2134 Meter) tolerieren will, sorgt in Salzburg für Aufregung. Für den Salzburger Bürgermeister Heinz Schaden würde dies den Nordanflug auf Salzburg verunmöglichen und damit den Flughafen gefährden – mit gravierenden Folgen für den Tourismus. Denn Salzburg ist ausser gegen Norden hin von Bergen umgeben, was Anflüge aus Süden gefährlicher und nur für mit bestimmten Instrumenten ausgerüstete Maschinen möglich macht.

Im Februar wurde anlässlich eines Treffens zwischen Ramsauer, Schaden und den Bürgermeistern verschiedener Anrainergemeinden vereinbart, dass zur Entlastung der deutschen Bevölkerung Landeanflüge künftig zu 70 Prozent über Bayern und zu 30 Prozent über Salzburger Gebiet erfolgen sollen. Diese Regelung wird allerdings noch nicht eingehalten, wie ein Sprecher des Flughafens kürzlich einräumte. Das Verhältnis der Anflüge aus Norden beziehungsweise Süden betrage 86:14.

Salzburgs stellvertretender Landeshauptmann Christian Stöckl von der bürgerlichen Volkspartei sagt dazu, dass Deutschland die Geduld aufbringen müsse, bis Flugzeuge mit den für Südanflüge nötigen Bordinstrumenten ausgerüstet und die Crews geschult seien. Stöckl war bis zu seiner Wahl in die Salzburger Landesregierung als Bürgermeister von Hallein selbst an den Verhandlungen mit den deutschen

Nachbargemeinden beteiligt und hat Verständnis für deren Anliegen. Er verurteilt aber die ultimative Drohung aus Deutschland, die das wirtschaftliche Betreiben des Salzburger Flughafens aufgrund der topografischen Lage bedrohe und ausserdem ein umweltpolitischer Unsinn sei. Stöckl geht nicht davon aus, dass die Durchführungsverordnung tatsächlich erlassen wird, da werde sich auch die EU zuvor einbringen. «Ich hoffe aber, dass die Deutschen zur Vernunft kommen», sagt er.

Salzburger tragen Hauptlast

Das Bundesland Salzburg ist Mehrheitsaktionär des Flughafens, und Stöckl betont, dass dieser auch von Passagieren aus Bayern genutzt werde. Zudem erfolgen 90 Prozent der viel lauteren Starts über Salzburger Gebiet. Johann Padutsch, der in der Stadtregierung für Verkehrsfragen zuständig ist, führte deshalb Ende letzter Woche ins Feld, dass fast ausschliesslich die Salzburger Bevölkerung die Lärmbelastung trage. Auf bayrischer Seite reiche die Lärmzone mit einem durchschnittlichen Lärmpegel von 60 bis 65 Dezibel lediglich 150 Meter über die Grenze in unbewohntes Gebiet. Der Dauerschallpegel im bewohnten Freilassing macht laut Experten dagegen nur 54 Dezibel aus. Es geht zudem nur um gut 17 000 Flugbewegungen pro Jahr (gegenüber 270 000 am Flughafen Zürich).

In Österreich wird die Drohung Ramsauers vor dem Hintergrund des deutschen Wahlkampfs gesehen. Ramsauer bewirbt sich im Wahlkreis Traunstein, zu dem auch Freilassing gehört, um die Wiederwahl in den Bundestag. Auch wenn es aus seinem Ministerium heisst, er setze sich seit Jahren für die lärmgeplagte Bevölkerung in Bayern ein und Österreich halte sich nicht an die Vereinbarung über eine Beschränkung der Nordanflüge, so ist die Drohung zum jetzigen Zeitpunkt für Ramsauers Wahlkampf sicher kein Nachteil.

In Salzburg fühlt man sich von Österreichs Verkehrsministerin Doris Bures im Stich gelassen, wie Stöckl erklärt. Deren Sprecherin sagte, zu der angedrohten Durchführungsverordnung könne man vorläufig keine Stellung nehmen, da man den Entwurf noch nicht kenne. Bures und Ramsauer seien aber in permanentem Austausch über Verkehrsfragen.

12. August 2013 **Raiffeisen-Manager Markus Mair wird neuer Styria-Chef**

er wechselt von Raiffeisen zur Styria.

Der 48-Jährige war bereits im Aufsichtsrat des Verlagskonzerns - Mair ist der erste Bankmanager an der Spitze des Medienunternehmens

Markus Mair, Generaldirektor der Raiffeisen-Landesbank Steiermark, wird laut mittlerweile bestätigten STANDARD-Infos neuer Vorstandschef der Styria Media Group. Der "Kurier" - die Zeitung hat aufgrund der Eigentümerstruktur gute Quellen zu Raiffeisen - berichtete Montagvormittag zuerst vom Wechsel an der Spitze des Grazer Medienhauses, kurz drauf bestätigten auch die "Presse" in eigener Sache, sowie die ebenfalls zum Konzern gehörende "Kleine Zeitung" und das "Wirtschaftsblatt".

Mair kennt das Unternehmen - er ist seit 2009 im Aufsichtsrat von Österreichs zweitgrößtem Verlagskonzern. Der 48-Jährige übernimmt den Job von Wolfgang Bretschko per 1. Oktober für fünf Jahre und bildet gemeinsam mit den Vorständen Klaus Schweighofer und Malte von Trotha die Konzernspitze der Styria.

Er ist der erste Bankmanager an der Spitze des Medienunternehmens. Zuvor war er 20 Jahre in unterschiedlichen Positionen in der Raiffeisen-Landesbank Steiermark tätig, davon acht Jahre als Generaldirektor. Diesen Job wird Martin Schaller antreten. Nur mit einem "perfekten Kandidaten" als Nachfolger konnte Mair die "spannende Herausforderung in einer für mich nicht ganz unbekannten Branche annehmen".

"Integrative Persönlichkeit"

Aufsichtsratsvorsitzender Friedrich Santner stellte den Styria-Managern ihren neuen Boss vor. Mair sei ein "kompetenter und erfolgreicher Manager" mit "integrativer Persönlichkeit" und "Erfahrung in der Führung einer komplexen Unternehmensstruktur", so Santner.

12. 08. 2013

ÖVP: Eine Typologie des schwarzen Politpersonals

Christlich-sozial oder marktgläubig? Ländlich-liberal oder urban-konservativ? Homoversteher oder Sozifresser? Im Wahlkampf ringt die ÖVP um die eigene Identität. Eine Typologie des schwarzen Politpersonals.

Zum inoffiziellen Wahlkampfauftakt waren die ÖVP-Wanderfreunde Montag vergangener Woche zünftig im Casual-&-Country-Look nach Gmunden gereist. Oberösterreichs Landeshauptmann Josef Pühringer führte Michael Spindelegger und die schwarze Regierungsschar auf die Ramsaualm beim Laudachsee am Fuße von Traun- und Katzenstein. Dort verkündete der ÖVP-Obmann knapp sein Erfolgsrezept für Österreich: „Mehr ÖVP, weniger SPÖ.“ -

Bleibt die Frage: Mehr wovon? Selbst dem schwarzen Spitzenpersonal ist nicht immer klar (und schon gar nicht genehm), **was drinsteckt, wo ÖVP draufsteht**. Vorvergangene Woche warf die Bezirksvorsteherin der Wiener Innenstadt, Ursula Stenzel, ihrer Partei in einem „Presse“-Interview vor, zu wenig „bürgerliche Politik“ zu machen. Die ÖVP sei „zu liberal“, etwa in der Schul- und Familienpolitik oder durch die Akzeptanz der Eingetragenen Partnerschaft für Homosexuelle. Dass mit dem Salzburger Jungpolitiker Asdin El Habbassi erstmals ein Muslim auf einem ÖVP-Ticket in den Nationalrat einziehen würde, sei Wählervertreibung.
Staatssekretär Sebastian Kurz kickte Stenzel daraufhin aus dem schwarzen Wertebogen: „Plumpe Ausländerfeindlichkeit war noch nie bürgerlich. Fremdenfeindlichkeit ist weder konservativ noch liberal, sondern einfach von gestern.“Noch in jedem Wahlkampf begab sich die ÖVP auf die Suche nach ihrer Identität. Was sie gern wäre, weiß sie genau: Kanzlerpartei. Ein heute etwa 40-jähriger ÖVP-Politiker – so alt ist zum Beispiel Justizministerin Beatrix Karl – kannte sechs rote Regierungschefs (Bruno Kreisky, Fred Sinowatz, Franz Vranitzky, Viktor Klima, Alfred Gusenbauer, Werner Faymann), aber nur einen schwarzen.

Wolfgang Schüssel hatte einst Ursula Stenzel in die Politik geholt. Ist der Typus Stenzel, 67, die personelle Vergangenheit und Kurz, 27, die Zukunft der ÖVP? Sind schwarze Funktionäre tatsächlich zu fortschrittlich für ihre Wähler? Oder doch zu rückständig? Liegt es zuvorderst an ihren Regierungsmitgliedern, Abgeordneten und Landeshauptmännern, dass die ÖVP auch 2013 eher nicht Kanzlerpartei wird? Eine Typologie des schwarzen Politpersonals. -

Der Hardcore-Schwarze

Schnell und nicht immer zu Unrecht gerät der Hardcore-Schwarze („Ich werfe auch in einem

Tunnel Schatten“) unter Snobverdacht – etwa wenn er die Wiener Innenstadt vor Prolos (Ursula Stenzel) oder die Gymnasien vor den Kindern der Prolos (Ursula Stenzel et al.) schützen will. Als sublimer Klassenkämpfer befürwortet der Hardcore-Schwarze Eliten – solange er dazugehört. Meistens ist er Akademiker, auch seine Kinder haben studiert, natürlich etwas Vernünftiges (Jus, BWL, Medizin). Weil auch in der ÖVP soziale Aufsteiger wie Wolfgang Schüssel an oberster Stelle landen, geniert er sich bisweilen für seine Standesdünkel. Sein schlechtes Gewissen verarbeitet er mit karitativer Tätigkeit bei Maltesern oder Rotariern. Prinzipiell hält der Hardcore-Schwarze seine Partei freilich für einen Oberschichtbetrieb, auch wenn das „V“ im Namen das Gegenteil suggeriert. In seiner sympathischeren Variante vertritt er nicht nur die Interessen des gehobenen Bürgertums, sondern auch jener, die nach oben wollen. Schließlich ist die ÖVP ja die Partei der Leistungswilligen.
Da die SPÖ gegen Elitenbildung sowie Bildungseliten und für Gleichmacherei sowie Gesamtschule ist, **tritt der Hardcore-Schwarze häufig auch als Sozifresser auf.** Wenn ihm **„aus dem ORF die roten Gfrieser entgegenrinnen“ (Andreas Khol** entschuldigte sich 2001 für Wortwahl, nicht aber für Gehalt der Aussage), **fühlt er sich in seiner Theorie einer medialen Linksverschwörung bestätigt**. Heißt der **Hardcore-Schwarze Maria Fekter, bekämpft er sogar „Sozen in allen Parteien“.** Je stärker der Sozifresser in ihm ausgeprägt ist, desto eher tendiert er zu Schwarz-Blau. Aus der jüngeren Parteigeschichte hat er nichts gelernt. -

Der Hardcore-Schwarze sieht zwischen seinen konservativen Werthaltungen und Modernität keinen Widerspruch. „Recht und Ordnung“ entspricht seinem Weltbild. Ersteres würde er im Zweifel zugunsten der Zweiteren einschränken. **Er ist überzeugt**, mit seinen Ansichten in der ÖVP – und im Land – **die schweigende Mehrheit zu vertreten**. Der wertkonservative Kern- ist ihm wichtiger als der flatterhafte Wechselwähler. Ein Gräuel bedeuten ihm **zeitgeistverdorbene Linksabweichler in der eigenen Partei. Die nennt er „Liberale“.** -

Vertreter: Andreas Khol, Maria Fekter, Ursula Stenzel, Erwin Pröll

Der schwarze Softie -

Hat ein ÖVP-Politiker mehr Sympathisanten in den Medien als in der Partei, muss es sich um einen Liberalen handeln. **Der Liberale ist das schwarze Fabelwesen**. Er wird regelmäßig, aber nie dauerhaft gesichtet. In anderen Parteien behauptet man, es gebe ihn gar nicht, in der eigenen hoffen viele, es wäre so. Auch abseits der Medien hat der schwarze Liberale einflussreiche Fürsprecher – von der Industriellenvereinigung bis zum Caritas-Präsidenten. Als Feingeist kümmert er sich gern um Themen wie Kunst und Kultur, weniger gern um Lohnsteueraufkommen und Luftraumüberwachung. -

Ist der schwarze Liberale noch jung wie Sebastian Kurz, **wird er zum Hoffnungsträger, sogar bei Hardcore-Schwarzen.** Wird er älter und bleibt liberal, **war er ein Hoffnungsträger.** Meistens verliert er mit höherem Amt und Alter zwangsläufig seinen Status als Liberaler – **wie Wolfgang Schüssel in seiner Entwicklung vom verspielten Wirtschaftsminister zum eisernen Kanzler.** -

Fordert ein Liberaler allzu vehement **Homoehe und Gesamtschule, wird er ÖVP-**

inkompatibel. Dann verlässt er die Partei und schließt sich den NEOS an – in der Theorie. In der Praxis dünnt der Reformeifer an der Schmerzgrenze der Parteiführung aus. **Ganz an die Spitze der ÖVP schaffte es noch kaum ein deklarierter Liberaler, und wenn doch, wird er wie Erhard Busek rasch wieder aus dem Amt gekegelt.**

Zumindest in der Wiener Landespartei besetzen Liberale auch Chefposten, wie Bernhard Görg, Johannes Hahn und Christine Marek zeigten. Das liegt daran, dass in der ÖVP „liberal" und „urban" ein beliebtes Begriffspaar bilden und folglich die Annahme gilt, in städtischen Milieus seien liberale Politiker erfolgreicher als konservative. Der Beweis für diese These steht noch aus.

Am einfachsten tut sich **ein Liberaler in der ÖVP als Quereinsteiger – da genießt er eine gewisse Narrenfreiheit,** die er in Interviews ausleben kann und über **„Gymnasium für alle" (Beatrix Karl) oder das Ende der Zwangsmitgliedschaft in den Kammern räsoniert.**

Vertreter: Sebastian Kurz, Johannes Hahn, Beatrix Karl, Wolfgang Waldner

Der schwarze Lobbyist

Im **Gegensatz zur Hardcore- und Softie-Fraktion ist der schwarze Lobbyist** ein Nicht-Ideologe. Debatten über eigene und fremde Werte überlässt er anderen, seine Welt ist die Interessensvertretung. **Der Lobbyist entstammt einer der drei schwarzen Kraftkammern Wirtschaftsbund, Bauernbund, Arbeiter- und Angestelltenbund (ÖAAB), fast ausnahmslos ist er ein Mann. Neben seinem Mandat besetzt der Lobbyist gern sozialpartnerschaftliche Quotenjobs in Sozialversicherungen, Kammern, Kommissionen oder Beiräten.** -

Am mächtigsten ist der Lobbyist, wenn er **hohe Parteifunktion mit hohem Amt vereint,** wie **Christoph Leitl (Wirtschaftsbund-Obmann, Wirtschaftskammer-Präsident),** oder möglichst **viele Funktionen kumuliert, wie Jakob Auer (Bauernbund, Abgeordneter, Raiffeisen-Oberösterreich-Funktionär**) und **Fritz Neugebauer (ÖAAB-Obmann, Vorsitzender Gewerkschaft Öffentlicher Dienst, Zweiter Nationalratspräsident).** -
Da er sich an der Spitze einer Teilorganisation innerparteilich viele Feinde macht, wird ein Bündechef nur selten Bundesobmann – es sei denn, er war als ÖAAB-Chef unauffällig, der bisherige ÖVP-Boss muss krankheitsbedingt abtreten, und der Parteivorstand einigt sich auf den **sozial verträglichsten Nachfolgekandidaten**. Dann heißt der neue Obmann **Michael Spindelegger.**

Häufig tritt der Lobbyist als Generalsekretär in Erscheinung. Im schwarzen Nationalratsklub sitzen derzeit die Generalsekretäre von Wirtschaftsbund (Peter Haubner) und ÖAAB (August Wöginger) – dazu einige ihrer Vorgänger sowie Generalsekretäre befreundeter **Organisationen wie Sparkassenverband oder Raiffeisen.** Wer sich als Generalsekretär einer Teilorganisation bewährt, **darf mit einer gezielten Beförderung rechnen – etwa in ein Ministeramt oder zum Klubobmann (Wolfgang Schüssel, Erhard Busek, Reinhold Mitterlehner, Karlheinz Kopf, Josef Pröll).** Danach wird von

ihm erwartet, weiterhin Interessensvertretung zu betreiben, allerdings verdeckt.

Vertreter: Reinhold Mitterlehner, Nikolaus Berlakovich, Christoph Leitl, Karlheinz Kopf

Der schwarze Professionist

Der Professionist ist Partei- und Berufspolitiker und das **Gegenteil des Quereinsteigers. Sein Lobbyisten-Talent setzt er nicht für Unternehmer, Bauern oder Arbeit-nehmer ein, sondern für die ÖVP.** In seiner reinsten Form ist er als Parteiangestellter Bezirkssekretär, Landesgeschäftsführer oder Generalsekretär in der Zentrale in der Wiener Lichtenfelsgasse. **Um ihn innerparteilich aufzuwerten** (und Teile seiner Gage an die öffentliche Hand auszulagern), **bekommt der Professionist ein Mandat in Landtag oder Nationalrat**. Ist er geschickt, entwickelt er sich von dort weiter Richtung Regierung (Reinhold Lopatka, Maria Rauch-Kallat), andernfalls Richtung Privatwirtschaft (Hannes Missethon, Fritz Kaltenegger). -

Verfügt ein ÖVP-Politiker über Führungsqualität und Organisationstalent, wird er Orts-, Bezirks-, Landes- oder gar Bundesparteiobmann. Im Kleinen wie im Großen steht er nach seiner Kür vor der Aufgabe, die schwarzen Lobbyisten (siehe links) zu bändigen und zu bündeln.

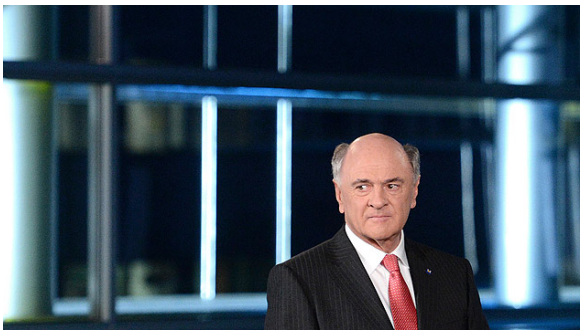
Als Landesparteiobmann in Vorarlberg, Tirol, Oberösterreich, Niederösterreich und nun auch wieder in Salzburg hat der schwarze Professionist **gute Chancen, Landeshauptmann zu werden.** Kraft seines öffentlichen Amtes besteht seine nobelste Aufgabe nun darin, die schwarzen Professionisten auf Bundesebene vom Parteiobmann abwärts zu nerven oder „zu erpressen“ (Ex-ÖVP-Generalsekretärin Maria Rauch-Kallat in einem Interview 2011). **Dazu bedient sich der schwarze Landes-Professionist seiner Nationalratsabgeordneten.** Unterstehen ihm überdies einflussreiche Regierungsmitglieder wie Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner (Bezirksparteiobmann Rohrbach) und Finanzministerin Maria Fekter (einst Stadtparteiobfrau der ÖVP Attnang-Puchheim), **kann er sogar Medizin-Unis errichten, wo sie keiner braucht. Der oberösterreichische Landeshauptmann Josef Pühringer ist, so gesehen, der derzeit durchsetzungsstärkste Professionist in der Volkspartei.** -

Vertreter: Michael Spindelegger, Josef Pühringer, Hannes Rauch

Die schwarze Feldwebelin

Den meistzitierten frauenpolitischen Sager eines ÖVP-Politikers seither lieferte Maria Fekter 2012 mit der Anmerkung, sie sei „der einzige Mann in dieser Regierung“ – witzig, aus feministischer Sicht wahrscheinlich verheerend, weil Heteronormativität verherrlichend. Die schwarze Feldwebelin weiß, dass aggressiver Feminismus in jenen Teilen der Partei, die Ursula Stenzel anspricht, so beliebt ist wie homosexuelle oder muslimische Nationalratskandidaten. –

12. 08. 2013 Ohne Gewerkschaft **Machtwort von Pröll: Lehrerdienstrecht abgesegnet**



Jetzt hat Niederösterreichs Landeschef Erwin Pröll, der wahre starke Mann in der ÖVP, beim Ringen um ein neues Lehrerdienstrecht für seine Partei das Heft in die Hand genommen und ein schwarzes Machtwort gespro-chen: Die Reform kommt – auch ohne den Sanktus der blockierenden Gewerkschaft.

nicht sein, dass eine Bundesregierung von jemandem erpresst wird. Das wäre der Anfang vom Ende", so der mächtige Landeshauptmann in Richtung Gewerkschaft. Denn auch nach 33 Verhandlungsrunden bleiben die Pädagogenvertreter bei ihrer strikten Blockadehaltung. Pröll setzt noch nach und richtet Beamtenboss Fritz Neugebauer, der erst vor wenigen Tagen betont hatte, nach der Wahl auf neue Regierungsmitglieder zu hoffen, aus: Es wäre wichtig, dass andere Persönlichkeiten bei der Gewerkschaft diese Ressorts übernehmen, wenn man nach so vielen Versuchen zu keinem Ergebnis komme.

Reform geht am Dienstag in Begutachtung

Nach dem Pröll- Machtwort steht nun also fest: Die Reform des Lehrerdienstrechts geht am Dienstag in Begutachtung. Und zwar ohne Zustimmung der bremsenden Gewerkschaft. Darauf einigte sich die Regierungskoordination rund um Staatssekretär Josef Ostermayer am Montagnachmittag. Der entsprechende Entwurf wurde am vergangenen Wochenende fertiggestellt.
Unstimmigkeit herrscht zwischen SPÖ und ÖVP nun nur noch über die Länge der Begutachtungsfrist. Die Roten drücken aufs Tempo und wollen die Reform unbedingt noch vor der Nationalratswahl im Herbst unter Dach und Fach bringen. Die Schwarzen sprechen von einer Frist, die "normaler-weise sechs bis acht Wochen dauert" – das würde sich vor der Stimmab-gabe am 29. September dann jedoch nicht mehr ausgehen.

Gewerkschaft: "Können uns das nicht bieten lassen"

Die Lehrergewerkschaft reagiert empört auf den Plan der Regierung. "Das ist ein Affront gegen die Sozialpartnerschaft", so AHS- Vertreter Eckehard Quin zur "Krone". Und auch Pädagogen- Chefverhandler Paul Kimberger findet es "eigenartig", dass die Koalition "den Verhandlungstisch verlässt". Von Streiks oder anderen Kampfmaßnahmen will er derzeit nicht reden, betont aber: "Das kann sich eine Gewerkschaft nicht gefallen lassen."

ÖSTERREICH Stronach-Liste ist fertig

Neben Lindner kandidieren Anwalt und Arzt für Milliardär.

Frank Stronach hat sich noch einen Anwalt sowie einen prominenten Arzt auf die Bundesliste geholt, berichtet ÖSTERREICH in der morgigen Ausgabe.

Parteigründer und Listenerster Frank Stronach über "Frauen und Männer aus den unterschiedlichsten Fachbereichen". Wie bereits im Vorfeld durchgesickert war, kandidiert die frühere ORF-Generaldirektorin Monika Lindner auf Platz drei hinter Stronach und dessen Mitarbeiterin Kathrin Nachbaur. Überraschungen blieben aus, die prominenten Namen waren bereits überwiegend von den Landeslisten bekannt.

Auf Platz fünf findet sich Christoph Hagen ein Kandidat, der bereits bisher im Nationalrat vertreten war - bis zu seinem Wechsel in Stronachs Stall im Vorjahr freilich für das BZÖ (und davor für die FPÖ). Vierter auf der Liste ist der Wirtschaftsanwalt Georg Vetter, sechster der Arzt Franz Marcus. Die Ex-Miss-World Ulla Weigerstorfer, schon länger für Stronach tätig, ist siebente, Team-Stronach-Pressesprecher Rouven Ertlschweiger Nummer acht.

Hier die ersten sechs Listenplätze:

1. Frank Stronach

2. Kathrin Nachbaur

3. Monika Lindner (Ex-ORF-Chefin)

4. Dr. Georg Vetter (ein Rechtsanwalt, der Buch "Die downgegradete Republik" schrieb)

5. Christoph Hagen (Abgeordneter)

6. Dr. Marcus Franz (Primar Hartmannspital)

13. August 2013

Korruptionsgeld?

Scheuchs 40er-Feier im Visier der Justiz

Party-Belege tauchten in Untreue-Causa um Scheinrechnungen auf

Die Festivitäten zum 40. Geburtstag von Uwe Scheuch, Ex-Chef der Kärntner Freiheitlichen, im Jahr 2009 sind Medienberichten zufolge möglicherweise indirekt aus Steuergeld finanziert worden. Angeblich stießen die Korruptionsjäger bei ihren Ermittlungen in einer Untreue-Causa um Scheinrechnungen auf entsprechende Belege zu den Feierlichkeiten. Eine Bestätigung der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) gibt es nicht.

100.000 Euro

Im Zentrum der "Causa Scheinrechnungen" steht ein früherer Mitarbeiter des Büro Scheuch. Er soll zumindest den Kärntner Medienunternehmer Hansjörg Berger dazu gebracht haben, dem Land überhöhte Rechnungen und Scheinrechnungen zu stellen, wie dieser öffentlich bekannte. Das Geld wurde auf einem Konto geparkt und floss später - so der Verdacht - über weitere getürkte Rechnungen in Richtung der Kärntner Freiheitlichen. In der Causa gibt es sechs Beschuldigte. Mittlerweile geht die WKStA von einem Schaden von 100.000 Euro aus. Zunächst hatte man noch 60.000 Euro angenommen.

Uwe Scheuchs Geburtstagsfeier soll pompös gewesen sein. 250 geladene Gäste - unter ihnen die damaligen FPK-Granden Gerhard Dörfler, Harald Dobernig und Christian Ragger - feierten zwei Tage lang auf Scheuchs Anwesen, dem Sternhof in Mühldorf im Mölltal.

14. 08. 2013 **Die Regierung scheiterte – wieder einmal – an der Lehrergewerk-schaft, steuerte das Land aber passabel durch die Krise und errang Erfolge oft dann, wenn sie selbst nicht damit gerechnet hatte. Eine Bilanz von fünf Jahren Rot-Schwarz.**

Das gegenseitige Misstrauen war groß, und die beiden Vertragspartner bemühten sich auch nicht, es zu verbergen. Ende November 2008 präsentierten SPÖ und ÖVP ihr gemeinsames Regierungsprogramm. Schon auf Seite 6 des insgesamt 266 Seiten dicken Wälzers sah man sich genötigt, einander zu drohen: Sollte eine Partei die andere im Nationalrat überstimmen, gelte die Zusammenarbeit als beendet, heißt es da.
Das war weder nett noch sonderlich demokratisch, aber es wirkte offenbar. Die Regierung hat über die komplette Legislaturperiode durchgehalten. Rot und Schwarz überstanden die Finanzkrise, den Austausch des Vizekanzlers (von Josef Pröll zu Michael Spindelegger) und Anfang dieses Jahres auch noch die Volksbefragung zur Wehrpflicht.

Revolutionäre Reformen oder sonstige große Würfe standen von Anfang an nicht auf der Agenda – und blieben folglich aus. Doch ein paar kleine Wunder gab es trotzdem. -

Wirtschaft und Arbeit

Auf der Schokoseite der Krise

Wer den Nationalratswahlkampf 2008 verfolgt hatte, musste mit dem Schlimmsten rechnen. Während Banken zusammenbrachen und Börsenkurse ins Nichts stürzten, stritten SPÖ und ÖVP über den Mehrwertsteuersatz auf Kartoffelpellets und die Mindestzahl der Postämter im Land. Inmitten der größten Wirtschaftskrise seit Jahrzehnten konnte das noch heiter werden.

Nach der Wahl besannen sich Werner Faymann und Kollegen dann doch auf wichtigere Dinge. Einem ersten Konjunkturpaket folgte sogleich ein zweites. Obwohl das Wort Kurzarbeit im Regierungsprogramm nur einmal vorkommt (als letzter Punkt auf einer Liste möglicher Maßnahmen), war die Koalition flexibel genug, um schnell zu handeln. Die staatlich geförderte Kurzarbeit wurde vorübergehend zum wichtigsten Element der Beschäftigungspolitik. Außerdem gab es einen erleichterten Zugang zur Bildungskarenz. Beide Maßnahmen halfen, die Unternehmen zu entlasten, ohne Jobs auf Dauer zu vernichten. Österreich kam besser durch die Krise als die meisten anderen Staaten in der EU. Die Arbeitslosenrate gehört zu den niedrigsten, das Wirtschaftswachstum zu den höchsten in ganz Europa.

Finanzen

Ein Deal mit Folgen

Das Bankenhilfspaket war schon fertig, als die Regierung im Dezember 2008 ihre Arbeit aufnahm. Es werde ein gutes Geschäft für den Staat sein, versprach der damalige Finanzminister Josef Pröll. Mittlerweile ist klar: So toll war der Deal nicht. Einige Banken zahlen zwar brav die Zinsen, die Erste Group hat ihre Staatshilfe vor ein paar Tagen sogar schon getilgt. Doch Hypo Alpe-Adria, Kommunalkredit und Volksbanken AG mussten notverstaatlicht werden. Wie viel die drei Institute den Steuerzahler noch kosten werden, wird wohl erst nach der Wahl verraten. Mit einem höheren einstelligen Milliardenbetrag ist auf jeden Fall zu rechnen.
Durch die Wirtschafts- und Finanzkrise lief auch das Budget aus dem Ruder. 2009 kletterte das Defizit auf über vier Prozent des BIP. Die Österreicher konnten sich deshalb nicht lange über den Effekt der Steuerreform freuen; der kleinen Wohltat folgten umgehend zwei Sparpakete mit neuen Steuern. Die versprochene Entlastung des Faktors Arbeit wurde wieder einmal verschoben.

Bildung

Technisches K. o. nach 33 Runden

Die beste Zusammenfassung der koalitionären Verrenkungen im Bereich Bildung stammt vom Vorarlberger Landeshauptmann Markus Wallner. „Man kann sich als Regierung nicht gefallen lassen, 32 Mal vorgeführt zu werden. Das ist peinlich", erklärte er am 27. Juli in den „Vorarlberger Nachrichten". Am selben Tag trafen die Verhandler von Lehrergewerkschaft und Koalition ein weiteres Mal zusammen. Das Ergebnis: Man beschloss, sich zu vertagen. „Ein zeitgemäßes und leistungsorientiertes Dienst- und Besoldungsrecht soll für alle neu eintretenden LehrerInnen eingeführt werden", heißt es schlicht im Regierungsprogramm – gerade so, als ließe sich dergleichen an einem verregneten Nachmittag aushandeln. Wie es aussieht, wird das neue Dienstrecht nun doch nicht mehr vor der Wahl fertig; die Gewerkschaft findet immer wieder Gründe, Nein zu sagen.

Als Symbol für die Bildungspolitik von Rot-Schwarz taugt die Materie folglich sehr gut: Erledigen ließ sich auch in dieser 24. Gesetzgebungsperiode nur das, was die Lehrergewerkschaft erlaubte. Gelungen sind etwa die Reform der Lehrerausbildung und der Ausbau von Ganztagesschulen. Die Zentralmatura, ein Herzensanliegen von Unterrichtsministerin Claudia Schmied, musste um ein Jahr auf 2015 verschoben werden.

Auch das ambitionierteste Projekt von Wissenschaftsminister Töchterle scheiterte. Auf einen neuen Hochschulplan konnte man sich bisher nicht verständigen – obwohl gleich mehrere Arbeitsgruppen darüber brüteten. Durchgesetzt hat Töchterle die verpflichtende Studieneingangsphase für jene Universitäten, die keine Zugangsbeschränkungen haben. Beim ewigen Streitthema Studiengebühren blieben SPÖ und ÖVP auf Konfrontationskurs, der Minister war daher chancenlos.

Soziales

Mehr erreicht als geplant

In der Politik wird bekanntlich so manches versprochen, das sich dann nicht halten lässt. Manchmal läuft es aber auch umgekehrt. „Die Bundesregierung wird auf Basis der vorliegenden Arbeiten über die bedarfsorientierte Mindestsicherung deren Umsetzung zügig vorantreiben", heißt es im Regierungsprogramm. So richtig optimistisch klang das nicht. Wenn heimische Politiker davon sprechen, ein Projekt zügig voranzutreiben, endet es zumeist in der Endlosschleife eines Arbeitskreises. Die Mindestsicherung wurde aber tatsächlich eingeführt, und zwar noch dazu recht flott, nämlich am 1. September 2010. Außerdem gelangen Sozialminister Rudolf Hundstorfer einige – wenn auch zaghafte – Pensionsreformen. Der Zugang zur Früh-, Hackler- und Invaliditätspension wurde erschwert. Die Wirkung dieser Maßnahmen wird sich hoffentlich auch noch irgendwann einstellen. Zwischen 2008 und 2012 stieg das durchschnittliche Pensionsantrittsalter nur von 58,1 auf 58,4 Jahre.

Verteidigung

Angriff aus dem Rathaus

Mit Attacken aus dem Hinterhalt muss eine Armee grundsätzlich immer rechnen. Auf das friendly fire im Wiener Wahlkampf 2010 war der damalige Verteidigungsminister Norbert Darabos allerdings nicht eingestellt. Ohne Vorwarnung stellte der Wiener Bürgermeister Michael Häupl plötzlich die Wehrpflicht in Frage – jahrzehntelang ein Dogma der Sozialdemokraten. Darabos musste nachhüpfen, während sich die ÖVP (eigentlich gegen die Wehrpflicht) genötigt sah, auf einmal doch dafür zu sein. Nach zwei Jahren Streit wurde Anfang 2013 das Volk befragt. Ergebnis: Die Wehrpflicht bleibt. Der Verteidigungsminister wurde bald darauf ausgetauscht.

Dass man salbungsvolle Worte in der Politik nicht allzu ernst nehmen darf, beweist Seite 139 des Regierungsprogramms. Dort werden die internationalen Missionen des Bundesheers in den höchsten Tönen gelobt. „Friedenseinsätze im Ausland sind zugleich Friedenseinsätze für

Österreich“, heißt es da. Man habe sich stets überdurchschnittlich an solchen Missionen beteiligt und werde diese Tradition natürlich fortsetzen. Für die Golan-Höhen gilt das bekanntlich nicht mehr

Zuwanderung / Asyl

Lockrufe und harte Worte

Die Rot-Weiß-Rot-Card stand im Regierungsprogramm – und sie wurde auch tatsächlich eingeführt. Leider erwies sich dieser Versuch, hochqualifizierte ausländische Arbeitskräfte ins Land zu holen, als Flop. Statt der erwarteten 8000 Spitzenkräften pro Jahr kamen zuletzt nur 1500. Die Hürden seien zu hoch, kritisieren Experten. Wer schon in Österreich lebt und einige Bedingungen erfüllt, kann schneller Staatsbürger werden. Ein entsprechendes Gesetz ist seit 1. Juni in Kraft.

Die im Koalitionsvertrag angekündigten Verschärfungen im Asylgesetz wurden teilweise umgesetzt. Präzise Kriterien für das humanitäre Bleiberecht gibt es allerdings noch immer nicht – wie die Debatte um die pakistanischen Flüchtlinge im Servitenkloster zuletzt wieder unter Beweis stellte. Nichts geworden ist auch aus dem dritten Erstaufnahmezentrum für Asylwerber, das Ex-Innenministerin Maria Fekter gern (und am liebsten klammheimlich) im Südburgenland gebaut hätte. Nach Protesten der Anrainer gab sie das Projekt auf.

Familien

Mehr oder weniger Geld? Mehr!

In einer mittlerweile berüchtigten Nationalratssitzung kurz vor der Wahl 2008 war noch schnell die Einführung der 13. Familienbeihilfe beschlossen worden. Ausbezahlt wurde sie aber nur zweimal. Mit dem Sparpaket 2010 war dieses Extra schon wieder Geschichte. Vor Kurzem einigten sich Familienminister Reinhold Mitterlehner und Sozialminister Rudolf Hundstorfer doch wieder auf eine Erhöhung der Familienbeihilfe – die aber erst nach der Wahl in Kraft treten wird.

Wie versprochen führte die Regierung eine einkommensabhängige Variante des Kindergelds ein. Das letzte Kindergartenjahr ist seit Herbst 2009 verpflichtend und gratis. Nur im öffentlichen Dienst realisieren ließ sich das Projekt Papamonat; die Privatwirtschaft sträubt sich noch.

Schon lange überfällig war eine Modernisierung des Familienrechts. Justizministerin Beatrix Karl und Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek plagten sich sehr, kamen aber Anfang 2013 schließlich zu einer Einigung. Das Familienrechtspaket erleichtert nun unter anderem die gemeinsame Obsorge nach Scheidungen und gibt unverheirateten Vätern mehr Rechte. Ebenfalls abgehakt: die Eintragung homosexueller Partnerschaften und die Stiefkindadoption für Homosexuelle.

Gesundheit

ELGA und andere Überraschungen

Regierungsprogramme sind generell kein vergnüglicher Lesestoff. Besonders hohe Anforderungen an die Geduld stellt allerdings das Kapitel Gesundheit. Darin heißt es unter anderem: „Die Bundesregierung bekennt sich zum schrittweisen Abbau des negativen Reinvermögens der Krankenversicherungsträger und knüpft diese an eine erbrachte oder fix vereinbarte, nachvollziehbare Dämpfung der Ausgabendynamik und neue Verteilungsmodelle unter stärkerer Berücksichtigung von Strukturfragen.“ Uff. Als dieser Wortbandwurm entstand, wusste offenbar kein Mensch, wie sich die missliche Lage der Krankenkassen je verbessern lassen sollte.

Mittlerweile erzielen die Kassen Überschüsse. Zuletzt lag das Plus bei 182 Millionen Euro. Seit 2010 wurden nicht weniger als 1,7 Milliarden eingespart. Zur Belohnung bekommen die Kassen zusätzliche Mittel aus dem Strukturfonds.

Gesundheitsminister Alois Stöger kann mit seiner Bilanz insgesamt zufrieden sein. Gegen erbitterten Widerstand der Ärztekammer gelang es ihm, die Elektronische Gesundheitsakte (ELGA) durchzuboxen. Sie ermöglicht es, wichtige Gesundheitsdaten elektronisch abzurufen. Auch die große Gesundheitsreform befindet sich in der Zielgeraden. Bund, Länder und Sozialversicherung sollen künftig eine gemeinsame Strategie für niedergelassene Ärzte und Spitäler festlegen. Was so unspektakulär und logisch klingt, ließ sich jahrelang nicht durchsetzen. Stögers Vorgängerin, Andrea Kdolsky, war mit ihren Reformbemühungen noch krachend gescheitert.

Ortstafeln

Das Wunder von Kärnten

Ein knappes Dutzend Regierungen bemühte sich jahrzehntelang um eine Lösung der Kärntner Ortstafelfrage. Ausgerechnet dieser als mut- und ideenlos geltenden Neuauflage der Großen Koalition gelang das Kunststück. Es war nicht die wichtigste Tat in dieser Legislaturperiode, aber vielleicht die größte Überraschung.

Verwaltungsreform

Bitte nicht hudeln!

Wer sich wenig vornimmt, scheitert auch weniger spektakulär. Unter diesem Motto näherte sich die Regierung dem Dauerbrenner Verwaltungsreform. Angekündigt worden war (erraten!) eine Arbeitsgruppe, die sich mit der Umsetzung von Vorschlägen des Rechnungshofs zum Bürokratieabbau beschäftigen sollte. Gerhart Holzinger, Präsident des Verfassungsgerichtshofes, fand diesen Plan schon seinerzeit reichlich mickrig: „Da fehlt es nicht an Expertise, da braucht man keine Arbeitsgruppe. Das muss man schlicht und einfach machen“, erklärte er.

Wie zu erwarten war, ging dann auch nicht viel weiter. Eine große Schulreform scheiterte am Widerstand der Länder. Aufraffen konnte man sich immerhin zur Abschaffung der Bezirksschulräte. Die Transparenzdatenbank ging zwar kürzlich online – war zuvor inhaltlich aber so abgespeckt worden, dass von der ursprünglichen Intention kaum etwas übrig blieb. Den Plan für ein einheitliches Beamtendienstrecht ließ die Regierung sanft entschlafen. Eine Großtat gibt es aber doch zu vermelden: Ab Jänner 2014 werden elf Verwaltungsgerichte nicht weniger als 120 andere Behörden unnötig machen. Ganz ohne Misstöne blieb leider auch diese gute Nachricht nicht: Die Richtervereinigung kritisierte jüngst den parteipolitischen Postenschacher bei der Vergabe der Richterstellen.

Justiz

Gegen Terror und Korruption

Erst Claudia Bandion-Ortner, dann Beatrix Karl: Zwei Justizministerinnen versuchten in dieser Legislaturperiode, Österreich gerechter zu machen. Gelungen ist das wohl nur in Ansätzen. Die 2009 eingerichtete Korruptionsstaatsanwaltschaft funktioniert nach anfänglichen Schwierigkeiten heute gut. Das Korruptionsstrafrecht wurde erst gelockert, dann wieder verschärft. Die neue Kronzeugenregelung bewährte sich jüngst im Telekomprozess. Groß im Regierungsprogramm angekündigt und durchaus umstritten war die Verschärfung der Antiterrorgesetze. Die „Gutheißung einer terroristischen Straftat“ ist nun mit Haft bedroht. Im Gefängnis kann auch landen, wer zu Gewalt oder feindseligen Handlungen gegen eine Person wegen deren Geschlecht, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Orientierung aufruft. Erst vor Kurzem erhöht wurden die Strafen für Sexualtäter – obwohl viele Experten das für unnötig gehalten hatten.

Leider nicht umsetzen ließ sich das Vorhaben, in Wien eine neue Justizanstalt „unter anderem für Zwecke der Jugendgerichtsbarkeit mit der dazugehörigen Betreuungsinfrastruktur“ zu errichten. Den jüngsten Skandal in der Strafanstalt Josefstadt hätte sich die Justizministerin damit wohl erspart.

- 14. 08. 2013 **EU-Kommission fordert Agrargelder zurück**

EU-Kommission fordert Agrargelder zurück. Mängel: Fast 60 Mio. werden von Großbritannien verlangt. Österreich ist nicht betroffen.

Die EU-Kommission hat Agrargelder in Höhe von 180 Mio. Euro von den EU-Staaten zurückgefordert. Die größten Beträge forderte die EU-Behörde am Dienstag in Brüssel von Großbritannien, Polen und Dänemark wegen diverser Mängel bei den Zahlungen und bei Kontrollen zurück. Österreich ist nicht unter den betroffenen EU-Staaten.
Ein Teil der Beträge sei bereits von den EU-Staaten wiedereingezogen wurde. Daher würden sich die finanziellen Auswirkungen des Rückforderungsbeschlusses auf rund 169 Mio. Euro belaufen. Die Gelder fließen in den EU-Haushalt zurück.

Beanstandungen

Von Großbritannien werden mehr als 59 Mio. Euro zurück verlangt wegen Mängel bei der Identifikation der landwirtschaftlichen Parzellen (LPIS). Auch die Vor-Ort-Kontrollen und Zahlungen und Sanktionen in Schottland werden beanstandet. In Polen stellte die EU-Kommission ebenfalls Schwachstellen bei dem System zur Identifizierung landwirtschaft-licher Parzellen, bei Gegenkontrollen der Verwaltungen, bei Zahlungen, bei der Anwendung von Sanktionen und nachträglichen Rückforderungen sowie verspätete Vor-Ort-Kontrollen fest. Von Polen werden 39,2 Mio. Euro zurückgefordert. 11,5 Mio. Euro muss Dänemark wegen ähnlicher Mängel zurückzahlen.

Auch von Belgien, Deutschland, Spanien, Finnland, Frankreich, Griechenland, Ungarn, Irland, Italien, Luxemburg, Lettland und Slowenien fordert die EU-Kommission zurück.

14. 08. 2013

Raiffeisen und die Staatshilfe

Wann gedenken Sie das staatliche PS-Kapital zurückzuzahlen, Herr Sevelda?

Die Erste Group preschte vergangene Woche vor: Als erste österreichische Bank hat sie die Staatshilfen von 2009 vollständig zurückgezahlt. Insgesamt 1,22 Milliarden Euro staatliches Partizipationskapital hat die Großbank an die Republik Österreich rücküberwiesen.

Die BAWAG bekam damals 550 Millionen Euro PS-Kapital und hat davon heuer im Juni eine erste Tranche von 50 Millionen zurückbezahlt. Einzig Raiffeisen macht keine Anstalten, das Geld flüssigzumachen. „Einen konkreten Fahrplan zur Rückzahlung des Partizipationskapitals kann ich Ihnen zum aktuellen Zeitpunkt noch nicht nennen“, sagt Karl Sevelda, Vorstand der Raiffeisen Bank International, in dessen Institut der Bund mit 1,75 Milliarden Euro engagiert ist. „Regulatorisch verliert das Partizipationskapital ab 2018 seine Attraktivität, da es dann nicht mehr voll als hartes Kernkapital angerechnet werden kann.

Daraus ergibt sich logischerweise ein Rückzahlungsziel bis Ende 2017“, so der Raiffeisen-Chef. Bei den not- und teilverstaatlichten Krisenbanken (Hypo Alpe-Adria, Kommunalkredit-Bad-Bank KA Finanz und ÖVAG) wird der Staat wohl durch die Finger schauen. Nicht so bei Raiffeisen, beteuert Sevelda: „Die Republik wird ihr Kapital vollständig von uns zurückbekommen und auf dieses Investment eine ordentliche Verzinsung erhalten.“

Doku über Salzburg **lockt Millionen Chinesen vor TV**

14.08.2013 Salzburg als "ultimativer Luxus": Eine chinesische TV-Dokumentation lobt die Mozartstadt über den grünen Klee. Und das offenbar mit Erfolg: Millionen Chinesen sahen den Vierteiler, neue Episoden werden folgen.

China wirft einen Blick auf Salzburg (Symbolbild).

Jenny Schaden vom Chinabüro Salzburg (3. v.l.) und Gundula Bleckmann (5. v.l.; Tourismus Salzburg GmbH) freuen sich über die Zusammenarbeit mit dem Team von Shanghai TV und dem neuseeländischen Produzenten David Baldock (4. v.l.).

Der Kontrast könnte kaum größer sein: Auf der einen Seite die Volksrepublik China mit rund 1,35 Milliarden Bürgern. Auf der anderen Seite Salzburg mit 145.000 Bewohnern. Die Einwohnerzahl der Mozartstadt macht gerade einmal 0,0107 Prozent der chinesischen Bevölkerung aus. Oder anders: Die Stadt Salzburg passt annährend 10.000 Mal in die Volksrepublik China. Dennoch scheint Salzburg die chinesische Bevölkerung zu interessieren: Der Fernsehsender Shanghai TV drehte vergangenen Sommer eine Fernsehdokumentation über die Mozartstadt.

Die vier Episoden unter dem Titel "The Ultimate Luxury" ("Der ultimative Luxus") widmeten sich den Themen Festspiele, Mozart und Sound of Music - und das offenbar mit großem Erfolg. Als die Folgen im Herbst 2012 ausgestrahlt wurden, saßen rund sechs Millionen Chinesen vor den TV-Bildschirmen - pro Folge. Die technische Reichweite betrug rund 560 Millionen Zuschauer.

Neue Dreharbeiten in diesem Sommer

Die Dokumentation wurde offenbar dermaßen gut angenommen, dass das Team von Shanghai TV vor wenigen Tagen wieder in der Mozartstadt gedreht hat. "Aufgrund des großen Erfolges im Vorjahr war Shanghai TV heuer erneut für Dreharbeiten in Salzburg", erzählt Birgit Weszelka von der Tourismus Salzburg GmbH. Die Fremdenverkehrs-Einrichtung unterstützte das Drehteam aus Fernost, die ursprüngliche Initiative ging aber von Shanghai TV aus: "Sie haben ähnliche Projekte bereits in anderen europäischen Städten erfolgreich umgesetzt. Deshalb kamen sie auf uns zu."

Bei den Dreharbeiten in den vergangenen Tagen standen etwa die Stiftung Mozarteum, das Marionettentheater und freilich die Festspiele im Mittelpunkt. Interviews mit Dirigent Zubin Mehta, dem "Jedermann"-Teufel Simon Schwarz oder Elisabeth von Trapp wurden abgefilmt.

Auswirkungen auf Salzburger Tourismus

Die Dokumentationen sollen sogar Auswirkungen auf den Salzburger Tourismus haben. Birgit Weszelka: "Dass Salzburg bei chinesischen Gästen hoch im Kurs steht, zeigen die Zahlen: Das Tourismus-Jahr 2012 brachte ein Nächtigungsplus von 56 Prozent gegenüber dem Vorjahr." China liege damit erstmals auf Platz acht der Top-Ten-Herkunftsländer von Gästen in Salzburg. Die "Ultimate Luxury"-Dokumentation sei "mit Sicherheit einer der Gründe für den Aufwärtstrend". Und die Dreharbeiten sollen sogar noch weiter gehen: "2014 soll die erfolgreiche Kooperation fortgesetzt werden."

14. August 2013 **Lehrerdienstrecht: Team Stronach will Sondersitzung**

Team Stronach Klubobmann Robert Lugar will die Regierung einer "Nagelprobe" unterziehen. Auch BZÖ drängt auf Sondersitzung - FPÖ und Grüne dagegen !

Das Team Stronach hat am Mittwoch eine Sondersitzung des Nationalrates vor der Nationalratswahl zum Lehrerdienstrecht verlangt. Dabei werde man den Begutachtungsentwurf der Regierung 1:1 als Antrag einbringen und damit die Regierung einer "Nagelprobe" unterziehen, erklärte Klubobmann Robert Lugar im Pressegespräch. Stattfinden soll die vom Team Stronach beantragte Sitzung am Ende der Begutachtungsfrist und damit in der Woche vor der Wahl. Die Stellungnahmen aus der Begutachtung könnten damit noch mittels Abänderungsantrag berücksichtigt werden, argumentierte Lugar.

Für die Einberufung einer Sondersitzung bräuchte das Team Stronach ein Drittel der Abgeordneten, also die Stimmen von zwei weiteren Oppositionsparteien. Das BZÖ spricht sich ebenfalls für eine Sondersitzung aus, FPÖ und Gründ sind dagegen.

Wenn der Entwurf der Regierung ernst gemeint sei, dann müsse man ihn vor der Wahl beschließen, sagte Klubobmann Lugar. Nach der Wahl seien "die Karten neu gemischt", vielleicht eine andere Regierung im Amt oder es gebe neue Mehrheitsverhältnisse im Parlament.

"Acht-Tage-Frist hätte gereicht"

Die sechswöchige Begutachtung dient nach Ansicht Lugars nur der Verzögerung, um die Angelegenheit auf die Zeit nach der Wahl zu verschieben und aus dem Wahlkampf herauszuhalten. Seiner Auffassung nach hätte eine Frist von acht Tagen gereicht, weil die Eckpunkte ohnehin schon länger bekannt seien. Lugar begrüßt, dass die Regierung sich endlich aus der "Geiselhaft der Gewerkschaft " befreit hat. Die Gewerkschaft habe ihre eigentliche Rolle nicht mehr wahrgenommen und sei zu einem "reinen Verhinderungsverein" geworden. Mit der fünfjährigen Übergangsfrist und der Tatsache, dass das neue Dienstrecht für bestehende Lehrer nicht gelten soll, geht ihm der Entwurf aber nicht weit genug. Trotzdem drängt Lugar auf Umsetzung, weil damit die Gewerkschaft "zurückgedrängt" werde, was auch Vorbild für andere Bereiche sein könne.

Auch BZÖ fordert Sondersitzung

Auch das BZÖ appelliert an SPÖ oder ÖVP, gemeinsam mit den Orangen eine Sondersitzung des Nationalrats einzuberufen, um das neue Lehrerdienstrechtnoch vor der Wahl beschließen zu können. Die Vorgangsweise der Regierungsparteien derzeit kritisierte Parteichef Josef Bucher am Mittwoch bei einer Pressekonferenz scharf: "Es ist ein elendiges Schauspiel, wie SPÖ und ÖVP mit der Zukunft des Landes umgehen." "Ich fordere die Bundesregierung auf, mit uns eine Sondersitzung zumachen", damit könnten Rot und Schwarz zeigen, wie ernst sie es mit dem Lehrerdienstrecht meinen, so Bucher.

"Seifenblase, die zerplatzen wird"

Schon jeder kleine Schritt beim Thema Bildung sei positiv. Das Thema nun aber in die nächste Legislaturperiode zu verschieben, bezeichnete der BZÖ-Obmann als "Seifenblase, die nach der Wahl zerplatzen wird". Das BZÖ kann selbst keine Sondersitzung mehr einberufen, auch mit den anderen Oppositionsparteien habe man noch nicht gesprochen, so Bucher. Der Bündnischef geht auch davon aus, dass es im Parlament eine "überwältigende Mehrheit" für die Reform gäbe.

Grüne würden gegen Entwurf stimmen

Nicht Teil dieser Mehrheit wollen die Grünen sein. Der Bildungssprecher der Grünen, Harald Walser, kann dem Vorschlag von Team Stronach und BZÖ zwar einiges abgewinnen. "Zuerst müsste es aber einen Entwurf geben, dem wir auch zustimmen", sagt Walser im Gespräch mit derStandard.at. Der aktuelle Vorschlag der Regierung sei rückwärtsgewandt und zementiere das jetzige Schulsystem ein, so Walser. "Für ein neues Schulsystem brauchen wir mehr Autonomie, damit Schulen selbst entscheiden können, wie sie Lehrer einsetzen." Auch die Festschreibung der fünfzig Minuten langen Unterrichtseinheiten kritisiert der Bildungssprecher. "Wenn es eine Sondersitzung gibt, dann müsste auch es auch einen Entwurf geben, dem wir zustimmen können".

FPÖ gegen Sondersitzung

Auch die FPÖ ist gegen eine Sondersitzung. Bildungssprecher Walter Rosenkranz erklärt im Gespräch mit derStandard.at, dass seine Partei den Entwurf der Regierung nie 1:1 übernehmen würde. "Wenn wir zustimmen, dann nur, wenn wir das Lehrerdienstrecht mit verhandeln können. Die Regierung habe den Entwurf zum Lehrerdienstrecht nur eingebracht, um die Muskeln gegenüber der Gewerkschaft spielen zu lassen. Die Forderung von BZÖ und Team Stronach seien "reines Wahlkampfgetöse".

"Vom legislativen Ablauf her nicht denkbar"

Volksanwalt Peter Fichtenbauer (FPÖ) hält es schon "vom legislativen Ablauf her für nicht denkbar", dass ein neues Lehrerdienstrecht noch in dieser Legislaturperiode beschlossen werden kann. Nach der Begutachtung müsste eine Regierungsvorlage erstellt und dem Parlament zugeleitet werden. Dann sei eine Plenarsitzung nötig, in dem die Materie dem zuständigen Ausschuss zugewiesen werde. Nach positiver Erledigung sei dann wiederum das Plenum zu befassen - "das ist bis Ende der Legislaturperiode völlig ausgeschlossen", so Fichtenbauer. Selbst wenn es noch zu einer Regierungsvorlage käme, verfalle diese mit Ende der Gesetzgebungsperiode.

16.08.2013 # Nach Lugar-Aussage

Lindner zieht Kandidatur für Team Stronach zurück

15.08.2013, 21:14

Monika Lindner zieht überraschend ihre Kandidatur für das Team Stronach zurück. Dies erklärte die ehemalige **ORF-** Chefin am Donnerstagnachmit-tag. Als Grund für ihren Schritt gab die **68-** Jährige Aussagen von **Team- Stronach-** Klub-obmann Robert Lugar an, wonach sie als "Speerspitze" gegen das System ORF, Raiffeisen und Erwin Pröll eingesetzt werden soll.

"In der Aussage des Klubobmanns Lugar, die in keiner Weise abge-sprochen war, hat sich gezeigt, dass die Erwartungshaltung zumindest von einem Teil des Team Stronach mit meinen Intentionen, warum ich der Einladung von Frank Stronach in sein Team gefolgt bin, nicht deckt", so Lindner gegenüber der APA.

"Ich kann daher ein Mandat, sollte es dazu kommen, unter diesen Voraus-setzungen nicht annehmen. Ich bedaure die Entwicklung, respektiere Frank Stronach und sein politisches Engagement und wünsche ihm trotz allem einen erfolgreichen Wahlkampf", erklärte die 68- Jährige, die lange Zeit ein sehr enges Vertrauensverhältnis zu Niederösterreichs Landes-hauptmann Pröll und dem pensionierten Raiffeisen- Chef Christian Konrad gepflegt hatte.

Lugar nahm mit "Speerspitze"- Sager den Mund zu voll

Team- Stronach- Klubobmann Lugar hatte am Mittwoch bei einer Presse-konferenz erklärt, Lindner solle als "Speerspitze" eingesetzt werden. Sie

stehe für das System ORF, für das System Raiffeisen und das System Erwin Pröll. Von ihrem Wissen als Insiderin in diesen Bereichen wolle das Team Stronach profitieren, meinte Lugar. Das sei demnach ein Schritt, das System besser zu verstehen, um es dann verändern zu können.

Stronach bedauert Lindners Rückzug, BZÖ voll Häme

Frank Stronach hat Lindners Entscheidung am späten Donnerstagabend "zur Kenntnis" genommen, "Schade, ich hatte das Gefühl, dass sie die Werte des Team Stronach schätzt und dass sie es gut findet, dass ich politisch tätig bin", meinte der Parteigründer in einer Aussendung.

Mit Häme reagierte hingegen das BZÖ - aus dem Stronach den Großteil seines Nationalrats- Klub rekrutiert hat - auf Lindners Rückzug. Bündnissprecher Rainer Widmann konstatierte "Chaostage" bei der "Chaostruppe" - "Stronachs Söldnertruppe" zerbreche offenbar wieder ein Stück mehr.

Lindner bleibt auf Liste, kann aber auf Mandat verzichten

Lindners Ankündigung, ihre Kandidatur zurückzuziehen, ist eine politische Erklärung, ändert aber nichts an der Wahlliste. Lindner bleibt formal auf der Bundesliste des Team Stronach, kann damit am 29. September gewählt werden und auch Vorzugsstimmen bekommen. Will sie nicht für Stronach in den Nationalrat, kann sie jedoch auf ihr Mandat verzichten - oder allenfalls auch als "wilde" Abgeordnete in das Hohe Haus einziehen.

Denn mit dem Abschluss und der Veröffentlichung der Bundeslisten - wo Lindner für Stronach auf dem aussichtsreichen dritten Platz steht - können Kandidaturen nicht mehr zurückgezogen werden, erklärte Robert Stein, der Leiter der Wahlabteilung im Innenministerium. Von den Wahlvorschlägen streichen lassen können sich Bewerber erst nach der Wahl. Die Bundeslisten waren am Mittwoch um 16 Uhr veröffentlicht worden.

Pensionskonto: **Eine gute Vorsorge ist gefragt**

2014 wird in Österreich das Pensionskonto eingeführt. Ab dann kann man im Internet feststellen, wie hoch die eigene Pension sein wird. Damit dabei der Schock ausbleibt, ist eine gute Vorsorge gefragt.

Ihren Lebensabend hatte sich Helga S. anders vorgestellt. Als sie vor vier Jahren als Personalchefin eines börsennotierten Unternehmens in den Ruhestand verabschiedet wurde, wollte sie die Welt bereisen. Dafür hatte sie gespart. Seit sie mit 40 wieder in das Berufsleben eingestiegen war, hatte sie monatlich in eine fondsgebundene Lebensversicherung eingezahlt. „Mir wurde eine Rendite von sechs Prozent in Aussicht gestellt. Aber dann ist die Wirtschaftskrise gekommen, und das Geld war weg", sagt sie. Aufgrund ihrer langen Berufspause blieb ihr die nicht besonders üppige Pension. Auch ohne Reisen war das Ersparte bald aufgebraucht. Helga S. begann daher wieder zu arbeiten, um ihre Pension aufzubessern. „Viele kleinere Unternehmen suchen jemand für Personal- und Lohnverrechnung in Teilzeit. Das mache ich jetzt."

Für Judit Havasi, Generaldirektor-Stellvertreterin der Wiener Städtischen Versicherung, treffen im Fall Helga S. zwei Probleme aufeinander: erstens die Krise des Jahres 2008 mit den ihr folgenden Verlusten am Aktienmarkt. Und zweitens die für viele Frauen typische Situation: „Erfahrungsgemäß sind Haushalt und Kindererziehung nach wie vor meist Frauensache", so Havasi. „Viele Frauen arbeiten daher häufig in Teilzeitberufen und zahlen im Schnitt nur 25 Jahre für ihre Pension ein. Versorgungslücken sind somit vorprogrammiert."
Dabei hatte Helga S. noch Glück. Sie wurde im Jahr 1947 geboren – daher wird für die Berechnung ihrer Pension das Durchschnittseinkommen der letzten 15 Jahre herangezogen. Ein Zeitraum, in dem sie relativ gut verdient hat.

Für alle nach dem 1.1.1955 Geborenen gilt die in der letzten Pensionsreform festgelegte Formel „80/65/45". Demnach soll jemand, der mit 65 Jahren und 45 Versicherungsjahren in Pension geht, 80 Prozent seines gesamten durchschnittlichen monatlichen Lebenseinkommens als Pension erhalten.

Weniger Berufstätige, mehr Pensionisten

Christian Prantner, Finanzexperte der AK Wien und Mitglied der von der Europäischen Kommission eingerichteten Financial Services User Group, hält das für fair. Für einige Gruppen gäbe es allerdings klare Nachteile gegenüber der früheren Lösung: „Wer einige Jahre nur teilzeitbeschäftigt war und somit weniger verdient hat, kann den Verlust gegenüber einer Regelung, bei der nur die besten oder letzten 15 Jahre zählen, nie wettmachen."

In der Pension muss jeder, der nicht entsprechend vorgesorgt hat, mit weniger Geld auskommen. Peter Eichler, Vorstand von Uniqa Österreich, erklärt: „Die Netto-Ersatzrate, also die Nettopension in Prozent des letzten Nettoeinkommens, liegt derzeit bei rund 69 Prozent. Das ist zwar im internationalen Vergleich hoch, bedeutet aber bereits einen deutlichen Rückgang gegenüber dem Aktivbezug." In Zukunft werde diese Lücke eher noch größer werden. „Dafür muss man kein Prophet oder gar Schwarzmaler sein. Wir werden immer älter, immer weniger Berufstätige müssen immer mehr Pensionisten finanzieren. Nur durch zusätzliche private Vorsorge für die Rente können im Alter größere Einschränkungen des Lebensstandards vermieden werden."

Eichlers Argumente sind durchaus nachvollziehbar. Angesichts der stetig steigenden Zahl von Pensionisten scheinen die Pensionen entgegen aller Beteuerungen alles andere als sicher zu sein. Bei der letzten veröffentlichten Zählung im September 2012 waren 2,24 Millionen Österreicher in Pension – um 240.000 mehr als zur Jahrtausendwende. Dem Pensionistenheer standen nur noch 4,32 Millionen Erwerbstätige gegenüber. Auf jeweils 1,9 Berufstätige entfiel daher bereits ein Pensionist. Kein Wunder, dass laut einer im Mai durchgeführten Umfrage von Gfk-Austria mittlerweile 77 Prozent aller Österreicher befürchten, dass es in den nächsten zehn bis 15 Jahren zu weiteren Kürzungen der gesetzlichen Pensionsansprüche kommen wird. Nur jeder Zehnte glaubt, dass die staatlichen Pensionen voll gesichert sind.

Wie groß das Defizit am Bankkonto tatsächlich sein wird, war bisher für viele vor dem Pensionsantritt ein großes Fragezeichen. Ab dem nächsten Jahr soll das jedoch jeder im Internet herausfinden können. Ab 2014 werden alle Pensionsansprüche eigenen Pensionskonten gutgeschrieben. Im Laufe des Jahres wird jeder einen Online-Zugang zum persönlichen Pensionskonto bekommen und dann feststellen können, wie hoch seine Altersbezüge ausfallen werden.

„Das Online-Pensionskonto wird den Österreichern die Augen öffnen, wenn sie sehen, wie hoch der tatsächliche Einkommensrückgang mit dem Pensionsantritt sein wird“, ist sich Heinz Schuster, Vorstandssprecher der s Versicherung, sicher. Er erwartet daher ab 2014 einen Run auf Lebensversicherungen und Zukunftsvorsorgeverträge. Schuster: „Derzeit gibt es davon in Österreich etwa 1,6 Millionen. Das erste Ziel muss die Verdoppelung der Zukunftsvorsorgeverträge sein.“

Auch Uniqa-Vorstand Eichler erkennt österreichweit einen großen Nachholbedarf in der privaten Altersvorsorge und sieht Lebensversicherungen als probates Mittel, diesen sinnvoll umzusetzen. Während im westeuropäischen Durchschnitt rund 5,3 Prozent der Wirtschaftsleistung (BIP) in die private Lebensversicherung fließen, sind es in Österreich mit 2,7 Prozent nur knapp mehr als die Hälfte. Wiener Städtische Generaldirektor-Stellvertreterin Havasi präzisiert: „In den EU-15 beträgt der Jahresaufwand für Versicherungsprämien pro Person 2500 Euro. In Österreich sind es derzeit 2000 Euro. In den EU-15 entfallen zwei Drittel auf die Lebensversicherung, in Österreich nur die Hälfte.“

„Da liegt noch vieles im Argen“

Die Konsumentenschützer von der Arbeiterkammer und dem Verein für Konsumenteninformation (VKI) raten allerdings, vor Vertragsabschlüssen alles genau zu überlegen. „Nicht jeder muss vorsorgen“, betont etwa AK-Mann Prantner. Wer sich dafür entscheidet, sollte Angebote und Verträge genau studieren. „Die AK hat im Jahr 2012 die privaten Rentenversicherungen analysiert. Da liegt noch vieles im Argen. Die Anbieter lassen die Kosten gerne unter den Tisch fallen. Dabei sind diese gerade bei Produkten wie Lebensversicherungen doch recht beträchtlich.“
Prantner kritisiert außerdem, dass Lebensversicherungen als sicher und ertragreich dargestellt werden. Zweiteres sei allerdings bei den derzeitigen Zinsen eher anzuzweifeln: „Die Garantiezinsen werden oft durch die Kosten aufgefressen.“ Auch Produkte, die monatliche Zusatzpensionen garantieren, sieht der Finanzexperte kritisch: „Wenn man bei diesen Produkten, die ein monatliches Extra ausweisen, nicht ein biblisches Alter erreicht, rechnen sich diese eigentlich nicht. Die Kosten fressen mehr oder weniger den Gewinn auf.“

Die Kritik von Gabi Kreindl, der Projektleiterin für Finanzdienstleistungen beim VKI, stößt in die gleiche Richtung. „Die Angaben zu den Kosten sind äußerst mangelhaft. Man erfährt

nicht, welcher Anteil der Prämien tatsächlich veranlagt wird und welcher an Kosten abgezogen wird“, sagt sie.

Ein besonderer Dorn im Auge sind ihr die teuren Unterjährigkeitszuschläge. Sie werden dann eingehoben, wenn die Prämien immer nur in Monatsraten abgestottert werden. Vertraglich geht das in Ordnung, denn die Prämien würden den Versicherern bereits in voller Höhe zu Beginn des Versicherungsjahres zustehen. Kreindl: „Der Unterjährigkeitszuschlag kann aber effektiv mehr als zwölf Prozent ausmachen. Darauf sollten Versicherungsnehmer hingewiesen werden und die Zahlungsweise abgeändert werden, was bei bestehenden Verträgen absolut sinnvoll ist.“

Trotz aller Kritik gestehen die Verbraucherschützer jedoch ein, dass Lebensversicherungen recht probate Mittel zur Altersvorsorge sind. Zumindest gelten sie als sicher. Ob es am Ende auch den erwarteten Ertrag gibt, ist dann allerdings eine andere Frage. Wer eine fondsgebundene Lebensversicherung abschließt, muss sich eben bewusst sein, dass diese an die Schwankungen der Aktienmärkte gebunden ist.

Die Finanzkrise 2008 war sowohl für die Versicherungen als auch für deren Kunden ein Desaster. Angesichts der hohen Einbußen, verloren viele Versicherte die Nerven und kündigten ihre Verträge, um zu retten, was noch zu retten war. Eine fondsgebundene Lebensversicherung anzubieten oder gar abzuschließen, galt danach lange als ein absolutes No-Go. Mittlerweile empfehlen Versicherungen diese Produkte wieder. Uniqa-Sprecherin Carolina Burger erklärt etwa: „Die lange Laufzeit spricht für diese Form der Veranlagung. Da bei fondsgebundenen Lebensversicherungen monatlich angespart wird, kommt der sogenannte Cost-Average-Effekt (Durchschnittskosteneffekt) zum Tragen. Als Faustregel gilt: Je jünger die Person ist, die eine fondsgebundene Lebensversicherung abschließt, desto höher ist der Anteil, den sie in Fonds investieren kann, weil Schwankungen aufgrund der langen Laufzeit besser ausgeglichen werden können.“

Die Wiener Städtische Generaldirektorin Havasi sieht die fondsgebundenen Lebensversicherungen hingegen als Produkte, die sich nur unter bestimmten Voraussetzungen zur privaten Altersvorsorge eignen – und zwar „nur dann, wenn der Ansparvorgang langfristig konsequent betrieben werden kann und man im Sinne einer langfristigen Planung auch gewillt ist, Phasen mit negativer Performance durchzuhalten“. Im Sinne eines Vermögensaufbaus punkte die fondsgebundene Lebensversicherung außerdem im Vergleich zu Depotlösungen durch steuerliche Vorteile.

Bei der staatlich geförderten Zukunftsvorsorge, den sogenannten Prämienpensionen gäbe es eine Menge weiterer Steuervorteile. So entfallen dabei die KESt, die Einkommenssteuer und die Versicherungssteuer. Auch gäbe es eine 100-prozentige Kapitalgarantie bei Antritt der Alterspension sowie 4,25 Prozent staatliche Förderung bis zu einer Jahresprämie von 2445,55 Euro im Jahr 2013 und das gesamte Kapital als Hinterbliebenenvorsorge, bei einem Unfalltod sogar bis zu 150 Prozent (je nach Versicherungsmodell).

„Das stimmt alles“, gesteht AK-Mann Prantner ein, „Lebensversicherungen sind sichere Produkte. Sie kosten aber auch etwas. Jeder muss sich darüber im Klaren sein, was er sich leisten kann und wie viel Prämie jährlich in die Altersvorsorge investiert werden soll.“ Im Falle einer fondsgebundenen Lebensversicherung kommt außerdem die Frage hinzu, ob man einen Totalverlust wirtschaftlich tragen kann. Prantner: „Ist das so, dann kann man das Risiko eingehen.“

16. 08. 2013 **Der Absturz des mächtigsten Finanzkonzerns der Welt**

Abstract-Strafen wie im Alten Testament forderte der Chef von JP Morgan Chase die Skandalbanken der Finanzkrise. Denn sein Institut galt als Musterschüler in Zeiten der Verkommenheit. Bis vor einem Jahr.

Der Lack ist ab: Das gröste US-Geldinstitut hatte es ohne einen einzigen Quartalsverlust durch die Finanzkrise geschafft. Nicht nur das, JP Morgan rettete auch die Investmentbank Bear Stearns durch eine Ãœbernahme vor der Pleite. JP-Morgan-Chef Jamie Dimon war der gute Banker, der in der Öffentlichkeit als auch in Washington bestens ankam. TV-Auftritte absolvierte er in Jeans, durch seinen Akzent aus dem Ã¤rmlichen New Yorker Stadtteil Queens wirkte er bodenständig. Besonders beliebt machte er sich mit der Forderung, die Verursacher der Finanzkrise sollten nach "alttestamentarischen Gesetzen" bestraft werden.

Mit dem Image von den Saubermännern der Wall Street ist es nun vorbei. Mindestens acht US-Behörden ermitteln gegen JP Morgan.

Es geht um Atitle"Der Alu-Skandal", Bilanz-fälschung und Wettbewerbsverzerrung. Börsenaufsicht, Justizministerium und diverse Ermitt-lungsbehörden haben in den vergangenen Wochen keinen Hehl aus ihren Absichten gemacht: Sie wollen der Bank an den Kragen. Der Wal wendete das Blatt "Zur Detailseite des Unternehmens mit aktuellen Börseninformationen, Aktienkursdaten, Kennzahlen und Nachrichten." Diese-Manager-hatten-schon-Aergermit-der-Justiz." Ex-Hedgefonds-Manager: Jahrelang zahlte Bernard Madoff seinen Kunden hohe Renditen dank eines Schneeballsystems. Als die Krise kam, brach alles zusammen, mehr als 50 Milliarden Dollar waren verloren. Jetzt sitzt er 150 Jahre Haft ab".

Die Bilanzsummen der 50 größten deutschen Kreditinstitute sanken im vergangenen Jahr im Durchschnitt um 4,2 Prozent. Nur 19 Banken konnten ein positives Ergebnis ausweisen. Allen voran die Helaba, die mit einem Zuwachs von 21,5 Prozent (Bilanzsumme 199 Milliarden Euro) den Sprung in die Top Ten schaffte. Ihr folgt, mit einem Zuwachs von 13,6 Prozent, die Volkswagen Financial Services (Platz 20) als das am zweitschnellsten wachsende Kreditinstitut. Auf Platz eins steht aber nach wie vor unangefochten die Deutsche Bank mit einer Bilanzsumme von 2012 Milliarden Euro. Allerdings verbuchte die Großbank einen Rückgang der Bilanzsumme um sieben Prozent. Einbußen musste auch die zweitplatzierte Commerzbank einstecken, ihre Bilanzsumme verringerte sich um fast vier Prozent auf 635 Milliarden Euro. Die KfW-Bankengruppe konnte sich mit 511 Milliarden Euro (Plus 3,4 Prozent) auf dem dritten Platz behaupten. Insgesamt gab es in den Top-10 wenig Bewegung. Neu eingestiegen ist neben der Helaba auf Platz neun die Postbank, die jetzt Rang zehn belegt.

Die Top-10 verlassen musste die Hypo Real Estate unter den Top-50-Banken erlitt sie mit minus 28,4 Prozent auf 168 Milliarden Euro den deutlichsten Einbruch der Bilanzsumme. Die Allianz mit 106 Milliarden Euro Bruttobeiträge (Plus 2,7 Prozent), gefolgt von der Münchner Rück mit 52 Milliarden Euro. Die Generali Deutschland Holding sicherte sich mit einem Zuwachs der Bruttobeiträge um 6,6 Prozent den fünften Platz und überholte die Ergo Versicherungsgruppe, die ihrerseits 7,7 Prozent einbrachte. Den höchsten Anstieg der Bruttobeiträge konnte mit 13,9 Prozent die Hannover Rückversicherung verbuchen. Mit 13 Milliarden Euro bleibt sie auf Platz acht. Insgesamt verzeichneten Top-20-Versicherungen einen Zuwachs der Bruttobeiträge von 3,1 Prozent. Das Blatt begann sich zu wenden, als im Frühjahr 2012 der Skandal um den "London Whale" ans Licht kam. Der Londoner Händler der Bank, Bruno Iksil, verdiente sich diesen Spitznamen, weil er mit riskanten Derivate-Geschäften unglaubliche 6,2 Milliarden Dollar (4,7 Milliarden Euro) Verluste aufhäufte, bis seine Zockerei schließlich aufflog. Dimon verspielte in dieser Zeit einiges an Glaubwürdigkeit, weil er die ersten Medienberichte zum "London Whale" als "Sturm im Wasserglas"

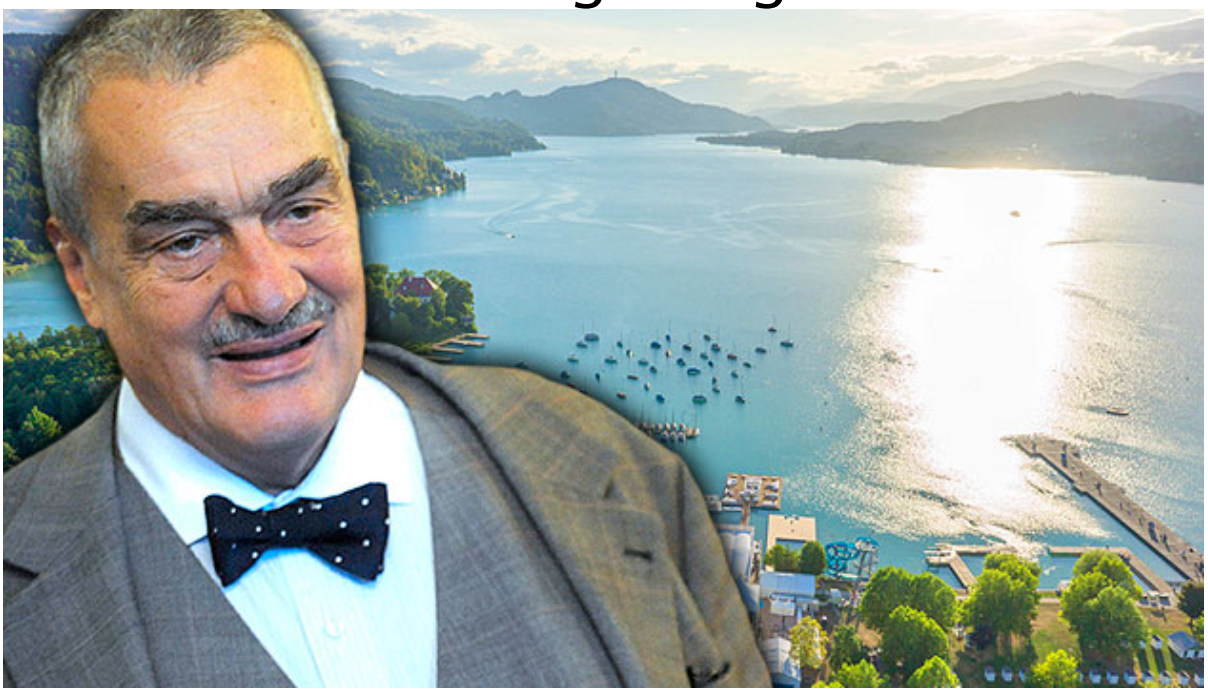
bezeichnete. Als das ganze Ausmaß der verschleierten Verluste schließlich ans Licht kam, war von "alttestamentarischen Gesetzen" plötzlich keine Rede mehr. Bei einer Anhörung im Kongress versuchte er die Politiker abzuwimmeln. Der Kongress solle seinen Bericht zum "London Whale" akzeptieren und die Bank das Problem mit ihren Mitteln abwickeln lassen.König Dimon zeigte keine Reue König Dimon, wie er an der Wall Street genannt wird, hat es sich durch den arroganten Auftritt und seine mangelnden Reue mit einigen wichtigen Leuten offenbar gründlich verscherzt. Plötzlich steht die Bank im Fadenkreuz der Ermittlungen. Kritiker werfen Dimon vor, er habe die Kontrolle über die Bank verloren. Der mit einer Bilanzsumme von rund 2,4 Billionen Dollar mächtigste Finanzkonzern Amerikas sei "too big to manage", zu groß, um ihn noch führen zu können. Eine große Zahl von Investoren versuchte deswegen Ende Mai einen Putsch auf der Hauptversammlung. Mit seiner Doppelrolle als Chef des Vorstands und des Verwaltungsrates vereine Dimon zu viel Macht auf sich. Noch die gleichen Probleme Der Manager brauche ein Korrektiv über sich, der ihm auf die Finger schaut. Deswegen solle er den Posten des Verwaltungsratschefs abgeben. Dimon gewann die Abstimmung letztlich, auch weil er andernfalls mit seinem kompletten Rücktritt drohte. Die Probleme sind jedoch die gleichen geblieben.

Im jüngsten Quartalsbericht der Bank fanden sich 18 Seiten Warnhinweise, die Ermittlungen gegen die Bank aufzählen. Wirklich spürbar ist das Störfeuer der Behörden seit Januar. Damals kritisierte die Bankenaufsicht die zu laxen Kontrollen der Bank gegen Geldwäsche. Kurze Zeit später drohte das Finanzministerium mit Sanktionen, sollte JP Morgan nicht endlich wichtiges Beweismaterial bezüglich des Schneeballsystems von Bernie Madoff herausrücken. JP Morgan war mehr als zwei Jahrzehnte die Hausbank des Milliardenbetrügers und wird von dem Wirtschaftsverbrechen nun eingeholt. JP Morgan wird von Madoffs Verbrechen eingeholt. Im April schaltete sich die Regulierungsbehörde OCC ein, die dem Geldhaus vorwirft, verdächtige Kontobewegungen von Madoff nicht gemeldet zu haben. Zudem sei Madoff von der Bank fälschlicherweise als Kunde mit geringem Risiko eingestuft worden. Weiteres Ungemach droht durch eine Klage des Madoff-Insolvenzverwalters gegen JP Morgan. Sie wurde zwar in erster Instanz abgewiesen, geht aber mit einer Berufung in die zweite Runde. Ausgestanden ist dagegen das Verfahren wegen Preistreiberei und Manipulationen des kalifornischen Energiemarktes - allerdings zu immensen Kosten. Ende Juli einigte sich die Bank zähneknirschend auf einen außergerichtlichen Vergleich mit der US-Energieregulierungsbehörde und zahlte 410 Millionen Dollar Strafe. Weiterhin im Visier der Behörden ist die Rohstoffabteilung der Bank jedoch in anderer Sache.

In einer Sammelklage wird JP Morgan, Manipulation von Kursdaten der Aktie Goldman Sachs Group Inc. samt Empfehlungen, Informationen und Charts." Goldman Sachs und dem Rohstoffkonzern Glencore vorgeworfen, die Aluminiumpreise künstlich in die Höhe getrieben zu haben. Harte Strafen erwartet Die Ermittlungen der US-Börsenaufsicht SEC wegen des "London Whale"-Skandals dürften Dimon aber am meisten besorgen. Der "London Whale" Iksil hat sich mit der New Yorker Staatsanwaltschaft auf ein Geschäft geeinigt und umfangreich ausgesagt. Im Gegenzug wird er nicht angeklagt. Für JP Morgan kann das nichts Gutes heißen. Die SEC hat bereits signalisiert, an dem Geldinstitut ein Exempel zu statuieren. Erstmals plant sie mit JP Morgan eine Bank nicht nur dazu zu zwingen, in einem Vergleich eine gigantische Strafe zu zahlen. Das Geldinstitut soll auch seine Schuld eingestehen - ein in den USA einmaliger Vorgang bei einer außergerichtlichen Einigung mit einer Bank.

17. 8. 2013 -

Fürst Karel Schwarzenberg: " SPÖ und ÖVP langweilig und mutlos "



Karel Schwarzenberg ist dafür bekannt, sich kein Blatt vor den Mund zu nehmen. Derzeit auf Kur in Kärnten, ist der frühere tschechische Außenminister seinem Ruf am Wochenende einmal mehr gerecht geworden: Er holte zum Rundumschlag gegen die "langweiligen und mutlosen" Regierungsparteien SPÖ und ÖVP, Außenminister Michael Spindelegger und die "nicht mehr attraktive" FPÖ unter Heinz- Christian Strache aus.

Spindelegger lasse sich bei EU- Räten oft vertreten und agiere bei Anwesenheit dort "zurückhaltend", sagte Schwarzenberg im Gespräch mit dem Nachrichtenmagazin "profil". "Ich glaube, dass Spindelegger an Außen- und Europapolitik nicht wirklich interessiert ist", so der tschechische Ex-Außenminister bei seinem Kuraufenthalt in Kärnten.

"Inhalte von SPÖ und ÖVP sind austauschbar"

Aber auch zur Regierung und politischen Landschaft in Österreich allgemein äußerte sich Schwarzenberg äußerst kritisch. "Von den Inhalten her sind Parteien wie SPÖ und ÖVP austauschbar geworden. Beide sind langweilig und mutlos." Niemand besitze mehr "die Courage, den Menschen die Wahrheit zu sagen, auch wenn dies mit Opfern verbunden ist", so der Befund Schwarzenbergs.

Den österreichischen Politikern fehlten demnach Visionen für die Zukunft des Landes. "Wenn jemand wie einst Bruno Kreisky eine Vorstellung davon hat, was Österreich sein soll, dann kann man dieses Land durchaus mobilisieren", bemerkte Schwarzenberg.

Auch FPÖ und Stronach bekommen ihr Fett ab

Auch die FPÖ und ihr Chef Heinz- Christian Strache bekamen in dem Interview ihr Fett ab: Sie seien "langweilig" geworden, so Schwarzenberg. "Haider hat wenigstens für Abwechslung mit einer ganz gut aufgeführten Show gesorgt. Aber jetzt zum x- ten Mal gegen Ausländer zu hetzen, ist nicht mehr attraktiv."

Auf Neo- Politiker Frank Stronach angesprochen, meinte Schwarzenberg, dieser habe "die Illusion, dass man mit Geld alles erreichen kann. Dies ist nicht der Fall." Er halte jedenfalls von diesen neuen Parteigründungen wenig, aber angesichts der Politikverdrossenheit und der Langeweile, die etablierte Parteien ausstrahlen, können solche Parteien durchaus Achtungserfolge erringen.

Schwarzenberg sieht großen Reformbedarf

Den größten Reformbedarf sieht Schwarzenberg in Österreich unterdessen vor allem im Bildungsbereich. "Schmerzhafte Anpassungen wird es auch bei den Pensionen geben müssen, weil wir ja alle älter werden und viele über 70 - wie ich - durchaus noch arbeitsfähig sind", so der Ex- Minister. Zudem sollte Österreich in der Außenpolitik, in der Sicherheitspolitik und der Europapolitik bestimmen, was es eigentlich wolle. "Schon darüber ernsthaft nachzudenken, wäre äußerst nützlich."

Was die Sicherheitspolitik betrifft, sei Österreich übrigens laut Schwarzenberg überall dort einsatzbereit, wo sich die Soldaten gefahrlos aufhalten können.

So habe er sich beim Golan- Abzug "als Nachbar schon sehr genieren" müssen. "EU- Kollegen kamen und fragten mich, warum die Österreicher gleich vor dem ersten Schuss davon-laufen." Er habe demnach erklären müssen, dass dies aus innenpolitischen Gründen geschehe, erläuterte der Ex- Minister im "profil"- Interview.

Schwarzenberg: "Österreich verkauft sich in der Welt mit Kitsch und Habsburg-Recycling"

- Karl Schwarzenberg, der tschechische Außenminister, nimmt sich kein Blatt vor den Mund. Im Interview mit der "Kleinen Zeitung" macht er aus seiner Skepsis gegenüber der österreichischen Innen- und Außenpolitik keinen Hehl – deutlichst.

Kritik übt er etwa an dem Abzug der österreichischen Soldaten von den Golanhöhen: "Man geniert sich, auch wenn man Außenminister des Nachbarlandes ist. Die Reaktionen waren zwischen Entsetzen und Gelächter", meint Schwarzenberg zu der international kontroversiell aufgenommenen Entscheidung.

"Ich war gerade als tschechischer Außenminister in Brüssel, als in Wien der Beschluss gefällt wurde. Da sind einige zu mir gekommen und haben gesagt: „Deine Österreicher, ha, ha, ha!“ Das tut weh."

Generell sieht Schwarzenberg, der zwar neben der tschechischen und der schweizerischen keine österreichische Staatsbürgerschaft besitzt, aber durch umfangreiche Besitzungen lange Zeit in Österreich gelebt hat, den Stellenwert des Landes in der Welt geschwunden: "Österreich hat sich halt dazu entschlossen, sich selbst in der Welt mit Kitsch und Habsburg-Reycling zu verkaufen. Das ist traurig. Aber sogar ein so großer Pferdefreund wie ich kann langsam keinen Lipizzaner mehr sehen."

Aber auch im Land sieht Schwarzenberg politische Defizite: "Nötige Reformen wie die Erhöhung des Pensionsalters oder im Bildungswesen werden grundsätzlich nicht durchgeführt. Es geht Österreich so gut, dass man über die Mankos hinwegsieht. Das Land wird noch bittere Medizin schlucken müssen."

Karl Sevelda: **RBI hat in Ungarn "grausliche Verluste" eingefahren**

- Bis 2007 habe man in Ungarn verdient, so Sevelda, dann habe sich "das Bild gedreht, in Summe werden wir inzwischen mehr verloren als verdient haben".

Der Chef der Raiffeisenbank International (RBI), Karl Sevelda, spricht von "grauslichen Verlusten in Ungarn". Die Osteuropa-Strategie wolle er aber weiterfahren, sagt er weiters zur "Kronen Zeitung".

Das Tempo im CEE-Raum soll allerdings gedrosselt werden, wiederholte Sevelda frühere Aussagen - vor allem in Ungarn und Slowenien, wo die RBI zu kämpfen hat. Sevelda-Vorgänger Herbert Stepic, der zurücktreten musste, ist indes als "Senior-Berater" für die RBI tätig. "Ich möchte auf ihn nicht verzichten", so Sevelda.

Bis 2007 habe man in Ungarn verdient, so Sevelda, dann habe sich "das Bild gedreht, in Summe werden wir inzwischen mehr verloren als verdient haben". Kolportiert wird allein in Ungarn ein Verlust von 700 Mio. Euro, schreibt die "Krone". Die ab Herbst geplante weitere Sondersteuer für Banken im Nachbarland werde die RBI zusätzlich 19 Mio. Euro kosten, so das Blatt. Künftig wolle sich die RBI auf Russland, Tschechien, Polen, Rumänien, die Slowakei und Österreich konzentrieren.

Zur Rückzahlung des staatlichen Partizipationskapitals für die RBI, die bis 2017 geplant ist, sprach Sevelda bisher schon bekannte Möglichkeiten wie etwa eine Kapitalerhöhung an.

Causa Bawag: Helmut Elsner klagt Ewald Nowotny und Co.

- **Die Klage über 1,8 Milliarden Dollar von Ex-Bawag-Chef Helmut Elsner vor dem Supreme Court New York gegen prominente SP-Männer wurde zugelassen.**

Sozialminister Rudolf Hundstorfer, ÖGB-Chef Erich Foglar, OeNB-Chef Ewald Nowotny und Volksbank-Chef Stephan Koren haben brisante Post von der US-Justiz erhalten, die mit ihrer Rolle als Bawag-Verantwortliche zusammenhängt.

Die 2012 von Ex-Bawag-Chef Helmut Elsner gegen die Genannten sowie die Bawag und deren Eigentümer Cerberus eingebrachte Schadenersatzklage über 1,8 Mrd. Dollar wird vom Supreme Court New York aufgenommen. Richter Jeffrey Oing muss nunmehr über den Betrugsvorwurf, der aus einem von der Bawag mit Gläubigern des US-Brokerhauses Refco geschlossenen Vergleich resultiert, entscheiden.

Hundstorfer, Nowotny & Co müssen nun einen Anwalt mit US-Zulassung namhaft machen, innerhalb von 30 Tagen Stellung nehmen und wohl auch selbst vor dem New Yorker Gericht erscheinen. Elsner sieht sich durch den Bawag-Refco-Vergleich ungerechtfertigt beschuldigt, zieht die Verantwortlichen der Falschaussage vor US-Behörden und ortet im Vergleich die Mitursache seiner langjährigen Haftstrafe. Weitere Folge der Klage: Der Hedgefonds Cerberus muss all seine Aktionäre verständigen, und der Rechtsakt bringt auch die Bawag selbst gehörig unter Druck.

Auch die österreichische Justiz bekommt Erklärungsbedarf. Sie hatte nach Auffliegen des Blitzkredits der Bawag unter Elsners Nachfolger Zwettler und Koren ein Refco-Verfahren eröffnet – dieses aber wieder eingestellt. Dies, obwohl Staatsanwalt Krakow in den USA war und alle Fakten kennen und von den Anschuldigungen wissen musste. Die Einstellung kann daher nur bedeuten, dass die Staatsanwaltschaft die Anschuldigungen als falsch eingeschätzt hat.

Die französische Villa von Helmut Elsner wird zur Ruine

- Justizposse rund um das Haus von Ex-Bawag-Boss Helmut Elsner im französischen Mougins.

Die Villa gehört seiner Gambit-Stiftung, deren Vermögen allerdings seit dem ersten Bawag-Prozess eingefroren ist.

Dabei bleibt es vorerst, auch wenn sich die Bawag mit einer Klage das Vermögen bereits zwei Mal sichern wollte, dabei aber abgeblitzt ist. Unterdessen verfällt die Immobilie zusehends.

Während die Pools der Nachbarn blau blitzen, gleicht das Elsner-Schwimmbad mittlerweile einer Kloake. Auch die Bausubstanz ist mittlerweile durch fehlende Instandhaltung in schlechtem Zustand.

Elsner darf das Haus nicht betreten. Die Renovierungskosten sollen bereits 250.000 Euro ausmachen. Der Richter des Bawag II-Prozesses, Christian Böhm, gibt die erforderlichen Mittel allerdings nicht frei.

Bawag-Skandal: Teure ÖGB-Prozesskosten sorgen für Bauchweh

- **ÖGB-Chef Erich Foglar muss vor der Wiederwahl den teuren Prozess gegen Vorgänger Fritz Verzetnitsch und Ex-Bawag-Boss Elsner rechtfertigen.**

Am 20. Juni wird sich Gewerkschaftspräsident Erich Foglar im Zuge des ÖGB-Bundeskongresses der Wiederwahl stellen. Die Wiederwahl ist reine Formsache, allerdings wird Foglar mit kritischen Fragen rund um die Causa Bawag konfrontiert werden.

Einerseits schwebt die milliardenschwere US-Klage von Ex-Bawag-Boss Helmut Elsner über ihm. Anderseits ist der ÖGB noch immer in ein teures Verfahren gegen seinen früheren Vorsitzenden Fritz Verzetnitsch und die früheren Bankvorstände involviert. Ursprünglich wollte die Gewerkschaft zehn Millionen Euro Schadenersatz. In dem zivilrechtlichen Verfahren soll geklärt werden, ob die ÖGB-Tochter AVB (Anteilsverwaltung Bawag) durch eine komplizierte Wertpapier-Transaktion unmittelbar nach der Fusion der BAWAG mit ihrer Tochter P.S.K. im Oktober 2005 geschädigt worden war.

Die Kosten für das Verfahren übersteigen aber mittlerweile die Klagssumme deutlich. Allein für die Anwälte belaufen sich die Kosten auf über zehn Millionen. Das ist der Hauptgrund dafür, dass bisher sämtliche Vergleichs-aufrufe der Richterin auf taube Ohren stießen.

18. August 2013 **Die Zwei-Schritte-vor-einer-zurück-Ministerin**

Die Taktik des "Zwei Schritte vorwärts, einer zurück" zieht sich wie ein roter Faden durch die Regierungsbeteiligung der Steirerin

Beatrix Karl hat im Justizressort einige Reformen realisiert, aber ihr Image als Sachpolitikerin ramponiert

Wien - "Das Spiel dauert 90 Minuten", hat der deutsche Fußballtrainer Sepp Herberger einmal korrekt festgestellt. Die Legislaturperiode im österreichischen Nationalrat dauert zwar mit fünf Jahren etwas länger, ein Eigentor kann man sich in der letzten Minute dort aber trotzdem schießen. Was Justizministerin Beatrix Karl (ÖVP) gelungen ist.

Mit ihren Aussagen nach dem Bekanntwerden der Vergewaltigung eines 14-jährigen Untersuchungshäftlings im Gefängnis Wien-Josefstadt hat sie das von ihr selbst gepflegte Bild der nüchternen Sachpolitikerin ziemlich zerdepscht.

"Strafvollzug ist nicht das Paradies. Aber gerade im Jugendstrafvollzug haben wir die besten Gefängnisse, die wir je hatten", war von der 45-Jährigen beispielsweise unmittelbar nach Bekanntwerden der Vorfälle Ende Juni zu hören. Oder: "Bei Jugendlichen, die in U-Haft kommen, sprechen wir von schweren Straftätern."

Paradies ist anders

Aussagen, die auf massiven Widerstand stießen: Nicht nur dass für Untersuchungshäftlinge selbstverständlich die Unschuldsvermutung gilt, widersprachen auch Volksanwaltschaft und Jugendrichter Karls Ansicht, dass für junge Menschen hinter Gittern alles in Ordnung sei.

Zu wenig Betreuung, zu wenig Freizeitmöglichkeiten, zu langes Einsperren in den Zellen, lauteten die Kritikpunkte. Erst einige Tage später ruderte die Politikerin zurück und gelobte, eine Arbeits-

gruppe einzusetzen, die Verbesserungsmöglichkeiten erarbeiten solle.

Die Taktik des "Zwei Schritte vorwärts, einer zurück" zieht sich wie ein roter Faden durch die Regierungsbeteiligung der Steirerin. Obwohl es unfair wäre, ihre Amtszeit komplett negativ zu sehen. Beispiel Bezirksgerichte: Seit Jahren wird über Zusammenlegungen diskutiert, erst Ressortchefin Karl erreichte einen Durchbruch. Die geplante Reduktion von 141 auf 68 Standorte ist zwar mittlerweile vom Tisch. Dennoch: Niederösterreich und Oberösterreich, aber auch die von einem roten Landeshauptmann regierte Steiermark haben bereits zugestimmt. Das war allerdings 2012 - seither ist es ruhig geworden.

Gute Absicht, falsches Timing

Der Eindruck der Rückzieher entstand wohl auch dadurch, dass die studierte Arbeitsrechtlerin im Gegensatz zu ihrer glücklosen Vorgängerin Claudia Bandion-Ortner auf ihre Beamten hörte. Die hatten oft durchaus gute Absichten - nur wurden sie zur Unzeit kommuniziert. Etwa die mittlerweile beschlossene Diversion bei restlos aufgeklärtem Amtsmissbrauch mit geringem Schaden. Von Experten gefordert, sollte die Maßnahme mitten in der Aufregung um Grasser, Strasser und Co umgesetzt werden.

Andere Vorhaben, wie die Aufweichung des Berufsgeheimnisses von Journalisten und Rechtsanwälten, musste sie nach Protesten dagegen komplett fallenlassen. Wie ihr überhaupt vorgeworfen wurde, neue Gesetze teils durchpeitschen zu wollen oder große Brocken in anderen Vorhaben zu "verstecken".

Korruption schärfer bestrafen

Auf der Habenseite von Karl steht dagegen die Verschärfung des Korruptionsstraf-rechtes und ein neues Lobbyistengesetz, die Familienrechtsreform inklusive neuer Obsorgeregeln oder der bundesweite Ausbau der Familiengerichtshilfe bei den Bezirksgerichten. Sie hat es auch geschafft, mehr Posten für den Justizapparat herauszuschlagen.

Ein ambitionierter Plan ist es auch, Gesetze zu ändern, selbst wenn sie nicht mehr im Amt sein sollte. Die amtierende Ressortchefin hat einer Expertengruppe den Auftrag gegeben, das Strafgesetzbuch zu überarbeiten. Diese soll ihre Ergebnisse bis Jahresende vorlegen, anschließend sollen sie breit diskutiert werden - wenn Beatrix Karl vielleicht das Spielfeld schon längst verlassen hat.

20.08.2013 Stronach will nun doch regieren - aber ohne Lugar?

Bisher hatte Neo- Politiker Frank Stronach eine Regierungsbeteiligung stets abgelehnt - nun hat er es sich anders überlegt und sieht seine rechte Hand Kathrin Nachbaur sogar als mögliche Ministerin oder Bundeskanzlerin. Die Tage von Klubobmann Robert Lugar dürften hingegen gezählt sein.

Lugar hatte die ehemalige ORF- Chefin Monika Lindner mit seiner Aussage, sie solle als "Speerspitze" gegen das System ORF, Raiffeisen und Erwin Pröll eingesetzt werden, als Kandidatin für das Team Stronach vergrault. Das könnte ihm nun zum Verhängnis werden. "Vorläufig bleibt er", so Parteigründer Frank Stronach im Ö1- Interview. Doch ob Lugar nach der Wahl noch Klubobmann sein wird, ist alles andere als sicher. "Wir werden sehen, es wird immer Veränderungen geben", so Stronach.

Stronach will "mitregerien, wenn Werte stimmen"

Entgegen früheren Aussagen will der Milliardär nun doch mitregieren - "wenn die Werte stimmen". Wie oft er selbst im Nationalrat sitzen werde, wenn seine Partei den Einzug schaffen sollte, ließ Stronach offen. Er werde "dort sein, wenn es wichtig ist".

Zu seinen Oben- ohne- Fotos - in den vergangenen Tagen warf sich der 80- Jährige mit vollem Körpereinsatz in den Wahlkampf und posierte halbnackt - meinte der Magna- Gründer, dass "es heiß war". Außerdem habe er noch die Jeans angehabt. "Wichtig ist, was man sagt und wofür man steht, nicht, was man für einen Hut aufhat."

19.08.2013, 22:53

Ultimatum gestellt

Die **EU-** Kommission droht Kroatien mit der teilweisen Blockade von Finanzhilfen, falls es einen ehemaligen Geheimdienstagenten weiter vor der Auslieferung nach Deutschland schützt. Dann "hätte Kroatien nur einen eingeschränkten Zugang zu den Mitteln aus **EU-** Fonds", sagte die **EU-** Justizkommissarin Viviane Reding dem Nachrichtenportal Danas am Montag in Zagreb.

Reding gibt Kroatien, das am 1. Juli der EU beitrat, bis zum 23. August Zeit darzustellen, wie sie die Auslieferung mutmaßlicher Straftäter an andere EU- Staaten sicherstellen will. Im konkreten Fall geht es um den pensionierten Geheimdienstoffizier Josip Perkovic (Bild), dessen Auslieferung wegen Mordes von der deutschen Bundesanwaltschaft in Karlsruhe verlangt wird.

Wenige Tage vor EU- Beitritt "Lex Perkovic" erlassen

Perkovic wird unter anderem für den Mord an dem Dissidenten Stjepan Djurekovic im Jahr 1983 im bayerischen Wolfratshausen und auch als Auftraggeber für den Mörder des Exil- Kroaten Nikola Martinovic im Jahr 1975 in Klagenfurt verantwortlich gemacht. Das kroatische Parlament hatte zwei Tage vor dem EU- Beitritt ein Sondergesetz verabschiedet, das den Geheimdienstler vor der Auslieferung schützt. Dieses Gesetz wird von Kritikern als "Lex Perkovic" bezeichnet

Perkovic kenne nach jahrzehntelanger Agententätigkeit zu viele Einzelheiten über illegale und verdeckte Aktionen der Dienste zu jugoslawischer und später kroatischer Zeit, hieß es in Zagreb hinter vorgehaltener Hand zur Begründung des umstrittenen Gesetzes. Die Geheimdienste Jugoslawiens und seiner Nachfolgestaaten hatten über Jahrzehnte Mordanschläge auf heimische Regierungskritiker im Ausland verübt. **Mehr als ein Dutzend Kriminelle durch Gesetz geschützt**

Neben Perkovic werden noch knapp 20 weitere mutmaßliche Kriminelle durch das neue Gesetz geschützt, wie die Zagreber Zeitung "Jutarnji list" berichtete. Diese Personen würden vor allem von Österreich, Slowenien und Deutschland wegen Mordes, Drogenhandels, Vergewaltigung, Geldfälschung oder Kinderschändung mit internationalem Haftbefehl gesucht. Das im Schnellverfahren verabschiedete Sondergesetz verbietet Auslieferungen, wenn die Straftat vor dem Stichtag 7. August 2002 begangen wurde.

Rechnungshof: Kritik an Managerboni in Salzburg

20.08.2013 **Was muss der Chef des Landesspitals oder der Salzburg AG leisten, damit er sich eine Extrazahlung verdient? In Salzburg muss sich einiges ändern, findet nun auch der Bundesrechnungshof.**

Rund 80.000 Euro waren es 2012 bei den Managern der Salzburg AG. 22.000 Euro bei Klinikenchef Burkhard van der Vorst. Rund 25.000 Euro bei Messe-Geschäftsführer Henrik Häcker und 10.000 Euro bei Bert Brugger, Leiter der städtischen Tourismusgesellschaft.

Die Rede ist von den Boni, also "leistungsabhängigen Gehaltsbestandteilen". Sie sind gang und gäbe bei Spitzenkräften auch in der staatsnahen Wirtschaft - die Frage ist nur: Wodurch verdient ein Manager sich das Sahnehäubchen auf seinem Gehalt?

Der Bundesrechnungshof stellt in einem aktuellen Bericht zum Beteiligungs-management des Landes fest: Salzburg hat dringenden Bedarf, die Kriterien für die Extrazahlungen zu überar-beiten.

Diese Boni seien mehrfach an "überwiegend kurzfristige Zielvorgaben gebunden", heißt es dort - also an Faktoren, die zwar im aktuellen Jahr guten Eindruck machen, das Unternehmen aber nicht auf Dauer stärker machen. Die Prüfer schreiben auch, dass Geld bezahlt worden sei, ohne dass es "konkrete Zielvereinbarungen" gegeben habe, die man durch Kennzahlen hätte kontrollieren können. Auch flossen Sonderprämien wohl für Leistungen, welche "jedenfalls mit dem Jahresgrundgehalt abgegolten waren". Anders gesagt: Manager bekamen extra Geld schon allein dafür, dass sie ihre Dienstpflicht erfüllten, und nicht dafür, dass ihre Leistungen außergewöhnlich gut waren. Als Beispiel nennt der Rechnungshof das "Einhalten des Budgetrahmens", was noch keine "besondere Leistung" des betreffenden Managers sein könne.

Langfristige Zielvereinbarungen über mehrere Jahre fand der Rechnungshof ebenfalls. Aber nur bei Landeskliniken und Verkehrsverbund.

Die Prüfer des Rechnungshofs schreiben: Erfolgsboni seien durchaus sinnvoll. Nur die Gründe, weshalb sie in Salzburg ausbezahlt würden, seien oft nicht die richtigen. Eine Feststellung, welche übrigens auch andere geprüfte Bereiche wie das Unterrichtsministerium oder die Kommunen Kufstein und Rankweil betrifft. Generell, schreibt der Rechnungshof, liege in einzelnen Fällen wohl der Verdacht nahe, es gebe eine "ungerechtfertigte Erhöhung des vereinbarten Gesamtjahresbezugs".

Ins Bild passt, dass etwa Alfred Denk, Chef der Parkgaragengesellschaft, im SN-Gespräch sein Gehalt gleich mit "7000 Euro brutto im Monat, 15 Mal im Jahr", angab. Er deklarierte damit seinen Bonus in Höhe eines Bruttomonatslohns als integralen Teil seines "normalen Einkommens".

Die Landesregierung hat sich nun eine Gesamtreform der Bonuszahlungen vorgenommen. Wobei Finanzreferent Christian Stöckl (ÖVP) bereits klarmachte, dass mit den Zusatzzahlungen in Zukunft allgemein sparsamer umgegangen werden dürfte. Was bleibt, ist die Frage: Wie misst man den Erfolg eines Energieversorgers oder gar eines Landesspitals? An den behandelten Patienten? An den Kosten? An der Aufenthaltsdauer, gar an der Überlebensquote?

Möglicherweise von allem ein bisschen. "In internationalen Großunternehmen sind Boni oft an Dutzende Kriterien gebunden", sagt Horst Bernegger, Partner bei der Unternehmensberatung PriceWaterhouseCoopers in Salzburg. "Es gibt lauter kleine Ziele, und für jedes ein paar Prozent mehr Geld." Selbstverständlich würden in modernen Systemen auch "weiche Ziele" abgebildet. Also etwa, wie zufrieden die Mitarbeiter mit dem Unternehmen und dem Chef seien. Strukturelle Ziele könnten etwa den Aufbau einer neuen Abteilung betreffen. "Dazu kommen persönliche Ziele: dass der Manager etwa eine bestimmte Art von Fortbildungen macht", erläutert Bernegger.

"Das Thema Boni ist eine Wissenschaft für sich", sagt auch Franz Wührer, Chef der Personalberatung Hill International Salzburg. Doch auch Wührer nennt neben Umsatz und Gewinn die "Herzensdinge" als Kriterien für einen Bonus, also ethische Qualität und das subjektive Glücksgefühl der Belegschaft.

Wührer nennt als gängiges Modell die sogenannte Balanced Score Card - ein Konzept, das an der Harvard University entwickelt wurde. Vorgeschlagen wird darin, dass Erfolg nicht nur an Umsatz und Stückkosten, sondern etwa auch an der Zahl der Beschwerden gemessen wird oder an Durchlaufzeiten oder schlanker Lagerhaltung. Auch wenige Krankenstände und niedrige Fluktuation können in solchen Modellen Faktoren sein.

Für die grüne Regierungspartnerin Astrid Rössler drängen sich freilich auch ökologische Themen auf, wenn es um die Höhe der Managerboni geht. Sie denkt dabei auch in Richtung Salzburg AG: Seien die beiden Geschäftsführer nicht gerade erfolgreich, wenn die Menschen im Land weniger und nicht mehr Strom verbrauchten? Könnte es gewürdigt werden, wenn die Bevölkerung Gutscheine für das Stromsparen erhielte? Oder einfach über besseren Umgang mit Energie informiert würde? Wobei Rössler betont, dass immer das Aktiengesetz die Grundlage aller Managerverträge sein müsse.

Ex-ÖVP-Parlamentarierin Ranner muss vor Gericht

20. August 2013, 14:20

Ehemalige Europaabgeordnete muss sich wegen Untreue und Betrugs verantworten

Graz - Die ehemalige ÖVP-Europaabgeordnete Hella Ranner muss sich ab 4. November im Straflandesgericht Graz wegen Betrugs und Untreue verantworten. In vorerst fünf anberaumten Verhandlungstagen wird Richter Karl Buchgraber den Vorwürfen auf den Grund gehen: In der Anklage wird Ranner beschuldigt, einer Privatperson zwei Darlehen von je 50.000 Euro betrügerisch herausgelockt und durch Missbrauch ihrer Befugnis als geschäftsführende Gesellschafterin eine Rechtsanwaltssozietät um rund 387.000 Euro geschädigt zu haben.

Die Staatsanwaltschaft Graz erklärte am Dienstag, dass der Prozess am 4. November beginnen und am 5., 7., 8. und 15. November fortgesetzt werden soll. Welcher Staatsanwalt die Anklagebehörde vertreten werde, sei noch nicht bestimmt worden, sagte Sprecher Hansjörg Bacher.

"Erschlichene Prämien"

Hella Ranner, gebürtige Grazerin, wurde von ihrem früheren Arbeitgeber, der Linzer Anwaltskanzlei Saxinger, Chalupsky & Partner (SCWP), vorgeworfen, die Kanzlei geschädigt zu haben - "vornehmlich durch erschlichene Prämien und ungerechtfertigt erstellte Honorarforderungen" zwischen 2006 und 2008. Sie war unmittelbar vor dem Einlangen der Anzeigen mit ihrer Sanierungsfirma in die Pleite geschlittert.

Das Gerichtsverfahren war wegen Befangenheit von Graz an das Landesgericht Leoben verlegt worden, verhandelt wird nun aber in Graz. Ranner, die Ende März 2011 zurückgetreten ist, wies die Vorwürfe stets von sich.

21. August 2013 16:57

Unter Beschuss

FPÖ-Skandal um Hetz- Gruppe bei Facebook

Prominente Freiheitliche sollen nicht öffentlicher Gruppe angehören.

Die Freiheitlichen plagen erneut angebliche Aktivitäten von Mitgliedern im Internet. In einer laut "News" nicht-öffentlichen Facebook-Gruppe sollen nicht nur politische Gegner aufs Derbste beschimpft worden sein, auch rechtsradikale bzw. antisemitische Postings sollen sich darauf befinden. Unter den knapp 150 Mitgliedern befinden sich demnach auch Bundesparteiobmann-Stellvertreter sowie Nationalrats- und Landtagsabgeordnete. FPÖ-Generalsekretär Herbert Kickl hat die Behauptungen als "Anschüttungen" zurückgewiesen. Die Seite "Wir stehen zur FPÖ" sei keine offizielle FPÖ-Seite, sondern eine Privatinitiative. Es habe keinen aktiven Beitritt der "medial angegriffenen" Funktionäre - darunter der Parteichef-Stellvertreter Johann Gudenus - gegeben und sie hätten sich nicht aktiv an Diskussionen in dieser Gruppe beteiligt, stellte Kickl klar.

"Der ganze Muslime-Scheißhaufen gehört mit Benzin übergossen und angezündet, die Benzinkosten übernimm selbstverständlich ich", soll laut "News" in der nicht öffentlichen Facebook-Gruppe gepostet worden sein. Oder: "Diese Kameldreckfresser gehören ALLE ausradiert, ohne Ausnahme!" Bundeskanzler Werner Faymann (SPÖ) soll als "echtes rotes Schwein" beschimpft worden sein, das "ins Grab hinein" gehöre. Administratorin soll eine FP-Gemeinderätin aus Bad Fischau sein.

Empörung bei politischen Gegnern

Die politischen Mitbewerber reagierten empört auf das Bekanntwerden der Seite: FPÖ-Obmann Heinz-Christian-Strache müsse sich umgehend davon distanzieren "und die rechten Hetzer ihrer Ämter entheben", sagte SPÖ-Bundesgeschäftsführer Norbert Darabos. Den Koalitionspartner ÖVP forderte er auf, eine Zusammenarbeit mit den Freiheitlichen nach der Nationalratswahl auszuschließen.FPÖ-Funktionäre und Abgeordnete "treffen sich in einer geheimen Facebook-Gruppe, um sich dort mit Hetz- und Hassbotschaften aufzumunitionieren und predigen dann öffentlich Nächstenliebe", kritisierte der Grüne Karl Öllinger. "Das ist Wählertäuschung pur."

22. 08. 2013

Traurige Industriepolitik

Leitartikel. Wahrscheinlich teilt der Industriepakt das Schicksal des Wachstumspakts.

Ernüchternd liest sich die Bestandsaufnahme der europäischen Industriepolitik gut drei Jahre nach ihrem Neustart. Der war der Not in der Krise geschuldet, die Brüsseler Schaltzentrale hat ein neues Ziel erfunden: 20 Prozent solle die verarbeitende Industrie bis 2015 zur EU-Wirtschaftsleistung beitragen. Dabei handelt es sich um eine Präzisierung der unglücklichen Europa-2020-Strategie als Nachfolgerin der gescheiterten Lissabon-Strategie. Die hätte die EU bis 2010 zum wettbewerbsfähigsten Wirtschaftsraum der Welt machen sollen. Auch vom 20-Prozent-Industrieziel entfernt sich die Union laufend.

Und was machen die EU-Strategen in solchen Fällen: Sie schlagen einen neuen Pakt vor, den "Industriellen Vertrag für Wachstum". Darin lässt Antonio Tajani, Vizepräsident der Europäischen Kommission, bereits bekannte Punkte aufzählen: Es geht um die Komplettierung des Binnenmarkts, den leichteren Zugang von Unternehmen zu Krediten und die stärkere Einbindung der EIB zur Bereitstellung von Risikokapital.

Einen enormen Schub für die Wirtschaftsleistung erwartet sich Tajani auch durch das Investitions-und Freihandelsabkommen mit den USA. Doch dass die Verhandlungen noch mehrere Jahre dauern werden und das Ergebnis kaum die übergroßen Erwartungen erfüllen wird können, pfeifen die Spatzen in Brüssel längst von den Dächern. Ein erster Anlauf zur gegenseitigen Angleichung von Standards und Freihandel aus dem Jahr 1998 war traurig gescheitert.

Washington und Brüssel streiten über wichtige Themen wie etwa Speisehühner: Die USA waschen sie mit Chlor, den Europäern graust davor. Auch mit dem exzessiven Einsatz von Gentechnik in Amerika können sich die meisten Regierungen nicht anfreunden. Das EU-Parlament muss zudem zustimmen und ist beleidigt, weil öffentlich geworden ist, wie intensiv der US-Geheimdienst NSA seine europäischen Freunde abhört.
Zu befürchten ist daher, dass der neue Industriepakt das Schicksal des ominösen Wachstumspakts teilt. Unter dessen Schirm haben die EU-Staats-und Regierungschefs im Vorjahr jeden EU-Cent zusammengekratzt, der irgendwie als Wirtschaftsinvestition argumentierbar ist. 120 Milliarden €hatten so ein neues Mascherl bekommen. Und dass Tajani nach den EU-Wahlen im Mai nicht mehr lang im Amt sein wird, stärkt sein neues Projekt ebenfalls nicht.

20.08.2013

Trügerische Ruhe in der Eurozone

Leitartikel. Am Reformeifer in Rom und Paris hängt das Schicksal der Eurozone.

Immer noch beruhigt die süße Medizin der EZB die Finanzmärkte. Weil niemand gegen die Zentralbank wetten will, liegen die Zinsen für zehnjährige Staatsanleihen für die wirtschaftlich größten Problemländer Spanien und Italien komfortabel unter 4,5 Prozent. Das unreformierbar scheinende Frankreich zahlt für neue Staatskredite mit zehnjähriger Laufzeit überhaupt nur gut 2,4 Prozent Zinsen und damit nicht viel mehr als der Musterschüler Deutschland. Dessen Bundesanleihen gelten nicht erst seit Krisenbeginn als Maßstab für die Geldaufnahme in der Eurozone, derzeit werden knapp 1,9 Prozent für zehn Jahre fällig.

Vergleicht man diese Werte mit realen Wirtschaftsdaten wie den Lohnstückkosten oder der Handelsbilanz, zeigt sich ein ziemlich anderes Bild. So wird Spanien zwar von politischen Problemen gebeutelt und es ist verwunderlich, dass sich Premier Rajoy trotz unschöner Affären noch immer im Sattel hält. Die Lohnstückkosten haben sich aber deutlich verringert, das Land verfügt über eine positive Handelsbilanz. Kurz gesagt: Trotz deutlich gestiegener Wettbewerbsfähigkeit vertrauen die Märkte dem Land weiterhin viel weniger als Italien oder Frankreich, bei denen sich die Kennzahlen nicht so erfreulich entwickelt haben.

Das mag einerseits am laufenden Bankenstützungsprogramm des - Euroschirms ESM liegen, anderseits rangiert das iberische Land bei den großen Ratingagenturen nur am unteren Ende des Triple-B-Bereichs. Zwar haben Moody's, Standard & Poor's und Fitch im Vorfeld der Krise und währenddessen an Renommee eingebüßt. Gerade angesichts der neuen Nachsicht der EU-Kommission bei der Erfüllung der Sparziele schielen die Investoren aber wieder verstärkt auf die Ratings. So liegt Italien immerhin am oberen Ende des BBB-Spektrums, Frankreich solide bei AA.

Der italienische Premier Letta und der französische Präsident Hollande haben aber bereits mehrfach Deficit-Spending für mehr Wachstum anstatt weiterer Strukturreformen propagiert. Sollte die EU-Kommission ihnen dabei zu freie Hand lassen, könnten sich neue Schieflagen unter den größten Euroländern schneller aufbauen, als die EZB die Medizin nachreichen kann - die aktuell ruhig erscheinende Eurokrise könnte ein großes Comeback erleben. Am Reformeifer in Italien und vor allem Frankreich hängt daher das Schicksal der Eurozone.

"Für Spindelegger ist Innenpolitik nun einmal wichtiger"

INTERVIEW 22. August 2013, 18:12

Tschechiens Ex-Außenminister Karl Schwarzenberg bekräftigt seine Kritik an Österreichs Außenminister

STANDARD: Sie haben in einem "profil"-Interview über Außenminister Michael Spindelegger gesagt, dass er sich zu wenig für EU-Politik interessiere. Daraufhin hat er gesagt, Sie seien eh nicht mehr Außenminister. Bleiben Sie bei Ihrem Vorwurf?

Schwarzenberg: Ich hab das nicht als Vorwurf verstanden. Wenn mir jemand sagen würde, dass ich mich nicht für Industriepolitik oder Agrarpolitik interessiere, würde ich sagen, Sie haben recht. Übrigens habe ich ja weniger von der Europapolitik als von der ganzen Außenpolitik gesprochen.

STANDARD: Was war das dann? Eine Aufmunterung an Spindelegger, sich mehr um Außenpolitik zu kümmern?

Schwarzenberg: Wir alle gehören ermutigt, uns mit der Außenpolitik zu beschäftigen. Irgendwie ist in unseren Breiten die außenpolitische Diskussion eingeschlafen. Alles ist völlig unter das Diktat der Innenpolitik geraten. Gut, kann ja sein, aber dann soll man die Außenpolitik jemandem überlassen, der dies als Hauptbeschäftigung sieht.

STANDARD: Eine Zeitlang hieß es, Österreich könne mit den mitteleuropäischen Nachbarn seine Außenpolitik koordinieren. Daraus ist nicht viel geworden.

Schwarzenberg: Es ist nur teilweise gelungen. Trotzdem könnte man näher zusammenarbeiten. Ich habe gehört, dass Außenminister Spindelegger geäußert hat, er wäre enttäuscht über meine, die tschechische, Haltung zu Syrien, die eine andere war als die österreichische. Aber er hat mich in diesem Zusammenhang nicht einmal angerufen.

STANDARD: Sie sagen also, Spindelegger ist von der Innenpolitik so in Anspruch genommen, dass man die Außenpolitik lieber jemand anderem geben sollte?

Schwarzenberg: Na ja, er hat das ja schon zu einem großen Teil jeweils dem Staatssekretär übergeben. Verständlich - für ihn als Parteichef und Vizekanzler ist nun einmal die Innenpolitik wichtiger.

STANDARD: Er soll also nach der Wahl nicht mehr Außenminister werden?

Schwarzenberg: Nein, es steht mir nicht im Geringsten zu, zu beurteilen, wer in Österreich Außenminister wird. Jeder gestaltet seine Politik gemäß seinen Pflichten und seinen persönlichen Vorlieben.

STANDARD: Was soll die EU im Fall Ägyptens tun? Die Hilfsgelder streichen?

Schwarzenberg: Nein, ich würde sagen, wir sollen sehr zurückhaltend sein. Wenn wir die Entwicklungshilfe einstellen, wird das weder die Muslimbrüder noch die Militärs besonders kratzen. Wenn wir die Mittel streichen - wer zahlt drauf? Nur die Bevölkerung.

STANDARD: Sie waren gar nicht so unwesentlich beteiligt am Weg zur Demokratie in Tschechien und Osteuropa. Warum klappt das nicht im Nahen Osten?

Schwarzenberg: Erstens sind dort die materiellen Probleme viel größer. Zweitens haben wir doch ein Erbe einer guten Verwaltung, Elemente des Rechtsstaates und der Demokratie.

STANDARD: In Tschechien wird jetzt gewählt. Das Szenario ist, dass danach die Sozialisten mit Duldung der bisher verfemten Kommunisten regieren werden. Damit hätte Präsident Milos Zeman, Ihr Widersacher, erreicht, was er will.

Schwarzenberg: So schaut das derzeit aus. Die Entwicklung ist nicht erfreulich. Heute hat der Präsident im Senat erklärt, der Oberste Gerichtshof hätte sein Vertrauen verloren, weil der drei ihm nahestehende Abgeordnete verurteilt hat.

STANDARD: Das klingt schon wie Viktor Orbán.

Schwarzenberg: Ja ... Ich mache aufmerksam auf ein hervorragendes Gespräch des polnischen Solidarnosc-Aktivisten Adam Michnik im Spiegel über die autoritären Tendenzen in unseren Gegenden. Ein Pflichtartikel.

STANDARD: Das ist aber kein sehr lustiger Ausblick.

Schwarzenberg: Nein! Aber wer hat gesagt, dass wir es lustig haben sollen?

22. August 2013 # Staudinger will steuerfreie Boni für Beschäftigte

"Wenn Didi Mateschitz alle Ausgaben für sein Red-Bull-Racing-Team als Marketing-Aufwand steuerlich absetzen kann, dann benötigen wir auch einen eigenen Rennstall", sagt Staudinger. Letztendlich soll das Geld Alleinerzieherinnen zu Gute kommen. Für die steuerliche Absetzbarkeit muss ein deutlicher Werbewert erkennbar sein. Der soll durch die "Formel Zukunft" gegeben sein.

Kinder von Alleinerziehern sollen für Werbeauftritte kleine Gagen bekommen, die indirekt an die Familie fließen

Wien - Der Waldviertler Schuh- und Möbelproduzent Heini Staudinger, der wegen eines Finanzierungsmodells im Clinch mit der Finanzmarktaufsicht FMA liegt, hat sich einen neuen "Steuer-Trick" einfallen lassen. Der oft als "Schuhrebell" bezeichnete Unternehmer will Alleinerzieherinnen, die in seinem Betrieb "GEA" arbeiten, über Wettrennen von deren Kindern einen Gehaltsbonus steuerfrei auszahlen, berichtet der "Kurier". Staudinger will über seine GEA etwa 30.000 Euro für den Förderverein "Formel Z" ausgeben, die nicht besteuert werden sollen, wie übliche Gehaltserhöhungen.

Anleihen bei Red Bull

Insgesamt 30 Kinder von alleinerziehenden Mitarbeiterinnen seiner Firma sollen auf Tretrollern oder Fahrrädern Rennen fahren - organisiert über den Förderverein, über den die Kinder "wie kleine Fotomodels Gagen für ihre Teilnahme ausbezahlt bekommen" sollen, so Staudinger zum Blatt. "Wenn Didi Mateschitz alle Ausgaben für sein Red-Bull-Racing-Team als Marketing-Aufwand steuerlich absetzen kann, dann benötigen wir auch einen eigenen Rennstall", sagt Staudinger zum "Kurier".

Die "Gehälter" der Kinder-Rennfahrer seien wie jene der Erwachsenen bis 11.000 Euro jährlich steuerfrei. "Bei uns kassiert jedes Kind circa 1.000 Euro pro Jahr", so Staudinger zum Blatt.

Deutlicher Werbewert

Für die steuerliche Absetzbarkeit muss aber auch ein deutlicher Werbewert erkennbar sein. "Alleine mein eigenes Magazin hat eine Auflage von 1,5 Millionen Stück", so der Schuhrebell laut "Kurier". Nun soll es das erste Kinderrennen zeitgleich mit dem Formel-1-Grand Prix in Südkorea am 6. Oktober geben. Auch

andere Firmen wollen laut Staudinger in seine Rennserie einsteigen. Das "Z" im Vereinsnamen "Formel Z" steht übrigens für "Zukunft", schreibt die Zeitung.

Er sehe alleinerziehende Mütter - die in seiner Firma knapp über KV verdienen würden - als die ärmsten der Gesellschaft, daher wolle er mehr bezahlen. Aber: "Auf dem üblichen Weg wäre nicht viel bei den Müttern angekommen. Wenn ich 100 Euro monatlich mehr Gehalt drauflege, muss meine Firma 131 Euro für Dienstgeberanteil der Sozialversicherungen und Kommunalabgaben zahlen, und den Müttern blieben nur 52 Euro netto übrig, weil sie den Dienstnehmeranteil und die Lohnsteuer abziehen müssen", so Staudinger. Der Staat hätte 79 Euro kassiert. (APA, 22.8.2013)

23. 08. 2013 Neue Pflichtwandelanleihen

Credit Suisse placiert ersten «Coco»

Erste Pflichtwandelanleihe im Angebot

Die Credit Suisse hat eine erste Tier-1-Pflichtwandelanleihe über 250 Mio. Fr. am Kapitalmarkt placiert. Der Coupon von 6% zeigt gemäss Analytikern, wie günstig der Schweizer Markt derzeit ist.

Die Credit Suisse, die zweitgrösste Schweizer Bank, hat die erste öffentliche Platzierung von Tier-1-Pflichtwandelanleihen durchgeführt. Die Contingent Convertible Notes (Cocos) werden abgeschrieben, wenn die Kapitalquote des Unternehmens aus Zürich unter ein vorher festgelegtes Niveau fällt. Die Credit Suisse nahm 250 Mio. Fr. über Papiere ohne Laufzeitbegrenzung auf, wie eine mit der Transaktion vertraute Person berichtete. Die Bonds seien mit einem Coupon von 6% ausgestattet. Falls das Eigenkapital der Bank unter 5,125% falle, sollten die Tier-1-Anleihen abgeschrieben werden.

Günstiger Frankenmarkt

Die Schweiz will ihre Banken durch verschärfte Kapitalvorschriften vor künftigen Krisen schützen, nachdem die UBS 2008 vom Staat gerettet werden musste. Im Februar 2011 vereinbarte die Credit Suisse mit Qatar Holding und der Olayan Group eine Privatplacierung von Tier-1-Cocos, wie aus einer Mitteilung der Bank von damals hervorgeht. Die Papiere in Franken und Dollars hatten ein Volumen von 6 Mrd. Fr. Der Coupon bei der gegenwärtigen Transaktion spiegle, wie günstig der Frankenmarkt derzeit sei, erklärte ein Londoner Analytiker. Bei einer internationalen Emission hätte die Bank deutlich mehr zahlen müssen.

21.08.2013 Kommentar *Weitere Griechenland-Milliarden fällig*:

Schäuble leitet Zahltag für Deutschland ein

Die Bundesregierung nähert sich nur in kleinen Schritten der Wahrheit, wenn Finanzminister Wolfgang Schäuble endlich zugibt, dass Athen auch nach 2014 Hilfe benötigen wird. Vor der Bundestagswahl wird weiterhin verschwiegen, wie teuer die Euro-Rettung für Deutschland wirklich wird.

Der Zeitpunkt hat viele in Europa überrascht. Kaum jemand hatte damit gerechnet, dass die Bundesregierung noch vor der Bundestagswahl zugeben würde, dass Griechenland weitere Unterstützung braucht, wie Finanzminister Wolfgang Schäuble das am Dienstag getan hat. Berlin hatte auf entsprechende Hinweise von Bundesbank und der Internationale Währungsfonds (IWF) bisher so vage reagiert, dass man in anderen europäischen Hauptstädten damit rechnete, dass diese Taktik bis zum Wahltag anhalten würde.

"Einen zweiten Schuldenschnitt für Athen wird es nicht geben"

-

  Bundeswirtschaftsminister Philipp Rösler (FDP) sagte Anfang August: "Für einen Schuldenschnitt sehe ich keine Notwendigkeit. Ein solcher Schritt würde das gerade neu gewonnene Vertrauen in die Eurozone erschüttern und den Reformdruck von den Krisenländern nehmen."

-

  Der CDU-Fraktionsvorsitzende Volker Kauder hat noch am 11. August einen Schuldenschnitt für das hochverschuldete Griechen-

land ausgeschlossen. "Wenn man Griechenland Schulden erlässt, stehen demnächst andere Länder auf der Matte und wollen auch einen Schuldenschnitt. Damit wären einige Länder Schulden los, andere müssten welche machen, weil sie ihr Geld nicht zurückbekommen. Außerdem lässt die Aussicht auf einen Schuldenschnitt die Reformbemühungen erlahmen. Das kann niemand wollen", sagte Kauder .

-

Kanzlerin Angela Merkel sagte noch im Juli: "Griechenland ist dank der sehr reform- orientierten Regierung Samaras vorangekommen. Ich gehe davon aus, dass die Schuldentragfähigkeit auch weiterhin gegeben ist."

-

Mindestens genauso überzeugt zeigt sich Herausforderer Peer Steinbrück (SPD), der wahlkampfkonform einem zweiten Schul-denschnitt für Griechenland ablehnt. "Die Folge wäre, dass es eine sehr starke Zurückhaltung geben würde, überhaupt noch in Staatsanleihen zu investieren," -

Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) sagte Anfang Juli: "Fest steht: Einen zweiten Schuldenschnitt für Athen wird es nicht geben."

-

Rainer Brüderle, Fraktionschef der FDP-Bundestagsfraktion, hielt einen erneuten Schuldenschnitt zwar für denkbar - allerdings erst in drei Jahren: "Ein Schuldenschnitt ist nur längerfristig und nach dem Erreichen des Primärüberschusses vorstellbar. Das ist meiner Ansicht nach frühestens 2016 möglich", sagte er im November 2012.

Bundeswirtschaftsminister Philipp Rösler (FDP) sagte Anfang August: "Für einen Schuldenschnitt sehe ich keine Notwendigkeit. Ein solcher Schritt würde das gerade neu gewonnene Vertrauen in die Eurozone erschüttern und den Reformdruck von den Krisenländern nehmen."

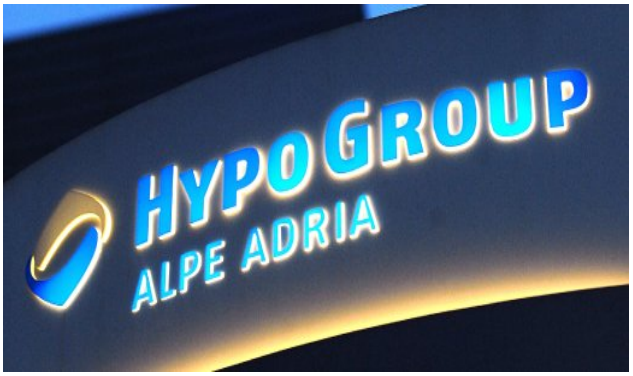
Wer Schäuble in den vergangenen Monaten genau zugehört hatte, für den kam der - wahltaktisch wahrscheinlich geschickte - Vorstoß doch nicht so unerwartet.

Der Finanzminister hatte in der Vergangenheit immer wieder betont, dass Griechenland mit neuen Zugeständnissen rechnen könne, wenn es einen Primärüberschuss erziele. Vergangene Woche hatte das griechische Finanzministerium bekannt gegeben, dass das Land in den ersten sieben Monaten des Jahres abzüglich der Zinszahlungen erstmals einen Haushaltsüberschuss verzeichne und auf gutem Wege sei, dies auch für das Gesamtjahr zu erreichen. Damit war eine Voraussetzung erfüllt, die Schäuble seit langer Zeit einfordert.

Die griechische Regierung hält die Haushaltssanierung für den Beweis, dass sie Fortschritte macht. Jörg Asmussen, Direktoriumsmitglied der Europäischen Zentralbank (EZB), ist am Mittwoch nach Athen gereist, um sich dort ein Bild von der aktuellen Entwicklung zu machen. Dabei wird er allerdings feststellen, dass die Probleme immer noch groß sind. Und dass sich der weitere Hilfsbedarf Griechenlands nur schwer beziffern lässt. Fest steht: Es wird sich um weitere Milliarden handeln.

23. 08. 2013 **LANDESBANK**

HGAA-Alptraum nimmt für BayernLB kein Ende



Bayern LB: Angeblich hat die Landesbank bei der Rückgabe der Hypo Alpe Adria an die Republik Österreich einen Verzicht auf Schadenersatzan-sprüche erklärt.

Auch das noch. Nach Amigo-Affäre und Hochwasser soll Bayerns Ministerpräsi-dent Horst Seehofer nun auch im Schadenersatzpro-zess seiner BayernLB gegen die ehemalige Tochter Hypo Group Alpe Adria (HGAA) im Herbst in München als Zeuge aussagen. Kein angenehmes Thema.

Hamburg/München - Die BayernLB - und damit der bayerische Steuerzahler - haben im Zuge ihres Gastspiels in Österreich bereits 3,7 Milliarden Euro verloren. Weitere 3 Mil-liarden Euro könnten womöglich folgen. Die hatte die BayernLB der früheren Tochter als Notkredit gewährt, den die heutige Staatsbank HGAA aber nicht mehr zurück-zahlen will. Begründung: Die Milliarden seien kein Darlehen gewesen, sondern Eigenkapital.

Nun soll also auch Seehofer gehört werden. Seine Aussage soll dem Handelsgericht Wien unter anderem Aufklärung zur Frage bringen, ob die Landesbank bei der Rückgabe der Hypo Alpe Adria an die Republik Österreich einen Verzicht auf Schadenersatzansprüche erklärt habe. Wäre dies der Fall, könnte die BayernLB keine Ansprüche mehr aus dem Katastrophendeal, für den der bayerische Steuerzahler bereits mit Milliarden-beträgen büßen musste, geltend machen. Hinweise auf einen Verzicht gibt es indes nicht.

Die Regierung in Wien sieht die Schuld dennoch in München. Die einstige Kärntner Perle Hypo Alpe Adria sei ein gesundes, florierendes Finanzinstitut internationaler Prägung gewesen - bis zur Übernahme durch die BayernLB. Die Bayern hätten das Institut heruntergewirt-schaftet und schließlich fallen gelassen. Am Ende hätten sie sogar noch

der Republik Österreich Lasten in Milliardenhöhe aufgebürdet, für die nun die Bürger des Alpenlandes haften würden. Es ist Wahlkampf in Österreich. Die Verantwortung für das Milliardenloch Hypo Alpe beim nördlichen Nachbarn abzuladen, scheint opportun.

Haben die Bayern tatsächlich die einstige Perle Hypo Alpe Adria heruntergewirtschaftet? Wurde das Schicksal eines erfolgreichen Kärntner Geldhauses allein durch Misswirt-schaft und mangelnde Solidarität der BayernLB besiegelt?

Ein Rückblick in das Frühjahr 2006 zeigt ein anderes Bild.

Kapital in den Büchern, das schlicht nicht vorhanden war

Nur wenige Wochen nach Bekanntwerden von Verlusten aus Devisentermingeschäften in Höhe von mehreren hundert Millionen Euro brauchte die vermeintliche Kärntner Perle damals dringend frisches Kapital. Das Geld kam auch - und zwar von einer gewissen BC Holding, die Vorzugsaktien im Volumen von 55 Mio. Euro zeichnete und dafür bis zum Jahr 2007 Vorzugsdividenden in Höhe von 6,25 Prozent kassierte. Das Geld der BC Holding allerdings stammte von der Hypo Liechtenstein, die es elf extra für diese Trans-aktion gegründeten liechtensteinischen Anstalten kreditierte.

Diese Transaktionen waren bereits vor vielen Jahren Gegenstand intensiver Prüfungen durch die Österreichische Nationalbank. Im Frühjahr 2007 hieß es in deren Prüfbericht: "Die Involvierung von Anstalten und Unternehmen im In- und Ausland, die fehlenden Informationen hinsichtlich der Kreditnehmer … und Investoren … lassen den Schluss zu, dass diese Konstruktion nur gewählt wurde, um einen direkten Zusammenhang zwischen dem Kauf und der Finanzierung der Vorzugsaktien … zu verschleiern."

"Aufgrund der dargestellten Zahlungsflüsse und der mittelbaren Besicherung … wird seitens der Prüfer angezweifelt, dass die zugeflos-senen Eigenmittel … aus wirtschaftlicher Sicht die Qualität von Kernkapital aufweisen." … "Die Option des vorzeitigen Rückkaufs zu einem bereits festgelegten Preis … indiziert auch die Möglichkeit, dass die Tilgung der Kredite mit dem Rückkauferlös erfolgen könnte. Dies unterstützt die Ansicht der Prüfer, dass wirtschaftlich gesehen keine Eigenmittel generiert wurden."

Bei weiteren Kapitalmaßnahmen, die mit 30. Juni 2006 im Ausmaß von 100 Millionen Euro in die Bilanz der Hypo Alpe Adria eingestellt worden waren, monierte die National-bank, dass sich zu diesem Datum noch die gesamte Emission im Wertpapierbestand der Bank befand. Die Hypo Alpe Adria führte somit über weite Strecken Kapital in ihren Büchern, das schlicht nicht vorhanden war.

Dennoch wurden die seltsamen Deals nicht weiter verfolgt. Hätten die Behörden bereits damals reinen Tisch gemacht, wäre es für die damaligen Verkäufer rund um das Land Kärnten wohl schwer geworden, das Institut an die BayernLB weiterzu-reichen. Zu einem erstaunlich hohen Preis.

23. August 2013, 17:10 **Gegenschlag:** # Kärntner Hypo klagt Bayern

-

Die Bayern haben auf die Rückabwicklung ihres Hypo-Kaufs geklagt, jetzt klagt die Hypo ihre Ex-Eigentümer.

Die Hypo Alpe Adria schlägt gegen ihre frühere Mutter BayernLB mit einer Klage zurück und will 710 Millionen von den Münchnern

Wien - Im Streit zwischen verstaatlichter Hypo Alpe Adria und Bayrischer Landesbank ist nun die nächste Runde eingeläutet worden. Am Donnerstag hat die Hypo ihren Ex-Eigentümer beim Landgericht München 1 geklagt - und zwar auf Zahlung von rund 710 Millionen Euro.

Um diese Klage zu erklären, ist ein Blick in die jüngere und fernere Geschichte der Bank nötig: Die Österreicher haben Mitte Dezember 2012 die Rückzahlung der von den Bayern gewährten Kredite eingestellt - mit der Begründung, das Geld sei Eigenkapital. Sie berufen sich dabei auf jenes Gesetz, wonach Kredite, die der Eigentümer seiner Gesellschaft während einer Krise einräumt, als nicht rückzahlbarer Eigenkapitalersatz zu werten ist.

In Summe hat die BayernLB der Hypo seit 2008 an die 4,5 Milliarden Euro geborgt; davon sind derzeit noch jene rund 2,3 Milliarden Euro offen, deren Zahlung die Österreicher verweigern. Nun klagt die Hypo jene Beträge ein, die sie ab August 2008 bereits bezahlt hat, weil nach fünf Jahren die Verjährung der Rückforderungsansprüche eintritt.

Verjährungsverzicht

Einen Verjährungsverzicht, der die Klage abwenden hätte können, haben die Bayern laut einem Hypo-Sprecher "dezidiert abgelehnt; wir mussten daher die Klage zur Wahrung unserer Rechte einbringen“.

Konkret geht es laut der 42-seitigen Klagsschrift um 500 Millionen Euro an Tilgungen und Zinsen, die die Hypo Alpe Adria 2008 bezahlt hat;

dazu kommen noch rund 210 Millionen Euro an Nebenansprüchen aus entgangenen Zinsen.

Insgesamt hat die BayernLB der Hypo von Februar bis Juli 2008 in zwölf Tranchen mehr als 3,1 Milliarden Euro an Krediten zufließen lassen; den Großteil davon (zwei Milliarden Euro) in Schweizer Franken. Am 22. August 2008 haben die Kärntner erstmals Teile davon zurückbezahlt, und der Rückforderungsanspruch auf diese 433 Millionen Euro wäre eben diesen Donnerstag verjährt.

Der Schritt der Österreicher bedeutet eine weitere Eskalation im Streit Bayern gegen Österreich. Die Bayern, die ja auch auf Rückabwicklung ihres Hypo-Kaufs geklagt haben, bestreiten, dass es sich bei den Krediten um Eigenkapitalersatz handelt; über ihre entsprechende Feststellungsklage in München wird ab November verhandelt werden. Die jetzige Klage der Hypo ist die Widerklage dazu. Die Münchner kennen die Klage nicht; sie halten die Ansprüche der Österreicher für "vollkommen unbegründet", wie ein BayernLB-Sprecher dem STANDARD sagte.

"Faire Lastenteilung"

Die Kernfrage hinter alledem ist, ob die Hypo zum Zeitpunkt der Geldflüsse schon in der Krise war und wenn ja, ob das die BayernLB wusste.

Bei der Hypo-Verstaatlichung Ende 2009 hatte die Republik Österreich die Rückzahlung der Kredite noch versprochen. Die nunmehrige Widerklage argumentiert man in Eigentümerkreisen nun aber auch damit, dass man die Bayern damit zu der in den EU-Richtlinien vorgesehenen "fairen Lastenteilung" heranziehen möchte.

Stichwort Republik: Mitte nächster Woche wird die Hypo Alpe Adria ihre Halbjahresbilanz publik machen - und die wird blutrot ausfallen. In Eigentümerkreisen geht man derzeit davon aus, dass der Verlust im Worst Case annähernd eine Milliarde betragen soll (mit so viel ist im Budget vorgesorgt); in der Jahresbilanz wird die Milliardengrenze dann nicht mehr zu halten sein, wie es heißt.

23.08.2013 *BUNDESANWALTSCHAFT*

Schweiz ermittelt gegen Ex-Zentralbankchef

Angeblicher Geheimnisverrat des Ex-Chefs der SNB: Schweiz ermittelt gegen ehemakligen SNB-Lenker Philipp Hildebrand

Die Bundesanwaltschaft der Schweiz ermittelt gegen den ehemaligen Chef der Schweizer Zentralbank. Gegen Philipp Hildebrand bestehe der Verdacht des Geheimnisverrats. Der Ex-Zentralbankchef musste bereits wegen einer anderen Affäre zurücktreten.

Zürich - Die Schweizer Bundesanwaltschaft hat gegen den früheren Präsidenten der Schweizer Nationalbank (SNB), Philipp Hildebrand, ein Verfahren wegen des Verdachts des Geheimnisverrats eingeleitet. Die Behörde teilte am Donnerstag mit, sie sei aufgrund einer Anzeige tätig geworden. Einzelheiten nannte sie nicht.

Hildebrand dementierte über seinen jetzigen Arbeitgeber BlackRock die Vorwürfe. Er habe nichts Unrechtes getan und kooperiere mit der Bundesanwaltschaft.
Hildebrand trat im Januar 2012 wegen eines Devisengeschäfts seiner Frau in Höhe von über 500.000 Dollar zurück. Hildebrand hatte seinerzeit zugegeben, dass seine Frau Kashya im August 2012 ohne sein Wissen 500.000 Franken in Dollar getauscht und angelegt hatte. Der Schweizer Franken stand damals im Vergleich zum Dollar auf einem hohen Stand.

Im September 2012 setzte die Schweizer Nationalbank dann aber einen Mindestwechselkurs des Franken zum Euro fest, um die anhaltende Aufwertung des Franken zu bremsen. Euro und auch Dollar legten daraufhin im Vergleich zum Franken wieder zu.

Im Oktober tauschte Kashya Hildebrand, früher von Beruf Finanzmanagerin, fast die gleiche Summe zurück in Schweizer Franken. Ihr Gewinn: knapp 67.000 Franken (55.000 Euro).

Wenige Wochen nach seinem Rücktritt aufgrund der Devisengeschäfte seiner Frau wechselte der nun Schweizer Ex-Zentralbank-Chef Philipp Hildebrand als stellvertretender Verwaltungsratsvorsitzender in die Spitze des weltgrößten Vermögensverwalters Blackrock

Die Vergabeaffäre erfasst auch KAV

Ermittlungen. Verdacht der Angebotsabsprachen und Untreue beim Krankenanstaltenverbund (KAV). Auch das Kontrollamt prüft. Eine der Beschuldigten stammt aus bekannter Industriellen-Dynastie.

Die ohnehin von Vergabe-Affären bei der Fernwärme oder Wiener Wohnen gebeutelte Wiener Stadtverwaltung steht einer weiteren Front gegenüber: Die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) ermittelt bereits seit Monaten im Umfeld bzw. gegen den Wiener Krankenanstaltenverbund (KAV).

Naheverhältnis

Eine Beschuldigte ist eine Tochter aus einer bekannten heimischen Industrie-Dynastie mit einer – anhand von APA-Meldungen aus den Jahren 2004 und 2010 zu vermutenden – gewissen Nähe zur stärksten Rathausfraktion (*Name der Redaktion bekannt, Anm.*).
Wie die WKStA bestätigt, wird wegen zwei Faktenkreisen ermittelt. Im ersten geht es um den Verdacht der Untreue, weil ohne Vergabeverfahren ein Auftrag zwecks „Betreuung in Bezug auf Verwertung/Beratung in Liegenschaftsangelegenheiten“ vergeben worden wäre. Im zweiten Faktenkreis geht es um Bieterabsprachen bei der Erteilung eines Konsulentenvertrages. Der Auftragswert habe 500.000 € betragen.

Insgesamt wird gegen sechs „natürliche“ und „juristische“ Personen" ermittelt. Unter den „juristischen“ Personen befinde sich der KAV, gegen den nach der Verbandsverantwortlichkeit (VbVG) ermittelt werde. Der Fall geht auf eine anonyme Anzeige Ende 2012 zurück. Insider vermuten, dass der „Whistleblower“ im KAV sitzt. Politiker seien nicht Gegenstand des Verfahrens.

Das Bundesamt zur Korruptionsbekämpfung ermittelt. Informellen Angaben zufolge habe die Industriellen-Tochter Aufträge über bis zu zwei Millionen € in den letzten Jahren erhalten. Mitte 2012 sei ihr Rahmenvertrag ausgelaufen, dennoch sei sie weiter beauftragt worden.

Auf Anfrage bestätigt der KAV nur die Ermittlungen um Bieterabsprachen. Hier sei man nicht geschädigt worden, da die Ermittlungen noch vor Zuschlagerteilung begonnen haben. Dass der KAV selbst via VbVG „Beschuldigter“ sei, will man nicht kommentieren.

Auch das Kontrollamt interessiert sich für den KAV. Wie ein Sprecher bestätigt, wird eine „allgemeine Prüfung“ der Vergaben durchgeführt. In wie weit hier die WKStA-Causa eine Rolle spielt, will man in Hinblick auf die laufende Prüfung nicht sagen. Sie wird erst Anfang 2014 beendet.

„Bloße Verleumdung“

Die Industriellen-Tochter bestätigt Ermittlungen gegen sie. Aber: Sie sei angeschwärzt worden. Man habe Anzeige wegen Verleumdung erstattet. Mit ihrer Familie habe sei seit 2005 nichts mehr zu tun. Die Vorwürfe seien „lächerlich“ – es würde bloß um „Mini-Aufträge“ statt um Millionen gehen. Jemand versuche, ihr Kleinunternehmen zu ruinieren. Die Mutter belaste die Angelegenheit emotional sehr, betonte sie oft. Ihr Anwalt sagt, dass gegen sie nur wegen Absprachen ermittelt werde. Das Verfahren sei seiner Meinung bisher ergebnislos verlaufen, er rechne mit der Einstellung

Freitag, 23.08.

Österreichs Ex-Finanzminister Grasser -soll fünf Millionen **Steuern hinterzogen haben**

Der ehemalige Finanzminister Österreichs, Karl-Heinz Grasser

Die Geschäfte des österreichischen Ex-Finanzministers Karl-Heinz Grasser wurden überprüft. Nun wird ihm vorgeworfen, zehn Millionen Euro nicht versteuert zu haben.

Er sagt dazu: „Ich bin steuerlich so ungebildet."

Seit 2010 überprüft die österreichische Finanzbehörde die Geschäfte des ehemaligen Finanzministers Karl-Heinz Grasser. Ihm wird Berichten der österrei-chischen Zeitung „Die Presse" zufolge nun vorgeworfen, Einkünfte in Höhe von rund zehn Millionen Euro nicht versteuert zu haben.

In den Jahren 2009 und 2010 soll er dadurch 4,95 Millionen Euro Steuern hinterzogen haben. Ein Großteil der Gelder sei unversteuert ins Ausland geflossen, um die Immobilienprojekte des Ex-Finanzministers zu finanzieren, so „Die Presse". Grasser habe die Vorwürfe bisher stets zurückgewiesen, es gilt die Unschuldsvermutung.

Ex-Finanzminister drohen Geldstrafen, Gefängnis

Dem österreichischen Magazin „Format" zufolge drohen Grasser nun nicht nur eine Strafe und Steuernachzahlung in Höhe von bis zu 20 Millionen Euro, sondern auch bis zu zehn Jahren Gefängnis. Die österreichischen Finanzbehörden hätten in ihrer Untersuchung Grasser Konstruktionen mit Stiftungen und Firmen in Steueroasen durchleuchtet. Sie hätten die Unterlagen nun an die Wirtschafts- und Korruptions-staatsanwaltschaft und Grassers Anwalt weitergeleitet. Der Staatsanwaltschaft obliegt nun das weitere Vorgehen.

Grasser selbst beschuldigt laut „Die Presse" seinen Steuerberater, dem er blind vertraut habe. Er selbst bezeichnet sich als „steuerlich so ungebildet". Die Steuerprüfer der Finanzbehörden teilten diese Ansicht nicht, schließlich besäße Grasser „…überdurchschnittliches Wissen, das er im Rahmen seiner universitären Ausbildung erworben sowie in seiner Zeit als Finanzminister der Republik vertieft hat", wie es in ihrem Bericht heiße. Zudem habe er sich als Finanzminister mit „Abgabenhinterziehungsproblematiken" auseinandersetzen müssen und sogar eine Anti-Korruptionsfibel für Finanzbeamte herausgebracht. Die Behörden sähen darin einen Hinweis darauf, dass Grasser genau bewusst gewesen sein müsse, was er tue

Eurofighter-Affäre? Stronach schickt Grasser Geld

23.08.2013 **Ex-Finanzminister Karl-Heinz Grasser hat im Vorjahr von Frank Stronach eine finanzielle Zuwendung erhalten, die nun laut "Standard" die Justiz interessiert.**

Konkret geht es um 44.000 Euro, die Grassers Firma "Valuecreation" im März vorigen Jahres der "Stronach Consulting" in Rechnung gestellt hat. Die Justiz, die bei einer der Ermittlungen gegen Grasser auf die Zahlung stieß, will wissen, ob es hier einen Zusammenhang mit der Eurofighter-Affäre gibt. Grasser wiederum beteuert, Stronach lediglich geschäftlich beraten zu haben.

Bei einem Treffen mit Stronach habe er dem Austrokanadier erzählt, dass er Unternehmen auf der Suche nach Investoren berate, so Grasser. Der Magna- und Parteien-Gründer wiederum habe erklärt, immer wieder Veranlagungen in Firmen zu tätigen und Grasser ein Mandat erteilt. Zu einem erfolgreichen Abschluss sei es zwar nie gekommen, drei von insgesamt 15 Projekten seien aber näher verfolgt worden. Insgesamt sei er ein Jahr mit dem Vorhaben beschäftigt gewesen, versicherte Grasser dem "Standard". Von Stronach gab es vorerst keine Stellungnahme.

Der mögliche Konnex zu Eurofighter: Die von Stronach gegründete Autozulieferergruppe Magna profitierte mit einem Gegengeschäftsvolumen von 300 Millionen Euro vom Schwenk des Ex-Finanzministers und früheren Magna-Angestellten hin zum letztlich auch siegreichen EADS-Konsortium. Davor hatte sich der Politiker noch persönlich im bayerischen Eurofighter-Werk über den Stand der Dinge informiert. Unterwegs war er mit dem damaligen Magna-Chef Sigi Wolf im Firmenjet.

Grasser kassierte von Meinl 8,9 Millionen Euro. Wofür eigentlich?

Karl-Heinz Grasser kassierte von Meinl insgesamt 8,9 Millionen Euro, die er nicht ordnungsgemäß versteuert haben soll. Was hat er für das Geld eigentlich geleistet? Ein Bewegungsprofil anhand von Society-Berichten.

Das Jahr 2007 war für Karl-Heinz Grasser der ereignisreicheren eines: Mit der Angelobung des Kabinetts Gusenbauer am 11. Jänner war seine Regierungstätigkeit endgültig Geschichte; am 3. September kam seine Tochter Tara Gertrud zur Welt. Dazwischen lag die berufliche Neuorientierung: Im Frühsommer 2007 hatte Grasser bei Julius Meinl angeheuert. Und somit erstmals richtig Geld gescheffelt. Noch im August überwies ihm der Bankier 4,38 Millionen Euro; bis 2010 sollten weitere 4,569 Millionen Euro folgen. Macht unterm Strich 8,949 Millionen Euro.

Wie profil vor nunmehr fünf Monaten als erstes Medium berichtete, wird dem ehemaligen Finanzminister (2000 bis 2007) Steuerhinterziehung in großem Stil vorgeworfen. Das Finanzamt Wien 1/23 fordert 4,95 Millionen Euro an Einkommenssteuer für den Zeitraum 2003 bis 2010 zurück. Die Staatsanwaltschaft Wien führt nach wie vor ein Ermittlungsverfahren, das Grasser vor Gericht bringen könnte. Der frühere Politiker muss sich den Vorwurf gefallen lassen, den weitaus größten Teil seiner Einnahmen über ein Netzwerk aus Briefkastengesellschaften und Stiftungen in Liechtenstein, Zypern oder den britischen Jungferninseln an der Finanz vorbeigeschleust zu haben. Grasser bestreitet nach wie vor jedweden Vorsatz und schiebt die Verantwortung an seinen einstigen Steuerberater Peter Haunold ab (profil 13/13).

Eine Frage vermochte Grasser bis heute nicht schlüssig zu beantworten: Was genau leistete er, das der Meinl Bank fast neun Millionen Euro wert war? Grasser wurde diesbezüglich bereits von der Wiener Staatsanwaltschaft befragt, hielt seine Antwort aber denkbar kurz: „Ich beantworte diese Frage nicht. Ich nehme von meinem Recht Gebrauch, die Aussage zu verweigern."

profil hat anhand vorliegender Ermittlungsakten versucht, Grassers Mehrwert für Meinl zu plausibilisieren. Vorneweg: Die Meinl Bank im Allgemeinen, der Bankier im Besonderen waren außerordentlich spendabel.

Am 9. Juli 2007 beteiligte sich KHG zu einem Drittel an der von der Meinl Bank aufgesetzten Meinl International Power Management Ltd. (MPM) mit Sitz auf der britischen Kanalinsel Jersey. Die MPM war die sogenannte Managementgesellschaft der wenig später an die Börse gebrachten Meinl International Power Ltd. (MIP). Grasser zahlte für seinen Anteil 16.667 Euro. Neben dem früheren Verbund-Chef Hans Haider sollte Grasser die Gesellschaft bei der Entwicklung und Realisierung von Energieprojekten in Europa beraten. Der MPM-Manager Grasser erhielt in weiterer Folge zwischen 2008 und 2009 knapp mehr als 2,75 Millionen Euro. Der MPM-Gesellschafter Grasser bekam zwischen 2008 und 2010 weitere 1,8 Millionen Euro an Dividenden, in Summe also 4,569 Millionen Euro.

Im August 2007 ging MIP an die Börse. Grasser war auch hier zugange. Der Meinl- Bank-Ableger auf Antigua schloss am 22. August 2007 einen Provisions-Vertrag mit dem Grasser zugerechneten Briefkasten Silverwater Invest and Trade mit Sitz auf den britischen

Jungferninseln. Aus diesem Titel flossen noch im August 2007 weitere 4,38 Millionen Euro von der Meinl Bank Richtung Grasser

Viel Geld, viel Arbeit, wenig Privatleben.
Sollte man meinen. Umso erstaunlicher, dass Grasser bereits wenige Tage, nachdem er den Gesellschaftsvertrag mit Meinl unterschrieben hatte, den ersten Erholungsurlaub beanspruchte. Mit seiner Ehefrau verlustierte KHG sich Mitte Juli auf Capri. Die Tageszeitung „Österreich" titelte am 13. Juli: „Hochschwangere Fiona: Liebes-Urlaub auf Capri." Zehn Tage später wurde das Paar auf Sardinien gesichtet. Wieder war „Österreich" hautnah dabei: „Im supersexy String-Tanga-Bikini räkelt sich die werdende Mutter oben ohne an Bord eines trendy Motorboots. Als Kapitän fungierte Ehemann Karl-Heinz Grasser." In der Woche darauf wurde Grasser bei den Salzburger Festspielen gesichtet. Ohne Fiona.

Zu diesem Zeitpunkt liefen in Wien die Vorbereitungen für den Börsegang der Meinl Power auf Hochtouren. Grasser sollte Meinl dabei als Zugpferd dienen, um potenzielle Investoren heranzukarren. Laut dem profil vorliegenden Provisionsvertrag vom Juli 2007 war KHG am Erfolg der Emission beteiligt. Für jedes von ihm an Dritte vermittelte MIP-Papier erhielt er eine prozentuelle Beteiligung. Julius Meinl wurde dazu bereits 2011 von der Justiz einvernommen. Er sagte: „KHG kannte viele vermögende Leute und hat zu gewissen dieser Leute Kontakt gelegt, und es wurde relativ viel darüber abgesetzt … KHG war auf den Roadshows (Anm: Präsentationen bei Investoren) … Ich hoffe, dass KHG bei den Roadshows war. KHG hat den Vertrieb gemacht."

Der Börsegang von MIP im August 2007 geriet zum Flop: Von insgesamt 60 Millionen „Zertifikaten" konnten nur 56 Millionen zum Stückpreis von zehn Euro im Markt platziert werden, der Kurs fiel prompt unter den Ausgabepreis und sollte diesen nie wieder erreichen. Die Meinl Bank kassierte jedenfalls eine Vertriebsprovision in der Höhe von stattlichen 41,19 Millionen, von der wiederum die Hälfte an Vertragspartner – also andere Banken und eben KHG – abgeführt wurde. Welche Investoren Grasser anlandete, ist nicht überliefert. Julius Meinl sagte auf Befragen der Justiz aus, es „gab einen Kontakt mit Genf mit einem Vertreter einer großen italienischen Industriedynastie, die einen großen Betrag investiert haben. Als sie gesehen haben, dass sich der Kurs nicht nach Wunsch entwickelt, haben sie Schwierigkeiten gemacht."

Tatsächlich kam Meinl Power nie wirklich in Schwung. Auch deshalb, weil das Parallelkonstrukt Meinl European Land zu dieser Zeit vor dem Kollaps stand (profil berichtete ausführlich). MIP hatte zwar abzüglich der Emissionskosten knapp mehr als eine halbe Milliarde Euro in der Kasse, aber kaum Projekte in der Pipeline.

Grasser? Hatte privat einiges um die Ohren: am 3. September die Geburt seiner Tochter in Innsbruck; zeitgleich liefen die Umbauten für das Penthouse in der Wiener Babenbergerstraße an. Schon Ende September ward das Glam-Couple in Rosis Sonnbergstub'n in Kitzbühel bei einer Charity gesichtet, wenige Tage später beim Oktoberfest in München. Kurz darauf ließ Grasser sich bei einer Autopräsentation vor dem Wiener Rathaus blicken. Am 3. November gingen die Jungeltern wieder einmal der Tageszeitung „Österreich" ins Netz, und zwar in Südtirol: „Freizeitmäßig durchgestylt bis zum Turnschuhband, ein seliges Lächeln auf den Lippen. So turtelten Ex-Finanzminister Karl-Heinz Grasser und seine Fiona dieser Tage durch das italienische Bozen. … Entspannung vor dem nächsten Society-Einsatz: Am Dienstag werden Grasser und Fiona der Eröffnung des Wiener Top-Hotels ‚The Ring' beiwohnen."

Die Justiz wollte von Julius Meinl auch wissen, von wo aus KHG denn gearbeitet habe. Meinl

bei seiner Einvernahme am 20. Oktober 2011: „Das weiß ich nicht. Er war viel unterwegs. Ich kann ausschließen, dass es von der Meinl Bank aus passiert ist. Er hatte dort nicht einmal ein Büro, auch keinen Schlüssel."

Andere Zeugen aus dem Umfeld der Meinl-Bank erinnerten sich bei ihren Einvernahmen immerhin daran, dass Grasser von der Wiener Annagasse aus, wo seine „Valuecreation" logierte, tätig war. Doch auch hier: Die Angaben über Umfang und Art seiner Tätigkeiten blieben unscharf. Einmal ist von Grassers Rolle als „medialer Präsentator für allgemeine Belange" die Rede, dann wieder als „Repräsentant der MIP bei Verkaufsveranstaltungen".

Wie schaffte das der Mann bloß? Auch das erste Halbjahr 2008 war erfüllt mit unerlässlichen gesellschaftlichen Verpflichtungen: Polo-Turniere, Charitys, Lokaleröffnungen, Kunst und Kultur. profil befragte 2008 Grassers damaligen Kollegen Hans Haider, wie man sich einen Arbeitstag von KHG bei Meinl so vorstellen darf? Haider: „Dazu gibt es nicht viel zu sagen, daher sage ich dazu auch nichts." Womit alles gesagt ist.

Ende Juli 2008 fiel das gesamte Meinl-Konstrukt auseinander. Bei Meinl Power übernahm eine Gruppe renitenter Kleinanleger das Kommando, ab da gab es für die Direktoren von Meinl Power Management de facto nicht mehr wirklich etwas zu bestellen. Soweit es Grasser betraf, musste er sich um seine Bezahlung ohnehin keine Sorgen machen. Allein 2008 bezog er aus den Titeln „Vorabgewinn" und „Dividende" in Summe 3,19 Millionen Euro.

Wie diktierte es Julius Meinl den Staatsanwälten so schön ins Protokoll: „Uns (Meinl Bank) war es wichtig, dass jemand da ist, der uns ein Geschäft bringt. Wenn jemand ein tolles Geschäft bringt und Verhandlungen zustande kommen, ist es uns eigentlich egal, ob er die restliche Zeit am Golfplatz verbringt. Das Endergebnis muss stimmen."

24. 08. 2013 Stronach: "Es gibt jetzt eine Alternative"

Als erste der Parlamentsparteien hat das Team Stronach am Freitag-abend offiziell seinen Wahl-kampf eröffnet. Mitstreiter und Interessierte waren für eine staatstragende Inszenierung in die Wiener Hofburg geladen. "Es gibt jetzt eine Alternative", meinte Parteigründer Frank Stronach mit Blick auf den 29. September. Inhaltlich gab es von ihm großteils Bekanntes zu hören: So müsse etwa das Steuersystem vereinfacht werden, forderte er.

Das volle Haus wurde zunächst mit volkstümlichem Schlager bei Laune gehalten, ehe bei heroischer Musik und hinter ein paar Jugendlichen mit Österreich- Fahnen schließlich die Team Stronach- Politiker inklusive Parteichef in den Saal einzogen. Die Stimmung im Publikum war blendend, und so wurde Stronach schon mit Bravo- Rufen, Applaus und Standing Ovations bedacht, bevor er überhaupt ein Wort gesagt hatte.

"Wenn ich morgen umfall'": Stronach ohne Sorgen

Es sei wichtig, gute Leute um sich zu haben und er sei stolz auf sein Team, meinte Stronach. "Wenn ich morgen umfall'", mache er sich keine Sorgen, so der bald 81- Jährige, denn seine Partei sei in guten Händen: "Ich glaube, Kathrin (Nachbaur) könnte der beste Bundeskanzler sein, den Österreich je gesehen hat." Nachbaur ist Stronachs rechte Hand und Listenzweite auf der Bundesliste.

Bei der Begrüßung der Bundesländer- Getreuen passierte dem Milliardär allerdings ein kleiner Fauxpas - vergaß er doch die bei den Landtagswahlen erfolgreichen Salzburger ebenso wie die weniger erfolgreichen Tiroler, holte es aber nach entsprechenden Hinweisen nach.

Stronach mit Kritik am "System"

Das "System" in Österreich erdrücke alles, beklagte Stronach. Im Bildungsbereich etwa sei der Fehler, dass die Funktionäre alles besser wüssten - seiner Meinung nach sollten dagegen die Eltern beispielsweise ein Recht haben, den Schuldirektor zu wählen.

Auch habe man zu viele Schulden und das Steuersystem sei zu kompliziert. Man müsste mit einem Hauptschulabschluss die Steuererklärung ausfüllen können, verlangte Stronach abermals. Und Unternehmen, die ihren Profit in Österreich investieren, sollten nur zehn Prozent Steuern zahlen, die sie auch an die Mitarbeiter weitergeben können. Wann habe man so etwas schon einmal von SPÖ oder Gewerkschaft gehört, fragte er, und gab gleich selbst die Antwort: "Nie".

25. 08. 2013-08-25 "Gold ist der Todfeind der modernen Wirtschafts- und Finanzwelt"

- Interview. Gregor Hochreiter, Vorstand und Gründer von "Oekonomika", über den Zustand des Finanzsystems, Gold als Geldstoff und das Ende des Geldes als Sinnersatz.

In den Köpfen vieler Menschen scheint die letzte Wirtschafts- un Finanzkrise überwunden, wie schätzen Sie die aktuelle Situation ein?

Gregor Hochreiter: Die diversen Rettungs- und Wirtschaftsankurbelungsmaßnahmen, die seit dem Zusammenbruch von Lehman Brothers von den Zentralbanken umgesetzt worden sind, haben bloß Zeit gekauft. Dies allen voran zum Vorteil der Großbanken, der Großinvestoren und der zentralstaatlichen Institutionen und zu Lasten der breiten Bevölkerung. Innerhalb der Eurozone kommen zusätzlich zu den allgemeinen Problemen des gegenwärtigen Geldsystems noch andere Verwerfungen hinzu. Die EU-Eliten verhehlen ja mittlerweile gar nicht mehr, dass der Euro die europäische Einigung erzwingen soll. Aktuell durchleben wir vermutlich wieder die ruhige Phase vor dem Hereinbrechen der nächsten Sturmfront.

Sie haben in Ihrem Buch „Krankes Geld – kranke Welt" das Handeln der Zentralbanken analysiert und sind zu dem Schluss gekommen, dass diese Maßnahmen nur aufschiebend wirken, gehen Sie weiterhin von einer Rezession aus die der Weltwirtschaft bevorsteht?

Hochreiter: Selbstverständlich. Der durch die fortwährende Inflationierung gewünschte und bewirkte Lebensstil ist dauerhaft nicht aufrecht zu erhalten. Die Rezession ist jedoch nichts Negatives sondern wäre die im Idealfall aktiv zu gestaltende Rückkehr zur Normalität. Die Ideologie vom ewigen Wachstum als Selbstzweck müsste hierzu jedoch von einer Rückkehr zu einer realistischen, d.h. der objektiven Tatsachlichkeit verpflichtenden Philosophie abgelöst werden. Der Mensch muss akzeptieren, dass er nicht die Wirklichkeit hervorbringt oder beliebig konstruieren kann.

In Ihrem Buch bezeichnen Sie die ungezügelte Ausweitung der ungedeckten Geldmenge als ein Grundproblem unserer Zeit. Wäre ein Goldstandard – in welcher Form auch immer – eine Lösung?

Hochreiter: In historischer Betrachtung eher Nein. Ich stimme überein, dass die historische Goldwährung zur Zentralisierung der Geldproduktion beigetragen hat. Dies ist etwa im Unterschied zur Silberwährung fast notwendiger Weise der Fall, weil die Kaufkraft des Goldes für Alltagseinkäufe viel zu hoch ist und diese Einkäufe nur mit „Papiergold" zu tätigen sind. Die historische Goldwährung war entgegen häufig zu vernehmender Wortmeldungen aber immer nur teilgedeckt und als teilgedeckte Währung konzipiert.

Ist Gold ihrer Meinung nach Geld?
Hochreiter: Gold kann zweifelsohne der Geldstoff sein. Als Zirkulationswährung aufgrund der hohen Kaufkraft jedoch immer nur innerhalb relativ eng begrenzter Bevölkerungsgruppen (politische, geistige, kulturelle und religiöse Elite; internationaler Handel,…) und für hochwertige Güter. Grundsätzlich fand Gold in unserem Kulturbereich vor allem Verwendung in Sakralbauten und in Repräsentationsbauten der Herrschenden – das Wertvollste wurde dem Höchsten zugestanden.

Welche Rolle könnte Gold in einer modernen Wirtschafts- und Finanzwelt spielen?

Hochreiter: Ich würde die moderne Wirtschafts- und Finanzwelt dahingehend charakterisieren, dass sie versucht, das Eigenkapital möglichst effizient zu hebeln. Insofern ist das (physische) Gold der Todfeind der modernen Wirtschafts- und Finanzwelt, weil es ungehebelt die Transaktions- und Spekulationsmöglichkeiten stark beschränkt. Daher ist es eigentlich wenig verwunderlich, dass die Goldwährung letztlich Opfer jener Gesinnung wurde, deren Durchbruch die Goldwährung ursprünglich versinnbildlicht hat. Gold – und mit Abstrichen Silber – eignen sich weiterhin als Währungsreserve eines Landes. Meiner Einschätzung nach sollte ein Defizit in der Leistungsbilanz zwingend mit diesen physischen Reserven beglichen werden. Damit könnten Gewöhnungseffekte und der Aufbau von unrückzahlbaren Verbindlichkeiten vermieden werden. Gold und Silber sind zudem sehr gut geeignet, um sich gegen die kommenden wirtschaftlichen und politischen Verwerfungen zu rüsten.

Die Verschuldung der OECD- Staaten ist die größte die es jemals in der Historie gegeben hat. Industrienationen wie Japan weisen bereits einen Verschuldungsgrad der ein Mehrfaches des BIP beträgt auf. Ist eine Rückkehr zur Normalität noch denkbar?

Hochreiter: Dass einzelne Familien oder auch Gesellschaften vom Pfad der Tugend abkommen, wird es immer geben. Entscheidend ist, wie damit umgegangen wird. Ein gesamtgesellschaftlicher Kraftakt könnte zumindest sicherstellen, dass ein bestmöglicher Weg aus der Krise beschritten wird. Dies setzt jedoch voraus, dass jeder nach seinen Möglichkeiten zum gemeinsamen Ganzen beiträgt und nicht versucht, das Bestmögliche nur für sich selbst herauszuschlagen.

Was halten Sie von der Theorie, dass die Zentralbanken die gesamte Staatsverschuldung übernehmen sollten, um sie irgendwann ab zu schreiben und somit den Staat zu entschulden?

Hochreiter: Die Grundproblematik unseres gegenwärtigen Geldsystems ist, dass die zusätz-liche Geldmenge als zinsenbelastender Kredit in Umlauf gelangt. Solange diese beiden Grundfehler – Geld als Schuld, Zinsenbelastung – nicht behoben werden, ermöglicht jede Reformmaßnahme bloß die Verlängerung dieses ungerechten Geldsystems. Deswegen müssen wir uns nicht nur überlegen, wie der Staat zu entschulden ist sondern auch die Unternehmen und die Privathaushalte ohne zu vergessen, dass bei einer Entschuldung die Gläubiger um ihre Forderungen umfallen. Im Kontext der EU wäre eine Übernahme der Staatsschulden durch die EZB ein weiterer fataler Schritt in dem Transformationsprozess weg von einem Staatenbund hin zu einem Bundesstaat.

In Japan werden bereits Konjunkturprogramme direkt von der Zentralbank finanziert. Ist das der Weg hin zur totalen Staatsgewalt?

Hochreiter: Meines Erachtens hängt die Totalisierung der Staatsgewalt maßgeblich mit der Zerstörung der alten, subsidiären Ordnung zusammen. Mit der vorsätzlichen Entmachtung der Familie, der Gemeinden und der Bundesländer verbleibt als einziges Gegenüber des Individuums ein mächtiger und allen voran unpersönlicher Zentralstaat. Nur die hierarchische Ord-nung des Subsidiaritätsprinzips schützt vor zentralstaatlicher Allmacht. Zugleich muss

man aber auch sehen, dass gerade auch die liberalen Strömungen die intermediären politischen Einheiten in ihren Kompetenzen beschneiden möchten und dies häufig als Akt der Befreiung vom Provinzialismus und von der Gebundenheit an familiäre und lokale Bindungen feiern. So verträgt sich der Gedanke des Binnenmarktes mit seinen vier Grundfreiheiten nicht mit dem Subsidiaritätsprinzip. Die Nationalstaaten oder die ihnen untergeordneten Gebietskörper-schaften würden etwa die Niederlassungsfreiheit für alle EU-Bürger niemals aufrecht erhalten, wenn sie darüber wieder entscheiden könnten.

Die Währungen der großen Industrienationen sind im Vergleich zu Realwerten im ständigen Sinkflug. Was bedeutet das für die Zukunft?

Hochreiter: Lenin meinte einst, dass man eine Gesellschaft am wirksamsten dadurch zerstört, in dem man seine Währung schwächt. Mit Sicherheit ist zu sagen, dass der Fortbestand dieses Geldsystems die bereits klar ersichtliche Herausformung einer oligarchischen Plutokratie weiter vorantreibt. Daher sind alle Gedanken an kosmetische Korrekturen reine Zeitverschwendung. Allgemein gesprochen: Für die Zukunft bedeutet dies, dass, wenn es unserer Gesellschaft nicht gelingt vom Materialismus Abschied zu nehmen, unsere Gesellschaften diesem Zerstörungsprozess nichts Wirksames werden entgegensetzen können. Für die Gesundung des Geldes wäre es am besten, wenn wir uns weniger über Geld und mehr über Sinn und Ziel der menschlichen Existenz unterhielten. Dadurch wird das Geld befreit, Sinnersatz zu sein. Mit dieser Aufgabe ist das Geld, das ja nur Mittel ist, jedenfalls überfordert.

Zur Person

Gregor Hochreiter ist Vorstand und Gründer von "Oekonomika – Institut für angewandte Ökonomie und christlich-abendländische Philosophie". Autor u.a. von "Krankes Geld, kranke Welt" (Resch-Verlag 2010) und von Publikationen zum Thema "Banken", "Die abendländische Lehre vom Zinsenverbot“ und zur „Historischen Goldwährung". Zu finden unter
http://oekonomika.wordpress.com/publikationen/.

Freitag, 23. August 2013 **Hypo Alpe Adria** OGH-Urteil liegt vor

Bis zu viereinhalb Jahre für Beteiligte des Hypo-Vorzugsaktienprozess

©

Die Urteile im sogenannten Hypo-Vorzugsaktienprozess, die Anfang Juli vom Obersten Gerichtshof bestätigt worden sind, liegen nun schriftlich vor, wie das Landesgericht Klagenfurt am Freitag bekannt gab. Wegen Untreue bzw. Beitrags zur Untreue sind ja Ex-Hypo-Chef Wolfgang Kulterer zu dreieinhalb Jahren, Ex-Hypo-Vorstand Günter Striedinger und Rechtsanwalt Gerhard Kucher zu je vier Jahren und Steuerberater Hermann Gabriel zu viereinhalb Jahren verurteilt worden. Anfang der Woche wurden die Urteile verschickt, wann die vier ihre Strafe antreten müssen, ist aber noch immer offen.

Die vierwöchige Frist für Kulterer & Co beginnt nach der Zustellung zu laufen. Haftaufschub gibt es für die Verurteilten jedenfalls keinen. Der Sprecher des Landesgerichts Klagenfurt, Christian Liebhauser-Karl, erklärte am Freitag auf APA-Anfrage, dass er zum konkreten Fall keine Angaben machen könne. "Grundsätzlich gilt aber, dass bei Haftstrafen ab drei Jahren kein Aufschub gewährt werden kann." Die einzige Möglichkeit, dem Gefängnis zu entgehen, wäre demnach der Nachweis von Haftunfähigkeit.

Kulterer, Striedinger, Kucher und Gabriel haben, so die Höchstrichter, die dem erstinstanzlichen Urteil vollständig gefolgt sind, die Kärntner Hypo beim Vorzugsaktien-Deal aus dem Jahr 2004 um knapp 5,5 Mio. Euro unter Missbrauch ihrer Befugnisse geschädigt. Bei dem Geschäft ging es um Vorzugsaktien der Hypo-Tochter HLH, die 2004 die Kapitaldecke der Hypo auffetten sollte.

26. 08. 2013 Neuer Wirbel um Eurofighter

ÖSTERREICH-Interview mit FPÖ-Chef Strache zu Eurofighter sorgt für große Aufregung.

„Ich hatte diesen Verdacht – und ich habe ihn immer noch.“ Mit diesem Satz setzte Heinz-Christian Strache im Sommergespräch mit ÖSTERREICH-Herausgeber Wolfgang Fellner in unserer Sonntagsausgabe einen Knalleffekt. Der FPÖ-Chef stellte damit unmissverständlich klar, dass er an Geldflüsse an seine Partei in der Zeit des Eurofighter-Deals glaube. In der Zeit, als Susanne Riess-Passer Parteichefin, Herbert Scheibner zuständiger Verteidigungsminister, aber Jörg Haider der Mann war, der in der FPÖ das Sagen hatte.

»Massive Korruption beim Eurofighter-Deal«

Wörtlich sagte Strache: „Wir haben – jawohl – sehr wohl geahnt, dass beim Eurofighter-Deal ganz offensichtlich massive negative Entwicklungen im Bereich der Korruption stattgefunden haben, wo es bis heute keine Aufklärung gibt.“

Korruptions-Verdacht auch gegen Stronach -

In diesem Zusammenhang nannte Strache nicht nur die FPÖ, bei der er zu dieser Zeit selbst im Vorstand saß, sondern auch Parteigründer Frank Stronach: „Ich habe diesen Verdacht auch bei Stronach, der sich ja schon damals massiv in die Politik eingekauft hat.“

Die Reaktionen auf das ÖSTERREICH-Interview sind heftig, die Online-Foren liefen heiß. Herbert Scheibner, einer der Betroffenen, reagiert im ÖSTERREICH-Interview sauer und versteht nicht, warum sein ehemaliger Parteifreund die FPÖ desavouiert.

»So was Blödes muss man malschaffen«

ÖSTERREICH: Was sagen Sie zu den Anschuldigungen Straches. -

Herbert Scheibner: Dass er einem geschickten Interviewer ins Messer gelaufen ist. So etwas Blödes muss man einmal zusammenbringen: Seine eigene Partei in diesen Zusammenhang zu bringen.

ÖSTERREICH: Sie waren damals Verteidigungsminister. Gab es Schmiergeldzahlungen an die FPÖ? -

Scheibner: Ich weiß nichts davon: Und dabei ist das der bestgeprüfte Beschaffungsvorgang.

ÖSTERREICH: Strache sagt, er habe es 2002 vermutet.

Scheibner: Er war damals Wiener FPÖ-Vizechef und saß in allen wichtigen Gremien: Ich hab ihn nichts dergleichen sagen hören.

Salzburger Stronach-Kandidat Toyran steigt aus

25. August 2013,

Yilmaz Toyran liegt auf Listenplatz 3 - Landespartei völlig zerstritten,

Toyran spricht von "Saustall"

Yilmaz Toyran, Nummer drei auf der Salzburger Landesliste des Team Stronach für den Nationalrat, kündigt im Gespräch mit dem STANDARD seinen Rücktritt an. "Jeder lügt den anderen an, das ist ein Saustall, ich kann das nicht mehr mittragen", gibt Toyran seine Beweggründe für den Rückzug aus der Politik an. Mit Wahrheit, Transparenz und Fairness habe das nichts mehr zu tun, die Salzburger Stronach-Kandidaten würden "den Frank" nur ausnützen, sagt Toyran.

"Die schauen nur auf ihre Tasche, tun aber nichts." Das Team in Salzburg sei hoffnungslos zerstritten, es gebe bereits zwei Büros in der Landeshauptstadt, die miteinander im Krieg lägen. Kritik übt Toyran insbesondere an Erich Tadler, Nationalratsabgeordneter und Salzburger Spitzenkandidat für Stronach. Am Freitag war Toyran noch beim Wahlkampfauftakt in der Hofburg in Wien dabei, am Wochenende hat er beschlossen, einen Schlussstrich zu ziehen. Offiziell will er das bei einer Pressekonferenz am Montag begründen.

SCHUTZ DES MILLIARDENVERMÖGENS
Die Porsche-Gesetze

Nach dem Fast-Crash 2009 stehen die Familien Porsche und Piech heute finanziell besser da denn je. Doch wie regelt die Sippe der Superreichen eigentlich ihr Innenleben? manager magazin gibt Einblicke in das detaillierte Regelwerk, mit dem die beiden Familien ihr Milliardenvermögen sichern.

Ein Porsche zu sein oder ein Piech, das muss ein gewaltiges Vergnügen sein dieser Tage: Hätten die Familien vor vier Jahren noch fast den größten Teil ihrer Vermögen verloren, so hat sich die Welt mittlerweile gedreht. Die Familien sind so mächtig und reich wie nie. Auf gut 18 Milliarden Euro taxiert manager magazin in der Titel-Geschichte seiner September-Ausgabe das Vermögen der PS-Sippen. Dabei sind private Wertpapier- und Firmenportfolien der Familienmitglieder noch nicht einmal eingerechnet.

Doch wie regelt diese Sippe der Superreichen eigentlich ihr Innenleben? Wer darf an wen verkaufen und zu welchem Preis? Was, wenn plötzlich ein Nicht-Porsche oder Nicht-Piech erbt? Anhand des Gesellschaftervertrags der Porsche Piech Holding GmbH in Salzburg, ein 100-seitiges Paragrafenkonvolut, beantwortet manager magazin die interessantesten Familienfragen.

Wer gehört zu den Porsches und Piechs?

Laut Vertrag gibt es neun Familienstämme oder auch "Gesellschaftergruppen". Das sind die Enkel des Unternehmensgründers Ferdinand Porsche: Ferdinand, Hans Michel und Ernst Piech sowie Louise Daxer-Piech auf der einen Seite, Wolfgang, Hans-Peter, der 2012 gestorbene Ferdinand Alexander Porsche sowie die voneinander geschiedenen Gerhard und Marlene Porsche auf der anderen. Diese neun begründen gemeinsam mit ihren "jeweiligen Abkömmlingen" jeweils einen Familienstamm.

Als Abkömmling, also als echter Porsche oder Piech, zählen "eheliche und nicht eheliche Abkömmlinge" Ferdinand Porsches, dazu deren Adoptivkinder, falls sie vor Vollendung des 16. Lebensjahres adoptiert wurden. Und, die Familien denken noch einen Schritt weiter, diese Altersgrenze gilt auch für "Adoptivkinder von Adoptivkindern".

Wer ist an den Porsche-Gesellschaften beteiligt?

Vier Privatstiftungen und 16 Einzelpersonen listet der Gesellschaftervertrag der Porsche Piech Holding auf, vom 17-jährigen Felix Alexander Porsche, München, bis zum 75-jährigen Gerhard Anton Porsche, Mondsee. Sämtliche Stiftungen sind Vehikel der Piechs. Teilweise werden sie wie die KR Louise Piech Privatstiftung gemeinschaftlich gehalten, teilweise wie die Ferdinand Karl Beta Privatstiftung von einem einzelnen Familienstamm.

Dürfen die Privatstiftungen Geld für gemeinnützige Zwecke ausgeben?

Im Prinzip ja. Allerdings, das Gutmenschentum hat Grenzen: Es ist nur erlaubt, wenn die Stiftungsverträge Familienmitglieder als "Begünstigte und Letztbegünstigte" führen.

Mit welchen Mehrheiten wird abgestimmt?

Beschlüsse der Gesellschafterversammlung benötigen eine Mehrheit von 75 Prozent des Stammkapitals. Da die Anteile der Porsches und Piechs nur geringfügig voneinander abweichen, kann somit der eine Teil des PS-Clans den anderen nicht dominieren. Selbst wenn nur Ferdinand und Hans-Michel Piech sich - wie eigentlich immer - einig sind, können diese über ihre direkt und über die KR Louise Piech Privatstiftung gehaltenen Anteile so ziemlich alle Ansinnen des Rests der Familie blockieren. Denn: Privatstiftungen und Beteiligungsgesellschaften müssen sich in Abstimmungen von einer einzigen Person vertreten lassen. Sprich: Die an der KR Privatstiftung beteiligten Piech-Stämme müssen sich vorher auf eine Linie einigen.

Was passiert, wenn ein Gesellschafter seinen Anteil verkaufen will?

Nach der bösen Erfahrung des "Ernst-Falls", als 1984 Ernst Piech Geld benötigte und einen Teil seines Anteils an der Porsche AG verkaufte (die Familie musste dann teuer zurück kaufen), haben die Familien Anteilsverkäufe inzwischen genauestens geregelt: Wer verkaufen will, muss das Kaufgebot dem Rest des Clans vorlegen: Diese haben ein Vorkaufsrecht, dürfen sich die Anteile zum bislang gebotenen Preis sichern. Falls mehrere Porsches oder Piechs zu dem Preis kaufen wollen, gilt letztlich: Alle kommen zum Zug, verteilt wird gemäß dem Verhältnis der aktuellen Anteile.

Aber nicht nur der Verkauf der Anteile ist schwierig. Selbst als Kreditsicherheit können die Porsches und Piechs ihre Milliardenbeteiligungen nicht beliebig einsetzen. So lange der Rest des Clans bzw. die Gesellschafterversammlung nicht zugestimmt haben, dürfen sie ihre Anteile nicht verpfänden.

Was passiert bei der Scheidung eines Gesellschafters?

Dann verlieren die Nicht-Clanmitglieder ihre Rechte. Der Gesellschaftsvertrag lässt in der Frage keine Zweifel: "Ehegatten im Sinne des Gesellschaftsvertrags sind Ehegatten, solange bis die Ehe, außer durch Tod, beendet wurde."

Was passiert, wenn ein Porsche und ein Piech sich verbünden?

Das ist eigentlich nicht vorgesehen. Kaufen zum Beispiel zwei Personen, die "verschiedenen Familienstämmen zugehören bzw. zugehören würden, gemeinsam einen Gesellschaftsanteil an einer Beteiligungsgesellschaft", dann müssen sie klarstellen:

- dass diese Beteiligungsgesellschaft entweder nur zu einem Stamm gehört oder
- zu gar keinem Stamm.

Ganz oder gar nicht ist hier das Prinzip.

Was passiert beim Tod eines Gesellschafters?

Was passiert beim Tod eines Gesellschafters?

Dann wird vererbt - aber nur innerhalb des Clans. Stirbt ein Porsche oder Piech, dürfen seine Anteile an einer der Familiengesellschaften nur an andere Mitglieder der Familie, ihre Privatstiftungen oder Beteiligungsgesellschaften übergehen. Wird doch jemand bedacht, der laut Gesellschaftervertrag nicht "nachfolgeberechtigt" ist, dann gibt es drei Möglichkeiten:

a) Die Gesellschafterversammlung bewilligt eine Ausnahmegenehmigung.

b) Der nicht genehme Erbe überträgt den Anteil nach spätestens zwei Jahren an einen "Nachfolgeberechtigten".

c) Die anderen Gesellschafter bekommen ein so genanntes "Aufgriffsrecht". Das bedeutet, dass sämtliche Familienmitglieder beziehungsweise ihre Stiftungen und Beteiligungsgesellschaften den Anteil kaufen dürfen. Möchte mehr als ein Gesellschafter seinen Anteil ausbauen, müssen die Interessenten sich die vererbten Prozente teilen. Aufgespalten wird das Paket dann entsprechend den bisherigen Anteilen der Käufer. Über den Wert und damit den Preis der Anteile entscheiden zwei Sachverständige: einer wird von der Gesellschaft bestimmt, einer von dem Erben, der nicht erben darf.

Welche Pflichten haben die Gesellschafter?

Sie dürfen zum Beispiel weder für eines der eigenen Unternehmen noch für ein Konkurrenzunternehmen arbeiten. Wer das unbedingt will, benötigt dazu die Zustimmung der Gesellschafterversammlung. Die Regel gilt - zumindest für die eigenen Unternehmen - nur für operative Funktionen. Sitze im Aufsichtsrat sind erlaubt.

Was passiert, wenn man sich trotz aller Regeln doch nicht einig wird?

Dann geht es vor Gericht. Aber: keinesfalls vor ein ordentliches Gericht. Jeder Streit im Zusammenhang mit dem Gesellschaftervertrag muss vor einem Schiedsgericht entschieden werden. Dazu hat der Clan 1999 eigens einen Schiedsgerichtsvertrag geschlossen.

FINANZHOLDING

VW lässt bei Porsche die Kasse klingeln

Gut in der Kurve: VW spült der Porsche SE weiter Geld in die Kasse

Die Beteiligung an Volkswagen hat der Porsche-Holding im ersten Halbjahr erneut einen Gewinnsprung beschert. Wo die Finanzholding ihre mittlerweile mehr als 2,6 Milliarden Euro investieren will, bleibt allerdings weiter unklar.

Stuttgart - Die maßgeblich an VW beteiligte Finanzholding Porsche SE hat ihren Gewinn im ersten Halbjahr 2013 deutlich gesteigert. Im Zuge gestiegener Gewinne bei VW verdiente die Stuttgarter Holding nach Steuern 1,47 Milliarden Euro und damit knapp 300 Millionen Euro mehr als ersten Halbjahr 2012, wie das von den Familien Piëch und Porsche beherrschte Unternehmen am Dienstag mitteilte. Am Ende dieses Jahres werde nach Steuern voraussichtlich ein niedriger einstelliger Milliardenbetrag als Nachsteuergewinn verbucht, bekräftigte der Vorstand, der zum Teil auch VW in Personalunion führt.

Die Porsche Holding ist mit knapp 51 Prozent der Stimmrechte an VW beteiligt, die Einnahmen der Holding speisen sich aus den Dividendenzahlungen des Wolfsburger Konzerns. Das im Vorjahreszeitraum noch mit 26 Millionen Euro negativ ausgefallene Finanzergebnis verbesserte sich in der ersten Hälfte dieses Jahres auf fünf Millionen Euro. Die liquiden Mittel summierten sich Ende Juni auf 2,65 Milliarden Euro, nach 2,56 Milliarden Euro zum Jahresende 2012.

Offene Schadenersatzklagen

Die Finanzholding ist seit Monaten auf der Suche nach Übernahmegelegenheiten, um die Überschüsse gewinnbringend anzulegen und nicht allein auf die VW-Beteiligung zu setzen. Allerdings haben zahlreiche Investoren aus dem In- und Ausland die Porsche Holding auf Schadenersatz in Milliardenhöhe verklagt, da sie sich vom früheren Management in der jahrelangen Übernahmeschlacht mit VW getäuscht fühlen.

Die geplante Beherrschung von VW durch Porsche misslang 2009, die Stuttgarter mussten das Porsche-Fahrzeuggeschäft an VW übereignen. Die Automarke Porsche gehört seit Sommer vergangenen Jahres ganz zu den Wolfsburgern. Die Holding strich dabei rund 4,5 Milliarden Euro ein, der Fiskus ging dank einer raffinierten steuer-lichen Gestaltung der Transaktion weitgehend leer aus.

CHEFKONTROLLEURIN VON AUDI

Ursula Piëch - die einflussreichste Frau in der Autowelt

Beaufsichtigt künftig auch Audi: Ursula Piech ist in den Aufsichtsrat der VW-Premium-tochter aufgerückt.

Ursula Piëch wird künftig nicht nur bei Volkswagen, sondern auch bei der VW-Tochter Audi im Aufsichtsrat sitzen. Die Familie Piëch baut ihren Einfluss im VW-Konzern damit weiter aus. Mit der Wahl sind die Familien Piëch und Porsche mit denselben Personen im Audi-Aufsichtsrat vertreten wie bei VW.

Neckarsulm - Die Ehefrau von VW-Aufsichtsratschef Ferdinand Piëch, Ursula Piëch, sitzt künftig auch bei der Nobelmarke **Audi** im Aufsichtsrat. Die 56-Jährige wurde auf der Hauptversammlung der VW-Tochter am Donnerstag in Neckarsulm gewählt.

Die Abstimmung war eine reine Formsache: VW hält 99,55 Prozent an Audi und ist der beherrschende Eigentümer. Bei Volkswagen sitzt Ursula Piëch bereits im Aufsichtsrat und gilt schon deshalb als wohl einflussreichste Frau in der weitgehend von Männern dominierten Auto-Welt.
Bei Audi folgt sie der Ex-Chefin der niedersächsischen Staatskanzlei, Christine Hawig-horst, die nach dem Regierungswechsel in Niedersachsen ihren Posten aufgibt. Die neue rot-grüne Landesregierung verzichtete auf den Sitz in dem Gremium. Mit der Wahl sind die Familien Piëch und Porsche mit denselben Personen im Audi-Aufsichtsrat vertreten wie bei VW. "Als Aufsichtsratsmitglied der Volkswagen AG habe ich heute schon ein besonderes Auge auf unsere Premiummarke geworfen", sagte Ursula Piëch am Donnerstag. Die gelernte Kindergärtnerin ist seit 1984 mit Piëch verheiratet.

"Wir befinden uns in einer entscheidenden Phase"

Ihr Mann und VW-Chef Martin Winterkorn standen beide bereits an der Spitze von Audi, Winterkorn ist inzwischen Vorsitzender des Aufsichtsrats von Audi. Zusammen kontrol-lieren sie die Arbeit von Audi-Chef Rupert Stadler. Stadler will bis 2020 Audi an die Spitze der Oberklassehersteller und damit an BMW vorbei bringen.

Dafür geben die Ingolstädter eine Menge Geld aus: Bis 2015 investiert die VW-Tochter rund 11 Milliarden Euro in neue Fabriken, Autos und Technik. Nach dem Rekordjahr

2012 will Audi auch 2013 wachsen und der Autokrise in Europa und der schwachen Weltkonjunktur trotzen.

"Wir befinden uns jetzt in einer entscheidenden Phase, denn wir richten Audi für den nächsten Wachstumsschub aus", sagte Stadler. Vor allem in China und den USA finden Oberklasseautos derzeit reißenden Absatz, davon profitiert BMW und in Teilen auch Mercedes-Benz. "In Europa herrscht derzeit eine extrem schwierige Marktlage", sagte Stadler. Er wisse, dass 2013 keineswegs einfacher werde als 2012. "Konjunkturell fordert uns 2013 stärker heraus als das vergangene Jahr", sagte Stadler. Bisher trotzt Audi wie BMW und Daimler der Autokrise in Europa und kann den Absatz zumindest stabil halten. -
Allerdings macht allen drei Herstellern der Preiskampf vor allem in Europa zu schaffen, denn Käufer müssen derzeit mit Rabatten gelockt werden. Das drückt den Gewinn pro Fahrzeug und verschärft damit den Dreikampf der deutschen Oberklassehersteller. BMW will seine Spitzenposition verteidigen, Daimler will bis 2020 wieder die Nummer Eins werden. Derzeit fahren die Schwaben den bayerischen Rivalen allerdings ein gutes Stück hinterher. Audi machte 2012 fast 49 Milliarden Euro Umsatz und hat weltweit knapp 69 000 Mitarbeiter

Im ersten Quartal war Audis Gewinn auch wegen der Investitionen geschrumpft. Höhere Kosten für den Fertigungsausbau drückten das operative Ergebnis um 7,3 Prozent auf rund 1,3 Milliarden Euro. Der Umsatz war um gut 5 Prozent auf gut 11,7 Milliarden Euro gefallen. Weltweit verkaufte Audi zwischen Januar und März rund 369.500 Autos, ein Plus von 6,8 Prozent. Nach wie vor ist Audi an der Börse notiert, vor allem um die Eigenständigkeit der Marke zu pflegen. Gerade einmal 193.000 Aktien sind im Streubesitz. Der Kurs der Papiere stieg am Donnerstagvormittag um mehr als 5 Prozent auf 640 Euro.

VW-Chef Winterkorn ist angesehenster Topmanager

Volkswagen-Chef Martin Winterkorn: Bestes Image der deutschen Topmanager

Das neue Industriezeitalter in Deutschland schlägt auf das Ansehen der Topmanager hierzulande durch. In der Imagestudie des manager magazins dominieren Chefs von Auto- und Industrieunternehmen das Reputationsranking. Ganz vorn landet VW-Chef Martin Winterkorn.

Hamburg - VW-Chef Martin Winterkorn ist Deutschlands angesehenster Topmanager. Dies ergab eine gemeinsam von manager magazin und der Berliner Humboldt-Universität durchgeführte Untersuchung über die 100 wichtigsten Konzernchefs in Deutschland. Die Resultate veröffentlicht das Wirtschaftsmagazin in seiner am Freitag (19. Juli) erscheinenden Ausgabe.

Schwarzgeld für Spindelegger ?

28. August 2013 Parteispendenskandal bei der ÖVP

Wie NEWS enthüllt, flossen enorme Geldbeträge auf ein Schwarzgeldkonto der Partei

NEWS enthüllt in seiner am Donnerstag erscheinenden Ausgabe einen Parteispendenskandal, der Österreichs Innenpolitik in ihren Grundfesten erschüttern wird. 2005 und 2006 seien mittels Scheinrechnungen Gelder von der Telekom, aber auch den Lotterien und der Raiffeisen Oberösterreich an die Agentur Mediaselect geflossen, die dann für ÖVP-Kampagnen verwendet worden seien. ÖVP-Generalsekretär Johannes Rauch sprach von einem "Sammelsurium altbekannter Vorwürfe", versicherte aber, dass die ÖVP an der Aufarbeitung der Vergangenheit interessiert sei und gegebenenfalls zu Unrecht geflossenes Geld zurückzahlen würde.

NEWS veröffentlicht umfassende Unterlagen, die belegen, wie auf illegale Weise mit Scheinrechnungen über zwischengeschaltete Agenturen enorme Geldbeträge auf ein Schwarzgeldkonto der ÖVP liefen. Die eingezahlten Gelder stammten nicht nur von der Telekom Austria, sondern auch von anderen namhaften Unternehmen der öffentlichen Hand und aus dem Bankensektor.

NEWS druckt die dazugehörigen Rechnungen, Kontoauszüge, Zahlscheine und Emails ab. All diese Unterlagen liegen auch der Staatsanwaltschaft Wien vor, die das zugehörige Ermittlungsverfahren führt.

Durchbruch in den Ermittlungen

NEWS berichtet von einem "Durchbruch" der Staatsanwaltschaft in den Ermittlungen und beruft sich auf ein Sachverständigen-Gutachten **auf Basis von Computerdaten, E-Mails und Unterlagen, die bei einer Hausdurchsuchung bei Mediaselect beschlagnahmt wurden. Demnach flossen 190.800 Euro über die Firma Valora des Lobbyisten Peter Hochegger an die Mediaselect sowie 72.960 Euro von den Lotterien und**

50.000,40 Euro von Raiffeisen Oberösterreich an Mediaselect. Diese seien alle umgehend auf ein Konto verbucht worden, das intern als "ÖVP-Topf" bezeichnet worden sei.

Hochegger habe gegenüber der Staatsanwälte von diesen Geldflüssen gesprochen: "Im Rechnungstext wurden von mir Scheinleistungen formuliert, vermutlich um Geld an die ÖVP fließen zu lassen und ich wusste damals davon. Auch im Jahr 2005 werde ich schon derart Scheinrechnungen bezahlt haben", zitiert NEWS.

Rauch: Jetzige ÖVP ist sauber

Diese Enthüllungen von NEWS seien lediglich die Wiedergabe altbekannter Ermittlungsstände, merkte Rauch an. Dass kurz vor der Nationalratswahl versucht werde, "diese alten Vorwürfe hochzuspielen", nähre für ihn den "Verdacht der Inszenierung". Rauch betonte, dass die jetzige ÖVP "eine saubere Partei" sei. Er verwies auf den "Neustart" mit dem Wechsel an der Parteispitze vor zweieinhalb Jahren. Der ÖVP unter Michael Spindelegger sei "die restlose Aufarbeitung der Vergangenheit ein großes Anliegen". Deshalb arbeite man auch aktiv mit den Ermittlungsbehörden zusammen. Sollte sich herausstellen, dass tatsächlich zu Unrecht Gelder an die ÖVP geflossen sind, werde man diese selbstverständlich zurückzahlen. Er könne aber, so Rauch, nach seinem derzeitigen Wissensstand ausschließen, dass Gelder an ein Konto geflossen seien, für das die ÖVP verfügungsberechtigt war.

Die Staatsanwaltschaft Wien hat schon am 19. Juli bestätigt, dass es in der Telekom-Affäre weitere Ermittlungen wegen möglicher Parteispenden nicht nur in Richtung ÖVP sondern auch SPÖ gibt, mit dem Fokus auf die Agenturen Mediaselect, White House sowie Echo - nachdem Hochegger zuvor im Telekom-Prozess von Zahlungen an Firmen im Umfeld der Koalitionsparteien gesprochen hatte. Aufs Tapet gekommen waren entsprechende Informationen bereits im Korruptions-Untersuchungsausschuss im Vorjahr.

29. 08. 2013 Telekom: Hocheggers wahnwitziger Provisionsreigen

Peter Hocheggers wahnwitziger Provisionsreigen: profil veröffentlicht die Buchhaltung seiner Valora AG aus den Jahren 2003 bis 2008. Wie der Lobbyist die Telekom-Millionen im ganzen Land verteilte: an Politiker, Parteien, Günstlinge – und an sich selbst.

Für ein Unternehmen, das zu besseren Zeiten gerade einmal zwei Mitarbeiter beschäftigte, drehte Peter Hochegger ein ziemlich großes Rad. Knapp mehr als 100 Kunden, Auftragnehmer und Lieferanten, über 400 Buchungen in fünf Jahren – und kaum ein Betrag unter fünf Stellen.
Auf dem Papier war die Valora Unternehmensberatung und -beteiligung AG, Gründungsjahr 2001, auf „Beratung, Erwerb, Verwaltung und Führung sowie die Veräußerung von Unternehmen und Unternehmensbeteiligungen aller Art“ spezialisiert. Tatsächlich handelte es sich dabei um so etwas wie Peter Hocheggers privaten Durchlauferhitzer. Über die Valora AG (sie firmiert zwischenzeitlich unter Sicon Unternehmensberatung und -beteiligung AG) liefen all jene Telekom-Gelder, für die es keine klar definierten Gegenleistungen geben musste oder durfte. Wie ausführlich berichtet, soll Peter Hochegger im vergangenen Jahrzehnt politische Entscheidungsträger systematisch geschmiert haben, um diese auf die Ziele des Konzerns einzuschwören. Von insgesamt 38 Millionen Euro, welche die Telekom zwischen 2000 und 2008 an Hocheggers Unternehmensgruppe überwies, versickerten jedenfalls knapp zehn Millionen Euro bei der Valora. Was Hochegger mit dem Geld anstellte und wer in welchem Ausmaß profitierte, blieb weitgehend unbeantwortet. Hochegger selbst konnte – oder wollte – auch bei seinem denkwürdigen Auftritt vor dem parlamentarischen U-Ausschuss am Donnerstag vergangener Woche keine konkreten Antworten zu geben.

Dabei hätte es nur eines Blicks in die eigenen Bücher bedurft. profil liegt nun ein Zahlenwerk vor, das der Affäre eine völlig neue Dimension verleiht: eine vom Bundesamt zur Korruptionsbekämpfung (BAK) im Oktober des Vorjahrs verfasste Aufstellung sämtlicher Ein- und Ausgangsrechnungen der Valora AG aus den Jahren 2003 bis 2008. Laut Hocheggers Buchhaltung kassierte die Gesellschaft in dieser Phase insgesamt 13,19 Millionen Euro, allein 10,86 Millionen Euro kamen von der Telekom-Gruppe (jeweils inklusive Umsatzsteuer, siehe Kasten).

Diesen Eingängen standen Ausgänge in der Höhe von insgesamt 9,81 Millionen Euro gegenüber. Die Namen der Empfänger sind der Öffentlichkeit teils bekannt. Nicht aber die Höhe der von Hochegger geleisteten oder zumindest behaupteten Zahlungen. Tatsächlich sind die Daten mit Vorbehalt zu lesen. Hochegger selbst hat mittlerweile zugegeben, wiederholt Scheinrechnungen fabriziert zu haben. Nach profil-Recherchen dürfte er nicht nur gewisse Aufträge doppelt verbucht haben. In einigen Fällen drängt sich auch der Verdacht auf, dass die ausgewerteten Belege überhaupt fingiert waren – dass also entweder gar kein Geld floss oder für einen anderen Zweck als in den Rechnungen angeführt. Was wiederum heißen könnte: Hochegger hätte seinen eigenen Auftraggeber Telekom Austria übervorteilt, indem er sich regelmäßig den einen oder anderen Selbstbehalt gönnte.
Dessen ungeachtet offenbart sich sein ungenierter Umgang mit Telekom-Geldern. Der Konzern finanzierte nicht nur fragwürdige Berateraufträge, sondern auch Hocheggers private Extravaganzen.

profil liefert auf Grundlage von Hocheggers Buchhaltung einen Überblick über die auffälligsten Zahlungen der Valora AG und deren Empfänger. Die genannten Zahlungen bilden lediglich den Rechnungskreis Valora AG ab. Zuwendungen an politische Entscheidungsträger, welche direkt über die Telekom Austria liefen (oder über andere Hochegger-Gesellschaften) sind darin nicht erfasst: **Valora Solutions, Karl-Heinz Grasser, Walter Meischberger, Peter Hochegger:** ***275.576 Euro***

Die Gesellschaft – der Firmenwortlaut erinnert wohl nicht zufällig frappant an Hocheggers Vehikel Valora AG – wurde im September 2006 von Peter Hochegger und Walter Meischberger gegründet, die ebenda auch die Geschäftsführung übernahmen. Am 24. März 2007 trat Karl-Heinz Grasser als Gesellschafter ein, drei Monate nach seinem Abgang als Finanzminister. Laut Grasser soll Valora Solutions nie operativ tätig geworden sein, wörtlich sprach er bei einer seiner ersten Einvernahmen im Buwog-Komplex von einer „Totgeburt". Konsequenterweise will KHG auch „nie einen Cent" gesehen haben. Ein glatter Widerspruch zu Peter Hocheggers Buchhaltung. Demnach überwies dieser zwischen März 2007 und Juli 2008 in fünf Tranchen exakt **275.576,40 Euro** an das Gemeinschaftsunternehmen mit Grasser und Meischberger. Vier der Eingangsrechnungen von in Summe 95.576 Euro sind mit „Telekom Beratung" betitelt.

Eine aber sticht besonders heraus: Am 1. März 2007 – drei Wochen bevor Grasser bei Valora Solutions andockte – fakturierte die Gesellschaft an Hochegger auf einen Schlag 180.000 Euro, für „Post Börsegang". Tatsächlich war die Post AG nicht ganz ein Jahr zuvor, im Mai 2006, an die Börse gebracht worden. Und zwar unter Karl-Heinz Grasser als Finanzminister und Eigentümervertreter. Nach profil-Recherchen dürften diese 180.000 Euro allerdings nicht von der Telekom, sondern vielmehr von der Raiffeisen Centrobank gekommen sein. Diese hatte den Post-Börsengang federführend begleitet. Und ihrerseits einen Berater unter Vertrag: Peter Hochegger. Dessen Leistungen wurden im Herbst 2006 in zwei Tranchen abgegolten. Im September flossen aus dem Titel „Centro Post Börsegang" **192.000 Euro** an die Valora AG, im Oktober darauf **228.000 Euro**, in Summe also **420.000 Euro.** Die Investmentbank will sich dazu auf Anfrage nicht äußern. Eine Sprecherin gegenüber profil: „Kein Kommentar."

Sollte der Rechnungszweck korrekt angeführt sein, hätte Grasser einmal mehr massiven Erklärungsbedarf. Er hätte damit direkt (wenn auch mit zeitlicher Verzögerung) von einer Privatisierung profitiert, die er als Minister zu verantworten hatte. Dass Valora Solutions darüber hinaus auch für vorgebliche Telekom-Beratungsleistungen Geld kassierte, erscheint nicht minder problematisch. Auch die teilstaatliche Telekom Austria AG fiel einst in seinen Verantwortungsbereich.
Im Oktober 2008 stiegen Grasser und Hochegger aus der Valora Solutions aus, Walter Meischberger ist heute Alleineigentümer. **Walter Meischberger, Ex-FPÖ-Generalsekretär:** ***1,94 Millionen Euro***

Auf sein Verhältnis zu Peter Hochegger angesprochen, pflegt Walter Meischberger sich stets auf den Begriff „Subauftragnehmer" zu reduzieren. Alles ist relativ. Demnach kassierte Walter Meischberger zwischen Dezember 2003 und Oktober 2008 sage und schreibe 1.940.298,36 Euro. An Meischberger selbst wurden mit Rechnung vom 15. Dezember 2003 (Titel: „Meischberger Ing.") **365.240 Euro** ausbezahlt, weitere **1,575 Millionen** flossen ab 2004 an dessen Gesellschaft ZehnVierzig Werbe GmbH (heute ZehnVierzig Agentur für strategische Kommunikation). Wo war die Leistung? Meischberger eilt bekanntlich nicht der Ruf voraus, ein Held der Arbeit zu sein. In den Rechnungen ist unter anderem von

„Lobbyingstrategien“, „Lobbyingmaßnahmen“ oder „Lobbying Telekombereich“ die Rede. Sollte Meischberger das Geld tatsächlich erhalten haben, so wäre er – neben Hochegger selbst – der mit Abstand größte Profiteur der Telekom-Konspiration gewesen.**Kurt Gartlehner, SPÖ-Nationalratsabgeordneter:** ***175.200 Euro***

Hat er oder hat er nicht? Der SPÖ-Nationalratsabgeordnete Kurt Gartlehner stand zwischen Mai 2007 und Dezember 2008 in Hocheggers Sold. Gartlehner will nach eigener Aussage rund 50.000 Euro Honorar erhalten haben – für die Vermittlung eines „Windparkprojekts“ in Rumänien. Zugleich schwört er, „zu keinem Zeitpunkt für die Telekom tätig“ gewesen zu sein, was auch durch ein Mail Hocheggers belegt ist. Dennoch soll Gartlehners Vehikel „austria consult“ im genannten Zeitraum insgesamt 103.200 Euro erhalten haben. Und dies auch nicht für ein Windparkprojekt, sondern vielmehr für „Telekom Beratung“. Und nicht nur das: Weitere 72.000 Euro soll die von seinen Söhnen geführte oberösterreichische Beratungs- und Beteiligungsgesellschaft Wabe GmbH bezogen haben. Für eine „Bienenprodukte“-Studie (Hochegger macht mit seinem burgenländischen Aufstricherzeuger Alondo Bio.k. nebenher auch in Ernährung). Vor dem U-Ausschuss sagte Hochegger dazu Donnerstag vergangener Woche: „Die Firma Wabe steht im Einflussbereich Gartlehners. Sie hat eine Studie für meine Lebensmittel-GmbH gemacht. Ich habe das in der Kostenrechnung Telekombudgets zugeordnet, aber mit der Telekom hat das nichts zu tun.“

Um die Verwirrung zu komplettieren: Gartlehner sagt, aus dem Titel „Bienenprodukte-Studie“ seien nicht etwa 72.000 Euro, sondern nur 30.000 Euro exklusive Umsatzsteuer geflossen. **Mediaselect Werbeagentur/The White House Eventagentur (Michael Fischer, ÖVP):** ***286.800 Euro***

Über den vom früheren ÖVP-Chef Wilhelm Molterer in der Telekom installierten Michael Fischer sollen Gelder von der Telekom Richtung ÖVP und/oder deren Teilorganisationen geschleust worden sein. Formell verantwortet er im Konzern den Bereich „Public Affairs“. Wie die Zeitschrift „News“ vergangene Woche berichtete, mahnte Michael Fischer im November 2007 beim damaligen Telekom-Vorstand Rudolf Fischer die Zahlung von 100.000 Euro an die ÖVP-Bundespartei „via Peter Hochegger“ ein. Michael Fischer war zuvor Organisationsreferent in der ÖVP-Parteizentrale gewesen. Die ÖVP bestreitet, jemals Telekom-Geld erhalten zu haben. Und doch: Im Oktober 2008 überwies Hochegger 96.000 Euro an eine Veranstaltungsagentur mit dem klingenden Namen „The White House advertising eventmarketing GmbH“, der rätselhafte Rechnungszweck: „Telekom Buy Out“. In einer seiner Einvernahmen musste Hochegger später eingestehen, die Summe sei „von Michael Fischer“ bei ihm in Auftrag gegeben worden – zugunsten der Jungen ÖVP, kurz JVP. Die Agentur „White House“ steht in einem ausgewiesenen Naheverhältnis zur Volkspartei. Prokuristin Gabriela Ullmann kandidierte bei den Wiener Gemeinderatswahlen 2010 auf der ÖVP-Bezirksliste für Wien-Landstraße. Bezirksparteiobleute: der frühere JVP-Chef und amtierende Integrationsstaatssekretär Sebastian Kurz und ein gewisser Harald Himmer, im Brotberuf Chef des Elektronikkonzerns Alcatel Lucent. Alcatel überwies zwischen 2007 und 2008 insgesamt **244.000 Euro** an Hocheggers Valora AG.

Und es finden sich weitere Transaktionen, die mit Fischer und der ÖVP in Verbindung stehen. Zwischen März 2006 und März 2007 wanderten insgesamt **190.800 Euro** von der Valora AG an die Wiener Werbegesellschaft Mediaselect, die ihrerseits eng mit der ÖVP verbandelt ist. Fischer ist dort rein zufällig seit April 2006 Mitglied der Geschäftsführung. Auf dem Papier bezahlte Hochegger die Mediaselect für „Telekom-Breitbandkommunikation“, „Lobbying +PR-Leistungen“ und „Medienrecherche“. Fischer bestreitet die Zahlung nicht, will sich

auf profil-Anfrage dazu aber nicht äußern – via Telekom Austria ließ er Ende vergangener Woche lediglich ausrichten, er sei bei Mediaselect „ausnahmslos für new business und Kundenkontakte“ zuständig. Was immer das heißen mag. Die von ihm orchestrierten Zahl-ungen an „White House“ wurden mit Hinweis auf „laufende Ermitt-lungen“ erst gar nicht kommentiert.

Fraktion Christlicher Gewerkschafter im ÖGB/Franz Kusin, ÖVP: *211.600 Euro*

Laut Hocheggers Buchhaltung flossen zwischen März 2007 und September 2008 in Summe **211.600 Euro** an die FCG Wien. Getarnt als „Marketingzuschuss“ und „Telekom-Beratung“. Die Gewerkschaft will davon allerdings nur einen Bruchteil gesehen haben. Der stellvertretende FCG-Vorsitzende Alfred Gajdosik hält fest: „Zwischen 2002 und 2008 haben wir für die Verteilung von Foldern und Werbemitteln bei Veranstaltungen sowie für Inserate 70.000 Euro erhalten.“ Der restliche Betrag dürfte demnach beim FCG-Funktionär und früheren Telekom-Belegschaftsvertreter (und -Aufsichtsrat) Franz Kusin gelandet sein. Gegenleistung?

Heinrich und Alfons Mensdorff-Pouilly, ÖVP-nahe: 79.000 Euro

Wo Hochegger und die Telekom, da ist der Name Mensdorff nicht weit. Alfons Mensdorff-Pouilly, Ehemann der früheren ÖVP-Spitzenpolitikerin Maria Rauch-Kallat, fakturierte, wie bereits berichtet, die Flugkosten einer für die Telekom veranstalteten Jagd im schottischen Hochland 2008 an Hochegger: **21.800 Euro**. Weitere **57.200 Euro** soll das slowakische Beratungsvehikel von Cousin Heinrich Mensdorff-Pouilly kassiert haben – für „Telekom-Consulting“ zwischen August 2007 und März 2008. **G4S Security Services AG/Ernst Strasser, ÖVP: *204.000 Euro***

Im März 2007 überwies Hocheggers Valora AG 204.000 Euro an das Sicherheitsunternehmen G4S. Rechnungszweck: „Telekom-Analyse“. G4S-Vorstandschef Matthias Wechner bestätigt die Zahlung. Sein Unternehmen habe eine „Risiko- und Sicherheitsanalyse für die Telekom Austria AG“ erstellt. Auffallend: Zwischen November 2005 und Mai 2011 saß ein gewisser Ernst Strasser, ÖVP-Innenminister a. D., im G4S-Aufsichtsrat. Strasser hat, wie bereits im Vorjahr berichtet, seinerseits **100.000 Euro** von Hochegger erhalten, weil er diesem bei der „Beseitigung eines Problems“ in Bulgarien behilflich gewesen sein will. Diese Zahlung ist in der Valora-Buchhaltung allerdings nicht abgebildet, dürfte also über ein anderes Vehikel abgerechnet worden sein. **Gabriele Kröll-Maier, Ex-Sekretärin von BZÖ-Infrastruktur-minister Hubert Gorbach: *268.800 Euro***

Die Hauptschullehrerin als Telekom-Expertin. Zwischen Jänner 2007 und November 2008 zahlte Hocheggers Valora der ehemaligen Sekretärin von BZÖ-Infrastrukturminister a. D. Hubert Gorbach in Summe 268.800 Euro – für „Telekom Beratung bzw. Lobbying“. Der Betrag ist bestätigt. Kröll-Maier bestreitet allerdings, für Valora tätig gewesen zu sein. Tatsächlich dürfte sie Gorbach nur als Strohfrau gedient haben. Echo Werbeagentur, SPÖ-nahe: **24.000 Euro**

Im Oktober 2006 soll die dem roten Lager zugerechnete Wiener Werbeagentur 24.000 Euro für die Erstellung einer „Telekom-Studie“ kassiert haben. Das Geld floss tatsächlich, wie Echo-Chef Christian Pöttler bestätigt. Nur: Diese Studie hat es nie gegeben. Laut Pöttler ist Echo von Hochegger.Com beauftragt worden, eine „Untersuchung über den Gratiszeit-ungsmarkt“ zu erstellen. **Mathias Reichhold, FPÖ-Infrastrukturminister a. D.: *144.000 Euro***

Der Fall des Kurzzeitobmanns der FPÖ scheint mustergültig zu sein. Hocheggers Büchern zufolge kassierte die Mathias Reichhold GmbH mit Beleg vom 30. Dezember 2005 einen Betrag von 144.000 Euro für „Telekom 11+12/05 Beratung“. Reichhold will aber nur die Hälfte, also 72.000 Euro erhalten haben. Dies bestätigte Hochegger auch vergangene Woche dem U-Ausschuss: Es habe sich um eine „Doppelbuchung“ gehandelt. Warum dies aus seinen Unterlagen nicht ersichtlich ist, bleibt sein Geheimnis. Was Reichhold für das Geld geleistet hat, sowieso. **Reinhart Gaugg, Ex-FPÖ-Mandatar: *36.000 Euro***

Nach seinem eher unrühmlichen Abgang aus der Politik 2002 – der vormals freiheitliche Sozialsprecher und Vizedirektor der Pensionsversicherung war alkoholisiert am Steuer erwischt und aller Ämter enthoben worden – hatte Gaugg Mühe, ein geregeltes Erwerbseinkommen zu finden. Hochegger half. Im März 2005 kassierte Gaugg 36.000 Euro für nicht näher genannte „Lobbying-Aktivitäten“. **SV Sierning, Fußballklub der Heimatgemeinde von ÖVP-Vizekanzler a. D. Wilhelm Molterer: *65.000 Euro***

Und wieder Michael Fischer und Wilhelm Molterer. Beide sollen die Telekom mehr oder weniger ungeniert um Geld für den Subligisten SV Sierning angeschnorrt haben. Mit möglicherweise größerem Erfolg als bisher angenommen. Demnach soll der Verein nicht bloß die öffentlich kolportierten 25.000 Euro erhalten haben, sondern vielmehr 65.000 Euro. Im Oktober 2006 überwies Valora unter dem Titel „Telekom Sponsor“ 2**0.000 Euro, im August 2007 folgten 22.500 Euro, im Mai 2008 noch einmal 22.500.**

ÖAAB, ÖVP-Teilorganisation: *25.000 Euro*

Auch der Österreichische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmerbund durfte sich über Spenden der Valora AG freuen. Im November 2007 flossen **15.000 Euro** an „Marketingunterstützung“ direkt an den ÖAAB. Bereits im Jänner 2007 hatte der angegliederte „Wiener Pressverein“ – unter anderem Medieninhaber und Herausgeber der ÖAAB-Zeitschrift „Freiheit“ – **10.000 Euro** aus dem Titel „Telekom-Druckkosten“ kassiert. Der ÖAAB betont, die Rechnungen bezögen sich auf „eine Publikationsbeilage beim Wiener Pressverein und Folder, die beim Bundestag des ÖAAB im Herbst 2007 aufgelegt“ worden seien.

Euro-Invest Bank, Johann Wanovits, ÖVP: *210.000 Euro*

Der Broker steht mit im Zentrum der Affäre um die Manipulation des Telekom-Austria-Aktienkurses 2004, die rund 100 Telekom-Führungskräfte um insgesamt neun Millionen Euro reicher machte. Dafür wurde Wanovits von der Telekom mit rund einer Million Euro Provision bedacht, ein Teil davon lief über Peter Hocheggers Valora. Im November 2008 setzte er laut eigener Buchhaltung 210.000 Euro an Wanovits ab – für eine Studie zu „erneuerbaren Energien“. Noch heuer soll die Causa vor Gericht kommen. Broker Wanovits ist übrigens nebenbei ÖVP-Gemeinderat im burgenländischen Steinberg-Dörfl.

Die Blackbox Valora

Trotz Hocheggers Liebe zum Detail: Seine Buchhaltung beantwortet längst nicht alle Fragen. Es fällt auf, dass ein nicht unerheblicher Teil der Zahlungsausgänge innerhalb seiner Gruppe verbucht wurde. So wanderten beispielsweise zwischen

Dezember 2003 und Dezember 2008 in Summe 1,6 Millionen Euro von der Valora AG zur PR-Agentur Hochegger.Com bezieh-ungsweise zu zwei weiteren ihm zugerechneten Gesellschaften.

Weitere **2,3 Millionen Euro** kassierte die Valora-Tochter Alondo Bio.k., die im Burgenland Aufstriche herstellt. Auch hier erscheint der Zahlungszweck höchst fragwürdig. In den Belegen ist reichlich unscharf von „Bio.k. Kooperation“ die Rede.

Hinzu kommen Zahlungen, die derzeit noch keinen Sinn ergeben (profil nennt aus medienrechtlichen Erwägungen keine Namen). So kassierte etwa ein Wiener Architekturbüro, spezialisiert auf Interior-Design, zwischen Juni 2007 und Juni 2008 in Summe **289.218 Euro**. Und zwar für „Telekom-Marktrecherchen“.

Eine steirische Wirtschaftsprüferkanzlei soll im Dezember 2006 nicht weniger als 180.000 Euro für „Telekom-Beratung kassiert haben“, obwohl sie die Telekom nie beraten hat.
Eine bulgarische Beratungsgesellschaft bekam im Jänner 2008 für „M & A Beratung Bulgarien“ **77.000 Euro. 9504 Euro** flossen an einen Fitnessgeräte-Händler aus Oberösterreich – für „Telekom-Beratung“

Weitere Buchungsposten: Mieten, Energie, Telefone, Internet, Rechtsanwälte, Bilanzprüfer, Kammerbeiträge, Reinigung, Tischlermeister, Fliesenleger, Flüge. Und eine Groteske: Um das Jahr 2005 ging Peter Hocheggers Ehe in die Brüche, er übersiedelte in eine 5-Sterne-Suite in der edlen Wiener Innenstadtherberge Intercontinental. Und blieb. Kostenpunkt: 5700 Euro – im Monat. Bis Oktober 2008 sollten sich die Ausgaben für Kost, Logis und Nebengeräusche auf einen Betrag summieren, um den Normalsterbliche gemeinhin Eigentumswohnungen mit Fernblick in besseren Lagen erwerben. Laut Hocheggers Buchhaltung stand die Hotelrechnung des Intercontinental Wien am Ende bei 303.000 Euro. Bezahlt von Hochegger, genauer: von der teilstaatlichen Telekom, noch genauer: von den Kunden, Aktionären und Steuerzahlern.

- ›

29. 08. 2013 # Hypo wird zum Fass ohne Boden

Heuer drohen bis zu 3,5 Milliarden Verlust. **Das bisher in die Bank gepumpte Staatsgeld ist verloren.**.

Die Hiobsbotschaften aus Kärnten reißen nicht ab. Erst am Mittwoch war die horrende Halbjahresbilanz der verstaatlichten Hypo Alpe Adria bekannt gegeben worden. Doch das dürfte nur der Auftakt für weiteres Ungemach sein: Laut Format rechnet der Hypo-Vorstand für 2013 mit mindestens 2,4 Milliarden, im schlimmsten Fall mit 3,5 Milliarden Euro Miesen. Das geht aus dem seit acht Wochen in Brüssel liegenden 200-seitigen vertraulichen Umstrukturierungsplan hervor.

Wenn sich die Prognose bewahrheite, dann würde die Hypo im Jahr 2013 mehr Verlust bauen als in den vergangenen fünf Jahren zusammen. Doch es könnte noch ärger kommen: Im schlimmsten Fall könnten sich von 2013 bis 2017 Verluste von rund 6 Milliarden Euro aufbauen, im Basisszenario ist für diesen Zeitraum von Verlusten von etwa dreieinhalbF Milliarden die Rede oto: apa Im "Stressed Pessimistic Case", also im Krisenszenario, lägen die Verluste laut *Format* in den kommenden Jahren bei 854 Millionen Euro (2014), 699 Millionen Euro (2015) sowie bei 611 bzw. 556 Millionen Euro in den Folgejahren. Die auf verschiedenen Szenarien basierenden Prognosen hätten, so das Magazin, erst nach den Wahlen bekannt werden sollen.
Dass der Steuerzahler die riesigen Defizite ausgleichen müsse, steht laut Umstrukturierungsplan ebenfalls fest. In dem auszugsweise zitierten Plan bestätigen sich auch frühere Informationen, wonach von 2013 bis 2017 Staatshilfen zwischen 2,6 Milliarden (best case) bis zu 5,4 Mrd. Euro (worst case) erforderlich werden könnten.

Das Geld ist weg Dazu komme ein prognostizierter zusätzlicher Liquiditätsbedarf von 2,5 bis 3,3 Mrd. Euro im Jahr 2017, wieder abhängig von den Belastungsszenarien. zufolge rechnet man im Finanzministerium mit dem worst case. Sollte eine "Bad-Bank"-Lösung, also eine Abbaueinheit mit privater Mehrheitsbeteiligung anderer Banken (um das bisherige interne Abbauvehikel "Heta Resolution") kommen, könnte sich der Bedarf an Eigenkapitalhilfen reduzieren. Fest stehe, dass das bereits in die Staatsbank gepumpte Geld der Steuerzahler weg sei: "Im Zeithorizont aller dargestellten Cases ist keine Rückführung des Partizipationskapitals möglich, es entsteht vielmehr ein zusätzlicher Kapitalbedarf, der durch die Republik gedeckt werden muss."

Schwarzgeld-Skandal

Freitag, 30. August 2013

Hocheggers neue Aussage Der Lobbyist macht aus seinem Wissen um Spendenabläufe kein Geheimnis mehr

Der Lobbyist Peter Hochegger hat gegenüber den Ermittlern kein Geheimnis mehr aus den brisanten Abläufen um die Schwarzgeldzahlungen gemacht. In seiner Einvernahme sagt er: "Im Rechnungstext wurden von mir Scheinleistungen formuliert, vermutlich um Geld an die ÖVP fließen zu lassen und ich wusste damals davon. Auch im Jahr 2005 werde ich schon derart Scheinrechnungen bezahlt haben."

Und tatsächlich wurden die Ermittler auch im Jahr 2005 fündig. Bezahlt hat da zwar nicht die Valora AG, dafür aber eine andere Hochegger-Firma. Konkret: Die Firma Hochegger.Com. Bei der Nachschau in der Buchhaltung dieser Firma fand sich eine Zahlung an die Mediaselect in Höhe von 60.000 Euro. Dieser Zahlung lag eine Rechnung vom 15. November 2005 zu Grunde.

Der Rechnungstext dieses Mal: "Ausarbeitung eines Mediakonzeptes Breitbandkom-munikation". Macht 36.000 Euro plus weitere 14.000 Euro für "laufende Detailplanungen und Optimierungen pauschal". In Summe somit 50.000 Euro plus 10.000 Euro Umsatzsteuer. Und siehe da: Wieder fließt das Geld vom Hauptkonto der Mediaselect bei der Oberbank weiter auf das "ÖVP-Konto" bei der Oberbank.

Idente Rechnungstexte

Peinliches Detail: Der Rechnungstext war ident mit jenem Rechnungstext, der dann im Jahr 2006 an die Valora AG ging. Man gab sich bei der Erstellung der Scheinrechnungen also nicht einmal besondere Mühe. Hochegger selbst gab wiederum zu Protokoll, dass auch dieses Geld von der Telekom stammte. Es sei einfach in ein Hochegger.Com-Projekt "hineingerechnet" worden. Kurios: Hochegger-intern wurde der Geschäftsfall "Breitband Medienstrategie Wien" als "Großwildjagd" benannt.

Im Jahr 2010 wird die Causa schließlich kurz brenzlig: Das Fachmagazin "economy" fragte bei der Telekom an, ob es wie beim "Danone-Fall" in Deutschland (wo ähnlich agiert wurde) Probleme gibt, da die Telekom ja einerseits Mitgesellschafter an der Agentur und andererseits Kunde ist. Fischer leitete die Mail an Keschmann weiter. Und der schrieb wortwörtlich zurück: "In Österreich werden Kickbacks nie als Naturalrabatte ausbezahlt, sondern Cash." Zitat des Gutachters dazu: "Keschmann beschreibt hier offensichtlich die 'übliche Vorgehensweise in Österreich."

Womit bewiesen ist: Bei der ÖVP weiß man wirklich aus erster Hand, wie es in Österreich wirklich läuft.

31. 08. 2013 Telekom-Gutachten: **119.400 Euro FPÖ-Parteispende via Meischberger**

Aus dem Telekom-Gutachten: Wie Walter Meischberger im Windschatten des Lobbyisten Peter Hochegger Millionen scheffelte – und dabei auch der FPÖ 119.000 Euro zuschanzte.

„Peter Hocheggers wahnwitziger Provisionsreigen: profil veröffentlicht die Buchhaltung seiner Valora AG aus den Jahren 2003 bis 2008. Wie der Lobbyist die Telekom-Millionen im ganzen Land verteilte: an Politiker, Parteien, Günstlinge – und an sich selbst.“ Diese Passage entstammt einem Bericht, der mittlerweile eineinhalb Jahre alt ist. In Ausgabe 8, erschienen am 20. Februar 2012, nannte profil jene Zahlungsempfänger, die das Nachrichtenmagazin „News“ vergangene Woche erneut „enthüllte“ – freilich ohne profil zu zitieren oder die späteren Erkenntnisse des parlamentarischen U-Ausschusses zu berücksichtigen. Dass die ÖVP-nahen Agenturen Mediaselect (190.800 Euro) und The White House (96.000 Euro) zwischen 2006 und 2008 via Hochegger insgesamt 286.800 Euro von der Telekom kassiert hatten – und das ohne erkennbare Gegenleistungen – war in profil ebenso zu lesen wie die Namen der übrigen Profiteure: unter ihnen Kurt Gartlehner (SPÖ), das SPÖ-nahe Medienhaus Echo, Hubert Gorbach, Matthias Reichhold, der ÖAAB, die Fraktion Christlicher Gewerkschafter im ÖGB und deren Funktionär Franz Kusin. Die im Gutachten der Staatsanwaltschaft genannten Zahlungen decken sich mit den profil-Recherchen.

2464 Stunden und 45 Minuten Arbeit. Eine Gruppe von Sachverständigen und Hilfskräften. Am Ende steht ein 3133 Seiten starkes Gutachten plus Beilagen, erarbeitet im Auftrag der Staatsanwaltschaft Wien. 260.332 Euro und 72 Cent zuzüglich 20 Prozent Umsatzsteuer: Das ist jener Betrag, den die Unternehmensberatung Business Valuation der Republik Österreich im Juli dieses Jahres dafür in Rechnung stellte.

Es soll Lobbyisten und PR-Berater geben, die für deutlich mehr Geld sehr viel weniger Leistung erbracht haben.

In den vergangenen zwei Jahren arbeiteten sich Gutachter Matthias Kopetzky und Kollegen durch die Buchhaltung von vier Gesellschaften, die im Telekom-Skandal eine maßgebliche Rolle spielen: Peter Hocheggers PR-Agentur Hochegger Com, dessen privates Parteienfinanzierungsvehikel Valora AG, Walter Meischbergers „Agentur für strategische Kommunikation“ ZehnVierzig sowie das einstige Gemeinschaftsunternehmen von Hochegger, Meischberger und Karl-Heinz Grasser, dieValora Solutions. Im Kern ging es darum, jenen zehn Millionen Euro aus dem Telekom-Vermögen nachzuspüren, die zwischen 2003 und 2008 in dunklen Kanälen versickerten.

Wie das Magazin „News“ vergangene Woche unter Berufung auf die Expertise berichtete, konnten die Gutachter Zuwendungen an Unternehmen, Organisationen und Personen im Umfeld von ÖVP und SPÖ belegen. Der weitaus größte Teil der Zahlungen ist bekannt. profil hatte die Geldflüsse auf Grundlage von Hocheggers Buchhaltung bereits im Februar 2012 detailliert aufgeschlüsselt, später wurden sie im parlamentarischen Korruptionsausschuss aufgearbeitet und von den Grünen in einen umfassenden Abschlussbericht gepackt (siehe Kasten am Ende).

Eine bisher mäßig ausgeleuchtete Rolle spielte dagegen jener Mann, für den sich mit Schwarz-Blau ab 2000 ein Zeitfenster aufgetan hatte: Walter Meischberger, FPÖ-Generalsekretär a.D., ehedem Tankstellenpächter. Sein bester Freund Karl-Heinz Grasser saß im Finanzministerium, Jörg Haider zog als Kärntner Landeshauptmann im Hintergrund die Fäden.

„Eine besondere Stelle“

Und dann war da noch Peter Hochegger: „Eine besondere Stelle nimmt Ing. Walter Meischberger mit seiner ZehnVierzig GmbH ein, welcher satellitenartig an der Valora AG gehangen ist“, heißt es in Kopetzkys Gutachten.

Demnach setzte Meischbergers Agentur mit nur zwei geringfügig Beschäftigten zwischen 2003 und 2008 in Summe 3,7 Millionen Euro netto (exklusive Umsatzsteuer) um, wovon 1,76 Millionen Euro auf die „Hochegger-Gruppe“ entfielen. Dabei handelte es sich wiederum hauptsächlich um Gelder der Telekom Austria und des Glücksspielkonzerns Novomatic, die von Hochegger an Meischberger durchgereicht wurden.

Eine weitere Million kam vom Baukonzern Porr und dessen Beteiligungsgesellschaft UBM. Der Rest entfiel auf kleinere Kunden.

Was Meischberger für all das Geld geleistet hat? Für die Gutachter ist das mit wenigen Ausnahmen „nicht nachvollziehbar“; Meischbergers Tätigkeitsspektrum sei „inhaltlich völlig rückstandsfrei im Sinne auch nur der geringsten Unterlagenspuren und Kommunikationssplitter“.
Nach profil-Recherchen war Meischberger so etwas wie das Bindeglied zwischen zahlungskräftigen Unternehmen auf der einen Seite, der FPÖ und Karl-Heinz Grasser auf der anderen. Im Gutachten wird an mehreren Stellen auf das „Vertrauensverhältnis“ zwischen Meischberger und KHG verwiesen. Das Gespann steht bekanntlich auch im Verdacht, 2004 die Privatisierung der Bundeswohngesellschaften gemeinsam mit Hochegger und dem Immobilienkaufmann Ernst Karl Plech manipuliert zu haben. Die Beteiligten bestreiten die Vorwürfe.

Tatsache ist: Meischberger hat als geschäftsführender Gesellschafter der ZehnVierzig hervorragend gelebt. Sein Gehalt schwankte über die Jahre stark, lag aber selten bei weniger als 50.000 Euro brutto – im Monat. Kürzer hielt er da schon seine beiden Mitarbeiter, die sich um kaum mehr als 1000 Euro monatlich verdingten. Laut Gutachten entnahm Meischberger zwischen 2004 und 2008 insgesamt 1,95 Millionen Euro aus der Schatulle der ZehnVierzig. Ein Teil ging wohl für den aufwändigen Lebensstil mit Villa in Wien-Grinzing, wechselnden Luxuskarossen, Uhren, Kunstgegenständen und Urlauben auf der Sonnenseite drauf.

Aber eben nicht nur.

Die Sachverständigen rekonstruierten auffällig hohe Barbehebungen von Meischbergers Privatkonten bei der Volksbank Wien und der Hypo Vorarlberg. Allein zwischen 2004 und 2005 zog er nicht weniger als 559.000 Euro cash ab. Was mit dem Geld geschah, ist nach wie vor Gegenstand von Ermittlungen.

Karl-Heinz Grassers dunkle Erinnerung

Am 27. Juni 2005 etwa holte Meischberger auf einen Schlag 241.700 Euro bar von der Bank. Im Gutachten heißt es dazu: „Wir haben – Stand heute – den Eindruck gewonnen, dass die Abhebung der Gelder wohl zur Weitergabe an eine andere, wie auch immer in das Geschäft eingebundene Person stattgefunden hat."

Bei diesem „Geschäft" handelt es sich nach Auffassung der Justiz um die 2005 erfolgte Übersiedlung von Abteilungen des Finanzministeriums nach Wien-Simmering in das Gebäude einer Immobiliengesellschaft, die zu Meischbergers „Kunden" zählte und damals wie heute in einem Naheverhältnis zum Baukonzern Porr steht: die UBM Realitätenentwicklung AG.

So überwies UBM Meischbergers ZehnVierzig am 15. Juni 2005 einen Betrag von 600.000 Euro (600.000 Euro inklusive Umsatzsteuer) – angeblich für Beratungsleistungen im Zusammenhang mit einem Hotelprojekt in München.

Finanzminister damals: Karl-Heinz Grasser. Dieser wurde dazu bereits von der Justiz einvernommen, konnte sich aber nur dunkel erinnern, den Standort des Finanzamts in der Brehmstraße Nummer 14 „eröffnet" zu haben. Im Gutachten heißt es: „Diesen Angaben folgend war Mag. Karl-Heinz Grasser seinen Angaben nach nicht in dieses Projekt involviert, wobei sich die Frage stellt, auf welcher Ebene im BMF die Entscheidung in Bezug auf eine Großimmobilie gefällt wird, wenn der Minister dabei völlig außen vorgelassen wird." Hat am Ende Grasser via Meischberger vom Abschluss des Mietvertrags profitiert? Das ist nicht bewiesen. Alle Beteiligten bestreiten jegliche Unregelmäßigkeit.

Die Buchhaltung der ZehnVierzig war vornehm ausgedrückt nicht immer à jour. Man könnte auch sagen, Meischbergers Gebarung war durchaus kreativ. Aber nie zu seinem Nachteil. Am Beispiel einer Kundenbeziehung aus den Jahren 2004 und 2005, welche die FPÖ schon im Verlauf des parlamentarischen Korruptionsausschusses in Erklärungsnotstand gebracht hatte: Nach Stand der Ermittlungen erhielt die Partei von der Telekom Austria jedenfalls mehr als jene 500.000 Euro, welche jüngst Gegenstand eines Strafverfahrens gegen Gernot Rumpold und andere waren (profil berichtete).

160.000 Euro zuzüglich 20 Prozent Umsatzsteuer, insgesamt also 192.000 Euro: Um diese Summe will die Telekom Austria 2004 die „Platzierung von Persönlichkeiten und Produkten" in der FPÖ-Parteizeitung „Neue Freie Zeitung" unter ihrem damaligen Geschäftsführer Arno Eccher gekauft haben. Inserate also, bestellt und bezahlt von der Telekom über den Umweg Hochegger/Meischberger.

Allein: Zwei „zur Sichtung" abgestellte Beamte des Bundesamts für Korruptionsbekämpfung (BAK) konnten trotz intensiver Lektüre aller zwischen Mai und Dezember 2004 erschienenen Ausgaben der Wochenzeitschrift „keine Inserate oder Schaltungen mit Bezug zur Telekom

Austria“ finden. Dessen ungeachtet überwies Meischberger der „NFZ“ im Jahr 2005 eben dafür 119.400 Euro brutto.

Der Rest, immerhin 72.600 Euro? Ein Mitarbeiter Meischbergers gab bei einer Einvernahme 2013 Folgendes zu Protokoll: „Was ich mich erinnern kann, ist, dass ich das bei Walter Meischberger angesprochen habe und Meischberger mir gesagt hat, dass dies im Rahmen der ‚BZÖ-Abspaltungsgeschichte‘ aus dem Fokus geraten ist und man keine ‚schlafenden Hunde‘ wecken sollte … Der offene Betrag wurde niemals eingemahnt … Ich kann mir nicht erklären, warum sich die NFZ nicht gemeldet hat.“

Mit anderen Worten: Ein Teil der Gelder, die eigentlich für die FPÖ bestimmt waren, blieben bei Meischberger kleben. Die Gutachter gehen jedenfalls davon aus, dass es sich „aus derzeitiger Sicht“ um eine „Parteispende der Telekom Austria“ handelte.

Dass hinter all den Zahlungen, die Meischberger im Laufe der Jahre ereilten, tatsächlich Arbeit im engeren Sinn des Wortes stand, darf bezweifelt werden. Im Gutachten wird dies anhand einer einfachen Rechnung dargelegt: Im Jahr 2004 fakturierte Meischbergers ZehnVierzig knapp über eine Million Euro. Legt man den in der Branche gängigen Stundensatz von 200 Euro netto zugrunde, hätte Meischberger „im Jahr 2004 mehr als zweieinhalb Jahre arbeiten müssen“, um die von ihm selbst gelegten Rechnungen zu plausibilisieren.

Und Urlaub braucht der Mensch ja auch.

Ambitionierte Amateur-Golfer

Am 13. März 2004 durfte sich ein Grüppchen ambitionierter Amateur-Golfer um Meischberger und den damaligen Telekom-Manager Rudolf Fischer mit dem iberischen Weltklassespieler José Maria Olazabal messen. In Bilbao, Spanien. Die Rechnung für den Blitztrip im „Citation“-Business-Jet in der Höhe von 9950 Euro zahlte Meischbergers Agentur.

Oder auch nicht.

Im Gutachten steht zu lesen: „Für uns sieht es … danach aus, als hätte die ZehnVierzig die Aufwendungen für den Charterflug an die Valora AG als ‚Entwicklung von Lobbyingstrategien und Umsetzungsberatungen‘ weiterverrechnet.“

Wobei es dann auch nicht mehr überraschen sollte, dass auch Hocheggers Valora nicht auf den Kosten sitzen blieb. „Aufgrund der Teilnahme von Rudolf Fischer … und der Art und Weise, wie Verrechnungen zwischen der Telekom Austria und der Valora AG vorgenommen wurden, gehen wir davon aus, dass die EUR 9950 netto … für den Charterflug … über den in der Valora AG vorhandenen ‚Telekom-Geldtopf‘ gedeckt wurden.“

Doch es kommt noch besser: Unmittelbar vor dem Golftrip legte Meischbergers Agentur der Telekom eine Rechnung über 10.500 Euro plus Umsatzsteuer, Rechnungszweck: „Druckgraphik von Mo Stadler www.golfball.ade“ (sic!).

Was genau da der Telekom verkauft wurde, konnte sich das Team Kopetzky nicht erklären. „Möglicherweise wurde für die Reise nach Bilbao zum Golfen eine Ausrüstung angeschafft. Es besteht jedoch auch die Möglichkeit, dass der Flug nach Bilbao der Telekom Austria gleich doppelt verrechnet wurde.“

Und das ist nicht die einzige Lustreise, die den Sachverständigen aufstieß. Wie profil bereits 2010 enthüllte, ließ sich der damalige Finanzminister Grasser von Meischberger im April 2004 einen einwöchigen Urlaub mit seiner damaligen Lebensgefährtin auf den Seychellen von Meischberger bezahlen. Kostenpunkt inklusive Flug: 4680 Euro. Wie die Gutachter feststellen, wurde die Rechnung von der ZehnVierzig beglichen, verbucht im Aufwandskonto „7180 Werbegeschenke“: „Hieraus ist … erkennbar, dass es sich um einen betrieblichen Aufwand der ZehnVierzig handelte und der Seychellen-Urlaub buchhalterisch als ‚Geschenk‘ erfasst wurde.“

Grasser hatte gegenüber der Staatsanwaltschaft stets beteuert, die Kosten später bar „in kleineren Beträgen aufgeteilt“ an Meischberger refundiert zu haben. In seiner Expertise schreibt Matthias Kopetzky: „Wir erachten als äußerst ungewöhnlich, dass unter den gegebenen Einkommensverhältnissen der Beteiligten ein Abstottern dieser … Zuwendung erfolgt sein soll und wird dies das Gericht zu würdigen haben.“

Was die Gutachter insinuieren, ohne es belegen zu können: Die Telekom Austria, deren Eigentümervertreter Karl-Heinz Grasser einst war, könnte auch diese Reise finanziert haben.

Infobox A wie Alcatel

Wohin floss das Geld eines Konzerns, dem VP-Politiker Himmer vorstand?

Die Gutachter um Matthias Kopetzky beschäftigten sich im Zuge der Telekom-Aufarbeitung am Rande auch mit zwei Studien, die Peter Hochegger für den Österreich-Ableger des Elektronikkonzerns Alcatel Lucent ausgetüftelt haben will. Dieser war von April 2007 bis 2012 von ÖVP-Bundesrat Harald Himmer geführt worden, an welchen die Rechnungen auch persönlich adressiert waren. Die erste Studie – „Leistungszeitraum November 2007 bis Jänner 2008“ – war Himmer 127.200 Euro wert und wurde bereits im Dezember 2007 bezahlt. Für die zweite Studie im Gegenwert von 117.600 Euro (Rechnungsdatum Mai 2008) stellte Hocheggers Valora eine Gutschrift an Alcatel aus. Ihre Recherchen ließen die Sachverständigen zu dem Schluss kommen, dass beide Papiere erst im Mai 2008 entstanden.

Sie merken an, „dass die Alcatel Austria in derselben Excel-Datei wie die Telekom Austria verwaltet wird und somit ein ähnlicher Sachverhalt wie bei der Telekom im Raum steht“. Soll heißen: Dass die Expertisen lediglich ein Vorwand waren, um Gelder von der Alcatel über Hochegger an vorerst nicht bekannte Empfänger umzuleiten. Der Umstand, dass Hochegger die Arbeit allein geleistet haben will, bestärkt sie in dieser Annahme: „Wir bezeichnen Projekte, von welchen Peter Hochegger behauptet, sie im Alleingang erbracht zuhaben, als Geldtransferprojekte, da wir den Eindruck gewonnen haben, dass in diesen Geldtransfer-projekten nie bis kaum tatsächlich nachvollziehbare Tätigkeiten erbracht wurden und diese Projekte daher …zur Bewegung von Geldsummen von A nach B gedient haben dürften.“ -
A ist Alcatel. Und B?

31. 08. 2013 Abschiedsbrief Pierre Wauthiers

Die Zurich zerstreut einige Zweifel

Konzernchef Martin Senn

Am Freitag ist die Existenz eines Abschiedsbriefs von Pierre Wauthier bestätigt worden. Die Konzernführung stellte klar, dass das tragische Ereignis nichts mit dem laufenden Geschäft der Zurich zu tun hat.

Am Freitag ist noch vor Handelsbeginn von der Zurich-Versicherung eine Stellungnahme erfolgt. Verwaltungsratspräsident Tom de Swaan und Konzernchef Martin Senn bekräftigten gemeinsam an einer Telefonkonferenz, den eingeschlagenen strategischen Kurs fortzusetzen. Das schien die aufgewühlten Gemüter zu beruhigen. Die Aktie der Zurich beschloss den Handel am Freitagabend mit einem guten Prozent im Plus.

Die Konzernführung stärken

De Swaan sagte im Zusammenhang mit Spekulationen um die Nachfolge Ackermanns, dass im Zuge der Umsetzung der Minder-Initiative im kommenden Frühjahr alle Zurich-Verwaltungsräte neu gewählt werden müssten. Bis zu jenem Zeitpunkt müsse auch klar sein, wer neuer Verwaltungsratspräsident der Zurich Insurance Group werde. Senn räumte im Übrigen ein, dass die Konzernleitung in den kommenden Monaten verstärkt werden müsse. Zum einen muss die Vakanz des Finanzchefs – die Funktion wird interimistisch von Vibhu Sharma wahrgenommen – ausgefüllt werden, und zum anderen wird ein Head Operations gesucht. Näheres zu personellen Entscheiden wird spätestens anlässlich des Investorentags am 5. Dezember erwartet.

Eine Untersuchung lanciert

Fragen von Finanzanalytikern umkreisten vor allem die Thematik, ob die ausgewiesenen Zahlen wirklich immer korrekt gewesen seien. Senn bekräftigte mehrmals, die Konzernzahlen seien durch unabhängige Revisoren geprüft worden. Wer sich die Funktionsweise von grossen, internationalen Konzernen vor Augen führt, bekundete etwelche Mühe zu glauben, ein Finanzchef sei von einer vorgesetzten Stelle in solchen Belangen unter Druck gesetzt worden. Hinter derart komplexen Zahlenwerken stehen Dutzende, wenn nicht Hunderte von Mitarbeitern.

In einem neuen Licht erscheint nunmehr die am Mittwochabend mit sofortiger Wirkung erfolgte Demission Josef Ackermanns. De Swaan bestätigte, dass Pierre Wauthier einen Abschiedsbrief hinterlassen hat, von dem die Zurich Kenntnis erhalten habe. Im Abschiedsbrief werden Anschuldigungen gegen Ackermann, welchen Inhalts auch immer, erhoben. De Swaan sagte mit explizitem Hinweis auf den Schutz der Privatsphäre der Familie Wauthier dazu nichts. Doch wurde die Aufnahme einer Untersuchung bestätigt, um zu prüfen, ob Wauthier übermässigem Druck («undue pressure») ausgesetzt gewesen sei. Die Erfordernisse einer gesunden Unternehmenskultur würden bei der Zurich sehr ernst genommen.

Steuerabkommen Weitere 250 Millionen Euro an Österreich

Die Schweiz hat im Rahmen des Steuerabkommens eine weitere Tranche von 254,7 Millionen Euro an Österreich überwiesen, wie dessen Finanzministerin Maria Fekter am Samstag mitteilte. Bereits im Juli hatte die Eidgenössische Steuerverwaltung (EStV) 416,7 Millionen an die Alpenrepublik geschickt.

Weitere Tranchen der Abgeltungszahlung sollen nun monatlich bis Juni 2014 erfolgen. Ab März 2014 werde zudem die laufende Quellensteuer auf Kapitalerträge auf Bankkonten oder Wertpapierdepots weitergeleitet, hiess es.
Für Fekter ist das «ein schöner Erfolg für unser Land und alle redlichen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler». Mit dem Geld könne man den eingeschlagenen Konsolidierungspfad in Richtung Nulldefizit konsequent weitergehen.

Gelder auch an Grossbritannien

Neben Österreich überweist der Schweizer Fiskus auch an Grossbritannien aufgrund eines Steuerabkommens Gelder. Diese stammen aus der Quellensteuer auf Schweizer Bankkonten oder Wertschriftendepots von britischen respektive österreichischen Steuerpflichtigen.
Dadurch wird die Steuerpflicht aus Sicht der zwei Länder erfüllt, die Personen bleiben aber anonym. Der mit Grossbritannien vereinbarte Steuersatz beträgt zwischen 21 und 41 Prozent. Schwarzgeld aus Österreich wird mit 15 bis 38 Prozent besteuert.

Vermögen offenlegen

Als Alternative können die Steuerpflichtigen ihre Vermögen auch offenlegen. In diesem Zusammenhang erhielt die EStV gemäss früheren Angaben fast 30 000 Meldungen. Die Steuerpflichtigen deklarierten Vermögen im Wert von 6,4 Milliarden Franken (Grossbritannien) beziehungsweise 5,4 Milliarden Franken (Österreich).
Die Steuerverwaltung überweist monatlich bis Juni 2014 Quellensteuern an die beiden Länder und leitet die Selbstdeklarationen weiter.
Ab März 2014 wird die EStV auch Quellensteuern auf Kapitaleinkünften österreichischer und britischer Steuerpflichtiger überweisen. Die Steuersätze für Briten betragen zwischen 27 und 48 Prozent. Für österreichische Kunden gilt ein Satz von 25 Prozent.

30. 08. 2013, **Parteispenden: Unwürdiges Verhalten der ÖVP**

Eine abstruse Verteidigungsstrategie wird nicht helfen

In der Antike wurden die Überbringer schlechter Nachrichten gerne stellvertretend für deren Inhalt zur Verantwortung gezogen. Die ÖVP würde diese Praxis offenbar auch heute gerne anwenden. Dieser Eindruck drängt sich zumindest auf, wenn man sich Stellungnahmen führender ÖVP-Politiker zu mutmaßlichen Scheinrechnungen und Schwarzgeldkonten im Telekom-Skandal anhört.

"Das ist so durchsichtig, dieses Manöver", lässt Klubobmann Karlheinz Kopf wissen, der alles nur für eine große Inszenierung unbekannter politischer Gegner hält. Und: "Das stachelt uns noch mehr an." Innenministerin Johanna Mikl-Leitner griff gar zur abstrusen Formulierung: "Das ist Kraftfutter für die Funktionäre."

Man darf also zusammenfassen: Die ÖVP fühlt sich gestärkt, wenn neue Details zu dubiosen Zahlungen aus der schwarz-blauen Vergangenheit publik werden. Angestachelt fühlt sie sich, ohne nähere Prüfung pauschal alle Vorwürfe zurückzu-weisen und als "alten Hut" (**Justizmininisterin Beatrix Karl)** abzutun.

Was bewusst ignoriert wird: Natürlich handelt es sich nicht nur um alte Hüte. Erstmals wurde nun von einem Gutachter festgestellt, dass Zahlungen von Telekom, Lotterien und Raiffeisen Oberösterreich keine Leistungen gegenüberstanden.

Konkreter wird die Verdachtslage auch bei Geldflüssen im SPÖ-Umfeld. Zwar ist hier nicht von Schwarzgeldkonten die Rede, abgesehen von dürren Statements tut sich allerdings auch die SPÖ schwer, echtes Interesse an Aufklärung unter Beweis zu stellen. Nur allzu gut ist noch in Erinnerung, **wie Rot und Schwarz im Vorjahr gemeinsam den parlamentarischen Untersuchungsausschuss zur Telekom abgedreht haben.**

Natürlich dürfen keine Vorverurteilungen erfolgen; den Kopf in den Sand zu stecken und die neuen Entwicklungen zu ignorieren kann allerdings keine Strategie für Parteien sein, die sich nach den Skandalen in Kärnten der Sauberkeit und Transparenz verschrieben haben.

Einer Justizministerin ist es unwürdig, ein Verfahren, das die eigene Partei betrifft, öffentlich zu kommentieren und herunterzuspielen. Ebenso unwürdig ist es, mutmaßliche Malversationen zur Mobilisierung der eigenen Funktionäre zu verwenden.

Panische Rundumschläge werden der ÖVP jedenfalls nicht helfen, die erhoffte rot-schwarze Mehrheit nach der Wahl zu erhalten.

Grüne: "ÖVP ist von Raiffeisen abhängig"

01.09.2013 **Die Grünen schießen sich auf die Raiffeisenzahlungen an die ÖVP ein - und vermuten Gegenleistungen beim Bankenpaket.**

Während sich die ÖVP-Parteispendenaffäre bisher auf die Telekom-Verbindung konzentriert hat, wollen die Grünen nun einen anderen Aspekt in den Mittelpunkt rücken: die Zuwendungen von Raiffeisen an die Volkspartei.

Vergangene Woche ist bekannt geworden, dass an die ÖVP-nahe Agentur Media-Select nicht nur 190.000 Euro der Telekom gegangen sind, sondern auch 72.000 Euro von den Österreichischen Lotterien und 50.000 Euro von der Raiffeisenbank Oberösterreich. Laut Gerichtsgutachten wurden diese Gelder auf ein eigenes, der ÖVP zugerechnetes Konto weitergeleitet.

Für den stellvertretenden grünen Parteichef Werner Kogler ist vor allem die Subvention von Raiffeisen von besonderem Interesse. „Jahrelang wurde ich mit Klagen bedroht, weil ich gesagt habe, dass die ÖVP von Banken und insbesondere von Raiffeisen Geld zugesteckt bekommen hat“, sagt Kogler zur „Presse“. Nun sieht er durch das Gerichtsgutachten den Beweis für seine Vermutungen als erbracht.

Kogler setzt nun nach: In einem Brief an alle Raiffeisen-Landesbanken fordert er Aufklärung, ob und in welcher Höhe weitere direkte oder indirekte Zahlungen an die ÖVP geleistet wurden und ob es dafür Gegenleistungen gab. Für die Antwort setzt er den Bankmanagern eine Frist bis zum 8. September.

„Wir müssen davon ausgehen, dass das Geld großflächig über verschiedene Kanäle geflossen ist“, vermutet Kogler, und auch, dass es dafür Gegenleistungen gegeben habe. „Jetzt wissen wir, warum manche Abschlüsse im Bankenpaket zustande gekommen sind.“ Es habe nicht nur personelle Verstrickungen mit Raiffeisen gegeben, sondern auch eine finanzielle Abhängigkeit, vermuten die Grünen.

Originell findet Kogler die Aussagen von Innenministerin Johanna Mikl-Leitner, die Affäre sei „Kraftfutter für die Funktionäre“. Der Grünen-Politiker sieht eher **die Zahlungen als Kraftfutter für die ÖVP – und fordert ein „Fütterungsverbot von ÖVP-Funktionären.“**

03. 09. 2013

Absurder Plan? ÖVP: "Es braucht strengere Strafen für Einbrecher"

Als Kämpferinnen gegen Wohnungseinbrecher haben sich Innenministerin Johanna Mikl- Leitner und Justizministerin Beatrix Karl am Montag in Wien präsentiert. Die beiden **ÖVP-** Politikerinnen **-** die sich vor Journalisten Hanni und Trixi nannten, wohl um **freundschaftliche Vertrautheit zu demonstrierten - sind überzeugt, dass eine Anhebung der gesetzlichen Mindeststrafe abschreckend wirken kann.**

Derzeit sieht das Strafgesetzbuch für Einbruchsdiebstahl einen Strafrahmen von sechs Monaten bis zu fünf Jahren vor, wobei nicht differenziert wird, ob eine Wohnung, eine Lagerhalle oder eine Zeitungsständer- Kasse aufgebrochen wird. Das wollen Mikl- Leitner und Karl nach einer Evaluierung im Zuge der für 2015 geplante StGB- Reform ändern. Wer in private Räumlichkeiten eindringt und diese auf Wertsachen durchwühlt, soll künftig mit mindestens einem Jahr Haft rechnen müssen.

"Jeder Einbruch ist einer zu viel"

"Diese Differenzierung ist wichtig und notwendig", betonte Mikl- Leitner unter Verweis auf Länder wie Deutschland und die Schweiz, wo der Gesetzgeber bereits entsprechende Regelungen umgesetzt hat. Für die Innenministerin ist "jeder Einbruch einer zu viel", daher müsse diese Kriminalitätsform "aufs Entschiedenste bekämpft werden".
"Zur Abschreckung braucht es einfach strengere Strafen. Wir sind es den Opfern schuldig", schloss sich Karl an. Die Justizministerin räumte allerdings ein, es sei "umstritten", dass sich auf Einbrücke spezialisierte Tätergruppen aus dem Ausland tatsächlich von höheren Mindeststrafdrohungen abschrecken lassen.

Strafverteidiger hält Pläne für "absurd"

Der prominente Wiener Strafverteidiger Werner Tomanek hält die Pläne Karls für "absurd". "Die Leute reisen ja nicht wegen einem einzigen Einbruch aus Moldawien oder Georgien an. Die begehen serienweise Einbrüche, und wenn sie erwischt werden, ist ihnen mittels Rufdaten-erfassung meistens Gewerbsmäßigkeit nachzuweisen. Damit steht jetzt schon automatisch ein Strafrahmen von einem bis zu zehn Jahren zur Verfügung", hielt Tomanek fest.

Darüber hinaus erklärte der Jurist, die "Strafpraxis in Ostösterreich" sehe derzeit so aus, "dass die Gerichte selbst bei einem einzelnen versuchten Wohnungseinbruch nicht die Mindeststrafe verhängen. Es wird aus generalpräventiven Erwägungen genau unterschieden, ob beim Billa, in ein Lagerhaus oder in eine Wohnung eingebrochen wird."

Zudem mache das Geld, das aus Osteuropa stammende Täter bei ihrer Entlassung als Vergütung für ihre in Haft geleistete Arbeit erhalten, meistens mehr aus, als in Moldawien oder Georgien bei einer geregelten Beschäftigung zu verdienen ist.

Einbruchszahlen stagnieren

Die Einbruchsdiebstähle in Wohnungen und Privathäuser stagnieren laut der österreichischen Kriminalstatistik seit 2010 mit leicht abnehmender Tendenz. Rund 15.800 Fälle wurden in diesem Jahr von der Polizei an die Staatsanwaltschaft angezeigt. 2009 hatten die Zahlen ihren vorläufigen Höhepunkt mit 21.148 Fällen erreicht.

Atomic: Stoff für Verschwörungstheoretiker

3. September 2013, **Bausteine der Atomic-Pleite: Ein überaus rasanter Konkursantrag, ein zwölfjähriges Verfahren - überraschend hohe Konkursquote**

Die Geschichte der Insolvenz des Skiherstellers Atomic ist eine, die zwar schnell erzählt, aber noch immer sagenumwoben ist. Abgespielt hat sich alles 1994. Am 7. September übergibt der mit rund einer Milliarde Schilling (72,7 Mio. Euro) Schulden in Schwierigkeiten geratene Atomic-Eigentümer Alois Rohrmoser die Mehrheitsanteile von Atomic an ein Treuhänderkonsortium, zieht sich aus der Geschäftsleitung zurück und übergeht damit die Hausbank Bawag. Diese überlegt rechtliche Schritte gegen Rohrmoser und unternimmt sie später.

Rund eine Woche später schlägt der interimistische Atomic-Chef, Walter Wittmann, Alarm: Die Bawag gefährde den Fortbestand des Unternehmens, "trotz voller Auftragsbücher wurden Kredite teilfälliggestellt". Atomic sei "akut gefährdet", weil nicht in der Lage, fällige Forderungen abzudecken und "überhaupt die Liquidität aufrechtzuerhalten".

Zwei Tage später schickt die Bawag Atomic in Konkurs, übernimmt selbst das Ruder und gibt eine Bestandsgarantie ab. Atomic sei bei einem Jahresumsatz von 1,8 Mrd. Schilling mit 1,6 bis 1,7 Mrd. Schilling verschuldet. Rohrmoser will den Konkursantrag verhindern, indem er das Unternehmen an die Bawag abtreten will, die Bank lehnt ab.

Am 16. September 1994 wird das Konkursverfahren am Landesgericht Salzburg eröffnet. Im Oktober lehnt das Oberlandesgericht Linz Rohrmosers Rekursantrag gegen den Atomic-Konkurs und ihn selbst ab. Mitte November verkauft die Bawag die Pongauer Firma für 919 Mio. Schilling an die finnische Amer-Gruppe.

Vier Jahre später, im Februar 1998, übermittelt die Kriminalabteilung der Gendarmerie der Staatsanwaltschaft Salzburg eine Sachverhaltsdarstellung. Der Verdacht richtet sich gegen den Konkursrichter, den Masseverwalter, den damaligen Bawag-Chef Helmut Elsner und andere Bank-Mitarbeiter, wonach im Insolvenzverfahren 300 Mio. Schilling, die die Bawag erhalten hat, nicht zur Schuldenabdeckung berücksichtigt worden seien. Die Bank dementiert. Im Juli stimmt das Justizministerium dem Vorhaben der Staatsanwaltschaft zu, das Verfahren gegen die Bawag einzustellen.

Rohrmoser will im März 1999 eine Neuaufnahme des Verfahrens mittels Subsidiarantrag erreichen. Bis zu seinem Lebensende im Februar 2005 hat Rohrmoser die Atomic-Pleite bekämpft. Er gab in Interviews zwar zu, mit schuld an den Problemen des Unternehmens zu sein, der Konkurs sei seines Erachtens aber nie nötig gewesen. Jemand wollte seinen Bankrott erreichen, sagte er stets. Im Raum stand auch der Vorwurf, Rohrmoser hätte seinen Besitz (landwirtschaftlicher Grund, Wald, Schloss Hoch, Kleinkraftwerke) mit Bawag-Krediten an Atomic aufgebaut. Auf diesen Besitz hat die Bawag zugegriffen.

Auch die Bank erntete Kritik. Die einen warfen der Bawag zu spätes Eingreifen vor, andere meinten, die Bank hätte Atomic durch Finanzierungen von sich abhängig gemacht. Im Dezember 2003 - mehr als neun Jahre nach Konkurseröffnung - wird das Verfahren abgeschlossen. Im März 2006 gelangte eine Quote von 73 Prozent zur Auszahlung - Insider sehen die hohe Quote als Indiz, dass der Konkurs unnötig gewesen sei.

Am 28. März 2006 erstattet Anwalt Werner Masser Anzeige bei der Staatsanwaltschaft Wien. Er behauptete - kurz zusammengefasst - die Bawag habe Atomic und Rohrmoser in Konkurs gejagt, um im Insolvenzverfahren Verluste aus Karibikgeschäften zu verschleiern. Vorwürfe, die auch nach rechtlichen Auseinandersetzungen nicht verstummen wollen.

Zuletzt war die Atomic-Pleite im Banken-Ausschuss des Parlaments im März 2007 Thema. Ob die Causa damit ihre Ruhe findet, bleibt abzuwarten.

2. Sept. 2013 **Zugegriffen bei den "unantastbaren" Pensionen**

Die Pensionen seien tabu, propagiert die SPÖ - doch die letzten fünf Jahre brachten einige Verschärfungen

Wien - "Pensionen nicht antasten!", propagiert die SPÖ via Werbespots in Funk und Fernsehen. Ist dem Versprechen zu trauen? Sind Kürzungen und Verschärfungen bei der Alterssicherung für die Kanzlerpartei wirklich tabu?

Um damit durchzukommen, muss die SPÖ auf die Vergesslichkeit der Wähler hoffen. Denn in den vergangenen fünf Jahren hat die sozialdemokratisch geführte Regierung sehr wohl an den Pensionen herumgedoktert. Es gab einige Reformen, aber auch simple Kürzungen, die für den Einzelnen durchaus happig ausfielen. Es begann mit dem ersten von zwei Sparpaketen, das Rot und Schwarz im Oktober 2010 in Loipersdorf schnürten: Seither werden Pensionisten im ersten Jahr nach dem Eintritt in den Ruhestand nicht mehr an die Inflation angepasst. Was harmlos klingt, summiert sich zu einem empfindlichen Verlust, weil das niedrigere Niveau ja über die Jahre mitgeschleppt wird. Laut Rechnung des Pensionsexperten Ulrich Schuh kostet der Einschnitt einen Durchschnittsrentner etwa 3000 Euro.

Das nächste Mal zückte die Koalition im März 2012 die Schere. Konsolidierungspaket Nummer zwei verbucht ein Drittel aller Einsparungen bei den Pensionen, knapp die Hälfte der 5,67 Milliarden Euro entfällt auf simple Leistungskürzungen. In den Jahren 2013 und 2014 werden die Altersbezüge nicht vollends an die Inflationsrate angepasst, womit sie real an Wert verlieren. Wieder gilt: Die Verluste pflanzen sich über die Jahre fort. Bereits nach vier Jahren fällt ein durchschnittlicher Alterspensionist um mehr als 1000 Euro um. Dass die Pensionen jährlich wertgesichert werden sollen, indem sie mit der Inflationsrate steigen, fußt übrigens nicht bloß auf informelles Gewohnheitsrecht. Vielmehr gilt für diese Praxis im Prinzip das gleiche, was die SPÖ unter Hinweis auf die Verlässlichkeit derzeit als Argument für ein niedrigeres Frauenpensionsalter ins Treffen führt: Der Teuerungsausgleich ist gesetzlich festgeschrieben, wenn auch nicht in der Verfassung. In die Sparpakete baute die SPÖ im Verein mit der ÖVP auch Reformen ein, die viele Pensionswillige zweifellos als Verschlechterung interpretieren werden. Ziemlich kurzfristig hebt die Koalition etwa die Hürde für die reguläre Frühpension, die sogenannte Korridorpension, an: Die Zahl der für den Antritt notwendigen Versicherungsjahre wächst ab heuer in Halbjahresschritten von 37,5 auf 40 Jahre. Außerdem steigen die Abschläge, die für jedes Jahr vor dem Regelpensionsalter von 65 Jahren zu zahlen sind, von 4,2 auf 5,1 Prozent. Härter geworden sind die Regeln auch in Sachen Invaliditätspension sowie bei der besonders umstrittenen Hackler-Frühpension: Das Antrittsalter steigt, die Bedingungen werden strenger.Sinn und Ausmaß der Einschnitte kann man richtig finden oder nicht; so mancher Experte lobt die Reformen, die Kürzungen waren mit den Seniorenvertretern ausgehandelt. Doch für die Behauptung, dass an den Pensionen nicht gerüttelt wird, kann die SPÖ die letzten fünf Jahre nicht als Beleg heranziehen.

Tatsächlich nichts geändert hat die Koalition am gesetzlichen Pensionsalter der Frauen, das mit 60 um fünf Jahre niedriger liegt als jenes der Männer. Was die SPÖ in ihrem Werbespot allerdings einen (potenziellen) Wähler aussprechen lässt ("es sollte so bleiben"), ist nur dann einzuhalten, wenn sie die eigene Linie über den Haufen wirft: Dass das Frauenpensionsalter ab 2024 steigen soll, ist längst festgeschrieben. (

03.09.2013, **Prozess um OeNB-Pension. Gericht muss den Rentenanspruch des früheren Vize - Gouverneurs klären.**

Startschuss im Klags-Match zwischen der Oesterreichischen Nationalbank (OeNB) und dem früheren Vize-Gouverneur Wolfgang Duchatczek. Am 27. September findet am Wiener Arbeitsgericht die erste Verhandlung statt.

Duchatczek, der infolge des Schmiergeldskandals bei der Gelddruckerei-Tochter OeBS rausgeworfen wurde und wegen Untreue angeklagt ist, kämpft um seine beachtliche Rente.

„Wir haben auf Feststellung des Pensionsanspruchs und auf Zahlung der Pension für Juli und August geklagt“, sagt sein Anwalt Herwig Hauser zum KURIER. „Von der OeNB liegt uns noch keine Stellungnahme dazu vor.“

Vorerst geht es um 3000 Euro im Monat, da Ex-OeNB-Angestellten im ersten Ruhestandsjahr „nur“ eine ASVG-Pension zusteht. Erst danach ist die volle Firmenpension fällig. Das sind 80 Prozent des Letztbezuges. **Bei Duchatczek macht das 215.360 Euro pro Jahr. Dementsprechend will Anwalt Hauser die Klage ausweiten. Mit Jahresende wird auch die Abfertigung fällig. Dabei dürfte es zumindest um ein Jahresgehalt (269.200 Euro) gehen.** Doch auch diesen Betrag wird Duchatczek einklagen müssen.

Denn: Die Nationalbank bestreitet, dass er Anspruch auf Abfertigung und Pension hat. Der Vize-Gouverneur habe am 25. Juni alle Ämter zurückgelegt und sein Dienstverhältnis beendet. „Es gibt aber keinen Austritt, sondern nur ein Pensionsansuchen“, kontert Anwalt Hauser. Der OeNB-Generalrat sprach später sogar die fristlose Entlassung gegen Duchatczek aus.

Indes hat das Oberlandesgericht Wien noch nicht über den Anklageeinspruch des mitverdächtigen Anwalts Friedrich F. entschieden. Der Anwalt, der inkriminierte Provisionen im Auftrag der Gelddruckerei OeBS über eine Schweizer Firma an verschiedene Empfänger weitergeleitet haben soll, bestreitet den Vorwurf der Untreue und Bestechung. Er behauptet, dass der 20-prozentige Provisionsaufschlag der OeBS auf das Offert der aserbaidschanischen Nationalbank nicht korrupten Amtsträgern, sondern dem Staat Aserbaidschan selbst zugeflossen sei. Somit gäbe es keine Schädigung. Aserbaidschan habe einen Grenzstreit mit Armenien: „Es sei vorstellbar, dass die Beträge für Waffenkäufe oder Geheimdienstaktionen im Interesse Aserbaidschans verwendet wurden.“

03. 09. 2013 **Wahlfahrer auf Schleuderkurs: Der vermurkste Wahlkampf der ÖVP**

Herbert Lackner über den bisher zwar dramatisch, aber nicht unlustig gescheiterten Wahlkampf der ÖVP:

Vier Wochen vor dem Urnengang schwächelt die Volkspartei schwer.

Es gibt in Wahlkämpfen einen Satz, der pures Gift verströmt, sobald er über die Netze der Nachrichtenagenturen gelaufen ist. Im aktuellen Fall lautet er: „ÖVP dementiert Flügelkämpfe“. Hat eine solche Meldung die Redaktionen erreicht, weiß dort selbst der grünste Grünschnabel, dass hinter den Kulissen die Fetzen fliegen. Und wenn in Parteien mitten im Wahlkampf gestritten wird, tragen sie meist schon das Aschenkreuz.

Obiges Dementi, vorgetragen von Generalsekretär Johannes Rauch, hat seine - Vorgeschichte in der Kritik von Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner an der Bockbeinigkeit der ÖVP-dominierten Lehrergewerkschaft. Der ÖAAB-Vize-Chefin Gabriele Tamandl war daraufhin via Facebook der Satz entfahren: „Was bitte ist das für ein Blödsinn!?“ Beschwichtiger Rauch in seinem „Dementi“: „Wir sind alle auf einer Linie, ich lass mir von außen nicht hereintragen, dass wir keine Linie hätten, auch die Frau Tamandl ist voll auf Linie.“

Na ja.

Recht verblüffend, dass die ÖVP so ziellos durch den Wahlkampf irrlichtert. Im knospenden Frühling hatte es noch so ausgesehen, als würden die Schwarzen – kommt erst der Herbst – Bäume ausreißen. War ja nicht so schlecht gelaufen: In Kärnten glimpflich davon gekommen, Niederösterreich mannhaft verteidigt, Salzburg zurückerobert, Tirol gehalten und die SPÖ in der Heeres-Volks-befragung gedemütigt.

Frage: Was konnte da noch schiefgehen? Antwort: alles.
Da stimmt etwa Bienenminister Nikolaus Berlakovich in Brüsssel gleich zwei Mal zu Gunsten eines Gebräus ab, dessen bloßer Name schon wie Karel-Gottes-Lästerung klingt: Neonicotinoide. Dass unlängst der Berlakovich-Wahlkampf-bus abbrannte, ist Majas Rache.
„Ich hab diese Forderung schon soooo satt!!“

Die wenig später kühn vom Zaun gebrochene Debatte über eine raschere Anhebung des Frauenpensionsalters zeugte zwar von Löwenmut, wirkte aber im anrollenden Wahlkampf ebenfalls hochtoxisch. ÖVP-Frauen-Rebellin Tamandl: „Ich hab diese Forderung schon soooo satt!!“

Worauf nun der Wirtschaftsflügel das Seine beitragen wollte, aber bereits beim Betreten des Parketts ins Rutschen kam: Finanzministerin Maria Fekter will bis heute jene angebliche „Studie“ nicht herzeigen, wonach Österreich in den vergangenen vier Jahren 70.000 Arbeitsplätze verloren habe, weil die Unternehmen vor zu hohen Steuern geflohen seien („Faymann-Steuern“, wie sie im Wahlkampf heißen). Als dann von Fekter als weitere Abwanderungskandidaten genannte Firmen via Fernsehen bekundeten, sie dächten überhaupt nicht daran, diesen wunderbaren Wirtschaftsstandort zu verlassen, stand die Finanzminister etwas begossen da.

In dieser schweren Stunde entschlüpfte dem sonst so besonnenen Wirtschaftskammerpräsidenten Christoph Leitl das Wörtchen „abgesandelt“ – allerdings nicht bezogen auf die politische Artikulationsfähigkeit Maria Fekters, sondern auf Österreichs Standortqualität. Postwendend fragten die anderen Parteien und viele Leitartikler, ob die von Leitl befundete Absandelung womöglich damit zu tun habe, dass es in Österreich seit 13 Jahren ÖVP-Finanzminister und seit 27 Jahren ÖVP-Wirtschaftsminister gibt.

Der ÖVP-Wahlkampf zeichnet sich aber nicht nur durch schnelle Zungen, sondern auch durch aparte Kontraste aus. Wenn etwa der ÖVP-Wirtschaftsbund postuliert, der Zwölf-Stunden-Arbeitstag ohne Überstundenzuschläge sei modern und wirtschaftsfördernd, während der ÖVP-Beamtenbund das Ansinnen, Lehrer sollten 24 Stunden wöchentlich arbeiten, als mittelalterliche Folter brandmarkt, dann hat das schon wieder was.

Auch Obmann Michael Spindelegger gelingt es nicht, im allgemeinen Schlingern seiner Partei Tritt zu fassen. Beim Wahlkampf-Giftthema Zwölf-Stunden-Tag etwa gab er sich zunächst als Wildling und machte diese Forderung zur Koalitionsbedingung. Noch Montagvormittag vergangener Woche wischte er das Nein des ÖGB brüsk vom Tisch („Es muss nicht alles zentral vom ÖGB bewilligt werden!“). Am selben Abend, bei der TV-Debatte mit Werner Faymann, schnurrte der ÖVP-Obmann plötzlich kätzchengleich: „Natür-

lich nicht“, werde man das ohne ÖGB-Zustimmung durchdrücken: „Ich bin ein großer Freund der Sozialpartnerschaft.“

Entfesselungskünstlerpech

Tänzelnd hatte Spindelegger im Puls 4-Studio demonstriert, was er unter dem Begriff „entfesselt“ versteht und dem jungen Mann aus dem Publikum, der sich über unbezahlte Praktika ärgerte, entschlossen Sukkurs versprochen: „Lassen Sie mir Ihre Telefonnummer da.“ Dass im Netz zur selben Stunde ein Shitstorm über den Wiener ÖVP-Wirtschaftsbund niederprasselte, weil der auf Facebook zwei unbezahlte Praktika angeboten hatte, ist Entfesselungskünstlerpech.

Derweil quälte Spindeleggers Mitstreiter anderes: „Ich werde das Gefühl nicht los, dass Werner Faymann immer mehr zum Lügenkanzler wird“, grübelte Innenministerin Johanna Mikl-Leitner vorvergangene Woche laut vor sich hin.

So düstere Gedanken plagten Mikl-Leitners politischen Ziehvater nicht, als er es sich unter dem scharfen Auge eines „Krone“-Reporters mit dem Lügenkanzler im Garten des Heiligenstädter Pfarrwirten gemütlich machte. Die „Krone“ hyperventilierte den Umtrunk zwischen Werner Faymann und Erwin Pröll tags darauf zum Geheimtreffen und den Eintrag im Gästebuch zum „Freundschafts-vertrag“ hoch. Wenngleich das Klandestine an einem Schmaus in einem prall besetzten Promilokal nicht gleich erkennbar ist und auch der Gästebucheintrag („An diesem Tisch ist der Gemischte Satz der Politik offenkundig geworden“) eher für die Qualität des Weins und gewisse Formulierungsschwächen der Eintragenden als für ein Geheimabkommen spricht, soll der Herrenabend in ÖVP-Funktionärskreisen für schrillen Unmut gesorgt haben.

Dem Erwin sei halt wieder einmal fad, ätzten die Abgeklärteren unter ihnen.

Kleine Rechenstunde: Vier Wochen vor der Wahl lag die ÖVP im Jahr 2006 in den Umfragen bei 38 Prozent und 2008 bei 28 Prozent. In den letzten vier Wahlkampfwochen verlor sie noch jeweils drei Prozentpunkte.
Derzeit sind es wieder vier Wochen bis zur Nationalratswahl. Die ÖVP liegt in der jüngsten profil-Umfrage – durchgeführt noch vor dem neuerlichen Hochkochen der Parteispendenaffäre – bei 24 Prozent.
Setzt sich der Trend der vergangenen beiden Wahlen fort, büßt die Volkspartei im Finale also wieder drei Prozentpunkte ein, käme sie auf 21 Prozent. -
Ob das noch für Platz zwei reicht, ist ungewiss.□

4. 09. 2013 **ÖVP-Kampagnenleiter mit Zugang zu "Schwarzgeld-Datei" auch SPÖ-Gartlehner**

In der Parteienfinanzierungsaffäre rund um vermeintliche Scheinrechnungen in Richtung Volkspartei, veröffentlicht das Nachrichtenmagazin "News" nun laut einer Vorabmeldung weitere Dokumente. Bei einer Hausdurchsuchung in der ÖVP-nahen Werbeagentur "Mediaselect" soll eine Datei mit dem Namen "ÖVPKonto-Aufstellung.xls" gefunden worden sein. In dieser "Schwarzgeld-Datei", so News, soll detailliert aufgelistet sein, "wer wann wie viel über Scheinrechnungen einbezahlt hat". Das Geld soll von der ÖVP-Bundespartei und dem schwarzen Parlamentsklub für die Bezahlung von Inseraten herangezogen worden sein.

Der nunmehrige Kampagnenleiter der Volkspartei, Markus Keschmann, soll die Datei zuletzt abgespeichert haben – am 25. März 2010. Das sollen Untersuchungen eines hinzugezogenen EDV-Sachverständigen ergeben haben. Am selben Tag soll sich Keschmann – der seit 2011 für Kampagnen in der Bundespartei zuständig ist – per E-Mail erkundigt haben, wo die Datei auf dem Server der Mediaselect zu finden sei.

Die ÖVP weist, wie schon letzte Woche, jeglichen Zugriff auf ein Konto von sich: "Es gab und gibt keine Bankkonten der MediaSelect oder anderer Agenturen, über die die ÖVP verfügungsberechtigt ist oder war."

Vorwürfe auch gegen Gartlehner

Neben dem Vorwürfen in Richtung Volkspartei, zitiert das Magazin auch ein Gutachten, dass den ehemalige SPÖ-Telekomsprecher Kurt Gartlehner belastet. Gartlehner soll Aufzeichnungen über seine Leistungen, die er für den Lobbyisten Peter Hochegger erbracht haben soll, im Nachhinein erstellt haben.

Der Sachverständige verglich dafür die Termine von Gartlehner und Hochegger und entdeckte Ungereimtheiten. Der Gutachter kommt zu dem Schluss, dass "diese Auflistung im Nachhinein zum scheinbaren Nachweis von Treffen hergestellt worden ist, ohne dass mit der nötigen Sorgfalt auch darauf geachtet worden wäre, dass die Angaben auch mit den Unterlagen bei Dr. Peter Hochegger in Übereinstimmung gebracht werden können."

Causa Aliyev: „Mit den falschen Leuten eingelassen“

Spektakuläre Wendung im Kriminalfall Rakhat Aliyev: Die österreichische Justiz ließ zwei EDV-Server des unter Spionageverdacht stehenden Wiener Rechtsanwalts Gabriel Lansky (Bild links) in Luxemburg sicherstellen.
Die Labgroup Datavault PSF S. A. mit Sitz in Luxemburg ist so etwas wie ein großes Gedächtnis. Kunden aus aller Welt nutzen es, um dort Informationen einzulagern, für die in den eigenen Systemen und Archiven kein Platz mehr ist oder sein soll. Labgroup archiviert und verwaltet alle Arten von Dokumenten und digitalen Daten in erdbebensicheren Hochsicherheitseinrichtungen in Luxemburg, Gibraltar und Irland.

Vor mittlerweile drei Wochen, am 16. und am 19. August, waren zwei Labgroup-Standorte in Luxemburg Schauplatz eines alles andere als alltäglichen Vorgangs. Eine Polizeieinheit des Großfürstentums rückte zu eiligst angesetzten Hausdurchsuchungen aus – auf Anordnung eines Untersuchungsrichters des Bezirksgerichts, der wiederum auf Ersuchen der Staatsanwaltschaft Wien tätig geworden war. Die Luxemburger Beamten hatten präzise Instruktionen im Gepäck: „Durchsuchung und Beschlagnahme all jener Dokumente und sämtlicher Daten in welcher Form auch immer in Zusammenhang mit Gabriel Lansky und des Vereins Tagdyr, die auf dem Server ‚LP111SRV‘ sowie auf dem Server ‚LAP023SV‘ abgespeichert wurden.“ Die Ermittler wurden tatsächlich fündig. Laut Polizeiprotokollen konfiszierten sie zwei Hewlett-Packard-Server, eine Toshiba-Festplatte und 129 Backup-Kassetten.

Die Vorkommnisse in Luxemburg stehen in direkter Verbindung zu einem Fall in Österreich, der längst im Rang einer Staatsaffäre steht: Eine Gruppe von Personen um den in der SPÖ bestens vernetzten Wiener Rechtsanwalt Gabriel Lansky wird von der heimischen Justiz verdächtigt, die laufenden behördlichen Untersuchungen gegen den ehemaligen kasachischen Botschafter in Österreich, Rakhat Aliyev, zu beeinflussen. Und zwar im Auftrag des kasachischen Geheimdienstes KNB. Seit 2012 ermittelt die Staatsanwaltschaft Wien unter der Aktenzahl 502St100/12f gegen „Gabriel Lansky und andere“ wegen „geheimer nachrichtendienstlicher Tätigkeit zum Nachteil Österreichs“ (Paragraf 256 Strafgesetzbuch), „Nötigung“ sowie „schwerer Nötigung“ (Paragrafen 105 und 106). Allein auf Paragraf 256 stehen im Falle einer rechtskräftigen Verurteilung Haftstrafen von bis zu drei Jahren.

profil und die Tageszeitung „Kurier“ haben die Vorgänge in und um die Kanzlei Lansky, Ganzger & Partner in den vergangenen Monaten akribisch aufgearbeitet. Was zu auffallend heftiger Kritik anderer Medien und zu energischen Interventionen Lanskys bei Eigentümervertretern des „Kurier“ führte.

„Dringender Tatverdacht“

In einer profil Freitag vergangener Woche übermittelten Stellungnahme weist Lansky die Vorwürfe einmal mehr mit aller Schärfe zurück: „Wir halten kategorisch fest, dass weder die Kanzlei noch Mitarbeiter der Kanzlei in irgendeiner Weise nachrichtendienstlich tätig geworden sind. Der Vorwurf ist geradezu absurd. Klar ist natürlich, dass die Kanzlei als Opfervertreterin unter anderem auch mit kasachischen Strafverfolgungsbehörden kooperiert hat, wie das jeder Opfervertreter auf der ganzen Welt zwangsläufig tut.“
Offiziell steht der Anwalt in keinem Auftragsverhältnis zum Staat Kasachstan, dessen Präsidenten Nursultan Nasarbajew oder gar des Geheimdienstes KNB. Lansky, seit 2012 geschäftsführender Präsident der Österreichisch-Kasachischen Gesellschaft, vertritt vielmehr die Interessen des „Opfervereins Tagdyr“ (zu Deutsch: „Schicksal“), hinter dem wiederum die Witwen von Zholdas Timraliyev und Aybar Khasenov stehen sollen. Beide waren Manager der kasachischen Nurbank, an welcher Aliyev bis 2007 die Mehrheit hielt.

Aliyev, in Ungnade gefallener Ex-Schwiegersohn des Präsidenten, soll die Entführung und Ermordung beider Männer angeordnet und den Nasarbajew-Clan obendrein um mehrere hundert Millionen Dollar erleichtert haben (was er vehement bestreitet). Dafür wurde er in seiner Heimat bereits zu 40 Jahren Haft verurteilt. In Abwesenheit. Aliyev lebte bis 2011 in Österreich, ehe er sich nach Malta absetzte.

Seit Jahren führt die Causa zu schweren diplomatischen Verwerfungen zwischen Wien und Astana. Die österreichische Justiz hat die von Kasachstan wiederholt eingeforderte Auslieferung stets mit dem Hinweis verweigert, Aliyev erwarte in seiner Heimat kein faires Verfahren. Stattdessen wurde 2011 in Wien ein eigenes Ermittlungsverfahren gegen ihn und mehrere mutmaßliche Komplizen eingeleitet, das nach wie vor läuft.

Wie der „Kurier“ erst vor wenigen Wochen ausführlich berichtete, soll der KNB in diesem Zusammenhang mehrfach und gezielt versucht haben, der Staatsanwaltschaft Wien präparierte Belastungszeugen unterzujubeln, um die Untersuchungen gegen Aliyev in die richtige Richtung zu lenken.

Und da kommt Lansky ins Spiel. Laut einem mit 16. August 2013 datierten Rechtshilfeersuchen der Staatsanwaltschaft Wien an die Adresse der Luxemburger Kollegen liegt ein „dringender Tatverdacht“ vor: „Dr. Gabriel Lansky sowie weitere Angestellte der Kanzlei Lansky und andere Personen sollen im wissentlichen Zusammenwirken mit Mitarbeitern des kasachischen Geheimdienstes KNB die Umsetzung von dessen Interessen und Zielen zum Nachteil Österreichs unterstützen.“ An anderer Stelle ist von „Nötigungen beziehungsweise Einschüchterungen Kasachstan nicht wohl gesonnener Personen“ die Rede.

Das elfseitige Dokument, unterzeichnet von Behördenleiterin Maria-Luise Nittel, ist Teil eines Aktenkonvoluts, das profil und „Kurier“ Ende vergangener Woche zugespielt wurde. Es enthält auch die Korrespondenz zwischen dem Luxemburger Generalstaatsanwalt und dem zuständigen U-Richter, die Anweisungen an die Kriminalpolizei sowie die Protokolle zu den beiden Hausdurchsuchungen (in Französisch und in deutscher Übersetzung).

Warum Luxemburg?
Wie sich jetzt erst herausstellt, hatte die Anwaltskanzlei bereits vor Längerem Rechnerkapazitäten bei Labgroup angemietet, um darauf die beachtliche Menge von 1,5 Terabyte Daten abzulegen, die – aus welchem Grund auch immer – nicht in den Räumlichkeiten der Kanzlei in der Wiener Biberstraße archiviert werden sollten.

Auf den nun beschlagnahmten Servern könnten, so der Verdacht der Behörden, just jene Informationen abgelegt sein, welche die vermuteten Verflechtungen zwischen Lansky und dem KNB dokumentieren. Bisher vermochte die Justiz nicht zu belegen, dass der von Lansky vertretene „Opferverein Tagdyr“ in Wahrheit nicht viel mehr als eine Tarnorganisation des kasachischen Geheimdienstes ist. In dem Rechtshilfeansuchen heißt es: „Seitens der Kanzlei Lansky wurde zu den Geldgebern des Vereins Tagdyr, welche Aufwendungen in exorbitanter Höhe betreiben müssen, immer nur angeführt, dass es sich um wirtschaftlich potente Geldgeber handle. Ein weiteres Indiz für die hintergründige KNB-Kompetenz des ‚Opferhilfsvereines‘ ergab sich dadurch, dass es beispielsweise nicht möglich war, dem Verein tatsächlich Spendengelder zu überweisen.“
Dass die Luxemburger Datensammlung überhaupt bekannt wurde, verdanken die Österreicher dem Zufall. Oder genauer: dem Mitteilungsbedürfnis des Luxemburger Softwarespezialisten Peter van C., einem ehemaligen Geschäftspartner Lanskys. Am 13. August nahm der leitende Angestellte des Luxemburger Softwarehauses Idetect Kontakt zum Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (BVT) in Wien auf. Er hatte eine abenteuerliche Geschichte zu erzählen: Seit etwa zwei Jahren besorge er für Lansky von Luxemburg aus „kriminalanalytische Bearbeitung in der Causa Aliyev“, wobei ihm über zwei vor Ort eingerichtete Server regelmäßig „Daten zur Aufarbeitung, etwa Telefonieverbindungsdaten“ übermittelt worden seien, die er in weiterer Folge analysiert habe. Sein Vertrag mit der Kanzlei sei im Juli ausgelaufen, Lansky verweigere jetzt aber die Zahlung eines ausstehenden Honorars in der Höhe von 73.000 Euro und fordere ultimativ die Übergabe der Daten. Mehr noch: Nachdem er und ein Kollege darauf bestanden hätten, die Daten erst nach Begleichung der offenen Rechnung zu übergeben, habe Lansky Druck ausgeübt und die beiden wegen Erpressung in Luxemburg angezeigt. Oder wie es die österreichische Justiz formuliert: „Zwischenzeitlich habe sich C. aufgrund des als unangemessen empfundenen Drucks, den die Kanzlei Lansky auf ihn ausübe, zu Hintergründen der gegenständlichen Causa im Internet erkundigt. Nicht zuletzt aufgrund dieses Rechercheergebnisses, sei er mittlerweile zur Überzeugung gelangt, dass er sich mit den ‚falschen‘ Leuten eingelassen habe.“

Welche Informationen die Anwälte von Lansky, Ganzger & Partner da auf den Servern abgelegt hatten, vermochte der Informant en detail nicht zu sagen, „einerseits aufgrund der Größenordnung und andererseits aufgrund dessen, dass es sich dabei um Dokumente in russischer Sprache handle“
Das BVT wollte dennoch wissen, ob er bei seiner Arbeit auf Verbindungen zwischen Lansky und dem KNB gestoßen sei. Dessen Antwort: Er gehe davon aus, „dass man zu jenen Informationen, welche für seine kriminalanalytische Arbeit erforderlich waren, in derartigem Umfang, insbesondere in der gegenständlichen Causa, nur unter tatkräftiger Mitwirkung des Geheimdienstes gelangen konnte“

Blieb nur ein Problem. Der Zeuge konnte und wollte die Daten nicht direkt an die österreichischen Ermittler übergeben: „Er wies darauf hin, dass er die Daten von sich aus den Behörden nicht zur Verfügung stellen könne und dass dies nur über Anordnung des Gerichtes möglich sei. Diesbezüglich sei jedoch aufgrund der Heftigkeit der Anstrengung der Kanzlei Lansky, die Herausgabe der Daten zu erzwingen, entsprechende Dringlichkeit geboten.“ Und tatsächlich ging ab da alles schnell, für österreichische Verhältnisse gar erstaunlich schnell. Noch am selben Tag informierte das BVT die Staatsanwaltschaft Wien, tags darauf erging per Fax ein erstes Rechtshilfeersuchen der zuständigen Staatsanwältin Stefanie Schön an Luxemburg. Weitere zwei Tage später, am Vormittag des 16. August, langte bei der Kriminalpolizei Luxemburg eine richterliche Anordnung ein, ehe die Beamten um 18.10 Uhr bei Labgroup im Städtchen Contern anklopften, um die beiden Server sicherzustellen (die

Backup-Dateien wurden am darauffolgenden Montag am zweiten Standort in Munsbach abgeholt).
Eine Erklärung für die Eilfertigkeit Luxemburgs liefert eine in diesem Kontext doch etwas überzogene Textpassage aus dem Durchsuchungsbeschluss vom 16. August: „Voruntersuchungen gegen Lansky Gabriel u. a. in Zusammenhang mit Tatbeständen, die nach luxemburgischen Recht gemäß Artikel 135-1 bis 135-5 des Strafgesetzbuches (Terrorismus) zu ahnden wären."

Erfolglose Intervention
Noch liegen die Server versiegelt und daher unausgewertet bei der Luxemburger Justiz. Gabriel Lansky hat seinen lokalen Partneranwalt Lex Thielen beauftragt, Rechtsmittel zu ergreifen. „Die Sicherstellung des IT-Equipments in Luxemburg ist nicht rechtswirksam, derzeit hat keine Behörde und auch sonst niemand Zugriff auf den ‚Server'", betont Lansky in seiner Stellungnahme gegenüber profil. „Wenn wir Recht bekommen, wovon wir ausgehen, wird alles versiegelt ausgefolgt."

Faktum ist, dass das Anwaltsgeheimnis hier nur bedingt greifen kann, da Lansky in diesem Fall selbst Beschuldigter ist.

Die weiteren Entwicklungen dürften auch für einen Mann von Interesse sein, der sich zu Lanskys engstem Freundeskreis zählen darf und seinerseits ausgesuchte Kontakte zum kasachischen Regime unterhält: Alfred Gusenbauer, einst SPÖ-Bundeskanzler der Republik Österreich, seit 2010 Berater des kasachischen Präsidenten. Wie profil Anfang Juni berichtete, ist auch Gusenbauer Gegenstand staatsanwaltschaftlicher Ermittlungen wegen vermuteter nachrichtendienstlicher Tätigkeit. Denn auch er soll „kasachische Interessen im Verfahrenskomplex Aliyev unterstützt" haben. Gusenbauer wird verdächtigt, politische Kontakte in Österreich genutzt zu haben, um das kasachische Regime mit Verschlussakten aus dem parlamentarischen U-Ausschuss zum Fall Aliyev 2009 zu versorgen. Das ist in keiner Weise bewiesen,

Gusenbauer bestreitet das entschieden, will aber von profil nicht mehr mit Anfragen „belästigt" werden. Lansky? Beantwortet diese zwar stets ausführlich, vergisst dabei aber nicht auf deutliche Warnhinweise: „Wenn Sie jetzt, selbst unter Hinweis auf Rechtsmittel, über den Vorgang berichten, verursachen Sie möglicherweise einen Schaden, welcher durch einen allenfalls nachfolgenden Bericht über das gewonnene Rechtsmittel nicht mehr sanierbar ist. Überdies sind Ihnen alle zivilrechtlichen und medienrechtlichen Verpflichtungen ohnedies bekannt."

Gabriel Lansky kann auch ganz anders. Erst jüngst wollte er die kritische Berichterstattung des „Kurier" über den Umweg einer Intervention bei der deutschen Funke-Gruppe (die frühere WAZ ist Miteigentümerin von „Kurier" und auch profil) unterbinden. Ohne Erfolg. Die Tageszeitung wird ihre Recherchen zur Causa ab Montag dieser Woche veröffentlichen.

Herausgeber und Chefredakteur Helmut Brandstätter fällt auf Lansky angesprochen wenig Schmeichelhaftes ein: „In den drei Jahren, die ich im Hause bin, ist mir nie etwas Vergleichbares passiert. Dass nämlich jemand versucht, über einen Mitgesellschafter Einfluss auf die Berichterstattung zu nehmen."

Dubioses Telekom-Sponsoring bei Aids-Charity

- **100.000 Euro aus Sponsoring der Telekom Austria für Aids Life Gala 2007 verschwunden**

100.000 Euro aus Sponsoring der Telekom Austria für Aids Life Gala 2007 verschwunden.

Dubiose Vorgänge hat es anlässlich der Aids Life Gala am 24. Mai 2007 in Schloss Schönbrunn gegeben. Laut dem im Auftrag der Staatsanwaltschaft Wien verfassten Telekom-Gutachten des Sachverständigen Matthias Kopetzky ist der Verbleib von 100.000 Euro an Sponsorgeldern ungeklärt.

Die Telekom Austria hatte die Aids Life Gala auf Initiative des PR-Unternehmers Peter Hochegger mit 150.000 Euro netto gesponsert. Hochegger überwies freilich nur 50.000 Euro an die Charity-Veranstaltung weiter. Laut Kopetzkys Gutachten seien weder „eine erkennbare Weiterleitung der restlichen 100.000 Euro an die Aids Life Gala“ noch „die zweckmäßige Verwendung des Restbetrags“ nachvollziehbar. Wie Peter Hochegger gegenüber „profil“ erklärt, sei ein Mitarbeiter mit dem Projekt befasst gewesen. Der Differenzbetrag sei etwa durch andere Leistungen seiner Agentur für die Telekom erklärbar.

Millionen neue Schulden in Landes-Gesellschaften

09.09.2013 Die Budgetlage des Landes Salzburg stelle sich zunehmend schlimmer dar - und weitaus schlechter, als sich aus alten Budgets ablesen lasse. Diese Aussage traf LH-Stv. Christian Stöckl (ÖVP) am Montag im SN-Gespräch.

Finanzreferent Christian Stöckl.

Nun seien in ausgegliederten Gesellschaften des Landes mehrere Millionen Euro an Schulden aufgetaucht, welche nicht budgetiert seien. Dies betreffe etwa die Stadionerrichtungsgesellschaft, die Konten überzogen habe, weil Überweisungen des Landes ausgeblieben seien. Ebenso nennt Stöckl die Generalsanierung des Vinzenzheims Schernberg als Beispiel: Hier habe das Land die Finanzierung zugesichert, dafür aber viel zu wenige Mittel eingeplant.
"Die Lage im Land stellt sich noch viel schlimmer dar, als ich mir das gedacht hatte", sagt Stöckl. Er habe zwar als Landtagsabgeordneter einen gewissen Einblick gehabt, dieser habe aber offenbar nicht ausgereicht, alle finanziellen Tatsachen überblicken zu können.

Die Konsequenz ist hartes Sparen: 45 Millionen Euro weniger will das Land 2014 an Schulden machen. Wobei der Betrag sowohl bei den Investitionen, etwa Bauprojekten, eingespart werden soll wie bei den laufenden Ausgaben.
Keines der Ressorts dürfte dabei von schmerzhaften Einschnitten verschont bleiben. So müssen allein im Bereich Landwirtschaft und Beamte die Kosten um sechs Millionen Euro sinken. Was das bedeutet, ist für Stöckl klar: Ab 2015 seien Nulllohnrunden für die Landesbediensteten jedenfalls zu diskutieren - und: Man werde im Amt nicht nur umschichten und Personal neu verteilen müssen. "Man wird mittelfristig auch um einen Abbau nicht herumkommen", sagt der Finanzreferent.
Klar ist für ihn auch, dass große Verkehrsprojekte hintangestellt werden müssten. So sei etwa der Bergheimer Gitzentunnel aus dem regulären Budget keinesfalls finanzierbar.

Das Land will 45 Mill. Euro einsparen

Unterdessen arbeitet das Land am Budget für 2014. Finanzreferent Christian Stöckl legte am Montag die Richtlinien vor. Grundlage für das Budget 2014 war ein schon im Herbst 2012 erstellter Entwurf. Dieser sieht inklusive der später dazugekommenen Vorsorge für die Finanzcausa eine Neuverschuldung von 110 Mill. Euro vor. Die Landesregierung will eine Verbesserung um 45 Mill. Euro erreichen.
Im Frühjahr 2014 will die Regierung eine verbindliche Planung für die Budgets 2015 bis 2018 erstellen. Das Ziel ist ein ausgeglichenes Budget bis zum Jahr 2016.

11. 09. 2013

Zeuge: "Gorbach- Kabinett war Paralleluniversum"

Ein ehemaliger Spitzenbeamter im Verkehrsministerium hat am Montag im **Telekom-** Prozess betont, keine Erinnerung an Kontakte externer Lobbyisten im Zusammenhang mit der Änderung der sogenannten Universaldienst-verord-nung zu haben. Was damals auf politischer Ebene rund um den damaligen Ressortchef Hubert Gorbach (BZÖ) passiert sei, wollte der frühere Abteilungsleiter für Post und Telekom nicht beurteilen. **"Das Kabinett ist eine eigene Welt gewesen, quasi ein Paralleluniversum."**

Der Zeuge berichtete von der Problematik rund um die "Payphone Access Charge" und die Universaldienstverordnung. Wegen des Aufschwungs der Mobiltelefonie seien höchstens 5.000 der 17.000 Telefonzellen der Telekom Austria kostendeckend zu betreiben gewesen.
2002/03 seien dann vermehrt "Payphone Access Betreiber" aufgetreten, bei denen die Kunden fürs Telefonieren nicht einmal Münzen einwerfen mussten und die Telekom um ihr Basisentgelt umfiel. Ein Bescheid der Regulierungsbehörde zur Lösung der Problematik sei Ende 2004 vom Verwaltungsgerichtshof aufgehoben worden. Dadurch sei klar gewesen, dass man dies im Rahmen der Universaldienstverordnung lösen musste. Eine Gesetzesänderung habe man für "nicht notwendig" gehalten.

"Dann entwickeln die Dinge ein Eigenleben"

Das Ministerium sei auf fachlicher Ebene ab 2003/04 eingebunden gewesen, man habe sich um eine "juristisch saubere Lösung" bemüht. Im Sommer 2006 sei dann der Entwurf in Begutachtung gegangen, mit durchaus positiven Stellungnahmen auch der anderen Marktteilnehmer, wie der frühere Abteilungsleiter betonte. Dann habe man den Entwurf finalisiert und an das Ministerbüro weitergeleitet. "Und dann entwickeln die Dinge ein Eigenleben, wo die Fachabteilung keinen Einfluss hat", sagte er zum Amüsement der Zuhörer. Manche Entwürfe kämen nach zwei Wochen zurück, "manche nie".

Dass der Lobbyist Peter Hochegger an irgendjemanden herangetreten sei, habe er nicht mitbekommen, so der Zeuge. "Zu mir ist niemand gekommen, den ich nicht gekannt habe." Außerdem habe er sein Büro zunächst in der Kelsenstraße, dann in einem Gebäude in der Ghegastraße in Wien-Landstraße gehabt. "Da hat sich niemand hin verirrt." Mit "Kämmerern" und auf fachlicher Ebene der Unternehmungen habe es aber sehr wohl Kontakte gegeben. Dass es der Telekom um die Abdeckung eines Verlusts im Ausmaß von 10 Millionen Euro gegangen sei, "diese Ziffer ist herumgegeistert bei Besprechungen".

"Keine Erinnerung" bei Hochegger

Hochegger selbst wurde vom Staatsanwalt ebenfalls kurz befragt. Er betonte erneut, er habe "keine Erinnerung, dass ich irgendetwas Konkretes bei ihm (Gorbach, Anm.) lobbyiert habe". Auch dass er 2006 nur für ÖVP- Kontakte zuständig gewesen sei, wiederholte er.

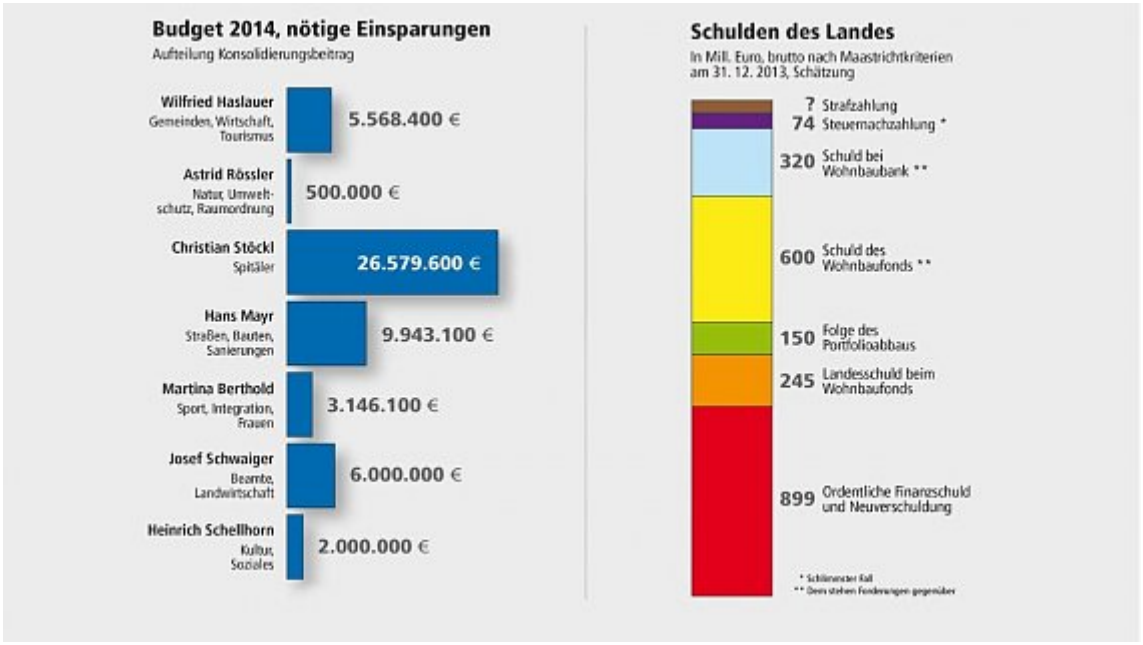
Urteil dürfte sich verzögern

Gleich zu Beginn der Prozesswoche wurden vom Gericht fünf weitere Zeugenbefragungen beschlossen, wodurch die ursprünglich für Freitag vorgesehene Urteilsverkündung nicht mehr haltbar sein dürfte. Beantragt wurden die fünf zusätzlichen Zeugen vom Verteidiger des mitangeklagten Lobbyisten Hochegger, Karl Schön. Er erwartet sich von den Aussagen u.a. Indizien, die die Verteidigungslinie Hocheggers stützen.

11.09.2013 **Bei wem das Land Salzburg nun sparen will**

Nun ist klar, wo in Salzburg Ausgaben gekürzt werden. Betroffen sind Spitäler und Straßen, Kultureinrichtungen und die Beamten. Auch für Wirtschaft und Tourismus gibt es weniger.

Finanzreferent Christian Stöckl.



Es vergeht kaum eine Woche ohne spektakuläre Veränderungen in der Finanzlage des Landes. In der Finanzabteilung hat man nun festgestellt, dass die "ordentliche Verschuldung" doch nicht 875, sondern nur 801 Mill. Euro beträgt. In alten Budgets waren offenbar zu hohe Schulden ausgewiesen worden. Auch hat sich die Betrachtungsweise der Experten verändert, was den Abbau der Derivatgeschäfte betrifft. Derzeit geht man von Folgekosten der Auflösung seit Jänner von 150 Mill. Euro aus.

Gleichzeitig kann das Land aber auf rund hundert Mill. Euro an angeblichen Rücklagen nicht zugreifen, weil diese in Wahrheit bereits fix budgetiert und zudem kreditfinanziert sind. Wie berichtet, tauchten laut Finanzreferent Christian Stöckl (ÖVP) einige Millionen Euro an Schulden in ausgelagerten Landesgesellschaften auf. Kurzum: Die Finanzlage des Landes ist im Detail kaum überblickbar - wobei "Details" sich im dreistelligen Millionenbereich bewegen können.

Tatsache ist, dass die Verschuldung des Landes Anfang 2014 bei rund 2,3 Milliarden Euro liegen dürfte. Brutto wohlbemerkt - also so, wie die EU den Wert laut Maastricht-Kriterien berechnet. Dabei werden alle Schulden addiert, auch jene, denen konkrete Geldwerte

gegenüberstehen. Die Nettoverschuldung Salzburg ist auch entsprechend geringer und sollte um die 1,3 Milliarden Euro liegen.
Vergleicht man Maastricht-Schulden aller Bundesländer, so nimmt Salzburg mittlerweile einen Spitzenplatz ein. Gut 4800 Euro Schulden kommen wohl Anfang 2014 auf jeden Salzburger. Das ist mehr, als selbst Kärnten und Niederösterreich im Jahr 2011 hatten - neuere Zahlen gibt es von dort allerdings nicht.
Was bleibt, ist die Erkenntnis der Regierung, dass in den kommenden Jahren mit großer Härte Budgets gekürzt werden müssen. Nun haben die einzelnen Ressortleiter erfahren, wie viel in ihrem Bereich einzusparen ist. Die SN haben nachgefragt, worauf sich die Salzburger einstellen müssen.

1. Sparen im Spital
Wir berichtet, werden die Landeskliniken wohl nicht wie geplant modernisiert. Statt 600 Millionen Euro gibt es in den kommenden Jahren nur zwischen 300 und 400 Millionen. Geplant ist auch, die Belegschaft der Spitäler aus dem öffentlichen Dienst zu lösen und privat anzustellen. Ein Primar soll an zwei Standorten Abteilungen führen können.
2. Sparen bei den Straßen
Bei der Erhaltung der Landesstraßen kann das Land nicht noch weniger ausgeben - schon jetzt stellt der Rechnungshof einen teils miserablen Zustand der Fahrbahnen fest. Massiv gekürzt wird aber bei den Neubauten. Der Halbanschluss Hagenau kommt frühestens 2015, der Gitzentunnel ist praktisch vom Tisch. Der Kreisverkehr Schlossalm in Bad Hofgastein wird ebenso verschoben wie Teile des Ausbaus der Münchner Bundesstraße in Salzburg. Gespart wird auch bei Lärmschutzwänden. Nebenbei werden auch die Sanierung der Landwirtschafts-schule Bruck und der Tourismusschule Kleßheim zurückgestellt.

3. Sparen bei Beamten
Die Aussicht auf neue Nulllohnrunden trieb die Beamtenvertreter am Dienstag bereits auf die Barrikaden - woraufhin die Landesregierung versicherte, diese sei "kein Thema". Beim Personalabbau bleibt es aber - in den kommenden Jahren gehen rund 700 Beamte in Pension. Gleichzeitig soll es aber einen Aufgabenabbau geben.

4. Sparen beim Fördern
Landeshauptmann Wilfried Haslauer muss fast 5,6 Mill. Euro sparen. Und will dies vor allem bei den Förderungen für Wirtschaft und Tourismus tun.

5. Sparen beim Service
Die Salzburger werden in Zukunft weniger "vom Land" erwarten dürfen. Gutachten werden immer öfter vom Antragsteller bezahlt werden müssen. Die Beamten dürften sich auch Kontrollen in Gewerbe und Wirtschaft sparen - wenn etwas passiert, ist eben der Besitzer schuld. Auch für die Salzburger Bauern dürfte vieles, was bisher zum Service gehörte, nicht mehr gratis sein.
6. Sparen bei der Kultur
Salzburgs Kulturbudget schrumpft um zwei Mill. Euro. Landesrat Heinrich Schellhorn hat versprochen, weder bei kleinen Kulturbetrieben noch bei Initiativen am Land zu sparen. Was übrig bleibt, ist klar, wird aber nicht offen ausgesprochen. Für die "großen Fische" unter den Theatern, Museen und Veranstaltungen wird es wohl weniger Geld geben.
Kürzungen wird es auch in Raumordnung, Naturschutz, im Sport und Frauenförderung geben. In den zuständigen Ressorts wird jedoch erst überlegt, wie diese Budgethürden zu nehmen sind.

Haselsteiner: Zwei liberale Parteien sind zu viel

Hans- Peter Haselsteiner

Das Liberale Forum könnte bald mit der neuen Bewegung NEOS fusionieren. LIF- Chefin Angelika Mlinar (rechts im Bild) bestätigte am Mittwoch einen dahin gehenden Vorschlag von Unterstützer Hans- Peter Haselsteiner (links) im Ö1- "Morgenjournal". Die beiden Parteien treten bei der Nationalratswahl als Bündnis an. Nach einem möglichen Einzug ins Parlament wäre eine vollständige Fusion laut

Mlinar eine "mögliche Weiterentwicklung".

Zwei liberale Parteien seien in Österreich einfach zu viel, so Haselsteiners Meinung. Er unterstützt derzeit das Wahlbündnis nicht nur finanziell, sondern würde auch für einen Ministerposten zur Verfügung stehen. Auch für Mlinar wäre eine komplette Zusammenlegung der beiden Parteien im Falle eines Erfolges nur logisch und stehe ohnehin seit Längerem im Raum: "Wir gehen davon aus, dass es unsere Wähler erwarten."

Anfang Oktober tagen Gremien

Haselsteiner kann sich vorstellen, künftig gemeinsam unter dem Namen NEOS zu firmieren. Klar ist aber auch, dass es dazu positive Beschlüsse beider Parteien benötige, betonte Mlinar, die in den internen Umfragen bereits einen "Haselsteiner- Effekt" ortet. Die Mitgliederversammlungen von NEOS und des LIF tagen jeweils Anfang Oktober

12. 09. 2013 Wem Raiffeisen 180 Milliarden Euro anvertraut: Der frühere Präsident der Budapester Börse geht bei Raiffeisen Bank International an Bord.

Wien. Eine bemerkenswerte Personalmeldung der Raiffeisen Bank International (RBI): Der ehemalige Präsident der Budapester Börse, Attila Szalay-Berzeviczy, wurde zum Leiter des Geschäftsbereichs Group Securities Services bestellt. Dieser ist für die Betreuung der größten heimischen und internationalen institutionellen Kunden in Österreich und Zentral- und Osteuropa (CEE) verantwortlich.

Szalay-Berzeviczy, der bereits seit einem Jahr als Berater für die RBI tätig war, wird mit 1. November in die Bank eintreten und für die Leitung von rund 230 Mitarbeitern konzernweit verantwortlich sein. Die RBI ist einer der größten Anbieter von Securities Services in CEE und betreut internationale Pensionsfonds, Versicherungsgesellschaften, Vermögensver-walter, globale Depotbanken, Investmentfonds und Broker in 15 Ländern. Sie verwahrt Vermögenswerte von insgesamt rund 180 Milliarden Euro.

„Wir betrachten unsere Securities Services als ein strategisches Produkt und als einen der wichtigsten Bereiche der Bank. Unser Ziel ist es, die RBI zu einem der führenden Anbieter von Securities Services in CEE zu machen, und die Bestellung von Attila Szalay-Berzeviczy ist ein wichtiger Schritt in diese Richtung“, so Klemens Breuer, Vorstand der RBI für Markets und Investment Banking, in einer Aussendung der Bank.

Attila Szalay-Berzeviczy ist einer der längstdienenden Experten in der europäischen Securities Services Branche. Nach dem Fall des Eisernen Vorhangs baute er für GE Capital und die Bank Austria Creditanstalt das Geschäft in Ungarn auf. Er hatte mehrere Führungspositionen inne, darunter Global Head of Global Securities Services der UniCredit Group, Vorstandsvorsitzender der Budapester Börse sowie Vorstandsmitglied der Federation of the European Stock Exchanges (FESE). Er trug aktiv zur Entwicklung der Kapitalmärkte in CEE bei und war bis vor kurzem auch als Senior Advisor des CEO und Präsidenten der Warschauer Börse tätig.

Parteienfinanzierung Mittwoch, 11. September 2013 von Kurt Kuch

12. 09. 2013 # Geheime Post an die ÖVP

NEWS veröffentlicht eine Mail von Telekom-Ametsreiter an Wilhelm Molterer die beim beurlaubten Telekom-Manager Michael Fischer sichergestellt wurde. Betreff: **"Argumente RH-Gesetz".**

In der Nachricht, die an Molterers GMX-Adresse und nicht an seine offizielle Parlaments-Mailadresse ging, wird argumentiert, dass die Möglichkeit einer Rechnungshofprüfung der Telekom "Investoren massiv abschrecken" würde.
Die Telekom sponserte von 2006 bis 2008 über die Firma des Lobbyisten Peter Hochegger den Fußballverein SV Sierning aus Molterers Heimatgemeinde. In den Jahren 2009 bis 2011 - also auch zum Zeitpunkt der Mail - zahlte die Telekom direkt an den SV Sierning. Der von der Staatsanwaltschaft Wien eingesetzte Sachverständige schreibt in seinem Gutachten zu dem umstrittenen Sponsoring, dass dieses "ohne Vermittlung von Mag. Wilhelm Molterer (ÖVP) nicht in dieser Höhe bzw. womöglich überhaupt nicht zustande gekommen wäre".

Zusammenhang mit Rechnungshofgesetz-Novelle?

Tatsächlich wurde im Frühjahr 2010 eine weitere Verschärfung des erst 2009 novellierten Rechnungshofgesetzes debattiert. Eine Absenkung der Prüfzuständigkeit auf 25 Prozent Staatsanteil - davon wäre auch die Telekom betroffen gewesen - scheiterte jedoch. Der Grüne Rechnungshofsprecher Werner Kogler sagt: "Je länger das gedauert hat desto weniger war die ÖVP zu einer Absenkung bereit. Mich persönlich hat zudem immer gewundert, dass da nicht der schwarze Rechnungshofsprecher das Sagen hatte, sondern Wilhelm Molterer."
Telekom-Chef Ametsreiter nahm gegenüber NEWS über seinen Pressesprecher Stellung: "Dass ein Generaldirektor die Interessen seines Unternehmens vertritt und daher diese Standpunkte auch Politikern, die Gesetzesänderungen planen, darlegt, ist wohl das Selbstverständlichste der Welt." Es bestehe kein Naheverhältnis zu Molterer und man stehe noch heute auf dem Standpunkt, "dass wir niemals der Kontrolle des Rechnungshofes unterliegen können, weil der Staat bei uns keinen beherrschenden Einfluss ausübt".
Der Sachverständige schreibt zur Molterer-Mail: "Inwiefern hier eine Äquidis-tanz von Abgeordneten oder gar der Exekutive im Sinne der übertragenen Aufgaben gewährleistet ist, obliegt der rechtlichen Würdigung durch das Gericht."

11. 09. 2013 # Kampf um Millionen-Villa

Walter Meischberger will sein Haus zurück, das er 2011 einer Gesellschaft um Heinrich Schuster verkaufte. Neuer "Hauseigentümer" Heinrich Schuster will Ex-FPÖ-Mann "rausschmeißen".

Der Ex-FPÖ-Politiker und umstrittene Lobbyist Walter Meischberger, Verdächtiger in der Causa Buwog, und Heinrich Schuster, Werber und Ex-Epamedia-Eigentümer sollen früher ein „inniges freundschaftlichen Verhältnis“ gepflogen haben. Doch der golfende Grasser-Trauzeuge „Meischi“ und der golfende Plakatwerber Schuster sind mittlerweile schwer über Kreuz. Denn: Sie sind Kontrahenten in einem außergewöhnlichen Streit. Im Mittelpunkt steht die „Villa Meischberger“, ein 300 Quadratmeter großes Designer-Eigenheim in der Waldaugasse 3 in Wien-Grinzing. Schätzwert: etwa 3,7 Millionen Euro.

Zur Vorgeschichte: Im Zuge der BUWOG-Ermittlungen gegen Meischberger hat die Staatsanwaltschaft dessen Konten in Liechtenstein eingefroren. Als mutmaßlicher „Tippgeber“ bei der Privatisierung der BUWOG hat der frühere Haider-Spezi rund 7,68-Millionen-Euro Vermittlungsprovision kassiert, aber nicht versteuert. Nach seiner Selbstanzeige bei der Finanz brauchte Meischberger dringend Geld, war aber im geforderten Ausmaß nicht flüssig. So verkaufte „Meischi“ im März 2011 sein Grinzinger Eigenheim an die „Erwerb der Waldaugasse 3 GmbH“ um den Grazer Anwalt Helmut Schmid.

Kaufpreis: 2,53 Millionen Euro, davon sollen 1,63 Millionen Euro bar geflossen sein. Die restlichen 900.000 Euro sollten zur Abdeckung einer Hypothek bei der Vorarlberger Landes-Hypo dienen. Dem Vernehmen nach sei mit diesem Betrag aber ein Teil der Finanzschuld Meischbergers – durch die neue Gesellschaft – beglichen worden. Denn: Die Republik Österreich (das Finanzamt) hatte ein Pfandrecht auf dem Grundstück, das später gelöscht wurde.

Helmut Schmid, Geschäftsführer der neuen Haus-Eigentümerin, ist Anwalt und Treuhänder des Werbers Heinrich Schuster. In Wahrheit stecke Schuster hinter der „Erwerb der Waldaugasse 3 GmbH, sagt Meischbergers Anwalt Thomas Pfaller zum KURIER.

Treuhänder Schmid

„Herr Schuster war Herrn Meischberger dabei behilflich, dass er einen Teil der Steuerschuld begleichen konnte“, bestätigt Pfaller. „Diese GmbH wurde nur zu diesem Zweck gegründet.“ Nachsatz: „Herr Meischberger ist Herrn Schuster dafür nach wie vor dankbar“. Aber mittlerweile habe das Blatt sich gewendet. Man ist nicht mehr gut aufeinander zu sprechen. Meischbergers Anwalt behauptet sogar, dass es sich bei dem „ Kauf“ eigentlich um „eine Art Besicherung für ein Darlehen“ handelt.

„Der Kaufvertrag wurde deshalb gemacht“, sagt Pfaller, „weil man zum damaligen Zeitpunkt nicht wusste, wie lange das Geld von Herrn Meischberger in Liechtenstein gefroren ist und er den Betrag zurückzahlen kann, damit ihm das Eigentum an dem Haus wieder übertragen werden kann.“ Dem Vernehmen nach sind die Konten in Liechtenstein aber weiterhin blockiert.

Fakt ist: Laut Kaufvertrag hätte Meischberger die Villa Ende August 2012 räumen sollen. Was aber nicht geschah. Der neue Hausherr brachte daraufhin eine Räumungsklage gegen Meischberger beim Bezirksgericht Döbling ein. „Das Exekutionsverfahren ist aufgeschoben, weil dagegen Klage eingebracht wurde“, bestätigt Richterin Barbara Helige dem KURIER. Meischbergers Anwalt spricht von einer „Patt-Stellung“.

„Diese Misere hat das schlechte Vertragswerk gebracht“, sagt Pfaller. „Aber die Raten für die Hypothek, 5000 Euro im Monat, zahlt weiterhin der Walter.“ Er zielt auf die Rückabwicklung des Kaufvertrages ab. Die Bedingungen dafür sind in einer Zusatzvereinbarung festgeschrieben.

Vertrag ist Vertrag

„Faktum ist, es besteht ein Kaufvertrag und in diesem steht eine Räumungs-verpflichtung drinnen, an diese sich der Herr Ex-Politiker nicht hält“, kontert Anwalt Schmid, der über seine Treuhandschaft für Schuster keine Angaben machen will. „Und deshalb schmeiße ich Herrn Meischberger raus, das ist mein Recht.“ Auch gegen die Rückabwicklung des Kaufes hat er keinen Einwand. „Wenn ich die Sicherheit habe, dass er das Geld hat und zahlt“, sagt Schmid. „Diese habe ich aber nicht.“

6. September 2013 **Land Salzburg droht Steuernachzahlung von 74 Millionen Euro wegen zweckwidriger Verwendung von Fondsgeldern - Nachzahlungen im Budget bisher nicht berücksichtigt**

Salzburg - Es war zwar erwartet worden, ist aber dennoch unerfreulich: Das Land Salzburg hat nun - ein halbes Jahr nach der ersten Selbstanzeige im Zusammenhang mit dem Finanzskandal - zwei Bescheide erhalten, in denen es zur Nachzahlung von Steuern in der Höhe von 52,5 Millionen Euro aufgefordert wird. Ein weiterer Bescheid über 21,2 Millionen Euro dürfte noch folgen, hieß es am Freitag im Büro des Finanzreferenten Christian Stöckl (ÖVP).

In Summe könnten somit auf das Land Zahlungen in der Gesamthöhe von 73,7 Millionen Euro zukommen, für die im Budget bis dato nicht vorgesorgt wurde, wie Stöckls Sprecher Harald Haidenberger bestätigte: "In diesem Fall müssen wir den Gürtel noch enger schnallen."

Im vorliegenden Fall geht es um den Versorgungs- und Unterstützungsfonds (VUF). Dieser war 2003 unter dem damaligen Finanzreferenten und Landeshauptmann-Stellvertreter Wolfgang Eisl (ÖVP) als Rechnungskreis des Landes ohne eigene Rechtspersönlichkeit gegründet worden. Zweck des Fonds ist, Pensionen für pragmatisierte Landesbeamte durch Zinserträge zu stützen und damit die Pensionsaufwendungen im Budget zu entlasten. Gleichzeitig sollte damit Kapitalertragssteuer gespart werden, wie Eisl im Februar vor dem Untersuchungsausschuss einräumte.

Selbstanzeige des Landes

Im Zuge der Aufräumarbeiten nach dem Finanzskandals tauchte aber die Frage auf, ob die Erträge für den eigentlichen Zweck des Fonds verwendet wurden, oder ob damit nicht wieder spekuliert wurde. Um eine mögliche Strafverfolgung und eine damit verbundene Geldstrafe zu vermeiden, erstattete das Land Selbstanzeige.

Nun liegen die ersten Bescheide vor, die erwartungsgemäß Nachforderungen beinhalten. Darin wird das Land zur Nachzahlung von 31,6 Millionen Euro Kapitalertragssteuer sowie 20,9 Millionen Euro Körperschaftssteuer aufgefordert.

Das Land Salzburg wird gegen die Vorschreibung berufen. "In beiden Fällen werden wir um eine Verlängerung der Berufungsfrist bis Jahresende ansuchen. Bei der komplexen Materie sind die vorgesehenen vier Wochen sehr wenig", sagte Haidenberger. Die Finanzabteilung des Landes rechnet aber noch mit einer weiteren Nachforderung. Denn im Juli wurde eine zweite Selbstanzeige erstattet, weil möglicherweise Erträge von Geschäften im Landeswohnbaufonds nicht versteuert wurden. In diesem Fall geht es um 21,2 Millionen Euro.

13.09.2013 Finanzskandal: Ermittlungen gegen sechs Personen

Laut dem Sprecher der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) in Wien, Erich Mayer, wird im Zuge des Swap-Deals zwischen Stadt und Land Salzburg aus dem Jahr 2007 derzeit gegen sechs Personen ermittelt.

Salzburgs Bürgermeister Heinz Schaden muss sich verteidigen.

Neben den drei bekannten Beschuldigten, Monika Rathgeber, ihrem damaligen Chef Eduard Paulus und einem Mitarbeiter, wird nun auch Bgm. Heinz Schaden als Beschuldigter geführt.

Wer die beiden anderen Personen sind, wollte Mayer nicht sagen, es handle sich bei ihnen aber um Verantwortliche der Stadt und des Landes. Auf Landesseite war damals Othmar Raus (SPÖ) Finanzreferent. In einer Stellungnahme am Freitagnachmittag hat Raus erklärt, er wisse nicht, ob auch gegen ihn ermittelt werde. "Mir ist bis zur Stunde nichts bekannt", sagte Raus.

Wie hoch der Schaden für das Land aus dem Deal war, lässt sich laut Mayer indes noch nicht abschätzen. "Die Geschäfte waren zum Zeitpunkt der Übernahme mit mehreren Millionen Euro negativ bewertet, was aber nichts darüber aussagt, mit welchem Wert sie tatsächlich aufgelöst worden sind. Wir gehen aber derzeit von einem Schaden von mehreren Hunderttausend Euro aus."

Nach den Hausdurchsuchungen in der Finanzdirektion der Stadt Salzburg und dem Büro von Bürgermeister Heinz Schaden im Magistrat am Donnerstag wies nun Rechtsanwalt Franz Hitzenbichler gegenüber der APA alle Vorwürfe vehement zurück. Schaden wird zwar als Beschuldigter geführt, aber "da wird mit Sicherheit nichts herauskommen", so Hitzenbichler.

FPÖ für U-Ausschuss Die FPÖ in der Stadt Salzburg wittert in der Causa einen politischen Freund-schaftsdienst. Sie forderte die "sofortige Einsetzung eines Untersuchungsaus-schusses". Man werde in der nächsten Gemeinderatssitzung am 18. September einen Dringlichkeitsantrag einbringen, erklärte Klubobmann Andreas Schöppl. Nach dem Stadtrecht müsse ein sogenannter "nichtständiger Ausschuss" einge-richtet werden.

14. 09. 2013 Telekom-Prozess **Zweieinhalb Jahre Haft für Lobbyisten Hochegger**

Mit vier Schuldsprüchen und einem Freispruch ist in der Nacht auf Samstag im Wiener Straflandesgericht der Telekom- IV- Prozess um die inkriminierten Parteispenden der Telekom Austria ans BZÖ in Höhe von insgesamt 960.000 Euro zu Ende gegangen. Der Lobbyist Peter Hochegger (Bild Mitte) fasste wegen Beitrags zur Untreue und falscher Aussage vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschuss zweieinhalb Jahre unbedingte Haft aus. Für das BZÖ bedeutet der Prozess indes eine schwere Schlappe: Die Partei muss 960.000 Euro zurückzahlen.

Das Urteil gegen Hochegger ist nicht rechtskräftig. Sein Anwalt kündigte direkt im Anschluss an die Urteilsverkündung an, sein Mandant werde in Berufung gehen. Jeweils - ebenfalls nicht rechtskräftige - Schuldsprüche setzte es wegen Beitrags zur Untreue und falscher Aussage vor dem U- Ausschuss für den Ex- BZÖ- Abgeordneten Klaus Wittauer (re.), den BZÖ- nahen Werber Kurt S. sowie den ehemaligen Sprecher von Ex- BZÖ-Justizministerin Karin Gastinger, Christoph Pöchinger.

Sie alle fassten jeweils teilbedingte Freiheitsstrafen aus: Wittauer bekam zwei Jahre (davon drei Monate unbedingt), S. zweieinhalb Jahre (davon fünf unbedingt), Pöchinger zwei Jahre (davon acht unbedingt). Erklärungen zu den Urteilen wurden von den Anwälten der Drei zunächst keine abgegeben.

Freispruch für Ex-Telekom-Vorstand Fischer

Der Ex- Vorstand der Telekom Austria, Rudolf Fischer (li.), wurde hingegen von dem Vorwurf der Untreue sowie der Falschaussage freigesprochen. Das Verfahren gegen Ex- BZÖ-Geschäftsführer Arno Eccher war zuvor am späten Freitagnachmittag ausgeschieden und auf unbestimmte Zeit vertagt worden. Ecchers Rechtsanwalt Martin Dohnal hatte einen Antrag auf Ausscheidung des Verfahrens gegen seinen Mandanten gestellt, weil sich der Zeuge Kurt Lukasek nach wie vor im Ausland befindet. Eccher wird
durch Lukasek belastet.

BZÖ muss 960.000 Euro zurückzahlen

Weil nach Ansicht des Gerichts unter dem Vorsitzenden Michael Tolstiuk die unrechtmäßigen Zahlungsvorgänge beim BZÖ eine Bereicherung zur Folge hatten, wurde dem Antrag der Staatsanwaltschaft auf Abschöpfung stattgegeben. Das BZÖ muss demnach 960.000 Euro als Strafe bezahlen. Wie der Rechtsvertreter des BZÖ, Alexander Scheer, zuvor im Rahmen der Verhandlung dargelegt hatte, macht dieser Betrag ein Viertel des Wahlkampfbudgets der Orangen für den aktuellen Nationalratswahlkampf aus.

Der Richter zeigte sich in der Urteilsbegründung überzeugt, dass der gesamte Betrag, der von der Telekom über die beiden BZÖ- nahen Werbeagenturen geflossen war, zur Gänze in den Einflussbereich des BZÖ gelangte. Das BZÖ will gegen die Entscheidung berufen. "Wir vertrauen der Justiz und erwarten uns erneut eine gegenteilige Entscheidung in der nächsten Instanz", teilte die Partei in der Nacht auf Samstag in einer Aussendung mit. Man werde sich "notfalls" an den nun verurteilten Ex- Parteileuten schadlos halten.

14.09.2013 Kein Ende der Ermittlungen im Salzburger Finanzskandal

Das Ermittlungsverfahren rund um den Salzburger Finanzskandal dauert an: Gegen zwei neue Beschuldigte wird ermittelt. Die Salzburger FPÖ fordert indes die sofortige Einsetzung eines U-Ausschusses.

Ermittlungen gegen Ex-Finanzreferenten Othmar Raus

Salzburgs Bürgermeister Heinz Schaden wird nach der Durchsuchung seiner Büros ab jetzt als Beschuldigter im Ermittlungsverfahren um den Salzburger Finanzskandal geführt. Der Verdacht lautet auf Beihilfe zur Untreue. Laut dem Sprecher der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) in Wien, Erich Mayer, wird im Zuge des Swap-Deals zwischen Stadt und Land Salzburg aus dem Jahr 2007 derzeit gegen insgesamt sechs Personen ermittelt.

Wer die zwei übrigen Verdächtigen neben den bisher bekannten Beschuldigten sind, wollte die Staatsanwaltschaft nicht kommentieren. Bislang wurde neben Bürgermeister Schaden gegen die ehemaligen Referatsleiterin in der Finanzabteilung, Monika Rathgeber, ihrem damaligen Chef Eduard Paulus und einen Mitarbeiter ermittelt. Der Verdacht der Untreue habe sich erst jüngst bei Ermittlungen erhärtet. Wegen der komplizierten Materie seien die Recherchen über Spekulationsgeschäfte von Stadt und Land Salzburg jedenfalls lange noch nicht zu Ende.

Othmar Raus: "Weiß von nichts"

Unklar ist weiter, ob auch der frühere Landesfinanzreferent und LHstv. Othmar Raus (SPÖ) zum Kreis der Verdächtigen gehört. Raus erklärte am Freitagabend, er wisse nicht, ob auch gegen ihn ermittelt werde. "Mir ist bis zur Stunde nichts bekannt", sagte Raus.

Die FPÖ in der Stadt Salzburg wittert in der Causa indes einen politischen Freundschaftsdienst. Sie forderte am Wochenende die "sofortige Einsetzung eines Untersuchungsausschusses". Man werde in der nächsten Gemeinderats-sitzung am 18. September einen Dringlichkeitsantrag einbringen, erklärte Klubobmann Andreas Schöppl. Nach dem Stadtrecht müsse ein sogenannter "nichtständiger Ausschuss" eingerichtet werden.

Samstag, 14. September 2013

Rot-schwarzer Absturz?

SPÖ und ÖVP schaffen im Umfrage gemeinsam keine 50 %

Die Koalitionsparteien kommen in einer veröffentlichten Spectra-Umfrage gemeinsam nur noch auf 49 Prozent: Die SPÖ hält zurzeit bei 26 (August 2013: 27), die ÖVP bei 23 Prozent (August: 25). In der Kanzlerfrage liegt ebenfalls SPÖ-Chef Werner Faymann mit 28 Prozent vor ÖVP-Obmann Michael Spindelegger mit 21 Prozent. Zulegen konnten die Mitte-rechts-Parteien, die Grünen stagnieren bei 13 Prozent (August: 14).

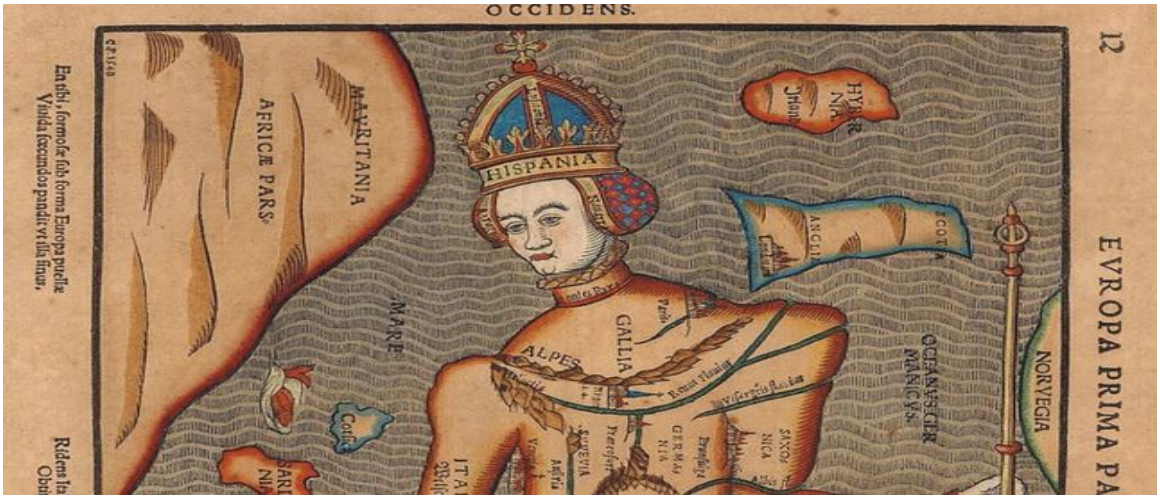
Das Team Stronach liegt in der Spectra-Umfrage mit 9 Prozent um zwei Prozentpunkte besser als noch im August und dies trotz der von Parteigründer Frank Stronach ausgelösten "Todesstrafe für Berufskiller"-Debatte. Die Freiheitlichen konnten von Monat zu Monat zulegen und erreichen nun 20 Prozent. Zehn Prozent würden Parteichef Heinz-Christian Strache zum Bundeskanzler wählen. Das BZÖ profitiert offensichtlich von Parteiobmann Josef Buchers Fernsehauftritten und hat mit vier Prozent eine Chance, im Parlament zu bleiben. Trotz guter Werte für Parteichefin Eva Glawischnig (14 Prozent in der Kanzlerfrage), zeigt der Trend für die Grünen (13 Prozent) im Vergleich zu August (14) nun leicht nach unten.

37 Prozent für Rot-Schwarz-Grün

Die beliebteste Koalitionsvariante ist ÖVP-SPÖ-Grüne, 37 Prozent sprechen sich hierfür aus. Weiterhin eine Große Koalition wollen nur 33 Prozent. 19 Prozent begrüßen die Variante SPÖ-Grüne und nur sieben Prozent ÖVP-Grüne. Schwarz-Blau kommt nur für sechs Prozent infrage, ÖVP-SPÖ-FPÖ für acht Prozent. In der Frage "Von welchem Spitzenkandidaten haben Sie eher keine gute oder eher eine gute Meinung?" schnitt Faymann am besten ab (52 Prozent positiv), Strache am schlechtesten (70 Prozent negativ), gefolgt von Stronach (67 Prozent negativ). Das Meinungsforschungsinstitut Spectra hat in den vergangenen Tagen 700 Wahlberechtigte befragt. Die maximale Schwankungsbreite liegt bei plus/minus 3,8 Prozent.

Ganz ähnliche Werte weisen die Daten der Karmasin Motivforschung für das Nachrichtenmagazin "profil" laut einer Vorabmeldung aus. Auch hier erreicht die SPÖ 28 Prozent, die ÖVP 25 und die FPÖ 20 Prozent. Die Grünen kommen auf 15, das Team Stronach auf sechs Prozent. Das BZÖ liegt bei zwei und die NEOS bei drei Prozent. In der Kanzlerfrage liegt Faymann bei 21 Prozent und Spindelegger bei 16 Prozent. Im Vergleich zur Vorwoche verlieren die beiden Spitzenkandidaten damit, Faymann einen Prozentpunkt, Spindelegger zwei. Glawischnig legte um sechs Prozentpunkte zu auf 15 Prozent, ebenso kommt Strache auf 15 Prozent (plus 1). Stronach erreicht sechs Prozent (plus 2) und Bucher zwei Prozent (minus 1).

16. 09. 2013 Eine Tragödie von Aufstieg und Untergang Die EU und «Kakanien»



Als Europa noch eine Jungfrau war – Zeichnung von Heinrich Bünting, 1581/1582.

Die Habsburgermonarchie überdauerte fünf Jahrhunderte. Sie war stabil und anpassungsfähig, und sie genoss echte Zuneigung bei ihren Bürgern, doch sie verschwand in einer Rauchwolke. Könnte der Europäischen Union – historisch jung und wenig beliebt bei vielen, für die sie da ist – Ähnliches drohen?

Natürlich war da mehr als eine Rauchwolke. Die Kugeln aus Gavrilo Princips Revolver töteten am 28. Juni 1914 in Sarajevo Erzherzog Franz Ferdinand und dessen Frau Sofia. Was die Habsburgermonarchie auslöschte, waren die darauffolgenden vier Jahre Trommelfeuer. Sie brachten Tod und Vernichtung über das alte Europa; in Russland Revolution und Gewaltherrschaft, in Deutschland den von einer gescheiterten Revolution begleiteten Regimewechsel, danach Inflation und Depression und schliesslich Weltkrieg und Völkermord.

Was stieg aus der Asche? Die Antwort lautet: die Europäische Union und die Nato. Die EU und ihre Ähnlichkeit mit der Habsburgermonarchie sind Thema dieses Essays, doch muss zunächst etwas über die Nato gesagt werden, die der unersetzliche Partner der EU war und ist.

Vorteile für kleine Nationen

Die Nato und die Anwesenheit von amerikanischen Truppen in Europa gaben den europäischen Ländern nach 1945 die Sicherheit, dass die USA sie im Konfliktfall gegen die Sowjetunion verteidigen würden. Fast noch wichtiger ist, dass die Nato die Verteidigung in ein Gemeinschaftsunternehmen verwandelt hat. Sonst hätte jedes einzelne Land seine eigenen Vorkehrungen gegen die sowjetische Bedrohung treffen müssen. Manche hätten sich womöglich genötigt gefühlt, starke Armeen aufzustellen, andere hätten bilaterale Bündnisse gesucht. Man hätte die alten, schiefgegangenen Spiele «Kräftegleichgewicht» und «Rüstungswettlauf» wieder gespielt. Die Nato schuf den Anreiz, als Trittbrettfahrer vom militärischen Potenzial der USA zu profitieren. Das wurde von diesen immer wieder kritisiert. Paradoxerweise ist es aber

auch eine Errungenschaft, dass es sich europäische Länder erlauben konnten, ihre Rüstungsausgaben niedrig zu halten: Es zeigt, dass die Nato ein starkes Gefühl kollektiver Sicherheit erzeugt hat. Sicherheitsfragen, die Europa jahrhundertelang teilten, haben es schliesslich geeint. Und daraus entstand die Europäische Union. Indem sie eine kollektive Identität ausserhalb der Sicherheitspolitik und ohne die USA erschuf, hat die EU zur Langlebigkeit der Nato beigetragen – durch den Beweis, dass die amerikanische Präsenz eher Zusammenarbeit ermöglicht denn als Mittel der Herrschaft dient.

Jedenfalls ist es verblüffend, dass sich Europa oder genauer Westeuropa nach dem fatalen Zwischenspiel der dreissiger Jahre und des Zweiten Weltkriegs in einer Konstellation wiederfand, die in vielerlei Hinsicht der Habsburgermonarchie ähnelt. Wie diese ist die EU kein Nationalstaat, sondern eher eine komplexe Mischung aus Staaten, Nationen, zentralisiertem Beamtenapparat und lokaler Autonomie. Beide Gebilde sind eher durch freiwillige Beitritte gewachsen als durch Eroberungen. Die EU wird, wie zuvor die Habsburgermonarchie, durch transnationale Eliten zusammengehalten: Im Fall der Habsburger waren dies das Offizierskorps und die Beamtenschaft; in der EU sind es gleichermassen nationale wie europäische Wirtschaftseliten und Beamte.

Sowohl die Habsburgermonarchie als auch die EU haben eine Heimat geschaffen für die kleinen Nationen Europas. Für diese wäre es schwierig gewesen, allein zu überleben: Im 19. Jahrhundert war es wichtig für sie, nicht vom deutschen Kaiserreich oder vom russischen Zarenreich, die weniger liberal waren, abhängig zu werden. Im 20. Jahrhundert brachte die Zugehörigkeit zu einem grösseren Gebilde sowohl politische als auch wirtschaftliche Sicherheit. Wäre nicht die Katastrophe des Krieges eingetreten, hätte sich die Habsburgermonarchie wohl auf ihre unsystematische Weise weiterentwickelt, indem sie denjenigen mehr Autonomie zugestanden hätte, die sie einforderten, und gleichzeitig den kleineren Staaten Ressourcen zur Verfügung gestellt hätte, die für diese wichtig waren.

Dazu zählten unter anderem Strassen, Eisenbahnlinien, Gesetze, Polizei, um diese durchzusetzen, Gerichte, Parlamente, Bildung und ein zentraler Beamtenapparat, um das alles zu verwalten. Die Habsburgermonarchie schaffte die Leibeigenschaft etwa zwanzig Jahre vor Russland und den USA ab und führte im frühen 20. Jahrhundert das allgemeine Wahlrecht für Männer ein. All dies war sinnvoll und brachte Modernisierung für weite Teile des Reichs, doch die Völker Mitteleuropas hätten solches eines Tages auch von Deutschland und vielleicht sogar von Russland bekommen. Einzigartig im Herrschaftsbereich der Habsburger war, dass sie kleinen Nationalitäten das Überleben, das Bewahren ihrer Kultur, einen gewissen Grad an Autonomie und sogar das Prosperieren ermöglichten. Die Sicherheit, für die sie

sorgten, war politisch, doch sie war – wir sprechen vom 19. Jahrhundert – militärisch abgestützt.
Eine weitere bemerkenswerte Ähnlichkeit zur EU ist, dass die Monarchie eine Macht ohne Namen war – oder eher eine Macht mit mehreren Namen, von denen keiner wirklich passte: Habsburger Reich? Österreichisch-Ungarisches Reich? Habsburgermonarchie? Keiner davon drückt ihre Natur aus, da sie wie die Europäische Union kompliziert war und in keine der gebräuchlichen Kategorien passte. Für das Europa von heute wiederum sind «Binnenmarkt» und «Europäische Wirtschaftsgemeinschaft» zu wenig; «Europäische Union» ist zu viel: Die EU ist keine Union im Sinn der Vereinigten Staaten oder des Vereinigten Königreichs. Dieser letzte Name steht also für eine Bestrebung – doch was bringt das Streben, wenn niemand weiss, worauf es abzielt?

Zusammenarbeit souveräner Staaten

Allerdings gibt es zwei wichtige Unterschiede. Erstens ist die EU kein Staat, während die Habsburgermonarchie, bei all ihrer Schrulligkeit, einer war. Das bedeutet, sie war souverän und hatte einen Herrscher, dessen Porträt auf Geldscheinen zu sehen war oder auf Drucksachen, die man noch in armseligen Bauernkaten in den hintersten Ecken des Reiches finden konnte. Und sie besass eine Armee. Und als die Krise eintrat, war die Monarchie zuständig. Ein Beleg dafür, dass die EU trotz Flagge und Hymne kein Staat ist, ist die schnelle Rückkehr der Macht zu ihrer nationalen Quelle während der Euro-Krise. Nichts anderes wäre bei einer militärischen Krise der Fall. Da die Monarchie ein Staat war, waren ihre Bestandteile Nationen mit beschränkter Autonomie. Da die EU kein Staat ist, besteht sie aus Staaten: souverän, gleichberechtigt, und letztlich ihre eigenen Herren.
Der zweite wichtige Unterschied ist, dass zwar sowohl die EU als auch die Habsburgermonarchie den Kleinen das Überleben ermöglichen, indem sie ihnen Grössenvorteile verschaffen, dies aber in unterschiedlichen Bereichen. Während der fünf Jahrhunderte des Bestehens der Habsburgermonarchie war deren zentraler Beitrag die Sicherheit, die sie gegen Bedrohungen von aussen bot, beginnend beim Osmanischen Reich und dann übergehend auf Nationalstaaten, gegenüber deren destruktiver Dynamik sie weniger erfolgreich war. Dank der Existenz der Nato und dem Ende des Kalten Krieges ist Sicherheit in Europa kein zentrales Thema mehr.
Der sichtbarste «Grössenvorteil» der EU ist stattdessen der Wohlstand, den sie durch ein Europa ohne Grenzen ermöglicht hat; der unsichtbare – und vielleicht noch wichtigere – Vorteil war und ist die Stabilität guter Beziehungen. Diese entstehen durch die gemeinsame Ausarbeitung der Gesetze, die Europa regieren. Die Zusammenarbeit mag in der Praxis ermüdend und zeitraubend sein, doch sie schafft Beziehungen zu den diversen Nachbarn, wie sie kein einzelnes Land jemals zuvor

hatte. Die EU war bei der Herstellung eines politischen Ambiente, in dem kleine Staaten bequem leben können, so erfolgreich, dass die Versuchung Flanderns, Schottlands, Kataloniens und anderer, in den Luxus eines eigenen Staates zu kommen, in Zukunft Schule machen dürfte.

Solches stellt keine Überraschung dar, denn kleine Staaten schlagen sich in vielen Belangen besser als grosse. Sie sind heimeliger, bindungsstärker und näher an den Bedürfnissen der Bürger. Nur zwei Dinge machen grosse Staaten wünschenswert: Sicherheit durch eine grosse Armee und Wohlstand durch einen grossen Markt. Die Habsburgermonarchie garantierte Sicherheit, während sie verschiedenen Nationalitäten ein Aufblühen erlaubte; die EU schuf Wohlstand und ermöglicht kleinen Staaten Prosperität und Mitsprache bei der Festlegung der gemeinsamen Regeln.

Die Habsburgermonarchie sah sich zuerst durch den Zusammenbruch des Osmanischen Reichs bedroht, der sie räumlich zu nahe an Russland brachte. Mit der Folge, dass sie in eine zu starke politische Abhängigkeit von Deutschland geriet. Lange vor dem Ersten Weltkrieg hatte sie begonnen, ihren multinationalen Charakter zu verlieren (erkennbar an der Festlegung des Deutschen als Amtssprache des Reiches). Dann wurde sie durch den Krieg selbst zerstört sowie durch ihre offensichtliche Unfähigkeit, physischen Schutz für ihre Bevölkerung und politischen Schutz für ihre Nationen zu gewährleisten. Diesen wurde dann von den Siegermächten die Selbstbestimmung zuerkannt. Was sich als vergiftetes Geschenk herausstellte, da die kleinen Länder hilflos gegenüber mächtigen Nachbarn und ohne Schutz vor der eigenen schwach ausgeprägten politischen Kultur zurückgelassen wurden. Dass sie ihre Freiheit 1989 wiedererlangt und die Demokratie im Rahmen der Europäischen Union wiederhergestellt haben, ist ihr Verdienst, auch dasjenige von EU und Nato.

Ein Wimmern und kein Knall

Im Gegensatz zur Zeit nach 1900 ist das geopolitische Umfeld Europas heute harmlos. Der Nahe Osten und der Mittelmeerraum sind Unruheherde, aber nicht schlimmer als gewöhnlich; der Kalte Krieg ist zu Ende und Russland vor allem damit beschäftigt, Geld zu verdienen – eine friedliche Beschäftigung; sogar die Balkanstaaten machen zögerliche Fortschritte. Niemand denkt an Krieg.

Doch könnte die Gefahr, der sich die EU gegenübersieht, auf ihre Weise so tödlich sein wie diejenige, mit der sich die Habsburgermonarchie vor hundert Jahren konfrontiert fand. Wir leben nicht mehr Anfang des 20. Jahrhunderts, als Armeen und Flottillen unkontrolliert anschwollen und nur wenige die Folgen der neuen Militärtechnologie verstanden. Wir leben heute in einer Welt unkontrollierter globaler Finanzmärkte, deren Mechanismen wenige begreifen. Und die Krise betrifft das Herz der EU: Wenn die EU aufhört, Wohlstand zu schaffen und gar zu

Verarmung führt, wird auch sie zusammenbrechen. Da sie im Gegensatz zur Habsburgermonarchie kein Staat, sondern eine Gemeinschaft von Staaten ist, wird ihr Zusammenbruch nicht im Zentrum beginnen, sondern an den Rändern. Wenn sie jemals stirbt, wird sie dies mit einem Wimmern tun, nicht mit einem Knall. Dieser Fisch beginnt am Schwanz zu stinken, nicht am Kopf. Der Zusammenbruch wird nicht in Brüssel beginnen, sondern auf den Strassen von Athen, Rom oder Madrid. Vielleicht sehen wir gerade die ersten Anzeichen. Und wenn der Zusammenbruch kommt, wird er auch die offenen Grenzen mit sich reissen, den Binnenmarkt, das partnerschaftliche Verhalten, die Zusammenarbeit in vielen Bereichen und in seinem Zentrum die guten politischen Beziehungen, die fünfundfünfzig Jahre lang für Frieden und Gemeinschaftssinn gesorgt haben.
Am Anfang seines Buches «The Struggle for the Mastery of Europe» aus dem Jahr 1954, das das Versagen der Diplomatie beschreibt, das zum Ersten Weltkrieg führte, schrieb A. J. P. Taylor: «Im Naturzustand, den Hobbes sich vorstellte, war Gewalt das einzige Gesetz, und das Leben war ‹ekelhaft tierisch und kurz›. Obwohl einzelne Menschen niemals in diesem Naturzustand lebten, taten es die Grossmächte Europas seit jeher.» Seltsamerweise hat Taylor Hobbes' zwei erste Adjektive weggelassen. Im Original heisst es «und das menschliche Leben ist einsam, armselig, ekelhaft, tierisch und kurz». Hobbes schreibt über menschliches Leben ausserhalb der Gesellschaft. Doch Taylors Analogie zu Staaten wird sogar noch wirkungsvoller, wenn wir die beiden Adjektive einschliessen: Es ist die einzelgängerische Natur von Staaten, die sie arm und gefährlich gemacht hat. Staaten leben wie Menschen besser in Gemeinschaften. Unsere grösste Errungenschaft ist, dass die Europäischen Grossmächte nicht länger nach den Hobbesschen Regeln leben. Wenn Europa diese Errungenschaft verliert, wird es von neuem alles verlieren, das mit der Habsburgermonarchie verloren ging.

Die Einsätze im Euro-Spiel sind hoch: Die Währungsunion war dazu gedacht, Wohlstand zu schaffen (und gleichzeitig Deutschland enger einzubinden!). Wenn das Ergebnis wirtschaftliche Not und politische Instabilität ist, dann wird die EU das Schicksal der Habsburgermonarchie teilen. Unvermeidlich ist das nicht. Im Krieg gibt es Sieger, aber es gewinnt keiner, wenn die Finanzmärkte kollabieren (nein, nicht einmal George Soros). Wenn wir scheitern, dann wird dies durch Dysfunktionen unserer Volkswirtschaften geschehen, durch Fehlurteile unserer Politik oder durch kollektive Dummheit. Es braucht kein Wunder, die Sache hinzukriegen. Es erfordert nur offene Debatten, offene Geister und die Bereitschaft, zuzuhören und zu lernen. Intellektuelle Redlichkeit und Einvernehmen sind alles, was wir brauchen, und ausserdem ein gewisses Verständnis von den Dingen, von denen die Gefahr besteht, dass wir sie verlieren.

Montag, 16.09.2013

Eine griechische Tragödie

Yacht-Partys und Drogen-Fund: Das wilde Leben des korrupten Inselkönigs von Ithaka

Mehrere Luxus-Yachten liegen in einem griechischen Hafen vor Anker

Wer wissen will, was in Griechenland schiefläuft, muss nach Ithaka schauen. Dort regierte der Inselbürgermeister jahrelang wie ein antiker Herrscher: mit Korruption, Orgien und Vetternwirtschaft – bis ihn jemand zu Fall brachte.

Was in der Antike die Lokalfürsten waren, sind in der heutigen Demokratie die gewählten Volksvertreter. Insofern könnte man Joannis Kassianos, den Ex-Bürger-meister der Insel Ithaka, als Nachfolger des legendären Odysseus bezeichnen. Kassianos sieht das offenbar genauso – und ehrte sein Vorbild mit einem Denkmal.

Odysseus, der antike König von Ithaka, wird in Homers Sagenwelt als strahlender Held gefeiert – und gilt bis heute als solcher. Ganz anders werden die Aktivitäten des Inselbürgermeisters Kassianos bewertet. Der absolutistisch auftretende 76-Jährige hatte am 30. März während einer Stadtratssitzung den Oppositionsführer Alexandros Taflaba mehrfach geohrfeigt. Weitere Gewalttaten des jähzornigen obersten Inselbürgers konnten nur durch beherztes Eingreifen der anderen Stadtverordneten verhindert werden.

Zweierlei Maß

Odysseus wären wohl auch solche Fehltritte verziehen worden. Nicht so Kassianos. Der griechische Innenminister rügte, dass Kassia-nos als eine Art Teilzeit-Bürgermeister agiere. Der Bauun-ernehmer hielt sich in seiner Amtszeit nachgewiesenermaßen monatelang in Bukarest auf, wo

er seine Firma betreibt. Die Amts-geschäfte versuchte er derweil über das Internet zu führen.

Schließlich gab es vor Ort genügend Personen seines Vertrauens. So engagierte Kassianos seine Schwester Niki Kassianou-Panagiotopoulou als offizielle Beraterin. Dabei störte er sich nicht an deren Vorstrafenregister, in dem auch eine Verurteilung wegen „Unterschlagung von Sozialversicherungsgeldern“ auftaucht. Über Bedenken des Stadtrats setzte er sich einfach weg.

Seinen Wählern hatte Kassianos bereits im Vorfeld eine „unbürokratische Amtsführung“ versprochen. Mitten im Wahlkampf, im September 2010, schwadronierte er über hochtrabende Pläne zum wirtschaftlichen Aufbau der Insel Ithaka. Einwände, dass dies mitten in der Finanzkrise nicht möglich sei, ließ er nicht gelten. Sein Argument: „Ich werde eine Ausschreibung machen. Meine Firma wird als günstigste daraus hervorgehen. Wer soll denn nein sagen? Der Bürgermeister? Aber der Bürgermeister bin ja ich selbst!“ So erklärte es Kassianos einem verdutzten Reporter.

...und dann krachte es

Im Frühjahr 2011 ging der Ärger um den neuen Stadtfürsten erst richtig los. In den Kaffeehäusern der Insel kursierte Kassianos Strafregisterauszug, der eine Verwicklung in einen Fall von Kokainhandel im Jahr 1995 offenbarte. Damals war Kassianos´ hübsche Begleiterin, eine Südamerikanerin, als Drogenhändlerin aufgeflogen. Die junge Brasilianerin, auf die Kassianos in einem Hotel wartete, wurde am Athener Flughafen mit am Körper versteckten Drogenkapseln erwischt. Kassianos verbrachte danach einige Zeit in Haft. Die Opposition versuchte, dies für ein Amtsenthebungsverfahren zu verwenden, scheiterte jedoch an formaljuristischen Feinheiten.

Ebenso prallte ein weiterer Skandal an Kassianos ab. Der Wirt Achilleas Kampanas hatte unter Unregelmäßigkeiten bei der Lizenzvergabe und Übervorteilung von Konkurrenten zu leiden. Er schickte seine Anwältin los. Doch statt ihr Gehör zu schenken, drohte der Bürgermeister, sie aus dem Fenster zu werfen. Die Anwältin beschwerte sich bei der Regionalverwaltung, weil sie feststellte, dass Kassianos sich systematisch über die Entscheidungen der kommunalen Behörden hinwegsetzte.

Finanzen: Ex-SPÖ-Landesrat unter den Beschuldigten

18.09.2013 Im Salzburger Finanzskandal wird nun gegen Othmar Raus ermittelt. Geprüft wird, ob der damalige Finanzreferent (SPÖ) in die Übernahme eines Derivat-Portfolios der Stadt durch das Land Salzburg involviert war.

Der ehemalige Finanzreferent Othmar Kraus.

Das erklärte der Sprecher der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA), Thomas Haslwanter. Die riskanten Finanzgeschäfte waren laut WKStA zum Zeitpunkt der Übernahme mit mehreren Millionen Euro negativ bewertet. Die Ermittler gehen vorerst von einem Schaden von mehreren Hundert-tausend Euro aus.

Swap-Deal: Sechs Beschuldigte

In der Vorwoche wurde bekannt, dass bezüglich des Swap-Deals auch gegen Salzburgs Bürgermeister Heinz Schaden (SPÖ) ermittelt wird. Insgesamt werden in der Causa sechs Personen bei der WKStA als Beschuldigte geführt: Neben Raus und Schaden sind das noch die ehemalige Referatsleiterin in der Finanzabteilung Monika Rathgeber, der mittlerweile pensionierte Finanzabteilungsleiter Hofrat Eduard Paulus, ein Mitarbeiter der Finanzabteilung und ein Mitarbeiter der Stadt Salzburg.
Gegenstand der Erhebungen ist die Übernahme von sechs negativ bewerteten Zinstauschgeschäften im September 2007. Eine Gegenleistung gab es für die

Geschäfte nicht, bei der Auflösung der Swaps ist dem Land ein Schaden entstanden, über die Höhe herrschte zuletzt Unklarheit: Laut einem Bericht des städtischen Kontrollamts von 2013 betrugen die Verluste zum Übergabezeitpunkt 141.000 Euro, später war von 310.000 Euro die Rede. Allerdings dürfte alleine die Auflösung von zwei der sechs Geschäfte das Land 690.000 Euro Gebühren gekostet haben, bei weiteren Geschäften könnte dieser Betrag noch höher liegen.

Schaden hat den Deal unterschrieben

Den Deal hat für die Stadt Bürgermeister Schaden unterzeichnet. Die ehemalige Referatsleiterin in der Landes-Finanzabteilung bestritt, den Deal für das Land eingefädelt zu haben. Im Untersuchungsausschuss zum Finanzskandal hatten Rathgeber und Paulus von einer politischen Absprache zwischen dem damaligen Finanzreferenten Raus und Bürgermeister Schaden gesprochen. Die Stadt habe die Geschäfte unbedingt los werden wollen, hieß es.
Die beiden Politiker sind im U-Ausschuss zu dem Swap-Deal befragt worden. Raus sagte, die Gespräche seien auf Beamtenebene gelaufen, er habe später gehört, die Geschäfte seien gut gelaufen und man sei sich mit der Stadt einig geworden. Und Schaden meinte, die Finanzabteilung hätte damals Interesse an den Geschäften - von denen man sich ohnehin trennen wollte - gezeigt. Die Übernahme sei auf jeden Fall nicht auf politischen Wunsch oder Weisung erfolgt.
Der Rechtsanwalt des Bürgermeisters, Franz Hitzenbichler, hatte die Vorwürfe gegen Heinz Schaden nach einer Hausdurchsuchung im Schloss Mirabell (Sitz der Stadtregierung) in der Vorwoche vehement zurückgewiesen. Die Finanzabteilung des Landes habe damals Interesse an den Derivatgeschäften gezeigt und bekundet, diese würden gut in ihr Portfolio passen, sagte Hitzenbichler. Die Papiere hätten in den Jahren zuvor Gewinne abgeworfen, man habe sich aber wegen der hohen Risiken von den Swaps trennen wollen. "Die Finanzexperten der Stadt haben einer Übertragung an das Land zugestimmt. Bürgermeister Schaden hat das Dokument damals unterschrieben, warum hätte er das nicht tun sollen." Im September 2007 sei noch nicht absehbar gewesen, dass sie durch die Wirtschaftskrise ins Negative rücken.

Raus per Post informiert?

Raus erklärte, dass er heute am Vormittag per Post von der WKStA über die Ermittlungen gegen ihn informiert worden sei. Einen inhaltlichen Kommentar zu den Vorwürfen wollte er nicht abgeben. Nur so viel: Er bleibe bei seiner Aussage im U-Ausschuss. Nun müsse er sich noch mit seinem Rechtsanwalt bezüglich der Erhebungen gegen ihn besprechen. Der Anwalt werde sich noch ein Bild über die Causa machen. Eine Stellungnahme könne dann sein Anwalt abgeben, sagte Raus.

18.09.2013, **Salzburger Budget- Loch viel größer als erwartet** :

Heuer 370 Millionen

Dem Land Salzburg droht für das Jahr 2013 eine Neuver-schuldung von 370 Millionen Euro. Die Summe setzt sich hauptsächlich aus ungeplanten Mehrausgaben von bis zu 351 Millionen zusammen, etwa 19 Millionen entfallen auf Mindereinnahmen, erklärte Finanzlandesrat Christian Stöckl (rechts im Bild mit Landeshauptmann Wilfried Haslauer) am Mittwoch. "Wenn wir diese Summen alle im Rechnungsabschluss darstel-len, werden wir wohl riesige Probleme mit dem Stabilitätspakt bekommen", sagte der **ÖVP-** Politiker. Bisher war man für das laufende Jahr von zusätzlichen Kosten von "nur" 98 Millionen ausgegangen.

Die Mehrausgaben sind im Zuge der Aufarbeitung des Finanzskandals aufgetaucht. Der größte Brocken für das Budget 2013 sind Forderungen des Landeswohnbaufonds in der Höhe von 170 bis 200 Millionen. Dazu kommen drohende Steuernachzahlungen von bis zu 120 Millionen Euro. Die Rückzahlungen der über Jahre hinweg falsch abgerechneten Mittel mit dem Bundeskatastrophenfonds dürften das Land mit weiteren zehn Millionen belasten, die gleiche Summe kostet die Beseitigung der Schäden nach dem Juni- Hochwasser. Für unerwartete Mehrausgeben in der Höhe von 8,4 Millionen sorgen auch Betriebsabgänge an mehreren Spitälern.

Weniger Einnahmen durch schwache Konjunktur

Die schwächelnde Konjunktur führt wiederum zu sinkenden Einnahmen. So fließen rund zehn Millionen Euro weniger Steuereinnahmen als erwartet ins Land. Dazu wurde mit deutlich höheren Dividenden von Salzburg AG und Flughafen kalkuliert: Statt knapp zwölf schütten die beiden Gesell-schaften nun nur 7,2 Millionen an das Land aus. Vom Bund gibt es zudem weniger Geld bei der Refundierung des Personalaufwands für Landes-lehrer. "Es ist ein unrühmliches Jahr, was die Finanzen angeht", bilanzierte Stöckl.

Eine Verschnaufpause kann sich das Land nicht gönnen: Die neue Landesregierung hat sich in ihrem Arbeitsprogramm das Ziel gesetzt, die Neuverschuldung bis Ende 2016 schrittweise abzubauen und 2017 mit der Tilgung der Schulden zu beginnen. Im kommenden Jahr soll dazu die derzeit im Budget 2014 absehbare Netto- Neuverschuldung in der Höhe von 110 Millionen Euro um rund 45 Millionen Euro gesenkt werden.

Alle müssen sparen - am meisten das Finanzressort

"Egal ob Sport, Kultur, Straßenbau, Krankenhauspersonal: Alle Ressorts müssen entsprechen-de Konsolidierungsbeiträge einbringen", so Stöckl im Finanzausschuss des Landtags. Dabei soll nicht jedes Ressort mit dem gleichen Einsparungssatz belastet werden, sondern Rücksicht auf die jeweiligen Ermessensspielräume genommen werden. Den größten Teil der Summe muss Stöckl als Finanz- und Gesundheitslandesrat in seinen eigenen Ressorts stemmen.

500.000-Euro-Spende an ÖVP

Schotter-Tycoon Hans Asamer bestätigt. Zusage wurde bei Michael Fischer gefunden.

Das Nachrichtenmagazin NEWS berichtet in seiner am Donnerstag erscheinenden Ausgabe, dass bei der Durchsuchung des Büros des beurlaubten Telekom-Managers und früheren ÖVP-Direktors Michael Fischer (im Bild) eine "Sponsorzusage" des oberösterreichischen Schotter- und Beton-Industriellen Hans Asamer für die ÖVP "im Original" sichergestellt wurde.

Gegenüber NEWS ließ Asamer bestätigen, dass er 500.000 Euro an die ÖVP gezahlt habe, "beginnend ab Oktober 2006 in fünf vierteljährlichen Tranchen". "Gegenleistung" habe es keine gegeben, "da es sich ganz klar um eine Parteispende handelte."

In den Rechenschaftsberichten der ÖVP für die Jahre 2006 und 2007 lässt sich die Zahlung so nicht nachvollziehen. Sollte Asamer als Privatperson gespendet haben, gilt die Zahlung als "Ziffer-1-Spende" nach § 4 Absatz 7 Parteiengesetz. Da gab es im Jahr 2006 einen Eingang über 100.000 Euro (was passen würde), 2007 gab die ÖVP jedoch an, keine Spenden nach Ziffer 1 bekommen zu haben. Hat Asamer die Spende über sein Unternehmen getätigt, gilt das als "Ziffer-2-Spende". Da veröffentlichte die ÖVP im Jahr 2006 einen Eingang von 660.000 Euro, im Jahr 2007 will man aber nur 250.000 Euro erhalten haben.

Fischer beschuldigt ÖVP-Spitze

Außerdem veröffentlich NEWS in seiner am Donnerstag erscheinenden Ausgabe Auszüge aus den Beschuldigtenvernehmungen von Michael Fischer, einst ÖVP-Direktor, später beurlaubter Telekom-Manager und "nicht operativer Geschäftsführer" der Firma Mediaselect.

In seiner Vernehmung am 12. April 2013 nagelten die Ermittler des Bundesamtes für Korruptionsprävention und Korruptionsbekämpfung (BAK) Fischer mit der Frage fest, wer in der Partei für Zahlungsvereinbarungen der Telekom an die ÖVP über zwischengeschaltete Firmen entscheiden konnte. Fischer verwies in seiner Antwort auf eine Vernehmung vom 19. Juni 2012, "worin ich dafür den Generalsekretär, den Bundesfinanzreferenten oder aber auch den Bundesparteiobmann anführte."

In der Vernehmung vom 19. Juni 2012 erklärte Fischer wiederum, warum derartige Rechnungen beim Generalsekretär der Partei landen müssten und setze den Satz dazu: "Solche Zusagen gingen grundsätzlich an mich, den Generalsekretär, den Bundesfinanzreferenten oder aber auch an den Bundesparteiobmann."

19. 09. 2013 340 Frauen und ein Frank. Stronach lud zu einem Frauenabend. **Tochter Belinda war Überraschungsgast.**

Frank Stronach umgeben von den wichtigsten Frauen in seinem Leben: Kronprinzessin Kathrin Nachbaur (li.) und seine Tochter Belinda.

Das Motto des Abends erinnerte an einen Hollywood-Blockbuster: „340 Frauen und ein Mann“ – und das war, wie könnte es auch anders sein, Frank Stronach. Der Milliardär hatte zu einem Frauenabend in die Orangerie beim Wiener Schloss Schönbrunn geladen. 340 Frauen folgten seiner Einladung. Als Willkommens-Präsent gab es seine Autobiografie „Der Magna Mann“; und die Frauen standen Schlange, um eine persönliche Widmung zu ergattern. Zwischendurch posierte Stronach, wie schon obligat bei seinen Wahlkampfauftritten, geduldig für ein Erinnerungsfoto mit seinen Fans.

Als Überraschungsgast des Abends ließ Stronach seine Tochter Belinda (47) aus Kanada einfliegen. „Sie ist mein Zwilling“, erzählt Stronach stolz über seine Tochter, die Ende 2003 selbst versucht hatte, in Kanada in die Politik einzusteigen. Sie galt als das „pretty face“ der kanadischen Politik. Zuerst saß sie für die Konservativen auf der Oppositionsbank, wechselte aber 2005 die Seite und trat direkt in das Kabinett des liberalen Premiers Paul Martin ein. Zwei Jahre später kehrte Belinda in Papas Unternehmen Magna zurück. „Es war eine verrückte Karriere“, so Belinda Stronachs persönliches Polit-Fazit.

Stolz auf den Vater

Mit einigen wenigen deutschen Worten („Ich kann ein bisschen steirisch sprechen, aber ich muss üben“) begrüßte Belinda Stronach die weiblichen Gäste. Und legte dann in einer Brandrede los, warum ihr Vater der Richtige für Österreich sei. „Ich bin sehr stolz auf meinen Vater. Er möchte seinem Land etwas zurückgeben. Er müsste sich nicht in den Wahlkampf schmeißen, er könnte auch Tennis spielen und sein Leben genießen“, sagte Stronach. Und weiter: „Es gehören mehr Frauen in das österreichische Parlament, denn Frauenthemen sind auch Gesellschaftsthemen.“

Die Fotos vom nackten Oberkörper ihres Vaters kommentierte Belinda mit Humor: „Zuerst war ich überrascht. Aber meine Freunde meinten, er hat einen tollen Körper für sein Alter. Aber zum Glück hat er seine Hosen angelassen.“ Und sie schloss mit den Show-gerechten Worten: „I love you very much, Daddy.“

19. 09. 2013 **Alkoholgesetz** Extrawurst für einheimische Schnapsbrenner

Bern Die Debatte hatte im Nationalrat etwas Anachronistisches. Eigentlich diskutier-te der Rat über das Alkoholgesetz, aber zumindest die ersten zwei Stunden drehte sich alles um Obstbauern und Schnaps-brennereien. Doch der Reihe nach: Im Rahmen der Gesetzesrevision will der Bundesrat nicht nur die Prävention verstärken, sondern auch die Besteuerung von Alkohol vereinfachen. Die Steuern sollen neu direkt bei den Importeuren und Herstellern von Spirituosen erhoben werden. Damit wird die Zahl der steuerpflichtigen Unternehmen von rund 48 000 auf 3000 reduziert.

Doch der Ständerat hat eine gewichtige Änderung eingebracht: Inländische Schnapsbrennereien sollen steuerlich bevorzugt werden. Das Konzept dazu heisst «Ausbeutebesteuerung». Dabei wird der zu versteuernde Alkohol nicht nach der Produktion gemessen, sondern im Voraus mittels amtlicher «Ausbeutesätze» geschätzt. Diese sogenannte «Grundausbeute» wird zu einem vergünstigten Satz von 70 Prozent versteuert, **alles, was darüber hinaus erzielt wird, bleibt steuerfrei – bis zu einer «Überausbeute» von 30 Prozent.**

Das Konzept ist ein Relikt aus der Zeit, als der Alkoholgehalt noch nicht genau gemessen werden konnte. Entsprechend gross war das Unver-ständnis bei Finanzministerin Eveline-Widmer Schlumpf. «Das ist eine sachlich unbegründete Ungleichbehandlung verschiedener Produzenten und nebenbei ein Verstoss gegen das Freihandelsabkommen», sagte Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf und stützte sich dabei auf ein Rechtsgutachten des Zürcher Rechtsprofessors René Matteotti. Durch den teilweise degressiven Steuertarif widerspreche das Konzept auch der Bundesverfassung.

Beat Jans (sp., Basel-Stadt) bezeichnete das Modell als «willkürlich, verfassungswid-rig, WTO-widrig – eine gesetzgeberische Panne, die in ein Satiremagazin passt, aber nicht in ein Bundesgesetz». Und Thomas Maier (glp., Zürich) sprach vom «Absurdes-ten» was er in 20 Jahren Politik gesehen haben.

Diese Argumentation stiess bei einer bürgerlichen Mehrheit allerdings nicht auf Gehör. Bauernverbandspräsident Markus Ritter (cvp., St.

Gallen) beklagte einen massiven Rückgang von inländischen Spirituosen auf dem Schweizer Markt, obwohl genügend inländische Früchte und Know-how vorhanden seien. Auch Caspar Baader (svp., Baselland) betonte, es gehe darum, «die Verwertung der inländischen Produktion, vor allem von Obst und Beeren, zu fördern». Ganz konsistent argumentierte Baader allerdings nicht, denn er setzte sich gleichzeitig vehement dafür ein, dass die Ausnahme auch für Schnaps aus importierten Früchten gelten solle.

Auch die FDP setzte sich mit grosser Mehrheit für die einheimischen Schnapsbrenner ein. Dies war auch dem Zuger Nationalrat Bruno Pezzatti zu verdanken, der als ehemaliger Präsident des Schweizer Obstverbandes hinter den Kulissen kräftig weibelte. Wie stark die inländischen Obstproduzenten überhaupt profitieren würden, war umstritten, denn ausländische Früchte ermöglichen dank höherem Zuckergehalt oft mehr Ausbeute. Der Grüne Louis Schelbert (Luzern) kam denn auch mit einem Einzelantrag durch, die Ausbeutebesteuerung auf Produkte aus einheimischem Obst zu beschränken.

Mit 108 zu 77 Stimmen setzten sich die Befürworter des Sonderregimes schliesslich durch. Die Nein-Stimmen kamen vor allem von SP, Grünliberalen und BDP. Um die damit verbundenen Steuerausfälle von 15 bis 22 Millionen Franken zu kompensieren, soll der reguläre Steuersatz neu 32 statt 29 Franken pro Liter reinen Alkohols betragen. Über weitere umstrittene Punkte der Vorlage wie ein Nachtverkaufsverbot oder Mindestpreise für Alkohol debattiert der Nationalrat heute Donnerstag.

19. 09. 2013 **Brüsseler Gesetzgebungsvorschlag EU will Manipulation von Benchmarks unterbinden**

Michel Barnier möchte ein funktionierendes Thermometer.

Benchmarks wie der Libor sollen in der EU laut einem Vorschlag der EU-Kommission gesetzlich reguliert werden. Dies soll ihre Manipulation erschweren und das durch Skandale erschütterte Vertrauen zurückbringen.

Das Erstellen von Benchmarks wie Libor und Euribor soll in der EU zu einer regulierten Tätigkeit werden, ihre Anbieter sollen überwacht werden, und eine Missachtung der neuen Vorschriften soll gebüsst werden: Dies sind einige Kernelemente eines Gesetzgebungsvorschlags , den die EU-Kommission am Mittwoch vorgelegt hat. Sie reagiert damit auf die Skandale um die Manipulation der erwähnten Referenzzinsen sowie auf mögliche ähnliche Machenschaften bei Rohwaren-Benchmarks. Der Vorschlag muss nun vom EU-Parlament und von den Mitgliedstaaten verabschiedet werden. Ob der Gesetzgebungsprozess, wie von der Kommission erhofft, noch vor den im Mai 2014 anstehenden Parlamentswahlen abgeschlossen werden kann, bleibt abzuwarten.

Ende der Selbstregulierung

Von Benchmarks wie Libor und Euribor hängen die Preise unzähliger Finanzinstrumente und -kontrakte ab (vgl. Zusatztext). Werden sie manipuliert, kann dies erhebliche finanzielle Auswirkungen haben – bis auf den Hypothekarzins des kleinen Mannes. Zudem wird das Vertrauen im Markt untergraben. Risiken entstehen aus der Kombination zweier Effekte: Zum einen gibt es Interessenkonflikte, weil zum Beispiel Banken Daten zur Erstellung des Euribor liefern und zugleich selbst von diesem abhängen. Zum andern ist die Erstellung mancher Benchmarks bis jetzt von viel Ermessensspielraum und wenig Transparenz geprägt.

Vor diesem Hintergrund will die Kommission der bisher vorherrschenden Selbstregulierung eine Ende bereiten. Man wolle nicht das Thermometer zerstören, um das Fieber zu verheimlichen, aber sicherstellen, dass das Thermometer richtig funktioniere, sagte der zuständige EU-Kommissar Michel Barnier vor den Medien. Die vorgeschlagene Verordnung berücksichtige die von der internationalen Vereinigung der Wertpapierbehörden (IOSCO) erarbeiteten Prinzipien, fügte er an.

Wer künftig in der EU Benchmarks erstellt (der «Administrator»), soll bei der zuständigen Behörde eine Bewilligung beantragen, und er würde im Falle einer Zulassung von dieser überwacht. Zuständig wären zunächst die nationalen Behörden. Geht es allerdings um «kritische» Benchmarks, werden Schlüsselentscheide in einem Kollegium von Aufsehern besprochen. Als «kritisch» gilt ein Benchmark, dessen Basiswerte mehrheitlich von überwachten Firmen (z. B. Banken) stammen und die als Referenz für Finanzinstrumente mit einem Nominalwert von mindestens 500 Mio. € dienen. Das zuständige Kollegium würde vom nationalen Aufseher des

Sitzlandes präsidiert, darin vertreten wären die Aufseher weiterer betroffener EU-Staaten sowie die EU-Wertpapierbehörde Esma. Bei Streit unter den Aufsehern hätte die Esma eine bindende Vermittlungsrolle.

Reizthemen ausgeräumt

Damit lässt der Vorschlag mehr Kompetenzen auf der nationalen Ebene als ein früherer Entwurf . Dieser hatte vorgesehen, die Administratoren von «kritischen» Benchmarks direkt der Esma zu unterstellen. Damit wäre der in London domizilierte Libor unter die Fittiche der Pariser Esma geraten, was in Grossbritannien helle Aufregung provoziert hatte. Nun bliebe primär die britische Aufsicht zuständig. Während Barnier dies mit pragmatischen Überlegungen begründete, kritisierte der finanzpolitische Sprecher der Grünen im EU-Parlament, Sven Giegold, die Kommission kusche vor dem angekündigten Widerstand der Briten. Auch andere strittige Punkte (z. B. Haftpflicht) hat Barnier gestrichen oder abgeschwächt.

Benchmarks aus Drittstaaten sollen künftig von Banken und anderen beaufsichtigten Firmen in der EU nur noch verwendet werden dürfen, wenn die EU-Kommission die Regulierung und Aufsicht im Herkunftsland für gleichwertig mit dem EU-Rahmen erklärt. Der Vorschlag enthält eine Reihe von Vorgaben zur Verbesserung von Governance und Transparenz sowie für den Umgang mit Interessenkonflikten. Der Administrator muss laut den Plänen einen verbindlichen Verhaltenskodex erstellen, der die Aufgaben und Pflichten jener regelt, die ihm Basisdaten liefern. Zur Ermittlung von Benchmarks muss er ausreichende und präzise Daten verwenden; nach Möglichkeit Angaben über tatsächliche Transaktionen.

Ist Letzteres nicht möglich, darf er Schätzungen beiziehen, sofern sie verifizierbar sind. Droht «kritischen» Benchmarks wegen des Rückzugs zu vieler Datenlieferanten eine ungenügende Datenbasis, soll die zuständige Behörde Banken und bestimmte andere Stellen zur Lieferung von Basisdaten verpflichten können. Wegen der verwendeten Definitionen ist laut EU-Experten zu erwarten, dass ein solcher «Liefer-Zwang» vor allem Finanzinstitute, kaum aber «Zuträger» für Rohwaren-Benchmarks treffen könnte.

Die Umsetzung all dieser Vorgaben wird von der zuständigen Aufsichtsbehörde überwacht, die hierzu weitreichende Kompetenzen, darunter das Recht auf Inspektionen vor Ort, erhalten soll. Zuwiderhandlungen sollen mit administrativen Massnahmen und Bussen geahndet werden können.

Was sind Benchmarks?

Benchmarks im Sinne des oben beschriebenen Vorschlags beruhen auf Indizes. Ein Index ist ein statistisches Mass, typischerweise für einen Preis oder eine Menge, das aus einer repräsentativen Zahl an Basis-werten errechnet wird. Wird nun ein solcher Index als Referenzpreis für ein Finanzinstrument oder einen Finanzkontrakt verwendet, wird er zu einem Benchmark. Von der geplanten Regulierung erfasst werden nur Indizes bzw. Benchmarks, die publiziert werden oder öffentlich zugänglich sind.

Die bekanntesten Beispiele für solche Benchmarks sind der in London ermittelte Libor (London Interbank Offered Rate) und der in Brüssel erstellte Euribor (Euro Interbank Offered Rate). Sie werden aus täglichen Meldungen von Banken über die Zinssätze errechnet, zu denen sie sich Kredite von anderen Banken beschaffen können oder könnten.

Libor und Euribor dienen als Referenzgrössen für andere Zinssätze. So kann zum Beispiel bei Hypothekar- oder Konsumkrediten mit variablem Zins der jeweils geltende Zinssatz aus dem Euribor zuzüglich eines zuvor vereinbarten Aufschlags bestimmt werden.

Andere Beispiele für Benchmarks sind Aktienindizes und Referenzpreise für Rohwaren von Kakao über Öl bis zu Gold. In den Anwendungsbereich der vorgeschlagenen EU-Regulierung gehören zudem Benchmarks, die die Wertentwicklung von Anlagefonds messen. Nicht darunter fallen würden hingegen die von Zentralbanken publizierten Benchmarks, da diese als bereits ausreichend geregelt gelten.

21.09.2013

Geheimdienstfehde in Wien

Die Kasachstan-Affäre um Ex-Botschafter Rachat Alijew spitzt sich zu. Spin-off der heiklen Causa: Ermittlungen gegen Ex-Kanzler Alfred Gusenbauer und Anwalt Gabriel Lansky.

Es sind zwei durchaus hartnäckige Beamte des Bundesamts für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung, BVT, also quasi des österreichischen Inlandsgeheimdienstes, die derzeit spezielle Ermittlungen in der Kasachstan-Affäre forcieren. Diese spinnt sich eigentlich um den ehemaligen Botschafter Kasachstans in Österreich, Rachat Alijew (er hat mittlerweile den Namen Rachat Shoraz angenommen, wird in den Akten aber noch vielfach als Alijew geführt). Dem derzeit auf Malta im Exil lebenden 51-Jährigen wird erpresserische Entführung und auch die Beteiligung an der Ermordung zweier kasachischer Banker vorgeworfen.

Doch die BVT-Männer konzentrieren sich nicht unbedingt auf Alijew. Sie erledigen im Auftrag des Wiener Staatsanwaltes Hans-Peter Kronawetter eine Art Spin-off, einen Ableger des eigentlichen Verfahrens. Nämlich Erhebungen gegen drei Juristen – und (medial wirksam, wenn auch substanziell untergeordnet) **gegen den früheren SPÖ-Bundeskanzler Alfred Gusenbauer („Die Presse“)**

Der mit Abstand bekannteste des Juristen-Trios ist der Wiener Anwalt Gabriel Lansky, ein Freund Gusenbauers. Das BVT untersucht nun, ob Gusenbauer als Berater des despotischen Präsidenten Kasachstans, Nursultan Nasarbajew, auch den kasachischen Geheimdienst KNB mit Informationen gefüttert haben könnte. Derselbe Vorwurf („Geheimer Nachrichtendienst zum Nachteil Österreichs“) wird gegen Lansky erhoben. Beide bestreiten strikt jegliche Spionagetätigkeit. Lansky vertritt als Opferanwalt die Witwen der ermordeten Bankmanager. Er treibt die Causa Alijew seit Jahren voran. Auch durch Kooperation mit Kasachstan.

Verdacht: Nötigung. Zudem wird gegen einen weiteren Anwalt und eine Juristin wegen schwerer Nötigung ermittelt: Sie sollen mit Lansky den in Österreich lebenden Ex-Chef des kasachischen Geheimdienstes unter Druck gesetzt haben, damit dieser Alijew belaste. Die Betroffenen bestreiten das. Dazu muss man wissen: Besagter Geheimdienstchef M. ist kein unbeschriebenes Blatt. Er zählt (wie Alijew) zum fünfköpfigen Kreis jener Verdächtigen, die in die Bankmanager-Entführung – sie spielte sich 2007 in der kasachischen Metropole Almaty ab, 2011 fand man die Leichen der Banker – involviert gewesen sein sollen.

Somit ergibt sich eine Parallelität: Hier die eigentlichen Alijew-Ermittlungen, geführt von der Wiener Staatsanwältin Bettina Wallner – stellvertretend für die kasachischen Behörden. Zur Erklärung: Österreich verweigert eine Auslieferung der (bis auf Alijew) hier lebenden Verdäch-

tigen nach Kasachstan. Die Rechtsschutzstandards in dem zentralasiatischen Staat seien zu gering, heißt es. Dafür aber ist Österreich verpflichtet, selber zu ermitteln.

Und dort: der Ableger, das Spionageverfahren. Letzteres wurde – als sei die Sache noch nicht international genug – von einem gewissen Lev N., einem in den Vereinigten Arabischen Emiraten lebenden Exilkasachen, befeuert: N. war es nämlich, der Gusenbauer ins Spiel brachte – freilich ohne einen einzigen Beweis vorzulegen. N. behauptete überdies, das BVT sei vom KNB unterwandert.

Exakt dieselbe Behauptung wurde zuletzt (vereinzelt) medial erhoben – sie traf dabei aber nicht das BVT sondern das im eigentlichen Fall Alijew ermittelnde Bundeskriminalamt (BK) in Wien. Sorgt die kasachische Führung (Präsident Nasarbajew ist der Ex-Schwiegervater von Alijew, die beiden führen mittlerweile einen erbitterten Streit) tatsächlich für derart rege Agentenaktivitäten in Österreich?

Oder werden hierzulande (vermeintliche) Informanten (Beispiel Lev N.) in der einen Behörde belächelt, in der anderen aber als gute Quelle eingestuft? Wäre das so (und denkt man sich noch ein bisschen internen Konkurrenzkampf dazu), so wäre es auch denkbar, dass die jeweiligen Standpunkte durch gezielte Indiskretionen immer wieder an die (mediale) Öffentlichkeit transportiert werden. Und so der Eindruck eines üppig angereicherten Agentenkomplotts entsteht.

Daten sichergestellt. Fragt man Lansky, so steckt Alijew hinter dem Geheimdiensttrubel: „Staatsanwältin Wallner und das BK führen die Mordermittlungen gegen Alijew und Co. sehr penibel. Es wurden über hundert Zeugen einvernommen, Gutachten eingeholt und Beweismaterialien gesammelt. Die Ermittlungsergebnisse wird Alijew nicht umdrehen können, indem er behauptet, alles sei vom kasachischen Geheimdienst manipuliert. Und er wird auch eine Anklage nicht verhindern können.“

Damit bleibt dem Anwalt aber nicht erspart, um die Freigabe von heiklen Kanzleidaten zu kämpfen, die er auf Servern in Luxemburg gespeichert hat. Daten, die von dem eigens engagierten EDV-Spezialisten Peter C. analysiert werden sollten, um Aufschlüsse zum Fall Alijew zu gewinnen. Daten, die aufgrund eines Wiener Gerichtsbeschlusses (er liegt der „Presse“ vor) an zwei Adressen der Luxemburger Firma „Labgroup“ sicher gestellt wurden. Das BVT will nun die Daten auswerten. Dagegen setzt sich Lansky mittels Beschwerde zur Wehr. Und erhält Rückendeckung. Strafrechtsprofessor Peter Lewisch von der Uni Wien sieht die Anordnung der Staatsanwaltschaft Wien, mit der die Daten sichergestellt wurden, als „grob verfehlt“. Und Österreichs Anwälte-Präsident Rupert Wolff äußert rechtsstaatliche Bedenken an der Datensicherstellung, da man im Vorfeld nicht konkretisiert habe, was man überhaupt suche.

Montag, 23.09.2013,

65 Prozent Zustimmung

Schweizer Kanton stimmt für Burka-Verbot

KEINE BURKA IM TESSIN

Vergrößern

Reuters und Postalio

Als erster Schweizer Kanton führt das Tessin offenbar ein Verhüllungsverbot ein. Nach einer Hochrechnung des Rundfunksenders RSI votierten 65 Prozent der Stimmberechtigten bei einem Referendum am Sonntag für eine entsprechende Initiative.

Diese schlägt vor, die Kantonsverfassung um einen Passus zu erweitern, in dem es heißt: „Niemand darf sein Gesicht auf öffentlichen Straßen und Plätzen verhüllen oder verbergen. Niemand darf eine andere Person aufgrund ihres Geschlechts dazu zwingen, ihr Gesicht zu verhüllen.“

Zwar richtet sich die Initiative nicht direkt gegen Muslime, ihre Verfechter sind jedoch als Islam-Kritiker bekannt – weshalb weithin auch von einer Anti-Burka-Initiative gesprochen wurde. Bei muslimischen Verbänden in der Schweiz sowie bei Amnesty International stieß das Projekt auf scharfe Kritik.

23.09.2013 Keine Einigung beim BAWAG-Prozess in Sicht

Der Prozess um den "Swap 4175", den die Stadt Linz 2007 mit der BAWAG P.S.K. abgeschlossen hat, geht am Montag weiter. Prominentester Zeuge ist der damalige BAWAG-Chef Ewald Nowotny.

Nowotny leitete damals die Geschicke der BAWAG.

BAWAG-Anwalt Gabriel Lansky verwies auf die Vertraulichkeit der Gespräche und wollte den Ausführungen von Rothner nichts hinzufügen. Der Streitwert des umfangreichen Verfahrens dürfte inklusive Zinsen bereits bei über einer halben Milliarde Euro liegen.

Der Zivilprozess wurde am Montag am Handelsgericht Wien fortgesetzt. Als prominentester Zeuge war der damalige BAWAG-Chef und jetzige OeNB-Gouverneur Ewald Nowotny geladen. Als weitere Zeugen sollen die ehemaligen BAWAG-Banker Philip Reading und Alois Steinbichler erscheinen. Der Streitwert des Monsterverfahrens dürfte inklusive Zinsen bereits über einer halben Milliarde Euro liegen.

Die Stadt Linz ist der Meinung, das Geschäft sei nie rechtsgültig zustande gekommen. Die BAWAG fordert hingegen Schadenersatz, weil die Stadt ihre Zahlungen im Oktober 2011 eingestellt hatte und der Bank durch die Absicherung des Swaps weitere Kosten entstanden sind. Sondierungsgespräche für einen außergerichtlichen Vergleich sind bisher erfolglos verlaufen

25. 09. 2013 **Nationalratswahl** "Frank ist unser Visionär" Listen zweite Kathrin Nachbaur über Frank Stronachs Rolle und Glaubwürdigkeit

©

Im Vorfeld der Nationalratswahl hat NEWS.AT die Spitzenkandidaten der Parlamentsparteien zum Gespräch getroffen. Für das Team Stronach stand die Nummer zwei auf der Bundesliste, Kathrin Nachbaur, Rede und Antwort. Die 34-jährige Grazerin ist Vizepräsidentin des Frank Stronach-Instituts für sozialökonomische Gerechtigkeit und gilt als engste Vertraute des Parteigründers. Mit uns sprach sie über ihren politischen Hintergrund, Frank Stronachs Rolle und seine Glaubwürdigkeit.

NEWS.AT : Frau Nachbaur, was macht Sie als Politikerin aus?
Kathrin Nachbaur: Vielleicht macht mich gerade das aus, dass ich keine typische Politikerin bin. Ich habe zwölf Jahre im Ausland in der Privatwirtschaft gearbeitet und daher, glaube ich, einen ganz guten Blick aus der Vogelperspektive über das System in Österreich und wie es hier läuft. Etwas, das mich wirklich bewegt ist etwa, dass man als Frau oft doppelt so gut sein muss, um im Berufsleben an die gleichen Stellen zu kommen wie ein Mann. Ein weiterer großer Unterschied ist, dass mich in Kanada nie jemand nach einem Parteibuch gefragt hat. Meine Freunde in Österreich haben mir das immer mit einer Selbstverständlichkeit erzählt, dass sie da oder dort Mitglied wurden. Und zwar nicht aus innerer Überzeugung, sondern aus Karrieregründen. Ich finde, niemand in Österreich sollte sich zu etwas bekennen müssen, um dazuzugehören. Und deshalb möchte ich mich auch besonders dafür einsetzen, dass diese Freunderlwirtschaft ein Ende findet.
NEWS.AT : Wo liegt denn Ihre politische Heimat?
Nachbaur: Ich komme aus einem liberalen, freiheitsliebenden Haus, in dem am Sonntagstisch immer ausführlich über Innen- und Außenpolitik diskutiert wurde.
NEWS.AT : Eine Frage, die Österreich bewegt: Erfährt Frank Stronach ein Mediencoaching?
Nachbaur: Mediencoaching ist sicher der falsche Begriff. Aber natürlich sprechen wir im Vorfeld einer TV-Diskussion über die wichtigsten Punkte und machen uns Gedanken, was das Gegenüber sagen könnte. Aber ich glaube grundsätzlich hat Frank seine gut vertretbare Meinung zu den Personen und deren Programmen. Und das allerwichtigste, wir haben ein sehr gutes Parteiprogramm und für mich ist besonders wichtig, dass in diesen Konfrontationen auch sachlicher Inhalt rübergebracht wird.

Dennoch wird in solchen Formaten auch die Persönlichkeit transportiert. Denken Sie, dass er mit seinem Auftreten gut ankommt?

Ich glaube, dass es vielen Menschen zusagt, dass er sich nicht an die gängigen Regeln des ORF und dieses Formats hält und wirklich authentisch rüberbringt, was ihm am Herzen liegt. Viele Politiker kommen so geschniegelt rüber und sagen eigentlich immer dasselbe. So ist es sehr erfrischend für viele, wenn einmal einer - so wie ein Mensch halt ist - emotional sagt, wofür er steht und sich nicht von diversen Kommentatoren und Moderatoren in irgendwelche vermeintlichen Schranken weisen lässt.

»Ich mag den charmanten Staatsmann«

NEWS.AT : Sie sind also zufrieden mit seinen Auftritten.

Nachbaur: Ich bin immer zufrieden, wenn die Bevölkerung zufrieden ist und sagt, das hat er gut gemacht. Und das waren viele Leute. Wenngleich ich es lieber mag, wenn er als charmanter Staatsmann auftritt, vielleicht etwas weniger aggressiv.

NEWS.AT : Wie glaubwürdig ist die Person Frank Stronach, die viel von Fairness spricht und einfordert, Steuerschlupflöcher zu schließen, andererseits aber einen Gutteil des Jahres im Ausland verbringen muss, um nicht zur Gänze in Österreich steuerpflichtig zu sein?

Nachbaur: Es ist nicht so, dass er einen Großteil der Zeit im Ausland verbringen muss, um hier nicht Steuern zu zahlen, sondern er musste aus Österreich weggehen, um überhaupt erfolgreich werden zu können. Und die meisten Aktivitäten spielen sich nun einmal in Nordamerika ab und nicht in Österreich. Somit ist es eigentlich ganz logisch, dass er dort lebt. Dort hat er auch seine Familie. Und mit diesem gut versteuerten Geld - er zahlt ja die meisten Steuern in Kanada - kommt er jetzt nach Österreich zurück. Er ist kein Steuerflüchtling, denn das ist jemand, der hier Geld macht und dann verschwindet, damit er der Besteuerung entgeht. Frank musste aber zuerst einmal auswandern, weil er in Österreich vermutlich nicht erfolgreich geworden wäre. Hier gibt es viel zu viel Bürokratie, viel zu viel politische Freunderlwirtschaft und Korruption. Da kommt man zu nichts, wenn man nicht bei der richtigen Partei ist. Er hat einen anderen Weg gewählt und ich finde es ausgesprochen generös, dass er jetzt zurückkommt und sein versteuertes Geld hier einsetzt, um hier eine Verbesserung des Systems zu erwirken, anstatt so wie alle anderen Parteien mit Steuergeld um sich zu werfen.

NEWS.AT : Nun möchte er dem Land als Volksvertreter dienen, verbringt aber den Großteil des Jahres außer Landes. Wie stellt er sich das vor, möchte er Teilzeit-Volksvertreter werden?

Nachbaur: Ich möchte eine Parallele ziehen. In 300 der etwa 400 Magna-Werke war er überhaupt noch nie anwesend. Dennoch sind sie sehr gut geführt, denn es gibt ein System, das über jeder Einzelperson steht. Frank sagt immer, es muss auch für den König Regeln geben. Die Regeln und die Prinzipien, die unser Team und unser Programm zusammenhalten, sind stärker als einzelne Personen. Es ist keine Frage der Anwesenheit, sondern die Frage ist, ob das System funktioniert und die Werte eingehalten werden.

»Das System steht drüber«

NEWS.AT : Als gewählter Volksvertreter ist er aber nicht nur dem Team Stronach gegenüber verantwortlich und der übrige politische Betrieb ist nicht Teil dieses Systems. Also funktioniert dieses Gleichnis nicht.

Nachbaur: Er ist mit dem Team Stronach und dem Parteiprogramm den Wählern verpflichtet. Und ich bin der Ansicht, wenn das System passt, die Charaktere in der Partei passen, wenn die Menschen im Team Stronach gut zusammenarbeiten und die Werte und das Programm, das wir uns für die österreichischen Bürger ausgedacht haben, eingehalten werden, kommt es nicht darauf an, ob Frank bei 50 oder 100 Sitzungen anwesend ist. Das Wesentliche ist, dass wir für unser Programm auch gerade stehen und jeder potenzielle Mandatar hat einen Ehrenkodex unterschrieben. Darin verpflichten wir uns, Gesetzen

zuzustimmen mit denen wir die Verwaltung abbauen, keine weiteren Schulden machen, Österreichs Souveränität erhalten, uns aus einer Haftungsunion in Europa befreien, die Steuergesetze vereinfachen und Schlupflöcher und Privilegien abschaffen. Und jeder, der sich nicht daran hält, wird ausgeschlossen. Ich glaube, damit haben wir ein Mittel in der Hand, dass sich die Mandatare auch tatsächlich daran halten und das hat nicht so sehr mit Franks Anwesenheit zu tun. Denn das System steht drüber.

NEWS.AT : Eine Regel eines anderen Systems besagt, dass man als Nationalrats-Abgeordneter während der Sitzungen anwesend sein muss. Wie will er die - notwendigen - triftigen Gründe für sein Fernbleiben argumentieren?

Nachbaur: Jeder weiß, dass Frank auch Aktivitäten in anderen Ländern hat und ein erfolgreicher internationaler Geschäftsmann ist, also glaube ich nicht, dass das schwer zu argumentieren sein wird. Aber bei den wichtigen Sitzungen wird er bestimmt anwesend sein. Der Punkt ist, dass die parlamentarische Arbeit nicht leiden soll.

NEWS.AT : Wo zahlen Sie denn eigentlich Ihre Steuern?

Nachbaur: Ich war in der Vergangenheit in Kanada beschäftigt und habe auch in Kanada meine Steuern bezahlt. Heuer bin ich mehr in Österreich und werde selbstverständlich hier meine Steuern zahlen.

»Freiheit ist das allerhöchste Gut«

NEWS.AT : Das Parteiprogramm des Team Stronach ist sehr auf das Wohl der Wirtschaft zugeschnitten. Was kaum vorkommt, ist die persönliche Entfaltung des Menschen.

Nachbaur: Das stimmt, wir sollten das Thema Freiheit noch stärker im Parteiprogramm postulieren. Freiheit ist neben der Gesundheit das allerhöchste Gut und sollte breiter dargestellt werden. Freiheit hängt auch immer zusammen mit ökonomischer Freiheit. Frank sagt immer, es ist schade, dass so wenige Menschen ökonomisch frei sind. Schuld daran ist das System, das es den Menschen erschwert, sich zu entfalten. Es gibt Bürokratie, die uns fesselt, und es gibt unvorteilhafte Rahmenbedingungen, die verhindern, dass sich die Menschen wirklich entfalten können und da möchten wir unterstützend eingreifen. Sowohl im Bereich der wirtschaftlichen Freiheit, als auch im Bereich der kultureller und persönlichen, in der Bildung, eigentlich in allen Lebensbereichen.

NEWS.AT : Stichwort Bildung. In Ihrem Parteiprogramm steht, Studiengebühren sollen sich am Bedarf von Industrie, Wirtschaft und Gesellschaft orientieren. Wie soll dieser Bedarf erhoben werden und wie soll dieser Bedarf in Geld umgerechnet werden?

Nachbaur: Das wichtigste in der Gesellschaft sind Arbeitsplätze. Wenn junge Menschen etwas studieren, viel Zeit investieren und am Ende keine Arbeit finden, dann ist das eine traurige Fehlleitung. Ich respektiere jeden Menschen, der fleißig lernt und sich zum Beispiel für Philosophie und Altgriechisch interessiert, aber mir tut die Person dann leid, wenn sie keine Anstellung findet. Das frustriert, ich kenne das aus meinem eigenen Bekanntenkreis. Die schicken tausend Bewerbungen und bekommen meistens nicht einmal eine Antwort. Das ist eine Fehlleitung und da müssen wir gegensteuern. Und deshalb haben wir schon für die unteren Schulklassen den Vorschlag eingebracht, dass man dort Appetit auf technische Studien machen soll. Denn nur in der Realwirtschaft kann man wirklich Wohlstand schaffen. Wir sind zu sehr in eine Finanzwirtschaft abgedriftet und wie Frank sagt, da werden nur Papiere hin- und hergeschoben und Papier kann man nicht essen. Wir müssen wieder mehr Produkte erzeugen, nur so können wir wettbewerbsfähig sein. Die Österreicher haben immer schon erkannt, dass Handwerk einen goldenen Boden hat und dahin möchten wir den Fokus wieder lenken. Auch im Bereich der Umwelttechnologien sind wir führend und ich glaube, das kann man alles noch ausbauen. Aber es ist unverantwortlich, die Leute zu Studienrichtungen zu animieren, bei denen man davon ausgehen kann, dass die Wahrscheinlichkeit, dass sie einen Arbeitsplatz finden, sehr gering ist.

NEWS.AT : Wo wird denn zur Wahl geistes- und sozialwissenschaftlicher Studienrichtungen, auf die Sie wohl anspielen, animiert?

Nachbaur: Das Manko ist, dass nicht dazu animiert wird, sich eine Studienrichtung zu suchen, mit der man danach auch Arbeit findet. Wir möchten niemanden bevormunden, aber ich glaube, dass nichts Falsches daran ist, zuerst ein bisschen zu arbeiten und etwas anzusparen und dann einen Teil der Studiengebühren für Orchideenstudien (Begriff für selten angebotene und wenig nachgefragte Studienrichtungen, Anm.) selbst zu finanzieren.

»Die Leute heißen uns willkommen«

NEWS.AT : Laut aktueller Umfragen liegt das Team Stronach bei sieben bis neun Prozent. Wären Sie mit diesem Ergebnis zufrieden?

Nachbaur: Ich bin natürlich viel ambitionierter. Aber ehrlich gesagt höre ich auch nicht so viel auf diese Umfragen. Ich glaube, dass viele Leute unter Druck kommen, wenn sie angerufen werden und sich auch nicht unbedingt deklarieren wollen. Es sei denn für Rot oder Schwarz, denn da haben sie das Gefühl, es kann nicht viel passieren. Aber ich glaube, dass die Leute viel offener sind und das Team Stronach viel mehr willkommen heißen, als es derzeit in den Meinungsumfragen den Anschein erweckt.

NEWS.AT : Wie betrachten Sie denn die Konkurrenz von NEOS und BZÖ, die zum Teil in einem ähnlichen Wählersegment fischt?

Nachbaur: Ich finde es demokratiepolitisch natürlich sehr begrüßenswert, dass es viele ambitionierte Leute gibt, die diesen rot-schwarzen Sumpf aufbrechen wollen. Andererseits ist es natürlich schade, dass man nicht zusammenarbeitet, sondern die Stimmen aufsplittet. Aber so ist das im Leben und wir sind für Wettbewerb auch auf politischer Ebene. Das Wichtigste ist, dass es unser aller Ziel zu sein scheint, dieses schwarz-rote System endlich zu knacken. Und was uns von den anderen unterscheidet: Wir haben die Wirtschaftskompetenz.

NEWS.AT : Mit wem würden Sie denn zusammenarbeiten wollen?

Nachbaur: Mit jedem, der unsere Grundprinzipien und Werte teilt. Das muss keine parteipo-litisch sture Linie sein, es geht wirklich darum, was macht Sinn für die Bevölkerung. Aber Schuldenberge und Hochsteuer machen keinen Sinn.

NEWS.AT : Gibt es davon abgesehen inhaltliche No-Gos für Sie?

Nachbaur: Nein.

NEWS.AT : Wollen Sie regieren?

Nachbaur: Wenn die Rahmenbedingungen passen, sind wir sicher bereit, Verantwortung zu übernehmen.

»Frank ist das Zugpferd«

NEWS.AT : Welches Amt könnten Sie sich denn persönlich vorstellen?

Nachbaur: Im Gegensatz zu allen anderen Parteien machen wir uns noch keine Gedanken über Postenbesetzungen. Für uns stehen das Programm und Frank als Zugpferd im Vordergrund.

NEWS.AT : Stehen Sie dazu, das Justizministerium parteipolitisch unabhängig beschicken zu wollen, wie es im Parteiprogramm steht?

Nachbaur: Das ist unsere Vision. Denn die Justiz muss unabhängig sein, was sie derzeit nicht ist. Wir fordern auch die Wiedereinführung der unabhängigen Untersuchungsrichter. Da gibt es einfach zu viele Direktiven, wo in einer Weisungskette bis hinauf auf Regierungsebene Ab-hängigkeiten bestehen. Und das widerspricht der Natur der Sache.

NEWS.AT : Und welche Funktion könnte Frank Stronach nach der Wahl ausüben?

Nachbaur: Frank hat immer schon gesagt, er wird kein Amt ausüben, bei dem man 24 Stunden für die Menschen in Österreich da sein muss. Er hat schließlich auch andere Verpflichtungen. Er ist mehr unser Visionär, der das Programm maßgeblich gestaltet und die Werte vorgegeben hat.

24.09.2013, **Agrarreform:** Große Höfe erhalten weniger EU-Gelder. EU-Staaten und Europaparlament haben sich geeinigt: Agrarmilliarden bis zum Jahr 2020 werden neu verteilt.

Unterhändler von Europaparlament und EU-Staaten haben sich in den letzten umstrittenen Punkten der EU-Agrarreform geeinigt. Das teilten die EU-Kommission und der Rat am Dienstagabend in Brüssel mit.
Ausgehandelt ist nun zum Beispiel, dass große Höfe weniger EU-Gelder erhalten sollen. Das Europaparlament und die EU-Staaten müssen das Verhandlungsergebnis noch absegnen.

Worum geht es bei der Reform?

Mit der Reform verteilt die EU ihre Agrarmilliarden bis zum Jahr 2020 neu. So sollen Bauern zum Beispiel mehr für die Umwelt tun. Allein im laufenden Jahr sind knapp 40 Prozent des 130 Milliarden Euro umfassenden EU-Haushalts für die Landwirtschaft vorgesehen.

Großbauern

Landwirtschaftliche Großbetriebe müssen mit Kürzungen von mindestens fünf Prozent bei EU-Direktzahlungen von mehr als 150.000 Euro oder mehr pro Jahr rechnen. Die Direktzahlungen machen den Großteil der EU-Agrargelder aus. Das EU-Parlament hatte eigentlich weitere Kürzungen ab Summen von 300.000 Euro erreichen wollen.

Von der Ägäis bis Guadeloupe

Die EU-Staaten sind den Abgeordneten jedoch an anderer Stelle entgegengekommen: So kann die EU einen höheren Anteil bei der Finanzierung von Projekten für die ländliche Entwicklung in besonders strukturschwachen

Gebieten übernehmen - in der Regel bis zu 85 Prozent. Die EU-Staaten hatten eigentlich 10 Prozent weniger gewähren wollen. Nutznießer sind zum Beispiel kleine Inseln in der Ägäis oder entlegene Gebiete wie die französische Karibikinsel Guadeloupe. Die EU-Landwirtschaftsminister hatten den Kompromiss bei ihrem Treffen am Vortag vorbereitet.

Die weiteren Schritte

Beide Seiten hatten sich zwar bereits im Juni grundsätzlich auf die Reform verständigt, die Entscheidung über offene Details aber noch vertagt. Nächste Woche soll der EU-Agrarausschuss die Einigung absegnen, bevor voraussichtlich im November das Plenum des Parlaments abstimmt.

Der Druck für ein Ja ist aber groß: Denn wenn die Parlamentarier gegen den Kompromiss stimmen, könnte sich die Reform nochmals um Monate verzögern. Auch die EU-Staaten werden wohl im November abstimmen.

27.09.2013 Fekter geht nach der Wahl zum **EU**-Rechnungshof

Eigentlich hätte es erst nach der Wahl bekannt werden sollen, aber es ist jetzt durchgesickert: Finanzministerin Maria Fekter soll ab 2014 Österreichs Vertreterin im Europäischen Rechnungshof in Luxemburg werden.

Dort amtiert derzeit noch der allseits anerkannte Experte Harald Wögerbauer, dessen Vertrag läuft Ende des Jahres aus. Da sich die Finanzministerin stets als "Anwalt der Steuerzahler" verstanden hat, würde diese Position durchaus ihren politischen Zielen entsprechen.

Auf Anfrage hatte Fekter allerdings stets betont, "gerne Finanzministerin zu sein". Also wird wohl auch ein intensiver Wunsch der Parteispitze den Ausschlag für den geplanten Wechsel gegeben haben. Auch beim EuGH agiert mit Maria Berger bereits eine Ex- Ministerin.

Im Finanzministerium und auch von der ÖVP wird Fekters Wechsel nach Luxemburg vorerst noch dementiert.

27. September 2013 Steirische Kürbisbauern

Frank Stronach ruiniert Kernöl-Produktion

Heimische Bauern werfen Stronach Preisdumping bei Kürbiskernöl vor.

Am Ende des Wahlkampfs kommt Frank Stronach noch einmal unerwartet unter Beschuss: Die steirischen Bauern werfen ihm Preisdumping bei Kürbiskernöl vor. Der Magna-Gründer soll mit seiner steirischen Ölmühle in Österreich und Deutschland das "grüne Gold" zu "Dumpingpreisen" anbieten, kritisiert Werner Brugner, Direktor der Landwirtschaftskammer Steiermark, am Freitag in einer Aussendung.

"Franks Naturprodukte GmbH"

Als Stronach im Vorjahr als Mehrheitseigentümer in die Ölmühle "Franks Naturprodukte GmbH" einstieg, habe der Austro-Kanadier angekündigt, steirisches Kürbiskernöl nach Amerika zu exportieren. "Anstatt den nordamerikanischen Markt zu erschließen, will Stronach jetzt mit der Preiskeule den Heimmarkt erobern", empört sich Brugner. Von den "Schleuderpreisen" hätten auch die Konsumenten nichts, sie spürten keinen Preisvorteil.

"Wir verlangen einen sofortigen Schleuderpreis-Stopp, um die heimische Kürbiskernölproduktion nicht zu ruinieren", fordert Brugner.

27. September 2013, **Stronach entlarvt!**

Über Frank wurde in diesen Wochen viel, und nicht immer Vorteilhaftes berichtet. Aber die grausigste Enthüllung lieferte dankenswerterweise das Strache-Blatt "Zur Zeit"

Um in der späten Phase des Wahlkampfes frühe Zweifel an Frank Stronach auszuräumen, konnte die "Kronen Zeitung" neulich verkünden: "Mein Dad ist alt genug und weiß, was er tut!" Um an diese heiße Wahlempfehlung zu kommen, war einiges ins Werk zu setzen, etwa: "Stronach-Tochter jettete als Wahlfee nach Österreich". Ihre Feenbotschaft wurde leider in "Österreich" konterkariert, wo der "Dad" persönlich einräumte, nicht immer gewusst zu haben, was er tut.

"Frank Stronach: 'Ich war kein guter Vater.' Im Interview mit "Österreich" spricht er erstmals darüber, wie "schmerzlich" es für ihn sei, seinen Sohn falsch erzogen zu haben". Schmerz lass nach! "Stronach habe sich seinen Sohn so sehr als Nachfolger in der Firma gewünscht, erzählt er. Doch Andy wurde lieber Bio-Bauer, fährt Traktor und hält Kühe." Das ist die Gnade der falschen Erziehung - so musste *Andy* nicht als "Wahlfee" *nach Österreich* jetten.

Über Frank wurde in diesen Wochen viel, und nicht immer Vorteilhaftes berichtet. Aber die grausigste Enthüllung über seine dunkle Seite lieferte dankenswerterweise das Strache-Blatt "Zur Zeit" gerade noch rechtzeitig vor der Wahl. "Frank Stronach kokettierte ja unlängst nicht nur mit der Todesstrafe für Berufskiller, sondern auch mit einer Zustimmung zu US-Bomben auf Syrien sogar ohne UN-Mandat." Das hätte einen Martin Pfeiffer, nebenbei "Schriftleiter der 'Aula'" weniger gestört als der Verdacht, "vielleicht stecken bei Frank Stronach ja auch andere Loyalitäten dahinter."

Um den Verdacht zu begründen, genügte ihm ein "Blick auf einen Bericht der Israellobbyistenseite im Internet namens "Die Jüdische". Dort steht nämlich mehr über den Besuch des austrokanadischen Milliardärs in der jüdischen Hauptsynagoge in Wien Anfang September, über den zwar auch in der Kronenzeitung in knappen Worten und mit Bild berichtet wurde, wobei jedoch" - und das darf man der "Krone" nicht durchgehen

lassen - "wichtige Passagen unerwähnt blieben. Man kann dort nur lesen, daß Stronach an den Gebeten und einem Teil der Tora-Lesung teilnahm sowie stets als wohltätiger Spender auftrat".

Dieser Versuch einer Zensur durch die "Krone" kam beim "Schriftleiter der 'Aula'" gar nicht gut an. "Tacheles wird hingegen in der Internetausgabe der bereits erwähnten Jüdischen geredet. Dort erfährt man einiges Neues über den reichen Greis", das selbst die "Wahlfee" verschwiegen hat, "zum Beispiel, wem die Loyalität dieses reichen Mannes gilt. Man kann etwa in besagter Jüdischen lesen, daß Stronach Mitglied der jüdischen Loge B'nai B'rith sei und ein Ehrendoktorat in Israel, nämlich das der philosophischen Fakultät von Haifa, erhalten habe". Nur nebenbei sei erwähnt: "Interessanterweise begleitete der österreichischen Honorarkonsul in Toronto den Austrokanadier in den Wiener Stadttempel."

Der Verdacht des "Schriftleiters der 'Aula', die Loyalität dieses reichen Mannes" könnte womöglich unechten Österreichern gehören, wird offenbar genährt von dem Umstand, dass der "reiche Greis das Ehrendoktorat der philosophischen Fakultät von Haifa erhalten habe", wo ihm doch als Einzigem, der von Wirtschaft etwas versteht, bloß das einer wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät zustünde, eventuell noch ein veterinärmedizinisches für den Pferdezüchter.

Wie wenig "das Ehrendoktorat der philosophischen Fakultät von Haifa" nützt, wenn philosophische Geister aufeinanderprallen, ist ebenfalls "Zur Zeit" zu entnehmen, wo es heißt: "Strache als klarer Sieger - Herbe Niederlage für Stronach bei Fernsehduell". Welch ein Triumph über die Ostküste!

Wurde auch Zeit, denn "noch aufschlußreicher ist jedoch, was Frank Stronach außerdem im Gebetstempel so alles verlautbarte, nämlich, daß sein kommunistischer Vater, der ja - so der stolze uneheliche Sohnemann - im Zweiten Weltkrieg zur Wehrmacht eingezogen, dann zum Tode verurteilt worden sei und später habe flüchten können, ein 'bisserl jüdisch' gewesen sei." Damit ist für den "Schriftleiter der 'Aula'" endgültig klar: "Kein Wunder, daß der Milliardär mit besten Beziehungen zur Ostküste im Fernsehduell mit Vizekanzler Michael Spindelegger zur Überraschung vieler Zuseher Bomben auf Syrien unter bestimmten Voraussetzungen durchaus für angebracht hielt."

Wird Strache doch nicht Bundeskanzler, weil ihm Stronach als Weiser von Zion per philosophischem Ehrendoktorat der Uni Haifa Stimmen abnimmt, ist der Grund klar - gegen die jüdische Weltverschwörung ist weder Kraut noch Kickl gewachsen.

28. 09. 2013

Österreichs Parteien - **Verwalter des Stillstands**

Seit dem Wahlkampf weiss auch jeder Ausländer in Wien, den die Politik nicht völlig kaltlässt, was ein Sandler ist. Dass die spezifisch österreichische Bezeichnung für Clochard Eingang gefunden hat in den politischen Wortschatz, ist dem Präsidenten der Wirtschaftskammer zu verdanken. Dieser hatte gesagt, der Wirtschaftsstandort Österreich sei «abgesandelt». Das heisst: Er ist heruntergekommen. Das polemisch zugespitzte Verdikt aus dem Mund des Chefs der von der bürgerlichen Volkspartei dominierten Wirtschaftskammer ist für die Konservativen alles andere als schmeichelhaft, sind sie doch seit 2007 Koalitionspartner der Sozialdemokraten und gar seit 1986 in die Regierungsverantwortung eingebunden.

Mehr noch: Seit bald dreissig Jahren ist das Wirtschaftsressort in der Hand der Volkspartei. Und wenn ihr Chef, Michael Spindelegger, im Wahlkampf unablässig betonte, er wolle die Wirtschaft entfesseln, so fragen sich viele zu Recht, was denn seine Partei zuvor in der Regierung getan hat. Die Inszenierung als liberaler Erneuerer wirkt reichlich künstlich. Die österreichische Wirtschaft ist in der Tat überreguliert. Ein Abbau der Bürokratie und eine Lichtung des Dickichts von staatlichen Förderungen und Subventionen wären dringend notwendig.

Rot-schwarzes Machtgefüge

Kein anderes europäisches Land wurde in den letzten Jahrzehnten so lange von grossen Koalitionen regiert wie Österreich. Es ist unbestritten, dass diese nach der Katastrophe des Zweiten Weltkriegs das Land politisch und wirtschaftlich stabilisiert und die österreichische Identität gefestigt haben. Das vorrangige Ziel, die Wiederherstell-ung der vollen Souveränität des von den Alliierten besetzten Landes, wurde mit dem Abschluss des Staatsvertrags 1955 erreicht. In den neunziger Jahren haben die beiden Parteien Österreich in einer gemeinsamen Anstrengung in die EU geführt. Spätere grosse Koalitionen schafften keine grossen Reformen mehr. Die Zweite Republik ist die Geschichte eines Kompromisses zwischen den Sozialdemokraten und dem konservativ-katholischen Lager, deren bewaffnete Verbände in den dreissiger Jahren aufeinander geschossen hatten.

Die Erste Republik, die den Schock des Zusammenbruchs der Habsburgermonarchie nie verdaut hat, war von tiefen ideologischen Gräben zerrissen. Aus der Unfähigkeit zum Kompromiss wurden beim Neuaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg die Lehren gezogen.

Doch hatte die jahrzehntelange Herrschaft der beiden Parteien ihre Kehrseiten, welche die Bilanz zunehmend verdüsterten. Noch immer ist Österreich in eine sozialdemokratische (rote) und eine bürgerlich-konservative (schwarze) Reichshälfte aufgeteilt. Die Welt rundherum hat sich verändert, doch das tief in der Gesellschaft verankerte Proporzsystem hat alle Stürme überdauert. Nach dem Zweiten Weltkrieg hatte es dazu beigetragen, die Gräben zwischen dem zuvor verfeindeten sozialistischen und dem christlichdemokratischen Lager zuzuschütten und Vertrauen zu schaffen. Heute ist es mehr denn je zum Hemmschuh geworden. Noch immer gilt in vielen Bereichen das Prinzip: Ist der Chef ein Roter, muss sein Stellvertreter ein Schwarzer sein, und umgekehrt.

Die fast schon ständestaatlich anmutende Praxis der paritätischen Zuteilung von Pfründen und Stellen nach der Parteizugehörigkeit ist einer der Gründe für die enge finanzielle und politische Verflechtung der Parteien der grossen Koalition mit staatsnahen Betrieben sowie Verbänden und Sozialpartnern. Diese wollen denn auch weit mehr sein als reine Interessenvertreter. Sie haben einen politischen Machtan-spruch. Zwar steht Österreich im Vergleich zu den andern Ländern der Europäischen Union noch immer gut da. Doch ist der schöne Schein an der Oberfläche trügerisch. Der Fürsorgestaat ist in dieser üppigen Form nicht mehr finanzierbar.

Wie schon vor den letzten Nationalratswahlen 2008 ist auch diesmal die Unzufriedenheit über die Leistung der Regierung weit verbreitet. Von der behäbigen grossen Koalition mit ihrem kleinlichen Gezänk und den eingeschliffenen politischen Ritualen seien keine grossen Würfe mehr zu erwarten, lautet der Befund. Von einem routinierten Verwalten des Stillstands und einem Zweckbündnis zur Erhaltung der Macht ist die Rede. Beobachter sehen in der grossen Koalition denn auch ein reformunfähiges Auslaufmodell. Die beiden einst grossen Parteien, die kontinuierlich schrumpfen, sind in der gegenwärtigen Verfassung ganz offensichtlich nicht mehr in der Lage, die Übel an der Wurzel zu packen und gemeinsam tiefgreifende Strukturreformen umzusetzen.

Im Wahlkampf hatten sich die beiden Spitzenkandidaten, Kanz-ler Werner Faymann und Vizekanzler Michael Spindelegger, fast schon krampfhaft um eine programmatische Abgrenzung bemüht, denn schliesslich will jeder von ihnen Sieger werden. Zugleich aber gaben sie immer wieder klar zu verstehen, dass sie nach den Wahlen weiter zusammen regieren wollen, sollten sie die dazu notwendige Mehrheit erringen.

Überaltert und verknöchert

Zwar gibt es neue politische Kräfte, die zumindest für ein frisches Lüftchen sorgen. Als Folge davon ist das bürgerliche Lager heute mehr als je zuvor in der Zweiten Republik zersplittert. Anders als die Sozialdemokraten, die links der Mitte kaum Mitbewerber haben und insgesamt geschlossener wirken, präsentiert sich die Volkspartei als heterogenes Gebilde auf der Suche nach einem klaren Profil. Der ungeliebten grossen Koalition, die immer kleiner wird, traut man allgemein immer weniger zu.

Glaubt man den Umfragen, ist die Mehrheit der Bevölkerung gegen ein neuerliches Zusammengehen der beiden Parteien. Doch ist gerade das die wahrscheinlichste Variante nach den Wahlen. Einmal mehr dürfte es an praktikablen Alternativen fehlen. Auch wenn andere Kombinationen rein rechnerisch möglich sein sollten, die Parteien müssten sich teilweise bis zur Selbstverleugnung verrenken.

Eine Neuauflage der Koalition zwischen der Volkspartei und den rechtspopulistischen Freiheitlichen ist unwahrscheinlich. Michael Spindelegger ist nicht Wolfgang Schüssel, der nach den Wahlen von 1999 im Zusammengehen mit Jörg Haiders Partei die einmalige Chance erblickte, die jahrzehntelange Vorherrschaft der Sozialdemokraten zu durchbrechen und selbst Kanzler zu werden. Noch heute sind die Gerichte mit der Aufarbeitung der Skandale aus jener Zeit beschäftigt.

Die beiden einst grossen Parteien sind überaltert und verlieren junge Wähler. Wenn es ihnen nicht bald gelingt, sich grundlegend zu erneuern und die Verkrustungen aufzubrechen, wird der Schrumpfungsprozess weitergehen. Dann ist der Verlust der Macht nur noch eine Frage der Zeit.

29. 9. 2013 # Neue Fakten zum Immodeal des Innenministeriums

Ein Deal des Innenministeriums und viele Fragen. 2008 verkaufte der Integrationsfonds einem Investor 167 Wohnungen. Ohne Ausschreibung. Berater des Käufers: Christoph Ulmer, einst Kabinettschef unter Ernst Strasser.

Ein Schnappschuss wie ein Gemälde. Elf Waidmänner bilden andächtig Spalier vor erlegtem Wild, im Fachjargon "Streckenlegung“ genannt. Das Foto ist undatiert, dürfte aber im Herbst 2004 im burgenländischen Luising aufgenommen worden sein. Es erzählt eine Geschichte. Auf Einladung des Jagdherren Alfons Mensdorff-Pouilly, Lobbyist und Nebenerwerbslandwirt, fand damals eine Jagdgesellschaft zusammen, die nicht nur private, sondern vielmehr auch politische und wirtschaftliche Interessen teilte. Unter den Gästen: Reinhold Frasl, geschäftsführender Gesellschafter der Immobiliengruppe Consio, die sich auf die Errichtung und den Betrieb von Fachmarktzentren an Gemeindeperipherien spezialisiert hat. Zu seiner Linken: Christoph Ulmer, bis Anfang 2004 Kabinettschef von ÖVP-Innenminister Ernst Strasser, heute Unternehmensberater.

167 Wohnungen an Investor

Szenenwechsel. 2008 verkaufte der dem Innenministerium unterstellte "Österreichische Integrationsfonds“ zwei Wohnanlagen - 167 großteils desolate Wohnungen nebst weiterer Nutzflächen - in den Wiener Bezirken Simmering und Brigittenau an Reinhold Frasls Consio, welche zuvor schon die Hausverwaltung besorgt hatte. Kaufpreis: 1,185 Millionen Euro, also durchschnittlich 7000 Euro pro Wohnung. Der Integrationsfonds hatte die Objekte ein Jahrzehnt zuvor noch um 1,6 Millionen Euro erworben und Flüchtlingen zugeteilt. Wie die Grüne Abgeordnete Gabriela Moser erst vor wenigen Wochen kritisierte, soll die Transaktion 2008 (Innenministerin war damals Maria Fekter) ohne Ausschreibung über die Bühne gegangen sein. Moser wittert ein Geschäft unter Freunden. Und das hat auch mit Christoph Ulmer zu tun.

Welch eine Koinzidenz: Ausgerechnet der Investor Reinhold Frasl, der 2008 vom Innen-ministerium 167 Wohnungen erwerben durfte, hält sich seit Jahren einen Berater, der wiederum über ausgesuchte Kontakte ins Ministerium verfügt: Christoph Ulmer eben. Nach profil-Recherchen stattete Consio Ulmers "CFU Consulting“ bereits 2006 (also zwei Jahre vor dem Deal) mit einem "Konsulentenvertrag“ aus. Gegenüber profil skizziert Frasl die Geschäftsbeziehung wie folgt: "Ulmers GmbH berät einzelne EKZ Projektgesellschaften in der Projektierungsphase.“ Was auch immer das heißen mag. Das Beraterhonorar - kolportiert werden 12.000 Euro brutto monatlich - will Frasl nicht nennen.

Der Unternehmer legt Wert auf die Feststellung, dass er den Zuschlag im Gefolge einer Ausschreibung erhalten habe, kann diese aber nicht vorlegen. Er verweist auf den Integrationsfonds. Auch soll es "mehrere Interessenten und Bieter aus dem professionellen Immobilienbereich“ gegeben haben. Namen will Frasl allerdings keine nennen - und verweist abermals auf den Integrationsfonds.

Ohne Ausschreibung

Tatsache ist: Die behauptete Ausschreibung hat es so nie gegeben. Im Rahmen eines reichlich intransparenten Auswahlverfahrens wurden vom damaligen Ge-

schäftsführer des Fonds Alexander Janda vier Angebote eingeholt und dem Kuratorium (vergleichbar einem Aufsichtsrat) vorgelegt, wobei schlussendlich Frasls Consio das Rennen machte. "Consio war der Bestbieter“, betont ein Sprecher des Integrationsfonds.
Tatsache ist auch, dass Consio gegenüber dem Fonds umfangreiche Zugeständnisse machen musste. Zum einen mussten die teils unbefristeten Mietverträge zu den bestehenden Konditionen übernommen, zum anderen umfangreiche Sanierungs- und Instandhaltungs-arbeiten garantiert werden. Frasl beziffert die vereinbarten Zusatzkosten mit 4,644 Millionen Euro. Zusammen mit dem Kaufpreis ergebe das einen Betrag von 5,829 Millionen Euro zuzüglich Nebenkosten: "Jede andere Behauptung ist unzulässig.“

Christoph Ulmer wiederum stellt jeden Konnex zwischen dem Immobiliengeschäft und seiner Beratertätigkeit für Frasl vehement in Abrede: "Die CFU Consulting GmbH steht seit ihrer Gründung im Jahr 2006 immer wieder in Geschäftsbeziehungen mit Unternehmen der Consio-Gruppe. Alle Tätigkeiten sind rein privatwirtschaftlicher Natur und stehen in keinerlei Zusammenhang mit irgendeinem Vorgang öffentlichen Interesses auch beziehungsweise schon gar nicht mit dem Integrationsfonds oder dem Innenministerium.“

Was genau er für Consio geleistet hat, will Ulmer nicht sagen.

Der 43-jährige Tiroler steht zwar seit Jahren nicht mehr im Sold des Ministeriums, dessen ungeachtet unterhält er bis heute beste Kontakte in die Wiener Herrengasse Nummer sieben. So ist Ulmer seit 2011 Beiratsvorsitzender der "Sicherheitsakademie“, welche die Aus-und Weiterbildung der Sicherheitskräfte besorgt. Darüber hinaus fiel sein Name in der Vergangenheit wiederholt in Zusammenhang mit Aufträgen des Innenministeriums. 2004 erteilte Minister Ernst Strasser einem Konsortium aus Telekom Austria, Alcatel und Motorola unter fragwürdigen Umständen den Auftrag zur Digitalisierung des Behördenfunknetzes (Projekt "Tetron“). Wie ausführlich berichtet, stand Alfons Mensdorff-Pouilly da rein zufällig im Sold der drei Konzerne und kassierte in Sum-me vier Millionen Euro an Honoraren - für angebliche Studien. Berater aufseiten des Ministeriums: Strassers Ex-Kabinettschef Christoph Ulmer.

Zwischen 2005 und 2011 durfte die Agentur Headquarter, an welcher Ulmer beteiligt war, für das Innenministerium Projekte aller Art abwickeln - und verrechnete dafür rund eine Million Euro, bezahlt aus Steuergeldern, ohne Ausschreibungen.

Gabriela Moser hat die Vorgänge in und um den Integrationsfonds zum Anlass genommen, den Rechnungshof um eine Prüfung zu ersuchen: "Unter dem Schutzmantel von Innenministerin Fekter entwickelte der Integrationsfonds einen Wohnungsschacher im Freunderlkreis zu Lasten der Republik. Ulmer als Berater setzt dem Ganzen noch die Krone auf.“

Eurofighter-Affäre: Razzia bei Firma in Kärnten

19.09.2013 | 14:35 | (DiePresse.com)

30. 09. 2013 Eurofighter-Affäre: Razzia bei Firma in Kärnten

Bei dem Einsatz sollen mehr als 100 Aktenordner, USB-Sticks und DVDs vom Firmenserver abgesaugt worden sein.

In der Eurofighter-Affäre soll wieder einmal eine Hausdurchsuchung stattgefunden haben. Wie das Nachrichtenmagazin "Format" am Donnerstag vorab berichtete, wurden bei einem Gegengeschäftspartner in Kärnten bei einer Razzia bereits im Juli mehr als 100 Aktenordner, USB-Sticks und DVDs sowie Hunderte Gigabyte an elektronischen Daten vom Firmenserver abgesaugt. Die Durchsuchung war von der Staatsanwaltschaft Wien angeordnet worden. Letztere bestätigte den Bericht bisher nicht.

"Format" zufolge geht es konkret um die "DANA Austria GmbH", den Österreich-Ableger des börsenotierten US-Automobilzulieferers DANA. Laut Durchsuchungsbefehl war die Razzia in Völkermarkt nötig, weil sich DANA mit "Verweis auf Verschwiegenheitspflichten" weigerte, die im Zusammenhang mit Gegengeschäften stehenden Verträge herauszugeben. DANA Austria hat laut der "Anordnung zur Durchsuchung" zwischen 2004 und 2007 Gegengeschäfte im Wert von mehr als 100 Millionen Euro beim Wirtschaftsministerium beantragt.

Die Staatsanwaltschaft vermutet im Zusammenhang mit den Gegengeschäften Schmiergeldzahlungen und ermittelt schon seit längerem. Im November des Vorjahres hat es in der Causa eine Welle an Hausdurchsuchungen in Österreich, der Schweiz und Deutschland gegeben.

99 Luftballons

Der Wahlkampf ist vorbei. Was man fast nicht vernahm: Ideen, die Österreich voranbringen. Es gibt sie aber

Der Wahlkampf war so themenarm wie noch nie. Jede Partei versuchte, ihre Stammwähler zu bedienen. Eine Debatte über die Parteigrenzen hinweg gab es nicht. Dabei hätte es viele spannende Ideen in den Wahlprogrammen der SPÖ, der Grünen, der ÖVP gegeben. Der Falter hat sie noch einmal durchforstet, dazu die deutschen Wahlprogramme gelesen, in den Positionspapieren von Think-Tanks wie der Arbeiterkammer und der Industriellenvereinigung geblättert und via Twitter nach konkreten Projekten gesucht, die unser Land besser machen könnten.

1 Das Lebensarbeitszeitkonto. Österreicher haben die zweitlängste effektive Arbeitszeit in Europa, aber das Verhältnis zwischen Arbeits- und Freizeit, die sogenannte Work-Life-Balance, empfinden viele als schlecht. Was tun? Auf einem Lebensarbeitszeitkonto könnte man etwa Überstunden sammeln, die später in Form von Geld, besser aber noch in Form von Freizeit „ausbezahlt" werden. Damit man bezahlte Freizeit nehmen kann, wenn man es braucht, etwa wenn Angehörige gepflegt werden müssen, die Kinder in die Schule kommen, man gestaffelt in den Ruhestand gehen oder sich ein Sabbatical nehmen will. Einzelne Firmen bieten Arbeitszeitkonten schon an, Beamte könnten sofort ein Lebensarbeitszeitkonto bekommen. Das Ideal wäre, dass jeder Bürger sein eigenes Lebensarbeitszeitkonto hat – genauso wie seine Sozial- und Pensionsversicherung.

2 Der neue Eingangssteuersatz. Alle Einkommen werden ab der Höhe der Mindestsicherung von derzeit 795 Euro monatlich (9540 Euro jährlich) steuerpflichtig. Der Eingangssteuersatz beträgt aber nur mehr zehn Prozent, nicht 36,5 Prozent. Der Höchststeuersatz bleibt bei den derzeit gültigen 43,75 Prozent. Dazwischen gibt es nur mehr Steuersätze in Dezimalschritten: 20, 30 und 40 Prozent. Das bringt eine Entlastung von 8,4 Milliarden, hat die Industriellenvereinigung vorgerechnet. Jedenfalls ist es einfacher zu verstehen und bezieht in Maßen alle, die arbeiten, ein. Auch alle Parteien sind mittlerweile für eine Senkung des Eingangssteuersatzes.

3 Die Vermögenssteuer. Vermögensbezogene Steuern machten in Österreich laut OECD 2010 nur 0,54 Prozent des BIP aus. In der Schweiz waren es 2,07, in Großbritannien 4,20 Prozent. Die Einführung einer reformierten Erbschafts- und Schenkungssteuer, die kleine und mittlere Erbschaften und Schenkungen unberührt lässt, ist überfällig. Ein Freibetrag von 500.000 Euro und ein progressiver Steuersatz sorgen für Fairness. Die seit 30 Jahren unveränderten Einheitswerte, auf denen die Grundsteuer basiert, gehören aktualisiert. SPÖ und Grüne fordern solche Modelle.

4 Die Kindergrundsicherung. Statt dem Dickicht an steuerpolitischen Familienförderungsinstrumenten wie dem Alleinverdiener- und Kinderabsetzbetrag, der steuerlichen Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten oder der Familienbeihilfe soll jedes Kind gleich viel Unterstützung bekommen. Diese Idee kommt von den deutschen Grünen.

5 Der Neustart der privaten Pensionsvorsorge. Ähnlich wie in Japan und anderen Staaten bietet die Republik die Möglichkeit, private Vorsorge in staatlichen Anleihen, in sogenannten Bundesschatzpensionen, anzulegen. Für Opfer der „privaten Pensionsvorsorge“ gibt es die Möglichkeit umzusteigen. Diese Idee stammt von den heimischen Grünen.

6 Die Genesungsteilzeit. Weniger arbeiten nach schwerer Krankheit, das ist doch eine gute Idee. Die SPÖ will es für sechs Monate einführen, wenn der Arzt es verschreibt.

7 Die Alten-Wohngemeinschaften. Wir leben in einer alternden Gesellschaft, es braucht Alternativen zu den klassischen Altersheimen.

8 Der freiwillige Zivildienst. Diese Idee wird natürlich schwer umzusetzen, weil die Volksabstimmung dagegen ausging. Nichtsdestotrotz: Vernünftig wäre die Einführung eines generellen Zivildienstes, ob im Heer oder einer sozialen Einrichtung, für Männer und Frauen ab 18 Jahren.

9 Die kostenlose Kurzzeitpflege. Wenn jemand, der einen Angehörigen pflegt, selbst ins Krankenhaus muss, fallen hohe Kosten für die Ersatzpflegeperson an. Sie sollen vom Staat übernommen werden, findet die SPÖ.

10 Die bedingungslose Grundsicherung. Haben wir doch schon, mit der Mindestsicherung! Nein, leider nicht. Jedes Land hat seine eigene Regelung, ein bundesweites Gesetz fehlt. Außerdem braucht es bessere Anreize, um wieder ins Arbeitsleben zurückzufinden, sagt sogar der ÖGB-Experte Bernhard Achitz.

11 Die Solidarrente. Sie stellt sicher, dass niemand von weniger als 850 Euro Pension leben muss. Vor allem für Frauen, die öfter in die Altersarmut rutschen, ist das besonders wichtig.

12 Der Papamonat für alle Väter. Wer Vater wird, hat das Recht, vier Wochen zu Hause zu bleiben – bei 70 Prozent der Bezüge.

13 Der Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung. Zum ersten Geburtstag schenkt der Staat jedem Kind den Anspruch auf einen kostenlosen Kinderbetreuungsplatz. Kommunen sind dafür verantwortlich, diesen bereitzustellen – in ihren eigenen Einrichtungen, über Tagesmütter oder in privaten Krippen. Geht nicht? Stimmt, in Österreich fehlen derzeit etwa 80.000 Kinderbetreuungsplätze. Deutschland hatte dasselbe Problem. Die Kommunen investierten auf Hochdruck in die Betreuungsinfrastruktur, seit August 2013 gilt der Rechtsanspruch.

14 Das Unterhaltssicherungsgesetz. 245.000 Alleinerzieher gibt es in Österreich, 5000 von ihnen bekommen vom Staat den Unterhalt nicht bevorschusst, weil die Behörden davon ausgehen müssen, dass sie den Vorschuss beim arbeitsunfähigen oder abgetauchten Elternteil nicht einbringen werden können.

15 Die tägliche Turnstunde in der Schule. Alle wollen sie, wir auch. Laut SPÖ, von der der Vorschlag stammt, kostet sie 100 Millionen Euro im Jahr. Sportvereine sollen mithelfen, die Turnstunden zu organisieren.

16 Die freie Fahrt für Schüler. Warum müssen Kinder, wenn sie einen Schulausflug machen, ein Ticket lösen? Wenn Klassen öffentlich unterwegs sind, sollten sie österreichweit gratis fahren dürfen.

17 Kochen als Unterrichtsfach für alle in allen Schulen. Samt Lebensmittelkunde und Vermittlung von Ernährungswissen. Spart Milliarden im Gesundheitssystem, verändert die Landwirtschaft und schafft kritische Konsumenten.

18 Der spätere Schulbeginn. Statt um acht soll die Schule um neun Uhr anfangen. Weil das dem Aktivitätsrhythmus der Kinder entspricht. Natürlich mit hochwertiger Frühbetreuung für Kinder von Eltern, die zeitig arbeiten gehen müssen.

19 Das Schulfach Digital Literacy. Die Schweiz ist gerade dabei, im „Lehrplan 21" Medienkompetenz als eigenes Fach verbindlich festzuschreiben. Gerade Digital Natives brauchen Aufklärung über die Gefahren im Netz!

20 Die Ganztagsschule. Österreich braucht Schulen, die verschränkten Unterricht anbieten – nicht bloß Nachmittagsbetreuung. Sie sind das Kernstück eines chancengerechten Ausbildungssystems. Neue Schulen sollen nur als Ganztags-Campusschulen gebaut werden.

21 Die gemeinsame Schule für alle Sechs- bis 14-Jährigen. Muss man dazu noch viel sagen? Nein, alle außer der ÖVP und ein paar Lehrergewerkschafter sehen in ihr die Bildungszukunft. Mit einer flexiblen Schuleingangsphase in den ersten beiden Jahren, und natürlich so gestaltet, dass Kinder mit Behinderung mitmachen können.

22 Der Muttersprachenunterricht. Seit 20 Jahren gibt es an österreichischen Schulen die Möglichkeit, Türkisch oder Bosnisch/Serbisch/Kroatisch als unverbindliche Übung zu belegen. Verpflichtende Qualitätsstandards? Einheitliche Lehrerausbildung? Fehlanzeige. Höchste Zeit, dass diese Sprachen selbstverständlicher Teil des Unterrichts werden.

23 Der Assistent für Behinderte. Persönliche Assistenten für Menschen mit Behinderung sind der Schlüssel zur Inklusion, also zum selbstverständlichen Mitleben. Es ist eine Schande, dass im reichen Österreich die meisten Behinderten nicht die gleichen Schulen besuchen und kaum in „normalen" Betrieben arbeiten. Öffentliche Einrichtungen sollen sich von der Behinderteneinstellungspflicht nicht mehr freikaufen dürfen.

24 Die 100-Prozent-Bio-Kantinen-Initiative. 100 Prozent Bio-Anteil in den Buffets und Kantinen aller öffentlichen Einrichtungen, zuallererst in Kindergärten, Schulen und Krankenhäusern, und das österreichweit.

25 Die studierten Kindergartenpädagogen. Wer mit den Kleinsten arbeitet, hat eine der wichtigsten pädagogischen Aufgaben überhaupt. Deshalb werden in Zukunft auch Kindergartenpädagogen an den Hochschulen ausgebildet. Und können später auch in Volksschulen oder Mittelschulen unterrichten. Und umgekehrt: Lehrer sein wird vielfältiger.

26 Der Jugendgerichtshof. Er wird in Wien wieder eingeführt. Für jugendliche Straftäter sollen österreichweit Jugendkompetenzzentren eingerichtet werden.

27 Das Rehab-Zentrum für Kinder. Nein, das gibt es bis jetzt nicht. Auch der Spitalskostenbeitrag für Babys und Kinder wird bundesweit abgeschafft.

28 Die Psychotherapie auf Krankenschein. Wer zum Seelendoktor geht, bekommt die gleiche Unterstützung wie jemand, der zum Internisten, Gynäkologen oder Urologen muss.

29 Dazu: der Kassenpsychiater für Kinder. In Wien gibt es derzeit keinen einzigen Arzt, der von der öffentlichen Hand bezahlt wird und Kinder psychologisch und psychiatrisch betreut.

30 Die Krisensteuer. Ja, ein mutiger Vorschlag. Er kommt von den deutschen Sozialdemokraten. Sie fordern eine zeitlich befristete Vermögensabgabe, die rein zum Abbau des Altstaatsschuldenstands verwendet wird. Sie betrifft nur das reichste Prozent des Landes. Betriebsvermögen werden selbstverständlich geschützt. Es geht um einen Solidarbeitrag jener, die vor und während der Krise am meisten profitiert haben.

31 Die Mindesthaltefristen für den Hochfrequenzbörsenhandel. An Börsen werden von Hochleistungsrechnern in Sekundenbruchteilen unkontrollierbare Mengen von Transaktionen durchgeführt. Mit realem Handel hat das nichts mehr zu tun, Rechenprogramme entscheiden über Millionen. Deutschland geht mit einem Gesetz dagegen vor.

32 Die europäische Ratingagentur. Die wichtigsten Ratingagenturen sitzen in den USA. Eine eigene, europäische würde unsere Autonomie stärken.

33 Die europäische Bankenunion. Schon heute sind Europas Banken eng miteinander verschränkt. Deswegen braucht es einheitliche Regeln für alle Banken. Dazu gehören eine gemeinsame europäische Aufsicht, ein einheitliches Insolvenzrecht, eine höhere Eigenkapitalausstattung der Banken, eine gemeinsame Einlagensicherung und die Trennung zwischen Investment- und Geschäftsbanken.

34 Die Einführung einer europäischen Finanztransaktionssteuer. Alle wollen sie. Wann wagt sie endlich wer?

35 Die Abschaffung des gesetzlichen Pensionsalters. Wer wann in Pension geht, wird rein durch Zu- und Abschläge gesteuert.

36 Der Jahreswohlstandsbericht. Deutschland wird 2014 den ersten veröffentlichen. Neben dem BIP werden Faktoren wie Einkommensverteilung, Staatsschulden, Bildungsabschlüsse, Gesundheit, Treibhausgase und Artenvielfalt gemessen.

37 Die Krankenversicherung für alle. Sie wird nicht nur durch Arbeitnehmer- und -geberbeiträge finanziert, sondern auch durch Kapitaleinkommen wie Mieterträge, Aktiengewinne und Zinserträge. Sie ist gleichzeitig eine Pflegeversicherung. FPÖ, Stronach, BZÖ und nun auch die Grünen fordern die Zusammenlegung, laut Grünen ließen sich bis zu 100 Millionen Euro pro Jahr einsparen.

38 Der Mindestlohn für alle. Mindestens 1500 Euro brutto im Monat soll jeder verdienen, darin sind sich alle Parteien einig. Hoffentlich kommt er bald.

39 Das 356-Euro-Jahresticket. Klingt utopisch? Aber dem öffentlichen Nahverkehr gehört die Zukunft, vor allem und gerade auch auf dem Land.

40 Die Urwälder. Bei Dürrenstein in Niederösterreich gibt es bereits ein einzigartiges Wildnisgebiet. Das Ziel sollte sein, dass zehn Prozent der Wälder, die von den

Bundesforsten verwaltet werden, zu Urwäldern werden. Das sichert die Artenvielfalt für die Zukunft.

41 Die Nationalparks. Hohe Tauern, Kalkalpen, Lechtal, Donau-March-Thaya-Auen, Neusiedlersee (Westufer) – bestehende und neue Naturschutzgebiete gehören ausgebaut. Unsere Enkel werden es zu schätzen wissen.

42 Die Energiewende in Bürgerhand. Ein Großteil des erneuerbaren Stroms wird von kleinen Unternehmen, Genossenschaften, Stadtwerken und Kommunen erzeugt werden. Sauberer Strom soll „Einspeise"-Vorrang vor dem schmutzigen alten Kohle- und Atomstrom haben.

43 Der Ausbau von Radschnellwegen. Radler ist nicht gleich Radler, deswegen braucht es unterschiedliche Arten von Radwegen.

44 Das Generalverbot von Neonicotinoiden. Die EU will die für Bienen gefährlichen Beizmittel für zwei Jahre befristet verbieten, Österreich verbannt sie ganz.

45 Das Anti-Prekariats-Paket. Kampf gegen Scheinwerkverträge, unbezahlte Praktika, Verschärfung der Sanktionen bei Missbrauch, Abschaffung sachgrundloser Befristungen.

46 Das bundesweite Verbot des kleinen Glücksspiels. Auch wenn Tankstellenpächter und Wirtshäuser dagegen sind: Die Automaten gehören einfach weg, weil sie enorme soziale Folgekosten produzieren.

47 Das Aus für die Maklerprovisionen für Mieter. Diese werden in Zukunft ausschließlich vom Vermieter übernommen.

48 Die Schließung aller anonymen Poster-Foren. Geöffnet werden nur solche, in dem registrierte Nutzer diskutieren und die von einer Person und nicht einem Algorithmus gesteuert werden.

49 Die neue Medienförderung. Gefördert wird, wer in die Qualität der Redaktion investiert, etwa mehr Auslandskorrespondenten hat oder kaum Verurteilungen nach dem Mediengesetz, also journalistisch sauber arbeitet.

50 Das Informationsfreiheits- und Transparenzgesetz. Hamburg ist Vorbild: Alle für die Öffentlichkeit relevanten Datenbestände, Statistiken, Dokumente und sonstige öffentlich finanzierte Werke sind im Internet frei zugänglich.

51 Der neue Bundesrat. Drastisch verkleinert, mit einem starken Persönlichkeitswahlrecht, soll er als klassischer Senat agieren, nach den Vorbildern der USA oder Frankreichs. Senatoren werden für sechs Jahre gewählt, alle zwei Jahre wird ein Drittel neu bestellt, wie etwa in der Tschechischen Republik.

52 Der europäische Steuerpakt. Er bringt eine EU-weit koordinierte Vermögensabgabe, eine gemeinsame Bemessungsgrundlage sowie einen Mindestsatz bei der Unternehmensbesteuerung und einen Mindestsatz für die Körperschaftssteuer. Das bedeutet logischerweise auch das Ende für Europas Steueroasen.

53 Die Steuerspende. Statt Spenden an bestimmte Organisationen steuerschonend zu stellen, kann der Steuerzahler ein Prozent seiner Lohn- und Einkommenssteuer gemeinnützigen Organisationen widmen.

54 Die Präsidentenabwahl. Nationalratspräsidenten können mit Zweidrittelmehrheit im Parlament auch wieder abgewählt werden.

55 Die Ministerwahl. Die Regierungsmitglieder werden nach einem öffentlichen Hearing im zuständigen Parlamentsausschuss vom Nationalrat gewählt.

56 Die modernen Ministerien. Es braucht endlich ein Ressort für Energie und eines für Integration, damit die Kompetenzen für die zwei zentralen Zukunftsthemen gebündelt sind.

57 Die Richtlinienkompetenz. Nein, der österreichische Bundeskanzler hat sie im Gegensatz zum deutschen nicht: politische Richtlinienkompetenz per Verfassungsgesetz. Sollte er aber!

58 Das neue Vorschlagsrecht. Volksanwälte und Präsidenten des Rechnungshofs können von allen Parteien, nicht nur den drei stimmenstärksten, vorgeschlagen werden. Nach einem Hearing im Parlament werden sie gewählt.

59 Das Wahlrecht für Nicht-Österreicher. EU-Bürgerinnen dürfen auf Landesebene, Drittstaatsangehöriger auf kommunaler Ebene wählen. In Wien sind etwa 21 Prozent der Einwohner nicht wahlberechtigt.

60 Die neuen Öffnungszeiten. Völlige Freigabe der Öffnungszeiten für familienbetriebene Geschäfte. Ein Vorschlag, für den das Team Stronach eintritt.

61 Die Mahü-Offensive. Wien tut sich schwer, aber Shared Space, Begegnungs- und Tempo-30-Zonen sind internationaler Standard. Mehr davon, auch in kleineren Städten

62 Die 2-Liter-Auto-Offensive. Wer sich ein Auto, das weniger als 60 g CO2/km ausstößt, kauft, also etwa ein 2-Liter-Auto, ein Elektroauto und Plug-in-Hybride, wird gefördert. So wie in Norwegen entfallen für E-Autos Zulassungssteuer, Mehrwertsteuer, Mautgebühren und Parkscheine.

63 Das Ende der Massentierhaltung. Sie darf nicht mehr subventioniert und im Baurecht nicht mehr privilegiert werden.

64 Die antibiotikafreie Tiermast. Die prophylaktische Beigabe von Antibiotika zur Tiermast ist zwar seit einigen Jahren in der gesamten Europäischen Union verboten, doch wenn die Tiere krank sind, werden sie eingesetzt. Das kann zu Resistenzen beim Menschen führen.

65 Die Fix-Freisprechanlage. Und zwar für alle Autos, verpflichtend. Rettet Leben.

66 Die Raucherentwöhnung auf Krankenschein. Nicorette & Co. bezahlt die Kasse.

67 Das Freiwilligengesetz. Endlich einheitliche, faire Rahmenbedingungen für freiwilliges Engagement! Unfallversicherung, Verdienstentgang, Kündigungsschutz, ein zusätzliches Toleranzsemester im Studium, die Bezugsdauer der Familienbeihilfe gehören geregelt.

68 Die Netzneutralität. Der Zugang zum Internet muss für alle Bürger per Gesetz sichergestellt werden, damit es zu keinem 2-Klassen-Internet kommt.

69 Die neuen Spitzenmanagergehälter. Astronomische Boni und Abfertigungen zu den ohnehin schon immensen Grundgehältern, wer kann das nachvollziehen? Die SPD schlägt vor, das Maximalverhältnis zwischen Grundgehalt und Boni festzuschreiben, ebenso wie die steuerliche Absetzbarkeit neu zu regeln.

70 Die Kleinunternehmer-Offensive. Einmal im Leben hat jeder Mensch, der sich selbstständig machen möchte, die Möglichkeit, sich drei Jahre lang zu Mindestbeiträgen in der dann einzigen nationalen Sozialversicherung zu versichern. Dieser Vorschlag kommt von den Grünen.

71 Die Frauenquote. Verpflichtende 40 Prozent in Führungsgremien, also in Aufsichtsräten und Vorständen von börsennotierten und vom Staat mitbestimmten Unternehmen wie in Norwegen.

72 Das Steuertransparenzgesetz. In Schweden veröffentlicht das Finanzministerium selbstverständlich die Steuerbescheide aller Bürger. Das schafft Transparenz und hebt die Steuermoral.

73 Die gleichgeschlechtliche Ehe. Es gibt keinen Grund, gleichgeschlechtliche Liebe anders zu behandeln. Vor allem das Adoptionsrecht für Homosexuelle ist überfällig. Viele Kinder warten auf einen Platz in einer neuen Familie.

74 Der Regierungsbeauftragte für Datenschutz. Derzeit verweisen alle Ministerien aufeinander und meinen, das jeweils andere Ressort sei für die Aufklärung der NSA-Abhöraffäre zuständig.

75 Das neue Urheberrecht. Remix/Mashup von urheberrechtlich geschützten Werken im definierten, nichtkommerziellen Umfang werden durch Ausnahmeregelungen abgesichert. Die digitale Privatkopie wird ermöglicht und das Abmahnwesen beendet.

76 Das neue ORF-Gesetz. Der Stiftungsrat besteht nur mehr aus 15 Mitgliedern und wird nicht von der Regierung, sondern einem Gründungskonvent gewählt. Der Generaldirektor bestimmt die Landesdirektoren – ohne Einfluss der Landesfürsten.

77 Die Substitution mit Diamorphin. Schwerst Suchtkranke bekommen – wie in Berlin seit Jahren praktiziert – unter bestimmten Voraussetzungen künstliches Heroin auf Kosten der Kassen verordnet.

78 Der Ausbau der Frauenhäuser. Die Wartezeiten auf einen sicheren Platz sind lang, Täter werden laut Maria Rösslhumer, Geschäftsführerin des Vereins Autonome Österreichische Frauenhäuser, „zu selten in U-Haft genommen, sondern nur auf freiem Fuß angezeigt“.

79 Der offene Arbeitsmarkt. Bulgaren und Rumänen sollen sofort und nicht erst mit Ende des Jahres in Österreich arbeiten dürfen. Kroaten wesentlich früher als bis zum Ende der Übergangsfrist 2020.

80 Die Legalisierung der Abtreibung. Wie in Kanada wird die Abtreibung komplett legalisiert. Das holt sie aus der gesellschaftlichen Grauzone heraus und verhindert Geschäftemacherei. Pro Bundesland muss ein öffentliches Krankenhaus Schwangerschaftsabbrüche anbieten.

81 Die Verhütung auf Krankenschein. Wie in Belgien, Dänemark oder Frankreich sind die Pille, Spirale oder das Pessar auf Kassenkosten erhältlich. Apotheken geben Kondome gratis ab.

82 Das moderne Fortpflanzungsmedizingesetz. Präimplantationsdiagnostik, künstliche Befruchtung mit Samen- und Eizellenspenden für Homosexuelle und Alleinstehende werden erlaubt.

83 Die einfachen Gütesiegel. Der Konsument will sich orientieren. Welche Lebensmittel sind regional, biologisch, gentechnikfrei? Einfache, einheitliche und verständliche Kennzeichnungen in Ampeloptik, ein Hygienebarometer und nationale Gütesiegel beenden das Wirrwarr an Logos und stärken den Verbraucherschutz.

84 Das generelle Rauchverbot. Ohne Ausnahme gilt es in allen Lokalen. So schnell wie möglich.

85 Die Generalamnestie für Langzeitasylwerber. Wer seit über fünf Jahren in Österreich lebt, hier Wurzeln geschlagen hat und noch kein Aufenthaltsrecht hat, bekommt es.

86 Das Asylverfahren neu. Sechs Monate, nicht länger, dürfen neue Asylverfahren dauern. Spezialeinrichtungen für Traumatisierte und unbegleitete Minderjährige werden geschaffen. Nach sechs Monaten gibt es Zugang zum Arbeitsmarkt. Parallel dazu gibt es einen massiven Ausbau der freiwilligen Rückkehrprogramme für jene, die kein Asyl in Österreich bekommen.

87 Die Einführung der Doppelstaatsbürgerschaft und des Jus Soli. Wer hier geboren wurde und hier rechtmäßig lebende, niedergelassene Eltern hat, erhält die Staatsbürgerschaft. Doppelstaatsbürgerschaften werden, wie auch in anderen Ländern, zur Normalität.

88 Der Abschiebungsstopp nach Griechenland. Auch wenn es die Dublin-Konvention erlaubt, in Länder wie Griechenland darf generell nicht mehr abgeschoben werden.

89 Die Preisbremse beim Mietrecht. Laut Arbeiterkammer sind befristete Mietwohnungen um mehr als drei Viertel teurer als erlaubt, unbefristete Apartments kosten um ein Drittel mehr. Grund seien ungerechtfertigte Aufschläge zum Mietzins. In Deutschland reagierte die Politik mit einem Mietrechtsänderungsgesetz, das Kommunen erlaubt, Mietpreissteigerungen gesetzlich zu begrenzen.

90 Die unabhängige Staatsanwaltschaft. Nicht ein Politiker, sondern ein Bundesstaatsanwalt, der vom Parlament gewählt wurde und diesem Rechenschaft schuldet, kontrolliert die Arbeit der Staatsanwälte.

91 Der Untersuchungsausschuss als Minderheitsrecht. Lang gefordert, soll er endlich realisiert werden. Seine Sitzungen werden von ORF III live übertragen.

92 Die Whistleblower-Regelung. Wer den Mut hat, Missstände aufzudecken, gehört geschützt.

93 Der transparente Abgeordnete. Wer dem britischen House of Commons angehört, der muss in einem Online-„Mitgliederregister“ nicht nur seine Jobs eintragen,

sondern jedes noch so kleine Geschenk, jede Dienstreise, jeden Aktienbesitz. Das braucht das österreichische Parlament auch!

94 Das bunte Parlament. Neue Kleinparteien scheitern bei Wahlen zuletzt an der 4-Prozent-Hürde. Sie gehört deshalb auf zwei Prozent abgesenkt. Damit das Parlament unsere Gesellschaft besser repräsentiert.

95 Das neue Parteienfinanzierungsgesetz. Illegale Parteienfinanzierung wird strafbar, mit einem Strafmaß von bis zu fünf Jahren wie in Deutschland. Jede Spende muss deklariert werden.

96 Die Cooling-off-Phase. Statt als Lobbyisten ihre Kontakte zu versilbern, sollen Politiker und Führungspersönlichkeiten in Ministerien nach ihrem Ausscheiden aus ihrem Dienst ein Jahr bezahlte Karenzzeit haben.

97 Das Korruptionsregister. Darin sind Unternehmen und Personen gelistet, die korrupt waren und verurteilt wurden.

98 Die „legislative Fußspur“. Sie gibt Auskunft darüber, welchen Beitrag externe Berater bei der Ausarbeitung von Gesetzesentwürfen geleistet haben. Ein jährlicher Bericht soll Transparenz über Art und Umfang der Tätigkeit von externen Beschäftigten in der Bundesverwaltung geben. Die Idee kommt von der SPD.

99 Das Abstimmungsbuch. So wie in der Schweiz legt die Regierung vor Volksbefragungen eine umfassende, neutrale Informationsbroschüre auf. Damit direkte Demokratie nicht zu Ersatzwahlkämpfen wird wie bei der Wehrpflicht-Abstimmung.